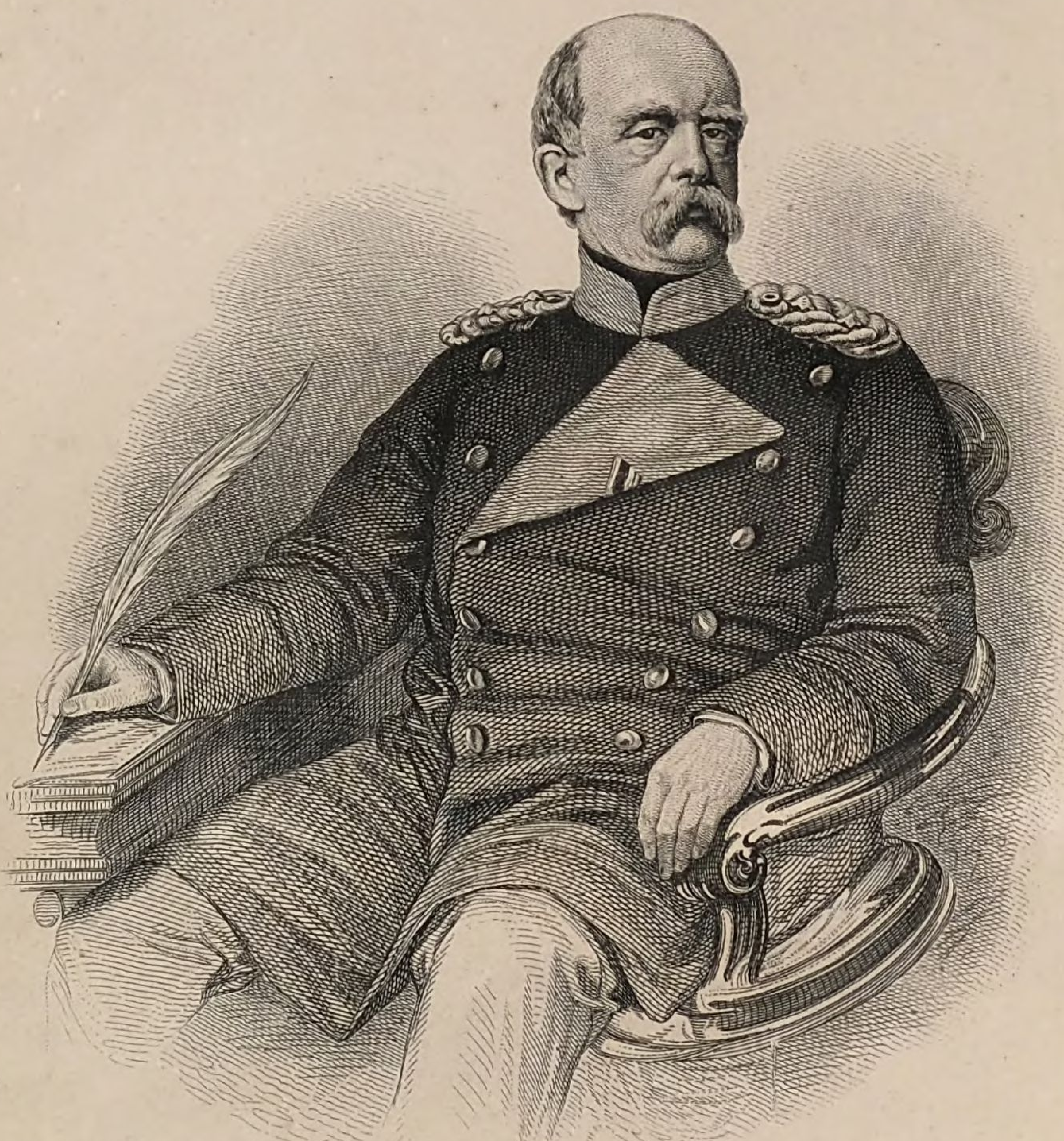


Mit 175 Text-Illustrationen, acht Tonbildern und Porträt des Fürsten Bismarck.

Fürst Bismarck.



Stich u. Druck v. A. Weger, Leipzig.

Verlag von Otto Spamer in Leipzig.

Fürst Bismarck

der Deutsche Reichskanzler.

Ein Zeit- und Lebensbild für das deutsche Volk

von

Fedor von Köppen.



Mit 175 Illustrationen und 8 Tondruckbildern nach Originalen von [illegible],
L. Burger und F. Baumgarten, nebst einem Stahlstichporträt des Fürsten.

Leipzig.
Verlag von Otto Spamer.
1876.



Fürst Bismarck

der Deutsche Reichskanzler.

Ein Zeit- und Lebensbild für das deutsche Volk

von

Fedor von Köppen.



Mit 175 Illustrationen und 8 Tondruckbildern nach Originalen von H. Lüders, L. Burger und F. Baumgarten, nebst einem Stahlstichporträt des Fürsten.

Leipzig.
Verlag von Otto Spamer.

1876.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Vorwort.

Als vor etwa zwei Jahren an den Verfasser dieser Zeilen die Aufgabe herantrat, das Leben des Fürsten Bismarck zu schreiben, unterzog er sich derselben mit voller Freudigkeit, aber auch mit Besorgniß im Hinblick auf die Schwierigkeiten eines solchen Wagnisses. Sowol die Freude des Schaffens als auch die Schwierigkeiten haben mit dem Fortschreiten der Arbeit zugenommen. Wenn es nicht überall gelungen ist, die letzteren zu überwinden, so wird der Leser doch die warme Hingebung erkennen, welche den Verfasser für seinen Gegenstand erfüllte.

Das Leben des Fürsten Bismarck gewinnt ein um so höheres Interesse, je mehr wir es im Zusammenhange mit der Geschichte der Zeit betrachten, unter deren Einfluß er gereift und groß geworden. Ueberaus reichhaltig, aber nur mit Vorsicht zu benutzen ist das Material, welches nach dieser Richtung in politischen Zeitschriften sowie in geschlossenen Werken sich darbietet. Die vortrefflichen Aufsätze in Rudolf Gottschall's „Revue der Gegenwart, Unsere Zeit", sowie diejenigen von Heinrich von Treitschke in den „Preußischen Jahrbüchern" sind uns für unsere Darstellung vorzugsweise zu Statten gekommen.

Für die eigentliche Lebensbeschreibung durften wir uns nicht mit dem Material begnügen, welches die bisherige sogenannte „Bismarck-Literatur", insbesondere das biographische Werk von G. Hesekiel, bietet; wir haben es vielmehr für Pflicht erachtet, soviel als möglich aus frischen, lebendigen Quellen zu schöpfen. Wie die Liebe zur Wahrheit den eigentlichen Kern in Bismarck's Charakter und die Grundlage für alle seine Handlungen bildet, so mußte auch die Schilderung seines Lebens ihren Werth vor Allem durch die Wahrheit erhalten, auf der sie beruht. Wenn wir diesen Vorzug für unser Werk in Anspruch nehmen dürfen, so danken wir dies der wohlwollenden Förderung, welche demselben durch vielseitige briefliche und persönliche Mittheilungen zu Theil wurde.

Den Bemühungen des Verlegers ist es zu danken, daß das Werk jetzt in würdiger Ausstattung mit Original-Illustrationen von Hermann Lüders, Ludwig Burger u. A. vorliegt.

So übergeben wir denn dieses Buch, dessen Bearbeitung uns stille Freude bereitete, heute dem Publikum mit dem Wunsche, daß dasselbe bei unsern Landsleuten in Nord und Süd in weiten Kreisen Verbreitung und Anklang finden möchte. Noch steht der Kanzler, wenn auch seine Gesundheit unter der angespannten und aufreibenden Thätigkeit vielfach gelitten hat, doch in rüstiger Schaffenskraft unter uns. Nicht so überraschende, glänzende Erfolge werden wir in Zukunft von ihm zu erwarten haben, wie in jenem an großen Ereignissen fast überreichen Jahrzehnt, unter dessen Nachwirkung die Schöpfungen unserer Zeit ins Leben treten; aber sein Leben und Wirken ist so innig mit den Geschicken des deutschen Volkes verflochten, daß wir uns Bismarck ohne eine große, umfassende Thätigkeit zum Besten des Vaterlandes kaum denken können. Möchte ihm gegeben sein, noch lange die Früchte zu pflegen, die unter seiner Obhut gediehen sind!

Leipzig, den 23. September 1875.

Fedor von Köppen.

Inhalt.

Vorhalle.

Erste Abtheilung.

Lehrjahre.

Zweite Abtheilung.

Wanderjahre.

Anhang.

Erste Abtheilung.

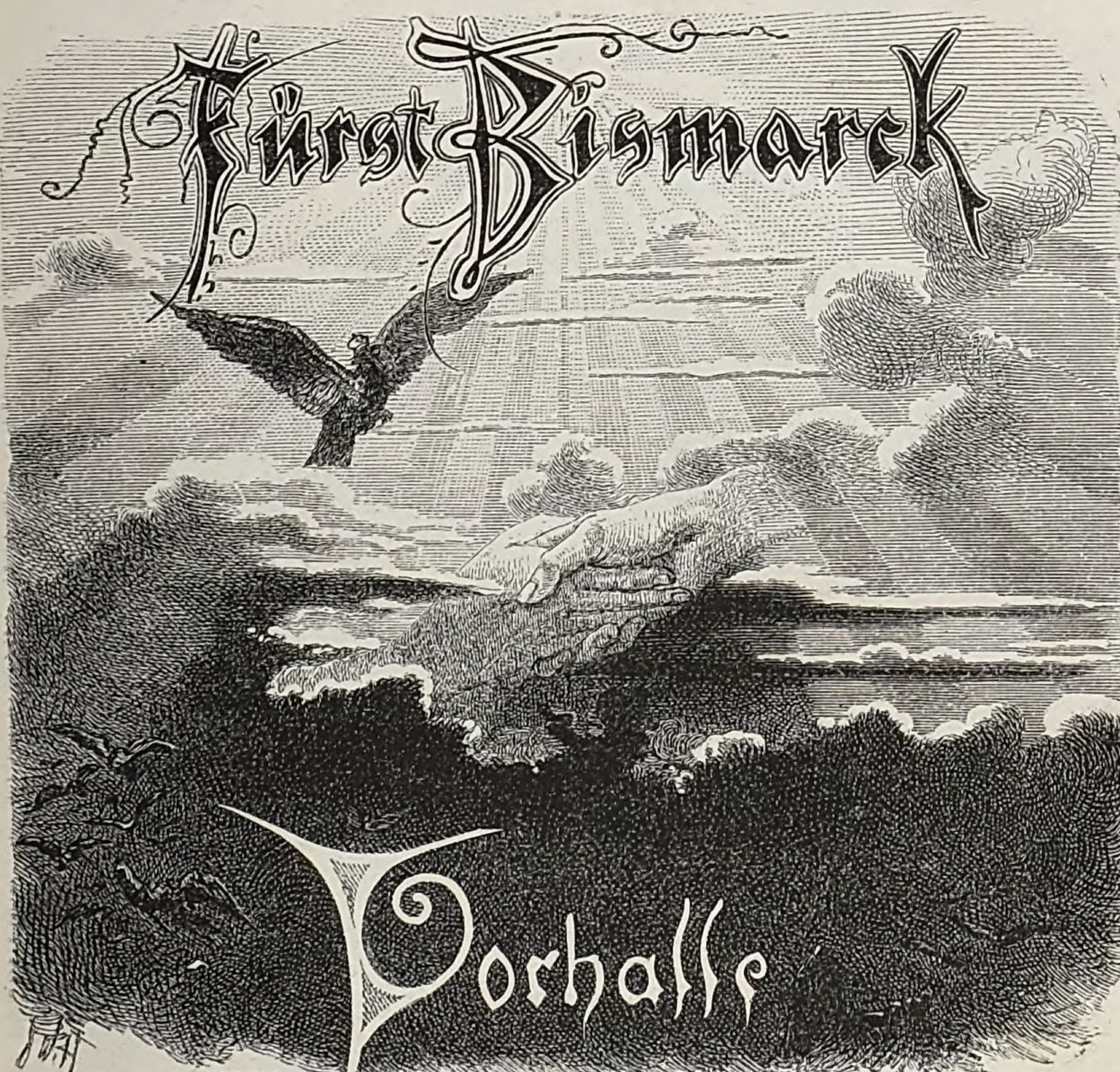
Briefe, Reden, Dokumente, Schriftstücke u. s. w.

Zweite Abtheilung.

Ehrenkranz des deutschen Volkes in Liedern.

Geschlechtstafel des Bismarck'schen Hauses.

Verzeichniß der Tonbilder.


Fürst Bismarck
Vorhalle

Wenn es oben faul geworden,
Wo die Krone blühen soll,
Greift hinab die Weltgeschichte
In die Erde tief und voll,
Und sie formt im frischen Schachte,
Wo der Geist des Volkes schafft,
Aus dem Mark granitner Stücke
Eine große Menschenkraft.

J. G. Fischer.



Vorhalle.

„Ein jedes Reich, das in ihm selber uneins ist, muß zu Grunde gehen.“
Goldene Bulle Kaiser Karl's IV.

Im Schwabenlande, unter den nördlichsten Vorbergen der Rauhen Alp, den vorgelagerten blühenden Thälern weithin sichtbar, ragt ein schlanker Bergkegel, der hohe Staufen, dessen kahler Gipfel einst die Stammburg des mächtigsten deutschen Kaisergeschlechts trug. Die Burg ist längst zerstört, die letzten Steintrümmer bröckeln in Schutt und zerfallen in Staub. Auch von den großen Schöpfungen der Hohenstaufischen Kaiser ist fast keine sichtbare Spur geblieben. Rastloser Kampf war ihr Leben und Walten, nicht immer von Sieg gekrönt und von Erfolg getragen. Im Innern des Reichs erhob sich wider sie das ihnen an Macht fast gleichkommende Fürstengeschlecht der Welfen und machte ihnen

fast ein Jahrhundert hindurch die Kaiserkrone streitig; das Streben der Hohenstaufen, dem Uebermuthe trutziger Vasallen einen festen Damm in einem erblichen deutschen Kaiserthum entgegenzusetzen, scheiterte an dem Widerspruche der deutschen Fürsten. Das „Hie Welf! Hie Waiblingen!“ fand einen noch heftigern Wiederhall jenseits der Alpen bei Guelfen und Ghibellinen. Oft mußten die Kaiser auf ihren Römerzügen umkehren, weil eigenmächtige Vasallen im entscheidenden Augenblicke ihre Hülfe versagten oder weil die Macht der Päpste sich mit ihren Gegnern verband. Vergebens strebten sie, ihre Herrschaft unabhängig von der Macht der Päpste aufzurichten, vergebens kämpften sie mit dem Schwerte Karl's des Großen wider den Bannstrahl Rom's. Als endlich die Päpste im Bunde mit dem von ihnen zu Hülfe gerufenen Hause Anjou die Herrschaft der Hohenstaufen in ihren italienischen Erblanden zu Falle brachten und durch Begünstigung von Gegenkaisern in Deutschland untergruben, da mußte die höchste weltliche Macht der kirchlichen das Feld überlassen. Ohne die großen Ziele seines Hauses erreicht zu sehen, beschritt der letzte Hohenstaufe, der jugendliche Konradin, voll Schmerz und Unmuth das Blutgerüst zu Neapel, das römische Arglist im Bunde mit wälschem Truge ihm errichtet hatten, und warf, ehe er seinen Nacken dem Todesstreich beugte, seinen Handschuh unter das Volk als ein Pfand, das Sühne forderte.

Mit Wehmuth und mit Vorliebe denkt der Deutsche jener Zeit. Sei es daß er in den leuchtenden Heldengestalten der Hohenstaufen die Vorkämpfer deutscher Macht erkennt, sei es daß er in ihrem unermüdlichen Kämpfen und Ringen, in ihrer kraftvollen Abwehr jeder Unbill, von wo sie auch komme, verwandte Beziehungen mit dem eigenen rastlos ringenden und strebenden Volksgeist erkennt, — die Erinnerung an die Hohenstaufische Ruhmeszeit wob sich mit goldenen Fäden in das deutsche Gemüth, sie klang fort in Lied und Sage des Volkes, und was die Jahrhunderte hindurch wie ein Traumbild vor der Seele des Volkes gestanden, das sollte in einer Zeit voll schöpferischer Thatkraft wieder Leben und Gestalt erhalten.

Tief und unauslöschlich in die Seele des Deutschen hat sich das Bild des mächtigsten unter den Hohenstaufischen Kaisern, Friedrich's mit dem rothen Barte, geprägt. Sowie er, die Krone auf dem Haupte, das Scepter in der Hand, vor sich das Schwert und das römische Rechtsbuch Kaiser Justinian's, umgeben von Fürsten und Prälaten und den Gesandten der lombardischen Städte, auf den Ronkalischen Feldern bei Piacenza Recht sprach und Streit schlichtete, wie er im Reiche Frieden gebot und den Friedensbruch zornig strafte, wie er vor dem „goldenen Mainz“, in der bunten rauschenden Zeltstadt zwischen Main und Rhein, umringt von Rittern und Reisigen, von Sängern und Liederboten aller deutschen Gauen, jenes Reichsfest feierte, von dessen Glanz und Pracht die Dichter späterer Zeiten nicht aufhörten zu singen und zu sagen, — so lebte er fort in Lied, Bild und Sage des deutschen Volkes.



Friedrich Barbarossa's Reichsfest im goldenen Mainz.

Ja, so mächtig wirkte der Zauber seiner Erscheinung im deutschen Gemüthe nach, daß man lange an seinen Tod nicht glauben mochte. Nicht unter den kühlen Wellen des Cydnus, nicht in dem fernen Tyrus, wo keine deutsche Harfe an seinem Grabe klagt, wollte man ihn für immer begraben wissen, sondern im Herzen Deutschlands sollte er seine Heimstatt haben. Nicht gestorben war er, sondern nur schlafen gegangen. In dem sangreichen Thüringen, wo über fruchtbarem Saatfelde und Goldener Au der Kyffhäuser Berg majestätisch sich hebt, dort wohnt er verzaubert im prächtigen unterirdischen Palast mit seiner Tochter und mit seinem Hofstaat. Er hat alle seine Helden um sich, seine Rüstkammer hängt voll der Waffen; in den Ställen stampfen die Rosse ungeduldig im Schlafe. Er sitzt am steinernen Tische, sein feuerfarbener Bart ist durch den Tisch gewachsen, auf den er schlummernd das Haupt stützt; je zuweilen nickt er wie im Traume. Wenn aber ein mächtiger Adler die Raben, die des Berges Gipfel umflattern, verscheuchen und mit ehrner Schwinge an das Felsenthor schlagen wird, dann wird er erwachen und hervorgehen und seinen Heerschild an einen dürren Baum hängen, daß dieser neu ergrünen und eine bessere Zeit anheben wird.

So hörte der Deutsche nicht auf zu dichten und zu träumen, als der Hohenstaufen Macht und Herrlichkeit längst im Grabe ruhte. Trübe Zeiten kamen über Deutschland, Zeiten der Spaltung und Schwäche. Aus dem Lehnswesen heraus entwickelten sich die vielen Einzelnhoheiten mit dem Streben nach eigener landesherrlicher Gewalt, oft in offener Auflehnung gegen die kaiserliche Macht. Faustrecht und Fehdewesen zerrütteten das Land im Innern, Mißtrauen und Eifersucht der Fürsten untereinander hinderten die Machtentfaltung des Reichs nach außen. Nur in den freien, reichsunmittelbaren Städten erhielt sich der Volksgeist in seiner Eigenthümlichkeit, sowie auch die Hansa, der rheinische und schwäbische Städtebund Zeugniß für den im Volke noch lebenden Trieb und die Fähigkeit zu großen nationalen Bildungen gaben. Nicht die Kaiserkrone an sich, als Sinnbild der höchsten weltgebietenden Macht, war der Preis des Strebens der Edlen, sondern sie sollte selber dienen, den Glanz der Hausmacht zu erhöhen; das Kaiserthum galt immer weniger als einigender Mittelpunkt des Reichs. —

Kampf ist der Pulsschlag in der Geschichte der Völker, aber nur selten ist es den ringenden Geschlechtern gegeben, selbst den Ausgang ihrer Kämpfe zu sehen. Menschenalter vergehen, Geschlechter sinken ins Grab, und wenn endlich der Sieg errungen und eine segenverheißende Friedenszeit anzubrechen scheint, dann warten schon wieder neue Aufgaben der Lösung. Unter der Verwesung des Alten reifen die Keime frischen, blühenden Lebens. Neue Ideen ringen sich lebenskräftig empor und fordern auf zu neuem Kampfe, zu neuem Fortschritt, denn Stillstand ist Tod im Leben des Einzelnen, wie in der Geschichte der Völker.

Die großen Ziele der Hohenstaufenkaiser gingen unter ihren Nachfolgern verloren. Im Volke aber bereitete sich auf geistigem Gebiete jene tiefernste Bewegung vor, deren Nachwirkungen durch Jahrhunderte sich fühlbar machen sollten. An das Auftreten des Wittenberger Mönches knüpfte sich eine Reihe von Kämpfen, welche — obgleich mehr geistiger Natur — doch bald mit weltlichen Waffen geführt wurden und daher auch in ihrem Ausgange von ihren ursprünglichen Zielen weit verschieden waren. Für die Herstellung des reinen Christenthums und der Glaubenseinheit in der Kirche wurden die Waffen ergriffen, aber in dem mit Drangsal und Verheerung, mit Blutströmen und Brandfackel immer furchtbarer um sich greifenden Dreißigjährigen Kriege ging jede höhere Weihe verloren. Der Kaiser, zu schwach, um Frieden im Reiche zu gebieten, suchte durch Anschluß an die päpstliche Macht die eigene, Habsburgische Hausmacht zu sichern, die Evangelischen aber riefen gegen diesen Bund des deutschen Kaisers mit dem römischen Papste das Ausland zu Hülfe. Nicht der Sieg der einen oder der andern Partei entschied den Kampf, sondern die Erschöpfung beider Theile nöthigte sie, die Waffen niederzulegen.



Nach dem Dreißigjährigen Kriege.

Trostlos war der Zustand des Reichs nach dem Ende des unseligen Krieges. Ein Theil des Volkes hatte sich allerdings von der Beeinflussung des römischen Stuhles frei gemacht, aber die auch unter diesem Theile fortdauernde Spaltung trübte diese Errungenschaft. Gegenüber der innigen Glaubenswärme des Gemüths trat die starre Rechtgläubigkeit, welche den kirchlichen Lehrsatz über das lebendige Christenthum des Herzens stellte. Auf diese Parteiungen gründete das Papstthum seine Hoffnung, früher oder später die alte Stellung in Deutschland wiederzuerlangen, und bemühte sich unablässig, durch jesuitische Sendlinge die verlorenen Seelen in den Schoß der Kirche zurückzuführen. Die Folterwerkzeuge der Inquisition ließen sich nicht mehr anwenden, aber bis in das Heiligthum des Herdes und der Familie schlichen sich jene Peiniger des Gewissens und drohten mit den Qualen der Hölle für den Abfall vom Papstthum

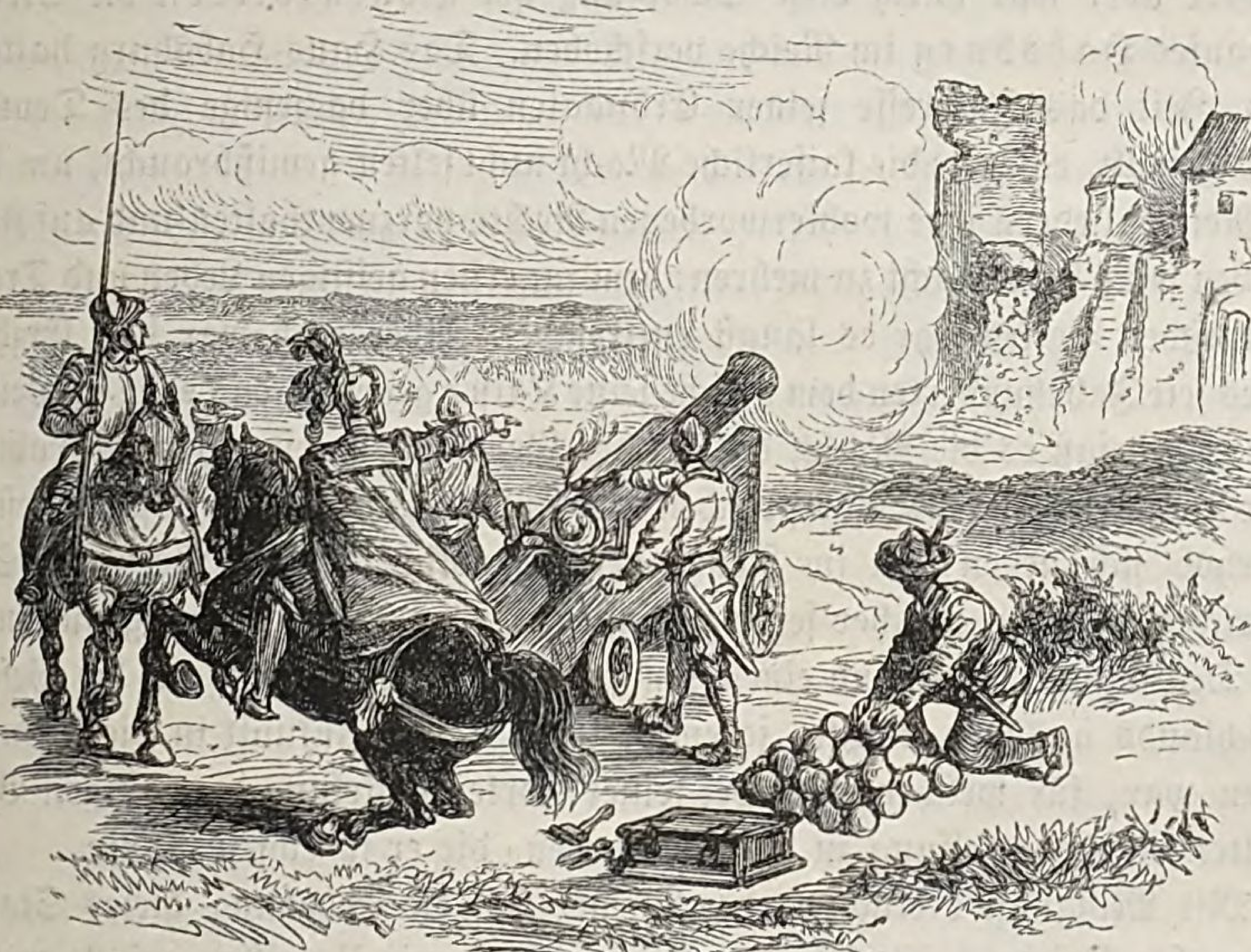
und der alleinseligmachenden Kirche. Das Deutsche Reich, diese herrlichste Schöpfung des Mittelalters, überdauerte die Stürme des Dreißigjährigen Krieges nur noch als eine Ruine. Statt des einen mächtigen Kaisers erhoben sich die kleinen Fürsten mit landeshoheitlichen Rechten und mit mehr Herz für ihren Hausstaat, als für des Reiches Ehre und Größe; das Habsburg'sche Kaiserhaus selbst erschien fast als eine fremde Macht im Reiche. Alte deutsche Reichslande schieden aus dem Reichsverbande oder fielen fremder Willkür zum Raube. Ja, der Herrscher Frankreichs durfte, der deutschen Ohnmacht spottend, die ehrwürdige Reichsstadt Straßburg, die Perle des Rheinthals, zu rauben wagen, ohne daß der Kaiser das zornflammende Reichsschwert gezückt hätte, ohne daß ein Schrei der Entrüstung in deutschen Landen gehört wurde. Die alte Anhänglichkeit an Kaiser und Reich war durch den langen Krieg und den fehlenden Reichsschutz im Volke gelockert, deutsche Art und Sitte von fremdem Wesen überwuchert und das deutsche Volksthum krankte in seinen Grundwurzeln.

Wol wurde die Zerrissenheit Deutschlands, der Jammer des Volkes noch von Manchem empfunden; wol fehlte es auch jetzt nicht an Männern, die dem deutschen Leben wieder eine höhere Richtung gaben und der nationalen Entwickelung neue Bahnen vorschrieben; — wer hat gegenüber der dürren Buchstabengläubigkeit lebendiger auf das wahre Christenthum des Herzens hingewiesen als Spener! wer hat die Macht des Geistes in allen Zweigen der Wissenschaft schärfer dargelegt als Leibnitz! — Aber unter den großen Männern, die das deutsche Volk hervorgebracht, haben die meisten mehr wegweisend und belehrend als schöpferisch gestaltend gewirkt.

In diesem Zeitabschnitte griff in die Geschicke Deutschlands immer mächtiger ein Fürstengeschlecht ein, welches, seiner Herkunft nach aus dem südlichen Deutschland stammend, das nächste Feld seiner Thätigkeit und Bewährung im nördlichen finden, mit seinen Erfolgen dem gesammten Deutschland zu Nutzen und Heil gedeihen sollte.

Im Schwabenlande, dem hohen Staufen am mittägigen Himmelssaume noch sichtbar, hebt sich unter den Vorhöhen der Rauhen Alp noch ein anderer stattlicher Bergkegel, der hohe Zoller, über der fruchtbaren Thalebene majestätisch empor. Weithin glänzen Wartthurm und Zinnen der Burg auf seinem Scheitel; die Thürme und Erker der alten Kapelle mit ihren bunt gemalten Spitzbogenfenstern leuchten von ferne, mitten im Burghofe blüht eine alte Linde. Nachbarlich grüßt die Burg zu den verwitterten Steintrümmern auf dem Staufen hinüber, nachbarlich mögen dereinst auch die Grafen vom Staufen mit denen vom Zoller verkehrt und bei gastlichem Mahle heitere und ernste Rede gewechselt, vielleicht auch an manchem frohen Familientage Pathenstelle bei diesen versehen haben, wie der berühmteste Taufname, der sich von dem einen Geschlechte auf das andere übertragen hat, der Name „Friedrich", anzudeuten scheint. Graf Friedrich III. von Hohenzollern galt als einer der vertrautesten Rathgeber

Kaiser Friedrich's mit dem rothen Barte und wurde von dessen Nachfolger Heinrich VI. zum Burggrafen von Nürnberg bestellt. Bald mehrten sich die Besitzungen der Hohenzollern in Schwaben wie in Franken, aber ein heller Kopf und ein tapferer Arm blieb allezeit ihr bestes Erbtheil. Durch Heldenmuth, Weisheit und Adel der Gesinnung mehrten sie ihr Ansehen unter den Fürsten des Reichs, durch treue Dienste für Kaiser und Reich ihre Aemter und Würden. Solchen Verdiensten hatte der Burggraf Friedrich VI. seine Belehnung mit dem deutschen Reichslande der Mark Brandenburg auf dem Konzil zu Kostnitz (1415) durch Kaiser Sigismund zu danken.



Die Hohenzollern in der Mark zerstören die Burgen des Raubadels.

Ihm und seinen Nachfolgern ward die schwere Aufgabe, die Marken des Reichs gegen Osten zu schirmen und zu erweitern und das unter unfähigen Statthaltern und einem trutzigen Raubadel verkommene, zum Theil noch von slawischen Einflüssen beherrschte Land Brandenburg mit christlich-deutscher Bildung und Sitte zu erfüllen, eine Aufgabe, der sie sich mit weiser Einsicht und Thatkraft unterzogen. Während der Stürme des Dreißigjährigen Krieges, den feindlichen Heeren von allen Seiten schutzlos preisgegeben, hatte die Mark Brandenburg mehr als irgend ein anderer deutscher Staat zu leiden. Um so bewundernswürdiger war die bald darauf ins Leben tretende Schöpfung Friedrich Wilhelm's, des Großen Kurfürsten.

Zu der Zeit, als unter den Nachwehen des Dreißigjährigen Krieges das deutsche Volkswesen am meisten danieder lag, schuf Friedrich Wilhelm im nördlichen Deutschland einen selbständigen deutschen Staat, der seine Grenzsteine

gleichsam als Vorposten deutscher Bildung nach Osten und Westen über Weichsel und Rhein hinaus gegen Slaventhum und Franzosenthum vorschob, mit einem stattlichen stehenden Heere, das seinen Kriegsruhm auf den Feldern von Warschau und Fehrbellin gegen Polen und Schweden begründete, einen Staat, der vor Allem den Schutz der Gewissensfreiheit aller seiner Bürger auf sein Panier schrieb.

Das Emporwachsen des brandenburgisch-preußischen Staates sollte von entscheidendem Einfluß auf die Entwickelung der Verhältnisse im Deutschen Reiche wie auf die Stellung der Nachbarmächte zu demselben werden. Insbesondere aber war durch diese Schöpfung der Hohenzollern die Stellung des Hauses Habsburg im Reiche verschoben. Das Haus Habsburg hatte seit langer Zeit das Interesse seiner Erbstaaten über dasjenige des Deutschen Reichs gestellt, es hatte die kaiserliche Macht nicht selten gemißbraucht, um deutschen Reichsgliedern ihre wohlerworbenen Rechte vorzuenthalten und auf Kosten derselben seine Hausmacht zu mehren; dem innersten geistigen Leben und Treiben des deutschen Volkes war es längst entfremdet. Aber noch war das Erzhaus, welches seit Jahrhunderten dem Reiche seine Kaiser gegeben, das erste in Deutschland; noch besaß es die Macht, die „in der Gewohnheit festgegründet ruht und an der Völker frommem Kinderglauben mit tausend zähen Wurzeln sich befestigt". Da erhob sich neben ihm im Reiche der jugendlichkräftig aufstrebende Staat Friedrich Wilhelm's, welcher seine zukünftige Größe und Bedeutung nur in und durch Deutschland suchte und einen um so mächtigern Einfluß auf die Geschicke Deutschlands ausüben mußte, je enger seine eigene Zukunft in dieselben verflochten war, für welchen aber bei seiner Fortentwickelung die rostigen Bande der alten Reichsverfassung zu Fesseln wurden, die er sprengen mußte.

Mit Mißgunst betrachtete der Wiener Hof die Erhebung dieses Staates. Wol mochte Friedrich Wilhelm's deutsches Herz mit Unwillen erfüllt werden, als er dem Reichsfeinde im Norden, als Bundesgenossen des Reichsfeindes im Westen Deutschlands, nach seinem Einfall in die Marken die mit gutem brandenburgischen Schwert eroberten pommerschen Küstenländer beim Friedensschlusse wieder zurückliefern mußte, weil der Kaiser ihn im Stiche ließ, — denn „es lag nicht in seinen Wünschen, daß an der Ostsee ein neues Königreich der Vandalen sich erhöbe", so hatte der Kaiser sich gegen seine Umgebungen geäußert. Zornmuthig vollzog er den ungerechten Friedensvertrag von Saint-Germain mit dem prophetischen Ausruf: „So möge denn ein Rächer aus meinen Gebeinen erstehen!" Dennoch war die Ehrfurcht vor der geheiligten Würde des Reichsoberhauptes auch unter seinen Nachfolgern so groß, daß sie manche Schädigung an Land und Gebiet, manche Unbill vom Hause Oesterreich zur Zeit hinnahmen, ehe sie für ihre Rechte als Reichsfürsten und für die Machtstellung Preußens in Deutschland mit den Waffen in der Hand sich gegen die Habsburgische Macht erhoben.

Da kam in Preußen ein König zur Regierung, der — seinem Volke und seinen Zeitgenossen um Generationen voraus — klaren Auges die Ziele erkannte, welche seinem Staate von der Geschichte vorgezeichnet waren, und dessen kühner Genius, unbekümmert um die althergebrachten todten Formen, neuen lebensfähigen Schöpfungen gewaltsam Bahn brach. Niemand hat die Macht des Habsburgischen Kaiserthums in Deutschland tiefer erschüttert als Friedrich der Große; Niemand hat an den Grundsäulen der alten, hinsterbenden Reichsverfassung mächtiger gerüttelt als er, und dennoch war es gerade dieser König, welcher dem deutschen Volke wieder das Bild eines deutschen Helden vor die Seele führte und dem deutschen Nationalgefühl neuen Aufschwung lieh. Die unwiderstehliche Thatkraft des großen Königs, seine heldenmüthige Ausdauer im Kampfe gegen die größten Mächte Europa's weckte die deutsche Nation aus ihrer dumpfen Ruhe und riß sie — halb gegen ihren Willen — zur Bewunderung längst entbehrter Größe fort. Seine Waffenthaten machten zunächst mehr das preußische als das deutsche Nationalgefühl erstarken, aber Friedrich's Sieg bei Roßbach, wo der ganze Flitterstaat des vielgepriesenen französischen Heldenthums vor den Blitzen seines Genius in ein lächerliches Nichts verstob, war eine deutsche Großthat und wurde vom gesammten Volke als solche gefeiert. Friedrich hatte die deutsche Nation nur in ihrer Zerfahrenheit kennen gelernt und setzte kein Vertrauen in die Kraft des deutschen Geistes, darum hat er mehr für die preußische Macht als für das Deutsche Reich gestritten; aber niemals zögerte er, sein Schwert zum Schutze der schwächern Reichsglieder in die Wagschale zu werfen, und noch in den letzten Jahren seines Lebens widmete er mit jugendlichem Eifer seine volle Kraft einem Werke, welches beweist, wie er den Grundtrieb der Geschichte nicht in der Zersetzung, sondern in der Einigung der deutschen Stämme erkannte.

Wiederum waren es die Vergrößerungspläne des Hauses Habsburg, die den Anstoß dazu gaben. Als Kaiser Josef, geleitet von dem Wunsch, Bayern an sein Haus zu bringen, dem Kurfürsten Karl Theodor die für Oesterreich unbequem gelegenen Niederlande unter dem lockenden Namen eines Königreichs Burgund zum Tausch anbot, veranlaßte Friedrich den Erbfolger Karl August von Pfalz-Zweibrücken zum Einspruch gegen diesen Tauschhandel und stiftete unter Beirath seines Ministers, des Grafen Hertzberg, den Deutschen Fürstenbund zum gegenseitigen Schutze der Freiheit und Sicherheit aller Reichsglieder und zur gemeinsamen Abwehr, „wo immer auch sonst in irgend einem Stücke für die allgemeine Reichsverfassung Schaden, Gefährde, Eingriffe, Neuerungen, Kränkung, Bedrückungen und Störungen zu besorgen sein könnten." Der König von Preußen hatte sich durch diesen Bund zum Schirmherrn der Reichsordnung aufgeworfen. Um aber eine tiefer greifende Wirkung auf die deutschen Zustände erwarten zu lassen, hätte derselbe zugleich mit einer Umbildung der hinfälligen Reichsverfassung verbunden sein müssen. Dafür fehlte es aber in jener Zeit

an vaterländischem Gemeinsinn. Dem Könige war es nicht vergönnt, dieses — sein letztes — Werk noch auszubauen und zu erweitern, und der große Gedanke Friedrich's ging mit ihm schlafen.

Indem Preußen nach dem ohne Nachdruck geführten Kriege gegen das revolutionäre Frankreich im Separatfrieden zu Basel das linke Rheinufer an die Französische Republik abtrat, sagte es sich von der deutschen Politik Friedrich's des Großen los. Aus der Zerfahrenheit Deutschlands und der Zwietracht der beiden Großmächte trug abermals Frankreich eine reiche Ernte davon. Nicht des Reiches Größe und Wohlfahrt verband seine Glieder zu einträchtigem Handeln, sondern um die Bedeutung ihrer kleinen Staaten zu heben und Titel und Würden oder einige Quadratmeilen Landes auf Kosten deutscher Stammesgenossen zu erlangen, suchten deutsche Reichsfürsten bei den Verhandlungen des Rastatter Kongresses den Beistand des deutschen Reichsfeindes Frankreich. So bildete sich in den durch Säkularisationen und Mediatisirungen künstlich vergrößerten deutschen Staaten, von den Regierungen kurzsichtig gepflegt, von Frankreich weislich genährt, jener Sonderstaatsgeist, welcher den vaterländischen Gemeinsinn untergrub. Es war eine Zeit der sittlichen Verarmung unsers Volkes, des Mangels an Charakterstärke, Thatkraft und männlicher Tugend.

Die alte habsüchtige Hauspolitik der Habsburger, welche oft die Hand nach dem schönen Lande an Inn und Donau ausgestreckt hatte, strafte sich jetzt durch das Auftreten der deutschen Mittelstaaten gegen Oesterreich in den Kriegen des ersten Napoleon. Es war nichts Auffallendes, als Bayern, Württemberg, Baden und andere Staaten ihre Heere mit denen des kaiserlichen Frankreich vereinigten und gegen das Oberhaupt des Deutschen Reichs führen ließen, weil sie von der Gunst des französischen Imperators mehr hofften, als sie den Zorn des deutschen Kaisers fürchteten. Unter solchen Zuckungen ging das Reich seiner Auflösung entgegen.

Als unmittelbare Folge des unheilvollen Krieges trat der Rheinbund ins Leben, in welchem sechzehn deutsche Reichsstände, an der Spitze die neu geschaffenen Könige von Bayern und Württemberg und der Kurfürst-Erzkanzler von Mainz, sich unter die Schutzherrlichkeit des Kaisers der Franzosen begaben, „um durch angemessene Anordnungen den innern und äußern Frieden des südlichen Deutschland zu sichern, da dasselbe in der alten Reichsverfassung keine Bürgschaft mehr finden könnte.“ Darauf ward am 6. August 1806 auf dem Reichstage zu Regensburg die Akte verlesen, kraft welcher Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserwürde niederlegte und alle Stände des Reichs aus den Pflichten gegen das Reichsoberhaupt entließ. Ein tausendjähriges Leben mit den herrlichsten Erinnerungen, mit einer geschichtlichen Vergangenheit ohne Gleichen ging zu Ende. Das Deutsche Reich, schon längst nur noch ein siecher Körper, ward bestattet, ohne daß innerhalb und außerhalb seiner vielangefochtenen Grenzen ein Laut des Schmerzes oder der Klage gehört wurde.

Allerdings hatte Franz II. nur das Recht, die Krone für seine Person niederzulegen, nicht aber die kaiserliche Würde überhaupt für erloschen zu erklären. Wenn es gelang, auch nur die Trümmer des Reichs unter einer veränderten Verfassung zusammenzuhalten, so war damit das Recht gegeben, auch ohne die fernere Theilnahme Oesterreichs die Kaiserwürde zu erneuern. Aber schon war im Volke die Theilnahme für die Gemeinsamkeit deutscher Interessen nicht mehr erregbar. Auch fehlte es an einem mächtigen Fürsten, der stark und deutsch genug gewesen wäre, um die Volkskraft wieder zu wecken und zu einen, und der zugleich hochherzig genug gefühlt hätte, um in der Kaiserkrone den edelsten Schmuck des deutschen Hauptes zu erkennen; es fehlte an Staatsmännern von kühnem Geiste und Schöpfungskraft, um eine neue Reichsordnung ins Leben zu rufen und den Kaiserthron für den Würdigsten aufzurichten.

Zu spät nahm Preußen die Bestrebungen, die staatliche Ordnung in Deutschland herzustellen, auf. Die Erinnerungen an den Beruf Preußens als deutsche Großmacht, wie Friedrich der Große ihn erfaßt und in seinem letzten Werke, dem Fürstenbunde, vorgezeichnet hatte, wurden in seinem königlichen Neffen Friedrich Wilhelm III. wieder lebendig. Der Leiter der preußischen Staatskunst, Minister von Haugwitz, war überreich an Entwürfen, aber desto ärmer an Entschlüssen und Thatkraft. Sein allgemeiner Plan ging auf die Bildung eines norddeutschen Reichsbundes auf Grund eines Dreifürstenbundes zwischen Preußen, Kursachsen und Kurhessen. Der König von Preußen sollte mit der Würde des Oberhauptes den Kaisertitel, die Kurfürsten von Sachsen und Hessen den Königstitel annehmen. Die Ausführung dieses Plans würde die Spaltung in Deutschland für alle Zeit beständig gemacht haben. Der norddeutsche Reichsbund unter preußischem Kaiserthum würde sich zu dem Rheinbunde der süddeutschen Staaten unter französischer Schutzherrschaft in scharfen Gegensatz gestellt haben und das Deutsche Reich würde in ein österreichisches, ein preußisches und ein französisches Deutschland zerfallen sein. Aber es blieb glücklicherweise bei dem Entwurfe. Noch immer jagte Haugwitz dem Schattenbilde des norddeutschen Reichsbundes nach, als bereits nach dem Saalethale die Heermassen des französischen Imperators im Anzuge waren, welche bald darauf auch die Macht des letzten noch unabhängig gebliebenen deutschen Staats brachen und die Hoffnungen auf Herstellung einer deutschen Reichsordnung auf lange hinaus vernichteten. Der Rheinbund aber und die neugestifteten Napoleonischen Vasallenstaaten rückten immer näher gegen das Herz Deutschlands vor.

Gedemüthigt, auf sich selbst angewiesen, auf die Hälfte seines frühern Gebiets beschränkt, begann jetzt der preußische Staat die Arbeit der innern Sammlung und sittlichen Erhebung, welche seine Befreiung vorbereiten und nicht allein ihm, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande zu Nutzen und Heil gedeihen sollte. Die Männer, welche jetzt in Preußen gründend und waffnend, aufklärend und belehrend an die Spitze traten, waren zugleich Vorkämpfer der

deutschen Freiheit und Einheit. Es war eine stille, fruchtbare Geistesarbeit, der sich die edelsten Männer des Volkes, Stein, Gneisenau, Vincke, Niebuhr und ihre Genossen, mit stolzem Freimuth und in vaterländischem Wetteifer hingaben; ihr Wirken war um so reiner und edler, als es, frei von allen Forderungen des Ehrgeizes, allein von dem schlichten deutschen Pflichtgefühl getragen war und kein anderes Ziel verfolgte, als die Aufklärung des Volkes über seine wahren Bedürfnisse, die Förderung des Gemeinwohls und die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft. Die Leitung der bürgerlichen Gesetzgebung übernahm der freisinnige schöpferische Freiherr von Stein, „des Rechtes Grundstein, der Bösen Eckstein, der Deutschen Edelstein." Er war es, der „die Könige das Geheimniß lehrte, sich auf die Kraft zu stützen, die Napoleon nicht zu berühren wagte, und sie zu einer Waffe zu machen, um damit fünfzehnjährige Schmach zu rächen und den Koloß zu zertrümmern." Es sind die Grundgedanken moderner germanischer Volksfreiheit, aus denen die Stein'sche Gesetzgebung hervorwuchs, Gedanken, zu tief und zu groß, um einer Partei zum Stichwort zu dienen, aber eben deshalb einer allseitigen Entwickelung fähig. Jeder Fortschritt deutschen Lebens mußte auch in Zukunft auf dieselben zurückführen. Durch die Aufhebung der Erbunterthänigkeit wurde ein freier Bauernstand geschaffen, durch die neue Städteordnung der bürgerliche Gemeinsinn geweckt und gepflegt, durch die Anbahnung einer ständischen Verfassung auch dem Adel neben dem Waffendienste ein friedliches Feld zu öffentlicher Thätigkeit eröffnet. Die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes ward Allen als das höchste, durch das Zusammenwirken aller Kräfte zu erringende Ziel vor die Seele gestellt. Stein's zuversichtlicher Muth richtete die Zweifelnden auf, seine schöpferische Thatkraft weckte die Gleichgiltigen, sein männlicher deutscher Zorn trieb den deutschen Franzosenfreunden die Schamröthe in die Wangen. Mit rücksichtsloser Kühnheit riß er die Schranken nieder, die sich seinen hochstrebenden Plänen entgegenstellten, der Zorn der Tugendfreunde dünkte ihm gleich dem „Zorne der träumenden Schafe."

Wol erkannte Napoleon, welchen gefährlichen Gegner er in Stein hatte, und ließ ihn mit der Achtserklärung in ganz Deutschland verfolgen, aber schon hatten die Grundgedanken der Stein'schen Gesetzgebung sich so tief im Herzen des Volkes befestigt, daß sein Nachfolger Graf Hardenberg nur im gleichen Sinne fortzubauen brauchte. Ohne die sittliche Größe Stein's zu erreichen, besaß Hardenberg doch staatsmännische Klugheit und einen hellen, vorurtheilslosen Blick. Unter seinem Schutze entwickelte sich die neugegründete Hochschule zu Berlin zu einer wissenschaftlichen Leuchte und zu einem Horte vaterländisch-freimüthiger Gesinnung. Hier forderte Fichte zur volksthümlichen Erziehung der Jugend auf und wies in seinen „Reden an die deutsche Nation" darauf hin, wie die nationale Wiedergeburt durch die gleichzeitige sittliche Hebung bedingt und nur in Anspannung der eigenen Kraft zugleich Gottes Hülfe zu erwarten sei.



v. Koeppen: Fürst Bismarck. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Die Vorkämpfer der deutschen Einheit.

Hier wirkte Wilhelm von Humboldt im Sinne reiner, edler Menschlichkeit. Hier vereinigten sich alle wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen der Zeit und erschlossen dem deutschen Volksleben die halb versiegten Quellen seiner Geschichte, Sprache und Literatur zu neuem Verständniß. Auch die Werke der großen Dichter gewannen jetzt vom nationalen Gesichtspunkte eine andere Bedeutung für das wiedererwachende Volk. Die Worte Schiller's: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!" hallten mächtig im deutschen Herzen nach, und der Mahnruf des sterbenden Attinghausen klang wie ein Vermächtniß des Dichters an die deutsche Nation: „Seid einig, einig, einig!" —

Gleichen Schritt mit der geistigen Erhebung hielt die Neugestaltung des Kriegswesens unter Leitung des umsichtigen Scharnhorst, des „Waffenschmiedes deutscher Freiheit", und seiner wackern Genossen, der Gneisenau, Grolmann und Boyen. Wehrhaftmachung des ganzen Volkes und Veredelung des Waffendienstes durch allgemeine Wehrpflicht, damit das Heer eine Schule der Zucht und Mannheit für das Volk werde, sittliche und wissenschaftliche Hebung des Offizierstandes, Gleichheit der Rechte und Pflichten für Alle ohne Rücksicht auf Geburtsrang, Begründung der Kriegszucht auf das Vaterlands- und Ehrgefühl unter Abschaffung unwürdiger Strafen, — das waren die Grundzüge der Schöpfung des neuen Heeres, wie es „eine neue Pallas, waffen- und weisheitgerüstet" aus Scharnhorst's Haupte hervorging.

Das Wagestück des kühnen Schill und seiner todesmuthigen Genossen, der Zug des heldenmüthigen Welfenherzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig und seiner schwarzen Schar belebten von Neuem den Thatendrang des Heeres und seinen Zorn gegen den Unterdrücker. Als nun auf den Schlachtfeldern der Freiheitskriege das preußische Volk in leuchtenden Thaten Zeugniß ablegte von dem neuen Geiste, der es erfüllte, als Preußens Führung die deutschen Stämme mit oder ohne Willen der Einzelregierungen in den Kampf für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands fortriß, als Blücher's mächtiges „Vorwärts!" die Bahn zu bezeichnen schien, die Preußen in Zukunft zu schreiten entschlossen sei, da dämmerte in manchem Herzen die Ahnung, daß Preußen mit den Hohenzollern berufen sei, die Macht und Einheit des Deutschen Reiches wieder aufzurichten.

Der schwungvollen Begeisterung jener Tage folgte politische Ernüchterung. Nicht einmal die alten Reichslande, das Elsaß und Lothringen, welche Stein, Hardenberg, Gneisenau, Humboldt als Kampfpreis forderten, wurden zurückgegeben. Von dem Kongresse zu Wien, wo sich Fürsten und Staatsmänner zusammenfanden, erwartete Europa eine neue Ordnung, das deutsche Volk eine Neugestaltung des Reiches. Aber anstatt „eines einigen freien Reiches aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes", wie Preußen in seinem Aufrufe bei Beginn der Freiheitskriege verheißen hatte, ging aus den Berathungen des

Wiener Kongresses ein deutscher Bund von achtunddreißig Staaten unter Oesterreichs Vorsitz hervor, „zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands und Unverletzlichkeit der einzelnen Bundesglieder", ohne einheitliche Spitze und Vertretung, ohne Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung, ohne die Grundbedingungen einer fortschreitenden Entwickelung. Dieses traurige Ergebniß langer Berathungen war die Folge der Eifersucht zwischen den beiden deutschen Hauptmächten und der Mißgunst der europäischen Großmächte. Welche Früchte ließen sich noch von einem Baume erwarten, der in der Krone verstümmelt war, im Herzen des Volkes nie Wurzeln schlagen konnte!

Der Deutsche Bund bildete niemals eine Macht; bald sollte er nur noch eine Hemmung des deutschen Volkslebens bedeuten. Anstatt des Reiches gab es nur ein Oesterreich, ein Preußen und eine Anzahl größerer oder kleinerer Einzelstaaten.

Oesterreich, das bei seiner abgerundeten Lage und seiner politischen Macht sich selbst genügte, entfremdete sich unter Metternich'scher Staatsleitung dem deutschen Leben immer mehr. Eifersüchtig behütete es seine Grenzen vor dem „Gift der Aufklärung" und beschränkte die Mittel derselben, Presse und Buchhandel, durch Polizeimaßregeln im Innern, während die Träger geistiger Verdummung, Mönchsorden, Klöster und Jesuiten, eifrig unterstützt wurden. Materielle Güter und sinnliche Lebensgenüsse sollten für den Verlust der Freiheit entschädigen. Das Verlangen des gutmüthigen, genußliebenden Volkes nach „Brot und Spielen" ward befriedigt, aber die idealen Bestrebungen fanden weder Nahrung noch Hebung. Bürgertugend und Manneswürde können aber nur in einem freien Volke, nicht in einem Polizeistaate gedeihen. So verlor Oesterreich auch die Kraft zur Erfüllung der Aufgabe, deutsche Bildung nach Süden und Osten zu tragen. Es sah zu, wie Venedigs Pracht und Herrlichkeit in Staub sank, wie das Freiheitsgefühl und die bürgerliche Rührigkeit der Lombarden allmählich abstarben, wie die Länder der untern Donau mehr und mehr dem Einflusse Rußlands und der Pforte anheimfielen; überall, im Orient, in Griechenland, in der Türkei überwog der Einfluß der andern Mächte, Rußlands, Englands, Frankreichs. Auch die Eifersucht der verschiedenen, unter habsburgischem Scepter nebeneinander wohnenden Völkerschaften Oesterreichs konnte nur künstlich beschwichtigt werden. Ohne eigene Lebenswärme vermochte der Metternich'sche Polizeistaat auch auf die Entwickelung des deutschen Volkslebens keinen Einfluß zu üben und erblickte seine Aufgabe am Bunde und in Deutschland nur in der Niederhaltung aller freiern Regungen des Volksgeistes, als deren gefährlicher Hort ihm damals noch Preußen erschien.

Preußen, das für seine ruhmvolle Führung im Befreiungskriege auf dem Wiener Kongresse am kümmerlichsten bedacht worden, mit seiner ungünstigen geographischen Gestaltung, seinen getrennten Gebietsmassen, seinen überall offenen Grenzen, konnte seinem geschichtlichen Berufe nur dann treu bleiben, wenn es,

verbündet mit dem deutschen Volksgeiste auf der Bahn freiheitlicher Entwickelung vorschreitend, die kleinen norddeutschen Staaten unter seinem Schutze sammelte und Deutschlands Schicksal zu seinem eigenen, Deutschlands Größe zur Grundbedingung seiner eigenen Macht erhob.



Der Aufruf zu den Waffen.

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht war dem preußischen Volke ein Ehrenrecht gegeben, welches schwerer wog, als die von den süddeutschen Landesherren ihren Bevölkerungen zugestandenen Vertretungen in den Kammern mit karg zugemessenen Rechten; mit der entschlossenen Durchführung dieser Einrichtung trotz aller Anfechtungen und Schwierigkeiten in der nachfolgenden Friedensperiode stellte sich der preußische Staat unwiderruflich auf die Bahn des Fortschritts. Noch aber harrte man in Preußen auf die Erfüllung des Königsworts, welches dem Volke Theilnahme an der Gesetzgebung und ständische Vertretung verheißen hatte. Das Volk, das auf den Schlachtfeldern der Befreiungskriege die Blüte seiner Jugend geopfert hatte, blickte vertrauensvoll zur alten Krone auf, von ihr die Erfüllung jener Verheißung erwartend, aber nur Wenige erkannten die Schwierigkeiten, welche vor der Verleihung einer Verfassung mit gemeinschaftlicher Volksvertretung noch zu überwinden waren. Der Staat, welcher die Einheit Deutschlands begründen wollte, mußte vor Allem ein geschlossenes Staatsganzes in sich bilden;

aber die Elemente, welche nach dem Frieden zu den alten preußischen Landestheilen hinzugekommen waren, — das Rheinland mit seiner französischen Aufklärung, das früher schwedische Vorpommern mit den überlieferten Rechten und Privilegien aus der Zeit unter den drei Kronen Skandinaviens, die ehemals polnischen Gebietstheile mit ihrem störrischen Adel und ihrem unwissenden Bauernstande, der Sachse mit dem getheilten Herzen halb für den Rautenkranz, halb für den Adler, — waren so eigenartig, daß es noch einer mehrjährigen Verwaltung bedurfte, um sie mit jenen zu einer Staatseinheit zu verschmelzen. Altmärker und Sachse, Westfale und Rheinländer, Schlesier und Pole wohnten damals ohne gemeinschaftliche nationale Ueberlieferungen und Interessen in demselben Staate neben einander. Für alle diese verschiedenen Staatsglieder gab es nur einen einigenden Mittelpunkt, — das Königthum der Hohenzollern; eine gemeinsame Volksvertretung aber konnte an den großen Aufgaben des Staats erst dann mit Erfolg mitwirken, wenn durch eine einheitliche, geordnete Verwaltung der Weg bereitet war. Die durch königliche Verordnung (vom 22. Mai 1815) beschlossene Wiederherstellung der alten Landstände in den neu geordneten Provinzen schien aber nicht das geeignete Mittel, um zu einem frischen Verfassungsleben unter Betheiligung des ganzen Volkes hinüberzuleiten. Die Landstände hatten in früheren Zeiten in Bezug auf Abgaben und Kriegsleistungen eine entscheidende Stimme gehabt; seitdem aber die Krone selbst ihre Macht gebrochen und das stehende Heer sowie ständige Abgaben als die beiden Hauptsäulen der fürstlichen Vollgewalt und des modernen Staats fest begründet hatte, gehörte die Bedeutung der alten Landstände in ihrer dreifachen Gliederung nach Ritterschaft, Städten und Landgemeinden nur noch der Geschichte an. Dennoch weckte die königliche Verordnung jetzt dem alten Ständewesen wieder thatkräftige Verehrer. Die alten ständischen Rechte und Titel wurden aus dem Wuste verstaubter und vergilbter Akten hervorgesucht; eine Kommission unter Vorsitz des Kronprinzen wurde mit den vorbereitenden Arbeiten beauftragt und glaubte endlich mit der Einrichtung der Provinzialstände dem Volke vollen Ersatz für die verheißene Verfassung zu bieten. Der Geist Stein's lebte nicht mehr in der preußischen Gesetzgebung; der Staatskanzler Fürst Hardenberg hielt zwar an der Idee einer preußischen Verfassung bis an sein Ende fest; doch dem Altersmüden fehlte die sittliche Kraft, sich und sein Amt zu opfern für das anerkannte Recht. Andere bedeutende Männer, wie Humboldt, Beyme, Boyen, Grolmann, zogen sich verstimmt aus dem Staatsdienste zurück und überließen ihre Plätze Männern von beschränkterem, einseitigem Gesichtskreise. Auch solche, die zur Zeit der Fremdherrschaft durch Wort und Beispiel kraftvoll und belebend auf die deutsche Jugend gewirkt hatten, auch der Dichter Arndt und der Vater der Turnkunst Jahn, empfanden den schwülen Druck der Zeit in den Maßregeln, welche von der preußischen Regierung gegen ihre Personen ergriffen wurden. Der König selbst, mild und wohlwollend, aber

schüchtern und schwunglos, zögerte um so mehr, seine unter dem frischen Eindruck der Großthaten der Befreiungskriege gegebene Verheißung jetzt in einer nüchternen Zeit zur Wahrheit zu machen, als die fortwährenden Klagen der süddeutschen Fürsten über ihre Kammern ihn mit Mißtrauen und Besorgniß erfüllten. So verblieb es nach langjährigen Verhandlungen bei der Einrichtung der Provinzialstände zur Berathung über die die einzelnen Provinzen betreffenden Gesetzentwürfe. Preußen blieb mitten in einer glänzenden Entwickelung stehen.



Das Auto da fé beim Wartburgfest (am 18. Oktober 1817).

Der Strom der deutschen Geschichte scheint hier zu stocken. Die Vorenthaltung aller politischen Freiheit strafte sich, indem ein Theil des Volkes um so begieriger nach der verbotenen Frucht griff. Das dreihundertjährige Erinnerungsfest der durch Luther erkämpften Glaubensfreiheit und die vierte Wiederkehr des Jahrestages der Völkerschlacht bei Leipzig (18. Oktober 1817) sollte

als eine deutsche Nationalfeier auf der Wartburg begangen werden. An sechshundert Jünglinge und viele Professoren von verschiedenen deutschen Hochschulen fanden sich in Eisenach zusammen. Unter dem Geläute der Glocken gingen sie am Morgen des Festtages, Hand in Hand, die Mützen mit deutschem Eichenlaub umwunden, in feierlichem Zuge zu jener alten, geschichts- und sagenberühmten Stätte hinauf, deren graues Gemäuer mit grünen Tannenreisern geschmückt war. Hier wurden feurige Reden gehalten, begeisternde Lieder gesungen. Am Abend zogen die fröhlichen Burschen mit Fackeln auf den der Wartburg gegenüberliegenden Wartberg, wo ein gewaltiger Holzstoß loderte, und warfen, nach dem Beispiele Luther's mit der Bannbulle, eine Anzahl freiheitsfeindlicher Schriften von Haller, Kamptz, Kotzebue u. A. unter lautem Jubel in die Flammen. Zum Schluß wurden noch die Sinnbilder einer veralteten, unfreien Zeit — Zopf, Schnürbrust und Korporalstock — unter dem Absingen des Burschenliedes „Gaudeamus igitur" verbrannt.

Zur Verbreitung der Ideen der deutschen Einheit und Freiheit unter der Jugend der Hochschulen war schon früher eine „allgemeine deutsche Burschenschaft" gegründet worden. Diesen „demagogischen Umtrieben" traten die Regierungen mit den „Karlsbader Beschlüssen" entgegen. Viele edle deutsche Jünglinge, deren Schuld hauptsächlich darin bestand, daß sie in Unklarheit über die wahren Ziele und in Selbsttäuschung über die staatlichen Verhältnisse der Verwirklichung von Idealen nachstrebten, mußten ihre Jugend in Gefängnißmauern vertrauern. Manche von ihnen sahen noch am späten Abend ihres Lebens die Träume der Jugend, freilich nun in völlig anderer Gestalt, in's Leben treten.

Der straffe preußische Beamtenstaat konnte sich eben so wenig das Vertrauen des deutschen Volkes gewinnen, als der abgeschlossene Metternich'sche Polizeistaat. Leicht erregbar, aber auch versöhnlich und genügsam, fanden sich die Süddeutschen eher in die auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Zustände; sie glaubten, in den dürftigen Grundzügen ständischer Verfassungen, wie sie nach dem Vorgange des hochsinnigen Karl August von Sachsen-Weimar bald darauf auch in Wüttemberg, Bayern und Baden eingeführt wurden, auf der Bahn freiheitlicher Entwickelung ihren Brüdern im Norden schon um einen Schritt voraus zu sein; in Wahrheit waren aber diese Verfassungen nur Mittel zur Stärkung des bureaukratischen Sonderstaatsgeistes in den Kleinstaaten.

Auf einem Gebiete aber, nämlich auf dem der wirthschaftlichen Einheit, verfolgte die preußische Regierung, unbeirrt durch die Einreden Oesterreichs und die widerstrebenden Sonderinteressen, eine folgerichtige und glückliche Politik zum Heile und zur Wohlfahrt Deutschlands. Nur wenige einsichtsvolle Männer, wie Karl Friedrich Nebenius aus Baden, der ausgezeichnete Nationalökonom und Patriot Friedrich List und der Buchhändler J. F. v. Cotta aus Württemberg, erkannten den Vortheil, welcher für das gesammte Deutschland aus einer Zolleinigung mit Preußen hervorgehen müsse, und

unterstützten die preußische Regierung in ihren mühevollen Bestrebungen, einen Zollverband innerhalb des Deutschen Bundes ins Leben zu rufen. Nur die Küstenländer und freien Städte der Ost- und Nordsee verschlossen sich noch gegen das gemeinsame Interesse und bildeten unter sich den sogenannten „Steuerverein". Preußen aber schloß mit den übrigen deutschen Staaten (am 22. März 1833) den Deutschen Zollverein zur Hebung der gemeinsamen Industrie und zur Förderung der wirthschaftlichen Arbeit in ganz Deutschland. Waren es auch nur die materiellen Interessen, welche dadurch einander näher gebracht wurden, so fiel doch immerhin mit den Schlagbäumen eine von den Schranken, welche Deutsche von Deutschen schieden.

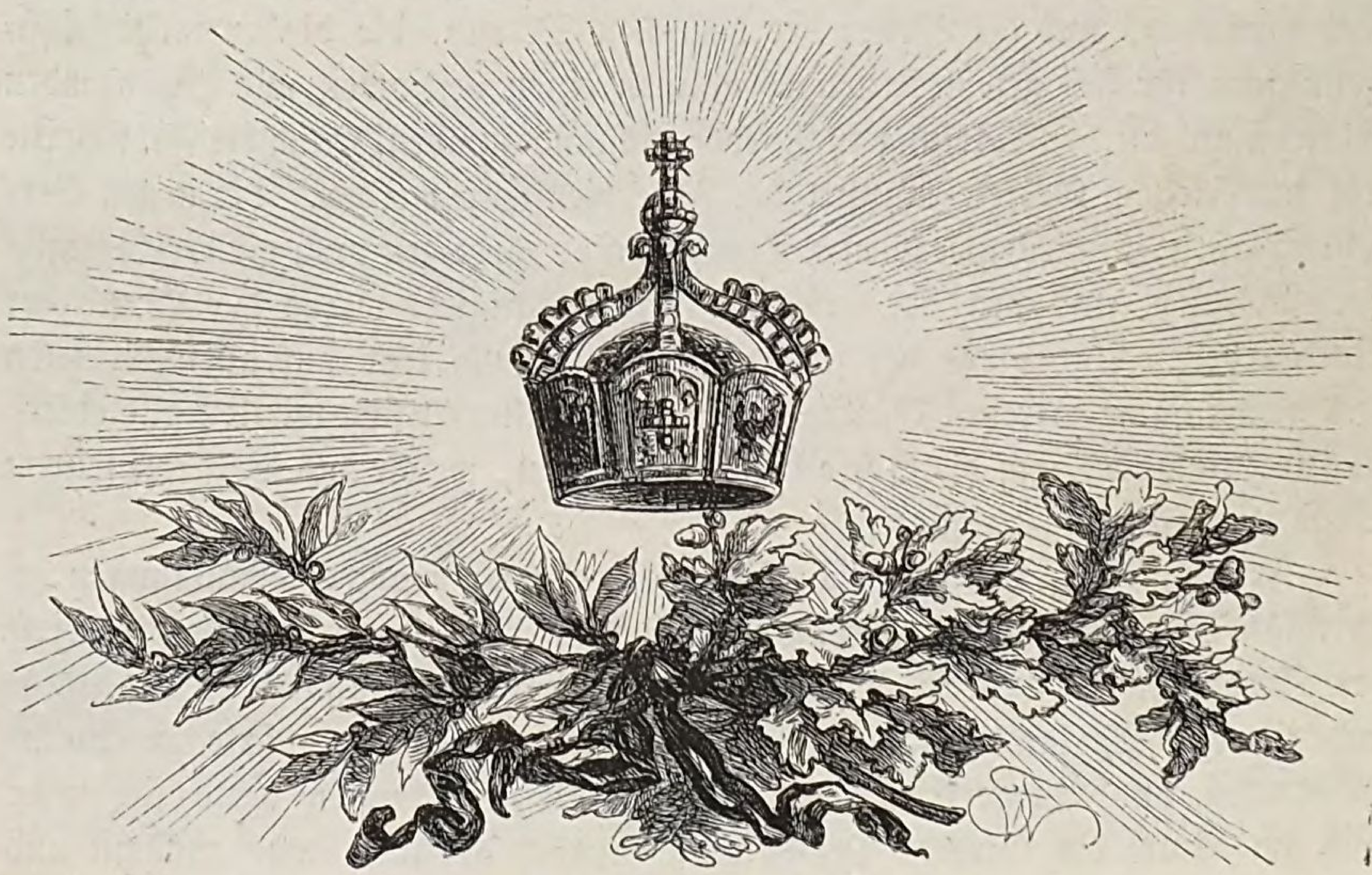
Die deutsche Einheitsidee ruhte aber auch nur im Staatsleben; sie wirkte mächtig fort in jenem unsichtbaren Kreise, in dem das deutsche Wesen am reinsten und eigenartigsten sich kund giebt, in der Wissenschaft und Kunst, im Geist und im Gemüth. Sie drang immer tiefer und tiefer in das Herz des Volkes ein, und das deutsche Volk hielt trotz aller Täuschungen an ihr fest mit der Treue und Beständigkeit, in der es eher von Gütern und Wohlleben lassen mag, als von der für recht und heilbringend erkannten Idee. Der deutsche Geist flüchtete mit seinen Erinnerungen aus einer thatenarmen Zeit zurück in die Größe der Vergangenheit. Die Heldengestalten der Vorzeit, die Kaiserbilder des Mittelalters traten wieder lebendig vor die Seele des Deutschen, die herrliche Poesie des Hohenstaufenzeitalters däuchte ihm gleich einem neuentdeckten Zauberborn. Die schwäbischen Dichter mit ihrer Vorliebe zur vaterländischen Geschichte und Sage, zu den Ueberlieferungen vom „alten Reich", wurden die Lieblinge der ganzen Nation. Der Norddeutsche mit seiner kühlen, nüchternen Denkweise lernte durch sie die Eigenarten des süddeutschen Stammesbruders kennen und lieb gewinnen, und die Länder des deutschen Südens, die bisher mehr selbstgenügsam für sich gelebt hatten, begannen einen heilsamen und ergänzenden Einfluß auf die Entwickelung in Norddeutschland zu üben. Auch die Fortschritte auf materiellem Gebiete mußten der Idee dienstbar werden. Die neuen Verkehrsstraßen, Schienenwege und Dampfschiffe, förderten auch die Verbreitung der Bildung, und mit der erhöhten Fabrikthätigkeit wuchs der Werth der Volksarbeit. An Stelle der früheren Vereinzelung trat auf allen Gebieten das gemeinsame Streben Gleichgesinnter. In stiller Arbeit wirkten alle edlern Kräfte zusammen, um die Schranken zu zerstören, welche das Volk auf seinem Wege zur Einigung aufhielten.

Freilich hatte die deutsche Einheitsidee noch manche Wandlungen zu durchlaufen, noch manche Probe zu bestehen. Sie ward aus dem Gebiete der Staatskunst in das der Dichtkunst hinübergetragen, sie suchte in der Presse und in den Parlamentssälen sich Bahn zu brechen, sie führte zu Volksaufständen und Bürgerkrieg. Unter allen diesen Kämpfen hatte sich aber auch im Volke ein klareres Verständniß darüber gebildet, was zunächst und

auf welche Art es erreicht werden könnte. Man erkannte, daß für ein großes Ziel auch Opfer, sowol von den Fürsten als von den Bevölkerungen der Einzelstaaten, gebracht werden müßten. Um das Einigungswerk durchzuführen, bedurfte es vor Allem eines großen, festgegründeten, ganz deutschthümlichen Staatswesens, welches den kleineren Staaten Schutz und Anlehnung bieten konnte und dessen freiheitliche Entwickelung zugleich eine Bürgschaft für den Fortschritt des Ganzen bot; es bedurfte eines mächtigen Oberhaupts, welches im Vertrauen auf Gott und seines Volkes Kraft trotz aller widerstrebenden Elemente voll festen Muthes seine hohe Aufgabe antrat und dessen persönliche Würde und Hoheit die übrigen Fürsten zur freiwilligen Unterordnung fortriß; es bedurfte dazu auch eines kühnen, weitschauenden Staatsmannes, welcher das deutsche Volk in seiner Vielgegliedertheit und Einmüthigkeit, in seinem Trutz und in seiner Treue, in seinem starken Sondertrieb und seinem Einheitsdrange begriff und liebte, eines Staatsmannes, dessen unabhängiger, ehrenfester Charakter zugleich dafür bürgte, daß er keinen Makel auf dem Schilde deutscher Ehre dulden, daß er weder der wälschen Arglist noch der römischen Herrschsucht eine Spalte in dem Einheitsbaue offen lassen werde.

In den Geisteskämpfen der letzten Jahrzehnte, von deren Nachwirkung noch der Fortschritt unserer Zeit getragen wird, tritt immer bestimmter das Bild eines rüstigen Mitstreiters hervor, der alle Wandlungen und Widersprüche der Zeit in seinem starken, vaterlandsliebenden Herzen durchkämpfen und überwinden lernte, der immer klarer und gereifter aus jeder neuen Bewegung hervorging und der endlich berufen war, als erster Rath des mächtigsten Königs der deutschen Einheitsidee zum Siege zu verhelfen.

Der Mann hieß Bismarck.




1. APRIL 1815
CORPUS JURIS
Lehr-Jahre.
ACTA
ACTA
A. Müller. sc.
28 Juli 1847

Wo des Staates Wiege stand, der so hoch gestiegen,
Standen in der Altmark Land manche Bismarck-Wiegen,
Aber Anno Funfzehn war's, als im Frührothscheine
Jenes großen Siegesjahrs dorten stand die seine.

Hermann von Bismarck.



Schloß Schönhausen.



Erstes Kapitel.

Die Vorfahren.

Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt,
Der froh von ihren Thaten, ihrer Größe
Den Hörer unterhält, und still sich freuend
Ans Ende dieser schönen Reihe sich
Geschlossen sieht! — —

Goethe.

In der Altmark, dem ältesten Gebietstheile des preußischen Staates, liegt die Geburtsstätte des deutschen Reichskanzlers, der alte herrschaftliche Landsitz Schönhausen. Die Lehrter Eisenbahn, welche fast in gerader Linie die deutsche Kaiserstadt mit der alten Welfenstadt Hannover verbindet, führt unmittelbar an den Feldmarken und dem Schlosse von Schönhausen vorüber. Schönhausen ist Station.

Still und ernst breitet sich die märkische Landschaft bis zum rechten Elbufer gegen Westen vor uns aus, — eine weite Fläche mit kargem, aber wohlangebautem Boden, hin und wieder von düsteren Waldstreifen durchzogen. Arm an landwirthschaftlichen Reizen, ist die Gegend um so reicher an geschichtlichen Erinnerungen. Die Fläche, welche wir vom Schönhauser Kirchhügel überschauen, ruft uns zugleich im engen Rahmen ein Bild der Entwickelung des mächtigen preußischen Staates aus dem kleinen altmärkischen Kerne vor die Seele.

Hier, auf diesem Boden, fanden die ersten Kämpfe der über die Elbe vordringenden Christen mit den heidnischen Bewohnern statt; hier gründete deutsche Kraft und Ausdauer in langjährigen Kämpfen die deutsche „Nordmark" als starke Vormauer des Reiches gegen Slaven und Wenden. Unmittelbar jenseit der Elbe ragt der hohe Stephansthurm der altmärkischen Stadt Tangermünde, in deren Burg die ältesten Markgrafen von Brandenburg ihren Wohnsitz aufschlugen; die mächtigen rothen Backsteinmauern mit riesigen Strebepfeilern am hohen Elbufer trugen einst das prächtige Schloß des deutschen Kaisers Karl IV., in welchem er von der Gründung einer großen Lützelburgischen Hausmacht durch Erbeinigung seiner brandenburgischen und böhmisch-mährischen Lande träumte und welches in späterer Zeit die Wiege von zwei ruhmreichen hohenzollernschen Kurfürsten barg, Friedrich's des Eisernen und Albrecht's des Deutschen Achilles. Dort, vielleicht an derselben Stelle, wo jetzt eine stattliche Dampffähre, die den Namen „Fürst Bismarck" trägt, von Tangermünde nach dem rechten Elbufer hinüberführt, mag es gewesen sein, wo einst der junge Derfflinger Schere und Bügeleisen in den Strom schleuderte, um sich den überfahrenden Kriegsleuten anzuschließen und das Schwert für die Elle einzutauschen. Eine Stunde weiter in nordwestlicher Richtung blickt der Doppelthurm der Marienkirche der altmärkischen Hauptstadt Stendal, der mächtige Roland mit dem Richtschwerte vor dem Rathhause der Stadt erinnert noch an die Vorrechte der alten Hansestadt, welche sie erst bei dem Aufstande wegen der „Bierzinse" an den kurfürstlichen Landesherrn Johann Cicero verlor. Auch die Ueberlieferungen aus der brandenburgischen Ruhmeszeit unter dem großen Kurfürsten haben sich in diesen Gegenden der Altmark besonders lebendig erhalten. In dem früher Bismarckschen Dammenfelde wird noch jetzt eine von jenen Fahnen aufbewahrt, unter welchen die altmärkischen Bauern (1675) sich zusammenscharten, um die während des Rheinfeldzuges des Kurfürsten in die Mark eingefallenen Schweden aus dem Lande zu vertreiben, mit der Inschrift: „Wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unserm Kurfürsten mit unserm Blut." Auf dem Rathhause zu Rathenow, drei Meilen von Schönhausen, sieht man die Fahne, welche Derfflinger mit seinen Dragonern bei dem kühnen Ueberfall und dem darauf folgenden nächtlichen „Massacre" in den Straßen der Stadt dem schwedischen Regiment Wangelin abnahm. Einige Meilen weiter nordwärts nach dem Havelländer Luche zu liegt das Schlachtfeld, wo der brandenburgische Adler zu so

kühnem Sonnenfluge sich aufschwang und das junge brandenburgische Heer seinen Kriegsruhm für alle Zeiten begründete, — das Schlachtfeld von Fehrbellin.

Unter solchen altbrandenburgischen Erinnerungen wuchsen die Vorfahren des Reichskanzlers auf, deren Wiege dort unter dem hohen rothen Ziegeldache mit den drei aufragenden Schornsteinen stand, welches dicht neben der Dorfkirche zwischen mächtigen alten Lindenkronen hervorblickt. Breite, schöne Baumgänge führen von der Umgrenzung des Parks, dem schilfigen Wassergraben, bis an die gemauerte Terrasse des Schloßgartens. Schattige Baumgruppen wechseln mit sonnigen Rasenplätzen im Parke; hin und wieder drängt sich auch ein Streifen Wegekraut oder eine Brennessel bis in die Gänge hinein. Alte, prächtige Linden senken ihre schweren Aeste bis auf das Erdreich hinab, um von da mit frischen, grünen Zweigen von Neuem emporzustreben.

Ein Bismarck begrüßt die väterliche Heimat bei seiner Rückkehr nach langer Zeit in folgenden Versen:

„Sieh, da liegt es in Abendfrieden! —
Hier die zwei Pappel-Pyramiden,
Wehende Banner, von Grün umlaubt,
Und dort drüben die mächtigen Linden,
Rauschend stolz in den Abendwinden,
Da sie beschattet sein fürstliches Haupt.

Hoch daneben der Kirchthurm, der alte,
Tief in der Brust die klaffende Spalte,
Wie ein verwundeter greiser Held,
Aber er wankt nicht in Sturmesbrausen,
Markig fest steht der Thurm von Schönhausen,
Weithin beherrschend das weite Feld.“ — —

Auf dem Rasenplatze zwischen der Hauptfront des Schlosses und den Baumgruppen zur Linken desselben stehen jetzt vier französische Geschütze, Trophäen aus dem letzten Kriege mit Frankreich. Zum Theil noch unter Ludwig XIV. zur Zeit der Erniedrigung Deutschlands gegossen und dann in den französischen Grenzfestungen aufgestellt, den drohenden Mund gegen Deutschland gerichtet, dienen sie jetzt als Schmuck dem Geburtshause des Deutschen Reichskanzlers.

Das Herrenhaus selbst ist ein schlichter viereckiger Bau aus einem Erdgeschosse und zwei Stockwerken, ohne Söller, ohne Vortreppe. Ueber dem Haupteingange erblickt man das Bismarck'sche Wappen, das Kleeblatt, zwischen dessen drei rundlichen Blättern drei zackige Eichenblätter mit nach außen gekehrten Spitzen hervorragen, daneben das Katte'sche Wappen, die Katze mit der Maus im Maule. Auf den Seiten der Wappenschilder über dem Haupteingange liest man die Namen: Augustus von Bismarck und Dorothea Sophia Katten, darunter die Jahreszahl: Anno 1700. August von Bismarck und Dorothea Sophia von Katte waren die ersten Bewohner des jetzigen Schlosses,

als dasselbe nach Brand und Verwüstung des Dreißigjährigen Krieges auf den alten Grundmauern von Neuem erstand.

Erst seit Mitte des sechzehnten Jahrhunderts waren die Bismarck auf Schönhausen heimisch. Ihre eigentliche Heimat haben wir eine Meile von Schönhausen entfernt in der Stadt Stendal zu suchen, in deren Geschichte das Geschlecht der Bismarck als Mitglieder der angesehensten Gilde, der Gewandschneider und Tuchhändler, eine hervorragende Rolle spielt. Sie hatten sich von ihrem früheren Sitze zu Bismarck, d. h. Bischofsmark, Biscopesmark, welcher Name von der Burg später auf die nahe, bei Stendal gelegene kleine Stadt überging, in Stendal niedergelassen und nach der damaligen Sitte den Namen ihres früheren Burgmannssitzes als Geschlechtsnamen beibehalten. Der älteste Ahnherr des Geschlechts, der sich urkundlich nachweisen läßt, ist Herbord (Heribert, Herbert), um 1270. Mehrere des Namens Bismarck haben seitdem den Rathsstuhl in Stendal besetzt, meistens in Gemeinschaft mit der ausgestorbenen Familie von Schadewachten.

Rudolf oder Rule von Bismarck bekleidete im Anfang des vierzehnten Jahrhunderts zu Stendal in der Gewandschneidergilde das Amt eines Altmeisters und war wiederholt Mitglied des Stadtraths. Selbst nach den wenigen Nachrichten, welche über sein Walten in Stendal aufbewahrt sind, erkennt man in ihm einen Mann, der sich zu hohem Ansehen in und außerhalb seiner Stadt erhoben und um diese sowie um die ganze Altmark mehrfach verdient gemacht hat. Welches Vertrauen die Stadt zu seiner Einsicht und geistigen Gewandtheit besessen, ergiebt sich auch daraus, daß sie ihn mehrmals an fürstliche Höfe gesandt, um im Namen der Stadt wichtige Verträge abzuschließen. Noch gegen das Ende seiner irdischen Laufbahn gerieth Rule in Zerfall mit der Geistlichkeit und unter den Kirchenbann. In Stendal hatte sich die Gewerbthätigkeit im Laufe der Zeit zu einer hohen Blüte entwickelt. Mit dem Wohlstande hob sich auch die geistige Bildung und das Interesse für die Pflege derselben unter der Bürgerschaft. Der Stadtrath, hervorgegangen aus der wohlhabenden und gebildeten Bürgerklasse, der auch Rule angehörte, fand den bisher in der Domschule ertheilten Unterricht den Zeitbedürfnissen nicht mehr entsprechend und gründete deshalb, wahrscheinlich auf Rule's von Bismarck besondere Anregung, eine eigene städtische Schulanstalt, um der aufwachsenden Jugend eine höhere geistige Bildung angedeihen zu lassen, als sie bisher in der Domschule erhalten. Die Geistlichkeit aber beanspruchte die Gründung, Beaufsichtigung und Verwaltung der Schulen als ihr ausschließliches Vorrecht, und das Nikolai-Domstift zu Stendal, das sich und die Kirche durch die Gründung der neuen Stadtschule beeinträchtigt fand, erhob laute Klage bei dem Bischofe zu Halberstadt. Dieser war auch sogleich bereit, die dem Stifte verkümmerte Einwirkung auf die religiöse Bildung der heranwachsenden künftigen Bürgerschaft, sowie die sonstigen Vortheile des ausschließlich von dem Stifte ausgehenden Schulunterrichts, durch kirchliche Zwangsmittel

gegen den in bedenklicher Weise sich auflehnenden Stadtrath zu wahren. Ein kirchlicher Erlaß forderte Schöppen, Rathsherren und Gildemeister Stendals auf, unter Androhung der Strafe der Exkommunikation, binnen zehn Tagen das Schulhaus abzubrechen, den Rektor und die Lehrer zu entlassen. Das Stadtregiment fügte sich jedoch nicht, sondern bestand muthig auf der Beibehaltung seiner Schule. Da befahl der Bischof (1338, am Freitag nach dem Tage des heiligen Martin, d. i. den 13. November) den Geistlichen der Stadt, die widersetzlichen Schöppen und Rathsherren in allen Kirchen von den Kanzeln herab, jeden derselben namentlich, darunter auch Rule von Bismarck, bei brennenden Kerzen und Glockengeläute als von jeder Gemeinschaft mit der Kirche und den Gläubigen ausgeschlossen zu verkündigen. Den Gildemeistern und der gesammten Bürgerschaft wurde im Namen Gottes das Recht, Kirchen zu betreten, einstweilen untersagt. Gleichzeitig bot die Geistlichkeit ihren Einfluß auf, um die bereits vorhandene Mißstimmung der niederen, ärmeren Bürgerschaft gegen die reichen Bürgerfamilien und den patrizischen Stadtrath zu nähren und unter der unwissenden Menge die Meinung zu verbreiten, daß die neugegründete städtische Schule, die nicht unter Leitung eines Geistlichen stünde, nicht als eine christliche Lehranstalt angesehen werden dürfe. Es spricht für den festen Sinn Rule's und seiner Genossen im Stadtrath, daß sie unter allen Anfechtungen trotz Bann und Interdikt im Bewußtsein ihrer redlichen Absicht, ihrer Stadt eine höhere geistige Ausbildung anzubahnen, die neu gegründete Schule aufrecht erhielten. Erst nach Verlauf von drei Jahren ward endlich der Streit des Rathes mit dem Domstift und dem Bischof über die Stadtschule ausgetragen. Die Stadt gab für einen zu errichtenden neuen Altar die geringe Ausstattung von zwei Hufen Landes und erlangte dafür das Zugeständniß, daß die Schule beibehalten wurde. Sie besteht noch bis auf den heutigen Tag und heißt jetzt das Stendaler Gymnasium.

Mit diesem Opfer, das die Stadt gebracht, war übrigens noch nicht zugleich das Schuldregister derjenigen Häupter der Stadt getilgt, welche zu den kirchlichen Strafen vorzugsweise Veranlassung gegeben hatten. Rule von Bismarck war unter diesen Streitigkeiten im Kirchenbann (1339) gestorben. Sein ältester Sohn Nikolaus von Bismarck, gewöhnlich Klaus I. genannt, mußte zur Sicherung des Seelenheils seines Vaters dem Sankt-Nikolaistifte noch von seinem eigenen Vermögen acht Hufen Landes, also den vierfachen Betrag dessen, was die ganze Stadt gegeben, opfern, vermochte aber auch dadurch noch nicht die erzürnte Geistlichkeit zu versöhnen. Die Aufreizung der ärmeren Bürger gegen die Patrizierfamilien dauerte fort und führte endlich (1345) zu einem Volksaufstand, durch welchen der patrizische Stadtrath gestürzt und ein anderer aus den Zünften an seine Stelle gesetzt wurde. Viele der angesehensten Familien wurden aus Stendal vertrieben. Auch Klaus von Bismarck mußte in die Verbannung gehen und durfte seine Vaterstadt mehrere Jahre hindurch nicht betreten.

Als mehr denn fünfhundert Jahre später der Magistrat und die Stadtverordneten zu Stendal dem Enkel jenes Klaus I., dem Reichskanzler Fürsten Otto von Bismarck, den Ehrenbürgerbrief für ihre Stadt übersandten, sagte dieser in seinem Dankschreiben:

„Wenn meine Väter durch Unruhen, deren damalige Ursachen mit den die jetzige Zeit bewegenden Gegensätzen in folgerechter Beziehung stehen, vor fünfhundert Jahren aus der Stadt vertrieben wurden, so können diese geschichtlichen Erinnerungen den Dank des Enkels nur erhöhen, der jetzt durch den einstimmigen Beschluß der städtischen Behörden wiederum Aufnahme in den uralten landsmännischen Verband findet.“

Klaus von Bismarck vergalt seiner Vaterstadt nicht Gleiches mit Gleichem. Bald nachdem der Friede zwischen den Parteien in der Stadt geschlossen war, kehrte er (1351) in seine Vaterstadt zurück und trat sogar als Hauptmann der Glevener oder Armbrustschützen, welche dieselbe in der bedrängten Zeit zu unterhalten nöthig hatte, in ihre Dienste. Er machte der Stadt erhebliche Vorschüsse und wird in den Urkunden als „ihr treuer Bürger“ bezeichnet.

Klaus von Bismarck gehörte übrigens auch zu den bedeutendsten Staatsmännern, welche der brandenburgische Staat besessen. Schon unter Markgraf Ludwig dem Aelteren hatte er als markgräflicher Rath die wichtigsten Verhandlungen geleitet. Mit gleicher Treue diente er (1353—1360) als vertrauter Rath dem Bruder, Markgrafen Ludwig dem Römer. Nachdem er sechs Jahre lang (1361—1367) bei seinem Verwandten, dem Erzbischof Dietrich von Portitz, genannt Kagelwiet, die inneren Angelegenheiten des Erzstifts Magdeburg als Stiftshauptmann mit großer Umsicht verwaltet hatte, entwickelte er seine Hauptthätigkeit (seit 1368) als Hofmeister im brandenburgischen Rathe des Markgrafen Otto gegenüber den selbstsüchtigen Plänen des deutschen Kaisers Karl IV. Der schlaue Lützelburger benutzte die traurigen Zustände der Mark und die Schwäche des Markgrafen Otto aus dem bayrischen Hause, um diesen mehr und mehr in sein Netz zu locken und das Land an sein Haus zu bringen. Er hatte den willenlosen Otto ganz mit kaiserlichen Räthen umgeben und leitete ihn nach seiner Willkür. Klaus von Bismarck durchschaute mit klarem Blicke und patriotischem Herzen das Ränkespiel Karl's IV. und trat ihm mit seinem ganzen Einfluß entgegen. Die kaiserlichen Räthe wurden aus der Umgebung des Markgrafen entfernt und durch brandenburgische ersetzt. Markgraf Otto sagte sich von der Erbverbrüderung mit den Lützelburgern los, ließ seinen Neffen Friedrich von Bayern die Erbhuldigung leisten und knüpfte Verbindungen mit den benachbarten Fürsten an. Da erschien Karl IV. plötzlich mit einem starken böhmischen Heere in der Mark, schloß Otto in Frankfurt ein und zwang den eingeschüchterten schwachen Fürsten, im Vertrage zu Fürstenwalde (15. August 1373) die Mark Brandenburg an sein Haus abzutreten. Ehe Karl IV. seinen Feldzug gegen Otto begann, hatte er sich mit dem Papste verständigt und denselben be-

wogen, einen Nuntius nach der Mark zu senden, welcher gegen Edle, Vasallen, Bürger und sonstige Einwohner der Mark, die ferner noch dem bayrischen Fürstenhause anhangen sollten, als gegen Meineidige und Verächter apostolischer Verordnungen, mit den gebührenden kirchlichen Strafmitteln verfahren sollte. Zu den Hauptschuldigen dieser Art gehörte Klaus von Bismarck. Er war unter den Ersten, über die, weil sie dem bayrischen Fürstenhause ihren Eid am treuesten gehalten, der Kirchenbann verhängt wurde.

Noch auf der Schwelle des Grabes scheint Klaus von Bismarck einen Vergleich nachgesucht zu haben; denn der Nuntius des Apostolischen Stuhls ertheilte (am 8. März 1376) dem Domstifte zu Stendal den Auftrag, die gegen Klaus von Bismarck ergangene Exkommunikationssentenz in der Hoffnung eines freundlichen Austrags bis zum Sonntag Jubilate (d. h. auf etwa acht Wochen) einstweilen ruhen zu lassen und dies öffentlich vor dem Volke bekannt zu machen. Der damals etwa siebzigjährige Greis wollte in Frieden mit der Kirche sterben und ließ es sich wahrscheinlich bedeutende Opfer und Geldspenden kosten, um diesen noch mit ins Grab zu nehmen.

Trotz Stadtbannes und Kirchenbannes hat Klaus von Bismarck sich in seiner Vaterstadt Stendal ein gesegnetes Andenken bis auf den heutigen Tag erhalten. Noch in seinen letzten Lebensjahren (1370) stiftete er daselbst das Gertrud-Hospital für heimatlose arme Kranke, das er in freigebigster Weise ausstattete und welches noch jetzt besteht. Die Straße, in der sein Haus stand (früher Viehthorstraße), hat neuerdings den Namen „Bismarckstraße" erhalten.

Für seine Verdienste um den Staat hatte schon Markgraf Ludwig der Aeltere (am 15. Juni 1345) ihm für ihn und seine Nachkommen das Schloß **Burgstall**, an der damaligen Südgrenze der Altmark gegen Magdeburg, als erbliches Lehn übertragen. Seitdem gehörten die Bismarck zu den „schloßgesessenen" Familien der Mark, welche unter dem ritterbürtigen Adel des Landes eine bevorzugte Stellung einnahmen.

Die Nachkommen des Klaus von Bismarck lebten gemeinschaftlich auf ihren reichen Besitzungen zu Burgstall, in deren weit ausgedehnten herrlichen Waldungen sie den Freuden des Weidwerks nach Herzenslust fröhnten. Von Klaus von Bismarck's drei Söhnen hinterließ nur **Klaus II.** Nachkommenschaft, nämlich die Knappen **Klaus III.** und **Henning**. Auch diese geriethen wegen gewisser Lehnsgefälle mit dem Sankt-Nikolaistifte zu Stendal in Zwist und verfielen dem Kirchenbann, welcher (am 13. September 1408) von allen Kanzeln der Altmark herab verkündigt wurde. Doch kümmerten sich die Gebrüder von Bismarck wenig um den Bann und bewiesen durch die Art der Beendigung der Streitsache, welche (1409) durch Vermittelung des Markgrafen Jobst erfolgte, daß es ihnen weniger darum zu thun war, einen Verlust zu vermeiden, als nicht durch ungerechtfertigte Ansprüche und Erkenntnisse der Geistlichkeit Unrecht zu erleiden. Klaus III. und Henning von Bismarck gehörten zu den Wenigen vom märkischen Adel,

welche den Burggrafen Friedrich von Nürnberg als Statthalter der Mark (1411) mit Freuden begrüßten und in dem kraftvollen Walten des ersten Hohenzollernschen Kurfürsten den Aufgang einer besseren Zeit für die Mark Brandenburg erkannten.

Die Beziehungen zwischen den kurfürstlichen Landesherren und den Schloßgesessenen auf Burgstall gestalteten sich in der folgenden Zeit noch lebhafter und wärmer. Oft kehrten die hohenzollernschen Prinzen mit Jagdgefolge und Rossen bei den Bismarck's ein, erfreuten sich mit ihnen in den weiten Waldungen des Tanger und der Ohre an Weidmannslust und Hörnerschall und ließen sich nach den Anstrengungen der Jagd gerne mit einem edlen Trunk in den gastlichen Hallen von Burgstall erquicken. Aber die Treue der Bismarck sollte noch eine schwere Probe bestehen.

Um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wohnten auf Burgstall zwei Brüderpaare aus zwei Zweigen des Bismarck'schen Stammes, Heinrich und Friedrich das ältere, Jobst und Georg das jüngere, einträchtiglich beisammen; da erhielten sie einen mächtigen Nachbar in dem Kurprinzen Hans Georg, dem damaligen Verweser des Havelberger Bischofssprengels, der in den Wäldern des Tanger zu jagen liebte und in Letzlingen ein eigenes Jagdschloß erbaute. Die Jagdreviere von Letzlingen und Burgstall grenzten dicht an einander, und oft kam es zu Grenzstreitigkeiten zwischen dem kurfürstlichen Gefolge und den Bismarck'schen Jägern. Da fühlte der leidenschaftliche Jagdfreund Prinz Hans Georg sich versucht, auch Burgstall für sich zu gewinnen, um die herrlichen Waldungen des Tanger und der Ohre zu einem weiten fürstlichen Jagdreviere zu vereinigen, und ließ den Bismarck'schen Brüderpaaren Anerbietungen zu einem Tausche machen. Das war eine harte Zumuthung für die ehrenfesten Getreuen auf Burgstall, daß sie dem jagdlustigen Herrn zu Gefallen ihren väterlichen Herd verlassen sollten. Vergebens stellten sie vor, „daß ihre Vorfahren mit Gut und Blut willig ihre Dienste den Kurfürsten geleistet, daß sie lieber in dem althergebrachten zierlichen Stande bleiben, als leichtfertig denselben verrücken lassen wollten"; — Kurprinz Hans Georg hatte sich's einmal in den Kopf gesetzt, die Jagd zu Burgstall müsse ihm zu eigen gehören, und ließ ihnen nur die Wahl zwischen der fürstlichen Ungnade und der Einwilligung zu einem Tauschvertrage. Endlich nach langen Zweifeln und Bedenken entschlossen sich die Bismarck, dem Frieden mit ihrem Landesherrn zu Liebe, mit schwerem Herzen zu dem letzteren Schritte und unterzeichneten (am 16. Dezember 1562) im Jagdschlosse zu Letzlingen mit Kurprinz Johann einen Vertrag, demzufolge sie für ihr altes liebes Burgstall das Amt und Dorf Schönhausen nebst dem früheren Tempelherrnhause, das Dorf Fischbeck und das Kloster Crevese in Tausch nahmen.

Jobst und Georg von Bismarck waren die ersten Besitzer von Schönhausen nach dem Tausche; ihr Vetter Friedrich aber, welcher die Tauschverhandlungen geleitet haben soll, erhielt fortan den Beinamen des „Permutator" (Umtauscher)

Jobst von Bismarck, dessen lebensgroßes steinernes Bildniß noch an einem Pfeiler der Kirche von Schönhausen ernst hervortritt, starb (20. Juni 1589) ohne Nachkommen, und da auch die Familie seines Bruders Georg ausstarb, so vererbten sich die Besitzungen von Schönhausen in gerader Linie in der Nachkommenschaft Friedrich's des Permutators, welcher den Stamm allein fortsetzte.

Schmollend und unmuthig mögen die Bismarck (um Ostern 1563) ihren Besitz auf Schönhausen angetreten haben; aber die Zeit und ihr biederer Sinn lehrten sie Groll und Gram überwinden; sie dienten auf ihren Hufen nach wie vor in schlichter Treue ihren Landesherren. Waffen- und Weidwerk war ihre Lust, und wenn sie von ihren Jagden oder von Türkenzügen im fernen Ungarlande wohlbehalten an ihren Herd zurückkehrten, die Rosse im Stalle abgeschirrt und die Waffen in der Rüstkammer aufgehenkt waren, dann wiederhallten die Wände des alten Tempelherrnhauses zu Schönhausen von frohem Gelage und Becherklange.

Der Dreißigjährige Krieg brachte schweres Unglück nicht allein über das Reich und die Mark Brandenburg, sondern über Schönhausen und das Bismarck'sche Haus insbesondere. Die Nähe des Platzes Tangermünde mit der stark befestigten alten Kaiserburg, welche den Elbübergang beherrschte, führte es nach sich, daß gerade dieser Theil der Altmark wiederholentlich unter den Durchzügen der verschiedensten Kriegsvölker, Dänen, Kaiserliche, Schweden und Sachsen, zu leiden hatte.

In den ersten Kriegsjahren wurde die Mark noch nicht unmittelbar vom Kriege berührt, Wallenstein selbst hatte den brandenburgischen Abgeordneten die Versicherung gegeben, daß, wenn auch nur ein seidener Faden um die Altmark gezogen wäre, derselbe von ihm nicht zerrissen werden solle. Bald aber zeigte sich, daß auch ein eisernes Netz die Mark vor den verheerenden Einfällen einer Scharen nicht zu schützen vermocht hätte.

Als die Heldenerscheinung Gustav Adolf's, der unterhalb Tangermünde, von einem Schönhauser Bauer geführt, mit Reiterei und Fuhrwerk an einer flachen Stelle durch den Elbstrom setzte und in der alten Kaiserburg Karl's IV. für einige Tage sein Hauptquartier aufschlug, der protestantischen Sache neuen Aufschwung gab, da befanden sich unter den Jünglingen, die im schwedischen Heere für ihre Glaubensfreiheit kämpfen wollten, auch zwei Brüder von Bismarck, August und Valentin Busso, die Söhne des Schloßherrn auf Schönhausen. Im Regiment des Rheingrafen nahmen sie Antheil an der Schlacht auf dem Breiten Felde bei Leipzig, an Gustav Adolf's Siegeszuge durch Deutschland, endlich an der Entscheidungsschlacht bei Lützen, deren siegreicher Ausgang mit dem Leben des heldenmüthigen Schwedenkönigs zu theuer erkauft wurde. Die freudige Begeisterung, welche die Brüder von Bismarck unter die schwedischen Fahnen geführt hatte, erlosch, seitdem der Heldengeist Gustav Adolf's seine Scharen nicht mehr beseelte.

Mit einem schwedischen Streifcorps, welches sich von der Havel her dem kühnen Zuge Torstenson's aus Schlesien nach der Niederelbe (1642) anschließen sollte, betrat Valentin Busso den väterlichen Boden wieder. Aber wie verschieden war das Bild, welches er von seiner Heimat im Herzen trug, von demjenigen, welches sie jetzt nach einer langen Zeit von Kriegsleiden und Drangsalen bot! — Ringsum lagen verwüstete Felder, ausgebrannte Wohnstätten, rauchende Trümmerhaufen. Als die schwedischen Truppen die Waldung zwischen Rathenow und Schönhausen durchschritten hatten, lag die Gegend bis zur Elbe vor ihnen wie eine Einöde, auch von der hohen Warte an der Elbe, der alten Kaiserburg, ragten nur noch die rauchgeschwärzten Trümmer am Himmelssaum.



Die Bismarcke übersiedeln nach Schönhausen.

Von Schönhausen aber wehte es herüber wie Asche und Brandgeruch. Da lag das einst so freundliche Dorf jetzt niedergebrannt und noch brennend vor Valentin's Blicken, überall noch die frischen Spuren grausiger Verwüstung zeigend. Das väterliche Schloß, in dem er die Jahre froher Kindheit verlebt hatte, war in eine Brandstätte verwandelt, nur die öden Mauern und der hohe Schornstein ragten aus dem Schutt. Keine Glocke konnte mehr den Gruß durch die Felder rufen; denn die große Glocke des Kirchthurms dicht neben dem Schloßhofe war von dem brennenden Gebälk in der Glockenstube herabgestürzt und verstummt.

Der Thurm selbst zeigte jene klaffende Spalte, die ihm noch heute das Aussehen des „verwundeten greisen Helden" giebt. Als Valentin die Verwüstung seines väterlichen Erbgutes sah, da preßte ein namenloser Schmerz seine Brust.



Der junge Valentin von Bismarck als schwedischer Soldat auf dem verwüsteten väterlichen Gutshof.

Thränen rollten über seine Wangen, so daß die schwedischen Kriegsgefährten gerührt nach der Ursache seines Kummers fragten. Der Befehlshaber ließ ihn zu sich kommen und suchte ihm mit freundlichen Worten Trost zuzusprechen.

Die Mutter Valentin Busso's, eine geborene von der Asseburg und seit mehreren Jahren Wittwe, hatte mit ihrer Familie während des Schloßbrandes

in einer Altentheilswohnung, in dem einzigen Hause von Schönhausen, das von den Flammen verschont geblieben war (auf dem Ackerhofe, den jetzt Andreas Neumann besitzt), ein dürftiges Unterkommen gefunden und zog nachher nach Stendal, wo sie sich in der Zeit der Noth mit ihren vier Töchtern durch Spinnen ernährte. Von Valentin Busso's späteren Schicksalen wissen wir nichts Näheres. Daß sein Leben noch reich an schmerzlichen Erfahrungen und schweren Prüfungen gewesen, schließen wir aus dem Spruche, der unter seinem Namen mit Geburts- und Todestag (15. Sept. 1613 und 17. Mai 1679) an einem Pfeiler der Dorfkirche zu lesen ist: „Wenn man meinen Jammer wöge und meine Leiden zusammen in eine Wage legte, so würde es schwerer sein, als Sand am Meere" (Hiob 6, 2).

Lange Zeit verging, ehe der Brandschutt aus dem eingeäscherten Schlosse hinweggeräumt war und zum Wiederausbau geschritten werden konnte. Die nächsten Besitzer von Schönhausen bewohnten daher ein Fachwerkgebäude, das mitten auf dem kleinen Wirthschaftshofe errichtet, aber seiner Baufälligkeit wegen später wieder abgerissen wurde. Erst unter August von Bismarck und seiner Gemahlin Dorothea Sophia von Katte, deren Namen wir über dem Haupteingange gelesen haben, wurde der Neubau des Schlosses (im Jahre 1700) vollendet.

Sein ältester Sohn und Erbe, August Friedrich von Bismarck, war der Urgroßvater des Reichskanzlers und soll eine große Aehnlichkeit der Gesichtszüge auf ihn vererbt haben. Als Oberst und Kommandeur des später so berühmt gewordenen Regiments Ansbach-Baireuth-Dragoner zog er in König Friedrich's Heere nach Schlesien und Böhmen, um von dort nicht mehr zurückzukehren. In der Schlacht bei Czaslau (17. Mai 1742) wurde er mit blutenden Wunden vom Schlachtfelde getragen und wenige Tage darauf (23. Mai) auf dem Wege nach Kuttenberg von österreichischen Husaren überfallen, seiner Habe beraubt und, nachdem sie ihm Alles abgenommen, auf dem Wagen erschossen. Seine Leiche wurde nach Schweidnitz gebracht und daselbst auf dem evangelischen Friedhof bei der Dreifaltigkeitskirche bestattet.

Nach dem Tode des Obersten August Friedrich trat eine Theilung der Bismarck'schen Besitzungen ein. Ein Theil von Schönhausen fiel als gesondertes Gut an seinen ihn überlebenden Bruder, den Rittmeister Alexander Wilhelm, von dessen Familie es in späterer Zeit (1835) in die Hände des Gutsbesitzers Gärtner überging. Der andere Theil von Schönhausen nebst Schloß und Garten, sowie die pommerschen Güter Külz, Jarchelin und Kniephof bei Naugard, welche dem Obersten August Friedrich durch Heirath und Vererbung zugefallen waren, kamen zur Theilung unter seine drei Söhne, unter denen wieder der zweite, Karl Alexander, nach dem Tode seines jüngeren Bruders dessen Antheil an Schönhausen erbte, während die pommerschen Güter zunächst noch in der Familie seines älteren Bruders blieben.

Karl Alexander von Bismarck, der Großvater des Reichskanzlers (geb. den 26. August 1727, gest. 19. Sept. 1797), war ein Mann von sehr feiner Bildung und von Interesse für die schöne Literatur. Er entsagte schon früh als Rittmeister dem Waffenwerke, zu dem ihn Friedrich der Große gegen seine Neigung bestimmt hatte. Aus seiner Ehe mit Charlotte von Schönfeld entsprossen ihm vier Söhne. Der jüngste von ihnen, Karl Wilhelm Ferdinand (geb. 13. Nov. 1771), war der Vater des Reichskanzlers.



August Friedrich von Bismarck wird verwundet vom Schlachtfelde getragen (17. Mai 1742).

Ferdinand von Bismarck trat schon in seinem zwölften Lebensjahre (1783) bei dem in dem benachbarten Rathenow garnisonirenden Leibkarabinier-Regiment ein, welches aus dem Stamme der berühmten Derfflinger'schen Dragoner hervorgegangen und zu seinem alten Ruhm von Rathenow und Fehrbellin jüngst unter den Augen des großen Königs bei Hohenfriedberg, Kesselsdorf und Zorndorf neue Lorbern gefügt hatte. Hier begann der Knabe von unten auf seine militärische Laufbahn, that Wachen und Stalldienst wie jeder andere Karabinier und ließ — wie er später mit Nachdruck seinen Söhnen zu erzählen pflegte — „jeden Morgen Schlag vier Uhr die Karabiniers ihren Hafer zumessen." In jener Zeit bildete sich bei ihm der Sinn für strenge militärische Ordnung und Pünktlichkeit, die er später in demselben Grade von seinen Söhnen forderte. Gegen Ende des Jahres 1792 erhielt das Regiment Marschbefehl, um unter

dem Herzog von Braunschweig den Feldzug in französisch Flandern und der Champagne mitzumachen. Der junge Ferdinand von Bismarck selbst wurde bald darauf als Ordonnanzoffizier in das Hauptquartier des Herzogs berufen und sprengte als solcher mit den Befehlen des Oberkommandirenden auf dem Schlachtfelde von Kaiserslautern zu den Truppen. Gerne hätte er wol dem alternden Herzoge selbst Etwas von seinem Jugendfeuer mitgetheilt, denn im Hauptquartier sah er so Manches, das mit seinen Vorstellungen von Kriegführung in Friedrich's Geiste nicht übereinstimmte. Als nach dem unheilvollen Baseler Frieden das Regiment für kurze Zeit in seine Friedensgarnison zurückkehrte, da zog der junge märkische Centaur es vor, lieber auf seines Vaters Gute nach eigener Art Rosse zu tummeln, als die Langeweile des Exerzierplatzes von Rathenow zu athmen, und bat um seinen Abschied, den er (1796) als Rittmeister erhielt.

Im Winter pflegte der Rittmeister a. D. von Bismarck für einige Monate nach Berlin zu gehen und wurde der vertraute Umgang des ritterlich heißblütigen Prinzen Louis Ferdinand, des Neffen Friedrich's des Großen. In den dortigen Hofkreisen machte er die Bekanntschaft des schönen und anmuthvollen Fräulein Luise Wilhelmine Menken, deren Vater, aus der Leipziger Gelehrtenfamilie dieses Namens stammend, als Kabinetsrath bei dem jungen Könige Friedrich Wilhelm III. eine angesehene und einflußreiche Stellung bekleidete.

Anastasius Ludwig Menken war, wie der Minister von Stein sich äußerte, „der Einzige in der Umgebung des jungen Königs, welcher diesen selbst liebte und welchem dessen Größe und Bildung am Herzen lag, ein liberal denkender, gebildeter, feinfühlender und wohlwollender Mann von den edelsten Gesinnungen und Absichten, der das Wohl seines Vaterlandes wünschte und durch Verbreitung von Aufklärung, durch Verbesserung des Zustandes aller Klassen und Anwendung liberaler und menschenfreundlicher Grundsätze fördern wollte." Leider mußte Menken seiner schwächlichen, durch unausgesetzte Arbeit angegriffenen Gesundheit wegen schon frühe seine Entlassung aus dem Staatsdienste nehmen. Bald nachher starb er (am 5. Aug. 1801).

Mit dem hellen Verstande und dem vorurtheilsfreien Blick ihres Vaters verband Luise Wilhelmine Menken die Vorzüge der äußeren Erscheinung und des feinen weiblichen Takts, durch deren Vereinigung sie das Herz Ferdinand von Bismarck's gewann. Am 7. Juli 1806 fand die Vermählung statt. Dennoch mochte es an mancherlei Gerede und Kopfschütteln unter Nachbarn und Nachbarinnen nicht fehlen, als Bismarck mit seiner schönen sechzehnjährigen Gemahlin (sie war geboren den 24. Januar 1789) seinen Einzug in Schönhausen hielt. Die Ehe eines Grundherrn von altmärkischem Adel mit einer Bürgerlichen zu einer Zeit, als der Adel sich noch im Vollbewußtsein eines bevorrechteten Standes fühlte, war ein zu auffallendes Ereigniß, als daß sie nicht einiges Befremden hätte erregen sollen. Ob die biedere Gesinnung des Besitzers von Schönhausen, ob die geistige Anmuth seiner Gemahlin die

Vorurtheile besiegt, oder ob sie unter dem Eindruck der Zeitereignisse von selbst allmählich geschwunden, — jedenfalls vermochten sie nicht, einen Schatten auf das junge Glück des Paares in Schönhausen zu werfen.

Aber andere, ernstere Trübungen blieben nicht aus. Kaum war die rosige Zeit der Flitterwochen vorüber, so brausten die Kriegsstürme mächtig durch das Land. Die Nachricht von dem Tode des dem Rittmeister von Bismarck besonders zugethanen heldenmüthigen Hohenzollernprinzen Louis Ferdinand bei Saalfeld war nur der Vorläufer noch unheilvollerer Botschaften. Die beiden verhängnißschweren Namen „Jena“ und „Auerstädt“ gingen von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr; der mächtige Staat Friedrich's des Großen, das alte Preußen, war bei dem ersten gewaltigen Stoße des neuen Cäsar zusammengebrochen, und was man nicht denken, nicht glauben mochte, das mußte man jetzt mit eigenen Augen sehen. Von der Saale her trieben die sturmverschlagenen Trümmer des Preußenheeres, dicht verfolgt von den Napoleonischen Heerscharen, bis zur Elbe und über die Elbe.

Die treuen Altmärker sahen die Thränen der unglücklichen Königin Luise, welche eine Nacht (16. Oktober) im Schlosse zu Tangermünde verweilte; sie fühlten den großen Schmerz ihres Königs, als dieser zwei Tage darauf unter ihnen war. Dann aber folgten in ununterbrochenem Zuge die geschlagenen Truppen unter dem Herzog von Weimar und dem General Rüchel. Endlich (am 26. Oktober) schlug der französische Marschall Soult sein Hauptquartier im Schloß Tangermünde auf und begann mit seinem Corps den Elbübergang anzutreten. Am 28. Oktober Nachmittags wurden die ersten Franzosen in der Nähe von Schönhausen gesehen.

Die Nachricht von der Annäherung des Feindes verbreitete Schrecken und Bestürzung unter den Einwohnern von Schönhausen. Der größte Theil der Einwohner flüchtete mit ihrer beweglichen Habe noch vor Nacht nach dem Trübenwalde, einem durch Abzugsgräben und Schleusen trocken gelegten Elsenbruche. Auch der Geistliche des Orts, Prediger Petri mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern, sowie der Gutsherr, Rittmeister von Bismarck, mit seinem jungen Weibe schlossen sich ihnen an, um den gefürchteten Mißhandlungen zu entgehen. Aber noch auf dem Wege dahin wurde der mit vier gelben Pferden bespannte Wagen des Letzteren von einem Trupp Franzosen angehalten und durchsucht. Nur mit Mühe gelang es Bismarck, seine Gemahlin vor Rohheiten zu schützen und die Fortsetzung der Fahrt zu bewerkstelligen.

Kaum hatten die letzten Flüchtlinge das Dorf verlassen, so drangen auch schon französische Heerhaufen plündernd in das Dorf ein. Ein Theil derselben nahm den Weg nach dem Schlosse und durchsuchte alle Zimmer und Winkel nach verborgenen Schätzen. Unwillig, sich getäuscht zu sehen, ließen sie ihre Wuth an dem Stammbaum des Bismarck'schen Geschlechts aus, dessen Bild an einer langen Wand des Bibliothekzimmers hing, und zerfetzten dasselbe mit

Säbelhieben und Bajonnetstichen, deren Spuren noch heute sichtbar, gleichsam als ahnten sie, daß diesem Stamme noch ein Sproß erblühen werde, der ihre Unthaten aus alter und neuer Zeit zu rächen berufen wäre. Andere Plünderer durchstreiften den Park, drangen in das auf einer kleinen Insel gelegene Gartenhaus, ängstigten den Schullehrer, der dort in einem Winkel der Bodenkammer ein sicheres Versteck gefunden zu haben glaubte, und schnitten ihm die verrätherischen, blinkenden Schuhschnallen ab in dem Irrthum, daß sie von Silber wären. Schwerlich ahnten sie, daß unter der Schwelle desselben Gartenhauses eine ziemlich große Zahl von Goldstücken lag, die Bismarck einige Tage zuvor dort vergraben hatte; wir werden später hören, wer sie fand.



Franzosen beschädigen den Stammbaum des Bismarck'schen Geschlechts.

Auch auf dem anderen Bismarck'schen Gute in Schönhausen und auf dem Pfarrhofe ward geplündert, die Meubles zerschlagen und alles Werthvolle fortgeführt. In vielen Häusern des Dorfes geschah ein Gleiches. Einer von den wenigen Einwohnern, die im Dorfe zurückgeblieben waren, der vierundsechzigjährige Kossäthe und Schäfereipächter Peter Schulze, wurde von den Franzosen

mit Säbelhieben so zugerichtet, daß er dieselbe Nacht an seinen Wunden starb. — Unterdessen verbrachten die geängsteten Einwohner, Bismarck mit seiner jungen Gattin und der Prediger Petri mit seiner Familie in ihrer Mitte, eine kalte, regnerische Herbstnacht unter freiem Himmel im Trübenwalde. Mit beklommenem Herzen richteten die Geflüchteten die Blicke immer und immer wieder nach dem lieben Heimatdorfe zurück, jeden Augenblick befürchtend, daß ein aufgehender rother Feuerschein am Himmel ihnen den Brand ihrer Häuser verkünden werde. „Seit dem Dreißigjährigen Kriege hatte kein feindlicher Fuß" — so bemerkt der Prediger Petri in seinem Tagebuche — „den ruhigen Winkel zwischen der Elbe und Havel betreten. Gott erhalte uns unsere Wohnungen, unsere Scheunen und unser Vieh, sonst wird das Elend grenzenlos! O goldener Friede, glückliche Ruhe, die wir so lange genossen, wann kehrt ihr wieder?"



Franzosen in der Altmark.

Und ein befreundeter Amtsbruder fügt an derselben Stelle die prophetisch gewordene Antwort hinzu: „Dann, wann Preußens edle Krieger, mit Gott für König und Vaterland fechtend, in Paris einziehen werden." Beide Stimmen, ein Stoßseufzer und ein zuversichtliches Trostwort, vergegenwärtigen uns die allgemeine Stimmung in jener trübsten Zeit Preußens und Deutschlands.

Ueber Nacht hatten die französischen Plünderer das Dorf wieder verlassen und um Morgengrauen kehrten die Einwohner zaghaft in ihre leeren Häuser zurück. Aber auch in den nächstfolgenden Tagen wurden sie noch öfters von durchziehenden Trupps aufgeschreckt. Erst nachdem Bismarck, welcher seiner

Gemahlin für die nächsten Wochen in Rathenow ein Unterkommen besorgt, von dem französischen Oberbefehlshaber in Tangermünde eine Schutzwache erwirkt hatte, wurde eine Wiederholung jener Plünderungsscenen verhütet.

Als Bismarck, der nach dem Vorüberziehen der ersten Gefahr nach Schönhausen zurückgekehrt war, seine Schritte nach dem Gartenhause lenkte, wo er seinen baaren Bestand an Goldstücken vergraben hatte, fand er die Erde vor der Schwelle aufgewühlt, die Goldstücke weit umher verstreut, aber — es fehlte keins. Die treuen Hunde hatten hier die Spur ihres Herrn gesucht und das Gold verächtlich bei Seite geschoben.

Der Tilsiter Frieden, so tief ihn jedes preußische Herz beklagen mußte, ließ den Bewohnern von Schönhausen doch den Trost, daß ihre alte Zusammengehörigkeit mit dem preußischen Staate nicht gestört wurde, obgleich ganz in der Nähe ihrer Felder die Grenze des von Napoleon neu geschaffenen französischen Vasallenstaats, des Königreichs Westfalen, hinlief. Die Elbe, jener alte Grenzfluß zwischen Sachsen und Wenden, sollte jetzt die Grenze bilden zwischen einem französischen und einem nichtfranzösischen Deutschland. So wähnte Napoleon.

Während sich in Preußen in der Stille jener große geschichtliche Umschwung vollzog, durch welchen die Siege der Befreiungskriege vorbereitet wurden, fand Bismarck in dem Frieden seiner stillen, gesegneten Häuslichkeit Trost für den tiefen Schmerz, den er mit allen Vaterlandsfreunden theilte. Aber auch die Elternfreude sollte dem Paar auf Schönhausen noch öfters in Trauer sich wandeln. Noch zur Zeit des Franzosenkrieges hatte Frau von Bismarck (am 13. April 1807) ihren Gemahl mit einem Knäblein beschenkt; aber der kleine Alexander Friedrich Ferdinand erreichte nur das dritte Lebensjahr; er starb schon am Tage vor Weihnachten 1809. Im Park von Schönhausen liegt sein kleines Grab, ganz von blühendem Gesträuch bedeckt, mitten im Grünen, mit einem gußeisernen Kreuz geschmückt. Seinen Lebenslauf enthält die rührende Grabschrift: „Er war die Freude und Hoffnung der Eltern, die er nur durch seinen Tod betrübte.“

Ein Töchterchen, Luise Johanne, welches das Jahr danach (den 3. November 1808) geboren ward, starb gleichfalls in der Kindheit (am 19. März 1813).

Am 24. Juli 1810 wurde dem Bismarck'schen Paare abermals ein Sohn geboren, welcher in der Taufe den Namen Bernhard erhielt und nachmals Landrath des Kreises Naugard in Pommern sowie königlicher Kammerherr und Geheimer Regierungsrath wurde.

Als jener Völkerfrühling anbrach, in dem alle waffenfähigen vaterlandsliebenden Männer und Jünglinge sich für Preußens und Deutschlands Befreiung unter Preußens Banner „mit Gott für König und Vaterland“ scharten, da blieben auch die Bismarck nicht zurück.

Von den vier Brüdern von Bismarck übernahm der älteste, Hauptmann

a. D. Ernst Friedrich Alexander (geb. den 14. Februar 1763), die Führung einer Compagnie beim altmärkischen Landwehrregiment. Er war Wittwer, sein einziger Sohn, der nachherige Graf Bismarck-Bohlen auf Carlsburg (gest. 1873 als General a. D.), stand damals beim 1. Regiment Garde zu Fuß.

Der zweite, Friedrich Adolf Ludwig (geb. den 1. August 1766), der früher das 6. Kürassierregiment kommandirt und schon seit mehreren Jahren als General den Abschied genommen hatte, übernahm die Führung der brandenburgischen Landwehrkavallerie und kommandirte dieselbe in der Kolbenschlacht bei Hagelsberg. Später wurde er zum Gouverneur von Leipzig ernannt.

Der dritte, Philipp Ludwig Leopold Friedrich (geb. 21. Februar 1770), der als Rittmeister im Ziethen'schen Husarenregiment gestanden und nach dem Kriege den Abschied genommen hatte, zog jetzt als Major im Mecklenburgischen Husarenregiment in den Krieg, aus dem er nicht mehr zurückkehren sollte.

Der Rittmeister a. D. Karl Wilhelm Ferdinand, als der jüngste der vier Brüder, mußte in der Heimat zurückbleiben, um die Verwaltung der Güter zu beaufsichtigen, und organisirte den Landsturm der Altmark.

Wol that es noth, daß in einer so stürmischen Zeit der väterliche Herd nicht unbeschützt blieb. Kaum hatten die Trümmer des stolzesten französischen Heeres die zugefrorene Elbe überschritten, so durchzogen Kosaken, Baschkiren und Kalmücken vom russischen Heere im bunten Gewoge die Altmark, und Freund und Feind gaben sich in ihren Forderungen nicht viel nach. Bald nachdem die ersten Freiheitsschlachten geschlagen waren, erschienen wieder andere Gäste, in schwarzer Kriegstracht, die Stirnen von den niederwehenden schwarzen Haarbüschen beschattet. Das war Lützow's wilde, verwegene Jagd, die schwarze Schar, welche in Schönhausen und den umliegenden Dörfern für einige Zeit (gegen Ende Mai) Quartier erhielt, um die Elbübergänge zu bewachen und die Bildung des Landsturms unter Bismarck's Leitung in diesen Gegenden zu decken. Der Eindruck der todesmuthigen, kampfglühenden Schar auf die Jugend der Altmark war so mächtig, daß auch von der noch von den Franzosen besetzten linken Elbseite, aus Tangermünde und Umgegend, eine große Anzahl begeisterter Jünglinge herbeiströmten, um sich den schwarzen Gesellen anzureihen. In der Kirche zu Schönhausen fand eine gottesdienstliche Feier statt, bei welcher die neu eingetretenen Freiwilligen den Kriegseid zu leisten hatten. Sie gehörten zu den Edelsten der deutschen Jugend, die jetzt in der alten Dorfkirche von Schönhausen zum gemeinsamen Gottesdienst zusammentraten. In ihrer Mitte ragte das Haupt des biedern Turnvaters Jahn, jetzt Bataillonskommandeur im Lützow'schen Freicorps; seine Augen leuchteten vor Freude, daß sie die Gluten, die er selbst genährt, nun zur Flamme aufschlagen sahen; ihm zur Seite der wackere Friesen in edelster Mannesblüte, das rechte Bild eines deutschen Helden; dort auch der begeisterte Sänger von „Leier und Schwert", Theodor Körner, im Herzen die flammende Todesweihe, an der Seite das blinkende Schwert.

Mit einem Chorgesang wurde die Feier eröffnet. Ueber die Grüfte der Bismarckahnen hin brauste der Choral:

„Es bricht der freche Uebermuth
Der Tyrannei zusammen,
Es soll der Freiheit heilige Glut
In allen Herzen flammen.
Wir zieh'n in Kampfes Ungestüm,
Gott ist mit uns, und wir mit ihm,
Dem Herrn allein die Ehre!“

Nachdem darauf der Prediger Petri eine würdige Ansprache gehalten, traten die neueingetretenen altmärkischen Jünglinge an den Altar und schwuren auf die Schwerter ihrer Offiziere den vorgesprochenen Kriegseid. Dann wurde unter Glockengeläute der Segen gesprochen und die Orgel stimmte an: „Eine feste Burg ist unser Gott!“

Die Lützower brachen auf. Auch der Waffenstillstand mit den Befürchtungen, die er erregt hatte, ging vorüber. Wieder füllten Siegesfreude und bange Besorgniß im Wechsel die Herzen der Zurückgebliebenen, hatten doch die Meisten Brüder und Söhne unter den Reihen der Freiheitskrieger. Unerschöpflich schienen die Hülfsquellen des Feindes. Immer neue Heeresmassen drangen gegen die preußische Hauptstadt. Von dem Kirchthurme herab spähten die Ortsbewohner, ob es die Heerhaufen des Freundes oder Feindes waren, welche dort auf der Landstraße heranzogen; sie horchten, ob der Kanonendonner näher oder ferner rollte. Es kamen die Nachrichten von den großen Siegen von Groß-Beeren, von der Katzbach, Dennewitz, endlich von der gewaltigen Völkerschlacht auf Leipzigs Ebenen. In dem Siegesjubel über das befreite Vaterland verhallte die Klage um die gefallenen Helden. Leopold von Bismarck, der Bruder des Rittmeisters, hatte (am 16. Oktober) bei Möckern die Todeswunde erhalten, der er wenige Tage darauf (am 25. Oktober) zu Halle an der Saale erlag.

Der Tritt der Heere hallte wieder ferner und ferner. Die deutschen Heere zogen wieder an den deutschen Rhein und über den Rhein, endlich die Marne und Seine hinab. Wenn die Heeresposten aus dem fernen Frankreich nach dem kleinen altmärkischen Schönhausen kamen, dann sammelten sich die Bewohner des Dorfes vor dem Schlosse, und mit gehobener Stimme las der Gutsherr von den kühnen Märschen des greisen Vorwärtsstürmers Blücher, von dem eisernen York und seinen durch kein Feuer zu erschütternden, durch kein Hinderniß aufzuhaltenden Scharen, von der Thatenlust des sechzehnjährigen Prinzen Wilhelm, der bei Bar sur Aube mit dem russischen Regiment Kaluga zum Sturme vorgegangen und sich am Geburtstage seiner heimgegangenen königlichen Mutter zum ersten Male das eiserne Kreuz erworben, und die alten Augen der wackern altmärkischen Bauern leuchteten vor Freude, als sie hörten, was ihre Jungen unter solchen Führern zu leisten vermöchten. Endlich kam die

Kunde von dem Siegeseinzug der Verbündeten in Paris und dem errungenen Frieden.

Der Kriegslärm war wieder verstummt. Statt von Heerzügen und Heldenthaten las man von dem Glanz und Prunk, den die besternten Gesandten und Minister auf dem Wiener Kongresse bei Hoffesten und Maskenbällen, bei Carousellen und Schlittenfahrten entfalteten, aber auch von der aufgehenden Zwietracht zwischen den soeben verbündeten deutschen Hauptmächten, die Metternich gesäet, Talleyrand arglistig genährt hatte.

Und wieder war es Frühling geworden, ein fröhlicher, freier Frühling. Die Gräber der Helden aus dem Befreiungskriege fingen an, sich zum zweiten Male zu begrünen. Auf dem väterlichen Stammsitz freute sich der Schloßherr des errungenen Friedens und der aus blutigen Kämpfen hell und leuchtend heimgekehrten preußischen Waffenehre. Nur am westlichen Himmel breitete sich von neuem eine Wolke aus, Kriegswetter im Schoße bergend. Der kaiserliche Gefangene auf Elba war aus seinem Exil entwichen, an Frankreichs Küste gelandet und hatte seine Adler im Triumphzuge von Thurm zu Thurm bis Notre-Dame geführt. Ueber seinem Haupte die Acht, nahte er noch einmal, um den neu aufgerichteten Kaiserthron wider die Mächte Europa's zu vertheidigen und die Fürsten und Völker von Neuem unter seinen Willen zu beugen. Preußen hatte seine Rüstung noch nicht abgelegt und stand bereit, den Kampf mit dem Gewaltigen aufzunehmen.

In der Altmark spürte man noch wenig von den drohenden Kriegsstürmen. Auf Feld und Flur regte sich neu erwachendes Leben. Störche klapperten auf der Wiese, die alte Linde vor dem Schlosse zu Schönhausen trieb die ersten Keime, und in ihren Zweigen flüsterten und kicherten unsichtbare Hausgeisterchen. Der kleine, fünfjährige Bernd sprang fast unbeachtet im Park umher und konnte sich's nicht erklären, warum er sein Frühstück heute allein verzehren mußte und auch den gewohnten Morgenritt auf des Vaters Knieen nicht gemacht hatte. Im Hause selbst aber herrschte jene heimliche Stille, jenes emsige, geräuschlose Treiben, wie es einzutreten pflegt, wann ein junges Menschenleben nach dem Dasein ringt. Bewährte Diener, kundige Frauen gingen oder schwebten geschäftig hin und wieder, und die Zugehenden blickten die Abgehenden mit fragenden Gesichtern an, bis ein bedeutsames Nicken des Kopfes, ein erhobener Zeigefinger seitens der Letzteren das glückliche Eintreten des erwarteten Familienereignisses bestätigte.

Dort in dem oberen Eckzimmer, dessen träumerisches Halbdunkel nicht allein durch die herabgelassenen Gardinen, sondern auch durch den überragenden Flügel eines Wirthschaftsgebäudes bewirkt wird, unter dem halb geöffneten rothen Vorhange mit den herabhängenden Quasten steht die Wiege des kleinen Weltbürgers. Freundliche Genien umschweben das Lager der glücklichen Mutter und lassen allerlei bunte Gebilde über der Wiege des Kleinen

emporsteigen: schimmernde Bänder und Sterne, leuchtende Grafen- und Fürstenkronen. Um das junge Leben aber streiten noch die verschiedenen Mächte und legen ihre Morgengaben vor der Wiege nieder. Da naht der Geist der Hausahnen mit dem starken Rüstzeug und dem blanken Schwerte, der Geist der mütterlichen Ahnen mit der spitzen Feder und dem geflügelten Worte; — „er sei unser!“ ruft der gewappnete Genius des alten Preußenthums mit dem Schildspruch: „Mit Gott für König und Vaterland!“ und schwingt das schwarzweiße Banner mit dem Eisenkreuz zu Häupten des Knaben; „er ist mein!“ ruft der Schutzgeist Deutschlands, der an diesem ersten Apriltage des Jahres 1815 von dem Lärmen des Wiener Fürstentages in die lauschige Stille der Schönhauser Wochenstube geflüchtet ist, breitet segnend die Hände über dem Kleinen und bringt ihm einen hellen Muth und ein treues Herz als die Morgengaben Deutschlands.

Indessen erhebt auch der kleine Weltbürger selbst die Stimme; es ist die erste realistische Note an die Mutter Natur, in welcher er seinem Verlangen nach dem dringendsten Bedürfniß, nach der Milch des Lebens, verständlich Ausdruck giebt; es ist dieselbe Stimme, welche — jetzt allein innerhalb der Wände des Schlosses in Schönhausen vernehmbar — dereinst so mächtig in Kabineten und Parlamentssälen, ja in der ganzen Welt gehört werden sollte.





Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck und Luise Wilhelmine von Bismarck, geb. Menken.



Zweites Kapitel.

Frohe Kindheit.

Maxima debetur puero reverentia.
Juvenal.

Das Kind ist des Mannes Vater.
Wordsworth.

Nicht Schönhausen sollte die Stätte der ersten Jugendspiele des kleinen Otto v. Bismarck werden. Ein Jahr nach seiner Geburt waren seine Eltern durch

Vererbung und Vergleich in den Besitz der Güter Kniephof, Külz und Jarchelin im Naugarder Kreise in Pommern gekommen, und noch in demselben Jahre übersiedelten sie von Schönhausen nach Kniephof, ersteres Gut der Beaufsichtigung und Verwaltung des treuen Bellin überlassend. In Kniephof wuchs der kleine, muntere Bursche in ländlicher Freiheit auf, blickte aus klugen, blanken Augen in die Welt und tappte aus der Kinderstube in Hof und Garten hinaus. Hier fand er seine ersten Spiel- und Tummelplätze, tollte mit den Hunden, ließ sich auf den Rücken der Pferde heben und zuckelte mit ihnen nach der Zampel in die Schwemme. Auch für die Karpfen im Teiche empfand er eine gewisse Vorliebe und sah es gerne, wenn sie nach den ihnen zugeworfenen Semmelbrocken auftauchten und haschten oder unter einander in Streit geriethen. Eines Morgens mochte er sich wol zu eifrig diesem Spiele hingegeben haben, denn er glitt in den stellenweise ziemlich tiefen Teich, ohne daß Jemand in der Nähe gewesen, der es hätte bemerken und Hülfe bringen können. Wie er es angestellt, um gerettet zu werden, weiß man noch heute nicht, genug, er kam triefend und ganz mit Schilf bedeckt, in das Haus gelaufen und brachte den Eltern mit der Nachricht von der Gefahr, in der er geschwebt, zugleich diejenige von seiner glücklichen Rettung; er klagte nur, daß ihn entsetzlich fröre. Ein kleiner Fieberanfall war die einzige Folge dieses kalten Bades im Karpfenteiche.



Das unfreiwillige Bad im Karpfenteich.

Wenn der kleine Otto Mittags an seinem aparten Tischchen, die Serviette artig unter das Kinn gebunden, auf die Mittagssuppe warten mußte, kam dem beweglichen Bübchen das Stillsitzen oft sauer genug an. Da sehen wir ihn eines Tages, den Rücken halb dem Haupttische, an dem die Eltern saßen, zugekehrt, die Kniee gegen die Tischplatte gestellt, mit den kleinen Beinchen hin- und

herbaumelnd; aber eine so unparlamentarische Haltung paßte wenig zu dem Ideal der Mutter, welche gerne schon jetzt die anmuthigen Formen für den staatsmännischen Beruf ihm anerzogen hätte; wir lesen in ihrem ernstschönen, etwas strengen Antlitz, wie sie den Ordnungsruf auf der Zunge wiegt, aber der glückliche Vater läßt sie nicht zu Worte kommen; mit einem entzückten Blick auf den herzigen Schlingel ruft er der Mama zu: „Minchen, sieh doch den Jungen, wie er dasitzt und mit den Benekens baumelt!" — Hätten die Eltern gewußt, in wie mancher langen Sitzung ihr Otto dereinst still sitzen und die Suppe warten lassen würde! — —



„Ist Er von einer Kanonenkugel geschossen?"

Zu den Hausfreunden, welche in Kniephof verkehrten, gehörten auch viele Offiziere der benachbarten kleinen Garnisonstädte. Eines Tages befand sich der Major von Schmeling, Kommandeur des Landwehrbataillons in Naugard, welcher in den Freiheitskriegen verwundet war und den linken Arm in der Binde trug, als Mittagsgast im Bismarck'schen Hause. Lange beobachtete der Knabe über seinen Suppenteller hin mit fragenden Augen bald das eiserne Kreuz auf der Brust, bald den verwundeten Arm des blanken Kriegers; dann aber, als seine kleine Fassungskraft die Wirkung von „Blut und Eisen" an dem Bilde des tapferen Offiziers nicht zu verstehen vermochte, sprang er mit plötzlichem Entschlusse von seinem Stühlchen empor, stellte sich in gerader Haltung, etwas breitbeinig, die Hände in die Seiten gestemmt, vor den Gast hin und redete ihn in Fridericianischem Stile an: „Ist Er von einer Kanonenkugel geschossen?"

Allmählich kam die Zeit, da der kleine Otto Etwas lernen sollte. Schon sprach er mit Ausdruck die Verse aus seinem Fabelbuche nach, mußte sich's aber noch eine ganze Zeit lang zu seinem Verdrusse gefallen lassen, wenn der ältere Bernd ihn deshalb neckte, daß er mit dem L und R auf gespanntem Fuße stand und das R in der Aussprache vorzog. Das Bildchen im Fabelbuche, wo der Bär mit der gewaltigen Tatze vergebens nach den kleinen Bienen schlägt, die neckend und stechend seine Schnauze umschwärmen, mußte besonderen Reiz für ihn haben, und mit kindlichem Pathos deklamirte er:

„Honna, ihr Bienen, bummt der Bär,
Gneich gebt mir euren Honig her!“ ....

(statt „Holla, ihr Bienen, brummt der Bär“ u. s. w.).

Die Tage kindlicher Ungebundenheit gingen vorüber. Sei es, weil die Mutter den Verzug ihres kleinen Staatsmanns durch den nachsichtigen Gemahl fürchtete, sei es weil der Aufenthalt der Eltern um jene Zeit zwischen Schönhausen, Kniephof und Berlin noch öfters wechselte, kurz, im Familienrathe ward beschlossen, den sechsjährigen Otto nach Berlin in die Plamann'sche Erziehungsanstalt zu geben. Dieselbe lag damals Wilhelmsstraße Nr. 139 (vorher in der Lindenstraße Nr. 4, dem ehemaligen Haugwitz'schen Palais); sie stand in besonderem Ansehen und zählte Söhne vieler adeligen Familien vom Lande, namentlich aus Pommern und der Mark Brandenburg, zu ihren Zöglingen, wie die Namen v. Putkammer, v. Wolzogen, v. Gottberg, v. Balan, v. Hagen, v. Bredow, v. Trützschler und Falckenstein, v. Geßler, v. Briesen, v. Schmalensee u. a. beweisen. Gegründet zur Zeit der Erhebung Preußens nach den Grundsätzen der Pestalozzi'schen Methode, hatte sie unter der leitenden Mitwirkung des biederen Turnvaters Jahn und des edelmüthigen Friesen der Aufgabe nachgestrebt, dem Vaterlande eine sittlich reine, an Leib und Seele gesunde Jugend zu erziehen, als bestes Mittel, um ihm seiner Zeit die Unabhängigkeit und Freiheit zurückzuerkämpfen. Da wurden, außer dem wissenschaftlichen Unterricht, vollständige Turnerschlachten aufgeführt, flammende Kriegslieder und derbe Spottlieder auf Napoleon und die große Nation gesungen, der Haß gegen das Franzosenthum und die Begeisterung für die deutsche Freiheit genährt. Wenn sie somit ihrer Zeit als Hebel zur Belebung der Vaterlandsliebe in der Jugend mitwirkte, so artete in der auf die Freiheitskriege folgenden Friedensperiode diese spartanische Erziehungsmethode doch in Uebertreibung und Einseitigkeit aus.

Es muß ein rührender Anblick gewesen sein, als der kleine Otto von Bismarck auf dem Arme des Schönhausener Kutschers in das Plamann'sche Haus eingeführt und von den Knaben, darunter auch der ältere Bruder und ein Vetter Otto's, mit kindlicher Neugier gemustert wurde. „Wir befanden uns auf dem Mittelflur“, — wird uns von der Hand eines hochgeachteten Herrn gütigst mitgetheilt, der sich damals mitten unter der fröhlichen Knabenschar befand, — „als die nach der Straße zu führende Thüre sich aufthat und der Kutscher des

Herrn von Bismarck auf Schönhausen in dem damals üblichen weiten Mantel mit lang herabhängendem Rundkragen eintrat, Otto, gleichfalls in einen solchen Mantel gehüllt, auf dem Arme tragend; er war schon damals ein hoch aufgeschossener Knabe und ragte weit über das Haupt des Kutschers hinaus. Wir eilten auf Otto zu, er aber verzog keine Miene und sah nur mit imponirendem Ernst von oben herab auf uns nieder" .....



Ankunft des jungen Otto von Bismarck in der Plamann'schen Anstalt.

„Wie kommt es nur", — fügt der Erzähler hinzu, — „daß dieses Bild mir nach mehr als fünfzig Jahren klar im Gedächtniß geblieben, dieses Bild eines Knaben, von dem ich sonst aus jener Zeit nichts, durchaus gar nichts weiß? War das eine Ahnung davon, daß er einst so hoch über uns gestellt sein werde?"

Die neu aufgenommenen Schüler hatten ihren älteren Mitschülern gegenüber anfänglich immer einen ziemlich schweren Stand. Im Ganzen hatten die Knaben ein ziemlich rauhes Wesen gegen einander; es war dies damalige

Turnerart und wurde von den Lehrern nicht ungern gesehen, daher es mit einem tüchtigen Puff der Knaben unter einander nicht so genau genommen ward.

Ueber die Lebensweise der Knaben erfahren wir Näheres durch einen Mitschüler Bismarck's, Ernst Krigar, in einem Schriftchen: „Kleine Mittheilungen aus der Jugendzeit des Fürsten Bismarck."

„Des Morgens wurden wir" — so heißt es darin — „durch das Läuten einer kleinen Glocke Punkt 6 Uhr geweckt. Unser Frühstück bestand in Milch und etwas Brot. Um 7 Uhr begannen die Lehrstunden, jedoch fand zuvor täglich eine kurze religiöse Erbauung statt. Sämmtliche Schüler und die in der Anstalt wohnenden Lehrer waren versammelt; es wurde ein Choral, auf einem alten Flügel, welcher zwei Klaviaturen übereinander hatte, begleitet, gesungen. Hierauf hielt der Direktor Plamann einen kurzen Vortrag und nach diesem begannen die Lehrstunden bis 10 Uhr Vormittags. Jetzt konnten wir uns eine halbe Stunde im Garten beim zweiten Frühstück erholen, welches täglich aus trockenem Brot und Salz bestand; im Sommer erhielten wir noch etwas Obst dazu. Mittags 12 Uhr wurde zu Tische geläutet. Alles strömte nach dem großen Saal, wo Frau Direktor Plamann und eine Nichte derselben jedem Lehrer und Schüler selbst die Portionen auftrugen, welche von einem Diener der Anstalt herumgereicht wurden. Das Essen war überaus einfach, aber kräftig und gut zubereitet. Wer noch Verlangen nach einer zweiten Portion hatte, mußte mit seinem Teller selbst zu Frau Plamann gehen und darum bitten. Bei Lieblingsgerichten, wie geriebenen Kartoffeln, die seltener vorkamen, war der Andrang zu einer zweiten Portion oft ungeheuer, und es kam dann auch wol vor, daß die Letzten leer ausgingen. Wer seine Portion nicht aufessen konnte oder wollte, mußte nach Tische im Garten auf der Terrasse mit seinem Teller so lange stehen, bis der Rest vollständig verzehrt war. Täglich hatten wir das Schauspiel, daß drei bis vier Schüler dort aufgestellt wurden. Von 2 Uhr Nachmittags dauerten die Lehrstunden wieder bis 4 Uhr. Jetzt war Vesper, es gab wieder Brot mit Salz; bis 7 Uhr wurde dann weiter unterrichtet. Von dieser Zeit an wurden die aufgegebenen Arbeiten oder Spiele im Freien vorgenommen. Das Abendbrot bestand in der Regel in Warmbier oder belegten Butterbroten. Die Unterrichtszeit würde uns nun oft sehr lang geworden sein, wenn sie nicht wenigstens durch zwei Stunden Turnen gekürzt worden wäre. Diese Stunden waren stets die größte Erholung für uns und ganz besonders fesselte uns der Fechtunterricht bei dem Lehrer Ernst Eiselen."

Der neue Ankömmling konnte der Lebensweise und den Gebräuchen in der Plamann'schen Anstalt anfänglich keinen Geschmack abgewinnen, ja er fühlte sich durch manches derbe Wort aus dem Munde seiner Lehrer und Mitschüler eingeschüchtert und abgeschreckt. Er liebte mit dem natürlichen Zuge des Herzens seine kleine Heimat, die ihm Liebes und Gutes erwiesen, aber jenes „Teutschthum", welches hier gelehrt wurde, blieb ihm fremd. Der Schulzwang, der

ummauerte Spielhof, die Stadt mit ihren hohen Häuserreihen drückten auf ihn, — da gab es nichts für Herz und Gemüth, keine Liebe, keine Herzensfreuden, keine Blüten! — Er empfand Heimweh nach seinen ländlichen Tummelplätzen, und wenn er beim Spaziergange außerhalb der Stadtmauern einen Pflüger sah, traten ihm Thränen in die Augen.

Ein großer Theil der sogenannten „Alten" aber legte dem Knaben seine Zurückhaltung für Hochmuth oder Unverträglichkeit aus, und als sie die herkömmlichen Einweihungsgebräuche an ihm vollziehen wollten, fanden sie bei ihm einen Widerstand, der, soweit ihr Gedächtniß reichte, unerhört war. Diese Majorität beschloß Rache an dem hartnäckigen Knaben zu nehmen. „Da wir uns gerade in den Sommermonaten befanden" — so erzählt unser Gewährsmann — „und von unseren Lehrern sowol bei gutem wie bei schlechtem Wetter fleißig zum Baden nach dem damaligen „Schafgraben" geführt wurden, so fand sich bald eine günstige Gelegenheit dazu. Hier beim Baden hieß es vor Allem Muth zeigen; wer sich nicht freiwillig Hals über Kopf ins Wasser stürzte und nur die geringste Furcht verrieth, hatte es schwer zu büßen. Der Lehrer nahm einen solchen Zaghaften auf seine Schultern und warf ihn dann an der tiefsten Stelle, natürlich kopfüber, ins Wasser; nachdem er wieder emporgekommen, hatten wir die Erlaubniß, demselben noch mehreremal beim Untertauchen behülflich zu sein, bis er alle Furcht überwunden und sich nicht mehr wasserscheu zeigte. Die Feinde Otto Bismarck's freuten sich auf den Augenblick, wann er seine Taufe im Schafgraben erhalten sollte; alle hatten sich vorgenommen, ihn tüchtig zu bearbeiten, alle standen schon gerüstet am Graben, als Bismarck mit der größten Kaltblütigkeit an den Rand desselben trat, sich hineinstürzte, untertauchte und am jenseitigen Ufer wieder emporkam. Ein allgemeines „Ah" folgte dieser Ueberraschung; keiner wagte es noch, den kühnen Taucher nur zu berühren." Er hatte seine Fertigkeit im Tauchen ja schon aus dem Teiche von Kniephof mitgebracht, wie wir es am Eingange dieses Kapitels gesehen haben. Jetzt bildete er sich an der Pfuhl'schen Schwimmanstalt vor dem Schlesischen Thore auch zum Spreegänger und Fahrtenschwimmer aus, und bei Meister Eiselen lernte er mit besonderem Geschick die Anfangsgründe der Fechtkunst, in der er es später selbst zur Meisterschaft brachte.

Bismarck's Anhang unter den Mitschülern wuchs von Tage zu Tage. Bald hatte er einen bedeutenden Einfluß über seine kleinen Genossen gewonnen und galt ihnen sowol im kindlichen Spiele wie auch in der Wissenschaft als eine Art Autorität. Besonders bewunderten sie seine Geschichtskenntniß.

„Zu Weihnachten" — erzählt Krigar — „hatte ein Mitschüler „Becker's Erzählungen aus der alten Welt" von seinen Eltern zum Geschenk erhalten; dieses Buch wurde von uns so fleißig gelesen, daß das eine Exemplar lange nicht ausreichte, unsere Wißbegierde zu stillen. Bald hatte sich denn auch eine größere Zahl Schüler das Buch von ihren Eltern schicken lassen. Jetzt wurde

der Trojanische Krieg vorgenommen; der Erste, welcher diesen ganzen Theil des Buches auswendig konnte, war Otto Bismarck. Am Ende des Gartens der Anstalt — jetzt nach der Königgrätzer Straße zu — stand ein schön gewachsener Lindenbaum. Es war dies der einzige Baum im Garten, zu welchem wir Erlaubniß hatten hinaufzuklettern. Dies war in den Freistunden unser liebster Aufenthalt. „Nach der Linde!“ hieß es, wenn irgend etwas Wichtiges mitzutheilen oder zu berathen war. Sie bildete den Mittelpunkt des Gartens für uns; sie war so mit unsern Jugenderinnerungen verwachsen. Otto von Bismarck unternahm in der Regel das Vorlesen des Trojanischen Krieges und wählte dazu sich häufig seinen Lieblingssitz auf der Linde. Wir Zuhörer, soweit wir Platz hatten, bestiegen ebenfalls den Baum, die Uebrigen lagerten sich unter demselben. Mit welcher Aufmerksamkeit folgten wir dem Vorleser, mit welcher Begeisterung wurden die Heldenthaten der Griechen vor Troja aufgenommen; es dauerte auch nicht lange, so hatte Jeder von uns den Namen eines Helden. Bismarck konnte kein Anderer sein als der Telamonier Ajax!“

So wie jener Griechenheld in den Kämpfen um Troja den gewaltigen Feldstein in die Reihen der gegen die Schiffe anstürmenden Troer warf, so schleuderte hier Bismarck einmal, als der Kampf zwischen den Knabenscharen auf dem Spielhof lange entscheidungslos getobt hatte, seinen Schultornister zwischen die Streitenden und gebot mit kleiner, aber mächtiger Stimme, vom Kampfe abzulassen.

Wenn der Winter kam mit seinen Flocken, dann bot sich noch schönere Gelegenheit, sich als würdiger Träger des Heldennamens zu bewähren. Dann gab es herrliche Schneeballschlachten; die Plamaner theilten sich in zwei Heerhaufen, „ein Theil besetzte die am Hause nach dem Garten zu gelegene Terrasse und thürmte hier mächtigen Vorrath von Schnee auf, während der andere Theil sich zum Sturm anschickte. Die Lehrer waren dabei immer nur indirekt thätig; der alte Schreiblehrer Markwordt, ein Veteran aus den Freiheitskriegen, nahm sich in der Regel der Jüngsten und Zaghaften an. Den Angriff zu befehligen verstand Niemand besser als Otto Bismarck, hierbei war er in seinem Element! Er wußte bald die Stellen ausfindig zu machen, wo die Terrasse nur schwach vertheidigt wurde, und während ein allgemeines Bombardement dem Hauptangriff vorherging, sammelte Bismarck seine zum Sturmlaufen auserlesene Schar, und mit lautem Hurrah unter einem dichten Schneeballregen drang er an der Spitze gegen die Terrasse vor. Hier entstand nun ein allgemeines Handgemenge, wobei sich die Köpfe so erhitzten, daß es selten ganz ohne Beulen abging. Dann mußten die Lehrer oft den Ausschlag geben, welche sowol bei den Stürmern als bei den Vertheidigern der Terrasse thätig waren, freilich immer nur in der Reserve, so daß sie uns gerne allein die Siegespalme überließen.“

Für die Wintermonate pflegten auch wol die Eltern ihren Aufenthalt nach Berlin zu verlegen und dort an den Hofzirkeln theilzunehmen; für diese Zeit

wohnte dann Otto bei ihnen, aber es war ihm hier nicht wie zu Hause. Auch der Vater war hier ein Anderer als daheim in Wald und Feld. Es war ein stilles, ritterliches Opfer, welches er seiner Gemahlin brachte, die in ihrem mütterlichen Ehrgeiz sich gerne auf dem Boden bewegte, auf dem ihr Otto staatsmännische Lorbern pflücken sollte.



Otto von Bismarck liest seinen Mitschülern den Trojanischen Krieg vor.

Mit seinem zwölften Lebensjahre wurde Otto der Plamann'schen Anstalt entrückt und als Untertertianer im Friedrich-Wilhelms-Gymnasium aufgenommen. Von dieser Zeit an blieb er mit seinem älteren Bruder Bernhard ganz in der Berliner Wohnung der Eltern (Behrenstraße 53), wo ein Genfer, Mr. Gallot, der nur französisch sprach, die Aufsicht über die Knaben führte. Während dieser die Nachhülfe im Unterricht gab, sorgte die wackere Köchin Trina Neumann aus Schönhausen mit Eierkuchen und Gänsebrüsten für ihren

Pflegebefohlenen, damit geistige und leibliche Nahrung einander das Gleichgewicht hielten. Goldene Eierkuchenzeit, wo ein Wort der guten Trina noch genügte, um den jungen, flüchtigen Gymnasiasten zur rechten Zeit in das Haus zurückzuführen! — „Ick back hüt Abend uck webber en Pannkauken", rief sie ihm beim Abgehen nach. „Klock Säben is hei farig, latens em nich afbacken weren, Junker Otting!" — Und Junker Otto aß selten einen „afbackenen Pannkauken".

In der Schule ging es in allen Lehrgegenständen frisch vorwärts, ohne daß es bei seiner reichen Begabung und schnellen Fassungskraft großer Anstrengung seitens des Schülers oder besonderer Antriebe seitens der Lehrer bedurft hätte. An Gallot's Stelle übernahm im folgenden Jahre (1828) der Kammergerichtsreferendarius Hagens die Aufsicht und den Unterricht der Knaben in der französischen und englischen Sprache. Derselbe wurde 1829 durch den Philologen Winkelmann ersetzt. Im Herbst 1829 besuchte Bernhard von Bismarck die Universität, Otto blieb im elterlichen Hause und wohnte dort bis zum Frühjahr 1830 noch mit dem Bruder zusammen.

Die schönste Abwechselung in dieser Lern- und Schulzeit der beiden Brüder boten die Ferien. Freie, fröhliche Ferienzeit! Die alltäglich gehörten Posthornklänge schallen dem frisch aufathmenden Knabenherzen wie ein Signal der Freiheit. Die Fahrt im engen Postwagen bei Tag und bei Nacht auf dem zum Theil noch recht holperigen Landwege — Chaussee gab es zu der Zeit, als Junker Otto Ferienreisen machte, nur streckenweise zwischen Berlin und Stettin — ist keineswegs bequem, aber das Herz klopft bei jedem Meilenstein, der erreicht wird, freier und freudiger. Zuweilen wird noch ein Abstecher von der großen Poststraße gemacht, ein kurzer Besuch bei Verwandten oder bei dem nächsten Anhang der Familie, dann geht es von Stettin aus mit den eigenen lieben Pferden um so schneller der Heimat zu. Die Gegend an den Seiten der Straße nimmt allmählich ein bekannteres Aussehen an, Dörfer und Büsche grüßen traut wie liebe Jugendfreunde. Da liegt schon Gollnow, wo der Großvater geboren ward und der Urgroßvater, der bei Czaslau gefallene tapfere Reiteroberst, mit seinem Ansbach-Baireuth-Dragonerregiment in Garnison stand, von dem noch so viele lustige Geschichten erzählt werden. Nun geht's durch Naugard mit dem alten Amte, das der kühne Schill Anno 7 gegen die Franzosen vertheidigte, bis die letzte Patrone verschossen war, noch eine kleine Stunde zwischen Gebüschen und Wiesen dahin, und der Wagen hält vor dem alten Fachwerkgebäude von Kniephof.

Nach der ersten frohen Begrüßung im Vaterhause werden alle die alten lieben Plätze wieder aufgesucht, auch die Pferde im Stall, die Hunde im Vorhof gestreichelt, selbst die Karpfen im Teiche erhalten ihren Brocken zugeworfen.

Manche kleine Veränderung hat sich daheim in der Familie zugetragen. Ein jüngeres Brüderchen war leider schon im vierten Jahre gestorben (Franz, geboren den 20. Juni 1819, gestorben den 10. September 1822). Dafür fand

Otto ein kleines Schwesterchen vor, seine Malwine oder Maldewine, seine Kreusa, oder wie er sie sonst später in seinen Briefen liebkosend nannte; denn mit ihr unterhielt er in späteren Jahren jenes zärtliche geschwisterliche Verhältniß, das einem bräutlichen verglichen wird. (Franziska Angelika Malwine, geboren den 29. Juni 1827, vermählt am 30. Oktober 1844 mit dem königlichen Kammerherrn und Landrath a. D. von Arnim auf Kröchlendorff, Mitglied des Herrenhauses.)

An einem der ersten Ferientage geht es gewiß zu Blanckenburg's nach Zimmerhausen, um den lieben Spielfreund Moritz von Blanckenburg (später Mitglied des Abgeordnetenhauses und Führer der Altkonservativen) zu besuchen und den berühmten Käsekuchen wieder zu probiren, der in keinem Winkel der Erde so schön gebacken wird, wie in Zimmerhausen in Hinterpommern.

Wenn er dann mit der Pirschflinte über der Schulter die Felder und Fluren durchstreifte, dann fühlte sich der kleine König der Schöpfung ganz in seiner Macht und Wichtigkeit. So geschah es eines Tages — und zwar zu Schönhausen, in seiner altmärkischen Heimat, — als er vom Felde zurückkehrte, daß ihn der steinerne Herkules an der hölzernen Brücke des Schilfgrabens, der Umgrenzung des väterlichen Parks, in seiner respektwidrigen Haltung und seinem mythologisch einfachen Kostüm störte. Oft hatte der mythische Herr ihn doch sonst mit derselben Licenz von der Kehrseite angeblickt, jetzt mochte sich Junker Otto das nicht mehr ungestraft bieten lassen. Die Flinte von der Schulter genommen, angelegt, abgebrannt — war das Werk eines Augenblick. Als einige Tage darauf der Vater mit Otto an dem verwundeten Herkules vorüberging und die Spuren des Schusses bemerkte, fragte er mit ernster Miene: „Otto, hast Du dahin geschossen?" — «Ja, Papa!» — erwiederte dieser ohne Zögern, «aber ich dachte nicht, daß es ihm so wehe thun würde, denn er hat gleich mit der Hand nach hinten gefaßt.» Wirklich hält der Herkules die Hand noch heute an der getroffenen Stelle, wo man die Spuren der Schrotkörner von Junker Otto's Schusse deutlich erkennt.

Wie Otto von Bismarck in Berlin unter Bücherstaub und Wissensdunst sich nach Waldesfrische und Wiesengrün sehnte, so vergaß er auch daheim unter Herkulesabenteuern der Musen nicht. Eines Tages hatte sich die Familie bereits am Mittagstische niedergelassen, aber Frau von Bismarck zögerte noch, den silbernen Löffel in die Suppenterrine gleiten zu lassen, denn sie sah, wie ihr Gemahl zürnende Blicke auf den leer gebliebenen Platz ihres Otto sandte. „Wo steckt der Junge?" rief er dieses Mal ärgerlicher, als man sonst an ihm gewohnt war, da er die Hausordnung mit militärischer Pünktlichkeit beobachtet sehen wollte. Die sorgliche Mutter gab unterdessen heimlich Befehl, ihn im Garten und Feld zu suchen, aber alle Boten kehrten zurück, ohne seine Spur entdeckt zu haben. Es war eine verlegene Scene; der Vater schwankte zwischen Aerger und Besorgniß; bei der Mutter waltete die letztere vor. Da plötzlich kam es

ihr in den Sinn, daß sie vorhin die Thüre zum Bibliothekzimmer, das sonst wenig besucht zu werden pflegte, angelehnt gesehen hatte. Sie ging selber dahin und siehe! — da saß ihr Otto, umgeben von den riesigen eichenen Bücherschränken, die blonden Haare wild über die Stirne herabhängend, die beiden Ellenbogen über einem mächtigen Folianten auf die schwere Tischplatte gestützt. Er merkte nicht einmal, daß die Thüre aufgegangen und seine Mutter eingetreten war, die jetzt vielleicht mit ähnlichem Entzücken auf ihren kleinen Staatsmann schaute, wie der Vater damals auf den Knaben, als er in unruhiger Erwartung der Mittagssuppe mit den Beenekens baumelte. Studirte er vielleicht in dem Theatrum Europaeum mit solchem Eifer schon jetzt die Rolle ein, die er dereinst mit so gewaltigem Erfolge auf der wirklichen Weltbühne geben sollte?

Dort in dem weiten Gemach der wohlausgestatteten Bibliothek zu Schönhausen weilte er später oft und lange und sog aus den dickleibigen Folianten die Nahrung, um seinen gewaltigen Wissensdurst in der Geschichte zu befriedigen; dort saß er, bis in der Dämmerstunde die Buchstaben unter den Augen verschwammen und die Gestalten, mit denen er sich soeben beschäftigt hatte, immer lebendiger vor seine Seele traten; dort erwachte in ihm die erste Ahnung von Preußens, von Deutschlands Berufe.

Schon bei seiner Aufnahme in das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium (Ostern 1827) hatte Otto von Bismarck die Aufmerksamkeit eines Lehrers auf sich gezogen, der von großem Einfluß auf die Bildung des Knaben werden sollte und dem wir auch auf dessen späteren Lebenswegen noch öfters begegnen werden. Die Eröffnung eines neuen Lehrkursus im Gymnasium fand stets durch einen besonderen Schulakt statt, bei welcher Gelegenheit die neu aufgenommenen Schüler auf den vordersten Bänken den Lehrern gegenüber saßen, damit Letztere Gelegenheit fänden, einen ersten prüfenden Blick über die Knabenschar gleiten zu lassen. Da erregte der kleine, damals zwölfjährige Bismarck, der mit freundlichem Gesichte, mit blanken, klaren Knabenaugen um sich blickte und aufmerksam dem Vortrage zu folgen schien, das Wohlgefallen des Lehrers Bonnell, so daß dieser, — wie er später erzählte — bei sich dachte: „Ei, das ist ja ein nettes Jungchen; den will ich doch im Auge behalten."

Ein kleiner Zwischenfall bei demselben, vielleicht auch erst bei einem spätern Schulakte, verfehlte seinen Eindruck auf das Gemüth des Knaben nicht. Einer seiner Mitschüler, Namens von Kanitz, störte die Feier durch Spielereien und wurde zur Strafe dafür an die Saalthür verwiesen. Eine Weile ertrug der kleine Ruhestörer still die beschämende Strafe und die schadenfrohen Blicke von den Schulbänken herüber; dann, in einem unbewachten Augenblicke, ergriff er plötzlich die Thürklinke, huschte zum Saale hinaus und warf die Thüre mit lautem Schall hinter sich zu. Ueber den Delinquenten ward nachher strenges Gericht gehalten und eine Karzerstrafe verhängt; aber auch der junge v. Bismarck

zog sich aus dem kleinen Vorgange und der Bestrafung seines Schulkameraden seine Nutzanwendung für die Zukunft.

Als Bismarck im folgenden Jahre (Ostern 1828) nach Obertertia versetzt wurde, ward Bonnell sein Lehrer im Lateinischen und fand als solcher seine gute Vormeinung von dem Knaben nur bestätigt. Von leichter Fassungsgabe und hellem Verstande, lernte sein Schüler außerordentlich schnell und behielt das einmal Gelernte in gutem Gedächtniß.

Aufrichtige Frömmigkeit und strenge Wahrheitsliebe waren die Eigenschaften, welche im Gemüthe des Knaben von frühester Kindheit an am meisten ausgeprägt erschienen und in denen er im Religionsunterricht durch Schleiermacher bestärkt wurde; sie bildeten die Grundrichtung für die spätere Entwickelung seines Charakters.

Ostern 1830, gerade an seinem sechzehnten Geburtstage, wurde Otto von Bismarck in der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin durch Schleiermacher eingesegnet. Um dieselbe Zeit verließ er die Berliner Wohnung der Eltern und kam in Pension zum Professor Prevost, der in der Königsstraße neben der Post wohnte. Auch im Schulunterricht trat eine Aenderung ein; er schied vom Friedrich-Wilhelms-Gymnasium aus und ging an das für seine jetzige Wohnung bequemer gelegene Gymnasium zum Grauen Kloster über, welches damals unter Leitung des Direktor Köpke stand. Ein glücklicher Umstand war es, daß Bismarck hier wieder mit demjenigen unter seinen Lehrern zusammentraf, der ihm durch seine wohlwollende Milde das meiste Vertrauen eingeflößt hatte; denn auch Bonnell war (seit Michaeli 1829) als Professor an das Gymnasium zum Grauen Kloster versetzt worden. So geschah es, daß Bismarck im folgenden Jahre (Ostern 1831) ganz als Pensionär in das Haus des Professors aufgenommen wurde, der damals seine Wohnung am Königsgraben Nr. 4 hatte. Dort, in der anspruchslosen bürgerlichen Häuslichkeit, fühlte er sich wohl und zufrieden und erwiederte die ihm in der Familie des Professors zugewandte Liebe und Sorgfalt durch sein gemüthliches, zutrauliches Wesen. So bildete sich auf Grund der gegenseitigen Achtung und Zuneigung zwischen Lehrer und Schüler ein Band, welches unverändert noch bis auf den heutigen Tag fortbesteht. Auch als gereifter Mann und mächtiger Kanzler vergaß Bismarck die Dankbarkeit für seinen frühern Lehrer nie; dieser aber blickt mit Stolz zu einem ehemaligen Schüler auf, der es zu solcher Meisterschaft in Wissen und Können gebracht hat.

Noch vor einigen Jahren (1867), als die Stadt Berlin die süddeutschen Abgeordneten des Zollparlaments bei einem Festmahl im Saale des neuen Rathhauses begrüßte, machte es einen tiefen Eindruck auf die umstehenden Zeugen, als sie den mächtigen Kanzler des Norddeutschen Bundes in achtungsvoller Haltung seinem frühern, jetzt etwas gebeugten Lehrer, wie der Sohn dem Vater gegenüber, stehen sahen. „Euer Excellenz haben nun selbst einen schönen Theil

unserer vaterländischen Geschichte geschrieben", sagte Bonnell mit Anspielung auf das frühere Lieblingsstudium des Knaben. «Das nicht», versetzte der Kanzler abwehrend, «aber doch etwas an ihren Fäden gesponnen.»

In der kleinen Giebelstube im Hause des Professors, die jetzt leider durch einen Neubau verdeckt ist, führte Bismarck seine häuslichen Schularbeiten aus. Sie gingen ihm leicht und schnell von der Hand, so daß er sich nicht übertrieben anzustrengen brauchte und des Abends noch einige freie Stunden am Familientische des Professors und seiner jungen Gattin zubringen konnte. Hier erschien er stets heiteren, frohen Gemüths, ergötzte oft durch seine muntern Knabeneinfälle und nahm auch wol hin und wieder an einer Partie Whist Theil, wenn sich Bekannte zum Besuche einfanden. Zu seinen geschichtlichen Studien benutzte er die umfangreiche, sechzig Bände zählende Weltgeschichte von Baumgarten und Semmel im Bücherschranke des Professors. In allen Lehrgegenständen erwarb er sich tüchtige Kenntnisse, aber nicht mit allen Lehrern des Gymnasiums stand er sich gut. Da war es besonders der französische Lehrer Frings, welcher durch seine Behandlung den Trutz des Knaben herausforderte und ihn zu Aeußerungen reizte, die ihm einmal einen ernsten Tadel des Direktor Köpke zuzogen, ohne daß indessen das Verhältniß zwischen Bismarck und jenem Lehrer gebessert wurde. Es widerstrebte dem Selbstgefühle des Schülers, sich in dem bevorstehenden Examen von einem Lehrer beurtheilen zu lassen, mit dem er auf gespanntem Fuße lebte, und da er die Wahl hatte, eine französische oder eine englische Prüfungsarbeit einzureichen, so legte er sich kurz vor dem Examen mit aller Energie auf das Englische, wodurch er den doppelten Vortheil erreichte, daß er in beiden Sprachen völlig bewandert ward und er sich überzeugte, was für Schwierigkeiten ein kräftiger Wille in kurzer Zeit zu überwinden vermag.

Otto von Bismarck stand in seinem siebzehnten Lebensjahre; er hatte Oberprima erreicht und näherte sich dem Zeitabschnitte, wo er im Abiturientenexamen seine wissenschaftliche Reife für die Hochschule darthun sollte. Von hoher, schlanker Gestalt und frischem Aussehen, war er zu einem stattlichen Junker herangewachsen, und sein offener, leuchtender Blick, die helle Stirne schienen zu bekunden, daß seine geistige Entwickelung mit der leiblichen gleichen Schritt gehalten habe. Je kräftiger er sich fühlte, desto weniger mochte ihm allmählich der Schulzwang behagen, und mancher kleine Jugendstreich läßt den sprudelnden Uebermuth des jungen Baccalaureus erkennen.

Eines Tages kam Otto in die Berliner Wohnung seiner Eltern, damals (1830—31) am Dönhofsplatze in der Krausenstraße, um seinen älteren Bruder Bernhard, der als Landwehroffizier bei den Ulanen Dienst that, zu besuchen. Die Eltern waren verreist und Bernhard zufällig nicht zu Hause, aber an der Wand neben dem Bücherschranke hingen seine langen Reiterpistolen, die Otto einstweilen die Zeit vertreiben mochten. Er langte sie herab, ließ den Hahn ein paarmal

knacken, prüfte den Feuerstein und lud. Dann hängte er die Scheibe vor der Thüre des Bücherschranks auf und begann nun eine Uebung im Pistolenschießen auf immer weitere Entfernungen, zuletzt bei geöffneten Thüren durch mehrere Zimmer hindurch, wobei der Bücherschrank des Bruders als Kugelfang diente. Man denke sich das Erstaunen des Bruders, als dieser später zurückkehrte und die Verwüstung in seinem Zimmer, die Bresche in seinem Bücherschranke gewahrte.



Der Sturz mit dem Pferde.

Otto konnte die Zeit kaum erwarten, wann er den Schulstaub abgeschüttelt haben und in der Heimat wieder jagen und Rosse tummeln würde. Durften es nicht des Vaters Pferde sein, so mocht' es einstweilen ein Miethsgaul thun. Aber die lammfrommen mageren Philister, welche täglich denselben gewohnheitsmäßigen Weg bis zu irgend einem Wirthshausschilde zurücklegen, dort von selbst anhalten und, wenn der Reiter keine Miene macht abzusteigen, wieder umkehren und dieselbe Straße zurücktrotten, waren nicht nach seinem Geschmacke, er hielt es mit den wildesten und schwierigsten Rossen. Nerestan war das beste Pferd in Seger's Stall, ein stattlicher dunkelbrauner Wallach, aber Nerestan hatte Mucken, er war kitzlig auf dem Rücken und hatte eine entschiedene Abneigung gegen alles militärische Getümmel. An ihm wollte Junker Otto seine Reiterkünste probiren. Schon das Aufsitzen machte Schwierigkeiten, Nerestan sprang und schlug, sobald er die Hand auf seinem Rücken fühlte, und der

Stallmeister rieth dringend zu einem anderen Pferde. „Lassen Sie mich nur erst im Sattel sitzen", entgegnete Bismarck, „reiten werd' ich ihn schon können." Und er setzte es durch, er saß im Sattel und ritt wohlgemuth von Seger's Reitbahn die Linden hinauf, um sich nach Friedrichsfelde zu wenden, nach der Gegend, von wo er sehnsüchtig die Cholera erwartete; denn bei dem ersten Cholerafall in Berlin — so lautete die Weisung der Eltern — sollte er sogleich die Stadt verlassen und nach Kniephof kommen. Hoch zu Roß! — das ist ein ander Ding, als zu Fuße einherschlendern; es sieht sich viel besser auf die Leute herab, als zu ihnen hinauf; hoch zu Roß! — da kannst Du die Blicke weiter werfen, brauchst nicht jedem schnurrbärtigen Gensdarmen auszuweichen, nicht mit jedem unhöflichen Handlungslehrling zu streifen und kannst „auf das Gehudel unter Dir stolz herabseh'n von Deinem Thier", — so träumte vielleicht Junker Otto, aber Nerestan hatte andere Gedanken, und während der Reiter, verständnißvoll wie zu einem alten Freunde, zu dem Standbilde des alten Blücher aufblickte, der dort, den Fuß auf dem Kanonenrohre, den Säbel in der Faust, der neuen Wache gegenüber steht wie ein preußischer Vorwärts in Erz, und im Galopp um die Ecke ritt, musterte Nerestan mit argwöhnischen Blicken die Wachmannschaften, welche auf der anderen Seite des Platzes soeben ins Gewehr eilten, um irgend einer vorübergehenden Excellenz die militärischen Honneurs zu erweisen. Die Waffen klirren und blinken, Nerestan scheut, gleitet aus und fällt auf die Seite, und der kecke Reiter liegt mit gequetschtem Fuße nun unter dem Roß.

Die Frau Professor hatte einen nicht geringen Schreck, als ihr junger Schutzbefohlener aus der Droschke die zwei Treppen hinauf in ihre Wohnung gebracht wurde, und auch Bonnell, der, von einem Ausgange zurückkehrend, schon im Hause von dem Unfall hörte, eilte in großer Besorgniß hinauf. Als er aber den Burschen mit freundlich lächelndem Antlitz in seinem Zimmer auf dem Sofa liegen sah und aus seinem eigenen Munde mit scherzenden Worten den Vorfall erzählen hörte, beruhigte er sich und bezeugte ihm seine herzlichste Theilnahme; die Frau Professor aber bewährte sich ihm als liebreiche, treue Pflegerin.

Otto hatte eine nicht unerhebliche Quetschung erhalten, und anstatt auf Kniephofs Feldern zu jagen und Rosse zu tummeln, mußte er jetzt einige Wochen still auf dem Schmerzenslager aushalten. Was aber seine Eltern vermeiden wollten, das war gerade jetzt unvermeidlich geworden: er mußte noch in Berlin verweilen, als die wirklich gekommene Cholera schon ihre Opfer forderte; und als er endlich das Lager verlassen und nach Hause fahren durfte, da erlitten seine Ferien durch die auf den Gemüthern lastende Cholerafurcht und die gegen die Krankheit getroffenen Vorsichtsmaßregeln, welche ihm eine doppelte Quarantaine erst im Arrestlokal in Naugard, dann in der Heimat auferlegten, allerlei Trübung und Beschränkung.

Ostern 1832 und der Prüfungstermin rückten heran. Otto von Bismarck war kein Wunderkind, als er im noch nicht vollendeten siebzehnten Lebensjahre

sein Abiturientenexamen ablegte, aber es war in allen Wissenschaften in guten Boden ein tüchtiger Kern gelegt. Französisch und Englisch waren ihm geläufig; das Urtheil unter seiner lateinischen Probearbeit lautete: Oratio est lucida ac latina sed paulum castigata (die Sprache ist klar und lateinisch, aber wenig gefeilt). In der Geschichte glänzte er. Mit dem wohlverdienten Abiturientenzeugniß reiste Bismarck von der Schule zum Grauen Kloster und dem Hause am Königsgraben Nr. 4 frohgemuth der Heimat zu.





Bruder Studio.



Drittes Kapitel.

Studentenzeit.

Frisch, frei, fröhlich und frumb
Ist der Studenten Reichtumb.
Reimspruch aus dem 16. Jahrh.

Bin ein kecker Bursch dann worden,
Streifte viel durch Berg' und Thäler,
— — — — — — — —
Und so Einer schief wollt' blicken,
Fuhr die Hand mir an die Wehre:
„Zur Mensur! die Klingen bindet!
Los!“ — Das schwirrte durch die Lüfte,
Und auf manche glatte Wange
Hat mein Schläger scharf und schneidig
Sich ein Stambuchblatt geschrieben.
Joh. Scheffel.

Die wichtige Frage, auf welcher Hochschule Junker Otto seine akademische Laufbahn beginnen solle, stand auf der Tagesordnung. In Kniephof ward Familienrath gehalten. Frau von Bismarck war dem Studentenleben zur Zeit wenig hold. Biertrinken, Tabakrauchen, geschwungene Schläger und verunzierende Schmarren sagten dem Geschmacke

der feinen, vornehmen Frau gar wenig zu; sie hätte es am liebsten gesehen, wenn ihr Otto gar keine Universität zu besuchen brauchte, aber wie konnte dann das fundamentum juris gelegt werden, auf dem der Staatsmann sich erheben sollte! — Wohin also? — nach Berlin, wo die Schmalz, Kamptz, Haller damals das Staatsrecht deuteten? — dort herrschte noch eine drückend schwüle Atmosphäre, es lag noch Etwas von dem Demagogenangstfieber in der Luft; — nach Jena? — das erinnerte wieder an Wartburgfest und Kotzebuemord, an jenes Auto da fé für Haller'sche Staatsschriften, für Zopf, Schnürbrust und Perrücke; — nach Heidelberg zog den jungen Otto ein stiller, romantischer Zauber, dorthin, wo man vom alten, epheuumsponnenen Schloßgetrümmer auf belaubtem Hügel hinausschaut über die blühende Neckarlandschaft und Rheinebene bis an die blauen Wasgauer Berge, die alte Grenze Deutschlands, — das Heidelberger Faß war ja schon längst leer getrunken, von ihm drohte dem jungen Studenten keine Gefahr, aber um so mehr war das Biertrinken unter den Heidelberger Studenten zur Tagesgewohnheit geworden — so hatte Frau von Bismarck gehört — und dann lag doch auch Heidelberg gar zu weit von Hinterpommern.

„Wie wär' es denn mit Göttingen?" — fiel das bedeutungsvolle Wort; es war der Geheime Finanzrath Kerl, der es fallen ließ, ein geschätzter Verwandter des Hauses und in Staats- und gelehrten Sachen stets gerne von der Hausfrau zu Rathe gezogen.

«Göttingen, Wiege des Dichterbundes!» — wiederholte Frau v. Bismarck wohlgefällig und sah im Geiste vielleicht schon ihren Otto ein grünes Reis von der Bundeseiche brechen.

„Göttingen ist göttlich, gnädige Frau Cousine! und auch in puncto juris erzielt die Georgia Augusta die besten Erfolge", versicherte der Finanzrath; denn er hatte selbst in Göttingen studirt und schwärmte noch für die Musenstadt an der Leine mit allem Feuer, das überhaupt einem Geheimen Finanzrath gestattet und möglich ist. „Schicken Sie Otto nach Göttingen!"

«Aber wie sieht es mit dem Biertrinken in Göttingen aus, Herr Vetter?»

„Ei, Frau Cousine, lassen Sie Otto Wein trinken, das Bier macht ohnehin das Blut schwer; zu meiner Zeit gab es vorzügliche Weine in Göttingen. Es gehört freilich der entsprechende Wechsel dazu", ... fügte der Finanzrath nachdenklich hinzu, aber Frau von Bismarck war schon gewonnen, ehe sie die letzten Worte gehört hatte, und der ritterliche Gemahl, das „Gemüth des Hauses", stimmte in manchen Dingen, wo er ihres klaren Urtheils gewiß war, gerne mit der einsichtsvollen Gattin.

Göttingen! war die ausgegebene Parole und der Geheime Finanzrath schrieb noch denselben Abend einen Brief an den Professor Hugo an der Georgia Augusta zu Göttingen, in welchem er den jungen Otto der Aufmerksamkeit und Obhut des berühmten Rechtslehrers empfahl.

„Abgeschüttelt von den Sohlen
Ist der Schulstaub, hohe Wogen
Tragen jetzt das Schiff des Jünglings,
Alle Anker sind gelichtet,
Alle Segel aufgezogen,
Und der Burschenfreiheit Flagge
Lustig flatternd zeigt die Inschrift:
Nitimur in vetitum!"

Ehe sich Junker Otto ganz der alma mater hingab, unternahm er mit einigen lustigen mecklenburgischen jungen Edelleuten, die er durch einen früheren Bekannten, v. Dewitz, kennen gelernt hatte, eine Fußreise durch den Harz. Da wurden Wälder und Schluchten durchstreift, die alten Burgen der sächsischen Kaiser besichtigt, Berge und Felsen erstiegen; — ob ihm auch in stiller Mondnacht Prinzessin Ilse begegnet in ihrem strahlenden Krystallgewande und ihn in den Ilsenstein geführt, wo sie die Zauberpferde tränkt, die Knappen speist und den Kaiser mit Wein labt? — Dann ging es im wilden Thale der Bode aufwärts, vorüber an den langen Felsennasen, „wie sie schnarchen, wie sie blasen", bis auf den Hochgipfel des Harzes, den Brocken, und wenn die Bergwanderer mit müden Gliedern Abends im Wirthshause vorsprachen, dann stärkte sie ein kühler Trunk und der alte Trinkspruch des Harzers: „Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott gebe uns Allen ein fröhliches Herz!" — Noch ein kurzer Besuch in der alten Kaiserstadt Goslar, ein wehmüthiger Blick auf die Kaiserpfalz, die nun als Kornmagazin dienen mußte, dann ging es nach der Musenstadt an der Leine.

Etwas Walpurgisnachtsspuk rumorte dem jungen Musensohne wol noch in den Gliedern, als er, in der „Goldenen Krone" zu Göttingen eingekehrt, seine mecklenburgischen Reisegefährten zum Abschiedsschmause eingeladen hatte. Der entsprechende Wechsel war ihm ja mitgegeben, das Biertrinken war verpönt und der Wein in Göttingen noch eben so vortrefflich, wie in den Studienjahren des Geheimen Finanzrath Kerl. Was ein „meckelnbörgsch Edelmann süpen kann", weiß die Welt, und der Altmärker mochte nicht nachstehen. Da wurde eine Flasche nach der anderen geleert und im Feuer der Unterhaltung auch eine Flasche zum Fenster hinaus auf die Straße geworfen.

Am andern Morgen lehnte Bismarck, der diesen kleinen Zwischenfall längst vergessen hatte, in Morgentoilette aus dem Fenster seines Gasthofzimmers, blies aus seiner langen Pfeife blaue Ringelwölkchen in die Sonnenluft und blickte vergnüglich auf das Treiben unter sich in der breiten Weender Straße hinab, wo die Commilitonen Arm in Arm, in Kanonen und in Morgenschuhen, mit Ziegenhainern und langen Pfeifen, lachend, plaudernd, singend vorüberdämmerten. Da klopft es an die Zimmerthüre, der Universitätsdiener tritt ein mit einem Papier in der Hand.



Flotte Tage.

Ahnungslos nimmt der junge Student dem Diener das Blatt ab und liest mit Verwunderung: „Dominus de Bismarck citatus est . . .“ Gehorsam der Obrigkeit, macht er sich sogleich und so, wie er da ist, auf den Weg, im flatternden bunten Schlafrock, in weißen Lederhosen und hohen Kanonenstiefeln, die Studentenmütze auf dem Haupte, die lange, buntbetroddelte Pfeife in der Hand, begleitet von seiner mächtigen englischen Dogge. So tritt der zitirte Dominus in die Thüre des Konzilienhauses; voran springt die stämmige Dogge, stellt sich in breiter, kampflustiger Positur dem Universitätsrichter gegenüber und glotzt denselben mit argwöhnisch funkelnden Augen durch seine runden Brillengläser an.

Entsetzt springt dieser auf, verschanzt sich hinter dem nächsten Schreibsessel und greift muthig nach dem längsten erreichbaren Lineal: „Herr, was wollen Sie von mir?“

„Ich, nicht das das Mindeste“, erwiederte kaltblütig der Inkulpat, „aber hier, was wollen Sie von mir? Citatus est Dominus!“ er hielt ihm das Blatt unter die Brille.

Das Erste, was der Richter verlangte, war eine Ordnungsstrafe von fünf Thalern wegen des gesetzwidrigen Hundes; sodann, nachdem der störrische Gesell sich auf den Ruf seines Herrn knurrend an die Thüre zurückgezogen hatte, begann ein peinliches Verhör über den Casus mit der Flasche.

„Item", hob der gründliche Richter nach einer Reihe verfänglicher Kreuz- und Querfragen von Neuem an, „item bleibt noch zu konstatiren, wie es zugegangen, daß besagte Flasche mitten auf den Straßendamm zu liegen gekommen."

„Je nun, das Fenster stand offen, da ist die Flasche hinausgeflogen."

„Das Hinausfliegen der Flasche scheint demnach die Wirkung einer vorausgegangenen Ursache gewesen zu sein; es ist wichtig, darüber das Nähere festzustellen. Worin bestand die treibende Veranlassung?"

„Ei, in der Anspannung der Muskeln, in der Schwungkraft des Armes. Sehen Sie, Herr Universitätsrichter, gesetzt den Fall, das Dintefaß hier stelle die Flasche vor, dort ist das Fenster — —"

„Halten Sie ein, ich weiß Alles", fiel der bestürzte Richter ein, der sich gerade in der Schußlinie zwischen Bismarck und dem Fenster befand und das unheilschwarze Geschoß in seinem ausgestreckten Arm erblickte, und stürzte schleunigst die Streusandbüchse über seinen Aktenbogen. „Ich empfehle mich Ihnen, Herr v. Bismarck!"

Die rosenfarbene Laune des jungen Musensohnes war durch dieses lange Verhör schon getrübt, als er in Schlafrock und Kanonen durch die belebte Straße nach seiner Wohnung zurückging. Da begegneten ihm vier flotte Burschen vom Corps der Hannoveraner, die schlugen beim Anblick des Phantasie-Kostüms ein helles Gelächter auf.

„Ueber wen lachen Sie?" herrschte Bismarck den Nächsten an.

„Natur, das sehen Sie doch."

Der junge Fuchs hatte zwar noch keine kommentmäßigen Erfahrungen, aber das fühlte er, daß jetzt der Augenblick für ihn gekommen sei, aufzubrummen. „Hüt' Dich, Junge!" rief er mit seiner langen Pfeife drohend.

„Was, ‚dummer Junge'? — wer ist damit gemeint?"

„Natur, das hören Sie doch."

Da hatte der kaum angekommene Fuchs vier Duelle auf einmal am Halse. Sogleich that er die nöthigen Schritte, er belegte die Waffen beim Corps der Braunschweiger und schickte sich an, seinen Mann oder vielmehr seine vier Mann zu stehen. Aber die Sache sollte noch anders kommen. Die Hannoveraner besannen sich mittlerweile, daß der kühne junge Fuchs ein wackerer Kumpan sein müsse, mit dem man sich besser auf guten Fuß stelle. Durch die Vermittelung eines Chargirten ließen sie sich bewegen, ihr Gelächter zu revociren, und dafür sprang der Fuchs als Corpsbruder bei den Hannoveranern ein.

Das aber durfte sich wieder die Brunonia nicht bieten lassen. Bei dem einen Corps die Waffen zu belegen, bei dem andern einzuspringen, das war

eine zu schwere Beleidigung für das erstere, als daß sie ungeahndet hätte hingehen dürfen. Die Brunonia stellte ihren berühmtesten Paukanten, um Bismarck zu fordern. Nun gab es ein Duell in aller Form. Die Schläger kreuzten sich und klirrten, Hieb um Hieb, Schlag um Schlag; aber die blauäugige Pallas Athene schützte den jugendlichen Streiter bei seinem ersten Waffengange; sie ließ alle gegnerischen Hiebe flach niederfallen, und der gewaltige Paukant der Brunonia mußte, mit einem „Blutigen" im Gesichte gezeichnet, den Fechtboden verlassen. —



Die erste Citation.

Seitdem sehen wir Bismarck oft Proben seiner Kraft und Geschicklichkeit in den Waffen ablegen und ein rother Faden von „Blut und Eisen" zog sich schon durch seine Burschenzeit. Fama berichtet von nicht weniger als siebenundzwanzig Duellen, die er in den drei Semestern zu Göttingen ausgefochten, und überall verließ er siegreich und unverwundet den Kampfplatz. Der Name des streitbaren Ajax, den er einst in der Plamann'schen Anstalt geführt, genügte nicht mehr für den gewaltigen Kämpen, man nannte ihn jetzt „Achilleus, den Unverwundbaren". Nur in einem Duell ward er von einem abspringenden

Splitter der gegnerischen Klinge verletzt und trägt noch heute auf der Wange die Narbe von diesem „Blutigen", der übrigens nach dem Urtheil erfahrener Meister der Fechtkunst nicht einmal kommentmäßige Giltigkeit hatte.

Auch die politischen Zeitfragen wurden oft auf das Feld der Waffen übertragen. Schon in Göttingen traf Bismarck mit Manchem auf der Mensur zusammen, mit dem er sich später auf der Tribüne und Ministerbank in noch ernsterem Kampfe messen sollte; dahin gehörte unter Anderen der spätere Abgeordnete im Reichstage von Windthorst-Meppen.

Es war die Zeit, als man unter dem Eindruck der französischen Julirevolution und der polnischen Schilderhebung auch in Deutschland wieder von politischen Idealen zu träumen und zu schwärmen begann, als von der Hambacher Burgruine zum ersten Male die deutsche Fahne wehte und die Freudenfeuer auf den Höhen der Hardt verkünden sollten, daß der Tag der „Wiedergeburt Deutschlands", der „Mai der Deutschen", gekommen sei. Die feurigen Reden der Hambacher Freiheitsmänner von dem „Sturze der Tyrannen", der „Bekämpfung des Adels" und der „männlichen Toga des freien Bürgerthums" blitzten in den Ideenkreis der Göttinger Jugend hinein, und es fehlte auch unter ihr nicht an Solchen, die sich mit ganzem Herzen dem Jugendrausche des Volkes überließen. Auf Bismarck machten die hochtönenden Phrasen keinen Eindruck, aber er mochte auch keinen Spott über die Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands hören, und als ein kühler Brite, der lange, schmächtige Corvin, einmal über „den deutschen Michel mit der Schlafmütze über den Ohren und dem bunten Schlafrock aus sechsunddreißig Lappen und Läppchen" witzelte, da brauste Bismarck im Zorn auf: „Umgürte Dich mit dem ganzen Stolz Deines England, ich verachte Dich, ein deutscher Jüngling." Von beiden Seiten ward zu den Waffen appellirt; es war der erste Waffengang des jungen v. Bismarck für Deutschlands Ehre.

„Deutschland wird einig werden", sagte Bismarck, als er einige Zeit darauf wieder in friedlicher Unterhaltung mit dem langen Engländer in der Corpskneipe zum „Deutschen Hause" zusammensaß. „Deutschland wird einig werden, aber nicht jetzt und weder durch die Schläger der Corpsburschen noch durch die Tinte der Schreiber."

„Niemals, niemals!" versetzte der Brite.

„In zwanzig Jahren ist Deutschland einig", rief Bismarck, „ich biete zwanzig Flaschen Sekt zur Wette."

Die Wette ward gemacht, aber nicht getrunken. Wir wissen jetzt, daß Bismarck sie verloren hätte, die Uhr des heißblütigen Jünglings ging um zwanzig Jahre vor, aber auch Corvin sollte sie nicht gewinnen. Ueber dem Grabe des Engländers wuchs schon seit langen Jahren Gras, als stolz und mächtig der Bismarck'sche deutsche Einheitsbau emporstieg.

Der Ruf von Achilleus, dem Unverwundbaren, drang bald von den Ufern der Leine bis zu den Musenstädten der Pleiße und Saale, bis in das Herz des

Thüringer Landes. Eine Botschaft der Jenenser lud den flotten Corpsburschen zu einer Gastfahrt, und so sehen wir Achilleus den Unverwundbaren mit seinem Universitätsfreunde v. Trotha, genannt Lux, jubelnd begrüßt von der Thuringia, feierlichen Einzug in die Musenstadt Jena halten, wo von Alters her brausende Jugendlust den keckſten Ausdruck fand. Da wechselten blutige Paukereien im Paradiese und in der Rasenmühle mit Besuchen in die benachbarten Bierstaaten. Der Kaiser Ulk von Kospoda, die Herzöge von Ziegenhain und Lichtenhain nebst Bischöfen und Aebten beeilten sich, den gefeierten Gästen ihre Huldigung darzubringen; ja der ruhmvolle Bierherzog Tus der Neunundneunzigste hielt ihnen zu Ehren einen solennen Hoftag in Lichtenhain. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten", — noch ruht der junge Held von den Anstrengungen so vieler Festlichkeiten in süßem Morgenschlummer, da erschallen Tritte an seinem Lager und die halb geöffneten Augen blicken in das wohlbekannte nüchterne Antlitz des Göttinger Pedells Kahle, welcher im Namen des akademischen Senats die beiden Studiosen auffordert, „binnen zwei Stunden Weichbild und Umgegend von Jena in Begleitung der abgesandten Pedelle und Unterpedelle zu verlassen, alldieweil sich herausgestellt, daß sie Jena's akademische Jugend zu allerlei Unfug verführen."

Zwei Stunden sind eine lange Frist für den, der sie zu nutzen weiß. Im Augenblick ist das ganze Corps Thuringia mobil gemacht, ein sechsspänniger offener Wagen hält vor der Wohnung der gemaßregelten Göttinger, und unter dem Geleite der ganzen Jenenser Studentenschaft geht es auf den weiten Marktplatz der Stadt. Dort sind schon unter freiem Himmel die Altäre errichtet, an denen noch einmal dem Gambrinus geopfert werden soll. „Vivat libertas academica!" — braust der Jubelruf um die sieben Mirakel Jena's. „Gaudeamus igitur juvenes dum sumus", erschallt der Chorgesang aus vierhundert Kehlen, und die Herren Professoren schauen verwundert, mit dem Morgenkäppchen auf dem Haupte, der Pfeife im Munde, aus den Marktfenstern auf das bunte Getümmel der akademischen Jugend hinab. Im Hintergrunde aber stehen mit gerunzelten Stirnen die Göttinger Pedelle und sehen mit nüchternen Blicken nach den vorrückenden Zeigern der Thurmuhr mit dem Schnapphahn und der verbotenen Frucht, die der Engel ihm vorhält, hinauf. Die Zeit ist edel, aber das Lichtenhainer Bier ist auch nicht von schlechten Eltern, und was ein richtiger Pedell ist, muß auch zur rechten Zeit zu trinken verstehen. Ergo libamus!

Es ist die höchste Zeit zur Abfahrt. Festlich ordnet sich der Zug, die Randolierfüchse thun ihre Schuldigkeit. Vorauf reitet ein improvisirtes Trompetercorps und schmettert die lustigsten Trauermärsche in die Welt; dann folgt, von zwei Chargirten in vollem Wichs begleitet, die große weiße Fahne mit der Inschrift: „Libertas academica", von langen Trauerflören umflattert. In dem sechsspännigen Wagen auf dem Vorsitze thronen mit lachenden Gesichtern die Gemaßregelten, der junge Achilleus und sein Begleiter Lux, ihnen gegenüber

auf dem Rücksitze der Herzog Tus.von Lichtenhain in Hermelin und Krone und der Senior der Thuringia; andere Fürsten der benachbarten Bierstaaten reiten neben den Wagenschlägen. Auf dem Bocke sitzt der Pedell Kahle, hintenauf stehen die berühmtesten Stiefelwuchse der Thuringia „Lederstrumpf" und „Klingsohr", die struppigen Häupter mit Schellenkappen bedeckt, und blasen aus mächtigen Bälgen „im Namen des Akademischen" den Gemaßregelten in den Nacken. Auf so viel Rossen, als in den Marställen der Jenenser Pferdephilister und vor den Pflügen der Nachbarstaaten aufzutreiben waren, giebt die Studentenschaft singend und jubelnd das Geleit. Verwundert blicken die Bürger und manches neugierige Mädchenauge zwischen Rosen und Reseden aus den Fenstern der Straße, durch welche der Zug geht — „Bruder, Deine Schönste heißt? — — *** sie lebe!" ..... In Apolda wird Abschied genommen, dann folgt auf dem Rückwege noch ein kurzer Besuch in Leipzig, in Halle, und wieder begrüßt die Heimgekehrten die Musenstadt an der Leine.

In jeder Beziehung galt Achilleus für den flottesten Corpsstudenten; er war der kühnste Reiter, der gewandteste Schwimmer, der beliebteste Tänzer, aber — auch er hatte seine Ferse, das waren die Kollegia. Wie sollt' er auch bei so vielen Anforderungen des studentischen Lebens die Muße finden, um Kollegia zu hören! — Demungeachtet erhielt er, als er am Schlusse des ersten Semesters pflichtschuldigst seinen Testirbogen vorlegte, von allen Seiten die erwünschtesten Zeugnisse. Nur einer der Professoren stutzte, es war der Professor Hugo, dem der junge Student, wie wir uns erinnern, durch seinen Gönner, den Geheimen Finanzrath Kerl, besonders warm empfohlen war, aber unter den wenigen Zuhörern, die zufälliger Weise überhaupt nur erschienen waren, hatte er Bismarck nicht erblickt und schrieb deshalb auch ehrlich und grämlich in den Testirbogen: „Ich habe Studiosum niemals in meinem Auditorio gesehen." Diese Aufrichtigkeit verfehlte ihren Eindruck nicht, der junge Student grüßte den würdigen Professor seitdem bei jeder Begegnung mit besonderer Hochachtung, aber seine Kollegien besuchte er trotzdem nicht.

Auf dem Fechtboden hatte Bismarck alle Gegner siegreich bestanden, jetzt aber nahte ihm ein schleichender, heimtückischer Feind, dem er mit Terzen und Quarten nichts anzuhaben vermochte. Er nahm ihm die Lust an Bier und Wein, verdarb ihm sogar den Geschmack der Pfeife, er raubte ihm Nachts den Schlaf, er warf ihn endlich auf das Lager nieder und schüttelte ihn zwischen Frost und Hitze. „Ein kaltes Fieber", hatte der Arzt gesagt und Chininpulver verordnet, aber der Kranke mochte keine Medizin leiden. Da lag er auf dem Sofa gestreckt, vor ihm auf dem Tische die verhaßten Pulver, vor ihm auch eine Sendung aus der Heimat, Schlagwurst war es und pommersche Gänsebrüste, welche die fürsorgende Mutter für ihren studirenden Sohn ohne eine Ahnung von seiner Krankheit eingepackt hatte. Es wäre doch Schade, wenn die schöne Wurst unberührt bleiben müßte. Er kostete eine Scheibe davon und sie schmeckte vortrefflich.



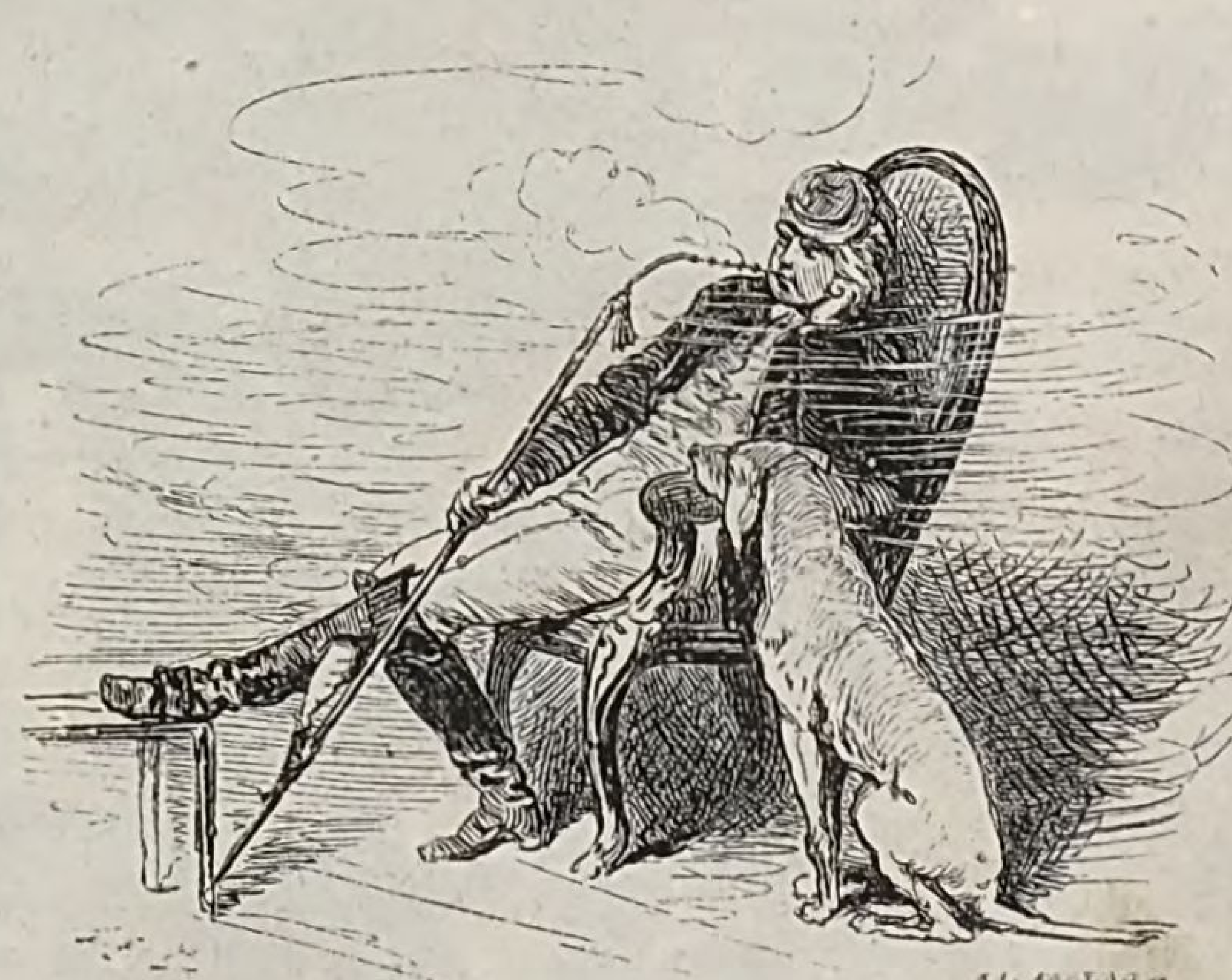
Auffahrt in Jena.

Er genoß mehr und mehr von der pommerschen Schlagwurst und mit dem wohlbekannten Geschmacke stiegen liebe Erinnerungen aus der Heimat vor seinem Geiste auf; ihm war's, als fühlt' er den Druck der treuen Hand, von der die Sendung kam, und er merkte, daß sie ihm wohl bekam. Als am andern Morgen der Arzt bei ihm eintrat, lachte Bismarck ihn mit hellen Augen an: „Nun, Herr Doktor, Gott sei Dank! das Fieber ist heute zum ersten Mal ausgeblieben."

„Dacht' ich's doch! ein vortrefflich Mittel, das Chinin!"

„Nicht doch, Herr Doktor! das Chinin ist dieses Mal unschuldig, aber zwei Pfund Schlagwurst haben das bewirkt; das Uebrige mag nun die Natur selbst thun. Vielleicht etwas Spickgans gefällig, Herr Doktor?" —

Trotzdem hatte Otto von Bismarck wenig Beifall bei der Mutter, als er zu den Ferien, noch etwas bleich und abgezehrt vom Fieber, mit langen Haaren im schwarzen Sammetrock in Kniephof zum Besuch erschien. Der flotte Studio in seiner Ungebundenheit entsprach dem Bilde nicht, welches die feine Weltdame von dem gehofften zukünftigen Staatsmann in Gedanken trug. So fand Frau von Bismarck ihn eines Tages mit Kanonenstiefeln und Cerevis, die lange Pfeife im Munde, behaglich im Lehnstuhl ausgestreckt, neben ihm die gewaltige Bulldogge, das Zimmer, in welchem sie des Nachmittags eine Partie Schach zu spielen pflegte, mit undurchdringlichen Rauchwolken gefüllt. Arme Mutter, was ist aus Deinem Sohne geworden! — Aber nur Geduld, aus dem Moste, der am stärksten gährt, geht der edelste Wein hervor.





Auf der Terrasse von Sanssouci.



Viertes Kapitel.

Im Dienst.

Also ward ich ein Juriste,
Kaufte mir ein großes Tintfaß,
Kauft' mir eine Ledermappe
Und ein schweres Corpus juris
Und saß eifrig in dem Hörsaal.
Joh. Scheffel.

Ich dien'.
Prinz von Wales.

Wie ein bunter, berauschender Traum flohen die drei Semester in Göttingen dahin, — noch drei Semester in Berlin und der Student von Bismarck stand vor seinem ersten Staatsexamen. Er hatte dem fröhlichen Studentenleben in Göttingen zu viel Geschmack abgewonnen, um ihm in Berlin so schnell

entsagen zu können; erst als der Examentermin immer näher rückte, fühlte er die Nothwendigkeit, das Kolleg zu besuchen und Staatsrecht bei Savigny zu hören. Aber schon nach der zweiten Vorlesung ward ihm klar, daß er in so kurzer Zeit selbst bei Savigny das nicht mehr erlernen könne, was er zum Examen wissen mußte. Er nahm sich daher nicht mehr die Zeit zu einem dritten Besuche, sondern nahm einen geschickten Privatdozenten an und suchte durch energischen häuslichen Fleiß die versäumten Kollegien von sechs Semestern in wenigen Monaten nachzuholen. In dieser Zeit angestrengter Arbeitsthätigkeit war es ihm die liebste Erholung in den Mußestunden, wenn er seinen Hausgenossen Graf Kayserlingk, später Kurator der Universität Dorpat in Kurland, Beethoven'sche Symphonien vortragen hörte, für die ihm hier das Verständniß aufging, oder wenn er sich mit dem amerikanischen Geschichtschreiber Wentworth Motley, der nach Kayserlingk dessen Wohnung bezog, über geschichtliche Gegenstände unterhielt.

Zu Ostern 1835 legte Bismarck sein Auskultatorexamen ab. Von dieser Zeit an wohnte er auch wieder in der Behrenstraße mit seinem Bruder Bernhard zusammen, der schon seit vier Jahren im Gardedragonerregiment stand und jetzt als Offizier Kollegien besuchte, um zur Verwaltung umzusatteln. Das fröhliche Studentenleben war geschlossen, das Philisterium angetreten. Als vereidigter Auskultator und Protokollführer arbeitete Bismarck am Berliner Stadtgericht, und daß auch für ausreichende häusliche Beschäftigung gesorgt war, davon zeugten die gewaltigen Aktenstöße, welche die Diener der Gerechtigkeit auf seinem Schreibtische abzuladen pflegten. Jeden Morgen um 10 Uhr saß der Auskultator in dem Zimmer Abtheilung *** für Bagatellsachen am grünen Tische hinter dem hohen schwarzen Tintefaß, und die dort vor ihm erschienen, konnten mitunter eine grimmige Bureaukratenlaune an ihm wahrnehmen.

Zu dieser Zeit spielte vielleicht jene vielerzählte Anekdote, welche als Zeugniß für seinen schlagfertigen Witz auch in der Amtsstube ihren Platz hier finden mag. Vor dem Bismarck'schen Protokolltische steht ein Mensch, welcher sein richtiges Berliner Mundwerk mit einer solchen Virtuosität zur Geltung bringt, daß der Protokollführer endlich in Ungeduld ausbricht: „Herr, mäßigen Sie sich oder ich lasse Sie hinauswerfen." Der ihm gegenübersitzende sanfte Stadtgerichtsrath legt sich beruhigend ins Mittel mit den Worten: „Herr Auskultator, das Hinauswerfen ist meine Sache." Das Verhör nimmt seinen Fortgang, der Berliner fährt in demselben unverschämten Tone fort, da springt Bismarck plötzlich von seinem Sitze auf und herrscht ihn noch zorniger als vorhin an: „Herr, mäßigen Sie sich oder ich lasse Sie — durch den Herrn Stadtgerichtsrath hinauswerfen."

Für die Langeweile der Amtsstubensitzungen entschädigte mancher gemüthlich heitere Familienabend bei Frau Generalin von Kessel, der Stiefschwester

der Frau von Bismarck, gewürzt durch die liebenswürdigen Neckereien mit den Cousinen. Auch im Hause seines Vetters, des Grafen von Bismarck-Bohlen, verkehrte der Auskultator von Bismarck viel und gerne. Daneben lag es aber auch im Wunsche der Mutter, ihn recht bald in den Berliner Hofzirkeln eingeführt zu sehen, damit er auf dem glatten Boden die Eigenschaften für seinen weltmännischen Beruf ausbilden lerne.

Der Berliner Hof bot zwar nicht mehr jene Fülle glänzender Talente, wie sie bald nach den Befreiungskriegen zur Zeit des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg dort vertreten waren; die Staatsmänner, mit welchen König Friedrich Wilhelm der Dritte sich in seinen letzten Regierungsjahren umgab, waren keine so hervorragenden Größen, daß der junge Auskultator sie sich hätte zu Vorbildern nehmen mögen; immerhin aber übte die persönliche Erscheinung des milden und gerechten Königs einen stillen Zauber auf seine Umgebung, für den auch das jugendliche Gemüth des zum ersten Male in diese Zirkel eintretenden Herrn von Bismarck gewiß offen und empfänglich war. Mit besonderer Theilnahme betrachtete man am Hofe die beiden ältesten Prinzen des Königlichen Hauses, auf denen die Hoffnungen des Staates für die Zukunft ruhten. Die geistvollen Einfälle des Königs machten schon damals in der Gesellschaft die Runde; wie liebenswürdig und sinnig klang es doch, wenn er zu jener Zeit, als die Fürstin Liegnitz, die zweite Gemahlin des Königs, nicht überall in der Familie die herzlichste Aufnahme gefunden hatte, in einem Gesellschaftsspiele, wo Jeder seine Lieblingsblume nennen sollte, mit einem innigen Blick auf die Fürstin sagte: „Meine Lieblingsblume ist das Stiefmütterchen!“ — Prinz Wilhelm, zur Zeit kommandirender General des dritten (Brandenburgischen) Armeecorps, mit seiner straffen Vorliebe für alles Militärische, im blühendsten Mannesalter, kräftig und hochgewachsen, konnte schon damals als das Vorbild edelster Ritterlichkeit gelten. Der Zufall wollte es, daß Bismarck zugleich mit einem Herrn von Schack, der ihm an Zollmaß nicht nachstand, dem Prinzen Wilhelm vorgestellt wurde. Mit wohlgefälligen Mienen betrachtete der Prinz die beiden hohen Jünglingsgestalten und sagte scherzend: „Nun, die Justiz scheint sich wol ihre jungen Rekruten nach dem Gardemaß auszusuchen!“ — Er ahnte damals wol nicht, welche Größe in dem jungen Juristen noch verborgen war.

In demselben Jahre (1836) trat Bismarck von der Justiz zur Verwaltung über und wurde an der Königlichen Regierung zu Aachen unter dem Präsidenten von Arnim-Boizenburg beschäftigt. Dort begann er sich durch fleißige Arbeit für seine diplomatische Laufbahn vorzubereiten.

Ob „het Rijk van Aken“ wol dem Bilde entsprach, welches der Jüngling von dem „Königlichen Stuhl des Reichs, der Krönungsstadt der deutschen Kaiser“, im Sinne trug? — Seit nicht langer Zeit hatte für die alte Kaiserstadt unter Hohenzollern'schem Scepter eine neue Epoche begonnen. Ueber den Trümmern

einer herrlichen geschichtlichen Vergangenheit entfaltete sich hier ein neuer blühender Weltverkehr mit allem modernen Luxus und Komfort, aber auch mit einigen Nachklängen aus den Zeiten des Krummstabs und der französischen Zwischenregierung.

Schon in der ersten Zeit seines Aufenthalts in Aachen gerieth Bismarck in einen Konflikt mit der Volksstimmung auf offener Straße, der leicht einen ärgerlichen Verlauf hätte nehmen können. Es war an einem katholischen Feiertage, als er eine Prozession mit fliegenden Fahnen unter Glockengeläute und Böllersalven durch die Straßen ziehen sah. Der Anblick des kirchlichen Schaugepränges war ihm so neu, daß er an einer Ecke des Marktes stehen blieb, um den Zug in der Nähe an sich vorüberschreiten zu lassen. Ganz in den Anblick vertieft, bemerkte er nicht, wie bei der Annäherung des Allerheiligsten die Umstehenden sämmtlich in die Kniee sanken, sodaß seine hohe Gestalt mit dem Cylinderhut auf dem Haupte weit über die barhäuptige Menge emporragte. Jedenfalls war nicht Mangel an Achtung vor den religiösen Gebräuchen einer anderen Kirche, sondern Unkenntniß derselben oder Unachtsamkeit auf seine Umgebung die Ursache dieser Versäumniß. Plötzlich fühlte er von hinten her einen kräftigen Schlag auf den Deckel seines Cylinderhutes, und als er sich verwundert umsah, stand ein stämmiger, breitschultriger Bursche in blauer Blouse mit drohender Faust ihm gegenüber, während die lauten Rufe: „Hut ab!" — „Schlagt den Ketzer!" — „Preußischer Junker!" keinen Zweifel über die Parteinahme der Menge aufkommen ließen. Bismarck war aber durchaus nicht Willens, eine Belehrung in dieser Form anzunehmen und das Attentat auf seinen Cylinderhut sich ohne Weiteres gefallen zu lassen. Sobald er den Thäter in der blauen Blouse gesehen, versetzte er demselben mit dem leichten spanischen Rohre, das er nach Stutzerart in der Hand trug, einen solchen Schlag über das Gesicht, daß dieser rückwärts taumelte; er selbst aber sprang auch schon im nächsten Augenblicke hinter die den Zug auf beiden Seiten begleitende militärische Chaine, welche den Zudrang des Publikums abzuwehren hatte. Niemand wagte nachzudringen, und nachdem er eine Weile dem Zuge gefolgt und mit ihm in einen anderen Stadttheil gelangt war, ging er allein unangefochten in seine Wohnung zurück.

Das Aachener Badeleben hatte einen verführerischen Reiz für den in der Welt noch wenig erfahrenen jungen Referendar. In der Nähe des alten Kaiserbades, wo der mächtige Frankenkaiser einst den Heldenleib zu strecken pflegte, lustwandelten jetzt im Kurgarten die Gentlemens und Ladylikes, die französischen Edelleute des ancien und des moderne régime, die Rothschild und Genossen, und auch Bismarck sah sich aus der Schreibstubenenge plötzlich in den Strudel des Weltlebens hineingezogen. Der halbvergessene Bruder Studio blickte den grämlichen Philister in ihm spöttisch an: „Grau, theurer Freund, ist alle Theorie, doch grün des Lebens goldner Baum!" — Auf, hinaus ins weite

Land! heute in Aachen unter Franzosen, morgen mit Belgiern nach Frankreich, dann wieder mit Engländern nach Belgien, — das heißt Leben, das ist Weltlust! Sorgst Du um den nervus rerum? Schau, dort in den glänzenden Sälen rollt das Gold über die grüne Fläche so nichtssagend, so bedeutungslos, — le jeu est fait, rien ne va plus! — und draußen spielt das Orchester dazu Meyerbeer's neueste Melodie: „Ach, das Gold ist nur Chimäre!" — —



In den Aachener Bädern.

Alle, die mit Bismarck in dieser Periode zusammentrafen, waren entzückt von dem natürlichen Takte, den ungezwungenen und eleganten Manieren des jungen pommerschen Edelmanns, der selbst in seinen tollen Jugendstreichen dieselbe vornehme Liebenswürdigkeit bewahrte, wie im Umgange mit dem zarten Geschlechte. „Quite an Englishman!" pflegte der Herzog von Cleveland von ihm zu sagen und glaubte ihm damit das höchste Lob zu spenden, das überhaupt erworben werden könne.

Es muß etwas Respekteinflößendes schon in seinem äußeren Auftreten gelegen haben, wodurch jeder Ausbruch einer niedrigen Gesinnung in seiner Nähe zurückgehalten wurde. Ein Kellner, der von ihm für irgend eine Unverschämtheit mit einem Backenstreich gezüchtigt worden war, hatte ihm dafür furchtbare Rache geschworen und lauerte ihm an verschiedenen Orten mit einem geladenen Pistol auf, aber so oft ihm auch Bismarck auf der Promenade oder beim Eingang in den Kursaal lachend und scherzend vorüberschritt, vertagte der Kellner

die Ausführung seiner Rachegelübde auf ein anderes Mal, bis er zuletzt wol Schwüre und Haß in Lethe erträukt haben mag.

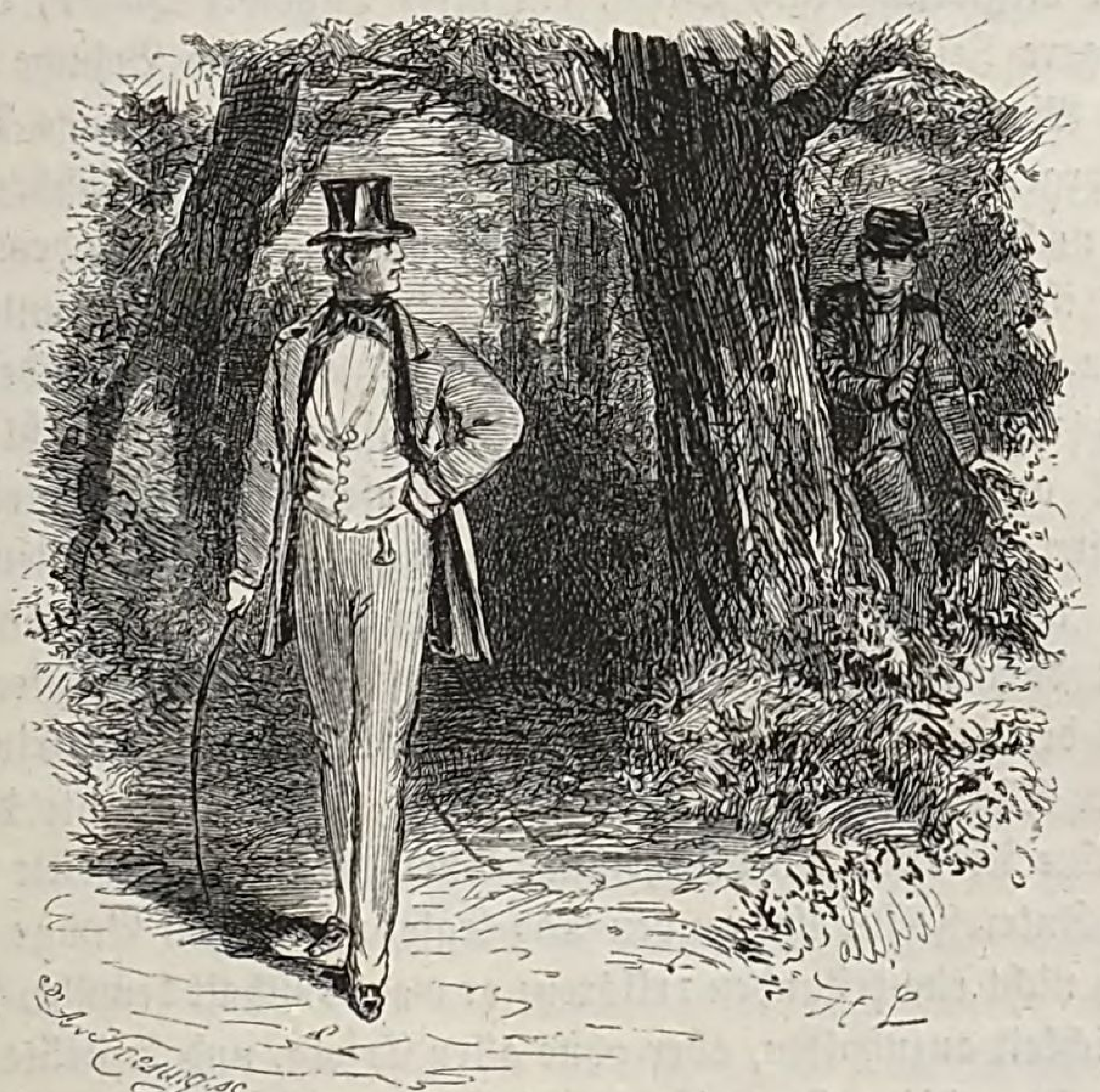
Ein so leichtes, bewegtes Leben, wie Bismarck in Aachen führte, mußte wol auch seine Schattenseiten haben; gewisse Verlegenheiten blieben nicht aus und verleideten ihm allmählich den Aufenthalt in dem kostspieligen Badeort. Da führt ein stiller, lauer Sommerabend den Weltschwärmer auf einsamem Pfade am Felsenbette des Baches entlang zwischen blühenden Hecken, durch schattige Wälder, vorüber an bemoosten Burgtrümmern, den Zeugen vergangener Herrlichkeit, da steigen in leisen Tönen Bilder der Sage und Dichtung auf vom Kaiser Karl und seinen Paladinen. Das ist die Frankenburg, das ist der See Fastrada's, der ihm jetzt sein eigenes Bildniß spiegelt. Fastrada war das geliebteste Weib des großen Frankenkaisers; so gewaltig war seine Leidenschaft für sie, daß er Tage lang, Nächte lang noch im Mainzer Dom an ihrem offenen Sarge lag und Krone und Reich über seiner Trauer vergaß; — bis Erzbischof Turpin dem Sarkophage nahte und von der weißen Hand den goldenen Zauberring streifte, durch welchen noch die Todte des Kaisers Sinn gefangen hielt. Der aber fuhr empor, wie aus dem Traume:

„Wie lange ist's, daß ich getrauert?
Zu lange dünkt mich sicherlich! —
Wo ist mein Kanzler? traun! mir schauert,
Mir däucht, mein Volk, es rufet mich!" — —

Bismarck fühlte die Nothwendigkeit, sich von dem verführerischen Aachener Leben loszusagen, um sich in ruhigeren, geordneten Verhältnissen von Neuem der Verwaltungsthätigkeit zu widmen. Sein nächstes Ziel war Potsdam, wo er demnächst auch in des Königs Rock als freiwilliger Gardejäger seiner Wehrpflicht zu genügen wünschte.

Kurz, ehe Bismarck in das Potsdamer Philisterium übertrat, durchwanderte er noch einmal die grünen Rebengelände des Rhein. Nach einem schwülen Sommertage vom Niederwalde zu Thale steigend, betrat er um Sonnenuntergang das rebenumkränzte Rüdesheim. Da sah er von seinem Fenster aus im „Darmstädter Hofe" unter dem grünbehangenen Vorbau des Hauses noch eine fröhliche Gesellschaft von jungen Offizieren und Kadetten aus Bieberich. Die leeren, langhalsigen Flaschen und die grünen Römer auf dem Tische zeigten an, daß die jungen Marssöhne ihnen schon tapfer zugesprochen hatten, und „bei Geisenheimer, Rüdesheimer, wer möchte da nicht heimisch sein!" — Bismarck stellte sich den Herren vor und ließ sich auf ihre Einladung gerne bei ihnen nieder. Heiterer noch floß die Rede, neue Flaschen wurden aufgetragen und geleert, und was der alte Vater Rhein seinen Töchtern, den Reben am Ufer, vorgesungen von Liedern, Kampf und Liebe, das floß mit ihrem goldenen Saft allmählich in Blut und Adern der Trinkenden über. Die Berge verschwammen in

goldbesäumter Dämmerung, bis ihre Umrisse allmählich in Schatten zurücktauchten; auch die Lichter drüben in Bingen, die sich im dunkeln Strome spiegelten, blinkten und erloschen, eins nach dem andern, wie sinkende Augenlider. „Wir wollen schlafen gehen", riefen Einige aus der Gesellschaft auf der Veranda. «Nein, wir wollen baden», rief Bismarck. Der seltsame Vorschlag wurde etwas kühl aufgenommen, die Gesellschaft trennte sich und die müden Trinker folgten dem dienstbaren Geiste mit den Lichtern auf ihre Zimmer. Auch Bismarck hatte sich mit ihnen zurückgezogen; noch aber lehnte er zum Fenster seines Parterrezimmers hinaus in die weinduftige Sommernacht; der Rhein rauschte unten so ruhig und kühl vorbei und feuchte Nixen tauchten lockend aus den dunkelgrünen Wellen empor.



Das erste Attentat.

„Ich werde doch baden", rief der junge Schwärmer in plötzlicher Anwallung, und kaum gedacht, setzte er auch schon im leichtesten Anzuge zum Fenster hinaus und eilte dem Wasser zu. In demselben Augenblicke sprang aber auch eine andere ebenso leicht gekleidete Gestalt aus dem Fenster des Nachbarzimmers ihm nach. „Du wirst nicht baden", rief eine Stimme hinter ihm, welche einem ruhiger gebliebenen Trinkgenossen von vorhin angehörte. Fast zu gleicher Zeit kamen Beide bei den am Ufer angeketteten Kähnen an, der Lange sprang voraus in den vordersten Nachen, der Andere hinterher und nun ging es in wilder Jagd von Bret zu Bret, von Bord zu Bord, von Nachen zu Nachen. Die Ruder knarrten, die Wellen plätscherten

hochauf, die durch das ungewohnte nächtliche Geräusch erweckten Schiffer lugten aus ihren kleinen Uferhäuschen, schon blickten auch einzelne weiße Nachtmützen aus den Fenstern der Straße von Rüdesheim herab und der Nachtwächter nahte mit schweren Tritten, zu sehen was es gäbe. Das Bad war unausführbar geworden, und schnell, wie sie gekommen, huschten jetzt die beiden weißen Gestalten, die eine rechts, die andere links, zu den Parterrefenstern wieder hinein. Am Ufer war Alles still, nur die Nachen schwankten noch leise hin und her; der Nachtwächter rieb sich die Augen, ihm däuchte, er habe Gespenster gesehen, dann stieß er in sein Horn und rief: „Die Glocke hat Zwölf geschlagen, Zwölf hat die Glocke geschlagen. Lobet Gott den Herrn!"

Im Herbst 1837 trat Bismarck bei der königlichen Regierung in Potsdam ein, wo der Regierungsrath Wilke, ein alter Lützower Jäger, der nach dem Kriege längere Zeit bei seinen Eltern in Kniephof zum Besuche gewesen und daher dem Bismarck'schen Hause nahe stand, als Abtheilungs-Dirigent sein nächster Vorgesetzter war. Aber die bureaukratische Atmosphäre scheint ihm auch hier noch nicht sonderlich behagt zu haben. Das akademische Viertel wurde von ihm gewöhnlich etwas in die Länge gezogen, mitunter auch über den ganzen Vormittag ausgedehnt. Dafür war ein besonderer Kanzleidiener von ihm mit der Weisung versehen, sobald er vermißt würde, ihn spornstracks aus seiner Wohnung herbeizurufen. Der Kanzleidiener hatte durch die öftere Uebung es später so weit gebracht, daß er meistens schon vorher ahnte, wann die bewußte Nachfrage eintreten würde, und traf seine Maßregeln darnach. Wenn dann der Chef selbst seine Boten ausschicken wollte, um den fehlenden Referendar zu holen, dann rief der Eintretende ihm schon in der Thür entgegen: „Hier bin ich!" Dennoch konnte der Chef, der übrigens seine Arbeiten mit der höchsten Anerkennung beurtheilte und stets ein besonderes Interesse für ihn an den Tag legte, mit diesem Gange des Bureaudienstes sich nicht einverstanden erklären; er war ernsthaft bemüht, ihn zu größerer Pünktlichkeit anzuhalten, aber ohne allen Erfolg, und so stellte er ihm denn auch das aktenmäßige Zeugniß aus, daß er zu den höchsten Staatsämtern befähigt sei, wenn er seine große Abneigung gegen alle Bureauthätigkeit überwinden könne. Der würdige Herr hat es nicht mehr erlebt, ihn trotz dieser Abneigung die höchsten Stufen im Staatsdienst erreichen zu sehen. Die Pünktlichkeit des Dienstes aber lernte Bismarck bald in einem andern Rocke, indem er zu Ostern 1838 als einjähriger Freiwilliger bei den Gardejägern in Potsdam eintrat.

Die strenge militärische Gewöhnung nach des Dienstes ewig gleichgestellter Uhr mochte ihm bei seiner früheren ungebundenen Lebensweise Anfangs schwer genug ankommen und wenig behagen, aber auch sein Selbstgefühl erstarkte, als er im Dienste des Königs und Vaterlandes die Büchse führen lernte. Welche Gedanken mochten dem stattlichen jungen Krieger wol aufsteigen, wenn er in

stiller Mondnacht auf der Terrasse von Sanssouci als Posten vor dem Königsschlosse auf- und niederschritt, wo jede Stufe, jeder Stein durch die Erinnerung an den großen König geweiht war? — Hier am Ausgange des Parks ragte der Obelisk, vor dem Friedrich einst seinen Großneffen, der nun König war, ermahnt hatte: „Sieh' ihn an, schlank, aufstrebend und hoch, und doch fest im Ungewitter. Die Pyramide spricht: Ma force est ma droiture! Der Kulminationspunkt, die höchste Spitze, überschauet und krönet das Ganze, aber trägt nicht, sondern wird getragen von Allem, was unter ihr liegt, vorzüglich vom unsichtbaren, tief untergebauten Fundament. Das tragende Fundament ist das Volk in seiner Einheit. Halte es stets mit ihm, daß es Dich liebe und Dir vertraue; darin nur allein kannst Du stark und glücklich sein!" Dort in der Nachbarschaft regten sich die Flügel jener weltgeschichtlichen Mühle, an welcher der mächtige Wille des großen Königs eine Schranke fand. Alle die Geister, die Friedrich's Geist hier in seinen Zauberkreis gebannt, zogen wie Schatten vor der Seele der Schildwache von Sanssouci vorüber, als wollten sie dem reifenden jungen Manne zurufen: „Auch für Dich ist ein Platz bereit, zu wirken und zu schaffen fürs Vaterland!"

In Potsdam brachte Bismarck nur die erste Hälfte seiner militärischen Dienstzeit zu. Die Verhältnisse auf den pommerschen Gütern seiner Eltern hatten eine Wendung genommen, die es wünschenswerth machte, daß er sich schon jetzt zur Uebernahme derselben vorbereitete. Zum Studium der Landwirthschaft schien die Akademie zu Eldena bei Greifswald für ihn um so mehr geeignet, als er an letzterm Orte beim pommerschen Jägerbataillon zugleich seiner Dienstpflicht vollends Genüge leisten konnte. Er beantragte daher seine Versetzung und erhielt dieselbe. Ob Mars und die Musen mit dieser Verbindung des Waffenwerkes und der Wissenspflege einverstanden gewesen, ob der nunmehrige Flügelmann der dritten Compagnie der pommerschen Jäger auch stets als Flügelmann den Musensöhnen in die Akademie vorangeschritten oder ob er nicht mitunter den „Jägermurr" in die Kollegien, die übermüthige Studentenlaune auf den Exerzierplatz mitgebracht, wagen wir nicht zu entscheiden; das aber erfahren wir, daß er mit seiner jugendlichen Frische auch eine große geistige Reife und überlegene Sicherheit seines Wesens verband, die sich schon im oberflächlichen Verkehr fühlbar machte. „Es kam dazu" — so schreibt uns ein damaliger Studien- und Waffengenosse Bismarck's, der mit ihm an demselben Flur wohnte, — „daß Herr von Bismarck seine Gründe zu haben schien, eine etwas reservirte Haltung zu bewahren, die nur hin und wieder durch einigen Verkehr mit ältern Corpsstudenten, seltener durch gesellschaftliche Berührung mit einer oder der andern der geachtetsten Familien in Greifswald, unterbrochen wurde. Die vom Scheitel bis zur Sohle noble Erscheinung war gleichsam von einem unsichtbaren Kreise, einer schwer zu beschreibenden geistigen Atmosphäre umgeben, welche alle Elemente, die Herr von Bismarck nicht selbst

heranzog, oder denen er sich nicht freiwillig hingab, ohne einen erkennbaren Zwang von sich ferne hielt und Alles, was mit niedriger Denkart oder hohler Selbstüberschätzung auch nur einen entfernten Grad von Verwandtschaft verrieth, mit unverhohlenem Widerwillen und Verachtung von sich wies.“

Zu Ostern 1839 hatte Bismarck seiner Dienstpflicht genügt, als die Verhältnisse in seiner Heimat ihn dahin zurückriefen. Daheim hatte sich Manches geändert. Durch mancherlei Neuerungen und Versuche, die sich nicht bewährten, waren die Bismarck'schen Güter in Pommern in ihrem Wohlstande sehr herabgekommen und allmählich verschuldet. Auch das bewegte gesellschaftliche Leben der Eltern mit der beständigen Wohnung in Berlin zu dem Besuche der Hofzirkel hatte einen bedeutenden Aufwand von Mitteln erfordert. Frau von Bismarck kränkelte bereits seit längerer Zeit; sie hatte vergebens die Hülfe der Bäder gesucht und nahm jetzt die Behandlung eines erfahrenen Arztes in Berlin in Anspruch. Unter solchen Verhältnissen war dem alten Herrn v. Bismarck die Leitung der Wirthschaft verleidet; er beschloß deshalb, die Verwaltung der pommerschen Güter schon jetzt seinen Söhnen zu übertragen und seinen Aufenthalt nach der alten Bismarck'schen Heimat Schönhausen zu verlegen.

Frau von Bismarck fand in Berlin keine Genesung mehr. Ihre Augen schlossen sich, ohne daß sie ihren Lieblingstraum von den staatsmännischen Lorbern ihres Otto in Erfüllung hatte gehen sehen. Sie starb zu Berlin am 1. Januar 1839.

Das Oelbild im Schönhausener Schlosse giebt einen lebendigen Eindruck von der äußern Erscheinung der Mutter Bismarck's. Auf dem ernsthaften, schönen Antlitz mit der hellen, hohen Stirn und den sprechenden Augen ruht eine große geistige Anmuth und Hoheit. Sie besaß ein klares, freies Urtheil auch in politischen Dingen, einen hellen Verstand und einen aufrichtig religiösen Sinn. Ihr gewöhnliches Erbauungsbuch waren Zschokke's „Stunden der Andacht“, aus denen sie jeden Morgen und jeden Abend eine Betrachtung las. Neben anregender Lektüre und Unterhaltung bildete das Schachspiel ihre Lieblingsbeschäftigung; sie mußte demselben indessen in den letzten Jahren entsagen, weil sie beim Spiel kalte Hände und Füße bekam. Sie führte einen sehr lebhaften Briefwechsel, besonders mit ihren Söhnen und über dieselben. Das mit großer Sorgfalt von ihr geführte Tagebuch ist leider nach ihrem Tode verbrannt worden.

Herr von Bismarck hatte für seine Gemahlin bis an ihr Ende stets dieselbe ritterliche Liebenswürdigkeit, auch da, wo ihre Neigung zu einem glänzenden Außenleben mit manchen Opfern für ihn verbunden war. Von ihrem Tode war er auf das Tiefste erschüttert; er wurde von einem Schlaganfall betroffen, von dessen Folgen er sich nie ganz erholte. Nach dieser Zeit lebte er mit wenig Unterbrechung in stiller Zurückgezogenheit auf seinem Landsitz Schönhausen, wo die Jagd seine liebste Zerstreuung war. Otto v. Bismarck aber trat in Gemeinschaft mit seinem älteren Bruder Bernhard die Verwaltung der väterlichen Güter in Pommern an.



Ritt durch die Heide.



Fünftes Kapitel.

Durch Sturm und Drang.

„Noch lange nicht genug!" sagt Bismarck.
Altmärkisches Bauernsprüchwort.

Der Nebel senkt sich feucht und kalt,
Ein nächtiger Reiter sprengt durch den Wald,
Des Rosses Huf schlägt jäh darein,
In Funken stiebt der Kieselstein —
Wo willst Du hin, jung Bismarck?
Hans Koester.

Während Bismarck in Kniephof die ersten Erfolge seiner landwirthschaftlichen Thätigkeit aufgehen sah, traten auch in seinem großen Vaterhause Preußen Ereignisse ein, deren Schwingungen bis an die fernsten Grenzen der Monarchie zu spüren waren.

Am ersten Pfingstfeiertage (7. Juni) des für die Hohenzollernschen Fürsten so oft verhängnißvollen Jahres Vierzig hatte König Friedrich Wilhelm III. das Zeitliche gesegnet. Die letzte Hälfte seiner dreiundvierzigjährigen Regierungs-

zeit war friedlicher und stiller dahingegangen als die erste. Das große Werk der Stein, Hardenberg und ihrer Genossen war von ihren Nachfolgern nicht fortgesetzt worden. Die Masse des Volks hatte geschwiegen, als die Erfüllung des königlichen Wortes, das eine freie Verfassung verhieß, noch immer auf sich warten ließ; es wollte den stillen Lebensabend des greisen Fürsten nicht durch Mahnungen stören. Aber die Wünsche wurden jetzt um so lauter, die Hoffnungen erwachten um so lebendiger, als der hochsinnige König, der schon als Kronprinz die Liebe und das Vertrauen des Volkes genossen, den Thron der Hohenzollern bestieg. Gleich die ersten Regierungshandlungen Friedrich Wilhelm's IV. bestärkten die hohe Meinung des Volkes. Ein königlicher Erlaß verkündete Amnestie für alle politischen Vergehen, „um die Verzeihung, welche der verstorbene König in seinem letzten Willen allen seinen Feinden angedeihen ließ, zur Wahrheit zu machen"; zwei hochverdiente Männer, die seit langer Zeit in stiller Zurückgezogenheit halb vergessen lebten, Boyen und Arndt, wurden wieder in Aemter und Ehren eingesetzt; das freie Wort der Dichter fand wieder eine freie Stätte am Königsthron. Mehr aber noch war es des Königs persönliches Auftreten, seine freimüthige Offenheit, der hinreißende Schwung seiner Beredsamkeit, wodurch er einen Zauber auf alle seine Umgebungen übte. Die Worte, welche Friedrich Wilhelm bei der Huldigung in Königsberg gesprochen, fanden einen stolzfreudigen Wiederhall in allen preußischen, ja deutschen Herzen. Wie mußte es das preußische Selbstgefühl heben, aus des Königs Munde zu hören: „Bei uns ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. Aus diesem Geiste entspringt unsere Wehrhaftigkeit, die ohne Gleichen ist. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannichfach und doch Eins! wie das edle Erz, das, aus vielen Metallen zusammengeschmolzen, nur ein einziges, edles ist, keinem Roste unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!"

Am 15. Oktober, dem Geburtstage des Königs, fand die Huldigungsfeier in Berlin statt. Aus den entferntesten Gegenden des Landes waren die Abgesandten des Volkes hier zusammengeströmt, um die Gelübde aus königlichem Munde zu vernehmen und dem neuen Könige den Eid der Treue zu schwören. Auch Herr Ferdinand von Bismarck aus Schönhausen mit seinen beiden Söhnen befand sich unter den Huldigungszeugen in der preußischen Hauptstadt. Sie sahen den neuen König auf der Thron-Tribüne vor dem königlichen Schlosse und hörten die Gelübde, welche er, die Rechte zum Himmel emporhebend, vor der unabsehbaren Volksmenge ablegte: „Ich gelobe, mein Regiment in der Furcht Gottes und in der Liebe der Menschen zu führen, mit offenen Augen, wenn es die Bedürfnisse meiner Völker, mit geschlossenen, wenn es die Gerechtigkeit gilt. — Ich will vor Allem dahin trachten, dem Vaterlande die

Stelle zu sichern, auf welche es die göttliche Vorsehung durch eine Geschichte ohne Gleichen erhoben hat, auf welcher Preußen zum Schilde geworden ist für die Sicherheit und für die Rechte Deutschlands. — In der Begeisterung meiner Liebe zu meinem herrlichen Vaterlande, zu meinem in Waffen, in Freiheit und in Gehorsam geborenen Volke", — so fuhr der König mit gehobener Stimme fort — „richte ich an Sie, meine Herren, in dieser ernsten Stunde die ernste Frage:



Der Rittmeister K. W. F. von Bismarck mit seinen beiden Söhnen der Huldigung in Berlin beiwohnend (1840).

Können Sie, wie ich hoffe, so antworten Sie im eigenen Namen, im Namen Derer, die Sie entsendet haben! Ritter, Bürger, Landleute! und von den hier unzählig Gescharten alle, die meine Stimme vernehmen können, ich frage Sie, wollen Sie mit Herz und Geist, mit Wort und That und ganzem Streben, in der heiligen Treue der Deutschen, in der heiligeren Liebe der

Christen, mir helfen und beistehen, Preußen zu erhalten, wie es ist, wie ich es soeben der Wahrheit entsprechend bezeichnete, wie es bleiben muß, wenn es nicht untergehen soll? Wollen Sie mir helfen und beistehen, die Eigenschaften immer herrlicher zu entfalten, durch welche Preußen mit seinen nur vierzehn Millionen den Großmächten der Erde beigesellt ist? nämlich Ehre, Treue, Streben nach Licht, Recht und Wahrheit, Vorwärtsschreiten in Altersweisheit zugleich und heldenmüthiger Jugendkraft? Wollen Sie in diesem Streben mich nicht verlassen und versäumen, sondern treu mit mir ausharren durch gute wie durch böse Tage? O dann antworten Sie mir mit dem schönsten, klarsten Laute der Muttersprache, antworten Sie mir ein ehrenhaftes Ja!"

Die Antwort des Volkes glich einem mächtig brausenden Jubelsturme und ging bei den entfernter Stehenden, welche die Aufforderung des Königs nur halb verstanden hatten, und die Feier für beendigt hielten, in ein donnerndes Hurrah über. Die Leistung des Huldigungseides durch die verschiedenen Deputationen, welche an die Stufen des Thrones traten und mit erhobenen Händen die vorgelesene Eidesformel nachsprachen, bildete den Schluß der Feier.

Der Eindruck der königlichen Reden in Preußen und in ganz Deutschland war ein mächtiger. Die Art, wie der König vom Söller seines Schlosses zum versammelten Volke gesprochen, erinnerte an die schönsten Zeiten deutschen Gemeinlebens, als Fürst und Volk ihre wichtigsten Angelegenheiten gemeinsam unter freiem Himmel beriethen. Wer das lebendige Wort aus des Königs Munde vernommen, der fühlte sich angeweht und fortgerissen von dem warmen Hauche vaterländischer Begeisterung, von dem es getragen war. Die Abgeordneten kehrten in ihre Provinzen zurück und verbreiteten ihre Eindrücke von der Berliner Feier und dem königlichen Redner. Die erregte Begeisterung aber nahm bald darauf einen kriegerischen Aufschwung, als in Frankreich, wo der kriegslustige Thiers das Staatsruder führte, die alten bösen Gelüste nach dem linken Rheinufer laut wurden. Der Geist des Muthes und des Vertrauens ging durch die deutschen Lande, und in jedem muthigen Herzen klang es nach: „Sie sollen ihn nicht haben den freien deutschen Rhein!"

Das preußische Volk glaubte an einem Wendepunkte seiner Geschichte angekommen zu sein; es war stolz darauf, sich eins zu wissen mit seinem hochherzigen Könige, und hoffte, daß dieser, unmittelbar anknüpfend an die Verheißung der Siegestage von 1815, eine freie Verfassung verleihen und in Gemeinschaft mit seinem preußischen Volke dem ganzen Deutschland eine neue glückliche Zukunft erringen werde. Man übersah damals, welche Verschiedenheit zwischen den Grundanschauungen des Königs und den treibenden Ideen im Volke herrschte.

Aufgeklärt und hochherzig, ausgestattet mit den glänzendsten Eigenschaften eines Fürsten und Menschen, war Friedrich Wilhelm IV. dennoch nicht berufen, die großen Aufgaben der Zeit ihrer Lösung entgegenzuführen. Er liebte sein Volk aus vollem königlichen Herzen und erwartete dafür von seinen Unterthanen

kindlichen Gehorsam und Ehrfurcht für sein angestammtes Königthum von Gottes Gnaden, während diese sich immer mehr als freie, unabhängige Staatsbürger behandelt sehen wollten; er wollte seinem Volke aus freier königlicher Gnade und nach seinem eigenen Plane freisinnige Staatseinrichtungen gewähren, während ein Theil des Volkes diese bereits als seine ureigenen Rechte in Anspruch nahm; er machte den christlichen Staat und die christliche Weltanschauung zum leitenden Grundsatz seines Waltens und erkannte das kirchliche Leben, die kirchliche Gläubigkeit als die Grundbedingung allen sittlichen Fortschritts, aber in der öffentlichen Meinung regte sich bereits eine freigeistige feindselige Strömung gegen den Einfluß und die Uebergriffe der Kirche im Staate; er hatte ein warmes, begeistertes Herz für „ein herrliches, in lebendiger Gliederung einiges Deutschland" und dachte sich ein wiedererstandenes Deutsches Reich zugleich als einen Hort des christlichen Glaubens, der Sitte und Bildung, aber im Volke verlangte man die Einheit zunächst als eine Bürgschaft für die Freiheit. So fand Friedrich Wilhelm bei seinen hochsinnigen Plänen überall Widerstand und sah sich selbst auf andere Bahnen getrieben, als seinem edlen, hochstrebenden Geiste zusagten und angemessen waren. Wo die hinreißende Gewalt seiner Rede, der Zauber seiner herzgewinnenden Persönlichkeit lebendig wirkten, da konnte er eines mächtigen Einflusses gewiß sein, aber das durch Schrift und Presse weiter getragene Wort verlor um so mehr an Nachdruck, als die Handlungen damit in Widerspruch zu stehen schienen. Es geht ein tragischer Zug, eine unselige Kette von Mißverständnissen durch das Leben und Walten des liebenswürdigsten Königs.

Auf die kühnen Hoffnungen und hochgespannten Erwartungen, welche des Königs herrliche Reden erweckt hatten, folgte eine Zeit peinlichen Zuwartens, dann der Täuschungen und Verstimmungen. Wenn vordem die Bescheidenheit die berechtigten Wünsche der Nation vor dem Throne des heimgegangenen Königs hatte verstummen lassen, so regte sich jetzt ein bedenklicher Geist des Widerstandes gegen den Beamtenstaat in Preußen. Es ging ein tiefer Mißton durch das innerste deutsche Leben. Hier höhnender Uebermuth, dort schmerzvolles Entsagen; hier rastloses Vorwärtsdrängen, dort verzweifelnder Weltschmerz; hier ohnmächtiges Ankämpfen gegen festgegründete Ordnungen, dort Schwärmen in unerreichbaren Idealen, — so äußerte sich die Sturm- und Drangperiode des jungen Deutschland. Manche, die es müde wurden, ihre Kräfte einem so fernen Ziele zuzuwenden, kehrten dem Vaterlande den Rücken und trugen ihren Weltschmerz über den Ozean; aber ein starkes Herz hofft weiter, ob auch Jugendträume verrinnen und Hoffnungen scheitern, und sucht unter den Irrungen der Zeit den Weg der Wahrheit.

Mächtig angeregt von der Berliner Feier, war Bismarck auf seine Landscholle in Pommern zurückgekehrt. Auch er fühlte, daß eine neue Zeit für sein Vaterland im Anzuge sei, die an Jeden ihre Aufgabe stellen werde, und wog

die Worte des Königs, die Wünsche des Volks in seinem Herzen. Wohinaus die Bewegung ging, welche die Gemüther ergriffen hatte, darüber war Bismarck zu jener Zeit nicht klarer als die Andern. Auch in ihm lag Etwas von dem dunkeln, ruhelosen Drange der Zeit. Sein kühner Geist fand nur Befriedigung im Schaffen, und wo Mancher mit der äußersten Anspannung der Kräfte innerhalb seines Wirkungskreises genug gethan zu haben glaubt, da ließ sich auf Bismarck's unermüdliches Streben das von seinen Vorfahren überkommene altmärkische Bauernsprüchwort anwenden: „Noch lange nicht genug, sagt Bismarck!" Als er das Jahr vorher die Verwaltung der schwer verschuldeten Güter angetreten, da hatte diese seine volle Thätigkeit erfordert, um die Wirthschaft wieder in Schwung und in die verwickelten Verhältnisse Ordnung zu bringen. Oft war er von Morgens bis Abends im Sattel und besichtigte die Felder, oder er saß am Schreibtisch und kontrolirte die Bücher, oder er ritt auf Besuch zu den Nachbarn im weiten Umkreis, um zu sehen, wie dort die Landwirthschaft betrieben würde; da gab es zu thun in Ställen und Wirthschaftsgebäuden, auf Acker und Feld, in Wald und Wiese, — aber „noch lange nicht genug!" sagte Bismarck. Jetzt waren die Güter im besten Stande, gesundes Vieh stand in den Ställen, der Raps gedieh vorzüglich, prächtige Wolle wurde zu Markte gefahren und die Wirthschaft war in stetigem Fortschritt, — aber „noch lange nicht genug!" sagte Bismarck. Er fühlte, daß diese Scholle nicht seine Welt, das stille ländliche Tagewerk nach „der Aernten ruhigem Kreislauf" nicht sein Lebensberuf sein könne; es kam jene quälende Unruhe über ihn, welche wol den Jüngling an der Schwelle zum Mannesalter ausrufen läßt: „Schon fünfundzwanzig Jahre und noch nichts für die Unsterblichkeit gethan!" — Bald schweifte er in Waldeinsamkeit unter den Wipfeln schwermüthiger Ulmen, bald stürmte er auf wildem Renner ziellos ins Weite, bald wieder kamen lebensfrohe Junker, durstige Leutnants aus der Nachbarschaft, um dem Lebensmüden auf Kniephof bei Porter und Sekt bis tief in die Nacht Gesellschaft zu leisten, und wenn die Teufelchen, die unter dem Goldhütchen des Duc de Montebello gebannt saßen, erst losgelassen waren, dann wurden die unglaublichsten Wetten gemacht, die kühnsten Abenteuer ersonnen, die tollsten Schwabenstreiche vollführt. „Kniephof ist Kneiphof geworden!" kalauerten die Pommern; „in Kneiphof geht's toll her!" schmälten die Tanten; „noch lange nicht genug!" sagte Bismarck.

Im Sommer 1841 fand die Landrathswahl in Naugard statt. Die Wahl der Kreisstände fiel auf den älteren Bruder, Bernhard von Bismarck, welcher darauf in die Kreisstadt zog. Gleichzeitig theilten beide Brüder den Besitz der pommerschen Güter in der Weise, daß der ältere, Bernhard, Külz, der jüngere, Otto, Kniephof und Jarchelin übernahm.

Als die Brüder nach der Landrathswahl von Naugard nach Kniephof zurückritten, hatte Otto von Bismarck noch einen ernsten Unfall zu bestehen.

Er ritt ein sehr muthiges, schwer zu zügelndes Pferd und hatte mit dem in heftigster Gangart auf der Chaussee bei Regenwetter in dunkler Nacht forteilenden Thiere bereits einen großen Vorsprung gewonnen, als von der andern Richtung ein Wagen die Straße herabgefahren und in der Dunkelheit gerade auf ihn zukam. Bismarck's Pferd wurde hart gestreift, bäumte hoch auf und überschlug sich. Eine Zeit lagen Roß und Reiter regungslos am Boden, das Pferd erholte sich zuerst, dann allmählich auch der Reiter, nachdem der herbeigeeilte Bruder seinen Körper auf der Erde, mit den Händen suchend, gefunden hatte. Er hatte eine starke Quetschung erlitten, die ihn aber nicht hinderte, auf dem Pferde des Reitknechts den Ritt fortzusetzen. Wie heftig der Stoß gewesen sein mußte, ging auch daraus hervor, daß seine Uhr ganz breit gedrückt war.

Zu den berühmten Ritten auf seinem etwas magern Braunen Caleb, durch welche er als Landjunker das Staunen der Nachbarn erregte, gehörte auch einer aus dem Badeorte Polzin in der pommerschen Schweiz nach Kollin bei Stargard, das sind im Ganzen etwa vierzehn Meilen. Was das heißt, vierzehn Meilen an einem Tage auf einem Pferde zurückzulegen, das wissen nur Wenige; denn nur Wenige haben's geleistet. In Wangerin, das ist ungefähr die Hälfte Weges, wurde eine kurze Mittagsrast gemacht; Bismarck verlangte nach einem herzhaften Trunke für seinen Reiterdurst, aber die Frau Wirthin hatte weder gut Bier, noch gut Wein. An einem Seitentisch in der Gaststube saß indessen ein Weinreisender, der seinen fliegenden Vorrath von Proben in größeren und kleineren Fläschchen bei sich führte. Der Mann verstand sich auf seinen Vortheil, näherte sich Herrn von Bismarck und rühmte mit beredter Zunge seine Weine, vom gewöhnlichen Landwein bis zum feinsten Bordeaux. Bismarck trank ein Pröbchen nach dem andern, der Reisende sah seinen Vorrath der verschiedensten Weinsorten immer kleiner und kleiner werden, wagte aber keinen Einspruch, in der Hoffnung auf eine gute Bestellung. Endlich kam auch die letzte Probe an die Reihe, es war eine besonders feine Sorte, welche der Reisende für seine vornehmsten Kunden zurückgesetzt hatte, als Wein bei feierlichen Gelegenheiten, wie Hochzeit- und Kindtaufschmausen ꝛc. „Immer her damit", sagte Bismarck, „noch lange nicht genug!" Damit leerte er auch das letzte Fläschchen, machte eine beträchtliche Bestellung und sagte dem Mann mit dem leeren Sortenkasten Lebewohl. Dann schwang er sich wieder auf seinen Caleb, saß noch sechs Stunden im Sattel und erschien Abends als liebenswürdiger Gesellschafter bei Herrn von Schmalensee auf Kollin.

Angezogen durch die Sagen von dem tollen Vetter auf Kniephof, beschlossen auch die liebenswürdigen Cousinen in Berlin in Begleitung ihrer Mutter, der Frau Generalin von Kessel, ihn bei einem Sommerausflug mit ihrem Besuch zu überraschen. Wie schnell war da der Kneiphof in eine anmuthige Villa verwandelt! Duftige Blumensträuße prangten in Florentiner Vasen; wo man sonst wildes Getöse hörte, da klangen jetzt die weichen Melodien Mozart's

und Beethoven's durch den Saal; heiterer Scherz und liebenswürdige Neckereien würzten die Unterhaltung. Da öffnete sich plötzlich eine Seitenthüre und hinein sprangen vier muntere kleine Füchschen auf Sessel und Sofa, zerrten an den Fransen der Teppiche und Vorhänge und verbreiteten Schrecken unter den Damen. Erst als man in den unerwarteten Gästen die greinenden Sprößlinge von der Sippe Reineke's erkannte, ging der Schrecken in helles Gelächter über.

Schon 1842 war Bismarck unter Versetzung zur Kavallerie zum Landwehroffizier befördert worden. Im Frühjahr 1843 trat er zu einer mehrmonatigen Dienstleistung beim 4. (pommerschen) Ulanenregiment ein. Es war ein frischer, schneidiger Geist unter den pommerschen Lanzenreitern und wurde von dem wackern Wrangel, der von Stettin aus das pommersche Armeecorps befehligte, gepflegt und genährt. Wenn Bismarck auf seinem Caleb, den starrenden Lanzen mit flatternden Fähnlein seines Ulanenzuges weit voraus, in sausender Attake über das Feld flog, dann klopfte sein Herz in heller Freude unter dem Ulanenkleide. Aber das Reiterleben im Frieden bietet auch manche Stunde der Langeweile, und die rechte Zeit für die „Ulanenstückchen" war noch nicht gekommen; nur Bismarck eilte mit solchen zuweilen der Zeit voraus. Der Regimentskommandeur, Oberst v. Plehwe, ein in vieler Beziehung sehr ausgezeichneter Offizier, der in späterer Zeit im Duell fiel, gehörte noch zu der alten Schule und beurtheilte seine Untergebenen streng nach dem Exerzier-Reglement. Ein solcher Maßstab reichte für Bismarck nicht aus, der zwar mit großem Interesse den Dienstbetrieb aus eigener Erfahrung kennen lernte, aber denselben doch nicht zu seinem Lebensberuf machte. So kam es zu manchen Begegnungen zwischen Bismarck und seinem gestrengen Kommandeur. Es ging den beiden kleinen Garnisonstädten der pommerschen Ulanen, Greiffenberg und Treptow, ähnlich wie zweien ihrer kleinen Schwesterstädte im lieben Pommerlande, welche zusammen eine Lerche haben, die des Vormittags in Rummelsburg, des Nachmittags in Bütow singt. Der Regimentskommandeur ließ bald in Treptow, bald in Greiffenberg seine Stimme hören und inspizirte den Dienst, und nicht zufrieden damit, bestellte er auch öfters die Offiziere beider Garnisonen zu einem Rendezvous. Halben Weges zwischen Greiffenberg und Treptow an der Rega, nahe dem Exerzierplatze, liegt ein stilles, lauschiges Plätzchen, von den Offizieren gewöhnlich „der goldene Mops" genannt, obgleich weder Gold noch ein Mops dort jemals begraben ward. Dort sah man den Kommandeur oft in lebhafter Bewegung zu seinen Offizieren sprechen, welche mit ernsten Mienen und gesenkten Pferdeköpfen im Kreise um ihn hielten. Ueber alle ragte in gerader Haltung die Gestalt des Leutnant von Bismarck hervor; er war es vornehmlich, an den der Kommandeur seine Anreden richtete.

Zu dieser Zeit bestand noch das tyrannische Gesetz, daß Offiziere und Soldaten auf der Straße nicht rauchen durften. Die Rauchfreiheit wurde damals in der rauchenden militärischen Welt ebenso dringend ersehnt, wie die

Preßfreiheit in der politisch bürgerlichen, und wie man nach einem verbotenen Buche heimlich um so begieriger griff, so hatte auch eine verbotene Cigarre, auf der Straße einer kleinen hinterpommerschen Garnisonstadt geraucht, einen besonders narkotischen Geschmack. Mit Entsetzen vernahm der Kommandeur gelegentlich einmal von dem Bürgermeister von Treptow, der kein Freund des edeln Havannahduftes war, daß seine Offiziere gegen das Rauchverbot sündigten, und entnahm daraus Veranlassung zu einer Einladung nach dem „goldenen Mops", wo er sie dagegen verwarnte, „mit brennender Cigarre über die Straße zu gehen." Einige Tage darauf saßen der Leutnant von Bismarck und einige Mitverschworene rauchend auf der hölzernen Bank unter dem offenen Parterrefenster des Bürgermeisters von Treptow und hüllten vor ihm die Aussicht auf den Markt in immer dichtere Wolken. Vergebens protestirte das Haupt der Bürgerschaft gegen eine derartige Beräucherung seines Hauses, Bismarck und seine Genossen rauchten weiter und hoben den Belagerungszustand für das bürgermeisterliche Haus nicht eher auf, als bis der frühere Befehl des Kommandeurs durch einen Zusatz zu Gunsten des Bürgermeisters ergänzt und verschärft war.

Alle Sonnabende bewirthete Bismarck seine Kameraden in Kniephof. Er selbst pflegte bei solchen späten Ritten von Greiffenberg nach Kniephof auf seinem weit ausgreifenden Renner die Führung zu nehmen. Oft auch jagte er ganz allein durch die nächtliche Kienheide dahin; liegt doch ein eigener Reiz in solchem Nachtritt durch die Heide, die Stämme und Wipfel mit dem tanzenden Mondlicht fliegen vorüber und bleiben zurück; es ist, als ob der Geist mit dem jagenden Rosse einen freiern Raum vor sich gewänne.

„Es ist, als ob herüberwehten
Die Lüfte frei aus beff'rer Welt,
Als eine Stärkung dem Planeten,
Der nur noch morsch zusammenhält" — —

Nicht immer ging's auf den gebahnten Wegen, sondern oft auf Fußsteigen, über Stock und Stein, über Wurzeln und Gräben in wildem Ritte dahin, „daß Roß und Reiter schnoben und Kies und Funken stoben." Bei solchem einsamen Nachtritt auf dem Waldstege bei Regenwalde geschah es denn auch einmal, daß Caleb im eiligen Laufe die Spur des Weges verfehlte und statt auf dem Fußsteg zu bleiben, der beim Austritt aus dem Walde noch eine Strecke am Waldsaum auf dem Rande eines Hohlwegs weiter lief, unter dem Reiter in den Hohlweg hinabglitt; der Reiter blieb oben hängen und lag unter einer Kiefer am Waldsaum. Es war aber auch so dunkel, daß die Spur eines Weges wirklich nicht mehr zu kennen war. Bismarck blieb, etwas betäubt von dem Fall, liegen und — schlief ein. Wie lang' er geschlafen, was er geträumt? — wer weiß Alles! Das Frühroth spielte um die Wipfel, es regte sich im Moose, die geflügelten Tagwecker erhoben ihre Stimmen; der Kuckuk sah aus seinem

Häuschen hervor, „Qui vive, qui vive!“ rief der Kiebitz, „Michel, Michel, steh' auf, 's is heller lichter Tag!“ sang die Schwalbe oben in den Zweigen, und der Schläfer unter der Kiefer erwachte, faßte mit der Hand nach dem Kopfe, der noch etwas schwer war von der Erschütterung des Falles, und blickte um sich; — unten im Hohlwege stand der treue Caleb und rupfte die frischen grünen Halme von der Böschung des verhängnißvollen Hohlwegs zum Morgenimbiß.

In Kniephof selbst ging es bei Porter und Sekt in der bekannten gastfreien Weise zu, und die ländlichen Kaffeekränzchen, in welchen vermöge der lebhaften Einbildungsgabe des schönen Geschlechts die Sagenbildung vom „tollen Bismarck und seinen Genossen auf Kniephof“ am fruchtbarsten war, erhielten neue Stoffe zugetragen. Man erzählte von einem dumpfen nächtlichen Getöse, welches den alten Fachwerkbau von Kniephof erdbebenartig erdröhnen mache. Es hieß, der Geist des Erbauers von Kniephof, der bei Czaslau gefallene tapfere Reiteroberst und Urahn des Besitzers, der ihm auch in den Gesichtszügen so ähnlich war, gehe um im Hause und feiere dort nächtlich seine Feste, wie ehedem in dem benachbarten Garnisonstädtchen Gollnow, wo er beim Gastmahl jedes Vivat mit dem Schmettern der Fanfare und dem Gekrach der Karabinersalven seiner dazu im Hintergrund aufgestellten Dragoner begleiten ließ. Und wirklich waren es nicht allein Champagnerpfropfen, die man jetzt des Nachts hier knallen hörte, sondern oft wurden die schlaftrunkenen Geister durch Pistolenschüsse wieder geweckt. Dazwischen knüpfte Bismarck indessen auch ernstere Gespräche über die Zeitfragen mit seinen Freunden an, und mitten in die schläfernde Unterhaltung fiel zuweilen ein geflügeltes Wort, so daß die Herren, für die das Feld der Politik damals noch eine wenig bebaute Gegend war, verdutzt sich ansahen ob des „tollen Bismarck“, nicht wissend, „ob Wahnsinn, ob ein Gott aus ihm gesprochen.“ Wenn aber in Kniephof Alles wieder still geworden, dann wachte Bismarck noch über seinen Büchern, studirte Macchiavell's Buch vom Fürsten oder vertiefte sich in Spinoza's Räthsel von Sein und Denken, von All-Einheit und Allgemeinheit, von Zufall und Nothwendigkeit.

Bismarck's Ansichten, die er in jenen vertrauten Gesprächen mit seinen Freunden entwickelte, waren damals durchaus frei und vorurtheilslos; sie würden vielleicht sogar eine etwas liberale Färbung angenommen haben, wenn nicht die liberalen Elemente, welche damals ihre Stimmen am lautesten erhoben, für ihn etwas Abstoßendes gehabt hätten. Wie räthselhaft aber damals die Zukunft auch Allen war und wie unklar die Meisten über die bewegenden Fragen der Zeit dachten, so gab es doch einen gemeinschaftlichen Grundgedanken für das politische Glaubensbekenntniß seiner Freunde, den Bismarck aus den Kreisen der pommerschen und altmärkischen Junker in alle spätern Berufskreise mit hinübernahm, es war das Festhalten an altpreußischer Ehre und Treue.

Trotz seines stürmischen, tollen Jugenddranges besaß Bismarck den sittlichen Ernst und die Sicherheit des reifen Mannes. Vielfach wechselten in

diesem Zeitabschnitte seine Schicksale, wie Irrthum und Wahrheit im Leben; was aber nicht wechselte, das waren Muth und Treue in seinem Herzen, die ihn schon damals nie schwanken ließen, wo es galt, für höhere Zwecke den ganzen Mann und das Leben einzusetzen.



Bismarck rettet seinen Reitknecht Hildebrand vom Ertrinken.

Zu der Zeit, als Bismarck bei der Stargarder Landwehr-Ulanenescadron eine Uebung mitmachte (1842), stand er an einem Sommernachmittage mit mehrern Kameraden zusammen an der Brücke des Sees zu Lippehne und sah zu, wie sein Reitknecht Hildebrand daselbst das Pferd in die Schwemme ritt. Der unkundige Reiter gerieth an eine tiefe Stelle des Sees und gab in der Angst nicht die nöthigen Hülfen; das Pferd wurde unruhig und überschlug sich beim Schwimmen, der Reiter verschwand unter der Flut. Im Augenblick warf Bismarck Säbel und Uniform von sich und sprang ihm nach. Es gelang ihm auch, den Diener zu ergreifen und sich mit ihm an die Oberfläche emporzurudern, aber nun hielt dieser ihn in der Todesangst so fest umklammert, daß er seinen Retter von Neuem auf den Grund hinab zog. Eine lautlose Pause angstvoller Spannung trat unter der herbeigeströmten Menge ein; für einige Sekunden schien es, als ob Beide verloren wären. Endlich war es Bismarck unter dem Wasser gelungen, sich aus der gefährlichen Umarmung loszuringen; mächtig rudernd erreichte er das Ufer und zog unter dem lauten Jubel der Zuschauenden

den geretteten Diener nach sich ans Land. Die Kunde von dem Geschehenen verbreitete sich schnell durch die kleine Stadt. Der Geistliche kam ihm in der Amtstracht an der Spitze vieler Bürger entgegen und beglückwünschte ihn zu der ihm widerfahrenen Gnade Gottes. Dieser edeln That verdankte Bismarck das schlichte Denkzeichen mit der Inschrift: „Für Rettung aus Gefahr", das er lange als einzigen Schmuck auf der Brust trug. Als in späterer Zeit eine mit vielen Bändern und Kreuzen geschmückte österreichische Excellenz in Frankfurt a. M. ihn nach der Bedeutung dieses Zeichens fragte, durfte er mit berechtigtem Selbstgefühl antworten: „Je nun, ich habe die Gewohnheit, mitunter einem Menschen das Leben zu retten." Derselbe entschlossene Muth, mit dem er hier das Leben für den Nächsten einsetzte, begleitete ihn auch später in alle Kämpfe für seinen König und sein Vaterland.

Die Tage der militärischen Dienstleistung gingen vorüber, der bunte Ulanenrock ward wieder mit dem bürgerlichen vertauscht. Zunächst beabsichtigte Bismarck sich jetzt der Verwaltung zu widmen, um sich durch dieselbe zum Staatsdienst vorzubereiten, für den seine nähern Bekannten ihn besonders befähigt hielten. Er arbeitete einige Zeit bei der Regierung in Potsdam. Aus dieser Periode schreibt sich ein Gutachten, welches damals bedeutenden Eindruck machte und noch lange nachher oft citirt wurde. Gefordert war ein „Gutachtlicher Bericht, betreffend die Entschädigung der durch die, bei den projektirten Verbesserungsarbeiten in der Provinz Preußen nothwendig werdenden Expropriationen beschädigten Eigenthümer." — „Wie?" dachte der Referendar, „soll man diesem Schalksnarren von Zeitgeist, der heute als Junker Dampf mit Höllenlärm durch die Länder braust, morgen als bebrillter Philister in Schreibärmeln und Pantoffeln daherschleicht, einen Freipaß geben durch alle Gefilde, damit er alle „Spuren lieber Erinnerungen" unter seine Füße trete? — Nein, meine Herren!" — und er schrieb in seinen Bericht die klassischen Worte: „Sie können es mir gar nicht in Gold bezahlen, wenn Sie den Park meines Vaters in einen Karpfenteich oder das Grab meiner seligen Tante in einen Aalsumpf verwandeln."

Ein eigenthümlicher Vorfall verleidete Bismarck darauf völlig die Schreibstube. Die Gemahlin seines Bruders, des Landraths Bernhard v. Bismarck auf Külz bei Naugard, lag hoffnungslos krank. Dieser wandte sich daher an ihn mit der Bitte, ihn in den landräthlichen Geschäften zu vertreten, wozu auch Bismarck, der damals zugleich Kreisdeputirter des Naugarder Kreises war, sogleich bereit war. Er begab sich zum Präsidenten, um Urlaub nachzusuchen; aber nicht Willens, sich dessen bureaukratischen Launen zu fügen, änderte er im Vorzimmer seinen Entschluß — und bat um seinen Abschied.

Nachdem der Präsident ihn nämlich eine Weile im geöffneten Nebenzimmer hatte warten lassen, ohne Notiz von seiner Anwesenheit zu nehmen, gelang es Bismarck erst, seine Aufmerksamkeit dadurch zu erregen, daß er zuerst ganz

sanft, dann crescendo, endlich fortissime den Dessauer Marsch mit den Fingern an der Fensterscheibe trommelte.

„Was wünschen Sie?“ ließ der Präsident, aus seiner vornehmen Ruhe wach getrommelt, ihn ziemlich kühl an.

„Was ich wünschte“, lautete die Antwort kurz, „das war, mir Urlaub zu erbitten; jetzt wünsche ich, mich Ihnen für immer zu empfehlen.“

Damit überließ er den verwunderten Präsidenten sich selbst und wanderte kaltblütig nach Hause, um seinen Koffer zu packen.

In der pommerschen Heimat waren schon allerlei Muthmaßungen über die Abwesenheit des Besitzers von Kniephof aufgetaucht. Das alte Herrenhaus stand verwaist, da kam plötzlich der Befehl, es zu scheuern und zu putzen vom Giebel bis zum Grunde. „Es wird eine Herrin einziehen!“ flüsterten die Damen, aber Kniephof wartete lange darauf, dann ward wieder Alles still davon, und es hieß: „Bismarck geht nach Indien!“

Vielleicht lag Indien dem Fluge seiner Phantasie nicht ferner als Kniephof. Es war die Zeit, da Herwegh sang:

„Ich steh' an mitternächt'ger Küste,
Der Norden, ach, ist kalt und klug;
Ich wünscht', ich stünd' im Sand der Wüste,
Gelehnt an eines Hengstes Bug!“ — —

Auch Bismarck stand (Herbst 1844) an mitternächtiger Küste im Seebade Norderney. Er sah von der weißen Düne hinab auf das weite, unendliche Meer, er forderte badend die Wogen zum frischen, stärkenden Kampfe heraus, er fuhr mit Tomke Hams, dem Fischer, in die offene See hinaus, ließ sich in leichtem Boote 24 Stunden lang von Stürmen und Wogen schaukeln, bis er keinen trockenen Faden mehr an den Kleidern hatte; aber es war Schinken und Portwein an Bord, — oder er segelte zwischen den Inseln auf Seehundsjagd, und als er einen erlegt hatte, da sah er ein so gutmüthiges Hundsgesicht mit großen, schönen Augen, daß es ihm ordentlich leid that, ihn getroffen zu haben.

Von der Badereise kehrte Bismark in das bekränzte Vaterhaus zu Schönhausen zurück, um (am 30. Oktober) der Vermählungsfeier seiner einzigen Schwester Malwine mit seinem Jugendfreunde, dem Landrath Oskar v. Arnim-Kröchlendorff, beizuwohnen. Mit wehmüthigem Herzen sah er die Schwester, die zugleich seine liebste Freundin war, aus dem Vaterhause scheiden, und als sie fort war und er noch einige Zeit in Schönhausen blieb, um seinem Vater in der Vereinsamung Gesellschaft zu leisten, da saß er noch oft in der Dämmerstunde in dem grünledernen Stuhle in der lauschigen Ecke des Wohnzimmers, wo sonst seine Malwine mit ihrem Bräutigam zu flüstern pflegte, und stellte Betrachtungen darüber an, „wie unnatürlich und selbstsüchtig es ist, wenn Mädchen, die Brüder haben und obenein unverehelichte, sich rücksichtslos

verheirathen und thun, als wenn sie nur in der Welt wären, um ihren fabelhaften Neigungen zu folgen, — eine Selbstsucht", — fügt er in dem Briefe an Frau v. Arnim (November 1844) neckend hinzu, — „von der ich unser Geschlecht und mich persönlich glücklich frei weiß."

Es waren die letzten Tage, welche Bismarck mit seinem Vater gemeinschaftlich in Schönhausen verlebte. Die Harthörigkeit des alten Herrn hatte mit den Jahren zugenommen und erschwerte ihm auch den Umgang mit den Nachbarn, dem v. Brauchitsch auf Scharteuke, v. Rohr auf Hohen-Wulsch, den v. Alvensleben auf Redekin und Schollehne oder dem Amtsrath Klewe auf Jerichow. Sein Hauptvergnügen aber blieb die Jagd, von der er sich weder durch Wind und Wetter noch durch den Mangel an Wild abhalten ließ. Bismarck entwirft in dem Briefe an seine Schwester (November 1844) eine sehr anschauliche Schilderung von einer Komödie, welche er seinem Vater damals aufführen half, und die es diesem gefiel „Fuchsjagd" zu nennen.

„Wir gehen nämlich" — so schreibt er — „bei starkem Regen, oder jetzt 6 Grad Frost, mit Ihle, Bellin und Karl hinaus, umstellen mit aller jägermäßigen Vorsicht, lautlos, unter sorgfältiger Beachtung des Windes, einen Kiefernbusch, von dem wir Alle, und vielleicht auch der Vater, unumstößlich überzeugt sind, daß außer einigen Holz suchenden Weibern kein lebendiges Geschöpf darin ist. Darauf gehen Ihle, Karl und zwei Hunde unter Ausstoßung der seltsamsten und schrecklichsten Töne, besonders von Seiten Ihle's, durch den Busch, der Vater steht regungslos und aufmerksam mit schußfertigem Gewehr, genau, als ob er wirklich ein Thier erwartete, bis Ihle dicht vor ihm schreit: „Hu, la, la, he, he, faß, häh, häh!" in den sonderbarsten Kehllauten. Dann fragt mich der Vater ganz unbefangen, ob ich nichts gesehen habe, und ich sage mit einem möglichst natürlich gegebenen Anflug von Verwunderung im Tone: „Nein, nicht das Mindeste!" Dann gehen wir, auf das Wetter schimpfend, zu einem andern Busch, dessen vermuthliche Ergiebigkeit an Wild Ihle mit einer recht natürlich gespielten Zuversicht zu rühmen pflegt, und spielen dal segno. So geht es drei bis vier Stunden lang, ohne daß in Vater, Ihle und Fingal die Passion einen Augenblick zu erkalten scheint."

Der Winter (1844—45) traf Bismarck wieder auf seiner Scholle zu Kniephof, er vertrat eine Zeit lang seinen Bruder in den Landrathsgeschäften des Naugarder Kreises, erschien auch vorübergehend als Abgeordneter zum pommerschen Provinziallandtage und war in der Landwirthschaft thätig. Er sah ein mageres Jahr kommen und gehen. „Nur mit Mühe widerstehe ich der Neigung", — schreibt er an seine Schwester (9. April 45) — „einen ganzen Brief mit landwirthschaftlichen Klagen anzufüllen, über Nachtfröste, krankes Vieh, schlechten Raps und schlechte Wege, todte Lämmer, hungrige Schafe, Mangel an Stroh, Futter, Geld, Kartoffeln und Dünger; dazu pfeift Johann draußen, ebenso konsequent wie falsch, einen ganz infamen Schottischen, und ich

habe nicht die Grausamkeit, es ihm zu untersagen, da er ohne Zweifel seinen heftigen Liebeskummer durch Musik zu beschwichtigen sucht. Das Ideal seiner Träume hat vor Kurzem auf Zureden der Eltern ihm abgesagt und einen Stellmacher geheirathet. Ganz mein Fall, bis auf den Stellmacher, der noch im Schoße der Zukunft raspelt ...."

Das Ideal seiner Träume ward damals von Bismarck selbst vielleicht mehr geahnt als gekannt. Seiner kampfathmenden Seele war die Zeit zu friedlich träge, die Welt um ihn zu eng; er sehnte sich über die Schranken der Alltagswelt hinfort. Ein trauriges Ereigniß im Vaterhause fesselte indessen seine Thätigkeit für die nächste Zeit noch bei stillem ländlichen Schaffen.



Bismarck tritt den Besitz von Schönhausen an.

In Schönhausen ward es in diesem Jahre stiller und stiller. Eines Sonntagsmorgens stand die kleine Frau Inspektor Bellin in ihrem Sonntagsstaat, mit dem schwarzen Faltenrocke, das Sammetmützchen auf dem Haupte, das Gesangbuch in der Hand, vor der Thüre zum Zimmer des alten gnädigen Herrn. Sie wartete, daß er zum Kirchgange hinaustreten solle, um ihn vor dem Fortgehen in Wirthschaftsangelegenheiten noch Etwas zu fragen. Sie wartete lange vergeblich, im Zimmer rührte sich nichts und doch war es hohe Zeit zur Kirche. Endlich faßte sich die fromme Frau ein Herz; sie trat hinein, um ihr Anliegen im Zimmer anzubringen. Als sie ihn aber noch im Morgenanzuge bei seiner gewöhnlichen Beschäftigung fand, da konnte sie's nicht über ihr

christliches Herz bringen, die Bemerkung zu unterdrücken, daß es doch Sonntag sei und daß die Glocken schon geläutet hätten. „Ja, liebe Bellin“, sagte der alte Herr mit wohlwollendem Tone, „da muß man wol freilich schon recht schlecht hören, wenn man die Kirchenglocken nicht mehr hört!“ Sogleich darauf machte er sich bereit und saß noch zur rechten Zeit auf dem gewohnten Platz in der Kirche.

Im Frühjahr 1845 hatte die mächtig angeschwollene Elbe die Deiche durchbrochen und unter großen Verheerungen die ganze Umgegend von Schönhausen weithin überschwemmt, sodaß man von Tangermünde bis fast nach Rathenow zu Wasser fahren konnte. Als der alte Herr von Bismarck nach dem Zurücktreten der Flut zum ersten Male wieder den Park besichtigte, gewahrte er mit Wehmuth, daß der Strom sechs von den schönen alten Linden am Ende der großen Allee zerstört hatte. „Die Linden sind eingegangen“, sagte er zu dem ihn begleitenden Inspektor, „nun werde ich auch bald eingehen.“

Und er ging ein zum ewigen Frieden. Ein Fehler in der Speiseröhre, noch die Folge jenes Schlaganfalls, der ihn beim Tode seiner Gemahlin betroffen, hatte ihm in der letzten Zeit das Schlucken und Essen fast unmöglich gemacht, so daß ihm der Tod (22. November 1845) die Erlösung von schweren Leiden brachte. Bismarck wohnte in demselben Jahre als Offizier der Landwehrkavallerie einer Uebung bei und erhielt im Bivuak die Nachricht von der gefährlichen Erkrankung seines Vaters. Er brach sogleich nach Schönhausen auf und blieb bis ans Ende an seinem Krankenlager.

Das ganze Dorf trauerte um Bismarck's Vater. Sein wohlwollendes, heiteres Gemüth, seine lebhafte Theilnahme für alle Dorfbewohner hatten ihm auch alle Herzen gewonnen. „Er war unser ganzer Stolz“, sagen die Bauern in Schönhausen; „aber was der Vater für unser Dorf war, das ist der Sohn für das Reich geworden.“





Einzug des jungen Bismarck'schen Ehepaars in Schönhausen.



Sechstes Kapitel.

Helle Tage.

Ich sprach zum Ew'gen: „Sprich, was ist die Liebe?"
„Ist's heil'ger Ernst? ist's süße Tändelei?" —
Da gab mir Gott ein Weib, ein treues, liebes,
Und nimmer fragt' ich, was die Liebe sei.
E. Rittershaus.

Die That allein beweist der Liebe Kraft.
Goethe.

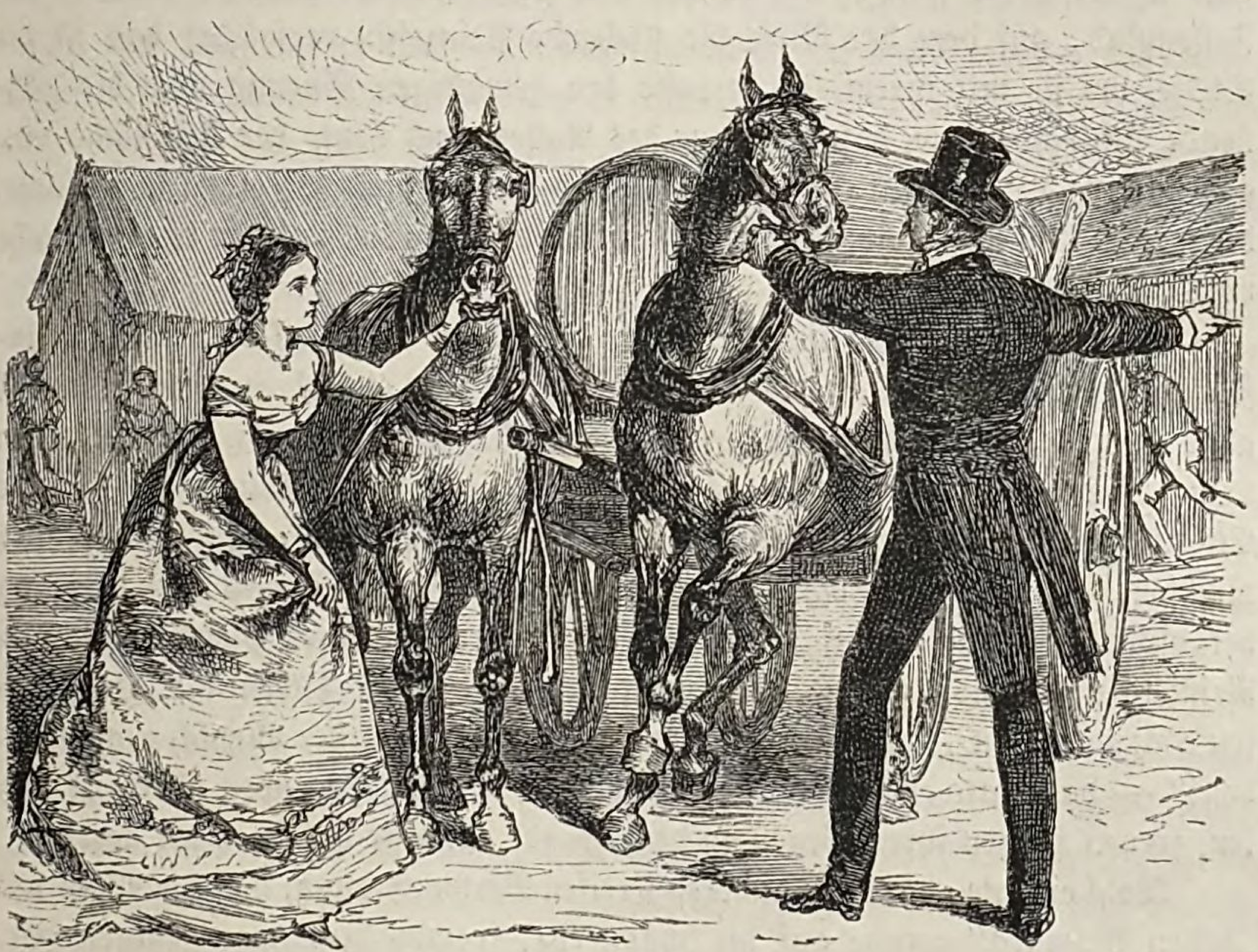
Solange Bismarck seinen eigentlichen Aufenthalt in Kniephof und mehrfache Beziehungen in Pommern hatte, durften ihn die Pommern mit demselben Rechte als ihren Landsmann betrachten, wie die Altmärker, da er ja seine Heimat schon in zartester Kindheit verlassen und seitdem nur besuchsweise auf längere oder kürzere Zeit wiedergesehen hatte. Als er aber nach des Vaters Tode auch das väterliche Stammgut Schönhausen übernahm, änderte sich dieses Verhältniß. Bald darauf wurde Bismarck zum Deichhauptmann für die Uferstrecke der Elbe von Jerichow bis Sandau gewählt und zum Abgeordneten der Ritterschaft des Kreises Jerichow für den sächsischen Provinziallandtag in Merseburg

in Vorschlag gebracht. Die Annahme der ersteren Stelle war entscheidend für die Wahl seines Wohnsitzes in Schönhausen, während sein älterer Bruder Bernhard, der zu seinem bisherigen Gute Külz noch Jarchelin geerbt hatte, in Pommern verblieb. Seitdem fügte Otto von Bismarck seinem eigenen Namen auch den seines väterlichen Gutes hinzu, zur Unterscheidung von den anderen Zweigen desselben Stammes, und veränderte seinen Wohnort nicht eher, als bis das Vaterland und der Staat höhere Ansprüche an ihn stellten. Die Schönhausener waren sich auch ihres Vorzugs wohl bewußt und übertrugen die Liebe und Verehrung, welche sie für den Vater gehegt hatten, auch auf den Sohn. „Aber wir haben verloren", sagen sie jetzt; „früher hatten wir ihn für uns allein, jetzt hat ihn das ganze Reich!"

Am Johannistage (1846) war's, als Bismarck in seinem Hause den Bauern sein Antrittsfest gab. Es ging nicht gerade sehr üppig, vielmehr nach märkischer Sitte schlicht und einfach zu; Bier, Musik und Tanz waren die einzigen Genüsse, die geboten wurden; dennoch erinnert sich mancher biedere Schönhauser, der heute im Dorfe seine Altentheilswohnung hat, noch gerne des vergnügten Tages, an dem er im fröhlichen Reigen sein Mädchen im Arme wiegte. Es war ein heißer Tag, die Bursche hatten größtentheils ihre Röcke abgelegt und tanzten in Hemdsärmeln, die Mägde in ihren bauschigen Faltenröcken, die meisten mit einem Johannisröslein am Mieder, das nach den ersten Tänzen hin und wieder ein wenig zerdrückt aussehen mochte. Bismarck war selbst mitten unter den Landleuten und ermunterte sie zur Fröhlichkeit. Als ihm ein kräftiges Vivat gebracht wurde, dankte er mit kurzen Worten. Wer Etwas auf dem Herzen habe, sagte er, der möge sich nur dreist an ihn wenden; er werde Jedem, der redlich arbeite und seine Pflicht thue, nach besten Kräften beistehen. „Aber er war doch zu erhaben", meinten die Schönhauser, „als daß man ihm mit etwas Unnützem hätte zur Last fallen mögen."

In einer Beziehung sollte die pommersche Landsmannschaft Bismarck's doch den Vorrang vor der altmärkischen behaupten. Noch immer wartete man darauf, daß der Besitzer von Schönhausen durch die Wahl einer treuen Gattin seinen Herd daselbst noch fester gründen werde, und man rieth hin und her, welche unter den Nachbarinnen wol ersehen sein möchte, ihm das Leben zu schmücken. Niemand ahnte, daß goldene Sonnenfäden sich durch sein Gemüth spannen, die von dem stillen, friedlichen Hause hinter den Nadelwäldern an der Stolpe ihren Ausgang nahmen. In demselben Jahre, als Bismarck zu Schönhausen die Vermählung seiner Schwester feierte, hatte er auch zu Triglaff der Hochzeitsfeier seines liebsten Jugendfreundes Moritz von Blanckenburg mit Fräulein von Thadden-Triglaff beigewohnt. Hier war es, wo eine der Brautjungfern, Fräulein Johanna von Puttkammer, in ihrer einfachen, lieblichen Erscheinung einen so tiefen Eindruck auf ihn machte, daß er das Bild nie wieder aus der Seele verlor.

Dieselbe Hochzeit erhielt auch noch durch einen andern Vorfall ein eigenthümliches Interesse. Die kirchliche Feier war vorüber, die Gäste saßen noch bei frohem Mahle und Gläserklange vereinigt, draußen stiegen die Raketen eines Lustfeuerwerks empor, welches zu Ehren des Hochzeitpaars jenseit des Sees hinter dem Garten abgebrannt wurde. Plötzlich verbreitete sich ein heller Feuerschein über dem Gutshofe.



Feuer bei der Hochzeit zu Triglaff.

Eine Rakete — die letzte des Feuerwerks — war, vom Sturme aus der Richtung gejagt, auf das Strohdach eines Hofgebäudes gefallen und hatte dasselbe sofort in Brand gesteckt. Während sich die Schreckensnachricht unter den Gästen verbreitete, waren schon Zwei mit thätiger Hülfe bereit. Bismarck und die junge Frau von Blanckenburg, diese in ihrem leichten Hochzeitskleide, zogen mit kurzem Entschlusse zwei Kutschpferde aus dem Stalle und spannten sie eigenhändig vor den nächsten Wasserwagen; — es war der erste, der zum Löschen erschien. Das Feuer hatte leider sehr schnell um sich gegriffen und in kurzer Zeit fast alle Hofgebäude und mehrere Bauerhöfe in Asche verwandelt.

Im Sommer 1846 machte das Blanckenburg'sche Paar in Begleitung von Fräulein Johanna von Puttkammer — sie war die einzige Tochter des Herrn Heinrich von Puttkammer auf Viartlum und der Frau Luitgarde geb. von Glasenapp auf Reinfeld, geboren den 11. April 1824 — eine Reise nach dem Harz,

der sich auch Bismarck anschloß. Es ging durch dieselben Gegenden, die er 14 Jahre vorher als angehender Göttinger Student mit seinen mecklenburgischen Freunden durchstreifte; aber wie anders sah er heute auf dieselben herab! Die Schlacken der Sturm- und Drangzeit waren abgestreift, mit klaren, geläuterten Sinnen blickte der Mann an der Seite seiner Reisegefährten auf die Welt unter sich, auf die dunkeln Schluchten und gewundenen Thäler zu seinen Füßen. Und immer höher ging's, die Buchen und Eichen blieben zurück — das ist der Felsenpfad, auf dem der Riese die fliehende Prinzessin verfolgte; das ist die Stelle, wo sie mit ihrem Zauberrosse den gewaltigen Sprung über die gähnende Schlucht wagte, daß die Spur des Rosses noch heute der Felsfläche eingedrückt ist; — dort auf einsamer Höhe des Harzes fand Bismarck die Blume, die fortan Duft und Licht über sein Leben verbreiten sollte, und die er nicht mehr vom Herzen ließ.

In dem frommen, christlichen Hause des Herrn von Putkammer auf Reinfeld gab es Verwunderung, als da plötzlich ein Brief einlief, in dem Bismarck ohne Vorrede, kurz und bündig, um die Hand der Tochter warb. Die Märchen vom „tollen Bismarck" waren doch noch zu sehr in Aller Munde, als daß die Eltern ohne Besorgniß ihr liebstes Gut, das einzige Kind, ihm anvertrauen mochten, selbst als die Tochter bescheidenen, aber festen Sinnes ihre Neigung bekannte. Da erschien auf Einladung der Eltern Bismarck plötzlich selbst in Reinfeld und schloß unter den Augen der erstaunten Eltern die Braut in seine Arme; denn „was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden!" — das hatte er in seiner Bibel gelesen. Die Eltern gaben aber aus vollen, treuen Herzen ihren Segen zu dem Bunde, und sie haben es nie bereut.

Wohl erregte es auch in anderen Kreisen Verwunderung, daß die Wahl des „tollen Bismarck" gerade auf die schüchterne, fromme Jungfrau gefallen war. Die Lösung dieses Räthsels liegt eben in dem stillen Zauber echter Weiblichkeit, unter dem der stärkste, trutzigste Manneswille sich beugt, wie der Löwe unter der streichelnden Hand des Kindes. Sie wurde für ihn die Friedeweberin unter den Kämpfen des Lebens, die treue Gefährtin in allen Schicksalen. Wie hätte Bismarck die unermüdliche Arbeitskraft, den Muth und die Ausdauer für seinen dornenvollen Beruf gefunden, wenn nicht ein treues Weib ihm sein Daheim bereitet und dem großen Weltkünstler, nicht mit Worten, aber oft mit einem einzigen, die Seele erwärmenden Blicke, mit tausend kleinen unscheinbaren Aufmerksamkeiten die Spannkraft wach gerufen und erhalten hätte, welche die Welt in Staunen setzt. Sie aber trat, ein echtes Weib, hinter der Größe des Mannes bescheiden, fast ungekannt, zurück, zufrieden in seinem Schaffen, beglückt durch seine Liebe. Das ist es, was auch ihrer späteren Ehe den Reiz der Jugend gab, daß ihre gegenseitige Liebe wurzelt in der gemeinsamen Begeisterung für alles Gute, Wahre und Edle. Bismarck fühlt es, was er dem stillen, frommen Walten seiner Gattin zu danken hat; noch vor kurzer Zeit äußerte er zu einer

ihm nahestehenden Persönlichkeit: „Sie ahnen nicht, was diese Frau aus mir gemacht hat.“

Die Vermählung Bismarck's mit Fräulein Johanna von Putkammer wurde auf den Sommer des nächsten Jahres (1847) festgesetzt. Ehe dieselbe indessen stattfand, wurde Bismarck zu einer andern Wirksamkeit berufen, welche mit den großen Ereignissen im Vaterlande in engem Zusammenhange stand.

Ueberall in Deutschland regten sich mächtig die Schwingen einer neuen Zeit. Im Privatleben wie in der Oeffentlichkeit, auf dem Katheder, der Bühne, selbst in der Presse erhoben sich immer lauter die Stimmen für ein freies Verfassungsleben und für die Einigung der ganzen Nation. In einer Versammlung von Gelehrten zu Frankfurt a. M. (1846) im Saale des Römers weckte Uhland die allgemeine Begeisterung durch eine Festrede, in welcher er sagte, es däuchte ihm, als ob die alten deutschen Kaiser dort aus den Rahmen der Wandbilder heraus und unter die Versammlung treten wollten, um sie zur Thatkraft anzufeuern. Man wies spöttelnd auf den Bundespalast in der Eschenheimer Gasse und sprach davon, daß die Zeit nicht mehr ferne sei, da an Stelle der Staatsmänner eine Versammlung von Volksmännern zu Frankfurt tagen werde. Auch in Süddeutschland kam man mehr und mehr zu der Einsicht, daß die Ständekammern der Mittel- und Kleinstaaten zu ohnmächtig wären, um die großen Fragen der Zeit lösen zu helfen. Aller Augen richteten sich auf Preußen, wo Friedrich Wilhelm IV. durch sein persönliches Auftreten die höchsten Erwartungen geweckt hatte. Der König selbst fühlte die Nothwendigkeit, die Hand an das preußische Verfassungswerk zu legen. So wie er es jedoch gewesen, unter dessen Leitung als Kronprinz die ständische Einrichtung der Provinziallandtage ins Leben gerufen wurde, so glaubte er auch jetzt nur auf diesem Grunde fortbauen zu sollen.

Am 3. Februar 1847 erließ der König das Patent, welches die Provinzialstände sämmtlicher acht Provinzen unter dem Namen des „Vereinigten Landtags der Monarchie“ nach der königlichen Hauptstadt Berlin berief. Am 11. April sollte die erste ständische Versammlung in Preußen eröffnet werden.

Noch einmal ging eine freudige Bewegung durch die ganze preußische Bevölkerung. Mit Genugthuung sah man in dem Vereinigten Landtag eine Stätte geschaffen, an welcher die Wünsche und Hoffnungen des Volkes doch vor dem Throne zum Ausdruck gelangen konnten; aber freilich sahen die Meisten den Vereinigten Landtag mehr als die Einleitung, denn als den Abschluß des preußischen Verfassungswerkes an.

Mit gespannten Erwartungen sah man in Preußen dem Zusammentritt einer Versammlung entgegen, welche zum ersten Male die Vertreter der acht Provinzen des Staats zu gemeinschaftlicher Arbeit an der Wohlfahrt des Volkes vereinigen sollte. Jede Provinz stellte eine Anzahl freisinniger vaterlandsliebender Männer, welche auch in den politischen Kämpfen der Folgezeit noch

oft einen hervorragenden Platz auf der Tribüne und der Ministerbank einnahmen. Besonders glänzten die Rheinlande durch eine Reihe ausgezeichneter Redner, wie Beckerath, Camphausen, Hansemann; für Westfalen gehörten der Freiherr von Vincke, für Pommern Graf Schwerin, von Auerswald, für Preußen von Saucken-Tarputschen, für Schlesien Milde zu den muthigsten Vorkämpfern der Liberalen. Die Bedeutung dieser Männer zeigte sich indessen mehr in der Entwickelung einer glänzenden Beredsamkeit als in praktischer Rathgebung. Licht, Freiheit, Fortschritt! so hieß die allgemeine Losung der Zeit, aber über die nächsten praktischen Ziele und über die Wege, auf welchen dieselben zu erreichen waren, herrschte noch viele Verschiedenheit und Unklarheit der Ansichten.

Die unumschränkte Macht des preußischen Königthums von Gottes Gnaden fand ihre treuesten Anhänger zunächst in der Herrenkurie, wo die königlichen Prinzen und die Standesherren, wie Fürst Solms-Hohensolms-Lich, Fürst Lichnowski, Graf Arnim-Boitzenburg u. A., ihren Platz hatten. In der Drei-Stände-Kurie gehörten zu ihren Schildträgern vorzugsweise die Ritterschaft Pommerns und der Altmark, unter welcher uns die Namen von Rochow, von Thadden-Triglaff, von Puttkammer, von Wedell u. a. begegnen; aber diese Männer wurden damals kaum genannt neben den gefeierten Vorkämpfern der Liberalen.

Unter den Abgeordneten der Provinz Sachsen wurde als Vertreter der Ritterschaft des Kreises Jerichow in der Altmark für den erkrankten Abgeordneten von Brauchitsch auf Scharteuke dessen Stellvertreter einberufen, der Deichhauptmann Otto von Bismarck-Schönhausen. In blühendem Mannesalter, voll rüstiger Thatkraft und klaren Blicks trat Bismarck hier zum ersten Male in eine große politische Versammlung ein. Auch er würdigte die Wichtigkeit des königlichen Schritts, der mit dem Februarpatent gethan war, ohne denselben zu beklagen, und erkannte, daß der preußische Staat damit an der Vorstufe einer neuen Entwickelung angekommen sei; indessen für ihn galt als der Kern und Ausgang jeder neuen Entwickelung ein starkes, an Haupt und Gliedern einiges Preußen, an dessen Neugründung mitzuarbeiten er für seine edelste Aufgabe betrachtete. Er stand nicht feindselig zu den freieren Regungen seiner Zeit, deren Berechtigung er in vielen Beziehungen anerkennen mußte; aber sein Herz schlug wärmer und höher für das alte Vaterland Preußen, in dem seine Vorfahren seit Jahrhunderten ihre heimatliche Stätte hatten, als für die Ideen einer neuen Zeit, in denen das Wahre von dem Trüglichen, das Dauernde von dem Wandelbaren noch so schwer zu scheiden und deren Segnungen ihm noch zweifelhaft schienen. Vor allen Dingen wünschte er nicht die Bildung einer Partei, deren Bedeutung mehr in der glänzenden Rede als in der schaffenden That, mehr im Verneinen als im Aufbauen zu liegen schien.

Schon die Wahl des Raumes, der für die Berathungen bestimmt war, und die äußere Einrichtung des Weißen Saals ließen auf den Geist schließen,

in welchem der König die Theilnahme der Stände an den Regierungsangelegenheiten erwartete. Dem Throne gegenüber, dem zunächst der vom Könige ernannte Landtagsmarschall Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich seinen Platz hatte, befanden sich die Sitze für die Herrenkurie, dahinter diejenigen für die Kurie der Drei Stände, — Ritterschaft, Städte und Landgemeinden, — durch Zwischengänge wieder nach den acht Provinzen, jede unter dem Vorsitze ihres Provinziallandtagsmarschalls, geschieden.

Die Eröffnung (am 11. April 1847) erfolgte nach vorangegangenem Gottesdienst mit allem Glanze des alten Königthums. Unter Vorantragung des Reichspaniers durch den General von Boyen, jenen tapfern Vorkämpfer der Erhebung von 1813, und der übrigen Reichsinsignien, Krone, Scepter, Reichsapfel und Schwert, beschritt der König den Thron und begrüßte in hochherzigen Worten die Versammlung. Aber er hob schon in der Eröffnungsrede hervor, daß er mit diesem Tage den Bau ständischer Freiheiten als vollendet betrachte; er zog scharf die Grenzen, innerhalb deren der Landtag von den ihm aus freier königlicher Machtvollkommenheit verliehenen Rechten der Steuerbewilligung, des Beiraths in der Gesetzgebung und dem Petitionsrechte Gebrauch zu machen habe, und er erklärte feierlich, wie er sich als den Erben einer ungeschwächten Krone betrachte, die er seinen Nachfolgern wiederum ungeschwächt bewahren müsse und wolle; daß es aber keiner Macht der Erde gelingen solle, ihn zu bewegen, das natürliche, durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln, und daß er nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen den Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam eine zweite Vorsehung, eindränge, um durch seine Paragraphen die alte heilige Treue zu ersetzen. Der König warnte vor dem finstern Geiste des Verderbens, der in einem Theile der Presse herrsche, und vor den argen Früchten des argen Baums, die unter der Gestalt der Verstimmung, des Mißtrauens und schmählicher Einschüchterung von Seiten des Liberalismus entgegenträten. Nachdem er auch der Verirrungen auf kirchlichem Gebiete gedacht hatte, legte er stehend mit erhobener Rechten das Bekenntniß ab: „Ich und Mein Haus Wir wollen dem Herrn dienen!"

„Wohlan denn", — so schloß die königliche Anrede, — „Durchlauchtige, Edle Fürsten, Grafen und Herren, liebe und getreue Stände von Ritterschaft, Städten und Landgemeinden! Gehen Sie mit Gott an Ihre Arbeit. Sie werden sich — deß bin ich in Hoffnung gewiß — durch diese ganze wichtige Zeit unsers Beisammenseins, während ganz Europa auf Sie blickt, als ächte Preußen zeigen und künftig durch alle Abstufungen Unserer ständischen Versammlungen sich immerdar als ächte Preußen bewähren. Dann bleibt auch, glauben Sie mir's, das Eine, was noth thut, nicht aus, nämlich „Gottes Segen, an dem allein Alles gelegen". Er wird sich aus unserer Einmüthigkeit in einem breiten

Strome auf dieses und die kommenden Geschlechter und, ich hoff' es, auf das ganze herrliche deutsche Vaterland ergießen, in einem Strome, an dem sich's gut und sicher wohnen läßt, wie an den wohlverwahrten Ufern der segenspendenden großen Wasser dieser Erde. Und nun noch einmal aus der Fülle meines Herzens Willkommen!"

Gegenüber der so bestimmt ausgesprochenen königlichen Willensmeinung hatten die Liberalen auf dem Landtage einen schweren Stand. „Zwischen uns sei Wahrheit!" hatte der König den Ständen zugerufen, und „Vertrauen weckt Vertrauen", das, sagte er, sei seine königliche Hoffnung, aber so oft auch diese Worte in den Reden der Abgeordneten wiederkehrten, so schien es doch, als ob diese nothwendigste Grundlage eines gedeihlichen Zusammenwirkens der Krone und der Stände bei der Verschiedenheit der beiderseitigen Ziele unendlich schwer zu finden sei. Die Liberalen erkannten, daß ihren Bestrebungen nach Erweiterung der Volksrechte und Volksfreiheiten überall das königliche Wort und der königliche Wille als mächtiger Damm entgegenstand, vor dem ihre begeistertsten und glänzendsten Reden sich als ohnmächtig erwiesen. Die Bedeutung der Reden lag daher weniger in der Erreichung praktischer Ziele, als in dem Eindrucke, den sie außerhalb des Hauses machten.

Je größer das Aufsehen, welches die liberalen Reden erregten, und je reicher der Beifall, der ihnen im Volke gespendet ward, desto ernster glaubte Bismarck prüfen zu müssen, ob dies der Weg wäre, der zur Förderung der Wohlfahrt Preußens und zur Hebung seines Ansehens führe. Der Pathos mancher Redner hatte etwas seiner schlichten, kernigen Natur Widerstrebendes; er hielt es vielmehr mit dem Worte Luther's:

„Wer reden will, thue das Maul auf,
Rede frisch drauf,
Und höre bald auf!" —

Es verging längere Zeit, ehe Bismarck zum ersten Male das Wort in der Versammlung ergriff, und als es geschah, war die Veranlassung eine scheinbar unbedeutende.

Mit Vorliebe pflegten die liberalen Redner auf den Boden der großen nationalen Erinnerungen von 1813 hinzuweisen, als auf „die ewig grünende Erde, umweht von der Luft der Vaterlandsliebe, die zu den edelsten Bestrebungen Kraft giebt"; aber es schien Bismarck weder folgerichtig noch patriotisch, wenn dabei von ihnen die Erlangung ständischer Freiheiten und verfassungsmäßiger Rechte als das eigentliche Ziel der preußischen Volkserhebung jener Zeit dargestellt wurde. Auch der Abgeordnete von Saucken gedachte in einer Sitzung der Dreiständekurie am 17. Mai in einer schwungvollen, von lautem Beifall begleiteten Rede der großen Zeit, in welcher „das Volk den Thron auf seine Schultern genommen und ihn durch Ströme Blut's von Sieg zu Sieg auf nie gekannte Ruhmeshöhen getragen", indem er ähnliche Folgerungen daran knüpfte.

Während noch die Bravorufe der Versammlung im Saale klangen, bestieg Bismarck die Rednerbühne und hub mit fester, mitunter etwas stockender Stimme an:

„Es wird mir schwer, nach einer Rede, die von so edler Begeisterung diktirt war, das Wort zu ergreifen, um eine einfache Berichtigung anzubringen. . . . Auf die übrigen Theile der Rede einzugehen halte ich erst dann an der Zeit, wenn von politischen Fragen die Rede sein wird; für jetzt fühle ich mich nur gedrungen, Dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowol als auch außerhalb dieses Saales so oft laut geworden ist, wenn von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war, nämlich als ob die Bewegung des Volks von 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte, und es eines andern Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserm Lande geboten." . . .

Hier sah sich der Redner durch lautes Murren und Zeichen des Mißfallens genöthigt, inne zu halten; er wartete, bis die Aufregung sich gelegt hatte, und fuhr dann mit vornehmer Ruhe fort:

„Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß Mißhandlung und Erniedrigung, welche die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle andern Gefühle übertäubt werden zu lassen."

Diese einfachen Worte riefen einen Sturm der Entrüstung hervor. Mehrere Redner bestiegen nach einander die Tribüne, um Verwahrung einzulegen; einer bestritt ihm überhaupt das Recht mitzureden, da er zu der Zeit der Befreiungskriege noch nicht gelebt habe. Trotz des allgemeinen Unwillens erschien Bismarck noch einmal auf der Tribüne.

„Ich kann es allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit noch nicht gelebt habe", sagte er, „und es that mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an jener Erhebung theilzunehmen; mein Bedauern wird freilich vermindert durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals angekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben aber bin ich belehrt worden, daß sie im Innern gelegen hat; ich bin gar nicht dankbar für diese Aufklärung."

Einzelne Bravorufe aus der Versammlung bewiesen, daß man den Redner wohl verstanden hatte; noch aber hatte Keiner gewagt, den liberalen Anschauungen, welche damals im Schwange waren, so offen und rücksichtslos entgegenzutreten. Der Landjunker aus der Altmark hatte den Vorkämpfern der liberalen Richtung mit jener schlichten Aeußerung den Handschuh hingeworfen und sah sich plötzlich mitten in den Kampf fortgerissen. Mit unerschrockenem, muthigem Herzen trat er in denselben ein, aber er sollte bald erfahren, was es heiße, gegen eine übermächtige Zeitströmung ankämpfen.

Die Verhandlungen des Landtages entsprachen in ihrem Fortgange weder den Wünschen der Regierung noch des Landes. Eine große Anzahl Mitglieder beantragten eine Verwahrung, in welcher der Landtag die Erklärung niederlegen möge, daß der Berechtigung des Volkes zu einer freien ständischen Verfassung durch das Patent vom 3. Februar noch nicht Genüge geleistet sei. Der Landtagsmarschall versagte jedoch seine Einwilligung zur Berathung über diesen Antrag, weil er über die Befugnisse des Landtags hinausginge. Einige Zeit darauf kam ein Antrag des Abgeordneten Freiherrn von Vincke auf alljährliche Einberufung des Landtags zur Berathung. Da der König bereits in seiner Antwort auf die Adresse die Wiedereinberufung „innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren" zugesagt hatte, so hielt ein Theil der Mitglieder, darunter Bismarck, diesen Antrag für nicht loyal, und bekämpfte denselben, „um nicht die Krone aus der schönen Stellung zu drängen, in der sie freiwillig und ungebeten den Wünschen des Landes zuvorkommen könne." Die Rede Bismarck's bei dieser Veranlassung entwickelte mit großer Klarheit mehrere von den Gesichtspunkten, die er funfzehn Jahre später auf der Ministerbank geltend machte. Gegenüber der Gewohnheit mehrerer Abgeordneten, die Zustände des Vaterlandes mit dem Auslande, insbesondere mit dem konstitutionellen Musterstaat England, zu vergleichen, ging Bismarck auf die verschiedene geschichtliche Entwickelung des Königthums in Preußen und in England zurück, wobei er nicht unterließ, den geehrten Abgeordneten der schlesischen Landgemeinden um Entschuldigung zu bitten, wenn er wieder über Thatsachen rede, die er nicht selbst erlebt habe, wie die Thronbesteigung Wilhelm's von Oranien in England (1688). Er wies darauf hin, wie das englische Volk durch ein Jahrhundert von Revolution und Bürgerkrieg damals in die Lage gekommen war, eine Krone vergeben zu können und Bedingungen daran zu knüpfen, die Wilhelm von Oranien annahm, wogegen die Hohenzollern sich ihren Staat im Laufe der Jahrhunderte selbst geschaffen hatten und freiwillig im Begriffe standen, einen Theil der unbeschränkten Rechte ihrer Krone dem Volke zu überlassen.

Bismarck stand auf dem Boden der geschichtlichen Ueberlieferung gegenüber der liberalen Doktrin, welche für die Verfassung des stolzen, aufstrebenden Staates der Hohenzollern kein höheres Ideal kannte, als die konstitutionellen Rechtsformen des aristokratischen England oder des kleinen neutralen Belgien. Der preußische Liberalismus war infolge der langen nüchternen Periode der Enthaltung und der Thatlosigkeit angesteckt von einem kleinbürgerlichen Geiste, der, ebenso wie die Kammern der Kleinstaaten, mehr nach den Scheinformen des konstitutionellen Staatswesens als nach der inneren Lebensfülle fragte. Er war voll Mißtrauens gegen Diejenigen, welche die nationale Entwickelung in Preußen mehr nach den Ueberlieferungen der Vergangenheit, als nach den treibenden Ideen der Zeit geleitet sehen wollten, zumal wenn ihre Ansichten ihnen in so starrer Form entgegentraten und mit so rücksichtsloser Offenheit

vorgetragen wurden, wie dies bei Bismarck der Fall war. Die öffentliche Meinung, seit lange niedergehalten und mißachtet, rächte sich jetzt, indem sie Bismarck als den Schildträger einer mittelalterlich-feudalen Zeit behandelte, dem zwar die milderen Sitten der Zeit nicht mehr gestatteten, auf Wegeraub und Stegereif zu reiten, der aber doch auf seiner Landscholle den finsteren, verrotteten Vorurtheilen einer längst vergangenen Zeit nachginge. Bismarck aber wehrte sich gegen die Keulenschläge seiner Gegner mit den spitzigen Pfeilen des Witzes und des Spottes.

Als in der Debatte über die Zulassung der Juden zu Staatsämtern mehrere Abgeordnete wieder auf den „engen mittelalterlichen Geist“ hindeuteten, welcher einer „freien, wahrhaft christlichen Weltanschauung“ widerstrebe, erklärte Bismarck (in der Sitzung der vereinigten Kurie am 15. Juni) mit Staunen erregender Offenheit:

„Ich muß öffentlich bekennen, daß ich einer Richtung angehöre, die der geehrte Abgeordnete für Crefeld (Beckerath) gestern als finster und mittelalterlich bezeichnete, derjenigen Richtung, welche es nochmals wagt, der freieren Entwickelung des Christenthums, wie sie der Abgeordnete von Crefeld für die einzig wahre hält, entgegenzutreten. Ich kann ferner nicht leugnen, daß ich jenem großen Haufen angehöre, welcher, wie der geehrte Abgeordnete aus Posen (Naumann) bemerkte, dem intelligenteren Theile der Nation gegenübersteht, und diesem intelligenteren Theile in — wenn mein Gedächtniß mich nicht täuscht — ziemlich geringschätzender Art entgegengesetzt wurde, dem großen Haufen, welcher noch an Vorurtheilen klebt, die er mit der Muttermilch eingesogen hat, dem Haufen, welchem ein Christenthum, das über dem Staate steht, zu hoch ist.“ . . .

Bismarck hatte mit beißendem Spotte seinen Gegnern selbst die Farben gerieben, mit welchen diese das Bild des feudalen Junkers jetzt recht grell ausmalten, das ihm auch später immer wieder vorgehalten wurde, als er mit erweitertem Gesichtskreise in veränderter Stellung mit denselben zusammentraf. Von Neuem verwahrte er sich gegen die Vergleichung der preußischen Zustände mit denjenigen anderer Staaten. „Ich möchte“ — sagte er in derselben Rede — „den Herren, die so gern ihre Ideale jenseit der Vogesen suchen, doch eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet. Das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergiebt, nachahmungswerthe und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht.“

Am 26. Juni wurde der erste Vereinigte Landtag durch den königlichen Kommissar, Staatsminister von Bodelschwingh, geschlossen; die Schlußrede drückte das Bedauern der Regierung darüber aus, daß die Sitzungen nicht so fruchtbringend gewesen wären, als sie hätten werden können. Das Bedauern war vielleicht beiderseitig; auch die Abgeordneten kehrten großentheils verstimmt über das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen auf einen Umbau des Staats

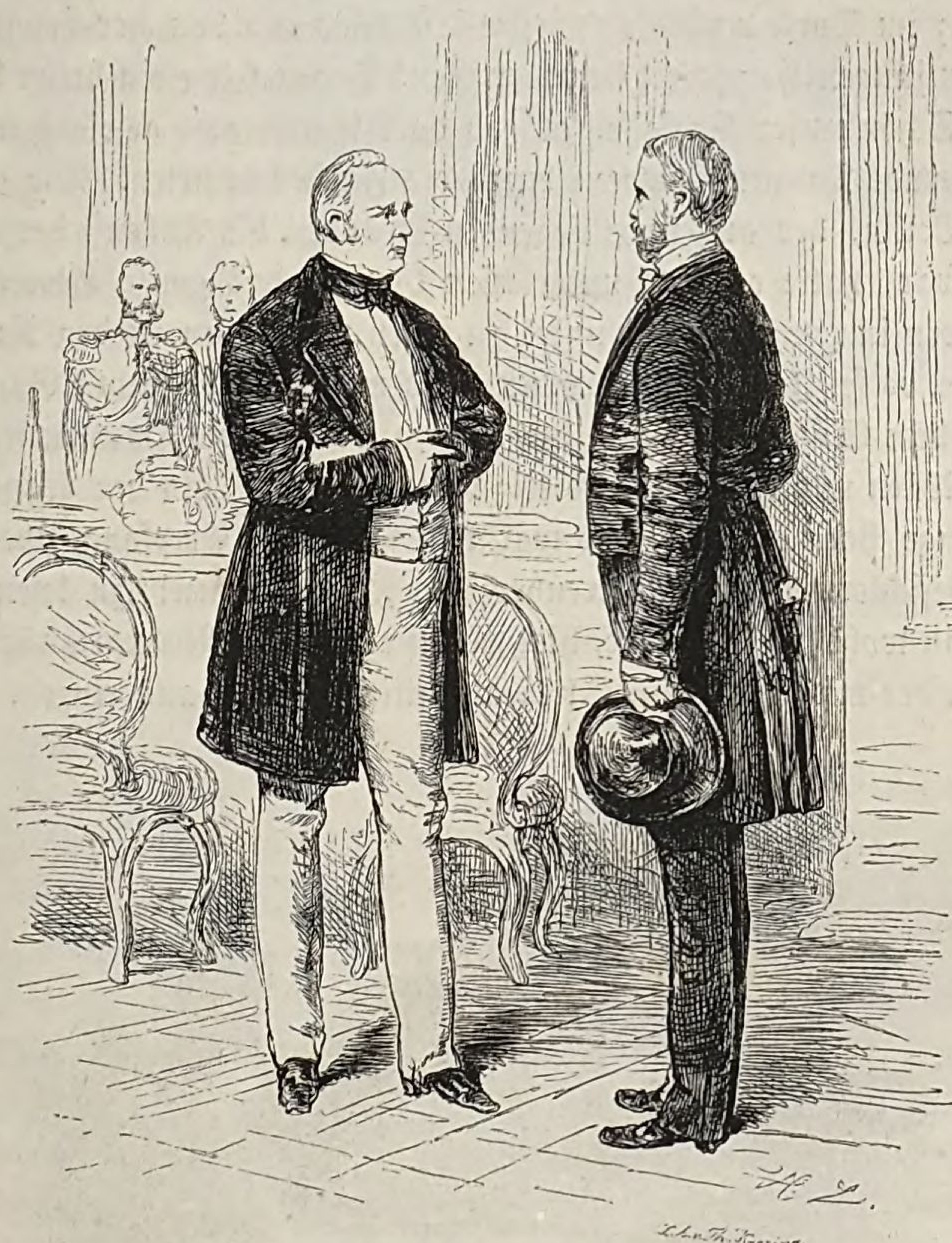
im liberalen Sinne in ihre Heimat zurück. Im Lande freute man sich der glänzenden Redner, die sich hervorgethan, und der Fülle von Talent, die sie an den Tag gelegt; der König soll zu seiner Umgebung geäußert haben, von seinen Ministern habe Bodelschwingh sein mündliches Examen vortrefflich bestanden; doch gab es auch Stimmen, welche behaupteten, es wäre für das Ansehen Preußens besser gewesen, wenn ein preußischer General sein Examen auf dem Schlachtfelde bestanden hätte.

Ernste Zeichen der Zeit blieben nicht aus. Hungersnoth und Elend, die traurigen Folgen einer zweijährigen Mißernte in vielen Gegenden Deutschlands, mehrten die Unzufriedenheit unter den ärmeren Volksklassen, und obgleich dem dringendsten Nothstande durch die Mildthätigkeit der Wohlhabenderen und durch einen reichen Erntesegen abgeholfen ward, so kam doch bei dieser Gelegenheit die zunehmende Verarmung und die große Ungleichheit des Besitzes in erschreckender Weise zum Vorschein. Eine aufregende Proletarierliteratur, die trotz der Censur heimlich Verbreitung fand und begierig gelesen wurde, schrieb die Ursache allen Uebels den unhaltbaren politischen Zuständen zu. In der Tagespresse wie in der Literatur, in der Kirche, dem Staate und der Gesellschaft regte sich immer mehr ein verneinender Geist und weckte in allen Kreisen ein gewisses Unbehagen, das bange Vorgefühl drohender Gefahren.

Es war dies die Zeit, zu welcher Bismarck seinen Herd gründete. Am 28. Juli 1847 feierte er zu Reinfeld seine Vermählung mit Fräulein Johanna von Putkammer und trat nach der Hochzeit mit der jungen Gemahlin eine Reise nach dem Süden an. Das waren für ihn Tage reinen, ungetrübten Glücks, als er, fern von der drückenden Gewitterluft der Hauptstadt, in der freien Gottesschöpfung aufathmete. Ein linder, warmer Sonnenblick lag über seinem Leben ergossen, und noch, als er in viel späterer Zeit unter dem Ernste seines Berufs in dieselben Gegenden zurückkehrte, däuchte es ihm, als ob ein Sonnenstrahl aus jener goldenen Zeit an den Plätzen seines damaligen Glückes hangen geblieben wäre. Hie und da finden wir unter Leitung der später geschriebenen Briefe die Spur der Reisenden, so in Schönbrunn das heimliche Gärtchen mit den himmelhohen Taxushecken und den weißen Marmorstatuen in den grünen Büschen, wo sie bei Mondenschein hineingeriethen; aber wir hüten uns näher zu treten, denn es ist verbotener Grund, so verboten, daß die Jägerschildwache, die schon damals dort stand, sogar das Hineinsehen verbietet. Von Wien ging es über Tirol und die Schweiz in das Land, wo „die Myrthe still und hoch der Lorber steht.“

In Venedig erfuhr Bismarck die gleichzeitige Anwesenheit König Friedrich Wilhelm's IV. Er war auf diese Begegnung so wenig vorbereitet, daß er sich die nöthigen Kleider zu einer hoffähigen Toilette erst borgen mußte, was bei seinem stattlichen Wuchs nicht ohne Schwierigkeiten abging. Bald nach seiner Aufwartung erhielt Bismarck eine Einladung zur königlichen Tafel.

Der König unterhielt sich längere Zeit eingehend mit ihm. Die Verhandlungen des Vereinigten Landtags bildeten den Ausgangspunkt der Unterredung, welche sich bald über ein weiteres politisches Gebiet verbreitete. Dieselbe Frage, welche in Deutschland die Gemüther in immer lebhaftere Bewegung setzte, wurde hier in Venedig von Friedrich Wilhelm IV. mit Bismarck besprochen.

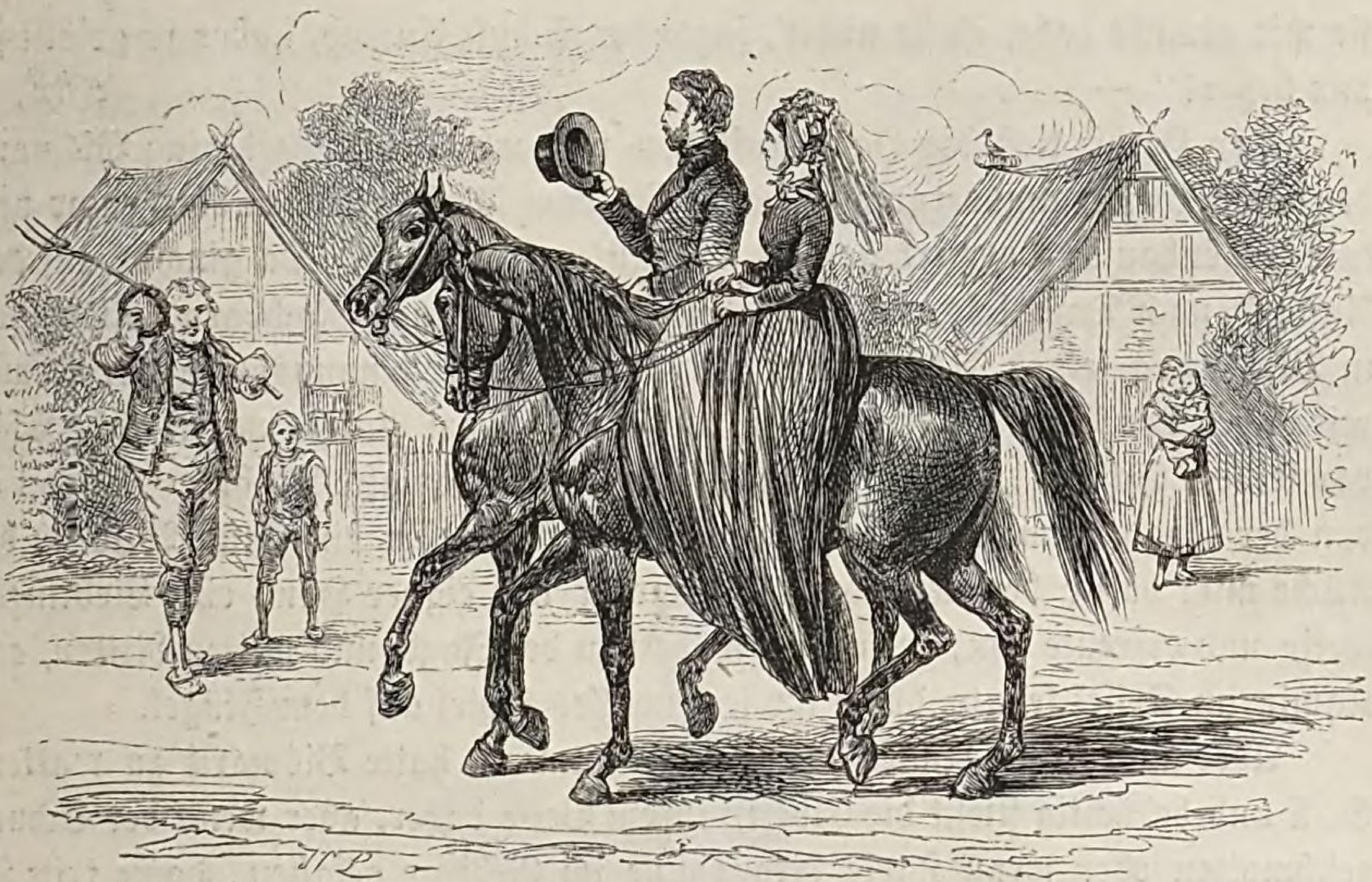


Bismarck bei König Friedrich Wilhelm IV. in Venedig 1847.

Mit Aufmerksamkeit hörte der mächtige, geistvolle König die Ansichten, welche der schlichte junge Landedelmann von altmärkischem Holze über die zukünftige Gestaltung Deutschlands und die Aufgaben Preußens in der nächsten Zeit darlegte. Das Wohlgefallen des Königs, welches Bismarck durch seine Haltung auf dem Vereinigten Landtage schon erregt hatte, wurde durch diese Begegnung noch gesteigert, und Friedrich Wilhelm IV. bewahrte ein treues Gedächtniß den Männern, deren Gesinnung er geprüft und denen er einmal sein Wohlwollen zugewandt hatte.

Herbst war es, als das Bismarck'sche Paar von den lachenden Gärten und Orangenwäldern Italiens in seine stille altmärkische Heimat zurückkehrte. Die Felder waren kahl, ernst und reizlos lag die Landschaft vor den heimkehrenden Reisenden, und doch erfreute sie der Anblick der grünen Heide, doch umfing sie der Wald so traulich mit seinem wehenden Gruße von Tannenreis und Harzduft. Es war spät Abends, als der Bismarck'sche Kutschwagen sich Schönhausen näherte; im Dorfe wußte und sollte fast Niemand von der bevorstehenden Ankunft der jungen Herrschaft Etwas wissen. Dennoch lag ein heller Lichtschein über dem Schönhauser Schlosse, als ob dort Christnacht gefeiert würde und lichtschimmernde Tannenbäumchen durch die Fenster blinkten. Die gute Frau Inspektor Bellin, der aus nahe liegenden Gründen die Ankunft der Herrschaft angezeigt war, hatte es nicht unterlassen können, das ganze Herrenhaus mit allen Fenstern in solches Lichtgefunkel zu setzen, daß man in den Nachbardörfern glaubte, es sei Feuer ausgebrochen, und mit Spritzen zum Löschen herbeieilte. Vor dem Eingange standen der Verwalter und die Hausdiener in ihren einfachen Röcken und zogen ehrerbietig die Mützen ab, als der Wagen anhielt und das junge Paar ausstieg. Es war kein feierlicher Empfang, aber auf den ehrlichen Gesichtern war ein so treuherziges „Willkommen!" zu lesen, daß die junge Herrin wohl fühlen mußte, hier wäre sie daheim. Bismarck aber empfand den Segen, der mit einer treuen, lieben Gattin in sein Haus einzog.





Spazierritt in Schönhausen.

Siebentes Kapitel.

Daheim.

Mein Haus ist meine Burg.
Englisches Sprüchwort.

Die Hochflut naht mit Sturmgebraus, —
Bewacht die Wälle, schirmt das Haus!
Entwurzelt schwimmen Strauch und Stamm,
Die Woge wühlt, es sinkt der Damm —
Deichhauptmann, zu Hülfe!



Wenn der Wald sich entlaubt, die Felder veröden, dann wohnt sich's gar traulich unter sicherem Dache, wo die wärmende Kienflamme im Kamin knistert und der Theekessel auf dem Herde brummt. Das empfand das junge Paar in Schönhausen, wo Frau von Bismarck ihrem Gemahl die Häuslichkeit so angenehm als möglich einrichtete. So behaglich anmuthend hatte es seit lange nicht innerhalb der Wände des alten Herrenhauses ausgesehen wie jetzt. „Es ist wieder eine Herrin da!" das fühlte das ganze Hauspersonal, ja bald das ganze Dorf; das fühlte besonders auch mancher Arme, der wieder Trost und Frieden an seinem Herde einkehren sah; er ahnte nur, durch wessen Hand. Wenn aber Bismarck mit seiner jungen Gemahlin zu den ersten Besuchen in der Nachbarschaft ausfuhr oder wenn er an ihrer Seite durch die breite Dorfstraße ritt, dann standen die wackern Schönhauser ehrerbietig grüßend am Wege, blickten ihnen auch wol etwas neugierig nach. Die wohlwollende Herzensgüte, die aus den dunkeln Augen der jungen Frau sprach, machte ihr die Herzen unwillkürlich geneigt. „So schön, wie ich

sie mir gedacht habe, ist sie nicht", sagte der Schulz Cunow, „aber so gefällt sie mir besser!" —

Der Herbst ließ die Jagd aufgehen und mit Leidenschaft ging Bismarck den alten Weidmannsvergnügen nach. In dem Forste zwischen Rathenow und dem Schönhauser Vorwerk gab es noch guten Wildstand. Da ging er auf den Anstand nach Damhirschen und Rehen, oft mit einigen Nachbarn, öfter blos in Begleitung seines Försters Mahnke, und das Weidmannsglück war immer mit ihm. Der Weih' in den Lüften und das Reh im Busche waren nicht sicher vor seinem Schuß; „er hält hin und trifft", sagte der alte Mahnke. So oft er von der Jagd heimkehrte, brachte er seiner Gemahlin ein Stück Wild in die Küche mit; dafür bereitete ihm diese wieder mit eigner Hand eine Lieblingsspeise und erfreute ihn, wenn er, müde von der Jagd und weiten Ritten, am Kamin im Sessel lehnte, durch ihr seelenvolles Spiel auf dem Flügel.

Aber auch seines Amtes als Deichhauptmann hatte Bismarck zu warten. Still und bedächtig fließt die Elbe in ihrem Bette daher, aber wenn der Schnee geschmolzen oder wenn starke Regengüsse im Gebirge gefallen, dann tritt sie plötzlich als reißender Strom über die Ufer, entwurzelt die mächtigsten Bäume und unterwühlt die ältesten Mauern. Da gilt es, bei Zeiten auf der Hut zu sein, die Dämme und Deiche zu bewachen, die Risse wieder mit Erde zu füllen oder an gefährdeten Stellen die Felder durch Nothdeiche zu schirmen. Oft ritt der Deichhauptmann in Regenmantel und Sturmkappe meilenweit hinaus auf Deichschau und prüfte nach Wind und Wetter, ob Gefahr im Anzuge sei. Zuweilen auch ging er, leicht gekleidet, um die Dämme in unmittelbarer Nähe der Schönhauser Feldmark zu besichtigen und die Säumigen, die ihre Deichstrecke nicht in Ordnung hielten, zur Verantwortung zu ziehen. Da sah er einmal zwei Bauern aus dem Dorfe an einer Stelle zwischen Damm und Ufer, wo die Elbe sich bei Regengüssen eine Mulde gewühlt hatte, ihre Angeln hinabtauchen, um die unvorsichtigen Fischchen, die sich dorthin verirrt, für den heimischen Kochtopf zu fangen. Bismarck war durch das übergetretene Wasser verhindert, weiter zu gehen, aber alsbald erbot sich einer von den beiden angelnden Bauern, ihn auf dem Rücken hinüberzutragen. „Aber ich wiege 182 Pfund, lieber Pietsch!" wandte Bismarck ein. „Schadet nichts, Herr", versetzte der ehrliche Altmärker, „Ihnen tragen wir Alle mit Freuden." Dafür half auch Bismarck wieder den Bauern ihr Sorgenpäckchen tragen, stand ihnen mit Rath und That bei, und sein Rath war immer der bündigste, seine Hülfe die schnellste, weil er stets den nächsten Weg zum Ziele wählte. Als einmal in Fischbeck, eine Viertelstunde von Schönhausen, im Hause des Bauers Schernebeck Feuer ausgebrochen war und die Flammen den Eingang zum Wohnzimmer versperrten, wo es noch Vieles zu retten gab, sprang Bismarck, der soeben angekommen war, vom Pferde und sprengte mit einem wuchtigen Fußtritt das niedrig gelegene Fensterkreuz von außen, um auf diese Weise einen Eingang zu öffnen.

Wie zufrieden und glücklich auch Bismarck in seiner Häuslichkeit war, eine Sorge legte sich immer schwerer auf sein Herz, sie begleitete ihn daheim wie auf seinen einsamen Ritten und auf der Jagd. Wer mochte sich noch verhehlen, daß im lieben deutschen Vaterlande seltsame Dinge sich vorbereiteten! Düstere Wolken standen unheildrohend am Horizont, und wer war dessen sicher, ob alle Dämme und Deiche noch fest genug wären, um Widerstand zu leisten, wenn die Wetter sich entluden und die Sturmflut ins Land drang! — Jedes Zeitungsblatt brachte Nachrichten von bedenklichen Anträgen in den süddeutschen Kammern, von stürmischen Volksversammlungen, von Unruhen in den größeren Städten.



Der Deichhauptmann von Schönhausen.

Es war Zeit, daß Preußens König Stellung nahm zu der Bewegung, welche die Geister in Deutschland ergriffen hatte. Schon im Herbst 1847 hatte der König den General von Radowitz mit weitgehenden Anträgen auf Verbesserung der alten Bundesreform an den Wiener Hof entsandt, aber Oesterreich zögerte und zögerte, und als es endlich seine Zustimmung zu einem für den Februar 1848 nach Potsdam zu berufenden Fürstenkongresse gab, da hieß es bereits in der Presse, jetzt sei nicht mehr Zeit zu Kongressen der Fürsten und Diplomaten, sondern das Volk wolle seine Angelegenheiten nun selbst in die Hand nehmen. Da kamen (im Februar 1848) die aufregenden Zeitungen aus Frankreich; der Thron des Bürgerkönigs Ludwig Philipp war auf dem Bastillenplatz zertrümmert, die Republik verkündigt worden. Immer höher

gingen die Sturmwellen auch in Deutschland. In stürmischen Bittschriften forderte das Volk von den Regierungen die Gewährung freisinniger Einrichtungen. Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Versammlungsrecht, Schwurgerichte, das waren die Hauptgegenstände der Petitionen, welche von der aufgeregten Menge meistens unter Drohungen und Gewaltakten in die Paläste getragen wurden. Die Revolution nahm ihren siegreichen Zug durch Deutschland von einer Hauptstadt zur anderen, immer mächtiger, je geringer der Widerstand, welchen die kleinen Staatsgewalten ihr entgegenzusetzen wagten. Bei dem ersten Anlauf der Volksbewegung in Wien (13. März) brach der Metternich'sche Polizeistaat zusammen, die ganze sittliche Hohlheit des Systems noch in seinem Sturze offenbarend. Ein gesetzloser Zustand mit Straßenscenen und Barrikadenkämpfen in der Hauptstadt nahm damit seinen Anfang, während die fremden Nationalitäten in den Kronländern die österreichische Herrschaft abzuschütteln und sich von dem Kaiserstaat loszusagen drohten. Mit Spannung blickte man auf Berlin, wo jetzt die Hauptelemente der Bewegung zusammenströmten.

In den sonst so friedlichen Kreisen der altmärkischen Grundherren hörte man von nichts als von Politik sprechen; die Nachbarn besuchten einander und theilten sich die neuesten Zeitungen mit; Bismarck ritt, von innerer Unruhe getrieben, von dem Einen zum Anderen. Wie wenig man sich auch die Gefahren verhehlte, von denen die Krone und der Staat bedroht waren, noch bauten Alle auf zwei feste Säulen, auf die Treue des Volkes und auf die Weisheit des Königs. Aber es sollte anders kommen.

Inzwischen trafen in Berlin Deputationen aus allen Landestheilen ein und legten ihre Bittschriften vor dem Königsthrone nieder, hinter ihnen aber erhob die Revolution drohend ihre schwieligen Fäuste. Lange zögerte Friedrich Wilhelm, dem stürmischen Andringen des Volkes zu gewähren, was er kurz vorher dem Vereinigten Landtag im Vollgefühl seiner königlichen Macht verweigert hatte. Als er sich endlich dazu entschloß, da war es zu spät, um noch aus freier königlicher Machtvollkommenheit die erwarteten Zugeständnisse dem Volke als Geschenk darzubringen. Ein unseliges Mißverständniß genügte, um das Bild einer freudig bewegten, dankbaren Bevölkerung, welches Berlin um die Mittagsstunde des 18. März nach Verkündigung der königlichen Gewährung bot, in das eines grauenvollen Barrikadenkampfes zu verwandeln, der erst am folgenden Tage damit sein Ende erreichte, daß die siegreichen Truppen auf Befehl des Königs die Hauptstadt verließen und der Revolution das Feld räumten. Als der König einige Tage darauf (21. März) unter Vorantragung des Reichsbanners hoch zu Roß in den Straßen der Hauptstadt aus eigenem Munde verkündete, daß er sich an die Spitze der Bewegung stelle, und alle guten Deutschen aufforderte, sich um ihn zu scharen, um die deutsche Einheit und Freiheit durch deutsche Treue zu schirmen, da war er nicht mehr

der starke Held, zu dem das Volk in der Stunde der Gefahr bewundernd aufblicken konnte. Das alte Vertrauen war gewichen, andere Geister waren entfesselt und der Schatten der Märznacht stand zwischen dem Könige und seinem Volke.

Als die Nachricht von den Berliner Straßenkämpfen, von den Auftritten bei der Beerdigung der gefallenen Volkskämpfer, dem Aufzuge der in Freiheit gesetzten Polen nach dem königlichen Schlosse und dem Umritte des Königs in der Hauptstadt in die Provinzen kam, da durchzuckte ein tiefer Schmerz die treuen Herzen der Altmark, da glaubten die alten, ehrenfesten Königstreuen den Augenblick gekommen, um mit ihren Schilden den ehernen Ring um das preußische Königthum, das Palladium des alten Preußen, zu schließen, aber die Krone selbst verschmähte damals ihren Beistand.

Für den 2. April wurde der Vereinigte Landtag nach Berlin berufen, um mit der Regierung die nächsten weiteren Schritte zu berathen und das Wahlgesetz für die demnächst zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung nach Berlin zu berufende Nationalversammlung zu prüfen. Dadurch wurde auch Bismarck wieder nach Berlin geführt. Schon das veränderte Aussehen der Hauptstadt, das Treiben in den Straßen, das Gebahren der sogenannten Volkshelden machten einen widerwärtigen Eindruck auf ihn. Die sonst so nüchterne Bevölkerung schien von einem wahren Taumel befallen. Mächtige schwarzrothgoldene Fahnen schatteten aus den Fenstern der Häuser und von den Dächern der öffentlichen Gebäude herab; über dem Eingang zum Palaste des in der Ferne weilenden ersten königlichen Prinzen las man mit mächtigen Buchstaben die Inschrift „Nationaleigenthum", durch welche das Gebäude in der Märznacht vor der Zerstörung durch die Volkswuth geschützt werden mußte; riesengroße Anschläge bedeckten die Straßenecken, die meisten anfangend mit den Worten: „Das Vaterland ist in Gefahr!" oder „Mitbürger, man will uns verrathen!" Der bescheidene bürgerliche Rock war eine seltene Tracht geworden, statt dessen sah man die Gestalten in der Bluse und im Kalabreserhut mit rother Hahnenfeder säbelrasselnd auf den Trottoirs einherschreiten. Wo sonst die Berliner Wachparade mit klingendem Spiel in strenger militärischer Haltung aufzog, da schlenderte jetzt die neugebildete Bürgerwehr rauchend, plaudernd, scherzend die Straße entlang. Wo ein Haufen Müßiggänger zusammenlief, da schlugen Volksredner auf Bänken und Schänktischen die fliegenden Tribünen auf und belehrten das Volk über seine Errungenschaften und Freiheiten; sie waren des Beifalls der Masse sicher, wenn ihre Reden nur mit den üblichen Ausfällen gegen die Tyrannei der Fürsten, das rohe Militär und die adligen Junker gewürzt waren.

Mit Schmerz und Unwillen wandte sich Bismarck von diesem widerwärtigen Treiben ab; war dies das neue Deutschland, in dem Preußen aufgehen sollte, dann wollte er lieber auf die Einigung Deutschlands verzichten, um das

alte Preußen, wie es unter den Vätern war, zu erhalten. In seinem Blute wallte die alte Mannentreue seiner Vorfahren; was auch die Zukunft bringen möge, hell und leuchtend stand vor seiner Seele die Losung: „Mit Gott für König und Vaterland!“

Auch im Weißen Saale des Königsschlosses, unter den einst so gefeierten Rednern der Liberalen im Vereinigten Landtage, herrschte bereits die blasse Furcht vor der Revolution. Der Landtag beschloß in seiner ersten Sitzung eine Adresse, um dem Könige für die freien Gewährungen zu danken und der Regierung mit dem Ministerium Camphausen sein Vertrauen auszusprechen. Mit festem Schritt betrat Bismarck die Tribüne, in seinen Mienen las man den tiefen Schmerz, der sein Innerstes durchzuckte. Nur mit Mühe gelang es ihm zu Worte zu kommen, weil schon sein bloßes Erscheinen an dieser Stelle den Unwillen der Versammlung erregte.

„Was mich veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen“, sagte er, „sind die Aeußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist; die Vergangenheit ist begraben, und ich bedauere es schmerzlicher, als Viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im Stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptire, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrthümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur einen gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich.“

Es war noch Einer, der den ganzen großen Schmerz und das schwere Unglück des Landes in innerster Seele mitempfand — Einer, dessen Rath aber in diesen gefahrvollen Stunden am Throne nicht gehört werden konnte, denn er hatte damals auf Befehl des Königs die Gastfreundschaft eines fremden Hofes und einer fremden Nation in Anspruch genommen, um den Verdächtigungen und Angriffen im eigenen Volke zu entgehen, und wohnte ungefähr zu derselben Stunde, als Bismarck jene Worte im Weißen Saale des königlichen Schlosses sprach, dem Gottesdienst in der Savoykirche zu London bei. In einem Gesangbuche, welches einer der Besuchenden im Schlosse zu Babelsberg auf dem Schreibtische des nunmehrigen Deutschen Kaisers liegen sah, fand er bei dem Liede Nr. 399 den dritten Vers angestrichen, daneben von ihm eigenhändig die Worte:

„Bei meinem ersten Besuche des Gottesdienstes in der Savoykirche zu London am 2. April 1848 gesungen.“

Der betreffende Vers lautet:

„Da siehst du, Gottes Herz,
Das kann dir nichts versagen;
Sein Mund, sein theu'res Wort
Vertreibt ja alles Zagen.
Was dir unmöglich dünkt,
Kann seine Vaterhand
Noch geben, die von dir
Schon vieles Leid gewandt."

Die Thätigkeit des Vereinigten Landtags war eine kurze und hastige. Nachdem er durch ein Wahlgesetz auf den breitesten Grundlagen, nämlich allgemeine und direkte Wahlen, der Nationalversammlung die Wege gebahnt hatte, trat er für immer vom Schauplatz zurück. Bismarck nannte in einer späteren Rede diese Sitzung des zweiten Vereinigten Landtags „das Jena des preußischen Adels."

Der Weg, welchen der preußische Staat unter dem Vorherrschen der revolutionären Strömung nehmen mußte, war vorgezeichnet. Im raschen Wechsel folgten einander die Ministerien, je nach den Schwankungen der Volksgunst. Auf die Camphausen und Auerswald folgten die Hansemann, Milde, Rodbertus, sämmtlich wohlgesinnte, ehrenwerthe Männer, aber ohne Entschlossenheit und Thatkraft und unfähig, das Staatsschiff durch die Brandung in den sichern Hafen zu führen; dann kam ein vorzugsweise aus Beamtenkreisen gebildetes Ministerium unter Vorsitz des General von Pfuel, welches durch Nachgiebigkeit und Zugeständnisse die früheren noch überbot. Immer noch suchten die Liberalen mit streichelnden Sammthänden den wilden Knaben, das Volk, zu besänftigen, während dieser ihnen trutzig die geballte Faust vor das Antlitz hielt. In der Nationalversammlung war der Standpunkt der freisinnigen Vaterlandsfreunde bereits überholt durch die vorgeschrittene Demokratie und die Straßenscenen bildeten die Illustrationen zu ihren Berathungen. In der Versammlung wurde beantragt, anzuerkennen, daß die Volkskämpfer der Märznacht sich um das Vaterland verdient gemacht hätten; dort wurde der Bruch mit den altpreußischen Ueberlieferungen immer mehr zur Thatsache, und draußen plünderten die aufrührerischen Volkshaufen das Zeughaus und vergriffen sich an den Trophäen aus alten Siegestagen, hier wurde die Gleichberechtigung aller Stände, die Aufhebung des Adels, der Orden und Titel sowie die Streichung der Worte „von Gottes Gnaden" im königlichen Titel beschlossen und der Antrag gestellt, daß die Regierung zum Schutze der gefährdeten Volksfreiheit in Wien einschreiten solle, und draußen belagerte der Pöbel den Sitzungssaal; unheimliche Gestalten lauerten mit Messern und Stricken vor dem Eingange, schwangen rothe Fackeln und drohten, das Haus in Brand zu stecken, wenn die Abgeordneten nicht so stimmten, wie sie forderten.

In dieser schweren Zeit erkannte Bismarck es für seine wichtigste Aufgabe, alle Wohlgesinnten in den ihm erreichbaren Kreisen zur Rettung des Königthums und des Staates aufzubieten und zu vereinigen. Er entwickelte dabei eine bewundernswerthe Rührigkeit sowol auf Reisen als daheim. Je mehr Andere verzagten, desto eifriger trieb er an; er suchte die Schwachen zu ermuthigen und das Vertrauen zur Thatkraft der Regierung wieder zu beleben. Es lag in seiner urkräftigen Ausdrucksweise, daß er auch von den revolutionären Erscheinungen der Zeit oft in gewaltigen Hyperbeln sprach, und der Zorn über die Pöbelscenen in der Hauptstadt entriß ihm den reckenhaften Ausspruch, „die großen Städte müßten sämmtlich vom Erdboden vertilgt werden, weil sie die Herde der Revolutionen seien", — ein Wort, welches von seinen Gegnern vielfach verbreitet und ausgebeutet wurde, um dem Volke zu zeigen, was es zu erwarten hätte, wenn die Junker einmal ans Ruder kämen, und durch welches er sich für längere Zeit den Beinamen des „Städtevertilgers" zuzog. So manche Kundgebung aus Pommern und den Marken wurde auf seine Anregung vor dem Throne niedergelegt, um dem Könige zu zeigen, daß die alte Treue in den preußischen Landen noch nicht erloschen sei, und daß man nur seinen Ruf erwarte, um sich von Neuem um das Banner des Königthums gegen seine Feinde zu scharen. Als der Prinz von Preußen nach seiner Rückkehr aus England als Statthalter der Provinz die alte Hauptstadt Pommerns besuchte, half Bismarck in Verbindung mit den pommerschen Ständen dem schwer gekränkten Prinzen dort einen so herzlichen Empfang bereiten, daß dieser in den ihm dargebrachten Beweisen der Treue und Anhänglichkeit Trost für die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Zeit fand.

Frau von Bismarck war in diesen trüben Tagen viel allein in Schönhausen oder mit ihrer aus Pommern zum Besuch gekommenen Mutter, Frau von Puttkammer, zusammen. Beide Frauen nahmen an den Zeitereignissen und an Bismarck's Bestrebungen den lebhaftesten Antheil. Mit bekümmerten Herzen lasen sie in der täglich aus Berlin ankommenden „Kreuzzeitung", die unter Bismarck's Mitwirkung ins Leben gerufen und damals das einzige Organ der Konservativen war, die Neuigkeiten aus der Hauptstadt, aber sie waren von dem zuversichtlichen Glauben erfüllt, daß mit Gottes Hülfe bessere Zeiten für Preußen wiederkehren würden. Es muß gewiß ein rührender Anblick gewesen sein, wenn die beiden Frauen Abends an dem runden Tische im Wohnzimmer bei einer Andacht zusammensaßen und Frau Bellin, die zufällig eingetreten war, um in Wirthschaftsangelegenheiten Etwas zu fragen, in frommer Scheu mit gefalteten Händen an der Thüre stehen blieb; aber Frau von Bismarck hielt sogleich im Lesen inne und forderte sie auf, näher zu treten und am Tische Platz zu nehmen, denn zum Beten wären ihrer nie zu viele. Wie glücklich aber war die junge Frau, wenn ihr Gemahl von seinen Reisen zurückkehrte, wenn sie ihn mit forschendem Antlitz nach den Neuigkeiten aus der lieben pommerschen

Heimat fragte und er mit fester Stimme antwortete: „Gott sei Dank, es wird besser im Lande! Die Königstreuen in Pommern fangen an sich zu regen und zu rüsten; wir werden bald eine starke Partei bilden; Gott stärke nur unsern König und Herrn!“ —

Auch in der eigenen Heimat galt es ein wachsames Auge zu haben. Eine Partei des Umsturzes, die auch in der Berliner Nationalversammlung vertreten war, versuchte Mißtrauen zwischen den Grundbesitzern und den Ackerbauern zu säen und das Landvolk in die revolutionäre Bewegung hineinzuziehen.



Exerziren der Schönhausener Bürgerwehr.

Die lockenden Verheißungen der sogenannten Volksbeglücker fanden auch bei der Menge hie und da leichten Glauben. In Schönhausen blieb das Verhältniß zwischen dem Gutsherrn und den Dorfbewohnern ungetrübt. Um eine schwarzrothgoldene Fahne zu sehen mußte man schon einen weiten Weg in der Umgegend nicht scheuen. Nur einmal, bei der Rückkehr der Truppen aus Schleswig-Holstein, hatte sich an einer Ehrenpforte zwischen die vielen preußischen auch eine schwarzrothgoldene Fahne hineingestohlen, aber noch ehe die Trommeln der heimkehrenden Soldaten in der Nähe des Dorfes ertönten, war sie schon wieder verschwunden. Eine Bürgerwehr nach dem Muster der großen Städte gab es in Schönhausen auch. Die drei Dörfer Schönhausen, Fischbeck

und Cabelitz stellten zusammen eine Heerschar von 200 Mann zu Fuß und 60—70 zu Pferde, die auf dem Platze bei den Sandbergen von Schönhausen unter Bismarck's Leitung ihre gemeinschaftlichen Uebungen hatten. Dabei ging es ganz munter her; wenn die Bürgerwehr von Cabelitz auf dem Platz erschien, wurde sie von den Kontingenten der beiden anderen Dörfer gewöhnlich mit ihrem alten Spruch empfangen: „Das sind die Herren von Cabelitz, sie haben viel und geben nix!" — Bunt genug sah es freilich aus, wenn das kleine Corps unter Trommelschlag und Hörnerschall zu den Uebungen ausrückte; die alten, verrosteten Flinten waren aus allen Winkeln zusammengesucht und hatten seit der Zeit der Befreiungskriege, da Bismarck's Vater den Landsturm in der Altmark bewaffnete, keine Dienste mehr geleistet, und in der berittenen Bürgerwehr, wo die friedlichen Ackerpferde jetzt zu kriegerischen Leistungen herangezogen wurden, ritt der Eine auf einem ausrangirten Kavalleriesattel, der Andere auf der Decke ohne Steigbügel, der Dritte auch wol auf dem nackten Pferde; da wurde auch in der ersten Zeit eben so viel unter den Pferden als auf den Pferden exerzirt. Bismarck hielt auf seinem großen Goldfuchs auf der Mitte des Platzes und tummelte in der Erinnerung an seine alte Dienstzeit bei den Schützen und den Ulanen lustig sein kleines Völkchen in Waffen. Wie die Schönhauser Bürgerwehr ihren Beruf zur Vertheidigung der Volksfreiheit auffaßte, das drückte der Ackerbürger Schilling aus, als er in einer Pause während des Exerzirens aus der Front vorritt und den Befehlshaber salutirend anredete: „Herr Deichhauptmann, nu führen Sie uns man druf, wir wollen mal ein Ende machen mit dem Berliner Schwindel!" —

In Berlin trat allmählich der erwartete Umschwung ein. Schon die Antworten, welche Friedrich Wilhelm IV. an seinem Geburtstage (15. Oktober 1848) den verschiedenen Abordnungen der Hauptstadt auf ihre Glückwünsche ertheilte, ließen den tiefen Unmuth erkennen, welchen die letzten Vorgänge in seinem Herzen erregt hatten. Die Deputation der Bürgerwehr erinnerte er daran, daß er es gewesen, der ihr die Waffen in die Hände gegeben, und den Abgesandten der Nationalversammlung rief er warnend zu: „Vergessen Sie nicht, daß es noch angestammte Obrigkeiten von Gottes Gnaden giebt, und danken Sie Gott, daß Sie eine solche haben." — Den Worten sollten bald Thatsachen folgen. Als das Ministerium Pfuel sich den Forderungen der Nationalversammlung immer nachgiebiger zeigte, wurde dasselbe zum Rücktritt veranlaßt und dem General Grafen Brandenburg, einem nahen Verwandten des königlichen Hauses, die Bildung eines neuen Ministeriums übertragen, dessen bedeutendstes Mitglied der Minister des Innern Freiherr von Manteuffel wurde. Gleichzeitig wurde die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg verfügt, um sie dem Einflusse des Berliner Volkstreibens zu entziehen. Nur eine geringe Anzahl von Mitgliedern fügte sich der Anordnung, die Mehrzahl setzte im Widerspruch mit dem königlichen Willen ihre

Berathungen fort, wurde aus verschiedenen Lokalen durch Einschreiten des Militärs vertrieben und vermaß sich endlich zu dem Versuche, mit dem Beschluß der Steuerverweigerung die Brandfackel in das Land zu schleudern. Die Nationalversammlung hatte aber längst den Boden im Volke verloren; der Beschluß der Steuerverweigerung wurde im Lande gleichgiltig aufgenommen und hatte keine Folgen. In Berlin rückte Wrangel mit den aus Schleswig zurückgekehrten Garden ein; die Erklärung des Belagerungszustandes und die Entwaffnung der Bürgerwehr machte den Straßenscenen ein Ende. Da sich in Brandenburg eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten nicht zusammenfand, so wurde die Nationalversammlung aufgelöst und von der Regierung selbst eine Verfassung verkündigt, welche einer neu zu wählenden Volksvertretung von zwei Kammern zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden sollte. Die Verfassung lehnte sich in allen Hauptpunkten an den in der Nationalversammlung vorberathenen Entwurf an und hatte auch die wichtigsten Bestimmungen des deutschen Volksparlaments zu Frankfurt a. M. über die Grundrechte mit aufgenommen. Die Verheißungen der Krone waren damit, so weit dies im Augenblicke überhaupt möglich war, im vollsten Umfange erfüllt und die Erwartungen der freisinnigsten Vaterlandsfreunde noch übertroffen worden. Im Lande herrschte Freude, daß der Strom der Bewegung in die Bahn einer friedlichen Entwickelung hinübergeleitet sei; man hoffte alles Weitere auf dem Wege der friedlichen Verständigung mit der Regierung zu erreichen. Nur die vorgeschrittene Demokratie war erbittert, daß die Krone ihr das Heft aus den Händen genommen, und setzte alle Mittel in Bewegung, um bei den bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer das verlorene Feld wieder zu gewinnen. Durch die Einführung der Wahlen mittels Wahlmänner anstatt der früheren Urwahlen war zwar der unmittelbare Einfluß der Demokratie auf die Massen gebrochen; dennoch war die demokratische Partei damals noch die einzige, welche geschlossen im Felde stand, während die anderen theils, wie die Liberalen, bei Seite geschoben, theils, wie die Konservativen, noch in der Bildung begriffen waren. Von allen Seiten rüstete man sich zu ernsten Wahlkämpfen.

Bismarck glaubte der Regierung jetzt am meisten nützen zu können, wenn es ihm gelang, als Abgeordneter in die Zweite Kammer gewählt zu werden. Die meisten Aussichten für eine Wahl boten sich ihm in dem Wahlbezirke des West-Havellandes (Zauche-Belzig-Brandenburg), wo er durch den Rittergutsbesitzer von Stechow auf Kotzen bei Rathenow empfohlen war. Bismarck erschien selbst in verschiedenen Wahlversammlungen, um seine Ansichten darzulegen.

Eine solche Versammlung von zweiunddreißig Wahlmännern fand zu Rathenow in dem Gewächshause des Bölke'schen Gartens vor dem Thore statt. Dort unter den heimischen und tropischen Pflanzen, welche die Wände des Gartenhauses schmückten, saßen die Rathenower Wahlmänner an dem langen, mit einigen Oellampen besetzten Tische und pflogen Rath, wem sie ihre Stimmen

bei der bevorstehenden Abgeordnetenwahl in Brandenburg geben sollten, ob „Pochhammer“ oder „Bismarck“ ihre Losung in dem Wahlkampfe heißen sollte. Bismarck selbst hatte mitten unter ihnen an der langen Seite des Tisches Platz genommen und erhob sich auf die an ihn gerichtete Aufforderung, um die Gesichtspunkte, unter denen er die Aufgabe des Abgeordneten betrachtete, darzulegen. Er sprach nicht ganz fließend, sondern setzte öfters an, als suche er nach dem treffendsten Ausdruck für die ihn bewegenden Gedanken, aber man fühlte, daß er aus seiner innersten Ueberzeugung sprach. Seine Rede war frei von allen blumenreichen Wendungen und allein auf den Eindruck berechnet, welchen die Wahrheit auf jeden unbefangenen Hörer macht.

Wer während Bismarck's Rede seine Aufmerksamkeit auf das Glasfenster in einer Seitenthüre des Gartenhauses gerichtet hätte, der würde bemerkt haben, wie ein kleiner Vorhang dort vor- und zurückgeschoben wurde und zwei neugierige Gesichter aus dem Nebenzimmer guckten. Es war das ehrliche Gesicht des Wirthes und Gärtners Karl Bölke und das eines gewissen Heidepriem aus Schollehne. Letzterer war im Genthiner Bezirk Wahlmann und hatte hier eigentlich nichts zu schaffen, er handelte mit Holz und Stroh und verstand sich gut auf das Geschäft; jetzt reiste er in der höheren Politik und sein geröthetes Gesicht leuchtete zwischen den Zweigen der hohen Topfgewächse hindurch wie der Vollmond zwischen Blütensträuchern.

„Wat, Bölke!“ redete er seinen Nachbarn am Glasfenster an, „den Bismarck wollt Ihr wählen? Der steckt ja so tief in Schulden, ich sage Ihnen, er kann kaum jappen!“

„Lassen S' gut sind, Heidepriem“, sagte Bölke, „der Mann ist nicht schlecht.“

„Bölke“, sagte Heidepriem, „Ihr laßt Euch von dem Junker den Kopp verkeilen; ich sage Ihnen, der will sich durch sein Schwadronniren man blos retten.“

„Schweigen S' still!“ sagte Bölke; „ich will hören, was er red't.“

— „Meine Herren“, sagte Bismarck, in seiner Rede fortfahrend, „Jeder, der es aufrichtig mit dem Vaterlande meint, der muß jetzt die Regierung auf dem von ihr eingeschlagenen Wege unterstützen, um die Revolution, die uns Alle bedroht, zu bekämpfen. Sie würden vielleicht besser thun, wenn Sie Einen aus Ihrer Mitte wählten, etwa einen von den Herren Fabrikanten oder Kaufleuten, der Ihre Verhältnisse kennt und das Interesse seiner Vaterstadt besser vertreten würde, als ich es vermag. Wenn Sie einen Solchen finden, der zugleich unabhängig und unparteiisch genug ist, um die Sache des Landes über jedes andere Interesse zu stellen, und dem seine Privatverhältnisse erlauben, ihr in diesem Augenblicke seine ganze Thätigkeit zu widmen, dann trete ich zurück.“ — —

„Glauben Sie's ihm nicht, Bölke!“ sagte Heidepriem; „es ist nicht sein Ernst, damit will er Ihnen blos fangen.“

„Schweigen S' still!" sagte Bölke; „ich will hören, was er red't."

„— Wenn Sie aber in der Kammer einen Vertreter wünschen", fuhr Bismarck fort, „der fest entschlossen ist, die Sache des Vaterlandes zu seiner eigenen zu machen, ihr mit redlichem Willen, vollem Herzen und ganzen Kräften zu dienen, und dessen nächstes Streben darauf gerichtet sein wird, die alten Bande des Vertrauens zwischen der Krone und dem Volke wieder fester zu knüpfen, damit Gesetz und Ordnung walten, der Wohlstand und das gemeinschaftliche Interesse aller friedlichen Bürger gefördert werden, dann richten Sie Ihr Auge auf mich. Das sind meine Ansichten; wenn Sie mit mir einverstanden sind, bitte ich um Ihre Stimme." —



Bismarck als Wahlkandidat.

„Haben Sie's nu gehört, was es vor 'n Feudaler ist?" sagte Heidepriem.

„Lassen S' gut sind", sagte Bölke, „der Pochhammer ist mir viel fataler."

„Ihr versteht Euch nicht auf die Politik, Bölke", sagte Heidepriem und wollte fortfahren, sie ihm klar zu machen, da öffnete sich plötzlich die Thüre und vor dem kleinen Strohhändler aus Schollehne stand die mächtige Gestalt des Deichhauptmanns von Schönhausen. Bismarck war, nachdem er geendet hatte, auf dem nächsten Wege, — d. h. über den Tisch fortsteigend, weil der schmale Seitengang durch Blumen und Wahlmänner gesperrt war, — auf die Thüre zugeschritten, um aus dem Nebenzimmer Hut und Ueberrock zu holen, und stand

beim Anblick des ihm wohlbekannten Händlers ebenso verwundert wie die beiden Andern über das plötzliche Dazwischentreten Bismarck's.

„Potz Wetter, Heidepriem, wo kommt Ihr her? seid Ihr etwa auch Wahlmann?“ fragte Bismarck.

„Ja, warum soll ich denn nicht, (Herr von) Bismarck? Ich bin Wahlmann im Genthiner Bezirk“, erwiederte Jener; dabei verschluckte er das „Herr von“ zur Hälfte, so daß nur Bismarck es hören konnte, Völke nicht.

„Nun, wen werdet Ihr dort wählen?“

„Ja, det will ich Ihnen genau seggen, kenen Bismarck wählen wir nicht; denn wenn ich von Bismarcken höre, denn gruselt mir die Hut.“

„Heidepriem, Ihr seid nicht klug!“ —

„Ja, wer weiß, wer von uns Beide der Klügste ist, (Herr von) Bismarck!“

„Freilich, das soll sich noch zeigen“, lachte Bismarck; — „was kostet der Centner Stroh bei Euch, Heidepriem?“ Er hörte aber nicht mehr die Antwort, denn Völke hatte mittlerweile Bismarck's gelben Ueberzieher vom Wandnagel gelangt und war beim Anziehen behülflich gewesen. Mit verbindlichem Gruße empfahl sich Bismark den Wahlmännern und bestieg seinen draußen haltenden Kutschwagen zur Rückfahrt nach Schönhausen.

„Das ist unser Mann“, sagten die Rathenower, und Heidepriem konnte noch denselben Abend nach Genthin berichten, daß von den 32 Rathenower Wahlmännern 31 Stimmen für Bismarck, eine für Pochhammer wären.

Die Stimmen der 31 Rathenower fielen bei der in Brandenburg stattfindenden Abgeordnetenwahl schwer ins Gewicht. Mit geringer Majorität wurde Bismarck für den Wahlbezirk West-Havelland als Abgeordneter zur Zweiten Kammer gewählt, welche am 26. Februar 1849 zu Berlin eröffnet wurde.



Auf der Tribüne.

Achtes Kapitel.

Im Strom der Zeit.

Dumpf in dir, o Kaiserwiege!
Gährt der Keim der Bürgerkriege,
Tausend Zungen
Sind gedungen,
Tausend Speere sind geschwungen,
Fieberträumend liegst du da,
Schüttle dich, Germania!

Moritz Graf Strachwitz.

Die Zusammensetzung der neu gewählten beiden Kammern, welche am 26. Februar 1849 im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin eröffnet wurden, zeigte noch die Schwankungen der Volksstimmung nach der vorherrschenden Zeitströmung. Während in der Ersten Kammer infolge des eingeführten Wahlverfahrens hauptsächlich der ansässige Grundadel, die wohlhabenden Industriellen und die höhere Beamtenwelt vertreten waren, hatten an der Bildung der Zweiten alle Parteien Antheil, von den Schildträgern des alten Preußenthums, Graf Arnim-Boytzenburg, von Bodelschwingh, Graf Renard, von Kleist-Retzow und dem Abgeordneten für Brandenburg, von Bismarck-Schönhausen, bis zu den Steuerverweigerern auf der äußersten Linken, von Unruh, Waldeck, Temme, d'Ester, Jakobi u. s. w., die bei ihrem Eintritt in das Schloß von den Volkshaufen auf dem Platz mit Zurufen begrüßt wurden. Zur Zeit aber führte die ernste Lage des Vaterlandes Konservative und

Liberale noch auf eine Seite zusammen zur Bekämpfung der noch immer drohenden Revolution. Beide Parteien erklärten, die Verfassung vom 5. Dezember als rechtsgiltiges Grundgesetz anzuerkennen und an dem Grundsatze der konstitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern festzuhalten. Die demokratische Linke dagegen betrachtete mit Mißtrauen die verliehene Verfassung und bezeichnete dieselbe als ein Danaergeschenk, worauf Freiherr von Vincke mit schlagfertigem Witz erwiederte: „Fürchten Sie bei uns die Danaer, so sehen wir unter Ihnen die Trojaner." Die Zweite Kammer bot also das Bild zweier kampfgerüsteter Heerlager. Bismarck fand als Führer der Konservativen wieder oft Gelegenheit, seinen Ajaxmuth zu bewähren, und er that es in jener tapferen angreifenden Kampfesweise, durch die er oft den Zorn der Gegner herausforderte. Dabei war er bestrebt, den Kern der Streitfrage stets frei von jeder Umhüllung darzulegen und die Gegensätze in ihrer vollen Schärfe hervortreten zu lassen. Als die Abgeordneten der Linken sich auf den Willen und die Meinung des Volkes beriefen und den Grundsatz der Volkssouveränetät aussprachen, da schleuderte Bismarck ihnen die Worte entgegen: „Was ist das Volk? — Es ist kein Ausdruck der letzten Jahre mehr gemißbraucht worden als das Wort „Volk". Jeder hat das darunter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte, gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die er für seine Ansicht gewinnen konnte."

Einen stürmischen Ausbruch des Unwillens rief er hervor, als er bei der Verhandlung über den Antrag auf eine neue Amnestie die Barrikadenkämpfer der Märznacht „Rebellen" nannte und vor einer zu häufigen Wiederholung des Begnadigungsaktes warnte, so lange der Kampf selbst noch nicht ausgefochten sei, weil sie der Regierung als Schwäche ausgelegt würde und die Rechtsbegriffe im Volke verwirre. Dabei sagte er über die Kämpfe der Zeit: „Der Prinzipienstreit, der Europa in seinen Grundfesten erschüttert hat, läßt sich nicht vermitteln, die Prinzipien beruhen auf entgegengesetzten Grundlagen, die sich von Haus aus einander ausschließen: das eine zieht seine Rechtsquellen angeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Faustrecht der Barrikaden; das andere gründet sich auf eine von Gott gesetzte Obrigkeit, auf eine Obrigkeit von Gottes Gnaden, und sucht seine Entwickelung in der organischen Anknüpfung an den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand. Dem einen dieser Prinzipe sind Aufrührer jeder Art heldenmüthige Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht, dem anderen sind sie Rebellen. Ueber diese Prinzipien wird nicht durch parlamentarische Debatten entschieden; über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen."

Als bald darauf die demokratische Linke für die Aufhebung des Belagerungszustandes wirkte, der sie in der Ausführung ihrer Pläne hindern mochte, erinnerte Bismarck auf der Tribüne an die Kundgebungen, welche erst kürzlich

bei einem Banket zur Feier des 18. März stattgefunden, und bezeichnete ziemlich deutlich gewisse Abgeordnete, welche dabei die deutsche Marseillaise angestimmt: „Wir färben ächt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut!“ — Trotz der heftigen Erbitterung, welche diese rücksichtslosen Angriffe des „freiheitsfeindlichen Junkers“ unter seinen Gegnern hervorriefen, konnten diese doch nicht umhin, seine vornehme und überlegene Kampfweise anzuerkennen. Wo Bismarck mit ihnen auf neutralem Boden zusammentraf, beobachtete er stets die höflichsten geselligen Formen, und der Abgeordnete d'Ester, welcher sich durch jene Anspielung besonders getroffen fühlte, bot ihm einst im Foyer der Zweiten Kammer zum Dank für seine Höflichkeit einen Kartellvertrag an; wenn die Linke ans Ruder käme, so wolle sie Bismarck das Leben lassen, dagegen möge auch Bismarck Einen von der Linken bezeichnen, den er schonen würde, wenn er zur Herrschaft käme. Bismarck entgegnete: „Nein, höflich bis zur letzten Sprosse der Leiter, — aber gehenkt wird doch! Auf das Kartell kann ich mich übrigens nicht einlassen, weil es ungleich ist, denn es ist unwahrscheinlich, daß Ihre Partei jemals ans Ruder kommt. Sollte dies dennoch eintreten, so wird es so unerträglich auf der Welt zugehen, daß ich keinen Werth darauf legen werde, weiter zu leben.“ D'Ester gab ihm darauf die Versicherung, daß er wenigstens ein aufrichtiger Aristokrat sei und daß er nicht mittels eines plebejischen hanfenen Strickes, sondern mittels einer seidenen Schnur gehenkt werden solle.

Diejenige Partei in der Zweiten Kammer, welche auf Grund der verliehenen Verfassung aufrichtig in die Bahn einer freisinnig-konstitutionellen Entwickelung einlenken wollte, sah sich auf der einen Seite gehemmt durch den Bund mit den Konservativen, unter denen die Regierung ihre Hauptstützen suchte, auf der andern überholt durch die Demokratie. So geschah es, daß eine Mehrheit von wenigen Stimmen den Ausschlag bei den Abstimmungen gab und das Zustandekommen wichtiger Gesetze mehr oder weniger von Leidenschaften und Zufälligkeiten abhängig blieb. In solcher Gährung und Unklarheit der Ansichten befand sich die Volksvertretung in der Zweiten Kammer zu einer Zeit, als das vaterländische Interesse dringender als je das einträchtige Zusammengehen und das Einsetzen der vollen Kraft von Krone und Volk erforderte, um die großen Aufgaben lösen zu können, welche aus dem Bedürfniß des deutschen Volks für Preußen hervorgingen.

Trotz manchem Unreifen, das jene Zeit zu Tage förderte, war doch ein reiner, berechtigter Grundton in der deutschen Bewegung nicht zu verkennen, es war das Verlangen nach Einigung aller deutschen Volksstämme unter kräftigen, festgegründeten Staatsformen, welche die Freiheit im Innern, die Würde und das Ansehen der deutschen Nation nach außen sicherten. Schon im Frühjahr (30. März 1848) war zu Frankfurt a. M. eine Versammlung von liberalen Mitgliedern der deutschen Ständekammern zusammengetreten, um einer

demnächst einzuberufenden Vertretung der gesammten deutschen Nation den Weg zu bahnen. Nachdem dieses sogenannte Vorparlament den Grundsatz der Volkssouveränetät ausgesprochen und die Bestimmungen für die Wahlen getroffen hatte, überließ es die weiteren Schritte und die Ueberwachung der Wahlen einem Funfziger-Ausschuß aus seiner Mitte. Gleichzeitig hatte auch die Bundesversammlung die 17 Stimmen ihres engeren Raths durch 17 Vertrauensmänner der deutschen Nation verstärkt, um gemeinschaftlich mit diesen die Vorarbeiten für die Nationalversammlung auszuführen.

Am 18. Mai wurde zu Frankfurt a. M. in der Paulskirche das aus unbeschränkten freien Volkswahlen hervorgegangene erste Deutsche Parlament eröffnet, welches berufen war, um durch freie Berathung und durch Vereinbarung mit den Regierungen die künftigen Rechtszustände und die Verfassung Deutschlands auf volksthümlicher Grundlage festzustellen. Es waren die edelsten und begabtesten Männer aus allen Gauen, die Zierden Deutschlands, die in dieser Versammlung erschienen, zum Theil solche, die bereits ihre ganze Vergangenheit, ihre edelsten Kräfte dem jetzt von Allen gemeinschaftlich angestrebten Ziele gewidmet, die dem Traume ihrer Jugend Achtung bewahrt hatten und ihn jetzt mit männlicher Begeisterung in das Leben zu übertragen hofften. Namen von Männern, welche bereits als Geschichtschreiber, Staatsgelehrte und Dichter, oder als freimüthige Vorkämpfer deutscher Volksrechte einen guten Klang hatten, wie Dahlmann, Droysen, Raumer, Gervinus, Welcker, Arndt, Uhland, Jakob Grimm, Heinrich von Gagern, Beckerath, Mathy, von Radowitz, Fürst Lychnowski, waren hier vertreten; neben diesen freilich auch solche, deren Wahl die aufgeregte Zeitstimmung und die unreifen, wenn nicht unreinen Bestrebungen eines Theils der Wähler erkennen ließ, Männer der unbedingten Verneinung und des Umsturzes aller gesellschaftlichen Ordnung! Während ein freies, einiges Deutschland Allen als das gemeinschaftlich zu erstrebende Ziel vorschwebte, gingen die Ansichten darüber, in welcher Gestalt dasselbe ins Leben treten solle, nach den verschiedensten Richtungen auseinander. Ueber die erste Schwierigkeit, die Einsetzung einer provisorischen vollziehenden Gewalt, kam man auf den Vorschlag des Präsidenten von Gagern durch Uebertragung der Würde des Reichsverwesers an den volksbeliebten Erzherzog Johann von Oesterreich mit einem verantwortlichen Reichsministerium schnell hinweg. Unter Glockengeläute und Kanonendonner zog der Schattenkaiser in die alte Kur- und Reichsstadt ein, und die Bundesversammlung schied aus dem Turn und Taxis'schen Palaste. Aber nur zu bald erwies sich der „kühne Griff" des Präsidenten als ein Mißgriff. Ueber die Landesherren mit souveräner Gewalt, die ohnehin nur mit Widerstreben einen Theil ihrer Hoheitsrechte zum Opfer brachten, hatte man einen Fürsten gesetzt ohne Land und ohne Heer, dessen Volksbeliebtheit sich allein auf einen Toast bei einem Festmahl gründete, von dem es zweifelhaft bleibt, ob er ihn jemals gesprochen.

Auch in Preußen erzeugte die dadurch geforderte Unterordnung des hohenzollernschen Königthums unter einen habsburgischen Erzherzog eine gewisse Mißstimmung. Als aber bald darauf, zufolge einer Einladung des Königs, der Reichsverweser mit einer Deputation der Abgeordneten auf festlich geschmückten Schiffen, an den Ufern überall von dem jubelnden Zuruf der Menge begrüßt, den Rhein hinab zum Dombaufeste nach Köln fuhr, als Friedrich Wilhelm IV. in der alten Hauptstadt der Rheinlande vor dem ehrwürdigen Meisterbau vergangener Jahrhunderte die neuen „Baumeister am Werke der Einheit" in beredten Worten begrüßte, da schien jeder Mißton in der allgemeinen Begeisterung zu verklingen, und die Hoffnung auf das Wiedererwachen deutscher Macht erfüllte noch einmal Aller Herzen.

Anstatt indessen rüstige Hand an das Verfassungswerk zu legen, ging das Parlament mit deutscher Gründlichkeit an eine langwierige Berathung der Grundrechte aller Deutschen. Das Volk, welches sich bereits im thatsächlichen Besitze der ausgedehntesten Rechte und Freiheiten befand, fühlte sich dadurch in Langeweile und Ungeduld versetzt. Als endlich das Parlament an seine schwerste Aufgabe, das deutsche Verfassungswerk, herantrat, war unter dem Eindruck der blutigen Straßenkämpfe in Frankfurt und Wien der Rausch der ersten Begeisterung dafür geschwunden, und die nüchternen Parteibestrebungen traten in den Vordergrund.

Die Frage über die Stellung Oesterreichs in oder zu dem neuen Reiche vermehrte die Zersplitterung. Es war gewiß ein schmerzlicher Gedanke für die Männer, welche das Reich in seiner alten Macht und Größe wieder aufzurichten berufen waren, daß das mächtige Oesterreich, „an Siegen und an Ehren reich", in dem neuen Deutschland keinen Platz finden sollte. Aber Oesterreich zögerte und zögerte, sich über seine Stellung zur deutschen Frage klar auszusprechen, und der Ausspruch Beckerath's, daß „das Warten auf Oesterreich das Sterben der deutschen Einheit" sei, gewann immer mehr an Wahrheit. Es brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß ein gesundes, freies Volksleben in dem neu zu gründenden deutschen Bundesstaate nur dann erblühen könne, wenn Oesterreich mit seinen ausgedehnten Ländermassen und seinen vielfach nichtdeutschen Interessen von demselben ausgeschlossen würde. Die einsichtsvollsten und bedeutendsten Mitglieder unter Leitung des an die Spitze des Reichsministeriums berufenen Heinrich von Gagern wirkten daher für die Bildung eines engeren Bundesstaates unter einem erblichen deutschen Kaiserthum und im unauflöslichen Bunde mit Oesterreich. Die Partei der „Großdeutschen" unter v. Schmerling's Führung wollte dagegen von einem Ausscheiden der Deutsch-Oesterreicher aus dem neuen Reiche nichts hören und sah den dargebotenen weiteren Bund nur als „die Bruderhand zum Abschied" an. Auch der größte Theil der Süddeutschen sträubte sich aus partikularistischem Selbstgefühl gegen die Unterordnung unter das Kaiserthum der Hohenzollern;

die Ultramontanen erblickten darin eine Gefahr für die katholische Kirche in Deutschland, endlich die vorgeschrittene Linke verwarf die Idee eines erblichen Kaiserthums, weil sie dem von ihr verkündeten Grundsatz von der Volksoberhoheit widersprach; sie hoffte, daß die Fürsten vor der Revolution das Feld räumen und die Idee der Republik den Sieg davontragen würde. So standen die verschiedensten Ansichten einander unvermittelt gegenüber, und als endlich nach langen Berathungen dennoch eine Reichsverfassung in der Paulskirche zu Stande kam, war sie nicht mehr die gesunde Frucht des schöpferischen Volksgeistes, sondern das Ergebniß langwieriger Parteiverhandlungen, gleichsam ein weiter Mantel, in dessen Falten jede Partei ihre Lieblingsideen zu bergen suchte.

Die Reichsverfassung übertrug an die einheitliche ausführende Reichsgewalt die auswärtige Vertretung mit dem Rechte, Staatsverträge zu schließen, die Leitung der Kriegsmacht nebst der Entscheidung über Krieg und Frieden, endlich die Beschaffung der finanziellen Hülfsmittel aus den Reichszöllen, den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten und den außerordentlichen Reichssteuern. Sie bestimmte die Einsetzung eines unabhängigen Reichsgerichts zur Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen, zwischen den Regierungen unter einander, sowie zwischen diesen und der Reichsgewalt. Der Reichstag sollte aus einem zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von den Ständen der Einzelnstaaten erwählten Staatenhause mit sechsjähriger Erneuerungsperiode und einem aus allgemeinem Stimmrecht hervorgegangenen Volkshause mit dreijähriger Erneuerungsperiode bestehen. Gegen die Beschlüsse des Reichstages war dem Reichsoberhaupt ursprünglich ein unbedingtes Einspruchsrecht eingeräumt.

An den Berathungen über den Verfassungsentwurf im Parlament hatte man den deutschen Regierungen keine Theilnahme verstattet. Die deutsche Nationalversammlung berieth die Verfassung selbständig, auf dem ausgesprochenen Grundsatze der Volkssouveränetät fußend, und erwartete demnächst von den Regierungen die rückhaltslose Annahme. Sie unterschätzte die Macht, welche diese bestehenden Obrigkeiten noch in ihren Ländern besaßen, und überzeugte sich zu spät von dem begangenen Fehler. Die Welfen und Wittelsbacher wollten eben so wenig von einer Unterordnung unter das Kaiserthum der Hohenzollern wissen, als der sächsische und fränkische Volksstamm dem preußischen den Vorrang zuerkennen mochten. Oesterreich, obgleich aus den frischen Wunden der Wiener Oktoberkämpfe blutend, war keineswegs Willens, seine alte Stellung in Deutschland aufzugeben. Die österreichische Regierung hing noch an der nebelhaften Idee eines großen mitteleuropäischen Reichs, in welchem die verschiedenen Nationen des Kaiserstaats gleichberechtigt neben den deutschen Volksstämmen Platz finden sollten, und widersetzte sich lebhaft der Bildung eines einheitlichen Centralstaats innerhalb der Grenzen des alten Bundes.

Preußen hatte schon im Februar im Namen von 28 deutschen Regierungen eine Note der Frankfurter Nationalversammlung übergeben, in welcher es sich zwar im Allgemeinen beifällig zu dem Entwurf äußerte, jedoch seine Bedenken gegen die zu große Beschränkung der fürstlichen Hoheitsrechte in den Einzelnstaaten und insbesondere gegen das nur aufschiebende Einspruchsrecht des Reichsoberhaupts in die Wagschale warf. Auf diese Bedenken war indessen bei der Fortsetzung der Berathungen keine Rücksicht genommen worden. König Friedrich Wilhelm IV. neigte persönlich am meisten einem Entwurfe zu, der von dem Prinzen Albert, dem Gemahl der Königin Victoria von England, herrührte und von ihm mit eigenhändigen Randbemerkungen etwas geändert ward. Danach sollte das Reichsoberhaupt von den Fürsten des Bundes und den Bürgermeistern der Freien Städte auf Lebenszeit gewählt werden. Die Wahl sollte in ähnlicher Weise, wie ehedem durch die deutschen Kurfürsten, durch die Könige vollzogen und den übrigen Fürsten und Obrigkeiten zur Bestätigung kund gemacht werden. Die deutschen Souveräne sollten einen Fürstentag bilden mit doppeltem Einspruchsrecht, sowol gegen die Beschlüsse des Reichstages als gegen die Besetzung der Aemter durch den Kaiser, die größeren Fürsten mit einer größeren Zahl von Stimmen. Der Reichstag sollte von den Landständen der Einzelnstaaten auf drei Jahre wählbar sein. Für das Reichsoberhaupt verlangte Friedrich Wilhelm den Titel „Regent" und wollte die Würde des Römischen Kaisers, die seit 1806 geruht hatte, für immer mit dem österreichischen Erbkaiserthum vereinigt sehen.

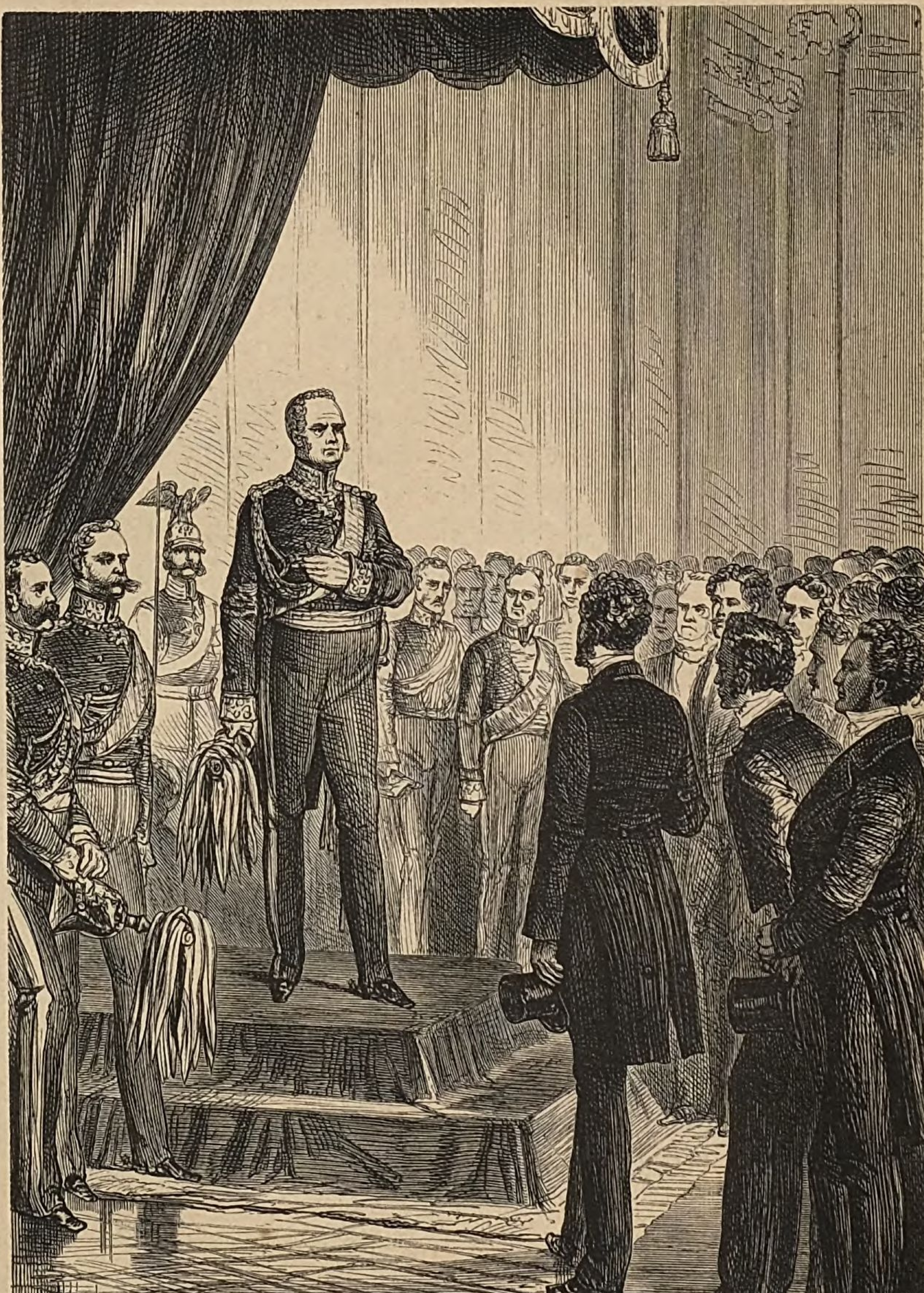
In Bezug auf die ihm zugedachte Kaiserkrone hatte Friedrich Wilhelm IV. sich bei verschiedenen Veranlassungen gegen die angesehensten Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung abwehrend ausgesprochen. „Das Haus Habsburg", sagte er (am 27. November 1848) in einer längern Audienz zum Präsidenten Heinrich von Gagern, „steht voran, und ich bin persönlich nicht geeignet, bin kein Friedrich I. noch ein Friedrich II. Wenn Oesterreich ausschiede, so würde Deutschland ein getheiltes und gemindertes sein, und ich mag nicht nach Herstellung des Kaiserthums der erste Kaiser sein, der eine verstümmelte Krone trüge."

Vergebens beschwor (9. März 1849) der alte Arndt in der Weise eines alttestamentlichen Propheten den König: „Ja, erhabenster König und Herr, groß ist die Gefahr des Augenblicks, aber herrlich ist auch der Preis, der dem Muthe winkt. Dir bleibt kein Mittel mehr; wage, voll und ganz deutsch zu sein; wage, Retter und Halter des deutschen Vaterlandes zu werden; wage, alle seine Gefahren zu theilen, zu nehmen und zu übernehmen; wage, ganz mit dem Vaterlande zu stehen, und Du wirst stehen und bestehen. Mit diesem Muth, mit Seinem Muth, wodurch Dein Vater weiland aus schwersten Nöthen und Gefahren errettet und zu Glanz und Ruhm wieder aufgerichtet ist, segne Dich Gott! In diesem königlichen Muthe halte fest an Deinem königlichen

Wort und kühnen Entschlüssen! Jedes Weichen wäre Verderben. Muth und Hochherzigkeit, und die stolze, jeder Gefahr die leuchtende Stirn bietende Majestät wird Deine eigenen Getreuen ermuthigen und stärken bis in den Tod und Dir die Herzen der Völker Deutschlands gewinnen! — In der Größe des Kühnen, in dem Glanze des Hohen wird der kleinliche Jammer untergehen, und selbst der radikale und sozialistische Jammer und Unsinn wird sich in dem Edlen und Hohen vernichtet fühlen.“ — —

In herzlicher Sprache erwiederte ihm der König, aber er bestritt in seinem Antwortschreiben der Nationalversammlung das Recht, eine Krone zu geben oder zu bieten. „Wo ist der Auftrag“, fragte er, „der diese Männer berechtigt, über die rechtmäßigen Obrigkeiten, denen sie geschworen, einen Kaiser und König zu setzen? Wo ist der Rath der Könige und Fürsten Deutschlands, der nach tausendjährigem Herkommen dem heiligen Reich seinen König kürt und die Wahl dem Volke zur Bestätigung vorlegt? — — — — Und was würde mir geboten? Ist diese Geburt des gräßlich kreißenden 1848sten Jahres eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel „von Gottes Gnaden“ aufs Haupt, ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband einer Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr als vierundzwanzig Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von sechzehn Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt, der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde. Und das sei ferne! Als deutscher Mann und Fürst, dessen Ja ein Ja vollkräftig, dessen Nein ein Nein bedächtig, gehe ich in nichts ein, was mein herrlich Vaterland verkleinert und dasselbe dem gerechten Spotte seiner Nachbarn, dem Gerichte der Weltgeschichte preisgiebt, nehme ich Nichts an, was meinen angeborenen Pflichten nicht ebenbürtig ist oder ihnen hindernd entgegensteht. Dixi et salvavi animam meam.“

Unterdessen nahmen die Berathungen im Schoße der Frankfurter Nationalversammlung ihren Fortgang. Nachdem Oesterreich durch die Verkündung einer alle österreichischen Kronlande zu einem Gesammtstaat vereinigenden Verfassung (4. März) seinen Eintritt in das neue Reich unmöglich gemacht und dadurch einen Massenübergang der Großdeutschen unter Welcker's Führung in das Lager der „Erbkaiserlichen“ veranlaßt hatte, stellte Welcker (am 12. März) zur allgemeinen Ueberraschung den Antrag, die einheitliche Reichsverfassung, so wie sie vorlag, durch einen Gesammtbeschluß anzunehmen und dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen. Der Antrag wurde infolge der österreichischen Gegenbestrebungen zwar (21. März) mit einer Mehrheit von 31 Stimmen verworfen, aber schon bald darauf hatten die Erbkaiserlichen durch mehrfache wichtige Zugeständnisse an die Radikalen — insbesondere durch die Aufhebung des unbedingten und Einführung eines nur aufschiebenden Einspruchsrechts des Reichsoberhauptes gegen die Beschlüsse des Reichstags für drei auf einander folgende Sitzungsperioden — neue Stimmen geworben,



v. Koeppen: Fürst Bismarck, zu S. 138. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Ablehnung der Kaiserkrone, am 3. April 1849.

sodaß die Aussichten für die Annahme der Verfassung mit der Erbkaiserwürde bei der zweiten Lesung stiegen.

In der Sitzung vom 27. März 1849 wurde mit einer Mehrheit von 4 Stimmen die Erblichkeit der Würde des Reichsoberhaupts, unter dem Titel eines Kaisers der Deutschen, am folgenden Tage mit 290 Stimmen die Uebertragung dieser Würde an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen beschlossen; — 248 Mitglieder — hauptsächlich Oesterreicher, Bayern und Ultramontane, — hatten sich bei dem letzten Beschlusse der Abstimmung enthalten. In begeisterter Ansprache verkündete Präsident Simson unter dem Jubel der Versammlung das Ergebniß der Wahl. Glockengeläute von allen Thürmen der alten Krönungsstadt begrüßte diesen Beschluß. Eine Gesandtschaft von 34 Abgeordneten, welche den Präsidenten Simson an der Spitze hatte und unter Andern auch Arndt, Dahlmann, Friedrich von Raumer zu ihren Mitgliedern zählte, begab sich nach Berlin, um Friedrich Wilhelm IV. im Namen der Volksvertretung der deutschen Nation zur Annahme der Kaiserkrone, des Sinnbilds der wieder erstandenen Macht Deutschlands, einzuladen. Die Reise der Gesandtschaft nach Berlin glich einem Triumphzuge. Die Wünsche der Vaterlandsfreunde und die Hoffnung, daß mit diesem Akte die Zeit der Schwankungen und Unruhen abgeschlossen sein und die deutsche Bewegung in die Bahn einer stetigen friedlichen Entwickelung eintreten möchte, begleitete die Träger der Kaiserbotschaft bis an ihr Ziel. Mit gespannter Erwartung richteten sich alle Blicke nach Berlin, wo die nächsten Tage die Entscheidung der deutschen Frage — Annahme oder Ablehnung der Kaiserkrone — bringen sollten.

Allerdings war nach den bekannt gewordenen früheren Aeußerungen des Königs eine unbedingte Annahme nicht zu erwarten, indessen die Ueberbringer der Kaiserbotschaft trösteten sich mit der Hoffnung, daß der Glanz der nun wirklich dargebotenen Krone mit dem hohen Berufe, der Hüter und Schirmherr des neuen Reichs zu werden, jetzt nach erfolgter Wahl einen unwiderstehlichen Reiz auf das empfängliche Gemüth des Königs üben werde; sie hofften auch, daß der Ehrgeiz des preußischen Volkes, eine warme patriotische Kundgebung von Seiten der in Berlin versammelten beiden Kammern und die allgemeine Begeisterung des Augenblicks auf seine Entschließung von Einfluß sein würden. Das preußische Volk sah mit Stolz auf die Rolle, welche mit der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an sein Fürstenhaus ihm unter den übrigen deutschen Stämmen zugedacht war; in beiden Kammern wurden von liberaler Seite Adressen eingebracht und fast einstimmig beschlossen, in welchen sie, unter voller Würdigung der drohenden Gefahren, die Wünsche und Hoffnungen des deutschen Volks dringend an das Herz des Königs legten, und ihn baten, gemäß seiner Erwählung die Leitung der Geschicke des deutschen Gesammtvaterlandes zu übernehmen. Deputationen aus verschiedenen Landestheilen, aus Braunschweig, Schleswig-Holstein und den Rheinlanden, langten gleichzeitig mit den

Kaiserboten zur Beglückwünschung in der Hauptstadt an. Wol mochten auch in des Königs Seele bis zum letzten Augenblick die verschiedensten Strömungen einander begegnen, aber sie vermochten seine Bedenken nicht zu beschwichtigen und ihn nicht in dem Entschlusse wankend zu machen, den er im Glauben an den göttlichen Beruf der Könige und in gewissenhafter Achtung der Rechte seiner deutschen Mitfürsten gefaßt hatte.

Am 2. April trafen die Botschafter aus Frankfurt unter dem jubelnden Zuruf der Bevölkerung als Ehrengäste in der preußischen Hauptstadt ein. Am folgenden Tage wurden sie von König Friedrich Wilhelm IV. im Beisein der sämmtlichen Prinzen des königlichen Hauses, der Minister und des Hofstaats, im Rittersaale des Schlosses empfangen. Der König hieß sie mit der ihm natürlichen Herzlichkeit willkommen, hörte aufmerksam die bewegte Ansprache ihres Führers, des Präsidenten Simson, und erwiederte dann mit klarer, fester Stimme: „Ich erkenne in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme der Vertreter des deutschen Volks. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Hingebung, meine Treue und Liebe zum gemeinsamen Vaterlande stützen. Aber ich würde ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und Freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, meine Herren, verkündigen Sie in allen seinen Gauen: bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg meines Hauses und meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue."

Die Antwort des Königs war somit keine unbedingte Ablehnung, sie machte die Annahme nur von der freien Zustimmung der deutschen Regierungen und von weiteren Verhandlungen mit der Frankfurter Nationalversammlung abhängig; aber bei den stolzen Hoffnungen, mit denen die Kaiserboten gekommen waren, war der Eindruck nicht viel anders, als der einer unbedingten Ablehnung hätte sein können. Mit beklommenen Herzen trat die Gesandtschaft ihre Rückreise aus der preußischen Hauptstadt an, um in Frankfurt Bericht über ihre Sendung zu erstatten.

Auch in preußischen Kreisen zeigte sich eine gewisse Verstimmung. Dieselbe fand ihren lebhaftesten Ausdruck in darauf folgenden bewegten Sitzungen der Kammern. Am schmerzlichsten war die Enttäuschung auf Seite der Liberalen, welche besorgten, daß Preußen eine glänzende und glorreiche Rolle verscherzt und daß der Strom der deutschen Bewegung abermals für lange Zeit ins Stocken gekommen sein möchte. Nur die Altpreußen auf der Rechten schienen sich zu der größten Frage der Zeit kühl und theilnahmlos zu verhalten. Sie waren offene Gegner der Reichsverfassung, deren wesentlichste Bestimmungen sich nur durch den Bruch mit den altpreußischen Ueberlieferungen hätten ausführen lassen; aber der Glanz der Kaiserkrone und die Aussicht auf eine neue große Zukunft ihres preußischen Vaterlandes an der Spitze Deutschlands hatten doch so viel Lockendes, daß es auch unter den Konservativen Stimmen gab, welche riethen, der König möge nur kühn die Krone ergreifen, auch auf die Gefahr hin, daß einzelne Regierungen zur Zeit noch widerstrebten, und möge dann später unter Mitwirkung einer in ruhigeren Zeiten erwählten Volksvertretung die bessernde Hand an das Verfassungswerk legen. Wer ganz gegen die Annahme war, der kämpfte gegen eine übermächtige Zeitströmung und war dem Verdachte ausgesetzt, daß er kein Herz für die Ehre und Größe des Vaterlandes habe.

Bismarck gehörte zu den Wenigen, die sich offen und rückhaltslos für die Ablehnung dieser Kaiserkrone aussprachen, „deren Gold — so glänzend sie auch scheinen möchte — erst durch das Einschmelzen der preußischen Königskrone Wahrheit erhalten würde.“ Er nannte die deutschen Kaiserträume einen „phaëtonischen Flug der Politik“, nicht ahnend, daß er selbst berufen war, dereinst mit Fridericianischen Sonnenrossen den Wagen auf der Sonnenbahn zu lenken. Sein lebhaftes Streben war, Klarheit in die Lage zu bringen, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit den bisherigen Bundesgenossen, den Liberalen in der Zweiten Kammer. Dabei entwickelte er eine ungemeine Rührigkeit, sein Leben war in dieser Zeit fast ganz von Politik erfüllt. Während er an den Kammersitzungen theilnahm und aufmerksam den Reden der Vincke, Parrisius, Waldeck u. s. w. folgte, entwarf er mit leichter Hand auf einem Papierstreifen einen kurzen Artikel, der haarscharf den Standpunkt der Parteien oder die augenblickliche Lage zeichnete und den er im Vorübergehen im Redaktionsbureau der Kreuzzeitung abgab, vielleicht noch mit einem kleinen ironischen Zusatz, der ihm unterwegs eingefallen war und den er an Ort und Stelle hinzufügte. Er stand in Verbindung mit den hervorragendsten Mitgliedern der Regierung, arbeitete in den Kommissionen der Kammer, erschien regelmäßig in den Fraktionssitzungen und verkehrte auch des Abends gerne in dem Lokale, wo die Konservativen und einzelne Mitglieder des Vaterländischen Vereins beim Grünthaler Bier ihren Stammsitz hatten und Politik trieben (Schwarz, später Lamm, Ecke der Leipziger und Friedrichsstraße).

Wenn er spät Abends in seine Wohnung zurückkehrte, dann besorgte er noch bis tief in die Nacht seinen ausgedehnten Briefwechsel, theils mit seinen Freunden und Gesinnungsgenossen über Staatsangelegenheiten, theils mit seiner Gemahlin und seiner Schwester über die harmlosesten und heitersten Dinge, als ob es in der Welt kein höheres Interesse für ihn gäbe, als wie der Raps in Schönhausen stünde oder wie die „dicken Hänse" der Frau von Arnim heranwüchsen.

Die Demokraten einer gewissen Richtung machten sich's damals zur Aufgabe, mißliebige Abgeordnete von der Rechten auf allen Wegen und Schritten durch Leute von niedriger Gesinnung beobachten zu lassen, um dann gelegentlich in einer Kammerrede Nutzanwendung davon zu machen. Es hat etwas Unheimliches, wenn uns in stiller Nacht ein unbekanntes Individuum nachschleicht und jede unserer Bewegungen belauscht. Bismarck entging es nicht, daß ihm mehrere Abende nacheinander ein solcher hagerer, schlecht gekleideter Bursche in gewisser Entfernung Schritt für Schritt auf der Straße folgte. Ging er schneller, so folgte auch der Andere schneller; schritt er langsamer, so zögerte auch dieser; blieb er stehen, so stand der Schatten auch. Bismarck war allein, es war spät in der Nacht und die Straße fast ganz leer. Eine Weile gab er sich die Miene, den Verfolger nicht zu bemerken; auf dem Gensdarmenmarkt, nahe der Französischen Kirche, angekommen, blieb er plötzlich stehen, griff in seine Brusttasche, zog ein Instrument hervor, das im Schein der Laterne wie eine Waffe blinkte, und hielt es mit gestrecktem Arme zielend dem Unheimlichen entgegen. Man weiß, daß dergleichen Nachtgestalten den Knall der Schußwaffen nicht hören können; was Bismarck in der Hand hielt, war indessen kein Pistol, sondern sein gewöhnlicher Genickfänger, d. h. eine große Art Taschenmesser, das er stets bei sich trug. Kaum aber hatte der Unheimliche die Handbewegung bemerkt und noch dazu ein verdächtiges Knacken, wie von dem Spannen des Hahns einer Pistole, vernommen, welches durch das Aufschnappen der Klinge bewirkt ward, so ergriff er in höchster Eile die Flucht, verschwand hinter einer Straßenecke und — ward nicht mehr gesehen. Seit diesem Vorfalle, der übrigens — wie wir nachträglich berichtigt werden — bereits im Sommer 1848 spielte, ward Bismarck in dieser Weise nicht mehr verfolgt.

Die Entwickelung der deutschen Frage näherte sich ihrem Höhepunkt. Am Tage nach dem Empfange der Kaiserbotschaft hatte die preußische Regierung eine Note an die deutschen Regierungen erlassen, in welcher sie dieselben aufforderte, sich schleunigst über ihre Stellung zu der in Frankfurt berathenen Reichsverfassung und über ihren Beitritt zu einem Bundesstaat unter Preußens Führung zu erklären. Achtundzwanzig Regierungen sprachen darauf, theils freiwillig, theils durch den Druck von Volksbewegungen veranlaßt, ihr Einverständniß mit der Verfassung und mit der Kaiserwahl aus; nur die wichtigsten Staaten, die vier Königreiche, zögerten noch. Die Liberalen machten noch einmal alle Anstrengungen, um die preußische Regierung zu einem erwünschten

Entschluß in Betreff der Reichsverfassung, den König zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Ein Mitglied des Reichsministeriums und der Frankfurter Nationalversammlung, der bei dem König persönlich in hoher Gunst stehende Beckerath, reiste mit neuen Vorschlägen und Anträgen nach Berlin und hatte eine zweistündige Unterredung mit dem Könige. Als dieser im Laufe des Gesprächs auch auf die Gefahren hinwies, welche bei der gegenwärtigen Weltlage aus der Annahme der Kaiserkrone für Deutschland und Preußen hervorgehen müßten, wiederholte Beckerath die Worte Arndt's: „Die Gefahr ist stets die sieglockende Sonne für Preußen gewesen, wenn es nur frischen Muthes seinen Adler fliegen und den Sonnenraub greifen und halten läßt." Der König war bewegt, aber sein ablehnender Entschluß stand fest. Wenige Tage darauf schrieb er, Beckerath habe ihm zugemuthet, wie der Prophet Daniel getrost in die Löwengrube hinabzusteigen, in der Zuversicht, daß Gott ihm helfen werde. „Aber ich bin nicht der Prophet Daniel", fügte der König hinzu, „und thät' ich also, so würde ich glauben, Gott zu versuchen."

Wol waren die Gefahren nicht gering, von denen Deutschland von außen und im Innern bedroht war. An den Gestaden der Ostsee, wo soeben das kleine Dänemark dem uneinigen Deutschland zum zweiten Male den Handschuh hingeworfen hatte, wie an den Ufern des Tessin, wo der alte Radetzky die ehernen Schlachtenwürfel über die Felder von Mortara und Novara rollen ließ, an der Theiß und auf dem alten Wahlfeld der Ungarnkönige bei Buda-Pest, das jetzt zum Wahlfeld der österreichischen und ungarischen Waffen umgewandelt war, wie auf den gesegneten Gauen des Rhein und des badischen Oberlandes, wo die Männer mit Heckerhut und Hahnenfeder sich zur Schilderhebung für die demokratisch-soziale Republik rüsteten, — ringsum an den Grenzen sah man Wetterleuchten und Waffenblitzen. Scheelsüchtig und argwöhnisch blickten die beiden mächtigen Nachbarn im Osten und Westen auf die Entwickelung der Dinge in Deutschland; Oesterreich hatte offen mit der Frankfurter Versammlung gebrochen, seine Abgeordneten abberufen und ernste Bedenken gegen ein weiteres Vorgehen Preußens in der deutschen Sache kundgegeben, und im Innern Deutschlands, in Württemberg, Sachsen, Westfalen, zuckten die Flammen des Aufruhrs und drohten zum allgemeinen Brand emporzulodern. In Berlin wartete man in gespannter Erregung, daß der König das letzte Wort in der Verfassungs- und Oberhauptsfrage sprechen solle, und auch in der Zweiten Kammer war (am 21. April) von Rodbertus und Genossen ein dringender Antrag auf Anerkennung der Reichsverfassung gestellt worden.

Es gab eine stürmische Sitzung. In begeisterter Rede forderte Vincke die Minister auf, den Augenblick nicht vorübergehen zu lassen, in dem die Geschicke ganz Deutschlands in Preußens Hand gelegt wären. Sogleich darauf gab Graf Brandenburg die Erklärung ab, daß, da die Einwendungen der Regierung gegen die Verfassung in Frankfurt unberücksichtigt geblieben, die Minister

sich außer Stande sähen, dem Könige die Annahme der Reichsverfassung anzurathen. „Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an", so schloß er seine denkwürdige Rede, „aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und Strömungen überlassen, sonst wird es niemals den sichern Hafen erreichen, — niemals, niemals, niemals!" — Trotz dieser entschiedenen Erklärung des Ministerpräsidenten entspann sich noch ein heftiger Kampf über den Antrag, daß die Kammer die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung als rechtsgiltig anerkennen möge. Zu den entschiedensten Gegnern dieses Antrags gehörte Bismarck. Er erklärte, daß die Anerkennung der Verfassung durch achtundzwanzig deutsche Regierungen von keinem Einfluß auf die Entschließungen Preußens sein dürfe, da diese nur aus dem Streben der Märzminister in diesen kleinen Staaten hervorgegangen sei, sich in der „konstitutionellen Anarchie", die von Frankfurt geboten würde, zu schützen. Preußen mit seinen sechzehn Millionen Einwohnern dürfe sich nicht durch diese fünf Millionen in den Kleinstaaten bestimmen lassen; die Verfassung lasse der Krone kaum den dürftigsten Bestand, sie stelle das Prinzip der Volkssouveränetät auf und räume dem Könige nur ein suspensives Veto ein. „Glauben Sie nicht, meine Herren", fragte Bismarck, „daß die Männer des Umsturzes bald mit dem Reichswappen vor den neuen Kaiser treten und zu ihm sagen werden: Glaubst Du, daß Dir der Adler geschenkt sei?...... Die Einheit, welche achtundzwanzig terrorisirte Regierungen wollen, scheint mir nicht diejenige zu sein, welche Preußen anstreben muß. Preußen ist im Stande, dem übrigen Deutschland Gesetze zu geben, und ehe ich zugebe, daß der König von Preußen Vasall der Herren Simon werde, will ich lieber, daß Preußen Preußen bleibt." — —

Das Ende der Debatte war, daß die Rechtsgiltigkeit der Verfassung mit 175 gegen 159 Stimmen beschlossen wurde. Die Gegner der Regierung hatten gehofft, mit der Durchsetzung dieses Antrages das Ministerium zum Sturz zu bringen, aber das Ministerium blieb am Ruder, und die Zweite Kammer, welche einige Tage darauf auf Waldeck's Antrag die Fortdauer des Belagerungszustandes für ungesetzlich erklärte, wurde (am 27. April) aufgelöst.

In der Hauptstadt brachen infolge dieser Maßnahmen der Regierung an einzelnen Stellen Unruhen aus. Hier und da wurde der Versuch gemacht, Barrikaden zu bauen, aber nicht, dieselben zu vertheidigen. Die Lust an den Straßenunruhen war den Berlinern durch den Belagerungszustand einigermaßen verleidet worden, und als Wrangel ein paar Kanonen durch die Straßen rasseln ließ, hatten dieselben eine ähnliche Wirkung auf die aufgeregten Massen, wie ein homöopathisches Beruhigungsmittel.

Mit dem Brandenburgischen „Niemals" und der am Tage darauf (28. April) erfolgten förmlichen und unbedingten Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten Preußens war der entscheidende Würfel in der deutschen Frage gefallen. Die Demokratie erklärte offen, daß das Werk, welches mit den Fürsten

nicht gelungen sei, jetzt ohne und gegen dieselben durchgesetzt werden müsse. Auch das Frankfurter Parlament machte einen Versuch, das Volk zur bewaffneten Erhebung für die Reichsverfassung aufzurufen, verlor aber dadurch mehr und mehr die Theilnahme aller besonnenen Vaterlandsfreunde. Nachdem Preußen seine Abgeordneten abberufen und eine große Anzahl ehrenwerther Mitglieder voll Schmerz über das Scheitern ihrer Hoffnungen ihre Vollmachten niedergelegt hatten, ging das Rumpfparlament nach Stuttgart, um dem Herde der revolutionären Bewegung näher zu sein, wurde aber infolge seiner revolutionären Beschlüsse auch von hier (am 18. Juni) durch den freisinnigen württembergischen Minister Römer ausgewiesen. Die letzten Mitglieder jener glänzenden Versammlung, auf der einst die stolzen Hoffnungen des ganzen Deutschland ruhten, endeten in offenem Aufruhr auf den Barrikaden oder als irrende Flüchtlinge auf fremdem Gebiet.

In Dresden, der Pfalz und Baden brachen Aufruhr und Bürgerkrieg aus. Auf verschiedenen Straßen marschirten die preußischen Truppen zur Unterdrückung der Revolution.

Auch in der kleinen Stadt an der Havel, deren zweiunddreißig Wahlmännerstimmen von so entscheidendem Einfluß auf die Wahl Bismarck's gewesen waren, herrschte ein gewisses Mißvergnügen. Viele von den ehrlichen Männern, welche für die Beurtheilung der deutschen Frage eben nur den Gesichtskreis des Rathenower Kirchthurms hatten, verdachten es ihrem Vertreter in der Zweiten Kammer, daß er gegen die Annahme der Reichsverfassung mit der glänzenden Kaiserkrone gesprochen; Andere ließen sich von den demokratischen Tonangebern leiten. Schon auf die falsche Nachricht, daß Bismarck in einer Versammlung in dem Bölke'schen Lokal, wo er damals seine Wahlrede gehalten hatte, zugegen sei, wurde das Haus von angestifteten Volkshaufen belagert und mit Steinen bombardirt. Einige Tage darauf erschien Bismarck wirklich in Rathenow und legte vor einer größeren Versammlung im Wirthshaussaale von Rose vor dem Berliner Thor (wo sich jetzt die Brillenfabrik von Picht befindet) in einer klaren und bündigen Rede die Beweggründe für seine Abstimmungen dar; gleichzeitig vertheidigte er die Maßnahmen der Regierung, welche zur Auflösung der Kammer habe schreiten müssen, um nicht durch dieselbe in ihren weiteren Schritten zum Wohle Preußens und Deutschlands gehemmt zu werden. Die meisten Anwesenden fühlten sich auch durch seine Rede überzeugt und spendeten ihm Beifall. Mehrere Bürger näherten sich ihm, um ihm Dank und Anerkennung auszusprechen.

„Nicht wahr, Herr von Bismarck", fragte der alte Ackerbürger Gärtner, indem er, die Hand militärisch an seine preußische Soldatenmütze legend, mit auswärtiger Beinsetzung an ihn herantrat, „mit die Berliner Demokraten ist wol schlecht Kirschen essen? Wir haben schon unsere Noth, daß wir mit unsere Rathenower fertig werden."

„Besser Hammer als Amboß!“ versetzte Bismarck, ihm auf die Schulter klopfend; „nur muthig angegriffen, sie werden schon weichen.“

Er ergriff die Thürklinke und wollte eben hinausgehen, da kam der Schornsteinfegermeister Wolf etwas eilig und aufgeregt von der Straße zurück und flüsterte ihm ins Ohr: „Herr von Bismarck, gehen Sie nicht hinaus! Sie wollen Ihnen draußen zu Leibe gehen.“

„Ei, glauben Sie doch den Bläffern nicht!“ sagte Bismarck und schritt kaltblütig hinaus auf die Straße.

Wirklich hatten sich auf die Nachricht, daß Bismarck im Saale anwesend sei, neugierige und böswillige Volkshaufen vor dem Rose'schen Hause versammelt, umdrängten den Eingang und empfingen den Hinaustretenden mit Zischen, aber Meister Wolf und der Stadtschreiber Noack wichen nicht von seiner Seite und bahnten ihm eine Gasse nach dem „Deutschen Hause“ in der Berliner Straße, wo er sein Absteigequartier genommen hatte. Als aber Bismarck bald darauf wieder hinaustrat und an der Seite des Rittergutsbesitzers von Stechow im Wagen Platz nahm, um nach dessen Gute Kotzen hinauszufahren, hatte der Zudrang und das Lärmen auf der Straße noch zugenommen. Mehrere Steine flogen über seinen Kopf hinweg, einer auch in den Wagen hinein und verwundete ihn am linken Arm. Im ersten Schmerz und voll Unwillens hob Bismarck den Stein auf, richtete sich in seiner ganzen Gestalt im Wagen empor und schleuderte das demokratische Geschoß verächtlich unter die Menge zurück, die alsbald nach beiden Seiten Bahn machte.

Bei den Neuwahlen zur Zweiten Kammer wurde Bismarck in demselben Kreise wieder gewählt. In dieser Kammer, für welche die Regierung ein neues Wahlgesetz unter Eintheilung der Wähler in drei Steuerklassen veröffentlicht hatte, und welche demnächst am 7. August 1849 in Berlin zusammentrat, hatten die Konservativen entschieden das Uebergewicht. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Revision und endgiltigen Feststellung der preußischen Verfassung. Außerdem wandte sie ihre Aufmerksamkeit auch der deutschen Frage zu.

An Preußen war es, dem deutschen Volke für das Scheitern der vom Frankfurter Parlament berathenen Reichsverfassung Ersatz zu bieten. Durch Niederwerfung der revolutionären Bewegung in vielen Gegenden Deutschlands suchte Preußen das Vertrauen der Regierungen zu gewinnen; gleichzeitig knüpfte die preußische Regierung Verhandlungen mit den deutschen Mittelstaaten an, um unter Anlehnung an die Frankfurter Berathungen die Grundzüge für die Verfassung eines deutschen Bundesstaats unter preußischer Führung festzustellen. Ein „Dreikönigsbund“ zwischen Preußen, Hannover und Sachsen sollte den Weg dazu bahnen.

Der zwischen diesen Staaten vereinbarte Entwurf unterschied sich von dem Frankfurter Verfassungswerke durch die Gewährung größerer Rechte an die Regierungen der Einzelnstaaten und durch die Bestimmungen in Betreff der

höchsten Gewalt, welche nicht einem Kaiser der Deutschen, sondern einem preußischen Reichsvorstande an der Spitze eines Fürstenkollegiums mit sechs Stimmen übertragen war; das aufschiebende Einspruchsrecht des Reichsoberhaupts gegen die Beschlüsse des Volkshauses war für den Reichsvorstand in ein unumschränktes umgewandelt.



Volksscene in Rathenow.

Die Bestrebungen Preußens, auf diese Weise den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen, fanden auch den Beifall derjenigen Männer, welche früher zu den Gemäßigten im Frankfurter Parlament gehörten. Mehrere frühere Mitglieder des Parlaments fanden sich auf Antrieb Gagern's, Dahlmann's und Mathy's im Juni in Gotha zusammen und beschlossen für die Durchführung der von Preußen dargebotenen Verfassung, welche sie als eine unverbrüchliche

Zusage der preußischen Regierung an die deutsche Nation betrachteten, nach Kräften mitzuwirken.

Auch in den preußischen Kammern ward ein Antrag von Camphausen eingebracht, welcher bezweckte, die preußische Regierung auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu drängen und den Rechtsbestand der zwischen der preußischen und den mit ihr verbündeten Regierungen vereinbarten Verfassung nur von der Zustimmung des demnächst zu berufenden Reichstages abhängig zu machen. Als Vertreter der preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen legte der geistvolle und redegewandte General von Radowitz den Standpunkt der Regierung vor der Zweiten Kammer in einer glänzenden Rede dar. „Preußen", so sagte er am Schlusse derselben, „hegt keine selbstsüchtigen Pläne, sondern es erfüllt schwere Pflichten; es will nicht nehmen, sondern geben; es bedarf keiner Hülfe, keiner Stärkung. Sein Staatsleben ist stark genug gewesen, nicht blos um die größten inneren Gefahren durch seine eigenen Kräfte zu bewältigen, sondern auch um seinen bedrängten Genossen, dem dankbaren wie dem undankbaren, die rettende Hand zu bieten. Es hat dies vermocht, als es allein stand, es wird es ferner vermögen, wenn der deutsche Bundesstaat nicht gelänge, nach dem wir mit allen Kräften ringen werden, die uns zu Gebote stehen, sei es im Verein mit allen deutschen Staaten oder mit vielen oder wenigen!... Preußen will das gute Recht des kleinsten deutschen Staates wahren, aber auch das gute Recht der großen deutschen Nation."

Der Enthusiasmus, welchen diese Rede in der Kammer erregte, ging weit über die von dem Ministerium gewünschte Wirkung hinaus, da dieses durch die vielen Umschweife und Vorbehalte der sächsischen und hannoverschen Regierung schon schwankend geworden war und das Vertrauen zu seinem eigenen Werke verloren hatte. Jetzt beschloß dasselbe, vor der Kammer gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem es die Annahme des Camphausen'schen Antrags als ein Vertrauensvotum ansehen zu wollen erklärte, wünschte aber im Stillen mehr die Ablehnung desselben.

Bismarck gehörte in der Zweiten Kammer zu den wenigen Gegnern der durch Radowitz vertretenen Einheitsbestrebungen, hauptsächlich weil er besorgte, daß dieselben nur eine Schwächung der preußischen Macht zu Gunsten der deutschen Kleinstaaten und des Reichstags zur Folge haben würden, und weil er mit Recht an dem ernsten Willen der Regierung zweifelte, ihre Pläne gegen den offenen Widerspruch Oesterreichs und trotz der drohenden Haltung der beiden Nachbarmächte Rußland und Frankreich durchzuführen. Deshalb sprach er sich auch gegen den Camphausen'schen Antrag aus. Gegenüber Denjenigen, welche behaupteten, daß schon Friedrich der Große mit seinem Fürstenbunde ähnliche Zwecke verfolgt habe wie die gegenwärtige Unionsverfassung, sagte Bismarck (6. September): „Ich glaube vielmehr, Friedrich II. hätte sich an die hervorragendsten Eigenthümlichkeiten preußischer Nationalität, an das

kriegerische Element in ihr gewandt, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seine Reize für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich nun um die Vertheidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Oesterreich, anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Oesterreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten, oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Rechte, mit welchem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen! Sie hätte Preußen in Gemeinschaft mit Oesterreich oder für sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt" ...... „Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben", so schloß Bismarck seine Rede; „ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntniß der preußischen Armee, das Bekenntniß der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe zu Gott, daß wir noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier verweht sein wird wie ein dürres Herbstblatt."

Es ist erklärlich, daß der kriegerische Klang dieser Rede den sanftmüthigen Gothaern ein gewisses Grauen verursachte. Bismarck saß wieder auf dem Schlachtrosse. In seinen Reden klangen bereits, wie das Schmettern der Kriegstrommete, die Thaten voraus, mit welchen er selbst die Einheitsbewegung später zum Ziele führen sollte. Die Liberalen aber hörten nur eine gründliche Mißachtung der treibenden Ideen im Volke heraus; sie sahen in Bismarck nur die unbildsame, heißspornige Natur eines im beschränkten Ideenkreise aufgewachsenen märkischen Junkers und gaben ihn für das deutsche Volk verloren; ja der Abgeordnete Beckerath sagte am folgenden Tage in der Kammer mit Anspielung auf Bismarck unter dem heitern Beifall der Linken: „Wo viel Licht ist, da ist viel Schatten; das große deutsche Vaterland muß auch einen verlorenen Sohn haben." Bismarck aber erklärte, der Vergleich passe nicht auf ihn, denn der verlorene Sohn habe sein Vaterhaus verlassen, um anderswo sein Glück zu suchen, er aber wolle sein Vaterhaus, Preußen, gerade nicht verlassen.

Bald mußte die preußische Regierung die Erfahrung machen, daß die Regierungen der anderen Staaten sich nur so lange ihrer Führung anvertrauen wollten, als sie ihres Schutzes gegen die revolutionäre Bewegung bedurften. Schon am 4. Oktober schrieb Bismarck (an den Stadtverordnetenvorsteher Meus zu Rathenow): „In der deutschen Sache sagen sich Sachsen und namentlich Hannover mit wachsender Entschiedenheit von dem Dreikönigsbunde los,

und unsere Regierung steht noch zögernd mitten inne zwischen dem Wunsche, den einmal durch Herrn von Radowitz'schen Einfluß betretenen Weg ohne offenen Widerruf zu verlassen, und zwischen dem Bedürfniß, eine neue Centralgewalt für die Angelegenheiten von ganz Deutschland hergestellt zu sehen"...... Ehe noch die Wahlen zu dem ersten Reichstag angeordnet werden konnten, hatten Hannover und Sachsen unter Vorwänden ihren Rücktritt vom Dreikönigsbunde erklärt. Nur mit einer Anzahl kleiner Staaten hielt Preußen die Union noch aufrecht.

Für den 31. Januar 1850 wurden die Wahlen zum Volkshause anberaumt, als dessen Versammlungsort Erfurt bestimmt war. Auf eine Anfrage aus Rathenow erklärte sich Bismarck sehr gern bereit, eine Wahl nach Erfurt anzunehmen; „denn es scheint mir gerade dort sehr nothwendig", schrieb er, „daß Preußen, welches die einzige gesunde und kräftige Grundlage einer engeren Einigung Deutschlands bilden kann, dort gegen die auflösenden und schwächenden Angriffe der sogenannten Großdeutschen und Frankfurter vertheidigt werde. Wir laufen dort Gefahr, die erheblichsten Opfer an unserer Macht und namentlich an unserer Steuerkraft zu bringen, ohne etwas Anderes, als eine Verminderung unserer Selbständigkeit zu Gunsten der kleinen Staaten zu erreichen."

Am 20. März wurde das Unionsparlament in Erfurt eröffnet. Das war ein sehr verschiedenes Bild von dem in der Paulskirche, welches die Herren auf den schwarzrothgoldenen Sitzen im Schiffe der Augustinerkirche boten. Die Partei der ehemaligen Linken in Frankfurt, der Vogt, Simon u. s. w., fehlte ganz; dafür sah man jetzt auf der äußersten Rechten auch die Männer der preußischen Kreuzzeitung, die Stahl, von Gerlach und neben diesen die Kleist-Retzow, Bismarck-Schönhausen u. s. w. tagen. Den Hauptsatz des Programms dieser Partei sprach der Abgeordnete Stahl (am 8. April) im Volkshause am treffendsten mit den Worten aus: „Darum ist unsere Losung nicht: Bundesstaat um jeden Preis, sondern: Unversehrtheit der preußischen Krone um jeden Preis!" Wie sehr auch der Abgeordnete für Brandenburg von diesem Grundsatze ausging, geht daraus hervor, daß er am 24. April dieselben Worte auf ein Albumblatt für Professor Stahl schrieb. Die überwiegende Mehrheit in der Versammlung hatte jene kleine Schar freimüthiger Vaterlandsfreunde unter Führung von Gagern, Beckerath, Simson, Mathy u. A., welche trotz aller Trübungen, die das Einigungswerk in der letzten Zeit erfahren hatte, dennoch mit Hingebung die mühevollen Bestrebungen der preußischen Regierung unterstützten, um aus den Stürmen der Bewegungsjahre wenigstens einen Keim zu künftiger Entwickelung zu retten. Aber was war es für ein deutscher Reichstag, an welchem außer Preußen nur eine Anzahl deutscher Kleinstaaten Theil nahmen, und in dem der große bayrische, der schwäbische und sächsische Volksstamm gar nicht oder nur in kleinen Bruchtheilen vertreten waren!

Die Eröffnung erfolgte mit einer begeisterungsvollen Rede des preußischen Regierungsbevollmächtigten von Radowitz. „Deutschland", sagte er, „darf und muß fordern, daß ein wahrhaftes Gesammtwesen seine einzelnen Staaten umschließe, seine einzelnen Glieder zu einem lebendigen Körper verbinde. Dieses Bedürfniß ist lange verkannt und den selbstsüchtigen Bestrebungen ausschließlich freier Spielraum gelassen worden. Ich möchte nicht schmerzliche Erinnerungen hier berühren oder die Anklagen wiederholen, von denen jedes Glied des Ganzen betroffen wird; ich sage jedes! Einmal erweckt, ist der Geist nicht wieder zu bannen; er kann zeitweise schlummern, zumal wenn er sich eben in wildem Rausche kundgegeben, aber er wird immer wieder erwachen. Die nationale Bewegung kann rückläufig werden, aber, wenn Sie mir das mathematische Gleichniß erlauben: die rückläufige Bewegung ist nur scheinbar, sie gehört einer geschlossenen Kurve an, sie muß wieder rechtläufig werden, sie muß ihre Bahn von der Sonnenferne wieder hinlenken zur Sonnennähe, so gewiß es ein höheres Gesetz im Leben der Nationen giebt!" — —

Was mochte bei diesen mit gehobener Stimme gesprochenen Worten des geistreichen Vertreters der Unionsidee der künftige Schöpfer der wirklichen Einheit Deutschlands wol empfinden! — Alle Einheitsbestrebungen Radowitz' und seiner Anhänger im Unionsparlament ohne den Nachdruck einer reellen Macht däuchten ihm ein leeres Schattengreifen, und er behauptete, daß die Parteien zu dieser Verfassung bald stehen würden wie in einer Lafontaine'schen Fabel zwei Aerzte zu dem Patienten, dessen Leiche sie verlassen; der eine sagt: „Er ist todt, ich habe es gleich gesagt"; der andere: „Hätte er meinen Rath befolgt, so würde er noch leben."

Der Schwerpunkt der deutschen Frage lag damals nicht im Parlamente, sondern in den Regierungen. Die preußische Regierung zögerte selbst, den Verfassungsentwurf in seiner ursprünglichen Vorlage durchzuführen, und erwartete vom Reichstage Abänderungen und Streichungen; ja sie hätte es vielleicht nicht ungern gesehen, wenn der Reichstag den ganzen Entwurf abgelehnt hätte. Dennoch wurden (13. April) die Vorlagen fast unverändert im Volkshause und demnächst auch im Staatenhause angenommen. Am 29. April wurde der Reichstag, der damit seine Arbeiten beendigt hatte, geschlossen.

Schon bei dem darauf in Berlin tagenden Fürstenkongresse zeigte sich die Abneigung mehrerer Regierungen, der preußischen Führung bei der Durchsetzung des Unionswerkes bis an die äußerste Grenze zu folgen, während andererseits die preußische Regierung nicht den Ernst zeigte, um die von der Union abfallenden Staaten auch gegen ihren Willen festzuhalten.

Jetzt aber trat Oesterreich, nachdem es die aufgestandenen Nationalitäten im eigenen Reiche mit russischer Hülfe gewaltsam seinem Scepter wieder unterworfen hatte, gestützt auf die Zustimmung der Mittelstaaten, immer feindseliger

den preußischen Unionsplänen entgegen. Schon im September 1849 hatte Oesterreich die preußische Regierung zur gemeinschaftlichen Einsetzung einer vorläufigen Bundescentralgewalt von zwei österreichischen und zwei preußischen Bevollmächtigten bewogen; jetzt forderte der Minister Fürst Schwarzenberg zur Beschickung einer Plenarversammlung des Bundes in Frankfurt a. M. (am 11. Mai 1850) auf und erließ mit denjenigen Regierungen, welche dieser Aufforderung nachgekommen waren, eine Einladung zur Wiedereröffnung des Bundestags auf den 1. September.

Wieder hatte die deutsche Nation zwei Häupter, ein Fürstenkollegium zu Erfurt unter Preußens, einen Bundestag zu Frankfurt unter Oesterreichs Leitung. Die Deutsche Frage drohte zu einer Machtfrage zwischen Preußen und Oesterreich anzuwachsen, aber die begeisterte Theilnahme des Volkes war weder im österreichischen Heerlager, wo man für die verrotteten Satzungen des unvolksthümlichen Deutschen Bundes stritt, noch im preußischen, welches statt Deutschlands Einheit und Freiheit nur die Union auf seine Fahnen schrieb.

Der Gegensatz der beiden Mächte schärfte sich durch ihre verschiedene Stellung in den kurhessischen Verfassungswirren und in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit. Schon standen den zur Vollziehung der Bundesexekution in Hessen eingerückten österreichisch-bayrischen die zum Schutze der verfassungstreuen Bevölkerung herbeigerufenen preußischen Truppen bei Fulda so nahe gegenüber, daß das „Mißverständniß von Bronnzell" leicht das Signal zum Ausbruch des blutigen Bürgerkrieges hätte werden können, da trat eine verhängnißvolle Wendung in der preußischen Politik ein. König Friedrich Wilhelm IV., der noch immer an den Ueberlieferungen der Heiligen Alliance festhielt und einem Kriege mit Oesterreich in innerster Seele abgeneigt war, rief den Kaiser Nikolaus von Rußland zum Schiedsrichter zwischen den beiden Mächten an. Dieser aber sprach sich zu Warschau gegen den Leiter der preußischen Politik Grafen Brandenburg in einer sein vaterländisches Ehrgefühl auf das Tiefste kränkenden Weise aus, so daß er erschüttert und krank nach Berlin zurückkehrte, wo er wenige Tage darauf (6. November) starb, noch in seinen Fieberphantasien zur Vertheidigung des Vaterlandes rüstend. Sein Nachfolger als Ministerpräsident, Freiherr von Manteuffel, übernahm zugleich das auswärtige Ministerium, welches Radowitz nur wenige Tage geführt hatte, und trat die verhängnißvolle Reise nach Olmütz zur Begegnung mit dem österreichischen Minister Fürsten Schwarzenberg an. Die ganze preußische Armee wurde aufgeboten, um den Rückzug der preußischen Politik zu decken. Am 21. November wurde zwischen Preußen und Oesterreich die Uebereinkunft zu Olmütz geschlossen, nach welcher Preußen der Bundesexekution in Hessen und Holstein theils freien Lauf ließ, theils sich anschloß, die Union aufgab und die Ordnung der deutschen Verfassungsangelegenheit den noch vor Ablauf des Jahres in Dresden zusammentretenden Konferenzen von Bevollmächtigten aller deutschen

Staaten unter Oesterreichs Vorsitz anheimgab. Das Ergebniß dieser Ministerberathungen war die Wiedererweckung des Deutschen Bundes.

Was Bismarck vorhergesehen, war eingetroffen. Die Etappe von Erfurt mußte entweder nach Olmütz oder auf das Schlachtfeld führen. Es war eine Ungerechtigkeit der öffentlichen Meinung zu jener Zeit, daß sie die Verantwortung für Olmütz den Gegnern der Unionspolitik, insbesondere der sogenannten feudalen Partei, zuschob; sie trifft vielmehr Diejenigen, welche diese Politik gebilligt und dazu ermuntert haben und doch vor ihren letzten Folgen zurückscheuten. Der Name „Olmütz" wurde seitdem das gemeinschaftliche Stichwort für alle Gegner des Ministeriums Manteuffel. Nichts ist diesem „Ministerium der rettenden That" so schwer verdacht worden, als jene Uebereinkunft, durch welche der preußische Nationalstolz, das vaterländische Ehrgefühl sich auf das Tiefste gekränkt fühlten.

In der Zeit der Krisis, kurz vor Eröffnung der Kammern, die am 21. November erfolgte, wurde Bismarck nach Berlin berufen und zu einer Unterredung mit dem Kriegsminister von Strotha eingeladen. Letzterer bat ihn, dort zu bleiben, um die regierungsfreundlichen Abgeordneten zu empfangen und ihnen auseinanderzusetzen, daß die militärische Lage Preußens einen Aufschub der Feindseligkeiten erfordere, da man den Oesterreichern, die seit Jahr und Tag vorbereitet, nur zwischen Elbe und Oder eine und zwar unzulängliche Macht entgegenstellen könnte, so daß Berlin wahrscheinlich im ersten Anlauf genommen würde und die mobilisirten Truppen in zwei getrennten Aufstellungen, östlich und westlich, zusammengezogen werden müßten. In diesem Sinne sprach sich Bismarck gegen den damaligen Leiter der Regierungspartei, Justizrath Geppert, und später gegen mehrere andere Abgeordnete aus. Ohne jenen Auftrag würde seine Thätigkeit, auch auf der Tribüne, vielleicht eine andere gewesen sein.

Es war eine schwere Aufgabe für Bismarck, das Ministerium gegen die Angriffe in der Zweiten Kammer in Schutz zu nehmen. Er übernahm sie in dem Gefühl, daß die Regierung gerade jetzt, nachdem der verhängnißvolle Schritt gethan und nicht mehr rückgängig zu machen war, der Unterstützung und Stärkung gegen ihre Feinde bedürfe, um das Ansehen des Staates nach außen wieder zu heben. Die Rede, welche Bismarck in dieser Sache (3. Dezember 1850) in der Zweiten Kammer hielt und in welcher er die Gemeinsamkeit der österreichischen und preußischen Interessen zur Bekämpfung der Revolution hervorhob, wurde vielfach so gedeutet, als ob er die Olmützer Punktationen selbst gebilligt und der Unterordnung Preußens unter Oesterreich sowie der Herstellung des Bundestages das Wort geredet habe; dieser Eindruck war noch nicht verwischt, als Bismarck zwölf Jahre später an die Spitze des preußischen Ministeriums berufen wurde.

Drei Jahre voll Erregung und Hoffnung für die Wiederbelebung deutscher Macht und Einheit waren seit den Märztagen des Jahres 1848 im Strom der

Zeit dahin gegangen, von allem Ringen und Streben der Edelsten aus dem Volke war fast keine sichtbare Spur geblieben; eine mühsame Volksarbeit, mit Begeisterung begonnen, unter lebhaften geistigen Kämpfen fortgeführt, war in nüchterner, begeisterungsarmer Zeit unvollendet liegen geblieben, und dennoch waren auch diese Jahre voll bitterer Täuschungen eine Vorstufe, welche dem deutschen Volke nicht erspart werden konnte, um das ersehnte Ziel — wenn auch auf ganz anderem Wege, als gedacht — dereinst zu erreichen.

Für Bismarck war diese Zeit von hoher Wichtigkeit und reich an Lehren gewesen. Er hatte auf verschiedenen parlamentarischen Fechtböden alle Parteien kennen gelernt, mit denen er später zu rechnen haben sollte, von den Altliberalen und den sogenannten Revolutionären in Glacéhandschuhen bis zu den rothen Sozialdemokraten, den Männern mit der schwieligen Faust, von den aufklärungslüsternen Freigeistern bis zu den Aposteln der neupreußischen Doktrin und den starren Ultramontanen in der Knechtschaft Roms, und mitten unter ihnen stand er, der preußische Junker, „ein verlorener Sohn des großen Vaterlandes", wie Beckerath ihn genannt, von allen Seiten angegriffen und verfehmt, aber nicht zuwartend und leidend, sondern trutzig, wehrkräftig und schlagfertig. Alle Mißgriffe der preußischen Politik seit dem Zusammentreten des ersten Vereinigten Landtags, das Scheitern der deutschen Einheitsbestrebungen, die Schmach von Olmütz, die Kläglichkeit der nun beginnenden Reaktionsperiode wurden der sogenannten Junkerpartei zugeschoben, aber mit unerschrockenem Muthe erwiederte Bismarck auf die immer wiederkehrenden Angriffe in der Zweiten Kammer: „Ich bin stolz darauf, ein preußischer Junker zu sein, und fühle mich durch diese Benennung geehrt. Die Whigs und Tories waren auch Ausdrücke, die ursprünglich etwas Geringschätziges bedeuteten, und seien Sie versichert, wir werden unsererseits auch noch den Namen des Junkerthums zu Ehren und Ansehen bringen."

Bismarck hatte unter den Kämpfen der Zeit auch in der deutschen Einheitsidee das edle Metall von den Schlacken unterscheiden gelernt; er hatte erkannt, daß ein großes vaterländisches Ziel nicht mit glänzenden Reden und Kammermajoritäten, nicht mit diplomatischen Kunstgriffen und militärischen Scheindrohungen erreicht werden könne, sondern daß dazu vor Allem der thatkräftige Wille und der Nachdruck einer reellen Macht nöthig sei. Darum wünschte er, zuerst sein engeres Vaterland groß und mächtig zu wissen durch die Eintracht zwischen König und Volk und durch ein starkes, waffenbereites Heer, um durch Preußen das gesammte Deutschland zu Macht und Ansehen erhoben zu sehen.

Zu der Zeit, als über dem Grabe deutscher Hoffnungen der alte Bund wieder aufgerichtet wurde, brauchte König Friedrich Wilhelm IV. als Vertreter Preußens am Bundestage zu Frankfurt a. M. einen Mann, der vor dem auf dem hinfälligen Baugerüste des Deutschen Bundes aufgepflanzten Habsburgischen Geßlerhute bedeckten Hauptes und muthigen Herzens vorüberschreiten

konnte, ohne den kaum besänftigten Zorn des Hauses Oesterreich gegen Preußen von Neuem auflodern zu machen. Der König hatte in letzter Zeit öfters das Auge auf Bismarck geworfen; er hatte auch nicht vergessen, daß Bismarck in den Märztagen 1848 ein Schreiben voll wahrer Treue und Ergebenheit an ihn gerichtet, das seinem Herzen wohlgethan. Schon bei der Rückkehr des Prinzen von Preußen aus England im Juni 1848 erhielt Bismarck von Friedrich Wilhelm IV. die Aufforderung, zu dessen Begrüßung nach Potsdam zu kommen. Seitdem war er öfters zu Hofe und zu den königlichen Hofjagden geladen worden. Während der Ministerkrisen wurde ihm der Auftrag, einzelne Persönlichkeiten für den Eintritt in die Ministerien Pfuel und Manteuffel zu gewinnen. Bismarck hatte manche ablehnende Antwort zurückzubringen. Die meisten sagten, sie würden später gern eintreten, glaubten aber, daß zunächst ein reines Beamtenministerium Ruhe und Ordnung herstellen müßte. Auch bei Gelegenheit der Ernennung Manteuffel's hatte Bismarck mit demselben in seiner Wohnung eine mehrstündige Unterredung, um seine letzte Weigerung zu überwinden, was ihm schließlich auch gelang.

Die Ernennung Bismarck's nach Frankfurt war der eigenste Gedanke des Königs. Die Nachricht davon traf Bismarck völlig unerwartet, als er sich während der Vertagung des Landtags in den Osterferien zu Reinfeld aufhielt. Er erwog die großen Schwierigkeiten, welche diese Stellung gerade zu dieser Zeit haben müßte, aber je mehr er prüfte und überlegte, desto mehr reizte ihn die Rolle. Zum ersten Male konnte er dort an hervorragender Stelle, gleichsam auf der Hochwacht, seinem Throne und Vaterlande in einem größeren Wirkungskreise seine Dienste widmen, zum ersten Male der schlichte Landedelmann mit keinem anderen Orden oder Bande, als dem einfachen Zeichen der Rettungsmedaille auf der Brust, unter all' den besternten und bebänderten Excellenzen im Thurn und Taxis'schen Palaste den Namen des preußischen Junkers in der That zu Ehren bringen. Er ging zum Landtage nach Berlin zurück, besuchte den Minister von Manteuffel und erfuhr von diesem, daß der König ihn zu sprechen wünsche.

In Sanssouci war der König in seinem Arbeitszimmer; die sorglose Heiterkeit, die er stets seiner Umgebung im geselligen Zirkel zeigte, war verschwunden, wenn der Ernst seines königlichen Berufs an ihn herantrat. Wie hatte seine Regierung seit ihrem glänzenden Sonnenaufgange doch so schmerzliche Trübungen erfahren, die bitteren Täuschungen der letzten Jahre drückten auf sein Gemüth, nun war auch der alte Waffengenosse Oesterreich, dem zu Gefallen er das gezückte Schwert wieder in die Scheide zurückgeführt hatte, zu einem lauernden Gegner geworden. Es war dem Könige eine wahre Erquickung, als er in das offene männliche Gesicht des treuen Vorkämpfers seiner Krone, von Bismarck, sah. Auf den ersten Bericht Manteuffel's, daß Bismarck bereit sei, die Ernennung anzunehmen, hatte der König den Eindruck empfangen,

daß letzterer sich doch sehr rasch entschlossen habe. Er fragte ihn daher, ob er auch die große Wichtigkeit und die Schwierigkeiten dieser Stellung gehörig erwogen habe; er bewundere seinen Muth. Bismarck erwiederte, des Königs Muth, ihn zu ernennen, sei größer als der seinige anzunehmen. „Euer Majestät können es ja mit mir versuchen", fügte er mit freimüthiger Bescheidenheit hinzu; „geht es nicht, so ist es ja leicht, die Ernennung rückgängig zu machen."

Es lag in dem Tone dieser Worte ein so entschlossener Muth, eine so feste Zuversicht, daß der König fast erstaunt war. Mit wohlwollender Miene sagte er: „Versuchen Sie es mit Gott!" —




ZWEITE ABTHEILUNG
CONSTANTINI
Wander-Jahre
1864
8·Oct
1862
18. AUG
1851
VIRIBUS UNITIS
TSCHER
BUNDES
TAG

„Meine Kräfte gehören dem Vaterland."
Wilhelm, Prinz von Preußen.



Der Eschenheimer Thurm.

Neuntes Kapitel.

Am Deutschen Bunde.

Ihr sollt die Stimmen wägen und nicht zählen,
Der Staat muß untergeh'n, früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.
Schiller.

Die Stadt Frankfurt gehört zu denjenigen deutschen Städten, deren Namen uns fast an jedem Wendepunkte in der deutschen Geschichte begegnen. Welches reiche geschichtliche Leben spielte innerhalb ihrer Stadtmauern von der Zeit an, als Karl der Große hier mit seinen Franken durch die Furt des Main ging, um die jenseit desselben lagernden Sachsen zu bekämpfen, bis von den Abgeordneten des deutschen Volks in der Paulskirche eine deutsche Reichsverfassung berathen wurde, die nie ins Leben treten sollte! Welche mächtige Vergangenheit schaut von den Wänden des alten Römersaals in dem hohen, dreigiebligen Rathhause droben, wo die

Bilder der deutschen Kaiser, die hier gekürt und gekrönt wurden, in den Nischen hängen bis auf Franz II., den letzten deutschen Kaiser, bei dessen festlichem Krönungsmahle der junge Goethe auf der Schwelle neugierig durch eine geöffnete Seitenthüre zuschaute! — Seltsamer Weise fügte es sich, daß das letzte Kaiserbild auch die letzte Nische füllte, und daß für das Bild des Erzherzog-Reichsverwesers, jenes Kaiserschattens, den die Frankfurter Nationalversammlung für kurze Zeit in's Leben beschworen, kein anderer Platz blieb als über einer verkleideten Seitenthüre.

Aber das Frankfurt, in welchem Goethe seine Kindheit und früheste Jugend verlebte, war weit verschieden von der freien Reichs- und Bundesstadt, in der Otto von Bismarck seine staatsmännische Laufbahn begann. Die alte Reichsstadt hat mit den Ringmauern und Thürmen ihre finster ehrbare Miene abgelegt und schaut aus dem Kranze blühender Gärten und Anlagen voll heiterer Anmuth und Lebenslust hervor. Ueberall Regsamkeit, Wohlleben, Reichthum! — Nur hie und da erinnert noch ein verwittertes Gemäuer an die mittelalterliche Vergangenheit, so der epheuumsponnene Thurm mit der neunfach durchlöcherten Wetterfahne, dem Wahrzeichen Frankfurts, am Ausgange der Eschenheimer Gasse, in welcher der ehemalige Palast des Reichspostmeisters Fürsten Thurn und Taxis, zur Zeit Sitz der Bundesversammlung und Residenz des österreichischen Bundespräsidialgesandten Grafen Thun, liegt.

Auch in geselliger Beziehung hat Frankfurt seit Goethe's Zeiten eine sehr veränderte Miene angenommen. Noch bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts waren die Juden dort kastenhaft für sich abgeschlossen und auf eine zwischen zwei Mauern eingeschlossene, mit drei Thoren verwahrte enge Gasse, deren schwarze Häuser die überhängenden Giebel gegen einander kehrten, beschränkt und mußten das Recht, an Sonn- und Festtagen die Gasse verlassen und das Stadtthor passiren zu dürfen, mit hohen Abgaben erkaufen. Jetzt bildete der Orient ein bedeutsames Element in der Frankfurter Gesellschaft, und die Namen zweier mächtigen Potentaten, die aus demselben hervorgegangen, sind in Aller Munde, die Namen Rothschild und Börne.

Die moderne Gesellschaft bewegte sich in zwei Sphären: in der einen Wohlstand und Freiheit und der Wunsch, beide zu frohem Lebensgenuß zu gebrauchen, aber der Mangel an gewissen wirklichen und eingebildeten Vorzügen, die außer den Gütern des Lebens noch begehrenswerth erscheinen; in der anderen vornehme Namen und die Ehre des Amtes, verbunden mit Rang, Titeln, Orden und der angenehmen gesellschaftlichen Gewohnheit, aber der Mangel an Mitteln, um diese glänzenden Eigenschaften zur vollen Geltung bringen zu können. So konnte es nicht ausbleiben, daß beide Welten einander durch das Lorgnon des Spottes betrachteten und doch — je länger, je mehr — einander unentbehrlich wurden. Die eine liebte es, ihren Reichthum zur Schau zu tragen, ihre offenen Equipagen um die Mittagszeit die Zeil entlang rollen zu lassen

oder in prachtvollen Toiletten Abends in den Salons zu glänzen; die andere entfaltete ihren Glanz auf der Parade und an der grünen Tafelrunde im Thurn und Taxis'schen Palais. Wenn aber an schönen Sommernachmittagen die Offiziere in ihren schimmernden Uniformen, die jungen Attachés der Gesandtschaften mit den Bändchen im Knopfloch in den breiten Alleen der vorstädtischen Anlagen auf edlen Rossen dahertrabten, dann ward in den Patrizierlandhäusern zur Seite hin und wieder eine Gardine gelüpft, und von den mit Blumen besetzten Balkons leuchteten ferntreffende Blicke in das Dunkel der Baumgänge hinab.



Eintritt in das Bundespalais.

Beide Welten empfingen damals Licht und Wärme von der Sonne Oesterreich. Die österreichische Staatskunst hatte nicht allein bei Olmütz gesiegt, ihr Einfluß herrschte auch am Bundestage, in der Presse, in den Kabinets der kleinen Fürsten, ja er drang bis in die Boudoirs der Schönen. Sie verstand es, die Rollen so zu vertheilen, daß in den tonangebenden Zirkeln Oesterreich stets durch die angenehmsten Persönlichkeiten vertreten war. Das lebenslustige Frankfurt aber zollte Beifall und Bewunderung dem österreichischen Feldmarschallleutnant, der mit seinen ungarischen Juckern in offener Chaise, einen Mohren vorn auf dem Bocke, einen Groom hinten auf dem Bedientenbrete, durch die Gassen fuhr und zutrauliche Grüße nach den Erkerfenstern rechts und links hinaufsandte; es sah jedoch vornehm auf den preußischen General herab,

der kein höheres Interesse kannte, als den Dienst seines Königs und Herrn, und nannte ihn achselzuckend einen „ehrenwerthen Mann". Ganz Frankfurt war schwarzgelb, von dem Wappen über dem Bundespalais bis zu den Cotillonschleifen der Damen.

In dieses Frankfurt trat (Mai 1851) Otto von Bismarck, zunächst als Rath bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft, ein homo novus, ein und empfing oder vielmehr sollte seine nächsten Instruktionen von dem bisherigen Gesandten, Generalleutnant von Rochow, empfangen; aber sei es, daß dieser mit einem Anfluge von Eifersucht in dem ihm zugedachten Nachfolger das größere Licht ahnte, sei es, daß er ihm die Fähigkeit zuerkannte, mit eigenen Augen klarer zu schauen, kurz, die Instruktionen fielen ziemlich dürftig aus. Bismarck benutzte indessen die erste Zeit seines Aufenthalts in der Mainstadt, um aus eigener Anschauung den Boden für seine künftige Thätigkeit kennen zu lernen. Er erforschte die Presse, wohnte den Vorträgen bei Herrn von Rochow bei, machte Besuche bei seinen diplomatischen Kollegen in Frankfurt und an den benachbarten Höfen von Darmstadt, Bieberich und Karlsruhe; er nahm auch an diplomatischen Raout's Theil, wie z. B. an dem Galadiner zum Geburtstage des Kaisers von Oesterreich, „wo für 20,000 Thaler Uniformen goldbeladen am Tische saßen."

Mit einem „Gemisch von Wehmuth und altkluger Weisheit" sah Bismarck von Frankfurt aus die Stätten wieder, wo er in den Tagen ungebundener, gährender Jugendzeit geweilt hatte. „Möchte es doch Gott gefallen," schrieb er (3. Juli 1851) an seine Gemahlin, „mit Seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner 21jähriger Jugend nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ. Wo und wie mögen † und Miß †† jetzt leben? wie Viele sind begraben, mit denen ich damals liebelte, becherte und würfelte; wie hat meine Weltanschauung in den 14 Jahren seitdem doch so viele Wandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die richtige Gestaltung hielt, und wie Vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien; wie Vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserm innern Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und werthlos welken, bis wieder 14 Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben! Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt, und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann" .....

Der Rhein und seine Rebenhügel übten noch dieselbe Anziehung auf Bismarck, wie ehedem. Wenn er an schwülen Sommernachmittagen den Staub und die Langeweile der Mainstadt hinter sich gelassen, mit der Bahn in das Rheingau gefahren war und sich von Rüdesheim bei Mondenschein im Kahn den Rhein hinab treiben ließ, dann lockten ihn auch jetzt noch die dunkelgrünen Wogen zum Baden. „Es ist etwas seltsam Träumerisches", schrieb er, „so in

stiller, warmer Nacht im Wasser zu liegen, vom Strome langsam getrieben, und den Himmel mit Mond und Sternen und seitwärts die waldigen Berggipfel und Burgzinnen im Mondlicht zu sehen und nichts als das leise Plätschern der eignen Bewegung zu hören; ich möchte alle Abende so schwimmen ....."

Um diese Zeit trat Bismarck auch in nähere Berührung mit dem Prinzen von Preußen, welcher das Militär-Gouvernement am Rhein und in Westfalen inne hatte und zu Truppenbesichtigungen öfters nach und durch Frankfurt kam. Am 11. Juli 1851 empfing der Prinz bei seiner Ankunft in Frankfurt auf dem Bahnhofe die Begrüßung der Bundestagsgesandtschaft sowie der höheren Offiziere. Bei dieser Gelegenheit erregte der junge Legationsrath in der Uniform eines preußischen Landwehrleutnants seine Aufmerksamkeit in um so höherem Grade, da derselbe ihm von dem General von Rochow als sein muthmaßlicher Nachfolger vorgestellt wurde. Er unterhielt sich in wohlwollendster Weise mit Bismarck, sprach aber doch auf dem Wege zum Hotel dem General von Rochow seine Bedenken darüber aus, daß ein so junger Mann für einen so wichtigen Posten ersehen sei. Trotzdem fand er an der Persönlichkeit Bismarck's besonderes Wohlgefallen und zeichnete ihn wiederholentlich durch Einladungen zu Soireen und zum Theater aus. In vertrautem Gespräche äußerte der Prinz auch gegen Bismarck seine Ansichten über die Wege der preußischen Politik, mit deren letzten Wendungen er bekanntlich nicht sehr einverstanden war; insbesondere betonte er die Nothwendigkeit der Stärkung der preußischen Wehrkraft, damit Preußen den Ereignissen der Zukunft mehr gerüstet und vorbereitet entgegengehen könne, als dies in den Tagen von Olmütz der Fall gewesen, und damit es im Rathe der Großmächte seine Stimme mit dem gehörigen Nachdruck geltend machen könne. Wir wissen, wie sehr diese Gedanken aus Bismarck's Seele gesprochen waren und wie bestrebt er war, denselben auch praktisch Anerkennung zu verschaffen.

Der König, welcher im August nach Mainz kam und sich Bismarck besonders wohlwollend erwies, mochte wol die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der „Versuch" mit dem jungen Diplomaten seine Wahl vollkommen rechtfertigte; denn am 18. August erhielt Bismarck seine Bestallung als Bundestagsgesandter an Rochow's Stelle. Sein Vorgänger schied, ohne ihm etwas Anderes zu hinterlassen, als eine leere Mappe für die Protokolle.

Einer der ersten Besuche des neuernannten Bundestagsgesandten galt dem ehemaligen leitenden Minister Oesterreichs, dem Fürsten Metternich auf Schloß Johannisberg. Es war gewiß eine denkwürdige Begegnung, das Zusammentreffen dieser beiden Männer; dort der Altmeister einer hinfällig gewordenen Staatskunst, welcher durch sein künstliches System länger als dreißig Jahre hindurch einen Zustand des Friedens und der Duldung in den österreichischen Staaten erhalten und die Bewunderung seiner Zeitgenossen damit erregt hatte, bis es unter der allgemeinen Erbitterung des Volks plötzlich zusammenbrach, —

hier ein hoffnungsvoller Anfänger, der, frei von aller systematischen Staatsweisheit, sich nur auf seine eigenen Anschauungen und Erfahrungen stützte und die alleinige Richtschnur für sein Handeln aus seiner Vaterlandsliebe entnahm; dort der Nestor unter den europäischen Staatsmännern, bei dessen Weisheit Fürsten und Minister zu Rathe gingen, bis das Steuerruder seiner matten Hand entsank und sein leckes Staatsschiff auf den Sturmwellen der Revolution schwankte, — hier der in der diplomatischen Welt noch wenig bekannte jugendliche Gesandte, der, ein festes Ziel — seines Vaterlandes Ehre und Größe — unverrückbar im Auge behaltend, mit hellem, gottvertrauendem Muthe allen Gefahren der Zukunft furchtlos entgegenging; dort der unter Jahren, Erfahrungen und Täuschungen gebeugte Greis, — hier der rüstige märkische Mann voll Zuversicht, Schöpfungsdrang und Thatkraft; so standen sich die Beiden gegenüber, wie Vergangenheit und Zukunft, und zwischen ihnen in hohen Römern perlte der Wein, der vor langen Jahren an diesen Berghängen gereift war, klar wie der Nibelungen Gold, und die Erdfeuergeister, die im Bunde mit Aether und Sonne den edlen Saft gebraut, horchten heimlich und kicherten leise, wenn die Römer zusammenklangen: noch eine solche Reihe von Jahren und welche Reden, welche Trinksprüche werden dann hier schallen, wenn derselbe Wein die Herzen labt! — —

Bei dem ersten Besuche brachte Bismarck drei Tage auf Schloß Johannisberg zu. Einige Zeit nachher fragte Graf Thun ihn: „Was haben Sie mit dem alten Herrn angestellt? er ist ganz entzückt von Ihnen." Bismarck antwortete: „Das Geheimniß ist sehr einfach; ich habe drei Tage lang mit dem Ausdruck der Intelligenz zugehört." Fürst Metternich erzählte nämlich sehr gern und sehr gut, am liebsten seine Erinnerungen aus der französischen Revolution, während welcher er in Straßburg studirte und seinen Hofmeister daselbst zu den Jakobinern übergehen sah.

Eine beiläufige Annehmlichkeit der ferneren Besuche auf dem Johannisberg war es, daß Bismarck das Herz des Kellermeisters gewann, welcher ihm in Blechgefäßen die Weine zu trinken gab, die auf die Tafel des Fürsten nur in Dessertgläschen kamen.

Wenn Metternich, der bei aller Bevormundung der österreichischen Landeskinder doch gegen Preußen stets mit achtungsvoller Rücksicht aufgetreten war, noch das österreichische Staatswesen geleitet hätte, dann wäre ein freundschaftliches Zusammengehen Preußens mit Oesterreich, wie Friedrich Wilhelm IV. es wünschte und wie es auch Bismarck's Neigungen entsprach, wol denkbar gewesen; der Mann aber, der jetzt an der Spitze der österreichischen Staatsregierung stand, Fürst Schwarzenberg, hatte es unverhohlen als das Programm seiner Politik ausgesprochen, Preußen erst zu erniedrigen, dann zu vernichten.

Den Regierungen der kleinen Staaten lebte die Rolle, welche Preußen in den Bewegungsjahren zugedacht war, noch in frischem Gedächtniß.

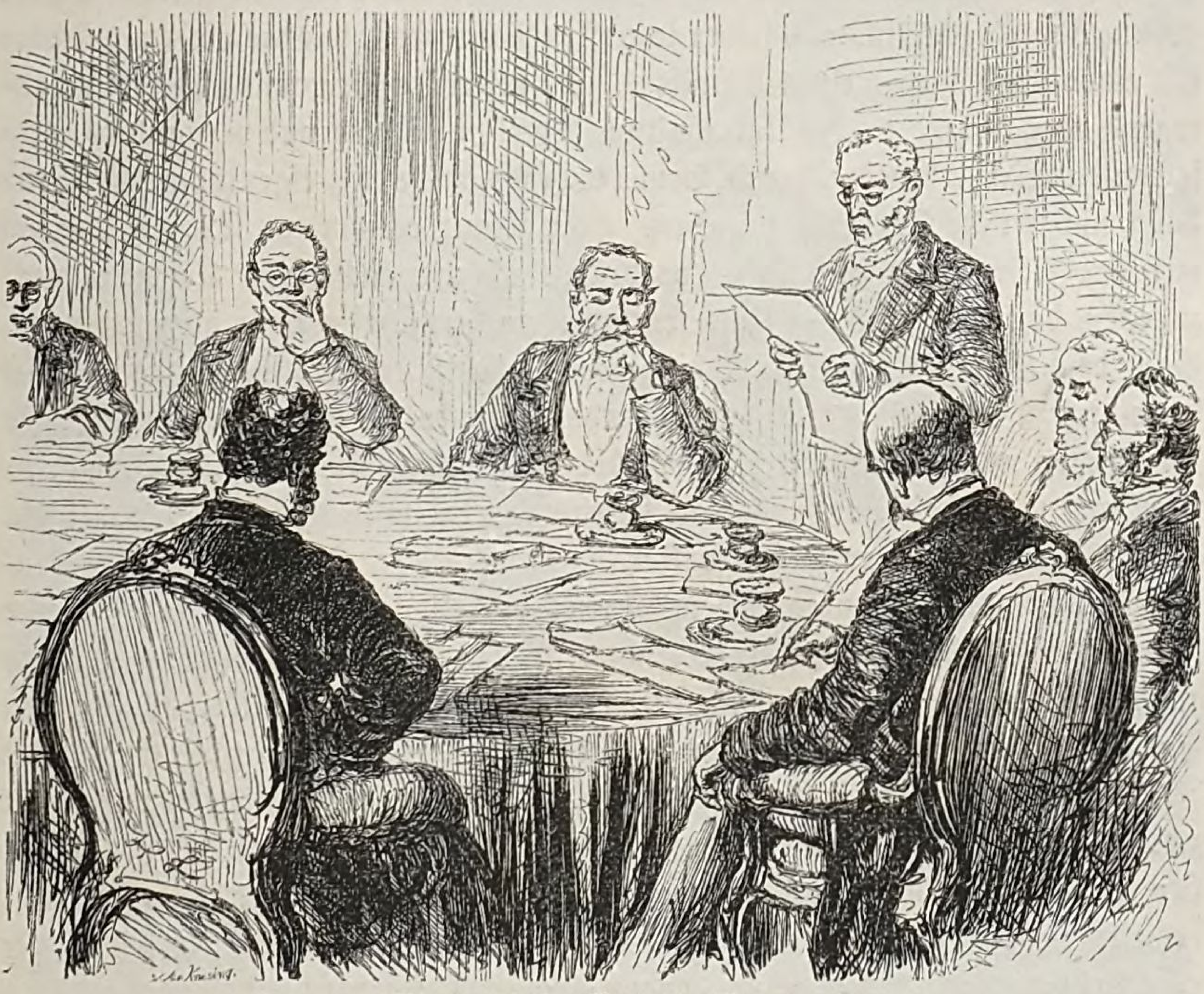
Sie betrachteten den Bund als eine Versicherungsgesellschaft für die kleinstaatlichen Hoheitsrechte unter habsburgischem Schilde gegen die Revolution und gegen die revolutionären Einheitsbestrebungen Preußens. Allerdings hatte der preußische leitende Minister von Manteuffel offen verkündigt, daß seine Regierung mit der Revolution brechen wolle, indessen man gedachte der bedeutungsvollen Worte von Radowitz, daß jede rückläufige Bewegung in der Geschichte nur eine scheinbare sei und ihre Bahn aus der Sonnenferne immer wieder zurücklenken müsse in die Sonnennähe. Daher das Gefühl des Mißtrauens und der ängstlichen Besorgniß, mit dem die Vertreter der kleinen Staaten den preußischen Bundestagsgesandten betrachteten. Bismarck däuchte es nach den ersten Eindrücken, die er im Thurn und Taxis'schen Palaste empfing, als ob er in das Haus der Capulet getreten und überall von einer geheimen Verschwörung umgeben sei, deren Fäden nirgend anderswo zusammenliefen, als in dem Bureau des österreichischen Bundespräsidialgesandten, des Grafen Thun-Hohenstein; aber er war mit scharfem, wachsamen Auge gekommen, um zu erkennen, woher durch offenes oder heimliches Uebelwollen seiner Regierung und seinem Lande Gefahr drohe. Niemals duldete er eine Zurücksetzung, am wenigsten da, wo er als Vertreter seines Staates auftrat.

Schon in den ersten Sitzungen des Militärausschusses nahm er Veranlassung zu zeigen, wie wenig er geneigt war, sich eine — wenn auch nur formelle — Zurücksetzung gefallen zu lassen. Dieser Ausschuß, der eigentliche Träger der Geschäfte, bestand aus den Gesandten von Oesterreich, Preußen, den vier Königreichen und Hessen-Darmstadt. Es war in demselben herkömmlich, daß nur der Präsidialgesandte — damals Graf Thun — in den Sitzungen rauchte und mit der brennenden Cigarre aus seiner Wohnung in das Versammlungszimmer herabkam, wogegen der frühere preußische Gesandte, General von Rochow, obgleich er ein leidenschaftlicher Raucher war, sich diesen Genuß versagte. Nachdem Bismarck diese Erscheinung mehrmals beobachtet und erkundet hatte, daß sie gewohnheitsrechtens sei, brachte auch er eine Cigarre mit, und es rauchten nun also die beiden Präsidialmächte. Sei es, daß er diese Frage der Würde zum Gegenstande eines Berichts nach München gemacht, sei es, daß er sich mit Graf Thun benommen hatte, — genug, der bairische Gesandte, der bekanntermaßen des Rauchens unkundig war, zog in der nächsten Sitzung eine ungewöhnlich blonde Cigarre hervor, schlug sich klirrend Feuer und rauchte, jedoch nur so lange, bis eine bemerkenswerthe Veränderung seiner Gesichtsfarbe die übrigen Mitglieder des Ausschusses darauf vorbereitet hatte, daß er die Cigarre weglegen würde. In der nächsten Sitzung folgte Hannover seinem Beispiel, nach und nach die anderen Königreiche, so daß zuletzt der ganze Ausschuß sich der Havanna erfreute mit Ausnahme des hessischen Gesandten, der entweder das Nikotin oder das Bewußtsein seiner staatlichen Inferiorität nicht überwinden konnte.

Unter den Kleinstaatsgrößen des Bundestages übte man damals noch die treue Befolgung des Talleyrand'schen Ausspruchs, daß die Sprache den Diplomaten nur gegeben sei, um ihre Gedanken zu verbergen; es galt für die höchste Staatsweisheit, unklare Ziele in vieldeutige Worte zu verhüllen oder mit vielen Worten nichts zu sagen. Bismarck dagegen faßte stets feste Gesichtspunkte ins Auge, er wußte für die rechte Sache das rechte Wort in die Welt zu schicken und betrachtete das Wort nur als den sicheren Vorboten der energischen That. Er rechnete nicht blos mit Zahlen, sondern mit wirklichen Größen, und warf die Stimme Preußens mit einem solchen Gewicht in die Wagschale, daß den kleinen Größen am Bundestage gewisse Bedenken in Betreff ihrer eigenen Wichtigkeit aufsteigen mußten. Oft gab er in der entscheidenden Stunde einer schwebenden Frage noch eine solche Beleuchtung, daß die Gesandten kurz vor der Abstimmung erklärten, noch einmal die Instruktionen ihrer Regierungen einholen zu müssen. Mit wichtigen Mienen sah man sie an solchen Sitzungstagen aus dem Thurn und Taxis'schen Palais treten, in lebhaft flüsternder Unterhaltung die Eschenheimer Gasse entlang schlendern und an den aufgehobenen Fingern die Bedeutung des Bruchtheils ihrer Kurie in der Abstimmung nachrechnen. „Ich habe nie daran gezweifelt", schrieb Bismarck, „daß sie Alle mit Wasser kochen, aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich. Schickt den Schulzen X oder Herrn von ?arsky aus dem Chausseehause her; wenn sie gewaschen und gekämmt sind, so will ich in der Diplomatie Staat mit ihnen machen."

In der That wurden in den Sitzungen des wiederhergestellten Bundestages nur die breiten Wassersuppen aus vormärzlicher Zeit wieder aufgewärmt. Es handelte sich um eine Reaktion gegen die Bestrebungen der Volkspartei, um die Beseitigung der letzten Reste der sogenannten Märzerrungenschaften, die Aufhebung der in der Paulskirche berathenen Grundrechte, die Beschränkungen des Vereinsrechts und der Presse. Die kleinen Hoheiten suchten jetzt mit Hülfe des Bundes unter österreichischem Schutze jedes Titelchen und Sonderrecht wieder hervor, welches im Schiffbruch von 1848 abhanden gekommen war. Daneben handelte es sich um die Exekution in Holstein, die Auslieferung Holsteins an Dänemark, die Schlichtung des hessischen Verfassungsstreits zu Gunsten des Kurfürsten, die Versteigerung der Flotte unter dem Hammer Hannibal Fischer's und andere Aufgaben, wobei die größten und wichtigsten Angelegenheiten der deutschen Nation zu den Akten gelegt, alles Kleinliche dagegen mit einer ungeheueren Wichtigkeit behandelt wurde. „Es ist", schrieb Bismarck während einer solchen Sitzung an seine Schwester, Frau von Arnim, „eine sehr achtungswerthe, aber wenig unterhaltende Tafelrunde, die mich hier an einem grün behangenen, etwa 20 Fuß im Durchmesser haltenden, kreisrunden Tische, im Parterre des Taxis'schen Palais, mit Aussicht auf Garten, umgiebt.

Der durchschnittliche Schlag ist etwa von * und ** in Berlin, die haben ganz bundestäglichen pli!" ... und während er an dieser Tafelrunde dem „ganz unglaublich langweiligen Vortrage eines hochgeschätzten Kollegen über die anarchischen Zustände von Ober-Lippe" folgte, ließ er seinem Humor auf dem Briefbogen freien Zügel, bis der Redner seinen Vortrag geendet und Bismarck seinen Brief mit den Worten schloß: „Endlich hat Darmstadt zu lesen aufgehört und ich stürze gerührt in Deine Arme und wünsche Dir ein frohes Fest." —



Bismarck in der Bundestagssitzung.

Während Bismarck im Thurn und Taxis'schen Hause die ersten kleinen Scharmützel bestand, richtete seine Gemahlin ihm die eigene Häuslichkeit so friedlich und angenehm wie möglich ein. Bismarck hatte für diesen Zweck eine Rothschild'sche Villa an der Bockenheimer Landstraße, etwa eine Viertelstunde vor dem Thore der inneren Stadt, gemiethet, dieselbe, in welcher vordem der Erzherzog Johann als Reichsverweser residirt hatte. Ganz in der Umgebung blühender Gärten gelegen, schien dieses Tusculum wohlgeeignet, ihn am häuslichen Herde die Dornen seines Berufs vergessen zu machen. Hier empfing er die Besuche seiner näheren Bekannnten aus den Kreisen der Gesandtschaft oder der höheren Offiziere der Frankfurter Garnison. Zu seinem vertrauteren Umgange gehörte die Familie des Malers Jakob Becker aus Worms.

In diesem Kreise erschien er des Abends gern und nahm seinen Platz am Theetisch oder am Kamin des rothen Kabinets und erfreute sich nach den kleinen Dissonanzen, die im Konzerte des Bundestags hin und wieder hindurchklangen, an den musikalischen Genüssen, die seine Gemahlin und die anmuthigen Töchter des Becker'schen Hauses ihm bereiteten. Hier entfaltete er jene Liebenswürdigkeit des Gemüths, die zu den glänzenden Eigenschaften des großen Mannes eine so schöne Folie bildet und deren Macht um so unwiderstehlicher wirkte, als sie nichts Angeeignetes oder Berechnetes an sich trug, sondern unter der unmittelbaren Eingebung des Augenblicks aus seiner innersten Natur floß, wie die Liebenswürdigkeit eines Kindes oder eines Künstlers. In heiterster Stimmung pflegte er anregend oder neckend an der Unterhaltung Theil zu nehmen und verstand es, derselben durch eine hineingestreute Bemerkung oft eine neue, eigenthümliche Wendung und frische Färbung zu geben. Hier gelang es ihm, an Dingen, die sich mit der Miene der Wichtigkeit vordrängten, eine lächerliche Kehrseite aufzudecken, dort dem scheinbar Unwesentlichen eine ernsthafte Seite abzugewinnen. Ganz dem Behagen der Stunde hingegeben, besaß er die Kunst, das Räthsel derselben zu lösen und aus der fliehenden Stunde die Keime der zukünftigen festzuhalten und zu entwickeln. Wer aber nach solchen Abenden das Bismarck'sche Haus verließ, der nahm daraus Etwas von jenem heiteren Frieden mit sich, der an einem gesegneten Herde waltet.

Auch Bismarck empfand den Segen, der auf seinem Hause lag. Seine Familie bestand damals aus einer Tochter, Marie Elisabeth Johanne (geboren am 21. August 1848 zu Schönhausen), und einem Sohne Nikolaus Heinrich Ferdinand Herbert (geboren am 28. Dezember 1849 zu Berlin). Im zweiten Jahre seines Frankfurter Aufenthalts beschenkte seine Gemahlin ihn mit einem zweiten Sohne (geboren am 1. August 1852), bei welchem der Prinz von Preußen Pathenstelle übernahm und welcher die Namen Wilhelm Otto Albrecht erhielt. In diesem Familienkreise fand Bismarck unter den Sorgen seines Berufs Erholung und Zerstreuung. Wenn Frau von Bismarck vorübergehend zum Besuch bei ihren Verwandten in Pommern oder an einem Badeorte weilte, dann wandelte ihn die Sehnsucht nach Weib und Kindern wie Heimweh an, und in solcher Stimmung schrieb er an seine Gemahlin: „Es ist mir, als wenn man an einem schönen Septembertage das gelbwerdende Laub betrachtet; gesund und heiter, aber etwas Wehmuth, etwas Heimweh, Sehnsucht nach Wald, See, Wüste, Dir und Kindern, Alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermischt."

Das Bismarck'sche Haus galt für das gastfreieste in Frankfurt. Wie die kleinen Familienabende ihren eigenthümlichen Reiz hatten, so wußte er auch in die größeren Gesellschaften und Soireen ein neues anregendes Element einzuführen und ließ dazu auch Einladungen an Maler, bildende Künstler und Schriftsteller ergehen, mit denen er durch die Becker'sche Familie in Berührung

gekommen war. Die Lage von Frankfurt in der Nähe der Bäder brachte es mit sich, daß er viele von den höchsten fürstlichen Herrschaften, wie von den angesehensten Ministern und Staatsmännern, in seinem Hause sah.



Gesellschaftsabend bei Bismarck's.

Zu den gefeierten Gästen desselben gehörte der Prinz Georg von Preußen, der mit feinem Kunstverständniß und umfassenden geschichtlichen Kenntnissen eigene dichterische Begabung verbindet, ferner die—am 23. Januar 1873 verstorbene — einflußreiche und geistvolle Großfürstin Helene von Rußland, geborene Prinzessin von Württemberg, Wittwe des Großfürsten Michael Pawlowitsch, und viele andere Personen von Bedeutung, denen Bismarck später unter veränderten Verhältnissen wieder begegnen sollte.

Wenn aber die Gäste sein Haus verlassen hatten, zog er sich in sein Arbeitskabinet zurück, steckte sich die Cigarre an und diktirte noch stundenlang

Briefe und Berichte mit einer Sicherheit und Klarheit, als ob er während des ganzen Abends nichts Anderes gethan, als sich mit dem Gegenstande derselben beschäftigt hätte, so daß sie schon um 5 Uhr Morgens fertig und verschlossen mit der Post nach Berlin abgehen konnten. Oft brach der Morgen über seinen nächtlichen Arbeiten an, ohne daß er das Lager gesucht hatte. Halb angekleidet lehnte er in das Sofa zurück, holte mit wenig kräftigen Zügen den Schlaf für die ganze Nacht nach, und wenn ihm am Morgen die Glieder noch schwer waren, ließ er satteln und bestieg das Roß zu einem meilenweiten Ritt oder holte seine Bekannten zu einer Jagdpartie ab.

Die Vorgänge in den Salons des preußischen Bundestagsgesandten wurden in der freien Reichsstadt eifrig besprochen, und manches geflügelte Wort von ihm machte die Runde in den Frankfurter Zirkeln. „Er sagt stets das Unerwartete", hieß es in den Kreisen der Damen wie der Diplomaten, und Oesterreich sah verstimmt, daß es nicht mehr die einzige Großmacht auf dem Parketboden war. Wer aber zu den preußischen Farben sich bekannte, fühlte sich durch das taktvolle und glänzende Auftreten des preußischen Vertreters gehoben. In den Salons erschien der blaue preußische Rock wieder ebenbürtig neben der weißen österreichischen Uniform, und in den Anlagen sah man an schönen Sommertagen die jüngeren Mitglieder der preußischen Gesandtschaft an der Seite kühner Reiterinnen nach dem Walde von Niederrad oder den Rosengärten von Bornheim hinaustraben, als wollten sie zeigen, daß auch unter dem zugeknöpften Frack des Diplomaten ein warmes Herz schlagen könne für Ritterdienst und Minne. Wenn nun gar die Gunst des Wetters und der Schönen eine Landpartie nach Homburg oder nach dem Taunus in Aussicht stellte, dann flogen die Grooms und Kammerdiener mit Anfragen und Aufträgen vom Klubb nach den Boudoirs, von den Boudoirs nach dem Klubb mit nicht geringerer Geschäftigkeit, als vor gewissen Abstimmungen am Bundestage der Telegraph zwischen dem Sitze des Bundes und den kleinen Höfen arbeitete.

Oft mochten die gepflogenen Verhandlungen auch in der Wichtigkeit sich in beiden Fällen ziemlich gleich bleiben, nur daß die Landpartien kurzweiliger waren als die Bundestagssitzungen. Dennoch stiegen über dem Thurn und Taxis'schen Palais hin und wieder Wölkchen auf, die ihre Schatten über die heitere, lebenslustige Mainstadt breiteten. Nicht alle schwebenden Fragen konnten mit solcher Leichtigkeit entschieden werden, wie die, ob bei einem ländlichen Feste die preußische oder österreichische Militärmusik spielen, ob bei der Durchreise des Beherrschers eines Kleinstaats großer oder kleiner Empfang stattzufinden habe, obgleich auch diese schon heikler Natur waren. Bei aller Liebenswürdigkeit des preußischen Vertreters drängte sich doch den Kleinstaatsmännern an der grünen Tafelrunde das unbehagliche Vorgefühl auf, daß die rosige Stimmung desselben plötzlich einmal umschlagen und er ein olympisches „Quos ego" dazwischen rufen könne.

Oesterreich fuhr fort, die Gesetze des Bundes nach den Bedürfnissen seiner Politik auszulegen, und die Regierungen der kleinen Staaten, deren Vertrauen auf die Thatkraft Preußens, oder vielmehr, deren Besorgniß vor einer realen Machtentwickelung dieses Staats unter dem Ministerium Manteuffel seit dem Vertrage von Olmütz bedeutend abgenommen hatte, folgten aus ehrfurchtsvoller Tradition oft gegen Neigung und Interesse ihrer Länder der österreichischen Führung. So konnte Oesterreich bei den meisten schwebenden Fragen auf eine kompakte Majorität am Bundestage und auf die Nachgiebigkeit Preußens im letzten Augenblicke rechnen. Immer mehr brach sich bei Bismarck die schmerzliche Erkenntniß Bahn, daß sein aufrichtiger Wunsch eines redlichen Zusammengehens mit Oesterreich am Bunde unausführbar, daß bei der preußenfeindlichen Politik Schwarzenberg's der Ausbruch eines ernsthaften Konflikts beider Mächte mit der Zeit unvermeidlich sei, wenn Preußen nicht den Boden einer vielhundertjährigen ruhm- und thatenreichen Geschichte verlassen und zu einer untergeordneten Macht herabsinken wollte.

Der Wechsel der Personen änderte an dem österreichischen System nichts. Fürst Schwarzenberg, der es noch bis an sein Ende bedauert haben soll, daß er Preußen den Vertrag von Olmütz zugestanden, anstatt seine Macht, die den Schwarzenberg'schen Plänen im Wege stand, völlig zu brechen, war (5. April 1853) plötzlich am Schlagfluß gestorben. Sein Nachfolger, Graf Buol-Schauenstein, erbte zwar nicht den Geist, aber doch die Ziele der Schwarzenberg'schen Politik. An Stelle des Grafen Thun wurde, nach einer kurzen Amtsführung des durch seinen Preußenhaß bekannten Herrn von Prokesch-Osten, Graf Rechberg zum österreichischen Bundestagsgesandten ernannt, welcher zwar die glatten Formen des geselligen Verkehrs bewahrte, aber weit davon entfernt war, Preußens Berechtigung am Bunde anzuerkennen.

Schon bald nach Herstellung des Bundestages riefen die Ansprüche Oesterreichs in der Zollfrage Zerwürfnisse hervor. In dieser Richtung hatte Preußen seit Gründung des Zollvereins eine durchaus nationale und erfolgreiche Politik verfolgt, und wenn seine Stellung im Zollverein ihm auch keine reelle Macht verschaffte, so vertrat es doch in derselben die Handelsinteressen der mit ihm verbündeten Staaten. Dieser Einfluß wurde noch erweitert, als Preußen (7. September 1851) auch mit den bis dahin am Zollverein nicht betheiligten Staaten des sogenannten Steuervereins, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Schaumburg, eine Uebereinkunft schloß, welche deren Eintritt in den Zollverein vorbereitete. Oesterreich wünschte seinen Nebenbuhler auch auf diesem Gebiete zu überflügeln; es suchte das Abkommen mit Hannover rückgängig zu machen und wirkte auf die kleinen Staaten dahin, daß dieselben nur unter der Bedingung in die Verlängerung des Zollvereins zu willigen erklärten, daß auch Oesterreich in denselben aufgenommen würde. Auf eine solche Bedingung durfte Preußen sowol im eigenen als im deutschen Interesse nicht

eingehen; nicht nur weil damit die Machtstellung Preußens auch auf diesem Gebiete beeinträchtigt worden wäre, sondern der Eintritt Oesterreichs mit seinen zerrütteten Finanzen würde starke Schutzzölle nach sich geführt und den freien Handel Deutschlands gelähmt haben.

Um eine Einigung mit Oesterreich herbeizuführen, erhielt Bismarck von der preußischen Regierung einen Auftrag nach Wien, aber bei aller Zuvorkommenheit, mit der man ihm persönlich entgegenkam, überzeugte sich Bismarck doch von der in den österreichischen Regierungskreisen herrschenden Abneigung gegen Preußen. „Die Leute haben entweder nicht das Bedürfniß, sich mit uns zu arrangiren“, schrieb er (11. Juni 1852) von Wien aus an seine Gemahlin, „oder setzen es bei uns in höherem Grade voraus, als es vorhanden ist. Ich fürchte, die Gelegenheit der Verständigung geht ungenützt vorüber; das wird bei uns einen bösen Rückschlag üben, denn man glaubt, einen sehr versöhnlichen Schritt durch meine Sendung gethan zu haben, und sie werden sobald nicht wieder Einen herschicken, der so geneigt ist sich zu verständigen und dabei so freie Hand hat wie ich.“

Die preußische Regierung blieb in der Zollfrage fest, und als die von Oesterreich beeinflußten Staaten sich überzeugten, daß Preußen eher den Zollverein opfern als zum Eintritt Oesterreichs seine Zustimmung geben werde, versuchten sie nicht länger, ihren Widerstand gegen ihren eigenen Vortheil im alleinigen Interesse Oesterreichs auf die Spitze zu treiben. Nachdem Preußen mit Oesterreich einen Handelsvertrag unter gegenseitigen Zollerleichterungen abgeschlossen hatte, wurde der Zollverein mit den übrigen Staaten (4. April 1853) auf weitere zwölf Jahre verlängert. Die Schwierigkeiten, welche Preußen im deutschen Interesse bei den einzelnen Regierungen im Widerstreit mit den Interessen ihrer Länder zu überwinden hatte, regten in Bismarck schon damals die Idee an, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechts in Zollvereinssachen eine Art „Zollparlament“ eingeführt zu sehen.

Die Verschiedenheit der preußischen und österreichischen Auffassung deutscher Interessen trat in Fragen der auswärtigen Politik noch bestimmter zu Tage.

Die orientalische Frage umzog den Horizont. Kaiser Nikolaus trat mit dem Plane hervor, den Halbmond aus Konstantinopel verschwinden zu lassen und die russische Herrschaft am Bosporus zu begründen. Der Neffe des ersten Napoleon aber griff zum ersten Male bedeutsam in die Politik der Mächte ein; er warf sich zum Schutzherrn der ottomanischen Pforte gegen das gewaltsame Vorgehen Rußlands auf, zog England in seine Bundesgenossenschaft und schrieb die Idee der Civilisation auf seine Fahnen. Die westmächtliche Flotte kreuzte vor dem Bosporus und die Türkenschlachten bildeten das Tagesgespräch der Frankfurter Diplomaten. Die öffentliche Meinung in Deutschland erklärte sich für die Westmächte; man hatte es nicht vergessen, daß der Zar in den Bewegungsjahren sich als offener Gegner der deutschen Fortschrittsbestrebungen gezeigt hatte, und

glaubte den Augenblick gekommen, um Rußlands Einfluß als europäische Großmacht zu vernichten und den „Koloß auf thönernen Füßen“ zu zertrümmern.

Die Stellung der beiden deutschen Hauptmächte zur orientalischen Frage war eine verschiedene. Oesterreich wünschte den ihm günstigen Augenblick zu benutzen, um seinen Einfluß an der unteren Donau über den russischen zu erheben; Preußen sah seine und Deutschlands Interessen durch das Vorgehen Rußlands im Orient nicht unmittelbar bedroht und konnte für sich weder eine Veranlassung zum Kriege gegen Rußland, noch einen Vortheil aus der Theilnahme an einem solchen erkennen. Dennoch fühlten beide Mächte bei der drohenden Weltlage die Nothwendigkeit des Zusammengehens und schlossen (20. April 1854) ein Schutz- und Trutzbündniß, demzufolge sie die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung schützen und jeden, auch gegen das außerdeutsche Gebiet der einen Macht gerichteten Angriff wie gegen das eigene Gebiet gerichtet ansehen zu wollen erklärten. Die deutschen Bundesstaaten wurden eingeladen, dem Bündniß beizutreten. Die Minister der Mittelstaaten und einiger Kleinstaaten, darunter von Beust, von der Pfordten u. A., kamen darauf (25. Mai) in Bamberg zusammen und verständigten sich über eine gleichlautende, von dem sächsischen Minister von Beust verfaßte Antwort auf die Einladungsschreiben der Großmächte, in welcher sie ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt in der Erwartung erklärten, daß der Vertrag in der Bundesversammlung zur Vorlage kommen und daß der Bund seine Mitwirkung zur Herstellung des Friedens durch Vorstellungen an beide kriegführende Theile bethätigen würde.

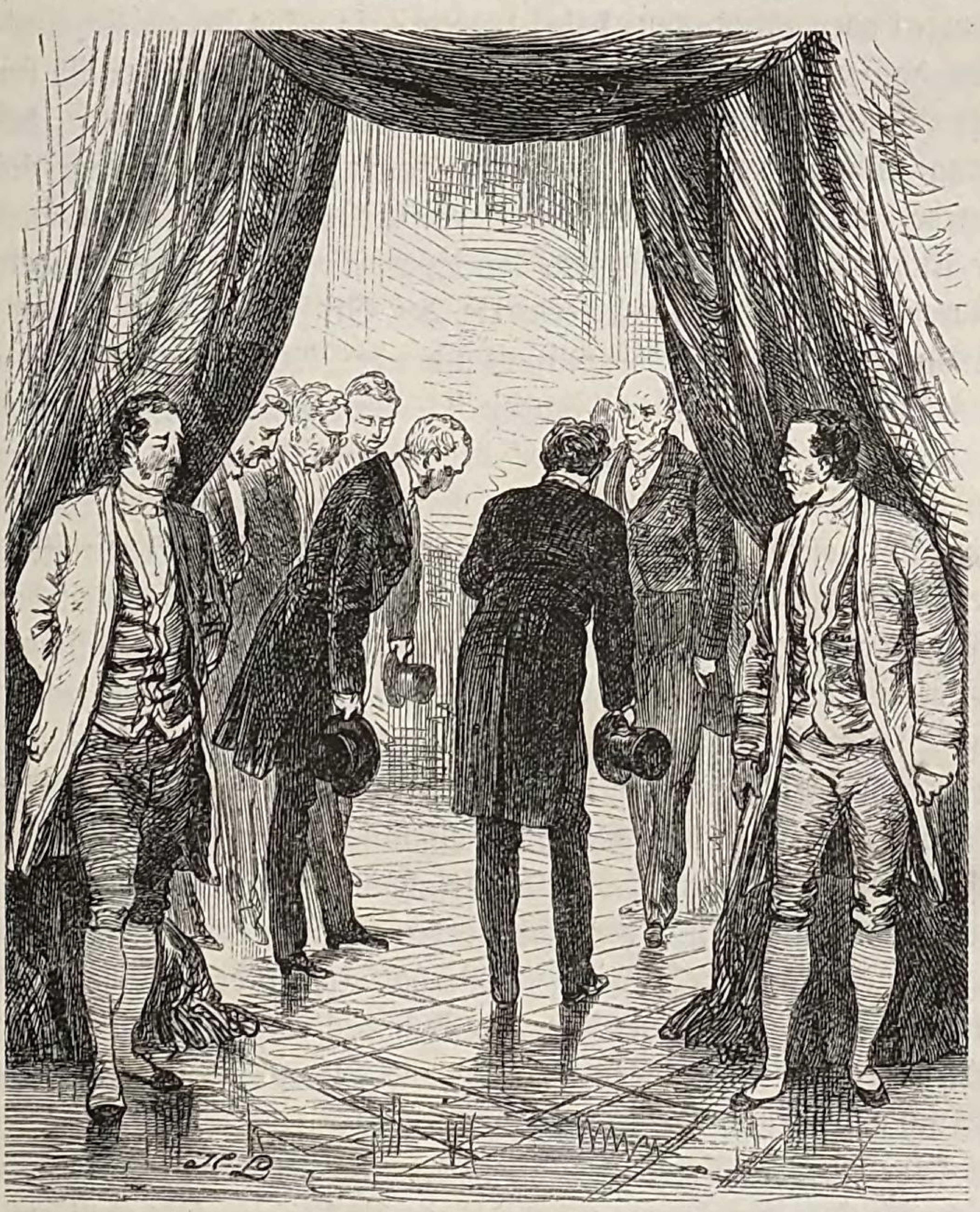
Bald zeigte sich, wie verschieden die beiden deutschen Großmächte den Schutz- und Trutzvertrag auslegten. Während Oesterreich die Spitze desselben allein gegen Rußland gekehrt wissen und mittels desselben Preußen und den Bund in seine aggressive Politik für österreichische Interessen verflechten wollte, war Preußen allein bestrebt, die Grenzen des Kriegsschauplatzes zu beschränken und den Krieg vom deutschen Gebiete fern zu halten; es glaubte, gegen die Gefahr eines russischen Uebergewichts in Europa erst dann zur Abwehr schreiten zu sollen, wenn die russischen Heere den Balkan überstiegen und Konstantinopel bedrohten. Diese Verschiedenheit der beiderseitigen Auslegung trat im Verlauf des Krieges noch schärfer zu Tage. Wenige Tage nachdem auch der Bund seinen Beitrit zum Schutz- und Trutzbündniß erklärt hatte, benachrichtigte der österreichische Minister Graf Buol in einer Note die sämmtlichen deutschen Regierungen, mit Ausnahme der preußischen, daß Oesterreich am Bunde den Antrag auf Kriegsbereitschaft der halben Kontingente stellen werde, und forderte sie auf, demselben ihre Zustimmung zu geben. Der sächsische Minister von Beust erschien selbst mit der österreichischen Cirkularnote in Berlin und zeigte dieselbe dem überraschten Minister von Manteuffel, der über diese Aufrichtigkeit des Schutz- und Trutzbundesgenossen an der Donau

nicht wenig in Zorn aufwallte. Dennoch hielt die preußische Regierung um der Eintracht willen auch jetzt noch an dem Bündniß fest, und der Bund begnügte sich mit einigen vorbereitenden kriegerischen Maßregeln. Dasselbe Spiel wiederholte sich in allen späteren Stadien des Krieges. Oesterreich nahm durch Besetzung der Donaufürstenthümer eine drohende Haltung in der russischen Flanke an und schien endlich bereit, unter Verzicht auf das Zusammengehen mit Preußen, gemeinschaftliche Sache mit den Westmächten gegen Rußland zu machen. Die Mehrzahl der deutschen Bundesregierungen konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß die friedliche Haltung Preußens dem eigentlichen Bundesrechte und dem wahren Interesse Deutschlands mehr entspreche als die österreichischen Kriegsgelüste. Dennoch gaben dem preußischen Gesandten von Bismarck seine Kollegen am Bundestage der Reihe nach mehr oder weniger offen zu verstehen, daß ihre Regierungen außer Stande wären, Preußen den Bund zu halten, wenn Oesterreich seinen eigenen Weg ginge und sich den Westmächten anschlösse. „So stark erwies sich also die Schwerkraft Oesterreichs, daß selbst die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregierungen mit den Bestrebungen Preußens dem österreichischen Einfluß nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte." (Bismarck an den preußischen Minister des Auswärtigen Freiherrn von Schleinitz, Petersburg, 12. Mai 1859.) Wie nutzlos und schwächlich zeigte sich ein Staatenbund, der aus Rücksicht für Oesterreich es nicht einmal wagte, im geschichtlichen Augenblick Deutschlands Gemeinwohl zur Richtschnur seiner Politik zu nehmen! Wie schwierig und dornenvoll wurde die Stellung des Vertreters Preußens an einem Bunde, dessen Einrichtungen nur der anderen Großmacht zum Vortheil gereichten! —

Zu einer offenen Theilnahme Oesterreichs am Kriege sollte es nicht mehr kommen. Preußen war es, welches durch seine unter den gegebenen Verhältnissen gebotene Friedenspolitik der österreichischen Kriegslust längere Zeit hindurch den Zaum anlegte. Als Oesterreich endlich zur Theilnahme am Kriege entschlossen schien, da war der entscheidende Schlag bei Sebastopol bereits gefallen, der Machthaber an der Seine hatte der französischen gloire genug gethan, und unter dem Eindrucke der erschütternden Schläge von der Alma und von Inkerman, sowie der feindseligen Haltung Oesterreichs, war das eiserne Herz des Zaren gebrochen. Mit seinem Tode war jenes Band gelöst, welches — im Geburtsjahre Bismarck's geschlossen — vier Jahrzehnte hindurch die Fürsten der östlichen Mächte unter der Obhut Rußlands zu gemeinschaftlichem Handeln in ihrer auswärtigen und inneren Politik verbunden hatte. Kaiser Alexander II. wußte sich frei von den Ueberlieferungen der Heiligen Alliance.

„Ich werde die Welt durch meinen Undank in Erstaunen setzen", hatte einst Fürst Schwarzenberg mit Bezug auf die Oesterreich von Rußland in Ungarn geleistete Hülfe gesagt. Auch sein Nachfolger, Graf Buol, hatte die Erfüllung dieses Wortes übernommen, aber nicht zum Vortheile Oesterreichs.

In der Bundesversammlung aber saß Einer, der mit offenem Auge den Wandlungen der Zeit folgte und mit scharfem, vorschauendem Blicke seine Schlüsse daraus für die Zukunft und für sein eigenes Vaterland zog. Die Ohnmacht des Bundes, der Undank Oesterreichs, die Sprengung der Heiligen Alliance und die ehrliche Neutralität Preußens während des Orientkrieges, alles Dies fiel schwer ins Gewicht für Bismarck's im Stillen reifende Pläne.



Graf Buol empfängt die Bundestagsgesandten mit Ausnahme des preußischen.

Die Donner von Sebastopol waren verrollt und die Bevollmächtigten der Großmächte — in der elften Stunde auch der preußische — begaben sich nach Paris zum Friedenswerke. In Frankfurt aber dauerte der kleine Krieg zwischen Preußen und Oesterreich fort. Die Durchreise des österreichischen Ministers Grafen Buol durch Frankfurt zur Pariser Konferenz bot den Vertretern der Oesterreich anhängenden Kleinstaaten Veranlassung, dem Minister ihre Ergebenheit für Oesterreich zu bezeugen; auch diejenigen der von Oesterreich weniger unmittelbar beeinflußten Staaten wollten nicht zurückstehen und sich nicht

die Gelegenheit entgehen lassen, ein Zeichen ihrer Bedeutung von sich zu geben. So wurde Graf Rechberg von allen Seiten mit Fragen angegangen, ob und wann es seinem Chef genehm sein würde, die Besuche der einzelnen Gesandten zu empfangen. Der Graf erkannte den Eifer seiner Kollegen an, erwiederte ihnen indessen, daß der Minister von der Reise wol sehr angegriffen sein und bei der eiligen Durchreise nicht die Zeit erübrigen würde, um offizielle Besuche zu empfangen oder abzustatten; dabei deutete er indessen Jedem einzeln im Vertrauen an, daß er den Grafen Buol zu einer gewissen Stunde bei sich im Hause erwarte und daß sich hier wol die günstigste Gelegenheit zu einer „zufälligen Begegnung und vertraulichen Aussprache“ mit dem betreffenden Gesandten bieten werde. Auch Herr von Bismarck erhielt ohne sein Anfragen einen Wink in dieser Richtung, versetzte indessen, daß er, weit entfernt, den ermüdeten Reisenden stören zu wollen, vielmehr erwarte, daß Graf Buol, falls er ihm Etwas mitzutheilen habe, ihn von selbst aufsuchen werde. Die Gesandten, mit alleiniger Ausnahme des preußischen, fanden sich denn auch sämmtlich bei der „zufälligen Begegnung“ im Vorzimmer des Grafen Rechberg im Thurn und Taxis'schen Palais zusammen, und die „vertrauliche Aussprache“ verwandelte sich in eine Art von Cour, bei welcher der österreichische Ministerpräsident Graf Buol die ehrerbietig tiefen Verbeugungen der Bundestagsgesandten der Reihe nach entgegennahm. Nur Herr von Bismarck glänzte durch seine Abwesenheit, hatte dafür aber die Genugthuung, den Besuch des Grafen Buol trotz der Erschöpfung desselben in seiner eigenen Wohnung zu empfangen.

In allen Fragen, bei denen es sich um Wahrnehmung nationalen deutschen Rechtes handelte, wie in der schleswig-holsteinischen und in der hessischen Verfassungsfrage, machte Bismarck dieselbe Erfahrung von dem schwerfälligen Geschäftsgange des Bundes und dem hemmenden Einfluß Oesterreichs. Die Verhandlungen mit Dänemark über sein Verhältniß zu den Elbherzogthümern schleppten sich durch die ganze Zeit der Bismarck'schen Vertretung, ohne zu irgend einem Ergebniß zu führen, weil — wie Bismarck bemerkte — „Oesterreich heimlich ein Freund der Dänen blieb.“

Bei keiner Veranlassung aber offenbarte sich der Werth der Freundschaft Oesterreichs für Preußen so unzweideutig, als bei der preußischen Verwickelung mit der Schweiz wegen Neuenburg. Dieser seit anderthalb Jahrhunderten (1707) zu Preußen gehörige Kanton hatte während der Revolutionsstürme von 1848 das Band mit dem preußischen Königshause gewaltsam zerrissen, um der Eidgenossenschaft beizutreten. König Friedrich Wilhelm IV. hatte gegen die Losreißung Neuenburgs feierlich Verwahrung eingelegt, jedoch nicht sein Recht mit den Waffen geltend machen wollen, obgleich 1849 die preußischen Fahnen bis an den Bodensee getragen wurden. Die unzweifelhaften Rechte Preußens auf Neuenburg waren indessen sowol (1853) in London als bei den Pariser Friedenskonferenzen von sämmtlichen Großmächten ausdrücklich anerkannt worden.

Preußen hatte auch in Neuenburg, sowol unter den altadligen Familien, den Grafen Pourtales, de Meuron, Wesdehlen u. A., wie unter der Bürgerschaft Anhänger, und diese erhoben (September 1856) auf eigene Hand, aber im Vertrauen auf den Beistand Preußens, das Banner des Königthums. Sie bemächtigten sich unter Anführung des Grafen Friedrich von Pourtales und des Oberstleutnants de Meuron des Schlosses, nahmen die Mitglieder der Regierung gefangen und pflanzten die hohenzollernsche Fahne auf dem Schlosse auf. Aber die royalistische Erhebung wurde von der Schweiz bald gewaltsam unterdrückt, die Urheber wurden gefangen gesetzt und sollten als Rebellen verurtheilt werden. Das konnte Friedrich Wilhelm IV. bei aller Friedensliebe sich nicht bieten lassen; auf den Besitz des Ländchens hatte er wenig Werth gelegt, aber die Vorkämpfer seiner Rechte in Neuenburg mochte er nicht im Stiche lassen. Er forderte mit Entschiedenheit die Freilassung der Gefangenen und die Anerkennung seines klaren Rechtes auf Neuenburg. In der Schweiz war große Aufregung. General Dufour, der Besieger des Sonderbundes, besetzte die Grenze; man rüstete sich, dem Hause Hohenzollern einen Tag von Morgarten und Sempach zu bereiten, und in Preußen traf man Vorkehrungen zu einer „bewaffneten Schweizerreise" mit 30,000 Mann. Da geschah das Unerwartete. Oesterreich bestritt Preußen das Recht, einseitig gegen die Schweiz vorzugehen, und wollte auch diese Angelegenheit vor das Forum des Bundes gebracht sehen; gleichzeitig bestimmte es die süddeutschen Staaten am Bunde, Preußen den Durchzug für seine Truppen zu verweigern. Mit schwerem Herzen rief König Friedrich Wilhelm die Vermittelung des Kaisers Napoleon an, der sich dieses Mal gefälliger erwies als die verbündete deutsche Großmacht, und ein leidliches Abkommen zu Wege brachte. Die Gefangenen erhielten ihre Freiheit und der König verzichtete auf seine Hoheitsrechte über Neuenburg; eine Geldentschädigung wies er unwillig zurück.

Es war dies die letzte bittere Erfahrung, welche König Friedrich Wilhelm IV. in der Politik machte, aber nicht die am wenigsten schmerzliche. Noch in der schweren Krankheit, die ihn bald darauf (Oktober 1857) befiel und nicht mehr verließ, dachte er an seine Neuenburger, und als seine Erinnerungen schon sehr zu verblassen angefangen hatten, erwiederte er einmal auf den Vorschlag, sich nach dem Schweizerhäuschen im Park zu Sanssouci fahren zu lassen: „Ja, ja, nach Neuenburg!" — —

Mit der Einsetzung der Regentschaft in Preußen, welche durch die Krankheit des Königs veranlaßt wurde, traten wichtige Veränderungen, sowol in den inneren Verhältnissen als in den Beziehungen Preußens zu den auswärtigen Mächten und in seiner Stellung am Bunde ein. So lange der Prinz von Preußen die Regierung durch königliche Vollmacht als Stellvertreter für gewisse Zeitläufte führte, hielt ihn die Ehrerbietung für seinen königlichen Bruder zurück, im Regierungssystem und in den Personen, die dasselbe vertraten,

einen Wechsel eintreten zu lassen. Als indessen die Hoffnung auf Heilung des Königs immer mehr schwand, und als der König vor seiner Reise in die südlicheren Gegenden dem Prinzen (7. Oktober 1858) die königliche Gewalt „in der alleinigen Verantwortlichkeit gegen Gott" übertrug, da säumte der Prinzregent nicht länger, sich mit solchen Rathgebern zu umgeben, von denen er ein Eingehen auf seine Regierungsgrundsätze am ehesten erwarten durfte. Möglich, daß er schon damals bei der Wahl der nächsten Räthe der Krone an Bismarck dachte, bei dem er stets den gleichen vaterländischen Bestrebungen, getragen von Verständniß und Wärme für Preußens Beruf, wie sie seiner Regierung zur Richtschnur dienten, begegnet war; der Prinzregent wünschte indessen, durch die Wahl der Minister Zeugniß dafür abzulegen, daß er die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes nicht als ein in revolutionären Zeiten abgerungenes, unbequemes Zugeständniß, sondern als übereinstimmend mit seiner freien Ueberzeugung und mit seinen Wünschen für das Wohl und Gedeihen des Vaterlandes anerkannt sehen wollte. Von Bismarck aber hatte man damals im Volke nur seine im Sinne der Parteien gedeuteten Reden in der Zweiten Kammer und im Erfurter Parlament in Erinnerung; über seine politische Thätigkeit und sein Auftreten am Bunde war man nur oberflächlich unterrichtet.

Die Ernennung des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, welcher (1850) sein kleines Stammland in Schwaben an das stammverwandte preußische Königshaus abgetreten hatte, zum vorsitzenden Minister deutete darauf hin, in welchem Sinne der Prinzregent von dem angesehenen Adel des Landes eine thätige Betheiligung am Staatsleben erwartete, um ihn auch im Verfassungsstaat in einer bevorzugten Stellung erhalten zu können. Die Zusammensetzung des Ministeriums aus Männern, welche sämmtlich der liberalen Richtung angehörten, erregte im Lande die verschiedensten Erwartungen. Während die Einen den Zeitraum des letztverflossenen Jahrzehnts durch weitgehende Reformen in Gesetzgebung und Verwaltung auf einmal nachzuholen dachten, sahen die Anderen bereits das rothe Gespenst der Revolution wieder umherschleichen. Auf Bismarck wirkte die neue Erscheinung am politischen Himmel weder angenehm noch beunruhigend. Er begnügte sich, die Bahn des „neuen politischen Siebengestirns", wie er das Ministerium der neuen Aera — Auerswald, Schleinitz, Flottwell (später Schwerin), Patow, Bethmann-Hollweg, Bonin und Pückler — nannte, in den Kreis seiner Beobachtung zu ziehen. Die Wahl des Fürsten von Hohenzollern zum Vorsitzenden schien ihm Sicherheit gegen eine Parteiregierung und gegen eine zu weite Ablenkung nach links zu bieten. „Wenn die Herren die Fühlung der konservativen Partei beibehalten", schrieb er (12. November 1858), „sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unsern auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug haben, und das ist mir viel werth; denn wir waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie."

Was seine Person betraf, so hielt Bismarck für wahrscheinlich, daß er unter den veränderten Verhältnissen in eine andere Stellung versetzt werden würde, weil er den neuen Ministern möglichenfalls nicht eine persona grata als Bundestagsbevollmächtigter in Frankfurt wäre. Ehe er indessen aus freien Stücken um seinen Abschied bat, wollte er doch abwarten, ob die Minister Farbe zeigten. „Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr mit einander verträglich finde", schrieb er in demselben Briefe, „so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand zu depensiren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält, wie bisher, so sage ich: „vogue la galère!" in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach dreißig Jahren wird es mir wol gleichgiltig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele ..."

Nicht so kaltblütig dachten Bismarck's Kollegen am Bundestage über die neue Aera in Preußen. Das Gefühl, daß Preußen mit dem Regierungswechsel in eine neue Bahn thatkräftiger Politik eingetreten und daß diese sich bald auch in der deutschen Sache geltend machen werde, drängte sich ihnen mit einem gewissen Unbehagen auf. Sie hörten im Geiste schon wieder die demokratischen Redner der Paulskirche, sahen Bassermann'sche Gestalten die Eschenheimer Gasse entlang schleichen und blickten schaudernd in das offene Grab, welches dem Bundestage gegraben würde. Die noch kurz vorher die Abberufung Bismarck's als nothwendige Bedingung für ein einmüthiges Zusammengehen der deutschen Bundesgenossen unter österreichischer Fahne aufgestellt hatten, klammerten sich jetzt an den konservativen Vertreter, wie die Ertrinkenden an den rettenden Balken des strandenden Schiffes.

Zu den Schreckbildern der neuen Aera kamen die Kriegsgefahren von außen. Während die kurzsichtigen Staatsmänner in Deutschland die Einheitsbestrebungen der deutschen Nation einzuschläfern sich bemühten, wirkte jenseit der Alpen ein kühner und genialer Minister, Cavour, im Bunde mit den Führern der nationalen Partei und der über ganz Italien verbreiteten Società nazionale für die Befreiung Oberitaliens von der österreichischen Fremdherrschaft und für die Einigung des ganzen Italiens unter dem Hause Savoyen. Napoleon III. hatte mit der nationalen Partei in Italien schon in seinen Jugendjahren in geheimer Verbindung gestanden. Der Mordversuch und das Testament Orsini's erinnerten ihn an seine damals für Italien übernommenen Verpflichtungen.

Am Neujahrstage 1859 erhielt der österreichische Gesandte Baron von Hübner auf seine Glückwünsche in den Tuilerien die rauhe Antwort Napoleon's, welche der Welt ankündigte, daß er die nationale Sache in Italien unter seinen Schutz nähme. Er rechnete dabei auf die Isolirung Oesterreichs, welches seine beiden alten Bundesgenossen, Rußland und Preußen, den einen durch

seine Haltung während des Orientalischen Krieges gekränkt, den anderen durch sein Ränkespiel am Bunde erbittert hatte.

Trotz der drohenden Gefahren hielt die österreichische Regierung es auch jetzt nicht für nothwendig, den Beistand der norddeutschen Großmacht durch Zugeständnisse in den Bundeseinrichtungen zu gewinnen. Sie glaubte vielmehr, daß Preußen, wenn Oesterreich in Krieg mit Frankreich verwickelt würde, durch einen Bundesbeschluß und durch den Druck der öffentlichen Meinung zur Hülfsleistung würde gezwungen werden, obgleich die nationalen Einheitsbestrebungen in Italien dem preußisch-deutschen Interesse keineswegs entgegen waren und obgleich aus der Bundesverfassung für Preußen keinerlei Verpflichtungen, Oesterreich auch für seine außerdeutschen Besitzungen Gewähr zu leisten, abgeleitet werden konnten.

Bismarck hielt den Augenblick für günstig, um gerade jetzt auf eine Aenderung der die Macht Preußens lähmenden Bundeseinrichtungen zu dringen, welche die preußische Regierung in ruhigen Zeiten vergeblich angestrebt hatte; er konnte sich nicht für den Gedanken erwärmen, daß ein Hohenzollern'scher Kriegsherr Heerfolge bei dem Hause Habsburg leisten und daß Preußen dem Kaiserstaate die Last des Krieges abnehmen solle, ohne irgend welche Verbesserung seiner Stellung in Deutschland zu erreichen. Er bekannte sich in Frankfurt laut und offen zu dieser Ansicht, und gerade zu der Zeit, als die kleinen Herolde Oesterreichs am Bunde am heftigsten in die Kriegsdrommete stießen, sahen sie mit sittlicher Entrüstung den Vertreter Preußens in vertraulicher Unterhaltung mit dem sardinischen Gesandten Grafen Barral auf den Frankfurter Spaziergängen sich zeigen.

Um diese Zeit machte in den Frankfurter Cirkeln ein Schlagwort die Runde, mit welchem Bismarck einmal im Frühjahr 1854 bei einem Besuche in München die naive Frage eines österreichischen Generals abgefertigt hatte. Letzterer war mit einem glänzenden Gefolge von österreichischen und bayrischen Offizieren, sämmtlich im Schmucke ihrer Kriegsorden, zu einer Heerschau erschienen. Unter den Zuschauern befand sich auch Bismarck und hatte zu Ehren des hohen Gastes seine preußische Landwehrleutnantsuniform und sämmtliche Orden angelegt, mit denen die Höflichkeit der großen und kleinen Höfe während seiner Bundestagsgesandtschaft ihn bedacht hatte. Der General begrüßte ihn und erlaubte sich, auf seine Orden weisend, mit feiner Anspielung auf die drohenden Kriegswetter und auf die passive Rolle, die Preußen während der Kriegsereignisse des letzten Jahrzehnts gespielt, die unvorsichtige Frage: „Schaun's, Excellenz! alle vor'm Feinde erworben?" — „Ja wol, Excellenz!" lautete die blitzschnelle Antwort, „alle vor'm Feinde, alle in Frankfurt am Main."

Die preußische Regierung mochte besorgen, daß die Haltung ihres Gesandten am Bundestage den bevorstehenden Verhandlungen mit Oesterreich und der von ihr beabsichtigten Vermittelung vorgreifen könne; andererseits erschien

ihr Herr von Bismarck als das geeignetste Organ, um ihre Ansichten bei dem Petersburger Kabinet zu vertreten. So geschah, was Bismarck schon im November vorausgesehen: er wurde von seinem Posten am Bundestage abberufen und zum Gesandten am Petersburger Hofe ernannt.

Ein Zeitraum der Sammlung und Vorbereitung von hoher Wichtigkeit für die Folgezeit lag abgeschlossen hinter ihm. Reicher an Erfahrungen und mit erweitertem Gesichtskreise verließ Bismarck das Frankfurt, in dessen Mauern er acht Jahre hindurch lernend, wachsend, endlich gewaltig werdend, geweilt hatte.



„Alle vor'm Feinde erworben?"
Parade in München (1854).

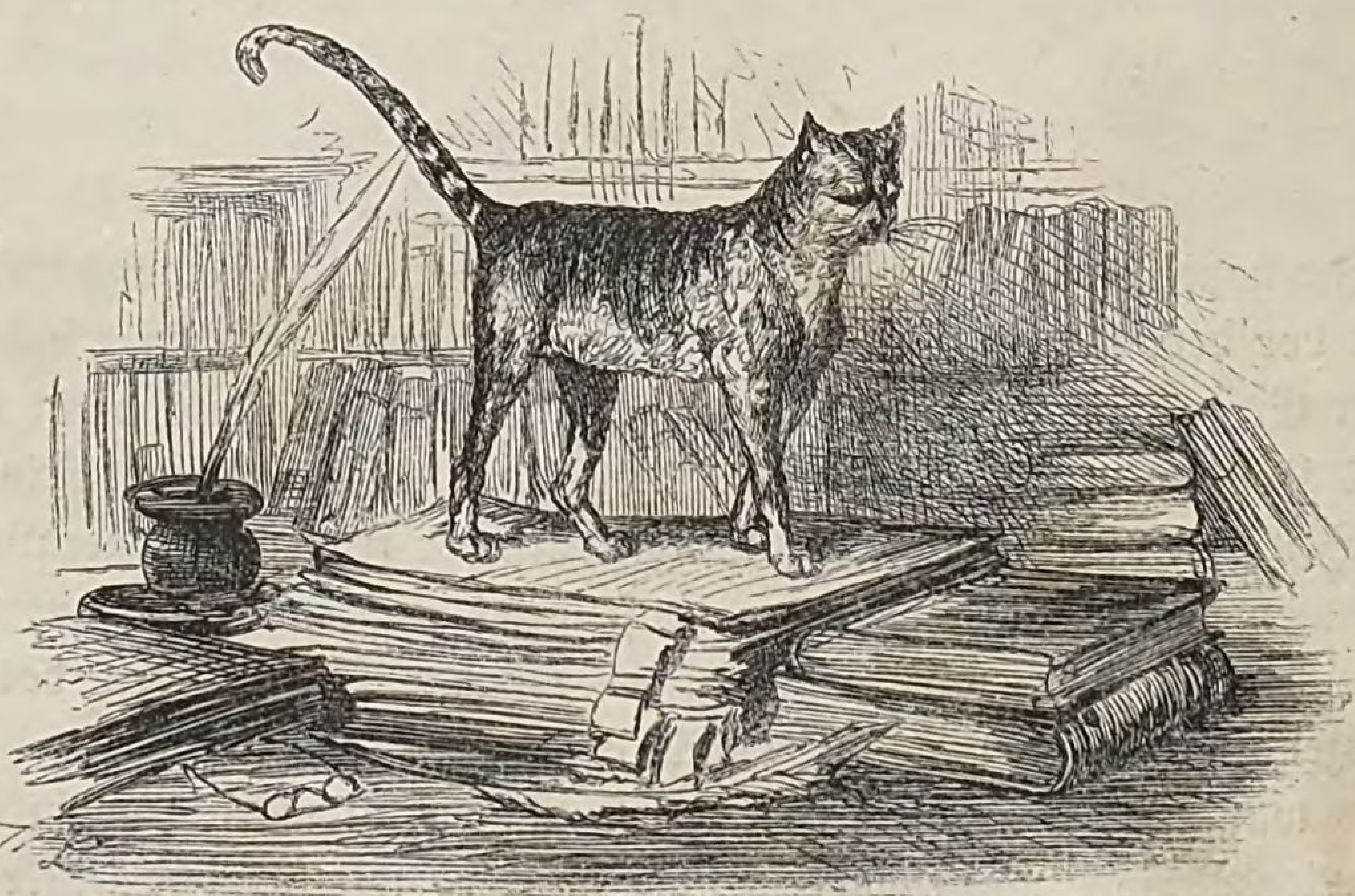
„Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt", erklärte er nach abermals acht Jahren vor dem konstituirenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, „daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet, nicht existirten, daß das Zusammengehen mit Oesterreich, wie es mir aus den Erinnerungen an die Heilige Alliance, die durch Traditionen der früheren Generationen mir überkommen waren, vorschwebte, — daß dieses nicht möglich war, weil das Oesterreich, mit dem wir rechneten — es war die Periode des Fürsten Schwarzenberg — überhaupt eben nicht existirte."

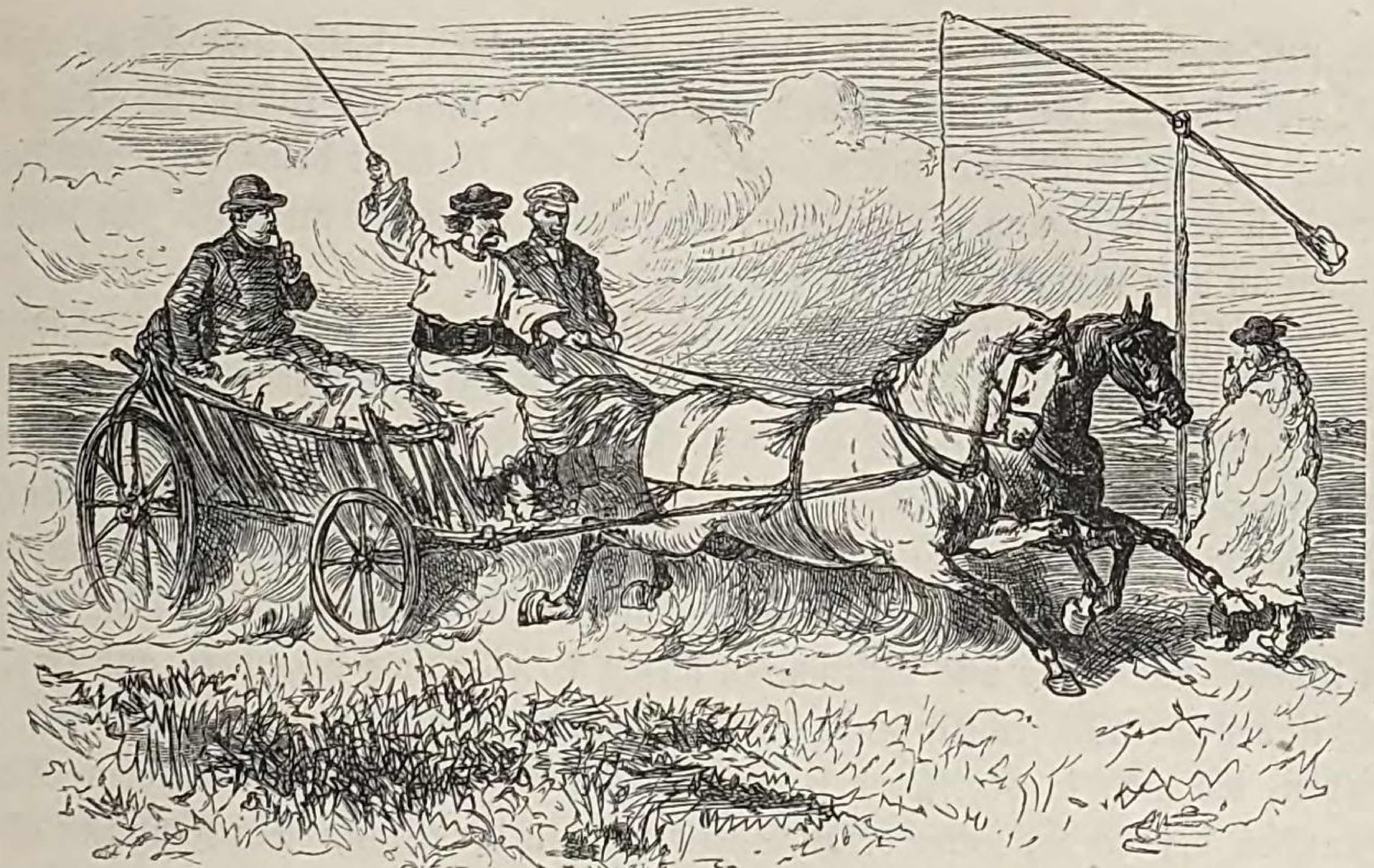
Es war nicht ein Wechsel in den Ansichten Bismarck's während dieser Frankfurter Periode vorgegangen; nicht daß er, wie manche seiner Freunde

wähnten, sein feudales Streitroß in der mittelalterlichen Rüstung, auf dem er ehemals in die Schranken geritten, für einen Sonntagsphilistergaul mit schwarzrothgoldener Zäumung hingegeben hätte, — sondern weil er von dem Kern eines starken Preußens ausging und die Aufgabe seines Vaterlandes höher stellte, als das Getriebe der Parteien, so gerieth er in Streit mit solchen kurzsichtigen Politikern, die über den engen Gesichtskreis der Partei nicht hinauszuschauen vermochten, die daher Bismarck's Verhalten in Frankfurt unerklärlich fanden und ihn einen „Permutator“ nannten, wie sein Ahnherr geheißen ward, der zu Kurprinz Johann Georg's Zeiten das väterliche Burgstall gegen Crevese-Schönhausen vertauschte.

„Kalt gestellt!“ sagte Bismarck zu seinen Freunden, als er ihnen die Nachricht von seiner Versetzung nach Petersburg mittheilte. Er theilte das Schicksal des edlen Gewächses aus der Champagne, dessen Saft erst in den silbernen Eiskübeln friert, eh' er die Herzen mit seinem Feuer labt. Er nahm Abschied von den Frankfurter Cirkeln, begab sich zur Meldung nach Berlin und von dort auf die Reise nach den winterlichen Gefilden Rußlands.

Die Mainstadt hatte den bedeutendsten Mann verloren, der jemals an der grünen Tafelrunde des Bundestagspalastes einen Platz eingenommen; sie ahnte nicht, unter welchen veränderten Verhältnissen sie ihn, er sie wiedersehen würde. In der Frankfurter Gesellschaft machte sich eine bedeutende Lücke fühlbar, seitdem ein mächtiges und anregendes Element daraus geschieden war. Während Napoleon III. im Sommer 1859 auf den lombardischen Schlachtfeldern bei Magenta und Solferino Lorbern brach, betrachteten die Diplomaten des Bundestags mit höherer Langeweile den antiquarischen Schatz der aufgehäuften Protokolle und die Staubsäulen, welche der Wind um die Dreimännergruppe auf dem Roßplatz aufwirbelte.





Fahrt in den Pußten.



Zehntes Kapitel.

In weiter Welt.

Heil dem, der auf des Lebens Wogen,
Die Brust von Hoffnung stolz geschwellt,
In Jugenddrang hinausgezogen
In Gottes weite, schöne Welt;
Der dann, von Sehnsuchtsdrang getrieben,
Nach manchem heiß durchkämpften Strauß,
Heimkehrt zu allen seinen Lieben,
Der Schwalbe gleich, in's Vaterhaus!
Heinrich Zeise.

Deutsche Zucht geht über Alles.
Walter von der Vogelweide.

Bismarck's Amtsantritt in der deutschen Bundesstadt bezeichnet zugleich in des Wortes wahrster Bedeutung den Beginn seiner Wanderjahre. Kaum ein Jahr verging, in welchem er nicht eine größere Reise — sei es im Auftrage seiner Regierung, sei es zu seiner Erholung — unternahm. In bunten, wechselvollen Bildern sah er Welt und Menschen an sich vorüberziehen; er sah das eigene Vaterland aus der Ferne und kehrte dann mit neuen Eindrücken und mit der alten Liebe im Herzen wieder in seine Heimat zurück. Bald sehen wir ihn im leicht gezimmerten Leiterwagen mit den in sausendem Galopp dahineilenden Czikospferden durch das Grasmeer der ungarischen Pußten fliegen, bald am Ufer des Genfer Sees ein idyllisches Stillleben

mit den Seinigen führen, als ob eine Eschenheimer Gasse und Bamberger Staatsweisheit, der kranke Mann am Bosporus und der Heilkünstler an der Seine für ihn nicht vorhanden wären; — bald jagte er den Hirsch und das Elenn in den Waldungen Kurlands, bald nahm er in den alten Forsten seiner Ahnen an dem königlichen Weidwerk Theil.

In einem bereits von anderer Hand ans Licht gebrachten Briefschatze wird uns eine Fülle von anziehenden und lebensvollen Naturschilderungen von seiner Hand geboten, welche zugleich von dem feinen Blicke und der eigenthümlichen Darstellungsgabe des Verfassers zeigen. Bismarck versteht es, die empfangenen Natureindrücke in ihrer vollen Frische und Lebendigkeit auch dem Leser mitzutheilen und ihm das Gesammtbild der Landschaft mit einem Male vor die Seele zu heben. Was aber uns Deutsche in diesen Briefen noch besonders anheimelt, das ist der überall durchklingende Gemüthston, der Zug zur Heimat und zu seinen Lieben, die auch in der Ferne seinem Herzen stets am nächsten bleiben. Das Rauschen der Linde, unter deren Schatten er in der Pußta sein Frühstück einnimmt, ruft ihm die heimatlichen alten Linden von Schönhausen in die Vorstellung; die kahle nordische Steppe erinnert ihn an eine liebe Gegend Pommerns, wo die Güter seiner Schwiegereltern liegen, und in einem späteren Briefe aus Biarritz an seine Gemahlin findet sich die schöne Stelle: „Ich habe ein böses Gewissen, daß ich so viel Schönes ohne Dich sehe.“ Während in seinen staatsmännischen Schriften sich sein scharfes Urtheil selten ohne eine starke Beimischung von Ironie ausspricht, haben jene Briefe den Vorzug, daß sie ihn als Menschen „auch unserm Herzen menschlich näher führen“, und es ist ein Trost zu erfahren, wie er bei der vollen Hingebung an den Staatsdienst sich doch eine Höhe des allgemeinen menschlichen Standpunktes wahrt, für den auch solche weitgreifende Thätigkeit nur vergänglichen Werth hat. Eine solche Auffassung giebt sich in einem späteren Briefe aus Petersburg (2. Juli 1859) kund. „Wie Gott will!“ heißt es dort; „es ist hier Alles doch nur Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelspiel, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Oesterreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Aehnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, reinlich skelettirt, ziemlich Einer wie der Andere aus; den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären.“

Wir können es uns nicht versagen, Bismarck auf den größeren Reisen, die er während des Frankfurter Lebensabschnittes unternahm, zu begleiten, wobei uns jene Briefe als Wegweiser dienen mögen.

Im Sommer 1852 hatte Bismarck, wie bereits erwähnt, eine Sendung nach Wien. Die Anwesenheit der kaiserlichen Familie in Ofen veranlaßte ihn, sein Reiseziel noch weiter zu stecken. Unter der preußischen Flagge fuhr das Gesandtenschiff von Wien die Donau hinab nach der ungarischen Doppelstadt, wo die Gastfreiheit des Kaisers ihm Quartier im Ofener Schlosse bereitet hatte. Aus den Fenstern der auf einem stumpfen Bergkegel ragenden Burg genoß Bismarck die weite Aussicht über den blauen Donauspiegel mit der Kettenbrücke und der waldigen Insel inmitten des Stromes, über die Stadt mit den Prachtgebäuden an seinen Ufern und über die breite Pesther Ebene, die in den Türkenkriegen so oft mit dem Blute der Gläubigen und Ungläubigen, auch mit brandenburgischem Blute, getränkt ward. Von denselben Fenstern aus sah drei Jahre früher der österreichische Befehlshaber der Burg, General Hentzi, die grünweißrothen Banner der Ungarn unter Görgey von den Ofener Bergen herabziehen; damals blitzten von hier die österreichischen Feuerschlünde gegen das jenseits liegende Pesth, um die Stadt für den Jubel zu strafen, mit dem sie dem einziehenden Ungarnheere entgegenjauchzte. Noch gewahrte Bismarck auf der Diele seines Wohnzimmers die Brandspuren jener Schreckensnacht, in welcher Görgey mit Feuer und Schwert die Burg erstürmte, trotz der heldenmüthigen Vertheidigung des wackeren Hentzi, „der treu für seinen Kaiser mit all den Seinen starb."

Die Geister der Gefallenen störten ihn nicht in der Nachtruhe. Er dünkte sich eingewiegt von einem altschottischen Hochlandssang, der ihm den Tag über im Sinne klang: „Over the blue mountain, over the white sea-foam, come thou beloved one, 'come to the lonely home!" (Ueber dem blauen Berge, über dem weißen Schaum, willkommen Du Geliebte, willkommen du Heimatstraum!)

Am folgenden Tage unternahm der Hof einen Ausflug nach den Ofener Bergen, zu welchem Bismarck eine Einladung erhielt. Zwar die „schöne Schäferin", die dort einst vom König Mathias Corvinus geliebt ward, lebte nur noch in der Sage des Volkes und konnte auf ihn ihre Zaubermacht nicht mehr üben; dafür ergötzte ihn ein Volksfest der Ungarn, die zu Tausenden herbeigeströmt waren und den jungen Kaiser mit tobenden Eljen wogend umgaben, Czardas tanzten, walzten, sangen, musizirten und in die Bäume kletterten. Auf einem Rasenabhange war der Abendtisch für den Kaiser und seine Gäste — etwa zwanzig Personen — angerichtet, aber nur auf einer Seite besetzt, die andere war für die Aussicht auf Wald, Berg, Stadt und Land frei gelassen. Bismarck saß zwischen dem weißhaarigen Erzbischof von Gran, dem Primas von Ungarn, im schwarzseidenen Talar mit rothem Ueberwurf, und einem liebenswürdigen, eleganten Kavalleriegeneral. Ueber ihnen schatteten hohe Buchen mit kletternden Ungarn in den Zweigen, dahinter dicht gedrängtes und drängendes Volk. Aus dem Walde schallten Hörnermusik und Gesang, wechselnd mit wilden Zigeunermelodien. Abendroth und Mondschein beleuchteten die Scene, und im Walde glommen Fackeln auf, welche den Gästen auf dem Heimwege leuchten sollten.

Einige Tage später sehen wir Bismarck, im niedrigen Leiterwagen auf einem Strohsack sitzend, auf der Fahrt durch die ungarischen Pußten zwischen Donau und Theiß — von Alberti-Josa nach Ketskemet — begriffen. Lesen wir die Schilderung, welche Bismarck selbst von dieser Fahrt in dem Briefe an seine Gemahlin (Szolnok, den 27. Juni 1852) entwirft:

„In den vorhandenen Atlanten wirst Du eine Karte von Ungarn finden, auf dieser einen Fluß Theiß und, wenn Du dann über Szegedin hinauf nach der Quelle suchst, einen Ort Szolnok. Ich bin gestern mit Eisenbahn von Pesth nach Alberti-Josa gefahren, wo ein Fürst W. im Quartier liegt, der mit der Prinzessin v. M. verheirathet ist. Dieser machte ich meine Aufwartung, um *** Nachricht von ihrem Ergehen bringen zu können. Der Ort liegt am Rande der ungarischen Steppen zwischen Donau und Theiß, welche ich eines Spaßes halber ansehen wollte. Man ließ mich nicht ohne Eskorte reisen, da die Gegend durch berittene Räuberbanden — hier Betyaren genannt — unsicher gemacht wird. Nach einem komfortablen Frühstück unter dem Schatten einer Schönhausischen Linde bestieg ich einen sehr niedrigen Leiterwagen mit Strohsäcken und drei Steppenpferden davor; die Ulanen luden ihre Karabiner, saßen auf, und fort ging's in sausendem Galopp. Hildebrand und ein ungarischer Lohndiener auf dem Vordersack, und ein Kutscher, ein dunkelbrauner Bauer mit Schnurrbart, breitrandigem Hut, langen, speckglänzenden schwarzen Haaren, einem Hemd, das über dem Magen aufhört, und einen handbreiten, dunkelbraunen Gurt eigener Haut sichtbar läßt, bis die weißen Hosen anfangen, von denen jedes Bein weit genug zu einem Weiberrock ist, und die bis an die Kniee reichen, wo die bespornten Stiefel anfangen. Denke Dir festen Rasengrund, eben wie der Tisch, auf dem man bis an den Horizont meilenweit nichts sieht, als die hohen kahlen Bäume der für die halbwilden Pferde und Ochsen gegrabenen Ziehbrunnen (Püttschwengel); Tausende von weißbraunen Ochsen mit armlangen Hörnern, flüchtig wie Wild, von zottigen, unansehnlichen Pferden, gehütet von berittenen, halbnackten Hirten mit lanzenartigen Stöcken, unendliche Schweineherden, unter denen jederzeit ein Esel, der den Pelz (bunda) des Hirten trägt, und gelegentlich ihn selbst; dann große Scharen von Trappen, Hasen, hamsterartige Zeisel, gelegentlich an einem Weiher mit salzhaltigem Wasser wilde Gänse, Enten, Kibitze, das waren die Gegenstände, die an uns und wir an ihnen vorüberflogen während der drei Stunden, die wir auf sieben Meilen bis Ketskemet fuhren, mit etwas Aufenthalt in einer Csarda (einsames Wirthshaus). Ketskemet ist ein Dorf, dessen Straßen, wenn man keine Bewohner sieht, an das kleine Ende von Schönhausen erinnern, nur hat es 45,000 Einwohner, ungepflasterte Straßen, niedrige, orientalisch gegen die Sonne geschlossene Häuser mit großen Viehhöfen. Ein fremder Gesandter war da eine so ungewöhnliche Erscheinung, und mein magyarischer Diener ließ die Excellenz so rasseln, daß man mir sofort eine Ehrenwache gab, die Behörden sich meldeten und Vorspann requirirt wurde.

Ich brachte den Abend mit einem liebenswürdigen Offiziercorps zu, die darauf bestanden, daß ich auch ferner Eskorte mitnehmen müsse, und mir eine Menge Räubergeschichten erzählten. Gerade in der Gegend, nach der ich reiste, sollten die übelsten Raubnester liegen, an der Theiß, wo die Sümpfe und Wüsten ihre Ausrottung fast unmöglich machen. Sie sind vortrefflich beritten und bewaffnet, diese Betyaren, überfallen in Banden von Funfzehn bis Zwanzig die Reisenden und die Höfe und sind am anderen Tage zwanzig Meilen davon.



Volksfest in den Ofener Bergen (S. 183).

Gegen anständige Leute sind sie höflich. Ich hatte den größten Theil meiner Baarschaft bei Fürst W. gelassen, nur etwas Wäsche bei mir, und hatte eigentlich einen Kitzel, diese Räuber zu Pferde, in großen Pelzen, mit Doppelflinten in der Hand und Pistolen im Gurt, deren Anführer schwarze Masken tragen und zuweilen dem kleinen Landadel angehören sollen, näher kennen zu lernen. Vor einigen Tagen waren mehrere Gensdarmen im Gefecht mit ihnen geblieben,

dafür aber zwei Räuber gefangen und in Ketskemet standrechtlich erschossen worden. Dergleichen erlebt man in unseren langweiligen Gegenden gar nicht.

„Um die Zeit, wo Du heut morgen aufwachtest, hast Du schwerlich gedacht, daß ich in dem Augenblick in Kumanien in der Gegend von Felegyhaza und Csonygrad mit Hildebrand im gestreckten Galopp über die Steppe flog, einen liebenswürdigen, sonnverbrannten Ulanenoffizier, jeder die geladenen Pistolen im Heu vor sich liegend, und ein Kommando Ulanen, die gespannten Karabiner in der Faust, hinterher jagend. Drei schnelle Pferdchen zogen uns, die unweigerlich Rosa und Csillack (Stern) und das nebenherlaufende Betyar (Vagabund) heißen, von dem Kutscher ununterbrochen bei Namen und in bittendem Ton angeredet werden, bis er den Peitschenstiel quer über den Kopf hält und mega, mega! (halt an!) ruft; dann verwandelt sich der Galopp in sausende Carrière. Ein sehr wohlthuendes Gefühl! Die Räuber ließen sich nicht sehen; wie mir mein netter brauner Lieutenant sagte, würden sie schon vor Tagesanbruch gewußt haben, daß ich unter Bedeckung reiste; gewiß aber seien welche von ihnen auch unter den würdig aussehenden, stattlichen Bauern, die uns auf den Stationen aus den gestickten, bis zur Erde gehenden Schafpelzmänteln ohne Aermel ernsthaft betrachteten, und mit einem ehrenfesten „Istem adiamek!“ (gelobt sei Gott!) begrüßten. Die Sonnenhitze war glühend den ganzen Tag, ich bin im Gesichte wie ein Krebs so roth. Ich habe 18 Meilen in 12 Stunden gemacht, wobei noch 2 bis 3 Stunden, wenn nicht mehr, auf Anspannen und Warten zu rechnen sind, da die 12 Pferde, die ich brauchte, für uns und die Bedeckung erst gefangen werden mußten. Dabei war vielleicht ein Drittel des Weges tiefster Mahlsand und Dünen, wie bei Stolpmünde. Um Fünf kam ich hier an, wo ein buntes Gewühl von Ungarn, Slowaken, Walachen die Straßen (Sz. ist ein Dorf von etwa 6000 Einwohnern, aber Eisenbahn- und Dampfschiffstation an der Theiß) füllt und mir die wildesten und verrücktesten Zigeunermelodien ins Zimmer schallen. Dazwischen singen sie durch die Nase mit weit aufgerissenem Munde, in kranker, klagender Molldissonanz, Geschichten von schwarzen Augen und von dem tapferen Tod eines Räubers, in Tönen, die an den Wind erinnern, wenn er im Schornstein lettische Lieder heult. Die Weiber sind im Ganzen gut gewachsen, einige ausgezeichnet schön; alle haben pechschwarzes Haar, nach hinten in Zöpfe geflochten, mit rothen Bändern darin. Die Frauen haben entweder lebhaft grünrothe Tücher oder rothsammetne Häubchen mit Gold auf dem Kopf, ein sehr schönes gelbes, seidenes Tuch um Schulter und Brust, schwarze, auch urblaue kurze Röcke und rothe Saffianstiefel, die bis unter das Kleid gehen, lebhafte Farben, meist ein gelbliches Braun im Gesicht und große, brennend schwarze Augen; im Ganzen gewährt so ein Trupp Weiber ein Farbenspiel, das Dir gefallen würde; jede Farbe am Anzug so energisch, wie sie sein kann. Ich habe nach meiner Ankunft um Fünf, in Erwartung des Diners, in der Theiß geschwommen, Csardas tanzen sehen, bedauert, daß ich nicht

zeichnen konnte, um die fabelhaften Gestalten für Dich zu Papier zu bringen; dann Paprika-Hähndel, Stürl (Fisch) und Tick gegessen, viel Ungar getrunken, geschrieben und will nun zu Bett geh'n, wenn die Zigeunermusik mich schlafen läßt. Gutnacht. Istem adiamek!"

Den nächstfolgenden Tag war Bismarck wieder in Pesth und trat von hier über Wien und Berlin die Rückreise nach Frankfurt an.

Der Sommer 1853 führte ihn nach einer anderen Richtung. Er sah in Norderney und Ostende seine „alte Geliebte", die See, wieder und warf sich mit Ungeduld an ihre wogende Brust. Die Hauptstadt Belgiens, das regelmäßig und einförmig gebaute Brüssel, hatte sich trotz „Stiergefechte, Waterloo und pomphafter Aufzüge" keiner besonderen Sympathien seinerseits zu freuen. Dagegen machte Amsterdam mit seinen merkwürdigen Straßenanlagen, — in der Mitte der Kanal als Fahrdamm, vor den Häuserreihen die lindenbesetzten Fußwege, — mit der seltsamen Bauart der Häuser, den phantastisch geformten Giebeln mit Schornsteinen, „als ob ein Mann auf dem Kopfe stünde und die Beine breit auseinander spreizte", mit dem rührigen Volkstreiben und den ergötzlichen Straßenbildern, den Eindruck eines „sonderbaren Ortes" auf Bismarck. „Wenn ich das Glockenspiel höre" — schrieb er — „und, mit einer langen Thonpfeife im Munde, durch den Mastenwald über die Kanäle auf die in der Dämmerung noch abenteuerlicheren, verwirrten Giebel und Schornsteine im Hintergrunde sehe, dann fallen mir alle holländischen Gespenstergeschichten aus der Kinderzeit ein, von Dolph Heylinger und Rip van Winkel und dem fliegenden Holländer." Auch das flache Land mit den buschigen grünen Wiesen und weidenden Herden, hier und da ein reinliches Städtchen, „wie aus alten Bilderbüchern ausgeschnitten", erregte sein Wohlgefallen, besonders Westfriesland, wo das nette Bauernhaus unter grünen Büschen so friedlich hervorblickt, jedes für sich von einem Wäldchen umgeben, „daß man sich nach der stillen Unabhängigkeit sehnt, die dort zu wohnen scheint."

Das folgende Jahr (1854) blieb Bismarck in Deutschland, seine Reisen beschränkten sich auf Ausflüge nach den süddeutschen Hauptstädten und auf kleinere Jagdpartien. Zu den letzteren gehörten besonders die Besuche in Soonwalde im Hunsrück bei dem alten Förster Schmiedebach, welcher lange Jahre hindurch Jäger und Diener im Hause von Bismarck's Eltern gewesen war und die beiden Brüder, Bernhard und Otto, bei ihren ersten Jagdausflügen während der Schulferien begleitet und angelernt hatte. Nun war die Freude des Alten groß, wenn Bismarck bei ihm zu Besuch erschien, weniger weil dieser eine so hohe Stellung in der Welt erreicht hatte und er ihn mit dem Prädikat „Excellenz" anreden durfte, als weil sein ehemaliger Schüler es selbst zu solcher Meisterschaft im Weidwerk gebracht hatte. Es war ihm das größte Vergnügen, Bismarck in seinem Revier herumzuführen und ihm den trefflichen Rothwildstand daselbst zu zeigen.

Im Jahre 1855 wurde Bismarck bei seiner Anwesenheit in Paris durch den preußischen Gesandten Grafen Hatzfeld dem Kaiser Napoleon vorgestellt, der, noch mit den frischen Lorbern des Krimkrieges prangend, soeben ein großes Friedenswerk, die erste Pariser Industrie-Ausstellung, in Scene gesetzt hatte. Paris war damals der Ort, wo die Diplomaten verschiedener Länder und Ländchen sich trafen, um bei Napoleon III. in die hohe staatsmännische Schule zu gehen. Fast zu derselben Zeit waren auch die Minister zweier deutscher Mittelstaaten, deren Namen damals viel genannt wurden und mit denen die Bismarck'sche Politik später noch oft zu rechnen hatte, die Herren von Beust und von der Pfordten, in Paris anwesend und ließen im Privatkabinet von St. Cloud bei den schwebenden Friedensverhandlungen mit Rußland ihre Stimmen hören. Als Herr von Beust das Kabinet des Kaisers verließ, soll dieser zu seinem Minister des Auswärtigen Grafen Walewski gesagt haben: „C'est un génie profond et pénétrant!" — Ueber Bismarck schwieg er.

Nachdem Bismarck das Jahr 1856 größtentheils in Frankfurt zugebracht und nur während der Sommerferien des Bundestags Erholung in dem lieben Reinfeld gesucht hatte, finden wir ihn im Frühjahr 1857 abermals in Paris, wo er dieses Mal eine eingehende politische Unterredung mit Napoleon hatte. Vielleicht, daß Letzterem bei dieser Gelegenheit auch eine Ahnung von dem Genie des preußischen Staatsmanns aufging, dessen volle Bedeutung ihm später einleuchten sollte! Bismarck aber schrieb nach dieser Audienz (April 1857) aus dem Hotel de Douvres im Gefühle des Unbehagens an Frau von Arnim: „Ich habe 5 Kamine und friere doch; 5 gehende Stutzuhren und weiß nie, wie spät es ist; 11 große Spiegel und die Halsbinde sitzt mir doch immer schlecht."

Im Sommer desselben Jahres unternahm Bismarck eine größere Jagdreise nach dem Norden. Von Kopenhagen, wo er sich zwei Tage mit „Museen und Politik" beschäftigte, setzte er nach Malmoe über, pirschte in den prächtigen skandinavischen Buchenwäldern nach Rehböcken und Hirschen, fuhr zurück nach Kopenhagen und von da wieder über Helsingborg mehr als zwanzig Meilen weit zu den Freuden der Jagd in das Innere Schwedens hinein. Weithin umgaben ihn Wildniß und Einöde, — eine unfruchtbare Bodenfläche, darauf dürres Heidekraut, mit kurzem Gras und Moor wechselnd, mit zahllosen Steinen bis zur Größe von hausdicken Felsblöcken besät, und bald mit undurchdringlichen Wachholderwaldungen bedeckt, bald spärlich mit einzelnen Birken und Ellern oder mit heimatlichen Tannen bestanden; dazwischen wunderlich gestaltete Seen, von Heidehügeln und Wald umgeben oder von Granitufern mit Tannen und grauen Felsmassen umragt. So schildert Bismarck die Nordlandsgegenden, in welchen er das Birk- und Auerhuhn jagte. „Eigentlich das Land meiner Träume", fügt er hinzu, „unerreichbar für Depeschen, Kollegen ꝛc. Ich möchte wol an einem dieser stillen Seen ein Jagdschlößchen haben und es mit allen Lieben, die ich mir gegenwärtig in Reinfeld versammelt denke, auf einige Monate bevölkern."

Die Jagd in diesen Einöden auf dem unebenen, steinigen Boden durch Busch und Sumpf war sehr beschwerlich; dennoch wurde von Sonnenaufgang bis Untergang und bei brennender Hitze gejagt, mit Ausnahme einer kurzen Mittagsrast in einem Heuschuppen oder auf gemähtem Heidekraut. Am Abend empfing die ermüdeten Jagdgenossen ein freundliches Jagdhaus, aus Fichtenbretern gezimmert und auf einer Halbinsel im See gelegen. Das Jagdgefolge und die Dienerschaft schlugen in der Nähe ein Zeltlager auf, an dieses schloß sich die Wagenburg und endlich eine kleine Hundestadt mit einer Gasse und etwa zehn Hütten auf jeder Seite, aus deren jeder ein „Gischperl" jagdmüde hervorschaut.



Im Hotel de Douvres.

Bei diesem Jagdzuge in den nordischen Steppen zog sich Bismarck durch einen Fall eine Verletzung des Schienbeins zu, welche ihn nicht allein zur Unterbrechung des Weidwerkvergnügens nöthigte, sondern auch, wie wir hören werden, noch in späterer Zeit üble Nachwirkungen hatte. Bismarck war ein zu leidenschaftlicher Jäger, um sich Ruhe zur Pflege der Wunden zu gönnen; er füllte selbst die Zeit, wann der aus Dänemark mitgenommene Arzt ihm Umschläge machte, damit aus, daß er von diesem in aller Eile Dänisch lernte. Nach einer nur sehr oberflächlichen Heilung reizte ihn die Jagdlust, das Lager zu verlassen und in den Waldungen Kurlands den Dammhirsch und Elenn zu jagen.

Erinnern wir uns, daß Bismarck von Frankfurt aus alljährlich mehrmals nach Berlin und Potsdam berufen wurde, um Bericht zu erstatten und Instruktionen zu empfangen, daß er oft auch mit Sendungen an die kleinen deutschen

Höfe betraut wurde, daß er endlich auch ungern eine Hofjagd in Letzlingen versäumte, so sehen wir, wie bewegt sein Leben in dieser Zeit, wie vielseitig die Ansprüche waren, die an ihn gestellt wurden und denen er nur bei der großen Spannkraft seines Geistes und der kernigen Gesundheit seiner Natur zu genügen vermochte. In der Gunst König Friedrich Wilhelm's IV. war Bismarck während seiner Amtsführung noch höher gestiegen, und selten ward in einer wichtigen Frage der auswärtigen, insbesondere der deutschen Politik eine Entscheidung getroffen, ohne daß auch er gehört ward, obgleich andere Einflüsse in der Umgebung des Königs noch zu mächtig waren, als daß Bismarck seinen Rath mit vollem Gewichte hätte geltend machen können.

Auch unter der Regentschaft blieb Bismarck den leitenden Kreisen nahe. Das Bewußtsein, über die Grundanschauungen der preußisch-deutschen Politik und über die Aufgaben Preußens in der Zukunft mit dem regierenden Herrn eines Sinnes zu sein, gab ihm jene Selbständigkeit und Sicherheit, die er später als Vertreter Preußens an den Höfen der ersten Mächte Europa's bekundete. Es war für Bismarck persönlich eine schmerzliche Empfindung, als er von dem Frankfurter Gesandtschaftsposten abberufen und nach Petersburg versetzt wurde zu einer Zeit, als am Bundestage bedeutungsvolle Fragen der Lösung harrten. Dennoch war es von hoher Wichtigkeit für ihn, an der Newa und Seine neue Erfahrungen zu sammeln und gleichsam von der Warte aus mit freiem, vorurtheilslosem Blicke das Feld der Staatskunst zu überschauen, ehe er selbstleitend an die Erfüllung der weltgeschichtlichen Aufgabe, zu der er berufen, herantrat.



Auf der Jagd.



Auf der Grenze.



Elftes Kapitel.

An fremden Höfen.

Regieren ist nicht so leicht als man glaubt,
Es versuchen's Viele und treffen's nie;
Regieren ist nicht so schwer als man glaubt,
Es treffen's Viele und versuchten's nie.
Ed. v. Bauernfeld.

Die Frühjahrsstürme von 1859 brausten durch die Welt. König Viktor Emanuel von Sardinien hatte laut verkündet, daß er gegen den Schmerzensschrei des unterjochten Italien nicht länger unempfindlich sein könne. Der Vorkämpfer aller italienischen Revolutionen, Garibaldi, sammelte in den Bergschluchten seine Alpenjäger zum Einfall in das österreichisch-lombardische Gebiet und Napoleon III. rüstete sich, Italien die versprochene Hülfe zu leisten. In Deutschland erkannten damals nur Wenige den verwandten Zug, der durch die italienischen wie durch die deutschen Einheitsbestrebungen ging. Man fürchtete vielmehr, daß Napoleon nach der Besiegung Oesterreichs alsbald die Unterwerfung Deutschlands und die Erwerbung der Rheingrenze für Frankreich zum Ziele nehmen werde.

Die öffentliche Meinung nahm daher Partei für Oesterreich und die Regierungen der kleinen Staaten drängten am Bunde zu Rüstungen für den bedrohten Kaiserstaat. — In dieser Zeit der Aufregung und Spannung trat Bismarck seine Reise von der Ostgrenze des preußischen Staates nach Petersburg an. Auf dem Außensitze des hochbepackten, achtspännigen Postwagens sehen wir ihn durch die noch unter tiefem Schnee begrabenen russischen Steppen fahren, über die ein eiskalter Wind hinweht und ihm den Schnee ins Antlitz stäubt. Dennoch behagt ihm dieser Platz besser, als ein Sitz im Innern des Wagens, wo die Luft drückend und der Raum beengt ist. Was Napoleon in den Tuilerien plante, was der kühne Cavour erstrebte und was der „Bamberger Diplomat" flüsterte, das schien in diesem Augenblicke für die Gestaltung von Bismarck's Zukunft fast gleichgiltig. Niemand ahnte, welche bedeutsame Rolle er bald in dem großen Drama spielen würde, dessen Vorspiel soeben begonnen hatte.

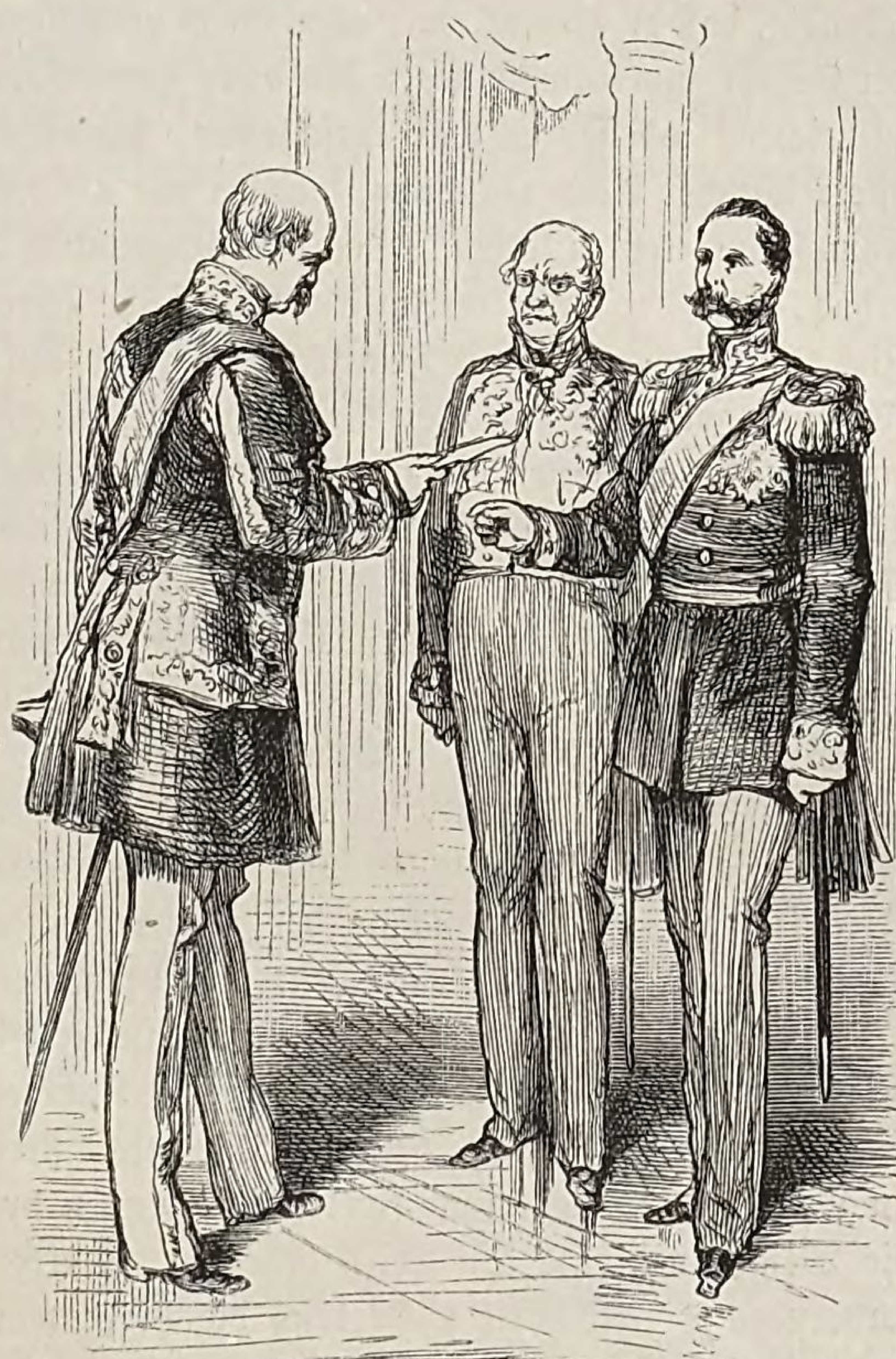
Sechs Tage dauerte, mit kurzen Unterbrechungen beim Uebersetzen der mit Eis treibenden Ströme, die Fahrt von der alten preußischen Krönungsstadt nach der Czarenstadt an der Newa, — dieselbe Reise, welche in unseren Tagen (25. April 1873) der deutsche Kaiser und sein Kanzler in kaum zwölf Stunden zurücklegten. Am siebenten Reisetage Morgens (29. März) sah Bismarck nach einer Nachtfahrt auf der Eisenbahn die Newastadt vor sich, jenen merkwürdigen, zu Stein gewordenen Einfall Peter's des Großen, welcher ihm den Blick auf die Ostsee öffnete und sein Reich dem Abendlande näher rückte. Die Newa starrte von Eise, aber heller Sonnenschein vergoldete die Kuppeln der Paläste und fiel in die breiten, belebten Straßen der schöngebauten Stadt, wo der neu angekommene Gesandte im Hotel Demidoff Quartier nahm.

Es war gerade an seinem Geburtstage (1. April 1859), als Bismarck vom Kaiser Alexander empfangen wurde und ihm seine Beglaubigungsschreiben überreichte.

Die ersten Eindrücke, welche Bismarck in Petersburg empfing, waren von der angenehmsten Art. Mit dem russischen Kanzler stand er schon seit der Zeit, als dieser Bevollmächtigter am Bundestage zu Frankfurt war (1850—54), in freundlicher Beziehung. Die brennende Tagesfrage führte bald eine noch größere Annäherung zwischen Beiden herbei. Fürst Gortschakoff, welcher mit den durch Geburt und Erziehung ihm überkommenen aristokratischen Neigungen ein feines Verständniß für die nationalen Bedürfnisse und die liberalen Ideen seiner Zeit verband, hatte als russischer Gesandter am Wiener Hofe während der orientalischen Verwickelung (1854—56) ähnliche Erfahrungen mit Oesterreich gemacht, wie Bismarck während seiner Amtsführung in Frankfurt. Er hatte nach dem Krimkriege bessere Beziehungen Rußlands zu Frankreich angebahnt, welche auch in der Zusammenkunft des Kaisers Alexander mit Napoleon in Stuttgart (1856) ihre Bethätigung fanden, und neigte sogar zu einem Bündniß mit Frankreich, um für Rußland die verlorene Stellung am Schwarzen

Meere wiederzugewinnen und den undankbaren ehemaligen Schützling Oesterreich für seinen Abfall von der Heiligen Alliance zu züchtigen. Gortschakoff sah es als eine Strafe für die Treulosigkeit desselben an, wenn das allein stehende Oesterreich dem französisch-sardinischen Bündniß gegenüber jetzt in Verlegenheiten verwickelt wurde, und besorgte nur, daß Preußen sich zu einer bewaffneten Hülfsleistung für Oesterreich fortreißen lassen könnte. Diese Besorgniß wurde von dem preußischen Gesandten in Petersburg — wie wir wissen, aus andern Gründen — getheilt.

Bismarck bekannte sich offen zu der Ueberzeugung, daß die Befreiung Italiens von der österreichischen Herrschaft nur ein Akt der geschichtlichen Nothwendigkeit, und daß ebenso die Loslösung Deutschlands von dem österreichischen Einfluß ein nothwendiges Erforderniß für seine nationale Entwicklung und eine der ersten und wichtigsten Aufgaben für die preußische Politik sei. Diese freimüthige Aussprache erregte in Petersburg um so mehr Staunen, als man dort nur an die Abgemessenheit und Zugeknöpftheit der deutschen Diplomaten gewöhnt war. Hier war ein Staatsmann, der offen aussprach, was seinem Vaterlande nach seiner Ansicht noth that, und der für die Aufrichtigkeit seiner Ansichten volles Vertrauen in Anspruch nahm und verdiente. Bismarck bahnte dadurch in den russischen Kreisen allmählich ein Verständniß für die Wege an, welche der preußischen auswärtigen Politik in nächster Zukunft vorgezeichnet waren, und wenn der preußische Rückzug von Olmütz mit Recht zum großen Theil auf Rechnung des Kaisers Nikolaus und seines ersten Rathgebers, des Grafen Nesselrode, gesetzt wird, so ist die wohlwollende Haltung, welche Kaiser



Empfang beim Kaiser Alexander.

Alexander und Fürst Gortschakoff in den entscheidenden Fragen des letzten Jahrzehnts in Bezug auf die preußisch-deutsche Politik beobachteten, vorzugsweise der preußischen Politik während des orientalischen Krieges und den Bestrebungen Bismarck's während seiner Gesandtschaft in Petersburg zuzuschreiben.

Als das bedrängte Oesterreich im Frühjahr 1859 das Bedürfniß empfand, den Beistand eines starken Bundesgenossen zu suchen, und zu diesem Zwecke der Erzherzog Albrecht nach Berlin gesandt wurde, da war in der That beim Prinzregenten von Preußen die Erinnerung an die alte Waffenbrüderschaft so lebendig, daß er geneigt war, allen Groll vergessend, Oesterreich in der Stunde der Gefahr zum Kampfe gegen den alten gemeinsamen Feind ritterlich die Hand zu reichen; indessen er war entschlossen, Preußen nicht als Hülfsmacht unter österreichischer Bevormundung, sondern nur als selbständige Großmacht in den Kampf eintreten zu lassen. Von dem Augenblicke an, da Preußen die Waffen erhob, wäre der Krieg in Italien Nebensache geworden und Napoleon's letztes Ziel, die Rheingrenze für Frankreich, sogleich auf das Programm gekommen. In einem solchen Kriege, den Preußen mit seiner ganzen Macht zu führen und mit allen Wechselfällen bis zum letzten Ende durchzukämpfen hatte, in dem es sich um Preußens Existenz, um Deutschlands Macht und Ehre handelte, wollte Preußen auch die volle Selbständigkeit des Handelns sich wahren; es wollte sich selbst die Entscheidung darüber vorbehalten, wann der rechte Augenblick zum Beginn des Krieges gekommen sei, und sich nicht durch einen voreiligen Schritt Oesterreichs oder durch eine Bundestagsmehrheit in den Krieg treiben lassen. Preußen verlangte deshalb für die Dauer des Krieges die politische und militärische Leitung Deutschlands und die Unterordnung sämmtlicher deutschen Streitkräfte — mit Ausnahme der österreichischen — unter seine Führung. Das aber war es gerade, was Oesterreich verhindern wollte.

Während Erzherzog Albrecht in Berlin die bündigsten Versicherungen des Prinzregenten erhielt, stellte das Wiener Kabinet unter dem Grafen Buol, dessen Staatsweisheit den Feinden Oesterreichs stets die besten Dienste geleistet, an Sardinien die bestimmte Forderung, binnen drei Tagen zu entwaffnen; — die Weigerung sollte den Krieg bedeuten. Durch diesen eigenmächtig herausfordernden Schritt hatte Oesterreich die Verantwortung für den nunmehr unvermeidlichen Ausbruch des Krieges auf sich allein übernommen. Die österreichischen Heere gingen über den Ticino, die französischen über die Alpen. Ueber die gesegneten Fluren Oberitaliens sollte abermals der eherne Schlachtenwürfel rollen.

Die Stimmung in Deutschland, vorzugsweise in Süddeutschland und in der süddeutschen Presse, drängte zur Theilnahme am Kriege für Oesterreich; die Staatsmänner einiger deutschen Mittelstaaten warfen sich zu Wortführern der öffentlichen Meinung auf und geberdeten sich um so kriegslustiger, je geringer das materielle Gewicht war, welches ihre Staaten in die Wagschale zu werfen hatten; dennoch trugen sie Bedenken, Preußen die von ihm beanspruchte

Oberleitung während des Krieges zu überlassen. Oesterreich aber wünschte nichts lebhafter, als die norddeutsche Großmacht durch einen Bundesbeschluß für seine nichtdeutschen Lande ins Feuer zu schicken.

Bismarck beurtheilte die Lage der Dinge aus der Ferne am Ufer der Newa „kühl bis ans Herz hinan". Von dort schrieb er jenen vielbesprochenen Brief an den preußischen Minister des Auswärtigen, Freiherrn von Schleinitz (12. Mai), der über die damals von ihm gewonnenen Grundanschauungen den besten Aufschluß giebt. „Seine königliche Hoheit der Prinzregent", heißt es darin, „haben eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller Derer hat, denen ein Urtheil über preußische Politik beiwohnen kann und die sich dasselbe nicht durch Parteileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Theil unserer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreies der urtheillosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich dabei aber der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde, — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, anderen Interessen dienen, als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. . . . Ich sehe in unserem Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen."

Während die österreichische Staatskunst sich weigerte, Preußen das zuzugestehen, was ihm nach Lage der Sachen nicht verweigert werden konnte, verloren die österreichischen Heerführer auf den lombardischen Ebenen die Schlachten von Magenta und Solferino, hielt Napoleon III. seinen Siegeseinzug in Mailand und näherten sich die francosardinischen Heere dem berühmten Festungsviereck am Mincio, dem letzten Bollwerk der Oesterreicher auf italienischem Boden.

Preußen hatte unterdessen beinahe sein ganzes Heer auf den Kriegsfuß gesetzt. Am Tage nach der Schlacht bei Solferino erklärte es seinen Bundesgenossen, daß es bereit sei, Oesterreich seinen Länderbesitz zu erhalten, und bereitete sie auf die Wahrscheinlichkeit des Krieges vor, wenn seine Vermittelung in dieser Richtung keinen Erfolg haben sollte. Einige Tage darauf (4. Juli)

beantragte Preußen am Bunde die Uebertragung des Oberbefehls über die Rheinarmee an den Prinzregenten.

Bismarck wurde durch dieses eilige Vorgehen Preußens mit Besorgniß erfüllt. „Wir haben zu früh und zu stark gerüstet", schrieb er aus Petersburg (1. Juli) an einen preußischen Diplomaten, „und die Schwere der Last, die wir uns aufgebürdet, zieht uns die schiefe Ebene hinab. Man wird zuletzt losschlagen, um die Landwehr zu beschäftigen, weil man sich genirt, sie einfach wieder nach Hause zu schicken. Wir werden dann nicht einmal Oesterreichs Reserve, sondern wir opfern uns geraden Wegs für Oesterreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuß am Rhein wird der deutsche Krieg Hauptsache, weil er Paris bedroht, Oesterreich bekommt Luft, und wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen? wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß und die Richtung unserer Erfolge so zuzuschneiden, wie es dem spezifisch österreichischen Interesse entspricht? und wenn es uns schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns abfallen, wie welke Pflaumen im Winde, und Jeder, dessen Residenz französische Einquartierung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten."

Die Eifersucht Oesterreichs sorgte dafür, daß Bismarcks Befürchtungen nicht in Erfüllung gingen. Um Preußen die eigenmächtige Leitung zu entziehen, kreuzte die österreichische Regierung den preußischen Antrag am Bunde durch den ihrigen auf Ernennung des Prinzregenten zum Bundesfeldherrn (7. Juli), in welcher Eigenschaft der Regent von der Bundesversammlung, in der Oesterreich den Vorsitz führte, Befehle anzunehmen gehabt haben würde. Preußen ging indessen, unbekümmert um das Ränkespiel am Bunde, seinen eigenen Weg weiter, entschlossen, mit oder trotz seinen Bundesgenossen als selbständige Macht in den Kampf einzutreten. Da überraschte Oesterreich die Welt durch den plötzlichen Friedensschluß von Villafranca (11. Juli), durch welchen es eine seiner blühendsten Provinzen, das lombardische Königreich, opferte, um sich nicht durch seinen Nebenbuhler retten zu lassen.

Bismarck konnte der letzten Entwicklung und dem Ausgange des italienischen Krieges nur vom Krankenlager aus folgen. Die Verletzung des Schienbeins, welche er sich auf der Jagd in Schweden zugezogen, hatte sich durch die anfängliche Nichtbeachtung verschlimmert. Bald nach der Rückkehr von einer Reise nach Moskau (Juni 1859) erkrankte er in Petersburg dergestalt, daß er ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen mußte. Erkältung und rheumatische Schmerzen kamen zu dem ursprünglichen Leiden, und es zeigte sich, daß der „achtjährige ununterbrochene Aerger" am Bundestage seine Nerven stark angegriffen hatte. Senfpflaster, spanische Fliegen und massenhafte Schröpfköpfe wollten ihre Schuldigkeit nicht thun. Es schien, als ob ein zugezogener Arzt die Krankheit nicht richtig erkannt oder nicht die richtigen Mittel zur Heilung angewendet hätte, denn das Leiden verschlimmerte sich auffälliger Weise von

Tage zu Tage. Bismarck erbat sich deshalb für einige Zeit Urlaub nach Berlin und übergab sich dort, im Hotel d'Angleterre wohnend, anderer ärztlicher Behandlung; aber auch hier schienen die früher angewandten Jodgifte noch eine üble Nachwirkung zu üben. Da erschien als hülfreiche Fee Frau Johanna aus Reinfeld an seinem Krankenlager, verbannte sogleich alle Jodflaschen aus seiner Nähe und half mit den einfachen und natürlichen Mitteln, welche ihr die eigene auf dem väterlichen Gute erlernte Heilkunde eingab, sowie mit zweckmäßigen Anordnungen. Unter ihrer pflegenden Hand erholte sich der Gemahl sichtlich, sodaß er das Krankenbett verlassen und im August weitere Genesung in den Bädern Nauheim und Wiesbaden suchen konnte.

Kaum genesen und zum Besuch in Reinfeld eingetroffen, wurde Bismarck (Sept. 1859) zum Prinzregenten nach Berlin berufen, um dort wichtigen Verhandlungen im Ministerium beizuwohnen, demnächst von dort zum Kaiser von Rußland nach Warschau zu reisen und diesen zur Zusammenkunft mit dem Prinzregenten nach Breslau zu begleiten. Dürfen wir aus seinem damaligen Appetit auf sein körperliches Befinden schließen, so scheint sich dasselbe um diese Zeit bedeutend gebessert zu haben, denn wir lesen in dem Briefe an seine Gemahlin aus Schloß Lazienki (bei Warschau), wo er im Pavillon Stanislaus August's wohnte (19. Okt. 1859): „Ich habe vortrefflich geschlafen, der Thee steht auf dem Tisch und wenn ich ihn getrunken haben werde, fahre ich aus.... Besagter Thee, den ich eben trank, bestand übrigens nicht nur aus Thee, sondern aus Kaffee, 6 Eiern, 3 Sorten Fleisch, Backwesen und einer Flasche Bordeaux, und aus der Bresche, die ich denn frühmorgens schon angerichtet habe, würdest Du ersehen, daß die Reise mir nicht geschadet hat."

Auch seine gute Laune scheint allmählich wiedergekehrt zu sein, wie wir aus einem zwei Tage später geschriebenen Briefe entnehmen: „Gestern war großes Diner, eine Wasser- und Waldillumination, die Alles übertraf, was ich in der Art gesehen habe, und Ballet mit Mazurka zum Verlieben. Was gemacht werden kann, wird gemacht, und für amusable Leute ist es hier wie in Abrahams Schoß.... Mit Gottes Hülfe bin ich heute über acht Tage in Reinfeld und finde Dich und das kleine Volk gesund und reisefertig. Ich sehne mich nach dem Moment, wo wir zum ersten Mal im Winterquartier ruhig am Theetisch sitzen werden, mag die Newa so dick gefroren sein, wie sie will."

Die Sehnsucht nach der friedlichen Theestunde im Kreise der Seinigen sollte aber so bald noch nicht gestillt werden. Als Bismarck (im Nov. 1859) sich anschickte, von Reinfeld nach Petersburg zu übersiedeln, erkrankte er von Neuem auf der Reise bei einem Freunde, Herrn von Below auf Hohendorf bei Elbing, an einer Lungenentzündung dergestalt, daß er längere Zeit hindurch seine Genesung abwarten und die Rückkehr auf den Gesandtschaftsposten verschieben mußte. Während seiner Krankheit ward ihm wenigstens der Trost, in dem gastfreien Hause des Freundes seine ganze Familie um sich zu haben.

Erst gegen Ende des Mai 1860 setzte Bismarck, nachdem er inzwischen wieder in Berlin gewesen und an den Sitzungen im Herrenhause theilgenommen hatte, mit seiner Familie von Hohendorf die Reise nach Petersburg fort, wo er am 5. Juni Morgens ankam und das schon im vorigen Jahre von ihm gemiethete Haus der Gräfin Stenbock am Englischen Quai bezog.

Erst mit seiner Rückkehr nach Petersburg beginnt für Bismarck eine kurze Zeit der Erholung, welche sich durch die angenehmen geselligen Beziehungen noch freundlicher gestaltete. Der preußische Gesandte nahm infolge der verwandtschaftlichen Verbindung der beiden Höfe von Petersburg und Berlin herkömmlich eine bevorzugte Stellung vor seinen Kollegen ein. Trotz der aufrichtigen Freundschaft König Friedrich Wilhelm's IV. für seinen Schwager, den Kaiser Nikolaus, der nicht blos zum Schein die Rolle eines „Vaters aller Preußen" für sich beanspruchte, hatte es indessen auch an Verstimmungen der russischen Hofpartei gegen Preußen nicht gefehlt, die hauptsächlich in dem russenfeindlichen Verhalten der liberalen Parteien in Preußen ihre Ursache hatten. Durch die aufrichtige Neutralität Preußens und die zweideutige Rolle Oesterreichs während des orientalischen Krieges hatten sich die Beziehungen zu Gunsten Preußens geändert. Von Herrn von Bismarck war es bekannt, daß er ein aufrichtiger Verehrer des verstorbenen Kaisers Nikolaus gewesen, und dies, sowie seine Abneigung gegen Oesterreich, war die beste Empfehlung, die er nach Petersburg mitgenommen. Kaiser Alexander fand bald besonderes Wohlgefallen an der freien, ungezwungenen Haltung, dem feinen, vornehmen Takte des deutschen Edelmanns, den er gleichsam unter die Hausfreunde der kaiserlichen Familie aufnahm. Bismarck war es, der durch sein persönliches Verhalten und seine kundgegebenen Gesinnungen den Kaiser Alexander mit dem Gedanken vertraut machte, daß gerade ein mächtiges, selbständiges Preußen ein zuverlässiger Verbündeter für Rußland sein werde.

Oft weilte Bismarck in Peterhof zum Besuch bei der Kaiserin-Mutter Charlotte, der Schwester des Prinzregenten, für die er gleichsam einen Zug kindlicher Pietät hegte und deren „tiefer Stimme, ihrem ehrlichen Lachen und Schelten" er gern stundenlang zuhören mochte, während die hohe Frau, schwarz angezogen, an einem weiß und rothen wollenen Shawl mit langen Stäben strickend, auf dem Balkon in ihrer Chaiselongue ruhte, vor sich die Aussicht über „die grünen Wipfelmeere des Parks bis hinaus an das blaue wirkliche Meer mit Segeln und Möven." Dort sah er sie noch an ihrem letzten Geburtstage (2. Juli 1860), als die feierlichen Begrüßungsklänge der Musik aus dem Parke zu ihr aufstiegen.

In den gastlichen Salons der geistvollen Großfürstin Helene, welche Herrn von Bismarck schon seit der Frankfurter Zeit gewogen war, traf er mit den angesehensten Staatsmännern, Künstlern und Gelehrten, nicht allein aus der Newaresidenz, sondern auch aus anderen Hauptstädten, welche die hohe Frau in ihren Zauberkreis zog, zusammen und knüpfte freundschaftliche

Beziehungen mit denselben an. In der gesammten Petersburger Gesellschaft war nur eine Stimme darüber, wie angenehm sich das offene, sichere Wesen des neuen Gesandten von der berechneten Abgemessenheit und nichtssagenden Wichtigthuerei mancher anderer Staatsmänner des Auslandes unterschied.



Bei der Kaiserin-Mutter.

Dem spezifischen Russenthum schmeichelte das Interesse, welches der deutsche Freiherr für die soeben in der Presse und Literatur erwachte liberale Bewegung an den Tag legte. Man hörte mit innerlicher Befriedigung, daß er sich Mühe gab, die schwierige russische Sprache zu erlernen, und sie sogar gelegentlich statt des Französischen in der Unterhaltung anwendete.

Ohne daß er es seinen englischen, französischen und österreichischen Kollegen an Aufwand gleichzuthun suchte, gehörten doch die Salons im Stenbockschen Hotel zu den gesuchtesten und behaglichsten in Petersburg. Die unverwüstliche Laune des Wirthes, die anspruchslose und anmuthige Weise der

Hausfrau verliehen den kleinen offenen Abenden im Hause des deutschen Freiherrn einen Reiz, um welchen die blendenden Feste seiner Kollegen mit ihrer glänzenden Langeweile sie hätten beneiden können. Zu den liebsten Gästen gehörten die Landsleute, der preußische Militärbevollmächtigte, General von Loën, der damalige russische Hauptmann von Erckert, der Legationsrath von Schlözer und der Jugendfreund Bismarck's, Graf Kayserlingk, damals Kurator an der Universität zu Dorpat, welche ihn auch „à la fortune du pot“ zum Mittagstische besuchten.

Das Weidwerk pflegte Bismarck in Rußland mit alter Leidenschaft und mit gewohntem Glücke. Nie fühlte er sich gesunder, als wenn er, in seinen schweren russischen Pelz gehüllt, die Flinte unter dem Arme, auf den beschneiten Feldern der Fährte des Wolfes und Bären nachging. Oft fuhr er wol mehrere Hundert Werst weit ins Land hinein auf die Güter seiner Jagdfreunde in Est- und Kurland, um den Hirsch und Elenn zu jagen, deren mächtige Geweihe als Jagdtrophäen später den Eingang seines Hauses zierten.

Bismarck spielte nicht den Jäger, er war es wirklich. Wer aber auch im Jägerkleide nach dem Ruhme eines „cordon bleu“ unter den Diplomaten strebte, der suchte wol auch die Gelegenheit wahrzunehmen, um nach beendigter Jagd bei stärkendem Mahle und schäumendem Weine den entsiegelten Lippen des Kollegen die politischen Geheimnisse seiner Regierung abzulauschen. Insbesondere bemühten sich die Gesandten gewisser deutschen Staaten, welche in Bismarck vielleicht schon den künftigen Minister ahnten, seine Pläne in Bezug auf die Machterhebung Preußens in Deutschland zu ergründen, und versäumten nicht, darüber ausführliche Berichte an ihre Regierungen zu erstatten.

Hohes Ansehen genoß Bismarck bei seinen Landsleuten in Petersburg, nicht allein bei den Preußen, sondern bei allen dort lebenden Deutschen, die in dem preußischen Gesandten ihren „Advokaten, Richter, Landrath“, ihre „Polizei und Aushebungsbehörde“ erblickten. Ohne es zu Zerwürfnissen mit den schwerfälligen russischen Verwaltungsbehörden kommen zu lassen, wußte doch Bismarck es dahin zu bringen, daß seinen Reklamationen zu Gunsten seiner Schutzbefohlenen stets die vollste Berücksichtigung zu Theil wurde und daß die Deutschen in Petersburg eine mindestens eben so geachtete Stellung hatten, als die Briten oder Franzosen. So geschah es, daß Bismarck unter den Deutschen in Rußland früher populär wurde, als in Deutschland selber.

Die Erziehung und den Unterricht seiner Söhne ließ Bismarck sich in Petersburg lebhaft angelegen sein. Schon vor ihrer Abreise dahin hatte Frau von Bismarck den alten Lehrer ihres Gemahls, Professor Bonnell, bei der Wahl eines Hauslehrers zu Rathe gezogen: „Sie haben für meinen Otto so gut gesorgt, Sie werden es auch für meine Kinder thun!“ sagte sie, und in der That gelang es Bonnell, in einem seiner früheren Schüler, dem

Predigtamtskandidaten Braune (später Prediger zu Straußberg), den Hauslehrer zu finden, der sich mit Takt und Geschicklichkeit der Aufgabe unterzog, die Knaben ordnungsmäßig nach dem Lehrplan des Friedrichswerder'schen Gymnasiums zu unterrichten. Alle Sonnabende erschienen Herbert und Bill (Wilhelm), damals im Alter von zehn und acht Jahren, mit ihren Heften vor dem Vater und wurden von diesem in Gegenwart des Lehrers nach Kenntnissen und Fortschritten strenge geprüft.



Bismarck unterrichtet seine Söhne.

Aber auch der Vater ging ihnen im Lernen mit trefflichem Beispiel voran. Er hatte seinen eigenen Lehrer für sich angenommen, von dem er in seinen Freistunden mit unermüdlicher Ausdauer das Russische lernte, und er machte so bedeutende Fortschritte darin, daß er eines Tages den Kaiser Alexander mit einer fertigen russischen Anrede zu überraschen vermochte.

Vergessen wir unter den Bismarck'schen Hausgenossen in Petersburg auch die jungen Bären nicht, die er als lebendige Jagdbeute von einem seiner Streifzüge heimgebracht hatte und in seinem Hause aufziehen ließ. Mitunter erschienen die kleinen Tölpel beim Nachtisch im Speisesaal, kugelten sich auf den Teppichen und ergötzten die Gesellschaft durch allerlei täppische Kurzweil.

Seine Zufriedenheit mit den Petersburger Verhältnissen spricht Bismarck in einem Briefe an seine Schwester, Frau von Arnim (1. Juli 1860), aus. „Mir ist zu Muthe" — schreibt er — „wie einem alten Pensionär, der mit den Händeln dieser Welt abgeschlossen hat, oder doch wie einem früher ehrgeizigen Militär, der den Hafen einer guten Kommandantur erreicht hat, und mir ist, als könnte ich hier lange zufriedene Jahre hindurch meinem Ende entgegenreifen. Bis Zwölf habe ich jeden Morgen mit Karlsbader, Spazieren, Frühstücken, Anziehen zu thun, von da bis Fünf giebt mir der Dienst gerade genug regelmäßige Arbeit, um mich nicht überflüssig in der Welt zu fühlen. Das Mittag schmeckt mir vortrefflich, am besten das, was ich nicht essen darf; von Acht bis Zehn reite ich, ebenfalls par ordonnance du médecin, und lese dann bis Zwölf, mit dem begleitenden Genusse der gemeinen Lazarethpflaume, die eingegangenen Zeitungen und Depeschen. So halte ich's noch lange aus, vorausgesetzt, daß es mir gelingt, den Standpunkt des beobachtenden Naturforschers unserer Politik gegenüber festzuhalten....."

Diese friedliche Zurückgezogenheit war ihm jedoch nicht für lange vergönnt. Nicht allein die äußeren Lebensverhältnisse hinderten ihn daran, sondern auch seine eigene innerste Natur, welche den Kampf suchte und die Ruhe verschmähte, hob ihn immer von Neuem auf den Wogendrang der Zeit. Bismarck fühlte, daß sein Vaterland in nicht ferner Zeit noch viel höhere Aufgaben an ihn stellen würde, als bisher geschehen, und so glich die kurze Ruhe, der er sich mit scheinbarem Wohlbehagen überließ, nur dem Athemschöpfen des bergsteigenden Wanderers, der von einem erreichten Aussichtspunkte auf die Landschaft unter sich zurückschaut, wohl wissend, daß der steile Hochgipfel für ihn noch zu erklimmen bleibt.

Es war das Jahr der Fürstenzusammenkünfte (1860). Die Zustände, welche seit den Wiener Verträgen bestanden hatten, waren durch das gewaltsame Auftreten Napoleon's III. im Orient und in Italien geändert worden. Eine neue Staatenordnung war im Werden, aber noch nirgends etwas Fertiges geschaffen. Auch die Fürstenbesuche hatten mehr den Zweck, die gegenseitigen Absichten und Pläne für die Zukunft zu erforschen, als zur Befestigung der alten Zustände beizutragen. Dies gilt auch von der Begegnung des Prinzregenten von Preußen mit Kaiser Napoleon III. in Baden-Baden (15. bis 17. Juni), auf welche wir später zurückkommen. Der durch Vermittelung des Königs von Bayern veranstalteten Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Kaiser von Oesterreich zu Teplitz (23. bis 26. Juli) lag die Absicht zu Grunde, die aus dem Italienischen Kriege herrührende Spannung zwischen den beiden Höfen auszugleichen. Nach den amtlichen Nachrichten, welche Bismarck darüber erhielt, war in Teplitz nichts Endgiltiges beschlossen, sondern die Leistungen Preußens für Oesterreich in Bezug auf die Erhaltung Veneziens beim Kaiserstaate waren davon abhängig gemacht worden, daß Oesterreich sein Wohlwollen für Preußen

auf dem Gebiete der deutschen Politik zunächst thatsächlich bewähre; nachdem dies geschehen, werde es auf die Dankbarkeit Preußens rechnen können. Damit wäre Bismarck wohl zufrieden gewesen. Die wohlwollenden Versicherungen des Kaisers Franz Josef in Teplitz erhielten indessen ein eigenthümliches Schlaglicht durch die in denselben Tagen in Frankfurt erfolgende Abstimmung Oesterreichs über die preußischen Vorschläge zur Reform der Bundeskriegsverfassung. Im Spätherbst (21. und 22. Oktober) fand die Zusammenkunft der Regenten von Rußland, Oesterreich und Preußen zu Warschau statt, wohin auch Bismarck zufolge einer Aufforderung des Prinzregenten sich begab. Es entging ihm nicht, welcher bedenkliche Geist sich in vielen Kreisen der alten Hauptstadt Polens regte und während der Begegnung der Herrscher der drei Theilungsmächte offen zu Tage trat. Die glänzenden Hoffestlichkeiten erlitten hier eine plötzliche Unterbrechung durch die Erkrankung der Kaiserin-Mutter, welche wenige Tage darauf (1. November) zu Petersburg verstarb.

Mehr noch als in der Thätigkeit der Kabinete ließ sich in der erhöhten politischen Regsamkeit, dem Ringen und Streben der Völker nach neuen Staatsformen das Wirken der Weltgeschichte beim Beginn des neuen Jahrzehnts erkennen. Während in Italien das Einigungswerk durch die kluge Staatsleitung Cavour's und die kühnen Kriegszüge Garibaldi's schnelle Fortschritte machte und zu seiner Vollendung nur noch der Einfügung von Venetien und Rom in das junge Königreich Viktor Emanuel's bedurfte, wartete man in Deutschland mit Ungeduld, daß die Regierung der „neuen Aera" endlich an die Lösung der deutschen Frage herantreten möchte.

Am 2. Januar 1861 trug der Telegraph die Kunde von dem Tode des Königs Friedrich Wilhelm's IV. aus der preußischen Hauptstadt in die Provinzen und an die auswärtigen Höfe. Der Schmerz über das Scheitern seiner hochherzigsten Pläne und eine Reihe der bittersten Täuschungen hatten schon in den letzten Regierungsjahren des Königs mehr und mehr auf sein Gemüth gedrückt und seinen Blick getrübt, so daß er sich im Widerspruche mit den lebenvollsten Regungen der Zeit fühlte und in der Zeitrichtung nur einen Abfall von der göttlichen Ordnung und Satzung sah. Wol Niemand mehr als Friedrich Wilhelm IV. hat die Wahrheit seiner Worte an seinem eigenen Leben erfahren, daß „die Wege der Könige thränenreich und thränenschwer, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hülfreich zur Hand gehen." Welch' eine Wandlung in den Schicksalen des Königs von dem glänzenden Sonnenaufgange seiner Regierung, als er auf dem Balkon seines Schlosses vor dem freudig bewegten Volke in heiliger Begeisterung für seinen Beruf seine Königsgelübde ablegte, bis zu den letzten einsamen Stunden, als er, in traumähnliches Hinbrüten versenkt, immer fremder gegen die Außenwelt und seine Umgebungen wurde und nur für die Liebe seiner königlichen Pflegerin ein empfängliches Herz, einen dankbaren Ausdruck in Wort und Blick behielt! — —

Bismarck hatte die Gunst und das persönliche Wohlwollen dieses Königs, in dessen Nähe man nicht weilen konnte, ohne ihn lieben zu müssen, zu oft erfahren, als daß ihn nicht tiefe Trauer über sein Hinscheiden erfüllt hätte. Aber wie er es für seine Pflicht gehalten, in der Zeit der Demüthigung des Königthums nach den Märztagen und nach der Olmützer Niederlage, den bittern Schmerz im Herzen mit Selbstverleugnung und hingebender Treue vor den Königsthron zu treten, so diente er jetzt mit derselben Treue und mit freudigem Stolze dem Nachfolger, der schon als Regent gezeigt hatte, daß er gesonnen war, Preußen wieder eine seiner selbst würdige, mächtige Rolle spielen zu lassen.

König Wilhelm besaß einen hellen und ungetrübten Blick in die Zeit. In seiner Natur lag es, überall auf den Kern der Dinge zu gehen, den Schein vom Wesen zu trennen, allem Scheinwesen abhold zu sein. Ohne daß er sich mit weitschauenden Plänen trug oder ferne Ziele sich steckte, mußten seine einfachen Regierungsgrundsätze bei seinem warmen Herzen für des Vaterlandes Ehre und bei seiner ritterlichen Thatkraft doch dahin führen, Preußens Größe in Deutschland und Deutschlands Macht durch Preußen zu begründen.

Mit klarem Blicke verstand es König Wilhelm, für die großen Aufgaben des Staates die rechten Männer herauszufinden, denen er ihre Hingebung an die Sache des Königthums und Vaterlandes mit deutscher Treue lohnte. Für Bismarck hegte er schon als Prinzregent eine besondere Zuneigung, und wenn er auch bei der Wahl seiner ersten Räthe zunächst noch durch andere Rücksichten bestimmt wurde, so wurde doch Bismarck bei allen wichtigeren Entscheidungen zu Rathe gezogen.

Als der König im Sommer 1861 zu Baden-Baden verweilte, traf auch Bismarck daselbst ein und hatte mit ihm eingehende Unterredungen bezüglich der deutschen Frage. Bismarck legte seine Grundanschauungen darüber in einer Denkschrift nieder, mit deren ausführlicher Bearbeitung er vom Könige beauftragt ward.

Während auf diese Weise zwischen dem Könige und seinem späteren ersten Minister bereits jene Uebereinstimmung der Ansichten angebahnt war, welche für die Lösung der wichtigsten Aufgaben Preußens in der Zukunft nothwendig war, wurde das Leben König Wilhelm's durch einen Mordversuch bedroht, dessen Gelingen die Entwicklung der deutschen Macht und Einheit um Jahrzehnte hätte aufhalten können. In der Lichtenthaler Allee schoß ein junger überspannter Mensch, der Studirende Oskar Becker aus Odessa, ein Taschenpistol auf den König ab (14. Juli); er führte als Beweggrund seiner That an, daß der König die Einheit Deutschlands nicht herbeiführen und die Hindernisse nicht bewältigen könne, die derselben entgegenstünden. Tief bestürzt eilte Bismarck auf die Kunde von der That sogleich nach Lichtenthal, wohin sich der König unterdessen begeben hatte, und begleitete denselben von dort auf seinem

Rückwege nach Baden-Baden, nicht ahnend, daß wenige Jahre später sein eigenes Leben auf ähnliche Weise bedroht sein würde.

Das dankbare Gefühl, daß Gottes schützende Hand in ernster Gefahr über ihm gewaltet, hatte sich dem Herzen des Königs tief eingeprägt und ihn in dem Bewußtsein seines königlichen Berufs bestärkt. Von diesem Gefühle waren noch wenige Monate darauf (Oktober 1861) seine Reden beim Krönungsakte in Königsberg getragen, als er vor den entbotenen Zeugen feierlich erklärte, daß er die Krone in Demuth vom Tische des Herrn nehmen und unter Gottes Schutz stellen wolle. Bismarck begab sich, nachdem er den Krönungsfeierlichkeiten beigewohnt, von Königsberg auf seinen Posten nach Petersburg zurück.

Die Hoffnungen, mit welchen die Liberalen den Beginn der neuen Aera begrüßten, gingen nicht in Erfüllung, weil ihre Wünsche das Maß der freisinnigen Einrichtungen, welche König Wilhelm zu gewähren Willens war, weit überstiegen, und weil der König die Durchführung der seit der Mobilmachung von 1859 von ihm beschlossenen neuen Heeresorganisation allen Reformen im Innern des Staates voranstellte. Das Ministerium Auerswald-Schwerin, welches weder den Forderungen der im Abgeordnetenhause weit überwiegenden Fortschrittspartei gerecht zu werden vermochte, noch die Heeresorganisation energisch genug vor dem Landtage vertrat, nahm seine Entlassung, nachdem es vorher die Auflösung des Abgeordnetenhauses auf königlichen Befehl vollzogen hatte (11. März 1862). Dem neuen Ministerium fiel die schwere Aufgabe zu, die hervorgetretenen Widersprüche zu vermitteln.

Während die Ministerkrisis noch schwebte, wurde Bismarck von Petersburg nach Berlin berufen, um dem Könige mit seinem Rathe zur Seite zu stehen. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten schien damals fast beschlossene Thatsache, aber der König mochte Bedenken tragen, ihm gerade in diesem Augenblicke die Leitung des Ministeriums zu übergeben, da schon der bloße Name Bismarck's zu dem Mißtrauen, als ob er zu einer Parteiregierung zurückkehren wolle, hätte Veranlassung geben können. Bismarck wußte wohl, wie schwer die Verantwortung wog, die der neue Ministerpräsident auf seine Schultern zu nehmen hatte. Er that nichts dazu und nichts dagegen und gönnte einem Anderen den Ruhm, die schwierige Lage ins Gleiche zu bringen; aber „den König unter Krankheitsvorwänden im Stiche zu lassen" würde er für „Feigheit und Untreue" gehalten haben. „Soll es sein, dann voran! wie unsere Kutscher sagen, wenn sie die Leine nehmen," schrieb er an seine Gemahlin.

Um diese Zeit wohnte Bismarck der Enthüllung des Brandenburg-Denkmals auf dem Leipziger Platz in Berlin bei (17. Mai). Der zukünftige Ministerpräsident Preußens blickte zu dem Erzbilde des Mannes empor, dessen starkes Herz gebrochen war, als der Schiedsspruch des russischen Zaren und die unzureichende Heeresrüstung Preußens die kräftige Durchführung der von ihm bis dahin geleiteten Politik hinderten und zur Umkehr nach Olmütz nöthigten.

Die Ungewißheit über seine demnächstige Verwendung erreichte bald ihr Ende. Als Bismarck eines Vormittags (24. Mai) in seiner Majorsuniform auf der dunkeln Fuchsstute, die seine Freude und tägliche Erholung war, der Parade auf dem Kreuzberge beiwohnte, erhielt er seine Ernennung zum Gesandten in Paris „aus dem Sattel". Damit war ein Stein von seinem Herzen genommen, aber nur für kurze Zeit. Schon in den nächsten Tagen ging Bismarck an seinen neuen Bestimmungsort ab und am 1. Juni fand seine feierliche Einführung in den Tuilerien statt.

Bismarck sah noch das Kaiserthum auf dem Höhepunkt seiner Macht, aber auch die inneren Schäden, an welchen dasselbe litt. Welche Verschiedenheit zwischen der Regierung des mächtigen Selbstherrschers im Osten, der aus eigener Entschließung in seinem großen Reiche überall der Aufklärung und Volksbildung Wege zu bahnen suchte und sein großes Werk, die Befreiung des Bauernstandes von der Leibeigenschaft, soeben begonnen hatte, von derjenigen des Verschwörers auf dem Throne, des Mannes der Attentate von Straßburg, Boulogne und des 2. Dezember, der die Mittel der Staatskunst nur benutzte, um seine Dynastie zu erhalten und der Eitelkeit der „großen Nation" zu schmeicheln! Nur durch glänzende Erfolge der auswärtigen Politik vermochte Napoleon III. der großen Masse der französischen Nation das System erträglich zu machen, das seinen Namen führte; nur durch das Blendwerk von „gloire" und „plaisir" vermochte er sie während einer Reihe von Jahren für die Vorenthaltung aller politischen Freiheit zu entschädigen. Aber schon erinnerte man sich in Paris daran, daß seit der großen Revolution noch keine Regierung das zweite Jahrzehnt überdauert habe, und man berechnete danach, wie lange Napoleon sich noch auf dem Throne behaupten würde. Gerade um diese Zeit beschäftigte ihn lebhaft der Plan zu jenem weitgehenden abenteuerlichen Unternehmen in Mexiko, mit dem der Niedergang seines Sternes begann und dessen tragischer Ausgang seinem Namen einen unauslöschlichen Flecken aufprägen sollte.

Bismarck's kurzer Aufenthalt als Gesandter in Paris war auch insofern von hoher Wichtigkeit für die Folgezeit, als es ihm darauf ankam, die Ideen des Kaisers Napoleon für den Fall einer kühnen aggressiven Politik Preußens kennen zu lernen. Wir erfahren nichts von bedeutungsvollen Unterredungen, von tief angelegten Plänen der beiden Staatsmänner. Die einzige Bemerkung, die wir in Bismarcks Briefen an seine Gemahlin aus dieser Zeit in Bezug auf Napoleon und seine Umgebung finden, ist die, daß er „Napoleon etwas stärker geworden" und „die Kaiserin Eugenie schöner wie je und immer sehr liebenswürdig und lustig" findet. Dennoch wird es ihm auch an Wahrnehmungen ernsterer Art nicht gefehlt haben, und wenn er in einem späteren Rundschreiben (29. Juli 1870) ausspricht, daß „die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Bei-

stande durchzuführen", schon vor 1862, also vor seiner Uebernahme des auswärtigen Amts, an ihn herangetreten sind, und auf die interessanten Beiträge hinweist, die er „auf Grund von Privatgesprächen und Privatbriefen" zur Beleuchtung dieser Angelegenheit geben könnte, so dürfte die Zeit seiner Gesandtschaft in Paris besonders reich an solchen Beiträgen gewesen sein. Bismarck hatte keinen Grund, solche Mittheilungen, die rein persönlicher Natur waren, zum Gegenstande politischer Erörterungen zu machen und den Kaiser durch entschiedene Bekämpfung seiner Lieblingsideen von vornherein zum Gegner Preußens zu stimmen, sondern er ging im Tone der Unterhaltung darüber hinweg und überließ es dem erwählten Oberhaupt der französischen Nation, für den Fall, daß seine Phantasiegebilde die Gestalt von wirklichen Forderungen annehmen sollten, sich die Antwort selbst von einem deutschen Minister einzuholen, „dessen Stellung durch seine Uebereinstimmung mit dem Nationalgefühl bedingt ist." Offen und unumwunden wies Bismarck in den Tuilerien darauf hin, daß die deutsche Frage zu kriegerischen Verwicklungen führen könne, wenn Oesterreich fortfahre, Preußen die von ihm beanspruchte Machtstellung streitig zu machen, und er erkannte, daß der Kaiser es nur begünstigen würde, wenn Preußen selbst Schritte zur Beseitigung jener ihm verhaßten Verträge von 1815 thäte, welche ihn an die Niederlage seines Hauses erinnerten. Napoleon hoffte, daß die Zwietracht zwischen Preußen und Oesterreich ihm die Erlangung seines wichtigsten Zieles, der Rheingrenze für Frankreich, erleichtern würde. Die Möglichkeit, daß Preußen seine Macht und seinen Einfluß in Deutschland erweitern könne, ohne daß zugleich ihm Gelegenheit zur Befestigung und Hebung seiner Macht geboten würde, lag für ihn zu einer Zeit, als er noch das Schiedsrichteramt in Europa zu verwalten glaubte, außerhalb der Gesichtsweite. Er begegnete deshalb dem preußischen Gesandten stets mit besonderem Wohlwollen. Bismarck sagte ehrlich und unzweideutig heraus, was zu verschweigen er für überflüssig hielt; Napoleon verbarg hinter arglistigen Worten die Pläne, die Jener scharfen Blickes durchschaute.

Bismarck, dem die Pariser Hof- und Stadtluft wenig behagte und dem es ohne seine Gattin, ohne Häuslichkeit in den weiten und dumpfigen Räumen des Gesandtschaftshotels, wo zwei seiner Vorgänger, Hatzfeld und Pourtales, gestorben waren, vorkam wie „einer Ratte im wüsten Hause", unternahm noch im Juni einen Ausflug zur Industrieausstellung nach London und begab sich dann auf eine längere Reise, um die milderen Lüfte des südwestlichen Frankreichs zu athmen. Er verließ (am 25. Juli) Paris und fuhr über Orleans und Tours nach Bordeaux, der Hauptstadt der vielgepriesenen Weinlande. Beim Anblick der alten Schlösser traten die geschichtlichen Erinnerungen Frankreichs lebhaft vor seine Seele. „Schloß Chambord" — so schrieb er (27. Juli) an seine Gemahlin — „entspricht in seiner Verödung dem Geschick seines Besitzers. In den weiten Hallen und prächtigen Sälen, wo Könige mit Maitressen und

Jagden ihren Hof hielten, bilden die Kinderspielsachen des Herzogs von Bordeaux das einzige Mobiliar. Die Schloßhöfe lagen so still in der Sonne, wie verlassene Kirchhöfe; von den Thürmen hat man eine weite Rundsicht, aber nach allen Seiten schweigender Wald und Heidekraut bis an den äußersten Horizont, keine Stadt, kein Dorf, kein Bauernhaus, weder am Schloß noch im Umkreis. Aus beiliegenden Proben von Heidekraut wirst Du nicht mehr erkennen, wie purpurn diese von mir geliebte Pflanze dort blüht, die einzige Blume in den königlichen Gärten, und Schwalben fast die einzigen lebenden Wesen im Schloß; für Sperlinge ist es zu einsam“. . . . Acht Jahre später füllten sich die Räume des königlichen Schlosses mit den Mobilgarden der Französischen Republik, da blitzte es ringsum von Bajonneten und Feuerstreifen und die wackeren Hessen drangen mit stürmender Hand in den Schloßhof. —

Das prächtig an der Loire gelegene Schloß Amboise, an dem Bismarck's Weg vorüberführt, erinnert an Verschwörung und Blutgericht in den Hugenottenkriegen. Von dort nach Bordeaux geht man allmählich in den Süden über. „Das Getreide verschwindet und macht dem Mais Platz, dazwischen rankiger Wein und Kastanienwälder, Schlösser und Schlößchen mit vielen Thürmen, Schornsteinen und Erkern, alle weiß mit hohen, spitzen Schieferdächern.“ In Bordeaux wirft der Durchreisende einen flüchtigen Blick auf jene in Marmor gegrabene Lüge: „L'Empire c'est la paix!“ — die Napoleon III. hier als Wahrspruch seines Kaiserthums verkündet und die als Inschrift auf der Marmortafel vor dem Börsengebäude prangte, bis die Tafel in einer späteren Zeit (1870) beim Volksaufruhr von der Menge herabgerissen und zertrümmert ward. Gern begleiten wir ihn von dort auf seinem reizenden Streifzuge durch das gepriesene Medoc und die Weinlande der Garonne, wo man — eingedenk des Goethe'schen Wortes: „Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzmann leiden, doch seine Weine trinkt er gern!“ — die herrlichen Weine von Lafitte, Mouton, Pichon, Larose, Latour, Margaux, St. Julien, Branne, Armeillac und andere „in der Ursprache von der Kelter trinkt“. Auf der Fahrt von der Garonne zum Adour, von Bordeaux durch die Sand- und Heidestrecken der Landes (les Landes) nach Bayonne erinnert die Gegend — ununterbrochen Fichtenwald, Heidekraut und Moor, — bald an Pommern, wie etwa im Strandwald hinter den Dünen, bald an Rußland.“ Aber bei schärferem Hinblick schwindet die Täuschung: „statt der Kiefer ist es die langhaarige Seepinie, und die anscheinende Mischung von Wachholder, Heidelbeeren und dergleichen, welche den Boden deckt, löst sich in allerhand fremdartige Pflanzen mit myrten- und cypressenartigen Blättern auf. Von St. Vincent sieht man zuerst über Heide und Kiefern hinweg die blauen Umrisse der Pyrenäen, eine Art riesigen Taunus, aber doch kühner und zackiger in den Umrissen.“

Der Weg von Bayonne nach San Sebastian bietet zur Linken die Aussicht auf das wechselnde Alpenpanorama der Pyrenäen, zur Rechten auf das Meer

mit Ufern wie bei Genua. Den Uebergang nach Spanien bezeichnet Bismarck als überraschend. „In Behobie, dem letzten französischen Orte, konnte man noch glauben, eben so gut an der Loire zu sein, in Fuentarabia eine steile Gasse, 12 Fuß breit, jedes Fenster mit Balkon und Vorhang, jeder Balkon mit schwarzen Augen und Mantillen, Schönheit und Schmuz, auf dem Markte Trommeln und Pfeifen und einige hundert Weiber, alt und jung, die unter sich tanzten, während die Männer rauchend und drapirt zusahen. . . .“

Wie in tiefem Bergkessel liegen die runden Meerbuchten von San Sebastian, von Bergen mit Wald und Häusern steil eingerahmt und durch strombreite Meeresarme zwischen hohen Felsenwänden mit der offenen See verbunden. Dort badet man „in durchsichtig klarem Wasser, so schwer und salzig, daß man von selber obenauf schwimmt, und sieht durch das breite Felsenthor ins Meer oder landeinwärts, wo die Bergketten immer höher und immer blauer sich überragen.“ Eine Landzunge führt vom Festlande zwischen zwei Meerbuchten nach dem Berge, der die Citadelle trägt und nach dem Bade erstiegen wird. Von dort genoß Bismarck die weite Aussicht „nach Norden in die See, östlich und westlich auf die beiden Buchten, wie zwei Schweizerseen, südlich auf die Landzunge mit der Stadt darauf, und dahinter, landwärts, himmelhohe Gebirge.“

Mit wonnigem Behagen gab sich Bismarck hier in San Sebastian und später (August) in Biarritz dem stärkenden Genuß der Seebäder hin. Im September erstieg er „auf des Saumthiers schwindelndem Pfade“ die Berggipfel der Pyrenäen und sah durch die Felsenpforte, die sich im scharfen Kamme des Col de Venasque öffnet, auf Spanien hinab.

„Das Land der Kastanien und Palmen“ — so schrieb er aus Luchon (9. Sept. 1862) an seine Gemahlin — „zeigt sich hier als Felsenkessel, ringsum eingefaßt von der Maladetta; rechts fließen die Gewässer zum Ebro, links zur Garonne, und bis zum Horizonte starrt ein Gletscher und Schneegipfel hinter dem anderen, weit nach Catalonien und Aragon hinein. Dort frühstückten wir, etwas schräg an die Felsen gedrückt, rothe Rebhühner ohne Salz und ohne Wasser, und ritten dann auf schwindelnden Stegen, aber in herrlichem Wetter, wieder abwärts. Gestern hatten wir eine ähnliche Expedition nach Superbagnères und an die Pforten der Hölle, le gouffre d'enfer, in dessen Tiefen sich ein prachtvoller Wasserfall zwischen Buchen, Eichen, Kastanien und Eschen stürzt. An Wasserfällen sind die Pyrenäen den Alpen entschieden überlegen, sonst sind letztere doch imposanter. Heut sahen wir den See von Oo, Felsenkessel wie der Obersee bei Berchtesgaden, aber belebt durch einen gewaltigen Wasserfall, der in ihn stürzt. Wir befuhren ihn, sangen französische Chansonetten mit Mendelssohn abwechselnd — d. h. ich hörte zu —, ritten dann heim in starkem Regen und sind nun wieder trocken und hungrig. Unter 6 bis 8 Stunden zu Pferde geht es keinen Tag. Morgen hat der Scherz ein Ende und „Ach, wie so bald verhallt“ war heute an der Tagesordnung . . . .

Von Berlin weiß ich gar nichts, habe seit vierzehn Tagen keine Zeitung gelesen, und mein Urlaub ist um ...."

Während Bismarck „im glücklichen Vergessen der Welt" Berge und Wälder durchstreifte, bald an Seesalz und Sonne, bald an Weinduft und Wonne sich labend, den Oelzweig von Avignon brach und aus der Quelle von Vaucluse schöpfte, ward die Luft in seinem Vaterlande schwül und drückend. Der Konflikt, jener hartnäckige und trübselige Streit zwischen der preußischen Regierung und Landesvertretung über Stärkung oder Verminderung der Wehrkraft, über Bewilligung oder Streichung der Geldmittel, über Rechte der Krone und Rechte der Volksvertretung, war ausgebrochen und hatte eine so drohende Gestalt angenommen, daß es einer vollen, ungebrochenen Kraft am Steuer bedurfte, um das Staatsschiff zwischen Klippen und Strudeln hindurch wieder in klare See zu lenken. Jetzt erging des Königs Ruf an Bismarck, und Bismarck stellte sich mit dem Pflichtgefühl, in welchem der Mann voll Vaterlandsliebe und deutscher Treue seine Dienste um so stolzer und muthiger darbringt, je schwerer die Aufgabe, die seiner wartet.





Zwölftes Kapitel.

Der Konflikt.

Das ist ein trostlos Silbenstechen,
Mißtrauen hier, Verstimmung dort;
Sie möchten wol von Sühnung sprechen,
Doch Keiner trifft das rechte Wort.

Erhitzt bekämpfen sich die Reihen
Zur rechten und zur linken Hand,
Und über'm Hader der Parteien
Denkt Keiner mehr ans Vaterland.
E. Geibel.

Viel' Feind', viel' Ehr'!
Frundsberg.

Ein Rückblick auf die innere Lage Preußens, wie sie sich in den letzten Jahren gestaltet hatte, läßt uns die Schwierigkeiten erkennen, welche für Bismarck zu überwinden waren, als ihn im September 1862 der Telegraph aus den Pyrenäen zur Uebernahme des Ministeriums in die preußische Hauptstadt berief. Der Konflikt, welchen Bismarck vorfand, bildete eine der eigenthümlichsten Erscheinungen in der konstitutionellen Entwickelung des preußischen Staatslebens. Regierung und Landesvertretung, beide einig über die nationalen Ziele der preußischen Politik, gerathen aus Anlaß der vom Könige beabsichtigten Heeresreform über innere Fragen in einen Streit, der mit der Zeit so an Schärfe zunimmt, daß die hohen nationalen Aufgaben Preußens vollständig in den Hintergrund zu treten scheinen und nur noch über staatsrechtliche Theorien, über Deutung von Verfassungsparagraphen, über Rechte der Krone und Rechte der Landesvertretung ein erbitterter Kampf geführt wird.

König Wilhelm hatte bereits bei Uebernahme der Regentschaft in seiner ersten Anrede an das Ministerium der neuen Aera (8. Nov. 58) erklärt, daß er in dem Heere die Grundlage für die Machtstellung des preußischen Staats erkenne. „Die Armee", sagte er, „hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachsthum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat 1806 eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indessen auch jetzt aufmerksam gemacht, daß Manches, was sich nicht bewährt hat, zu Aenderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwer wiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.".

Der Prinzregent hatte von frühester Jugend an seine größte Aufmerksamkeit und thätige Fürsorge dem Heere zugewendet; er kannte wie Wenige die Vorzüge, aber auch die Mängel des preußischen Heerwesens und erkannte die Nothwendigkeit, die Heeresverfassung in fortschreitender Entwickelung und im Einklange mit der Leistungskraft des Staates zu erhalten. Die preußische Heeresverfassung, wie sie in der Zeit der Bedrängniß und der Erhebung Preußens entstanden, hatte während der Befreiungskriege die Bewunderung der Welt erregt. Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Verbindung mit der Landwehrordnung war es möglich geworden, daß ein kleiner gedemüthigter Staat zur rechten Stunde plötzlich seine wohlgerüsteten Heerscharen in unerwarteter Zahl und Stärke für seine und des gesammten Deutschland Unabhängigkeit und Freiheit ins Feld senden konnte. Der Geist, welcher das Heer in den Befreiungskriegen beseelte, war auch in der nachfolgenden langen und erschlaffenden Friedenszeit nicht aus demselben gewichen, aber schon bei den verschiedenen Mobilmachungen während des Jahrzehnts vor Einsetzung der Regentschaft in Preußen war es kundigen Männern nicht entgangen, daß die preußischen Heereseinrichtungen sowol den Fortschritten der Volkswirthschaft als der gewachsenen Bevölkerung nicht mehr entsprachen. Die allgemeine Wehrpflicht, jene stolzeste Grundlage der Heeresschöpfung, bestand zwar dem Namen, aber nicht mehr der That nach, da bei der großen Zunahme der Einwohnerzahl in den letzten Jahrzehnten mehr als der dritte Theil der wehrhaften Mannschaften vom Heerdienste frei kam. Das Gesetz vom September 1814, welches die Wehrpflicht zu einer Ehrpflicht für Alle machen sollte, war somit nur noch ein todter Buchstabe, und das Heer nicht mehr, was es nach demselben sein sollte — das Volk in Waffen. Bei der ungenügenden Zahl der Feldtruppen

war in letzter Zeit auch die Landwehr häufig als solche verwendet worden, abweichend von ihrer ursprünglichen Bestimmung, nach welcher sie nur zur Besatzung der Festungen und des flachen Landes sowie als Reserve für die Feldtruppen in Gebrauch treten sollte. So willig und treu der deutsche Wehrmann, sowol bei der Vertheidigung des heimatlichen Herdes als, wo es galt, auch in Feindes Land und in offener Feldschlacht seine Schuldigkeit gethan, so lag doch eine Ungerechtigkeit darin, daß rüstige, wehrhafte Bursche daheim blieben, während der Wehrmann von Weib und Kind sich trennen mußte, um ins Feld zu ziehen. Je stärker das Heer unter den Fahnen war, desto mehr konnte die Landwehr geschont und den volkswirthschaftlichen Interessen Rechnung getragen werden. Endlich schien auch die — statt der gesetzlich festgestellten dreijährigen — allmählich angenommene zweijährige Dienstzeit nicht mehr zu genügen, um die Mannschaften den Fortschritten der Kriegskunst entsprechend im Waffenwerke auszubilden.

Nach diesen Richtungen hin hatte sich die Nothwendigkeit einer Reorganisation des Heerwesens unter allen einsichtsvollen Militärs fühlbar gemacht. Es kam darauf an, das Gesetz von der allgemeinen Wehrpflicht wieder zur Wahrheit zu machen und das Werk der Scharnhorst, Gneisenau, Boyen in deren ureigenem Geiste fortzusetzen, damit König und Vaterland in der Stunde der Gefahr sich, wie in der ruhmvollen Zeit der Erhebung, wieder auf die Wehrkraft des ganzen Volkes stützen könnten. Dieser wichtigen Aufgabe hatte sich der Prinzregent mit seiner ganzen Thätigkeit und voller Wärme gewidmet und zur Förderung derselben vaterlandsliebende Männer von Einsicht und Erfahrung in sein Vertrauen berufen. Während General von Bonin als Kriegsminister schon im Jahre 58 den ersten Reorganisationsplan ausarbeitete, sorgte General Edwin von Manteuffel als Chef des Militärkabinets für die Besetzung der höheren Offizierstellen durch frische, jugendliche Kräfte; General Helmuth Freiherr von Moltke, als Chef des Generalstabs der Armee, förderte das wissenschaftliche Element in derselben und brachte Männer von besonderer Begabung und militärischer Bildung an den rechten Platz; General Emil Theodor von Roon endlich war es, der im Sommer 58 aus dem Seebade zu Kolberg dem Prinzregenten eine Denkschrift einsandte, welche als der erste Baustein zu dem Werke der Reorganisation angesehen werden kann. In dieser stillen Vorarbeit schaffender Geister lag der Keim zu den großen Ereignissen der Zukunft. Daß auch Bismarck, obgleich nicht unmittelbar an derselben betheiligt, auf eine Stärkung der Wehrkraft, welche er für „so nöthig wie das liebe Brot" hielt, hinarbeitete, wissen wir aus dem Vorhergegangenen.

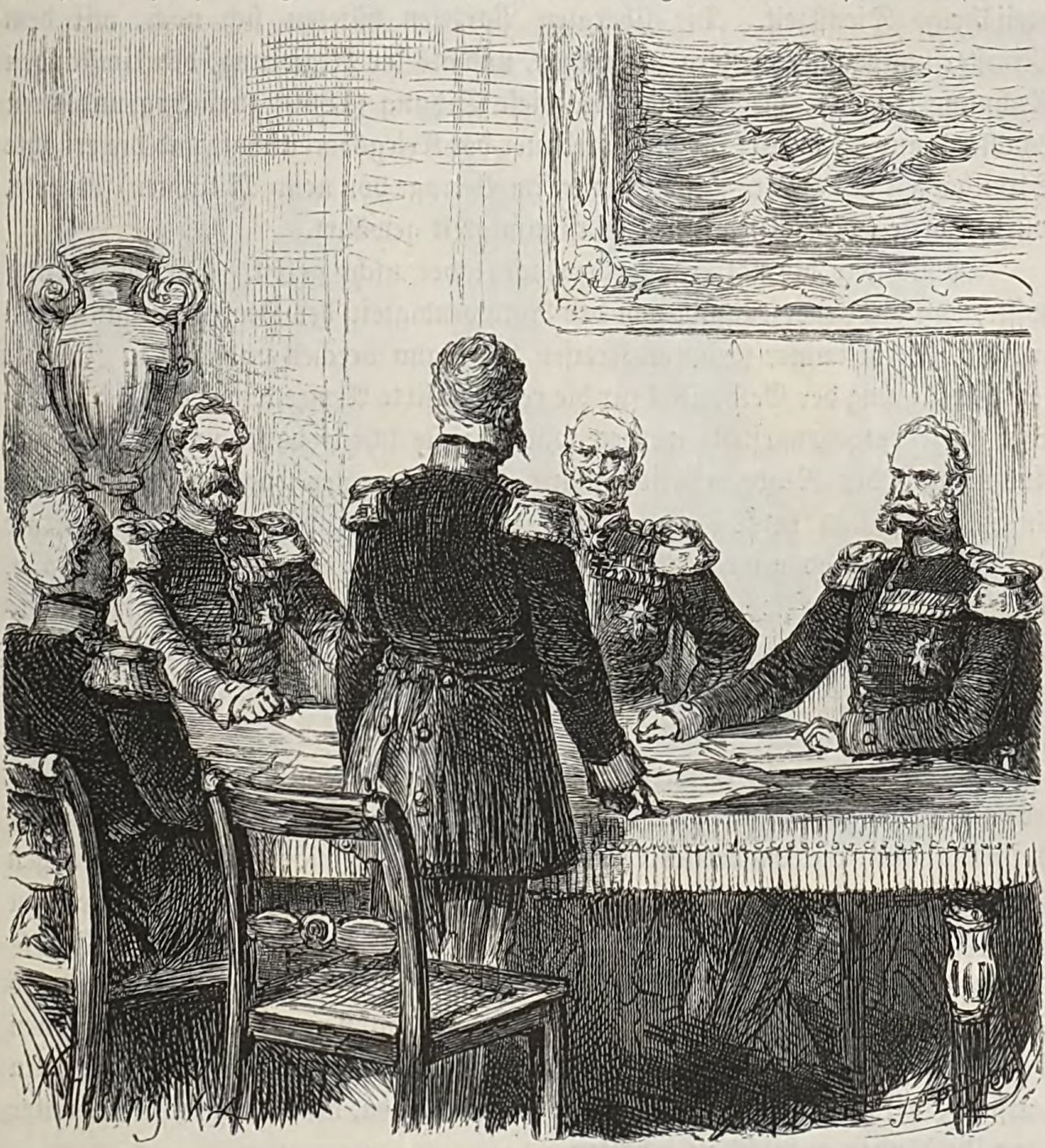
Die durch die politischen Verhältnisse 1859 auch nach dem Frieden von Villafranca gebotene Fortdauer der Kriegsbereitschaft schien der geeignete Moment, um in die neue Heeresorganisation hinüberzuleiten. Auf Befehl des Prinzregenten wurde zu Berlin eine Kriegskommission unter dem Vorsitz des

General von Wrangel niedergesetzt, an welcher der Kriegsminister von Bonin, die Generale von Manteuffel, von Moltke, von Roon u. A. Theil nahmen, um die Vorschläge zu prüfen und den Reorganisationsplan zu berathen. Der Prinzregent aber brachte durch sein persönliches Eingreifen eine erhöhte Regsamkeit in die Berathungen; er übernahm selbst den Vorsitz, gab den Antrieb zu den durchgreifendsten und bedeutsamsten Maßregeln und entschied die wichtigsten Fragen. Auf diese Weise entstand unter der unmittelbaren Einwirkung des Prinzregenten der Reorganisationsplan, demgemäß die allgemeine Wehrpflicht wiederhergestellt, die Zahl der Bataillone, Schwadronen und Batterien des stehenden Heeres beinahe auf das Doppelte gebracht, die Landwehr ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben und die Dienstzeit bei der Fahne gesetzlich auf drei Jahre festgestellt wurde. Es war des Prinzregenten fester Wille, auf diesen Grundlagen die Reorganisation, welche er zum Heile Preußens und Deutschlands für unumgänglich nothwendig erachtete, ins Leben treten zu lassen. Da dieselbe aber auch neue Geldmittel erforderte, so war es die nächste wichtige Aufgabe der Regierung, die Zustimmung der Kammern dafür zu gewinnen. Ehe noch diese zusammentraten, erhielt der Kriegsminister von Bonin, welcher über einige Punkte des Reorganisationsplans eine abweichende Meinung hatte, die erbetene Entlassung, und an seine Stelle trat (5. Dezember 1859) als Kriegsminister der General von Roon, um das Reorganisationswerk vor den Kammern zu vertreten.

Am 12. Januar 1860 eröffnete der Prinzregent in Person die Sitzung des Landtags und kündete in der Thronrede die Vorlage der Heeresreform an: „Es ist nicht meine Absicht", sagte er, „mit dem Vermächtniß einer großen Zeit zu brechen. Die preußische Armee wird auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein. Es ist die Aufgabe, innerhalb der durch die Finanzkräfte des Landes gezogenen Grenzen die überkommene Heeresverfassung durch Verjüngung ihrer Formen mit neuer Lebenskraft zu erfüllen. Gewähren Sie einer reiflichst erwogenen, die bürgerlichen wie die militärischen Gesammtinteressen gleichmäßig umfassenden Vorlage Ihre vorurtheilsfreie Prüfung und Beistimmung. Sie wird nach allen Seiten hin Zeugniß geben von dem Vertrauen des Landes in meine Absichten. Meine Herren! Der Vertretung des Landes ist eine Maßregel von solcher Bedeutung für den Schutz und Schirm, für die Größe und Macht des Vaterlandes noch nicht vorgelegt worden. Es gilt, die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicher zu stellen."

Trotz dieser warmen Befürwortung und des eindringlichen Mahnrufs erregte die Vorlage, welche der Kriegsminister von Roon im Abgeordnetenhause (10. Februar) mit einer ausführlichen Rede begleitete, in den Kreisen der Abgeordneten Befremden und Mißtrauen. Die Männer des entschiedenen Fortschritts, welche von dem Gedanken ausgingen, daß große Kriege bei der Zunahme der Kultur und Humanität in unserem Zeitalter überhaupt nicht mehr zu

erwarten seien, hielten die Unterhaltung großer stehender Heere für eine überflüssige Liebhaberei der Fürsten, durch welche dem Lande unnöthig eine drückende Steuerlast aufgebürdet würde, und meinten, daß durch eine Kräftigung und Uebung der Jugend im Turnen und in der Führung der Waffen eine Wehrhaftmachung des Volkes besser erreicht würde als durch das Soldatenwesen; sie sahen in der Vermehrung des stehenden Heeres zugleich eine Stärkung der königlichen Macht, welche ihren eigenen Plänen auf Erweiterung der Volksrechte widerstrebte.



Die Reorganisationskommission.

Den Altliberalen aber stand es in der Erinnerung, wie der preußische Staat trotz seines Heeres im letzten Jahrzehnt nicht die Rolle gespielt, welche sie ihm zugedacht hatten. Das Wort des Prinzregenten, Preußen müsse in Deutschland moralische Eroberungen machen, wurde von ihnen vielfach so gedeutet, als ob dem preußischen Staate die Führung in Deutschland von selbst zufallen werde,

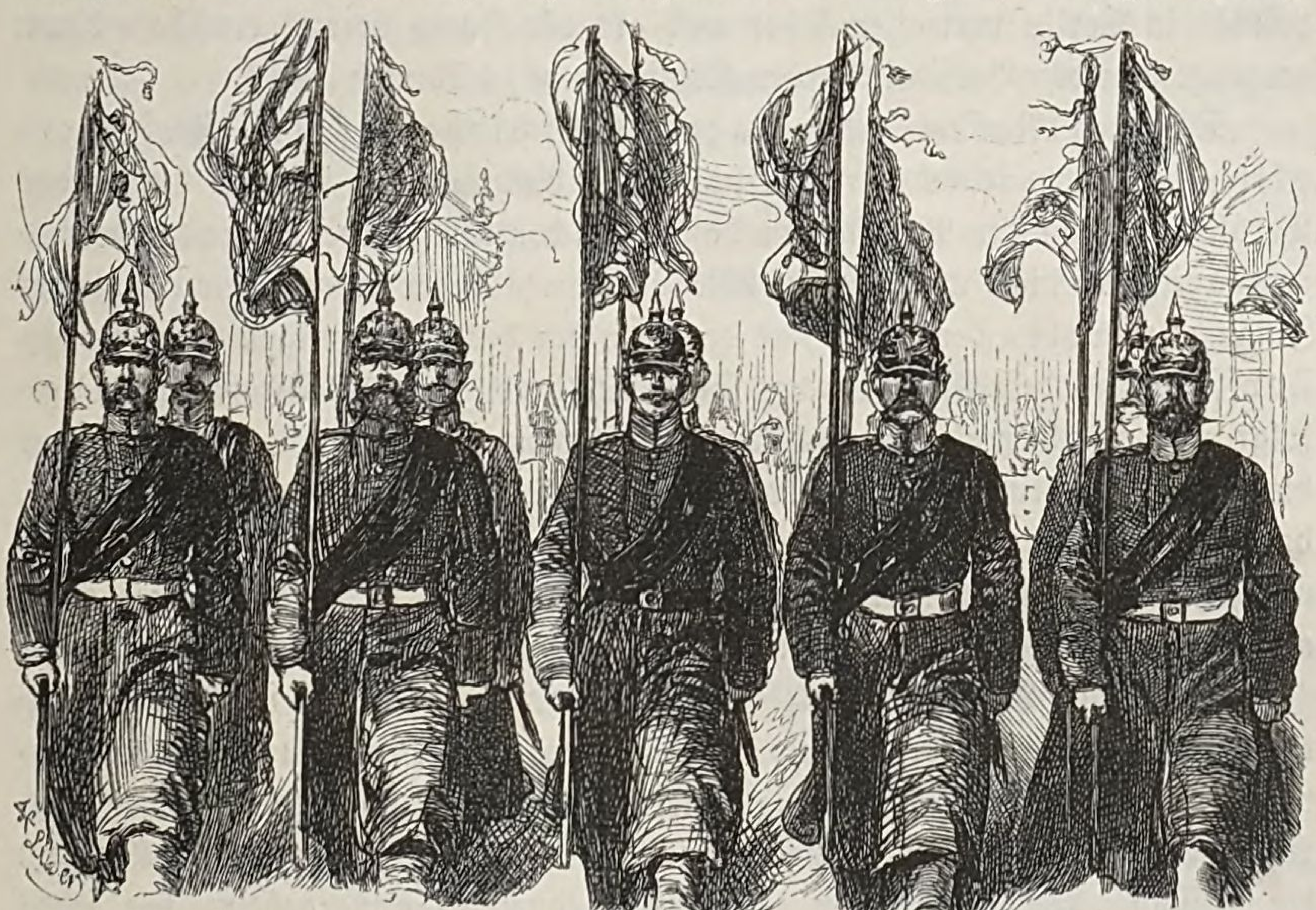
wenn nur mit der Durchführung freisinniger Einrichtungen Ernst gemacht werde. Die kleine Minderheit konservativer Männer endlich, welche der Reorganisation das Wort redeten, waren doch Gegner der liberalen Minister, die mit ihrer Durchführung beauftragt waren. So fand die Maßregel nirgends die rechte Würdigung und Unterstützung. Dennoch richtete sich der Widerstand zunächst weniger gegen die Reorganisation überhaupt, als gegen einzelne Punkte derselben, namentlich die Trennung der Landwehr von dem übrigen Heere und die dreijährige Dienstzeit. Die liberalen Parteien hüteten sich noch, mit dem Ministerium der neuen Aera zu brechen, und als die Regierung, den Umständen Rechnung tragend, die Vorlage für diese Sitzung (1860) zurückzog und vom Landtage nur die Mittel für die Fortdauer der Kriegsbereitschaft und die erhöhte Streitbarkeit des Heeres auf ein Jahr (im Betrage von neun Millionen) forderte, wurden diese (Mai 60) fast mit Einstimmigkeit gewährt.

Damit war die Streitfrage vertagt, aber nicht gelöst. Die Regierung hoffte, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Heeresreorganisation mit der Zeit in immer weiteren Kreisen sich Bahn brechen und daß in Zukunft der Bewilligung der Geldmittel für die reorganisirte Armee keine ernsten Hindernisse mehr entgegengestellt werden würden; sie schritt daher unverzüglich zur Ausführung des Reorganisationsplans. Die Kammer dagegen dachte, ihre Zustimmung auch künftig an gewisse Bedingungen, namentlich an liberale Zugeständnisse und an ein Vorgehen der Regierung in der deutschen Frage, knüpfen zu können; sie übersah, daß die Reorganisation, nachdem sie einmal ins Werk gesetzt, nicht — etwa nach Ablauf eines Jahres — wieder rückgängig gemacht werden könne. In dieser beiderseitigen Täuschung lag der Keim zu dem späteren Konflikte.

Am 2. Januar 1861 starb König Friedrich Wilhelm IV. Bei der Wiedereröffnung des Landtags (14. Januar) sprach König Wilhelm die zuverlässige Hoffnung aus, die Landesvertretung werde sich gegenüber der gegenwärtigen Lage Preußens in Deutschland der Aufgabe nicht entziehen, das Geschaffene zu bewahren und in seiner Entwickelung zu fördern; sie werde sich auch der Unterstützung von Maßnahmen nicht entziehen, auf welchen die Sicherheit Preußens und Deutschlands beruhe. Durch die Verleihung von Fahnen an die neugeschaffenen Regimenter, deren feierliche Einweihung (am 17. und 18. Januar) zu Berlin stattfand, bekundete er zugleich seinen festen Willen, die Reorganisation unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

Auch jetzt wählte die Kammer den Ausweg, daß sie die geforderten Geldmittel unter Abzug einiger Posten als außerordentliche Bewilligung auf ein Jahr genehmigte. Sie umging damit abermals die eigentliche Streitfrage und überließ die Lösung derselben, da ihre Sitzungsperiode mit diesem Jahre ablief, ihren Nachfolgern. Als diese aber (1862) zusammentraten, war die Lage eine wesentlich andere.

Bisher war in der Kammer das Streben nicht zu verkennen gewesen, einen Bruch mit dem liberalen Ministerium zu vermeiden, weil man noch immer eine Rückkehr zu dem früheren, Manteuffelschen System besorgte. Jetzt war das Ministerium der neuen Aera länger als drei Jahre am Ruder, ohne daß ein wesentlicher Fortschritt in liberaler Richtung bemerkbar, insbesondere auch ohne daß die Deutsche Frage ihrer Lösung näher geführt worden wäre. Die Partei des Fortschritts, welche bisher eine mehr zuwartende Haltung beobachtet hatte, trat jetzt mit ihren Forderungen um so entschiedener hervor, je zaghafter die Altliberalen, d. h. die Veteranen der ehemaligen „Gothaer", in der Unterstützung eines Ministeriums wurden, welches ihren eigenen Erwartungen so wenig entsprach.



Die Fahnenparade.

Sie nährte im Lande die Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung, insbesondere mit der Armeereorganisation, durch welche, wie man verbreitete, der Bevölkerung eine unerträgliche Steuerlast aufgebürdet würde. Dieselbe Partei trug bei den neuen Wahlen zum Abgeordnetenhause fast überall den Sieg davon und verkündete für ihr weiteres Vorgehen ein Programm, welches der Regierung ein Zusammengehen mit ihr unmöglich machte. Ihr Streben war auf Erweiterung der parlamentarischen Rechte und auf den Sturz des gegenwärtigen gemäßigten Ministeriums gerichtet, welches sie durch Männer aus ihrer Mitte ersetzt zu sehen wünschte. So traten die Gegensätze zwischen Regierung und Landesvertretung immer schroffer hervor, und der Punkt, in welchem sie zunächst auf einander stießen, war die von dem alten Abgeordnetenhause ungelöst gebliebene Militärfrage.

Noch ehe die Kammer in die eigentliche Berathung des Budgets eintrat, beantragte der Abgeordnete Hagen, die Regierung zu einer Spezialisirung des vorgelegten Staatshaushalts in der Weise aufzufordern, daß eine peinliche Kontrole jedes einzelnen Postens seitens der Kammer erfolgen könnte. Trotz der bestimmten Erklärung des Finanzministers, daß er dem Antrage für das laufende Jahr keine Folge mehr zu geben vermöchte, wurde derselbe mit großer Mehrheit angenommen. Das Ministerium, welches sich auf keine Partei mehr stützen konnte, reichte seine Entlassung ein, vollzog aber noch vor Annahme derselben auf königlichen Befehl die Auflösung des Abgeordnetenhauses (11. März). Es war dies die Zeit, als wir Bismarck kurz vor dem Wechsel des Gesandtschaftspostens in Berlin verweilen sahen und als der König bereits ernsthaft damit umging, ihm den Vorsitz im neuen Ministerium zu übertragen.

Die neuen Minister — von Jagow, Graf Lippe, Mühler, Graf Itzenplitz — gehörten keiner extremen politischen Richtung an; indessen bürgte das Verbleiben Roon's im Ministerium dafür, daß der König in der Frage der Heeresreorganisation nicht nachzugeben Willens war. Außer Roon traten noch der Finanzminister von der Heydt und der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff, welcher dem Freiherrn von Schleinitz (bereits den 10. Oktober 1861) gefolgt war, aus dem alten in das neue Ministerium über. Den Vorsitz erhielt der bisherige Präsident des Herrenhauses, Fürst zu Hohenlohe-Ingelfingen, doch lag die schwerste Verantwortung nächst Roon auf dem früheren Handels- und jetzigen Finanzminister von der Heydt. Der wahre Mann der Situation aber stand bereits im Hintergrunde, — Herr von Bismarck-Schönhausen.

Die in das Land zurückgekehrten Abgeordneten gaben in Reden und Festtoasten ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung lauten Ausdruck. Für die Neuwahlen, welche verfassungsmäßig innerhalb der Frist von sechs Wochen nach Auflösung des alten Abgeordnetenhauses stattzufinden haben, wurde allgemein die Losung „Wiederwahl der alten Abgeordneten" ausgegeben. So sehen wir in dem (19. Mai 1862) wiederversammelten Abgeordnetenhause den Kampf gegen die Regierung in noch schärferen Formen sich erneuern. Die Sitzungen erreichten ihren Höhepunkt in den Verhandlungen über das Militärbudget (11. bis 23. September).

Dem Könige persönlich lag die Ausgleichung des Konflikts dringend am Herzen. Er berief eine Kommission von Generalen, welche vorurtheilslos prüfen sollte, ob und bis zu welchen Grenzen den Wünschen der Kammer auf Herabsetzung des Budgets ohne Schaden für das Ganze nachgegeben werden könne. Die Kommission entschied in allen Hauptpunkten für den ursprünglichen Reorganisationsplan. Nur mit einigen nebensächlichen Abänderungen suchte die Regierung der Kammer entgegenzukommen. Allen weitergehenden Forderungen, wie denjenigen nach Kürzung der Dienstzeit, nach Verminderung der Stärke der Truppenkörper, stand als unbezwinglicher Damm der Wille des Königs selbst

entgegen, der die Reorganisation für sein eigenstes Werk erklärte, von dem zu lassen er mit der Machtstellung seiner Staaten und mit seinem königlichen Machtgefühl für unvereinbar hielt. Das Abgeordnetenhaus aber wollte durch seinen Widerspruch der königlichen Gewalt bestimmte Schranken setzen. So schärfte sich der Militärkonflikt zu der Frage, ob königliche oder parlamentarische Gewalt in Preußen künftig vorgehen solle.

Das ganze Land war in tiefster Erregung. Dem Könige selbst schien keine andere Wahl zu bleiben, als entweder seinen königlichen Willen den Beschlüssen der Kammermajorität unterzuordnen, die Hälfte seiner Regimenter zu entlassen, die Fahnen, in deren Schaft er selbst den ersten Nagel geschlagen, wieder in den Rüstkammern niederlegen zu lassen — oder die Reorganisation trotz des Widerspruches des Abgeordnetenhauses aufrecht zu erhalten. In ersterem schien eine Beschränkung seiner königlichen Macht, in letzterem eine Verfassungsverletzung zu liegen. In dieser bedenklichen Lage des Staats berief König Wilhelm an die erste Stelle unter seinen Rathgebern den Mann, welcher mit brandenburgischer Zähigkeit den Konflikt in allen seinen Wandlungen bis zur endlichen Lösung durchzukämpfen hatte.

Der Name Bismarck war damals in der großen Masse des Volks wenig bekannt und noch weniger beliebt. Man erinnerte sich, wie Bismarck vor funfzehn Jahren in seinen Reden auf dem Vereinigten Landtage die Liberalen bekämpft, wie er die Barrikadenkämpfer der Berliner Märznacht Rebellen genannt, wie er im Erfurter Parlament in Gemeinschaft mit Stahl und Gerlach den Radowitz'schen Unionsbestrebungen entgegengetreten war und den Rückzug der Manteuffel'schen Politik nach Olmütz gedeckt hatte; aber man ahnte nicht, was Bismarck als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. während der „acht Kriegsjahre vor dem Feinde", was er als Gesandter am Petersburger Hofe, gleichsam „kalt gestellt" und auf der Warte stehend, ein stiller Beobachter der Weltereignisse, und was er endlich in der Nähe des geheimnißvollen Dezembermanns in den Tuilerien gelernt und erfahren hatte. Dem entsprechend lauteten auch die Urtheile der Presse über ihn.

„Er war", — so schrieb das weitverbreitete Organ der Altliberalen, die Berliner Allgemeine Zeitung, — „als er seine Laufbahn begann, ein Landedelmann von mäßiger politischer Bildung, dem mit der bureaukratischen Pedanterie auch die bureaukratische Routine fehlte, dessen Einsichten und Kenntnisse sich nicht über das erhoben, was das Gemeingut aller Gebildeten ist. Den Höhepunkt seines parlamentarischen Ruhmes erreichte er in der Revisionskammer von 1849 und im Unionsparlament von 1850. Aber welche seiner Reden hätte einen Hauch aufzuweisen von der dialektischen Schärfe eines Stahl, von dem Feuereifer Kleist-Retzow's, von dem Reichthum an geistreichen Einfällen eines Gerlach, von der doktrinären Gründlichkeit eines Wagner! — er trat schroff und rücksichtslos auf, nonchalant bis zur Frivolität, mitunter witzig bis zur Derbheit, aber wann

hätte er einen politischen Gedanken geäußert! — Er hat sich in Frankfurt Kenntnisse in dem diplomatischen Ceremoniale erworben und in St. Petersburg und Paris intriguirenden Prinzessinnen ihre Geheimnisse abgelauscht; aber die saure Arbeit der täglichen Verwaltungsgeschäfte ist ihm fremd, den klaren Einblick in das Getriebe des Staats in allen seinen Einzelheiten hat er sich nirgendwo erwerben können. Ihm gegenüber wird sich das Wort des Herrn von Schleinitz bewähren, daß „die Politik eine sehr positive Kunst ist." Eine Korrespondenz von der Spree in der Augsburger Allgemeinen Zeitung schloß nach einer ebenfalls nicht sehr schmeichelhaften Charakteristik mit dem feierlichen Ausruf: „Warten wir ab; nach seinen Thaten soll er gerichtet werden!" — Bismarck galt in den Augen der Presse und der öffentlichen Meinung damals als der Hauptanführer der Feudalen, als der verstockteste aller Junker, als „der Typus eines die Uniform unter dem Frack verbergenden preußischen Staatsmanns."

Es war um die Mitte des September (1862), als Bismarck's Aufenthalt in den Pyrenäenbädern durch seine telegraphische Berufung nach Berlin unterbrochen ward. Unverzüglich trat er die Reise an. Statt der schattigen Olivenwälder und sonnenumglänzten Rebenhügel des heitern Süden sah er wieder die ernste märkische Heide, den kargen Fruchtboden des Heimatlandes vor sich. Die Zeitungen, welche hie und da an den Stationen ausgeboten wurden, waren voll von Betrachtungen über den Konflikt; sie sprachen von der gefahrvollen Lage des Staats und knüpften an die Bismarck vorauslaufenden Gerüchte von seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten ihre Muthmaßungen von einem bevorstehenden Staatsstreich, von Aufhebung oder Beschränkung der Verfassung, von Rückkehr der Reaktion und des Manteuffel'schen Systems, ja, sie deuteten ziemlich unverblümt die Möglichkeit einer Revolution in der preußischen Hauptstadt an. Er las auch die Beinamen, unter welchen die öffentlichen Blätter ihn bei ihrem Publikum einzuführen suchten; sie nannten ihn einen „burschikosen Junker", einen „hohlen Renommisten", den „Napoleonvergötterer", „Städtevertilger" u. s. w.

Unterwegs traf Bismarck mit dem Kriegsminister von Roon zusammen, der ihm entgegengereist war, um ihn zu begrüßen und ihm nähere Nachrichten über die letzten erbitterten Kämpfe in der preußischen Zweiten Kammer zu bringen. Als Knabe hatte Bismarck den damaligen Leutnant von Roon oft mit seiner kleinen Pirschflinte ins Feld begleitet, wenn dieser in der Nähe der Bismarck'schen Güter in Pommern Feldmessungen ausführte; jetzt schickten sich die beiden Männer an, gemeinschaftlich einen ernsteren Gang zu thun: es galt das gewaltige Ajaxringen um die Rüstung des Achilleus.

Nach seiner Ankunft in Berlin (19. Sept.) hatte Bismarck fast täglich Audienzen beim Könige und wohnte den Sitzungen des Staatsministeriums bei. Schon in der ersten Audienz erklärte er sich zur Uebernahme des Ministeriums bedingungslos bereit, und am 24. September brachte der preußische Staatsanzeiger die königliche Kabinetsordre:

„Nachdem der Prinz Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen auf sein wiederholtes Gesuch von dem Vorsitz im Staatsministerium entbunden, habe ich den Wirklichen Geheimen Rath von Bismarck-Schönhausen zum Staatsminister ernannt und ihm den interimistischen Vorsitz des Staatsministeriums übertragen. Wilhelm.“

An demselben Tage (23. Sept.), als diese Kabinetsordre in Babelsberg ausgefertigt wurde, hatte das Abgeordnetenhaus in der Schlußabstimmung sämmtliche Mehrausgaben für das reorganisirte Heer aus dem Staatshaushaltsgesetz für 1862 gestrichen.



Besprechung mit Roon im Eisenbahnwagen.

Was Bismarck in dieser schwierigen Lage des Staates und trotz seiner vielen Gegner den zuversichtlichen Muth gab, um mit der Hand am Steuer das Staatsschiff zwischen Klippen und Strömungen hindurchführen zu wollen, war das Vertrauen in den Genius seines Vaterlandes. Bismarck's Ehrgeiz ist nicht ein persönlicher, wie bei manchen bedeutenden Staatsmännern vor und zu seiner Zeit, sondern er wurzelt in der Liebe zu seinem angestammten Vaterlande. Der Glaube an den geschichtlichen Beruf Preußens in Deutschland ist bei ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Jetzt an die erste und einflußreichste Stelle im Staate berufen, war er fest entschlossen und erkannte es für seine Aufgabe, Preußen zur ersten Macht in und über Deutschland zu erheben, den „Unsinn des alten Bundestags“ unter Oesterreichs Führung zu beseitigen und Preußen die politische und militärische Führung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten — zunächst der in der preußischen Machtsphäre gelegenen Norddeutschlands —

sei es selbst um den Preis von Fürstenkronen, zu verschaffen. Sein Streben ging weiter, als danach, in Preußen eine Parteiregierung zu errichten; für ihn hatte der Verfassungskonflikt lediglich die Bedeutung, mit Durchsetzung des königlichen Willens die für seine politischen Pläne nothwendigen Nachdrucksmittel zu erhalten. Bismarck kannte und verstand den dunkeln Drang, der die Nation beseelte; er wollte die Fahne Preußens hochhalten über den Farben der Parteien, und indem er darthat, daß das stattliche Heer, welches durch die neue Organisation an innerer Tüchtigkeit, Schlagfertigkeit und an Selbstvertrauen gewonnen hatte, nicht allein dazu dienen sollte, um das Königthum mit neuem Glanze zu umgeben, sondern um dem Willen des mächtigsten deutschen Großstaates eisernen Nachdruck zu geben und Geltung zu verschaffen, suchte er in der Erfüllung der großen nationalen Aufgaben Preußens zugleich eine Ueberwindung des inneren Konflikts.

Aber er täuschte sich, wenn er annahm, daß der Appell an die Vaterlandsliebe allein schon genügen werde, um dem Konflikte seinen Stachel zu nehmen. Er übersah, wie die mehrjährigen Meinungskämpfe um Deutung von Verfassungsparagraphen oder um staatsrechtliche Lehrsätze selbst den Gesichtskreis der Vaterlandsfreunde verengert hatten, sodaß man seine Hinweisung auf die großen nationalen Ziele Preußens nicht verstand oder nicht verstehen wollte. Ja, wenn selbst Bismarck seine Pläne damals noch offener und deutlicher vor der Volksvertretung dargelegt hätte, als es unter den obwaltenden politischen Verhältnissen geschehen konnte, sie würde ihm dennoch ihre Mitwirkung zur Durchführung derselben versagt haben, weil es eben Bismarck, der Junker, war, der ihre Verwirklichung anstrebte.

Am 29. September wohnte Bismarck zum ersten Male als Ministerpräsident der Sitzung des Abgeordnetenhauses bei, welches sechs Tage Ferien gemacht hatte, um der Regierung Zeit zu lassen, gegenüber seinem letzten Beschlusse Stellung zu nehmen. Von einem andern Platze, als den er ehedem eingenommen, überblickte er jetzt das Feld, auf dem seine Kräfte, zunächst im Kampfe für die königliche Macht gegen die Uebergriffe der parlamentarischen, erprobt werden sollten.

Da saßen auf der äußersten Rechten seine alten Freunde und konservativen Parteigenossen, jetzt eine schwache, gelichtete Heerschar, welche, durch den langen Kampf gegen eine erdrückende Uebermacht erschöpft, sich sehnsüchtig nach einem neuen Heerführer und nach Hülfstruppen umschaute. Sie waren fest entschlossen, auszuharren und nicht zu kapituliren. Von ihrem guten Willen konnte Bismarck nur zu viel, von ihrer thatsächlichen Unterstützung nur blutwenig erwarten. Die übrigen Sitze der Rechten waren von den gemäßigten Liberalen eingenommen; es waren zum großen Theile Bismarck's frühere Gegner auf dem Vereinigten Landtage. Zwar hatten sie schon einmal in schwerer Zeit (1849) gemeinschaftliche Sache mit den Konservativen gegen die damals sehr

übermächtige Demokratie gemacht und waren auch jetzt mit der Regierung insofern einverstanden, als sie die Armeereorganisation im großen Ganzen aufrecht erhalten wissen wollten; — der Gedanke, diese Partei für ein Zusammenwirken mit dem Ministerium zu gewinnen, mochte dem neuen Ministerpräsidenten daher nicht fern liegen; — indessen erinnerte dieselbe sich jetzt mehr der früheren Gegnerschaft als der kurzen Bundesgenossenschaft. Ein Theil ihrer früheren Anhänger, die sogenannte Centrumsfraktion unter Bockum-Dolffs, war überdies bereits offen in das Lager der großen Fortschrittspartei übergegangen; diejenigen Altliberalen aber, welche unter Führung der Vincke, Schwerin, Auerswald u. A. noch eine Fraktion für sich bildeten, hatten seit dem Sturze des liberalen Ministeriums so viel von ihrem Einfluß eingebüßt, daß sie besorgten, durch eine Unterstützung des gegenwärtigen Ministeriums ihre Volksbeliebtheit vollends aufs Spiel zu setzen. In allen wichtigen Fragen wurden sie von der Fortschrittspartei überflügelt, welche die Sitze auf der ganzen Linken inne hatte und zum äußersten Widerstand gegen die Regierung in der Militärfrage entschlossen war. Männer von bedeutendem Rufe und hoher Begabung befanden sich in ihren Reihen, aber auch solche, welche Bismarck die Kämpfe von 1848 und 1849 lebhaft ins Gedächtniß riefen.

Bismarck's erster Schritt bekundete versöhnliche Absichten. Nachdem das Abgeordnetenhaus alle in der Reorganisation des Heeres beruhenden Ausgaben aus dem Budget für das laufende Jahr (1862) abgesetzt hatte, stand zu erwarten, daß das Budget für 1863 ein gleiches Schicksal erleiden würde. Er zog deshalb im königlichen Auftrage den betreffenden Gesetzentwurf zurück, „um die Hindernisse der Verständigung nicht noch höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin seien“, und versprach, beim Beginn der nächsten Sitzungsperiode den Haushaltsplan für 1863 „in Verbindung mit einem die Lebensbedingungen der eingetretenen Heeresreform aufrecht erhaltenden Gesetzentwurfe zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht“ vorzulegen. Das Abgeordnetenhaus beschloß, diese Erklärung der Regierung zur schleunigen Berichterstattung seiner Budgetkommission zu überweisen.

Durch die parlamentarischen Kämpfe, die Auflösung des Abgeordnetenhauses und den Wechsel des Ministeriums war die Zeit schon so vorgerückt, daß die meisten Ausgaben für das laufende Jahr in der That bereits geleistet waren, ohne daß eine gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts möglich gewesen wäre. Bismarck bemühte sich, noch nachträglich eine Verständigung über denselben mit dem Abgeordnetenhause herbeizuführen, und erschien zu diesem Zwecke in den Sitzungen der Budgetkommission. Hier gab er jene geharnischten Erklärungen ab (30. Sept.), welche mit klaren Worten die von ihm in der Folge einzuschlagende Politik ankündeten.

Nachdem er seine Auslegung über den Artikel 99 der Verfassung, welcher von der Feststellung des Budgets durch die drei Faktoren der gesetzgebenden

Gewalt — Krone, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus — handelt, gegeben, und den gegenwärtigen Konflikt als einen Streit über die Grenze zwischen der Macht der Krone und derjenigen des Parlaments bezeichnet hatte, sprach er die Hoffnung aus, daß die Krisis, wie sie auch verlaufen möge, zum Wohle des Vaterlandes ausschlagen werde. „Der Konflikt", — sagte er, — „so ernst er auch werden kann, wird doch zu tragisch aufgefaßt, von der Presse zu tragisch dargestellt. Wir sind Kinder desselben Landes. Die Regierung sucht keinen Kampf. Kann die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so bietet sie gern die Hand dazu; — das ist kein Programm, sondern eine persönliche Aeußerung, die «aus gutem Herzen» kommt; man möge sie hinnehmen als die Worte eines Mannes, der mit den Abgeordneten an einem gemeinsamen Werke zu arbeiten berufen ist."

Ohne auf die letzte versöhnliche Aufforderung des Ministerpräsidenten einzugehen, verwahrten sich die Kommissionsmitglieder mit aller Schärfe gegen die Bismarck'sche Auslegung des Verfassungsartikels und traten für das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses in die Schranken. Bismarck aber zog während ihrer Reden einen Oelzweig aus seiner Brieftasche und legte ihn vor sich auf dem Tische nieder. „Ich habe ihn in Avignon gepflückt", sagte er leise zu dem ihm zunächst sitzenden fortschrittlichen Abgeordneten, „um ihn hier meinen früheren Gegnern als Friedenszeichen zu bieten; aber ich sehe wohl, daß die Zeit dazu noch nicht gekommen ist." Wir werden weiter unten hören, wie Bismarck vier Jahre später, nachdem er fern auf Böhmens Feldern Lorbern eingesammelt, vom Ministertische abermals den Abgeordneten der Fortschrittspartei einen Oelzweig als Friedenszeichen darbot; er hieß dieses Mal „Indemnität" und wurde angenommen.

Nochmals auf die Nothwendigkeit der Heeresreorganisation und auf die Forderungen der Fortschrittspartei nach Herabsetzung des Militäretats eingehend, fuhr Bismarck fort: „— — Preußen hat von jeher die Vorliebe, eine zu große Rüstung für seinen schmalen Leib zu tragen; es ist die altpreußische Ueberlieferung, stark gerüstet zu sein, um diese Rüstung im günstigen Augenblicke sogleich vorzufinden und zu verwenden. Preußens geographische und politische Lage nöthigt es, jene altpreußische Tradition, die Haltung einer verhältnißmäßig starken Armee, fortzusetzen, und man darf nicht mit Neid auf die verhältnißmäßig geringeren Militärbudgets und Kriegslasten der deutschen Nachbarstaaten blicken. Preußen muß aber seine Rüstung auch nützen und sich stärken, damit es nach und nach hineinwachse. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht. Wir müssen unsere Kräfte zusammenfassen und zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist. Preußens Grenzen, wie sie die Wiener Verträge geschaffen haben, sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der

Zeit entschieden, — das ist der Irrthum in den Jahren 1848 und 1849 gewesen, — sondern durch **Blut und Eisen!**" —

Diese Erklärungen gingen wie ein Lauffeuer durch ganz Deutschland, ja durch ganz Europa. An der Donau wie an der Seine widmete man ihnen die höchste Beachtung; nur dort, wo dieselben einen unmittelbaren Eindruck üben sollten, verfehlten sie denselben gänzlich. Man spöttelte über die heißspornigen Auslassungen des brandenburgischen Junkers und hielt ihm vor, daß die Landesvertretung zu dieser wagehalsigen Blut- und Eisenpolitik niemals die Mittel gewähren würde.

Die Budgetkommission beantragte auf den Vorschlag ihres Vorsitzenden, von Forckenbeck, das Abgeordnetenhaus möge an das Staatsministerium die Aufforderung richten, das Staatshaushaltsgesetz noch vor Schluß des Jahres 1863 zur verfassungsmäßigen Feststellung vorzulegen, und zugleich die Verfügung von Ausgaben, die vom Abgeordnetenhause abgelehnt worden, für verfassungswidrig erklären.

Am 6. Oktober lag dieser Antrag dem Hause zur Berathung vor. Es kam zu einer sehr erregten Sitzung. Die Führer der Fortschrittspartei traten mit Entschiedenheit für das ausschließliche Budgetrecht des Abgeordnetenhauses ein. „Wenn die Minister in Ermangelung eines verfassungsmäßig zu Stande gekommenen Budgets ohne Budget regieren wollten", sagte der berühmte Staatsrechtslehrer und Abgeordnete Gneist, „so würden sie die Axt an die Wurzeln der Verfassung und des Staates selber legen; wir würden dann in Preußen einen Polignac als leitenden Minister haben, auf dessen berüchtigte Ordonnanzen in Frankreich (1830) die Julirevolution und die Vertreibung der Bourbons folgte." Die Altliberalen im Abgeordnetenhause wollten die von der Regierung zur Versöhnung dargebotene Hand nicht ganz zurückweisen, und der Abgeordnete v. Vincke beantragte, daß die königliche Staatsregierung, — abgesehen von den in Ansehung des Staatshaushalts für 1862 zu gewärtigenden weiteren Vorlagen, — falls sich die Feststellung des Staatshaushalts für das nächste Jahr (1863) nicht vor dem 1. Januar 1863 herbeiführen lasse, zur Nachsuchung eines vorläufigen außerordentlichen Kredits noch vor Ablauf des Jahres 1862 verpflichtet sei. In den Beweggründen für seinen Antrag verwahrte sich Vincke ausdrücklich für das unverkürzte Budgetbewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses. Bei der vorgerückten Zeit und der Erschöpfung des Hauses behielt sich der Ministerpräsident seine Erklärung über das Vincke'sche Amendement für die nächste Sitzung vor. Sogleich nach Eröffnung derselben (7. Okt.) nahm er das Wort zur Verlesung einer Erklärung des Staatsministeriums. Er bedauerte in derselben, daß sein Vorschlag zum Waffenstillstande durch den Antrag der Budgetkommission mit einer Herausforderung zur schleunigen Fortsetzung des Streites beantwortet worden sei, und versprach sich für eine praktische Verständigung keinen Gewinn, wenn mit derselben Schärfe, wie dies gestern geschehen,

die Theorie der Theorie, der einen Auslegung die andere gegenübergestellt werde. In Betreff des Vincke'schen Amendements erklärte er, daß er in der Annahme desselben ein Unterpfand für die entgegenkommende Aufnahme seiner Bemühungen zur Verständigung erblicken und im Falle der Annahme Vorschläge machen werde, welche auf den Antrag eingingen, „ohne sich dessen Beweggründe anzueignen."—

Abermals allgemeine Erregung! Man sah es als eine Kriegslist des Ministers an, daß er sich auf den Boden des Vincke'schen Amendements zu stellen suche, ohne sich zugleich die Motive desselben anzueignen, und beschuldigte ihn, daß er die goldene Brücke, die man ihm zum Rückzuge schlagen wolle, als eine Brücke zum Angriff benutzen werde. Selbst die Partei, aus deren Mitte der Antrag hervorgegangen, verhielt sich kühl dazu. Vergebens machte Bismarck geltend, daß man doch nur über die Anträge selbst, nicht über die Motive abstimme, — der Antrag der Budgetkommission wurde in seiner ursprünglichen Fassung angenommen und das Vincke'sche Amendement verworfen.

Einige Tage darauf (11. Okt.) versagte das Herrenhaus dem Budget für 1862, welches ihm mit den im Abgeordnetenhause vorgenommenen Herabsetzungen zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung — d. h. zur Annahme oder Ablehnung im Ganzen (en bloc) — vorlag, seine Zustimmung und stellte die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder her. Das Abgeordnetenhaus aber erklärte seinerseits den letzteren Beschluß des Herrenhauses, weil über seine Befugnisse hinausgehend, für „null und nichtig".

Der Konflikt war vollständig. Von den drei Faktoren der gesetzgebenden Gewalt beschuldigte einer den anderen des Verfassungsbruchs. Unter solchen Umständen glaubte Bismarck von der Fortsetzung seines Vermittelungsverfahrens einen Erfolg zur Zeit sich nicht versprechen zu können. Am 13. Oktober erfolgte der Schluß des Landtags. In der Schlußrede sagte Bismarck mit Bezug auf das von der Regierung nunmehr zu beobachtende Verfahren: „Nachdem der Gesetzentwurf über den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1862 in der von dem Abgeordnetenhause beschlossenen Festsetzung wegen seiner Unzulänglichkeit von dem Herrenhause verworfen worden, findet sich die Regierung Seiner Majestät in der Nothwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Grundlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerthen Zustande erwächst; sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen, und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt nöthig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben die nachträgliche Genehmigung des Landtags erhalten werden."

Das war die Einleitung der sogenannten „budgetlosen Zeit", die erste Verfassungskrisis in Preußen. Es ist bis in die neueste Zeit vielfach darüber

gestritten worden, was da hätte geschehen sollen, als die nothwendige Uebereinstimmung der drei gesetzgebenden Faktoren zur Feststellung des Budgetgesetzes nicht erreicht werden konnte. Die Minister des Königs behaupteten, die Verfassung enthalte keine Bestimmung für einen solchen Fall, und da die Staatsmaschine nicht stille stehen dürfe, so seien sie verpflichtet, die Regierung auch ohne Budget weiter zu führen und die nöthigen Ausgaben zu leisten. Dagegen erklärten die liberalen Abgeordneten: Die Regierung darf über keine Staatseinnahme verfügen, keine Ausgabe leisten, wenn wir nicht unsere verfassungsmäßige Zustimmung gegeben haben; thut sie es dennoch, so verletzt sie unser wichtigstes, durch die Verfassung uns verbürgtes Recht, das Recht der Budgetbewilligung. Sie sahen daher in der budgetlosen Regierung eine Rückkehr zum Absolutismus und beschuldigten die Minister, daß sie, zu zaghaft, um dem Könige die Aufhebung der Verfassung mittels eines Staatsstreichs anzurathen, dasselbe durch Umgehung der wichtigsten Verfassungsbestimmungen zu erreichen suchten. Dies traf indessen nicht zu; König Wilhelm und seine Minister nahmen ihren Eid auf die Verfassung zu ernst und heilig, um auch nur einen Augenblick an die Beseitigung derselben zu denken. Sie handelten nach ihrer gewissenhaften Pflicht und Ueberzeugung, indem sie das Wohl des Staates höher stellten als jedes theoretische Recht.

Bismarck war unterdessen vom Könige (8. Oktober) definitiv mit dem Vorsitz im Staatsministerium betraut und zugleich — an Stelle des Grafen Bernstorff — zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Durch die Ernennung von Bodelschwingh's zum Finanzminister an v. d. Heydt's, und des Grafen Eulenburg zum Minister des Innern an v. Jagow's Stelle hatte das Staatsministerium an innerer Einheit gewonnen. Trotz der Schwierigkeiten, welche sich Bismarck sogleich zu Anfang in seinem neuen Berufe entgegenstellten, verlor er doch nicht einen Augenblick seine freudige Zuversicht, ja auch der Humor leuchtet in den Briefen an seine Gemahlin oft hindurch. So sehen wir ihn in jener stürmischen Sitzung vom 7. Oktober, während der Diener mit der inhaltschweren Depeschenmappe ab- und zugeht und bald von dieser, bald von jener Seite Anfragen an ihn gerichtet werden, wie einst in den Bundestagssitzungen in Frankfurt, mit schneller Hand einige Zeilen an die noch in Pommern weilende Gemahlin auf das vor ihm liegende Blättchen werfen: „Am Kammertisch, mit einem Redner, der mir Sottisen sagt, auf der Tribüne vor mir, zwischen einer abgegebenen und abzugebenden Erklärung, gebe ich Dir Nachricht von meinem Wohlbefinden. Arbeit ist viel, etwas müde, nicht genug Schlaf, aller Anfang ist schwer; mit Gottes Hülfe wird es besser werden ...."

Und einige Tage später schreibt er an die fürsorgliche Schwester nach Kröchlendorff: „So gute Blutwurst aß ich nie und so gute Leber nur selten; mögen Deine Schlachtthaten an Dir gesegnet werden; ich frühstücke seit 3 Tagen daran ...."

Gegen Ende des Oktober reiste Bismarck noch einmal nach Paris, um sich beim Kaiser Napoleon zu verabschieden. Im Schlosse St. Cloud, in denselben Räumen, wo einst Karl X. die bekannten Juli-Ordonnanzen unterzeichnet hatte, überreichte er dem Kaiser sein Abberufungsschreiben. Napoleon war mit Aufmerksamkeit den Vorgängen in den preußischen Kammern und den ersten Schritten des neuen Ministerpräsidenten gefolgt. Es war bezeichnend für seine Beurtheilung der preußischen Zustände, daß auch er in dieser Abschiedsaudienz eine Anspielung auf das Schicksal des Ministers Karl's X., Polignac, machte.

Das Zerwürfniß zwischen Regierung und Landesvertretung begann unterdessen seine Rückwirkung auf das Land zu äußern. Die heimgekehrten Abgeordneten der Fortschrittspartei wurden von ihren Wählern bei Banketten und Festlichkeiten gefeiert. Den heftigen Angriffen der Presse gegen die Regierung antwortete diese mit Preßprozessen und Beschlagnahme von Zeitungen. Um dem Anspruche der Fortschrittspartei entgegenzutreten, daß sie allein die Stimme des Landes vertrete, erschienen in der Hauptstadt zahlreiche sogenannte Loyalitätsdeputationen und versicherten dem Könige ihre unverbrüchliche Treue und ihr Ausharren auf Seite der Regierung im Kampfe mit dem Parlamente. Der König aber betonte in seinen Antworten, daß er zwar die Verfassung unverbrüchlich halten, aber auch die Reorganisation des Heeres durchsetzen und keinen Eingriff der Parlamentsgewalt in seine königlichen Rechte dulden werde. Am schärfsten sprach er sich in der Antwort aus, die er einer Deputation aus der Altmark, der Heimat der Bismarcke, im Letzlinger Jagdschloß ertheilte (6. Nov.): „Ich werde bei meinem gegebenen Worte bleiben und die Verfassung halten", sagte er unter Anderem, „freilich nicht in dem Sinne, wie Diejenigen wollen, welche nach dem Throne und nach der Krone greifen und die mir von Gott gegebene königliche Gewalt zu schwächen suchen. Man will am Heere rütteln. Ich brauche aber das Heer zum Schutze des Vaterlandes gegen äußere Feinde und andere; sie mögen kommen woher es sei!" —

Die meisten dieser Deputationen pflegten vor ihrem Scheiden aus der Hauptstadt auch dem Ministerpräsidenten ihre Aufwartung zu machen und gaben ihrer Bewunderung für die sichere und Vertrauen einflößende Haltung desselben oft in eigenthümlicher Weise Ausdruck. „Hören Sie, dem Manne gegenüber kann man ja gar keine Dummheit sagen", sagte der Redner einer Deputation aus dem Saalkreis. „Da sind Sie wol nicht in der Kammer gewesen?" fragte der angeredete Berliner den harmlosen Berichterstatter.

Nach dreimonatlicher Pause fand die Wiedereröffnung des Landtags durch den Ministerpräsidenten im Auftrage des Königs statt (14. Jan. 1863). Derselbe sprach den lebhaften Wunsch der Regierung aus, daß es dieses Mal gelingen möchte, über die ungelöst gebliebenen Fragen eine dauernde Verständigung herbeizuführen, und verhieß die Einbringung einer Vorlage über die Staatseinnahmen und -Ausgaben des abgelaufenen Jahres zur nachträglichen

Genehmigung des Landtags, sowie die Vorlage eines neuen Staatshaushalts für 1863 in Verbindung mit einem Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienst. Aber das Abgeordnetenhaus zeigte sich weniger als jemals zur Nachgiebigkeit geneigt. Der Präsident Grabow eröffnete die Sitzung, indem er der Regierung ein wahres Sündenregister vorhielt. Bald darauf führte die Adreßdebatte zu den leidenschaftlichsten Angriffen gegen die Minister. Ein von dem Abgeordneten Virchow verfaßter Entwurf der dem Könige einzureichenden Adresse enthielt in scharfen Ausdrücken eine Anklage des Ministeriums, obgleich seine sämmtlichen Regierungsakte im Namen des Königs vollzogen und von diesem gutgeheißen waren. Ausgehend von dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses, durch welchen dasselbe dem Staatshaushaltsgesetze der Regierung für 1862 seine Zustimmung versagt hatte, hieß es in dem Adreßentwurfe: „Seitdem haben die von Ew. Majestät berufenen Minister verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt, und sogar, entgegen einer bestimmten Erklärung des Hauses der Abgeordneten, solche Ausgaben verfügt, welche durch Beschlüsse des Hauses definitiv und ausdrücklich abgelehnt waren. Das oberste Recht der Volksvertretung, das der Ausgabebewilligung, war damit angegriffen, ein Recht, welches die Grundlage des konstitutionellen Staatslebens überhaupt ist, welches daher auch alle bestehenden konstitutionellen Verfassungen gewährleisten, und welches bisher, unter steter Anerkennung durch die Staatsregierung selbst, von der preußischen Volksvertretung geübt worden war. Das Land sah mit Schrecken den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwicklung in Frage gestellt. Es stand zu seinen Abgeordneten. Nur eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit hat, gestützt durch die Minister Ew. Majestät, bis zu den Stufen des Thrones die gröbsten Verleumdungen gegen einen Faktor der Gesetzgebung getragen und den Versuch nicht gescheut, das Urtheil über Maß und Bedeutung klarer Verfassungsrechte zu verwirren. Gleichzeitig ist vielfach ein Mißbrauch der Regierungsgewalt, wie er in den trüben Jahren vor Beginn der Regentschaft Ew. Majestät stattfand, hervorgetreten. Es sind verfassungstreue Beamte, zumal solche, welche zugleich Abgeordnete waren, mit drückenden Maßregeln heimgesucht worden. Es wurde die Presse verfolgt worden, wo sie für das Recht offen eintrat. Es ist der Versuch gemacht, die Ausübung unzweifelhafter staatsbürgerlicher Rechte seitens nicht einberufener Landwehrmänner durch unzulässige, außerhalb der Dienstordnung liegende Befehle militärischer Vorgesetzter zu hindern. Ew. Majestät haben noch jüngst zu erklären geruht, daß Niemand an Allerhöchst Ihrem Willen zweifeln dürfe, die beschworene Verfassung aufrecht zu erhalten und zu schützen. In der That wagt Niemand einen solchen Zweifel zu hegen. Aber, gestatten Ew. Majestät es offen auszusprechen, — die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt. Der Artikel 99 ist keine Wahrheit mehr. Das Uebel einer budgetlosen Regierung ist über das Land gekommen ...."

Vergebens warnten die Gemäßigteren gegen die Beschließung einer solchen Adresse, welche den König persönlich verletzen müsse. „Vergessen Sie nicht, daß wir als Preußen zu dem König reden!" rief der altliberale Freiherr von Vincke, der tapfere Vorkämpe des preußischen Königthums in den stürmischen Jahren 1848 und 1849, den Rednern der Fortschrittspartei entgegen; Gneist erwiederte: „Wir sind darauf angewiesen, dem Könige über die Häupter seiner Minister hinweg zu sagen, was deutsche Unterthanen tausendmal haben sagen müssen: Gnädiger Herr, Du hast Unrecht!" —

Bismarck's Reden bei Gelegenheit der Adreßdebatte thaten mehr, den Sturm zu erregen, als ihn zu beschwichtigen. Sein Urtheil über die Adresse faßte er in die Worte zusammen: „Durch diese Adresse werden dem königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte abgefordert, um sie der Majorität dieses Hauses zu übertragen." Nochmals eingehend auf den Vorwurf der Verfassungsverletzung gab er die bekannte Auslegung: „Artikel 99 lautet: „„Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden."" Wenn darauf folgte: Letzterer wird jährlich durch das Haus der Abgeordneten festgestellt, dann hätten Sie in Ihren Beschwerden in der Adresse vollkommen Recht, dann wäre die Verfassung verletzt. Es folgt aber im Text des Artikels 99: „„Letzterer (der Staatshaushaltsetat) wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt."" Wie nun ein Gesetz zu Stande kommt, sagt Artikel 62 mit unwiderleglicher Klarheit. Er sagt, daß zum Zustandekommen eines jeden Gesetzes, also auch des Budgetgesetzes, die Uebereinstimmung der Krone und der beiden Kammern erforderlich ist. Daß das Herrenhaus berechtigt ist, ein von der Zweiten Kammer beschlossenes und ihm nicht konvenirendes Budget zu verwerfen, ist außerdem noch in dem Artikel hervorgehoben.... Wenn eine Vereinbarung zwischen den drei Gewalten nicht stattfindet, so fehlt es in der Verfassung an jeglicher Bestimmung darüber, welche von ihnen nachgeben muß.... Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budgetgesetzgebung, durchaus fest; keine dieser Gewalten kann die andere zum Nachgeben zwingen; die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung.... Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der betheiligten Gewalten ihre Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht still zu stehen vermag, werden zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann...." Bismarck schloß seine Rede mit einer oratorischen Wendung, indem er auf den Geburtstag des Prinzen Friedrich Wilhelm, Sohnes des Kronprinzen, hinwies: „Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß die Berathung dieses Manifestes, welches unserm königlichen

Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten muthmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königthums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen. Das preußische Königthum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein todter Maschinentheil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

Auf den eigentlichen Kern der Bismarck'schen Darlegung gingen die nachfolgenden Redner nicht mehr ein; dagegen bot die Berufung auf die thatsächliche Macht dem Abgeordneten Grafen von Schwerin Veranlassung zu einer „des Beifalls sicheren" Erwiederung. Indem er der Rede des Ministerpräsidenten die Deutung gab, als ob sie in dem Satze gipfelte: „Macht geht vor Recht", sagte er, die Macht des preußischen Königthums beruhe gerade auf dem umgekehrten Grundsatze: „Recht geht vor Macht!" Stürmisches Bravo von beiden Seiten des Hauses und Beifall von den Tribünen folgte auf dieses Schlagwort des altliberalen Redners. Andere Abgeordnete griffen den Ministerpräsidenten persönlich an. Hatte Bismarck bei einer früheren Veranlassung (in der Kommissionssitzung am 30. Sept.) auf gewisse „katilinarische Existenzen" angespielt, die ein Interesse an Staatsumwälzung hätten, so traten jetzt Redner in der Kammer auf, die ihm ein Ciceronianisches „Quousque tandem!" zuriefen. Bismarck blieb unerschüttert. Dem Abgeordneten Virchow antwortete er auf den Vorwurf, daß die Minister eine „preußische Sprache" redeten, welche die ganze Welt nicht verstünde. „Meine Herren, ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden diese Sprache noch oft von mir hören."

Da der König es ablehnte, die Adreßdeputation zu empfangen, so wurde die Adresse ihm schriftlich, ohne Vermittelung der Minister, eingereicht. Unter dem 3. Februar erfolgte die königliche Antwort, und zwar, um über die persönliche Willensmeinung des Königs keinen Zweifel zu lassen, ohne die Gegenzeichnung eines Ministers. Er wies die in der Adresse enthaltenen Anklagen als unbegründet zurück und stellte die Regierungshandlungen der Minister, welche von ihm gebilligt wären, unter seinen Schutz. Indem er sein Bedauern über den Widerstreit der Ansichten bei der Festsetzung des Staatshaushaltsetats aussprach, sagte er weiter: „Es kann aber eine Vereinbarung über den Etat nicht durch Preisgebung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Herrenhauses erwirkt, es kann nicht, der Verfassung entgegen, das Recht der Bewilligung und Verweigerung der Staatsausgaben ausschließlich auf das Haus der Abgeordneten übertragen werden. Es ist meine landesherrliche Pflicht, die auf mich vererbten und verfassungsmäßigen Machtbefugnisse der Krone ungeschmälert zu bewahren, weil ich darin eine nothwendige Bedingung für die Erhaltung

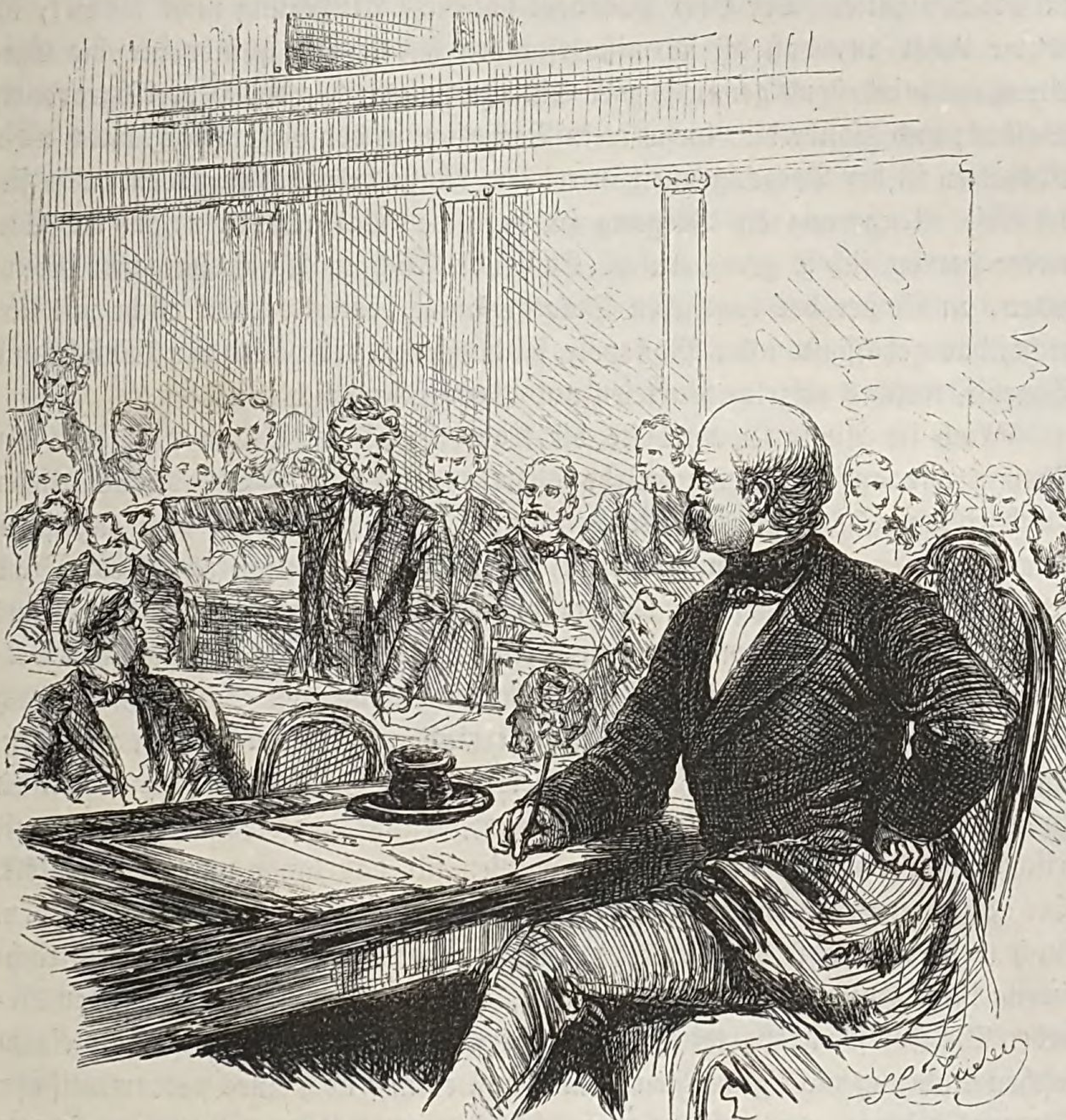
des inneren Friedens, für die Wohlfahrt des Landes und für das Ansehen Preußens in seiner europäischen Stellung erkenne." Nachdem der König darauf nochmals die versöhnlichen Absichten seiner Regierung hervorgehoben hatte, schloß er: „Ich erwarte, daß das Abgeordnetenhaus diese Beweise des Entgegenkommens nicht ferner unbeachtet lassen wird, und fordere dasselbe nunmehr auf, seinerseits meinen landesväterlichen Absichten sein Entgegenkommen in einer Art zu beweisen, daß das Werk der Verständigung ermöglicht wird, welches meinem Herzen Bedürfniß ist, — meinem Herzen, dessen einziges Verlangen darauf gerichtet ist, das Wohl des preußischen Volkes zu fördern und dem Lande die Stellung zu erhalten, die eine glorreiche Geschichte durch treues Zusammengehen von König und Volk demselben angewiesen haben."

Der Konflikt war hier an einer Grenze angekommen, welche von dem Abgeordnetenhause nicht überschritten werden konnte, ohne die Ehrfurcht gegen den König persönlich zu verletzen. Es kam darauf an, denselben auf ein anderes Gebiet zu übertragen. Gelegenheit dazu boten die aus der polnischen Angelegenheit sich ergebenden Verwickelungen.

Aus Veranlassung der Militäraushebung in Polen (Jan. 1863) war daselbst der längst vorbereitete blutige Aufstand gegen die russische Regierung ausgebrochen, welcher — geschürt von Geistlichen und Adel — sich schnell über das ganze unglückliche Land verbreitete. Die geheime Nationalregierung, deren Mitglieder Niemand kannte, entwickelte eine Thätigkeit, welche die Welt in Staunen setzte. Bewaffnete Banden wuchsen unter Mieroslawski's und später unter des Diktators Langiewicz Führung zu Heerhaufen an, überfielen die vereinzelten russischen Abtheilungen und trugen nicht selten Erfolge davon. Es war von beiden Seiten ein Ringen auf Leben und Tod, jedoch mit dem Unterschiede, daß die Mittel der russischen Regierung bedeutend nachhaltiger waren als die der Revolution, wenn diese auf ihre eigenen Kräfte beschränkt blieb. Preußen war durch die Vorgänge an der Weichsel sehr nahe berührt. Die preußische Regierung glaubte Vorkehrungen treffen zu müssen, damit der Insurrektion aus der Provinz Posen keine Unterstützung zugeführt und ihre Ausbreitung über preußisches Gebiet verhindert würde. Zu diesem Zwecke wurden militärische Maßregeln an der Grenze angeordnet und mit der russischen Regierung eine Uebereinkunft abgeschlossen, derzufolge den russischen Heeresabtheilungen in gewissen Fällen eine bewaffnete Grenzüberschreitung gestattet war.

Die Theilnahme für das unglückliche Volk, die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Rußland, vor Allem der Wunsch, dem Ministerium eine Verlegenheit zu bereiten, veranlaßten im Abgeordnetenhause eine Reihe von heftigen Angriffen auf die Regierung wegen dieser Konvention. Obgleich der Ministerpräsident aus politischen Gründen jede nähere Auskunft über den Inhalt derselben verweigerte und eine darauf abzielende Interpellation der Abgeordneten

Schulze (Berlin) und von Carlowitz unbeantwortet ließ (18. Febr.), ergingen sich doch die Redner der Fortschrittspartei auf Grund der verbreiteten Gerüchte und Zeitungsnachrichten in Verdächtigungen und Beschuldigungen aller Art.



Im Abgeordnetenhause (1863).

Der Abgeordnete Waldeck ging so weit, dem Ministerpräsidenten das richtige Gefühl für die Ehre Preußens abzusprechen; er bezeichnete die Konvention als eine Hülfsleistung an die russischen Hängegensdarmen und verglich sie mit dem Verkauf der hessischen Landeskinder nach Amerika. „Wem darüber nicht die Schamröthe ins Gesicht steigt, der ist nicht werth ein Preuße zu sein, der versteht die Mission Preußens nicht.“ Der Ministerpräsident bekämpfte die Aufregung, welche die rauhen Worte des alten Volkstribunen aus dem Jahre 1848 in ihm hervorriefen; er verließ während der Rede den Saal, kehrte aber bald wieder auf seinen Platz zurück und nahm, nachdem Jener unter dem stürmischen Bravorufe des Hauses wie der dichtbesetzten Gallerien die

Tribüne verlassen hatte, mit vornehmer Ruhe das Wort: „Wenn ich recht gehört habe, hat der Herr Vorredner sich dahin ausgesprochen, er hätte auf die Interpellation von mir dasjenige Nein erwartet, welches allein der Ehre Preußens entsprochen hätte. Der Herr Präsident hat diese Aeußerung nicht monirt, ich nehme daher an, daß ich sie mißverstanden habe. Ich glaube für die Ehre Preußens mindestens genau so viel Sinn zu haben, wie der Herr Abgeordnete Waldeck, und glaube dies durch mein Verhalten in der Gegenwart, durch mein Verhalten in der Vergangenheit in reichem Maße bekundet zu haben. Mir fiel bei dieser Aeußerung ein Vorgang im englischen Parlament ein, auf das Sie, meine Herren, sich so gern berufen. Es handelte sich um Abschaffung von Monopolen, und einer der englischen Staatsmänner bemerkte dabei nicht mit Unrecht, das gehässigste aller Monopole sei dasjenige der politischen Einsicht und Tugend, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegten."

Auch im Auslande wirbelte die Konvention viel Staub auf. An der Themse wie an der Seine wurde dieselbe zum Gegenstande diplomatischer Kundgebungen gemacht. In London sprach Lord Russell vor dem englischen Oberhause sein Verdammungsurtheil über die Konvention (21. Febr.) und erhob Vorstellungen dagegen bei der preußischen Regierung; von Paris aus richtete der Minister Drouin de Lhuys eine Depesche an den französischen Botschafter Baron von Talleyrand, in welcher er Preußen die Schuld gab, durch die Konvention die polnische Frage gewissermassen ins Leben gerufen zu haben. Napoleon III. suchte England und Oesterreich zum Erlaß identischer Noten an Preußen zu bestimmen und schien Willens, gestützt auf die in Frankreich mit frischer Stärke wiedererwachten Sympathien für das lange unterdrückte Volk, eine allgemeine europäische Intervention zu Gunsten Polens ins Werk zu setzen. Auch mehrere Städte Preußens, welche von der Konvention eine Beeinträchtigung ihrer Handelsinteressen besorgten, erklärten sich in Adressen gegen dieselbe. Die Fortschrittspartei frohlockte; sie glaubte, daß das Ministerium einem solchen Andrang nicht gewachsen sei und daß es nur noch eines parlamentischen Sturmes bedürfe, um dasselbe zum Rücktritt zu nöthigen. Diesen Zweck hatte ein Antrag der Abgeordneten von Hoverbeck und von Carlowitz, welcher dahin ging, das Haus möge erklären, das Interesse Preußens erfordere die strengste Neutralität zwischen den beiden kämpfenden Theilen, den russischen Truppen und den polnischen Insurgenten. In den dreitägigen Verhandlungen über diesen Gegenstand (26. bis 28. Febr.) hatten sich die Minister einer wahren Flut von Angriffen und Vorwürfen zu erwehren. Die Redner der Fortschrittspartei bezeichneten die Februarkonvention als eine „Verletzung des Gesetzes", als eine „Mitschuld an russischen Verbrechen", als ein „Brandmal preußischer Ehre"; sie sprachen aus, die Ehre dieses Ministeriums könne nicht mehr als die Ehre des Landes angesehen werden, und da die jetzige Regierung Preußens in keiner auswärtigen Frage Lorbern ernten könne, so müsse in allen auswärtigen

Fragen das Wort des Hauses auf „Gewehr bei Fuß“ lauten, so lange die Krone ihre jetzigen Rathgeber behalte. Den Hauptsturm hatte der Ministerpräsident selbst auszuhalten. Man las ihm Stellen aus seinen Kammerreden von 1849 vor und beschuldigte ihn, daß er einen studentischen Ton in die parlamentarischen Berathungen tragen wolle; ja, ein bedeutender Redner der Altliberalen verglich die Bestrebungen des Ministers mit den Gaukeleien eines Seiltänzers, der sich eine Zeit lang auf dem schwankenden Seile halte, ohne zu fallen, und dadurch eine gewisse Bewunderung errege, die aber nicht nach Jedermanns Gaumen sei, — eine Bemerkung, welche bald darauf das Berliner Witzblatt mit einer pikanten Illustration für das große Publikum veranschaulichte. Der Präsident des Hauses überließ es dem Ministerpräsidenten, sich selbst gegen diese Ausfälle zu wehren. Dies geschah denn auch von ihm mit Ruhe und Festigkeit, aber nicht ohne bittere Ironie. In welcher Gereiztheit die Debatten geführt wurden, das vergegenwärtigt uns eine Scene zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Behrend. Eingehend auf die Vorträge der früheren Redner sagte der

Ministerpräsident von Bismarck: Der Abgeordnete von Unruh deutete unter Ihrem lebhaften Beifall an, daß, wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwicklungen entstehen sollten, Sie die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigern würden. Heißt das nicht dem Auslande zurufen: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen ....“ (Unterbrechung und Widerspruch; oh, oh, oh!) Nun, es freut mich, daß Sie noch einen Ausdruck der Entrüstung haben....

(Unterbrechung, Ruf: Zur Ordnung!)

Vizepräsident Behrend: Zunächst habe ich Sie um Ruhe zu bitten; ehe ich irgend einen Schritt unternehmen kann, wird das Haus doch wol anhören wollen, was ich zu sagen habe. Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, er freue sich über den Ausdruck der Entrüstung, den das Haus kundgegeben habe. Ob der Herr Ministerpräsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Aeußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident von Bismarck: Ich will hier die Frage, in wieweit ein Ordnungsruf an das Staatsministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern; sollte dieselbe wieder in Anregung kommen, so behalte ich mir die Erörterung vor. Die Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848 .... (Stürmische Unterbrechung.)

Vizepräsident Behrend: Nun muß ich doch den Herrn Ministerpräsidenten darauf aufmerksam machen, daß diese letzte Anführung mit der gegenwärtigen

Frage in keiner Verbindung steht. Welche Stellung der Abgeordnete v. Unruh in früherer Zeit in den parlamentarischen Verhandlungen eingenommen hat, steht mit der gegenwärtigen Frage nicht im lockersten Zusammenhange. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident von Bismarck: Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten zu bemerken, daß ich ihm das Recht zur disziplinarischen Unterbrechung meiner Aeußerungen nicht einräumen kann. Ich habe nicht die Ehre, Mitglied dieser Versammlung zu sein; ich habe Ihre Geschäftsordnung nicht gemacht, ich habe Ihren Präsidenten nicht mitgewählt; ich unterliege nicht dem disziplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken (des Ministertisches) ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Majestät den König, und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disziplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellte .... (Unterbrechung.) Ich nehme nicht das Wort nach Ihrer Geschäftsordnung, sondern kraft der von Sr. Majestät mir verliehenen Autorität auf Grund des Paragraphen der Verfassung, welcher vorschreibt, daß die Minister zu jeder Zeit, wenn sie es verlangen, das Wort erhalten und gehört werden müssen .... (Unterbrechung.) Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen .....

Vizepräsident Behrend: Ich muß den Ministerpräsidenten trotz dieser seiner letzten Aeußerung unterbrechen. Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort nicht entzogen und nach der Verfassung nicht entziehen können; aber nach der Geschäftsordnung übt der Präsident des Hauses in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, soweit diese vier Wände reichen; sie endet nicht am Ministertische. Diese Disziplinargewalt, wo es nöthig ist, auszuüben bin ich bereit und werde es stets thun; sie gestattet, den Herrn Ministerpräsidenten zu unterbrechen, wenn auch nicht, ihm das Wort zu entziehen.

(Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident von Bismarck: Ich muß diese Ansicht als eine irrthümliche bezeichnen, welche von der königlichen Staatsregierung nicht getheilt wird. Also ich sagte: Derselbe Abgeordnete v. Unruh, welcher im Jahre 1848 seinen Namen unauslöschlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat! —

(Stürmische Bewegung; Ruf: „Das ist unwürdig! — Vertagen, Vertagen!" — Andauernder Ruf der Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Behrend: Meine Herren, ich werde, wenn diese Störungen der Ordnung nicht aufhören, mich veranlaßt sehen, die Sitzung dieses Hauses zu vertagen. Ich habe diese Gewalt auf Grund des § 61 der Geschäftsordnung, und ich werde trotz des Widerspruchs des Herrn Ministers von dieser Bestimmung der Geschäftsordnung Gebrauch machen, wenn der Herr Ministerpräsident Aeußerungen, über die ich gesagt habe, daß sie in die Diskussion nicht gehören, wiederholt. Ich werde abwarten, ob der Herr Ministerpräsident die

Aeußerungen, die er gethan hat, noch einmal thut; sollte dies geschehen, so werde ich die Sitzung vertagen.

(Beifall.)

Ministerpräsident von Bismarck: Ich kann den Herrn Präsidenten nicht an der Vertagung hindern. Ich habe kein Bedürfniß, meine Herren, eine zweimalige Aeußerung zu wiederholen, und glaube, Sie haben mich verstanden....

(Große Bewegung, Ruf nach Vertagung und Widerspruch dagegen; Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Behrend: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!.... Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, fortzufahren.

Der Ministerpräsident führte aus, jene Drohung, Preußen dem Auslande gegenüber wehrlos zu stellen, sei glücklicherweise eine ohnmächtige, aber es sei auffällig, daß die Tendenzen, Worte und Namen von 1848 wieder in dem Vordergrunde der Bühne erschienen. Die europäische Revolution sei solidarisch in allen Ländern; es sei natürlich, daß eine Bewegung in Polen, welche nach vorliegenden Beweisen unter Mazzini's Mitwirkung vorbereitet sei und unter Mieroslawski's Mitwirkung ausgeführt werde, von den revolutionären Elementen aller Länder ihre Unterstützung fände. Unter diesen Umständen werde das Haus durch die Annahme des Antrages, welcher die Sympathien für die polnische Insurrektion bekunde, bis zu einem gewissen Grade Partei für dieselbe ergreifen. Die Sympathien möchten nach menschlichen Gefühlen nun sein, wo sie wollten, aber die Interessen Preußens nach den politischen Nothwendigkeiten, nach der geschichtlichen Entwicklung Preußens könnten nicht im Lager der Aufständischen gesucht werden.

Die Konvention, diese „politische Seeschlange", welche in der Presse, in den Kammern und in den Kabinetten soviel Redens von sich gemacht hatte, verschwand endlich wieder von der Tagesordnung, ohne eine andere thatsächliche Folge gehabt zu haben, als daß an einzelnen Stellen, auf kurze Strecken, bei Verfolgung von Insurgentenhaufen Grenzüberschreitungen durch russische Truppenabtheilungen stattfanden und daß an den preußischen Grenzstationen die Post einige Male mit einer Eskorte von Kosaken ankam. Bismarck hatte wol Grund, durch den Abschluß der Uebereinkunft sich Rußland gefällig zu zeigen, zumal da dieselbe im Wesentlichen nur die Sicherung preußischen Gebiets bezweckte; er sah voraus, daß die Freundschaft Rußlands ihm bald in einer anderen Angelegenheit, die immer dringender wurde, der schleswig-holsteinschen, gute Dienste leisten würde.

Auch die von Napoleon geplante Intervention der drei Mächte, Frankreich, England und Oesterreich, zu Gunsten Polens gelangte nicht über einen Notenwechsel hinaus. England und Oesterreich zeigten im Grunde wenig Neigung, mit Napoleon für die Wiederherstellung Polens in den Krieg zu ziehen, und zögerten so lange, daß die russische Regierung inzwischen Zeit gewann, den Aufstand

stand mit Waffengewalt zu unterdrücken. Napoleon selbst aber nahm Anstand, zu einer Zeit, als ein Theil seines Heeres in Mexiko sehr zweifelhafte Lorbern pflückte, sich allein in ein Unternehmen von solcher Tragweite einzulassen. Um seinen Rückzug zu decken, entlehnte er später der polnischen Frage das Motiv für eine Idee, durch deren Verwirklichung er der Welt von Neuem zu zeigen dachte, daß Frankreich der erste Platz in Europa gebühre; sie lautete: ein Kongreß als europäisches Tribunal und Napoleon III. als Schiedsrichter.

Während die polnische Frage noch ihre Schatten über Europa warf, wurden in den preußischen Kammern die Verhandlungen über das Budget und das neue Kriegsdienstgesetz eröffnet. Die Fortschrittspartei, welche nach der Annahme des Hoverbeck'schen Antrags den Rücktritt des Ministeriums erwartet hatte, sah sich durch das Ausharren der Minister auf ihren Plätzen getäuscht und trat mit tiefer Verstimmung in die Berathung. Es war in dieser Zeit eine schwere Aufgabe für den Ministerpräsidenten von Bismarck, immer wieder mit frischem Muthe das Haus zu betreten, wo er sich in seiner Person und in seiner Stellung den heftigsten Anfechtungen ausgesetzt wußte und wo er die Erfolglosigkeit der Berathungen bei der Verschiedenheit der beiderseitigen Auffassungen und bei dem gereizten Tone, der in den Kammerverhandlungen vorwaltete, voraussetzen mußte. Auf die Anfrage eines Redners, warum die Regierung das Abgeordnetenhaus, mit dem sie sich nicht verständigen könne, nicht auflöse und neue Wahlen ausschreibe, hatte Bismarck die Antwort: er wünsche, daß das Land erst Gelegenheit habe, die gegenwärtigen Abgeordneten recht kennen zu lernen, um mit vollständiger Personenkenntniß wieder zu wählen. Bismarck wußte sehr wohl, daß ein Appell an das Land zur Zeit verfrüht sein würde und daß ein neugewähltes Abgeordnetenhaus eine nicht viel andere Farbe zeigen würde, als das alte, so lange die Fortschrittspartei durch die Presse und durch ihren Einfluß auf die Wähler alle Elemente der Bewegung auf ihrer Seite hatte. Es blieb ihm daher nichts Anderes übrig, als den Kampf mit seinen bisherigen Gegnern weiter zu kämpfen oder — zurückzutreten. Ein weniger energischer Charakter hätte bei so vielen Schwierigkeiten und bei der scheinbar völligen Hoffnungslosigkeit der Regierungssache das Letztere gewählt, aber das ist der Vorzug groß angelegter Naturen, daß ihre Kräfte an der Aufgabe selbst wachsen und daß sie ein durch schwere Kämpfe errungenes Ziel nur als eine Vorstufe betrachten, um ein anderes, höheres zu erstreben. Das ist auch die treibende Kraft, das „Noch lange nicht genug!" in der Bismarck'schen Natur, welche ihn auf jedem neuen Kampfplatz in neuer Rüstung wieder auftreten läßt. Bismarck fühlte, daß mit seinem Rücktritt die Gegner einen Sieg nicht allein über seine Person errungen haben würden, — der wäre ihm leichter zu verschmerzen gewesen, aber die Sache des preußischen Königthums durfte nicht unterliegen; darum galt es tapfer auszuharren auf seinem Posten, bis mit Gottes Hülfe bessere Zeiten kommen würden.

Es bedurfte freilich eines eisernen Willens und einer unerschütterlichen Festigkeit, um alle die Schwierigkeiten, die sich ihm in der Ausübung seiner Berufspflichten entgegenstellten, zu überwinden. Seine Nerven litten durch die ununterbrochene Aufregung in den Kammerverhandlungen und durch seine rastlose angespannte Thätigkeit so, daß er oft gegen den entschiedenen Willen des Arztes in die Sitzungen ging. Schmähschriften und Drohbriefe von unbekannter Hand kamen eine Zeit hindurch fast täglich an und wurden von ihm größtentheils unberücksichtigt der verzehrenden Kaminflamme übergeben, damit sie nicht der sorgenden Gemahlin in die Hände fielen. Ein solches Schriftstück traf unter anderen an seinem Geburtstage von dem geheimen Comité aus Warschau bei ihm ein und benachrichtigte ihn, daß er wegen seines Auftretens gegen die polnische Nation zum Tode verurtheilt sei und auf öffentlicher Straße ermordet werden solle. Eines Tages, bald nach den Polendebatten, erschien im Hotel des auswärtigen Ministeriums ein Mann und forderte in dreistem Tone, den Ministerpräsidenten zu sprechen. Von der Dienerschaft zurückgewiesen, fand er sich kurze Zeit darauf von Neuem ein und wiederholte mit aufgeregten Mienen in ungestümerer Weise sein Begehren. Der Zufall wollte, daß in diesem Augenblicke der Minister aus seiner Wohnung trat. Als er den aufgeregten Menschen am Eingange bemerkte, trat er ihm unmittelbar gegenüber und fragte mit fester Stimme nach seinem Anliegen. Derselbe stammelte einige unverständliche, verwirrte Worte und zog sich sogleich darauf schleunigst zurück. Der eigentliche Zweck dieses eigenthümlichen Besuches blieb unaufgeklärt.

Neben diesen Versuchen, ihn einzuschüchtern, fehlte es aber auch an solchen Kundgebungen nicht, welche dem kraftvollen Auftreten des Ministers in seinem Kampfe für die Rechte des Königthums aus warmen Herzen Dank und Beifall zollten. Aus vielen Gegenden des Landes liefen Dankadressen bei ihm ein, patriotische Frauen schmückten sein Zimmer mit ihrer Hände Arbeit, so die Frauen des Rheinlands mit einem kostbaren Teppich; die praktischen Damen von Kottbus verehrten ihm einen selbstgebackenen riesenhaften Baumkuchen, der an Königs Geburtstag auf der häuslichen Tafel prangte. Eine Schar von Männern, aus allen Theilen des Vaterlandes an den grünen Gestaden des Rheins zusammengeführt, übersandte dem Ministerpräsidenten von dort einen Ehrendegen, dessen Klinge auf der einen Seite den Spruch „Viel Feind', viel Ehre!“ trug, — mit welchem Rufe der alte Frundsberg an der Spitze seiner frommen Landsknechte sich in der Schlacht bei Creazzo, als schon Alles verloren schien, durch die zehnfache Uebermacht seiner Gegner hindurchschlug, — während die andere Seite der Klinge unter dem Bismarck'schen Wappen den Wahrspruch zeigte:

„Das Wegekraut sollt stehen la'n;
Hüt' Dich, Junge! 's sind Nesseln dran!“

welcher sich auf eine vielfach verbreitete, aber irrthümliche Deutung des Bismarck'schen Wappens bezieht. (Die richtige Bedeutung der Bismarck'schen

Wappenfigur ist, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, ein dreiblättriges rundes Kleeblatt, unter welchem in den drei Winkeln drei längliche Eichenblätter hervorragen. Im Volke werden, wie der obige Spruch zeigt, oft irriger Weise die runden Blätter für Wegekraut, die langen zackigen für Nesselblätter angesehen.) Das Widmungsgedicht, von welchem die Ehrengabe begleitet war, lautete:

Die hohen Burgen sanken, des Landes Wehr und Wacht,
Wo unsre Ahnen saßen in alter Ritterpracht,
Doch jezuweilen schreitet aus grauer Hallen Thor,
Gewappnet und gerüstet, der Väter Geist hervor,

Und prüft, ob alle Schwerter noch scharf und kampfbereit,
Ob noch die Schilde spiegeln den Glanz der Eisenzeit,
Und pocht an alle Herzen, ob sie noch sonder Scheu
Zu Gott und König halten in alter Preußentreu'.

Wohl Dem, der festen Muthes noch auf der Warte steht,
Dem das Panier der Ehre siegreich zu Häupten weht,
Der, wenn der Sturm der Feinde schon dem Palladium dräut,
Ihm kühn zur rechten Stunde ein donnernd Halt gebeut! —

Laß Dir in allen Nöthen das Schwert ein Helfer sein,
Das Dir zu Kampf und Thaten getreue Männer weih'n,
Sie schließen mit den Schilden um Dich den Ring von Erz
Und jeder Schild bedecket ein festes Preußenherz.

In dem Bismarck'schen Dankschreiben auf diese Ehrengabe hieß es unter Anderem: „Die Erscheinungen, von welchen unsere politischen Kämpfe begleitet sind, liefern manchen bedauerlichen Beweis dafür, in welchem Maße bei uns das Gefühl der Treue gegen den König und der gemeinsamen Pflicht gegen das Vaterland von Parteileidenschaft überwuchert worden ist. Um so höheren Werth haben für mich die Zeichen ermuthigender Theilnahme, welche mich in allen Theilen des Vaterlandes Genossen der Gesinnung erkennen lassen .... Die ehrenvolle Gabe, welche Sie mir zugedacht haben, werde ich mit herzlichem Dank empfangen und in ihr eine stete und beredte Mahnung erblicken, in jedem Kampfe für unsern König und Herrn die unverzagte Treue des preußischen Soldatenblutes zu bewähren, welches in den Adern der Geber und des Empfängers fließt ...."

Die Geber des Ehrendegens hatten zugleich die Bitte ausgesprochen, daß Bismarck denselben an dem auf den 17. März fallenden vaterländischen Festtage zuerst anlegen möchte. Dieses Fest war die funfzigjährige Jubelfeier des königlichen Aufrufs „An mein Volk!" in Verbindung mit der Grundsteinlegung zum Denkmal für den König Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten zu Berlin. König Wilhelm hatte die sämmtlichen noch lebenden Ritter des Eisernen Kreuzes, sowie die in Berlin gegenwärtigen Veteranen des Freiheitskrieges zu dieser Feier und zum Festmahl an seine Tafel entboten. Gegen 4000 Ehrengäste, darunter



v. Koeppen: Fürst Bismarck, zu S. 241. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Letzte Königsparade der alten Ritter des Eisernen Kreuzes.

mehr als die Hälfte mit dem Eisernen Kreuze geschmückt, fanden sich ein. Von ihren Appellplätzen, wo sie sich nach ihren früheren Corps und Waffengattungen ordneten, traten sie den Marsch nach dem Lustgarten an. Es war ein rührender und erhebender Anblick, als der Zug der alten Freiheitskämpfer „mit weißem Haar und dem verblichnen Band" sich in Bewegung setzte, die Einen noch rüstige Greise, wie der Allen als Führer voranschreitende Feldmarschall „Papa Wrangel", die Andern gebeugt am Stabe oder von ihren Frauen geführt; die Einen in ihren Uniformen aus der damaligen Zeit mit dem nun freilich etwas altmodisch gewordenen Schnitt, mit hoher Landwehrmütze oder trichterförmigem Tschako, die Andern in schlichter bürgerlicher Kleidung. Es waren „die Letzten jener licht gewordnen Scharen", die zur „letzten Parade" vor dem Könige antraten. Der altpreußische Trommelschlag, die Klänge der vaterländischen Melodien, die sie so oft auf dem Marsche von der Oder und Weichsel bis zur Seine gehört, riefen in den alten Herzen das Andenken ihrer vergangenen Ruhmestage und mit ihm ein Stück ihrer Jugend zurück. Alle Fenster an den Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, waren mit Frauen und Jungfrauen besetzt, welche Blumen und Kränze auf ihre Häupter herabregnen ließen. In der Nähe des königlichen Palais angekommen, sammelte sich die kleine Heerschar zum Vorbeimarsch vor dem Könige, der — selbst ein Mitkämpfer jener preußischen Ruhmeszeit — auf die Rampe seines Palais hinaustrat, um seine alten Waffengefährten zu begrüßen. Als sie nun unter den Klängen des „Pariser Einzugsmarsches" der am Friedrichsdenkmal aufgestellten Musikchöre an ihm vorüberdefilirten, dem ritterlichen Sohne ihres heimgegangenen „alten Königs", da schollen tausendfältige mächtige Hurrahs zu ihm empor, die sich von Neuem wiederholten, als sie unter den Standbildern ihrer Helden, der Blücher, Gneisenau, York, Bülow, Scharnhorst, vorüberzogen. Im Lustgarten hatten die Truppen der Berliner Garnison unter dem Kommando des Kronprinzen im Viereck in der Weise Aufstellung genommen, daß die Seite nach dem königlichen Schlosse offen blieb; in dieser Umrahmung nahmen die Veteranen ihre Plätze ein, die Ritter des Eisernen Kreuzes in den vordersten Reihen, zu ihren Häupten rauschten die 67 Fahnen und Standarten, welche das Eiserne Kreuz in ihren Spitzen trugen und ihnen so oft auf der Bahn des Ruhms und der Ehre vorangeleuchtet hatten.

Der König stand ihnen gegenüber, vor der Baugrube, ihm zur Seite der Ministerpräsident von Bismarck in seiner Kürassieruniform, das Schwert an der Linken, vor sich ein lebendes Bild der eisernen Zeit, das Preußen vor einem halben Jahrhundert, — welches Bild wird das Preußen nach einem halben Jahrhundert bieten? — —

Das war ein Sonnentag in der trüben Konfliktszeit und zugleich auch ein Erholungstag für Bismarck. Einen freudigen Nachklang von demselben empfand er noch, als eine Anzahl der alten Herren vor ihrem Abschiede von der Hauptstadt eine Adresse an ihn richteten, in welcher sie ihm ihren Dank aussprachen

für sein kraftvolles Auftreten zum Schutze des preußischen Königthums und des alten Preußen.

Unterdessen nahm die Werkeltagsarbeit im Abgeordnetenhause ihren gewohnten Fortgang. Die Kammer stellte die Summe der Ausgaben fest, für welche, als verfassungswidrig, die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen zu haften hätten. Gegenüber dem Gesetzentwurf der Regierung über die Verpflichtung zum Kriegsdienst stellte der Abgeordnete von Forckenbeck einen anderen auf, welcher die zweijährige Dienstzeit und eine bedeutende Herabsetzung der Stärke des Heeres in Aussicht nahm. Derselbe wurde den Berathungen der Kommission zu Grunde gelegt und von dieser mit wenig Abänderungen angenommen. Anfang Mai begannen die Verhandlungen über das Militärgesetz, welche wieder mit der alten Leidenschaftlichkeit geführt wurden. Der Kriegsminister von Roon wies in einer ausführlichen und warmen Rede die Unannehmbarkeit der Kommissionsanträge nach und empfahl dringend die Annahme des Regierungsentwurfs, indem er an den Patriotismus des Hauses appellirte. Er sagte: „Die Regierung ist sich bewußt, daß es sich um die heiligsten Interessen des Vaterlandes handelt. Deshalb ist die Reorganisation von 1860 eingeführt, deshalb ist sie festgehalten worden mit der Zähigkeit und Konsequenz, von der man hier gesagt hat, daß sie einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Meine Herren, eine bessere Sache giebt es nicht, als die Schlagfertigkeit des preußischen Volkes, nach der Ueberzeugung der Regierung für alle Zeiten verbürgt .... Ich kann mich nicht enthalten zu bemerken, daß, wenn die Regierung an der Ausführung dieses wichtigsten Werkes, das seit dem Frieden beabsichtigt worden, verhindert werden sollte, auf Sie, meine Herren, die Verantwortung fällt, nicht vor den Zeitgenossen allein, sondern auch vor den Nachkommen. Wenn die Ketten der Fremdherrschaft im Lande rasseln, dann wird man gewahr werden, was man verschmähte und zurückwies ....“

Die eindringlichen Worte des Kriegsministers verhallten bei der aufgeregten Stimmung des Hauses und seiner vorhandenen Abneigung gegen das Militärgesetz. Die nachfolgenden Redner brachten neue Angriffe vor, ja der Abgeordnete Professor v. Sybel sagte dem Kriegsminister, er möge es unterlassen, einen Aufruf zum Patriotismus an das Haus zu richten, nachdem er selbst die Verfassung verletzt; der beste Beweis von Patriotismus, den der Minister geben könne, wäre — der Rücktritt.

Das war für den ehrenvollen alten General, der seit 42 Jahren in Treue seinem Könige diente und dessen ganzes Leben seinem Könige und Vaterlande gewidmet war, doch zu stark. In gerechter Entrüstung erhob er sich, um gegen diese Aeußerung Sybel's zu protestiren, und erklärte sie für eine „unberechtigte Anmaßung“. Der Vizepräsident des Hauses, von Bockum-Dolffs, aber glaubte, den Abgeordneten gegen den Minister in Schutz nehmen zu sollen und unterbrach den Letzteren. So entspann sich eine ähnliche Scene, wie sie bei früherer

Gelegenheit zwischen dem Ministerpräsidenten von Bismarck und dem Vizepräsidenten Behrend stattgefunden, mit dem Unterschiede jedoch, daß sie dieses Mal von noch ernsteren Folgen begleitet war.

Vizepräsident von Bockum=Dolffs: Ich muß den Herrn Kriegsminister unterbrechen.

Kriegsminister: Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen ....

Vizepräsident (unter Schellen mit der Glocke): Ich habe zu sprechen und unterbreche den Minister ....

Kriegsminister: Ich muß um Verzeihung bitten, ich habe das Wort und werde es nicht fortgeben (Glocke des Präsidenten) .... Ich habe das Wort, das steht mir nach der Verfassung zu und keine Schelle und kein Winken und keine Unterbrechung .... (Glocke des Präsidenten, Ruf: „Zur Ordnung!“ Große Unruhe.)

Vizepräsident: Wenn ich den Herrn Kriegsminister zu unterbrechen habe, so hat er zu schweigen. (Stimmen rechts: „Oh, oh!“ — Lebhaftes Bravo links), und zu dem Ende bediene ich mich der Glocke, und wenn der Herr Minister dem nicht Folge geben sollte, so verlange ich jetzt, mir meinen Hut zu bringen.

Kriegsminister: Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Herr Präsident seinen Hut sich bringen lassen will .... (Viele Stimmen links: „Schweigen!“) Ich muß aber bemerken .... (Große Unruhe und laute Zurufe von links.) Meine Herren! 350 Stimmen sind lauter als eine; ich verlange mein verfassungsmäßiges Recht, ich kann sprechen nach der Verfassung, wann ich will, und es hat Niemand das Recht, mich zu unterbrechen.

Vizepräsident (unter wiederholtem Zeichen mit der Glocke). Ich unterbreche den Herrn Kriegsminister. Wenn der Präsident spricht, so hat hier Jeder zu schweigen, und Jeder, der hier im Hause ist, sei es hier unten, sei es auf den Tribünen, hat dem Präsidenten Folge zu geben, und wenn hier wirklich Etwas vorgekommen wäre, was gegen die Ordnung des Hauses verstoßen hätte, so würde es meine Sache gewesen sein, das zu rügen. Ich habe das nicht gethan, denn der Herr Vorredner hat sich in seinem Recht befunden (Bravo links, Zischen rechts). Jetzt ertheile ich dem Herrn Kriegsminister das Wort.

Kriegsminister: Ich muß bemerken, daß ich wiederholt protestire gegen das Recht, welches der Herr Präsident sich der königlichen Regierung gegenüber nimmt. Ich meine, die Befugniß des Herrn Präsidenten geht, wie schon bei früherer Gelegenheit gesagt worden ist, bis an diesen Tisch und nicht weiter! — — (Heftiger Widerspruch links, Zischen rechts. Große Unruhe.)

Mehrere Abgeordnete drängen sich zum Präsidentenstuhl und reichen Herrn von Bockum=Dolffs ihre Hüte entgegen, damit er sich bedecken und dadurch das Zeichen der Vertagung geben möge. Im Drange der Umstände ergreift Bockum=Dolffs den ersten besten Hut, der ihm aber — eine Ironie des Schicksals — tief über das Antlitz hinabsinkt. Damit ist die Sitzung auf eine Stunde vertagt.

Als die Sitzung eine Stunde darauf wieder eröffnet wurde, waren die

Plätze am Ministertische leer. Am folgenden Tage erhielt der Präsident des Abgeordnetenhauses ein Schreiben des gesammten Staatsministeriums, in welchem dasselbe erklärte, den Sitzungen nicht eher beiwohnen zu können, ehe nicht das verfassungsmäßige Recht der Minister, jederzeit gehört zu werden, vom Präsidium des Hauses anerkannt und damit eine Bürgschaft gegeben wäre, daß ein solches ungesetzliches Verfahren, wie in der erwähnten Sitzung, sich nicht wiederholen werde. Diesem Verlangen wurde nicht nachgegeben. Vergebens ermahnte der König in einer eigenen Botschaft (20. Mai) das Haus zur Nachgiebigkeit gegen seine Räthe. Das Haus antwortete mit einer Adresse, welche die früheren Anklagen gegen die Minister nur noch in viel schärferen Ausdrücken wiederholte. Es hieß darin: „Die Minister Ew. Majestät fahren fort, verfassungswidrige Grundsätze offen auszusprechen und zu bethätigen .... Durch ihre Politik nach außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt .... Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Jede weitere Verhandlung befestigt uns nur in der Ueberzeugung, daß zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft besteht, welche nicht anders als durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden kann ...."

Die Antwort des Königs ließ den tiefen Unmuth erkennen, welchen das Verhalten des Hauses in ihm erregt hatte. Gegen die Behauptung, daß die Verhandlungen ihm nicht wahrheitsgetreu vorgetragen worden seien, heißt es in der königlichen Antwort: „Das Abgeordnetenhaus sollte es wissen, daß mir die Lage des Landes wohlbekannt ist, daß Preußens Könige in und mit ihrem Volke leben und daß sie ein klares Auge und ein warmes Herz für die wahren Bedürfnisse des Landes haben." Weiterhin sagt dieselbe: „Die Haltung, welche die Mehrheit des Hauses beobachtet hat, so oft die Beziehungen Preußens zum Auslande in den Kreis seiner Erörterungen gezogen worden sind, hat mich mit tiefem Leidwesen erfüllt. Man hat die auswärtige Politik meiner Regierung aus dem schroffsten Standpunkte des inneren Parteiinteresses beurtheilt, und einzelne Mitglieder des Hauses haben sich so weit vergessen, mit Verweigerung der Mittel selbst zu einem gerechten Kriege zu drohen." Endlich heißt es: „Dem Artikel 45 der Verfassungsurkunde entgegen, wonach der König die Minister ernennt und entläßt, will das Haus mich nöthigen, mich mit Ministern zu umgeben, welche ihm genehm sind; es will dadurch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft anbahnen. Dieses Verlangen weise ich zurück; meine Minister besitzen mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Bewilligung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie es sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten ...."

Nachdem die Versammlung die Vorlesung der königlichen Antwort stehend und mit tiefem Schweigen angehört hatte, verlas der inzwischen eingetretene Minister des Innern, Graf Eulenburg, eine königliche Botschaft, betreffend den Schluß der Session, zu welchem Zwecke die beiden Häuser des Landtags für den folgenden Tag (27. Mai) in den Weißen Saal des königlichen Schlosses entboten wurden.

Die Sitzung wurde abermals geschlossen, ohne daß es zu einer Verständigung in der Militärfrage und ohne daß ein Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen war. Der Schluß erfolgte im Auftrage des Königs durch den Ministerpräsidenten. Derselbe sagte in seiner Rede: „Die Regierung erkennt den vollen Ernst ihrer Aufgabe und die Größe der Schwierigkeiten, welche ihr entgegentreten; sie fühlt sich aber stark in dem Bewußtsein, daß es die Bewahrung der wichtigsten Güter des Vaterlandes gilt, und wird daher auch das Vertrauen festhalten, daß eine besonnene Würdigung dieser Interessen schließlich zu einer dauernden Verständigung mit der Landesvertretung führen und eine gedeihliche Entwicklung unseres Verfassungslebens ermöglichen wird."

Ein heißer Kampf entbrannte nun mit der öffentlichen Meinung, welche in der Presse wahrhaft Sturm gegen das Ministerium läutete. Bismarck hatte dies vorausgesehen und entschied sich für Maßregeln gegen die Presse, welche er bei regelmäßigen Zuständen niemals angerathen haben würde. Daß er es erst nach schwerem inneren Kampfe that, geht aus einer Aeußerung hervor, welche der deutsche Reichskanzler noch in unseren Tagen machte. „Es handelte sich um eine Ordonnanz", sagte derselbe (in seiner Rede über die Einführung der Civilehe, Dezember 1873), „deren Berechtigung in der That vielen juristischen Zweifeln unterliegen konnte", aber das Interesse des Staates machte dieselbe nach seiner Ueberzeugung nothwendig. Er stützte sich dabei auf einen Artikel der Verfassung, welcher der Krone das Recht giebt, sofern die Kammern nicht versammelt sind, zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit selbständig Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, welche aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen sind. Die öffentliche Sicherheit hielt aber Bismarck durch die Ausschreitungen der Zeitungspresse für in hohem Grade gefährdet. „Zeitungsschreiber sind Menschen, die ihren Beruf verfehlt haben", hatte Bismarck schon bei einer früheren Veranlassung (beim Empfang einer Loyalitätsdeputation aus Rügen) geäußert, und auf einen großen Theil der damaligen Presse ließ sich dieses geflügelte Wort mit Recht anwenden. Personen, die in ihrer gesellschaftlichen Stellung irgendwie Schiffbruch gelitten hatten, boten ihre Federn der Presse an, um unter dem Schutze einer Zeitungsredaktion ihrem Groll gegen die bestehende Regierung, von der sie sich zurückgesetzt oder benachtheiligt glaubten, Ausdruck zu geben. Wenn die großen Zeitungen eher in der Lage waren, aus reinen Quellen zu schöpfen und mit Vertretern der Intelligenz Verbindungen zu unterhalten, so traf jener Vorwurf

um so mehr in Bezug auf die sogenannten Lokal- und Winkelblätter zu, welche wegen ihrer Billigkeit in der großen Menge am weitesten verbreitet und am meisten gelesen waren. Dieses Mittel zur Einwirkung auf die Massen wünschte Bismarck der Fortschrittspartei zu entziehen. Deshalb wurden durch die Preßverordnungen (vom 1. Juni) die Verwaltungsbehörden ermächtigt, Zeitungen und Zeitschriften wegen fortdauernder, die öffentliche Sicherheit gefährdender Haltung zu verwarnen und nach zweimaliger erfolgloser Verwarnung zeitweise zu verbieten. Diese Preßverordnungen erregten viel böses Blut. Die größeren Zeitungen protestirten; die Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen schickten Adressen und Deputationen an den König, — Alles umsonst! Die Regierung blieb fest, die protestirenden Zeitungen wurden verwarnt, den städtischen Deputationen wurde der Empfang verweigert und den Stadtverordnetenversammlungen bedeutet, daß die Befassung mit anderen als mit ihren Gemeindeangelegenheiten außerhalb ihrer gesetzlichen Befugniß läge. Die Verstimmung über diese Maßregeln der Regierung im Lande war tief. Die Stadtverordnetenversammlung der Hauptstadt beschloß, sich in Zukunft bei freudigen oder traurigen Ereignissen in der königlichen Familie der Absendung von Deputationen zu enthalten, und gab diesem Beschlusse bei der nächsten Veranlassung thatsächlich Folge. Bei einer Reise des Kronprinzen in der Provinz Preußen in den größeren Städten wurden um dieselbe Zeit auf Beschluß der städtischen Behörden die üblichen Empfangsfeierlichkeiten unterlassen.

Bismarck hoffte, daß unter der Einwirkung der Preßverordnungen der Strom der öffentlichen Meinung allmählich wieder in sein natürliches Bett zurückgeleitet werden und daß, wenn die Regierung nur Festigkeit zeige, eine ruhigere Stimmung im Volke wieder Platz greifen und sich vielleicht schon bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhause bethätigen würde. Bis zu diesen war freilich nur noch eine kurze Zeit, und der Konflikt schleppte sich noch, wie wir hören werden, durch drei lange Jahre; aber wenn nur erst der Anfang gemacht war, dann konnte er das Weitere von der Macht der Ereignisse erwarten, denen Preußen, wie Bismarck schon damals voraussah, in nächster Zukunft unabänderlich entgegenging.

Im Auslande und im außerpreußischen Deutschland dachte man freilich anders über den Konflikt. Man glaubte Preußen geschwächt durch den inneren Zwiespalt, und die Preußen feindlich gesinnten Mächte hielten den Augenblick für günstig, um sich auf seine Kosten zu erheben. Das war der Zeitpunkt, auf den Napoleon hingewiesen hatte, als er Bismarck in St. Cloud an das Schicksal Polignac's erinnerte, weil er nach seiner Vergangenheit und den Traditionen Frankreichs auch für den preußischen Konflikt keine andere Lösung kannte, als — Barrikaden und Bajonnette. Aber nichts von Alledem! — Die Hauptstadt blieb ruhig, wie im tiefsten Frieden, und die französische Presse war voll des Verwunderns über diese Haltung der Bevölkerung. „Die Preßfreiheit" — schrieb

in jenen Tagen ein französisches Blatt — „bietet so wenig Gefahren in einem Lande der Träumer und Doktrinäre, daß es schwer ist, die Preßordonnanz vom 1. Juni zu erklären. In Deutschland sind nur die Köpfe revolutionär, die Hände bleiben unschuldig.“

Vor den Augen des Publikums nahm der Konflikt sogar mitunter einen humoristischen Anflug. Wir erinnern uns, daß das Abgeordnetenhaus auch bei den geringfügigsten Veranlassungen die Anwesenheit der Minister verlangte. Diese hatten dann in den mehrstündigen Sitzungen oft nichts zu thun, als die aus dem Redestrom der Abgeordneten der Fortschrittspartei sich ergießende Flut von Angriffen über sich ergehen zu lassen. Bismarck suchte auch diese Zeit nützlich auszufüllen, indem er sich während der langen Vorträge mitunter in das nebenan gelegene Ministerzimmer begab und die eilenden Amtsgeschäfte besorgte. Während er dort Unterschriften vollzog und Instruktionen ertheilte, versäumte er aber auch nicht, auf das zu achten, was im Nebensaal gesprochen wurde, um im rechten Augenblicke auf dem Platze sein zu können. Als einer der Redner soeben seinem Unwillen darüber Ausdruck gab, daß er den Mann, an dessen Adresse vorzugsweise seine Rede gerichtet sein sollte, nicht am Ministertische erblickte, trat Bismarck plötzlich zur Seitenthüre hinein mit den Worten: „Es ist nicht nöthig mich zu rufen; ich höre auch im Nebenzimmer eine so laute Stimme wie diese.“

Diese Worte des Ministerpräsidenten machten noch die Runde in der Presse und im Publikum zu der Zeit, als der sächsische Staatsminister von Beust zum Besuch in Berlin anwesend war, um mit Bismarck über den Beitritt Sachsens zu dem französisch-preußischen Handelsvertrage Unterhandlungen zu pflegen (15. bis 20. Mai 1863). Beust war damals durch seine Bundesreformpläne und durch das liberale Ansehen, welches er sich gelegentlich in seinen Kammerreden zu geben wußte, gewissermaßen — wenn auch nicht der Mann des Volkes — doch der Mann des Tages und wurde von dem preußischen Premier mit allen den Ehren aufgenommen, die er als der Minister eines nachbarlichen Bundesstaates, mit dem Jener auf gutem Fuße zu leben wünschte, nur erwarten konnte. Ja, Bismarck ging mit Beust eines Abends in das Wallnertheater, um sich unter dem Ernst und der Mühsal der Berufsarbeiten auch an dem frischen, kernigen Humor der dort zur Aufführung kommenden Possen zu erquicken. Sie sahen einen kleinen Soloscherz, betitelt: „Eine neue Bluette“, welchen der Schauspieler Helmerding in dem Kostüm eines Theaterarbeiters ausführte. In dieser Rolle hatte er eine mitten auf der Bühne freistehende praktikable Theaterflügelthür anzubohren und sich demnächst hinter dieselbe zu begeben, um den Auftritt eines Schauspielers anzudeuten. Kurz vor dieser Scene sang der beliebte Komiker ein originelles und höchst wirksames Couplet, welches die strengen Maßregeln der Regierung gegen die Presse geißelte mit dem Refrain: „Nur immer von der Leber!“ Einige Verse lauteten:

„Wir leben jetzt in einer Zeit,
Wir halten — s—s—summ summ — bereit
Und willig — s—s—s—s—summ summ —
Den Mund — s—s—s—summ —
Nur immer von der Leber!

Die — s—s—s—s— konfiszirt,
Der — s—s—s—s— konfiszirt,
Warum — s—s—s—s— konfiszirt?
S'wird Alles — s—s— konfiszirt!
Nur immer von der Leber!

Da capo.

In Hessen — s—s—summ summ — faul,
Bei uns — s—s—s—s—summ summ —
Ists auch — s—s—s—s—summ summ —
Nicht anders — s—s—s—summ —
Nur immer von der Leber!

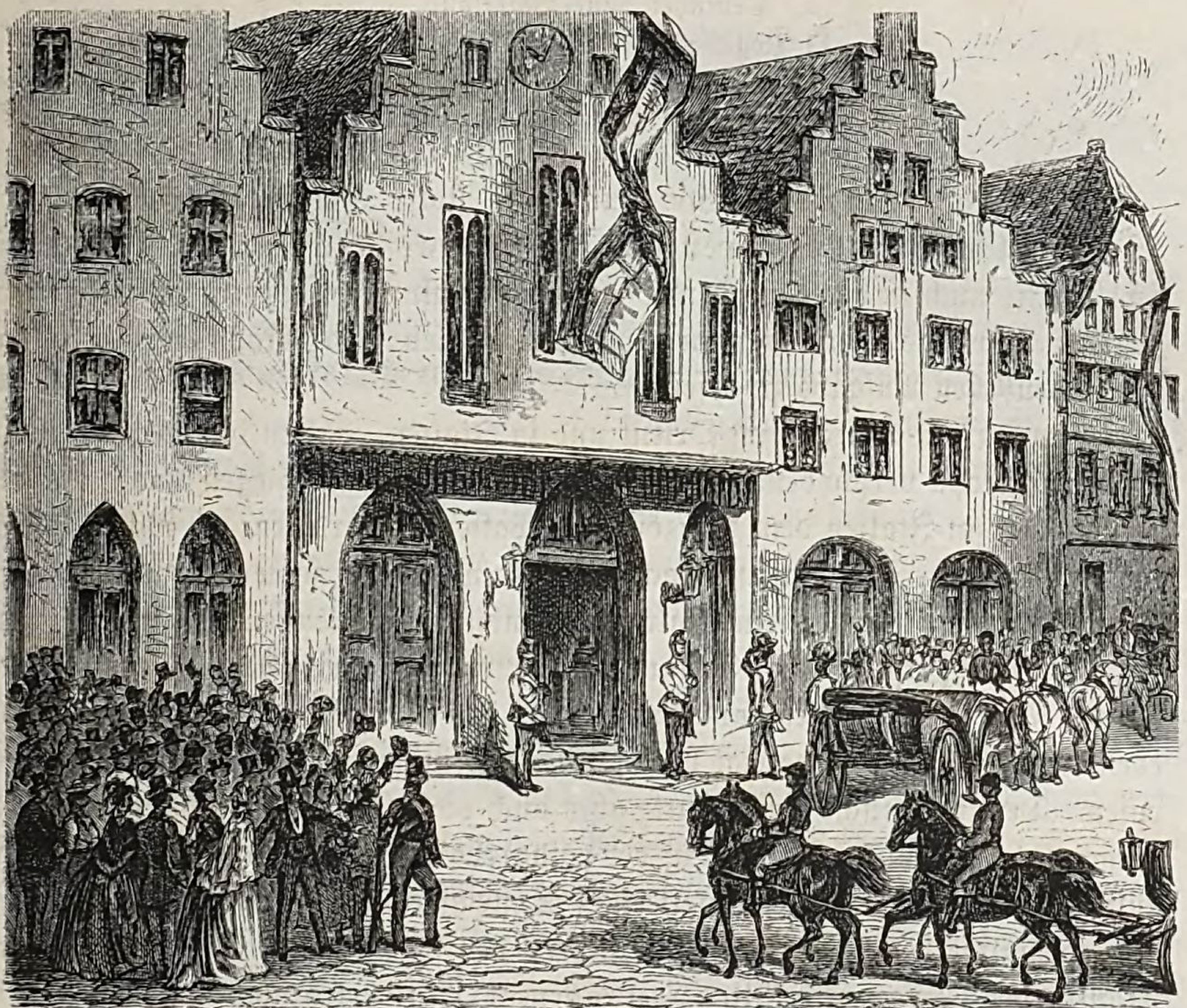
S—s—summ— — — —
S—s—summ— — — —
S—s—summ — — ich
S—s—summ — — darf ja nicht — —
Nur immer von der Leber!

Der Beifall war allgemein; auch die Herren von Bismarck und von Beust konnten sich des Lachens nicht erwehren. Lauter Dacaporuf bei offener Bühne lohnte dem beliebten Schauspieler. Als derselbe sich zum zweiten Male stürmisch wiederholte, weigerte sich Helmerding lange, demselben Folge zu geben, und blieb unbeweglich hinter seiner Theaterthüre. Endlich öffneten sich die Flügel der letzteren, Helmerding trat hervor und sagte mit gesetzter Miene: „Es ist nicht nöthig, mich zu rufen; ich höre auch hinter der Thüre Alles, was hier vorgeht!"

Der Beifallssturm brach von Neuem aus; Aller Augen richteten sich nach der Loge, in welcher die beiden Staatsmänner saßen. Bismarck lachte und applaudirte am lebhaftesten von Allen.

Vor Revolution und Staatsstreich, welche Napoleon geweissagt, schützte Preußen der gesetzliche Sinn seines Volkes, sowie die Gewissenhaftigkeit des Königs und seiner Räthe in der Aufrechthaltung der beschworenen Verfassung. Wo aber diese Grundlagen vorhanden waren, da konnte auch der Konflikt, — so drohende Gestalt er zeitweise annehmen mochte, — nur dahin führen, den Verfassungsstaat auf dem Boden der altpreußischen Ueberlieferung noch fester zu begründen. Das war Bismarck's Ueberzeugung; Preußens Wege hatten noch immer „durch Nacht zum Licht" geführt; darum vertraute er auch jetzt auf den Genius des preußischen Volkes und auf den Stern der Hohenzollern.





Vorm Römer zu Frankfurt a. M.

Dreizehntes Kapitel.

Die deutsche Frage.

Deutschland, Deutschland über Alles,
Schönes altgesprochnes Wort!
Tief im Herzen wiederhall' es,
Tön' in Thaten fort und fort:
Greift zur Wehr und laut erschall' es:
Deutschland, Deutschland über Alles!
Selbst der Freiheit bleicht der Glanz,
Darben wir des Vaterlands!

Karl Simrock.



ie Erbschaft, welche Bismarck als Minister des Auswärtigen (seit 8. Okt. 1862) antrat, war nicht verlockend. Preußens Ansehen hatte nach innen und außen gelitten; es hatte oft gerüstet und gewaffnet, aber stets gezögert, das Schwert zu gebrauchen. Infolge dessen waltete jetzt an den meisten deutschen Höfen der österreichische Einfluß vor; im deutschen Volke war der Glaube an Preußens deutschen Beruf tief erschüttert. In der Zeit, „als anderswo große Thaten geschahen, sah man das deutsche Volk auf der eigenen Erde dahinjagen, um wie die Schatten der Fabelwelt nach seiner leiblichen Hülle, seinem Staat, zu suchen.“ Noch klang es aus deutschem Dichtermunde:

„O Deutscher ohne Vaterland,
O Vogel ohne Nest,
Du Träumer an der Klippe Strand,
Wie ist dein Schlaf so fest!“ —

Die neue Aera, eingeleitet durch das stolze Hohenzollernwort: „Die Welt soll wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist!“ hatte auch in der deutschen Sache neue Hoffnungen geweckt, aber sie war zu kurz, um das Vertrauen in Preußens Willen und Macht zur Erfüllung seiner deutschen Aufgabe zu befestigen.

Zwei große Kriege, im Orient und in Italien, hatten die Rechtsverhältnisse in Europa verschoben. Das alte Oesterreich, „an Siegen und an Ehren reich“, war in Italien dem französischen Waffenglück erlegen; es suchte sich für die dort erlittene Einbuße an Macht durch Erweiterung seiner Machtstellung in Deutschland auf Kosten seines alten Nebenbuhlers Preußen zu entschädigen. An Stelle des Grafen Buol-Schauenstein wurde der Graf Rechberg, welcher sich als Bismarck's Kollege am Bundestage den preußischen Bestrebungen nicht eben entgegenkommend gezeigt hatte, in das Ministerium des Auswärtigen berufen. Der italienische Krieg hatte aber auch viele Gebrechen des Kaiserstaats, namentlich die völlige Zerrüttung des Staatshaushalts, in erschreckender Weise aufgedeckt und die Nothwendigkeit eines Systemwechsels im Innern dargethan. Der ehemalige Reichsminister und Führer der sogenannten Großdeutschen im Frankfurter Parlament, Ritter von Schmerling, ward nach einer zehnjährigen politischen Vergessenheit an die Spitze der inneren Verwaltung gestellt (Dez. 1860), um die Umwandlung Oesterreichs in einen liberalen Verfassungsstaat zu vollziehen und die verschiedenen Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie zu einem Gesammtstaat mit freien Einrichtungen zu verbinden. Auch Schmerling wünschte für seine Zwecke, Deutschland dem österreichischen Interesse dienstbar zu machen, um auf diese Weise ein Gegengewicht gegen die nichtdeutschen Nationalitäten des Kaiserstaats und eine Sicherheit für Venetien zu erhalten. So sehr auch die beiden Minister des Auswärtigen und des Inneren in ihren sonstigen politischen Anschauungen von einander abwichen, so stimmte das Ministerium Rechberg-Schmerling doch in dem Ziele überein: Erweiterung der Machtstellung und des Einflusses Oesterreichs in Deutschland durch Herabsetzung Preußens.

In Preußen aber hatte man seit der Einsetzung der Regentschaft mit der Politik des Zuwartens und der Nachgiebigkeit abgeschlossen. Die Idee eines engeren Bundesstaats mit preußischer Spitze trat schon unter den Ministern Freiherrn von Schleinitz und Grafen Bernstorff (seit 10. Okt. 1861) als Ziel der preußisch-deutschen Politik immer klarer hervor, wenn auch diese Minister noch nicht berufen waren, dieselbe zu verwirklichen.

Bald nach dem italienischen Kriege bildete sich in Deutschland nach dem

Muster der „Società nazionále“ unter Leitung Rudolf von Bennigsen's, des Führers der Opposition in der hannöverschen Ständekammer, der deutsche Nationalverein, welcher den Zweck verfolgte, eine möglichste Uebereinstimmung aller freisinnigen Elemente in Deutschland über die nationalen Ziele und ein Zusammenwirken zur Erreichung derselben anzustreben. Aber während die italienische Verbindung klare Ziele im Auge und wirkliche Machtmittel zur Verfügung hatte, trat in dem deutschen Nationalverein aus dem Nebel der verschiedensten Ansichten und Ueberzeugungen die Idee einer preußischen Centralgewalt an der Spitze Deutschlands und einer allgemeinen Volksvertretung aus direkten Wahlen noch sehr unbestimmt hervor. Der Verein gelangte nicht über Resolutionen und Beschlüsse hinaus, zu deren Durchführung es ihm an dem nöthigen Einfluß auf die Regierungen gebrach. In einer Generalversammlung zu Koburg (3. Sept. 1860) beschloß derselbe eine Erklärung, in welcher die Erwartung ausgesprochen wurde, daß jeder deutsche Volksstamm willig die Opfer bringen werde, die zur Erreichung der Größe und Einheit Deutschlands nöthig seien. „Das preußische Volk vor Allem muß darthun", hieß es weiterhin, „daß es trotz (!) seiner glänzenden Geschichte und trotz (!) der Großmachtstellung des preußischen Staats sich als Theil des deutschen Volkes fühle und daß es gleich jedem anderen Staate Deutschlands der deutschen Centralgewalt und Volksvertretung sich unterordne. Wenn die preußische Regierung die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung thatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit thut, wird gewiß das deutsche Volk vertrauensvoll die Centralgewalt dem Oberhaupte des größten rein deutschen Staats übertragen sehen."

Trotz dieser nur sehr schüchternen Andeutungen des anzustrebenden Zieles glaubte doch eine große Zahl der deutschen Regierungen den Bestrebungen des Nationalvereins mit aller Energie entgegentreten zu sollen. In Mecklenburg und Kurhessen wurde der Beitritt zum Verein verboten, in Hessen-Darmstadt gegen die Urheber desselben Untersuchung eingeleitet; der König von Hannover, der sich in seinem Eifer gegen den Nationalverein besonders hervorthat, ließ die Namen der Theilnehmer in eine Liste eintragen, um sie bei der Anstellung, Beförderung, Gehaltsverbesserung oder sonstigen Gunstbezeigungen zu übergehen. Aehnliches geschah in Sachsen, Bayern und Württemberg; selbst die Freie Stadt Frankfurt verbot ihm, in ihren Mauern zu tagen. Die Verfolgungen und polizeilichen Verbote hatten indessen nur die Folge, daß der Verein in den Augen des Volkes eine weit größere Bedeutung erlangte, als ihm wirklich innewohnte.

Zu Denjenigen, welche gegenüber den nationalen Einheitsbestrebungen am lebhaftesten für die Sonderrechte der Einzelstaaten eintraten, gehörten die Staatsmänner dreier deutscher Mittel- oder Kleinstaaten, Sachsens, Bayerns und des Großherzogthums Hessen, die Herren von Beust, von der Pfordten und von Dalwigk, und unter diesen unstreitig der bedeutendste war der

sächsische Staatsminister Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust. Wenn die Staatskunst darin bestehen sollte, bei schwierigen politischen Fragen in jedem Stadium der Entwicklung neue Momente hineinzutragen, hier auszuweichen, dort zu gewähren und durch scheinbare Zugeständnisse bald nach dieser, bald nach jener Richtung die wahre Sachlage zu verschieben, auch je nach Umständen mit diplomatischem Geschick die Rolle zu wechseln, dann würde Beust als Staatsmann ersten Ranges glänzen. Auf seinen Antrieb hatte die sächsische Regierung (2. März 1849) die von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt beschlossenen deutschen Grundrechte verkündigt, und ebenfalls auf seinen Antrieb versagte sie wenige Wochen darauf (12. April) der aus den Berathungen derselben Versammlung hervorgegangenen Reichsverfassung die Anerkennung; er hatte mit rücksichtsloser Strenge die Verfolgung und Verurtheilung der am Dresdener Maiaufstande Betheiligten betrieben, denen kein königlicher Gnadenakt die Pforten des Zuchthauses wieder öffnete, und er verstand es doch, sich auf Grund seiner liberalen Gelegenheitsreden mit der Toga einer gewissen Volksbeliebtheit zu schmücken; er hatte als sächsischer Bevollmächtigter den Beitritt Sachsens zu dem Dreikönigsbündniß und der Unionsverfassung erklärt (17. Mai 1849), um unter Preußens Schutz den aus der Revolution drohenden Gefahren für Sachsen zu entgehen, und er zögerte nicht, seinen König zum Abfall von dem Bündniß zu veranlassen (20. Okt. 1849), sobald er diese Gefahren für beseitigt hielt. In allen großen Fragen der Zeit, in der orientalischen Verwicklung wie aus Anlaß des Italienischen Krieges, erhob Herr von Beust seine Stimme und entwickelte in der Abfassung diplomatischer Schriftstücke eine bewundernswürdige Fruchtbarkeit und Schnellfertigkeit. Auf das Bewußtsein seiner staatsmännischen Fähigkeiten und Verdienste gründete sich bei ihm ein außerordentlicher Ehrgeiz und ein starkes Selbstgefühl, welche noch gesteigert wurden durch die zuvorkommende Aufnahme und die Gunstbezeigungen, die man in der Wiener Hofburg und im Kabinet der Tuilerien dem beachtungswürdigen Staatsmann bei seinen häufigen persönlichen Besuchen erwies. Dennoch fand auch sein Ehrgeiz eine gewisse natürliche Schranke in der geringen Größe und Bedeutung seines Staats. Er fühlte sich zum Minister eines Großstaats geboren und das Vaterland war seinem Ideal zu klein. Anstatt nun mit ganzer Kraft für die Verwirklichung eines großen deutschen Vaterlandes zu arbeiten, suchte Beust Großstaatspolitik im Kleinen zu treiben, — nicht eben zum Vortheil seines Landes.

Auf Anregung des Ministers von Beust, der sich vorher der Zustimmung des Wiener Hofes bei einem persönlichen Besuche versichert hatte, versammelten sich (im Nov. 1859) die genannten drei Staatsmänner sowie die Minister mehrerer Kleinstaaten zu Würzburg, um über die gemeinschaftlichen Schritte zu rathschlagen, welche gegenüber der nationalen Bewegung in Deutschland zu thun seien. Daß der Bund in seiner dermaligen Einrichtung dem An-

drange einer mächtigen Volksbewegung keinen Widerstand entgegenzusetzen vermöge, dagegen konnte sich auch die Einsicht dieser Staatsmänner nicht länger verschließen; dennoch mochten sie ein Gebäu nicht verlassen, welches so lange den kleinstaatlichen Sonderinteressen ein schützendes Dach geboten hatte, und glaubten, dasselbe durch Einfügung neuer Balken stützen zu können. Man einigte sich in Würzburg über verschiedene Verbesserungen, — als die Errichtung eines Bundesgerichts, die Einführung eines allgemeinen deutschen Gerichtsverfahrens, Befestigung der Nord- und Ostseeküsten, Bestimmungen über das Heimatsrecht innerhalb des Bundes und andere, — welche demnächst in Frankfurt beantragt werden sollten. Aber abgesehen davon, daß es bei dem schleppenden Geschäftsgange des Bundes noch gute Weile hatte, bis diese Reformen wirklich zur Einführung hätten gelangen können, stießen dieselben auch auf den Widerspruch der preußischen Regierung, welche das Heil Deutschlands auf einem ganz anderen Wege suchte. Nur in einem Punkte hielt die letztere eine sofortige Abänderung der Bundesverfassung für dringend nothwendig, in dem der Kriegsverfassung, und stellte demgemäß ihre Anträge.

Wirklich beschloß die Bundesversammlung, eine Revision der Kriegsverfassung vorzunehmen (12. Nov. 1859), und der Minister von Schleinitz reichte eine Erklärung darüber ein, in welcher Richtung Preußen die Verbesserung für dringend wünschenswerth bezeichnete (4. Jan. 1860). Er befürwortete eine Theilung des Oberbefehls, so daß bei Aufbietung der gesammten Kriegsmacht Preußen die Oberleitung der militärischen Angelegenheiten in Norddeutschland, Oesterreich dieselbe in Süddeutschland übernehmen sollte. Oesterreich glaubte aber auch diese bescheidene Forderung seinem Nebenbuhler nicht zugestehen zu dürfen und stellte als Gegenforderung die Verbürgung Venetiens auf. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge und verliefen endlich ebenso wie der Antrag der Würzburger Staatsmänner im Sande.

Es war das erste Mal seit dem Beginn der neuen Aera, daß die preußische Regierung mit ihren Ansprüchen am Bunde hervorgetreten war, und die entschiedene Sprache, welche sie bei dieser Gelegenheit führte, ließ erkennen, daß in seiner deutschen Politik eine Wendung eingetreten war. Der Mann, der Preußen bis vor Kurzem am Bundestage so kräftig vertreten hatte, weilte jetzt zwar nicht mehr dort, aber auch in der Ferne nahm Bismarck den lebhaftesten Antheil an der Entwickelung der deutschen Frage. Es war dies die Zeit, als er bei seinem Freunde von Below in Hohendorf ernstlich erkrankt war. Vom Krankenlager aus schrieb er an einen preußischen Diplomaten (3. Febr. 1860):

„Ich höre noch immer mit Vergnügen und mit einem Anfluge von Heimweh alle Nachrichten über Frankfurter Zustände und Personen, und beim Zeitungslesen befällt mich oft der Trieb, kampflustig in die Sitzungen zu eilen. Der Zug mit der Kriegsverfassung war vortrefflich, nur weiter so, offen und dreist mit unseren Ansprüchen herausgetreten; sie sind zu berechtigt, um nicht

schließlich, wenn auch langsam, sich Anerkennung zu verschaffen, und die von des Rheinbunds und der Bundesakte Gnaden souveränen Kleinstaaten können ihren Partikularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten. Es kann, wie meine Genesung, Stillestand und Rückschritt gelegentlich durchmachen, aber im Ganzen rückt es vorwärts, sobald wir muthig wollen und uns unseres Wollens nicht mehr schämen, sondern im Bunde, in der Presse und in unsern Kammern offen darlegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist: ein Alp und eine Schlinge um unsern Hals, mit dem einen Ende in feindlichen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten ...."

Bei Regierungen und Landesvertretungen, bei Staatsmännern und Parteiführern, in Volksversammlungen und Vereinen ward die Nothwendigkeit einer Bundesreform oder einer völligen Neugestaltung Deutschlands Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen. Die Besorgniß, daß Napoleon III., nachdem er den Krieg in Italien siegreich beendigt hatte, ein Schiedsrichteramt auch in den deutschen Angelegenheiten in Anspruch nehmen und daß Frankreich die Zerfahrenheit Deutschlands sich zu Nutze machen werde, steigerte das Bedürfniß der nationalen Einigung. Selbst das Treiben Derjenigen, welche der nationalen Strömung hemmend entgegenzutreten suchten, rief nur um so kräftigere Gegenäußerungen hervor. Eine solche Wirkung hatte der verwegene Ausspruch, welchen der hannöversche Minister Graf Borries vor der Landesvertretung wagte, daß die größeren deutschen Fürsten eher Bündnisse mit auswärtigen Mächten eingehen, als in ein Opfer an ihren Hoheitsrechten zu Gunsten einer deutschen Macht willigen würden. Eine offenere Aufforderung, sich zu Gunsten der Regierungen der Mittelstaaten in die deutschen Angelegenheiten einzumengen, konnte Napoleon III. kaum erwarten. Der allgemeine und laute Unwille über dieses undeutsche Wort eines deutschen Staatsmannes gab Zeugniß von dem wiedererwachenden Nationalgefühl der Deutschen, wogegen der blinde König ihm für seine Welfentreue mit der Erhebung in den Grafenstand lohnte. Andererseits beschuldigte man auch die Regierung des Prinzregenten von Preußen, daß sie auf gleichem Wege, wie Viktor Emanuel in Italien, die Einheit in Deutschland herstellen und die Zustimmung Napoleon's zu dieser Politik durch das Opfer der linken Rheinlande erkaufen wolle, und man verdächtigte den preußischen Gesandten in Petersburg, daß er auf Grund eines russisch-französischen Einverständnisses derartige Anerbietungen seiner Regierung übermittelt habe. So wenig kannte man damals die wahre Gesinnung und das deutsche Herz Bismarck's, welcher mit Bezug darauf aus Petersburg (16. Juni 1860) an einen preußischen Diplomaten schrieb: „Uebrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahr bei Hof und Ministern so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem

Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer." Und mit Bezug auf die vielfach in der Presse verbreiteten Gerüchte schrieb er (22. Aug. 1860): „Ich sollte russisch-französische Zumuthungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Borries sein u. dgl.! — Ich zahle Demjenigen 1000 Friedrichsdor baar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend Jemand zu meiner Kenntniß gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas Anderes gerathen, als uns auf die eigene und auf die im Fall eines Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen."



„Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer."

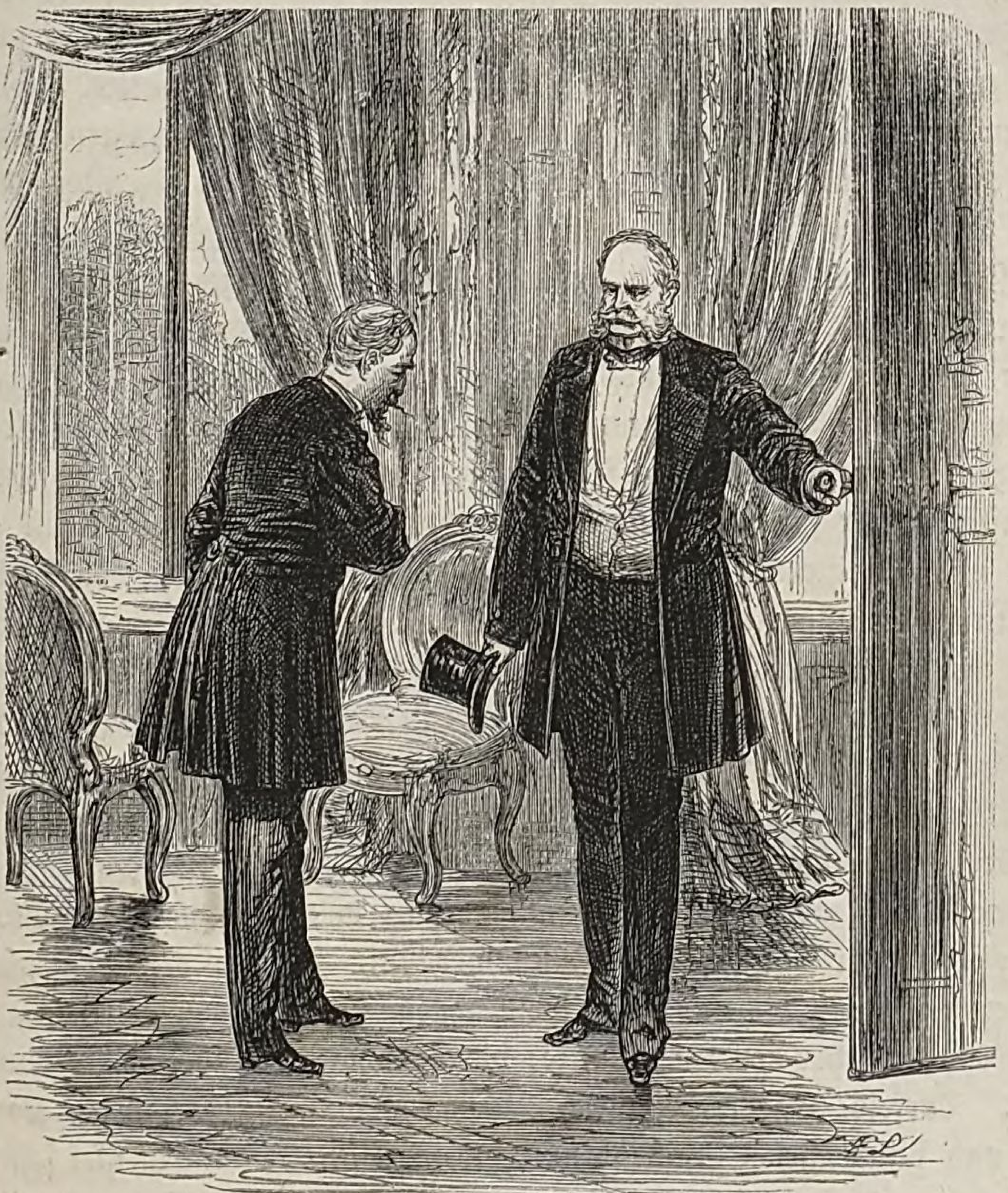
In welcher Gestalt die Napoleonischen Rheingelüste sich zuerst an den Prinzregenten von Preußen heranwagten, ist noch nicht völlig enthüllt; daß sie überhaupt vorhanden waren, ist ebenso unzweifelhaft, wie der feste Wille des Prinzen, „nicht einen Fuß breit deutscher Erde" dem Fremden preiszugeben. Herr von Bismarck hatte bereits vor einigen Jahren (Ostern 1857) Gelegenheit gehabt, bei einer politischen Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, auf welche wir später noch zurückkommen werden, die geheimen Pläne desselben zu durchschauen; er hielt es jedoch für gut, darüber zur Zeit noch das tiefste Schweigen zu beobachten. Dies aber wußte der Regent Preußens eben so gut wie sein Gesandter in Petersburg, daß die Einheit Deutschlands nicht durch Abtretung deutschen Gebiets, nicht durch die Gunst eines fremden Machthabers erkauft, sondern daß sie nur durch die nationale Kraft und deutsche Treue gegründet werden könne.

Von Napoleon ging die Anregung zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Prinzregenten aus. Er hoffte, ihn durch dieselbe für seine Pläne zu gewinnen oder — falls dies nicht gelingen sollte — seine Regierung bei den deutschen Bundesgenossen zu verdächtigen. Diese Absicht wurde indessen von vornherein durch die freimüthige und entschiedene Erklärung des Prinzen, daß er die Unantastbarkeit Deutschlands außer Frage gestellt sehen wolle, sowie durch seine Aufforderung an die deutschen Fürsten zur Betheiligung an der Zusammenkunft vereitelt. Die Begegnung fand (15. bis 17. Juni 1860) zu Baden-Baden statt. Dort in der Villa Stefanienbad eröffnete Napoleon III. in geheimer Unterredung dem Prinzregenten, wie er eine feste Stellung Preußens an der Nord- und Ostsee für seine weitere Entwicklung als europäische Großmacht unentbehrlich halte und eine selbständige nationale Politik Preußens in der schleswig-holstein'schen Frage deshalb nicht hindern werde, wie er dagegen für Frankreich eine Schutzherrschaft über den belgischen Nachbarstaat in Aussicht nehmen müsse. Bei dem Prinzregenten fanden diese Andeutungen nicht die von Napoleon gewünschte Aufnahme. Der Kaiser reiste ab mit dem Stachel einer Ablehnung im Herzen, der Prinz mit dem Gefühl, daß man einem solchen Nachbar gegenüber gerüstet und auf der Hut bleiben müsse. Dem deutschen Volke war mit dem ritterlichen Auftreten des Prinzregenten in der glänzenden Umgebung deutscher Fürsten das halbvergessene Bild seiner alten Kaiser mit ihren Paladinen und Reichswürdenträgern wieder vor die Seele gerufen worden.

Nachdem der Prinzregent seinem königlichen Bruder auf dem Throne gefolgt war, wuchs die Hoffnung, daß er nun in der deutschen Frage ein entschiedenes Wort sprechen werde. „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen", hatte er in seiner Proklamation bei der Thronbesteigung erklärt, aber König Wilhelm ging von der Grundanschauung aus, daß die deutsche Frage in jedem Moment ihrer Entwicklung sich zur Machtfrage gestalten könne, zu deren Lösung es vor Allem eines starken, wohlgerüsteten Heeres bedürfe. Deshalb stellte er die Ausbildung der Wehrverfassung allen übrigen Aufgaben Preußens voran und erkannte in der Wehrhaftigkeit die sicherste Grundlage für die Macht und Unabhängigkeit Preußens und Deutschlands. Wie sehr der König in diesen leitenden Gedanken seiner Regierung mit Bismarck zusammentraf, wissen wir aus dem Vorangegangenen.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als der Mordversuch jenes wahnwitzigen Menschen auf den König in Baden-Baden stattfand (Juli 1861), hatte Bismarck Gelegenheit, dem Könige seine Ansichten über die politische Lage offen und eingehend darzulegen und ihm den Entwurf einer Denkschrift in der deutschen Frage zu überreichen. Der Inhalt desselben ist uns nicht bekannt geworden, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie die nämlichen leitenden Gesichtspunkte für die preußische Politik entwickelte, welche wir in einem kurze Zeit später

(18. Sept.) von ihm geschriebenen Briefe aus Stolpmünde an einen Freund bei Beurtheilung des konservativen Programms des preußischen Volksvereins niedergelegt finden. „Wir haben die doppelte Aufgabe", heißt es darin, „Zeugniß abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die nothwendige Aenderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen Aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen."



Der Prinzregent von Preußen und Napoleon III. in Baden-Baden.

„Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nöthig wie das liebe Brot, wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachtheile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. — Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer

Volksvertretung, sei es am Bunde sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservativen selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen!" — An einer andern Stelle desselben Briefes heißt es: „Wir haben unter unseren besten Freunden so viele Doktrinäre, welche an Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutz in Betreff fremder Fürsten und Länder, wie in Betreff der eigenen Unterthanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Ländern obwaltet. Isolirt von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unsern König und seine Regierung nur abschwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder innen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen gott- und rechtslosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionirten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen die Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Konservirhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen."

Aber gerade diese Eigenschaft war es, welche den Fortbestand der alten Bundesverfassung gewissen Staatsmännern so wünschenswerth machte. Die Erfolglosigkeit der Würzburger Zusammenkunft schreckte den unermüdlichen Freiherrn von Beust nicht ab, mit einem neuen Entwurfe vor die Welt zu treten (Okt. 1861), welcher den Zweck hatte, die nationalen Einheitsbestrebungen zu kreuzen. Derselbe war ein künstliches Gewebe von wohlberechneten Kombinationen und sinnreichen Einfällen, durch welches den Zeitungen viel schätzbares Material zugeführt wurde. Das Neue an dem Beust'schen Reformprojekt war zunächst eine Abgeordnetenversammlung am Bundestage, welche aus den Erwählten der Landesvertretungen der einzelnen Staaten in der Weise bestehen sollte, daß Oesterreich und Preußen je 30, die übrigen Bundesstaaten zusammen 68 Abgeordnete zu senden hatten. Diese Versammlung sollte nicht regelmäßig, sondern nach dem Ermessen der Bundesversammlung einberufen werden und das Recht zu einer bescheidenen Mitwirkung an der Gesetzgebung erhalten, sich aber nur mit solchen Gegenständen befassen, die ihrer Berathung von der Bundesversammlung unterstellt würden. Die Bundesversammlung, aus den

Bevollmächtigten der Regierungen bestehend, sollte nur zwei Mal des Jahres (am 1. Mai und 1. November) — und zwar nicht mehr in Frankfurt, sondern abwechselnd in einer Stadt des Südens (Regensburg) und einer Stadt des Nordens (Hamburg) — auf die Zeit von längstens vier Wochen zusammentreten. In Regensburg sollte Oesterreich, in Hamburg Preußen den Vorsitz führen. In der Zwischenzeit von einem Bundestage zum anderen sollte eine Bundesexekutivgewalt in Wirksamkeit treten, welche Beust in die Hände des Kaisers von Oesterreich, des Königs von Preußen und eines dritten durch Wahl oder wechselnde Reihenfolge zu bestimmenden Bundesfürsten gelegt wissen wollte.

Der Entwurf hatte in der That auf den ersten Anblick Verlockendes; er schien den verschiedenen Herzenswünschen der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes gleichzeitig Rechnung zu tragen. Verfänglich war es jedoch schon, daß die den Entwurf begleitende sehr ausführliche Denkschrift mit einer warmen Lobrede auf den Deutschen Bund anhob, welcher „Besseres" geschaffen habe, „als ein vorhergehender Jahrhunderte langer Abschnitt der deutschen Geschichte zu schaffen vermochte." Bei näherer Betrachtung zeigte sich denn auch, daß das Beust'sche Projekt nichts Anderes war als ein gleißender Mantel von Flitterstaat, über die Strohpuppe des alten Bundestags gehängt. Die Abgeordneten- oder Delegirtenversammlung, auf die sich Beust etwas Besonderes zu Gute that, und gegen welche das deutsche Volk auf seine Forderung eines deutschen Reichstags aus allgemeinen Wahlen verzichten sollte, war nur eine parlamentarische Vertretung des Partikularismus am Bunde. Da die Regierungen sich niemals der Einwirkungen auf diese Delegationen oder Ausschüsse der Kammern begeben haben würden, so wären damit nur die Sonderinteressen der Einzelstaaten, niemals aber die Gesammtinteressen der Nation, welche von jenen auch Opfer fordern, zur Vertretung gekommen. Auch war es eine eigenthümliche Bemessung des Stimmenverhältnisses in der Abgeordnetenversammlung, daß die beiden Großmächte (zusammen 60 Stimmen) durch die Gesammtheit der Mittel- und Kleinstaaten (68 Stimmen) überstimmt werden konnten. Statt der einheitlichen Spitze war für den Bund eine dreiköpfige Exekutivgewalt in Aussicht genommen, und da Preußen und Oesterreich erfahrungsmäßig oft entgegengesetzter Ansicht waren, so war dem Souverän desjenigen Kleinstaats, welcher in solchen Fällen als Dritter im Bunde die Entscheidung zu geben hatte, eine hochwichtige Rolle zugedacht. Neu war auch die Idee eines wandernden Bundestags, durch welche Beust eine größere Theilnahme der Bevölkerung für denselben zu wecken hoffte, und allerdings hätte dieser Wanderstern — die siebzehn Gesandten der deutschen Staaten mit dem diplomatischen Schweif von Attachés, Kanzlern, Kanzlisten u. s. w. — in der Freistadt Hamburg und der alten Reichsstadt Regensburg (böser Vorbedeutung wegen der früheren verhängnißvollen Regensburger Reichstagsbeschlüsse) noch

ein gewisses Aufsehen erregt, während in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt a. M. bereits die Kinder sangen: „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund!"

Die öffentliche Meinung zeigte sich durch das Beust'sche Projekt keineswegs befriedigt. Nicht einmal in den Regierungskreisen fand dasselbe allseitigen Anklang. Am schwersten fiel die Beurtheilung ins Gewicht, welche den Beust'schen Vorschlägen von Seiten der beiden Großstaaten zu Theil wurde.

Der österreichische Minister Graf Rechberg, welchem dieselben zuerst mitgetheilt wurden, äußerte (5. Nov. 1861) zunächst einige Bedenken bezüglich der Befugnisse der sogenannten Delegirtenversammlung, welche ihm zu weit bemessen dünkten; sodann aber sah er eine Beeinträchtigung der österreichischen Interessen in dem Oesterreich zugemutheten Opfer des bleibenden Vorsitzes am Bundestage, dieses alten Ehrenrechtes, welches vom Kaiserhofe stets als eine ihm von der Gesammtheit der deutschen Fürsten im allgemeinen Interesse Deutschlands anvertraute Vorzugsstellung angesehen worden sei; dieses Vorrecht, sagte er, würde Oesterreich nur dann aufgeben können, wenn durch die beabsichtigte Reform des Bundes die Grundlage an Festigkeit und Gediegenheit gewinne, was die Spitze an Einheit verliere, d. h. wenn mit der Neugründung des Bundes zugleich eine feste allseitige Verbürgung der gesammten deutschen und außerdeutschen Besitzungen der Bundesgenossen verbunden sein würde.

Ganz anders sprach sich der preußische Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, über den Beust'schen Plan aus (20. Dez. 1861), nachdem er sich schon vorher gegen die seltsame Ausdehnung, welche Graf Rechberg der Bedeutung des österreichischen Vorsitzrechts am Bunde geben wollte, verwahrt hatte. Graf Bernstorff erkannte in dem Umstande, daß mehrere Bundesstaaten — Oesterreich mit Ungarn, Galizien und Venetien, Dänemark mit Holstein, Holland mit Luxemburg und Preußen mit seinen nicht zum Bunde gehörigen Provinzen und vermöge seiner Stellung als europäische Macht — ihren Schwerpunkt außerhalb des Bundesverhältnisses hatten, ein unüberwindliches Hinderniß für die Entwicklung der Verfassung des Gesammtbundes in bundesstaatlicher Richtung, und folgerte daraus, daß die Vereinigung derjenigen Staaten von ganz oder doch weit überwiegend deutscher Bevölkerung zu einem engeren Bundesstaate unter Preußens Führung innerhalb des Bundes der Weg sein würde, welcher allein zur Befriedigung des nationalen Bedürfnisses führen könne.

Die deutsche Frage war somit kaum wieder zum Gegenstand der Besprechung in den Kabineten geworden, als schon drei ganz verschiedene Gesichtspunkte für die Art der Lösung geltend gemacht wurden. Die Absichten der Mittel- und Kleinstaaten, vertreten durch die Würzburger Staatsweisen und das Beust'sche Projekt, zielten auf eine Reform des Bundes in der Weise, daß er ihnen größeren Schutz für die dynastischen Sonderinteressen gegenüber den nationalen Einheitsbestrebungen und zugleich die Möglichkeit gewähren sollte,

auf die Politik der beiden Großstaaten Einfluß zu üben. Oesterreich wünschte, durch Erweiterung der Bundesverfassung die Verbürgung seiner außerdeutschen Besitzungen zu erlangen und die übrigen Bundesstaaten, vornehmlich Preußen, für seine nichtdeutschen Interessen zu verpflichten. Preußen endlich nahm die Bildung eines engeren Bundesstaats innerhalb des Bundes unter preußischem Oberhaupte zum Ziele seiner Bestrebungen und näherte sich auf diesem Wege am meisten den nationalen Wünschen.

Kaum aber hatte Graf Bernstorff sein Wort gesprochen, als Aufregung und Schrecken im mittelstaatlichen Lager entstand. Die Regierungen ahnten die Gefahren, von welchen ihre Sonderinteressen bedroht waren, wenn Preußen mit dem neu erwachten und mächtig sich regenden Geiste der deutschen Nation ein Bündniß einginge.


„O Bund, du Hund, du bist nicht gesund!"

Oesterreich, Bayern, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau richteten identische Noten an Preußen (2. Febr. 1862), in welchen sie die Sicherheit und den Frieden Deutschlands für bedroht erklärten, wenn Preußen seine früheren Unionsbestrebungen wieder aufnehmen wollte. Der sächsische Minister von Beust hatte schon vorher (11. Jan.) geantwortet, daß er „bei der Entfernung der gegenüberstehenden Standpunkte" eine Verständigung mit Preußen über sein Werk aufgäbe; jetzt schloß er sich nachträglich auch dem Proteste der anderen Staaten an.

Die preußische Regierung ließ sich durch das laute Geschrei der aus ihrer Ruhe gestörten Kleinstaaten nicht einschüchtern. Graf Bernstorff erwiederte den protestirenden Regierungen (14. Febr. 1862), daß nicht Preußens Bestrebungen für die Reform der Bundesverfassung es gewesen, welche 1850 so unheilvolle Folgen herbeizuführen gedroht, sondern das Verhalten derjenigen Regierungen, an deren Widerstand seine Bestrebungen damals gescheitert wären; ihnen verdanke Deutschland die Wiederherstellung der alten Bundesverfassung und damit einen dauernden Keim zu ähnlichen Wirren.

König Wilhelm's eigene Worte ließen keinen Zweifel darüber, in welchem Sinne er die Aufgabe Preußens in Deutschland auffaßte. In der Thronrede bei Eröffnung des Landtags (14. Jan. 1862) sprach er unumwunden aus: „Treu den nationalen Traditionen Preußens wird meine Regierung unablässig zu Gunsten solcher Reformen zu wirken bemüht sein, welche den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend die Kräfte des deutschen Volkes energischer

zusammenfassen und Preußen in Stand setzen, den Interessen des Gesammtvaterlandes mit erhöhtem Nachdruck förderlich zu werden."

Trotzdem war König Wilhelm weit davon entfernt, eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage herbeiführen zu wollen. Die gewissenhafte Achtung vor den Rechten seiner deutschen Mitfürsten, seine Vorliebe für das alte Haus Oesterreich, Preußens Alliirten aus den Freiheitskriegen, ließen diesen Gedanken in ihm nicht aufkommen. Er sah wohl voraus, daß endlich die eisernen Würfel darüber würden entscheiden müssen, auf welchem Wege Deutschland die ersehnte Einheit erlangen solle, aber es bedurfte noch einer stärkeren Anregung, um der Ueberzeugung von der geschichtlichen Nothwendigkeit über alle anderen Rücksichten in des Königs Seele den Sieg zu verschaffen und ihn zu einem thatkräftigen Vorgehen zu bestimmen.

Auch der Nationalverein ließ seinen Mahnruf erschallen. „Wenn deutsche Regierungen" — so hieß es in der Ansprache seines Ausschusses (3. März 1862), — „wenn die badische, die weimarische, die koburg-gothaische Regierung sich schon herzhaft und rückhaltslos unter dem Beifall der Nation der nationalen Bewegung angeschlossen haben, wie lange wird die preußische Regierung sich ihr noch unthätig entziehen können? — Hat doch jetzt Graf Bernstorff die Gründung eines Bundesstaates mit einheitlicher Centralgewalt und deutschem Parlament als Ziel der preußischen Politik hingestellt. Das Ziel ist nur zu erreichen durch ein Bündniß mit dem einzigen mächtigen und treuen Bundesgenossen, dem deutschen Volke."

So ganz wirkungslos sollten die Beust'schen Vorschläge indessen nicht bleiben. Auf die erneute Anregung der drei Staatsmänner von Würzburg versammelten sich unter dem Vorsitze des Grafen Rechberg zu Wien (7. Juli 1862) die Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche im Februar die identischen Noten an Preußen gerichtet hatten, um über die wünschenswerthesten Verbesserungen der Bundesverfassung zu berathen. Preußen lehnte trotz wiederholter Aufforderung seine Theilnahme ab, weil es bei der Verschiedenheit der Standpunkte keinen ersprießlichen Erfolg von den Berathungen voraussah. Das Ergebniß derselben war der (am 14. Aug.) beim Bunde eingebrachte Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses aus den verschiedenen Ständekammern der einzelnen Staaten (Delegationen) zur Berathung von Gesetzentwürfen über eine allgemeine deutsche Civilprozeßordnung und über deutsches Obligationenrecht. Dieser Antrag beschäftigte den Bundestag zu der Zeit, als Bismarck das Ministerium des Auswärtigen übernahm.

Die Urheber des Delegationenprojekts fühlten wohl, daß sie zu seiner Durchführung einer Unterstützung seitens der Nation bedurften. Diese sollte ihnen auch aus der Mitte derselben Partei zu Theil werden, welche vierzehn Jahre früher in der Paulskirche durch die sogenannten „Großdeutschen" gebildet wurde. Einige unter diesen — wie aus Oesterreich der Dichter Graf

Auersperg (Anastasius Grün), aus Bayern der Graf Hegnenberg-Dux und der Freiherr von Lerchenfeld, aus Württemberg der spätere Minister Freiherr von Varnbüler und der Geschichtsforscher Heinrich Wuttke, aus Baden Moritz Mohl, aus Weimar der Staatsrath von Wydenbrugk — traten (Sept. 1862) in dem oberbayrischen Städtchen Rosenheim zu einer Vorversammlung zusammen. Es zeigte sich zwar hier, wie wenig Anhänger das Delegationenprojekt in der Nation hatte, und der Historiker Wuttke sagte darüber treffend, daß durch diese buntscheckige Zusammensetzung aus den Ständen der Einzelkammern der ganze innere Jammer Deutschlands auf der hohen Schaubühne ausgestellt werde. Dennoch schrieben die Vertheidiger des Projekts eine Generalversammlung aller Großdeutschen nach Frankfurt a. M. aus (28. und 29. Okt.) und schritten hier zur Gründung des sogenannten Reformvereins unter Leitung des Freiherrn von Lerchenfeld mit dem Zwecke, den Bestrebungen des Nationalvereins entgegen und für das Delegationenprojekt der mitteldeutschen Regierungen zu wirken. Der Reformverein schlug jedoch im Volke keine rechten Wurzeln und brachte es, obgleich von den Regierungen vielfach begünstigt, kaum auf tausend Mitglieder, wogegen der Nationalverein in der Zeit seiner Blüte deren über zwanzigtausend zählte.

Noch auf einem anderen Gebiete suchte die österreichische Staatskunst die preußische zu überflügeln, auf dem Gebiete der Zollvereins- und Handelspolitik. Preußen hatte im Auftrage der Zollvereinsstaaten mit Frankreich über einen Zoll- und Handelsvertrag unterhandelt, welcher nach zwölfmonatigen Berathungen endlich zwischen beiden Staaten — preußischerseits vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Zollvereinsstaaten — zum Abschluß kam (29. März 1862). Es war natürlich, daß bei einer so wichtigen handelspolitischen Maßregel, welche die allgemeine Wohlfahrt im Auge hatte und die Erleichterung des Handels und Verkehrs im Ganzen bezweckte, die besonderen Interessen der Einzelstaaten, welche je nach der Erzeugung der Länder und den vorherrschenden Industriezweigen verschieden waren, nicht alle gleichmäßig Berücksichtigung erfahren konnten, und daß die preußische Regierung manche Schwierigkeiten zu überwinden hatte, um ihre Bundesgenossen im Zollverein zu einzelnen Opfern im Interesse der Gesammtwohlfahrt zu vermögen. Die bei einigen Staaten anfänglich hervortretende Abneigung gegen den Handelsvertrag bot der österreichischen Regierung eine willkommene Handhabe, um gegen Preußens Stellung im Zollverein zu agitiren. Graf Rechberg erklärte den Handelsvertrag für eine Maßregel von politischer Bedeutung, da durch denselben Oesterreich von dem übrigen Deutschland losgetrennt würde, und trat mit dem Plane eines Oesterreich und die Zollvereinsstaaten umfassenden Zoll- und Handelsvertrages hervor. Derselbe hatte nur den Zweck, einen Keil zur Sprengung des Zollvereins bilden zu sollen, da Oesterreich durch starke Schutzzölle gebunden war und seinen Eintritt in den Zollverein niemals hätte verwirklichen können.

„Es würde dies so viel bedeutet haben", sagte der Geheimerath von Delbrück, „als wenn man zu einem Gesunden einen Typhuskranken ins Bett legen wollte." Dennoch gelang es Oesterreich auf diese Weise, die Regierungen von Bayern, Württemberg, Hannover und mehreren Kleinstaaten, im Widerspruch mit ihren eigenen Handelsinteressen, zur Ablehnung des Handelsvertrags zu bestimmen. Die preußische Regierung aber hielt denselben trotz aller Anfechtungen aufrecht und bedeutete den widerstrebenden Staaten, daß sie es eher auf ihren Rücktritt vom Zollverein ankommen lassen, als den im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich fallen lassen werde. Diese Festigkeit trug ihre Früchte. Zwar zögerten die meisten Staaten noch bis zum letzten Termin; aber als dieser herangekommen war und Preußen ihnen keine andere Wahl ließ, als Ausscheiden aus dem Zollverein oder Beitritt zum Handelsvertrage mit Frankreich, vermochten sie trotz aller politischen Abneigung gegen Preußen nicht länger den materiellen Interessen ihrer Länder zu widerstreben und erklärten, eine nach der anderen, ihre Zustimmung (Okt. 1864). Dieser letzte Erfolg wurde jedoch erst nach dem zweiten Jahre der Bismarck'schen Amtsführung als Ministerpräsident errungen; bei seinem Amtsantritt fand er die Verhandlungen noch schwebend und die Agitation in vollem Gange.

Dem sächsischen Staatsminister Freiherrn von Beust muß zur Ehre der Wahrheit nachgesagt werden, daß er in richtiger Erkenntniß der materiellen Interessen seines Landes der Erste war, der für Sachsen den Beitritt zum Handelsvertrag erklärte, und daß er auf die widerstrebenden Staaten vermittelnd einzuwirken bestrebt war.

Wir müssen, ehe wir auf Bismarck's thatkräftiges Eingreifen in die deutschen Angelegenheiten zu reden kommen, noch zwei andere schwebende Fragen berühren, welche die deutsche Geduld seit einer Reihe von Jahren auf eine harte Probe gestellt hatten und ihre vollständige Lösung erst zugleich mit der deutschen Frage finden sollten. Es galt noch die Sünden zu sühnen, welche der Bund nach seiner Wiedererweckung an Schleswig-Holstein und an Kurhessen begangen hatte.

In der schleswig-holsteinschen Sache hatte Bismarck bereits als Bundestagsgesandter die Erfahrung gemacht, daß Oesterreich das kleine Dänemark gern unter seinen Schutz nahm, weil es in den deutschen Nordmarken lieber den Fremden schalten, als den Einfluß seines Nebenbuhlers dort wachsen sah. Gestützt auf diese Eifersucht und im Vertrauen auf die Ohnmacht des Deutschen Bundes wagte Dänemark fortgesetzt, unter Mißachtung aller Rechte und Verträge, das deutsche Volksthum in den Herzogthümern zu unterdrücken. Die Verhältnisse Schleswig-Holsteins waren eine offene Wunde Deutschlands, welche erst durch Bismarck ihre Heilung finden sollte.

Eine andere Angelegenheit, welche die öffentliche Meinung in fortwährender Aufregung erhielt, betraf Kurhessen. Der Kurfürst hatte (schon 1851),

gestützt auf einen Bundesbeschluß, die seit zwanzig Jahren zu Recht bestehende Verfassung aufgehoben und sein Volk eigenmächtig mit einer anderen Verfassung beglückt, in welcher alle Rechte der Bevölkerung bei Seite geschoben und durch Bestimmungen fürstlicher Willkür ersetzt waren. Vergebens suchte er zu diesem Machwerke die Zustimmung der Stände zu erlangen; der Landtag verblieb, so oft er auch aufgelöst und wieder einberufen wurde, bei seiner Weigerung und bei seiner Forderung nach Herstellung der alten rechtmäßigen Verfassung. Das biedere Hessenvolk wurde von seinem Landesvater und dessen willfährigen Minister Hassenpflug mißhandelt und gequält, ohne von seinem alten guten Rechte zu lassen. Lange Zeit hindurch hatte Oesterreich bei den Verhandlungen am Bundestage den Kurfürsten unter seinen Schutz genommen; endlich konnte selbst die österreichische Regierung sich der Ueberzeugung nicht länger verschließen, daß durch diese Willkürherrschaft das fürstliche Ansehen überhaupt litte und der Revolution Vorschub geleistet würde. Preußen und Oesterreich verständigten sich über einen von beiden Mächten gemeinschaftlich am Bundestage einzubringenden Antrag auf Herstellung der alten Verfassung in Kurhessen (8. März 1862). Da jedoch der Kurfürst Alles aufbot, um die Entscheidung am Bunde zu hintertreiben, so erklärte die preußische Regierung, daß sie ihre Schritte nicht länger von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen könne. König Wilhelm schickte als außerordentlichen Bevollmächtigten den General von Willisen nach Kassel mit einem eigenhändigen Schreiben, in welchem er dem Kurfürsten den wohlmeinenden Rath ertheilte, dem Zwange durch freiwillige Herstellung der alten Verfassung zuvorzukommen. Aber anstatt den Rath mit Dank anzunehmen, gab der Kurfürst dem Gesandten beim Empfang des königlichen Handschreibens seinen Unmuth in höchst unfürstlicher und beleidigender Weise zu erkennen. Jetzt forderte Preußen Genugthuung; es rief seinen ordentlichen Gesandten von Kassel ab und machte zwei Armeecorps zum Einmarsch in Hessen bereit. Noch hoffte der Kurfürst vielleicht auf ein zweites Bronnzell, aber Oesterreich ließ ihn bedeuten, daß er dieses Mal auf seine Unterstützung nicht hoffen dürfe, und der Deutsche Bund hatte mittlerweile den Antrag der Großmächte zum Beschluß erhoben (24. Mai 1862). Der Kurfürst sah die Nothwendigkeit ein, sich zu fügen; er entließ das Ministerium, verkündigte die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 und sandte an den König von Preußen ein eigenhändiges Entschuldigungsschreiben. Damit war der langwierige kurhessische Verfassungsstreit, jener „Sturm im Glase Wasser", wie Bismarck ihn nannte, beigelegt, aber die Folge zeigte, daß der Kurfürst nur mit Widerstreben der Nothwendigkeit gehorcht und nicht das Bedürfniß habe, in Frieden zu leben mit seinem Volke. Bismarck mußte später noch seinen Feldjäger bereit halten, um den widerspenstigen Kleinherrscher an seine Verpflichtungen zu erinnern, bis sich das Mittel fand, um das Aergerniß vollständig zu beseitigen.

Als Bismarck das Ministerium des Auswärtigen übernahm, hatte Preußen keinen zuverlässigen Bundesgenossen. Mit Rußland und Frankreich hatte er selbst als Gesandter freundnachbarliche Beziehungen für Preußen angeknüpft, jedoch war von der Freundschaft des einen dieser beiden mächtigen Nachbarn fast zu viel zu erwarten, auf die des anderen wenig zu bauen; es galt, vor beiden Freunden auf der Hut zu sein. Preußen hatte einen kleinen, offenen Feind im Norden an Dänemark, welches seinen Rückhalt an dem zur See mächtigen England fand; es hatte einen großen heimlichen Feind im Süden an dem grollenden Oesterreich, welches jedem selbständigen Machtstreben Preußens die Bundesfesseln anzulegen und Preußens Einfluß auf die deutschen Bundesgenossen überall zu kreuzen suchte. Bismarck erkannte es als seine nächste Aufgabe, sich mit Oesterreich auseinander zu setzen, um Klarheit in die Lage zu bringen, zumal da das Verhältniß beider Mächte zu einander bereits in hohem Grade gespannt war. Er wählte dafür die Form von Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, deren erste kaum zwei Monate nach seinem Amtsantritt stattfand (4. Dez. 1862) und über zwei Stunden dauerte. Der Bericht, welchen Bismarck später nach seinen unmittelbar danach erfolgten Aufzeichnungen in seinem Rundschreiben an die auswärtigen Höfe (24. Jan. 1863) darüber entwirft, vergegenwärtigt uns lebhaft das Bild jener Zusammenkunft: auf der einen Seite der Mann, der mit selbstbewußter Klarheit und Sicherheit geraden Weges auf sein Ziel zusteuert; auf der andern der Gesandte einer Macht, welche gewohnt war, auf die Nachgiebigkeit ihres alten Bundesgenossen zu rechnen und von welcher daher ein gewisses Gefühl der Ueberlegenheit auf ihre Vertreter am Bundestage und am Berliner Hofe übergegangen war; sie verstanden, dasselbe in Betreff alter, vererbter und gewohnheitsmäßiger Formen vorzüglich geltend zu machen; bei allen außergewöhnlichen Veranlassungen aber empfanden sie den beengenden Zwang der sehr beschränkten Instruktionen, die ihnen aus der Hofburg mitgegeben waren. Man kann sich daher die verlegene Ueberraschung des österreichischen Gesandten vorstellen, als der neue preußische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen ihm bei seinem Besuche fast ohne Vorrede kurz und bündig eröffnete:

„Unsere Beziehungen zu Oesterreich müssen nach meiner Ueberzeugung unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Es ist der aufrichtige Wunsch der Regierung Seiner Majestät des Königs, daß die erstere Alternative eintrete; wenn wir aber das hierzu nöthige Entgegenkommen des kaiserlichen Kabinets nachhaltig vermißten, so würde es für uns nothwendig sein, die andere ins Auge zu fassen und uns auf dieselbe vorzubereiten.“ —

Graf Karolyi berief sich auf die bekannten wohlwollenden Gesinnungen, welche das Kaiserhaus stets für Preußen gehegt habe.

„In den Jahrzehnten, die den Ereignissen von 1848 vorhergingen“, fuhr Bismarck fort, „waltete allerdings ein stillschweigendes Abkommen zwischen

den beiden Großmächten vor, kraft dessen Oesterreich der Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher war und uns dagegen in Deutschland einen unverkümmerten Einfluß überließ, wie er sich in der Bildung des Zollvereins kundgab. Unter diesen Verhältnissen erfreute sich der Deutsche Bund eines Grades von Einigkeit im Innern und von Ansehen nach außen, wie es seitdem nicht wieder erreicht worden ist. Es kommt hier nicht in Frage, durch wessen Schuld ähnliche Beziehungen nach der Wiedererrichtung des Bundes nicht wieder zu Stande gekommen sind. In der Gegenwart aber finden wir gerade in denjenigen Staaten, mit welchen Preußen der geographischen Lage nach auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonderen Werth legen muß, einen zur Opposition gegen uns aufstachelnden Einfluß des kaiserlichen Kabinets mit Erfolg geltend gemacht. Es ist möglich, daß Oesterreich auf diese Weise zum Nachtheil für die Gesammtverhältnisse im Bunde die Sympathien der Regierungen jener Staaten gewinnt, diejenigen Preußens wird es sich jedenfalls entfremden."

„Dennoch bin ich dessen getrost", versetzte der Gesandte mit Zuversicht, „daß in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden werden."

„In dieser Voraussetzung liegt meines Erachtens ein gefährlicher Irrthum, über welchen erst im entscheidenden Augenblicke eine für beide Kabinete verhängnißvolle Klarheit gewonnen würde. Eure Excellenz kann ich deshalb nur dringend bitten, demselben in Wien nach Kräften entgegenzutreten. Schon im letzten italienischen Kriege würde das Bündniß mit Preußen sich für Oesterreich in weit anderem Maße wirksam erwiesen haben, wenn beide Mächte sich nicht in den vorhergehenden acht Jahren auf dem Gebiete der deutschen Politik in einer schließlich nur für Dritte Vortheil bringenden Weise bekämpft und das gegenseitige Vertrauen untergraben hätten. Wenn trotzdem Preußen die Verlegenheiten Oesterreichs im Jahre 1859 nicht zum eigenen Vortheil ausgebeutet, vielmehr zu dessen Beistand gerüstet hat, so sind in diesem Umstande die Nachwirkungen der früheren intimeren Verhältnisse unverkennbar. Sollten sich diese aber nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündniß Preußens mit einem Gegner Oesterreichs eben so wenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde. Ich wenigstens würde mich" — setzte Bismarck mit Nachdruck hinzu — „unter ähnlichen Umständen nie dazu entschließen können, dem Könige, meinem allergnädigsten Herrn, zur Neutralität zu rathen. Oesterreich hat die Wahl, seine gegenwärtige preußenfeindliche Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition aufzugeben, oder eine ehrliche Verbindung mit uns zu suchen. Zu letzterer zu gelangen ist mein aufrichtiger Wunsch. Dieselbe kann aber nur durch das Aufgeben der uns feindlichen Thätigkeit Oesterreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden."

Graf Karolyi war betroffen von der Offenheit, mit welcher der preußische Ministerpräsident der österreichischen Politik die Alternative stellte. „Und worin soll Oesterreich“ — fragte er gespannt — „seinen Ersatz finden, wenn es seine alte, aus der Geschichte der Jahrhunderte hervorgegangene, durch Verträge geheiligte Machtstellung in Deutschland aufgiebt?“

„Oesterreich soll“ — erwiederte Bismarck gelassen — „seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen.“

Der Gesandte glaubte sich verhört zu haben, aber er las in den ernsten, unbewegten Mienen des Ministers, daß er ihn nur zu wohl verstanden und daß dieser seinen Rath vollständig ehrlich meine. „Das ist unmöglich“, rief er, „das Kaiserhaus wird und kann nimmermehr seinen altherkömmlichen Einflüssen auf die deutschen Regierungen entsagen.“

„Eine solche Tradition muß ich in Abrede stellen“, versetzte Bismarck; „gerade diejenigen Staaten, in welchen jetzt der österreichische Einfluß am erfolgreichsten thätig ist, Hannover und Hessen, sind seit hundert Jahren, vom Anbeginn des Siebenjährigen Krieges, vorwiegend den preußischen Einflüssen gefolgt und sind in der Epoche des Fürsten Metternich auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden. Diese Tradition des österreichischen Kaiserhauses geht daher nur bis auf den Fürsten Schwarzenberg zurück, und das System, welchem sie entstammt, hat sich der Festigung des deutschen Bündnisses nicht eben förderlich erwiesen.“

Bismarck hob weiter hervor, daß er bei seiner Ankunft in Frankfurt im Jahre 1851 nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg weilenden Fürsten Metternich gehofft habe, Oesterreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, Preußen im Deutschen Bunde eine Stellung zu schaffen, welche es ihm der Mühe werth mache, seine gesammte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen; statt dessen habe Oesterreich dahin gestrebt, Preußen seine Stellung im Bunde zu verleiden und zu erschweren und es thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen. „Die ganze Behandlungsweise Preußens von Seiten des Wiener Kabinets scheint auf der Voraussetzung zu beruhen, daß wir mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt seien, gegen welche wir fremder Hülfe bedürften, und daß wir uns deshalb von Seiten der Staaten, von welchen wir solche Hülfe erwarten könnten, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müßten. Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des königlichen Hauses und des eigenen Landes am Herzen liegen, wird es daher sein, das Irrthümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenkt.“

Hierauf wandte sich Bismarck noch zu dem Delegationsprojekte, mit welchem Oesterreich und seine Würzburger Verbündeten damals trotz des preu-

ßischen Einspruchs am Bunde vorgingen. „Vor 1848“ — sagte er — „wäre es unerhört gewesen, daß man im Bunde Fragen von irgendwelcher Erheblichkeit eingebracht hätte, ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern. Selbst da, wo man auf den Widerspruch minder mächtiger Staaten stieß, wie in der Angelegenheit der süddeutschen Bundesfestungen, zog man es vor, Zwecke von dieser Wichtigkeit und Dringlichkeit viele Jahre unerfüllt zu lassen, anstatt den Widersprechenden mit dem Versuch der Majorisirung entgegenzutreten. Heutzutage wird dagegen der Widerspruch Preußens nicht nur gegen einen Antrag, sondern gegen die Verfassungsmäßigkeit desselben als ein der Beachtung unwerther Zwischenfall behandelt, durch welchen man sich in entschlossenem Vorgehen auf der gewählten Bahn nicht beirren läßt.“

Graf Karolyi unterließ nicht, wie Bismarck ihn gebeten hatte, „mit möglichster Genauigkeit“ über den Inhalt der Unterredung nach Wien zu berichten. Aber auch hier hatte schon der preußische Gesandte Freiherr von Werther im Auftrage seiner Regierung eine ähnliche Besprechung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Rechberg, gehabt. Dieser glaubte, daß es jetzt um so mehr an der Zeit sei, den preußischen Ministerpräsidenten durch einen Beschluß des Bundestages zur Ordnung zu rufen, und betrieb um so eifriger mit seinen Würzburger Koalirten das Delegationenprojekt in Frankfurt. Preußen hatte der Bundesversammlung das Recht bestritten, über dieses Projekt durch Stimmenmehrheit Beschluß zu fassen, weil Abänderungen der Bundesverfassung vertragsmäßig nur mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen werden dürften. Infolge einer Depesche des preußischen Bundestagsgesandten von Usedom, daß die Regierungen trotzdem mit ihrem Antrage vorgingen, begab sich Bismarck abermals in das Hotel des österreichischen Gesandten Grafen Karolyi und erklärte diesem, daß die preußische Regierung in der Annahme des Delegationenprojekts durch Majoritätsbeschluß eine Ueberschreitung der Befugnisse des Bundes und einen Bruch der Bundesverträge erblicken würde; sie würde daher in solchem Falle ihren Gesandten von Frankfurt ohne Ersatz abberufen, die Wirksamkeit der Bundesversammlung nicht weiter anerkennen und auch die preußischen Garnisonen in den Bundesfestungen den Beschlüssen der Bundesversammlung nicht mehr unterstellen.

Graf Rechberg kannte die Entschlossenheit seines ehemaligen Kollegen am Bundestage und war des österreichischen Einflusses auf die Abstimmung der Regierungen ohnehin nicht völlig sicher. Er schien eine kurze Zeit zur Verständigung geneigt und beauftragte den österreichischen Gesandten in Petersburg, Grafen Thun, bei seiner Rückkehr von Wien über Berlin auf seinen Posten die schwebende Streitfrage mit Bismarck zu besprechen. Er ließ Herrn von Bismarck andeuten, daß er bereit sei, seinen Rückzug in der Delegationenfrage anzutreten, wenn auch die preußische Regierung jene Note (vom 20. Dez. 1861) zurücknehmen wolle, in welcher sie die bundesstaatliche Einigung der deutschen

Staaten unter Preußens Leitung als Ziel ihrer Politik hingestellt hatte. Graf Thun regte in Berlin auch die Idee einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten zur Ausgleichung der Schwierigkeiten an (Anfang Januar 1863); da aber Graf Rechberg vorher von Bismarck die Erklärung seines Einverständnisses mit Bundesreformvorschlägen erwartete, zu deren Prüfung Jener die Zeit bis zu der am Bundestage anstehenden Abstimmung über das Delegationenprojekt als zu kurz bezeichnete, so unterblieb die Zusammenkunft und die Abstimmung ging vor sich (22. Jan. 1863).

Hier aber zeigten die kleinen Staaten sich doch bedenklich, einem Beschlusse zuzustimmen, welcher nach Bismarck's entschiedener Erklärung das Ausscheiden Preußens aus dem Bunde und somit das Zusammenbrechen des ganzen Gebäudes zur Folge gehabt haben würde. Das Projekt, welches so lange in den Köpfen der Würzburger Staatsmänner gespukt hatte, wurde mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen. Preußen begründete sein ablehnendes Votum, indem es hervorhob, daß nicht allein die formelle Behandlung, welche dieser Antrag am Bunde erfahren habe, dem Geiste der Bundesverträge fremd sei, sondern daß auch der Inhalt der Vorschläge an Untauglichkeit und Halbheit litte. „Nur in einer Vertretung", hieß es in der preußischen Motivirung, „welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaats aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden."

Bismarck sandte dem preußischen Votum zwei Tage nach der Abstimmung — am Geburtstage Friedrich's des Großen — ein Rundschreiben an die auswärtigen Höfe nach, in welchem er den Inhalt seiner vorhergegangenen Gespräche mit dem Grafen Karolyi mit unumwundener Offenheit zur Kenntniß der Mächte brachte. Graf Rechberg versuchte seine Vertheidigung gleichfalls in einer Cirkulardepesche. Dieselbe war im Tone der Ueberlegenheit abgefaßt und berief sich etwas vorzeitig auf den Erfolg. „Wenn man uns von Berlin aus die Alternative stellt", hieß es am Schlusse des Schriftstücks, „entweder uns aus Deutschland zurückzuziehen, den Schwerpunkt unserer Monarchie — wie der preußische Minister meinte — nach Ofen zu verlegen, oder in dem nächsten europäischen Konflikte Preußen auf der Seite unserer Gegner zu finden, so wird die öffentliche Meinung Deutschlands über solche Gesinnung urtheilen, die Ereignisse werden sie richten, wenn sie je zur That werden sollte. Uns aber kommt es zu, den Vorwand, den man sich in Berlin zurecht legen zu wollen scheint, rechtzeitig als einen solchen zu kennzeichnen."

Der österreichische Ministerpräsident hatte in der That nicht Unrecht, wenn er sich auf das Urtheil der öffentlichen Meinung berief. Dieselbe war damals nicht blos in Deutschland und in Preußen selbst, sondern auch in einem großen Theile des Auslandes gegen die preußische Regierung eingenommen. Im Innern Preußens war der Konflikt zwischen Regierung und Landesvertretung

aufs Aeußerste gespannt. Der Nationalverein hatte sich infolge der inneren Politik Preußens durch eine förmliche und feierliche Erklärung (25. Mai) von ihr losgesagt. In Süddeutschland war die Agitation gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag im besten Gange. Die preußisch-russische Konvention endlich, aus Anlaß des polnischen Aufstandes, schien der preußischen Regierung auch im Auslande zwei mächtige Gegner, Frankreich und England, geweckt zu haben. Diese Lage schien den österreichischen Staatsmännern günstig, um mit einer „großen deutschen That“ dem Hause Habsburg seine alte Kaisermacht in Deutschland zurückzuerobern.

Die Anregung dazu ging dieses Mal nicht vom Grafen Rechberg, sondern vom Lager der Großdeutschen aus, und der österreichische Minister des Innern, Ritter von Schmerling, war zuerst dafür gewonnen. Der Kaiser Franz Josef sollte angegangen werden, einen deutschen Fürstentag nach der alten Kur- und Krönungsstadt Frankfurt auszuschreiben und mit einem fertigen Bundesreformplan vor seine deutschen Mitfürsten zu treten. Man hoffte, daß der Zauber der Idee, der Glanz, mit welchem dieselbe in Scene gesetzt werden sollte, endlich ein Appell an die Hochherzigkeit und Opferwilligkeit der deutschen Fürsten, dieses Mal über alle Schwierigkeiten schnell hinweghelfen würden, und daß ein solcher Fürstentag schnell das Werk zu Stande bringen würde, zu welchem die Baumeister des Volkes seit Jahren vergeblich Stein um Stein getragen. Deutschland sollte die langersehnte Einheit als Morgengabe aus den Händen seiner Fürsten empfangen.

Den Widerspruch Preußens fürchtete man nicht; man glaubte, daß der König von Preußen sich dem Rufe nach Frankfurt nicht würde entziehen können und daß die preußische Regierung durch den Druck der öffentlichen Meinung genöthigt sein würde, an dem österreichischen Reformwerke Theil zu nehmen. Es war eine eigenthümliche Fügung, daß die Nachfolger Metternich's selbst die Axt an den dürren Baum legten, den Jener gepflanzt. Nur wenige Auserlesene, wie die Herren von Beust, von der Pfordten, der hannoversche Minister Graf Platen und die Regenten einiger Mittelstaaten, gehörten zu den Eingeweihten.

Im Sommer (1863) hielt sich der König zum Gebrauch der Badekur in Gastein auf, Ministerpräsident von Bismarck befand sich in seiner Begleitung. Hier in dem friedlichen Bergthal, wo König Wilhelm von den Sorgen seiner Regierung Erholung suchte, überraschte Kaiser Franz Josef ihn bei seinem persönlichen Besuche (2. August) mit der Einladung zum Fürstenkongreß, welcher vierzehn Tage darauf (16. Aug.) zu Frankfurt a. M. eröffnet werden sollte. König Wilhelm sah in der Sache selbst nichts Arges, jedoch befremdete ihn die Weise, wie sie ihm hier plötzlich vorgetragen wurde, und die Eile, mit der sie betrieben werden sollte. Er versprach indessen, sich die Angelegenheit zu überlegen und dann seine Antwort zu ertheilen.

Am folgenden Tage — es war der Geburtstag König Friedrich Wilhelm's III., des treuen Verbündeten Oesterreichs in den Freiheitskriegen und Vaters des Königs Wilhelm — fand sich Franz Josef bereits um 10 Uhr Morgens bei seinem königlichen Oheim ein und erneuerte seine Einladung. Der König, welcher unterdessen auch mit Bismarck Rath gepflogen hatte, sprach seine Bedenken aus; er gab zu, daß er einen Fürstenkongreß wol für geeignet halte, um das Werk zu krönen und zu vollenden, hob aber hervor, daß es nöthig sein würde, vorher die Grundlagen der im Wiener Kabinet berathenen Verbesserungsvorschläge auf Ministerkonferenzen prüfen zu lassen, und daß dieser Vorarbeiten wegen der Kongreß wol schwerlich vor dem Oktober würde zusammentreten können. Wenn es von österreichischer Seite darauf abgesehen war, den König durch Ueberraschung fortzureißen, so mußte ein solcher Versuch an der Besonnenheit und Geradheit desselben scheitern, und wo König Wilhelm mit seinem ritterlichen Vertrauen in die Absichten seines Bundesgenossen und Thronverwandten zu weit ging, da stand ihm sein erster Minister mit prüfendem Scharfblick zur Seite.

Der Kaiser erkannte, wie wichtig es war, Herrn von Bismarck für seine Pläne zu gewinnen, und beschied denselben zu einer Audienz (3. Aug. Nachmittags), aber er überzeugte sich bald von der Unmöglichkeit, in den Anschauungen des unbeugsamen Staatsmanns durch Ueberredung eine Aenderung hervorzurufen, und brach nach kurzer Zeit die Audienz ab.

Bald darauf verabschiedeten sich die beiden Monarchen von einander. Noch hatte König Wilhelm seinem kaiserlichen Neffen eine bestimmte Ablehnung nicht ertheilt; vielmehr erwartete er, daß dieser seine ihm mitgetheilten Bedenken nunmehr in Erwägung nehmen und ihm demnächst neue Eröffnungen machen würde, um gemeinschaftlich mit ihm die Einladung an die übrigen deutschen Fürsten zu erlassen. Statt dessen erhielt König Wilhelm eine Stunde nach der Abreise des Kaisers durch Vermittelung der Flügeladjutanten ein versiegeltes Schreiben, welches die bereits vom 31. Juli datirte Einladung zum Kongreß in Frankfurt auf den 16. August enthielt. Dasselbe Datum trugen auch die Einladungsschreiben, welche Tags darauf vom Wiener Kabinet an die sämmtlichen deutschen Fürsten und Bürgermeister der Freien Städte zur Beschickung des Kongresses erlassen wurden.

Auch in der nächsten Umgebung des Königs machten sich Einflüsse geltend, welche den König zur Annahme der Einladung zu bestimmen suchten. Mußte nicht Preußen beim deutschen Volke alles Vertrauen verlieren, wenn es sich zu allen Reformbestrebungen nur abwehrend und verneinend verhielt? Und wenn durch das österreichische Reformwerk an Preußen wirklich Ansinnen gestellt wurden, die mit seiner Machtstellung unverträglich waren, konnte König Wilhelm nicht auch dann auf dem Kongreß erscheinen, um angesichts seiner deutschen Mitfürsten laut und feierlich zu protestiren? — So hörte man wol

auch in der Nähe des Königs reden, anders aber dachte Bismarck. Er sah schon in der Art, wie die Angelegenheit bisher behandelt und die Einladung erfolgt war, eine Zurücksetzung Preußens und eine Kränkung seines königlichen Herrn, der mehr zu sein beanspruchen konnte, als ein Vasall des Hauses Habsburg; er durfte dem Könige nicht zumuthen, an Berathungen über ein Reformwerk Theil zu nehmen, über dessen Inhalt und Tragweite er erst in Frankfurt selbst, gleich den Fürsten zweiten und dritten Ranges, Aufklärung erhalten sollte. Je mehr man sich daher von anderer Seite bemühte, den König zur Theilnahme am Kongresse zu bewegen, desto mehr hielt es jetzt Bismarck für seine Pflicht, mit seinem Rathe nicht von des Königs Seite zu weichen und jenen Einflüssen zu begegnen. In diesem Gefühle mochten wol die Zeilen geschrieben sein, die er von Gastein (12. Aug.) an seine Gemahlin richtete. „Mir geht es wohl, aber Courierangst in allen Richtungen .... Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom Könige fort", und einige Zeit später (28. Aug.) aus Baden: „Der König ist wohl, aber von Intriguen umlagert ...."

Schon unter dem 5. August sprach der König in einem eigenhändigen Schreiben seine Ablehnung aus, indem er auf seine mündlich dargelegten Bedenken hinwies und hinzufügte, daß es ihm nicht rathsam erscheine, sich unmittelbar nach der Badekur an den anstrengenden Verhandlungen zu betheiligen. Obgleich der Kaiser schriftlich noch einen Versuch machte, den König für seinen Plan zu gewinnen, und ihm vorschlug, falls sein körperlicher Zustand ihm die persönliche Betheiligung nicht gestatten sollte, einen Prinzen seines Hauses mit seiner Vertretung zu beauftragen, beharrte der König doch bei seiner Weigerung und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß beide Souveräne in einer so wichtigen Angelegenheit abweichender Meinung blieben und daß dieselbe amtlich eingeleitet worden, bevor ein Einverständniß beider Fürsten bewirkt.

Während König Wilhelm in Gastein seine Badekur beendete, beeilten sich die deutschen Fürsten, der Einladung des Kaisers Franz Josef nach Frankfurt Folge zu leisten; außer Preußen hatten nur Lippe-Detmold, Anhalt-Bernburg und Holstein (Dänemark) ihre Theilnahme abgelehnt. Die heitere Mainstadt legte ihr festlichstes Gewand an zum Empfange so vieler edler Gäste. Sie prangte wieder im Schmucke der Fahnen und Laubgewinde; neben mächtigen schwarzrothgoldenen Fahnen, welche die Straßen überschatteten, sah man die Regenbogenfarbenpracht von 34 Vaterländern an den Hotels der verschiedenen Fürsten und ihrer Gesandten entfaltet. Selbst über dem Portale des Bundespalais, das zur Residenz des Kaisers bestimmt war, gewahrte man an hohem Flaggenstocke die drei Farben, welche vor nicht langer Zeit als revolutionär verfolgt wurden. Frankfurt hat seine ehren- und erinnerungsreiche Geschichte, es hat auch in der jüngsten Zeit seine denkwürdigen Tage gehabt, seine Sänger-, Schützen-, Turnertage und andere mehr, aber ein deutscher Fürstentag, ein Parlament von 30 Landesvätern, — wenn man die Bürgermeister der Freien

Städte unter dieser Bezeichnung mit einbegreifen darf, — welches in seinen Mauern über die Zukunft Deutschlands rathschlagen sollte, das war selbst für Frankfurt etwas Neues.

Wer zählt die Fürsten, nennt die Namen,
Die gastlich hier zusammenkamen!
Die Welfen und die Wittelsbacher,
Vom Stamm Wettin, vom Eisenacher,
Vom Neckarstrand, vom freien Rhein,
Von Greiz und Schleiz und Liechtenstein,
Von Mecklenburgs entlegener Küste,
Von allen Ländern kamen sie —.

An den Erkern und Fenstern wartete die Frankfurter Damenwelt in luftigen Sommertoiletten mit duftigen Blumensträußen, auf der Straße wogte eine unabsehbare Volksmenge. Es war gegen 6 Uhr Nachmittags (15. Aug.), als der Kaiser auf dem Main-Neckar-Bahnhof in Frankfurt ankam und von dem Bürgermeister und Senat der Freien Stadt feierlich empfangen ward. Die Hoffnungen der harrenden Volksmenge wurden indessen etwas getäuscht. Statt über die Taunusanlage zu fahren, wie man erwartet hatte, wählte der Kaiser den Weg durch das Gallusthor und die neue Mainzer Gasse nach dem Bundespalais, einen Weg, an welchen Niemand gedacht hatte, und da er in einem einfachen, zweispännigen Wagen fuhr, so wurde er nur an einer Stelle in der Mainzer Straße erkannt und mit lautem Zuruf begrüßt. An seiner Statt erntete der König von Bayern, der eine halbe Stunde später eintraf und durch die belebte Taunusanlage fuhr, die Willkommensgrüße und Blumenspenden.

Der folgende Tag (16. August), der „goldene Sonntag", wie die Frankfurter ihn nannten, war der Etikette gewidmet: gegenseitige Besuche der Fürsten, Diner beim Kaiser von Oesterreich, Besprechungen der Minister. Unaufhörlich rollten die Karossen durch die belebten Straßen, begleitet von den lauten Hoch- und Hurrahrufen der Menge. Die Frankfurter freuten sich über die Einfachheit und Leutseligkeit der hohen Herren, sie staunten über die Pracht der Wagen und Rosse, über das Isabellen-Viergespann des Kurfürsten von Hessen, wie über die mäusefarbenen Pferde des Welfenkönigs und den riesengroßen Kutscher des Fürsten von Liechtenstein. In der Volksgunst standen Oesterreich, Bayern, Baden und Koburg wegen ihrer liberalen Neigungen am höchsten; dafür eroberte Liechtenstein durch Schönheit und Jugend die Herzen der Damen.

Bei Alledem drehte sich das Tagesgespräch doch weniger um die sechsundzwanzig Fürsten, welche unter den Augen der Frankfurter in glänzenden Karossen vorüberfuhren, als um den Einen, der um diese Zeit von Bad Gastein aufgebrochen war und über München und Stuttgart an Frankfurt vorüberfuhr, um in Wildbad und Baden-Baden einige Zeit in der Stille seiner Familie zu leben. Man achtete weniger auf die Toaste und Reden dort im Turn- und Taxis'schen

Palaste, wo der Kaiser seine durchlauchtigsten Brüder und Vettern an fürstlicher Tafel bewirthete, als auf den schweigenden Protest, den das mächtige Oberhaupt von 17 Millionen Deutschen gegen alle ihre Beschlüsse im Voraus einlegte.



Kaiser Franz Josef auf dem Fürstenkongreß zu Frankfurt a. M. (August 1863).

Dieses Gefühl des Mißbehagens theilte sich auch den Fürsten mit, und als der Kaiser (am 17. Aug.) den Kongreß eröffnete, trat der Großherzog von Mecklenburg alsbald mit dem Antrage hervor, noch einen Versuch zu machen, um den König durch eine gemeinsame Einladung der sämmtlichen Fürsten zur Theilnahme an den Berathungen zu bewegen. Die Großherzoge von Baden und Sachsen-Weimar unterstützten den Antrag aufs Wärmste und der Kaiser

selbst empfahl die Annahme unter der Bedingung, daß der von ihm vorgelegte Plan als Grundlage der Berathungen angenommen und daß diese auch dann fortgesetzt würden, wenn Preußen bei seiner Ablehnung bliebe. Sämmtliche Fürsten erklärten ihre Zustimmung und der König von Sachsen erbot sich, die Einladung persönlich zu überbringen.

Die Berathungen wurden inzwischen ausgesetzt. Bankette, Festlichkeiten, Besuche am Hofe zu Darmstadt, beim Großherzoge von Hessen und auf dem landgräflichen Schlosse Rumpenheim bei höchstdessen freundwilligen Vettern füllten die Tage bis zur Wiederkehr des Königs Johann. Die Stadt Frankfurt feierte ihre hohen Gäste mit einem glänzenden Banket auf dem Römer (17. Aug.). Dort in dem alten Saale, wo ehedem das festliche Krönungsmahl gehalten ward, wo die Bilder der Kaiserahnen und mit ihnen eine tausendjährige Geschichte von den hohen Wänden auf die Epigonen niederblickten, saßen jetzt die gekrönten Häupter der Nation und die Väter der Freien Städte. Franz Josef hatte seinen Platz unter dem Bilde seines Ahnherrn Josef's II., des „Menschenfreundes auf dem Throne". Da wurde manche große Erinnerung wach, manches stolze Wort wurde gesprochen. Unten aber auf dem Römerplatze und am Mainufer wogte und jubelte die Menge zu Tausenden und aber Tausenden, wie ehemals bei der Kaiserkrönung; es fehlte nur der Erbschatzmeister hoch zu Rosse, der die Gold- und Silbermünzen ausstreute, und der gebratene Ochse, der dem Volke geopfert ward, nachdem der Erbtruchseß die Schüssel des Kaisers versorgt hatte. Dafür entschädigten in den Abendstunden die Buntfeuer, welche den Platz in zauberhaftem Lichte strahlen ließen, und die aufsteigenden Raketengarben an der Mainlust, ein farbenreiches Brillantfeuerwerk, ähnlich dem Kongresse selbst, zu dessen Ehren es veranstaltet ward, in seiner Pracht und in seiner Wirkung.

Unterdessen weilte König Wilhelm bei der Durchreise von Gastein nach Baden-Baden noch einige Tage zum Besuche bei der Königin-Wittwe Elisabeth in Wildbad, in der Nähe jener vielgepriesenen Heilquellen, wo es einst für Eberhard den Greiner „ein lieber Zeitvertreib, zu waschen und zu strecken den narbenvollen Leib". So kam es, daß der erlauchte Träger der Fürstenbotschaft bereits früher (20. August) in Baden-Baden ankam, als der König selbst. Der gastliche Empfang, welcher ihm von der Königin Augusta bereitet ward, ermuthigte den König Johann in der Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg seiner Botschaft. König Wilhelm traf erst am Abend, von Wildbad mit Postpferden über das Gebirge kommend, in Baden-Baden ein; Minister von Bismarck befand sich in seiner Begleitung. Am folgenden Morgen fand die Uebergabe der Einladung statt.

Gewiß war es für König Wilhelm's Herz schwer, abgekehrt von den Genossen bleiben und der warmen, aufrichtigen Fürsprache des Königs Johann widerstehen zu sollen. Einige Augenblicke mochte der Letztere auf einen günstigen

Erfolg seiner Sendung hoffen, aber seine Beredsamkeit scheiterte an der Festigkeit König Wilhelm's. Man hatte in Frankfurt vergessen, daß die Könige von Preußen ihre Entschlüsse nicht allein nach den Eingebungen des Herzens, nicht unter den Eindrücken wechselnder Stimmungen fassen, sondern nach weiser Prüfung Dessen, was sich für die Ehre und Würde des Königthums und für das Wohl ihres Landes ziemt.



König Wilhelm und Ministerpräsident von Bismarck auf der Fahrt nach Baden-Baden (August 1863).

Während die Unterredung der beiden Fürsten im großherzoglichen Schlosse stattfand, sah man in den Anlagen in der Nähe desselben die beiden ersten Minister von Preußen und von Sachsen, Herrn von Bismarck und Herrn von Beust, in lebhafter Unterhaltung spazieren gehen. Man sah, wie der sächsische Ministerpräsident sich wiederholentlich in eindringlicher Rede an Herrn von Bismarck wandte. Setzte er ihm vielleicht die Vorzüge des österreichischen Bundesreformplans auseinander oder sprach er von den Triumphen, mit welchen die Urheber und Theilnehmer der Kongreßidee in der Freien Stadt Frankfurt gefeiert wurden? — Herr von Bismarck hörte mit freundlich heiterer Miene zu, aber er blieb „kühl bis ans Herz hinan". Es war kein Zweifel, die öffentliche Meinung war fast einstimmig in der Verurtheilung Preußens, welches die in dem österreichischen Reformplan ihm eingeräumte Stellung in Deutschland

verschmähte und auf die Theilnahme an der „großen That" in Frankfurt verzichtete; sie ergoß den ganzen Strom ihres Unwillens über das enfant terrible, den kurzsichtigen Staatsmann, der seinem Könige so gegen das wahre Interesse des Landes riethe und Preußen in eine isolirte Stellung zu Deutschland, ja zu ganz Europa brächte. Möglich, daß Herr von Beust auch eine Andeutung in dieser Richtung machte, Bismarck blieb jedoch unbewegt und lachte still für sich hin: „Vielleicht werde ich noch einmal der populärste Mann in Deutschland!" —

Der erlauchte Botschafter kehrte mit einem Ablehnungsschreiben des Königs von Preußen an die Ufer des Main zurück. „So ungern ich auch der wiederholten, in ihren Formen für mich so ehrenvollen Einladung mich versage", hieß es in demselben, „so ist doch meine Ueberzeugung heute noch die, welche meine Erklärung vom 4. d. geleitet hat, und beharre ich bei derselben um so mehr, als ich auch jetzt noch keine amtliche Mittheilung der der Berathung zu Grunde gelegten Anträge erhalten habe, Dasjenige aber, was auf anderen Wegen zu meiner Kenntniß gelangt ist, mich nur in der Absicht bestärkt, meine Entschließungen erst dann festzustellen, wenn durch geschäftsmäßige Bearbeitung der Angelegenheit von Seiten meiner Räthe die zu erörternden Abänderungen der Bundesverfassung in ihrem Verhältnisse zu der berechtigten Machtstellung Preußens und zu den berechtigten Interessen der Nation eingehend geprüft worden."

Bismarck schickte dem Ablehnungsschreiben eine Depesche an den preußischen Gesandten in Frankfurt nach, in welcher er erklärte, daß „die österreichischen Reformpläne weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie, noch den Interessen des deutschen Volkes" entsprächen. „Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatensystem geschaffen haben, entsagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrole fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben."

Wir sind es der Achtung vor den zu Rathe versammelten Fürsten schuldig, das Frankfurter Windei doch näher zu betrachten. Die sogenannte österreichische Reformakte, wie sie aus der Mitte des süddeutschen Hochadels hervorgegangen und von dem Chef des Thurn und Taxis'schen Postwesens, Herrn von Dörrenberg, redigirt war, hatte in ihren Hauptzügen Aehnlichkeit mit dem Beust'schen Entwurfe; die Abweichungen bezweckten meistentheils nur eine vortheilhaftere Stellung Oesterreichs, Preußen war in die Reihe der kleinen Königreiche herabgesetzt. Die ausführende Gewalt war einem fünfköpfigen „Direktorium" übertragen, welches aus dem Kaiser von Oesterreich, den Königen von Preußen und Bayern und zwei andern Königen — also Sachsen, Württemberg oder Hannover — unter dem beständigen Vorsitze Oesterreichs bestehen sollte. Alle Beschlüsse des Direktoriums sollten mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Zu den Obliegenheiten desselben gehörte die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Leitung des Heerwesens und der auswärtigen Angelegenheiten, die Oberleitung über das Innere, Justiz, Finanzen, Zoll- und Handelswesen. Neben dem Direktorium sollte der engere Rath der Bundesversammlung aus den Bevollmächtigten der Regierungen ebenfalls unter Oesterreichs Vorsitz als „Staatenhaus" fortbestehen. Die Volksvertretung sollte wieder aus Delegationen der Einzellandtage zusammengesetzt werden und im Ganzen 300 Bundesabgeordnete zählen, zu welchen Oesterreich und Preußen die eine, die Mittel- und Kleinstaaten die andere Hälfte zu stellen hatten. Dieselbe sollte nur alle drei Jahre zusammenberufen werden und eigentlich nur bei Abänderung der Bundesverfassung ein bescheidenes Maß der Mitwirkung haben.

So dürftig dieser Reformentwurf auch an sich war, so waren doch eine Menge von Federn in der Presse bemüht, denselben dem Volke anzupreisen. Weniger günstig als die Presse urtheilte der freiwillige Abgeordnetentag, welcher aus Mitgliedern der verschiedenen Kammern gleichzeitig mit dem Fürstentage in Frankfurt zusammengetreten war, um sich über die deutsche Frage auszusprechen. Derselbe erklärte es zwar für einen Fortschritt, daß die Nothwendigkeit der Neugestaltung Deutschlands und das Recht des Deutschen Volkes auf eine würdige Verfassung auch von den Fürsten anerkannt werde, aber er forderte die Bildung einer von der Nation gewählten Vertretung und die Gleichberechtigung beider Großmächte am Bunde als unerläßliche Vorbedingungen. Der Historiker Ludwig Häußer wandte auf das Reformwerk das Wort Uhland's an, daß nichts gelingen werde, was nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt sei.

Nachdem das Oberhaupt des mächtigsten deutschen Staates seine Mitwirkung an diesem Reformplan entschieden versagt hatte, konnten alle weiteren Berathungen nur den Zweck haben, den Schein zu retten. Die einzelnen Artikel der Reformakte wurden im Fürstenparlament besprochen und mit geringen Aenderungen angenommen. Die wichtigste Veränderung betraf das Direktorium. Dasselbe wurde auf Antrieb Beust's und einiger Kleinstaaten, die gleichfalls in demselben mitzusprechen wünschten, von fünf Mitgliedern auf sechs erweitert. Schließlich wurde der Entwurf im Ganzen von der großen Mehrzahl der Fürsten angenommen; nur Baden, Mecklenburg, Sachsen-Weimar und Waldeck stimmten dagegen. Die Großherzoge von Baden und Mecklenburg standen im Rathe der Fürsten bis zuletzt am entschiedensten für die Rechte der preußischen Macht und Krone ein.

Die Theilnahme des Frankfurter Publikums wandte sich weniger dem Kerne des Kongresses, dem österreichischen Reformplan, als den äußeren Vorgängen zu. Man sprach von dem bewundernswürdigen Geschicke, mit welchem Kaiser Franz Josef die Verhandlungen leiten sollte, von den parlamentarischen Gewohnheiten oder vielmehr Ungewohntheiten der fürstlichen Parlamentsmitglieder,

und tausend interessante Einzelzüge drangen trotz der geschlossenen Pforten des Sitzungssaals im Bundespalaste zu den Ohren der wißbegierigen Frankfurter. „Es gefiel z. B. einer jungen blonden Durchlaucht" — erzählt der Verfasser der lebensvollen Frankfurter Federzeichnungen in den „Preußischen Jahrbüchern" — „voll Wohlwollens und Eifer, in klar durchdachter, schön geformter Rede die Herren Kollegen auf die hauptsächlichsten Erfordernisse zur Neugeburt Deutschlands hinzuweisen. Ueberrascht und angeregt lauschte dem Redner das höchste Haus und der Vorsitzende sprach demselben den Dank Aller, zugleich aber die Bitte aus, er wolle nunmehr das Gesagte in zwei Worte für den Schriftführer Freiherrn von Biegeleben zusammenfassen. Umsonst jedoch versuchte der liebenswürdige Fürst, diesem Wunsche zu willfahren; er mußte erröthend bekennen, daß er die gediegene Arbeit seines Ministers mit dem Verstande nicht so schnell als mit einem vortrefflichen Gedächtniß habe erfassen können."

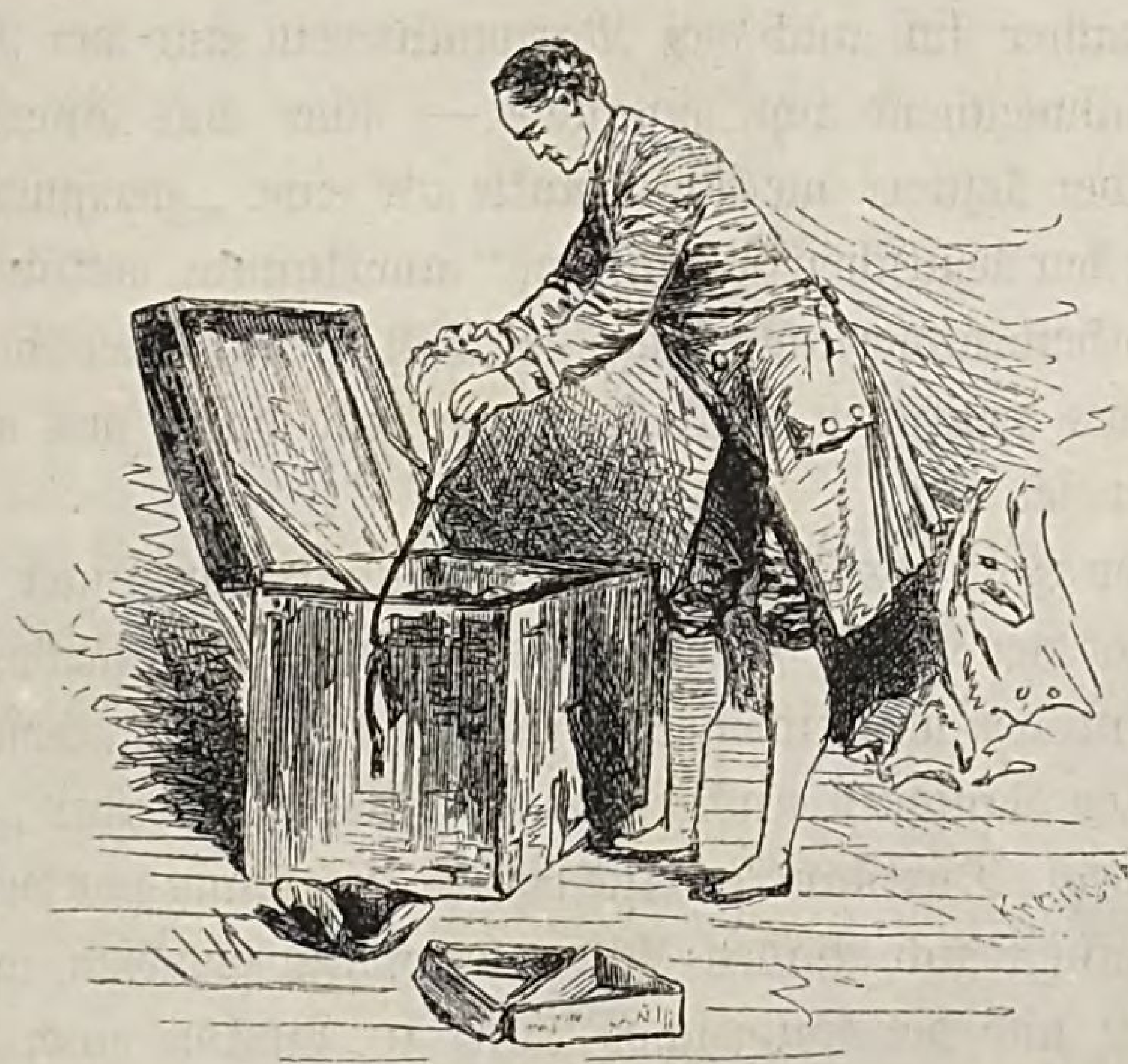
Oesterreich, Bayern, Baden und Koburg blieben nach wie vor die Lieblinge des Publikums, aber die Volksgunst gab sich ihnen mitunter auf eigenthümliche Art zu erkennen; so, wenn der eine dieser Fürsten vor dem Uebermaß von Liebe, das ihm bei einem Gang auf der Zeil entgegengebracht wurde, seine Zuflucht zur Hauptwache nehmen mußte, oder wenn der biedere Sachsenhäuser den in bürgerlicher Kleidung ohne Begleitung am Ufer des Main lustwandelnden Wittelsbacher treuherzig ansprach: „Komm her, Max, Du sollst ein ordentlicher Kerl sein; dafür will ich Dir auch die Hand drücken." Und er soll die königliche Rechte kräftig geschüttelt haben.

Die Kongreßberathungen wurden geschlossen. Die schwarzrothgoldenen Fahnen wurden eingezogen, die prächtigen Karossen und die versilberten Lakaien verschwanden vom Straßenpflaster, das Frankfurter Leben bewegte sich wieder um seine alte Pole, — den Bundestag und die Börse.

In ihrer letzten Versammlung (1. Sept.) hatten die Fürsten in einem Gesammtschreiben dem Könige von Preußen von dem Ergebniß ihrer Berathungen Mittheilung gemacht. Dasselbe schloß: „Von deutscher Eintracht und opferwilliger Gesinnung sämmtlich beseelt, sind wir uns über den Entwurf einer Reformakte des Deutschen Bundes vollkommen einig geworden und werden es als ein hohes Glück für uns Alle und für unsere Völker betrachten, wenn nunmehr in der Brust Ew. Majestät, unsers mächtigen und wohlgesinnten Bundesgenossen, Entschließungen reifen werden, durch welche Deutschland, Dank dem Einverständnisse seiner Fürsten, auf der bundesgesetzlichen Grundlage an das Ziel einer heilsamen Reform seiner Verfassung gelangen wird."

Bismarck hatte durch seine feste, zuversichtliche Haltung vorzugsweise den König Wilhelm in seinem weisen Entschlusse der Zurückhaltung vom Fürstenkongresse bestärkt. Er hat dadurch verhindert, daß die nationale Entwickelung zum Stillstand gekommen wäre oder in falsche Bahnen abgelenkt wurde.

Durch den Fürstentag war es noch klarer hervorgetreten, daß die deutsche Frage bei der verschiedenen Stellung Preußens und Oesterreichs zu derselben auf friedlichem Wege nicht ausgetragen werden könne, daß vielmehr jeder Versuch einer Bundesreform nur die Kluft zwischen den beiden Mächten erweitern und die Entscheidung durch Waffengewalt beschleunigen müsse. Bismarck fühlte, wie sehr er für einen solchen Ausgang des Beistandes des preußischen Volkes bedürfe, darum rieth er dem Könige jetzt (2. Sept.) die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung neuer Wahlen an.



Ende des Fürstenkongresses.

Er begründete seinen Antrag, indem er anführte: „Auf dem Gebiete der deutschen Bundesverfassung sind Bestrebungen zu Tage getreten, deren unverkennbare Absicht es ist, dem preußischen Staate diejenige Machtstellung in Deutschland und in Europa zu verkümmern, welche das wohlerworbene Erbtheil der ruhmvollen Geschichte unserer Väter bildet und welche das preußische Volk sich nicht streitig zu machen jederzeit entschlossen gewesen ist. Unter diesen Umständen wird es für Ew. Majestät Unterthanen zugleich ein Bedürfniß sein, bei den bevorstehenden Neuwahlen der Thatsache Ausdruck zu geben, daß keine politische Meinungsverschiedenheit in unserem Lande tief genug greift, um gegenüber einem Versuche zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens die Einigkeit des Volkes in sich und die unverbrüchliche Treue zu gefährden, mit welcher dasselbe seinem angestammten Herrscherhause anhängt."

Die Reformakte unterwarf Bismarck in einer ausführlichen Denkschrift an den König (15. Sept.) einer scharfen Beurtheilung, auf Grund welcher die königliche Antwort auf das Gesammtschreiben der Fürsten mit Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten erfolgte (22. Sept.). In derselben wurde als Vorbedingung

der Zustimmung Preußens zu einer Reform der Bundesverträge die Verständigung über drei Punkte gefordert, nämlich: das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffs auf das Bundesgebiet unternommen werde, die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich zum Vorsitz und zur Leitung der Bundesangelegenheiten, und eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegationen der Landtage, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgehe, und deren Befugnisse jedenfalls ausgedehnter zu bemessen seien als in der österreichischen Reformakte.

Endlich sprachen sich auch der Nationalverein und der Reformverein — aber beide sehr abweichend von einander — über das österreichische Projekt aus. Während der letztere die Reformakte als eine „geeignete Grundlage für die Entwickelung der deutschen Verfassung" anerkannte, erklärte der Nationalverein in einer Generalversammlung (16. Okt.), daß dieselbe in keiner Weise den Ansprüchen des deutschen Volkes genüge und daher mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen sei.

Zu derselben Zeit, als Bismarck die erwähnten wichtigen Schriftstücke verfaßte, begleitete er den König zu den Feldmanövern des Gardecorps in das anmuthige Hügelland der märkischen Schweiz, wo die Berge, „bestreut mit Fichtenäpfeln", die stillen Landseen umkränzen und die Heide ihre „heimlich trauten Schauerstellen" hegt. Dort fand er eine bessere Erholung von des Tages Mühen, als sie ihm in Gastein und Baden-Baden vergönnt gewesen, und fand zwischen dem Manöverritt und der königlichen Tafel in Buckow noch so viel Zeit, in einigen Zeilen seiner Gemahlin Nachricht zu geben (Buckow, 21. Sept. 1863): „Ich wollte Dir heut, am letzten Sommertage, einen recht bequemen und verständigen Brief schreiben und legte mich in diesem Gedanken vor drei Stunden auf das Sofa, schlief aber ein und erwachte erst eben, wo ich nur eine Viertelstunde bis zur Tafel habe, die um 6 Uhr ist. Ich war um 7 ausgerückt, bis $^{1}/_{2}$2 ununterbrochen geritten als «Herr Oberstwachtmeister», um unsere braven Soldaten Pulver verbrennen und Attaken reiten zu sehen. Ich schloß mich zuerst Fritz an, der 3 Regimenter Kavallerie kommandirte, ging dann zur Garde du Corps über, jagte wie unsinnig über Stock und Block und habe lange keinen so behaglichen Tag verlebt. Hier wohne ich neben dem Könige und zwei Adjutanten in einem netten alten Hause bei Graf Flemming; hübsche Gegend mit Hügeln, Seen und Wäldern, und vor Allem nichts zu thun, nachdem ich gestern meine Geschäfte mit ** beendet habe. Morgen früh muß ich leider wieder in die Tretmühle, und jetzt zum Essen, nachdem ich mich ganz dumm geschlafen habe, und dabei das Genick verbogen an dem steilen Sofa. Wir haben achtzig Personen zu Tisch, allerhand fremde Offiziere, Engländer, Russen und den ganzen Bund im Haus. Ich habe gar kein Civil mit, bin auf achtundvierzig Stunden also ganz Major."

Wie gerne athmete er den Kieferndust der Heide, den Pulverdampf der preußischen Patronen; wie freudig hörte er das Gekrach der Salven und den Hurrahruf der Grenadiere! Wenn er an den Sturmkolonnen vorüberritt, dann schien das buschige Auge, das trutzig und scharf unter dem blanken Stahlhelm hervorblickte, zu fragen: „Ob sie's wol noch können?" und der Herzschlag unter seinem „eisernen Wamms" gab die Antwort: „Gott sei Dank, sie können's noch!"

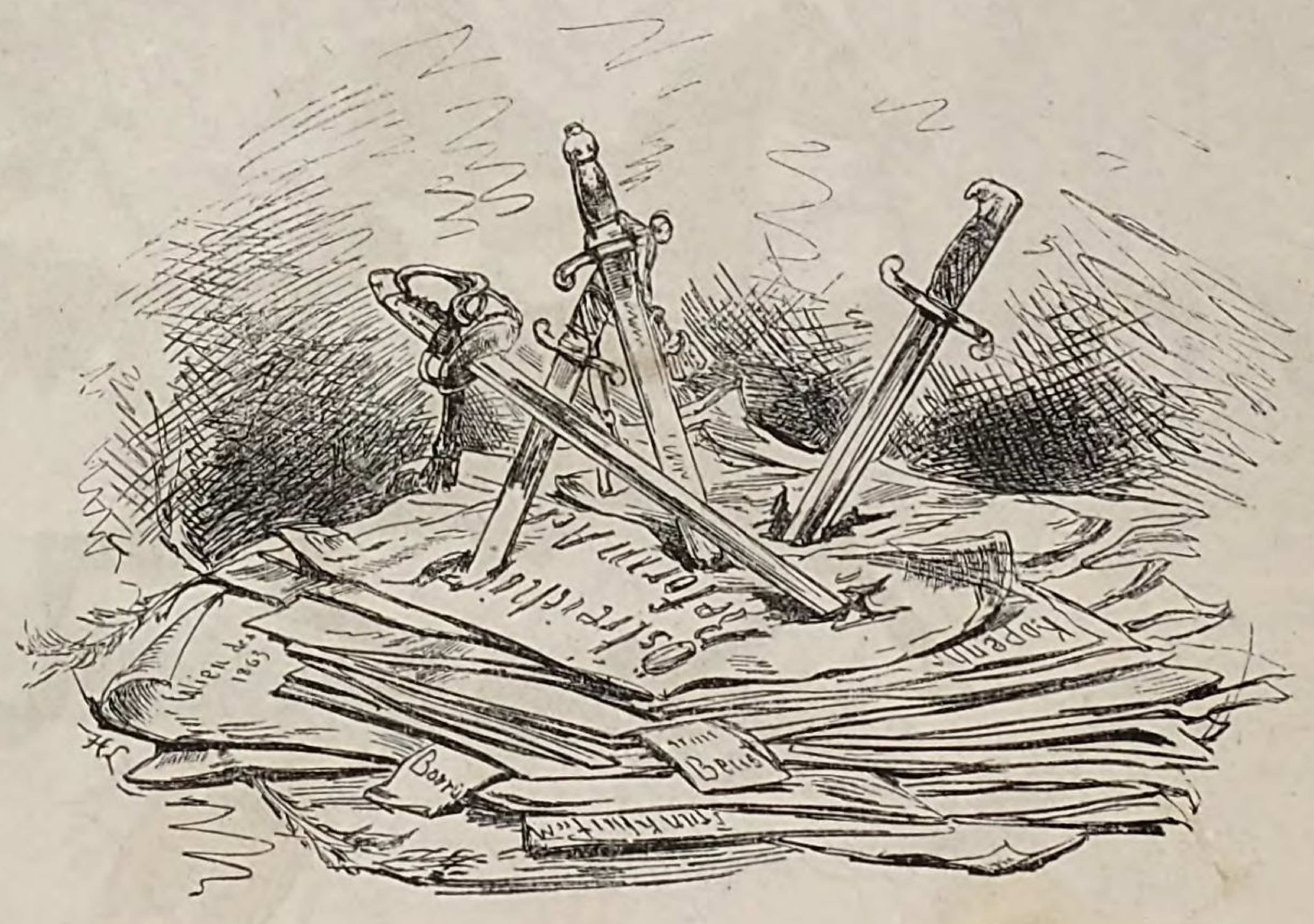


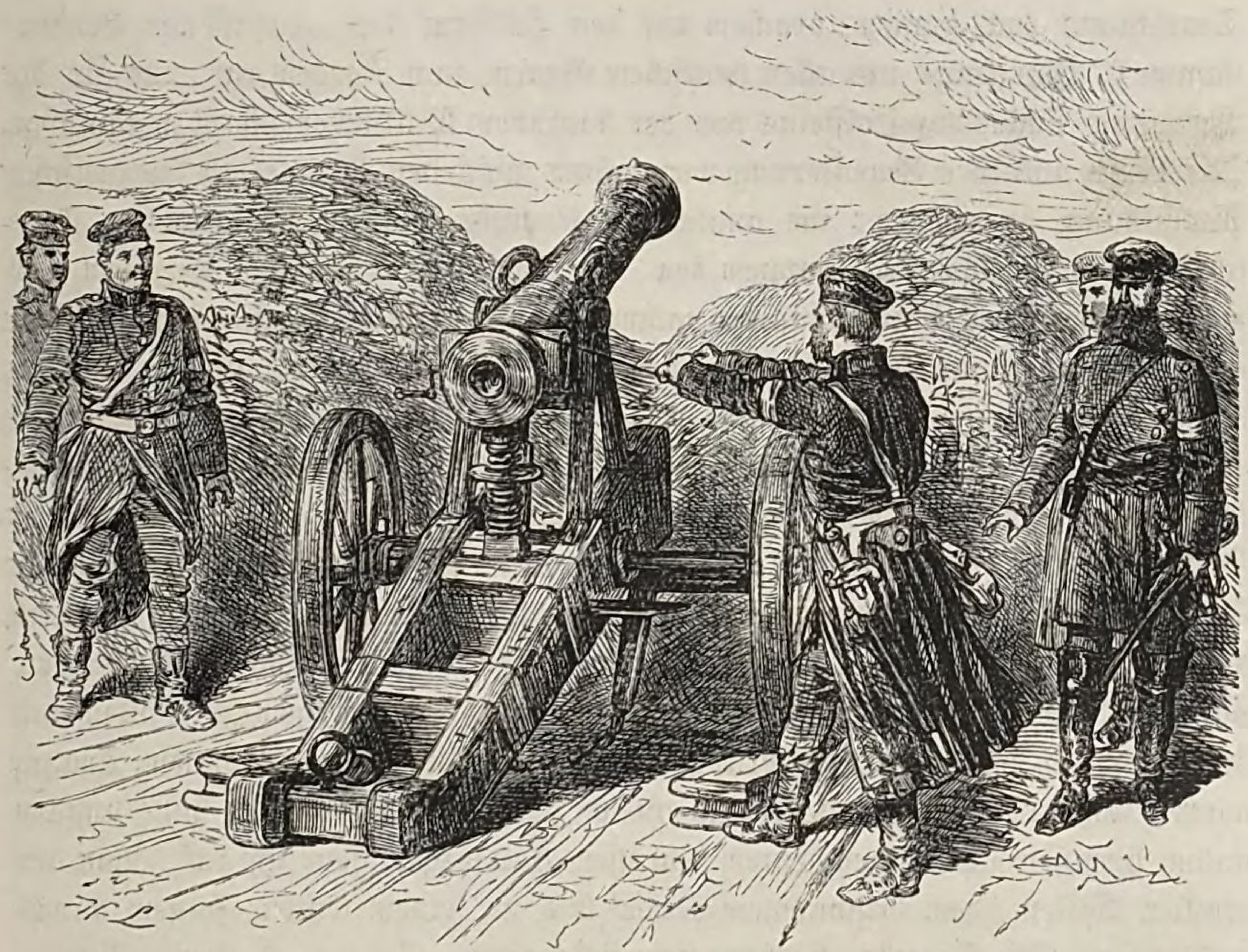
Bei den Feldmanövern des Gardecorps (im Herbst 1863).

In Graf Rechberg's Staatsaktion war seit dem Frankfurter Fürstenkongreß ein gewisses Zögern und Schwanken nicht zu verkennen. Er veranstaltete zwar eine Konferenz der Minister mehrerer Mittel- und Kleinstaaten, welche (23. und 24. Okt.) im Bayerischen Hofe zu Nürnberg stattfand; dieselbe hatte indessen nur das negative Ergebniß, daß man die drei preußischen Forderungen ablehnte und dem Grafen Rechberg die Antwort an Preußen übertrug.

Die Begeisterung für das unfruchtbare Reformwerk war offenbar im Erlöschen. Herr von Beust warb indessen bereits um die Zustimmung der Mittelstaaten zu einem neuen Plane. Er wünschte die Einberufung eines Delegationenparlaments der Mittel- und Kleinstaaten, um mit Hülfe desselben innerhalb des Bundes einen Sonderbund mit dreiköpfigem Direktorium — Sachsen, Bayern und Württemberg oder Hannover — zu errichten. Diese sogenannte Triasidee war seitdem ein Lieblingsgedanke des sächsischen Ministers, auf den er bei späteren Veranlassungen öfters zurückkam. Er hoffte, durch Verwirklichung desselben die Bedeutung Sachsens neben den Großstaaten heben und seine Wirkungssphäre erweitern zu können. Ein kurzes diplomatisches Intriguenspiel folgte dem Gelegenheitsspiel des Fürstentages, und eine langschweifige Note des Grafen Rechberg an den österreichischen Gesandten in Berlin (30. Okt.) war das letzte Schriftstück in dieser Angelegenheit, welches mit der Frankfurter Reformakte „zu dem Uebrigen" gelegt ward.

Oesterreich hatte seinen letzten Trumpf ausgespielt; jetzt kam die Reihe an Preußen.





Das Danewirke.



Vierzehntes Kapitel.

Schleswig-Holsteinische Wirren.

In Gottes Namen drauf!
Wrangel.

Schleswig-Holstein, Doppelzweig der deutschen Eiche! wie viele Lieder sind dir erklungen, wie viele Reden sind für dich gesprochen, wie vieles Blut ist für dich vergossen worden! — Als König Christian VIII. jenen „offenen Brief“ erließ, in welchem er die dauernde Vereinigung der beiden Herzogthümer mit den dänischen Erbstaaten als ein Recht der dänischen Krone in Anspruch nahm (8. Juli 1846), da scholl es einmüthig von einer Küste zur anderen der meerumschlungenen Lande: „Wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben!“ — Der muthige Widerstand des kleinen Völkchens gegen fremde Anmaßung und Willkür weckte die Theilnahme der Deutschen für die deutsche Sache. Zwei Jahre später, als die Wogen der Bewegung in ganz

Deutschland hoch gingen, brachen auf den Hülferuf des „verlassenen Bruderstammes“ Jünglinge aus allen deutschen Gauen nach Norden auf, um für die Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Willkürherrschaft zu kämpfen. Ihr Muth und ihre Begeisterung vermochten nicht, den Mangel an kriegerischer Ausbildung zu ersetzen; im ungleichen Kampfe erlagen die deutschen Freischaren den geordneten Truppen der dänischen Landsoldaten. Preußen und mehrere deutschen Bundesstaaten nahmen den Kampf für Schleswig-Holstein gegen Dänemark auf. Ueber das Getrümmer der alten Danewirke hinweg drangen an jenem stürmischen Ostermorgen (23. April 1848) die preußischen Garden in Schleswig ein, und in kurzem Kriegszuge vollendete Wrangel mit den Bundestruppen die Befreiung des ganzes Landes. Aber neben den Kämpfen auf offenem Felde ging der Federfeldzug der Diplomatie. Waffenruhe und schleichende Friedensverhandlungen hemmten den Fortgang des Krieges. Ermuthigt durch die Zusprache anderer Mächte, Rußlands, Englands und Schwedens, weigerte sich das kleine Dänemark hartnäckig, die deutschen Forderungen zu erfüllen und die Rechte der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins anzuerkennen. Trutzig warf Dänemark den Handschuh zu einem zweiten Waffengange hin; ungern nahm Preußen im Namen seiner deutschen Bundesgenossen ihn auf, ohne den ernsten Willen, den begonnenen Krieg bis zu seinen letzten Folgen durchzukämpfen. Die Siegesnachrichten von Eckernförde, Düppel, Kolding, Gudsoe, (April und Mai 1849) erregten noch einmal die Begeisterung der deutschen Herzen, aber die Staatskunst wußte nicht die Errungenschaften des Schwertes zu wahren. Eine neue lange Waffenruhe bildete den Uebergang zum Frieden, nach welchem Preußen seine Truppen von den deutschen Nordmarken zurückzog und die Herzogthümer ihrem Schicksal überließ (2. Juli 1850).

Zürnend verließen die preußischen Krieger das Land, für das ihre Brüder umsonst geblutet hatten und gefallen waren; kampfesfreudig zogen die jungen Söhne Schleswig-Holsteins an ihnen vorüber nach Norden, um selbständig und allein den Kampf für ihr Recht aufzunehmen. Auf der Idstedter Heide wurden die Schlachtenloose geworfen, — sie fielen für Dänemark (25. Juli). Besiegt, aber nicht bezwungen, setzten die Schleswig-Holsteiner auch nach der schweren Niederlage den Kampf fort und gaben bei Missunde und Friedrichstadt Zeugniß von dem Muthe, der sie alle beseelte. Sie wollten „Deutsche bleiben oder sterben, treu an einander bis zum Tod geschart.“

Dies war die Zeit, als Preußen in der unglücklichen Uebereinkunft von Olmütz (Nov. 1850) auf die Leitung der deutschen Angelegenheiten verzichtete und als die österreichische Staatskunst auch im Norden die Oberhand gewann. Oesterreich gebot für Schleswig-Holstein die Einstellung der Feindseligkeiten; Preußen stimmte ihm bei. Oesterreichische Truppen zogen nach der Niederelbe, um dem kleinen schleswig-holsteinischen Heere die Waffen abzufordern oder zu entreißen.

Das war den Schleswig-Holsteinern ein Stoß in ihr deutsches Herz. Jeder Widerstand wäre nutzlos gewesen. Sie legten die Waffen nieder, die sie für ihr Recht und ihre Unabhängigkeit mit Ehren geführt hatten, und unterwarfen sich dem Willen der Mächte.

Eine neue Zeit voll der Drangsale und Bedrückungen begann für Schleswig-Holstein. In den zurückgegebenen Landen schaltete der Däne nach Willkür, wie in einer eroberten Provinz. Deutsche Zucht und Sitte wurden mißachtet, die deutsche Sprache verdrängt, der deutsche Name verhöhnt. Die Hoffnung, daß mit dem Tode König Friedrich's VII., des letzten Sprossen der männlichen Linie des dänischen Königshauses, infolge des verschiedenen Erbrechts in Dänemark und in Schleswig-Holstein eine Trennung dieser Lande und damit bessere Zeiten für die letzteren eintreten möchten, wurde durch das unheilvolle Londoner Protokoll (8. Mai 1852) herabgestimmt. Durch diese Urkunde verpflichteten sich die Hauptmächte, — England, Oesterreich, Frankreich, Rußland, Schweden und nach einigem Widerstreben auch Preußen, — den Prinzen Christian von Holstein-Sonderburg-Glücksburg als den berechtigten Erbfolger im ganzen Umfange Dänemarks sowie der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg anzuerkennen. Mehrere deutsche Bundesstaaten — Kurhessen, Hannover, Sachsen und Württemberg — erklärten ihren Beitritt. Der meistberechtigte Erbe in Holstein, Herzog Christian August von Holstein-Augustenburg, ließ sich bereit finden, gegen eine Entschädigungssumme ($2^1/_4$ Millionen Thaler) auf sein Erbrecht für sich und seine Nachkommen zu Gunsten dieser neuen Erbfolgeordnung zu entsagen. Die Rücksicht für die Erhaltung der dänischen Gesammtstaaten unter einer Krone wurde somit höher gestellt als das nationale Interesse Deutschlands an den Herzogthümern.

Zwar hatte Dänemark in den Vorbedingungen für jenen Vertrag sich den deutschen Mächten gegenüber ausdrücklich verpflichtet, das Bundesrecht der deutschen Herzogsthümer Holstein und Lauenburg, sowie die Rechte der deutschen Bevölkerung Schleswigs zu achten, und weder eine Einverleibung des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark, noch irgend welche darauf abzielende Schritte vorzunehmen; indessen die in Kopenhagen herrschende Partei der sogenannten „Eiderdänen" kümmerte sich weder um die neuen Versprechungen noch um das alte, verbriefte und von jedem Könige bestätigte Recht der Lande Schleswig-Holstein, „up ewig tosamende" zu bleiben. Die dänische Regierung arbeitete heimlich und offen auf die Einverleibung Schleswigs hin. Der Deutsche Bund ließ sich in schleppende Verhandlungen ein, aber er vermochte nicht, die nationale Würde dem kleinen Dänemark gegenüber zu vertreten.

Eine Reihe von Jahren hindurch hatte Dänemark den Deutschen Bund durch Vorspiegelungen und politische Taschenspielerkünste hingehalten und getäuscht. Ermuthigt durch die Spannung zwischen Preußen und Oesterreich und

durch den inneren Konflikt in Preußen, trat es immer offener mit seinen wahren Zielen hervor. Am 30. März 1863 erließ die dänische Regierung ein Gesetz, demzufolge die uralte Verbindung Holsteins mit Schleswig gelöst werden und Holstein eine scheinbar selbständige Verwaltung erhalten, dagegen zu allen Abgaben des Königreichs herangezogen werden sollte, ohne an den Rechten der dänischen Staatsbürger Theil zu nehmen. Auch sollten die holsteinischen Truppen von dänischen Offizieren befehligt werden. Dadurch wäre das deutsche Bundesland Holstein in das Verhältniß einer tributpflichtigen Provinz zu Dänemark herabgedrückt worden.

Dieses sogenannte „Märzpatent" war nur ein Schritt, welcher die Einführung einer Gesammtstaatsverfassung für Dänemark-Schleswig oder die Einverleibung Schleswigs in Dänemark, in Widerspruch mit den Voraussetzungen des Londoner Protokolls, einleiten sollte. Die neue Verfassung wurde dem dänischen Reichsrath vorgelegt (29. Sept.) und angenommen (13. Nov.). Es bedurfte nur noch der Unterschrift des Königs, um ihr Gesetzeskraft zu geben und den Treubruch offenkundig zu machen. König Friedrich VII. war bereits dazu entschlossen, aber er fand nicht mehr so viel Lebenszeit, um sie vollziehen zu können.

Durch das Märzpatent hatte Dänemark die Rechte des Deutschen Bundes, durch die Gesammtstaatsverfassung seine Verpflichtungen gegen Preußen und Oesterreich als Unterzeichner des Londoner Protokolls verletzt. Nur gegen das erstere durfte der Bund Einspruch erheben; die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, welches nicht zum Bundesgebiet gehörte, entzogen sich seiner unmittelbaren Einwirkung. Nach langem Zaudern und wiederholten vergeblichen Aufforderungen an Dänemark, das Märzpatent zurückzunehmen, hatte sich der Bund endlich zu dem Beschluß ermannt, die Rücknahme durch Exekution gegen den König-Herzog zu erzwingen (1. Okt.). Schon waren die Truppen bestimmt und in Bereitschaft gesetzt, welche in Holstein einrücken sollten, da trat ein Ereigniß ein, welches plötzlich die ganze Sachlage zu verändern schien.

Am 15. November 1863 starb der letzte König von Dänemark, welcher zugleich unbestrittener Herzog von Schleswig-Holstein war. Am folgenden Tage kündigte Prinz Christian von Glücksburg, dem die Protokollmächte die Erbfolge zuerkannt hatten, als König Christian IX. seinen Regierungsantritt in den Gesammtstaaten an. Aber in Schleswig-Holstein und im deutschen Volke wollte man von dem „Protokollprinzen" nichts hören. Dem Volke erschien jene unheilvolle Akte, in welcher die Erbfolge für die Herzogthümer ohne Befragen der schleswig-holsteinischen Stände, ohne die Zustimmung des Bundes in seiner Gesammtheit, allein durch die Politik der Kabinete im dänischen Interesse geregelt war, nur als eine Fessel, durch welche die deutschen Nordlande für immer an Dänemark gekettet werden sollten. Das Londoner Protokoll erinnerte an trübe Tage der Vergangenheit, an den Akt von Olmütz, an die Wiederherstellung

des unvolksthümlichen Bundes, an die Schuld, welche dieser bei der Entwaffnung und Auslieferung der Herzogthümer an Dänemark auf sich geladen hatte. Alle Kränkungen und Ehrverletzungen, welche Deutschland seitdem von dem kleinen Dänemark geduldig hingenommen hatte, traten lebendig vor die Seele des Deutschen und trieben ihm die Zornröthe ins Antlitz. Die deutsche Bewegung wandte sich jetzt einem bestimmten Ziele zu; es galt die Lostrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark. Durch ganz Deutschland gingen die Rufe: „Nichts von Protokollen! — ein deutscher Herzog für das deutsche Land!" —

Der Herzog ließ nicht auf sich warten. Unbekümmert um die (1852 erfolgte) Verzichtleistung seines Vaters erließ Erbprinz Friedrich von Augustenburg von seinem Landsitze zu Dolzig in der Niederlausitz eine Proklamation an die Schleswig-Holsteiner, in welcher er sich als ihren rechtmäßigen Herzog Friedrich VII. ankündigte. Wol kam er nicht, wie sonst ein deutscher Herzog, Besitz zu ergreifen von seinem Lande, an den Heerschild zu schlagen und sein Volk für sein Recht in den Kampf zu rufen, sondern er ließ sich in Gotha nieder und umgab sich dort mit einem kleinen Hofstaat. Er stellte auch nicht sein Recht unter den Schutz einer deutschen Vormacht, sondern er wandte sich an Kaiser Napoleon III. (2. Dez.) und bat ihn um die „mächtige Unterstützung der Stimme Frankreichs". Trotzdem sahen die Führer der Bewegungspartei in seinen Ansprüchen das einzige Mittel, um die Losreißung der Herzogthümer von Dänemark zu betreiben. In Klubbs und Volksversammlungen, bei Festbanketten und in Ständekammern hörte man nur noch von dem Erbrechte des Augustenburgers reden.

Die Regierungen der kleineren Staaten vermochten nicht dem Drucke der öffentlichen Meinung zu widerstehen. Selbst diejenigen, welche früher dem Londoner Protokoll beigetreten waren, sagten sich offen von demselben los. Sachsen und Württemberg stellten am Bunde den Antrag, statt der früher beschlossenen „Exekution" jetzt eine „Okkupation", d. h. anstatt der Zwangsmaßregeln gegen den König-Herzog eine militärische Besetzung Holsteins bis zur Beschlußfassung des Bundes in der Erbfolgefrage eintreten zu lassen. Die meisten Regierungen zeigten große Neigung, die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Holstein durch einen einfachen Bundesbeschluß zu bewirken und ihn dann bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Schleswig — vermöge dessen alten Rechtes, mit Holstein „up ewig tosamende" zu bleiben — mit einem Bundesheere zu unterstützen.

Anders beurtheilte der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen, von Bismarck, die Lage der Dinge. Ihm war es in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nicht um das Erbrecht eines einzelnen Dynasten zu thun, sondern um das höhere geschichtliche Recht der deutschen Nation, und er wollte diesem Rechte vor Allem Anerkennung schaffen. Auch Bismarck mochte die unter dem Ministerium Manteuffel erfolgte Unterzeichnung des Londoner Protokolls durch

Preußen beklagen; da sie aber geschehen war, so hielt er es „für ein Gebot der Ehre und Klugheit, an der Vertragstreue Preußens keinen Zweifel haften zu lassen." Dagegen verstand er es, das vorhandene Aktenstück nun selbst als eine Waffe zu gebrauchen, um die gerechten Ansprüche Deutschlands gegen Dänemark zur Geltung zu erheben. Er sah in König Christian IX. den „Erben des Rechts und Unrechts seiner Vorgänger" und forderte von ihm auf Grund des Londoner Protokolls die Erfüllung derjenigen Zusagen, welche dem Abschlusse desselben vorangegangen waren, nämlich die Achtung des deutschen Bundesrechts in Holstein und die Nichteinverleibung Schleswigs in Dänemark. Hätte Dänemark sich ohne Vorbehalt dazu verstanden, dann würde Preußen infolge seiner Mitunterzeichnung des Londoner Protokolls keinen Grund gehabt haben, die Erbfolgeberechtigung Christian's IX. in Schleswig-Holstein zu bestreiten; es würde nur auf Grund der während des letzten Jahrzehnts gemachten Erfahrungen von Dänemark bestimmte Bürgschaften haben fordern können, um die Sonderstellung und die Rechte der Herzogthümer für die Zukunft zu sichern. Es war indessen vorherzusehen, daß der von dem Einfluß der Eiderdänen beherrschte neue König seine Regierung nicht mit einem Akte der Nachgiebigkeit gegen Deutschland beginnen würde, und in diesem Falle gab es nach Bismarck's Ansicht und Rath für Preußen keine andere Wahl als — den Krieg.

Durch den Krieg erlangte der siegreiche Theil die Macht, eine Abänderung oder Aufhebung der unerfüllt gebliebenen Verträge durchzusetzen. Der erste Kanonenschuß mußte das Londoner Protokoll zerreißen und der letzte durfte nicht eher fallen, als bis dem Willen Preußens genügt und das Recht der deutschen Nation in Schleswig-Holstein für die Zukunft auf neuen Grundlagen fest begründet und sichergestellt war. Für die Art, wie dies Letztere geschehen konnte, ließen sich verschiedene Formen denken. Eine solche war zunächst die Personalunion, d. h. die Fortdauer der Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark unter einer Krone, wobei jedoch die ersteren einen selbständigen Staatskörper mit eigener Verfassung, Verwaltung und Armee gebildet und einen Rückhalt an Preußen und dem Deutschen Bunde gehabt hätten. Einer solchen Lösung würden auch die auswärtigen Mächte — mit Ausnahme Dänemarks — nicht abgeneigt gewesen sein; sie würden aber die nationalen Wünsche und Hoffnungen in Deutschland nicht befriedigt haben. Demnächst kam die Bildung eines neuen deutschen Kleinstaats unter einem eigenen Herzog — also in erster Reihe unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, als anscheinend dem meistberechtigten und von der Volksstimmung am meisten begünstigten Erbansprecher — in Betracht. Dies war, was nicht allein die Mehrzahl der deutschen Regierungen und die Freunde der Vielstaaterei für das Wünschenswertheste hielten, sondern was auch dem Sinne des Königs selbst sowie des Kronprinzen von Preußen und fast aller Personen in den höchsten und Hofkreisen entsprochen hätte, und wofür auch die öffentliche Meinung gewonnen war.

In einem solchen innerhalb der Machtsphäre Preußens neu zu errichtenden Kleinstaate, der auf den Schutz der norddeutschen Großmacht angewiesen blieb, würde sich jedoch diese im eigenen und im deutschen Interesse einen überwiegenden Einfluß und eine Vorherrschaft, insbesondere in militärischer und maritimer Beziehung, haben sichern müssen, welche die Eifersucht Oesterreichs und der Bundesstaaten ihm nicht zugestehen mochte. Eine dritte denkbare Kombination war die Aufnahme der Herzogthümer in den preußischen Staatsverband. Bismarck sah diese Lösung der schleswig-holsteinischen Frage „nicht als den obersten und nothwendigen Zweck, wohl aber als das angenehmste Resultat" an. Wenn er dieselbe indessen schon vor Ausbruch oder während des Krieges für das Ziel seiner Politik erklärt hätte, so würde er nicht allein die Zahl der Gegner Preußens im Auslande vermehrt und die Bundesgenossenschaft Oesterreichs verwirkt, sondern auch in der eigenen Nation nicht die ausreichende Unterstützung gefunden haben. Um die Annexion möglich zu machen, mußte Bismarck erst die Unausführbarkeit der anderen Kombinationen vor der Welt darthun, und mußten noch Thaten geschehen, durch welche das preußische und deutsche Nationalgefühl neuen Inhalt und Aufschwung erhielt. Im Volke aber täuschte man sich über Bismarck's Pläne und Absichten. Weil er von den Festsetzungen des Londoner Protokolls ausging, welches mit der preußischen Politik von Olmütz, trüben Andenkens, in gewissem Zusammenhange stand, so besorgte man, daß er nichts Anderes im Sinne habe, als die deutsche Bewegung für Schleswig-Holstein niederzuhalten und die deutschen Herzogthümer unter irgend einer neuen Form an Dänemark auszuliefern.

Auch die österreichische Regierung hielt sich im Gegensatze zu der Auffassung der Mittel- und Kleinstaaten durch das Londoner Protokoll, dessen Abmachungen dem österreichischen Interesse durchaus zusagten, dem übrigen Europa gegenüber gebunden und wünschte nichts weniger, als eine Machterweiterung Preußens in Norddeutschland. Sie sah aber eine Gefahr in der allgemeinen Aufregung und Bewegung, welche die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Deutschland hervorgerufen hatte, und erkannte die Nothwendigkeit, Etwas in derselben zu thun, wenn sie nicht ihren Einfluß in Deutschland, der ohnehin durch den kläglichen Verlauf des Fürstenkongresses gelitten hatte, einbüßen wollte. Sie hielt es für politische Klugheit, Preußen bei seinem Vorgehen in dieser Sache zu überwachen und zu zügeln. Der Minister Graf Rechberg wußte daher wohl, was er Alles verhüten, nicht aber, was er erreichen wollte. Bismarck dagegen steuerte mit festem, klarem Blicke geraden Wegs auf sein Ziel los. So gerieth Graf Rechberg, ohne es zu wollen, mehr und mehr in das Bismarck'sche Fahrwasser hinein und mußte jeden Schritt, den Bismarck that, mit ihm gemeinschaftlich oder ihm nachthun. Erst als es galt, die Schlußfolgerung aus der preußischen Politik in Schleswig-Holstein zu ziehen, da erschrak Oesterreich und nahm seine Zuflucht wieder zum Bunde.

Preußen und Oesterreich erklärten sich am Bunde gegen die von Sachsen und Württemberg beantragte „Okkupation“ Holsteins und beharrten auf der Vollziehung der früher beschlossenen „Exekution“ gegen den König-Herzog, weil sie den Nachdruck auf das nationale Recht legten und sich in der Erbfolgefrage durch das Londoner Protokoll gebunden erachteten. Das Gewicht der beiden Großmächte fiel auch bei der Abstimmung am Bundestage (7. Dez.) so bedeutsam in die Wagschale, daß jener Antrag (mit 8 gegen 7 Stimmen) abgelehnt und auf den früheren Exekutionsbeschluß zurückgegangen wurde. Um die Weihnachtzeit rückten die sächsisch-hannoverschen Exekutionstruppen in Holstein ein; Preußen und Oesterreich hielten ihre Reserven bereit. Die Dänen wichen schrittweise ohne Widerstand über die Eider nach Schleswig zurück.

Den Bundestruppen folgte der Erbprinz Friedrich von Augustenburg und erschien (30. Dez.) unerwartet in Kiel. Die biederen Holsten in ihrer Freude, von den dänischen Drängern befreit zu sein, gelobten sich sogleich mit Hand und Herzen dem neuen Herzoge an, nicht ahnend, daß die Ereignisse bald über den ersten Freudenrausch der Bevölkerung wie über den Fürstentraum des Augustenburgers hinweggehen würden.

Mit der exekutorischen Besetzung Holsteins bis zur Eider waren zunächst die Zwangsmittel des Bundes gegen Dänemark erschöpft. Bismarck leitete für Preußen aus seiner europäischen Machtstellung und aus seiner Mitunterzeichnung des Londoner Protokolls die Berechtigung zu weiterem Einschreiten her.

Drei Tage nach seinem Regierungsantritt (18. Nov.) hatte König Christian IX. seinen Namen unter jene Akte gesetzt, welche die Gesammtstaatsverfassung für Dänemark-Schleswig verkündigte. Er that es zögernd und widerwillig, aber die Dinge in Kopenhagen ließen ihm kaum eine andere Wahl. Er zog es vor, infolge eines Krieges lieber einen Herzogshut, als infolge eines Aufstandes eine Königskrone zu verlieren. Mit dem 1. Januar 1864 sollte die Verfassung in Kraft treten und die widerrechtliche Einverleibung Schleswigs zur Thatsache werden. Noch war es möglich, innerhalb der kurzen Frist bis dahin einen Einfluß auf den König zu üben. Die Abmachungen Preußens und der anderen Mächte schienen auch ihren Eindruck auf ihn nicht ganz zu verfehlen; die eifrigsten Eiderdänen — Hall, Orla-Lehmann — traten aus dem Ministerium zurück und Bischof Monrad übernahm die Leitung des neuen. Bald aber zeigte sich's, daß nur die Namen, nicht aber das System gewechselt und daß kein Ministerium gegen die herrschende Volksstimmung in Kopenhagen die Rücknahme der Gesammtstaatsverfassung durchzusetzen im Stande war.

Jetzt glaubte Bismarck den Zeitpunkt gekommen, wo es Preußens Aufgabe war, zum Schutze Schleswigs nöthigenfalls mit den Waffen gegen Dänemark vorzugehen. Am 28. Dezember stellte Preußen in Gemeinschaft mit Oesterreich in der Bundesversammlung einen Antrag, welcher weit über die früheren Anträge der Mittelstaaten hinausging. Er lautete dahin, der Bund

wolle die dänische Regierung zur Rücknahme des Grundgesetzes vom 18. November auffordern und im Falle der Weigerung sofort die militärische Besitznahme Schleswigs als eines Pfandes für die Erfüllung der gerechten Forderungen Deutschlands beschließen.

Nach einer langen Zeit des Zauderns und Wartens war dem Deutschen Bunde — vielleicht zum ersten und letzten Male — Gelegenheit zu einer deutschen That gegeben. Durch die einstimmige Annahme des Antrages würde er sein Ansehen vor dem Volke und im Auslande gehoben haben. In einem Bundeskriege mit den beiden Großmächten an der Spitze würde er die Einsprache keiner fremden Macht zu fürchten gehabt haben und in die Lage gekommen sein, Dänemark den Frieden zu diktiren. Er ließ diese Gelegenheit vorübergehen.



Rückzug der Dänen aus Holstein.

Die meisten Regierungen waren aus theoretischen Bedenken gegen den Antrag, weil sie in der Aufforderung an Dänemark zur Rücknahme der Novemberverfassung eine mittelbare Anerkennung König Christian's IX. als Herzog von Schleswig-Holstein erblickten und die Erbfolgefrage vor allem Uebrigen entschieden wissen wollten. So geschah es, daß der Antrag der Großmächte in der entscheidenden Sitzung (mit 11 gegen 5 Stimmen) abgelehnt wurde (14. Jan.). Dafür stimmten außer Preußen und Oesterreich nur Kurhessen, Mecklenburg und die 16. Kurie (Liechtenstein, Waldeck, die beiden Reuß, Lippe und Hessen-Homburg). Unmittelbar nach der Abstimmung erklärten Preußen und Oesterreich, daß sie nun ihrerseits selbständig als europäische Mächte zur Ausführung der beantragten Maßregeln schreiten würden. Zwei Tage darauf (16. Jan.) übergaben ihre Gesandten in Kopenhagen eine letzte Aufforderung zur Rücknahme der Novemberverfassung binnen achtundvierzig Stunden. Die Frist verstrich und Preußen und Oesterreich schritten zur Besitznahme Schleswigs.

Es war ein eigenthümliches Schauspiel, als die beiden Mächte, zwischen denen kurz vorher ein erbitterter Kampf entbrennen zu wollen schien, als Bundesgenossen nach Norden zogen, um mit vereinten Waffen den gemeinschaftlichen Feind Deutschlands zu bekämpfen. Endlich war die Zeit gekommen, daß mit jenem kleinen, übermüthigen Gegner, der Deutschland seit einer Reihe von Jahren gehohnneckt und herausgefordert hatte, Abrechnung gehalten werden sollte. Dennoch erregte das einträchtige Vorgehen der beiden Großstaaten in einer deutschen Sache nicht die allgemeine Befriedigung, sondern vielfach Mißtrauen. Die Erinnerung an die Entwaffnung und Uebergabe der Herzogthümer an Dänemark im Jahre 1850 war noch zu lebhaft, als daß man nicht auch jetzt ähnliche Besorgnisse hätte hegen sollen. Am heftigsten äußerte sich der Unwille in den Volksversammlungen in Süddeutschland. Ja, in Bayern beschloß eine solche Massenversammlung, eine Aufforderung an König Maximilian zu richten, daß er die großmächtliche Politik mit Gewalt bekämpfen und den Erbprinzen von Augustenburg mit Hülfe der bayerischen Waffen in die Herzogthümer einsetzen möchte. Die meisten deutschen Regierungen — Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und die sächsischen Häuser — erhoben feierlich Protest gegen das Vorgehen der Großstaaten. Mehrere Bundesstaaten verweigerten den Truppen Preußens und Oesterreich geradezu den Durchmarsch.

Durch die fast feindselige Haltung der Mittel- und Kleinstaaten ließ Bismarck sich in der Verfolgung seiner Pläne nicht beirren; die Ablehnung der Mitwirkung des Bundes war ihm vom spezifisch-preußischen Standpunkte aus sogar erwünscht und das in mancher Beziehung hemmende Bündniß mit Oesterreich hatte er um bestimmter Zwecke willen einstweilen eingehen müssen. Was ihn aber als preußischen Staatsmann tief schmerzte, war die Haltung des Abgeordnetenhauses gegenüber einer Politik, die er nach seiner gewissenhaftesten Ueberzeugung im preußischen und deutschen Interesse seinem Könige angerathen hatte. Es war nicht sowol politische Kurzsichtigkeit, welche Viele hinderte, ihm in seine Pläne zu folgen, als vielmehr ein tief eingewurzeltes, durch die lange Konfliktszeit genährtes Mißtrauen. Nicht allein Männer von einer bestimmten Parteirichtung, sondern auch solche, mit denen er sich über die großen Ziele der Nation im Grunde eines Sinnes fühlte, traten der Bismarck'schen Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit entgegen, weil sie dieselben Ziele auf anderen Wegen anstrebten oder sich über seine wahren Absichten täuschten. Vergeblich suchte Bismarck die Landesvertretung in die Bahnen seiner Politik mit fortzureißen; überall kämpfte er gegen eine geschlossene Opposition an, überall thürmten sich ihm Hindernisse und Schwierigkeiten entgegen, zu deren Ueberwindung es eines eisernen Willens und eiserner Nerven bedurfte.

Schon in seinen ersten Sitzungen beschäftigte sich das (seit 9. Nov.) wieder eröffnete Abgeordnetenhaus, welches noch mehr aus Führern und Mitgliedern

der Fortschrittspartei zusammengesetzt war als die früheren, mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Dem Antrage der Abgeordneten Stavenhagen und Dr. Virchow gemäß erklärte das Haus, „die Ehre und das Interesse Deutschlands verlange, daß sämmtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogthümer schützen, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisteten" (1. Dez.). Die Erklärung, welche Bismarck bei den Verhandlungen über diese Beschlußfassung Namens der Regierung abgab, ließ keinen Zweifel darüber, daß dieselbe fest entschlossen war, für das deutsche Recht in den Herzogthümer nöthigenfalls mit den Waffen einzustehen; jedoch wollte Bismarck nicht aus der deutschen Sache eine augustenburgische gemacht wissen, wie dies der Antrag der Liberalen bezweckte.

Als die Regierung acht Tage später (9. Dez.) mit einer Geldforderung vor das Haus trat, antwortete dieses mit einer Adresse an den König, „um die schwere Schuld von sich abzuwenden, daß es nicht Alles versucht habe, um eine Politik zu ändern, welche das Land auf lange Zeit zu schädigen drohe." Bismarck bezeichnete die Voraussetzung des Hauses, daß der König keine richtige Kenntniß von der politischen Lage habe und erst auf dem Wege der Adresse besser unterrichtet werden solle, als eine Selbsttäuschung und die Adresse als einen Versuch, die beabsichtigte Ablehnung der Regierungsvorlage vor den Wählern und dem Volke zu begründen. „Um zur Ablehnung zu gelangen," sagte er, „schieben Sie uns eine Politik unter, die wir eben nicht treiben .... Unsere Politik ruht auf dem Ausspruch Sr. Majestät, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen und daß ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden soll."

Der König beantwortete die Adresse mit einem von dem gesammten Staatsministerium unterzeichneten Erlaß (27. Dez.). „Das Haus der Abgeordneten" — hieß es darin — „kann überzeugt sein, daß die Richtung, in welcher meine Regierung die auswärtige Politik bisher geführt hat, das Ergebniß meiner reiflich erwogenen Entschließungen ist. Ich habe die letzteren gefaßt mit Rücksicht auf die von Preußen geschlossenen Verträge, auf die Gesammtlage Europa's und auf unsere Stellung in derselben, aber zugleich mit dem festen Willen, das deutsche Recht in den Herzogthümern zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preußen zu erstreben hat, erforderlichen Falls mit den Waffen in der Hand einzustehen. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkte jedes einzelne zur Erreichung dieser Ziele führende Mittel zur Anwendung zu bringen sein wird, darüber kann die mir verfassungsmäßig zustehende Entscheidung nur von mir selbst getroffen werden .... Meine Gesinnung und mein Wort bürgen dafür, daß die Mittel, welche ich zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zwecke entsprechend werden verwandt werden."

Trotz dieser deutlichen Sprache zögerte das Haus, die Gelder zu bewilligen. Schon hatten Preußen und Oesterreich ihr Ultimatum an Dänemark gerichtet, schon standen die streitbaren Söhne der brandenburgischen Mark und der rothen Erde kriegsbereit unter den Waffen, und das Abgeordnetenhaus berieth noch über Genehmigung oder Ablehnung der Anleihe.

Mit tiefer Verstimmung ging Bismarck in die entscheidende Sitzung (21. Jan.). Seiner zornigen patriotischen Erregung entsprach es, wenn er Denjenigen, die ihm vorwarfen, daß er sich von dem Standpunkte der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhause immer weiter entferne, den Virgilischen Vers entgegenrief: „Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo!“ (Kann ich die Götter mir nicht geneigt machen, so werd' ich die Hölle aufrühren.) Er forderte noch einmal das Haus auf, sich der Theilnahme an einer nationalen Politik nicht durch die Versagung von Mitteln zu entziehen, die der Staat so nothwendig bedürfe, daß er — wenn sie verwendet werden sollten — sie nehmen müsse, woher er sie bekomme. „Sie widersprechen durch Ihr Verhalten“, sagte er, „nicht nur der Verfassung, sondern auch den Traditionen und der Geschichte, Sie widersprechen dem Volksgeiste Preußens. Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unserer Vergangenheit, indem Sie die Großmachtstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes erkauft wurde, verleugnen. Sie kommen mir vor, wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war.“

Das Haus lehnte mit 275 gegen 51 Stimmen die geforderte Anleihe ab und erklärte, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln der Regierungspolitik entgegentreten werde (22. Jan.). Drei Tage darauf (25. Jan.) wurde das Haus abermals geschlossen, ohne daß ein Staatshaushaltsgesetz vereinbart und ohne daß die Mittel zum Kriege bewilligt worden waren. Bismarck fand sie dennoch im Staatsschatz und in den wohlgeordneten Finanzen.

Unterdessen wandte sich die Theilnahme der Berliner Bevölkerung bereits mehr und mehr den Kriegsscharen zu, die in rasch auf einander folgenden Dampfzügen unter Sang und Klang nach dem deutschen Norden aufbrachen. Für sie gab es keine Augustenburger und Glücksburger Erbfolgefrage, keinen Streit über Exekution oder Okkupation. Sie zogen auf den Ruf des Königs in den Kampf für ihre alte Fahnenehre und sie thaten es um so freudiger in dem Bewußtsein, daß jetzt keine mattherzige Politik den Flug der Adlerfahnen hemmen würde. Sie wußten auch, daß dort im Norden noch eine deutsche Schuld zu sühnen war, und ihnen däuchte, es riefe das bisher vergeblich geflossene Blut ihrer Brüder sie zum Kampfe herbei:

— — „Kommt her; denn Zeit ist's nun,
Daß wieder eure Helden in deutscher Erde ruh'n!
Laßt noch einmal die Fahnen auf ihre Hügel sehn
Und von der deutschen Treue den Gruß herüberwehn!“ —

Der König und seine Minister von Roon und von Bismarck fuhren oft hinaus, um ihre Grüße den scheidenden Kriegern mitzugeben, die wenige Tage darauf in Eis und Schnee dem alten Dänentrutze, dem Danewirke, gegenüberstanden. Dort gab der greise Feldmarschall von Wrangel seine kurze und kernige Feldzugsdisposition: „In Gottes Namen drauf!" und „donnernd gegen Missunde fiel der erste Schlag."



Aufbruch nach Schleswig.

Die Kammerreden waren verhallt und vergessen, als der Kanonendonner um die Danewirke rollte, aber Schwierigkeiten anderer Art stellten sich Bismarck bei der bewaffneten Durchführung seiner Politik entgegen. Das kleine Dänemark würde seinen Widerstand den beiden Großmächten gegenüber nicht bis zum Kriege getrieben haben, wenn es nicht auf den Beistand der anderen

Protokollmächte gerechnet hätte. Vornehmlich glaubte es seinen Rückhalt an England zu finden, das sich schon früher zu seiner Schutzmacht aufgeworfen und Dänemark in seinem hartnäckigen Widerspruch heimlich und offen unterstützt hatte. England folgte dabei den Traditionen seiner Politik. So lange die Dardanellen des Sund in den Händen seines Schützlings, des schwachen Dänemark, waren, glaubte es, die Einfahrt der Ostsee beherrschen zu können; es wollte diese Herrschaft nicht mit einer neu aufstrebenden norddeutschen Seemacht theilen und nicht dulden, daß eine deutsche Macht auf der Halbinsel zwischen Nord- und Ostsee mit ihren trefflichen Häfen festen Fuß fasse. Die großbritannische Regierung hatte daher ein besonderes Interesse daran, daß das Londoner Protokoll aufrecht erhalten würde und Schleswig unter dänischem Scepter bliebe. Sie hatte mit Noten und Protesten bei den Großmächten, dem Bunde und den deutschen Mittelstaaten Alles aufgeboten, um den Krieg zu verhindern; jetzt war ihr Streben darauf gerichtet, die Protokollmächte zu einem gemeinschaftlichen Einschreiten für Dänemark zu veranlassen. Diese zeigten indessen wenig Neigung, über eine diplomatische Aktion hinauszugehen.

Die guten Beziehungen, welche Bismarck als Gesandter mit dem Petersburger Hofe und dem Kabinet der Tuilerien gepflogen hatte, kamen ihm jetzt zu Statten. Rußland hatte er sich in der polnischen Angelegenheit durch die Konvention zu Dank verpflichtet; Napoleon III. aber konnte nicht hier im Norden eine nationale Sache bekämpfen, während er in Italien noch als Beschützer des Nationalitätsprinzips auftrat. Seinem ehemaligen Bundesgenossen England gönnte Napoleon außerdem eine diplomatische Niederlage; er konnte es nicht vergessen, daß es England gewesen, an dessen Weigerung soeben seine Lieblingsidee, der europäische Kongreß, gescheitert war. Napoleon zeigte sich daher in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durchaus zurückhaltend und lehnte die Aufforderung Englands zu einem aktiven Vorgehen gegen Deutschland ab. In einer Depesche des auswärtigen Ministers Drouin de Lhuys an Lord Russell (28. Jan.) wurde unter Anderem gesagt: „Der Kaiser würde Widerwillen gegen Alles fühlen, was ihn nöthigen könnte, den Wünschen der Deutschen mit den Waffen entgegenzutreten .... Der Boden Deutschlands stößt an den Frankreichs, und ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland würde der unglücklichste und gewagteste aller Kriege sein, auf welche sich das Kaiserthum einlassen könnte" .... Sechs Jahre später schien der Kaiser zu seinem Schaden von dieser richtigen Ueberzeugung seltsamer Weise nicht mehr geleitet zu werden.

England stand mit seinen Einmischungsgelüsten allein und half sich nun mit dem Vorschlage von freien Konferenzen der Protokollmächte zur Beilegung der Streitfrage. Einer solchen Aufforderung vermochte sich Bismarck nicht zu entziehen, ohne Preußen in eine schiefe Stellung zu den übrigen Staaten zu bringen, obgleich er ein für die deutsche Sache günstiges Ergebniß erst dann

erwarten konnte, wenn der Trotz Dänemarks mit den Waffen gebrochen und ihm die Aussicht auf Unterstützung des Auslandes genommen war. Er rechnete aber darauf, daß die englischen Konferenzvorschläge in Kopenhagen, wo die Kriegspartei nach dem Verlust der für unüberwindlich gehaltenen Danewirke noch gewachsen war, auf die meisten Schwierigkeiten stoßen würden.

Während die Fahnen Preußens und Oesterreichs siegreich bis an den Alsensund und Belt getragen wurden, tagten in Würzburg die Gesandten deutscher Bundesstaaten und suchten durch gemeinsame Beschlüsse einen Druck auf die Politik der Großmächte zu üben. Die Triasidee und die Bildung eines Sonderbundes der Mittel- und Kleinstaaten zum Schutze gegen die Vergewaltigung der Großmächte, sogar die Mobilmachung ihrer sämmtlichen Streitkräfte wurden von Herrn von Beust lebhaft angeregt. Sobald man aber aus dem Reiche der Ideen auf das Feld der praktischen Politik übergehen wollte, zeigte sich die Unausführbarkeit aller Pläne, die nicht die Unterstützung der Großstaaten für sich hatten. Die Würzburger Konferenz endete daher ebenso ergebnißlos wie die früheren.

Jeder Schritt auf dem Kriegsschauplatze führte zu neuen diplomatischen Verwicklungen. Die Ueberschreitung der jütischen Grenze durch die preußische Vorhut rief im englischen Parlamente einen Sturm der Entrüstung hervor. Bismarck suchte die Lords Palmerston und Russell mit politischen Gründen zu trösten, indem er anführte, daß durch die Besetzung eines Theiles von Jütland, welche nur einen Ersatz für die noch von den Dänen innegehabte Düppelstellung in Schleswig bieten solle, das Kopenhagener Kabinet um so geneigter für die englischen Konferenzvorschläge gestimmt werden würde. Nach Wien, wo man diese eigenmächtige Führung Preußens ebenfalls unangenehm empfand, ging der in der Hofburg gern gesehene General von Manteuffel als außerordentlicher Gesandter und wußte die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in Jütland aus strategischen Gründen so geschickt zu befürworten, daß auch Oesterreich seinen Einspruch aufgab. Bei Fridericia und Veile öffneten sich die preußischen und österreichischen Truppen mit siegreichen Kämpfen (1. März) den weiteren Weg nach Jütland hinein.

Endlich gab Dänemark seinen Widerspruch gegen die Konferenzen auf, so daß die Eröffnung derselben zu London für den Anfang des April angenommen ward. Der Deutsche Bund wählte zu seinem Vertreter den sächsischen Minister Freiherrn von Beust, dessen Eintreffen sich indessen wegen dringender Staatsgeschäfte verspätete, so daß der Beginn der Sitzungen bis zum 25. April verschoben wurde.

Ehe noch die Konferenzen tagten, hatten die preußischen Waffen ihren Ehrentag von Düppel (18. April). Die Kunde von der Eroberung der zehn Schanzen brauste wie ein Sturmlied durch das Land. Mit Stolz und Hochgefühl sprach man von den Einzelheiten des Kampfes, von dem Heldenprinzen

„All Tiet vorup", der den Schanzensturm geleitet, von dem General von Raven, der von der Sänfte aus, auf seine Wunden deutend, noch den Seinigen zugerufen: „Zeit ist es, daß wieder einmal ein preußischer General für seinen König blutet!" — von dem tapfern Major von Beeren, der in der eroberten Schanze gefallen mit dem Hoch auf den König auf seinen Lippen, von dem Feldwebel Probst mit der Fahne in der Hand, — „Tambour, schlag' an, es gilt einem Mann!" — — von dem Pionier Klinke mit dem Pulversack, dem preußischen Winkelried. Piefke's Sturmmarsch ward Konzertstück vom Alsensund bis zum Rhein, vom Rhein bis zur Weichsel, und in ganz Deutschland klangen die Lieder zu Ehren der Helden: „Was brausen und jagen die Wasser der Schlei? — Der Feind ist geschlagen und Schleswig ist frei!"

Dem Herzen des Königs Wilhelm war es Bedürfniß, den Truppen für ihre neu bewährte Tapferkeit seinen Dank selbst auszusprechen. Drei Tage nach dem Sturme brach er in Begleitung des Kriegsministers von Roon, des Generaladjutanten von Manteuffel und anderer höherer Offiziere über Hamburg und Altona nach Schleswig auf; am nächsten Tage (21. April) folgte der Ministerpräsident von Bismarck ebendahin und wohnte im Gefolge des Königs jener denkwürdigen Königsparade in Sundewitt bei, wo die Düppelstürmer in ihrem Feldanzuge mit den eroberten, lustig flatternden Danebrogfähnlein leuchtenden Auges und festen Schrittes an ihrem Kriegsherrn vorüberzogen. Denn nur als solcher war König Wilhelm zu seinem Heere gekommen, den Empfang von Abordnungen aus der Bevölkerung hatte er abgelehnt. Dennoch war die Königsreise durch Schleswig-Holstein gleich einem Triumphzuge, begleitet von dem jubelnden Danke des befreiten Volkes. Der allgemeinen Stimmung gab der holsteinische Dichter Klaus Groth in schwungvollen Versen Ausdruck:

„Du bist nicht wie ein Andrer,
Der kommt und wieder geht,
Du bist nicht wie ein Wandrer,
Deß Schritt der nächste Wind verweht.

Einst trat ein nord'scher Riese
Den Fuß in diese Flur,
Nun tragen Feld und Wiese
Für immer Deine Königsspur!" —

Bismarck's Aufgabe war es, darüber zu wachen, daß diese Königsspur im deutschen Norden nicht von Zwergfüßen wieder zertreten würde. Auch im preußischen Volke bereitete sich unter dem Eindruck der jüngsten Waffenthaten allmählich eine preußische Gegenströmung gegen die augustenburgische vor. Eine Anzahl im Lande angesehener Männer, an ihrer Spitze der frühere Minister Graf Arnim-Boitzenburg, beschlossen, eine Adresse an den König zu richten (18. Mai), in welcher sie „die Trennung des deutschen Schleswig und Holstein von Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Ganzen — sei es unter einem



Königsparade der Düppelstürmer.

eigenen Landesherrn und dem wirksamen Schutze eines mächtigen deutschen Staats, sei es als ein Theil dieses letzteren —" als die einzige Lösung befürworteten, welche die gebrachten Opfer lohne und die Dauer des Friedens verspreche. „Das preußische Volk", so hieß es in der Adresse, „deß sind wir gewiß, wird kein Opfer scheuen, um Ew. Majestät in den Stand zu setzen, diese Lösung mit aller Kraft zu verfolgen. Wir betrachten es als heilige Pflicht gegen das Vaterland wie gegen unsere gefallenen Brüder, einzustehen dafür, daß ihr Blut nicht umsonst geflossen sei, daß es eine Frucht trage, für welche Preußen in allen ferneren Zeiten seiner heldenmüthigen Opfer in Dankbarkeit gedenken kann."

Manche Konservativen schüttelten zu diesem Hervortreten preußischer Annexionsideen bedenklich den Kopf. Bismarck äußerte sich darüber vom Standpunkte des praktischen Staatsmannes in dem Briefe an einen seiner Freunde (16. Mai): „Ich begreife Ihre Bedenken gegen die Adresse, die aber dennoch meiner Ansicht nach gegenwärtig mit nützlichem Drucke in die diplomatische Lage eingreift .... Die augenblickliche Lage ist so geartet, daß es mir zweckdienlich scheint, gegen das Dänenthum auf der Konferenz alle Hunde loszulassen, welche bellen wollen (verzeihen Sie diesen Jägervergleich); das gesammte Geläut der Meute wirkt dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogthümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint und daß Letztere genöthigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann."

Die Adresse wurde, mit 30,000 Unterschriften bedeckt, durch eine Abordnung dem Könige überreicht und von diesem gnädig aufgenommen (23. Mai). Er sprach in seiner Antwort das Vertrauen aus, daß die für die deutsche Sache gebrachten Opfer auch für die Interessen des engeren Vaterlandes fruchtbringend sein würden.

Die Besorgniß, daß die Federn der Diplomaten wieder verderben könnten, was mit den Waffen errungen war, und daß das Ergebniß der Konferenzen den Volkswünschen nicht entsprechen möchte, war damals viel verbreitet. Auch an Bismarck war die Mahnung gerichtet, die in Geibel's „Lied von Düppel" klang:

„Ihr Meister der Staaten und geht ihr nun und tagt,
So woll' euch Gott berathen, auf daß ihr nicht zagt.
Sprecht: Nichts von Vertragen! Nun bleibt es dabei,
Der Feind ist geschlagen und Schleswig ist frei! —"

Aber wo der Dichter nur die leuchtenden Hochgipfel sieht, da hat der Staatsmann auch die Schluchten und Abhänge zu beachten, welche davor liegen. Die Schwierigkeiten für die preußischen Bevollmächtigten auf der Londoner Konferenz, den Grafen Bernstorff und Herrn von Balan, waren um so größer, da sie nicht allein den Widerspruch des Auslandes zu bekämpfen, sondern auch das Einvernehmen mit Oesterreich und dem Bunde zu unterhalten hatten, ohne

mit diesen über die zu erreichenden Ziele eines Sinnes zu sein. Für die preußischen Vertreter war daher eine vorsichtige und reservirte Haltung geboten, um mit jeder veränderten Position auch die Benutzungsart wechseln zu können, ohne das Ziel aus dem Auge zu lassen. Wer aber aus dem einzelnen Schachzuge sogleich den Plan des Spielers zu errathen meint, der konnte sich auch über den von Bismarck auf den Konferenzen verfolgten Plan stark täuschen.

Nachdem drei Sitzungen mit den Berathungen über die Bedingungen einer Waffenruhe ausgefüllt waren, die endlich auch auf vier Wochen (12. Mai bis 12. Juni) zu Stande kam und später um weitere vierzehn Tage (bis 26. Juni) verlängert wurde, ging die Konferenz an ihre eigentliche Aufgabe, die Friedensverhandlungen. Um sich vollständig freie Bahn für dieselben zu schaffen, schickte Bismarck in einer Depesche an den preußischen Botschafter in London, Grafen Bernstorff, die Erklärung voraus (15. Mai), daß die preußische Regierung sich durch das Londoner Protokoll fortan nicht mehr gebunden erachte, da Dänemark die Erfüllung der Vorbedingungen dieses Traktats beharrlich verweigert und dadurch den Krieg herbeigeführt habe. Wie sehr sich auch die Bevollmächtigten der Neutralen, insbesondere die Lords Russell und Clarendon, in der Konferenzsitzung (17. Mai) zu Vertheidigern jener vergilbten Urkunde aufwarfen, — die preußischen Vertreter führten eine so nachdrückliche Sprache, daß auch jene sich dem Gewicht ihrer Gründe nicht zu entziehen vermochten. Zugleich forderte Preußen in Uebereinstimmung mit Oesterreich die vollständige politische Unabhängigkeit der Herzogthümer von Dänemark als Grundlage der Friedensbedingungen und erklärte infolge der Hinfälligkeit des Londoner Protokolls die Erbfolgefrage in den Herzogthümern wieder für eine offene. Für den Fall, daß die Entscheidung in derselben zu Gunsten des Königs von Dänemark, d. h. des Hauses Holstein-Glücksburg, ausfiele, sollte die Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark allein in Form der Personalunion fortbestehen. Die dänischen Bevollmächtigten beharrten dagegen auch jetzt noch auf der Gesammtstaatsidee und bezeichneten jede Verhandlung als überflüssig, die nicht die Zusammengehörigkeit Dänemarks und Schleswigs zum Ausgange nähme. Die Idee der Personalunion scheiterte somit an dem Widerspruche Dänemarks, und in der That war es Bismarck mit diesem Vorschlage mehr darum zu thun gewesen, den neutralen Mächten die entgegenkommenden Absichten seiner Regierung zu bekunden, als die Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark — sei es auch in der lockersten Form — fortdauern zu lassen, wie aus dem Vorbehalt der Erbfolgefrage hervorgeht.

Der nächste Schritt der deutschen Mächte war nun, daß sie in Gemeinschaft mit dem Deutschen Bunde durch ihre Bevollmächtigten (28. Mai) die vollständändige Trennung der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom Königreich Dänemark, sowie ihre Vereinigung in einen Staat unter der Landeshoheit des Erbprinzen von Augustenburg verlangten, der nicht allein in den Augen

Deutschlands die begründetsten Rechte auf die Erbfolge in den genannten Herzogthümern geltend machen könne und dessen Anerkennung durch den Bundestag demzufolge gesichert sei, sondern der auch die unzweifelhafte Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder für sich habe.

Das Einvernehmen zwischen den Vormächten und dem Bunde schien damit vollständig hergestellt, und es könnte Wunder nehmen, wie Bismarck, wenn er die Erwerbung der Herzogthümer für Preußen beabsichtigte, sich an einer Kombination betheiligen konnte, die von diesem Ziele offenbar zu entfernen schien. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser Vorschlag durchaus keine Anerkennung der ausschließlichen Erbberechtigung des Prinzen enthalten, sondern nur die Richtung bezeichnen sollte, nach welcher hin die preußische Regierung eine Lösung der schleswig-holsteinschen Frage für zulässig hielt. Keinenfalls aber würde sie, wenn dieser Vorschlag zur Annahme gelangt wäre, einen Schritt rückwärts aus den Herzogthümern gethan haben, bevor nicht die Beziehungen des neuen Herzogs zu Preußen und zum Deutschen Bunde in einer ihrem eigenen Interesse und ihrer Machtstellung in Norddeutschland entsprechenden Weise endgiltig geordnet waren.

Der Erbprinz Friedrich von Augustenburg überschätzte bei weitem die Tragweite dieses Antrags, wie er sich auch über die Beweggründe desselben täuschte. Kaum hatte sich ihm eine schwache Aussicht geboten, unter dem Schutze der preußischen Bajonnete einen Herzogshut im deutschen Norden zu tragen, so regte sich auch schon in ihm das dynastische Selbstgefühl eines kleinen deutschen Fürsten, in welchem er es für überflüssig hielt, die Unterstützung und den ferneren Schutz der norddeutschen Großmacht durch Zugeständnisse zu gewinnen. Er zog es vor, sich auf die schwankende Gunst der öffentlichen Meinung zu stützen, anstatt sich an die reale Macht eines festgegründeten Staates anzuschließen. Diese ablehnende Haltung des Erbprinzen entsprach allerdings der Stimmung eines großen Theils der Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Die Schleswig-Holsteiner hatten zwar — treuer als die Stammesgenossen an der Westmark des Reichs — ihre deutsche Nationalität einem übermächtigen Nachbar gegenüber durch eine lange Reihe von Jahren bewahrt, aber sie fühlten sich nicht nur als Deutsche, sondern auch mit echt deutschem Sondergeist als Schleswig-Holsteiner. In Wahrheit war es mehr die Besorgniß vor der Ueberbürdung mit Steuern und vor der Last des Militärdienstes, bei Vielen auch vor der Herabsetzung der Beamtengehalte, welche ihnen den Gedanken eines engeren Anschlusses an Preußen verleidete, als politische Bedenken oder als ihr Eifer für das augustenburgische Erbrecht. Bismarck bezeichnete jenen Partikularismus, der aus der trägen Abneigung, Lasten und Leistungen zu Gunsten eines großen Ganzen zu übernehmen, hervorgeht, als das Staatsprinzip auf der Basis der Phäaken, die nur essen, trinken und geschützt sein wollen und allerdings eine bequemere Existenz führen als Solche, die auf der Basis der Spartaner stehen.

Trotz Alledem sah der Erbprinz die Nothwendigkeit ein, mit der preußischen Regierung in Verbindung zu treten, und entschloß sich in den Tagen, als der erwähnte Vorschlag der Großmächte auf der Londoner Konferenz zur Erörterung kam, zu einer Reise von Düsternbrook nach Berlin, wo er dem preußischen Ministerpräsidenten in dessen Hotel am Abend des 1. Juni seinen Besuch abstattete. Die hierauf stattfindende dreistündige Unterredung Bismarck's mit dem Erbprinzen war jedenfalls von Einfluß auf die Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse.

Was Bismarck von vornherein befremden mußte, war die Wahrnehmung, daß der Prinz mehr gekommen zu sein schien, um ihn über seine Stellung zu den augustenburgischen Erbansprüchen auszuforschen, als um als erster Schleswig-Holsteiner ihm für seine kraftvolle Mitwirkung zur Befreiung seines Heimatlandes zu danken. Bismarck bemerkte dem Erbprinzen, daß das Hauptinteresse Preußens in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit das deutsche, nicht das dynastische sei, daß die preußische Regierung zwar bereit sei, die Ansprüche des Prinzen zu unterstützen, jedoch unter den Bedingungen, welche die Rücksicht auf das eigene Volk erheische, vor das sie nach einem blutigen Feldzuge nicht mit leeren Händen hintreten könne. Auf die Frage des Prinzen, worin diese Bedingungen beständen, bezeichnete Bismarck die Anlage eines Nord-Ostseekanals mit befestigten Endpunkten an beiden Meeren auf dem Schleswiger Gebiet — etwa von Eckernförde nach Brunsbüttel —, für welchen Zweck einige Landabtretungen an Preußen zu machen seien, nebst dem preußischen Aufsichtsrecht über den Kanal, sowie eine engere Militär- und Marinekonvention als die wesentlichsten Erfordernisse.

Der Erbprinz erhob Einwendungen; etwaige Landabtretungen schien er sich höchstens in der Ausdehnung des Jahdegebietes zu denken, und eine Militärkonvention, wie diejenige Preußens mit Koburg, erklärte er für zu weitgehend, um sich darauf einlassen zu können. Ueberall schien er die von ihm vorbehaltene Einwilligung des schleswig-holsteinischen Landtags als eine Thür zu betrachten, um mittels derselben von den zu machenden Zusagen später wieder loszukommen. Er gab Bismarck den Rath, Preußen möge mehr darauf hinwirken, sein Herz zu gewinnen, als ihn durch feste Abmachungen zu binden, und als Jener entgegnete, er hätte gehofft, daß das Herz des Prinzen bereits durch die Befreiung seines Heimatlandes für Preußen gewonnen sei, versetzte der Erbprinz, die Herzogthümer hätten Preußen nicht gerufen; ohne Preußen würde der Bund die Befreiung mit mehr Leichtigkeit unter weniger lästigen Bedingungen bewirkt haben. Er fragte auch, ob Preußen über die zu machenden „Zumuthungen" mit Oesterreich einig wäre, und hob hervor, daß dies erforderlich sei. Bismarck verneinte das Erstere, fügte aber hinzu, daß Preußen unter allen Umständen seine Forderungen aufrecht erhalten werde und mit Oesterreich darüber einig zu werden glaube. Auf die Andeutung Bismarck's, daß der Eifer der preußischen

Regierung für die Einsetzung des Prinzen einigermaßen von dem Verhalten desselben gegen Preußen beeinflußt werde, erwiederte dieser, daß er deshalb keine Besorgniß hege, weil die Sache schon zu weit gediehen sei, um noch rückgängig gemacht zu werden. Er schied mit der tröstlichen Zusicherung von Bismarck, daß er sich die Sache in Dolzig noch einmal überlegen wolle.

Die ganze Unterredung hinterließ bei Bismarck den Eindruck, daß der Prinz Preußen nicht mit dankbaren Gefühlen, sondern nur als unwillkommenen Mahner betrachte und bereit sei, den Beistand der schleswig-holsteinischen Stände und auch Oesterreichs gegen die lästigen Ansprüche Preußens in Bewegung zu setzen. Was Wunder, daß Bismarck's Interesse für die Kandidatur des Augustenburgers mehr und mehr abnahm! Er wollte als preußischer Staatsmann nicht die Hand dazu bieten, daß hier im Norden eine neue kleinstaatliche Regierung eingesetzt würde, welche bei Abstimmungen am Bundestage ihre Stimme gegen Preußen in die Wagschale würfe. Seiner Haltung gegenüber den Ansprüchen des Augustenburgers entsprach das Wort Heinrich von Treitschke's: „Feinden erobert man keine Throne!"

Das einmüthige Zusammengehen der deutschen Bevollmächtigten hatte auch die Wirkung, daß Lord Russell ihnen mit dem Vorschlage entgegenkam, die Länder Holstein, Lauenburg und den südlichen Theil von Schleswig mit seiner rein deutschen Bevölkerung von der dänischen Monarchie zu trennen und an Deutschland abzutreten; er bezeichnete die Linie der Schleibucht und der Danewirke als die wünschenswerthe neue Grenzlinie und stellte zugleich die Forderung auf, daß der Bund auf dem abgetretenen Gebiete keine Festungen und befestigten Häfen anlegen dürfe; auch erachtete er es für selbstverständlich, daß das künftige Geschick der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, sowie des mit Holstein zu vereinigenden südlichen Theils von Schleswig, nicht ohne Zustimmung der großbritannischen Regierung geordnet werde. Ohne auf die letzteren, einer selbständigen Nation unwürdigen Bedingungen zur Zeit eingehen zu wollen, erklärten die preußischen und österreichischen Bevollmächtigten sich bereit, auch diesen Vorschlag ihren Regierungen zur Prüfung zu unterbreiten; sie bemerkten aber jetzt schon, daß die empfohlene Grenzlinie nicht geeignet sei, die Ansprüche Deutschlands und der deutschen Bevölkerung Schleswigs einigermaßen zu befriedigen, daß dieselbe vielmehr weiter hinauf nach Norden zu verlegen sei, wenn sie die Aussicht auf einen dauernden Frieden gewähren solle. In späteren Sitzungen befürworteten die österreichischen Bevollmächtigten die Linie Flensburg-Tondern, die preußischen die Linie Apenrade-Tondern.

Eine besondere Beachtung verdiente die Haltung des kaiserlich französischen Bevollmächtigten, Fürsten Latour d'Auvergne, auf der Konferenz. Napoleon III. war weit entfernt, ohne gleichzeitige Erlangung eigener Vortheile Preußen einen Machtzuwachs im deutschen Norden zu gönnen; er wünschte aber auch nicht, für einen Gegner der nationalen Bestrebungen in Schleswig zu gelten

und suchte deshalb ein gutes Einvernehmen mit den deutschen Mittelstaaten zu unterhalten, in der Hoffnung, aus ihrer Freundschaft gelegentlich Nutzen zu ziehen. Dem entsprach die zuvorkommende Aufnahme, welche der deutsche Bundesbevollmächtigte, Freiherr von Beust, bei seinem Besuch in Paris, während einer elftägigen Pause zwischen den Konferenzsitzungen, im Kabinet des Kaisers wie in den Zirkeln der schönen Kaiserin Eugenie fand. Napoleon III. ließ auf den Konferenzen eine Befragung der Bevölkerung über die Theilungslinie in Anregung bringen. Die Bevollmächtigten Preußens und des Deutschen Bundes stimmten diesem Vorschlage im Allgemeinen bei.

Obgleich somit die Wege gefunden schienen, auf denen die schleswig-holsteinische Frage der Lösung entgegenzuführen sei, zeigten sich doch bei den Berathungen der Einzelnheiten so auseinander gehende Ansichten, daß unter den Eingeweihten kein Zweifel über die Erfolglosigkeit der Friedensverhandlungen mehr vorwalten konnte. Sowol die durch den bisherigen glücklichen Verlauf des Krieges gesteigerten Ansprüche Deutschlands, als die Hartnäckigkeit Dänemarks, welches sich immer noch Hoffnung auf englische Waffenhülfe beim Wiederausbruch der Feindseligkeiten machte, wirkten einer Lösung auf diplomatischem Wege entgegen, die nicht als eine vollständige Abrechnung angesehen werden konnte. Bei der beiderseitigen Abneigung vor einem halben Frieden war es zuletzt nur noch ein unfruchtbarer Streit, der auf den Konferenzen darüber geführt wurde, in welcher Form eine etwaige Volksabstimmung in Schleswig vor sich gehen solle, welche Ausdehnung derselben zu geben, ob die Theilungslinie mehr nördlich oder südlich zu legen sei. Ja, man schlug englischerseits den seltsamen Ausweg vor, die Theilungsfrage dem unparteiischen Schiedsspruche des Kaisers Napoleon anheimzugeben. Solche Unterwerfung unter einen Salomonischen Schiedsspruch vom Richterstuhle Nopoleon's III. aus konnte freilich von der rechten Mutter des schleswig-holsteinischen Schmerzenskindes nicht erwartet werden. Die deutschen Mächte erklärten vielmehr, einem derartigen Urtheil für ihr Theil keine bindende Kraft im Voraus zuerkennen zu wollen. Die Konferenz löste sich auf (25. Juni), und die Entscheidung war wieder den Waffen anheimgegeben.

Trotz ihres scheinbar ziellosen Verlaufes hatten die Konferenzen doch ein bestimmtes Ergebniß geliefert. Das Londoner Protokoll, jenes ohnmächtige Machwerk der Kabinetspolitik, war ein- für allemal beseitigt und der Widerspruch der fremden Mächte gebrochen. Schon zwei Tage nach dem Schlusse der Konferenz gab Earl Russell vor dem Oberhause die kleinlaute Erklärung ab, Englands Ehre fordere nicht die Theilnahme am Kriege, und sein Interesse gebiete, daß es auch ferner in der Neutralität verharre, umsomehr da Dänemark von ihm keine Zusage bewaffneten Beistandes erhalten habe. Das stolze England mußte vor der festen Haltung der deutschen Mächte seinen Rückzug antreten. Eines größeren politischen Erfolges hatte sich Deutschland dem Auslande gegenüber in der neueren Geschichte nicht zu rühmen gehabt. Es verdankte demselben vorzüglich

der Einsicht und dem energischen Willen des preußischen Ministerpräsidenten, der sich zur Wahrung des geschichtlichen Rechts und der nationalen Würde Deutschlands über kleinliche, formelle Bedenken mit kühnem Entschluß hinwegsetzte.

Alsbald nach dem Ablaufe der Waffenruhe begannen die Truppen der Verbündeten auch die trennenden Meeresarme zu überschreiten und den Feind aus seinen letzten Stellungen zu vertreiben. Sie drangen über den Alsensund nach Alsen, über den Lymfjord und Ottensund bis nach der äußersten Nordspitze des dänischen Festlandes, nach Skagens Horn, und über die friesische See nach den Inseln der schleswigschen Westküste Sylt und Föhr vor. Da regte sich in der preußischen Armee jene stolze Siegeszuversicht, welche bereits wie eine Vorahnung künftiger Thaten klang; da scholl es aus den Reihen des Heeres:

„Mach' Frieden, Däne, oder flieh',
Farwell nach Kopenhagen!
Denn schirmst Du Dich durch Meer und Schanz',
Wir wissen Weg zu bahnen; —
Heil, König, Dir im Siegerkranz,
Gott segnet Deine Fahnen!" —

Des Inselvolkes aber bemächtigte sich eine tiefe Niedergeschlagenheit. Es sah, wie die Verbündeten bereits Vorbereitungen zum Uebergange nach Fünen trafen, ja wie von den pommerschen Küsten aus unter Mitwirkung der österreichischen Flotte ein entscheidender Schlag gegen die Hauptstadt des Inselkönigreichs selbst gerüstet wurde. Da trat endlich in Kopenhagen der erwartete Umschwung in der Stimmung ein. König Christian IX. gab dem Ministerium Monrad die Entlassung (8. Juli), das neue Ministerium Bluhme sollte den Frieden nachsuchen. Der Entschluß kam zu spät, um Dänemark vor schweren Opfern schützen zu können.

Bismarck befand sich zu der Zeit, als diese Wendung der Dinge in Kopenhagen eintrat, mit dem Könige zusammen in Karlsbad, wo auch Kaiser Franz Josef mit dem Grafen Rechberg zur Begrüßung eingetroffen war. Hier erhielten die beiden Minister gleichlautende Schreiben des Ministers Bluhme, in welchen um Einstellung der Feindseligkeiten behufs Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten wurde (15. Juli). Die Waffenruhe wurde darauf von den Heerführern im Auftrage der Regierungen auf zehn Tage (20. bis 30. Juli) abgeschlossen und später um drei Tage (bis 2. August) verlängert. Schon am 21. Juli ging Bismarck nach Wien ab, wo sich auch die anderen Friedensunterhändler — Graf Rechberg für Oesterreich und Herr von Quaade für Dänemark — einfanden.

In der heiteren Kaiserstadt erwachten in Bismarck die Erinnerungen an jene glückliche Zeit vor siebzehn Jahren, als er auf der Hochzeitsreise an der Seite seiner jungen Gemahlin die Stadt und ihre Umgebungen zum ersten Male besucht, an die stillen Mondscheinwanderungen im hohen Buchenheckengang

und an das lauschige Plätzchen im Garten zu Schönbrunn. Damals war er noch der schlichte Landedelmann von Schönhausen und der Welt wenig bekannt; jetzt war es vorüber mit jenem „Inkognito" und überall folgte ihm die Neugier des Wiener Publikums, sei es, daß er sich allein nach dem Volksgarten zurückzog, um — wie er an seine Gemahlin schrieb — „in Ruhe ein Bier zu trinken", sei es, daß er in ernstem politischen Gespräche mit dem Grafen Rechberg in der Schönbrunner Allee wandelte.



Bismarck und Graf Rechberg in Schönbrunn.

„Bis Sonntag muß es entschieden sein, ob Krieg oder Frieden", hieß es in dem erwähnten Briefe (27. Juli). Die Entscheidung fiel zu Gunsten des Friedens aus und am Montag den 1. August unterzeichnete der preußische Ministerpräsident im Auftrage des Königs die Friedenspräliminarien mit Dänemark, deren erster Artikel lautete:

„Seine Majestät der König von Dänemark entsagt allen seinen Rechten auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und

Lauenburg zu Gunsten Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen, indem er sich verpflichtet, die Dispositionen anzuerkennen, welche die genannten Majestäten in Betreff dieser Herzogthümer treffen werden."

Nach dieser Feststellung der Grundlagen war Bismarck's persönliche Mitwirkung bei den Verhandlungen über den definitiven Friedensabschluß mit Dänemark nicht mehr erforderlich. Er überließ daher die preußische Vertretung bei denselben dem Gesandten am Wiener Hofe, Freiherrn von Werther, und begab sich selbst (2. August) zum Könige nach Gastein. Von dort folgte er dem Könige auf eine Einladung des Kaisers Franz Joseph noch einmal für einige Tage (20. bis 25. August) nach Wien und Schönbrunn, wo er sich der besonderen Auszeichnung durch den Kaiser zu erfreuen hatte und den hohen ungarischen Orden des heiligen Stephan empfing. Von Wien begleitete Bismarck den König nach Baden-Baden und ging dann nach einem Besuch in seinem „stillen Pommern" noch für kurze Zeit (7. bis 24. Oktober) in das Seebad Biarritz.

Eine Erholung boten dem vielbeschäftigten Staatsmann diese Reisen freilich nicht. „Feldjäger, Tintenfaß, Audienzen und Besuche umschwirren mich ohne Unterlaß", schrieb er an seine Gemahlin aus Baden (1. September); „auf der Promenade mag ich mich gar nicht zeigen, kein Mensch läßt mich in Ruhe." Erst in Biarritz konnte er sich mit Behagen dem Genusse der stärkenden Seebäder und der herrlichen Natur hingeben. Dort wandelte er im leichten Sommeranzuge am Strande der See, die bald in sonniger Bläue „still wie ein Ententeich" vor ihm lag, bald wie „ein brodelnder Kessel" schäumte, oder er streifte im Gebirge und suchte die Rolandsspuren in den Pyrenäenthälern, die Stätte, wo der starke Held mit seinem Schwerte Durandart wider die Heiden Wunder that und mit seinem elfenbeinernen Heerhorn Olifant Karl den Großen aus Aachen zu seiner Hülfe herbeirief. „Hohe, enge Felsen, vor und hinter uns, mit allerhand Heidekraut, Farren- und Kastanienbäumen, — man nennt das Thal Le Pas de Roland, Westende der Pyrenäen", schrieb er von dort am Rande eines rauschenden Stromes auf dem Deckel einer Feigenkiste an seine Gemahlin (17. Oktober), aber „es ist ein zu behagliches Leben, um dauern zu können", fügte er hinzu.

Gegen Ende des Oktober kehrte Bismarck von Biarritz über Paris, wo er mit Napoleon III. und Drouyn de Lhuys Besprechungen hatte, nach der Wilhelmstraße in Berlin zurück. Schon begannen die Erfolge der Bismarck'schen Politik sichtbar zu Tage zu treten. Der Zollverein mit dem preußisch-französischen Handelsvertrage, gegen welchen die Mittelstaaten in offenem Widerspruch mit den volkswirthschaftlichen Interessen ihrer Bevölkerungen allein aus politischer Abneigung gegen Preußen die gewaltigsten Anstrengungen gemacht hatten, war Dank der entschiedenen Haltung Preußens kurz vor dem entscheidenden Termine (1. Okt. 1864) mit sämmtlichen Staaten auf weitere zwölf Jahre erneuert worden.

Am 30. Oktober war endlich auch der definitive Frieden mit Dänemark nach den Grundbestimmungen der Präliminarien zum Abschluß gekommen. Glänzendere Erfolge hatte die preußische Staatskunst seit langer Zeit nicht aufzuweisen gehabt. König Wilhelm erkannte die Verdienste seines ersten Ministers um die Erreichung derselben durch die Verleihung des höchsten Ehrenzeichens Preußens, des Schwarzen Adlerordens, an.



In den Pyrenäen.

Aber auch seine ersten Trübungen hatten das Friedenswerk und das preußisch-österreichische Bündniß bereits erfahren. In Oesterreich fühlte man sich durch die überlegene Rolle, welche Preußen während des Krieges gespielt hatte, zurückgesetzt und verstimmt und schien nicht Willens, das Bündniß mit Preußen auf Kosten der freundschaftlichen Beziehungen zu den Mittelstaaten auch nach dem Kriege fortzusetzen. Als Zeichen, daß Oesterreich wieder freie Hand zu haben wünsche, konnte es angesehen werden, daß der Minister Graf Rechberg aus dem Amte schied (27. Oktbr). An seiner Stelle wurde der Feldmarschallleutnant Graf

Mensdorff-Pouilly zum leitenden Minister ernannt. Bismarck aber wußte wohl, daß Preußen mit der Führung und glücklichen Beendigung des schleswig-holsteinischen Krieges eine Bahn betreten hatte, auf der es nicht mehr zurückweichen konnte und durfte, sondern zu immer neuen folgenreichen Entschließungen gedrängt wurde. Er sah voraus, daß die endgiltige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nur gemeinschaftlich mit der Entscheidung der deutschen Machtfrage erfolgen könne, und daß die große Stunde des Kampfes, den Preußen um Sein oder Nichtsein zu führen habe, nahe und näher rücke. Er scheute sich nicht, die Verantwortung für diesen Kampf zu tragen; denn er glaubte zu fest an den geschichtlichen Beruf Preußens, er baute zu sehr auf die Tüchtigkeit des preußischen Heeres, um wegen des Ausganges besorgt zu sein; aber das Bewußtsein, daß er in demselben nicht von vornherein das ganze Volk auf seiner Seite hatte, daß er es allein war, der seinen König und Herrn trotz dessen persönlicher Abneigung gegen einen Bruch mit Oesterreich zu dem entscheidenden Entschlusse bewegen sollte, das bereitete ihm schwere Stunden und ließ Zweifel in seiner Seele aufsteigen.

Nicht allein auf den Höhen der Weltgeschichte, in den Kämpfen und Wirren der Zeit dürfen wir den Staatsmann aufsuchen; zuweilen gestattet auch ein unbefangenes Wort, ein einfacher, gemüthvoller Zug aus dem Privatleben einen Blick in die Seele zu thun, in deren geheimnißvoller Werkstatt sich Entschlüsse von weltgeschichtlicher Bedeutung vorbereiten.

Zu den Ersten, welche Bismarck bei seiner Rückkehr von Biarritz (im Spätherbst 1864) zu der hohen Auszeichnung, der Verleihung des Schwarzen Adlerordens, schriftlich ihre Glückwünsche darbrachten, gehörte der Professor Bonnell. Dem treuen Lehrer, welcher so wesentlichen Antheil an Bismarck's Jugendbildung gehabt, war es Herzensbedürfniß, ihm in einfachen, herzlichen Worten die Empfindungen der lebhaften persönlichen Theilnahme auszusprechen, mit welchen er seine staatsmännische und weltgeschichtliche Laufbahn begleitet hatte.

Wir versetzen uns in die stille Häuslichkeit zurück, aus welcher Otto von Bismarck, ein stattlicher Primaner, vor zweiunddreißig Jahren Abschied genommen hatte, finden aber ihren Herd jetzt nicht mehr in der wolbekannten Wohnung am Kupfergraben Nr. 18, sondern in dem Eckhause der Kurstraße und des Friedrichswerder'schen Marktes, wo Bonnell seit seiner Ernennung zum Direktor des Friedrichswerder'schen Gymnasiums seine Amtswohnung hatte. Der Professor saß mit seiner Gattin und einem Pensionär, dem jungen Grafen Hermann Dohna, noch am Sonntagsabend (20. November) zusammen, als gegen 9 Uhr draußen die Klingel gezogen ward. Es wurde geöffnet und man kann sich Bonnell's Erstaunen vorstellen, als er in dem Eintretenden seinen ehemaligen Zögling, den Ministerpräsidenten von Bismarck, erkannte, der selbst gekommen war, um ihm für die empfangenen Glückwünsche Dank zu sagen. Bismarck ließ sich neben der Frau Professor auf einen Lehnstuhl nieder und gedachte harmlos

plaudernd der vergangenen Zeiten. Er sah wieder im Bücherschranke dort das bändereiche Werk der Weltgeschichte von Baumgarten und Semmler, in dem er einst seine geschichtlichen Studien gemacht, dort die Büste Schleiermacher's, bei dem er Religions- und Konfirmandenunterricht genossen; er sah in das offene, frohe Gesicht des alten Lehrers ihm gegenüber, von dem sein jugendliches Gemüth so manche Anregung für die spätere Lebenszeit empfangen. Von den Ereignissen der neuesten Zeit, an denen Bismarck einen so mächtigen Antheil hatte, war natürlich die Rede. Dann erzählte er in seiner freimüthigen Weise von seinem Aufenthalt in Biarritz, das ihm mit seinem milden Klima, seinen erquickenden Seebädern und seiner Depeschenfreiheit so vortrefflich bekommen sei, und erwähnte beiläufig auch der Drohbriefe und Mordanschläge, die gegen seine Person gerichtet wurden. „Ich fürchte sie nicht", setzte er hinzu; „die Weltgeschichte nimmt ihren Weg nach ewigen Gesetzen und durch einen Mord wird nichts in der Politik geändert."

Endlich erwähnte Bismarck auch eines Traumes, den er in Biarritz gehabt. „Mir träumte," — sagte er — „ich stiege auf einem steilen Gebirgspfade; an einer Seite ragten mächtige Felswände, auf der anderen gähnte ein tiefer Abgrund. Immer näher traten die Felsen, immer enger wurde der Pfad, je höher ich stieg. Plötzlich sah ich den Weg mir durch eine jähe, unübersteigliche Felswand gesperrt. Einen Augenblick stand ich zögernd, was zu thun sei, — umkehren wollte ich nicht. Ich hob meine kleine Reitgerte und that einen Schlag gegen die Wand. Augenblicklich verschwand sie und der Weg war frei."

Nachdem Bismarck behaglich anderthalb Stunden verplaudert, brach er auf mit den Worten: „Jetzt aber wird es für mich Zeit zu gehen, sonst beunruhigt sich meine Frau; sie ist besorgter um mein Leben als ich selbst."

In herzlicher Weise verabschiedete er sich von der Familie seines alten Lehrers. Die Sorge um ihren Gemahl war indessen Frau von Bismarck nicht erspart geblieben; sie schwand aber schnell, als Bismarck beim Eintreten in das Wohnzimmer freundlich äußerte: „Heute habe ich einen gemüthlichen Abend verlebt." — Die Deutung des Traumes sollte die Zukunft bringen.

Das preußisch-österreichische Bündniß wurde schon bald auf die Probe gestellt. Durch den Wiener Frieden hatten Preußen und Oesterreich den gemeinschaftlichen Besitz der Elbherzogthümer angetreten. Ihre Aufgabe war es, dort eine neue staatliche Ordnung zu schaffen, durch welche die Rechte der deutschen Nation und der Bevölkerung Schleswig-Holsteins dauernd gewahrt würden. Die beiden Mächte beschlossen zunächst, die Herzogthümer durch zwei Kommissare — für Preußen Freiherr von Zedlitz, für Oesterreich Freiherr von Lederer, später ersetzt durch v. Halbhuber — gemeinschaftlich verwalten zu lassen und mit der erforderlichen Truppenzahl besetzt zu halten. Die Exekution, welche der Bund gegen den König-Herzog Christian IX. verfügt hatte, war nach dem Uebergange des Besitzes an Preußen und Oesterreich nach Ansicht der preußischen

Regierung gegenstandslos und jedes längere Verweilen der sächsisch-hannoverschen Exekutionstruppen in Holstein überflüssig geworden. Anders war jedoch die Ansicht, welche der Leiter der Würzburger Mittel- und Kleinstaatspolitik, Freiherr von Beust, den Großmächten gegenüber zur Geltung zu bringen dachte.

Zu der Zeit, als die preußischen und österreichischen Truppen aus Jütland und Schleswig — mit Ausnahme der zur Friedensbesatzung bestimmten Zahl — ihren Marsch nach der Heimath antraten, brachte das „Dresdener Journal“ einen amtlichen Artikel (20. November), welcher den Großmächten jedes Besitz- und Verfügungsrecht über Schleswig-Holstein bestritt. Durch den Friedensschluß, ließ Beust verkündigen, hätten die verbündeten Mächte gerade so viel Recht gewonnen, als König Christian IX. auf Schleswig-Holstein besessen, — nämlich gar keins, da der Bund das Londoner Protokoll und die darauf beruhenden Rechtsansprüche des Königs niemals anerkannt habe; die Bundesexekution sei daher noch unerledigt und die Bundesgewalt sowie die Besetzung durch die sächsisch-hannöverschen Exekutionstruppen in Holstein habe fortzudauern, bis dieses Land dem rechtmäßigen Besitzer, nämlich dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, übergeben werden könne.

Auf diese kecke Sprache des sächsischen Ministers antwortete die preußische Regierung (24. November) mit dem Befehl an ihre sämmtlichen im Rückmarsch aus Norden begriffenen Truppen, sofort in Holstein Halt zu machen. Aus Schleswig rückten die anderen Staffeln nach und nahmen mit den ersteren zusammen solche Stellungen ein, daß die sächsisch-hannöverschen Truppen in ihren Winterquartieren fast umstellt schienen. Auch die bereits in der Gegend von Minden und an der brandenburgischen Grenze angelangten Truppen blieben als Reserven zusammengezogen. Unmittelbar darauf (29. November) richtete Bismarck an die Regierungen Sachsens und Hannovers unter Berufung auf die Bundesexekutionsordnung die bestimmte Aufforderung, ihre Truppen schleunigst aus Holstein zurückzuziehen und ihre Verwaltungskommissare abzuberufen.

Aber weit entfernt, den preußischen Forderungen Folge zu geben, berief sich Herr von Beust auf den Auftrag des Bundestags und erwirkte von seinem Könige den Befehl zur Kriegsbereitschaft für die ganze sächsische Armee. Sämmtliche Beurlaubte wurden zu den Fahnen versammelt, Pferdeankäufe im ganzen Lande bewerkstelligt, die öffentlichen Kassen nach Dresden abgeliefert, die Kostbarkeiten der Krone eingepackt und die Ueberführung sämmtlicher Schätze nach der Bergfeste Königstein eingeleitet. Alle Vorbereitungen waren so getroffen, als ob der Einfall einer feindlichen Heeresmacht unmittelbar zu erwarten sei.

Es ist schwer zu sagen, was Herr von Beust mit diesen gewaltigen Rüstungen, die dem Lande viel unnützes Geld kosteten, bezweckte. Wollte er durch kriegerische Drohungen die preußische Regierung zu Gewaltschritten herausfordern? wollte er der Welt die Bedeutung Sachsens vor die Augen führen? oder besorgte er von Bismarck eine Wiederholung des Aktes, mit dem Friedrich der Große

den Siebenjährigen Krieg eröffnete? — Die Dinge lagen doch jetzt etwas anders als zu Zeiten seines Vorgängers Brühl, und die beiden Hauptmächte, welche sich damals befeindeten, waren jetzt noch Verbündete. Der Entschluß, für eine gerechte Sache und die Ehre des Landes auch einen hoffnungslosen Kampf mit dem weit überlegenen Gegner aufzunehmen, wäre immerhin heroisch gewesen; aber daß die ganze sächsische Armee sich für die Beust'sche Auslegung des Artikels 13 der Bundesexekutionsordnung zu opfern habe, war doch eine seltsame Laune des sächsischen Premiers. Ja, wäre selbst das formelle Bundesrecht auf Seiten Beust's gewesen, hier galt es dem höheren Rechte Achtung zu zollen, welches die Vormächte im Kampfe für eine deutsche Sache mit blutigen Opfern errungen hatten, und Beust würde der Ehre Sachsens nichts vergeben haben, wenn er sofort, nachdem der König von Dänemark seine Besitzrechte auf Holstein abgetreten hatte, die Uebergabe der Verwaltung an die neuen Besitzer und den Rückzug der Exekutionstruppen bewirkt hätte. Er zog es statt dessen vor, dem Zwange zu weichen.

Preußen stellte in Gemeinschaft mit Oesterreich am Bunde den Antrag, die Exekution für beendet zu erklären; Bismarck fügte hinzu, daß er sich zu diesem Antrage nur entschlossen habe, „um der hohen Bundesversammlung Gelegenheit zur Verhütung von Verwickelungen zu geben", und ließ durchblicken, was für Folgen sich ergeben würden, wenn den preußischen Forderungen nicht ungesäumt entsprochen würde. Noch einmal bewährte sich das preußisch-österreichische Bündniß, und seine Wirkung zeigte sich in der Abstimmung des Bundestages (5. Dezember), welche mit 9 gegen 6 Stimmen für den Antrag der Großmächte ausfiel, obgleich die Würzburger geltend machen wollten, daß die „Exekution" keine Exekution im gewöhnlichen Sinne gewesen sei, sondern den Sinn einer „Okkupation" gehabt habe, die erst mit der Einsetzung des rechtmäßigen Landesherrn aufhören dürfe.

Die engherzige Politik der Mittelstaaten hatte durch die Annahme des großmächtlichen Antrags am Bundestage eine empfindliche Niederlage erlitten. Herr von Beust bereitete sich indessen eine sonderliche Genugthuung, indem er veranlaßte, daß die braven sächsischen Truppen aus Holstein nicht auf dem geraden Wege, wie es sich geziemt hätte, sondern mitten in rauher Winterszeit auf dem weiten und kostspieligen Umwege über Hannover, Kassel, Eisenach, Lichtenfels und Hof in die Heimat zurückkehrten, um — das preußische Gebiet zu vermeiden.

Die preußischen Truppen setzten nun auch ihren Rückmarsch fort und die Hauptstadt rüstete sich zu ihrem festlichen Empfange. Die Nation Friedrich's des Großen ist immer empfänglicher gewesen für die Beweisführung mit Geschützen und Bajonneten, als für theoretische Auseinandersetzungen. Berlin hatte seinen Hundertkanonentag (4. Mai), als die eroberten Düppeler Geschütze in langem Zuge durch das Brandenburger Thor in die Hauptstadt geführt wurden;

jetzt sah es den festlichen Einzug der Sieger (7. und 17. Dezember), wie sie, mit Sträußchen, Kränzen und Ehrenzeichen geschmückt, unter dem wehenden Gruße der Flaggen und Schleier und dem jubelnden Zuruf des Volkes die breite Straße „Unter den Linden“ hinabzogen, die in den folgenden Jahren noch so oft zur Siegesstraße für die heimkehrenden Heere werden sollte, bis zum Denkmal des großen Königs. Dort scholl es —

„Halt! — Der ganze Waffenblitz
Präsentirt vor König Fritz.
Alles still, kein Pferdegeschnauf,
Zehntausend blicken zu ihm auf;
Der neigt sich leise und lüpft den Hut:
„„Concedire, es war gut!““ —

Von dem Umschwunge, der infolge der Bismarck'schen Politik und der preußischen Waffenthaten allmählich in der Volksstimmung sich vollzog, legte auch die Rede Zeugniß ab, mit welcher der Oberbürgermeister Seidel die Heimgekehrten begrüßte. „Was in vergangenen Tagen Preußen groß gemacht hat“, hieß es darin, „der in der Brust des Königs still gereifte, aus dem eigensten Leben, Pflicht und Beruf des Staats geschöpfte Entschluß, der fest und kühn die Gunst des Augenblicks bei der Stirnlocke faßt, das auf den Ruf seines Königs in voller kriegerischer Rüstung bereit stehende Volk, die strenge Zucht des Gehorsams und der Pflicht, der freudige Todes- und Schlachtenmuth dieses „Volks in Waffen“ — das ist auch die Signatur dieser jüngsten ruhmvollen Tage. Und wiederum ist es Preußens gutes Schwert, durch das die Grenzen des deutschen Vaterlandes weit hinausgerückt sind. Es ist ein Wort, das einst König Friedrich Wilhelm III., gesegneten und theuern Andenkens, gesprochen: „Was Preußen erworben hat, ist Deutschland gewonnen!“ .... Auch jener Boden, der in diesen Tagen mit unserm Blut getränkt ist, jenes hoch nach Norden sich erstreckende, von zwei mächtig hinauslockenden Meeren umspülte Land mit dem spröden Erz seiner Bevölkerung — es wird dauernd und sicher und zu rechtem Gewinn nur dann Deutschland erworben und sich selbst wiedergegeben sein, wenn und soweit Preußens Macht und Wehr es schirmend umfängt, Preußens strenge Zucht und Ordnung und staatsbildende Kraft es erfaßt und durchdringt. Wir freuen uns des glorreich errungenen Friedens und sind stolz darauf.“

Je kraftvoller die preußische Politik sich unter Bismarck's Leitung entwickelte, desto eifriger blieben die Minister der Mittelstaaten bemüht, derselben entgegenzuwirken oder doch dem rollenden Rade kleine Steinchen in das Geleise zu legen. Herr von Beust konnte den Schmerz über die am Bundestag ihm bereitete Niederlage nicht überwinden und beklagte sich bitter über die Vergewaltigung der Bismarck'schen Großmachtspolitik und so laut, daß Napoleon III. in den Tuilerien es hörte und sich durch seine Gesandten in Dresden und München erkundigen ließ, was die Ursache der mittelstaatlichen Beschwerden wäre. Beust kam mit Herrn von der Pfordten in Bamberg zusammen und überlegte

mit ihm einen gemeinschaftlichen Feldzugsplan. Beide kamen überein, am Bundestage einen Antrag zu stellen, durch welchen Preußen und Oesterreich aufgefordert werden sollten, die Herzogthümer sofort zu räumen und die Regierung dem Erbprinzen von Augustenburg zu übergeben; letzteren wollten sie zugleich veranlassen, an den fremden Höfen Berufung auf sein Recht einzulegen. Mit besonderer Freude begrüßten sie es, daß auch Oesterreich endlich Miene machte, das Bündniß mit Preußen aufzugeben und sich wieder den Mittelstaaten zu nähern; ja, sie ließen sich durch den Grafen Mensdorff, dem ein Antrag am Bunde wegen der österreichischen Nebenabsichten in Schleswig-Holstein zur Zeit unbequem war, in ihrem Eifer Zügel anlegen und überreden, von dem Antrage für jetzt noch Abstand zu nehmen.

Oesterreich hatte nämlich seine eigenen Wünsche. Zwar hatte Graf Mensdorff (5. Dezember) Preußen den Vorschlag gemacht, die Herzogthümer dem Erbprinzen zu übergeben; als indessen Bismarck eine ausweichende Antwort gab (13. Dezember) und zugleich Andeutungen auf eine preußische Annexion machte, erinnerte der Graf daran (21. Dezember), „daß schon der österreichische Gesandte, Graf Karolyi, ermächtigt gewesen sei, dem König Wilhelm selbst zu erklären, daß Oesterreich in diese Einverleibung nur gegen das Aequivalent einer ihm selber zu gewährenden Vergrößerung seines deutschen Gebiets willigen könne."

Es waren also nicht Rechtsbedenken, die Oesterreich gegen die preußische Annexion der Herzogthümer hatte, und Bismarck würde dieselbe, im Einverständniß mit Oesterreich, schon damals durchzuführen vermocht haben, wenn er sich hätte entschließen können, deutsches Gebiet — etwa die Grafschaft Glatz — an Oesterreich abzutreten. Ein solcher Länderhandel lag aber durchaus nicht in seinem Plan. Er hatte im deutschnationalen Interesse für die Befreiung der Herzogthümer von Dänemark gewirkt und er förderte die Erwerbung derselben für Preußen, weil er durch dieselbe das Interesse der deutschen Nation und der Herzogthümer am besten gewahrt sah. Um aber auch in der Rechtsfrage, gegenüber dem Andringen der Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung, welche noch immer den Augustenburger für den einzig berechtigten Erbfolger erklärten, eine bestimmte Stellung zu gewinnen, bewog Bismarck den König, (14. Dez.) das Gutachten der ersten Rechtskundigen des Königreichs, der Kronsyndici, über die Erbfolge in Schleswig-Holstein zu hören. Es kamen hierbei aber nicht allein die Erbansprüche des Augustenburgers in Betracht, sondern auch diejenigen des Großherzogs von Oldenburg, dem der Kaiser von Rußland zugleich die seinigen schon früher übertragen hatte, und endlich auch die Ansprüche, welche das Haus Hohenzollern selbst aus alten Erbverträgen auf einzelne Theile der Herzogthümer herleitete.

Wir greifen der Zeit vor, indem wir aus dem Gutachten der Kronjuristen, welches erst im Spätsommer 1865 veröffentlicht, aber doch in seinen einzelnen

Theilen der Regierung schon früher bekannt und von Einfluß auf ihre Entschließungen wurde, schon hier hervorheben, daß dasselbe diejenigen Rechte, welche durch den Wiener Friedensschluß vom König Christian IX. an den König von Preußen und Kaiser von Oesterreich übergegangen waren, als vollbegründet erklärte, weil die dänische Thronfolge durch das Londoner Protokoll und das Gesetz von 1853 rechtsgiltig geordnet und König Christian daher vollständig befugt gewesen sei, seine Rechte an Preußen und Oesterreich abzutreten. Die Kronjuristen erkannten dem Bunde kein Recht der Entscheidung oder der Mitwirkung bei den Verfügungen dieser Mächte über die Herzogthümer zu, weil Preußen und Oesterreich für sich und auf eigene Gefahr in den Krieg gegen Dänemark eingetreten waren. Sie räumten endlich den Erbansprüchen des Prinzen von Augustenburg keinen Vorrang vor den übrigen ein, weil sein Vater (30. Dezember 1852) förmlich und feierlich Verzicht geleistet und für die von Dänemark empfangene Abfindungssumme mit Zustimmung seiner Söhne das Rittergut Dolzig als Familiengut angekauft habe.

Daß die schleswig-holsteinische Frage auf dem Rechtswege allein nicht zu lösen sei, erkannte Bismarck und theilte daher der Wiener Regierung auf ihr weiteres Dringen die Bedingungen mit (22. Februar 1865), unter welchen Preußen zu sofortiger Anerkennung des Prinzen von Augustenburg bereit wäre. Dieselben umfaßten eine engere Militärkonvention zwischen Preußen und den Herzogthümern, das Recht der unbeschränkten Verfügung des Königs über die schleswig-holsteinischen Truppen im Kriege und deren Stellung unter preußischen Oberbefehl im Frieden, Abtretung der Stadt Sonderburg und der Feste Friedrichsort mit entsprechendem Gebiete, sowie des Gebiets zur Anlage von Befestigungen und Häfen an den Endpunkten des neu auszuführenden Nord-Ostseekanals, Erhebung von Rendsburg zur Bundesfestung, preußische Verwaltung des schleswig-holsteinischen Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens, endlich Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein.

Es gehört zu den Eigenthümlichkeiten der Bismarck'schen Staatskunst, daß er den Widerspruch seiner Gegner stets als eine Waffe gegen sie selbst zu benutzen versteht, daß er seine Forderungen, falls sie abgelehnt werden, nicht herabstimmt, sondern steigert, und daß er seine Gegner auf diese Weise nöthigt, ihm gegen ihren Willen zur Erreichung seiner Ziele zu dienen. Die Hartnäckigkeit Dänemarck's hatte ihm bei der Befreiung der Herzogthümer geholfen; die Einwendungen des Augustenburgers gegen die Februarbedingungen sollten ihm die Erwerbung der Herzogthümer für Preußen erleichtern. Hätte der „Herzog ohne Land" geahnt, welche Opfer an Hoheit und Land kaum anderthalb Jahre später selbst gekrönte Häupter der nationalen Sache würden bringen müssen, er würde nicht gezögert haben, die gestellten Bedingungen rückhaltslos anzunehmen, aber er ließ den günstigen Augenblick vorübergehen, gab in Betreff keiner Forderung eine bestimmte Zusage und lehnte die Kernpunkte ab.

Auch Oesterreich sah ein, daß es auf dem von ihm angedeuteten Wege zu einer Verständigung mit Preußen nicht gelangen würde. Es erklärte die preußischen Februarbedingungen, weil sie die fürstlichen Hoheitsrechte zu sehr beschränkten, für unannehmbar und bestärkte dadurch den Erbprinzen in seiner ablehnenden Haltung. Gleichzeitig knüpfte Oesterreich neue Verbindungen mit den Mittelstaaten an und ermunterte nun die Minister Sachsens und Bayerns, ihren zu Bamberg berathenen Antrag beim Bunde einzubringen. Derselbe erhielt indessen eine sehr abgeschwächte Fassung und sprach nicht mehr eine dringende Aufforderung, sondern nur die „vertrauensvolle Erwartung" aus, es möge den Regierungen von Oesterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Augustenburg das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung zu übergeben. Obgleich dieser Antrag in der Bundesversammlung mit neun Stimmen — darunter die österreichische — gegen sechs angenommen wurde (6. April), zeigte sich derselbe doch von vornherein als wirkungslos, da der preußische Gesandte sogleich nach der Abstimmung die gewisse Ueberzeugung aussprach, daß eine Erfüllung dieser Erwartung nicht in Aussicht stünde.

Während Bismarck immer deutlicher auf die Annexion hinarbeitete, blieben die Wünsche und Pläne des preußischen Abgeordnetenhauses in derselben Sache noch immer verschleiert. Den Abgeordneten entging es, welcher Umschwung in der Volksstimmung zu Gunsten der nun zum ersten Male im Kriege bewährten Militärreorganisation und der auswärtigen Politik Preußens sich vollzog, und während die Herzogthümer bereits zur Hälfte für Preußen erobert waren, saßen sie noch immer in Berathung über die Deutung des Budgetrechts, über die „Lücke in der Verfassung" und über die nachträgliche Genehmigung der zum Kriege verwendeten Geldmittel, wie „Archimedes in seinen Zirkeln."

Das Militärgesetz und das Armeebudget mit den Kosten der Reorganisation wurden abermals abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr eine Vorlage, in welcher der Kriegs- und Marineminister die Bewilligung von Geldmitteln zum Ausbau und zur Befestigung des Kieler Kriegshafens forderte, obgleich er hervorhob, daß Preußen entschlossen sei, im Besitz dieses Hafens zu bleiben. Das Abgeordnetenhaus erklärte, für derartige Anlagen „auf fremdem Gebiete" keine Verpflichtungen übernehmen zu können. Bismarck erwiederte (1. Juni): „Wir besitzen in den Herzogthümern mehr als Kiel, wir besitzen die volle Souveränetät in Gemeinschaft mit Oesterreich, und ich wüßte nicht, wer uns dieses Pfand nehmen könnte anders als durch einen unglücklichen Krieg. — Angesichts unserer Rechte, die unantastbar sind, so lange nicht einem der Herrn Prätendenten es gelingt, zu unserer Ueberzeugung ein besseres Recht, als das auf uns übergegangene des Königs Christian IX. von Dänemark nachzuweisen, sehe ich nicht ein, wie uns die schließliche Erfüllung unserer Bedingungen entgehen sollte, sobald wir nur nicht die Geduld verlieren, sondern ruhig abwarten, ob sich Jemand findet, der es unternimmt, Düppel zu belagern, wenn die Preußen darin sind.

Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit, unsere Absichten zu verwirklichen, so begrenzen Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: „Kein Kiel — kein Geld!" —

Die liberalen Abgeordneten, welche früher für die Gründung einer deutschen Flotte Hand und Herz offen gehabt hatten, verharrten jetzt bei ihrer Weigerung, und Bismarck konnte nicht umhin, es ihnen offen auszusprechen, welchen peinlichen Eindruck es auf ihn mache, zu sehen, „daß diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gelte, Angesichts einer großen nationalen Frage, die seit zwanzig Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt, zu keiner anderen Haltung als zu der einer unvermögenden Negation sich erheben könne." Die Abgeordneten der Fortschrittspartei, denen die staatsmännische Ueberlegenheit Bismarck's in auswärtigen Fragen immer unbequemer wurde, wollten lieber auf eine Machterhebung Preußens verzichten, als dem Ministerium Bismarck Erfolge gönnen, und je weniger sie ihm mit sachlichen Gründen entgegenzutreten vermochten, desto heftiger wurden sie in ihren Angriffen gegen die Person des Ministerpräsidenten; ja, Einer von ihnen, der Abgeordnete Virchow, ging so weit, die Wahrheitsliebe Bismarck's in Zweifel zu ziehen, ohne daß ein Ordnungsruf des Präsidenten auf die schwere Beleidigung erfolgte. „Ich frage Sie, meine Herren," rief Bismarck, „wohin soll es mit diesem Tone kommen? wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Kuriatier erledigen? — Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist."

In der That ließ Bismarck eine Herausforderung zum Zweikampf an Virchow ergehen. Es war nicht persönliche Gereiztheit, welche ihn zu diesem Schritte bewog; wol aber mochte der erste Diener des Staates gegenüber einem so schweren Vorwurfe, der im Hause selbst ungerügt geblieben war, mit dem Beweise eintreten wollen, daß er jedes seiner Worte mit seiner Person und seinem Leben zu decken bereit stand. Die Herausforderung blieb glücklicher Weise ohne Folgen. Einem seiner Anhänger, dem Prediger André, erwiederte Bismarck auf seine wolgemeinten Vorstellungen: „Was die Virchow'sche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rath annimmt; wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demüthigem Gebet vor Gott gestärkt habe und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt."

Die Regierung hatte dem Landtage auch eine Vorlage bezüglich der durch den Krieg gegen Dänemark verursachten Kosten gemacht, dieselbe mit einer ausführlichen Denkschrift begleitet und die nachträgliche Genehmigung zu der erfolgten Verwendung dieser Mittel aus dem Staatsschatze nachgesucht. Sie hoffte, dadurch das Haus zu einer Aussprache über die von ihr in der schleswig-

holsteinischen Angelegenheit befolgte Politik, damals die Frage der Gegenwart und die Frage der Zukunft, zu bewegen. Aber vergebens forderte Bismarck dazu auf. „Das Land hat ein Recht", sagte er, „zu erfahren, was die Meinung der Landesvertretung über die Sache sei. Sie haben Gelegenheit zu sprechen; diplomatische Bedenken stehen Ihnen nicht im Wege, und Sie haben sich auch sonst bei anderen Gelegenheiten nicht viel daran gekehrt." — — Das Haus verharrte in seiner Zurückhaltung; die Redner sprachen von dem legitimen Rechte des Augustenburgers, von dem Selbstbestimmungsrechte der Herzogthümer, aber nichts von dem guten Rechte Preußens und der deutschen Nation. Es erklärte die erfolgte Verwendung von Mitteln des Staatsgesetzes zu dem ruhmreichen Kriege für verfassungswidrig (13. Juni) und mußte beim Schluß der Sitzungen (17. Juni) aus dem Munde des Ministerpräsidenten den königlichen Vorwurf hören, daß die Mehrheit „das Wohl des Landes nicht zu ihrem obersten Gesetze genommen habe."

Wie schmerzlich es auch für Bismarck sein mochte, daß er sich in einer so wichtigen Frage nicht auf eine Mehrheit im Abgeordnetenhause stützen konnte, so entschlossen war er, diesen Widerspruch durch die folgerichtige Durchführung einer nationalen Politik zu überwinden. Die Beziehungen der beiden gemeinschaftlichen Besitzer von Schleswig-Holstein zu einander wurden immer verwickelter. Schon die Vorbereitungen zur dauernden Festsetzung in Kiel hatten Gegenvorstellungen seitens des österreichischen Mitbesitzers zur Folge gehabt. Die preußische Regierung zeigte sich auch hier nachgiebig in der Form, aber fest in der Sache, und seit dem Sommer 1865 war die Errichtung einer preußischen Flottenstation in Kiel vollzogene Thatsache. Bei den Verhandlungen über Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände traten in Bezug auf das zu Grunde zu legende Wahlgesetz und die den Ständen einzuräumende Befugniß so abweichende Ansichten der beiden Regierungen hervor, daß die Einberufung aufgegeben werden mußte. Die Hauptverwickelungen aber ergaben sich aus dem Fortbestande der Augustenburger Nebenregierung in Kiel. Obgleich der Erbprinz versprochen hatte, nur als Privatmann in Kiel leben zu wollen, fuhren doch seine Agenten fort, die Bewegung in Schleswig-Holstein für ihn zu betreiben und sowol in der Presse als in den „schleswig-holsteinischen Vereinen" einen Einfluß zu üben, der den durch Preußen vertretenen Rechten und Grundsätzen geradezu feindlich war. Oesterreich aber duldete nicht allein diese Agitation, sondern es nahm dieselbe sogar unter seinen Schutz. Der österreichische Civilkommissar von Halbhuber enthielt sich der Betheiligung an der Feier preußischer Ehrentage, wie des Gedächtnißtages von Düppel, und ließ es geschehen, daß in den von österreichischen Truppen besetzten Ortschaften der Geburtstag des Augustenburgers wie der eines Landesherrn und mit Gelegenheitsreden gegen Preußen gefeiert wurde. Der Antrag Preußens, den Augustenburger zur Entfernung aus Schleswig-Holstein zu veranlassen, wurde jetzt von

Oesterreich, das denselben Antrag anderthalb Jahre früher am Bunde eingereicht hatte, abgelehnt. Die augustenburgische Agitation in Schleswig-Holstein aber hatte sich unter Begünstigung des Herrn von Halbhuber solcher Fortschritte zu erfreuen, daß man bei dem mit preußischem Blute von dänischem Drucke befreiten Bruderstamm jetzt das Stichwort hören konnte: „Lieber dänisch als preußisch!“ —

Weiter durfte Preußen die Dinge nicht kommen lassen, wenn es nicht auf seine wohlerworbenen Rechte in Schleswig-Holstein Verzicht leisten wollte. Der preußische Civilkommissar, Freiherr von Zedlitz, erhielt daher die Weisung, unbekümmert um die Einsprache seines österreichischen Kollegen, gegen die augustenburgische Agitation einzuschreiten, und die preußische Regierung faßte die Möglichkeit ins Auge, daß die Zerwürfnisse in Schleswig-Holstein zum baldigen Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich führen könnten.

Das war ein schwüler diplomatischer Sommer im Jahre 1865. Depeschen regneten ohne Unterlaß, die kleinen diplomatischen Sommervögel flatterten ängstlich hin und her und die große deutsche Frage wetterleuchtete am Horizont. „Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden“, schrieb Bismarck (13. Juli) aus Karlsbad, wohin er sich als Begleiter des Königs begeben hatte. Bald darauf (21. Juli) fand zu Regensburg in Gegenwart des Königs, der auf der Durchreise von Karlsbad nach Gastein daselbst eintraf, ein preußischer Ministerrath statt. Aus den späteren Ereignissen läßt sich leicht folgern, daß hier der Beschluß gefaßt wurde, sich nur auf solche Unterhandlungen mit Oesterreich einzulassen, durch welche den preußischen Hoheitsrechten und Ansprüchen in Schleswig-Holstein volle Anerkennung verschafft würde; falls ein solches Ergebniß aber nicht zu erreichen sein sollte, eigenmächtig die preußischen Hoheits- und Besitzrechte zu wahren und sich auf den Bruch mit Oesterreich und den Krieg vorzubereiten.

Die Beziehungen Preußens zum Auslande lagen damals nicht ungünstig für Bismarck's Absichten. Von Frankreich konnte Oesterreich keinen Beistand erwarten. Napoleon III. konnte nicht zur Stärkung der Machtstellung des Kaiserstaats in Deutschland beitragen wollen, so lange er sich selbst als Schutzherr des neu aufstrebenden Königreichs Italien sowie der weltlichen Macht des Papstes Oesterreich gegenüber fühlte und sein früher gegebenes Losungswort: „Italien frei bis zur Adria!“ nicht erfüllt war. Auch für den Kaiser von Rußland war keine Veranlassung, im Fall eines Krieges Partei für Oesterreich zu nehmen, dem er seine feindselige Haltung während des Krimkrieges und des polnischen Aufstandes nicht vergessen hatte, wogegen er Preußen für die bei denselben Ereignissen befolgte Politik Dank wußte. England hatte keine Neigung, aus seiner Neutralität herauszutreten und sich in einen Krieg mit dem Kontinente einzulassen, der seine Interessen nicht unmittelbar berührte. Endlich hatten auch die durch Bismarck eingeleiteten Verhandlungen über den Abschluß

eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Italien bereits eine Annäherung des letzteren Staates an Preußen zu Wege gebracht, welche im Fall eines Krieges leicht zu einem Bündniß führen konnte.

Bei dieser politischen Lage war Bismarck bereit, es schon jetzt auf einen Krieg mit Oesterreich ankommen zu lassen, und es war nur des Königs persönliche Hinneigung zu dem alten Bundesgenossen, welche im Regensburger Ministerrath für die Zulassung weiterer Unterhandlungen mit Oesterreich den Ausschlag gab.

Die Wirkung der Regensburger Beschlüsse zeigte sich bald in den energischen Maßregeln des preußischen Civilkommissars in Schleswig-Holstein. Dieselben richteten sich zunächst gegen zwei geborene Preußen, die als Leiter der Presse und als Volksredner von der augustenburgischen Agitation vorgeschoben waren, gegen den Zeitungsredakteur May aus Schlesien und den preußischen Abgeordneten Dr. Frese aus Westfalen. Herr von Zedlitz ließ auf eigene Hand den Ersteren in seiner Wohnung verhaften, den Letzteren ausweisen (25. Juli). Dieses einseitige Vorgehen war ein Eingriff in die Rechte des österreichischen Mitbesitzers, und Herr von Halbhuber unterließ es nicht, im Namen seiner Regierung sofort Einspruch dagegen zu erheben; die preußische Regierung aber wollte in den von ihr mit Oesterreich gemeinschaftlich besessenen Ländern nicht eine Agitation dulden, deren Spitze gegen sie selbst gerichtet war, — ein Beweis, daß die Zustände in Schleswig-Holstein unhaltbar geworden.

Kurze Zeit, nachdem König Wilhelm in Begleitung des Ministers von Bismarck in Gastein eingetroffen war, fand sich auch daselbst der österreichische Gesandte am Münchener Hofe, Graf Blome, in besonderer Sendung seiner Regierung ein (28. Juli), um mit Bismarck über die Gründung dauernder Rechtszustände, d. h. über die Einsetzung des Augustenburgers in Schleswig-Holstein, zu verhandeln, und brachte in Betreff der bekannten preußischen Februarforderungen entgegenkommende Vorschläge seiner Regierung mit. Indessen Bismarck, dem jetzt nicht allein das mittlerweile veröffentlichte Gutachten der preußischen Kronjuristen zur Seite stand, sondern für den sich auch immer mehr Stimmen einsichtsvoller und patriotischer Männer der deutschen Nation, wie Heinrich von Treitschke's, Theodor Mommsen's u. A., sowie auch diejenigen angesehener Männer aus dem schleswig-holsteinischen Adel, an ihrer Spitze der Baron Karl von Scheel-Plessen, früher Vorsitzender der holsteinischen Ständeversammlung, erhoben, war jetzt weniger als je geneigt, von den Februarforderungen herabzugehen; er betrachtete dieselben als das Mindeste, was der preußischen Regierung unbedingt gewährt werden müsse, wenn sie in die Gründung eines schleswig-holsteinischen Kleinstaats willigen solle. Seine Abneigung, den Erbprinzen in die Herzogthümer einzusetzen, stieg in dem Grade, wie dieser sich auf die preußenfeindliche Agitation stützte. Graf Blome mußte daher Gastein wieder verlassen, ohne eine Verständigung erreicht zu haben.

Auch Kaiser Franz Josef, der unterdessen in dem nahen Ischl geweilt und sich bereit gehalten hatte, falls die Sendung des Grafen Blome einen günstigen Erfolg erwarten ließe, sich zur Begrüßung seines königlichen Oheims nach Gastein zu begeben, fuhr nach Wien zurück. Die Verhandlungen stockten.

Bismarck's Stimmung in diesen Tagen der politischen Spannung lassen uns die Briefe an seine Gemahlin erkennen: „Ich fange an, die Tage zu zählen," schrieb er aus Gastein (4. August 1865), „die ich in dieser Nebelkammer abzusitzen habe. Wie die Sonne aussieht, davon haben wir nur noch dunkle Erinnerungen aus einer besseren Vergangenheit. Seit heute ist es wenigstens kalt, bis dahin schwüle, feuchte Wärme, Abwechselung nur in der Form des Regens, und immer Ungewißheit, ob man von Regen oder Schweiß naß wird, wenn man die Promenadentreppen auf- oder abwärts im Schmutze patscht. Wie Leute ohne Geschäfte es hier aushalten, verstehe ich nicht. Mir bleibt mit Baden, Arbeiten, Diner, Vortrag und Thee bei Sr. Majestät kaum Zeit, mir die Scheußlichkeiten der Situation klar zu machen. Seit drei Tagen ist ein komisches Theater hier, aber man schämt sich fast drin zu sein und die Meisten scheuen den Weg durch den Regen. Ich befinde mich bei dem Allen sehr wohl, besonders seitdem wir Kaltenhäuser Bier hier haben. * und ** tief niedergeschlagen, weil sie nicht wissen, was sie trinken sollen. Der Wirth giebt ihnen schlechtes Bier, damit sie den schlechteren Wein trinken. Sonst läßt sich nichts Merkwürdiges aus dieser Dampfwaschküche melden, wenn ich nicht in Politik verfallen will."

Um diese Zeit spielte auch jene kleine Salonepisode, die, so harmlos sie war, von manchen Blättern und bösen Zungen eben so eifrig besprochen wurde wie eine Haupt- und Staatsaktion.

Bismarck begegnete auf der Promenade in Gastein eines Morgens der Künstlerin, welche bei den Hofcouren im Weißen Saale oder auf den Bretern, so die Welt bedeuten, ihn oft durch den lieblichen Klang ihrer Stimme erfreut hatte, der königlichen Kammersängerin Pauline Lucca, und begrüßte sie mit ungezwungener Heiterkeit.

„Und wie gefällt es Ihnen hier, Excellenz?" fragte die Dame in schnell angeknüpftem Promenadengespräch.

„Durchaus gar nicht! es ist tödlich langweilig. Ich wünschte, Sie arrangirten Etwas."

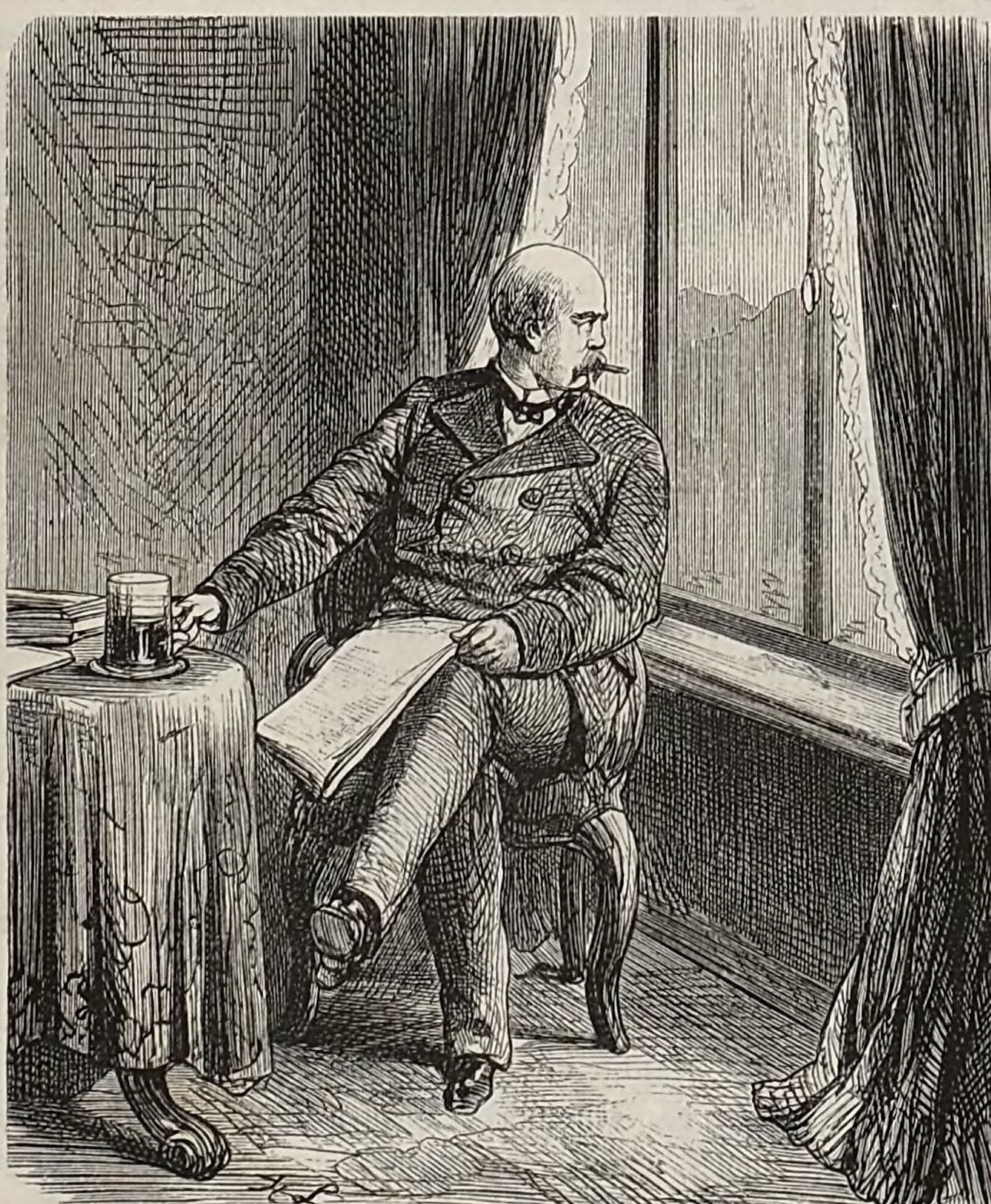
„Einverstanden!" antwortete die kleine, nicht eben anspruchslose Künstlerin, „aber ich bitte Ew. Excellenz um eine Gegengefälligkeit."

„Soll ich Ihnen ein diplomatisches Geheimniß anvertrauen?" lachte Bismarck.

„Nicht doch, ich verstehe nichts von Politik; aber wir sind hier gerade bei dem Kabinet des Photographen angelangt," — Fräulein Lucca zeigte mit ihrem Schirmstock dahin, — „der mein Bild aufnehmen wollte; wie wär' es, wenn Ew. Excellenz sich mit mir photographiren ließen? Und das sogleich?"

„Warum dieses nicht?" erwiederte Bismarck, vielleicht mehr in einem Anfluge von heiterer Laune über den drolligen Einfall, als mit diplomatischer Vorsicht.

In demselben Augenblicke hatte auch schon der photographische Künstler das Glas gerichtet, welches das pikante Doppelportrait des vielgehaßten Staatsmanns und der gefeierten Sängerin spiegelte. Der industrielle Photograph wußte demselben bald eine Verbreitung in Tausenden von Exemplaren zu geben, und die Mythe und Sage umrankten in den wunderbarsten Ausschmückungen das unschuldige photographische Bildchen.



In Gastein beim Kaltenhäuser Bier.

Je schwüler die politische Atmosphäre, desto größer war die Aufregung, welche unter den Ministern der Mittelstaaten herrschte. Schon um die Mitte des Juli waren die Herren von Beust und von der Pfordten in Leipzig zusammengetroffen und hatten hier beschlossen, zunächst durch den Bundestag eine

Anfrage an die Regierungen von Oesterreich und Preußen in Bezug auf die von ihnen gethanen oder beabsichtigten Schritte zur Ordnung der Dinge in Holstein zu richten. Der darauf abzielende Antrag Sachsens und Bayerns am Bunde wurde jedoch auf dem nicht ungewöhnlichen Verschleppungswege, durch Verweisung an den holsteinischen Ausschuß, zur ewigen Ruhe bestattet (27. Juli).

Herr von der Pfordten hatte sich von Leipzig nach Salzburg begeben, wo er mit Bismarck bei dessen Durchreise von Regensburg nach Gastein (23. Juli) zusammentraf. Der bayrische Premierminister konnte aus den Aeußerungen, die Bismarck hier — unmittelbar nach dem Regensburger Ministerrath — gegen ihn that, die Ueberzeugung entnehmen, daß Letzterer nicht nur zu keiner Nachgiebigkeit in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zu bewegen sein würde, sondern daß er auch in der deutschen Frage die früheren Ansprüche Preußens auf die politische und militärische Oberleitung in Norddeutschland durchaus aufrecht erhielt und daß er für Erreichung dieser Zwecke den Krieg nicht scheute. Bismarck gab Herrn von der Pfordten zu verstehen, daß Bayern eine viel glänzendere Rolle spielen würde, wenn es als erster unter den süddeutschen Staaten für die Erhaltung und Befestigung des Bandes derselben mit Norddeutschland und der norddeutschen Großmacht Sorge tragen wolle, als wenn es nur österreichischen Interessen diene. Seine Vorstellungen verfehlten nicht ihren Eindruck auf den bayrischen Minister. Derselbe schien in einem etwaigen Kriege mehr zu einer bewaffneten Neutralität als zu einer unbedingten Parteinahme für Oesterreich hinzuneigen; ja, er erklärte sich auf Bismarck's Ansuchen bereit, zur Verhütung eines größeren Konflikts seine Vermittelung bei dem Prinzen von Augustenburg eintreten zu lassen, um diesen zu einem für Preußen annehmbaren „Frieden" zu bewegen. Bismarck versprach, dem Prinzen, falls er sich zu diesem Zwecke an den königlichen Hof begeben wolle, eine günstige Aufnahme vorzubereiten. Herr von der Pfordten bemühte sich jedoch vergeblich; er erhielt von dem Erbprinzen mehrere Wochen lang gar keine Antwort, später eine kühle und vornehme Ablehnung, — ein Beweis mehr, daß der Herzog ohne Land sich den kleinen Feinden Preußens beigesellt hatte.

Nicht so friedfertig wie der bayrische zeigte sich der sächsische Premierminister, Freiherr von Beust. Er benutzte die Zeit der Rathlosigkeit, die in der Wiener Hofburg seit dem Scheitern der Sendung des Grafen Blome nach Gastein herrschte, um dem Grafen Mensdorff, sowol mündlich, bei seiner Anwesenheit im Wiener Hoflager, als in einer ausführlichen Denkschrift (7. August) seinen Rath zu ertheilen. Beust erkannte die Verlegenheit, in welche der Kaiserstaat sich selbst gebracht hatte. Sowol eine soeben vollzogene Schwenkung in der inneren Politik als die unzulänglichen Rüstungen und Finanzen waren Gründe für Oesterreich, um in seiner gegenwärtigen isolirten Stellung zum Auslande einen Krieg zu vermeiden. In dieser Lage rieth Beust dem Grafen Mensdorff, wieder reumüthig zum alten Bunde zurückzukehren und ihm die Lösung der schwebenden

Frage getrost anheimzugeben. Oesterreich möge — so schlug er vor — sich bereit erklären, Alles zur sofortigen Einsetzung des Augustenburgers aufzubieten, und einen schleunigen Bundesbeschluß mit achttägiger Frist darüber einholen, ob der Bund zu diesem Zwecke mit Oesterreich gehen wolle oder nicht. Graf Mensdorff sah indessen wohl ein, daß die Annahme eines solchen Antrages durch den Bund nichts Anderes bedeuten würde als den Krieg, daß die Ablehnung aber Oesterreich eine noch tiefere Demüthigung bereiten würde, als eine direkte Verständigung mit Preußen, und ging daher auf die wohlgemeinten Rathschläge nicht ein. Beust's Besorgniß, daß die Großmächte zu einer Einigung unter einander gelangen und das Gewicht Sachsens nicht schwer genug in die Wageschale fallen möchte, zeigte sich in seiner steigenden Unruhe. Er traf mit den Ministern Bayerns und Württembergs, Pfordten und Varnbüler, in München zusammen (10. bis 12. August), erstattete seinem Könige Vortrag in Possenhofen und eilte endlich selbst nach Gastein, wo er von König Wilhelm zur erbetenen Audienz beschieden ward (15. August) — gerade einen Tag später, nachdem die Entscheidung gefallen.

Während die Diplomaten hier mit geschäftiger Eile hin und wieder reisten und ihren Athem in die Glut bliesen, dort mit eiserner Ruhe und kaltem Blute die Dinge an sich herankommen ließen, wirkten auch hohe Frauen an dem holden Gewebe des Friedens. Die Königstöchter des Wittelsbacher Hauses am Dresdener Hofe spannen die Fäden hinüber und herüber zu den Zwillingsschwestern am Hofe von Berlin und in der Wiener Hofburg und zogen die Herzen der Herrscher, des Königs Wilhelm und des Kaisers Franz Josef, allmählich in ihr Friedensnetz. Noch einmal reiste Graf Blome mit Aufträgen von Wien nach Gastein, dieses Mal nicht um über eine endgiltige Lösung der Frage, sondern über eine vorläufige Fortdauer der gemeinsamen Verwaltung in Schleswig-Holstein zu verhandeln. Schon am 16. August konnte Graf Blome seinem Kaiser, der sich unterdessen wieder nach Ischl begeben hatte, günstigen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen erstatten, und am 20. August — zwei Tage nach dem Geburtstag des Kaisers — fand zu Salzburg bei der Rückkehr des Königs von Gastein die Zusammenkunft der beiden Monarchen statt, welche als Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens galt.

Das Ergebniß der langwierigen Berathungen war die sogenannte Konvention von Gastein (14. August). Durch diese Uebereinkunft wurde die Verwaltung der Herzogthümer zwischen den beiden Besitzern — unbeschadet der Fortdauer ihrer Rechte an der Gesammtheit — derart getheilt, daß dieselbe für Holstein von Oesterreich, für Schleswig von Preußen geführt werden sollte. Seine Rechte auf das kleine Herzogthum Lauenburg überließ der Kaiser von Oesterreich für eine Abfindungssumme von $2^1/_2$ Millionen dänischen Reichsthalern an den König von Preußen. Die beiden Fürsten wollten am Bunde die Herstellung einer deutschen Flotte beantragen und bestimmten den Kieler

Hafen zum Bundeshafen; bis zur Ausführung sollte Preußen das Kommando und die Polizei des Hafens sowie die Berechtigung zur Anlage von Befestigungen daselbst haben. Rendsburg sollte zur Bundesfestung erhoben werden und bis auf Weiteres eine gemischte Besatzung unter jährlich wechselndem Kommando erhalten. Andere Festsetzungen betrafen die Anlage von preußischen Militärstraßen durch Holstein, die freie Verfügung über eine Telegraphenleitung zur Verbindung mit Kiel und Rendsburg, das Recht der Beförderung preußischer Postwagen auf beiden Linien, die Anlage und Beaufsichtigung des geplanten Nordostseekanals, den Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein u. s. w. Mit dem 15. September sollte dieser Vertrag in Kraft treten.

Selten ist ein diplomatisches Erzeugniß von zünftigen und unzünftigen Politikern so scharf angefochten worden wie die Gasteiner Konvention. Die Minister von Beust und von der Pfordten trafen in Stuttgart abermals zusammen (5. und 6. September) und schüttelten die Köpfe zu dieser ohne ihre Mitwirkung und ohne Zustimmung des Bundes zu Stande gekommenen Vereinbarung. In preußischen Abgeordnetenkreisen sahen die Gegner des Ministeriums in der Erwerbung des kleinen Ländchens Lauenburg eine Verletzung der Verfassung, welche bestimme, daß der König von Preußen nicht zugleich „Beherrscher fremder Reiche" sein dürfe. Auch das Ausland war fast einstimmig in der Verurtheilung der Konvention. Lord Russell bezeichnete dieselbe als einen „verwerflichen und unserer Zeit unwürdigen Akt", und Napoleon III. ließ seine Vertreter im Auslande durch ein vertrauliches Rundschreiben seines Ministers Drouyn de Lhuys anweisen, sich in scharfer Weise über das österreichisch-preußische Abkommen auszusprechen, in welchem weder die Wünsche und Rechte der deutschen Bundesmitglieder noch diejenigen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung berücksichtigt wären. „Die Gewaltthätigkeit und Eroberung verkehren den Stempel des Rechts und das Gewissen der Völker," hieß es in dem erwähnten Schriftstück. „Wenn man Gewaltthätigkeit und Eroberung an Stelle der Grundsätze setzt, nach denen das Leben der modernen Völker sich regelt, so werden sie ein Element der Auflösung und Unordnung."

Unleugbar lag in den meisten dieser Vorwürfe eine gewisse Berechtigung. Schon der erste Artikel, die Theilung der Verwaltung zwischen Preußen und Oesterreich, verstieß gegen einen Hauptsatz der berechtigten nationalen Forderungen, für welche die beiden Mächte in den Kampf eingetreten waren, gegen das „Up ewig ungedeelt" der Herzogthümer, und der Kauf des Ländchens Lauenburg durch Privatmittel der Krone — das preußische Abgeordnetenhaus würde bei seiner damaligen Stimmung die Bewilligung von Staatsmitteln zu diesem Zwecke jedenfalls versagt haben — erinnert an die überwundene Kabinetspolitik, in der über das Schicksal von Ländern und Völkern nach dem Belieben der Fürsten und ihrer Räthe verfügt wurde. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß es in Bismarck's Absicht nicht liegen konnte, mit der Gasteiner Konvention

dauerbare Zustände in Schleswig-Holstein zu schaffen, und daß durch dieselbe nur für die Uebergangszeit die Verwaltung geregelt werden solle. Erwies sich das Band der nationalen Zusammengehörigkeit Schleswigs und Holsteins in der That stark genug, dann konnte die gegenwärtige getheilte Verwaltung allerdings für die Dauer nicht bestehen, und es fragte sich, welche von beiden Mächten die größere Anziehungskraft auf den Besitz der andern üben würde. Diejenigen Bestimmungen der Konvention indessen, welche zu einer endgiltigen staatlichen Ordnung hinüberlisten sollten, erfüllten auch diesen Zweck. Kein preußischer Minister, welcher Partei er auch angehören mochte, würde nach der Gasteiner Uebereinkunft sich dazu haben verstehen dürfen, die wirklich erlangten Vortheile, wie die Anlage des Kriegshafens zu Kiel, die preußischen Militärstraßen, die Post- und Telegraphenverbindungen durch Holstein, zu Gunsten des bestberechtigten Erbansprechers wieder preiszugeben. Bismarck vermochte damals noch nicht, gegen die am preußischen Hofe vorherrschende Strömung mit seinen eigentlichen Plänen durchzudringen. Die Gasteiner Konvention war ein letzter Versuch, mit den Mitteln der alten Kabinetspolitik „die Risse im Bau zu verkleben"; sie bildete den Uebergang zur nationalen Politik, in deren Fahrwasser Bismarck das preußische Staatsschiff nun mit vollen Segeln einlenkte.

Von Gastein begleitete Bismarck den König über München und Frankfurt nach dem Rhein zur fünfzigjährigen Jubelfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen, ging dann mit dem Könige nach Baden-Baden, sah in Homburg seine Gemahlin, wohnte im Gefolge des Königs den großen Truppenübungen bei Merseburg bei, weilte kurze Zeit im Herzogthum Lauenburg, zu dessen Spezialminister er ernannt war, und fand endlich wieder Erholung in seinem „geliebten Biarritz." Die gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers Napoleon daselbst gab ihm Gelegenheit, die unangenehmen Eindrücke zu verwischen, welche Jener von der Gasteiner Konvention, beunruhigt durch die scheinbar wiederhergestellte Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich, empfangen hatte, und gute Beziehungen mit ihm anzuknüpfen.

Drei Jahre waren seit der Ernennung Bismarck's zum Ministerpräsidenten vergangen, und schon traten die Erfolge seiner Staatsleitung glänzend hervor. Unter der tapferen politischen und militärischen Führung Preußens war ein Krieg siegreich bis zu Ende durchgekämpft, die Einrede des Auslandes abgewandt und die Bahn zu neuen Erfolgen für die Zukunft frei gemacht worden. Der langjährige Kampf des deutschen und des skandinavischen Wesens in der Nordmark war siegreich beendigt. Wo vor zwei Jahren der Danebrog flatterte, da wehte jetzt der preußische Adler auf den Kriegsschiffen. Schon regten sich die Spaten, um der werdenden deutschen Seemacht ein festes Bollwerk am Baltischen Meere zu schaffen. Auch die Hochschule Holsteins durfte unter Preußens Schutze jetzt auf eine bessere Zukunft hoffen. Preußens Ansehen unter den ersten Mächten Europa's war neu begründet und befestigt.

König Wilhelm ehrte die Verdienste seines ersten Rathgebers um die Leitung der auswärtigen Politik durch Erhebung desselben in den Grafenstand (15. September 1865).

Noch war das Vertrauen auf die Führung Preußens nicht allgemein in Deutschland lebendig, aber schon vernahm man den Flügelschlag des Adlers, welcher die Dohlen vom Kyffhäuser verscheuchen und den Barbarossa in seiner Felsengruft erwecken würde.

„Mächtig rauschen Deine Schwingen!
Hellen Auges, schwarzer Aar,
Schaust Du auf die blanken Klingen
Deiner deutschen Heldenschar.

O wie oft, seit Du entflogen
Deiner schwäbischen Heimatburg,
Bist Du siegreich ausgezogen
Zwei Jahrhunderte hindurch!

Herrsche, Aar, vom Fels zum Meere,
Schütze Preußens, Deutschlands Ehre,
Bring' uns längst versunknes Glück
Mit der Staufer Reich zurück!" —




LOTHRINGEN
Meister-Jahre.
KÖNIGGRÄTZ
PARIS
SEDAN
VENETIEN

Ohne Kampf kein Sieg!





Funfzehntes Kapitel.

Von Gastein bis Nikolsburg.

> Deutschland, die schön geschmückte Braut,
> Schon schläft sie leis' und leiser, —
> Wann weckst Du sie mit Trommeten laut,
> Wann führst Du sie heim, mein Kaiser? —
> Geibel's Heroldsrufe.

Mit bewölktem Himmel brach das denkwürdige Jahr an, von dem sich die große geschichtliche Wendung in den Schicksalen Preußens und Deutschlands herschreibt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte konnte wol bei keiner politischen Partei im Volke noch ein Zweifel darüber obwalten, daß die verschiedenen Schlingen, die sich zu dem Knoten der deutschen Frage zusammengeschürzt hatten, auf keine andere Weise mehr zu lösen seien, als mit dem Schwerte, und daß der entscheidende Schlag von keiner anderen Macht geführt werden könne, als von Preußen. Aber die lange Gewohnheit des Friedens hatte die Entschlossenheit und Thatkraft auch des preußischen Volksstammes gelähmt. Um sich zu dem Standpunkte zu erheben, daß es den Krieg als das letzte und einzige Mittel zur Verwirklichung

seines nationalen Berufes anerkenne und aufnehme, bedurfte das Volk des energischen Antriebes einer groß und kühn angelegten staatsmännischen Natur, welche ihre Blicke über den engen Gesichtskreis und die Bedürfnisse der Gegenwart hinausrichtete auf das Gesetz und die Würde der Nation.

Der Mann, welcher an der Spitze der preußischen Staatsleitung stand, vereinigte damals auf sich den Haß aller liberalen Parteien im Lande. Der starre Widerstand, welchen Bismarck während der Konfliktszeit den Forderungen des Abgeordnetenhauses entgegengesetzt, und der herbe Ton, in welchem er die Angriffe der Liberalen zurückgewiesen, hatten eine allgemeine und tiefe Erbitterung gegen ihn hervorgerufen. Durch die heimgekehrten Abgeordneten war die Unzufriedenheit und Verstimmung über die innere Lage des Staates in immer weitere Kreise getragen worden. Der Hader über die verfassungsmäßigen Rechtsformen hatte den Sinn von den höchsten und wichtigsten Interessen der Nation abgelenkt. Ein Krieg mit dem äußeren Feinde, so lange das Ministerium Bismarck am Ruder und der innere Konflikt ungelöst war, däuchte den Meisten als ein schweres nationales Unglück.

Bismarck wußte wohl, daß der Krieg, welchen er für unvermeidlich hielt, nur dann mit Erfolg durchgekämpft werden konnte, wenn er einen mächtigen Bundesgenossen, den Geist der Nation, auf seiner Seite hatte. Er hatte diesen Bund von dem Augenblicke an, als er an das Staatsruder berufen ward, gesucht, aber statt seiner jenen unseligen Konflikt vorgefunden, der in der Zeit seiner Amtsführung von Tag zu Tag an Schärfe zugenommen hatte. Auch in diesem Kampfe durfte er nicht zurückweichen, denn nur mit einem ungeschwächten Königthum und einer wohlgerüsteten Armee konnte Preußen an die Lösung seiner deutschen Aufgabe herantreten. An Beidem hatte es in den Bewegungsjahren 1848—50 gefehlt; der Fehler von damals durfte jetzt, sechzehn Jahre später, nicht wiederholt werden. Auch Bismarck horchte auf die Stimme des Volkes, welche die „Stimme Gottes" ist, aber er erkannte sie nicht in dem Geräusche auf Markt und Straßen, nicht in der wechselnden Tagesmeinung, die in einem großen Theile der Presse sich kundgab, sondern er suchte die Seele des Volkes zu belauschen und er entnahm aus ihren geheimen Regungen und aus den geschichtlichen Ueberlieferungen der Vergangenheit die Richtschnur für die von ihm in der Staatsleitung einzuschlagenden Wege. Mochte er daher immerhin den Haß der zeitigen Volksvertretung auf sich laden, — die Geschichte vergiebt eher eine formelle Rechtsverletzung, als die Nichtbenutzung des günstigen Augenblicks, um das Volk auf der ihm durch seinen Weltberuf vorgezeichneten Bahn der Macht und Größe zu fördern. Mochte die Tagesströmung sich noch so hoch gegen ihn aufbäumen, — er wußte, daß das tapfere Volk, welches in den langen Kriegen des großen Friedrich ruhmvoll ausgeharrt, welches in den Befreiungskriegen das Banner der deutschen Freiheit und Macht allen anderen Stämmen hochherzig vorangetragen hatte, auch jetzt nicht schwanken werde, wenn die Wahl:

„ehrenvoller Kampf oder schimpfliche Erniedrigung" mit dem vollen Ernst des geschichtlichen Augenblicks an dasselbe herantreten würde. Darum fühlte er — trotz der durch ganz Deutschland betriebenen Agitation für den Frieden, trotz der Abneigung seines Königs, sowie vieler seiner nächsten Freunde, den alten Waffenbruder Oesterreich zu bekämpfen, trotz der Zweifel, die auch seine eigene Seele mitunter beschleichen mochten, — sich dennoch eins mit dem Geiste der deutschen Nation, und in diesem Bewußtsein fand er die Zauberruthe, vor deren Schlag die Felswand schwand, die sich ihm auf seinem Wege entgegenstellte.

Blicken wir zurück auf den Verlauf, welchen die Dinge in Schleswig-Holstein genommen hatten, sodaß sie schon wenige Monate nach der Konvention von Gastein abermals auf die Spitze des Schwertes gestellt schienen.

Die genannte Konvention (15. September) hatte das Verhältniß der beiden Mächte so geordnet, daß die Verwaltung — unbeschadet der gemeinschaftlichen Besitz- und Hoheitsrechte auf das Ganze — getheilt, und zwar in Schleswig von Preußen, in Holstein von Oesterreich ausgeübt werden sollte. Die auf Bismarck's Vorschlag erfolgte Wahl des General Edwin Freiherrn von Manteuffel zum Statthalter von Schleswig war ein politischer Kunstgriff. Manteuffel gehörte zu den ausgeprägtesten Charakteren der altkonservativen Partei, welche das Heil Preußens in dem engen Bündniß mit Oesterreich sah. Er war eine in der Wiener Hofburg besonders beliebte und hochgeachtete Persönlichkeit, dabei voll persönlichen Wohlwollens und wahrer Menschenfreundlichkeit; aber er war auch als treuer Diener des Königs und als bewährter preußischer Militär von echtem Männerstolze und von dem festen Willen beseelt, in der Ehre und den gerechten Ansprüchen Preußens nicht eine Linie breit nachzugeben. Wenn irgend Einer, so war er geeignet, das gute Einvernehmen mit den alten Waffengenossen in Holstein zu fördern. Gelang ihm dies nicht, — wie Bismarck wol erwartete, — dann konnte dieser sich davon eine bedeutende Wirkung nicht allein auf die Partei, der Manteuffel angehörte, sondern auch auf den König selbst, dessen besonderes Vertrauen er genoß, versprechen.

Auch der von der österreichischen Regierung mit der Uebernahme der Statthalterschaft in Holstein beauftragte Feldmarschallleutnant Freiherr von Gablenz, der tapfere Führer des österreichischen Truppencorps im Kriege gegen Dänemark, stand beim König Wilhelm in hoher Gunst. Soldat und Kavalier, voll ritterlicher, vertrauenerweckender Liebenswürdigkeit, verstand er es leicht, sich die Herzen der Holsteiner zu gewinnen, indem er den sogenannten Volkswünschen in jeder Weise entgegenkam. Er konnte dies auch um so leichter, da die österreichische Regierung ihren Besitz nur als einen vorübergehenden betrachtete und nur so lange zu behaupten wünschte, bis eine endgiltige Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer getroffen und die Regierung in Schleswig-Holstein einem Prätendenten übertragen werden konnte, der ihr weniger unbequem war als Preußen.

In Schleswig schritt General von Manteuffel mit militärischer Strenge gegen alle Bestrebungen ein, welche darauf hinausliefen, einer anderen Obrigkeit, als derjenigen Preußens und Oesterreichs, Anerkennung zu verschaffen. Schon ein Besuch des Erbprinzen Friedrich von Kiel aus in dem schleswigschen Hafenstädtchen Eckernförde (14. Oktober), bei welchem derselbe Abordnungen und Huldigungsadressen gleich einem rechtmäßigen Landesherrn entgegennahm, gab Manteuffel Veranlassung zu einem sehr deutlichen Schreiben an den Prinzen, in welchem er ihm anzeigte, daß er Anordnungen treffen werde, „um Seine Durchlaucht bei einer Wiederholung seines Besuches in Schleswig vor Verwickelung mit der Polizei und vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, welche eintreten könnten, wenn durch derartige Auftritte der Frieden des Landes und die gesetzliche Ordnung gestört würden." Noch mehr böses Blut machte einige Zeit später die preußische sogenannte Zuchthausverordnung (11. März 1866), durch welche jeder Versuch, einer anderen landesherrlichen Gewalt als der preußisch-österreichischen in den Herzogthümern oder in einem derselben Geltung zu schaffen, mit Zuchthaus von 5 bis 10 Jahren bedroht wurde.

Unterdessen wurde in Holstein unter den Augen des volksfreundlichen Gablentz ungescheut jene Art gemüthlichen Hochverraths betrieben, die man Augustenburgische Agitation nannte. Die Rufe nach Versammlung der Stände und Einsetzung Friedrich's VIII. als Herzog, welche bei Festmahlen und Zusammenkünften oft gehört wurden, sollten als eine energische Bekundung des Volkswillens bei einer großen Massenversammlung aller Schleswig-Holstein- und Kampfgenossenvereine, welche von den Hauptleitern der Agitation für den 23. Januar nach Altona zusammenberufen wurde, einmüthig zusammenklingen. Herr von Gablentz schwankte, ob er eine derartige Kundgebung gegen die bestehende Obrigkeit erlauben dürfe oder nicht. Nach längerem Zögern verbot er die Versammlung, zog aber bald darauf infolge einer Weisung aus der Hofburg sein Verbot wieder zurück. In der von vielen Tausenden besuchten Volksversammlung ergossen nun die Führer der Agitation ihren ganzen Zorn über das „preußische Junkerthum", das „gebismarckte Preußen" und die „Berliner Putzenmacher", wie Herr von Gablentz am andern Morgen mit Behagen in der Kieler Zeitung lesen konnte.

Daß die österreichische Regierung dieses preußenfeindliche Treiben in dem von ihren Truppen besetzten Gebiete duldete und gern sah, war ein böses Zeichen von ihrer Auffassung der Gasteiner Konvention. Bismarck zögerte daher auch nicht, eine ernste Note nach Wien (26. Januar) ergehen zu lassen, in welcher er es als unbegreiflich bezeichnete, daß es nach den Tagen von Gastein und Salzburg bis zu diesem Punkte habe kommen können. „Durch den Gasteiner Vertrag" — sagte er — „ist jedes der beiden Herzogthümer als ein anvertrautes Pfand der Treue und Gewissenhaftigkeit des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; wir hatten die Hoffnung von da aus, zu einer weiteren Ver-

ständigung zu gelangen, und wir haben das Recht, zu fordern, daß bis zum Eintritt dieser Verständigung jenes Pfand selber unverletzt erhalten werde. Eine Beschädigung desselben, wie sie durch diese Umtriebe bewirkt wird, können und wollen wir uns nicht gefallen lassen.... Eine verneinende und ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Bestrebungen, daß ein herkömmlicher Widerstreit gegen Preußen in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen.... Es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte innige Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten."

Trotz dieser offenen und unzweideutigen Sprache, welche die Möglichkeit eines Bündnisses mit Italien bereits durchblicken ließ, fiel die österreichische Antwort (7. Februar) „ausweichend und verneinend" aus; sie sprach Preußen überhaupt das Recht ab, Rechenschaft über einen Akt der Verwaltung in Holstein zu fordern.

Eine unheimliche Stille folgte auf diesen Schriftwechsel. Preußen schwieg und Oesterreich rüstete. Auf eine mündliche Anfrage des Grafen Karolyi beim Grafen Bismarck, wie er das Verhältniß der beiden Mächte zu einander nunmehr auffasse (17. März), antwortete dieser ziemlich kühl, daß er die vertrauten Beziehungen, wie sie sich nach dem gemeinsam geführten Kriege zu entwickeln begonnen, als gelöst betrachte, und daß beide Mächte in das Verhältniß zurückträten, in welchem sie vor dem dänischen Kriege zu einander gestanden. Seit Mitte März war es kein Geheimniß mehr, daß Truppenansammlungen aus dem Innern Oesterreichs, aus Ungarn und Galizien an der böhmisch-schlesischen Grenze stattfanden, — zu schwach, um Preußen ernste Besorgnisse einzuflößen, zu stark, um von ihm übersehen werden zu können. Hoffte Oesterreich, bei der Friedensliebe des Königs Wilhelm, Preußen einzuschüchtern, wie sechzehn Jahre früher, und es ohne Schwertstreich zum Rückzuge zu bewegen? —

Um sich freie Hand für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu schaffen, hielt Bismarck es zunächst für erforderlich, den hemmenden Einfluß des — seit dem 15. Januar wieder versammelten — Hauses der Abgeordneten zu beseitigen, von dem er wegen seiner regierungsfeindlichen Haltung bei einer weitern Verwickelung der Beziehungen zu Oesterreich nur Schwierigkeiten zu besorgen hatte. Ein Beschluß des Obertribunals (29. Januar), daß Verleumdungen und Beleidigungen der Regierung nicht in das Gebiet der „freien Meinungsäußerung" gehörten, welche den Abgeordneten durch die Verfassung

gewährleistet sei, und daß Abgeordnete wegen solcher Vergehungen ebenso straffällig seien, wie andere Staatsbürger, hatte die Stellung der Regierung zum Hause noch mehr erschwert und wurde von diesem als Eingriff in seine Rechte bezeichnet. Verschiedene Maßregeln der Regierung, auch die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußen, wurden von demselben gleichfalls als gesetzwidrig und rechtsungiltig erklärt. Unter solchen Umständen hielt es Bismarck nicht für gerathen, dem Landtage Aufschluß über die von der Regierung zur deutschen Frage eingenommene Stellung zu geben. Dem Abgeordneten Twesten antwortete er auf den Vorwurf, daß er die äußere Politik nur als Mittel für die innere und für die Förderung des Kampfes der Regierung gegen parlamentarische Ansprüche benutze: „Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen, und Sie, meine Herren, sollten auch so denken; denn Sie könnten ja, was Sie im Innern etwa an Terrain verlieren möchten, unter einem liberalen Ministerium, das vielleicht auch nicht ausbleiben wird, sehr rasch wiedergewinnen. Es ist das keine Einbuße auf ewig. In der auswärtigen Politik aber giebt es Momente, die nicht wiederkommen."

Die Sitzung verlief noch fruchtloser als die früheren, und wurde nach kurzer Dauer (23. Februar) geschlossen, ohne daß ein Budget zur Vorlage und zur Berathung gekommen war.

Je mehr der Horizont sich verdunkelte, desto lebhafter war Bismarck bestrebt, nicht die schleswig-holsteinische Angelegenheit, in welcher es sich doch — wenigstens scheinbar — um überwiegend preußische Ansprüche handelte, sondern die Lösung der deutschen Frage, nämlich die Einigung der Staaten, zunächst des nördlichen Deutschlands unter Preußens Führung und im weiteren Bunde mit Süddeutschland, als das eigentliche nationale Ziel leuchten zu lassen. Er richtete (24. März) an die deutschen Regierungen eine Note, in welcher er auf die durch die österreichischen Rüstungen bedrohte Lage Preußens und auf die Nothwendigkeit hinwies, auch preußischerseits Maßregeln zum Schutze der Grenzen zu treffen. „Aber nicht die augenblickliche Sicherung" — sagte er weiterhin — „ist das Einzige, was Preußen im Auge haben muß, es muß auch Bürgschaften für die Zukunft suchen. Preußen ist durch seine Stellung, seinen deutschen Charakter und durch die deutsche Gesinnung seiner Fürsten vor Allem zunächst darauf angewiesen, diese Garantien in Deutschland selbst zu suchen. Auf dem Boden der deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen und werden immer zuerst versuchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden.... Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter, als die der meisten anderen europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen

wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde“.... Indem Bismarck weitere Schritte seiner Regierung zur Herbeiführung einer „den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Reform des Bundes“ ankündigte, richtete er schließlich an die deutschen Bundesregierungen die Frage, ob und in welchem Maße Preußen gegenwärtig auf ihren guten Willen zu seiner Unterstützung gegenüber den drohenden Rüstungen Oesterreichs rechnen könne, da die Bundeseinrichtungen an sich keine ausreichende Gewähr böten.

Schon wenige Tage darauf hatte Bismarck die Antworten der Regierungen in Händen. Die meisten lauteten ausweichend und wiesen auf den Artikel der Bundesakte hin, welcher den Bundesgliedern verbietet, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen. Daß in der drohenden Kriegsgefahr Preußen nicht seine Zuflucht unter einen Paragraphen der Bundesakte nehmen konnte, war einleuchtend. Bismarck war jedoch durch seine Frankfurter Erfahrungen auf diese Antworten vorbereitet und hatte bereits seine weiteren Entschlüsse für diesen Fall gefaßt.

Von den deutschen Regierungen im Stich gelassen, nahm er jetzt um so weniger Anstand, den Abschluß eines Bündnisses mit Italien zu betreiben, das sich ihm naturgemäß bot. Schon vor der Gasteiner Uebereinkunft hatte Bismarck eine Annäherung zwischen Preußen und Italien eingeleitet. Durch die Konvention waren indessen die Erwartungen Italiens getäuscht und eine vorübergehende Verstimmung hervorgerufen worden. Nachdem durch den Abschluß des Handelsvertrages (31. Dezember 1865) die guten Beziehungen zwischen beiden Staaten wiederhergestellt waren und das preußisch-österreichische Bündniß sich von Neuem gelockert hatte, ließ Bismarck dem Florentiner Kabinet Andeutungen machen, infolge deren der italienische General Govone nach Berlin gesandt wurde, um gemeinschaftlich mit dem Gesandten Grafen Barral Unterhandlungen mit der preußischen Regierung anzuknüpfen. Der persönliche Eindruck, den Bismarck auf Govone machte, war ein gewaltiger, aber von dem Fortgange der Verhandlungen selbst war er weniger befriedigt. Die heißblütigen Italiener hatten gehofft, daß Bismarck ihnen sofort ein Angriffs- und Vertheidigungsbündniß zum Zwecke der Eroberung Venetiens antragen würde; dieser wünschte jedoch nur, sich mit Italien über ein gemeinschaftliches Vorgehen für den Fall zu verständigen, daß seine demnächst in der deutschen Frage beabsichtigten Schritte den Krieg zur Folge haben sollten. Das rief Mißtrauen bei den italienischen Unterhändlern hervor, welche noch immer eine Aussöhnung zwischen Preußen und Oesterreich, wie in Gastein, besorgten und auch die Hoffnung auf eine unblutige Erwerbung Venetiens — sei es durch freiwillige Abtretung Oesterreichs gegen eine Geldentschädigung, sei es durch Vermittelung ihres Beschützers an der Seine — noch nicht aufgegeben hatten, und es bedurfte der vollen staatsmännischen Energie Bismarck's, um die Italiener dennoch in

seine Bahnen mit fortzureißen. Andererseits hatte auch König Wilhelm Bedenken gegen ein Bündniß mit dem revolutionären Königreich, weil dadurch die Möglichkeit eines Ausgleichs mit Oesterreich erschwert wurde. In dieser Beziehung kamen Bismarck die österreichischen Rüstungen und das Bekanntwerden einer vertraulichen Note des Grafen Mensdorff an die deutschen Regierungen außer Preußen (16. März) zu Statten, in welcher dieser die Absicht aussprach, die schleswig-holsteinische Angelegenheit zur Entscheidung des Bundes zu bringen, und insgeheim zu Rüstungen für Oesterreich aufforderte. Die Ueberzeugung, daß es österreichischerseits auf eine Demüthigung Preußens abgesehen sei, ließ beim König alle früheren Bedenken gegen das Bündniß mit Italien zurücktreten, welches nunmehr (8. April) zum Abschluß kam. Danach verpflichtete sich Italien, für den Fall, daß die nächstfolgenden Schritte der preußischen Regierung in der Angelegenheit der Bundesreform binnen drei Monaten zum Kriege zwischen Preußen und Oesterreich führen sollten, gleichfalls den Krieg an Oesterreich zu erklären und mit allen Kräften, welche ihm zur Verfügung stünden, zu führen. Weder Italien noch Preußen sollten ohne gegenseitiges Einverständniß Frieden oder Waffenstillstand schließen; dieses sollte aber nicht verweigert werden, wenn Oesterreich eingewilligt, Venetien an Italien und ein dieser Provinz an Bevölkerung gleiches Gebiet an Preußen abzutreten. Der Vertrag sollte als erloschen angesehen werden, wenn Preußen nicht binnen drei Monaten (also bis 8. Juli) den Krieg an Oesterreich erklärt hätte.

Oesterreich hatte unterdessen (seit Mitte März) das diplomatische Notenspiel wieder aufgenommen, ohne damit etwas Anderes zu bezwecken, als vor den Augen der Welt sich den Standpunkt des formellen Rechts zu wahren und die schwebenden Verhandlungen zwischen Preußen und Italien zu durchkreuzen. Wie wenig aufrichtig gemeint seine Friedensversicherungen und Abrüstungsvorschläge waren, ging auch aus der Thatsache hervor, daß es zu derselben Zeit, als die beiderseitigen Abrüstungen beginnen sollten, neue umfassende Rüstungen im Innern und an der italienischen Grenze vornahm und sich somit in die Lage versetzte, mittels der Eisenbahnen jederzeit große Heeresmassen an die schlesische Grenze werfen zu können.

Bismarck dagegen verfolgte Zug um Zug seinen Plan in der deutschen Frage. Am Tage nach dem Abschlusse des Bündnisses mit Italien that er einen entscheidenden Schritt am Bundestage. Er ließ durch den preußischen Gesandten am Bunde den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments aus allgemeinen und direkten Wahlen einbringen, welchem die preußischen Vorschläge zur Reform der Bundesverfassung vorgelegt werden sollten. Um den Zusammentritt des Parlaments nicht durch langwierige Vorberathungen der Regierungen verzögern zu lassen, erklärte er, denselben erst dann volle Kenntniß von den preußischen Reformvorschlägen geben zu wollen, wenn jener Antrag angenommen und der Tag der Eröffnung festgesetzt sein würde.

Das war mehr, als man von der Kühnheit des preußischen leitenden Ministers erwartet hatte. Indem Bismarck die letzte Entscheidung über die Geschicke des deutschen Volkes einer aus freien, allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung anvertraut sehen wollte, setzte er dem dynastischen Sondergeiste, dem Hauptfeinde der deutschen Einheitsbestrebungen und Hauptverbündeten Oesterreichs, den tödlichen Dolch in den Nacken. Den Wunsch, welchen das deutsche Volk seit einer Reihe von Jahren in seinem Herzen getragen, hatte die preußische Regierung zu ihrer Forderung erhoben und schien entschlossen, mit allen ihren Machtmitteln für dieselbe einzustehen.

Trotzdem war die Aufnahme, welche der Antrag im Volke fand, eine zurückhaltende und kühle. Man mißachtete die dargebotene Gabe wegen des Gebers. Der Haß gegen den Leiter der preußischen Politik war damals infolge der Aufreizungen der Fortschrittspartei bis zur Blindheit gesteigert worden. Und wer bürgte dafür, daß nicht der ganze Antrag nur als eine diplomatische Karte gegen Oesterreich ausgespielt sei, daß nicht Bismarck, nachdem es ihm gelungen, mit Hülfe desselben die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten umzustimmen, das Volk täuschen und das Parlament, sobald sich eine liberale Strömung in demselben vorherrschend mache, ebenso geringschätzend behandeln würde wie das preußische Abgeordnetenhaus! — Andererseits konnte man sich nicht verhehlen, daß der Bismarck'sche Antrag, ernst gemeint und durchgeführt, Deutschland an die Schwelle einer neuen Zeitepoche führe und eine Folge von Entschließungen und Thaten nach sich ziehen müsse. Er glich der Toga, aus deren Falten das Schwert rollen werde. Aber gerade in dem Augenblicke, als das Volk zum Richter in seiner eigenen wichtigsten Angelegenheit aufgerufen wurde, war die Friedensströmung in Preußen am mächtigsten. Aus den größeren Städten der Monarchie, aus Berlin, Magdeburg, Stettin, Königsberg und Köln, gingen Adressen beim König ein, welche dem Wunsche nach Erhaltung des äußeren und Wiederherstellung des inneren Friedens unter Entlassung des Ministeriums Ausdruck gaben. In der gesammten liberalen Presse läutete man Sturm gegen den allgemeinen Friedensstörer — Bismarck.

Es gab noch zwei Parteien im Lande, welche — sonst vielleicht weniger friedfertig gesinnt — doch einem Kriege gegen Oesterreich aus besonderen Gründen abgeneigt waren. Die eine war diejenige, welche das kirchliche über das Staatsinteresse stellt und über dem Staatsoberhaupte den Heiligen Vater in Rom als ihre eigentliche und wahre Obrigkeit auch in weltlichen Dingen anerkennt. Die preußischen Ultramontanen konnten zwar, wenn sie sich von ihrem Vaterlande nicht völlig losgesagt, den Sieg Oesterreichs über Preußen nicht wünschen, sie fürchteten aber auch den Sieg Preußens und die daraus hervorgehende Kräftigung Deutschlands durch die protestantische Vormacht und arbeiteten daher mit allen Mitteln für den Frieden. Die andere Friedenspartei, welche sich von der überlieferten waffenbrüderlichen Zuneigung zu dem alten

Alliirten aus den Freiheitskriegen nicht lossagen mochte, fand ihre mächtigsten Stützen am Berliner Hofe und in der Friedensliebe des Königs Wilhelm selbst.

Gegenüber diesen verschiedenen Kräften, welche im eigenen Lande für die Erhaltung des Friedens wirkten, gehörte ein unerschütterlich fester Muth und das klare sittliche Bewußtsein von der Gerechtigkeit der Sache bei dem preußischen Staatsleiter dazu, um die schwere Verantwortung für den Krieg, als dessen Anstifter er angesehen wurde, auf seine Schultern zu nehmen. Ueberall sah er sich von Ränken umsponnen, die zu zerreißen außer seiner Macht lag; von vielen Seiten arbeitete man auf seinen Sturz und auf die Zerstörung seiner Pläne hin. Und war nicht noch eine ehrenvolle Umkehr zum Frieden für Preußen möglich? War nicht er es allein, der dem Friedenswerke entgegenstand? Hatte sich nicht die Stimme des Volkes laut genug gegen den Krieg ausgesprochen und blieb zwischen ihm und der Vertretung des Landes nicht noch ungelöst der innere Konflikt, als eine nicht zu überbrückende Kluft? War denn Bismarck wirklich von der Vorsehung berufen, um gegen den Willen des Volkes, gegen die persönliche Neigung des Königs den preußischen Staat in einen Krieg hineinzutreiben, durch den — wie immer auch der endliche Ausgang sein mochte — das Schicksal von Tausenden, von Familien und Einzelnen, auf das Spiel gesetzt wurde? — — Solche Zweifel mochten sich wol in Bismarck's Seele regen, als er, kaum von einer Krankheit genesen, am 8. Mai Nachmittags gegen 5 Uhr nach dem Vortrage beim Könige vom königlichen Palais durch eine Seitenallee der Straße „Unter den Linden" nach seinem Hôtel in der Wilhelmsstraße allein zurückschritt. Da, in der Nähe der Schadowstraße angekommen, hörte er plötzlich nahe hinter sich zwei Schüsse fallen und fühlte zugleich einen leichten Schmerz in der Seite, — eine Kugel hatte ihn gestreift. Er wendete sich um und erblickte einen jungen Menschen mit gehobenem Revolver, der soeben im Begriffe stand, den dritten Schuß auf ihn abzufeuern. Bismarck packte ihn mit kräftiger Faust im Handgelenke, konnte jedoch nicht verhindern, daß auch der dritte Schuß losging, der ihn an der rechten Schulter leicht verwundete. In demselben Augenblicke wechselte der Thäter die Waffe in den Händen, ergriff mit der Linken den Revolver und feuerte, ihn fest an Bismarck's Leib drückend, noch zwei Schüsse rasch auf einander ab, von denen der eine den Rock verbrannte, der andere auf der Rippe aufschlug. Bismarck überwand das Gefühl der Schwäche, das ihn infolge der Verwundung vorübergehend anwandelte, und hielt mit fester Hand den Verbrecher gefaßt. Gleichzeitig eilten auch von den Vorübergehenden zwei Bürger herbei und halfen bei der Festnahme. Einige Offiziere und Mannschaften von einem soeben unter klingendem Spiel die Straße herabmarschirenden Bataillon des zweiten Garderegiments sprangen aus dem Gliede und bewirkten die Abführung des Verbrechers nach dem Gefängniß. Während noch die Klänge des Preußenliedes von der Militärmusik schallten, setzte Bismarck den Weg nach seiner Wohnung fort.



Unter den Linden am 8. Mai 1866.

Er hatte sich bald überzeugt, daß die Verletzungen nicht gefährlich waren, und erreichte das Hôtel, noch ehe die Kunde von der That zu den Seinigen gedrungen war. Er ging auf sein Arbeitszimmer, erstattete dort mit einigen Zeilen dem Könige Bericht über den Vorfall und erschien dann ruhig und heiter in der kleinen Gesellschaft, die ihn im Empfangszimmer seiner Gemahlin bereits zum Mittagsmahl erwartete. Indem er sich nach Begrüßung der Gäste zu dieser neigte, sagte er leise zu ihr: „Sie haben auf mich geschossen, mein Kind, aber sorge nicht, es hat nichts zu bedeuten!" Die Bestürzung der Gräfin sowie der Familie war natürlich groß, als sie von der Gefahr hörten, der sein Leben ausgesetzt gewesen. Der schnell herbeigerufene Arzt, den es Wunder nahm, daß von fünf aus so großer Nähe abgefeuerten Kugeln keine eine ernste Verwundung bewirkt habe, sagte: „Hier giebt es nur eine Erklärung: Gott hat seine Hand dazwischen gehabt!" —

Das Gefühl des Dankes und der Freude über die glückliche Errettung war unter allen Anwesenden, ja unter allen Preußen mächtig, zu welchen die Kunde von dem Vorfall gelangte, die sich wie ein Lauffeuer durch Berlin verbreitete. Zu den Ersten, welche dem Grafen Bismarck ihre Glückwünsche darbrachten, gehörte der König selber. Bewegt und dankbar ergriff der königliche Herr die Hand seines treuen Dieners, der jeden Augenblick bereit war, — sei es auf dem Straßenpflaster oder auf dem Schlachtfelde, — für den König und für die Sache, die er vertrat, das Leben einzusetzen. Bald nach dem Könige kamen auch die Prinzen zur Beglückwünschung, dann der greise Feldmarschall von Wrangel, und das Bismarck'sche Haus blieb den Tag über der Vereinigungsort für alle hervorragenden Größen der Hauptstadt, — Minister, Staatsmänner, Generale, — sowie für die Freunde und Verehrer des Ministerpräsidenten. Am Abend wogte die Menge auf der Straße und dem Wilhelmsplatz und ließ ihre Begrüßungsrufe hinaufschallen, bis Bismarck sich am Fenster zeigte und Worte des Dankes für die Theilnahme an das Volk richtete.

Der Thäter, ein junger Mensch mit Namen Julius Cohen, war der Stiefsohn des in London lebenden politischen Flüchtlings, Karl Blind. Er hatte bis vor Kurzem auf der Ackerbauschule zu Hohenheim in Württemberg landwirthschaftliche Studien getrieben. In einem vor der That an seinen Stiefvater geschriebenen Briefe erklärte er, daß es sein fester Entschluß sei, den Grafen Bismarck zu tödten, weil er in ihm den ärgsten Feind der deutschen Freiheit sähe. Einer weiteren Untersuchung entzog er sich durch Selbstmord, den er noch in derselben Nacht mit einem Taschenmesser an sich verübte.

Seit jenem Ereigniß schwanden die letzten Zweifel aus Bismarck's Seele. Er fühlte, daß sein Leben unter dem Schutze eines Höheren stand, daß König und Vaterland jetzt mehr denn je seiner Dienste bedurften, und es erfüllten ihn jene feste Zuversicht und jenes freudige Gottvertrauen, aus denen der Mann Muth und Kraft zu dem Schwersten schöpft. Von solcher Entschlossenheit und

Klarheit zeigten alle weiteren Schritte des preußischen Ministerpräsidenten, durch welche allmählich ein Umschwung in der Volksstimmung angebahnt wurde. Der Ausgang des Krieges stand freilich in der Hand des Lenkers der Völkergeschicke, aber der Strom der Geschichte hätte rückwärts fließen müssen, wenn Preußen in diesem durch die Ueberlieferungen der Vergangenheit, durch seine Ehre und Deutschlands Gesammtinteresse gebotenen Kriege dauernd unterlegen wäre.

In diesen Tagen unterzeichnete König Wilhelm den Befehl zur Mobilmachung der gesammten preußischen Armee. Da wurde das große Geheimniß offenkundig, welches der König und die preußischen Heeresschöpfer seit einer Reihe von Jahren gesponnen; da verwandelte sich wie mit Zauberschlag die arbeitsame, friedliebende Nation in ein streitbares, kampfesfreudiges Volk in Waffen. Das Volk begann den wahren Sinn des großen Kampfes zu fassen; es fühlte, daß ein Zurückweichen von der betretenen Bahn mit der Ehre Preußens unverträglich war, und scharte sich mit alter Treue um die alten Fahnen. Vergessen war der innere Hader, es gab nur einen Feind: der an die Landespforten pochte, und ein gemeinsames Ziel für Alle: Kampf und Sieg fürs Vaterland!" —

Um dieselbe Zeit erfolgte die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und die Ausschreibung von neuen Wahlen (9. Mai). Während die Jugend des Volkes gehobenen Herzens zu den Waffen strömte, während alle Straßen und Eisenbahnen, Flüsse und Ströme von wehrhaften Jünglingen starrten, trat der Bürger ruhig und ernst an die Wahlurne. Auch hier hörte man nicht mehr die Losungsworte der Parteien: „Regierung" und „Parlament", „konservativ" und „fortschrittlich", sondern die erste Frage war: „Wer hat ein tapferes Herz fürs Vaterland?"

Der veränderten Stimmung des preußischen Volkes verlieh den muthigsten und erhebendsten Ausdruck dieselbe Stadt der Monarchie, von welcher auch die Erhebung von 1813 ihren Ausgang genommen hatte: die Stadt Breslau warf den Unfrieden hinter sich und sprach es freudig dem Könige aus (15. Mai), daß sie für die Ehre Preußens, seiner Stellung in Deutschland und die mit dieser Stellung im nothwendigen Zusammenhange stehende Einheit des gemeinsamen Vaterlandes den Gefahren und Nöthen des Krieges mit derselben Opferwilligkeit und Hingebung entgegengehen werde, wie die schlesischen Männer unter Führung von des Königs Wilhelm hochseligem Vater gethan. „Können jene höchsten Güter Preußens und Deutschlands erhalten werden in Frieden, so begrüßen wir denselben freudigen Herzens; sollten aber die Gegner Preußens und Deutschlands, wie es im Jahre 1850 geschehen, wieder eine Minderung der Machtstellung Preußens, wiederum eine Demüthigung Preußens erstreben, so wird Schlesien lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder auf Jahrzehnte hinausrücken lassen."

Dieses mannhafte Wort war um so bedeutsamer, als es von der Hauptstadt derjenigen Provinz ausging, nach welcher der Feind schon begehrlich den Arm ausstreckte. In ihm spiegelte sich der besonnene, klare und tapfere Geist, durch welchen Preußen die Führung Deutschlands erlangt hat.

Ehe wir die Vorgänge schildern, welche den Ausbruch des Krieges unmittelbar veranlaßten, wird es nothwendig, der Aufnahme zu gedenken, welche der preußische Antrag auf Berufung eines Parlaments beim Bundestage und bei den deutschen Regierungen fand, und demnächst auch einen Blick auf die Stellung zu werfen, welche das Ausland gegenüber dem drohenden Konflikt zwischen den beiden Großmächten einnahm.

Es ist eine traurige Wahrnehmung, daß im Frühjahr 1866 keine von den Regierungen der deutschen Mittelstaaten ihre Aufgabe im deutschnationalen Sinne erfaßte, sondern daß dieselben ihren Beruf allein in der Wahrung ihrer Sonderinteressen erblickten. Derjenige Staat, welcher durch seine Lage am meisten geeignet war, den Krieg auf ein bestimmtes Gebiet zu begrenzen, Bayern, war in dem Bismarck'schen Reformplane, über dessen Hauptzüge nach und nach Einzelnes in diplomatischen Kreisen verlautete, mit einer bevorzugten Stellung bedacht worden; insbesondere sollte ihm die militärische Leitung der sämmtlichen süddeutschen außerösterreichischen Streitkräfte übertragen werden. Der bayrische Minister v. d. Pfordten, dessen patriotischer Ehrgeiz dadurch erregt war, schien zu schwanken, ob für Bayern nicht eine ehrliche Neutralität rathsamer sei als unbedingter Anschluß an Oesterreich. Dennoch ließ er sich nach einem mißlungenen Vermittelungsversuch mehr und mehr in das österreichische Lager hinüberziehen. Die leitenden Staatsmänner der übrigen Staaten Süddeutschlands — v. Varnbüler für Württemberg, v. Dalwigk für Hessen-Darmstadt, v. Edelsheim für Baden — waren von Preußenhaß erfüllt oder doch dem österreichischen Einfluß völlig ergeben. Ein unbefangener deutscher Patriot und alter Vorkämpfer der deutschen Einheit, der badische Handelsminister Karl Mathy, urtheilte über dieselben in einem Briefe an ein späteres Mitglied des Staatsministeriums: „Die mittelstaatlichen Staatsmänner haben keine Spur von nationaler Empfindung, nichts als Neid gegen Preußen, nichts als das Gelüst, diesen deutschen Staat klein zu machen und nebenbei Jeder für sich einen Profit auf Unkosten des Gegners oder eines Genossen in die Tasche zu stecken. Man glaubt auf der Seite der Stärkeren zu stehen, während man sich auf der schwächeren befindet.“ In Hannover schwankte der blinde König, den sein Minister Graf Platen in voller Unkenntniß über die Sachlage ließ, hin und her zwischen Neutralität und dem Bündniß mit Oesterreich, zwischen dem alten dynastischen Welfenstolz, der ihm kein Opfer an Hoheitsrechten zu Gunsten eines Mächtigeren oder des gesammten Volkes gestattete, und der Besorgniß, bei einer fortgesetzt feindseligen Haltung Land und Krone an den mächtigen Nachbar zu verlieren, bis er im letzten Augenblicke durch

das Versprechen Oesterreichs, ihm Hoheitsrechte und Länderbesitz gewährzuleisten, sowie durch die Aussicht, auf Kosten Preußens eine Gebietsvergrößerung zu erlangen, ganz für Oesterreich gewonnen ward. Keiner aber geberdete sich preußenfeindlicher und kriegslustiger als der sächsische Staatsleiter Freiherr von Beust, welcher seinen König bewogen hatte, den anderen deutschen Fürsten mit den umfassendsten Rüstungen voranzugehen, um das volle Gewicht Sachsens gegen Preußen in die Wagschale zu werfen.



Zu Augsburg in den „Drei Mohren" (April 1866).

Auf die Einladung des Freiherrn von Beust begaben sich die Minister von neun deutschen Mittel- und Kleinstaaten, darunter die ebengenannten mit Ausnahme des Grafen Platen, zu einer Zusammenkunft nach Augsburg (22. April), um über eine gemeinsame Behandlung des preußischen Reformantrags zu berathen. Was auf den Konferenzen dieser neun Staatsweisen zu Tage gefördert wurde, darüber berichtet kein Archiv und kein Blaubuch. Da ihnen der Bismarck'sche Reformplan wohlweislich nur in sehr allgemeinen Umrissen mitgetheilt war, so tappten sie mit ihren Gegenplänen größtentheils im Düstern und beschlossen thatsächlich nichts. Wenn die kleinen Verschwörer aber nach den Mühen des Tages sich beim geselligen Mahle vereinigten und der vortreffliche Wein aus dem Keller des Gasthofs zu den „Drei Mohren" ihre Gemüther erhitzt hatte, dann ergossen sie in feurigen Toasten und Tafelreden ihren Zorn über das Bismarck'sche Preußen und beschlossen über sein Schicksal, als ob jeder

von ihnen schon ein Sadowa für sich allein über den argen Gegner gewonnen hätte. Zuweilen aber überkam sie doch mitten unter den Tafelfreuden ein unheimliches Grauen, wie wenn ein langer Schatten mit drohender Geberde drüben an der Wand des Saales entlang striche, oder wenn eine unsichtbare Hand den Becher von den schwellenden Lippen zurückzöge, die eben das „Vae victis" über Preußen gesprochen.

Es war eine eigenthümliche Verblendung dieser Staatsmänner, daß sie noch mit Verweisung des preußischen Antrags an den Verfassungsausschuß des Bundestags (21. April), mit Resolutionen und Anträgen auf allgemeine Entwaffnung das rollende Rad der Ereignisse aufzuhalten vermeinten.

So wie am Bundestage und an den Höfen der kleinen Fürsten, so wurde auch in der Bevölkerung der Mittel- und Kleinstaaten der Kampf gegen Preußen auf das Gehässigste betrieben. Schon im März äußerte sich Bismarck mit Bezug auf das Gebahren von Beust und Genossen: „Wenn diese Menschen uns einen Nagel ins Gehirn treiben könnten, sie würden es thun!" Wohlgefällig sahen die kleinen Staatsmänner auf das Treiben der von ihnen begünstigten höfischen Partei der „Partikularisten" und „Bureaukraten", deren Patriotismus sich auf dienstwillige Ergebenheit für die kleinen Fürsten und auf die beifällige Zustimmung zu der Politik ihrer Räthe beschränkte, in deren Mitte aber Mannesmuth und freier Bürgersinn, die festesten Stützen der Throne und Staaten, keine Stätte fanden. Zu ihnen gesellten sich die beiden anderen preußenfeindlichen Parteien der „Ultramontanen" und „Radikalen". Die Ultramontanen Süddeutschlands hatten nicht die Rücksichten des Anstandes zu nehmen, welche sich ihre Gesinnungsgenossen in Preußen noch auferlegen mußten; sie predigten offen den Haß gegen das ketzerische Preußen, weil sie mit Recht besorgten, daß dieser Staat, wenn er die Leitung Deutschlands übernähme, auch den Hochmuth der katholischen Kirche unter das gemeine Recht beugen würde. Die Radikalen, denen der Begriff „Vaterland" überhaupt nur eine leere Redensart war, ließen sich die Ohnmacht der Kleinstaaten allenfalls gefallen; sie sträubten sich aber gegen die Errichtung eines mächtigen Deutschen Bundesstaats, weil derselbe ihren staatsvernichtenden Tendenzen einen unzerstörbaren Damm entgegenzusetzen vermochte. Schon die Koalition dieser Parteien, welche sich aus so verschiedenen Beweggründen zur Bekämpfung der deutschen Einheitsbestrebungen in einem Lager zusammenfanden, zeigte die um sich greifende Fäulniß im deutschen Staatsleben. Wahrlich, es war hohe Zeit, daß ein Gewitter die mit unreinen Dünsten geschwängerte Luft reinigte, daß durch das Zusammenwirken aller deutschnationalen Elemente unter einheitlicher Führung dem unlauteren Treiben dieser deutschfeindlichen Mächte, welche Anschluß und Unterstützung in Rom und Paris fanden, ein Ende gemacht wurde, und daß die alte deutsche Wahrhaftigkeit überall in Deutschland wieder zu Ehren gelangte.

Die Männer, welche damals in Süddeutschland der Mäßigung und Besonnenheit das Wort redeten, mußten hinter dem Getriebe der Parteien zurücktreten. „Ich gehe zu den Volskern," sagte der freisinnige Freiherr von Roggenbach beim Scheiden aus dem kleinen badischen Heimatlande, dessen Schicksale er als Staatsminister während einer Reihe von Jahren in echt deutschem Sinne geleitet hatte, zu seinem alten Freunde und Gesinnungsgenossen Karl Mathy, und dieser schrieb in sein Tagebuch: „Wir stehen auf der unrechten Seite, für das Faule, Habsburg und Welf, gegen das Frische; der Ausgang wird es lehren." Daß es auch solche Stimmen gab, mochte Denen zum Troste dienen, welche das Unheil des Krieges Deutscher gegen Deutsche aufrichtig beklagten. Auf ihnen beruhte während der blutigen Kämpfe der nächsten Zeit die Hoffnung auf Wiederversöhnung und Einigung des deutschen Südens und Nordens zu einem neuen, unlösbar festen Bunde.

Wie sehr es auch immerhin beklagt werden mag, daß dem deutschen Volke nur aus blutiger Saat die Ernte der Einheit aufgehen sollte, doch gereicht es der preußischen Staatsleitung zu hohem Ruhme, daß sie ein schweres Unheil, die Einmischung des Auslandes, von den deutschen Landen fern zu halten wußte. Noch war kein großer Krieg auf deutschem Boden ausgekämpft worden, in welchem nicht zuletzt fremde Mächte auf Kosten Deutschlands den Gewinn davongetragen hätten. Es gehörte zu der herkömmlichen Politik Frankreichs, welche weniger durch die Grundsätze der Sittlichkeit und des Völkerrechts als durch Habsucht und Ländergier seiner Machthaber bestimmt wird, daß es die inneren Verlegenheiten und Zwistigkeiten in Deutschland zu seinem Vortheil auszunutzen suchte. Alle bedeutenden Staatsmänner Frankreichs, von den Tagen Mazarin's und Richelieu's bis auf die Gegenwart, haben durch Befolgung dieser Politik eine gewisse Popularität in ihrem Lande angestrebt. Auch der Neffe des ersten Napoleon sah mit heimlicher Freude die aufgehende Zwietracht zwischen Preußen und Oesterreich; er hoffte, daß der ausbrechende Krieg ihm Gelegenheit geben werde, die Rolle seines Oheims in Deutschland zu erneuern und seinen Namen, der den alten Zauber längst verloren hatte, in den Augen der Nation mit neuem Glanze zu umgeben.

So sehr Napoleon diesen Zeitpunkt herbeigewünscht hatte, so traf ihn doch jetzt die kriegerische Wendung in den deutschen Angelegenheiten nicht gerüstet. Ein Theil der französischen Streitkräfte war durch das unheilvolle Unternehmen in Mexiko gebunden, welches seinem Urheber nichts weniger als Ruhm eintrug. Napoleon sah sich im Frühjahr 1866 außer Stande, eine ansehnliche Truppenmacht an der französischen Grenze aufzustellen. Was er mit den Waffen nicht zu erringen vermochte, das dachte er mit List zu erschleichen.

Die öffentliche Meinung in Frankreich war damals mehr gegen Preußen als gegen Oesterreich eingenommen. Oesterreich hatte vor wenigen Jahren das Uebergewicht der französischen Waffen anerkennen müssen, Preußen hatte man

den Tag von Waterloo noch nicht vergeben. Es war in Frankreich unvergessen, daß Blücher's tapferes „Vorwärts" den verbündeten Heeren zweimal den Weg nach Paris gewiesen, und ein Krieg gegen Preußen mit dem ausgesprochenen Zwecke der Eroberung des linken Rheinufers war in Frankreich immer der Zustimmung eines großen Theils der Nation sicher. Dennoch hatte Napoleon Gründe, gegen Preußen nicht offen Partei zu ergreifen. Er sah es gern, daß Preußen auf Aenderung der Verträge von 1815 hinarbeitete, von denen er öffentlich erklärt hatte, daß er sie verabscheue, und welche ihn an die Niederlage seines Hauses erinnerten. Auch sah er sich durch das Bündniß Preußens mit Italien gehindert, welches ja zu einem Theile die Verwirklichung des von ihm selbst früher aufgestellten Programms: „Italien frei bis zur Adria!" zum Ziele hatte. Er wünschte deshalb, zuerst nur den Krieg entbrennen zu sehen, und zweifelte nicht, daß der Leiter der preußischen Politik sich um den Beistand Frankreichs werde bemühen müssen, den er auch unter gewissen Bedingungen zu gewähren nicht abgeneigt war. Aber darin irrte sich der große Rechenmeister. Während die Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich sich immer feindlicher gestalteten, erfolgten von preußischer Seite durchaus keine Schritte, welche auf die Erlangung des französischen Beistandes abzielten, noch weniger auf eine Bereitwilligkeit schließen ließen, denselben durch das Versprechen von Gebietsabtretungen zu erkaufen. Jetzt ließ Napoleon selbst dem Grafen Bismarck bald durch Verwandte, bald durch vertrauliche Agenten Vorschläge machen, welche ein Bündniß zwischen Preußen und Frankreich zum Zwecke beiderseitiger Gebietserweiterung anbahnen sollten. Es handelte sich dabei für Frankreich — wie aus dem späteren Rundschreiben des Grafen Bismarck an die Vertreter des Norddeutschen Bundes im Auslande (29. Juli 1870) hervorgeht — „bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen bleiben." Bismarck wies alle diese Anträge von der Hand. Dagegen erklärte Kaiser Franz Josef sich in einem vertraulichen Handschreiben (4. Mai) bereit, Venetien an Napoleon abzutreten, unter der Bedingung, daß Frankreich und Italien sich neutral verhielten und Oesterreich freie Hand ließen, sich durch Eroberung Schlesiens schadlos zu halten. Der Vorschlag kam dem Kabinet der Tuilerien hocherwünscht. Dasselbe hoffte, damit sowol Italien befriedigen als auf Preußen einen moralischen Druck üben und ihm seine Vermittelung aufdringen zu können. Auch das Florentiner Kabinet konnte sich der Verlockung nicht völlig entziehen. Der Minister la Marmora telegraphirte nach dem Empfange der Nachricht an den italienischen Gesandten nach Paris: „Ihre wichtige Depesche erhalten, erwarte mit Ungeduld den Courier. Mein erster Eindruck ist, daß es eine Ehren- und Loyalitätssache, uns nicht von Preußen loszumachen.... Da aber der Vertrag am 8. Juli abläuft, könnte man die Sache mit einem Kongreß ordnen."

Die Idee eines Kongresses, von den neutralen Mächten angeregt, wurde von Napoleon auf das Lebhafteste unterstützt. Er hoffte, daß während der Vorbereitungen und diplomatischen Verhandlungen das für drei Monate geschlossene preußisch-italienische Bündniß ablaufen und Preußen in eine nachtheilige Lage gerathen möchte, in welcher es gezwungen sein würde, seinen Beistand zu suchen. Die Gedanken, welche Napoleon auf dem Kongresse als Grundlage des Friedens empfehlen wollte und dem italienischen Gesandten Grafen Nigra offenbarte, waren: Abtretung Venetiens an Italien, Schlesiens an Oesterreich, der Elbherzogthümer und einiger deutschen Fürstenthümer an Preußen; am Rhein wünschte er einige kleine Herzogthümer zu errichten, welche zwar zum Deutschen Bunde gehören, aber unter Frankreichs Schutz gestellt werden sollten; die depossedirten deutschen Fürsten sollten nach den Donaufürstenthümern, der Moldau und Walachei, geschickt werden. Zu derselben Zeit, als Napoleon hierüber mit Italien heimlich unterhandelte, ließ er auch dem Grafen Bismarck ein Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Preußen und Frankreich antragen, zu welchem der französische Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, im Auftrage seiner Regierung eigenhändig die Grundzüge entwarf. Danach sollte der König von Preußen zehn Tage nach Auflösung des Kongresses die Feindseligkeiten eröffnen, bald darauf wollte der Kaiser der Franzosen den Krieg an Oesterreich erklären und mit 300,000 Mann an demselben Theil nehmen. Der Friede sollte unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: für Italien Venetien, für Preußen eine Vergrößerung an deutschem Gebiete mit einer Seelenzahl von 7 bis 8 Millionen, ferner die Bundesreform in preußischem Sinne, endlich für Frankreich das Gebiet zwischen Mosel und Rhein ohne Koblenz und Mainz, den bayrischen Theil des linken Rheinufers, Birkenfeld, Homburg und Rheinhessen.

Bismarck fühlte sich zu sehr als deutscher Staatsmann, um diese Vorschläge in Betracht zu ziehen. Nicht durch die Hülfe des Fremden, nicht durch Preisgebung deutschen Bodens wollte er den Sieg der nationalen Idee erkauft sehen. Er wies die Anerbietungen Napoleon's zurück, auf die Gefahr hin, sich dadurch einen mächtigen Gegner mehr zu erwecken, aber im Vertrauen auf die einigende nationale Kraft Preußens. Den Entwurf von Benedetti's Hand bewahrte er jedoch als ein werthvolles Dokument für spätere Zeiten.

Auch die italienische Regierung nahm Anstand, Venetien als Danaergeschenk aus den Händen Napoleon's anzunehmen. Zudem war die Gabe durch die Bedingung, an welche sie geknüpft war, die Eroberung Schlesiens durch österreichische Waffen, — denn an eine freiwillige Abtretung von Seiten Preußens konnte doch wol nicht ernstlich gedacht werden, — eine sehr zweifelhafte geworden. Diese Erwägungen bestimmten Italien, der Verlockung zum Vertragsbruche zu widerstehen und das Anerbieten abzulehnen. „Soll Venetien abgetreten werden", telegraphirte la Marmora an den Grafen Nigra nach Paris (14. Mai), „so muß es uns durch das allgemeine Stimmrecht zufallen, nicht durch eine

Cession von Frankreich; letztere wäre für uns eine Schmach und in Italien von übelster Wirkung. Viel lieber den Krieg als eine solche Lösung!"

Napoleon sah sich von zwei Seiten abgewiesen, aber er tröstete sich mit der zuversichtlichen Hoffnung, zu einem späteren Zeitpunkte dennoch das entscheidende Wort zu sprechen.

In unseren Tagen ist es zum üblen Gebrauch worden, daß Staatsmänner, die an ihren Aufgaben gescheitert sind oder die Gunst des Volkes verloren haben, aus Tagebuchblättern, Reiseberichten und den ausgeplauderten Geheimnissen der Staatsarchive Bücher zusammensetzen, welche dann als sogenannte „Enthüllungen" vor die Oeffentlichkeit treten, in Wahrheit jedoch nur den Zweck haben, Personen und Thatsachen zu verdunkeln, um dafür einen schwachen, zweifelhaften Lichtschein auf das frühere staatsmännische Wirken der Verfasser abzulenken. Traurig genug, daß ihnen diese Art von „Geschichtschreibung" eine Genugthuung gewähren kann, trauriger noch, daß auch in unserm Vaterlande eine Partei sich von blinder Leidenschaft so weit fortreißen läßt, um aus so trüben Quellen den Stoff zu Beschuldigungen und Verdächtigungen der eigenen Regierung zu schöpfen! In einer Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses (16. Januar 1874) kam es vor, daß ein jüngst verstorbener Führer der Ultramontanen, der Abgeordnete von Mallinckrodt, auf Grund der „Enthüllungen" des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten la Marmora in Abwesenheit des Reichskanzlers Fürsten Bismarck schwere Anklagen gegen denselben erhob und ihm die Absicht unterschob, vor dem Kriege von 1866 deutsches Gebiet an Frankreich haben verhandeln zu wollen. Durch einen seiner Kollegen auf der Ministerbank von diesem Angriff telegraphisch in Kenntniß gesetzt, eilte der in seinem vaterländischen Stolz tief gekränkte Ministerpräsident aus dem Hotel des Auswärtigen sogleich in die Sitzung und schlug mit Worten, die weder einen Zweifel noch eine Deutung zuließen und in jedem deutschen Herzen freudigen Wiederhall fanden, die Verleumdungen seines Gegner nieder: „Ich habe Napoleon niemals die Abtretung eines Dorfes, auch nur eines Kleefeldes zugesagt. Diese Behauptung erkläre ich für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden ist.... Mit der Abtretung von wenig Dörfern, ja nur eines Dorfes, hätte ich bei dem Kaiser Napoleon die gewaltigsten Resultate erreicht, nur daß damit ein Schandfleck auf unsere Politik gekommen wäre."

Vor einem solchen Schandfleck hat Bismarck's nationale Haltung in der Leitung der auswärtigen Politik unsere Geschichte zu wahren gewußt, ebenso wie die schnellen und entscheidenden Schläge des preußischen Schwerts Napoleon's arglistiges Gewebe zerrissen.

Die — aufrichtigen oder scheinbaren — Bemühungen der Neutralen zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs zwischen Preußen und Oesterreich waren kurz und erfolglos. Frankreich, England und Rußland erließen gemein-

schaftliche Einladungen nach Berlin, Florenz, Frankfurt und Wien zur Beschickung einer Friedenskonferenz in Paris (24. Mai). Preußen und Italien sagten alsbald ohne Vorbehalt zu (29. Mai), der Deutsche Bund wählte Herrn von der Pfordten zu seinem Bevollmächtigten, Oesterreich zögerte und knüpfte seine Zusage (1. Juni) an die Bedingung, daß auf den Konferenzen alle Berathungen ausgeschlossen bleiben sollten, welche darauf abzielten, einem der vertretenen Staaten eine Gebietsvergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen. Daß die Konferenzen überhaupt zwecklos waren, wenn die beiden wichtigen Fragen, die venetianische und schleswig-holsteinische, nicht berührt werden durften, während die Frage der Bundesreform als eine innere Angelegenheit Deutschlands sich der Einwirkung der fremden Mächte entzog, leuchtete ein. Frankreich und England betrieben daher ihre Vorschläge nicht weiter, der russische Bevollmächtigte Fürst Gortschakoff ließ seine Erkrankung anzeigen und die Kongreßidee wurde bestattet.

Zu derselben Zeit that Oesterreich einen weiteren Schritt, welcher die letzten Friedensaussichten schwinden machte. Es übergab die schleswig-holsteinische Angelegenheit der Entscheidung des Bundes und beauftragte seinen Statthalter in Holstein, den Freiherrn von Gablenz, mit Einberufung der holsteinischen Stände (1. Juni). Durch das Erstere sagte sich Oesterreich von den früheren Vereinbarungen mit Preußen los, sowol von der Gasteiner Konvention als von einem kurz vor Ausbruch des dänischen Krieges (16. Januar 1864) geschlossenen Vertrage, durch welchen beide Höfe sich verpflichtet hatten, die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im gegenseitigen Einverständniß festzustellen. Die Einberufung der holsteinischen Stände war ein Eingriff in die preußischen Hoheitsrechte. Bismarck protestirte gegen dieses Vorgehen Oesterreichs; er gab in einer Cirkulardepesche an die auswärtigen Regierungen Oesterreich die Schuld, daß es den Krieg wolle und absichtlich herbeiführe, und erwirkte für den preußischen Statthalter in Schleswig, Freiherrn von Manteuffel, den königlichen Befehl, daß er die Gasteiner Konvention für gebrochen erklären und seine Truppen zur Wahrung des preußischen Mitbesitzrechtes wieder in Holstein einrücken lassen solle.

Es war nahe daran, daß das erste Blut in dem preußisch-österreichischen Kriege auf dem Boden geflossen wäre, welchen zwei Jahre früher die verbündeten Heere der beiden Mächte von der dänischen Herrschaft befreit hatten. Am 7. Juni bereits überschritten die preußischen Truppen von Norden her die Eider. Feldmarschallleutnant von Gablenz hatte jedoch — wol in Ansehung der unzureichenden Stärke und ausgesetzten Stellung seines Truppencorps — den Auftrag, es hier zu keinen Feindseligkeiten kommen zu lassen, und räumte ohne Widerstand das Land, um sich mit der österreichischen Hauptmacht in Böhmen zu vereinigen. Unter ritterlichen Formen verabschiedeten sich da, wo sie noch zusammentrafen, die ehemaligen Waffenbrüder, die bald auf einem anderen Felde einander gegenüberstehen sollten.

Die Verwaltung der beiden Herzogthümer wurde nach der Zurückziehung der österreichischen Regierungsgewalt von preußischer Seite dem Freiherrn Karl von Scheel-Plessen mit dem Titel eines Oberpräsidenten übertragen (10. Juni). Kurz vor dem Einrücken der Preußen in Holstein, am 7. Juni in aller Frühe, verließ auch der Erbprinz von Augustenburg für immer das Land seiner Träume.

Das diplomatische Vorspiel des Krieges ging zu Ende. Der österreichische Präsidialgesandte am Bundestage beraumte mit Bezug auf die Vorgänge in Holstein eine außerordentliche Sitzung an (11. Juni) und stellte in derselben den Antrag auf schleunige Mobilmachung des gesammten Bundesheeres, mit Ausnahme der preußischen Armeecorps, gegen Preußen, — einen Antrag, gegen dessen geschäftliche Behandlung, weil er gegen die Grundgesetze der Bundesverträge verstieß, die preußische Regierung von vornherein Widerspruch erhob, und dessen Annahme sie gleich einer Kriegserklärung erachten zu müssen erklärte. Gleichzeitig veröffentlichte Graf Bismarck sein erweitertes Programm für die Bundesreform (10. Juni), welches den Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde aussprach, und forderte die Regierungen auf, für den Fall, daß bei der drohenden Kriegsgefahr die bisherigen Bundesverhältnisse sich lösen würden, auf Grund dieses Programms einen neuen Bund mit Preußen zu schließen. Dasselbe enthielt bereits in seinen Hauptzügen die Grundlage für die spätere Verfassung des Norddeutschen Bundes.

Kurz vor Ausbruch des Krieges machte Napoleon noch eine Anstrengung, sich das Schiedsrichteramt für ein späteres Stadium des Krieges zu sichern. Er überredete den Kaiser Franz Josef zum Abschluß eines geheimen Vertrages (9. Juni), demzufolge Oesterreich nach seinen ersten Waffenerfolgen über Preußen Venetien an Frankreich zur freien Verfügung abtreten und dafür durch Schlesien entschädigt werden sollte. Das offene Schreiben, welches Napoleon infolge des Scheiterns der Kongreßidee an seinen Minister des Auswärtigen, Drouin de Lhuys richtete (11. Juni), ließ das Programm durchschimmern, welches er in diesem Falle zu verwirklichen dachte. „Wir hätten, was uns betrifft", sagte er darin, „für die Nebenstaaten des Deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine mächtigere Organisation, eine bedeutsamere Rolle gewünscht, für Preußen mehr Homogenität und Kraft im Norden, für Oesterreich die Aufrechthaltung seiner einflußreichen Stellung in Deutschland. Wir hätten ferner gewünscht, daß Oesterreich gegen eine angemessene Entschädigung Venetien an Italien abtreten könnte" u. s. w. Was Napoleon für sich selbst und für Frankreich anstrebte, war in dieser Reihe frommer Wünsche vorsichtig verschwiegen. Für die preußische Staatsregierung konnte jedoch nach den Vorgängen kein Zweifel darüber obwalten, daß er dafür Oesterreichs Unterstützung zur Erwerbung des linken Rheinufers zu erlangen hoffte. Es war nur ein Rechenfehler in diesem Plane; er rechnete mit Bestimmtheit auf eine Niederlage Preußens und diese blieb aus.

Schwer ruhte in diesen Tagen, die dem blutigen Waffengange unmittelbar vorausgingen, die Arbeitslast auf Bismarck's Schultern. Bis spät in die Nacht beantwortete und diktirte er Depeschen, in denen das einzelne Wort schwer wog, wie Krieg und Frieden, und schon in den ersten Morgenstunden war er wieder beschäftigt, die über Nacht angekommenen Schriftstücke zu studiren. Besuche der fremden Gesandten, Ministerberathungen, Besprechungen mit den Heerführern, mit Roon und Moltke, Vorträge beim Könige nahmen seine Zeit und Arbeitskraft in vollem Umfange in Anspruch.



Im Vorzimmer des Königs. (Mai 1866).

Als er eines Tages beim Könige nicht sogleich zum Vortrage gelangen konnte, weil dieser soeben in einer wichtigen Unterredung mit dem General von Moltke begriffen war, schlief der ermüdete Staatsmann auf dem Sofa im Vorzimmer des Königs sanft ein, — die Staatskunst ruhte, der Meister der Kriegskunst arbeitete mit dem Könige. Erst als Moltke mit der inhaltsschweren Mappe aus dem Arbeitszimmer des Königs trat, erwachte Bismarck und löste ihn ab.

Am 14. Juni fand die entscheidende Sitzung am Bundestage und die Abstimmung über den österreichischen Mobilmachungsantrag statt. Die Versammlung, welche bei Fragen von untergeordneter Bedeutung oft Wochen und Monate zur Vorberathung gebrauchte, trieb zu dem folgenschwersten Entschlusse mit einer Hast, als könnte sie ihr eigenes Ende nicht erwarten. Noch einmal zeigte sich bei dieser letzten Abstimmung die volle Unfähigkeit des Bundes, in wichtigen Fragen überhaupt einen Beschluß zu fassen. Unbedingt für den österreichischen Antrag ergaben sich — außer Oesterreich selbst — zunächst 6 Stimmen (Bayern Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen und Hessen-Darmstadt), unbedingt gegen denselben gleichfalls 6 Stimmen (Baden, Luxemburg, die sächsischen Herzogthümer [mit Ausnahme von Sachsen-Meiningen], die beiden Mecklenburg, Oldenburg mit Anhalt und den beiden Schwarzburg und die Freien Städte [mit Ausnahme von Frankfurt]). So weit stand also das Stimmenverhältniß gleich. Preußen enthielt sich der Abstimmung, weil es gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrags protestirt hatte. Die Stimme von Holstein-Lauenburg ruhte. Es kamen noch in Betracht die Stimme der dreizehnten Kurie, Braunschweig-Nassau, — innerhalb welcher Nassau für, Braunschweig gegen Oesterreich stimmte, so daß beide Stimmen sich gegenseitig aufhoben; dennoch gab der stimmführende Gesandte die Gesammtstimme für Oesterreich ab; — endlich die der sechzehnten Kurie, in welcher Liechtenstein, Reuß ä. L. und Hessen-Homburg für, Lippe-Detmold, Waldeck und Reuß j. L. gegen Oesterreich stimmten, so daß auch hier die Stimmen sich so weit gegenseitig aufhoben; der stimmführende Gesandte dieser Kurie, Viktor von Strauß, gehörte dem siebenten Staate derselben, Lippe-Schaumburg, an und erklärte, daß er zwar von seiner Regierung nicht instruirt sei, daß er aber auf eigene Verantwortung die Stimme derselben und somit die Gesammtstimme der Kurie für Oesterreich abgebe. Sobald diese Abstimmung bekannt geworden, erklärte die Lippe-Schaumburgische Regierung, indem sie die Stimmabgabe ihres Gesandten widerrief, sich nachträglich gegen den österreichischen Antrag. Erwägt man, daß ebenso wie Preußen auch wol sein Gegner Oesterreich sich der Abstimmung hätte enthalten sollen, daß die Stimme der zehnten Kurie, Holstein-Lauenburg, ruhte und daß die der dreizehnten Kurie, Braunschweig-Nassau, außer Betracht kommen mußte, so hing die Entscheidung des wichtigsten Bundesbeschlusses allein an Lippe-Schaumburg, dessen Stimme gefälscht ward. Deßungeachtet verkündigte der Präsidialgesandte den Antrag als mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Der preußische Gesandte aber erklärte im Auftrage seiner Regierung damit den Bundesvertrag für gebrochen und seine Thätigkeit am Bundestage für beendigt. Mit diesem kläglichen Trug- und Possenspiel nahm der Deutsche Bund ein unbejammertes Ende.

Nach einem letzten vergeblichen Versuche Preußens, die Regierungen der benachbarten Staaten Hannover, Sachsen und Kurhessen unter dem Versprechen, ihnen ihre Hoheitsrechte und ihr Gebiet zu gewährleisten, binnen vierundzwanzig

Stunden zur Erklärung ihrer Neutralität und zum Bündniß auf Grund der preußischen Reformvorschläge (vom 10. Juni) zu veranlassen, übergaben die preußischen Gesandten zu Hannover, Dresden und Kassel die Kriegserklärung (15. Juni). Schon in der folgenden Nacht wurden durch telegraphische Befehle aus Berlin die Heersäulen in Bewegung gesetzt, welche am Morgen des 16. Juni die Grenzen der genannten drei Staaten überschritten. Drei Tage später waren die beiden Königreiche und das Kurfürstenthum Hessen von den preußischen Truppen in Besitz genommen. Der blinde Welfenkönig irrte noch inmitten seiner Armee auf Hin- und Hermärschen im Göttingen'schen und in den Thüringer Landen, bald auf eine diplomatische Vermittelung, bald auf die Hülfe der Süddeutschen hoffend, und schloß erst, nachdem die tapferen Hannoveraner bei Langensalza (27. Juni) ihr Blut für seine verlorene Sache vergossen hatten, die Kapitulation, derzufolge seine Armee aufgelöst und der königlichen Familie freier Abzug gestattet wurde. Auch von den Pässen des Riesen- und des Erzgebirges stiegen die preußischen Hauptarmeen unter ihren ritterlichen Führern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Friedrich Karl und General Herwarth von Bittenfeld, in den böhmischen Kessel hinab, in das Land, wo jeder Hügel, jedes Dorf Erinnerungen an eine um mehr denn einhundert Jahre zurückliegende preußische Ruhmeszeit erweckten.

Ganz Preußen athmete auf, als an Stelle der Depeschen aus den Kabineten die Depeschen vom Kriegsschauplatz einliefen. Am 29. Juni, dem Jahrestage des preußischen Sieges von Alsen, kamen von allen Armeen Nachrichten in der preußischen Hauptstadt an. Und was für Nachrichten waren es doch! — Bei Nachod, Sorr und Skalitz, bei Podol und Münchengrätz, überall hatten die Armeen sich siegreich Bahn in das Innere Böhmens gebrochen und standen bereit, sich auf böhmischem Boden zu einer Hauptschlacht zu vereinigen. Mit gehobenem Herzen, in ernstfreudiger Bewegung, zog die Menge unter dem Gesange des Preußenliedes nach dem Palais des Königs und ließ weitschallende Hochs auf den König und das siegreiche Heer emporsteigen. Der König dankte vom Balkon herab. „Großes ist geschehen, aber das Größere bleibt noch zu thun!" sagte er. Weiter strömte die Menge nach dem Palais des Kronprinzen, des Prinzen Karl; dann ertönten viele Stimmen zugleich: „Zu Bismarck! Zu Bismarck!" und in stillem Einverständniß zogen Alle nach dem Hôtel des Auswärtigen, um dem leitenden Minister jubelnden Dank zu zollen. Von dem Hôtel herab wehte die schwarzweiße Fahne; der Himmel war düster bezogen, zuweilen fuhr ein Blitz durch das Gewölk. Jetzt rollte ein gewaltiger Donnerschlag. Bismarck lehnte weit aus dem geöffneten Fenster, wies mit der Hand nach oben und rief über die begeisterte Menge hinweg mit mächtiger Stimme: „Der Himmel schießt Salut zu unsern Siegen!"

Im Hôtel des Auswärtigen waren bereits die Koffer gepackt. Bismarck stand im Begriffe, den König am folgenden Tage auf jene Felder zu begleiten,

wo „das Größere noch zu thun" blieb. Am 30. Juni früh brach der König von Berlin auf. Zu den Ersten seines Gefolges gehörten die Generale von Roon, von Moltke und der Ministerpräsident Graf Bismarck, in der Begleitung des Letzteren der Wirkliche Geheime Legationsrath von Keudell, der Geheime Legationsrath Abeken u. A. Die Reise des ersten Tages ging über Frankfurt, Görlitz und Zittau nach Reichenberg. Hier wurde das erste Hauptquartier in Feindes Land im Schlosse des österreichischen Generals Grafen Clam-Gallas genommen, dessen Corps in den Kämpfen an der Iser beinahe aufgerieben war. Schon unterwegs trafen Nachrichten von dem neuen blutigen Treffen bei Gitschin (30. Juni) ein, durch welches die Verbindung der Zweiten und Elbarmee (Friedrich Karl und Herwarth) mit der Ersten (Kronprinz Friedrich Wilhelm) erreicht war. Alles deutete auf die nahe bevorstehende Entscheidungsschlacht.

Der Uebermuth der Gegner Preußens war durch die ersten Schläge noch nicht gebrochen und nicht geringer denn zu jener Zeit, als man in der Wiener Hofburg über die „Berliner Wachparade" witzelte und den König von Preußen zum Markgrafen von Brandenburg abzusetzen drohte. Auch jetzt sprach man in der österreichischen Presse davon, das „Intermezzo Friedrich's des Großen" müsse aufhören, „nicht ein Olmütz, sondern ein Jena" solle Preußen bereitet werden, Preußen müsse erniedrigt, gedemüthigt, zerstückelt werden. Auch an Aufreizungen gegen den preußischen Ministerpräsidenten fehlte es nicht. Noch kurz vor der Abreise desselben auf den Kriegsschauplatz waren ihm Droh- und Warnungsbriefe aus verschiedenen Städten Süddeutschlands zugegangen. Einer derselben mit dem Poststempel Wien, 22. Juni 1866, enthielt das Bild eines Galgens mit der Unterschrift:

„Das ist das Einzige, was sich der Junker und Premierminister von Bismarck erwerben kann. S. K."

und in einem der verbreitetsten Wiener Blätter las man als „Eingesandt":

„Da Graf Bismarck als Landwehrmajor gegen uns ins Feld zu ziehen gedenkt und ich den Grafen gern einmal anders, denn als Gast unsers Kaisers, im Lande wissen möchte, so sage ich hundert Gulden demjenigen Krieger zu, der sothanen Grafen Bismarck der Erste ergreift und, sei es allein oder mit Hülfe Anderer, sei es mit ganzem oder durchlöchertem Felle, sei es todt oder lebendig, zum Gefangenen macht. Dr. Josef Hundegger, Advokat in Murau."

Die Reise des Königs und seines Gefolges, sowie der Aufenthalt in Reichenberg, waren in der That nicht ohne Gefahr. Von der feindlichen Armee war zwar hier nichts zu fürchten, doch befanden sich in den benachbarten Bergen noch versprengte Trupps, denen mit Hülfe der aufgeregten Einwohner ein Ueberfall des königlichen Hauptquartiers wohl hätte gelingen können. Bismarck zeigte sich weniger um seine Person besorgt, als um den greisen königlichen Herrn, welcher gekommen war, um die Gefahren und Mühseligkeiten des Feldzugs mit seinen tapferen Kriegern zu theilen.



Kriegsrath in Gitschin.

Am 1. Juli Mittags wurde das königliche Hauptquartier von Reichenberg nach Schloß Sichrow, dem schönen Sitze des Prinzen Rohan, den Bismarck von Gastein her kannte, verlegt, am 2. von dort nach Gitschin. Der Weg dahin führte mitten über den Schlachtengrund. Auf dem Schlachtfelde, das noch voll von Leichen, todten Pferden und Waffen lag, kam Prinz Friedrich Karl, wie gewöhnlich in der rothen Uniform der Ziethen'schen Husaren, im offenen Jagdwagen von seinem Hauptquartier Horsitz her seinem königlichen Oheim zur Begrüßung entgegen. Der König nahm ihn in seinen Wagen auf und hörte von ihm den Bericht über die Kämpfe der letzten Tage. Um 2 Uhr Mittags traf der König in Gitschin ein und nahm im Gasthofe zum Löwen Quartier. Eine Compagnie des pommerschen Grenadierregiments, deren Kleidung und Ausrüstung noch die Spuren des heißen Kampfes vom 29. erkennen ließen, war als Ehrenwache daselbst aufgestellt und begrüßte ihren ankommenden Kriegsherrn mit jubelndem Hurrah.

Der König beabsichtigte, am folgenden Tage zu einer Besprechung mit dem Kronprinzen nach Königinhof aufzubrechen. Da traf Abends 11 Uhr der Generalstabschef des Prinzen Friedrich Karl, General von Voigts-Rhetz, im königlichen Hauptquartier ein, um auf Grund der bei dem Prinzen eingegangenen zuverlässigen Meldungen über die Aufstellung starker feindlicher Heeresmassen auf den Höhen hinter dem Bistritzbach mit dem Rücken gegen die obere Elbe und die Festung Königgrätz die Genehmigung des Königs zum Angriff auf die Front und linke Flanke der feindlichen Stellung durch die Erste und Elbarmee für den 3. Juli nachzusuchen. Gleichzeitig hatte der Prinz auch einen Offizier an den Kronprinzen nach Königinhof gesandt und an diesen das Ansuchen gestellt, durch ein Vorgehen der Zweiten Armee gegen die rechte Flanke des Feindes zur Entscheidung mitzuwirken. Die Generale des königlichen Hauptquartiers, von Moltke, von Roon, von Alvensleben, von Treskow, wurden infolge dieser Meldungen noch in später Nachtstunde zum Kriegsrath beim Könige berufen. Ihre Entscheidung fiel für die Annahme der Schlacht aus. Bald nach Mitternacht sprengte vom königlichen Hauptquartier ein Offizier, Oberstleutnant Graf von Finckenstein, in scharfer Gangart davon, um dem Kronprinzen in Königinhof den königlichen Befehl zum Eingreifen mit allen Kräften der Zweiten Armee gegen die rechte Flanke des Feindes zu überbringen. Nach 2 Uhr ward es still in den Zimmern des Königs.

Am 3. Juli Morgens 5 Uhr brach das königliche Hauptquartier von Gitschin auf. Ein kalter Regen träufelte vom graudüsteren Himmel hernieder; über die Thalmulden und Wiesen zog ein niedriger Nebel hin. Der König fuhr mit Moltke in offenem Wagen, im nächstfolgenden Wagen saß Graf Bismarck mit dem Geheimen Legationsrath von Keudell. Angstvoll und scheu sahen die Leute in den Dörfern und am Wege den königlichen Wagen nach; vor den Kreuzen knieten Weiber mit ausgestreckten Armen und murmelten Gebete her.

Auf allen Straßen bewegten sich die Heersäulen vorwärts; sie brachen in laute Hurrah's aus, sobald sie an der voraufreitenden Stabswache gewahr wurden, daß ihr Kriegsherr in der Nähe sei, oder sie antworteten auf den königlichen Gruß: „Guten Morgen, Grenadiere!" mit einem einstimmigen und vollkräftigen „Guten Morgen, Euer Majestät!" voll Siegeshoffnung und Todesmuth. Bei dem Dorfe Dub, das gegen 9 Uhr erreicht war, verließen der König und sein Gefolge die Wagen und bestiegen die bereit gehaltenen Pferde, der König seine prächtige Rappstute, die seit diesem Tage den Namen „Sadowa" führte, Graf Bismarck seinen stattlichen großen Fuchs. Der König ritt bis an den Rand einer Anhöhe zwischen Dub und Sadowa. Vor ihm war die Bistritz, unten im Grunde an der Straße nach Königgrätz lag Sadowa mit der Brücke über den Bach, dahinter ein Wald und noch weiter gegen Osten, amphitheatralisch ansteigend, ein mit österreichischen Batterien gekrönter Höhenzug, über dem Sadowawalde die so berühmt gewordenen Höhen von Lipa und Chlum, der eigentliche Schlüssel der feindlichen Stellung.

Kurz vor dem Eintreffen des Königs hatte der preußische Angriff begonnen. Den ganzen jenseitigen Höhenzug entlang sah man das Aufsteigen weißer Rauchwölkchen, aus denen Blitze hervorzückten. Immer heißer entbrannte der Kampf. An der Hartnäckigkeit der österreichischen Vertheidigung und der Heftigkeit der Gegenstöße erkannten die preußischen Heerführer, daß sie es nicht — wie Anfangs angenommen — mit einem beträchtlichen Theile, sondern mit der vereinigten österreichischen Nordarmee unter Benedek zu thun hatten. Von dem Kronprinzen, der den Befehl aus dem königlichen Hauptquartier erst um 4 Uhr Morgens erhalten hatte, konnte man das Eingreifen mit der Zweiten Armee erst im Laufe des Nachmittags erwarten, auch wenn er seinen Marsch ohne Aufenthalt und Störung zurückzulegen vermochte. Schon waren die Reihen des preußischen Fußvolks durch das überlegene österreichische Geschützfeuer stark gelichtet; schon hatte Fransecki, der „Fanatiker für Pflicht und Ehre", im Walde von Benatek (Swiepwald) den Seinigen sein historisches „Hier sterben wir!" zugerufen, schon waren die Reserven der Ersten Armee, das brandenburgische Corps mit den „Düppelstürmern", unter den Augen des Königs vorüber zur Unterstützung des stark bedrohten preußischen Centrums vorgegangen, und wie einst Wellington auf dem Schlachtfelde von Waterloo die Hülfe Blücher's herbeisehnte, so richteten sich von der Höhe von Sadowa her immer wieder die Blicke nach der Gegend, aus der man den Anmarsch der kronprinzlichen Armee erwartete. Nun galt es die große Probe auf die strategischen Kombinationen Moltke's wie auf das staatsmännische Exempel Bismarck's. Bismarck hatte wol gerechnet auf die Weisheit des Königs, auf die Einsicht der Heerführer, auf die Tapferkeit des preußischen Volkes in Waffen, aber auf weit mehr noch, und er fühlte wol niemals lebendiger als in dieser Stunde, daß alles menschliche Rechnen Irrungen unterworfen sei ohne den Segen von oben.

Es war gegen 1 Uhr Mittags. Die Schlacht war auf der ganzen Linie zum Stehen gekommen; hinüber, herüber rollte der Donner von zwölfhundert Geschützen. Ernst und kaltblütig hielt Bismarck, der preußische Landwehrmajor, an der Seite des Königs, den Ueberrock zurückgeschlagen, das Glas mit der Rechten vor das Auge haltend, das scharf und spähend unter dem blanken Helmschirm hervorblickte. Da gewahrte er in der Ferne gegen Norden hin lange dunkele Streifen, die sich vom Erdreiche unterschieden.

„Es sind Ackerfurchen", sagte man in seiner Umgebung.

„Es sind Heersäulen," sagte Bismarck, „denn sie bewegen sich vorwärts und ziehen sich näher und näher zusammen."

Einige Zeit später entwickelten sich die Linien der kronprinzlichen Armee in breiter Schlachtordnung und rückten unter dem Donner der Kanonen gegen die rechte Flanke der österreichischen Stellung vor.

„Jetzt ist Euer Majestät der Sieg nicht mehr zu nehmen", sagte Moltke mit leuchtendem Antlitz, und gleichsam zur Bestätigung seiner Worte traf die Meldung ein von der Erstürmung der Höhen von Chlum und Lipa, im Rücken des österreichischen rechten Flügels, durch die preußischen Garden. Da verließ der König seinen bisherigen Platz und sprengte mit seinem Gefolge nach den eroberten Höhen, empfangen und umwogt von dem Siegesjubel der Krieger, die seine Hände mit Küssen bedeckten. Der König befahl das Vorrücken auf der ganzen Linie. Der Nebel, der bis dahin über dem Schlachtfelde gelagert hatte, zerriß, die Sonne warf einen goldenen Schein über das Feld, und fast plötzlich sah man in weitem Bogen die ganze preußische Armee, Brigade neben Brigade, Bataillon neben Bataillon, unter klingendem Spiel in stetigem Vormarsch. Unaufhaltsam wich der Feind vor den gewaltsam andringenden Heersäulen.

Auf den Höhen von Lipa ertheilte der König den Befehl: „Kavallerie vor!" Ueber das Feld hin schmetterten die Fanfaren; eine gewaltige, glänzende Reiterlinie brach zwischen den Intervallen des Fußvolks vor, unter ihren Hufen dröhnte das Erdreich. An die Spitze der allgemeinen Vorwärtsbewegung setzte sich der alte König selber. Siegesfreudig sprengte er bis in die vorderste Schlachtlinie vor, in das Feuer der österreichischen Granaten hinein. Ein Knäuel von österreichischen und preußischen Kürassieren stob an ihm vorüber, so daß der König fast in das Gewühl mit fortgerissen wurde und die Stabswache sich bereit zum Gefecht machte. In unmittelbarer Nähe des Königs schlugen die Granaten ein. Wie den großen Kurfürsten der treue Froben bei Fehrbellin, so begleitete den König Wilhelm Graf Bismarck in das Feuer bei Königgrätz. Endlich vermochte er seine Besorgniß nicht zu unterdrücken, und indem er unmittelbar an den König heranritt, sagte er mit bewegter Stimme: „Als Major habe ich Euer Majestät auf dem Schlachtfelde keinen Rath zu ertheilen, als Ministerpräsident bin ich aber verpflichtet, Euer Majestät zu bitten, Sich nicht auf diese Weise der Gefahr auszusetzen."

Lächelnd erwiederte der König: „Wo soll ich denn aber als Kriegsherr hinreiten, wenn meine Armee im Feuer steht!“ — Dabei blickte er in das besorgte Antlitz seines treuen Dieners, wandte das Pferd und ritt nach anderen Punkten des Schlachtfeldes, um auch dort seine siegreichen Truppen zu begrüßen. —



Bei Königgrätz.

Erst spät am Abend langte der König mit seinem Gefolge im Hauptquartier zu Horsitz an. Bismarck traf daselbst erst viel später ein. Sein treues Pferd, die große Fuchsstute, welche den ganzen Tag ohne Futter sehr brav gegangen war, hatte sich in der Dunkelheit an einem auf dem Schlachtfelde liegenden Bajonnet den Huf verletzt, so daß sie zurückgelassen und später getödtet werden mußte.

Stille ward's auf dem Kampfplatz. Drüben die wogende, wachsende Flucht des geschlagenen Heeres nach den Thoren der schützenden Feste, hier auf

dem erkämpften Boden, wo noch mancher zum Tode verwundete Krieger sein letztes Amen hauchte, bei den aufgehenden Lagerfeuern die Preußen, noch ohne Kenntniß von der Größe und Bedeutung des errungenen Sieges, aber in dem erhebenden Bewußtsein erprobten Muthes und gethaner Pflicht.

Unter der Vorhalle eines ärmlichen Hauses in Horsitz hatte Bismarck sein Nachtlager auf dem Straßenpflaster „ohne Stroh mit Hülfe eines Wagenkissens“ aufgeschlagen. Auch er gedachte der Erlebnisse des vergangenen Tages. Er hatte auf dem Schlachtfelde in das brechende Auge manches Kriegers gesehen und die Schrecknisse des Krieges waren lebhaft vor seine Seele getreten. Aber nicht bei diesen Eindrücken durfte er verweilen. Für den Leiter der preußischen Staatskunst kam es jetzt darauf an, auf Grund der veränderten Sachlage von Neuem Stellung zu nehmen. Der Sieg, auf den Bismarck fest und zuversichtlich gehofft hatte, war erreicht worden, — größer, glänzender vielleicht, als er selbst gedacht. Fortan konnte er seine Gegner nicht allein mit diplomatischen Noten, nicht mit theoretischen Rechtserklärungen bekämpfen, sondern er stand auf dem Boden einer großen weltgeschichtlichen That. Aber es war zu erwarten, daß die großen Erfolge Preußens den Neid seiner heimlichen Gegner noch mehr erregen und daß diese bemüht sein würden, Preußen die Früchte seines Sieges zu verkümmern; es war insbesondere vorherzusehen, daß das österreichische Kabinet Alles aufbieten würde, um das Unglück auf dem Schlachtfelde durch politische Kunstgriffe wieder gut zu machen. Für Bismarck galt es auf der Hut zu sein, um zur rechten Zeit die Schlingen zu zerreißen, mit welchen die Gegner Preußens die Fänge seines Adlers zu umstricken suchten.

Solche Betrachtungen waren es wol, welche Bismarck am Abend nach der Schlacht bei Königgrätz dort auf dem harten Nachtlager in Horsitz beschäftigten, wo der Großherzog von Mecklenburg ihn fand und ihn einlud, sein Zimmer mit ihm zu theilen.

Seine Vermuthungen über die Pläne der Gegner Preußens fanden schon durch die Vorgänge der nächsten Tage ihre Bestätigung. Es war ein ernster Augenblick, als in der nächstfolgenden Nacht (vom 4. zum 5. Juli) im preußischen Hauptquartier zu Horsitz ein Telegramm des Kaisers Napoleon einging, in welchem dieser dem Könige die Mittheilung machte, daß der Kaiser Franz Josef Venetien an ihn abgetreten habe, und in welchem er zugleich seine Dienste zur Vermittelung des Waffenstillstands und Friedens anbot.

Der Schritt, zu welchem Oesterreich sich vielleicht entschließen wollte, nachdem große Siege über Preußen seine Machtstellung in Deutschland neubegründet und ihm den Besitz von Schlesien gesichert haben würden, er war nun unter dem Drange der Umstände sogleich gethan worden. Die schönste Provinz Oesterreichs, in der die Siegesfelder Radetzky's liegen und an deren Grenzstrome die Adler des dritten Napoleon auf ihrem der Adria zugewandten Zuge innehalten mußten, das Land, für das soeben im siegreichen Kampfe bei Custozza (24. Juni)

das Blut der österreichischen Krieger geflossen war, Venetien war jetzt infolge des preußischen Sieges bei Königgrätz verschenkt worden, nicht an Italien, das in manchem Waffengange um seinen Besitz gerungen, sondern an Napoleon III., um seiner Eigenliebe und der Eitelkeit der französischen Nation zu schmeicheln und um dadurch Frankreichs Beistand gegen Preußen zu erlangen. Graf Mensdorff versprach sich viel von diesem Meisterzuge altösterreichischer Kabinetspolitik; hatte Napoleon doch selbst vor Kurzem noch die „Erhaltung der großen Stellung Oesterreichs in Deutschland“ als einen der Hauptpunkte seines Vermittelungsprogramms verkündigt und war doch die Eifersucht der französischen Nation seitdem durch die preußischen Waffenerfolge lebhaft erregt. In Frankreich feierte man die Abtretung Venetiens als einen Triumph der Napoleonischen Politik, durch welchen selbst „Sadowa“ in Schatten gestellt würde. Paris flaggte und illuminirte, ganz Frankreich jubelte und Napoleon III. empfand die stolze Genugthuung, als Friedensvermittler zwischen zwei Großmächten die Aufmerksamkeit Europa's auf sich zu lenken. Glücklicher Weise lag aber die Entscheidung des Krieges nicht in den Tuilerien, sondern in dem preußischen Hauptquartier, und hier herrschte von dem ersten Eingang der Nachricht an unter dem Könige und seinen Räthen nur eine Stimme darüber, daß der siegreich geführte Kampf bis zu seinen letzten Folgen ausgekämpft werden müsse und nur durch einen solchen Frieden beendigt werden dürfe, welcher den Waffenerfolgen Preußens entsprechend sei und seinen Forderungen in der deutschen Frage volles Genüge leiste.

Schon am 5. Juli erfolgte auf das Telegramm Napoleon's die Antwort des Königs Wilhelm, in welcher er erklärte, daß er die Vermittelung Napoleon's zwar annähme, daß jedoch vor dem Abschluß des Waffenstillstands das Einverständniß des verbündeten Italien einzuholen und die Grundlage für die Friedensbedingungen festzustellen sei. Der preußische Botschafter in Paris, Graf von der Goltz, wurde angewiesen, diese Grundlagen dem Kaiser näher zu bezeichnen und darunter den Ausschluß Oesterreichs aus dem neu zu gestaltenden Deutschland als Hauptforderung Preußens voranzustellen. Auch wurde der ehemalige Gesandte am Münchener Hofe, Prinz Reuß, aus dem mittlerweile nach Pardubitz verlegten Hauptquartier mit einem königlichen Handschreiben an den Kaiser Napoleon und mit Instruktionen für den preußischen Botschafter nach Paris gesandt (7. Juli).

Die Staats- und Kriegskunst gingen Hand in Hand. Während Graf Bismarck durch sein zugleich gemäßigtes und festes Auftreten alle Ränke des französischen Botschafters Benedetti vereitelte, der dem Könige aus einem Hauptquartier in das andere nachschlich und durch sein Drängen auf Abschluß des Waffenstillstands den Siegesmarsch der preußischen Heere aufzuhalten suchte, rückten diese aus dem Innern Böhmens, sowie aus Thüringen am Mainstrom herab, ihren Zielen mit sicheren Schritten täglich näher.

Erst nach der Kapitulation der Hannoveraner (29. Juni) hatte die preußische Mainarmee den Feldzug gegen die Bayern und die sogenannte Reichsarmee, die sich unter dem Prinzen Alexander von Hessen zum Schutze des Bundes bei Frankfurt und Hanau versammelt hatte, eröffnen können, aber in wenigen Tagen schon hatten sich auch hier die Verhältnisse vollständig geändert. Wie muthig sang doch die Reichsarmee bei Beginn des Krieges:

„Das achte Armeecorps, das schlägt sich wie ein Mann,
Der Prinz Alexander, der führt es an,
Der führt uns gerad' nach Berlin hinein,
Da fangen wir vor Allen den Bismarck ein."

Jetzt, als General Vogel von Falckenstein nach einem zehntägigen Feld- und Siegeszuge mit der Mainarmee vor den Thoren der alten Reichsstadt stand, da packten die Diplomaten des Rumpfbundestages schleunigst ihre Akten und flüchteten unter den Schutz der „drei Mohren" nach Augsburg, und die Frankfurter Mütter sangen:

„Schlaf', Bübchen, schlaf',
Bleib' immer fromm und brav,
Sonst kommt der Vogel von Falckenstein
Und steckt Dich in den Sack hinein,
Der Bismarck kommt dahinter
Und freßt die großen Kinder."

Verschwunden war das bewegte Treiben an dem alten Sitze des Bundestags, die Pracht der Rosse und Wagen, der Sportsmen und der weiblichen Toiletten aus den heiteren Anlagen der sonst so lebensfrohen Mainstadt, als General von Falckenstein mit der Mainarmee unter kriegerischen Klängen seinen Einzug hielt (16. Juli), und das Vorgefühl, daß sie bald unter preußischem Scepter einer neuen Aera entgegengehen werde, lag zunächst nur wie ein schwerer Druck auf den Herzen der Bürger der alten freien Reichsstadt.

Auf dem österreichischen Kriegsschauplatz rückten die preußischen Armeen binnen funfzehn Tagen von dem Schlachtfelde von Königgrätz bis vor die Thore der Kaiserstadt und standen (bereits am 20. Juli) längs dem Thalrande des vielberühmten Marchfeldes aufmarschirt, wo König Rudolf durch seinen Sieg über den Böhmenkönig Ottokar einst den Grund zu der Habsburgisch-österreichischen Hausmacht legte und wo noch in den Kriegen des ersten Napoleon so viel tapferes österreichisches Blut vergossen ward. Zwar die leichtlebige Bevölkerung Wiens setzte sich mit dem ihr eigenen unverwüstlichen Humor über die Unglücksschläge des Krieges hinweg, und während man vom Stefansthurme aus die Wachtfeuer der preußischen Vorposten überblickte, sangen die „Wiener Kinder" auf den Gassen Spottlieder auf den „Vater Benedek", aber der habsburgische Stolz mochte doch nicht zugeben, daß die Fahnen des Hohenzollernkönigs bis vor die Hofburg getragen würden. Der Krieg mit Italien war für Oesterreich seit der Verschenkung Venetiens Nebensache geworden. Die Hauptmasse der

Südarmee hatte sich an der Donau in stark verschanzter Stellung mit einem Theile der Armee Benedek's — der Haupttheil derselben war durch das schnelle Vorgehen der preußischen Ersten Armee zu dem beschwerlichen Rückzuge von Olmütz über die Kleinen Karpathen nach Preßburg genöthigt worden — vereinigt, und Erzherzog Albrecht hatte an Benedek's Stelle mit einem siegverheißenden Armeebefehl das Oberkommando übernommen. Dennoch war das Vertrauen in den glücklichen Ausgang einer neuen Entscheidungsschlacht nur gering und die Verständigsten in der Umgebung des Kaisers riethen zum Frieden.

Auch Kaiser Napoleon mußte bei seiner Vermittlerrolle der Gewalt der kriegerischen Ereignisse Rechnung tragen. Körperlich leidend und geistig gebeugt durch die Eindrücke von Thatsachen, die sich seiner Berechnung vollständig entzogen hatten, unfähig, aus der Rolle des Friedensvermittlers in diejenige des bewaffneten Schiedsrichters überzugehen, entschloß er sich, ein Friedensprogramm aufzustellen, welches sich den Bismarck'schen Forderungen bereits bedeutend näherte. Dasselbe umfaßte als Hauptpunkte die Erhaltung des österreichischen Kaiserstaats in seinem alten Gebietsumfange (mit Ausschluß von Venetien), aber Ausscheiden desselben aus Deutschland, die Bildung eines Norddeutschen Bundes für alle Staaten nördlich des Main unter Preußens Führung, Berechtigung der süddeutschen Staaten zur Bildung eines völkerrechtlich unabhängigen Bundes unter sich, Vereinigung der Elbherzogthümer mit Preußen und Theilnahme Oesterreichs an den Kriegskosten. Indem Napoleon dieses Programm der österreichischen Regierung empfahl, hoffte er, sich den Dank Preußens zu erwerben und denselben durch Gebietsabtretungen auf dem linken Rheinufer bethätigt zu sehen.

Trotz der unverfänglichen Fassung dieser Friedensvorschläge bedurfte doch ihre Annahme seitens der preußischen Regierung einer reiflichen Erwägung. Durch die Theilungslinie des Main schien die völlige Erreichung des nationalen Zieles, die Einigung Gesammtdeutschlands, erschwert, und von einer Gebietsvergrößerung Preußens durch Aneignung der seine beiden Hauptgebiete trennenden Staaten Norddeutschlands, deren Regierungen sich stets feindlich zu den preußisch-deutschen Bestrebungen verhalten hatten, war in dem Napoleonischen Entwurfe nicht die Rede. Dennoch war die Annahme oder Ablehnung von unermeßlicher Tragweite. Die Annahme gewährte die Aussicht auf eine schnelle Beendigung des Krieges, die Ablehnung konnte nicht nur die unbestimmte Fortdauer desselben, sondern auch andere sehr ernsthafte Verwickelungen zur Folge haben.

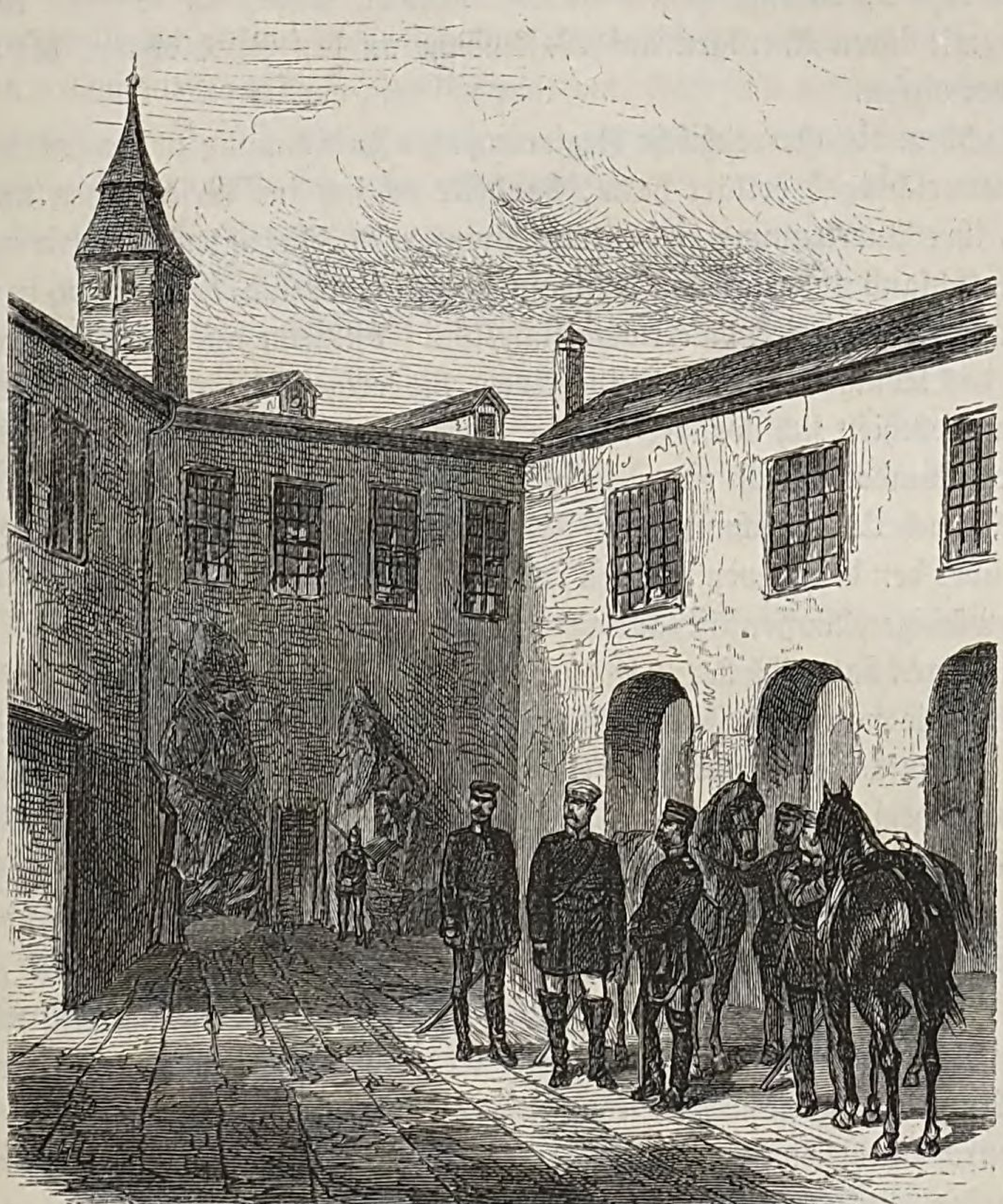
Es war am 16. Juli, als das Friedensprogramm Napoleon's dem Könige Wilhelm und dem Grafen Bismarck zur amtlichen Kenntniß vorgelegt wurde, an demselben Tage, als im königlichen Hauptquartier zu Brünn die Telegramme von dem siegreichen Treffen bei Tobitschau, von der Besetzung der Eisenbahnverbindung bei Lundenburg durch Theile der Ersten Armee, wodurch sowol Wien als Preßburg unmittelbar bedroht wurden, endlich von dem Einzuge der

Mainarmee in Frankfurt einliefen, — Gründe genug, um hochgespannte Forderungen des Siegers gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Dennoch ließ die preußische Regierung die Rücksichten der Mäßigung vorwalten und erklärte im Bewußtsein ihrer Stärke, daß sie die Vorschläge genügend finde, um unter der Voraussetzung der Zustimmung Italiens eine fünftägige Waffenruhe zum Zwecke der einzuleitenden Friedensverhandlungen zu schließen, daß sie dieselben indessen noch nicht als die geeignete Grundlage für den definitiven Frieden anzusehen vermöge. An demselben Tage, als diese Antwort telegraphisch nach Paris abging (18. Juli), wurde das preußische Hauptquartier von Brünn nach Nikolsburg, etwa neun Meilen von Wien, verlegt.

Auf einem kahlen Berge über dem Thayathale, aus Felsblöcken und starren Zacken gleichsam emporwachsend, erhebt sich das alte Schloß, welches einem der wichtigsten Friedensschlüsse der neueren Zeit seinen Namen gegeben hat. An den Hügel lehnt sich das Städtchen, durch welches die Kaiserstraße, die älteste Kunststraße Oesterreichs, von Brünn nach Wien führt. Die alte Burg zu seinen Häupten mit dem mächtigen Wartthurme, den starren Mauern, den festungsartigen Thoren und Eingängen ist, wie ein Wahrzeichen für die ganze Umgegend, weithin sichtbar. Ein alter Stammsitz des österreichischen Hochadels, in der Geschichte der Reformation, der Wiedertäufer und des Dreißigjährigen Krieges oft genannt, war Nikolsburg erst vor wenigen Jahren bei einer Erbtheilung des Fürsten von Dietrichstein in den Besitz der zweiten Tochter desselben und bei deren Vermählung mit dem Grafen von Mensdorff-Pouilly, österreichischem Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, an diesen übergegangen. Hier empfing Napoleon I. nach der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz die österreichischen Friedensgesandten, hier sah König Wilhelm aus den Fenstern derselben Zimmer auf die Ebene hinab, welche seine Truppen auf ihrem Vormarsch gegen Wien durchzogen. Als Graf Bismarck beim Eintreten in den Schloßhof den alten merkwürdigen Bau betrachtete, sagte er zu seinem Begleiter von Keudell: „Mein altes Herrenhaus in Schönhausen ist gar unbedeutend gegen dieses Prachtgebäude; dennoch ist's mir lieber, daß wir hier bei Graf Mensdorff sind, als wenn er jetzt bei mir wäre."

Kaum war das königliche Hauptquartier zu Nikolsburg aufgeschlagen, so fand sich auch Graf Benedetti dort ein. Er war von Brünn nach Wien geeilt, hatte dort im Auftrage seines Kaisers die Annahme der französischen Vorschläge dringend befürwortet und brachte jetzt die Nachricht, daß Oesterreich einwillige, auf Grund derselben die Waffenruhe abzuschließen und in Friedensunterhandlungen mit Preußen zu treten. Sowol Oesterreich als der französische Botschafter hatten dringende Gründe, den Abschluß der Waffenruhe zu beschleunigen, denn schon in den nächsten Tagen konnten unter den Mauern von Wien die Würfel fallen und die Kaiserstadt genöthigt sein, ihre Thore dem Sieger zu öffnen, was Kaiser Franz Josef sowie Napoleon um jeden Preis verhindern wollten.

Der Eintritt der Waffenruhe (22. Juli Mittags) unterbrach zur glücklichen Stunde für Oesterreich das siegreiche Gefecht, welches Bose und Fransecky im Angesicht von Preßburg, bei Blumenau, dem österreichischen Heertheil des Grafen Thun lieferten.



Hauptquartier Nikolsburg (18. Juli 1866).

Binnen fünf Tagen sollten die Friedenspräliminarien zu Stande gekommen und zugleich über die Neugestaltung Deutschlands, über das Schicksal von Kronen und Staaten entschieden sein. Das war ein Treiben in den alterthümlichen Räumen des Nikolsburger Schlosses. Minister, Gesandte, Räthe fuhren zu den verwitterten Thoren des Schloßhofes hinein und hinaus und belagerten die Zimmer des preußischen Ministerpräsidenten. Nicht allein die Bevollmächtigten Oesterreichs fanden sich ein, sondern auch die Minister der deutschen Mittelstaaten, welche vor wenigen Wochen die Zerstückelung Preußens als eine ausgemachte Thatsache angesehen hatten, erschienen jetzt friedebittend vor Bismarck's Thüre; derselbe Staatsmann, der so voreilig das „Vae victis" gesprochen, kam

jetzt, den Sieger um Schonung zu bitten. Graf Bismarck zog es vor, allein mit Oesterreich zu unterhandeln, und überließ es den übrigen Staaten jedem einzeln, ihren besonderen Frieden mit Preußen zu machen. Nur Herrn von der Pfordten wurde später (28. Juli) ein Waffenstillstand für Bayern zugestanden, der mit dem 2. August seinen Anfang nehmen sollte; die übrigen Minister wurden mit ihren Anträgen auf Waffenruhe an den Befehlshaber der Mainarmee verwiesen.

Nachdem die österreichische Regierung ihre Zustimmung zu den französischen Friedensvorschlägen erklärt hatte, handelte es sich im Wesentlichen nur noch darum, ihre Anerkennung zu den von Preußen beabsichtigten Annektirungen in Norddeutschland zu erlangen. Hierzu verpflichtete sich der Kaiser in einem besonderen Artikel; jedoch erklärte sich König Wilhelm auf seine Verwendung bereit, das Königreich Sachsen in seinem bisherigen Umfange fortbestehen zu lassen, und behielt sich vor, die künftige Stellung Sachsens innerhalb des Norddeutschen Bundes durch einen besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Sogleich nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien sollten die Verhandlungen über den definitiven Frieden zu Prag eröffnet werden, zu welchem Zwecke ein vierwöchiger Waffenstillstand vereinbart wurde.

Bismarck hatte sich begnügt, nur solche Bedingungen zu stellen, durch deren Erfüllung die nationale Entwickelung Deutschlands unter Preußens Führung für die Zukunft gesichert ward. Es kam ihm nicht darauf an, den besiegten Gegner zu demüthigen, sondern einen dauernden Frieden zu schaffen und durch den schnellen Abschluß desselben die Einmischung des Auslandes fern zu halten. Vergeblich hatte Benedetti während der schwebenden Verhandlungen das Hauptquartier umschlichen und eine Unterredung mit Bismarck gesucht. Als er endlich zu einer solchen gelangte (26. Juli) und nun im Auftrage des Kaisers Napoleon für dessen gute Dienste bei der Friedensvermittelung zum ersten Male die sogenannten „Kompensationen", d. h. die Bereicherung Frankreichs durch linksrheinisches deutsches Gebiet, in Anregung brachte, da war es für ihn eine peinliche Ueberraschung, aus Bismarck's Munde zu erfahren, daß die Friedenspräliminarien bereits abgeschlossen seien. Auch machte Bismarck ihm keine Hoffnung, daß die Wünsche des Kaisers Napoleon beim Könige Wilhelm Gehör finden würden.

Bald nach Ratifikation der Friedenspräliminarien trat König Wilhelm mit seinem Gefolge die Rückreise nach Berlin an, wo der königliche Zug mit zwei bekränzten Lokomotiven unter dem unsäglichen Jubel des Volkes — am 4. August gegen 11 Uhr Vormittags — auf dem festlich geschmückten Bahnhofe anlangte. „Wir sind rascher wiedergekommen, als wir dachten", sagte Bismarck zu einem ihn begrüßenden General; „heute vor fünf Wochen reisten wir ab, eigentlich war schon vor drei Wochen Alles fertig." — „Der einzige Rechenfehler, den Sie gemacht haben, Excellenz!" versetzte der General.

Welche Reihe großer Ereignisse lag in der kurzen Spanne Zeit zwischen Abreise und Wiederkehr, „durchflog Borussia doch beschwingter Sohle in sieben Tagen Friedrich's sieben Jahr'!" — Das gesammte deutsche Volk war zu neuer Lebensthätigkeit geweckt worden und Preußen auf den Höhepunkt seiner Geschichte gehoben. Preußen hatte sich mit glänzenden Waffenthaten das Recht erkämpft, das deutsche Volk auf dem Wege zur Einheit zu führen. Von ihm hing es jetzt ab, ob die neuen Grundlagen zum Einheitsbaue Festigkeit haben würden. Das stolze Gefühl von der Größe der vaterländischen Aufgabe, zu der die Nation jetzt berufen war, theilte sich allen Volksschichten und politischen Parteien mit. Selbst die für ihren Jugendtraum von der deutschen Einheit lange Jahre in Festungsmauern gebüßt hatten, reichten jetzt versöhnt ihre Hände dem Manne, der so Großes geleistet hatte und nun im Begriffe stand, ihre alten Ideale zu verwirklichen. Zu ihnen gehörte unser gemüthvoller niederdeutscher Dichter Fritz Reuter, welcher dem Grafen Bismarck bald nach seiner Rückkehr aus dem Felde die Gesammtausgabe seiner Werke in sauberen Bänden übersandte. Das Anschreiben Reuter's wie die Antwort Bismarck's gereichen Beiden, dem Geber wie dem Empfänger, zur Ehre. Fritz Reuter schrieb:

„Es treibt mich, Euer Excellenz, als dem Manne, der die Träume meiner Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenscheine glänzenden Wahrheit verwirklicht hat, ich meine die Einheit Deutschlands, meinen tiefgefühlten Dank zu sagen. Nicht Autoreneitelkeit, sondern nur der lebhafte Wunsch, für so viel schöne Realität, die Euer Excellenz dem Vaterlande geschenkt haben, auch etwas Reales zu bieten, veranlaßt mich, diesem Danke den Inhalt des beifolgenden Packets beizufügen. Möchten Euer Excellenz diesen meinen etwas zudringlichen Kindern ein bescheidenes Plätzchen in Ihrer Bibliothek gönnen und möchten die dummen Jungen im Stande sein, mit ihren tollen Sprüngen Sie auf Augenblicke die schweren Sorgen und harten Mühen Ihres Lebens vergessen zu lassen. Gott segne Sie für Ihr Thun! Sie haben sich mehr Herzen gewonnen als Sie ahnen, so z. B. auch das

Ihres ergebensten Fritz Reuter, Dr."

Graf Bismarck antwortete (17. September):

„Euer Hochwohlgeboren sage ich meinen herzlichen Dank für die freundliche Sendung, mit welcher Sie Ihre inhaltsvolle Zuschrift vom 4. d. M. begleiteten. Als alte Freunde habe ich die Schar Ihrer Kinder begrüßt und sie alle willkommen geheißen, die in frischen, mir heimatlich vertrauten Klängen von unseres Volkes Herzschlag Kunde geben. Noch ist, was die Jugend erhoffte, nicht Wirklichkeit geworden; mit der Gegenwart aber versöhnt es, wenn der auserwählte Volksdichter in ihr die Zukunft gesichert vorschaut, der er Freiheit und Leben zu opfern stets bereit war."

Zu den Gedichten, welche den heimgekehrten Ministerpräsidenten begrüßten, gehörte eine Ode seines früheren Lehrers, des Direktors Bonnell, unter dessen

Schülern auf dem Friedrichswerder'schen Gymnasium sich jetzt auch die beiden Söhne des Grafen Bismarck, Herbert und Wilhelm, befanden. Einige Strophen des Begrüßungsgedichts lauteten:

„Jetzt kehrst Du siegreich heim aus dem blut'gen Krieg,
Gefallen ist die Wand, die den Weg gehemmt,
Mit kühnem Schlag hast Du zerschmettert,
Was in den Abgrund Dich sollte stürzen.

Mit Staunen sieht erfüllet Dein Seherwort
Das deutsche Volk, das jüngst es von Dir vernahm:
„Nicht Worte, Feste, Trinkgelage,
Kampf nur und Blut werd' es einst vereinen."

Mit Stolz und Freude rühmet das Preußenvolk
Das Heer, den König, der es zum Sieg geführt,
Die tapferen Helden; doch vor allen
Klinget Dein Lob in dem Mund und Herzen.

Gott hat mit Sieg gekrönet das Preußenheer,
Mög' er nun einen fest mit des Friedens Band
Die Völker, die er nicht zum Hader
Schuf, — die er schuf zu dem Bruderbunde."

Bismarck war erschöpft und körperlich angegriffen nach Berlin zurückgekehrt; sein altes Leiden, der Nervenrheumatismus, hatte sich wieder eingestellt, und dennoch erforderten die vielen und schweren Aufgaben, die gerade jetzt an ihn herantraten, die volle Anspannung seiner Willens- und Arbeitskraft. Zunächst waren die wichtigen Vorlagen für das — bereits zum 5. August zusammenberufene — Abgeordnetenhaus festzustellen; dann galt es, die Friedensverhandlungen mit den deutschen Staaten zu führen und gleichzeitig die im Verlaufe derselben immer zudringlicher hervortretenden französischen Ansprüche auf „Kompensationen" zu bekämpfen; auch machte ihm der Uebermuth der guten Freunde zu schaffen, welche, vom Siegesglanz geblendet, ihre Ansprüche für Preußen ins Maßlose steigerten, so daß Bismarck schon von Prag aus (3. Aug.) mit Bezug auf dieselben schrieb: „Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen von der Welt nur einen Fleck" .... Und endlich kam das wichtigste Werk an die Reihe, die neue Ordnung der deutschen Verhältnisse und die Gründung des Norddeutschen Bundes.

Bereits am Tage nach seinem Eintreffen in Berlin empfing Bismarck (5. August) ein Schreiben Benedetti's nebst dem Entwurfe zu einer geheimen Uebereinkunft zwischen Frankreich und Preußen, in welcher die französische Regierung nichts weniger beanspruchte als die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 (mit Saarlouis und Saarbrücken), Luxemburg, die bayrische Pfalz und das linksrheinische Hessen (mit Einschluß von Mainz). Benedetti hatte es vorgezogen, diesen Entwurf nicht persönlich zu übergeben, weil er den Ausbruch des

Unwillens über dieses Ansinnen bei Bismarck fürchtete. Erst am folgenden Tage (6. August) begab er sich in das Hotel des Auswärtigen und stellte im Auftrage seiner Regierung unumwunden das Ultimatum: „Mainz oder den Krieg!"

„Gut!" versetzte Bismarck kaltblütig, „dann wählen wir den Krieg. Sie würden jedoch gut thun, wenn Sie Ihrem Kaiser in Paris persönlich von diesem festen Entschlusse des Königs, meines Herrn und von der Stimmung des gesammten Volkes, auf welche sich derselbe stützt, Bericht erstatten und Alles aufbieten wollten, um ihn zum Abstehen von Forderungen zu veranlassen, die einen so unheilvollen Krieg heraufbeschwören."

„Allerdings bin ich zur Reise nach Paris entschlossen," entgegnete Benedetti, „dennoch vermag ich nicht, meinen Rath in dem gewünschten Sinne geltend zu machen; denn ich halte die Dynastie des Kaisers Napoleon für gefährdet, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch ein Zugeständniß dieser Art befriedigt wird."

Unbewegt erwiederte Bismarck, daß seine Sympathien für die Dynastie des Kaisers Napoleon für ihn niemals zum Beweggrunde werden könnten, um dem Könige zu einem Schritte zu rathen, der den nationalen Empfindungen und Interessen so vollständig entgegen wäre. „Noch möchte ich zu bedenken geben," fügte er warnend hinzu, „daß auch ein Krieg unter Umständen nur mit dem Wagniß einer Revolution geführt werden kann, und in solchem Falle würde sich zeigen, welcher Thron fester steht, derjenige Napoleon's oder der Hohenzollern."

Mit dieser Antwort reiste der französische Botschafter nach Paris ab. Napoleon III. hatte einst, als Bismarck bei seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten seine Abberufung angezeigt hatte, — wahrscheinlich mit Bezug auf dessen kühle Behandlung seiner lockenden Anerbietungen für Preußen — die Aeußerung gethan: „Ce n'est pas un homme sérieux!" — Hier stieß er zum ersten Male auf den unerwartet ernsthaften Widerstand des preußischen Staatsmanns.

Die Lage war bedenklich. Noch war der definitive Frieden mit Oesterreich nicht geschlossen, die Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten kaum eingeleitet, und schon stand Preußen an der Schwelle eines neuen großen Krieges. Die Armee stand theils in Böhmen, theils in Süddeutschland; die Rheinprovinz war fast ganz von Truppen entblößt und dem französischen Einfall preisgegeben. Auf den Beistand Italiens, so vertragstreu sich dieses auch den französischen Verlockungen gegenüber gezeigt hatte, war nicht mehr zu rechnen. Trotzdem entschied sich Bismarck, als ihm die Wahl gestellt wurde zwischen der Abtretung eines Stückes deutschen Landes und dem Kriege, getrost für den Krieg, und er konnte es thun im Vertrauen auf die Hingebung und Tapferkeit des preußischen Heeres und auf das neuerwachte Nationalgefühl in Deutschland. Ja, hätte auch eine der süddeutschen Regierungen so vaterlandsvergessen handeln können, sich auf die Seite Napoleon's zu stellen, so würde der Durchmarsch einer preußischen Armee aus Böhmen durch Süddeutschland genügt haben, nicht allein

um dort den letzten Kriegsfunken zu ersticken, sondern auch um das Volk gegen den Willen der Regierung zur Erhebung gegen den gemeinsamen Feind Deutschlands fortzureißen. Durch die vortrefflichen Heereseinrichtungen aber war Fürsorge getroffen, daß binnen wenigen Tagen eine Armee mittels der Eisenbahn von Böhmen nach der Westgrenze versetzt werden und daß gleichzeitig neue Armeen aus dem Innern des Landes ins Feld nachrücken konnten. Als die Forderungen Napoleon's allmählich in weiteren Kreisen verlauteten, da wiederhallte in jeder deutschen Brust das stolze Königswort: „Nicht einen Zollbreit deutscher Erde!"

Napoleon aber kam zu der Einsicht, wie sehr er sich in seiner Hoffnung auf unblutige Gebietserwerbungen für Frankreich und in seiner Beurtheilung des leitenden Staatsmannes in Preußen getäuscht hatte, dessen stolzes preußisches und deutsches Nationalgefühl er nicht zu würdigen verstand, weil in ihm selber dynastischer Ehrgeiz an Stelle der Vaterlandsliebe vorherrschte. Außer Stande, seine ungerechten Forderungen mit einer kriegstüchtigen Armee zu unterstützen und mit der Streitmacht des ganzen Landes in den Kampf einzutreten, entschloß er sich zum Rückzuge, indem er die Kompensationsforderungen für Einfälle seines Ministers Drouin de l'Huys ausgab und diesen seiner Eigenliebe opferte. Drouin de l'Huys erhielt die „erbetene" Entlassung. Von Kompensationen auf dem linken Rheinufer war seitdem nicht mehr die Rede, die französische Begehrlichkeit wandte sich vielmehr anderen Zielen, zunächst Luxemburg und Belgien, zu; die Haltung Napoleon's blieb jedoch von Einfluß auf den Gang der Friedensverhandlungen mit den deutschen Mittelstaaten.

Wir wissen, daß die Herren von der Pfordten, von Varnbüler und von Dalwigk ihre Absicht, in den Frieden Preußens und Oesterreichs mit aufgenommen zu werden, bei dem preußischen Ministerpräsidenten in Nikolsburg nicht erreichten. Sowol in der Kriegführung als in der diplomatischen Leitung der Mittel- und Kleinstaaten herrschte eine heillose Verwirrung, welche nur durch schleunige Friedensschlüsse gehoben werden konnte. Die leitenden Minister dieser Staaten kamen daher größtentheils selbst nach Berlin, um jeder einzeln mit dem Grafen Bismarck über den Frieden zu unterhandeln. Weniger nützte ihnen dabei der angerufene Beistand Frankreichs als die Verwendung anderer verwandter Höfe und die deutsche Gesinnung Bismarck's, welcher auf die Erlangung mancher Vortheile verzichtete, um nicht die Versöhnung für die Zukunft zu erschweren. So kamen die Friedensschlüsse mit **Württemberg** (13. Aug.) und mit **Baden** (17. Aug.) zu Stande. In letzterem Staate war (seit 28. Juli) an Stelle des Freiherrn von Edelsheim der national gesinnte **Karl Mathy** an die Spitze des Ministeriums getreten und förderte nach Kräften den Frieden und Anschluß an Preußen; die Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause schützte Baden indessen nicht vor der Heranziehung zu den Kriegskosten. Schwieriger drohte die Verständigung mit **Bayern** zu werden, dessen Haltung die

Erweiterung des Kriegsschauplatzes über Süddeutschland vorzugsweise verschuldet und welches noch kurz nach der Schlacht bei Königgrätz die Friedensanerbietungen Bismarck's zurückgewiesen hatte. Der Wunsch, die gesegneten Landstriche in Franken, die alte Markgrafschaft Baireuth und Ansbach, die Jahrhunderte hindurch von einer Nebenlinie des Hohenzollernschen Königshauses beherrscht wurde und auch vorübergehend zum preußischen Staate gehört hatte, bei dieser Gelegenheit mit der Krone Preußen zu vereinigen, lag nahe. Während die Verhandlungen mit Bayern noch schwebten, deutete Bismarck den süddeutschen Bevollmächtigten an, daß die Verständigung leichter zu erzielen und die Erhaltung der Hoheitsrechte der Regierungen sowie der Ländergebiete mehr gesichert sein würde, wenn die Staaten in Zukunft eine nationale deutsche Politik im Anschluß an Preußen treiben, als wenn sie Krone und Land unter den Schutz fremder Mächte stellen wollten. Auf diese Gedanken eingehend, regte zuerst die württembergische Regierung den Abschluß von Schutz- und Trutzbündnissen an, welche in der That bereits das erste Brückenjoch zur Ueberschreitung der Mainlinie bildeten und durch welche die Nothwendigkeit des Zusammengehens des gesammten Deutschlands unter Preußens Führung in allen Fragen der auswärtigen Politik anerkannt ward. Als Graf Bismarck dem Freiherrn von der Pfordten bei den Friedensverhandlungen von seiner Zurückweisung der französischen Ansprüche auf die bayrische Pfalz Kenntniß gab und ihm zugleich eröffnete, daß er bereit sei, auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken zu verzichten unter der Bedingung, daß auch Bayern auf der bekannten Grundlage ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen schließen wolle, erklärte Pfordten unter lebhafter innerer Bewegung, nun erst erkenne er, wie sehr Bismarck's deutsche Gesinnung verleumdet worden und wie ein deutsches Herz so gut in seinem Busen schlage wie in dem eigenen. An demselben Tage (22. Aug.) kam der Abschluß der Bündnisse und der Frieden mit Bayern zu Stande. Der Inhalt der Schutz- und Trutzbündnisse, wonach beide Theile sich ihre Staatengebiete gegenseitig gewährleisteten und im Falle des Krieges die süddeutschen Streitkräfte unter preußischen Oberbefehl gestellt werden sollten, wurde mit Rücksicht auf Frankreich vorläufig noch geheim gehalten.

Am Tage darauf (23. August) wurde zu Prag der definitive Friede mit Oesterreich auf Grund der Präliminarien geschlossen.

Die Staaten, welche jetzt allein noch ihren Frieden mit Preußen zu machen hatten, waren Hessen-Darmstadt, Reuß ä. L., Sachsen-Meiningen und das Königreich Sachsen. Der Friede mit Hessen-Darmstadt erfolgte (3. Sept.) nach Abtretung der Landgrafschaft Hessen-Homburg, die der Großherzog kurz vor dem Kriege (24. März) von seinem Vetter geerbt hatte, unter der Bedingung der Aufnahme der Provinz Oberhessen in den neu zu gründenden Norddeutschen Bund. Die Fürstin-Regentin Karoline von Reuß ä. L. erlangte den Frieden (26. September), indem sie anstatt der Kriegsentschädigung einen Beitrag an

die preußische Wittwen- und Invalidenkasse zahlte. Der Herzog Bernhard Erich Freund von Sachsen-Meiningen legte die Regierung seines Ländchens, die er durch 45 Jahre geführt, zu Gunsten seines Sohnes, des Erbprinzen Georg, nieder, welcher darauf (8. Okt.) Frieden und Bündniß mit Preußen schloß. — Am meisten zogen sich die Verhandlungen mit Sachsen in die Länge. Freiherr von Beust, welcher in Wien und Paris am lebhaftesten den Krieg geschürt hatte, schickte sich an, als Friedensunterhändler nach Berlin zu gehen. Die Weigerung Bismarck's, ihn zu empfangen, veranlaßte ihn, seine Entlassung aus dem sächsischen Staatsdienste zu nehmen (16. August.) Bald darauf fand er im Dienste des Kaiserstaats ein seinem Ehrgeize mehr zusagendes, aber nicht glücklicheres Feld staatsmännischer Thätigkeit. Noch ehe die Unterhandlungen mit dem neu ernannten Minister von Friesen, dem der sächsische Gesandte Graf Hohenthal und der Kriegsminister von Fabrice zur Seite standen, im Gange waren, machte Kaiser Napoleon noch einen Versuch der Vermittelung, indem er Bismarck die Annexion Sachsens empfahl und die katholische Königsfamilie durch ein Land auf dem linken Rheinufer zu entschädigen vorschlug (26. August). Er hoffte sich auf diese Weise eine neue Pforte nach Deutschland hinein zu öffnen; denn er zweifelte nicht, daß er im Falle der Annahme seines Vorschlags die Schutzherrnrolle seines Oheims über die Wettiner Fürsten mit Leichtigkeit würde aufnehmen können; auch dachte er vielleicht, mit der sächsischen eine luxemburgische Frage zu verflechten und zu seinem Vortheil zu lösen. Bismarck vereitelte indessen seine Pläne durch den Abschluß des Friedens (21. Oktober), welchen Sachsen unter der Bedingung des Eintritts in den Norddeutschen Bund und einigen Zugeständnissen, insbesondere der Uebertragung seiner diplomatischen Vertretung im Auslande, sowie der Leitung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen erlangte.

Mit Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. M. wurde kein Friede geschlossen, sondern diese Gebiete wurden auf Grund des Kriegs- und Eroberungsrechtes durch königliche Botschaft (17. Aug.), um „die ererbten Staaten vor wiederkehrenden Gefahren zu schützen und der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben," — ebenso wie Schleswig-Holstein, Hessen-Homburg und die abgetretenen Gebietstheile von Bayern und Oberhessen — für immer mit der preußischen Monarchie vereinigt. — Der schönste Friedensschluß aber, den Bismarck zu vollziehen hatte, war derjenige mit der Vertretung des eigenen Volkes. Mit Dank und Freude vernahm das preußische Volk bei der Eröffnung des Landtags die friedenverheißenden Worte des Königs: „Viel theueres Blut ist vergossen, viele Tapfere betrauert das Vaterland, die siegesfroh den Heldentod starben, bis unsere Fahnen sich in einer Linie von den Karpathen bis zum Rhein entfalteten. Im einträchtigen Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst

gestreut sein, erwachsen müssen .... Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig ertheilt werde."

Indemnität, — das war also die Friedensbotschaft, mit welcher der siegreiche König nach einem Kriege ohne Gleichen vor sein Volk hintrat, das war das Zauberwort, mit welchem Bismarck den inneren Hader schweigen machte und die grollenden Herzen versöhnte. Wol gab es auch jetzt unter den Abgeordneten noch solche, die so sehr in die Theorien des Verfassungsstreites vertieft waren, daß sie die hohe praktische Bedeutung des königlichen Schrittes und die wahre Stimmung des Volkes verkannten. Im Lande aber war man des Konfliktes längst müde, und die Ueberzeugung, daß die Regierung, auch wenn sie nicht streng nach dem Buchstaben der Verfassung gehandelt, doch mit der Armeereform eine heilsame Einrichtung ins Leben gerufen, hatte durch den glücklich beendeten Krieg eine glänzende Bestätigung erhalten. Dankbar ergriff das Volk die an den frischen Gräbern der gefallenen Vaterlandshelden dargebotene königliche Friedenshand.

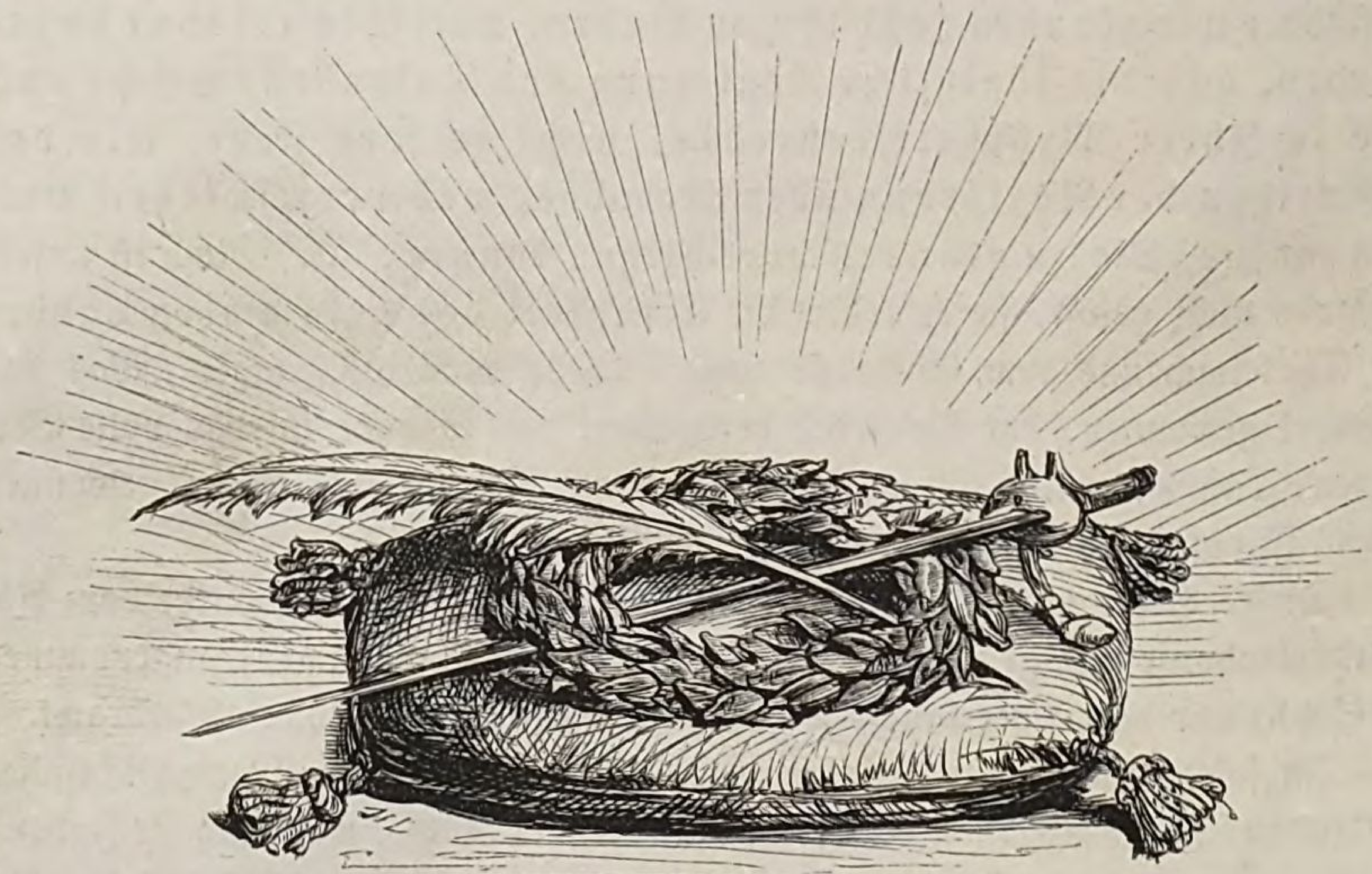
Bei der Berathung der Indemnitätsvorlage im Abgeordnetenhause (1. September) nahm auch Graf Bismarck das Wort. „Wir wünschen den Frieden," sagte er, „weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf als früher; wir wünschen und suchen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Moment zu finden; wir glauben jetzt ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrheit erstreben, nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über Manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte .... Noch ist unsere Aufgabe nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesammten Landes der That nach und dem Eindrucke nach. Wenn man oft gesagt: „Was das Schwert gewonnen, hat die Feder verdorben!" — so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: „Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden!" —

Dieses Vertrauen wurde nicht getäuscht. Die Indemnität wurde vom Abgeordnetenhause mit großer Mehrheit (230 gegen 75 Stimmen) angenommen (3. Sept.) und damit der langjährige innere Konflikt zum Abschluß gebracht.

In sich geeinigt, im Gefühle bewährter Kraft und voll zuversichtlichen Vertrauens in die Weisheit des Königs und seiner Räthe, was auch die Zukunft bringen möge, schickte sich das preußische Volk an, die siegreich heimkehrenden Vaterlandsvertheidiger würdig zu empfangen. Der Einzug der Krieger in die

geschmückte Hauptstadt (20. und 21. September) ward zu einem Friedensfest im edelsten Sinne. Der König selbst begrüßte die Truppen vor dem Brandenburger Thore und stellte sich an die Spitze des Zuges. Ihm vorauf ritten in erster Linie der Ministerpräsident Graf Bismarck, der kurz vorher von seinem dankbaren Könige zum Generalmajor und Chef des 7. Landwehrreiterregiments ernannt worden war, in seiner Kürassieruniform, sowie die Generale Moltke, von Roon und die Generalstabschefs der Ersten und Zweiten Armee, von Voigts-Rhetz und von Blumenthal. Vor ihnen öffnete sich die Siegesgasse zwischen den beiden Reihen der auf dem Schlachtfeld eroberten Kanonen, „österreich'sche Kanonen zweihundertundacht", vom Anfang der Linden bis zum Denkmal des großen Friedrich. Glockenläuten und endloser Jubelruf, Tücherwallen und Blumenregen aus allen Fenstern begrüßte die einziehenden Krieger. In schwungvoller Anrede dankte der Oberbürgermeister Seidel dem Könige für die Thaten und Leistungen des Heeres. „Nur die Aussaat ist des Menschen", sagte er. „Ueber seine tapferen Thaten wie über seinen weisen Rath waltet Gott, der allein die Vollendung, allein der schweren Arbeit die goldene Ernte giebt .... Das große Pfand der Ehre und des Rechtes, wir wollen treu und heilig es bewahren, es den spätesten Geschlechtern überliefern unversehrt, so Gott will, mit reichem, wachsendem Segen. Der Weg ist uns vorgezeichnet in dem alten, ewig kräftigen Siegesruf: „Mit Gott für König und Vaterland!"—

Bismarck ritt mit ernstem, festem Blicke vor dem Könige, erwiederte dankend die Jubelgrüße des Volkes und dachte im Stillen der Kämpfe, denen das Vaterland vielleicht in nächster Zeit von Neuem entgegengehen würde.





Sechzehntes Kapitel.

Der Norddeutsche Bund.

Das neue Haus ist eingericht't,
Gedeckt, gemauert ist es nicht,
Noch können Regen und Sonnenschein
Von oben und überall hinein;
Drum rufen wir zum Meister der Welt,
Er wolle von dem Himmelszelt
Nur Heil und Segen gießen aus
Hier über dieses offne Haus!
Zimmerspruch von L. Uhland.

Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch Diejenigen zerrissen ist, welche die Rechtsmacht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern." — So schloß die Proklamation, mit welcher König Wilhelm beim Ausbruch des Krieges 1866 sein Volk aufrief, die Errungenschaften der Väter zu wahren und Gut und Blut im Kampfe für die Ehre und Existenz des Vaterlandes einzusetzen. Jetzt, nachdem der alte Bund auf dem Schlachtfelde von Königgrätz in Trümmer geschlagen und ein unnatürliches, ungeschichtliches Verhältniß damit für immer gelöst war, erwartete das deutsche Volk von dem Sieger die Erfüllung jener am Vorabend

des Krieges gegebenen Verheißung, die Neugestaltung Deutschlands auf nationaler Grundlage.

Nach den Waffenthaten des Heeres begann die friedliche Arbeit der Bauleute und Baumeister am Werke der deutschen Einheit. Nur in ungehemmter, freier Entwicklung der ureigenen Volkskraft konnte das Deutsche Reich wieder zu einem einigen und mächtigen Staatsganzen emporwachsen. Der Austritt Oesterreichs aus Deutschland konnte von den einsichtsvolleren Deutschen — auch in Oesterreich selbst — nicht mit Recht beklagt werden, aber eine andere Bestimmung des Friedensvertrages berührte den Vaterlandsfreund um so schmerzlicher, weil dieselbe als ein Zugeständniß an den Fremden in der deutschen Sache angesehen wurde, — die Bestimmung, daß die von Preußen neu zu gründende staatliche Ordnung sich nur über die Länder nördlich des Main erstrecken, daß es dagegen den südlich dieser Flußlinie gelegenen deutschen Staaten überlassen bleiben solle, in einem Vereine unter sich zusammenzutreten, dessen „nationale Verbindung mit Norddeutschland der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleiben und der eine internationale unabhängige Existenz“ führen würde. So sehr diese Bedingung die Hoffnung auf eine Einigung Gesammtdeutschlands herabzudrücken schien, so durfte doch Preußen sich dadurch nicht zurückschrecken lassen, dem gemeinsamen nationalen Ziele nachzustreben. War es erst gelungen, in Norddeutschland auf sicherer Grundlage ein dauerhaftes, Schutz gewährendes Staatsgebäude zu errichten, waren erst im Süden die Wunden des Krieges verharscht und hatte das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit den Sieg über die Sonderinteressen der Bayern, Württemberger, Badenser, Hessen davongetragen, dann konnte auch die Einigung Gesammtdeutschlands nicht länger aufgehalten werden. Mußte daher bei Errichtung des neuen Staatsgebäudes auch die Mainlinie respektirt werden, so galt es doch, das Material zum Brückenbau bereit zu halten, um in rechtem Augenblicke die Brücke schlagen und den wackeren Männern Süddeutschlands die Bruderhand reichen zu können. Gerade dieser Umstand erleichterte aber nicht, sondern erschwerte vielmehr den Baumeistern ihre Arbeit. Sie hatten ihre Blicke über die Bedürfnisse der Zeit hinaus in die Zukunft zu richten und ein Gebäude zu begründen, welches nicht allein den Bewohnern Schutz gewähren, sondern auch den Außenbürgern zur rechten Stunde die weite Pforte aufthun konnte.

Auch in anderer Beziehung waren die Bedingungen, unter welchen jetzt die Meister des neuen Staatenbaues ihre Aufgabe antraten, wesentlich andere, als bei den Einheitsbestrebungen in früherer Zeit; war doch der preußische Staat selber als ein anderer aus dem Kriege hervorgegangen, als er in denselben eingetreten. Mit den Annexionen hatte Preußen eine Anzahl neuer, widerstrebender Elemente in sich aufgenommen, wie die Hannoveraner mit ihrer alten Anhänglichkeit an die Welfendynastie, die Schleswig-Holsteiner mit ihren Augustenburgischen Liebhabereien, die Frankfurter mit ihren freireichsbürgerlichen Ueberlie-

ferungen, — Alles Elemente, die nur durch ein entschiedenes Vorgehen auf dem nationalen Wege überwunden werden konnten. Außer auf sich selbst war die preußische Regierung mit ihren Einheitsbestrebungen noch auf die Regierungen von 21 Kleinstaaten angewiesen, die ihm in den letzten Kriegen theils mit den Waffen gegenüber gestanden hatten, theils als Verbündete ins Feld gefolgt waren. War es schon schwer, aus besiegten Gegnern willige Bundesgenossen zu machen, so war es vielleicht noch schwerer, den bisherigen treuen Verbündeten Opfer aufzuerlegen. Manche von diesen Uebelständen wären nicht in Betracht gekommen, wenn es sich darum gehandelt hätte, einen deutschen Einheitsstaat nördlich des Main zu gründen; aber auch die kleinen Landesobrigkeiten hatten ihre Rechte und ihre Geschichte, über welche die Großmacht Preußen nicht ohne Weiteres hinweggehen durfte. Recht und geschichtliche Entwickelung wiesen Preußen nicht auf den Weg der Vergewaltigung, sondern auf den der Verträge. Weder ein neuer lockerer Staatenbund noch ein Einheitsstaat sollte durch Preußen geschaffen werden, sondern ein ehrlicher deutscher Bundesstaat.

Aber was für ein Löwenbund war es, welchen der Großstaat von 24 Millionen mit 21 Kleinstaaten schließen sollte, deren Gesammtgebiet noch nicht dem fünften, deren Einwohnerzahl kaum dem vierten Theile des preußischen Staates gleichkam! Es war dies ein Bundesstaat, wie er in der Geschichte nicht seines Gleichen hatte, denn in allen bisherigen Bundesstaaten — den Vereinigten Niederlanden, der Schweiz, der Nordamerikanischen Union — handelte es sich um die Vereinigung von Republiken ungefähr gleichen Umfanges, gleicher Bedeutung und mit gleichen Rechten unter einer gemeinschaftlichen Obrigkeit, in diesem norddeutschen Bundesstaate aber um den Anschluß mehrerer kleiner Monarchien und der drei Städterepubliken an eine leitende Großmacht, welcher einerseits mit Opfern für die kleinen Regierungsgewalten verbunden war, andererseits auch der letzteren mannichfache Rücksichten auf die unter ihrem Schutze stehenden schwächeren Bundesgenossen und auf die fürstlichen Hoheitsrechte auferlegte. Auch diese Eigenthümlichkeit wies Preußen darauf hin, seine kräftigste Stütze innerhalb des Bundesstaates in dem einigenden nationalen Elemente zu suchen und seine größten Erfolge auf der Bahn des nationalen Fortschritts anzustreben. Die kleinen Staaten konnten aber in diesem Bundesstaate nur dann einen berechtigten Schutz finden und einen Beruf erfüllen, wenn sie die leitende Großmacht auf diesem Wege nach Kräften unterstützten und in dem Gemeinwohl der deutschen Nation zugleich das eigene suchten.

Bereits vor Beginn des Krieges, an demselben Tage, als die Gesandten Preußens in Dresden, Hannover und Kassel die Kriegserklärung übergaben (16. Juni), hatte die preußische Regierung auch an die übrigen Staaten Norddeutschlands die Aufforderung gerichtet, sich mit ihr zu einem Bündnisse zu vereinigen, dessen wichtigster Zweck die Gründung einer neuen Bundesverfassung gemäß den in der Cirkulardepesche vom 10. Juni mitgetheilten Grundzügen

sein sollte, und denjenigen Regierungen, welche dieses Bündniß annehmen würden, die Gewährleistung ihres Gebietes und ihrer Hoheitsrechte — letzterer vorbehaltlich der aus der Bundesverfassung sich ergebenden Beschränkungen — versprochen. Zugleich hatte sie aber auch zu erkennen gegeben, daß sie gegen solche Staaten, die sich fortgesetzt feindlich gegen Preußen zeigen würden, alle Mittel der Macht zur Anwendung bringen werde. Infolge dieser Aufforderung erklärten mehrere Regierungen — zuerst Koburg-Gotha, dann Oldenburg, Bremen, Mecklenburg und Hamburg — ihren Austritt aus dem alten Bunde und ihre Bereitwilligkeit zur Annahme des preußischen Bündnisses; andere wurden erst durch den Eindruck der preußischen Siegesbotschaften zu dem gleichen Schritte bewogen. Während die preußischen Heere in Oesterreich und am Main mit raschen Schritten ihre Siegesbahn verfolgten und während die französischen Kompensationsansprüche — jetzt nur noch als ein leichtes Gewölk — die Friedenshoffnungen trübten, arbeitete so Bismarck bereits an dem Abschlusse eines Bündnisses, welches den Ausgang für die künftige Neugestaltung Deutschlands bilden sollte. Noch ehe der definitive Frieden mit Oesterreich und die Friedensschlüsse mit den sämmtlichen süddeutschen Staaten vollzogen waren, verbanden sich zu Berlin zwölf deutsche Fürsten (Koburg-Gotha, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß j. L., Schaumburg-Lippe und Lippe) und die drei Hansestädte mit Preußen zu einem Schutz- und Trutzbündniß, dessen Zwecke durch eine gemeinsame Bundesverfassung auf der in der Depesche vom 10. Juni angegebenen Grundlage unter Mitwirkung eines Parlaments sichergestellt werden sollten (18. Aug.). Wenige Tage darauf (22. Aug.) wurden die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten abgeschlossen und somit bereits die Fäden zu einem Bande gewoben, welches die Bestimmung hatte, trotz der Mainlinie die nationale Gemeinschaft zwischen Nord- und Süddeutschland zu erhalten. Dem Bündnisse der norddeutschen Staaten traten bald darauf (21. August) auch die beiden Mecklenburg und nach den erfolgten Friedensschlüssen Hessen für seine nördlich des Main gelegenen Gebietstheile (3. Sept.), Reuß ä. L. (26. Sept.), Sachsen-Meiningen (8. Okt.), endlich das Königreich Sachsen (21. Oktober) bei. An die verbündeten Regierungen richtete Preußen (20. November) die Aufforderung, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, um in vertraulichen Berathungen über das dem Reichstage vorzulegende Staatsgrundgesetz des Norddeutschen Bundes Beschluß zu fassen.

Am 15. Dezember (1866) eröffnete Graf Bismarck im Ministerium des Auswärtigen die Konferenzen der 22 Regierungsbevollmächtigten, indem er ihnen den bereits vollständig ausgearbeiteten Verfassungsentwurf zur Prüfung vorlegte. In seiner Ansprache bezeichnete er scharf den Standpunkt der preußischen Regierung und die von derselben angestrebten Ziele. „Soll die neue Verfassung“ — sagte er nach einem Rückblick auf die Schäden des früheren

Bundesverhältnisses — „diese Mängel und Gefahren vermeiden, so ist es nöthig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen .... Die unbeschränkte Selbständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirksame Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten, und die gegenseitige Abgeschlossenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinsamen Vaterlandes ausschließlich seine lokalen Bedürfnisse ohne Rücksicht für die des Nachbars im Auge behielt, bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können." Nachdem er die Beschränkungen erwähnt, welche der Entwurf den einzelnen Regierungen an ihrer partikularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesammtheit zumuthen müsse, und auf die Schwierigkeiten hingewiesen hatte, welche die Durchführung der wesentlichen Aenderungen gewohnter Zustände mit sich bringe, schloß er mit den zuversichtlichen Worten: „Die königliche Regierung zweifelt nicht, daß der einmüthige Wille der verbündeten Fürsten und Freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde."

Die würde- und maßvolle Sprache des Vorsitzenden und Leiters der Konferenzen verfehlte ihren Eindruck auf die Bevollmächtigten um so weniger, als diese bei genauerer Kenntnißnahme des Verfassungsentwurfs sich überzeugten, daß die den Einzelstaaten zugemutheten Opfer und Lasten sich auf das geringste Maß Dessen beschränkten, was das mächtige und siegreiche Preußen von seinen Bundesgenossen zu fordern berechtigt war. Dennoch bedurfte es noch schwieriger und mühevoller Unterhandlungen zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und den Bevollmächtigten der einzelnen Bundesglieder, um die Einwendungen zu beseitigen, zu welchen sich diese durch die besonderen Interessen ihrer Regierungen und Länder veranlaßt glaubten. Bismarck hielt die Kernpunkte des Entwurfs, namentlich die Bestimmungen über das Heerwesen, die Zollangelegenheiten, die Post- und Telegraphenverwaltung, unerschütterlich fest, aber er ließ sich in Nebendingen zu manchen Zugeständnissen an die Einzelstaaten herbei, um ihr Interesse für das nationale Einigungswerk zu wecken und zu beleben. Durch solche Gründe mochte er auch die preußische Regierung bewogen haben, dem Könige von Sachsen als erstem Fürsten des Norddeutschen Bundes nächst dem Bundesoberhaupte im Vertrauen auf seine Bundestreue besondere militärische Hoheitsrechte vertragsmäßig einzuräumen (7. Febr. 1867).

Nachdem auf dem Wege vertraulicher Unterhandlungen die Hauptschwierigkeiten beseitigt waren, wurden die Sitzungen der Bevollmächtigten wieder eröffnet (18. Januar 1867) und führten zur endgiltigen Feststellung und einstimmigen Annahme des Verfassungsentwurfs (7. Febr). Es fehlte nun noch die Zustimmung des deutschen Volkes durch den Mund einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Vertretung. Die Wahlen wurden ausgeschrieben und der konstituirende Reichstag (für den 24. Februar) nach Berlin berufen.

Ehe wir dem Zusammenwirken des Grafen Bismarck mit dem konstituirenden Reichstage an dem Einigungswerke unsere Aufmerksamkeit zuwenden, wird es nothwendig, den Verfassungsentwurf, wie er unter der Urheberschaft und Leitung Bismarck's aus den Berathungen der Regierungsbevollmächtigten hervorgegangen war und bald darauf (16. Februar) durch die Presse veröffentlicht wurde, zu betrachten. — Dem Grundgedanken dieses Entwurfes gemäß sollten die Schicksale Deutschlands in Zukunft geordnet werden durch die Gesammtheit seiner Fürsten, vertreten durch das Präsidium — d. h. die Krone Preußen — und den Bundesrath — d. h. das Kollegium der Bevollmächtigten sämmtlicher Einzelregierungen, — unter Beirath der aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung des Reichstages.

Der Bundesrath unter dem Präsidium der Krone Preußen bildete die oberste Regierungsgewalt in dem neu zu errichtenden Bundesstaate.

Die Gesetzgebung innerhalb des Bundesgebietes sollte ausgeübt werden durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen war zu einem Bundesgesetz erforderlich. Nur in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten und das Bundeskriegswesen beanspruchte das Präsidium besondere Rechte in Unabhängigkeit von den beiden anderen Theilen der Regierungsgewalt, nämlich in ersterer Beziehung das Recht, „den Bund völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Bundes Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit anderen Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen," in letzterer Beziehung die Stellung des gesammten Bundesheeres und der Kriegsmarine unter den Oberbefehl des Königs von Preußen als des Bundesfeldherrn, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sowie der preußischen Militärgesetzgebung mit allen Vorschriften innerhalb des ganzen Bundesgebietes, die Festsetzung der Friedensstärke des Bundesheeres auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867, — wobei jedoch nach Verlauf von je 10 Jahren nach Maßgabe der zunehmenden Bevölkerung ein anderweiter Prozentsatz in Aussicht genommen ward, — und die dauernde Gewährung eines jährlichen Pauschquantums von 225 Thalern für jeden Kopf der Friedensstärke des Heeres. Der Aufwand für das Bundesheer und die Marine sollten also nach dem Regierungsentwurfe ein- für allemal festgestellt und nicht von der jährlichen Bewilligung des Bundesraths und Reichstags abhängig gemacht werden.

Der Gesetzgebung des Bundes unterlagen dagegen die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, über Gewerbebetrieb, Kolonisation und Auswanderung, die Zoll- und Handelsangelegenheiten und die für Bundeszwecke zu verwendenden Steuern, die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems nebst Feststellung der Grundsätze für die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde, die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen, die Erfindungspatente, der Schutz des geistigen Eigenthums, die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs, der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie der Fluß- und sonstigen Wasserzölle, das Post- und Telegraphenwesen, Bestimmungen über die wechselseitige Vollstreckung von Erkenntnissen und Erledigung von Requisitionen überhaupt, sowie über die Beglaubigung von öffentlichen Urkunden. Die gesetzgeberische Wirksamkeit der Einzelstaaten war auch auf diesen Gebieten nicht ausgeschlossen, sondern nur beschränkt durch die Bestimmung, daß die Bundesgesetze überall den Landesgesetzen vorgehen sollten. Diejenigen Gebiete dagegen, auf welchen die Vielgestaltigkeit Deutschlands sich als ein Förderungsmittel von Kultur, Gesittung und Charakter bewährt hatte, insbesondere die Gemeindeverwaltung, blieben von der Gesetzgebung des Bundes unberührt. Auch in religiöser und kirchlicher Beziehung ward nichts geändert.

Die gesetzgeberische Thätigkeit des Bundes war so bemessen, daß Norddeutschland im wirthschaftlichen Leben und in wesentlichen, damit zusammenhängenden Theilen des Rechtslebens sich rasch zu einem einheitlichen Ganzen gestalten konnte. Der Verfassungsentwurf stellte die Entfesselung der produktiven Kräfte des Volkes durch Gewährung der vollsten wirthschaftlichen Freiheit, durch Niederreißung aller Zunftschranken, Monopole und veralteten Privilegien in zweifellose Aussicht. Alle nur theoretischen Rechte und Freiheiten, deren Erörterung in früherer Zeit nur zu langen parlamentarischen Kämpfen und Parteiungen geführt hatte, ohne dem Volke wesentlich praktischen Nutzen zu bringen, waren unberücksichtigt geblieben. Mit Recht konnte später ein Mitglied des konstituirenden Reichstags sagen: „Wo man sonst gewöhnt war, Grundrechte zu finden, da findet man hier Eisenbahnen und Telegraphen, und wo man sonst Menschenrechte suchte, da begegnet man hier dem billigen Transport von Kohlen und Hülsenfrüchten.“

Das Stimmenverhältniß im Bundesrathe war nach der Bedeutung der einzelnen Staaten geregelt und dem Stimmenverhältniß im Plenum des ehemaligen Bundes nachgebildet, so daß Preußen, welches jetzt zu seinen früheren noch die Stimmen der annektirten Staaten Hannover, Hessen-Kassel, Nassau, Holstein und Frankfurt übernahm, 17, Sachsen 4, Mecklenburg-Schwerin und

Braunschweig je 2 Stimmen, die übrigen 22 Staaten je eine Stimme zu führen hatten. Preußen bedurfte daher immer noch des Zuwachses von 5 Stimmen, um die absolute Majorität im Bundesrath für sich zu haben; es hatte sich jedoch bei Beschlüssen über das Kriegs- sowie über das Zoll- und Handelswesen ein Veto vorbehalten. In den Fällen, wo Preußen sowol im Bundesrathe als im Reichstage in der Minderheit blieb, stand ihm immer noch das Recht zu, durch Auflösung des Reichstags und Ausschreibung von Neuwahlen an das Volk zu appelliren. Jeder Staat durfte soviel Bevollmächtigte zum Bundesrath schicken, als er Stimmen führte; doch hatten dieselben nicht nach ihrer persönlichen Ansicht, sondern im Sinne ihrer Regierung zu stimmen, daher die Bevollmächtigten desselben Staates auch nur ihre Stimmen in gleicher Weise abzugeben. Eine Eigenthümlichkeit des Bundesraths war es, daß er nicht aus einem Kollegium von Diplomaten, wie der ehemalige Bundestag, sondern von Fachmännern, Militärs, Finanz- und Verwaltungsbeamten und Juristen bestand, welches aus seiner Mitte ständige Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, für das Seewesen, für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Posten und Telegraphen, für Justiz- und für Rechnungswesen bildete. Ein Ministerium, wie es in konstitutionellen Einheitsstaaten dem Oberhaupte als beirathende und vollziehende Behörde mit gesetzlicher Verantwortlichkeit vor der Landesvertretung beigegeben ist, fand neben einer solchen kollegialischen obersten Regierungsgewalt keinen Platz. Anstatt der Ministerien für die verschiedenen Zweige der Verwaltung waren die genannten Ausschüsse des Bundesraths eingesetzt, denen insgesammt der vom Präsidium — d. h. von der Krone Preußen — zu ernennende Bundeskanzler vorstehen sollte. Eine Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers war in dem Regierungsentwurfe nicht vorgesehen. Der Schwerpunkt der Thätigkeit des Bundesraths lag in der Vorbereitung der Gesetze; die vollziehende Gewalt war auf einigen Gebieten der Gesetzgebung, namentlich dem Militär-, Marine-, Post- und Telegraphenwesen, ausschließlich dem Präsidium, auf anderen, z. B. der Gewerbegesetzgebung, den Einzelstaaten überlassen.

Dem Präsidium stand es zu, den Bundesrath und Reichstag zu berufen, um ihnen die erforderlichen Vorlagen zu machen. Die Ausschüsse des Bundesraths sollten dauernd in Thätigkeit bleiben. Die Legislaturperiode des Reichstags war auf drei Jahre festgesetzt; nach Ablauf dieser Zeit hatten neue Wahlen stattzufinden. Wenn einzelne Bundesglieder ihre vertragsmäßigen Pflichten nicht erfüllten, so sollten sie mittels Exekution dazu angehalten werden können. Diese Exekution konnte in Betreff militärischer Leistungen, wenn Gefahr im Verzuge, vom Bundesfeldherrn unmittelbar verfügt und vollzogen, in allen anderen Fällen vom Bundesrathe beschlossen und vom Bundesfeldherrn vollstreckt werden; sie konnte bis zur Beschlagnahme des Landes und Aufhebung der Regierungsgewalt ausgedehnt werden.

Die Grundgedanken dieses Verfassungsentwurfs waren völlig aus Bismarck's eigenem Geiste hervorgegangen. Bald nachdem die Verträge mit den meisten norddeutschen Staaten zu Stande gekommen waren, gegen Ende August 1866, hatte sich Bismarck mit Gemahlin und Tochter nach Putbus begeben, wo der Fürst ihm einen Theil des Schlosses zur Verfügung gestellt hatte. Nach den geistigen und körperlichen Anstrengungen der vergangenen Monate bedurfte er völliger Ruhe, um Kräfte für die parlamentarische Campagne des Winters zu sammeln. Er hatte keinen Beamten bei sich und hielt sich von den laufenden Geschäften ganz fern. Aber in dieser Stille und Abgeschiedenheit reiften in ihm die Grundgedanken der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Mitte Dezember kehrte Bismarck nach Berlin zurück, nahm von den dort gemachten Vorarbeiten für die Verfassung Kenntniß und verwarf dieselben. In einem Nachmittage (am 13. Dezember) diktirte er aus dem Kopfe einem Rathe des Auswärtigen Amtes die Paragraphen, welche sich auf das Präsidium, den Bundesrath und den Reichstag, auf deren Funktionen und Befugnisse beziehen, sowie auf alle anderen von fundamentaler Wichtigkeit, und gab für die übrigen Paragraphen die Disposition. Der darnach ausgearbeitete Entwurf wurde am folgenden Morgen abgeliefert, während des Vormittags lithographirt, in der am Nachmittag (14. Dezbr.) unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministersitzung berathen und festgestellt und in der neuen Redaktion am 15. Dezember den Bevollmächtigten der Regierungen vorgelegt.

Die Doktrinäre hatten an dem Entwurf viel auszusetzen, vor Allem, daß das Staatswesen, welches er schaffen sollte, weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund sei. In einem der Regierung nahestehenden Blatte wurde darauf treffend erwiedert: „Wenn die Naturwissenschaft ein Gebilde findet, welches in ihrer Klassifizirung und ihren Definitionen nicht unterzubringen ist, so wird sie diesem Gebilde nicht die Existenz oder die Lebensfähigkeit bestreiten, sondern ihre Klassifizirung und ihre Definitionen verbessern."

Die Stellung der verschiedenen politischen Parteien im Lande war durch die neuen Ereignisse völlig verändert worden. Diejenige große Partei, welche während der Konfliktszeit in Preußen alle liberalen Elemente in Opposition gegen die Regierung vereinigte, hatte den Zusammenhalt verloren, seitdem Bismarck durch die Indemnitätsvorlage die Hand zur Versöhnung geboten und die Ereignisse dargethan hatten, daß die Ziele seiner Politik — wenigstens in Bezug auf die nationale Aufgabe Preußens — mit den von ihr selbst angestrebten Zielen im Wesentlichen übereinstimmten. Nur der kleinere Theil der alten Fortschrittspartei zog auch jetzt noch grollend die Hand zurück, weil Bismarck auf anderem Wege vorgegangen war, als sie gewollt, und hielt trotz der veränderten Verhältnisse noch fest an dem Ideale der von der Frankfurter Nationalversammlung vor achtzehn Jahren berathenen Reichsverfassung. Die große Mehrzahl indessen suchte, verstärkt durch die freisinnigen Elemente der

annektirten Länder und der kleinen Staaten, unter dem Namen der National-liberalen auf dem Boden der nationalen Entwickelung aufrichtig Verständigung mit dem leitenden Minister Preußens, ohne ein Opfer in ihrer Ueberzeugung zu bringen. Die konservative Partei, in welcher Bismarck während des Konflikts seine einzigen Stützen gefunden hatte, war dieses Vorzuges verlustig geworden. Die Aufgabe Bismarck's war über den Standpunkt des spezifischen Preußenthums, welchen dieselbe vertrat, hinausgerückt worden. Die altpreußischen Konservativen sahen mit Schmerzen die Opfer, welche der preußische Staat in noch weit größerem Umfange als die Kleinstaaten der deutsch-nationalen Sache zu bringen hatte, und vermochten nicht, sich für die neue, höhere Aufgabe Preußens zu erwärmen. Auch unter den Konservativen gab indessen ein Theil den Standpunkt des starren Festhaltens an alten Vorrechten und hergebrachten Formen auf und zeigte sich bereit, der Regierung auf der Bahn des nationalen Fortschritts zu folgen. Es waren dies die sogenannten Freikonservativen, denen zum großen Theil der höhere Adel des Landes angehörte. Zwei andere Parteien, die sich von vornherein feindlich zu jedem Verfassungswerke stellten, das die staatliche Einigung und Kräftigung Deutschlands unter preußischer Führung bezweckte, waren noch in der Bildung begriffen, nämlich die Partikularisten, welche die Existenz „auf der Basis der Phäaken" für bequemer erachteten, als „auf der Basis der Spartaner", und in dem Dunstkreise der kleinen Höfe ein erwünschteres Wirkungsfeld gefunden hatten, als sich ihnen in der Theilnahme an dem öffentlichen Leben eines großen Gemeinwesens erschloß, und die Ultramontanen, deren Interessen weniger in Deutschland als jenseit der Berge lagen und welche besorgten, daß durch die Gründung des Bundesstaats unter Leitung des protestantischen Preußen der Einfluß der römischen Kurie auf die Bevölkerung beeinträchtigt werden könnte.

Ueber seine Stellung zu den verschiedenen Parteien im Lande sprach sich Bismarck in der Erwiederung aus, welche er in einer Sitzung des preußischen Herrenhauses (15. Jan. 1867) dem Baron von Senfft-Pilsach auf dessen Vorwurf ertheilte, daß er seine bisherigen konservativen Bundesgenossen verlassen und sich an die Spitze der früheren Opposition gestellt habe. „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten", sagte er; „man muß die Gesammtheit der Parteien, die im Lande sind, in Abwägung bringen und aus dem Resultat dieser sich eine Linie ziehen, der eine Regierung als solche folgen kann.... Die Sachlage ist bei uns nicht so, daß eine königlich preußische Regierung sich lossagt von der Partei, sondern die Partei sagt sich unter Umständen von der Regierung los."

Zum ersten Male seit den Bewegungsjahren 1848 und 1849 sollte wieder eine deutsche Volksvertretung aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehen und die Aufregung, welche das Volk bei den Wahlen zum konstituirenden

Reichstag in allen seinen Theilen ergriffen hatte, war nicht geringer als damals. Aber nicht mit allzu kühnen Hoffnungen, mit unerreichbaren Idealen trug man sich. Voll Ernst und Klarheit trat das Volk an die Wahlurne, gleich einem Jünglinge, der die Sturm- und Drangperiode glücklich überwunden hat und gereiften Geistes, voll Thatkraft sich anschickt, seine wahre Lebensaufgabe zu erfüllen.



Wahlen zum Reichstag (im Februar 1867).

Heftige Wahlschlachten wurden durchgekämpft, und es war, als ob die Geister jener alten Vorkämpfer deutscher Einheit, die seitdem vom politischen Schauplatze zurückgetreten, die ihrer Sache zum Opfer gefallen waren oder ihren Fuß auf fremde Erde gesetzt hatten, als ob der alte Arndt und Jahn, die Auerswald, Gagern, Dahlmann, Venedey, Hecker und Blum zum Kampfe der Geister von Neuem aufstiegen, wie die gefallenen Krieger in der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern. Ueberall begleitete das Volk seine Vertreter mit dem dringenden Wunsche an ihre Arbeit, daß es ihnen gelingen möchte, endlich einen tüchtigen Grund zu einem Werke für die Dauer zu legen, welches in Sturm und Wetter Stand hielte. Auch aus dem Dichtermunde tönte solche Mahnung den „Bauleuten" nach:

„Nun aus Ost und West der Sturm
Droht heranzubrausen,
Laßt uns gründen einen Thurm,
Daß wir drinnen hausen.

Baut die Mauern stark und fügt
Fest die Balkenstützen,
Wenn's zur Zeit auch nur genügt,
Uns im Braus zu schützen.

Sind wir unter sicherm Dach
Glücklich erst geborgen,
Läßt für wohnliches Gemach
Sich schon weiter sorgen.

Aber jetzt versäumt die Frist
Nicht mit Glanzentwürfen
Und vor dem, was lieblich ist
Schafft, was wir bedürfen!" —

Am 24. Februar 1867 wurde der konstituirende Reichstag zu Berlin eröffnet. Mit denkwürdigen Worten begrüßte König Wilhelm die Versammlung im Weißen Saale seines Schlosses: „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf jene Führung werden wir dieses Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblick auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich, nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern, in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichts im Rathe von Europa, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wiederzuerringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie diese Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der

Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern.... Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu unseren Landsleuten im Süden des Main ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Brüdern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein." Der König schloß mit den Worten: „Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden. Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen ist, begleite und fördere das vaterländische Werk!" —

Die ersten Sitzungen des Reichstages waren mit Vorarbeiten ausgefüllt, mit Regelung des Geschäftsganges, Wahlprüfungen und Wahl der Präsidenten. Nur in Vorpostengefechten plänkelten die verschiedenen Parteien gegen einander und maßen ihre Kräfte. Die Anordnungen im Sitzungssaale des preußischen Herrenhauses waren für die örtliche Gruppirung der Parteien nicht günstig; die Plätze waren mehr nach Zufall und Laune, als nach der politischen Schattirung gewählt worden.

Die meisten Plätze zur Linken des breiten Mittelganges waren von den Nationalliberalen eingenommen. In ihren Reihen vereinigte sich eine Fülle von Talenten, eine Anzahl bedeutender Namen, die durch die politische Vergangenheit ihrer Träger im Volke bereits einen guten Klang hatten. Neben den aus dem preußischen Abgeordnetenhause bekannten Größen — Forckenbeck, Twesten, Lasker, Gneist, Unruh u. A. — saßen dort die Vertreter der neuen preußischen Landestheile, die noch nicht, wie die mißvergnügten Reste der alten Fortschrittspartei, durch den langen Hader der Konfliktszeit „von des Gedankens Blässe angekränkelt" waren, sondern mit frischem, frohen Muthe rüstig Hand ans Werk legten, unter ihnen als die bedeutendsten Redner der ehemalige Heidelberger Student und badische Flüchtling Miquèl mit den bleichen Zügen, den glänzenden, dunkeln Augen und dem langen schwarzen Haar, jetzt Abgeordneter für Osnabrück, und der braunlockige, breitschultrige, allezeit streitbare Braun, die breite Stirn noch von den Narben aus der flotten Burschenzeit gefurcht, die er — gleich dem großen Manne ihm gegenüber am Tische der Regierungsbevollmächtigten, aber sieben Jahre später als dieser — in der heiteren Musenstadt Göttingen verlebte; die frische Naturkraft und den körnigen Humor hat der jetzige Abgeordnete für Wiesbaden aus jener Zeit in sein rüstiges Mannesalter mit hinübergenommen. Beide — Miquèl wie Braun — waren geschworene Feinde des Partikularismus und der Vielstaaterei. Jener betrachtete die Mainlinie nur als eine „Haltestelle" auf der Fortschrittsbahn, um „Kohlen und Wasser einzunehmen"; dieser schwang die Geißel des Spottes gegen

Diejenigen, denen selbst „Bayern und Württemberg noch zu groß schienen und welche die kleinen und kleinsten Länder in Kirchspiele zerschlagen oder an Stelle der Staaten Kantönli etabliren“ möchten. Neben den Genannten befanden sich Rudolf von Bennigsen, der Gründer des Deutschen Nationalvereins und Führer der liberalen Opposition in der ehemaligen hannoverschen Ständekammer, der Obergerichtsanwalt Planck aus Hannover, die tapferen Hessen zur Rabenau und Graf Solms-Laubach, die alten Vorkämpfer gegen die kurhessische Mißregierung Oetker, Nebelthau und Bernhardi, der gemüthliche mecklenburgische Hochverräther und emeritirte Professor Julius Wiggers, der Romandichter und Kulturhistoriker Gustav Freytag, der brandenburgische Dramatiker Hans Köster und andere hervorragende Männer unter den Nationalliberalen. Auch die Veteranen der preußischen Altliberalen, wie der redegewandte Freiherr Georg von Vincke und die Minister der liberalen Aera in Preußen, Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin, fochten noch tapfer an ihrer Seite. Einige sächsische Abgeordnete dagegen, wie der Generalstaatsanwalt Schwarze, die Justizräthe Gebert und Herbig und der Abgeordnete Stadtrath Sachße für Freiberg, hielten es für zweckmäßig, nur für einige Zeit noch unter der Löwenhaut der Nationalliberalen ihre partikularistischen Neigungen zu verbergen. — Eine sowol nach der Anzahl ihrer Mitglieder als nach der Summe der in ihr vertretenen politischen Einsicht weniger bedeutende, in ihren Abstimmungen unberechenbare Fraktion von Liberalen war die sogenannte freie Vereinigung unter Leitung des ehemaligen Vizepräsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses Freiherrn von Bockum-Dolffs, der seine Berühmtheit hauptsächlich dem historischen weiten Hute verdankte, mit welchem er in jenem Streit mit dem Kriegsminister von Roon sein Haupt überdeckte, um das Zeichen zum Schluß der Sitzung zu geben. — Den Nationalliberalen am nächsten verwandt, wenn auch nicht benachbart, — denn ihre Plätze waren auf den durch einen Seitengang abgezweigten Sitzreihen der äußersten Rechten, — waren die Freikonservativen, deren wesentlichste Unterscheidung von jenen darin bestand, daß sie, wie ihr schlesischer Führer Graf Bethusy-Huc bemerkte, nicht deklinirten „Freiheit, Einheit, Macht“, sondern „Macht, Einheit, Freiheit.“ Auch der erste Vizepräsident des Reichstags, Herzog von Ujest, hatte seinen Platz unter ihnen, während die sächsischen Abgeordneten von Thielau und von Zehmen wol nur unter die Freikonservativen gerathen waren, wie Saul unter die Propheten. — Die meisten Plätze zwischen dem Mittelgange und dem rechten Seitengange waren von den Altkonservativen eingenommen. Hier saßen in vorderster Reihe in ihren stattlichen Uniformen — ein seltener Anblick in einer parlamentarischen Versammlung — die Heerführer von 1866, denen das Volk durch ihre Wahl zu Abgeordneten des konstituirenden Reichstags einen Zoll der Dankbarkeit hatte abtragen wollen, die Vertreter der ehemaligen Ersten, Elb- und Mainarmee, Prinz Friedrich Karl, Herwarth von Bittenfeld

und Vogel von Falckenstein, ferner Steinmetz, der Löwe von Skalitz, und Moltke, der Denker der Kriegspläne, der auch an dieser Stelle das Wort bewähren sollte, daß „Schweigen Silber, Reden Gold“ ist. Den Eckplatz der zweiten Sitzreihe am Mittelgange behauptete der Abgeordnete Kriegsminister von Roon, neben ihm saß Bismarck's Jugendfreund Moritz von Blanckenburg. Auch Bismarck pflegte hier Platz zu nehmen, wenn er zur Stimmabgabe die Rolle des Ministers mit der des Abgeordneten vertauschte. Zu den hervorragendsten Größen der Konservativen gehörten ferner der Gründer der Kreuzzeitung und Staatsrechtstheoretiker Wagener, die Abgeordneten von Gottberg, von Thadden u. A. — Die Sitzreihen auf der äußersten Linken behaupteten — mit mehr Logik, was die Wahl der Plätze, als was den von ihnen geführten Namen betraf, — die Reste der alten Fortschrittspartei, die unversöhnlichen Gegner der Bismarck'schen Politik, Schulze, Simon, Löwe (Kalbe), Hoverbeck, vor Allen der ehemalige Führer der preußischen Demokratie von 1848 und Berliner Volkstribun Waldeck mit dem weißen Haupte, das röthliche Gesicht von einem langen weißen Barte umrahmt und die leidenden Augen durch zwei blaue Brillengläser verdeckt. Noch immer hatten diese Männer denselben Standpunkt inne, den sie 1848 in der preußischen Nationalversammlung einnahmen; den Fortschritt wollten sie und merkten nicht, daß die Zeit schon über sie fortgeschritten war. Dieselbe Verblendung, die oft Fürsten ihre Throne kostete, täuschte auch diese ehemals mächtigen Volksführer über ihre eigene Bedeutung, welche unter dem Eindruck der Thatsachen längst dahingeschwunden war. — Aber schon meldeten sich die Apostel einer neuen Partei von „Volksbeglückern“, welche unter dem Namen der Sozialdemokraten nicht allein die Erbschaft jener anzutreten sich anschickten, sondern durch ihre Grundsätze als Gegner der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung noch viel gefährlicher zu werden drohten, im Reichstage zunächst vertreten durch die beiden Gestalten des Leipziger Drechslers Bebel und des Dresdener Advokaten Schraps. — Die Geister der Verneinung sonderten sich außer diesen noch nach mehreren Parteigruppen, die von sehr verschiedenen Beweggründen geleitet wurden. Eine solche bildeten die Partikularisten, welche in diesem Reichstage jedoch noch unter dem sanften Namen der „bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung“ daherschlichen. Sie sahen „stolz und unzufrieden“ aus, unter ihnen die Exminister der depossedirten Fürsten, von Windthorst, von Münchhausen, von Hammerstein, von Erxleben, oder solche, deren Hoffnungen auf ein Ministerportefeuille in Schleswig-Holstein zugleich mit dem Herzogstraum des Augustenburgers verronnen waren, wie der koburgische Staatsrath Francke, ferner die schleswig-holsteinschen Partikularpatrioten Jensen und Schleiden, der Göttinger Staatsrechtslehrer Zachariä u. A. — Die Ultramontanen begnügten sich vorläufig damit, das Einigungswerk mißtrauisch zu beobachten, ohne eine geschlossene Partei zu bilden, und hatten nur ihre beiden

Führer von Windthorst und von Mallinckrodt vorausgesandt. — Endlich gewahrte man auf den Sitzreihen des Deutschen Reichstags auch Polen, Dänen und Wilde. Von den Abgeordneten polnischer Nationalität waren gewöhnlich nur zwei bis drei Mitglieder anwesend, gleichsam als Vorposten, um ihre in der Heimat weilenden Kollegen mittels des Telegraphendrahts schnell auf das Wahlfeld herbeizurufen, sobald die Gelegenheit günstig schien, um irgend eine Demonstration für ihr verlorenes Vaterland ins Werk zu setzen. Gleich feindselig war das Verhalten der Dänenfreunde aus Nordschleswig, deren Ansprüche durch die in den Prager Frieden aufgenommene Bestimmung, der zufolge Preußen sich bereit erklärt hatte, die nördlichen Distrikte von Schleswig, in welchen der Wunsch der Bevölkerung sich bei freier Abstimmung für die Vereinigung mit Dänemark zu erkennen geben sollte, an diesen Staat abzutreten, bedeutend gestiegen waren und erst durch Bismarck's Erklärungen (18. März) wieder auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden mußten. Zu den „Wilden" zählte man die verschiedenartigsten Elemente, welche ihre Unabhängigkeit von aller Parteidisziplin bewahren wollten. Hier fanden sich die Vertreter der mecklenburgischen Ritterschaft Graf Bassewitz, von Oertzen, der mächtige Frankfurter Börsenfürst Baron Rothschild, der Ultramontane Peter Reichensperger, die früheren Stützen der freiherrlich von Beust'schen Politik und Mitglieder der sächsischen Kammer Haberkorn, Oehmichen, Günther, mit ihren heimatlichen Dialektanklängen, der auf Grund eines Kompromisses von Volksmännern und Partikularisten in Leipzig aus der Wahlurne hervorgegangene Geheimerath von Wächter, anfänglich — d. h. vor der Bildung einer besonderen Fraktion der Volkspartei — auch die Sozialdemokraten Bebel und Schraps in einer „Wildniß" zusammen. —

Auf dem erhöhten Stuhle gegenüber den Sitzen der Abgeordneten und dicht über der Rednertribüne thront mit olympischer Ruhe als erwählter Präsident des Reichstags der milde würdige Simson, der — selbst ein verkörpertes Bild der deutschen Einheitsbestrebungen während der letzten Jahrzehnte — jetzt freudigen Herzens die Saat aufgehen sah, über die während der langen Zeit seiner politischen Wirksamkeit Sturm und Sonnenschein oft genug dahingegangen waren. Auch hier erkannte er es mehr für seine Aufgabe, darüber zu wachen, daß im deutschen Reichstage dem freien Wort eine freie Stätte gewahrt bleibe, als die Redefreiheit der Mitglieder zu beschränken, selbst wenn der welfische Exminister Freiherr von Münchhausen sich zu ausschweifenden Streifzügen gegen die „preußische Mißregierung" in Hannover fortreißen ließ, oder wenn der ultramontane Professor Michelis im heiligen Eifer die Rednertribüne mit der Kanzel verwechselte und, um die höhere Berechtigung der Verfassung der Einzelnstaaten vor derjenigen des Norddeutschen Bundes zu begründen, über den auf seine Weise geänderten Bibelvers predigte: „Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewänne, er litte aber Schaden an der Verfassung!" —

Vor dem Präsidentenstuhle und den gleichfalls erhöhten Sitzen der Schriftführer zogen sich von der Rednertribüne nach den beiden Seitengängen des Saales in leichten Bogen die grünbezogenen Tische mit den Plätzen für die Vertreter der Bundesregierungen (später den Bundesrath). Zunächst der Rechten des Redners saß Graf Bismarck, neben ihm der sächsische Minister von Friesen, dann die Vertreter anderer Staaten, auf der anderen Seite der Rednertribüne der weimarische Minister von Watzdorff, der hessische Regierungsbevollmächtigte und spätere Minister von Hofmann u. s. f.

Auch Bismarck wohnte bereits den ersten Sitzungen des Reichstags größtentheils bei, weniger vielleicht weil die Verhandlungen seine Anwesenheit dringend erfordert hätten, als um auch seinerseits die Männer kennen zu lernen, die mit ihm gemeinsam an demselben Werke zu bauen berufen waren. Auch er fand dort Bekannte aus alter und neuer Zeit. Auf einem der letzten Plätze, nahe dem Mittelgange, gewahrte er das fein geschnittene, glatte, immer lächelnde Gesicht seines ehemaligen Corpsbruders unter den Hannoveranern in Göttingen, Windthorst. Unter den Nationalliberalen begrüßte er ebenfalls einen Göttinger Genossen, mit dem er sich einst auf dem Fechtboden gemessen hatte, den Abgeordneten Bode. „Sind Sie Der?" fragte er, mit der Hand auf eine Narbe im Gesicht weisend. „Aber der Hieb war doch nicht kommentmäßig", fügte er auf die bejahende Antwort lachend hinzu, — „das Rappier hat gesplittert."

Während der Sitzungen pflegte Bismarck laufende Staatsgeschäfte zu erledigen; er öffnete und schloß mit eigenem Schlüssel die geheimnißvollen Mappen, mit welchen die Diener hin und wieder gingen, nahm von den Schriftstücken Kenntniß oder schrieb seine Randbemerkungen dazu. Nur zuweilen zeigte eine rasche Wendung der Stirne nach der Rednertribüne, daß auch von dem dort Gesprochenen nichts seiner Aufmerksamkeit entging; dann warf er mit flüchtiger Hand ein paar Stichworte auf einen Streifen Papier, vielleicht das Rezept zu einer langen Rede, mit welcher er den gegen die Unterdrückung seiner unglücklichen Landsleute im Großherzogthum Posen lebhaft deklamirenden Redner, sobald dieser die Tribüne verlassen hatte, in ruhiger und nüchterner Darlegung, aber mit schonungslosem Nachdruck bekämpfte.

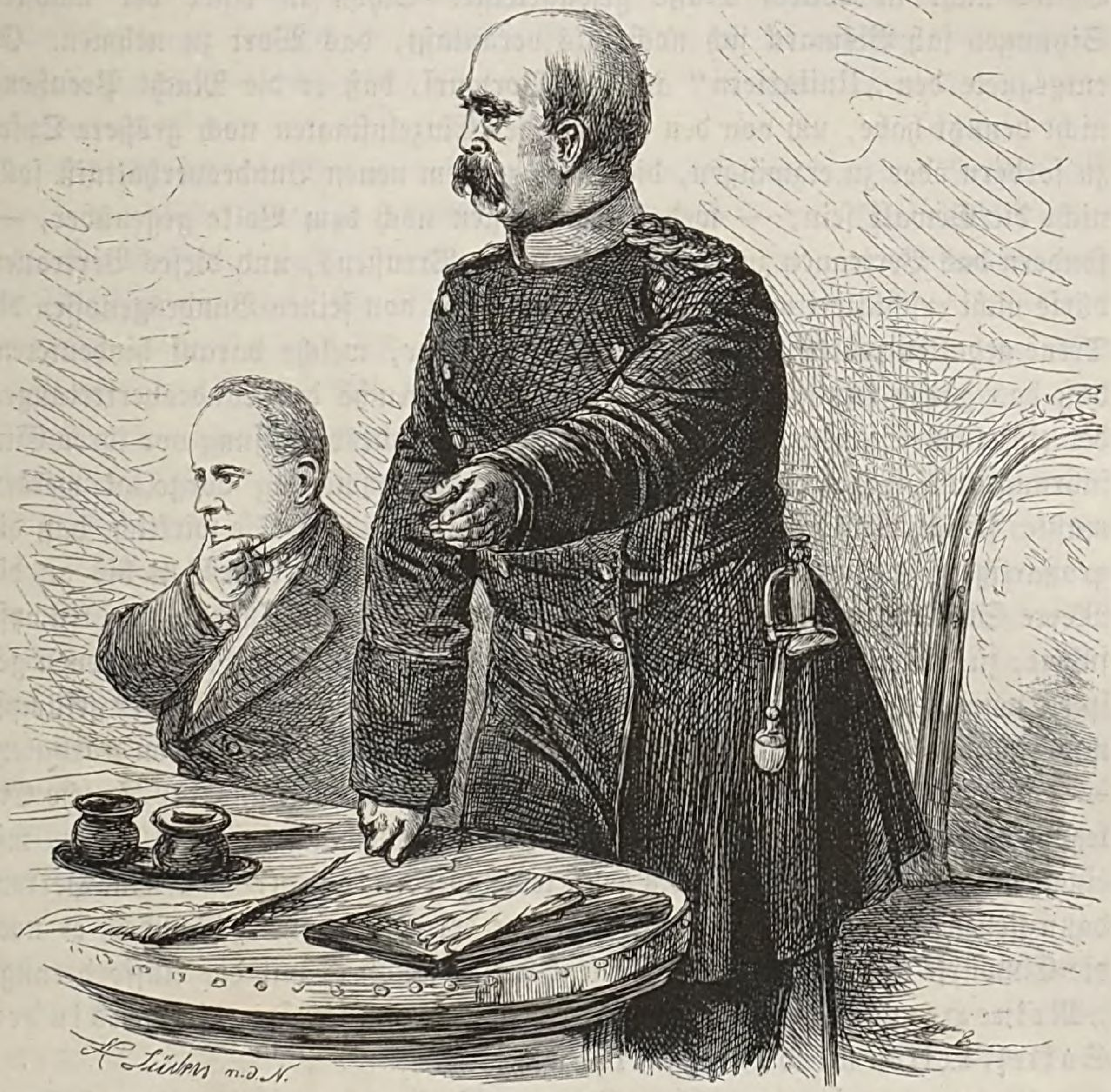
Bismarck's Rede hat etwas Bröckelndes, Abgebrochenes; es ist die Fülle der Gedanken, mit der er zu ringen hat und welche ihm die Wahl des Ausdrucks im Augenblick erschwert. Da ist nichts von dem hinreißenden, breiten Redestrom der Altliberalen, von dem deklamatorischen Pathos mancher Ultramontanen, von der dialektischen Schärfe eines Wagener; bei ihm herrscht allein das Bestreben vor, klar, überzeugend und anschaulich zu sprechen. Ohne einen dichterischen Schwung zu nehmen, ist seine Rede doch reich an überraschenden, treffenden Wendungen und an jenen „geflügelten Worten", welche von der Eingebung des Augenblicks belebt, von seinen Lippen hüpfen, um bald in weitesten Kreisen gehascht und weitergetragen zu werden.

Man hat oft gesagt, Bismarck's Reden läsen sich besser, als sie sich anhörten. Zugestanden! aber man muß Bismarck nicht nur reden hören, man muß ihn auch reden sehen. Wenn er hochaufgerichtet dasteht in dem knappen Kürassierüberrock, die Rechte halb geschlossen auf den Tisch gestützt, die hohe klare Stirn den Gegnern zugekehrt, dann empfangen wir den wohlthuenden Eindruck eines ganzen Mannes, der jedes seiner Worte mit seiner Person zu decken bereit ist. Die zusammengezogenen starken Brauen deuten auf eine ungewöhnliche Energie, und aus den klaren Augen blickt ein mächtiger, feuriger Geist. Die Haltung bleibt bis auf ein leichtes Wiegen des Oberkörpers während der Rede fast unverändert. Ein leichtes Zucken in den Gesichtszügen verräth zuweilen, wenn eine Pause in der Rede eintritt, daß er gern noch mehr sagen möchte, wenn nicht diplomatische oder parlamentarische Rücksichten ihm Schweigen auferlegten.

So stand Bismarck am 4. März 1867 vor dem konstituirenden Reichstage, um demselben sein großes staatsmännisches Werk, den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, zur Berathung vorzulegen. Die kurze Ansprache, mit welcher er die Vorlage begleitete, konnte nach der erhebenden Eröffnungsrede des Königs Wilhelm keine wesentlich neuen Gesichtspunkte bieten. Sowol in dieser als in allen späteren Reden Bismarck's während der Sitzungen des konstituirenden Reichstags klang besonders nachdrücklich und dringend die Aufforderung hindurch, rasch zu arbeiten. Er fühlte wol, daß mit dem Zustandekommen der Verfassung des Norddeutschen Bundes „noch lange nicht genug" geschehen, sondern neue Aufgaben geschaffen sein würden; er sah auch die Gewölke, die am westlichen Horizonte — jetzt unter dem Namen der Luxemburger Frage — von Neuem aufstiegen, und wußte, daß wenn diese auch noch sich theilen ließen, doch in nicht ferner Zeit das Gewitter hereinbrechen würde. Deshalb wünschte er vor Allem, Preußens nächste Aufgabe, die Gründung des Norddeutschen Bundes, erfüllt zu sehen, damit Norddeutschland in der Stunde der Gefahr nicht allein in sich geeint und gerüstet dastehen, sondern auch den Süddeutschen sich als mächtiger Schutz- und Trutzverbündeter bewähren könne.

Mit treffenden Worten wies Bismarck auf die Eigenthümlichkeiten im Nationalcharakter der Deutschen hin, welche diese bisher verhindert hätten, das ersehnte Ziel, die Einheit, zu erreichen. „Was ist der Grund", fragte er, „der uns die Einheit verlieren ließ und bis jetzt verhindert hat, sie wiederzugewinnen? — Wenn ich es mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist es, wie mir scheint, ein gewisser Ueberschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welcher in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen als auf die der Gesammtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen oder des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern .... Liefern wir

den Beweis, meine Herren, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt, daß wir — und wir Alle hier haben es selbst erlebt — die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen mußten.



Im konstituirenden Reichstag des Norddeutschen Bundes (4. März 1867).

„Das Mißlingen des damaligen Werks hat in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit, der Unzufriedenheit herbeigeführt, der sechzehn Jahre lang gedauert hat und der schließlich durch eine Katastrophe, wie die des vorigen Jahres — nach irgend einer Seite hin, wie es Gott gefiel, — seinen Abschluß finden mußte. Das deutsche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts näher ans Herz zu legen haben, als diese gerechten Erwartungen des deutschen Volkes zu erfüllen.“

In den nächstfolgenden Tagen (9. bis 13. März) wurde die Generaldebatte über den Verfassungsentwurf geführt. Da fehlte es freilich nicht an Bedenken und Einwendungen von den verschiedensten Seiten her. Man tadelte das Rauhe und Eckige an dem Baue, welcher weder den Anforderungen an einen konstitutionellen Einheitsstaat noch an einen Bundesstaat genüge und die Rechte des Volkes nicht in vollem Maße gewährleiste. Schon in einer der nächsten Sitzungen sah Bismarck sich nochmals veranlaßt, das Wort zu nehmen. Er entgegnete den „Unitariern" auf den Vorwurf, daß er die Macht Preußens nicht benutzt habe, um von den Fürsten der Einzelnstaaten noch größere Opfer zu fordern oder zu erzwingen, die Basis zu dem neuen Bundesverhältniß solle nicht die Gewalt sein, — weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber, — sondern das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens, und dieses Vertrauen dürfe nicht erschüttert werden, solange Preußen von seinen Bundesgenossen die Treue gehalten würde. Den Partikularisten aber, welche darauf hindeuteten, daß das ganze Einigungswerk an dem Widerspruche der Landesvertretungen der einzelnen Staaten, denen die vereinbarte Bundesverfassung vor ihrer Einführung und staatsrechtlichen Giltigkeit zur Genehmigung vorgelegt werden mußte, scheitern könne, hielt er die Frage vor: „Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjestr zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, — daß die Million deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpaten, — daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können? — Meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation." Nachdem er noch die Einwürfe anderer Redner widerlegt hatte, schloß er mit der Aufforderung: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!"

Bismarck wußte, in welchem Lager er die Hauptgegner der Neugestaltung Deutschlands zu suchen hatte. Als der Führer der Ultramontanen von Mallinckrodt darauf hindeuten wollte (12. März), daß nach seiner Ansicht in dem Kriege von 1866 der Angriff und das Unrecht auf Seite Preußens gewesen sei, und als er, auf die Erwähnung Bismarck's von der „sechshundertjährigen Leidensgeschichte Deutschlands" zurückgreifend, bemerkte, er könne unmöglich voraussetzen, daß bei Bismarck „die Hinneigung zu dem Faustrecht und die Abneigung gegen das Haus Habsburg so groß sein sollte, um die Leidensgeschichte Deutschlands von dem Zeitpunkte zu datiren, als Rudolf von Habsburg die Burgen der Raubritter brach, um Deutschland den inneren Frieden wiederzugeben", — da erhob sich Bismarck und versetzte mit schneidender Schärfe:

„Wenn ich neulich von der sechshundertjährigen Leidensgeschichte gesprochen habe, so ergiebt eine einfache, genaue Rechnung, daß der Anfangspunkt dieses Zeitraums hinter Rudolf von Habsburg zurückreicht. Ich habe vom Sturz der Hohenstaufen an gerechnet und, wie ich glaube, richtig. Der Herr Vorredner hat eine kleine Seitenwendung zu Gunsten der Raubritter einfließen lassen. — Woher kamen die Raubritter? — Von der Zerrüttung des Deutschen Reichs während des Interregnums! Woher kam die Zerrüttung während des Interregnums? — Vom Abfall der Welfen und vom Siege der Ultramontanen!“ —

Allmählich brach sich unter der Mehrheit des Reichstags das Verständniß für die wirklichen Vorzüge des Verfassungsentwurfs Bahn. Man fand bei eingehender Prüfung, daß überall praktische Gesichtspunkte vorwalteten und daß die Verfassung in dieser Beziehung sogar die Erwartungen übertraf. Deshalb war eine große Anzahl freisinniger Männer bereit, auf die Erfüllung mancher Wünsche lieber für den Augenblick zu verzichten, als das Einigungswerk zum Schmerz aller deutschen Vaterlandsfreunde und zum Hohne Europa's abermals scheitern zu lassen. In diesem Sinne sprach der Abgeordnete Miquèl im Namen seiner Freunde: „Wir sind entschlossen, jedes Opfer, selbst der Freiheit, für den Augenblick zu bringen, welches wahrhaft nöthig und wirklich nothwendig ist für die Gründung des Bundes.“ Und Braun sagte mit einem wirkungsvollen Bilde: „Deutschland ist ein so hoch kultivirtes und reich entwickeltes Land, wie eins auf dem ganzen Erdenrunde; aber so lange wir die Einheit nicht gegründet haben, so lange haben wir einen Leib, aber keinen Kopf, — Arme und Beine, aber kein Gehirn, welches sie kommandirt.“ Tapferer noch klangen die Worte, mit denen der Freiherr von Vincke unter dem Eindrucke des Wetterleuchtens am westlichen Horizont einem sächsischen Reichstagsmitgliede, welches Besorgnisse in Bezug auf die Stellung des Auslandes zum deutschen Einigungswerke geäußert hatte, entgegnete: „Man hat gesagt, der Verfassungsentwurf mache den Eindruck, als ob er mit der Hand am Degen geschrieben wäre. Das Ausland mag wissen, daß wir ihn, wenn er zur Verfassung geworden, auch mit der Hand am Degen zu vertheidigen bereit sind. Der allmächtige Gott, der unsere preußische Fahne auf unsern Schlachtfeldern nicht hat sinken lassen, wird auch das deutsche Banner hochhalten. Wir, meine Herren, wollen es mit beiden Händen tragen bis zum letzten Athemzuge unseres Lebens!“

Mit Männern von solcher Gesinnung konnte eine Verständigung über die Grundbestimmungen und wichtige Theile des Entwurfs nicht ausbleiben. Die Forderung eines verantwortlichen Ministeriums wurde auf Bismarck's Wunsch bei der Spezialberathung fallen gelassen und dafür die Bestimmung, daß der Bundeskanzler für die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidii die Verantwortlichkeit zu tragen habe, in die Verfassung aufgenommen. Die Gesetzgebungsbefugniß des Bundes wurde über Staatsbürgerrecht, Paßwesen und

Fremdenpolizei, die Herstellung von Land- und Wasserstraßen, über Obligationen-, Straf-, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren, das Militärwesen und die Kriegsmarine, sowie über die Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei ausgedehnt. In dem Abschnitte über den Reichstag wurde eine Reihe von Verbesserungen nachgetragen, durch welche die Selbständigkeit und Unabhängigkeit desselben erhöht wurde. Nur über zwei Punkte konnte keine Verständigung mit der Regierung erzielt werden; sie betrafen die Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder und das Budgetbewilligungsrecht des Reichstags in Angelegenheiten des Heerwesens. Im ersteren Punkte gab der Reichstag nach. Nachdem Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen die bestimmte Erklärung abgegeben, daß diese sich zur Bewilligung von Diäten unter keinen Umständen verstehen würden, ehe sie nicht in die Lage versetzt worden, „beruhigende Erfahrungen über die Wirkungen des bisher noch wenig erprobten Wahlgesetzes zu sammeln", stand der Reichstag in der Schlußberathung (15. April) von dieser Forderung ab. Schwieriger wurde die Verständigung in dem Punkte des Budgetrechts. Der Verfassungsentwurf verlangte, wie oben erwähnt, die Feststellung der Friedenspräsenzstärke des Heeres auf ein Prozent der Bevölkerung für die Dauer von zehn Jahren und die dauernde Bewilligung eines Pauschquantums von 225 Thalern für jeden Kopf des Bundesheeres. Der Reichstag aber wollte auf das Recht der Budgetbewilligung nicht für die Dauer verzichten und änderte gemäß dem Antrage des Abgeordneten von Forckenbeck diesen Artikel dahin ab, daß die Friedensstärke des Bundesheeres nur auf fünf Jahre — d. h. bis zum 31. Dezember 1871 — auf ein Prozent der Bevölkerung festgesetzt und ebenso die Pauschsumme von 225 Thalern für den Kopf nur bis zu demselben Termin bewilligt werden sollte. Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1871 fehlte für die Stärke und Verfassung des Bundesheeres jede gesetzliche Unterlage. Weder die Regierung wollte den Fortbestand der Heereseinrichtungen nach dem Ablauf der obigen Frist von dem guten Willen des Reichstags abhängig gemacht wissen, noch dieser auf eins der wichtigsten Rechte der Volksvertretung verzichten. Vergebens traten die Konservativen unter Führung der Generale, insbesondere Roon's und Moltke's, für die Regierungsvorlage in die Schranken; sie vermochten den Nationalliberalen kein Terrain abzugewinnen. Das Gespenst des Konflikts stand wieder drohend im Hintergrunde.

Der Mann, auf dessen Ausspruch man am gespanntesten wartete, Graf Bismarck, hatte bisher über diesen Punkt geschwiegen. In der Sitzung vom 15. April erklärte er im Namen der verbündeten Regierungen die Beschlüsse des Reichstages in Betreff des Bundesheeres für unannehmbar. Am folgenden Tage sollte in der dritten Lesung die letzte Abstimmung über dieselben im Reichstage stattfinden. Das Verharren der Mehrheit bei den früheren Beschlüssen würde das ganze Verfassungswerk in Frage gestellt haben.

Am Nachmittag vor der entscheidenden Sitzung begaben sich die Führer der beiden stärksten Parteien im Reichstage, der Nationalliberalen und der Freikonservativen, in Bismarck's Wohnung und verständigten sich endlich mit ihm über eine veränderte Fassung des Artikels. Am folgenden Tage (16. April) beschloß der Reichstag auf Antrag der Abgeordneten von Bennigsen und Herzog von Ujest, den Artikel über das Bundesheerwesen durch einen Zusatz zu ergänzen, demzufolge die Beiträge der einzelnen Staaten zur Bundeskasse (225 Thaler für den Kopf) auch nach dem 31. Dezember 1871 fortgezahlt und die Friedensstärke von einem Prozent der Bevölkerung von 1867 so lange festgehalten werden solle, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert worden. Damit war die Besorgniß beseitigt, daß nach dem Ablauf der gesetzten Frist die Heereseinrichtungen gefährdet werden könnten. Schließlich wurde der ganze Verfassungsentwurf (mit 230 gegen 53 Stimmen) angenommen. Mit tiefer Bewegung verkündigte der Präsident Simson dieses Ergebniß der Versammlung.

Tags darauf erklärte Graf Bismarck auch im Namen der verbündeten Regierungen die Verfassung, wie sie mit den Abänderungen und Zusätzen des Reichstags jetzt vorlag, für angenommen und die Arbeit des konstituirenden Reichstags für beendigt. Mit Genugthuung konnte der König, als er in der Schlußrede den Abgeordneten den Dank des Vaterlandes für ihre harte Arbeit aussprach, vor der Welt verkündigen: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist!"

Das Gefühl der Kraft und des Muthes durchströmte die Nation in allen ihren Theilen. Schon stimmte das Volk Norddeutschlands freudig ein in des Dichters „Ruf über den Main":

„Nun steht das Haus gegründet
Und prangt im Frührothschein,
Nun ist das Wort verkündet:
Kommt her und tretet ein!
Kein Fremdling soll Euch hindern,
Kein Machtspruch fern und nah,
Nach allen ihren Kindern
Verlangt Germania.

Ihr sollt nicht länger tragen
Der Waisen schwarz Gewand,
Ihr sollt nicht fürder fragen:
Wo ist das Vaterland?
Den Hort Euch zu gewinnen,
Der jüngst ein Traum noch war,
Reicht nur in treuen Sinnen
Die Hand den Brüdern dar!"

Scheelsüchtig und mißgünstig blickte allein das westliche Nachbarvolk auf das Friedenswerk der Deutschen. Die „große Nation" glaubte nicht zugeben zu dürfen, daß Deutschland sich durch eigene Kraft die Einheit wiedererringe, und die Abweisung der Kompensationsansprüche wurde von ihr als das „Sadowa" der Napoleonischen Politik angesehen. Napoleon III. glaubte, zur Beschwichtigung der durch die Reden im Gesetzgebenden Körper noch mehr erregten öffentlichen Meinung nothwendig Etwas thun zu müssen, und faßte den Plan, das zum ehemaligen Deutschen Bunde gehörige Großherzogthum Luxemburg für Frankreich zu gewinnen.

Dieses Ländchen mit seiner gemischten Bevölkerung, welches bekanntlich in Personalunion mit dem Königreich Holland stand, hatte mit der Auflösung des Bundes seine volle Selbständigkeit erlangt. Preußen hatte mit Rücksicht auf die besonderen politischen und geographischen Verhältnisse des Landes, sowie auf die unter seiner Bevölkerung herrschende Stimmung, an die Regierung des König-Großherzogs 1866 weder eine Aufforderung zur Betheiligung am Kriege, noch zum Eintritt in den Norddeutschen Bund gerichtet, es hatte jedoch die Besatzung, welche es in der ehemaligen Bundesfestung Luxemburg vertragsmäßig (seit 19. April 1839) unterhielt, bis auf Weiteres daselbst belassen. Eine Depesche der luxemburgischen Regierung, in welcher dieselbe nachzuweisen suchte, daß mit der Auflösung des Deutschen Bundes das preußische Besatzungsrecht erloschen sei (Oktober 1866), war unberücksichtigt geblieben. Der König-Großherzog glaubte, die Selbständigkeit des kleinen Landes zwischen den beiden mächtigen Nachbarstaaten auf die Dauer nicht aufrecht erhalten zu können, und da er selbst in Geldverlegenheit war, so fand der Vorschlag des Kaisers Napoleon, das Großherzogthum gegen eine Geldentschädigung an Frankreich abzutreten, bei ihm geneigtes Ohr. Der saubere Handel war beinahe zum Abschluß reif; indessen mochte der König von Holland sich doch nicht ganz sicher dabei fühlen und vertraute dem preußischen Gesandten im Haag, Grafen Perponcher, das Geheimniß an. Dieser aber berichtete sogleich an seine Regierung und machte kein Hehl daraus, daß Preußen einem derartigen Handelsgeschäfte keineswegs gleichgiltig zuschauen werde.

Es war für Napoleon eine unangenehme Ueberraschung, als er das, was er im Geheimen gesponnen, plötzlich zum Gegenstande der Besprechung in den Kabineten wie in öffentlichen Blättern gemacht sah. Luxemburg sollte für ihn nur eine Etappe nach Deutschland hinein oder nach Belgien sein. Er hatte gehofft, daß Preußen durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes in Anspruch genommen und durch die — wie es schien — noch nicht geregelten Beziehungen zu den süddeutschen Regierungen verhindert sein würde, eine ernste Einsprache gegen den Handel zu erheben, besonders wenn er mit einer vollendeten Thatsache vor die Welt träte. Nun sollte er zu seiner Verwunderung das Gegentheil erfahren; denn gerade um diese Zeit erklärte Graf Bismarck im

Reichstage (18. März), daß die militärischen Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland bereits seit den Friedensschlüssen vertragsmäßig verbürgt seien, und der preußische Staatsanzeiger veröffentlichte den Inhalt der Schutz- und Trutzbündnisse. Im Reichstage aber wurde am 1. April — gleichsam als Geburtstagsgeschenk für den Grafen Bismarck — eine Interpellation von Bennigsen und 70 Genossen eingebracht, in welcher ihm die kräftigste Unterstützung aller Parteien zugesichert wurde, um den Verkauf des ehemaligen deutschen Reichslandes an Frankreich zu verhindern.

Napoleon, dessen Chassepotgewehre damals noch nicht fertig waren, schrak vor dieser Kundgebung des nationalen Willens zurück und erbot sich, von dem Kaufe Abstand zu nehmen, wenn Preußen seine Besatzung aus Luxemburg zurückziehen wolle. Auch Bismarck hatte Gründe, den Krieg womöglich zu vermeiden, und wünschte zugleich einen Beweis der Mäßigung und Friedensliebe Preußens zu geben. Er erklärte sich bereit, die Angelegenheit auf freien Konferenzen zu ordnen, welche bald darauf unter Betheiligung der Gesandten von Preußen, Frankreich, Holland, Luxemburg, England, Rußland, Oesterreich, Italien und Belgien zu London eröffnet wurden und zu einem schnellen Ergebniß führten (7. bis 11. Mai). Das Großherzogthum Luxemburg sollte danach im Besitze des Hauses Oranien bleiben, für einen neutralen Staat erklärt und seine Neutralität unter die gemeinschaftliche Bürgschaft der europäischen Mächte gestellt werden. Die Festung Luxemburg wurde von den preußischen Truppen geräumt und vom König-Großherzog schleifen gelassen.

Dieser Vertrag wurde von Manchen als ein Zurückweichen Bismarck's getadelt; thatsächlich bedeutete er das Gegentheil. Napoleon's Absichten waren abermals vereitelt worden; für das hinfällig gewordene Besatzungsrecht fand Preußen in der von den Mächten übernommenen Gewährleistung der Neutralität Luxemburgs hinreichende Entschädigung. Aber auch abgesehen hiervon bewies Bismarck's Verhalten in der Luxemburger Streitfrage, daß er sich in der Politik nicht von Leidenschaften, sondern nur von höheren sittlichen Rücksichten leiten ließ. Wo es große nationale Ziele und Rechte galt, zögerte er nicht, sich auf das Schwert zu berufen; um ein zweifelhaftes preußisches Besatzungsrecht aufrecht zu erhalten, wollte er eine solche Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen. Er selbst äußerte sich später darüber: „Wir haben alle die ungeheuren Verluste, all' den Jammer und das Elend in den Tausenden von Familien erwogen. Denn Krieg bleibt immer Krieg, das Elend der vom Kriege ausgesogenen Länder, der Jammer der Wittwen und Waisen, — alles Das ist so schrecklich, daß ich für meine Person nur im alleräußersten Nothfalle zu diesem Mittel greife. Wir glaubten, es könne der Krieg, je länger er verschoben, vielleicht ganz vermieden werden, sei es durch gewisse Ereignisse in Frankreich, oder daß das französische Volk zu der Einsicht käme, daß die beiden großen Nationen wahrlich Besseres zu thun hätten, als sich um die Grenzen zu streiten.

Wir wollten Herren im eigenen Hause sein, aber die einmal gezogenen Grenzen nicht verrücken lassen. Wenn man freilich unsere Friedensliebe nicht anerkennen will und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, so werden wir ihn mit aller Kraft führen, und schon in der ersten großen Schlacht, die voraussichtlich unter den Mauern von Metz geschlagen wird, werden wir den Franzosen an Zahl und auch an anderen Dingen bedeutend überlegen sein."

Nur von Solchen, denen die Begriffe „Vaterland" und „Nationalität" bei ihren unklaren weltbürgerlichen Träumereien abhanden gekommen, wie von dem fanatischen Drechsler Bebel, konnte später gegen Bismarck der Vorwurf erhoben werden, daß er das Interesse Deutschlands aus Rücksicht für Napoleon nicht genügend gewahrt habe. Ihm entgegnete Bismarck die würdigen Worte: „Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolge dessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfniß, auf dem Schlachtfelde und im Lazarethe dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: «Diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können.»" (Reichstagssitzung am 21. September.) Das deutsche Volk aber wird es Bismarck Dank wissen, daß er es vor einem Kriege behütet hat, in welchem ein unzweideutiges Recht ihm nicht zur Seite gestanden hätte.

Bald nachdem der Friede für die nächste Zeit gesichert schien, begleitete Graf Bismarck den König Wilhelm zur Weltausstellung nach Paris (Juni 1867). Noch einmal durfte sich die Hauptstadt Frankreichs des Vorzugs rühmen, fast sämmtliche Fürsten Europa's in ihren Mauern zu beherbergen. Wol Keinem aber wandte sich die Aufmerksamkeit der Pariser Bevölkerung in solchem Grade zu, als den hohen deutschen Gästen. Die leicht empfängliche Menge war betroffen von dem ritterlichen Vertrauen, mit welchem sich dieselben inmitten einer Stadt begaben, wo die aufregenden Reden gegen Preußen eines Thiers, Cassagnac, Latour, Jules Favre u. A. im Gesetzgebenden Körper kaum verhallt waren und wo die chauvinistische Presse bereits die Losung „Revanche für Sadowa!" ausgegeben hatte. Ein Pariser Blatt schrieb kurz vor der Ankunft des Königs Wilhelm: „Man hört allgemein sagen, daß die Bevölkerung unserer Großstadt, nachdem sie den früher angekommenen Kaiser von Rußland so warm begrüßt, gesonnen sei, dem Könige von Preußen und dem berühmten Minister, der ihn begleitet, einen minder angenehmen Empfang zu bereiten. Wir glauben jedoch in der That nicht an die Möglichkeit einer solchen Kundgebung, welche sowol Mangel an Takt als an politischem Verstande verrathen würde. Kommt ein Fremder an unsern Herd, so vergessen wir, daß er noch kurz vorher unser Widersacher (?) war, und wir wollen nicht daran denken, daß er morgen wieder unser Feind sein kann (!); wir gedenken nur des Einen, daß er heute unser Gast, also heilig und unverletzlich ist. Dem Könige Wilhelm und Herrn von Bismarck sind die Gefühle des Mißtrauens und der Unzufriedenheit

nicht unbekannt, die unlängst in Frankreich die preußische Politik erweckt hatte. Trotzdem haben sie kein Bedenken getragen, sich nach Paris zu begeben, weil sie das Zartgefühl und den ritterlichen Geist dieser Kernbevölkerung, dieses Hauptes und Herzens der modernen Gesittung, kennen. Wir werden dieses Vertrauen nicht täuschen und unserer Stadt den Ruf der Artigkeit nicht verderben."



Auf der Weltausstellung in Paris (Juni 1867).

Kaiser Napoleon holte seinen königlichen Gast vom Bahnhofe ab und fuhr mit ihm in offenem Wagen, auf dessen Rücksitz der Kronprinz von Preußen und der Prinz Joachim Murat saßen, durch den Boulevard Magenta, wo die französischen Regimenter — zum Theil solche, die soeben aus Mexiko zurückgekehrt waren, — Spalier bildeten, nach den Tuilerien. Im zweiten Wagen folgten Graf Bismarck und General von Moltke, Ersterer in seiner weißen Kürassieruniform. Neugierig und wundernd musterte das zahlreich versammelte Pariser Volk, welches an den Anblick eines kränkelnden, ermattenden Kaisers und eines bigotten, schönen Weibes auf dem Throne gewöhnt war, die markigen deutschen Heldengestalten des königlichen Greises, jenes echten deutschen Kaiserbildes,

des eisernen Grafen mit den trutzigen Brauen, dem festen, sicheren Blicke, und des sinnenden Feldherrn mit den geschlossenen Lippen und feinen Gesichtszügen. Noch ahnte man nicht, wie entscheidend diese Männer bald in die Geschicke Frankreichs eingreifen würden.

Trotz der rauschenden Festlichkeiten jener Tage fehlte es auch nicht an Vorgängen, die dazu angethan waren, den fürstlichen Gästen den Aufenthalt in der französischen Hauptstadt zu verleiden. Dahin gehörte der Mordanfall jenes fanatischen Polen auf den von einer glänzenden Heerschau in einem Wagen mit dem Kaiser Napoleon durch das Bois de Boulogne zurückkehrenden Kaiser Alexander. Aller Glanz und alle Pracht, welche das französische Kaiserthum entfaltete, vermochte endlich nicht, die Blicke der Welt von jenem düsteren Trauerspiele jenseit des Ozeans abzulenken, als dessen Urheber sie ihn vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte anklagt; denn zu derselben Zeit, als Napoleon hier die Anwesenheit seiner gekrönten und hohen Gäste mit glänzenden Lustbarkeiten feierte, fiel in Mexiko jener hochherzige habsburgische Fürst als Opfer derselben treulosen Staatskunst, die ihn wenige Jahre vorher mit schnöden Verheißungen dorthin gelockt hatte, den Thron Montezuma's zu besteigen.

Am 14. Juni verließen König Wilhelm und seine Begleiter die Stadt, welche sie drei Jahre später an der Spitze der Heeresmacht wiedersehen sollten.

Der Sommer (1867) brachte Bismarck keine Erholung von den Staatsgeschäften. Nur während die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über die Wiederherstellung des Zollvereins auf nationaler Grundlage von dem erfahrenen Geheimerath von Delbrück geführt und zum glücklichen Abschluß (8. Juli) gefördert wurden, brachte Bismarck einige Tage auf seiner neuerworbenen Besitzung Varzin in Pommern zu und traf dort seine Einrichtungen, um sie später zu bewohnen. Mit dem 1. Juli trat die Verfassung des Norddeutschen Bundes, nachdem sie die Zustimmung der Einzellandtage erlangt hatte, in Kraft; am 14. Juli wurde Graf Bismarck zum Bundeskanzler ernannt. Bald darauf (12. August) erfolgte die Errichtung des Bundeskanzleramtes und die Ernennung des Geheimeraths Delbrück zum Präsidenten desselben. Als Aufgabe dieser Behörde wurde es in dem betreffenden „Allerhöchsten Präsidial-Erlaß" (so lautete der damalige Amtsstil) bezeichnet, die zu den Gegenständen der Bundesverwaltung gewordenen inneren Angelegenheiten zu bearbeiten. Der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte standen (nach Artikel 15 der Verfassung) dem Bundeskanzler zu. Die vielen Staatsgeschäfte des Grafen Bismarck brachten es indessen mit sich, daß dieser wiederholt von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machte, sich durch ein anderes Mitglied des Bundesraths vermöge schriftlicher Substitution vertreten zu lassen. Er substituirte alsdann für den Vorsitz im Bundesrathe den sächsischen Bevollmächtigten Minister von Friesen. In späterer Zeit, seit der Fürst regelmäßig eine längere Zeit von Berlin abwesend ist, wurde für

diesen Fall oder die sonstige Verhinderung des Kanzlers generell seine Vertretung in den inneren Angelegenheiten durch Herrn Delbrück angeordnet. Für die auswärtigen Angelegenheiten des Bundes blieb das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Namen „Auswärtiges Amt des Norddeutschen Bundes“ als eine besondere, von dem Bundeskanzleramt getrennte Behörde bestehen, welche von dem Kanzler unmittelbar mit Hülfe eines Staatssekretärs geleitet wird. Am 14. August trat der Bundesrath zusammen, um eine Reihe umfassender Gesetzesvorlagen für den Reichstag auszuarbeiten. Die Wahlen wurden ausgeschrieben (31. August) und der erste verfassungsmäßige Reichstag für den 10. September nach Berlin einberufen.

Auch die auswärtige Politik nahm dauernd Bismarck's volle Thätigkeit in Anspruch. Die neuen Machtverhältnisse waren noch nicht so befestigt, daß die Gegner der deutschen Einheit auf eine Störung des Friedens nicht Hoffnungen gesetzt und danach ihre Pläne gemacht hätten. Um die Unsicherheit der Lage zu vermehren, wurden von gewissen Agenten geflissentlich die seltsamsten Nachrichten in die Luft gesetzt von einem „Hohenzollern'schen Familienrath“, der zur Beschlußfassung über Krieg und Frieden in Berlin gehalten worden sei, von militärischen Berathungen, von Armirung der Festung Mainz, von einer preußischen Aufforderung an die süddeutschen Staaten, ihre Truppen bis zum Frühjahr in Kriegsbereitschaft zu setzen, endlich von preußischen Umtrieben, die in Rumänien stattgefunden hätten, und alle diese Lügen wurden mittels des Telegraphendrahts mit einer Dreistigkeit in die Welt hinausgesandt, daß das alte Sprüchwort „Er lügt wie gedruckt!“ bald überholt war durch Bismarck's geflügeltes Wort: „Er lügt wie telegraphirt!“ (Bismarck im preußischen Herrenhause 13. Februar 1869).

Bismarck hatte vor allen zwei erbitterte Gegner: an der Seine und an der Donau. Napoleon konnte die durch ihn erlittenen politischen Niederlagen nicht verschmerzen; der in seiner Eitelkeit tief gekränkte Graf Beust suchte als österreichischer Reichskanzler dasselbe Ränkespiel gegen Preußen zu erneuern, an dem er als sächsischer Minister gescheitert war, und hatte bereits in der Luxemburger Frage Beweise seiner unveränderten Gesinnung gegeben. Beide Staatsmänner waren bestrebt, die nationalen Pläne des Bundeskanzlers zu durchkreuzen.

Im August (1867) fand zu Salzburg die Zusammenkunft Napoleon's mit dem Kaiser von Oesterreich statt, den sein Kanzler Graf Beust begleitete. Obgleich der blutige Schatten des Opfers von Queretaro noch zwischen den beiden Fürsten stand, bekundeten sie doch die wohlwollendsten und freundschaftlichsten Gesinnungen für einander. Auch Graf Beust hatte längere Unterredungen mit Napoleon. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Auslegung gewisser Bestimmungen des Prager Friedens einen Hauptgegenstand derselben bildete und daß dabei vielfach die Frage erörtert wurde, wie man der Machterweiterung Preußens, insbesondere der Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main hinaus,

am wirksamsten entgegentreten könne. Der geschmeidige Minister hätte sich vielleicht in weit aussehende Pläne mit dem französischen Machthaber eingelassen, wenn nicht sein friedfertiger Kollege, der gleichfalls in Salzburg anwesende ungarische Minister Graf Andrassy, seine Kriegslust einigermaßen gedämpft und namentlich vor allen Abmachungen gewarnt hätte, durch welche auch Ungarn in Krieg mit dem Norddeutschen Bunde verwickelt werden könnte. War das Ergebniß der Salzburger Zusammenkunft somit auch für keinen von beiden Theilen vollständig befriedigend, so war damit doch der Zweck erreicht, daß die partikularistischen Neigungen in Süddeutschland und die Agitationen der Welfen durch die Hoffnung auf den Rückhalt an Frankreich und Oesterreich von Neuem gestärkt wurden und daß erstere für einige Zeit wieder die Oberhand gewannen über die versöhnliche Stimmung, welche die Schutz- und Trutzbündnisse sowie die Zollverträge soeben angebahnt hatten.

Die Gerüchte, welche über die Salzburger Zusammenkunft in der Presse Verbreitung fanden, wurden indessen für Napoleon unbequem und veranlaßten ihn, am Berliner Hofe beruhigende Erklärungen abzugeben, in welchen er seinen Besuch in Salzburg nur als einen Akt der Artigkeit gegen den tief gekränkten Kaiser von Oesterreich darstellte. Bismarck nahm diese Versicherung dem Anschein nach in gutem Glauben auf und ließ in seiner Erwiederung keinen Zweifel darüber, daß er die Nichteinmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten Deutschlands für selbstverständlich hielt. „Es ist dies um so erfreulicher," sagte er mit Bezug auf die Friedensversicherungen des Kaisers Napoleon in einem Rundschreiben an die Regierungen (9. September), „da die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen in ganz Deutschland fanden, von Neuem gezeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken verträgt, die Entwickelung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben es uns von Anfang an zur Aufgabe gestellt, den Strom der nationalen Entwickelung in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben Alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dieses Bestreben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt Alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Pläne, deren Gegenstand es sein könnte, und infolge dessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Wir begrüßen daher die bestimmte Verneinung jeder auf eine Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands gerichteten Absicht im Interesse der ruhigen Entwickelung unserer eigenen Angelegenheiten mit lebhafter Genugthuung."

Die Haltung des — seit 10. September wieder versammelten — Reichstags bekundete, wie sehr derselbe in der kräftigen Abwehr jeder fremden Einsprache in das nationale Einigungswerk mit dem Bundeskanzler übereinstimmte. In der Adresse, mit welcher der Reichstag die Eröffnungsrede des Königs beantwortete, war es als eine Pflicht des Norddeutschen Bundes ausdrücklich anerkannt, „jedem Wunsche und Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und Norden entgegenzukommen.“ Als bei der Berathung dieser Adresse (24. September) einzelne Mitglieder hinsichtlich dieser Stelle Bedenken äußerten, weil sie im Auslande eine üble Wirkung haben könne, erklärte Graf Bismarck rund heraus, daß, „wenn die deutsche Nation in ihrer Gesammtheit, der Süden und der Norden, die Einheit wollten, daß dann keine deutsche Regierung und kein deutscher Staatsmann stark genug, es hindern zu können, keiner muthig oder vielmehr kleinmüthig genug sein würde, es hindern zu wollen.“

So entschieden Bismarck der nationalen Entwickelung ihre volle Freiheit und Unabhängigkeit von allen fremden Einflüssen zu wahren verstand, so nahm er doch andererseits Bedacht, dem Auslande Beweise der friedfertigen Gesinnungen der preußischen Regierung zu geben und jeden Keim zu Zwistigkeiten im Innern zu entfernen. Aus dieser Absicht gingen die Verträge hervor, welche er Namens der Regierung (September 1867) mit den entthronten Fürsten abschloß, um denselben aus preußischen Staatsmitteln eine Entschädigung für ihr früheres Einkommen zu gewähren. Diese Verträge wurden später im Abgeordnetenhause, dem sie zur verfassungsmäßigen Bestätigung vorgelegt wurden, vielfach als ein Akt übertriebener Großmuth angefochten. Bismarck versprach sich von denselben nicht allein eine versöhnliche Wirkung auf die Gemüther und auf die fremden Höfe, sondern er betrachtete sie zugleich als eine mittelbare Verzichtleistung der Fürsten, und wünschte, diese damit „an ihrer Ehre zu binden“, daß sie ihre Umtriebe gegen die neue Staatsordnung einstellten. Diese Voraussetzung sollte sich jedoch nicht erfüllen.

Die Entthronten setzten ihre ganze Hoffnung auf Napoleon und rechneten mit Gewißheit auf den Ausbruch des Krieges für das nächste Frühjahr (1868). Die Agenten des Exkönigs von Hannover warben für sein Geld eine Art Freischar, welche in Holland und der Schweiz gesammelt, in verschiedenen Ortschaften Frankreichs einquartiert und von ihren Offizieren gelöhnt und ausgebildet wurde, um — wie man ihnen sagte — im nächsten Frühjahr als „Welfische Legion“ für die Losreißung Hannovers gegen Preußen in den Kampf geführt zu werden.

Einen Blick in das unreine Parteigetriebe jener Zeit gewährt auch die Fülle von Droh- und Warnungsbriefen, mit welcher der Bundeskanzler überschüttet wurde. In dem einen Briefe von zarter Damenhandschrift ward er um Himmels willen beschworen, das „geliebte Herzogthum Nassau“ und den

„Thron des Herzogs Adolf“ wiederherzustellen, in einem anderen auf die plumpeste und roheste Weise mit Mordwaffen bedroht, wenn er nicht genau nach dem Willen des Briefstellers verfahren würde. Einer dieser Schmähschriften, aus Hannover, unterzeichnet vom „Ha.... Comité“, war eine Art von welfischer Marseillaise beigefügt, welche mit den Worten anhob:

Es lebe der König Georg und sein Sohn
Und Bismarck getödtet, das ist sein Lohn!
Wir haben's geschworen den heiligen Tag“ u. s. w.

Viele dieser Briefe verfolgten systematisch die Absicht, den Kanzler nervös, krank zu machen und dadurch zur Niederlegung seines Amtes zu nöthigen; andere rührten nach Stil und Handschrift unverkennbar von Börseninteressenten her, die à la hausse engagirt waren und ihn auf diese Weise von irgend einem Ziele seiner Politik abzubringen suchten. Daß das Treiben solcher Subjekte nicht ungefährlich und der Schritt von den Drohungen nicht allzugroß, hat leider die Folge bewiesen.

Die silberne Hochzeitsfeier des hannoverschen Königspaares in Hietzing (18. Februar 1868) gab Gelegenheit zu einer großen welfischen Demonstration. Abordnungen aus allen Städten und Ständen des ehemaligen Königreichs Hannover, Männer und Frauen, trafen mit einem vom Exkönig bezahlten Extrazuge in Hietzing ein und wurden in den Vormittagsstunden von dem Könige und der königlichen Familie in vollem Hofstaat empfangen. Sie waren mit gelbweißen Bändern und Schärpen geschmückt und brachten dem Königspaar Geschenke dar, insbesondere gestickte Ruhekissen und Göttinger Würste. Der blinde König träumte sich in die Tage alter Welfenherrlichkeit zurück und hielt Anreden, wie ein regierender Fürst an seine Unterthanen. Am Abend fand ein Banket statt, über dessen Hergang Graf Bismarck dem preußischen Abgeordnetenhause später (29. Januar 1869) folgende Mittheilungen aus dem Berichte eines Augenzeugen machte:

„Im Kursaal versammelten sich von 7 Uhr Abends an wol an dreitausend Personen, meistens Hannoveraner, doch auch manche geladene Gäste. Um ½9 Uhr erschien der Hof, der mit der Volkshymne empfangen wurde, aber auffallender Weise ohne Hochs. Nachdem er mehrere Male die drei großen Säle durchschritten hatte, bewegte sich der König, die Königin, beide Prinzessinnen und der Kronprinz nach allen Richtungen durch das Gedränge der „getreuen Hannoveraner“, ließen sich die zunächst Stehenden vorstellen und sprachen zu Jedem Worte des Dankes für das Kommen und der Hoffnung des Wiedersehens. Dann trat der König mit Gefolge in die Mitte und hielt eine Ansprache; er forderte die Hannoveraner auf, treu zu ihm zu halten und mit ihm vereint auf die Wiedererstehung Hannovers und des Welfenreiches hinzuarbeiten. Der Rede folgten begeisterte Hochs und Zurufe, dann wurde die Unterhaltung mit

allen Leuten fortgesetzt. Besonders den Leuten aus dem Bürger- und Bauernstande schüttelten der König und die Königin sehr warm die Hände. Ein alter Veteran von 78 Jahren aus Osnabrück, der schon vom Champagner sehr ergriffen war, versprach sich hoch und theuer, den König wieder zurückzuführen. Der alte Mann war sehr kindisch; der König schüttelte ihm die Hände und sagte unter Anderem: «Ich habe Dich gleich wiedererkannt!»"

Auch die Agenten des Kurfürsten von Hessen, der sich in Prag niedergelassen hatte, zeigten eine außerordentliche Rührigkeit. In denselben Tagen, als man in Hietzing jene silberne Hochzeit feierte, ward in Hessen ein Aufruf des Kurfürsten (25. Februar) verbreitet, welcher mit den Worten begann: „Kurhessen! Es kann nicht lange mehr währen und der zweite Akt des großen Trauerspiels, welches die Politik des Grafen Bismarck über unser großes deutsches Vaterland und insonderheit über unsere hessische Heimat heraufbeschworen, wird beginnen ...."

In der That war der Frieden Europa's nach Bismarck's eigenen späteren Mittheilungen so wenig gesichert, daß eine Störung schon infolge von Mißverständnissen und Gerüchten hätte eintreten können. Napoleon zögerte indessen, den Kriegsvorwand vom Zaune zu brechen, sei es, weil die allgemeine Weltlage ihm nicht dazu angethan schien, sei es, weil seine Rüstungen noch nicht vollendet waren. Durch den Ausbruch der Revolution in Spanien (September 1868) wurde die Aufmerksamkeit später nach einer anderen Richtung abgelenkt und der Plan, Napoleon an die Spitze einer Liga der katholischen Mächte zu stellen, vereitelt. Bei aller Sorgfalt, mit welcher die preußische Regierung den Krieg zu verhüten suchte und auf eine versöhnliche Stimmung der Gemüther in Deutschland hinwirkte, durfte ihre Großmuth doch nicht so weit gehen, ihren Feinden selbst die Mittel zur Betreibung des Aufstandes zu gewähren. Graf Bismarck bewog daher den König zum Erlaß einer Verordnung (2. März 1868), durch welche die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover sowie des Kurfürsten von Hessen verfügt wurde.

Bismarck's große Schöpfung, der Norddeutsche Bund, hatte unterdessen durch das vereinte Zusammenwirken der Hauptträger der Regierungsgewalt an innerer Kraft und Festigkeit gewonnen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die große Anzahl gesetzgeberischer Arbeiten näher zu besprechen, welche der verfassungsmäßige Reichstag bei dem weiteren Ausbau der norddeutschen Bundesverfassung bereits in seiner ersten Session (10. September bis 26. Oktober 1867) erledigte. Es gehören hierher die Gesetze über das Postwesen, die Organisation der Bundeskonsulate, über die Nationalität der Kauffahrteischiffe und ihre Berechtigung zur Führung der Bundesflagge, über die Freizügigkeit, das Paßwesen und die Verpflichtung zum Kriegsdienst. Die letzte und wichtigste Verhandlung dieser Session betraf die Genehmigung der zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Zollverträge.

Durch diese Verträge waren wichtige Verbesserungen in der Verfassung des Zollvereins erreicht worden. Der Bundesrath sollte danach für Zollangelegenheiten durch die Vertreter der süddeutschen Staaten ergänzt werden, unter welchen Bayern 6, Württemberg 4, Baden 3, Hessen (im Ganzen) ebenfalls 3 Stimmen zu führen hatten. Das „liberum veto" jedes einzelnen zollverbündeten Souveräns war beseitigt. Nur gegen solche Beschlüsse des Zollvereins-Bundesraths, welche neue Einrichtungen bezweckten, hatte sich Preußen das Vetorecht vorbehalten. Mit dem Zollparlament sollte eine Volksvertretung Gesammt-Deutschlands zur Gesetzgebung in Zollangelegenheiten mit beschließender Stimme herangezogen werden. Dasselbe sollte gebildet werden aus den Mitgliedern des norddeutschen Reichstags, ergänzt durch Abgeordnete der süddeutschen Staaten, die nach demselben Wahlgesetze zu wählen waren.

Die Zollverträge in Verbindung mit den früher abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnissen verbürgten bereits das einmüthige Zusammengehen des Südens mit dem Norden in wirthschaftlicher und militärischer Beziehung. Die Nationalen hegten die Hoffnung, daß auf diesem Wege die politische Einigung des gesammten Deutschland herbeigeführt werden würde. Aus demselben Grunde setzten die Feinde der Einheit alle Mittel in Bewegung, um die Verträge noch in der letzten Stunde zu Falle zu bringen, und betrieben zu der Zeit, als dieselben in den süddeutschen Ständekammern zur Genehmigung vorlagen, — im Oktober 1867, also bald nach der Salzburger Zusammenkunft, — eine lebhafte Agitation dagegen. Die Vortheile des Zollvereins waren indessen zu einleuchtend, als daß die Bevölkerung Süddeutschlands auf die Fortsetzung desselben hätte verzichten mögen; der Widerspruch richtete sich deshalb mehr gegen die Schutz- und Trutzbündnisse, als gegen jenen, weil dieselben — wie behauptet wurde — der Bevölkerung eine unnöthige und drückende Militärlast auferlegten. Der Plan der süddeutschen Partikularisten ging dahin, die Zollverträge — nach einigem Handeln zu Gunsten der Sonderinteressen der Einzelnstaaten — anzunehmen, sich dagegen von den Schutz- und Trutzbündnissen bei nächster Gelegenheit loszusagen. Das Aufgeben der letzteren würde die traurige Folge gehabt haben, daß die süddeutschen Staaten, da sie nicht in der Lage waren, eine selbständige internationale Stellung zu behaupten, den Anschluß an Oesterreich oder Frankreich gesucht hätten und daß Süddeutschland das Feld für alle radikalen und reichsfeindlichen Elemente geworden wäre.

Diesen Umtrieben gegenüber gab Graf Bismarck im Reichstage unter dessen lebhafter Zustimmung die entschiedene Erklärung ab, daß die Bundesregierungen entschlossen seien, die wirthschaftliche Gemeinschaft nur mit Denen fortzusetzen, welche auch die Gemeinschaft der Wehrkraft auf nationaler Grundlage mit Preußen und seinen Verbündeten festhalten würden (25. Oktober).

Am lebhaftesten war der Widerstand gegen die Verträge in der bayrischen Kammer der Reichsräthe. Fürst Hohenlohe, Pfordten's Nachfolger in der

Leitung des bayrischen Ministeriums (seit 31. Dezember 1866), reiste mit einem Führer der Opposition, dem Freiherrn von Thüngen, selbst nach Berlin, um mit dem Grafen Bismarck zu unterhandeln und von ihm wo möglich wenigstens das Zugeständniß eines bayrischen Veto in allen Zollangelegenheiten zu erlangen. Aber bei aller Zuvorkommenheit, mit welcher Beide im Hause des Bundeskanzlers aufgenommen wurden, beharrte dieser doch fest bei seiner Forderung: bedingungslose Annahme des Vertrages oder Ausschluß Bayerns aus dem Zollverein. Der bayrische Reichsrath sah sich genöthigt nachzugeben und ertheilte endlich seine Zustimmung (31. Oktober). In denselben Tagen gelangten auch in den württembergischen Kammern nach langem Hin- und Herreden die Verträge zur Annahme. In Baden war die Annahme schon früher (23. Okt.) in beiden Kammern fast mit Stimmeneinhelligkeit erfolgt.

So war die Grundlage für ein gedeihliches Zusammengehen der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde gelegt und die Entwicklung in eine Bahn geleitet, auf welcher der Sieg der deutschnationalen Sache über die Sonderbestrebungen auch in Süddeutschland mit Bestimmtheit vorauszusehen war. In dem größten Staate Süddeutschlands, in Bayern, stand in dem Fürsten Hohenlohe ein Mann von klarem staatsmännischen Umblick und echt vaterländischer Gesinnung dem jugendlichen Könige in der Staatsleitung zur Seite. In Württemberg war der Freiherr von Varnbüler in den Kammern mit solcher Energie für die Verträge gegen die Ultramontanen eingetreten, daß man auch von ihm ein Eingehen auf die Bahn der nationalen Politik erwarten durfte. In dem glücklichen Badener Ländchen, das in seinen Verfassungseinrichtungen und in der Einigkeit zwischen Regierung und Bevölkerung den übrigen Staaten als Musterbild vorging, waren durch den trefflichen Mathy unter Zustimmung des Großherzogs bereits alle Vorbereitungen zum Eintritt in den Norddeutschen Bund getroffen. Mathy glaubte nach den Erklärungen, welche Bismarck in seinem Rundschreiben an die auswärtigen Regierungen (7. Sept.) und im Reichstage (24. Sept.) gegeben hatte, daß es nur einer Anregung bedürfe, um die preußische Zustimmung zur Aufnahme Badens zu erlangen. Er übergab deshalb dem preußischen Gesandten in Karlsruhe eine Denkschrift (18. November 1867), in welcher er einen darauf bezüglichen Antrag stellte, und richtete zugleich in einem Privatschreiben die Bitte an den Grafen Bismarck, er möchte sich über den geeigneten Zeitpunkt erklären, wann die Aufnahme erfolgen könne, und ihn ermächtigen, den Parteiführern in den badischen Kammern darüber vertrauliche Mittheilungen zu machen. Aber Mathy täuschte sich über Bismarck's Pläne und er hat das Bittere dieser Täuschung niemals überwunden.

Mathy und Bismarck, Beide mit warmen Herzen für die Macht und Einigung des Gesammtvaterlandes, waren zwei völlig verschieden angelegte Naturen; Beide erstrebten dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen. Der Eine, der schlichte, bescheidene Mann aus dem Volke, der ehemalige Theilnehmer am

Hambacher Fest, der verfolgte Flüchtling und arme Journalist, später in geachteten Stellungen als Abgeordneter und Regierungsmitglied an allen Schicksalen seines Heimatlandes handelnd betheiligt und jetzt der vertraute Rathgeber des Landesherrn, hielt mit dem vorwiegenden Gemüthszuge des Süddeutschen an manchen idealen Anschauungen fest und würdigte nicht genug die Schwierigkeiten, die auf dem Wege nach einem großen Ziele zu überwinden waren. Bei aller Klugheit, mit der er die Staatsangelegenheiten seines kleinen Heimatlandes zu leiten verstand, besaß er doch nicht den umfassenden Geist, der die Dinge in der Nähe und Ferne prüfend überschaut und nach der Gesammtlage sich den Plan zur Erfüllung großer staatsmännischer Aufgaben bildet. Der Andere, der kühne, gewaltige Staatsmann, der aus engen Lebenskreisen in immer weitere hinausgetreten, in der praktischen Schule gereift war und nach jedem erreichten Erfolge sich die Ziele höher steckte, richtete die Blicke über das, was dem einzelnen Gliede frommt, hinaus auf die Bedürfnisse des großen Ganzen. Er war gewohnt, Opfer vorauszusetzen und zu fordern, wo es eine große nationale Idee zu verwirklichen galt.

Es war eine schwere Stunde für Mathy, als er mit der ablehnenden Antwort Bismarck's vor seinen Großherzog trat. Das Blatt sank aus seiner zitternden Hand, aber er kämpfte seine innere Bewegung nieder und sagte gefaßt: „Und wir thun doch unsere Pflicht."

Und er hat sie gethan bis zum letzten Augenblicke seines Lebens; er hat alle Mittel daran gesetzt, um zu erreichen, was er im Interesse seines engeren Heimatlandes und zugleich im Interesse Deutschlands für das Richtige hielt. Die Ausführung hatte der Andere auf „Leben und Haupt" genommen.

Der alte Veteran aus den deutschen Einheitskämpfen war gebeugt und gebrochen. Am 3. Februar (1868) verschied er an einem Herzleiden und überließ es Anderen, auf dem Grunde fortzubauen, den er gelegt hatte. Sein Amtsnachfolger wurde der durch seine freisinnigen und nationalen Ansichten im Lande bekannte und geachtete Jolly, Mathy's Freund und Gesinnungsgenosse.

Ueber die Gründe, welche Bismarck bewogen, den Antrag des wackern Mathy abzulehnen, erhielten wir zum Theil erst durch die Rede Aufschluß, mit welcher er etwa zwei Jahre später (24. Febr. 1870) im Reichstage auf einen denselben Gegenstand betreffenden Antrag des Abgeordneten Lasker entgegnete. Bismarck wünschte nicht, gerade denjenigen Staat, welcher als Träger des nationalen Gedankens unter den Südstaaten der deutschen Entwickelung am günstigsten war, aus Süddeutschland auszuscheiden, nicht — wie er sich mit einem Vergleiche aus dem landwirthschaftlichen Gebiete ausdrückte — „den Milchtopf abzusahnen und das Uebrige sauer werden zu lassen." Er glaubte auch, daß Bayern und Württemberg noch viel weniger geneigt sein würden, die durch die Schutz- und Trutzbündnisse auferlegten Militärlasten zu tragen, wenn schon ein Streifen norddeutschen Bundesgebiets sich zwischen diese Staaten und

Frankreich vorschob, so daß der Norddeutsche Bund in Bezug auf den Westen ohnehin zu ihnen zu sagen schien: „Mit meinem Mantel vor dem Winde schütz' ich Dich!" Auch in Bezug auf den Zollverein würde die vereinzelte Aufnahme Badens dem Norddeutschen Bunde beschränkende Rücksichten auferlegt haben.



Karl Mathy überreicht dem Großherzog von Baden die ablehnende Antwort Bismarck's (im November 1867).

Wenn der Bund in die Lage gekommen wäre, den anderen süddeutschen Staaten die Zollverträge zu kündigen, dann würde Baden bei seiner vorgeschobenen, langgestreckten Lage seine Grenzen mit Schlagbäumen haben absperren müssen. Eine solche Zumuthung konnte der Bund an einen bundestreuen Staat kaum stellen; er würde daher von der Freiheit, Südhessen, Bayern oder Württemberg aus dem Zollverbande auszuschließen, keinen Gebrauch haben machen können.

Außer diesen Gründen, die Bismarck nannte, hatte er noch dringendere, die er verschwieg. So fest er auch überzeugt war, daß die nationale Einheitsbewegung nicht mehr aufgehalten werden könne, so wollte er sich doch jeden Druckes auf die Südstaaten enthalten. Es war zu erwarten, daß, wenn das

lauernde Frankreich aus der Aufnahme Badens einen casus belli machen sollte, die Regierungen von Bayern und Württemberg den casus foederis nicht unbedingt anerkennen würden; sprach man doch davon, daß die Schutz- und Trutzbündnisse nur durch das Schwert errungen seien, und gab doch selbst im Norddeutschen Reichstage ein Abgeordneter die Erklärung, daß kein Vertrag zu einer Handlung verpflichte, die den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Sittlichkeit widerspreche. Bismarck aber wollte die Südstaaten nicht zur Heerfolge zwingen, sondern er wünschte, durch das freiwillige und einmüthige Zusammengehen aller deutschen Stämme die Einheit Deutschlands errungen zu sehen. Um die Schutz- und Trutzbündnisse in der That wirksam zu machen, mußte die Kriegsveranlassung in noch viel handgreiflicherer Weise von Frankreich gesucht werden. Bismarck sah den Krieg kommen mit derselben Sicherheit, wie der Seemann den nahenden Sturm; er aber wollte Alles vermeiden, was den Gegnern auch nur einen Scheinvorwand zum Kriege hätte geben können, um das unbestreitbare Recht auf deutscher Seite zu behalten.

Im Frühjahr 1868 sah man mit Spannung der Eröffnung des deutschen Zollparlaments entgegen, dessen Sitzungen in die zweite Session des verfassungsmäßigen Reichstags eingeschoben wurden (27. April bis 23. Mai). Es war weniger das Interesse für die zur Verhandlung kommenden Gegenstände, durch welches die Aufmerksamkeit dorthin gelenkt wurde, als vielmehr die Erwartung, daß eine Gesammtvertretung des deutschen Volkes nicht würde tagen können, ohne zugleich dem nationalen Gedanken Förderung und Gewinn zu bringen. Schon die heftigen Wahlkämpfe in Süddeutschland thaten dar, daß es sich hier noch um etwas Anderes handelte, als allein um die Vertretung der volkswirthschaftlichen Interessen. Die Koalition der Ultramontanen und Radikalen wurde noch einmal im Kampfe gegen die Nationalliberalen erprobt. In Mainz rief der Bischof Ketteler sogar die Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht aus Sachsen gegen den Kandidaten der Nationalliberalen Ludwig Bamberger zu Hülfe, ohne jedoch den Sieg der letzteren hindern zu können.

Die Physiognomie des Zollparlaments, welches (27. April) durch den König in Person eröffnet wurde und sogleich darauf in den Räumen des preußischen Abgeordnetenhauses zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, war auch keineswegs die einer Versammlung, welcher allein die materielle Wohlfahrt zu berathen obliegt. Es gab da keine Gruppirung nach Freihändlern und Schutzzöllnern, nach Freunden und Gegnern dieser oder jener Steuer, sondern dieselben Parteien wie auf dem Reichstage des Norddeutschen Bundes traten auch hier hervor. Die Ultramontanen hatten eine Verstärkung durch die siebzehn Schwaben erhalten, deren Namen aus den Wahlurnen Württembergs hervorgegangen waren, — meistens auffallende Gestalten, in feierliches Schwarz gekleidet, deren glatte und fromme Mienen gerade nicht den Stempel der Sachverständigkeit für die Fragen der Volkswirthschaft trugen. Dennoch hielten sie

es für ihre Aufgabe, vor jeder Ueberschreitung dieses Gebietes dringend zu warnen, und ließen jedes Mal, wenn ein Nationalliberaler sich einen kurzen Streifzug auf das politische Gebiet hinüber erlaubte, den Ruf: „Zur Sache!“ ertönen. Auch die Nationalliberalen hatten sich manches tüchtigen Zuwachses aus Süddeutschland zu freuen, so aus Baden Bluntschli und Roggenbach, aus Hessen Bamberger und Metz, aus Bayern Völk.

Schon der von Seiten der Nationalliberalen ausgehende Antrag auf Erwiederung der Thronrede durch eine Adresse wurde von der gegnerischen Seite als Versuch einer Kompetenzüberschreitung bekämpft. Dieses Mal drang die letztere mit ihrem Antrage auf einfache Tagesordnung durch, weil auch die preußischen Konservativen demselben zustimmten. Die nächstfolgenden Verhandlungen über die gleichmäßige Besteuerung des Tabaks, die Einführung einer Petroleumsteuer, die Herabsetzung der Eingangszölle auf Wein, Roheisen und Lumpen führten zu keiner besonderen Erhitzung der Gemüther selbst wenn die Gegenstände der Verhandlung den Abgeordneten vor die Augen geführt wurden, wie die trefflichen Cigarren, welche Meier aus Bremen vorzeigte, und die verschiedenen Sorten Zucker, Kandis und Farina, welche Sombart auf der Tribüne ausbreitete. Die Abgeordneten zeigten im Allgemeinen ein größeres Interesse für Wein, Kaviar und Lachs in den Erfrischungszimmern hinter den braunen Vorhängen des Sitzungssaales, als für die Verhandlungen darüber im Parlament. Es war eine beruhigende Wahrnehmung, daß dieselben Männer, welche in der nationalen Frage kampfgerüstet einander gegenüberstanden, hier im Interesse des gemeinen Besten gewissenhaft und friedlich prüften, ob der Morgen Tabaksland fünf Groschen Steuer mehr oder weniger vertrage. Hatte aber ein eifriger Nationaler auf der Tribüne in seine Rede über den Zolltarif unerwartet eine pikante politische Anspielung hineinfließen lassen, dann füllte sich wieder der Sitzungssaal, der Strom der Süddeutschen wogte nach der Tribüne und die Debatte war trotz der Rufe: „Zur Sache!“ auf das nationale Gebiet hinübergespielt.

Eine solche erregte Debatte knüpfte sich an den Antrag des Abgeordneten Bamberger, den Bundesrath des Zollvereins zu ersuchen, daß er auf die Beseitigung der indirekten Weinsteuern im Großherzogthum Hessen (Octrois, Trank- und Zapfsteuern) hinwirken möchte, welche mit den herabgesetzten Weinzöllen sich nicht mehr vertrügen (18. Mai 1868). Einige mißvergnügte Süddeutsche sahen darin wieder einen Eingriff in die Gesetzgebung der Einzelstaaten und bestritten dem Zollparlament die Befugniß zur Behandlung dieses Antrags. Ihr Widerspruch wurde um so bedeutsamer, als der hessische Regierungsbevollmächtigte, Ministerialrath von Hofmann, sich demselben in langer Rede ausdrücklich anschloß und dem Zollverein jede Berechtigung absprach, sich in die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten einzumischen. Die Partikularisten glaubten, mit dieser Erklärung Hofmann's, welche sie als im Sinne des

Bundesraths abgegeben betrachteten, einen unbedingten Sieg erfochten zu haben; von nationaler Seite richteten sich die Blicke nach dem Platze des Bundeskanzlers, der bis dahin im Zollparlamente noch nicht das Wort ergriffen hatte. Jetzt aber erhob er sich und gab mit bündigen Worten die Erklärung, daß nach seiner Ueberzeugung der Bundesrath sehr wohl berechtigt sei, wenn durch die Art der Besteuerung im Einzelstaat die durch den Zollverein verbürgte Verkehrsfreiheit beschränkt oder gefährdet sei, eine Abhülfe eintreten zu lassen. Hofmann's Vertheidigung war hartnäckig, aber unglücklich; sie wurde zu einer vollständigen Niederlage, als der sanftmüthige und friedliebende Advokat der Sozialdemokraten, Probst aus Stuttgart, ihm zu Hülfe kam und das Parlament ermahnte, die Streitigkeiten zwischen Süden und Norden nicht so offen zu Tage treten zu lassen — aus Zartgefühl für einen Anderen, den er nicht nennen wollte. Da richtete sich noch einmal der Mann im Kürassierrock am Tische des Bundesrathes auf; er erinnerte daran, wie er bisher Alles vermieden habe, was auch nur den Schein einer Pression auf die süddeutschen Staaten haben könnte, um die Kompetenzen des Zollparlaments zu erweitern, verwahrte sich aber ebenso entschieden gegen jedes Bestreben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, und schloß mit gehobener Stimme: „Dem Herrn Vorredner aber und Allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich noch Dies zu bedenken: „Ein Apell an die Furcht findet im deutschen Herzen niemals ein Echo!" —

Lauter Beifall von allen Seiten des Hauses bekräftigte das mannhafte Wort. Eine Anzahl von Rednern aus den Reihen der Nationalliberalen, der Konservativen und selbst der Fortschrittspartei traten nach einander auf, um die Sonderbestrebungen einer vereinzelten Fraktion zu bekämpfen. Keiner aber brachte so bedeutenden Eindruck hervor, wie der Nationalliberale Dr. Völk aus Bayern. Schon die Erscheinung des kraftvollen, breitschultrigen Mannes mit dem mächtigen schwäbischen Kopf, den markigen Zügen, den beschatteten blitzenden Augen, aus denen Gutmüthigkeit und Schlauheit blickten, stach auffallend gegen diejenigen seiner Landsleute ab, welche sich mit der bescheidenen Redefigur: „Wir Schwaben" oder „Wir Süddeutsche" auf der Rednertribüne einzuführen pflegten. „Sehen Sie, meine Herren, so geht es," sagte Völk nach einem wohlwollenden Rückblick auf die Rede des konservativen Abgeordneten Wagener (Neu-Stettin), der soeben die Tribüne verlassen hatte, „so ist es überall und immer, wenn redliche und ehrliche Männer ernst über die deutsche Zukunft zu Rathe gehen. Die größten Vorurtheile werden schwinden, und wenn die deutsche Nation jene Einigung noch nicht erreicht hat, welche sie zu einer glorreichen Zukunft haben muß, so ist das nicht auf Kosten innerer Widersprüche, sondern der Unkenntniß der Verhältnisse zu setzen. Wenn eine solche Debatte nur Einiges dazu beiträgt, derartige Vorurtheile zu zerstören, so hat sie einen Baustein zum Dome der deutschen Einheit geliefert.... Nicht einmal die

anwesenden Schwaben könnten sagen, daß bei ihnen Alle dem Anschluß an den deutschen Staat widerstreben; nicht einmal sie können hier im Namen „Wir Schwaben" reden, — wir Schwaben in Bayern sind auch noch da!" — Er schloß mit den erquickenden Worten: „Ich bin der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation, und zwar in allen ihren Bestandtheilen, eine so entwickelungsfähige, so edle, so zukunftsreiche ist, daß sie ihrer Größe unzweifelhaft entgegengeht. Es hat mich daher das Wort eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses, das er letzthin zu mir sprach, außerordentlich gefreut. Er sagte: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland, und wenn auch noch Einzelne sich mit Schneeballen werfen, das wird nicht lange mehr dauern und der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneeballen bald das Material ausgeht!" — Auch ich will schließen, meine Herren, mit den Worten: Es ist Frühling geworden in Deutschland!" —

Der Eindruck dieser wichtigsten Debatte in der ersten Session des Zollparlaments, bei welcher außer den Regierungsmitgliedern Graf Bismarck und Geheimerath von Hofmann die Führer aller Parteien, die Nationalen aus Nord und Süd, Bamberger, Metz, Lasker, Völk, die Fortschrittsmänner Löwe und Waldeck, der Altliberale Camphausen, der Konservative Wagner gegen die Antinationalen Mohl, Windthorst und die Sozialdemokraten Probst und Bebel das Wort ergriffen, war ein so bedeutender, daß das besondere Ergebniß, die Annahme des Bamberger'schen Antrags mit sehr überwiegender Mehrheit, dahinter vollständig zurücktrat. Wenige Tage darauf (23. Mai) wurde das Zollparlament durch den König geschlossen.

Ein glänzendes Bankett, welches die Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft in der neuen Börse veranstaltet hatten, folgte den Sitzungen. Bei demselben richtete Graf Bismarck an die Süddeutschen die Worte: „Mögen Sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß Sie Bruderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens; möge jedes erneuerte Zusammensein dieses Verhältniß stärken!" Fürst Hohenlohe toastete auf die Vereinigung aller deutschen Stämme, und Völk erwiederte auf die Rede Bismarcks: „Wir haben erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, so die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke diesen Mann in dem Grafen Bismarck!"

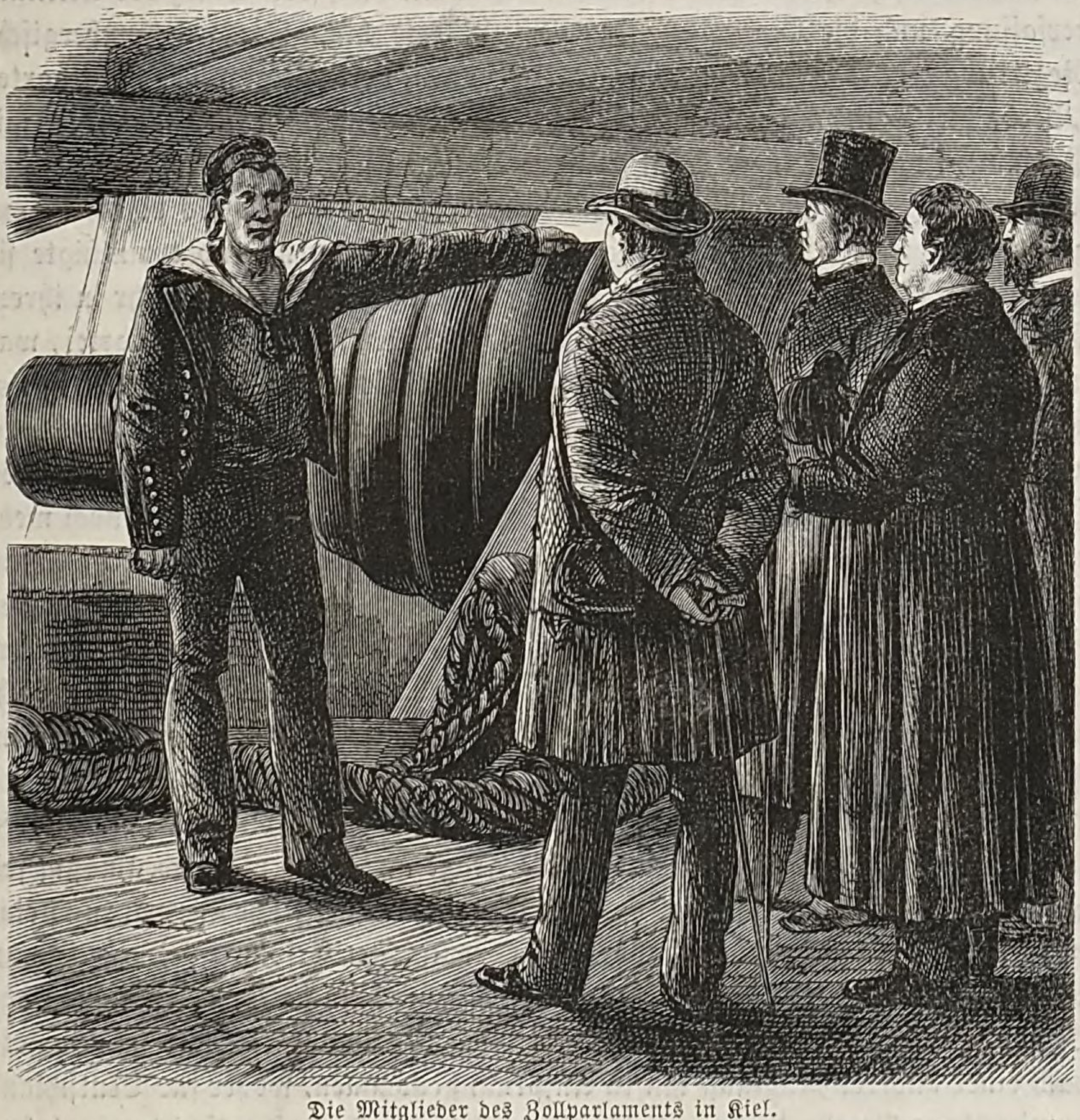
Eine Festfahrt der Mitglieder des Bundesraths und des Zollparlaments nach Kiel, wo sie die Flaggen der jungen norddeutschen Kriegsflotte lustig flattern sahen, und nach Hamburg, dem norddeutschen Handelsemporium, gaben den süddeutschen Abgeordneten die letzten Eindrücke in die Heimat mit. Der deutsche Einheitsgedanke war trotz aller widerstrebenden Elemente durch diese erste Session des Zollparlaments mächtig gefördert worden; es hatte sich gezeigt, daß das deutsche Volk im Süden wie im Norden noch lebhafter nach dem

Gemeingut der deutschen Macht und Einheit verlangte, als nach den Gütern des materiellen Lebens, und Manche, die während der Hinfahrt nach Berlin, nach des Ministers von Varnbüler Geständniß, nur von Baumwolle, Tabak u. s. w. geträumt hatten, konnten sich jetzt doch nicht mehr der Ueberzeugung verschließen, daß die Worte Völk's kein leerer Schall waren, sondern daß man in Wahrheit sagen konnte: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!"

Aber auch der Frühling hat seine Stürme und Regenschauer. Bereits in demjenigen Theile der zweiten Session des Reichstags (seit 23. März), welcher dem Zollparlament voranging, hatten sich leichte Wölkchen gezeigt. Die Schulden, welche der junge Norddeutsche Bund gemacht, gaben die Veranlassung dazu. Bereitwillig hatte der Reichstag in seiner ersten Session die Zehnmillionen-Anleihe zur Ausbildung der norddeutschen Marine bewilligt. Als nunmehr der Bundeskanzler dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Bundesschuldenverwaltung vorlegte, da forderte dieser — gemäß einem Antrage des Abgeordneten Miquèl und Genossen — eine Ergänzung des Entwurfes durch die Bestimmung, daß sowol der Bundesrath als der Reichstag berechtigt sein sollten, die Beamten der Bundesschuldenverwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Der Bundeskanzler sah in diesem Antrag einen Ausdruck des Mißtrauens und ein Streben der Machterweiterung seitens des Reichstages und erklärte, im Falle der Annahme desselben den ganzen Gesetzentwurf zurückziehen zu müssen. Das Erwartete geschah; der Antrag wurde angenommen (mit 131 gegen 114 Stimmen) und der Gesetzentwurf zurückgezogen; gleichzeitig wurde Befehl gegeben, die auf Grund jener Anleihe begonnenen Arbeiten für die Marine einzustellen. Der Sieg machte auf die Dauer auch die Sieger nicht froh. Mancher leise Vorwurf, den sie bei der Festfahrt der Zollparlamentsmitglieder darüber hören mußten, daß das so stolz begonnene Werk durch ihre Mitschuld ins Stocken gekommen war, weckte auch bei ihnen den lebhaften Wunsch nach einem Ausgleich. Gern betraten sie daher den Boden des Kompromisses, welches die Regierung ihnen bei der Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen nach dem Schlusse des Zollparlaments vorschlug, indem sie in einer neuen Gesetzvorlage (10. Juni) die Uebertragung der Oberaufsicht über das Bundesschuldenwesen an die bewährte Hauptverwaltung der preußischen Staatsschulden beantragte. Das Gesetz wurde (mit 151 gegen 42 Stimmen) angenommen und die Entwickelung der jungen Marine nahm wieder ihren ungehemmten Fortgang.

Graf Bismarck hatte an diesem für alle Theile gleich erwünschten Ausgange nur einen mittelbaren Antheil. Wer ihn in der letzten Zeit näher beobachtet hatte, dem war sicher nicht entgangen, daß die gewaltige Anstrengung, welche die Ueberbürdung mit Staatsgeschäften der verschiedensten Art ihm auferlegte, auch seine Kräfte angegriffen und eine nervöse Reizbarkeit in ihm erzeugt hatte, die auch auf sein Auftreten in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften nicht ohne Einfluß blieb. Am Sonnabend vor Pfingsten (29. Mai)

erschien der Kanzler zu Pferde bei der großen Parade auf dem Tempelhofer Felde, obwol er in den letzten Tagen mehr als zuvor an Nervenkrämpfen gelitten hatte. Hier überfiel ihn ein plötzliches Unwohlsein, so daß er sich zu Wagen nach seiner Wohnung zurückbegeben mußte. Eine schmerzliche Krankheit nöthigte ihn darauf, sich für mehrere Wochen von allen Staatsgeschäften fern zu halten.



Die Mitglieder des Zollparlaments in Kiel.

Erst gegen Ende Juni war er so weit hergestellt, um in Varzin Erholung suchen zu können. Kaum auf dem Wege zur Besserung hatte er das Unglück, bei einem Spazierritte, den er mit seinen Freunden v. Blanckenburg und v. Keudell unternahm, auf einer Wiese bei Puddiger, einem zu Varzin gehörigen Gute, gefährlich zu stürzen. Das Pferd trat in ein Loch, überschlug sich und fiel mit seiner ganzen Last auf ihn. Mehrere Wochen vergingen, ehe Bismarck auch von diesem Unfall genesen war und in körperlicher Rüstigkeit seine Arbeiten wieder aufnehmen konnte.

Es schien in dieser Zeit, welche den welterschütternden Ereignissen von 1870 voraus ging, als ob ein Stocken in der nationalen Bewegung eingetreten wäre.

Die Abneigung der süddeutschen Regierungen, sich an den Nordbund anzuschließen, und die Unfähigkeit der süddeutschen Volkselemente, sich zu einem Südbunde zusammenzuschließen, hatten in Süddeutschland eine Reaktion gegen die nationale Strömung zur Folge, welche sich zunächst in der fortgesetzten Opposition gegen die Schutz- und Trutzbündnisse kundgab. In Württemberg arbeitete die demokratische „Volkspartei" immer bestimmter auf den Sturz der Militärverfassung und die Einführung des Milizsystems hin. Die württembergische Regierung konnte sich nicht auf eine Partei stützen, deren Organ, der Stuttgarter „Beobachter", offen erklärt hatte, daß die Gründung eines Südbundes mit Parlament und Volksheer leicht zu bewerkstelligen sei, wenn man nur „einige Kronen" dafür opfern wolle; sie glaubte aber, dieser Partei als eines Gegengewichts gegen die Nationalen nicht entbehren zu können, und ermuthigte sie durch die Schonung, welche sie ihr zu Theil werden ließ, immer mehr in ihrem Gebahren. Von ähnlichem Einfluß, wie in Württemberg die Volkspartei, war in Bayern diejenige der „Klerikalen" oder „Patrioten", welche in den nationalen Bestrebungen des Ministeriums Hohenlohe eine Gefahr für die Kirche und für die Selbständigkeit Bayerns erblickte. Das Verhalten des Fürsten Hohenlohe in Bezug auf die Uebergriffe der Kirche erbitterte dieselben noch mehr und machte die Kluft zwischen der Regierung und der klerikalen Mehrheit in der Kammer zu einer unheilbaren. Schon damals trugen sich die Ultramontanen mit dem Plane, auf dem römischen Konzil den Glaubenssatz von der Unfehlbarkeit des Papstes zu verkündigen und damit die Erhebung der päpstlichen Macht über diejenige aller Staatsobrigkeit auch in weltlichen Dingen auszusprechen. Fürst Hohenlohe sah die ernsten Verwickelungen voraus, welche die Proklamirung eines solchen Satzes zur Folge haben müsse und regte in einem Rundschreiben (9. April 1869) bei den Regierungen die Frage an, ob es nicht zweckmäßig sei, gegen derartige Uebergriffe des Konzils eine gemeinschaftliche Verwahrung einzulegen. Der Schritt hatte jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Diejenige Macht, auf deren Unterstützung der Fürst am meisten gerechnet hatte, der Norddeutsche Bund, war zurückhaltend. Die volle Thätigkeit des Bundeskanzlers war damals nach einer anderen Richtung hin in Anspruch genommen, woher für Deutschland unmittelbare Gefahr drohte. Er wollte erst diesen Kampf entschieden und das Deutsche Reich in sich begründet wissen, ehe er einen neuen Kampf von so unabsehbarer Tragweite aufnahm. In Bayern aber war durch das Mißlingen dieses Versuches die Stellung des Ministers gegenüber der klerikalen Kammermehrheit unhaltbar geworden. Der junge König fühlte sich bewogen, das Abschiedsgesuch des Fürsten zu genehmigen (15. Februar 1870), und übertrug dem Grafen Bray-Steinburg die Bildung des neuen Ministeriums.

Während die Hoffnungen der Nation auf eine baldige Einigung des gesammten Deutschland durch diese Vorgänge in Süddeutschland herabgedrückt wurden, trat in den Bestrebungen des Reichstags mehr und mehr die

Neigung zum Einheitsstaate hervor. Auch in dieser Richtung lag eine Gefahr für die Einigung der ganzen Nation; denn je mehr der Nordbund sich als einheitliches Staatswesen in sich zusammenschloß, desto weniger Neigung konnten die Süddeutschen empfinden, sich an eine Staatsschöpfung anzuschließen, in welcher die Eigenthümlichkeiten der Bayern, Franken, Schwaben nicht genügend berücksichtigt waren. Der Bundeskanzler hatte daher im Reichstage den Eifer der Nationalliberalen vielfach zu zügeln, um den Süddeutschen die Pforte zum Eintritt offen zu halten. In der dritten Session des Reichstags (13. März bis 12. Mai 1869) wurde von dieser Seite (Twesten und Münster) der Antrag auf verantwortliche Bundesministerien erneuert (16. April); ein anderer Antrag (Miquèl und Lasker) ging auf Ausdehnung der Gesetzgebung des Bundes über das gesammte bürgerliche Recht (28. April). Beide Anträge wurden im Reichstage mit großer Mehrheit angenommen, vom Bundesrathe jedoch nach längerer Prüfung abgelehnt. Dagegen wurde die Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichts mit dem Sitze zu Leipzig beschlossen (4. Mai).

Auch in Preußen hatte die nationale Politik des Bundeskanzlers manche Gegner. Dieselben waren vorzüglich im preußischen Herrenhause vertreten. Hier beantragte der frühere Justizminister Graf zur Lippe, das Haus möge erklären, daß die Errichtung eines obersten Bundesgerichtshofes nach der preußischen Verfassung nicht zulässig sei. Der Antrag gab Bismarck Veranlassung zu einem sehr bezeichnenden Schreiben über seine Stellung zur Sache. Derselbe schrieb von Varzin aus an ein Mitglied des preußischen Herrenhauses, den Fürsten Putbus (17. November 1869): „Ich habe es für unmöglich gehalten, daß dieser Antrag in der Kommission irgendwelche Zustimmung, geschweige denn die Majorität finden könne, und nun schreibt man mir, derselbe werde sogar im Plenum angenommen werden. Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so giebt es so viele Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsere Gesammtentwickelung, sondern auch mit praktischem Erfolg von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichem Hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik sind aber der Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Oesterreich, die sächsischen und süddeutschen Partikularisten, die Ultramontanen und die Republikaner, Hietzing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies im verstärkten Maße thun."

Der Brief wurde unter den Mitgliedern des Herrenhauses bekannt und hatte die Wirkung, daß der Lippe'sche Antrag abgelehnt wurde.

Die Frühjahrssession des Reichstags für das Jahr 1870 (14. Februar bis 26. Mai), die erste in der neuen Legislaturperiode, begann. Graf Bismarck hatte das sichere Vorgefühl, daß die Stunde nahe sei, wann seine Schöpfung, der Norddeutsche Bund, eine ernste Probe zu bestehen haben würde. Im Hinblick auf die Ereignisse, welche sich vorbereiteten und von denen er eine bedeutende Rückwirkung auf die Gestaltung Deutschlands erwarten mußte, däuchte es ihm unbegreiflich, wie der Reichstag sich mitunter bei Fragen aufhalten konnte, in welchen der Regierung unverrückbar feste Ziele vorgezeichnet waren. Ueber die Stellung, welche der Bundeskanzler gegenüber dem in dieser Session eingebrachten Antrage Lasker's, betreffend die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund, einnahm, haben wir bereits oben gesprochen. Die wichtigste Vorlage, welche demnächst zur Berathung kam, war das gemeinschaftliche Strafgesetzbuch. Eine lebhafte Debatte knüpfte sich an die Frage von der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe (1. März). Es ist nicht unsere Aufgabe, die Gründe, welche von verschiedenen Seiten für und wider geltend gemacht wurden, anzuführen, noch weniger selbst eine Frage zu erörtern, welche vielleicht noch Menschenalter hindurch Richter und Laien beschäftigen wird. Die Gegner der Todesstrafe nahmen den Standpunkt der Humanität und des Fortschritts für sich in Anspruch; Graf Bismarck schien ihnen mit der Beibehaltung derselben ein rauhes Strafgesetz in unsere Zeit mit hinübernehmen zu wollen, gegen welches unsere milden Sitten und Anschauungen sich sträubten. Bismarck's Rede über die Todesstrafe aber war von einer sittlichen Würde und Hoheit getragen, welche nur Männern von unbeugsamer Charakterstärke und tiefem religiösen Gefühl eigen ist. Er sah in den Gründen, welche von den Gegnern der Todesstrafe angeführt wurden, einerseits eine „Ueberschätzung des Werthes, welchen sie dem Leben in dieser Welt, und der Bedeutung, welche sie dem Tode beilegten", andererseits — insofern es großentheils Richter und Geschworene waren, die sich gegen die Todesstrafe aussprachen, — „die Scheu vor der Verantwortung, die sie mit dem Todesurtheil oder einem Wahrspruche übernähmen." — „Ich kann mir denken," sagte er, „daß Jemandem, der an eine Fortsetzung des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesstrafe härter erscheint als Demjenigen, der an die Unsterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt; aber wenn ich der Frage näher ins Auge sehe, so kann ich auch das kaum annehmen. Für Jemanden, der des Glaubens nicht ist, — zu dem ich mich von Herzen bekenne, — der Tod sei ein Uebergang von einem Leben in das andere und wir seien im Stande, auch dem schwersten Verbrecher an seinem Grabe die trostreiche Verheißung zu geben: mors janua vitae! — für Jemand, der diese Ueberzeugung nicht theilt, müssen die Freuden dieses Lebens einen solchen Werth haben, daß ich ihn fast um die Empfindungen, die sie ihm bereiten, beneide; er muß in einer Beschäftigung leben, die für ihn so befriedigende Erfolge aufweist, daß ich seinem Gefühl darin nicht zu folgen vermag, wenn er mit dem

Glauben, daß seine persönliche Existenz mit diesem leiblichen Tode für ewig abgeschlossen sei, wenn er mit diesem Glauben es überhaupt der Mühe werth findet, weiter zu leben." An die Richter aber wandte er sich mit der Aufforderung: „Schrecken Sie Angesichts der hohen Aufgabe, die ihnen von der Vorsehung auferlegt ist, nicht vor Erfüllung derselben in ihrem höchsten Stadium zurück! Werfen Sie das Richtschwert nicht von sich. Sie können sich dazu nur gedrungen fühlen, wenn Sie Ihrem Arm in seiner Handhabung lediglich menschliche Kraft zutrauen! — Eine menschliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in sich spürt, ist allerdings zur Führung des Richtschwertes nicht stark genug!" Und in gewisser Vorahnung der gewaltigen kriegerischen Aufgabe, welche an das deutsche Volk in nächster Zeit herantreten würde, erinnerte er an das „halb in Vergessenheit gerathene oder in einen Wust von falscher Sentimentalität begrabene" Wort des Dichters: „Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein!"

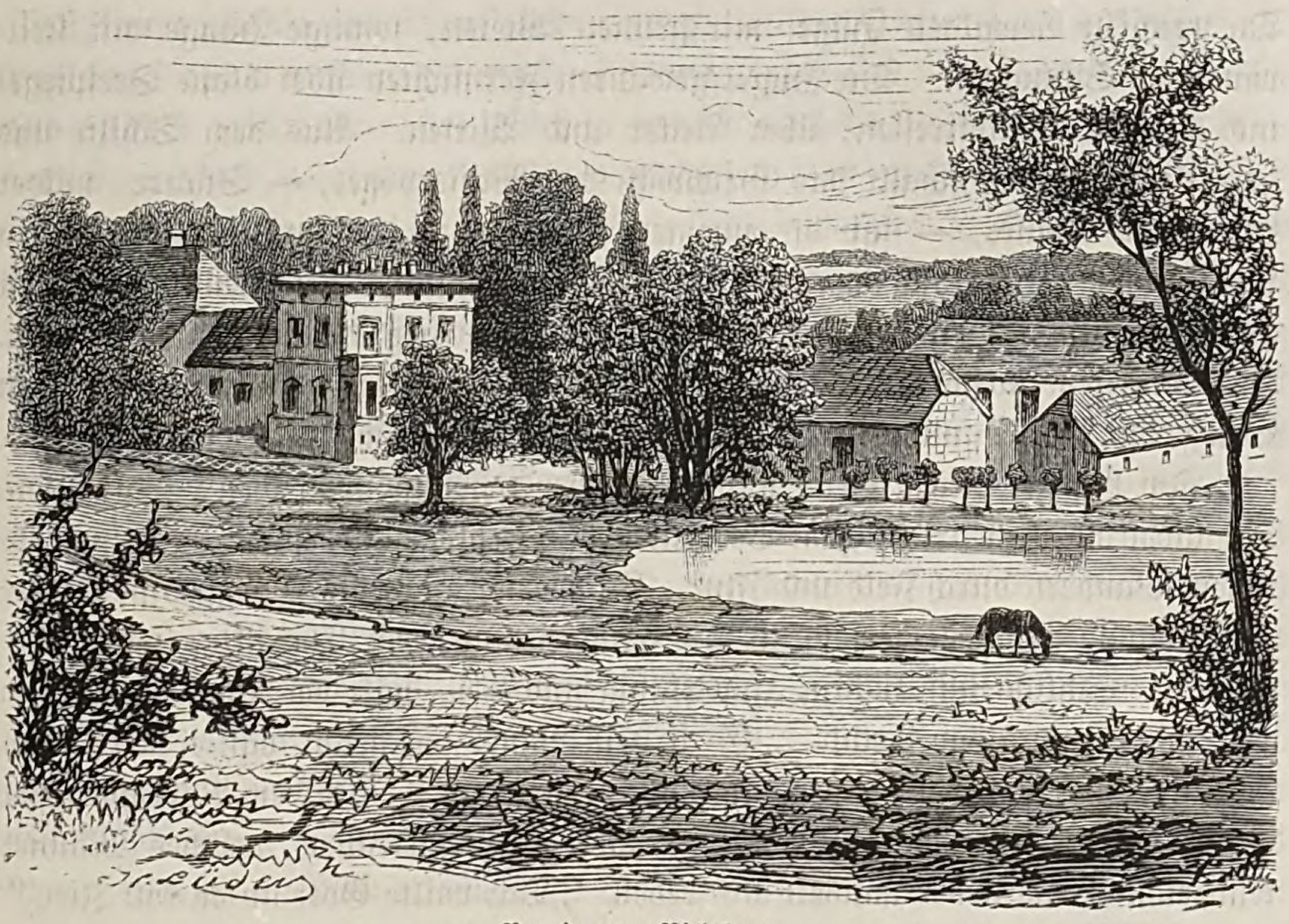
Nachdem der Reichstag trotzdem auch in zweiter Lesung für die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt hatte, wurde noch in letzter Stunde von liberaler Seite ein Ausgleich versucht und der Antrag eingebracht, die Todesstrafe für gewisse Verbrechen zwar beizubehalten, dieselbe jedoch in denjenigen Bundesstaaten, wo sie vor Einführung des gemeinschaftlichen Strafgesetzbuches bereits aufgehoben gewesen, nicht wieder einzuführen. Dieser Antrag schien bereits Aussicht auf Annahme seitens der Regierungen wie seitens des Reichstags zu haben. Da kehrte Bismarck, der sich inzwischen nach Varzin begeben hatte, Allen unerwartet am späten Nachmittag (Sonnabend den 21. Mai) nach Berlin zurück, setzte für den folgenden Tag (Sonntag) eine Sitzung des Bundesraths an und sprach sich entschieden für die Ablehnung aus, welche dann auch durch den Bundesrath erfolgte. In der am Montag (23. Mai) stattfindenden Sitzung des Reichstags ermahnte Bismarck denselben mit denkwürdigen Worten, er möge „aus der Quelle des einheitlichen Bundesrechts nicht zweierlei Wasser fließen lassen", nicht für Oldenburg und Sachsen eine Strafe abgeschafft sein lassen, welche für die übrigen Bundesstaaten noch fortbestände. „Ich kann von diesem Standpunkte aus" — sagte er — „hier kein Oldenburg und kein Preußen kennen; ich kenne nur Norddeutsche. Unsere Aufgabe ist, die Gleichheit vor dem Gesetze für alle norddeutschen Bürger zu schaffen, nicht die Ungleichheit da, wo sie ist, gut zu heißen." Bismarck blickte zurück auf die Motive, die ihn in seiner deutschen Politik seit der Gründung des Norddeutschen Bundes geleitet und die ihm mitunter die Nothwendigkeit auferlegt hätten, im Bewußtsein der Größe seiner Ziele mit Härte zu verfahren, und damit Niemand im Reichstage und außerhalb desselben sich darüber täuschen möge, daß er aus derselben Quelle des nationalen Geistes auch in Zukunft die Berechtigung schöpfen werde, hart zu sein, wo es die Ehre und das gemeinsame Recht des deutschen Gesammtvater=

landes erfordere, sprach er unter dem stürmischen Beifall des Hauses, in den nur die Fraktion der Sozialdemokraten ein mißtöniges „Oho!" hineinwarf, mit Nachdruck die prophetisch klingenden Worte: „Wir werden mit eisernem Tritte zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegensteht!"

Das Ergebniß der Schlußberathung war, daß das neue Strafgesetzbuch unter Beibehaltung der Todesstrafe mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Ein wichtiger Vertrag, welcher dem Reichstag noch am Ende dieser Session zur Genehmigung vorgelegt ward, war allein den Interessen der Volkswirthschaft und der Kultur gewidmet und vielleicht der bedeutendste, den jemals Völker unter einander geschlossen haben. Es war der Vertrag über den Bau der Sankt Gotthard-Bahn in Verbindung mit dem Gesetzentwurf, demzufolge das Bundespräsidium ermächtigt werden sollte, das Unternehmen durch einen Beitrag von zehn Millionen Francs zu fördern. „Die Rücksichten müssen von besonderer Wichtigkeit gewesen sein", sagte Graf Bismarck (25. Mai), „welche uns zu dem ungewöhnlichen, ich glaube beinahe, nie vorgekommenen Vorgehen einer Regierung führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutschlands, nicht nur außerhalb des Norddeutschen Bundes, liegende Eisenbahn zuzumuthen. Diese Rücksichten sind aber, wie ich glaube, so auf der Hand liegend, so oft erwogen und zum Theil auch so delikater Natur, daß ich Sie bitte, mich davon zu dispensiren, sie hier nochmals darzulegen." In der That waren alle Parteien des Hauses einstimmig in der Anerkennung der hohen Wichtigkeit, welche diese zwei Kulturvölker verbindende Bahnlinie, die nur durch das neutrale Zwischenland der Schweiz, nicht durch das Gebiet einer der großen europäischen Mächte, Frankreichs oder Oesterreichs, führen sollte, für die gemeinsamen Kulturzwecke noch in später Zukunft haben werde. Mit nachahmungswürdiger Freigebigkeit betheiligten sich die Vertreter des östlichen norddeutschen Bundesgebietes an einem Unternehmen, welches zunächst nur ihren Landsleuten im Westen und Südwesten zugute kam, und bekundeten damit, daß sie die gemeinsamen Zwecke der Kultur höher achteten als alle Sonderinteressen. Mit Annahme dieses Vertrages (25. Mai) schloß der Reichstag die Friedensarbeiten seiner ersten Legislaturperiode, nicht ahnend, daß er nach kurzer Zeit noch einmal sich vereinigen werde, um die Mittel zu einem großen Kriege zu bewilligen. — Graf Bismarck zog sich nach Varzin zurück.

Wol waren noch nicht vier Friedensjahre vergangen, seitdem das deutsche Volk auf neuen Bahnen seiner staatlichen Einigung nachstrebte; wol war erst ein Theil der deutschen Stämme in engeren Staatsformen geeinigt; — aber überall regte sich kraftvoll der nationale Geist, der sich nicht mehr von fremder Hand die Wege vorzeichnen lassen wollte. Ueberall im Volksleben sah man Freiheit und Fortschritt, Wachsthum und Kraft.



Varzin vom Richtberg.



Siebzehntes Kapitel.

Varzin.

Mit dem Schwerte sei dem Feind gewehrt,
Mit dem Pflug der Erde Frucht gemehrt;
Frei im Walde grüne seine Lust,
Schlichte Ehre wohn' in treuer Brust, —
Das ist Adels Sitt' und altes Recht,
So gedeiht sein wachsendes Geschlecht.

Aus den Papieren des Feldmarschalls
von dem Knesebeck.

Jedwedem zieht er seine Kraft hervor.

Schiller.

Aus der preußischen Hauptstadt führt die Eisenbahn in acht bis neun Stunden in jenes flache Hügelland rechts der Oder zwischen dem pommerschen Landrücken und der Ostseeküste, die eigentliche Heimat der „pommerschen Junker". Man hört oft mit Geringschätzung von diesen „abgelegenen, reizlosen Gegenden" sprechen, aber mit Unrecht. Auch diese Gegend hat ihre eigenthümlichen Reize. In dem höheren Theile des Landrückens finden sich anmuthige Hügellandschaften, durch welche in tief eingeschnittenen Thälern die kleinen Flüsse, wie die Wipper und Stolpe, von den Seen her im schnellen Laufe der Küste zueilen.

Da wechseln bewaldete Hügel mit grünen Wiesen, sonnige Hänge mit steilwändigen Schluchten. Die Hügel gewähren Fernsichten über blaue Seespiegel und dunkele Waldstreifen, über Aecker und Wiesen. Aus dem Schilfe und den Ufergebüschen schallt das Geschwätz der Wasservögel, — Staare, wilder Enten und Gänse, — fast die einzigen Stimmen in den weniger bewohnten Landstrecken. Hier und da am Ufer steht eine einsame Fischerhütte mit dem grünen Schilfdach, an den Uferweiden angebunden liegt der schwankende Kahn. Aus dunkelem Forste blickt der weiße Giebel eines Herrenhauses; aus einem Kranze von Buchen und Linden schaut der hölzerne Thurm der Dorfkirche hervor.

Im Ganzen liegen Ernst und Ruhe über diesen pommerschen Landschaften. Sie laden mehr zu friedlichem Verweilen in Weltabgeschiedenheit, als zu fröhlichem Wandern durch Feld und Flur. Es herrscht auch hier eine gewisse Uebereinstimmung zwischen der Natur des Landes und dem Charakter seiner Bewohner. Schlicht und tüchtig, zuverlässig und treu, hält der Pommer zäh an alter Sitte und altem Rechte. „Es ist kein Bauer so schlecht, daß er sein Landrecht nicht wüßte,“ heißt ein pommersches Sprüchwort. In dem Volkscharakter des Pommern liegt jenes starke Gott- und Selbstvertrauen, welches Männer kennzeichnet, die lieber handeln als reden. „Dat walte Gott un en kolt Isen!“ pflegten die alten Rugier zu sagen, die sogar bewaffnet in die Kirche gingen.

So ungefähr sind Land und Leute in den Gegenden beschaffen, wo die alten Adelsgeschlechter der Zitzewitz, Putkammer, Bandemer, der Kleist, Blumenthal, Bonin, Senden theils seit uralter Zeit, theils seit länger denn zwei Jahrhunderten — der Verbindung Pommerns mit Kurbrandenburg — ihren befestigten Grundbesitz haben und welche Graf Bismarck auswählte, als er die vom König Wilhelm auf den besonderen Antrag des preußischen Landtags am Schlusse des Jahres 1866 als Nationalbelohnung für seine Verdienste um den Staat ihm zuerkannte Dotation in einem neuen Stammsitze für seine Familie anzulegen beschloß.

Im Frühjahr 1867 kaufte Graf Bismarck von Herrn Adalbert von Blumenthal, dem jüngeren Bruder des Grafen Werner von Blumenthal auf Suckow, den ausgedehnten Grundbesitz, welcher die Güter Varzin, Wussow, Puddiger, Misdow, Chomitz und das Vorwerk Charlottenthal umfaßt. Die Güter waren ursprünglich Lehen Derer von Zitzewitz. Später brachte der Minister Graf von Podewils sie mit vielen anderen „per fas et nefas“ an sich und hinterließ sie als neue Lehen seiner einzigen Tochter, die mit einem Herrn von Blumenthal — seit 1840 in den Grafenstand erhoben — verheirathet war. Von dem jüngeren Sohne desselben kaufte Bismarck die Güter. Er erweiterte den Besitz noch durch Ankauf des Gutes Seelitz auf dem rechten Ufer der Wipper (1868) und des Rittergutes Alt-Chorow (1874). Auch das vier Meilen von Varzin im Rummelsburger Kreise belegene, früher Putkammer'sche Reinfeld ging nach dem Tode der Schwiegereltern an Bismarck über.

Die nächste Eisenbahnstation bei Varzin an der Berlin-Danziger Bahn ist Schlawe. Von Bismarck's erstem Aufenthalt daselbst wird eine kleine Anekdote erzählt. Viel Neues trägt sich ja im Allgemeinen in den kleinen pommerschen Landstädtchen nicht zu, und ein Fremder ist dort meistens eine ungewohnte Erscheinung. Die guten Schlawer Bürger entschädigen sich, indem sie zur Zeit der Ankunft des Nachmittagszuges nach dem Bahnhofe hinausgehen, in die Wagenfenster gucken und mit prüfenden Blicken die Durchreisenden mustern. Diese Gewohnheit besaß insbesondere ein Schuster, der bei aller kreuzbraven Gesinnung und den trefflichsten Anlagen für sein Handwerk doch einen kleinen Fehler, die übertriebene Wißbegier, besaß. Selten hatte Jemand in so hohem Grade seine Aufmerksamkeit erregt als der große Fremde, der eines Nachmittags bei der Ankunft des Berliner Kurierzuges aus einem Coupé erster Klasse stieg, sich auf dem Perron umsah und dann auf der Bank am Bahnhof niederließ, eine Cigarre anrauchend. Mit schüchterner Neugier näherte sich der ehrsame Meister, maß den Fremden vom Kopf bis zur Sohle, setzte sich leise auf das Ende der Bank, rückte allmählich näher, faßte sich ein Herz und fragte:

„Sie kommen wol von Berlin?"

„So ist's. Wer sind Sie?"

„Ich bin der Schuhmachermeister X von hier — und mit wem habe ich die Ehre?"

„Ich bin auch Schuster."

„Schuster? ei, was Sie sagen! Da haben Sie wol große Kundschaft in Berlin?"

„Ich danke, es geht."

Ehe noch der Schuster seinen Wissensdrang weiter befriedigen konnte, trat ein Postbeamter in voller Uniform zu dem Fremden und meldete ehrerbietigst: „Die Extrapost steht bereit, Excellenz!" —

In demselben Augenblicke kam die Postkutsche vorgefahren. Bestürzt erkannte der Mann aus Schlawe seinen Irrthum und den Fehler, den er sich gegenüber einem so hohen Herren hatte zu Schulden kommen lassen, und wollte mit gebeugtem Rücken einige Worte der Entschuldigung stammeln, aber dieser ließ ihn nicht zu Worte kommen, klopfte ihm freundlich auf die Schulter und sagte: „Wenn Sie einmal nach Berlin kommen, besuchen Sie mich in meiner Werkstatt, Wilhelmsstraße Nr. 76. Auf Wiedersehen!"

Von Schlawe führt eine wohlgepflegte Chaussee in südlicher Richtung nach Quatzow und Wusterwitz, und theilt sich bald hinter letzterem Orte in zwei Arme, von denen der eine südlich nach Pollnow, der andere mehr südöstlich nach Wussow — und weiter nach Rummelsburg — führt. Wussow ist das Kirchdorf der Bismarck'schen Begüterung und von Schlawe etwa drei Meilen entfernt. Von hier erreicht man in einer halben Stunde bequem den Wohnort des Gutsherrn, das in unseren Tagen so vielgenannte Varzin.

Die alte Landstraße, welche von Schlawe in südöstlicher Richtung durch die wildreichen Forsten des Grafen Blumenthal-Suckow nach Varzin (und weiter nach Rummelsburg) führt, wird jetzt wenig befahren.

Wer unterwegs mit dem Kennerblicke des Landmanns auf den Fruchtboden achtet, der wird Besonderes nicht zu rühmen finden. Schwerer Lehmboden wechselt mit sandigen Strecken; „guten Mittelboden" nennt das der Landmann. Was aber Jedem wohlthuend ins Auge fällt, das sind die stattlichen Forsten, welche sich bis an die Wipper erstrecken. Herrliche Buchen, uralte Eichen finden sich dort, jede dem Gutsherrn besonders bekannt. In den frischen, grünenden Laubwald hinein drängen sich dunkele Streifen von Nadelholz, hochgewachsene schlanke Tannen und knorrige Kiefern. Der Waldesduft ist hier um so erquickender und stärkender, weil schon etwas mit Seeluft von der nahen Küste gemischt. Zuweilen lichtet sich der Wald, ein schmaler, saftiger Wiesenteppich, von einem Bächlein durchrieselt, breitet sich am Fuße der bewaldeten Hügel entlang.

Wer Glück hat, erblickt wol auch ein Rudel Rehe, welches flüchtigen Fußes vom Wiesenbach wieder dem Walde zueilt. Sie waren, ehe Bismarck den Besitz von Varzin antrat, fast ganz verschwunden. Da gründete Bismarck mit den angrenzenden neun Rittergütern (Brünnow, Bartin, Wussecken, Woblanse, Barvin, Beßwitz, Chorow, Crangen und Jannewitz) einen Reh-Schonverein, nach dessen Statuten vom 1. April 1869 bis dahin 1872 in den genannten Besitzungen sowie in Varzin kein Reh- und Auerwild bei Strafe von 1 Friedrichsd'or resp. 1 Dukaten für jedes Stück, und vom 1. April 1872 bis dahin 1875 vom Rehwild nur Böcke, vom Auerwild nur Hähne erlegt werden durften. Seitdem hat der Wildstand auf den Bismarck'schen Gütern sehr zugenommen und ist jetzt nach pommerschem Verhältniß als vorzüglich zu bezeichnen. Rothwild kommt nur als Wechselwild, Dammwild gar nicht vor. An Schwarzwild fehlt es nicht; dasselbe soll auch wegen der Raupen-Kalamität in den Kiefernbeständen nicht ausgerottet werden. Hasen und Füchse giebt es im Varziner Terrain in großer Anzahl.

Ehedem zogen Reiher ihre Kreise dort über der glatten Fläche des Varziner Sees, welcher zur Linken des Weges von Wussow nach Varzin am Fuße einer bewaldeten Hügelkette (vom Wege selbst aus nicht sichtbar) liegt. Aber sie wurden zu dreist, drangen in den Varziner Park ein und fischten in den herrschaftlichen Teichen. Da wurde ihnen der Krieg erklärt, der mit ihrer Vertreibung endigte. Sie haben sich seitdem in der Nachbarschaft angesiedelt, jedoch ohne ihre alte Heimat zu vergessen. Zuweilen rächen sie sich durch Streifzüge über die Grenze, indem sie aus den Varziner Forellenteichen dem Fürsten seine Lieblingsmahlzeit wegfangen.

Von Wussow geht eine etwas höckerige Landstraße links in das Dorf hinein; ein Privatweg biegt rechts ab und führt durch den Park nach dem Schlosse von Varzin. Die Dorfstraße führt zwischen den letzten Häusern des

Dorfes und den von einer hohen Mauer umgebenen Küchengärten nach dem Wirthschaftshofe und weiter nach den nächsten Dörfern (Püstow, Plötzig). Das Schloß, sowie das Försterhaus, die Stallungen und Remisen liegen zur Rechten der Straße. Der vorhin erwähnte Privatweg durch den Park trennt die letzteren von den herrschaftlichen Gebäuden und mündet hier in die Dorfstraße.

Das Hauptgebäude des Schlosses hat bereits gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts ein v. Zitzewitz gebaut, der lange Zeit in Italien gelebt hatte und nach seiner Rückkehr in die pommersche Heimat eine Stelle suchte und hier fand, wo er gegen die Winde geschützt war. Es ist ziemlich genau von Osten nach Westen orientirt, ein massiver, einstöckiger Bau, der zu jeder Seite der Thüre zwei Fenster zeigt. In dem Giebelstücke über dem Eingang sieht man das Wappen des früheren Besitzers v. Blumenthal. Die südliche Façade ist mit einer Veranda dem jenseit der Gartenanlagen an sanften Hügelwellen ansteigenden Parke zugewandt. Die Auffahrt ist von der Nordseite her. Rechts und links sind zwei Seitenflügel angebaut; der Hofraum zwischen beiden und dem Hauptgebäude ist nach der Dorfseite geöffnet.

Eine breite Freitreppe, zu beiden Seiten mit Palmbäumen besetzt, führt vom Schloßhofe nach der Vorhalle hinauf. Hier empfängt der Fürst als schlichter Landedelmann in einfacher Kleidung seine Gäste und nimmt sie in die Gastfreundschaft seines Hauses auf; hier begrüßt die Fürstin ihre Söhne, wenn sie zu ihrer Erholung in den Frieden des Vaterhauses heimkehren; hier sagt die Gräfin Marie ihren Brüdern Lebewohl, wenn der Ernst des Lebens diese wieder in ihren Wirkungskreis zurückruft.

Aus der Empfangshalle tritt man links in das Arbeitszimmer des Fürsten, rechts in den Speisesaal, geradeaus in einen geräumigen, mit Jagdtrophäen geschmückten Treppenflur, aus welchem eine mächtige Eichentreppe nach den Logirzimmern im oberen Stockwerk hinaufführt. Zu beiden Seiten des Treppenflurs liegen links das Empfangszimmer der Fürstin, rechts der Gesellschaftssalon. Geradeaus führt die Thüre nach der Veranda.

Die Fenster im Arbeitszimmer des Fürsten schauen nach dem Hofe hinaus. An dem ersten Fenster steht der Arbeitstisch, davor ein sogenannter Luthersessel mit drehbarem Sitze, so daß er eine Wendung des Sitzenden nach einer anderen Seite bequem gestattet. Alle Möbel, von Eichenholz, im alten Renaissancestil, tragen das Gepräge der Gediegenheit und Dauerhaftigkeit. Die lange Wand der Thüre gegenüber wird beinahe ganz durch ein Sofa eingenommen; vor demselben steht ein großer Tisch, mit Büchern, Landkarten u. s. w. bedeckt, von Lehnsesseln umgeben. Die Einrichtung ist hier wie im ganzen Hause vornehm einfach.

In allen Zimmern befinden sich Kamine. Der Fürst ist ein Liebhaber des prasselnden Kaminfeuers. Einmal im Herbst kehrte er mit einem Gaste durchnäßt vom Spazierritt zurück. Während er sich in seinem Zimmer vor dem Kaminfeuer umkleiden konnte, fand der Gast noch eine kalte Stube mit urväter=

lich pommerschem Ofen vor. Das ging dem Fürsten zu Herzen; er ließ seitdem auch in allen Logirzimmern Kaminöfen setzen, damit der Gast in Zukunft keine Annehmlichkeit entbehren möge, die dem Wirth das Haus behaglich macht.

Den Schmuck der Wände im Arbeitszimmer des Fürsten bilden größtentheils Erinnerungen aus dem Kriege von 1866, photographische Darstellungen von Scenen aus der Schlacht bei Königgrätz, das große photographische Bild der sämmtlichen Heerführer und Generale, endlich eine große Photographie, den König in der Umgebung seiner Generale am Morgen der Schlacht bei Königgrätz vorstellend, ein Geschenk des Königs.

Als ein Geschenk aus neuerer Zeit erwähnen wir vorgreifend eine prachtvolle Gobelinportière über der Eingangsthüre aus der Vorhalle, die Buße König Heinrich's IV. in Canossa vorstellend, nach einer Originalzeichnung von H. Plüddemann gefertigt von H. F. Schaller in Ernstthal. Uns fielen bei Betrachtung dieses Tableaus und einem Seitenblicke nach dem Luthersessel am Schreibtisch, dem gewöhnlichen Arbeitsplatze des Kanzlers, die Verse Karl Gerok's ein:

„Hofft ihr, daß sich in Canossa
Noch ein Heinrich büßend stellt?
Wähnt ihr, daß ein Barbarossa
Noch dem Papst den Bügel hält?
Nein, die Zeiten sind vorüber,
Hört, was unser Kanzler spricht,
Hört's von Pommern bis zum Tiber:
«Nach Canossa gehn wir nicht!»"

Aus dem Arbeitszimmer des Fürsten treten wir rechts in den Empfangssaal der Fürstin, dessen Fenster nach dem Park hinausschauen. An denselben schließen sich das einfenstrige Boudoir der Gräfin Marie, weiterhin die Schlaf- und Toilettenzimmer.

Auf der rechten Seite der Empfangshalle und des Treppenflurs liegen, wie bereits erwähnt, nach der Hofseite der Speisesaal, nach der Parkseite der Gesellschaftssalon. An den letzteren schließt sich rechts ein großes Billardzimmer mit vier Fenstern und hohen Glasthüren nach dem Parke und dem weiterhin anstoßenden Gewächshause. Durch eine Glasthüre tritt man auf die Veranda hinaus und genießt von hier die Aussicht über das mit Rosenstöcken besetzte Rasenparterre des Gartens nach dem jenseits desselben terrassenförmig ansteigenden Park. Ein kleiner Teich, über den eine zierliche Brücke sich schwingt, trennt Garten und Park.

Die beiden Seitenflügel, welche nach der entgegengesetzten Seite sich öffnen, enthalten einige Gastzimmer, außerdem Küche und Dienstkammern.

In neuerer Zeit ist das Schloß durch einen viereckigen Anbau nach Osten hin erweitert worden. Derselbe ist nach des Fürsten eigenen Ideen von den Baumeistern Ende und Böckmann aus Berlin ausgeführt und hauptsächlich

zu seiner Benutzung bestimmt. Die unteren Räume enthalten das Vorzimmer, die Bibliothek, das Wohn- und das Schlafzimmer des Fürsten; in dem oberen Geschosse befinden sich die Zimmer der Söhne des Fürsten, sowie einige Fremdenzimmer und ein gemeinschaftlicher Gesellschaftssalon für die Gäste des Hauses.

Die architektonische Ausstattung des ganzen Neubaues ist bürgerlich einfach zu nennen. In allen fraglichen Fällen ist der Zweckmäßigkeit und Dauerhaftigkeit der Vorrang vor dem Luxus, zuweilen sogar vor der Aesthetik gegeben. Nur im Arbeitszimmer des Fürsten ist einiger architektonischer Luxus entfaltet, insofern die Wände desselben bis zur halben Höhe mit Eichenholzgetäfel bekleidet sind und auch die Decke in Täfelung ausgeführt ist. In der abgestumpften Ecke desselben steht ein mächtiger Kamin aus grün glasirten Kacheln, der nach den besonderen Angaben des Fürsten von seinen Architekten zeichnen und modelliren gelassen wurde und aus der Fabrik des Ministers Friedenthal in Gußmannsdorf (Schlesien) hervorgegangen ist. Die Feuerstätte hat derartige Abmessungen erhalten, daß ganzes Stammholz unzerkleinert darin verbrannt werden kann. In einer kreisrunden Nische, welche den höchsten Theil des Kamins einnimmt, ist eine Büste des Kaisers, ein Geschenk desselben an den Fürsten, aufgestellt; rechts und links von dieser die Büsten des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl. Zu seinem Arbeitsplatze hat der Kanzler den nach der Südostecke vorspringenden Erker bestimmt, dessen hohe Fenster eine erfrischende Aussicht über Wiesen und wogende Waldwipfel hinweg gewähren.

Vor dem neuen Anbau des Schlosses erhebt sich im Süden ein bewaldeter Hügel, einst die Richtstätte, und daher noch jetzt der „Richtberg" geheißen. Von hier aus übersieht man nach Osten auf eine Meile Länge das Thal der Wipper, auf deren jenseitigem Ufer das Gut Seelitz auf dieser Seite die Grenze der Bismarck'schen Besitzungen bildet. Das Ufer erscheint wie eine lange Berglehne, aus der einzelne Kuppen hervorragen, bei gewissen Beleuchtungen täuschend wie eine Gebirgslandschaft.

Wie es kommt, daß der große Staatsmann in dieser ländlichen Abgeschiedenheit sich wohl und zufrieden fühlt, darüber giebt uns vielleicht eine Stelle in Alexander von Humboldt's „Kosmos" Aufschluß: „Wenn bei einem Staatsmann, in einem vielbewegten und vielbeschäftigten Leben, in einem durch politische Leidenschaften aufgeregten Gemüthe lebendiges Naturgefühl und Liebe zur ländlichen Einsamkeit sich erhalten, so liegt die Quelle davon in den Tiefen eines großen und edlen Charakters." Und gerade dieses Fleckchen Erde in Pommern, seiner zweiten Heimat, sollt' es sein, das er zu seinem Ruhesitz erkor. Schon der Weg dahin führt ihn durch bekannte, liebe Gegenden. Nicht weit von der Bahn, bald hinter Stargard, liegt die traute Heimat seiner Knabenspiele, der Schauplatz mancher jugendlichen Tollheiten, Kniephof mit den anderen Gütern seines Bruders, Külz und Jarchelin; dort, bei Belgard, zweigt sich die Eisenbahn nach Kolberg ab, jener alten preußischen Ruhmesstätte,

wo Schill, Gneisenau und Nettelbeck ihre Lorbern brachen und wo einst — so erzählen die Kolberger — am Abend eines schwülen Sommertages der junge Referendar von Bismarck vor den Augen seiner Begleiter völlig bekleidet von einer Mole in die Wellen der Ostsee hinabsprang, um Kühlung für sein heißes Blut zu suchen; dort endlich, in dem „hübschen, kleinen buckligen Ländchen", — wie die Fürstin einmal scherzend ihre pommersche Heimat nannte, — am linken Ufer der Stolpe, zwischen Fluß und Wald, liegt das friedliche, fromme Reinfeld, wo der gereifte, thatkräftige Mann um das höchste Glück seines Lebens warb. Welcher Erdenwinkel könnte für ihn einladender sein!

Wenn Land- und Reichstag geschlossen, die Staatsmaschine in ihrem wohlgeregelten Gange, die Diplomaten ihre Sommerreisen antreten, dann geht Bismarck nach Varzin, um nach anstrengender Geistesarbeit und ermüdenden Staatsgeschäften Ruhe und Erholung zu suchen.

Der Dichter der „Varzinias" oder „kleinen Bismarckias" (Dr. Gustav Schwetschke in Halle a. S.) schildert den Empfang Bismarck's in Varzin in folgenden Strophen:

„Wie ganz anders das Verkehren
Freundlich hier zu Weg und Stege,
Als auf jenen schlüpfrig glatten,
Lackbestiefelten Parketten,
Wie ganz anders hier ein trauter
Gruß aus biedrer Pommernkehle:
„Guten Morgen, Excellenz!"

Wie ganz anders nach dem Frühritt
Hier die beste Tafelstimmung,
Als nach einer Morgensitzung
Bei dem „Allerlei" von Virchow
Oder bei dem „Senf" von Pilsach,
Wie ganz anders hier ein herzlich
„Wohl zu speisen, Excellenz!"

Wie ganz anders, wenn der Abend
Traulich seine Schatten breitet
Hier auf Wälder, Felder, Auen,
Wenn der mohnbekränzte Morpheus
Freundlich alle Müden ladet,
Wie ganz anders hier ein traulich
Flüstern dann aus allen Ecken:
„Wohl zu schlafen, Excellenz!"" — —

Fern von den wirren Gestaltungen des Lebens findet Bismarck hier die wohlthuende Landeinsamkeit und athmet erquickenden Waldfrieden. Hier braucht er keine Gesandten zu empfangen, keine Bureaugesichter zu sehen, keine Kammerreden zu hören. Varzin ist für ihn das „Reich im Kleinen".

Sein Ministerium ist gebildet aus Förstern und Pächtern, Baumeistern und Fabrikanten, Gärtnern und Schäfern. Aber er selbst ist die leitende Seele, die treibende Kraft, und überwacht mit Strenge alle Zweige der landwirthschaftlichen und industriellen Verwaltung seines Reiches.



Am Kaminfeuer.

Einem Pächter, der zum Trunke neigte, kündigte Bismarck die Entlassung an.

„Nee, Exlenz, doarut ward nischt!" versetzte der Pächter. „Jk heww mine Kuntrakt."

„Ich werde Sie zwingen!"

„Na, det will 'k moal seihe."

Er behielt die Pacht und — trank nie einen Tropfen mehr.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Bismarck dem Forstwesen und sagt wol selbst scherzend, er habe seinen Beruf verfehlt, hätte eigentlich Förster werden sollen. Alle kahlen Kuppen hat er bewaldet und die Forsten wieder in

Ordnung und Stand gebracht; jeder stattliche Baum ist ihm besonders bekannt. Die große Wasserkraft der Wipper wurde früher nur zum Treiben einer ärmlichen Mühle verwandt. Nachdem diese abgebrannt, kaufte Bismarck das Grundstück und legte eine Pappen- und eine Papierfabrik an, beide mit mächtigen Turbinen. Dem Pächter, der nichts als Kiefernholz zu seinen Fabrikaten verwendet, liefert er das Holz aus seinen Forsten und bezieht dadurch eine Einnahme aus denselben, von welcher die früheren Besitzer und die Nachbarn keine Ahnung hatten und durch welche er den theuern Kauf wieder gut gemacht hat.

Im Jagdhut und grünen Rocke, das Brunnenglas in der Hand, so bricht Bismarck oft schon am frühen Morgen auf. Dann geht's

— „auf thaubeperltem Pfad
Durch schlankes Gras, durch duftiges Moos,
Durch frischer Lüfte stärkend Bad
Dem grünen Dickicht in den Schoß."

Grüßend umfängt ihn der Wald mit seinem alten Liede, das bald sanft anhebt, wie lieblicher Stimmen Chorgesang, bald gewaltig aufbraust in Laub und Kronen, wie der Schlachtenbardengesang deutscher Krieger.

Zum Frühstück, das gegen 10 Uhr, und zwar nach englischer Art — Thee, Eier und kaltes Fleisch — eingenommen wird, liebt Bismarck alle Hausgenossen versammelt zu sehen. Dann liest er oder läßt sich vortragen, was die Morgenpost gebracht hat, und giebt in einer Viertelstunde soviel Dispositionen, daßzuweilen der Tag nicht ausreicht, sie zu verarbeiten. Um 1 Uhr folgt ein Spazierritt, am liebsten mit der Tochter, Gräfin Marie, die als gewandte und kecke Reiterin bekannt ist, sonst auch eine Fahrt oder ein Spaziergang durch den Wald.

Um 5 Uhr wird zu Mittag gespeist. Wer von den Hausgenossen mit dem Fürsten in nähere Berührung kommt, wird zur Tafel gezogen. Die Mahlzeit ist einfach, aus vier Gängen bestehend. Bismarck's Getränk ist ein leichter Rothwein, oft auch Bier; wenn Gäste zu bewirthen sind, auch wol Champagner. Heiter fließt die Rede und die gute Laune des Wirthes giebt die Würze dazu. Gewöhnlich führt der Letztere selbst die Unterhaltung. Zuweilen bemerkt man wol, daß seine Gedanken nicht allein auf den Gegenstand des Gesprächs gefesselt sind, sondern daß ihm auch während desselben Dinge von größerer Wichtigkeit durch den Sinn gehen. Kommt es dann vor, daß er für den Augenblick den Faden verliert, dann ist es seine Gemahlin, die ihn in anmuthiger Weise wieder anknüpft.

Sogleich nach der Mahlzeit wird der Kaffee eingenommen, im Sommer auf der Veranda. Die Cigarre, welche Bismarck sonst zum Kaffee rauchte, ist jetzt durch die patriarchalische Pfeife verdrängt. Im Winter steht Bismarck's Kaffeetasse auf dem Kaminsims im Billardzimmer; dann macht es ihm Vergnügen,

das Feuer im Kamin mit hineingeworfenen Tannzapfen zu unterhalten und die schlummernden Funken zur lodernden Flamme zu wecken. Zu seinen Füßen sitzt Sultl (bayerisch für Sultan), jene gewaltige rabenschwarze Dogge, wie solche nur in der ehemaligen freien Reichsstadt Ulm und Umgegend gezogen werden, die ihm von einem Freunde aus Süddeutschland zum Geschenk gemacht wurde.



Ritt in Varzin.

Sultl wendet kein Auge von seinem Herrn, er ist sein unzertrennlicher Begleiter auf allen Spaziergängen und kennt den Park so genau wie dieser. Er kennt auch die Freunde und wittert die Feinde seines Herrn, und es wäre nicht gerathen, in Sultls Gegenwart dem Kanzler mit unehrerbietigen Absichten zu nahen. Man sagt, das Thier verstehe zweihundert Worte der deutschen Sprache. Sultl weiß, daß sein Herr auch des Nachmittags einen Spaziergang zu unternehmen pflegt, und wartet mit hochaufgerichtetem Haupte des Augenblicks, wann dieser nach seinem derben Naturstock und leichten Hute greifen wird. Aber es ist anders beschlossen; Bismarck hat noch einige wichtige Briefe zu schreiben und

ist dadurch an dem gewohnten Nachmittagsspaziergang verhindert. Er erhebt sich, giebt ein Zeichen mit der Hand — und Sultl versteht ihn; gesenkten Hauptes schreitet er ihm nach in das Arbeitszimmer und legt sich am Schreibtisch geduldig zu Füßen seines Herrn.

Um 9 Uhr wird die Abendpost besorgt. Die Briefe, welche abgehen sollen, werden vorgelegt, die Unterschriften vollzogen. Gegen 10 Uhr versammelt sich die Familie im Salon am Theetisch. Eine Stunde später ist Postschluß und im Allgemeinen die Zeit der Nachtruhe. Bei lebhaftem Geschäftsverkehr muß jedoch häufig ein Theil der Nacht für Arbeiten zu Hülfe genommen werden. Denn ganz „procul negotiis“ kann der Kanzler auch in Varzin nicht bleiben; dafür sorgt der geschäftige Telegraphendraht zwischen Berlin und Varzin, der die Kunde von allen wichtigen Begebenheiten sogleich ihm zuträgt.

„Politische Gespräche zwischen Berlin und Varzin“ — so erzählt ein Korrespondent der Wiener Presse — „gehen vor sich, während etwa auf des Kanzlers Tische der Gärtner verschiedene Zwiebelknollen ausgebreitet hat, von denen diejenigen Sorten ausgesucht werden, die sich für den Gemüsegarten am besten eignen. Oder der Baumeister Böckmann von Berlin entwickelt gerade seinen Plan, wie am besten der Anbau nach der Parkseite auszuführen ist, da unterbricht ihn Bismarck mit den Worten: „Einen Augenblick, ich will nur in der spanischen Sache Bescheid geben.““

Des Weidwerks pflegt Bismarck in Varzin selten, meist nur auf Schwarzwild, wenn Spurschnee ist, oder wenn die Söhne zum Besuch gekommen sind.

Fremdenbesuch ist selten in Varzin. Der Fürst will hier eben sich und seiner Familie allein leben. Es sind nur die alten, lieben Bekannten, die ihn hin und wieder besuchen, dann aber auch längere Zeit bei ihm verweilen.

Zu den lieben Genossen des Varziner Kreises gehörte früher der Geheime Legationsrath von Keudell, ein Jugendfreund der musikalischen Fürstin, deren elterliches Haus er von Köslin aus, wo er gegen Ende der vierziger Jahre als Referendar beschäftigt war, häufig besuchte. Auch in Frankfurt a. M. verkehrte Herr von Keudell viel im Bismarck'schen Hause. Bald nach der Ernennung des Letzteren zum Ministerpräsidenten wurde Keudell in das Ministerium als Personalrath berufen und machte mit Bismarck's Vetter, dem Grafen Bismarck-Bohlen (jetzt in Venedig), den böhmischen Feldzug mit. Im Sommer 1868 verweilte er zugleich mit dem Grafen Bismarck-Bohlen längere Zeit hindurch, in den folgenden Jahren zu kürzeren Besuchen in Varzin. Hier erfreute er an manchem Abend im Familienkreise durch die Vorträge Beethoven'scher Musik, deren Harmonien Bismarck so gern durch seine Seele ziehen läßt.

(Herr von Keudell wurde 1872 als Gesandter nach Konstantinopel, von dort nach Rom versetzt. Er ist seit 1870 mit des Freiherrn von Patow einziger Tochter aus erster Ehe verheirathet. Sein Haus gilt für das glänzendste und gastfreieste in Rom und für den Sammelpunkt aller Künstler.)

Ein anderer Genosse des Varziner Kreises ist der Geheime Legationsrath Lothar Bucher. Es ist ein eigenthümlicher Entwickelungsgang in dem Leben der beiden Männer, Bismarck und Bucher, durch welchen sie auf der Höhe des Mannesalters in so nahe geschäftliche und persönliche Beziehungen geführt wurden.



Vortrag im Arbeitszimmer.

Bucher ist zwei und ein halbes Jahr jünger als Bismarck (geboren den 25. Oktober 1817 zu Neustettin); er betrieb einige Jahre später als dieser seine juristischen Studien in Berlin und wurde Gerichtsassessor zu Stolpe. Die politischen Kämpfe des Jahres 1848 führten ihn in das entgegengesetzte Lager als Bismarck. Er gehörte als Abgeordneter für Stolpe zur Linken der Berliner Nationalversammlung, betheiligte sich an dem bekannten Steuerverweigerungsbeschlusse und floh aus dem Schwurgerichtssaal vor dem drohenden Gefängniß nach London. Während Bismarck als Bundestagsgesandter zu Frankfurt die für sein späteres staatsmännisches Wirken so wichtigen Erfahrungen

sammelte und sich überzeugte, daß „das Bestehende sein Ideal nicht sein könne“, studirte Bucher in London aus eigener Anschauung gründlich das englische Staatswesen und fand in den englischen Staatseinrichtungen Manches bedenklich, was er früher als nachahmungswürdig empfohlen hatte; er lernte manchen Lieblingstheorien seiner Partei entsagen und gewann für die Beurtheilung der preußischen Politik einen mehr praktischen Standpunkt. Durch seine „Londoner Briefe“, welche die Nationalzeitung veröffentlichte, sowie durch die Berichte, welche er zur Zeit der ersten Pariser Ausstellung (1855) für dasselbe Blatt verfaßte, erwarb er sich den Ruf eines politischen Journalisten ersten Ranges; aber diese Artikel nahmen bei aller Schärfe und Klarheit des Urtheils doch eine solche Färbung an, daß manche seiner früheren Parteigenossen die Köpfe schüttelten und daß die Nationalzeitung einigen die Aufnahme versagte. Bucher legte die von ihm gewonnenen Anschauungen in einer Schrift nieder: „Der Parlamentarismus wie er ist“, in welcher er die Schwächen und Gefahren der Parlamentsherrschaft rückhaltslos darlegte. Die „neue Aera“ in Preußen brachte Bucher die Amnestie und die Freiheit der Rückkehr in sein Vaterland. Er wünschte jetzt, in seiner Heimat als Rechtsanwalt thätig zu sein, aber die politischen Ereignisse führten ihn wieder auf die öffentliche Bühne.

Es gehört zu den großen Verdiensten des Kanzlers, daß er bei der Anstellung hoher Beamten im Staatsdienste sich niemals an Vorurtheile bindet, daß er den Menschen nach seinem wahren Werthe zu schätzen und für den rechten Mann den rechten Platz zu finden weiß. Er fragt nicht: „Welcher Partei gehörst du an?“ — sondern: „Wie dienst du am besten dem Vaterlande?“ Dieser Eigenschaft verdankt das Land das Wirken einer großen Anzahl von tüchtigen und ausgezeichneten Kräften in den hervorragendsten Staatsämtern.

Auf eine Bewerbung Bucher's um eine Rechtsanwaltstelle machte Bismarck ihm den Vorschlag, versuchsweise in dem Ministerium des Auswärtigen zu arbeiten (Dez. 64). Nach einem Jahre wurde er definitiv angestellt und ist seitdem zum Geheimen Legationsrath aufgestiegen.

Er ist es, der dem Kanzler gewöhnlich in sein ländliches Stillleben nach Varzin folgt, zuweilen sein einziger Begleiter. Beiden sind jene Gegenden heimatlich lieb. Vielleicht knüpft sich für den ehemaligen Stolper Gerichtsassessor an das benachbarte Stolpe manche ähnliche liebliche Jugenderinnerung, wie für Bismarck an das stille Reinfeld. Aber die Menschen und Zeiten wechseln; andere Saiten klingen in der Brust des Jünglings und in der des gereiften Mannes. Wohl Dem, der aus flüchtigem Jugendtraum das Gold der Wahrheit für das Leben rettet! —

Auch aus der Ferne sah Varzin schon hohe Gäste, wie (im Sommer 1869) den württembergischen Staatsminister Freiherrn von Varnbüler und in späterer Zeit den deutschen Botschafter aus Paris, Fürsten Hohenlohe. Der Dichter der „Varzinas“ schildert den Besuch des Ersteren in launigen Strophen:

„Edle Gäste, hohe Gäste,
Ferne Gäste aus dem Südland,
Weit dahinten über'm Mainstrom,
Seltne Gäste zu empfangen,
Rüstet prächtig sich Varzin.

Dienerschaft in weißen Binden,
Reinlich sehr und zweifelsohne,
In Glacé's und feinem Spitzrock,
Harret an des Hauses Pforten,
Festlich zum Empfang bereit.

Ha! sie nahen; ha! sie kommen,
Edle Gäste aus dem Südland,
Und voran mit hohem Schritte
Prangend Signor Varnbulero,
Er des Suevenreiches Stolz.

Sittig grüßend spricht der Hausherr:
„Seid willkommen, lieber Vetter!
Reicht mir Eure biedre Rechte,
Zwar sie schrieb uns manches Unheil,
Doch verweht sind Zorn und Schmerzen,
Denn „wir sind ja deutsche Brüder,
Nur, wir wußten's nicht bisher!““

Wie in Schönhausen, so genießt Bismarck auch in Varzin die Verehrung und das Vertrauen der Dorfbewohner in hohem Grade. Der Anblick der treuen, ehrlichen Gesichter ist ihm wohlthuend und der schlichte Gruß des Landmanns wird von ihm herzlich erwiedert. Er unterhält sich freundlich mit den Leuten über ihre häuslichen Verhältnisse, giebt ihnen Rathschläge für die Bewirthschaftung ihrer Felder und hat auch wol Manchem schon aus der Noth geholfen. Unter den Dorfleuten lebt noch die „alte Gräfin“, die Mutter des früheren Besitzers, durch ihre Wohlthätigkeit und Leutseligkeit in dankbarer Erinnerung. Dieser Segen, der sich an das Walten edler Frauen knüpft, ist im Dorfe auch unter der neuen Herrschaft geblieben, und es ist, als ob man an den freundlichen Sitten, der gutmüthigen Weise der Leute die Spuren dieses Einflusses erkännte. Wo aber Unfug und Ungebühr hervortreten, da läßt es Bismarck auch an einer derben Lektion nicht fehlen.

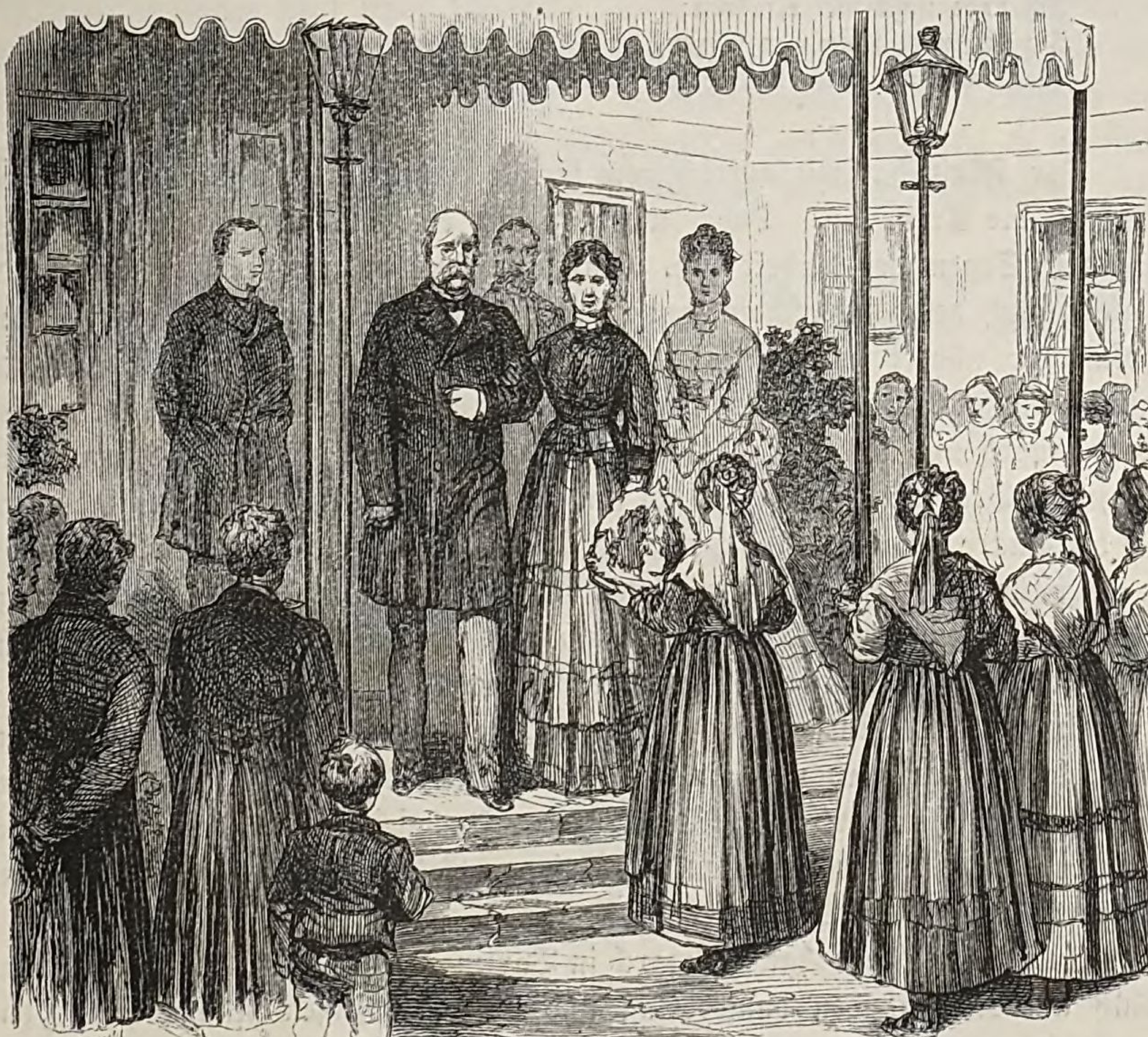
Eines Tages gewahrte er beim Spazierritt in Begleitung eines Gastes ein paar Dorfbuben, die in den Zweigen seiner Obstbäume saßen, dort nach Herzenslust plünderten und in den verbotenen Früchten schwelgten. Plötzlich sahen sie aus der Ferne die drohend erhobene Reitgerte des Kanzlers, kletterten mit „affenhafter Geschwindigkeit“ von den Bäumen und nahmen Reißaus über die Felder, — Bismarck hinterdrein hatte mit einigen Sätzen seines großen Fuchses die fliehenden Missethäter eingeholt und brachte seine Reitgerte in

unsanfte Berührung mit ihren Rücken. „Es ist nicht wegen des Diebstahls", erläuterte er dabei; „es ist wegen des Ausreißens, weil Ihr mir altem Manne die Mühe macht, Euch nachzujagen!" — Seitdem sind die Obstbäume von Varzin sicher vor der Plünderung der Dorfjugend.

Wol bei keiner Veranlassung tritt das Verhältniß der Herrschaft zu den Dorfleuten anmuthender hervor, als bei Gelegenheit des Erntefestes, der sogenannten „Aust". Während noch unter den regsamen Händen der Schnitter die Garben sich thürmen und Wagen auf Wagen, schwer beladen mit den Früchten des ländlichen Fleißes, zum breiten Thore der Scheune hineinschwankt, halten bereits die Mägde auf dem Felde Zwiesprache, welche von ihnen heuer zu der Ehre kommen wird, der Herrschaft die Erntekrone zu überreichen. Der Hofmeister, d. h. die mit der Aufsicht der Dienstleute auf dem Hofe betraute Person, hat unterdessen im Stillen Erkundigungen eingezogen und wählt ein ordentliches, fleißiges Mädchen von gutem Ruf und einigem Ansehen unter ihres Gleichen zur Ehrenjungfrau. Sie stellt gleichsam die Ehre des Dorfes dar, die in der treuen Arbeit beruht. Vor den Hausthüren treffen sich Abends die Mägde und überlegen die Verse, welche die Jungfer bei Ueberreichung des Kranzes zu sprechen hat. Einige haben von früheren Erntefesten her noch ein paar Reimsprüche im Gedächtniß behalten, die auch für dieses Jahr zurecht gemacht werden; neue Verse werden dazu ersonnen und angehängt. Das Ganze wird zuletzt vom Schulmeister korrigirt.

Endlich ist der Festtag herangekommen. Unter den fröhlichen Klängen der Dorfmusik, die von einem ehemaligen Trompeter der Blücher'schen Husaren dirigirt wird, setzt sich der Zug die Dorfstraße hinab nach dem Gutshofe in Bewegung. Auf einer hohen Stange trägt die Ehrenjungfrau die aus Aehren geflochtene, mit bunten Bändern und Schleifen verzierte Erntekrone wie eine Standarte voran. Dann folgen paarweise die Mägde und Burschen in ihrem Sonntagsstaat. Die Ersteren führen mit bunden Bändern geputzte Rechen auf der Schulter und Kränze von Feldblumen im Haar. Die Burschen schwingen im Vorgefühl der Festfreude schon unterwegs jauchzend ihre bebänderten Hüte. Auf dem Gutshofe wird im Halbkreise, die offene Seite nach dem Schlosse, Aufstellung genommen. Der Fürst, die Fürstin, Gräfin Marie, gewöhnlich auch einer der Söhne, erscheinen auf der Freitreppe, von einem dreifachen Tusche der Dorfmusik und mit fröhlichem Schwingen der Hüte begrüßt. Darauf tritt die Sprecherin mit der Erntekrone vor. Es ist ein hübsches junges Mädchen mit blonden Haaren und blauen Augen, aus denen sie munter und unbefangen ihre Herrschaft anblickt. Sie weiß nichts von dem mächtigen Kanzler, sie kennt nur den gnädigen Herrn, dem Jedermann im Dorfe die größte Verehrung zollt. Deshalb spricht sie zwar mit etwas pochendem Herzen, aber dreister und freier als irgend ein Abgeordneter auf der Reichstagstribüne, ihre Verse her, in welchen sie jedem Familiengliede ihre besonderen Wünsche darbringt:

„Ich wünsche Seiner Durchlaucht ein schwarzbraunes Pferd,
Damit er kann reiten durch Feuer und Schwert,
Und einen Degen in seine Hand,
Damit er kann kämpfen fürs Vaterland;
Ich wünsche Seiner Durchlaucht einen grünen Tannenwald,
Darin er kann spazieren fahren sein Lebelang. —



Erntefest in Varzin.

Ich wünsche Ihrer Durchlaucht ein hohes Haus,
Auf allen Fünken bauen die Vögel sich Nester darauf,
Von Rosen das Dach, von Myrthen die Thür,
Von Gold und Silber ein Riegel dafür;
Ich wünsche Ihrer Durchlaucht einen Rosengarten,
Damit sie kann viele Freude von ihren Kindern erwarten. —
Ich wünsche der gnädigen Comtesse ein goldnes Lineal,
Aufs andere Jahr einen hübschen jungen General;
Ich wünsche der gnädigen Comtesse einen Kranz von Rosen und Nelken,
Damit ihre Schönheit kann niemals verwelken. —
Ich wünsche dem jungen Grafen Bill das grüne Kraut,
Aufs andere Jahr eine hübsche junge Braut,
Dazu eine grüne Atlasweſt',
Damit er seine Braut nicht verläßt. —

Dieser kurze Wunsch ist aus,
Der Segen Gottes komme ins herrschaftliche hohe Haus.
Jetzt setz' ich ab den Kranz
Und gehe hin zum Tanz
Und denke an die Fröhlichkeit,
Jedes Ding hat seine Zeit.
Ich bin noch jung von Jahren,
Ich habe nicht viel erfahren;
Ich bin noch jung von Ehren,
Was ich nicht weiß, das werd' ich noch lehren." —

Der Fürst hat mit aufrichtigem Ernste freundlich zugehört und nimmt dankend die Krone an. Dabei weist er mit einigen ermunternden Worten auf den Segen der Arbeit hin. Dann eröffnet er mit der Ehrenjungfrau sogleich auf dem Schloßhofe den Tanz, wozu die Musik aufspielt. Der Hofmeister nähert sich mit ehrfurchtsvoller Verbeugung der Fürstin und bittet gleichfalls um die Ehre des Tanzes, welche ihm auch in Form eines Rundganges um den Schloßhof bewilligt wird. Auch die Gräfin Marie und der junge Graf Bill betheiligen sich am Tanze. Im bunten Reigen schwingen sich die Paare. Nachdem die Herrschaft sich zurückgezogen, wird der Tanz noch in einer für diesen Zweck eingerichteten Remise fortgesetzt. Für die Bewirthung mit einem guten Bier und kräftigen Imbiß ist reichlich Sorge getragen. Noch lange dauert das ländliche Fest in ungebundener Fröhlichkeit fort.

Am frühen Morgen des anderen Tages sind wieder alle Hände in Thätigkeit. Hier wird noch ein Wagen entladen, dort hört man die Schläge der Dreschmaschine und das Klappern der Flachsschwingen, dort sieht man schon den Rauch der Kartoffelfeuer aufsteigen. Bismarck reitet über die kahlen Stoppelfelder.

Auch trübe Tage hat Bismarck in Varzin gesehen. Als er im Sommer 1868 am Nervenleiden daniederlag und seine schlaflosen Nächte hatte, da brachte seine Gemahlin manche sorgenvolle Stunde an seinem Lager zu. Dann kam jener unglückliche Sturz mit dem Pferde — gerade am Geburtstag seiner Tochter, der Gräfin Marie (21. August), — der den kaum Genesenen von Neuem auf das Krankenlager warf. Wie richteten sich da besorgt die Blicke nach Varzin, und welche Freude war allerorten, als die Nachrichten von dort endlich besser lauteten! Schon begann das Wort Bismarck's sich zu bewähren, daß er noch einmal der populärste Mann in Deutschland sein würde.

Eine schwere und gefährliche Nervenkrankheit befiel Bismarck im Juni 1870, als er nach den anstrengenden Sitzungen im Reichstag und Landtag in Varzin Erholung suchte. Seine Wiedergenesung fiel gerade in die Zeit, als Deutschland dringender als je seines Rathes und Beistandes gegen den äußeren Feind bedurfte.

So oft Bismarck nach Varzin geht, verlautet in den Zeitungen von großen

Staatsaktionen, die sich vorbereiten, und die Sage dichtet ihm eine geheimnißvolle, wunderbare Thätigkeit daselbst an, — nicht mit Unrecht; denn die Ruhe in Varzin ist für ihn das Athemschöpfen zu neuer Kraftanstrengung. Der Geist, dessen Spannkraft unter der fortwährenden Last der Staatsgeschäfte nachlassen müßte, findet hier in der Ruhe zugleich neue Gesichtspunkte, große Ziele. In Bismarck's Natur liegt jenes treibende Vorwärts, jener rastlose Schöpfungsdrang, der ihn selbst auf dem Krankenlager ausrufen läßt: „Schickt mir nur keinen Sekretär, sonst arbeite ich doch!" — Auch wenn er, vom Schlafe gemieden, von seinem Lager aufbricht und, achtlos auf den Pfad, in die stille Waldnacht hinausschreitet, dann ist es der Genius des deutschen Volkes, den seine Gedanken suchen.

Ungern scheidet Bismarck von dem Stillleben in Varzin, wo jedes Plätzchen ihm heimatlich lieb geworden und „eine Dryas lebt in jedem Baum".

„Wol fleht ihn schmeichelnd die Najade:
«O weil' noch an des Waldes Schwell',
Und netz' die Brust im Aetherbade,
Am wunderthät'gen Himmelsquell,
Und streif' beglückt durch Wald und Triften
Und freue Dich am Jägerhorn:
Fern von der Städte Staubeslüften
Quillt Dir nur der Genesung Born!

Hier spenden düftereiche Tannen
Dir zauberfrische Jugendkraft,
Der Sorge Fittig rauscht von dannen,
Dich labt der Traube Wundersaft —
Nur schmeichelnd kosen lose Winde
Dir keck um des Gewandes Saum,
Und aus dem Laubgezweig der Linde
Herrauscht Dir leis ein Jugendtraum!

Hier schwirrt ob Deinem Haupt der Reiher —
Von ferne klingt des Meeres Lied,
Und auf des Parks krystallnem Weiher
Der Silberschwan die Kreise zieht; —
Allüberall lacht Ruh' und Frieden,
Ein ewiggleiches Götterglück» — —"

Und doch, wie lockend der Gesang der Najade zu seinem Herzen klingen mag, ihn rufen andere Stimmen, denen er folgen muß; er folgt dem Ruf der Pflicht fürs Vaterland.

Still ists um das alte Herrenhaus, zwischen Wolken und Wipfeln wandelt der Mond, die weißen Statuen im Park leuchten in seinem Schimmer. In den Waldeskronen rauscht es leise, wie wehende Runensprüche, und die alten Eichen stehen wie träumende Helden. Ueber den Wiesen brauen die Nebel, aus dem

schwankenden feuchten Meere heben sich geisterhafte Gebilde. Ist's nicht ein wallender Mantel dort um eine reckenhafte Gestalt mit Scepter und Kaiserkrone? — Ist's nicht ein Weib mit langem, wehendem Haar, weit vorgebeugten Leibes, das immer höher, immer mächtiger sich emporrichtet, die Linke gestützt auf den Schild, in der Rechten das flammende Schwert? — — Traumbilder sind's, Gebilde der Phantasie, sie erhalten aber Leben und Bedeutung durch Den, der sie blickt.





Vorposten an der Saar (Juli 1870).

Achtzehntes Kapitel.

Von Varzin bis Sedan.



Entzwei und gebiete, —
Tüchtig Wort!
Verein' und leite, —
Beſſ'rer Hort!

Goethe.

So weit die deutſche Geſchichte zurückreicht, ſo alt iſt das Streben des franzöſiſchen Nachbarreiches, die Macht Deutſchlands zu ſchwächen und ſich ſelbſt auf Koſten derſelben zu erheben. Die Dynaſtien und Regierungsformen haben in Frankreich oft gewechſelt, aber zu allen Zeiten hat das letztere Deutſchland gegenüber dieſelbe habſüchtige und ränkevolle Politik befolgt. Immer ſtreckten ſeine Machthaber begierig die Hände nach den geſegneten Uferländern des Rheines aus, von denen man im Mittelalter mit Recht behauptete, daß in ihnen vorzugsweiſe die „Kraft des Reiches" liege.

Schon neunhundert Jahre bevor unſere Heerſcharen das letzte Mal vor der franzöſiſchen Hauptſtadt erſchienen, hatte Kaiſer Otto II. deutſche Krieger desſelben Weges geführt, um den König von Frankreich für ſeinen argliſtigen Einfall in Lothringen zu ſtrafen. Das Halleluja, welches er ſeine Geiſtlichen

und Kriegsleute auf dem Montmartre anstimmen ließ, versetzte die Bewohner von Paris in Angst und Schrecken (978).

Während des hundertjährigen Krieges zwischen Frankreich und England kamen zu verschiedenen Malen — einmal sogar (1444) unter des Dauphins Ludwig Führung — die zuchtlosen und räuberischen Haufen der Armagnacs oder Armen Gecken wie eine Heuschreckenplage über das Elsaß und den Sundgau und verbreiteten dort die seitdem so oft wiederholte Lügenphrase, daß „der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs" sei.

Die Reformationskriege boten den französischen Königen mehrmals günstige Gelegenheit zur Einmischung in die inneren Streitigkeiten Deutschlands. König Franz I. verband sich bald mit den protestantischen deutschen Fürsten, bald mit dem Papst und Sultan zugleich, um die Macht Kaiser Karl's V. zu brechen. Seinem Sohne Heinrich II. gelang es durch dieselbe treulose Politik und die Unterstützung des abtrünnigen Moritz von Sachsen, die deutschen Bisthümer Metz, Tull und Wirten an sich zu reißen (1553).

Die beiden bedeutendsten Staatsmänner Frankreichs, der gewaltthätige Richelieu und der verschlagene Mazarin, haben ihre Popularität in Frankreich vorzugsweise ihrer Deutschland gegenüber beobachteten Politik zu danken. Jener verstand es, während des unseligsten Krieges, der Deutschland verwüstete, — um mit des englischen Geschichtschreibers Carlyle Worten zu reden, — „den letzten Aschenhaufen so fleißig und so lange aufzustören, bis Deutschland zur äußersten Ruine eingeäschert war"; Mazarin aber benutzte das schwere Unglück Deutschlands, um beim Westfälischen Friedensschlusse den größten Theil des Elsaß als Beute an Frankreich zu bringen (1648).

Der vierzehnte Ludwig vervollständigte die Wegnahme des Elsaß durch die schmählichen Reunionen und den Raub der alten Reichsstadt Straßburg (1681) und schändete sein Andenken durch die Billigung der Kriegsgreuel und Verwüstungen, die seine Heere unter Louvois, Melac und Anderen während seines dritten Raubkrieges in den blühenden deutschen Grenzlanden am Rhein vollführten (1689).

Auch in den Kriegen Friedrich's des Großen gegen Oesterreich suchte Frankreich aus seiner Einmischung Vortheil für sich zu ziehen; aber die Siege Friedrich's vereitelten alle französischen Eroberungspläne, so daß Frankreich dieses Mal beim Friedensschlusse leer ausging (1763).

In den Kriegen, welche die Französische Revolution hervorrief, verschaffte die Eifersucht der beiden verbündeten Mächte Preußen und Oesterreich, sowie die klägliche Verfassung des Reichs, den Franzosen die Befriedigung ihrer Rheingelüste (1795). Napoleon I. konnte nach Besiegung Oesterreichs und Preußens und nach Ausdehnung seiner Macht als Protektor des Rheinbundes über einen großen Theil von Deutschland davon träumen, die alte Macht der Frankenkaiser in seiner Dynastie zu erneuern. Der nationale Geist in Deutschland, durch

Preußen mächtig geweckt, widerstrebte der Vergewaltigung durch den fremden Usurpator und schüttelte in den Befreiungskriegen das Joch der Fremdherrschaft von sich. Aber selbst nach dem glorreichen Ausgange dieser Kriege waren die deutschen Staatsmänner zu zaghaft, die deutsche Nation zu bescheiden, um die Rückgabe der in früherer Zeit geraubten Lande von Frankreich zu fordern. Ohne die Schutzwehr der alten deutschen Festungen Metz, ehemals „des Reiches westliches Horn" genannt, und Straßburg, der „Königin des Oberrhein", blieb die deutsche Grenze an der Mosel und am Oberrhein den französischen Einfällen geöffnet und erregte fortdauernd die bösen Gelüste des Nachbarvolkes. Schon damals rief Gneisenau in patriotischem Zorne: „Frankreichs Integrität soll gewahrt werden, das heißt, die unruhige französische Nation soll ewige Freiheit haben, zwischen ihren Festungen heraus Ausfälle auf ihre schwachen Nachbarn zu thun, und wenn solche durch einen für Deutschland außerordentlich günstigen Glücksfall nicht gelingen, so geht sie auf ihr Gebiet zurück; das heißt, sie zu ewig wiederkehrenden Kriegen reizen, denn sie hat ja keine Gefahren einigen Verlustes ihres Gebietes zu bestehen, wohl aber beim Gelingen die Aussicht auf Eroberungen."

Nach zwei Staatsumwälzungen in Frankreich (1830 und 1848) trat Napoleon III. die Erbschaft seines Oheims an, und im zweiten Jahrzehnt seiner Regierung schien Frankreich auf einer Höhe der Macht und des Ansehens zu stehen, die es seit einem halben Jahrhundert nicht eingenommen hatte. Das Land war gut verwaltet und in fortschreitendem Wohlstande. Die unter Napoleon's eigenem Antrieb glänzend neugebaute Hauptstadt war nicht blos der Mittelpunkt der Bildung Frankreichs, sondern sie gab in Beziehung auf Wohlleben, Luxus und Mode den Ton für die vornehme Welt an. Zu zwei Malen (1855 und 1867) sah man in Paris die Vertreter des gewerblichen Lebens und die industriellen Erzeugnisse der Welt vereinigt. Die Tuilerien beherbergten die Monarchen Europa's als ihre Gäste. Die Armee schwelgte in dem Ruhme zweier glücklich beendigter Kriege. Auf die Neujahrsreden Napoleon's lauschte die Diplomatie Europa's, und die Toiletten und gesellschaftlichen Gewohnheiten der Kaiserin Eugenie wurden in allen Salons der vornehmen Welt nachgeahmt.

In den Vorzimmern des Kaisers begegneten sich die Staatsmänner Europa's, neugierig, seine politischen Pläne zu erfahren. Insbesondere bewarben sich die Minister der deutschen Mittelstaaten um seine Gunst und bestärkten ihn dadurch in dem Glauben, daß er eine Mission in Deutschland zu erfüllen habe. Bismarck war — wie unsere Leser sich aus einem früheren Kapitel erinnern werden (vgl. Seite 188), — um Ostern 1857, also ungefähr ein Jahr nach Beendigung des Krimkrieges, mit einem Auftrage des Königs Friedrich Wilhelm IV., der sich auf die Angelegenheit von Neufchatel bezog (vgl. Seite 175), nach Paris gesandt worden. Hier traten zum ersten Male die Versuchungen des Kaisers Napoleon an ihn heran.

Am 5. März (1857) waren die Konferenzen zur Schlichtung des zwischen Preußen und der Schweiz ausgebrochenen Streites eröffnet worden. Der Kaiser, über die Vorgänge in Berliner Hof- und Regierungskreisen stets wohl unterrichtet, wußte offenbar, daß der König mit Bismarck auf vertrauterem Fuße stand als mit anderen Gesandten, ihn mehrmals als Ministerkandidaten ins Auge gefaßt und einmal das bestimmte Verlangen gestellt hatte, daß er Minister des Auswärtigen werden, Herr von Manteuffel das Präsidium behalten und dazu das Finanzministerium übernehmen sollte, — eine Kombination, welche den Beifall weder des Herrn von Manteuffel noch des Herrn von Gerlach gefunden hatte. Der Kaiser, der dies Alles wußte, ließ Herrn von Bismarck zu sich in die Tuilerien bitten. Er hatte in dem Neufchateler Handel ein großes Entgegenkommen gegen Preußen an den Tag gelegt, und das zum Theil deswegen erreichte Verständniß mit der Schweiz hatte die Aufträge des Herrn von Bismarck erledigt. Unabhängig von diesen abgemachten Händeln, aber augenscheinlich in der Voraussetzung, daß er für seine Haltung auf ein Entgegenkommen Preußens in anderen Dingen zu rechnen habe, setzte der Kaiser seinem Gaste auseinander, wie ungerecht es sei, ihn zu beschuldigen, daß er nach der Rheingrenze strebe. Das linksrheinische deutsche Ufer mit etwa drei Millionen Einwohnern würde für Frankreich eine unbequeme, unhaltbare Grenze sein; die Natur der Dinge werde Frankreich dahin treiben, auch Luxemburg, Belgien und Holland zu erwerben oder doch in eine entschiedene Abhängigkeit zu bringen. Das Unternehmen hinsichtlich der Rheingrenze werde daher Frankreich früher oder später zu einer Vermehrung von zehn bis elf Millionen thätiger, wohlhabender Einwohner führen. Eine solche Vermehrung der französischen Macht werde von Europa unerträglich befunden werden, — „devrait engendrer la coalition", werde schwerer zu behalten, als zu nehmen sein, — „un dépôt que l'Europe un jour viendrait reprendre"; eine solche an Napoleon I. erinnernde Prätension sei für die gegenwärtigen Verhältnisse zu hoch; man werde sagen, Frankreichs Hand sei gegen Jedermann, und deshalb werde Jedermanns Hand gegen Frankreich sein. Vielleicht werde er unter Umständen zur Befriedigung des Nationalstolzes „une petite rectification des frontières" verlangen, könne aber ohne solche leben. Wenn er wieder eines Krieges bedürfen sollte, würde er denselben eher in der Richtung nach Italien suchen. Einerseits habe dieses Land doch immer eine große Affinität mit Frankreich, andererseits sei das letztere an Siegen zu Lande schon reich genug. Eine viel pikantere Befriedigung würden die Franzosen in einer Ausdehnung ihrer Seegrenze finden. Er denke nicht daran, das Mittelmeer gerade zu einem französischen See zu machen, „mais à peu près". Der Franzose sei kein Seemann von Natur, sondern ein guter Landsoldat, und eben deshalb seien Erfolge zur See ihm viel schmeichelhafter. Dies allein sei das Motiv, welches ihn hätte veranlassen können, zur Zerstörung der russischen Flotte im

Schwarzen Meere zu helfen, da Rußland, wenn dereinst im Besitz eines so vortrefflichen Materials, wie die griechischen Matrosen, ein zu gefährlicher Rival im Mittelmeere werden würde. (Herr von Bismarck hatte den Eindruck, daß der Kaiser in diesem Punkte nicht ganz aufrichtig war, daß ihm die Zerstörung der russischen Flotte leid that und daß er sich nachträglich eine Rechtfertigung für ein Unternehmen zurecht machte, in das er, wie England in den Krimkrieg nach dem Ausdruck seines auswärtigen Ministers, „wie ein steuerloses Schiff hineingetrieben" war.) Als Ergebniß eines solchen Krieges denke er sich ein Verhältniß der Intimität und Abhängigkeit Italiens zu Frankreich, vielleicht die Erwerbung einiger Küstenpunkte. Zu diesem Programm gehöre nothwendig, daß Preußen ihm nicht entgegen sei. Frankreich und Preußen seien auf einander angewiesen; er halte es für einen Fehler, daß Preußen 1806 nicht, wie andere deutsche Mächte, zu Napoleon gehalten hätte. Es müsse für Preußen wünschenswerth sein, sein Gebiet durch die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogthümer zu konsolidiren. Für eine solche Kombination sei es aber erforderlich, daß Preußen seine Marine verstärke. Es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die durch Vereinigung ihrer Streitkräfte mit der französischen das jetzt erdrückende Uebergewicht Englands aufhöben. Eine Gefahr für sie selbst und für das übrige Europa könne darin nicht liegen, weil sie sich ja zu einseitig egoistisch-französischen Unternehmungen nicht hergeben würden. Zunächst wünsche er, sich der Neutralität Preußens zu versichern für den Fall, daß er mit Oesterreich in Krieg geriethe. Herr von Bismarck möge den König über dieses Alles sondiren.

Bismarck antwortete, er sei doppelt erfreut, daß der Kaiser diese Andeutungen gerade ihm gemacht habe, einmal, weil er darin einen Beweis von Vertrauen sehen dürfe, und zweitens, weil er vielleicht der einzige deutsche Diplomat sei, der es über sich nehmen würde, diese ganze Eröffnung zu Hause, auch seinem Souverän gegenüber, zu verschweigen. Er bäte den Kaiser dringend, sich dieser Gedanken zu entschlagen; es läge außer aller Möglichkeit, daß der König Friedrich Wilhelm IV. auf dergleichen einginge; eine ablehnende Antwort sei unzweifelhaft, wenn demselben die Eröffnung gemacht würde. Dabei bleibe im letzteren Falle die große Gefahr einer Indiskretion, einer — gar nicht übel gemeinten — vertraulichen Aeußerung darüber, welchen großen Versuchungen Preußen widerstanden habe. Wenn irgend eine andere deutsche Regierung in die Lage versetzt würde, über dergleichen Aeußerungen nach Paris zu berichten, so werde das für Preußen so werthvolle gute Vernehmen mit Frankreich gestört werden. „Vous vous embourberiez!" sagte Bismarck (etwa: „Sie würden in Sumpf gerathen und stecken bleiben!").

Der Kaiser fand diesen selten gebrauchten Ausdruck sehr richtig und anschaulich und wiederholte ihn. Die Unterredung schloß damit, daß er Herrn von Bismarck für diese Offenheit seinen Dank aussprach.

Der Leser wolle bemerken, daß sieben Vierteljahre später der bekannte Neujahrsgruß an den österreichischen Gesandten erfolgte.*)

Das Warnungswort Bismarck's „Vous vous embourberiez!“ sollte nur zu bald seine thatsächliche Bestätigung finden. An den glänzenden Säulen des Kaiserthums nagte der Wurm; bei aller Kultur herrschte doch sittliche Fäulniß, bei aller „gloire“ Ueberhebung und Selbstverblendung, bei aller Bigotterie Mangel an lebendigem Glauben. Hierzu kamen die inneren Widersprüche des Napoleonischen Regierungssystems. Auf dem Grundsatze der Volkssouveränetät beruhend und in seiner Verfassung alle Volksrechte und Freiheit gröblich mißachtend, nach seinem Ursprunge demokratisch und in seinem Wesen der schroffeste Absolutismus, mit der Devise vor der Stirne: „Das Kaiserthum der Friede!“ und getränkt mit dem Blute zweier theatralischer Kriege für „gloire“ und „prestige“, konnte dieses Kaiserthum seine inneren Gebrechen um so weniger verbergen, je mehr es ihm in seiner äußeren Politik an glänzenden Erfolgen zu fehlen begann.

Schon in Italien hatte Napoleon sein Programm „Frei bis zur Adria!“ nur halb zu erfüllen vermocht. Die Bedingungen des Züricher Friedens blieben unausgeführt, und Napoleon mußte es geschehen lassen, daß Garibaldi und Cavour die italienischen Fürstenthrone stürzten und für den König Victor Emanuel den Einheitsstaat schufen. Die Annexion von Savoyen und Nizza sollte vor den Augen der französischen Nation die klägliche Rolle verdecken, welche der Kaiser in der italienischen Angelegenheit spielte. Als Garibaldi später durch seinen kühnen Freibeuterzug dem neuen Königreiche die Hauptstadt Rom erkämpfen wollte, da mußten schon die „Wunder der Chassepotgewehre“ bei Mentana helfen, um den heiligen Vater in seinem weltlichen Besitze zu schützen.

Die Intervention zu Gunsten Polens, die Kongreßidee scheiterten. Das verfehlte Unternehmen in Mexiko erschütterte den Glauben an das Glück des Cäsar. Auf das Gebot von Washington mußte der Kaiser seine Armee über den Atlantischen Ozean zurückziehen; das tragische Ende des von ihm seinen Gegnern überlassenen Maximilian von Habsburg warf einen finsteren Schatten auf das Kaiserthum.

Der Ausbruch des deutschen Krieges kam ihm zu früh, ja fast überraschend, und die schnellen Waffenerfolge Preußens lagen völlig außer seiner Berechnung. Vergeblich suchte Napoleon zum Lohn für seine wohlwollende Neutralität ein neues „Savoyen“, eine Grenzberichtigung an der Saar, von Preußen zu erlangen, um der nationalen Eitelkeit zu schmeicheln; seine ungeschickten Kompen-

*) Dreizehn Jahre lang war von dieser Unterredung kein Wort über die Lippen Bismarck's gekommen. Erst in einer der langen Winternächte in Versailles wurde sie einem hohen Herrn erzählt und von einem Begleiter des Fürsten aufgezeichnet, dem der Verfasser sie verdankt.

sationsforderungen wurden abgewiesen. In der von ihm ins Leben gerufenen Luxemburger Frage vermochte er gleichfalls kaum den Schein einer diplomatischen Niederlage von sich abzuwenden. Immer drohender erhob die Opposition im Innern ihr Haupt.

Napoleon empfand die Nothwendigkeit, Etwas zu thun, um sein Ansehen vor der Nation zu heben und seine Dynastie zu befestigen. Er erkannte, daß das beste Mittel zu diesem Zwecke in der Erfüllung des alten Lieblingswunsches der Franzosen, der Erwerbung der Rheingrenze für Frankreich, bestünde, und er hatte keine sittlichen Bedenken, die Nation für diesen Zweck in den Krieg zu stürzen; aber er wußte, daß der Krieg gegen Deutschland, dessen glückliche Durchführung die Krönung seiner auswärtigen Politik bilden sollte, im unglücklichen Falle ihm den Thron kosten könne. Deshalb verschob er in böser Vorahnung den verhängnißvollen Entschluß von Jahr zu Jahr und versuchte immer noch auf andere Weise, den leitenden Minister Preußens in seine Pläne hineinzuziehen. Hätte er auch nur über die Abtretung eines Dorfes, eines schmalen Landstreifens mit diesem zähen Kanzler sich verständigen können, um die öffentliche Meinung zu befriedigen, wär' es ihm auch nur möglich gewesen, den moralischen Beistand Preußens zur Besitzergreifung Belgiens zu erlangen; — er würde vom Kriege Abstand genommen und Preußen lieber als Verbündeten denn als Gegner gesehen haben. Daher das Zögern und Schwanken in seiner Politik und der wachsende Einfluß der Kaiserin Eugenie.

In den Kreisen dieser bigotten Frau wurde ein romantischer Plan genährt, welcher darauf hinauslief, das wankende Cäsarenthum durch den Beistand der Kirche zu stützen und mit ultramontaner Weihe zu umgeben. Bereits wurden in Rom die geheimnißvollen Vorbereitungen zu dem Konzil getroffen, welches die neuen Lehrsätze der katholischen Kirche verkünden sollte. Unter dem Segen des für unfehlbar erklärten Papstes sollten die katholischen Mächte Europa's sich zum Schutze der Kirche verbinden. Mit dem Triumphe der alleinseligmachenden Kirche und des unfehlbaren Papstes sollte der Sieg der großen Nation und ihres Oberhauptes über das protestantische Preußen Hand in Hand gehen; Rom und Paris sollten die Metropolen der Welt werden, um welche die Menschheit wie um ihre Achsen sich zu drehen hätte.

Durch jesuitische Agenten wurde dieser Plan an allen Höfen auf das Eifrigste betrieben und unter der Bevölkerung Süddeutschlands der Haß gegen Preußen geflissentlich geschürt. Gedruckte und telegraphirte Lügen wurden in Umlauf gesetzt, um die Bismarck'sche Politik zu verdächtigen. Die Agitationen der Welfen und ihres Anhangs fanden durch Frankreich die kräftigste Unterstützung und Förderung; auf französischem Boden sammelte sich die welfische Legion, eine Art Avantgarde gegen Preußen. Die Presse stimmte das Kriegsgeschrei „Revanche für Sadowa!" an und der schwache Kaiser that nichts, um dasselbe zu dämpfen.

Der Plan der Ultramontanen erlitt indessen eine Störung durch den Ausbruch der Revolution in Spanien und die Vertreibung der Königin Isabella (Sept. 1868), mit welcher die Kaiserin Eugenie in lebhafter Verbindung gestanden hatte. So unerwünscht kam dieses Ereigniß den Führern jener Partei, daß sogar die Fabel erfunden ward und Glauben fand, Graf Bismarck habe die spanische Revolution mit Geld unterstützt und eigentlich hervorgerufen.

Auch in Betreff der Betheiligung Oesterreichs an diesem Plane mochte man in Frankreich billige Zweifel hegen, so lange dem kriegs- und revanchelustigen Freiherrn von Beust der friedliebende ungarische Minister Graf Andrassy das Gleichgewicht hielt. Die Kriegspartei in Frankreich verlor für einige Zeit an Boden; nur in der Presse dauerte das Aufhetzen gegen Preußen fort.

Gegen Ende des Jahres 1869 machte Napoleon noch einen Versuch, seine Dynastie zu stützen, indem er ein Ministerium aus den Reihen der Opposition wählte und eine neue, liberale Aera des Kaiserthums einzuleiten suchte. Dem eiteln, schlangenglatten Ollivier wurde der rücksichtslose, prahlerische Herzog von Gramont beigesellt, um die Geschicke Frankreichs zu leiten. Die Nation wurde aufgefordert, die neuen Regierungsformen des Kaiserreichs durch ein Volksvotum zu billigen. Die alte Maschinerie der Volksabstimmung, durch die Präfekten noch einmal in Bewegung gesetzt, that ihre Schuldigkeit; aber die anderthalb Millionen Nein fielen ebenso schwer in die Wage als die sieben Millionen Ja.

Während die französische Nation, unzufrieden mit ihrem erwählten Oberhaupte, unzufrieden mit sich selbst, weil sie sich die Herrschaft desselben und seine Präfektenwirthschaft so lange hatte gefallen lassen, voll Unklarheit über ihre politischen Aufgaben und Ziele, in einem auswärtigen Kriege allein noch eine Ablenkung von den kläglichen inneren Zuständen erblickte, war das deutsche Volk in stiller, friedlicher Entwickelung begriffen. Genügsam und friedfertig, froh der erprobten Wehrkraft und des redlich erworbenen Wohlstandes, hatte das Volk Norddeutschlands in Uebereinstimmung mit den Leitern der Regierung seit vier Jahren mit klarem Verständniß seine neue politische Arbeit aufgenommen und das erhebende Bewußtsein gewonnen, daß es mit derselben auf dem rechten Wege sei. Schon boten die freisinnigen Männer Süddeutschlands die offene Hand zum Bruderbunde, und selbst Diejenigen, welche die Einigung Deutschlands bisher auf einem anderen Wege angestrebt hatten, konnten sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß es jetzt „Frühling geworden in Deutschland“.

Als das oberste Haupt in deutschen Landen, an der Spitze des mächtigsten deutschen Staates stand ein Fürst, geliebt und verehrt von Allen, die ihn kannten. Gerecht und milde, gemäßigt und bescheiden, voll markiger Kraft und angeborener Hoheit, führte König Wilhelm die Regierung, allein beherrscht von dem Gedanken seiner königlichen Pflichten gegen sein Volk und gegen sein

Vaterland und von dem Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor Gott. Nur widerstrebend hatte er zu zwei Malen, als ihm kein anderes Mittel mehr blieb, das Schwert für des Landes Recht und Ehre gezogen. Sein Sinn stand nicht nach Vergrößerung seines Landes, noch nach Erhöhung seines Hauses; er hatte „an alten Ehren und neuen Siegen genug“. Und auf Allem, was er unternahm, lag der Segen Gottes.

Auch Graf Bismarck, der Ministerpräsident und Bundeskanzler, konnte zufrieden auf die Erfolge seines staatsmännischen Wirkens zurückblicken und begehrte nicht nach neuen Lorbern. War auch mit der Gründung des Norddeutschen Bundes erst eine Vorstufe zur Einigung Gesammtdeutschlands beschritten, so war doch die Einheitsbewegung damit durch ihn in eine Bahn gelenkt, in welcher ein Zurücktreten oder Ausweichen nicht mehr denkbar war. Bismarck hatte die Gegensätze der verschiedenen politischen Parteien im Lande einander zu nähern verstanden und das Interesse für die großen gemeinsamen Aufgaben der Nation geweckt; er war überzeugt, daß, wenn erst das nationale Einheitsgefühl im Norden wie im Süden des Main mit gleicher Stärke sich kundgäbe, daß dann auch die Staaten Nord- und Süddeutschlands nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa „die Gewässer des Rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war“. Aber er wußte, von welcher Seite dem deutschen Einigungswerke Gefahr und Schaden drohte, und er fühlte sich berufen, mit scharfem Auge die Pläne der Gegner Deutschlands zu überwachen und rechtzeitig zu vereiteln.

Es ist lehrhaft für uns, aus der Zeit, welche dem Ausbruche des Krieges vorherging und einen Wendepunkt in der Geschichte der beiden Völker bezeichnet, die Stimmen von besonnenen und einsichtsvollen Männern der französischen Nation zu hören, wie sie sich über die Eigenthümlichkeiten beider Volksarten in der Presse ausließen, insbesondere auch, wie sie den Charakter des Bundeskanzlers Grafen Bismarck beurtheilten. Zu den geistvollsten Schriftstellern und Mitarbeitern der „Revue des deux mondes“ gehörte Victor Cherbuliez, ein geborener Genfer, der zum Theil eine deutsche Erziehung genossen und auf deutschen Universitäten in Berlin und Bonn studirt hatte. Ausgehend von dem in Frankreich allgemein verbreiteten Irrthum, daß der Rhein die natürliche Grenze zwischen Deutschland und Frankreich sei, sagt er.:

„Der Rhein ist keine eingebildete Grenze. Er trennt zwei Völker, die zu einer Wechselwirkung auf einander den Beruf haben, in dem Grade, wie sie verschieden sind. Das eine von lebhafter, mittheilsamer, elektrischer Art, ist von der geschriebenen und gesprochenen Rede rechtmäßig beherrscht und man sieht bei ihm mitunter eine große gemeinsame Leidenschaft sich wie ein Lauffeuer verbreiten und alle Geister in Flammen setzen; das andere, langsam und bedächtig, unterwirft seine Eindrücke der Ueberlegung, untergräbt seine Leidenschaften und kühlt sich durch Erörterungen ab, mißtraut dem, was sonnenklar scheint; Jeder

hängt über Alles an seiner eigenen Meinung, hat mitunter zum Ueberfluß deren zwei. Das eine dieser Völker liebt klare Ideen, die bisweilen beschränkt sind; das andere zielt stets auf das Vollständige und giebt sich dabei oft mit verwirrten Ideen zufrieden, die es zu einem Ziele führen, welches gar nicht in seiner Absicht liegt. Mit einem Worte: das eine Land ist das der Methode, der Beredsamkeit, der Lieder (?) und leidenschaftlichen Thorheiten; das andere das der Systeme und kühnen Kritik, der ausdauernden Geduld und kahler Verkehrtheiten. Beide Völker, Franzosen und Deutsche, unterhalten sich mit einander über den Rhein hinüber, aber sie verstehen sich nicht immer, und sobald die Eigenliebe sich einmischt, verstehen sie sich gar nicht mehr."

Treffend sagt derselbe Schriftsteller über den Einheitsdrang und das Sondergefühl der Deutschen: „Die Deutschen wollen die Einheit, hängen aber doch sehr an ihrem Partikularismus, der in der Erinnerung, der Gewohnheit, der Ueberlieferung lebt als Bürgschaft ihres Glückes. Schwaben und Bayern würden wol gern mit dem ganzen Gewicht eines großen geeinigten Deutschlands auf die Wagschale Europa's drücken, doch möchten sie auch Schwaben und Bayern bleiben. Darin liegt die erste Schwierigkeit, welche zu lösen ist. Andererseits wollen die Deutschen stark sein, aber durch ihre Gemüthsanlagen und geistigen Gewohnheiten sind sie so ernsthaft liberal, wie kein anderes Volk der Welt. Die Freude, groß zu sein und Furcht zu erregen, könnte ihnen nicht Alles ersetzen; nach einer vorübergehenden Betäubung würde ihr Gewissen sich gegen ihren Ruhm auflehnen, und der Deutsche kann nicht lange glücklich sein ohne Harmonie mit seinem Gewissen. Stark zu sein, ohne dabei seine Freiheit aufzugeben, das ist die zweite Schwierigkeit."

Abweichend von dem süddeutschen schildert Cherbuliez den preußischen Volkscharakter: „Gehen wir (von Süden) über den Main, so kommen wir in ein großes Land, das deutsch redet, in dem aber die römische Idee vom Staate in ihrer ganzen Stärke besteht und sich in die Gemüther mit einer Macht eingewurzelt hat, wie sich's vielleicht nirgend sonst in Europa finden ließe. Der Main trennt zwei Ideen; im Süden gilt die Gesellschaft mehr als der Staat, im Norden der Staat mehr als die Gesellschaft. . . . Friedrich II. machte seinen Preußen den Vorwurf, daß sie keine tiefen Leidenschaften hätten; aber dieses Volk ist solide in seinem Geschmacke und seiner Anhänglichkeit, zähe bei seinen Vorsätzen, ausdauernd in der Mühe, nachdrücklich beim Erfolge. Hat es auch nicht die rasche Unmittelbarkeit des Verstandes, nicht die Feinheit der Auffassung, welche das Erbtheil bevorzugter Nationen ist und ihrer Unwissenheit gestattet, Genie zu haben, so hat es dagegen geraden Sinn und treffendes Urtheil, es ist fleißig, widmet seiner Arbeit sich ganz und so versteht es auch gut, was es gelernt hat, und weiß es zu verwenden. . . . Die Preußen sind mehr als ein anderes Volk der Welt disziplinirbar und diszipliniert, aber ihre Mannszucht räsonnirt, sie ist durch den öffentlichen Geist veredelt."

Von dem Bundeskanzler Grafen Bismarck läßt Cherbuliez einen preußischen Konservativen folgende pikante Charakteristik entwerfen: „Es ist euch unmöglich, euch Welschen, Franzosen oder Romanen, unsern Premier zu begreifen. Ein solcher Mann konnte nur in Preußen geboren werden, nur auf dem Berliner Pflaster aufwachsen und emporkommen. Er hat das Zeug vom Universitätsburschen, vom Junker, vom Gardeleutnant, Diplomaten, Despoten und Revolutionär, — das Alles mit einer Art ironischer Phantasie gewürzt, welche ihn zum Künstler, ja fast zum Poeten macht. Aristokrat ist er bis ins Mark des Gebeins, nicht als hätte er Vorurtheile oder Respekt vor Traditionen, sondern aus Gemüthsanlage, aus immenser Verachtung der liberalen Phrase. Skeptizismus ist der Grundstoff seiner Seele, er glaubt nur an die menschliche Dummheit und hat nie in seinem Leben Blasen für Laternen gehalten."

In diesen Zügen ist jedenfalls noch mehr Wahrheit enthalten als in der Beurtheilung der deutschen Zustände durch einen anderen Genfer, den Minister des Julikönigthums und Geschichtschreiber Guizot. Derselbe sieht in der Gründung des Norddeutschen Bundes keinen Schritt zur nationalen Einigung Deutschlands, sondern nur das Werk einer ehrgeizigen und eroberungssüchtigen Staatsleitung. „Es handelt sich weder um einen Triumph der deutschen Nationalität", so schreibt er, „noch um die Begründung der deutschen Einheit. Die Ideen und Worte „Nationalität" und „deutsche Einheit" haben bei den Ereignissen von 1866 eine lärmende Rolle gespielt, aber sie bilden nicht ihren wahren Charakter. Sadowa ist ein Akt der Vergrößerung und Eroberung, vollbracht durch die militärische Macht Preußens und durch seinen Einfluß im Reiche deutscher Bildung." Ueber den eigentlichen Störenfried spricht er das Urtheil: „Es giebt nur einen Ehrgeizigen und Verwegenen in Europa, das ist Bismarck!" — So ließ sich Guizot in der „Revue des deux mondes" ein Jahr vor Ausbruch des Krieges vernehmen. Zwanzig Jahre früher, d. h. einige Zeit nach der Pariser Februar-Revolution, hatte derselbe Staatsmann in Paris mit der Herzogin von Sagan über Bismarck eine Unterredung gehabt, welche der „Figaro" aus dem unveröffentlicht gebliebenen Theile seiner hinterlassenen „Denkwürdigkeiten" mittheilt: „Herr Guizot war aus London an die Ufer der Seine zurückgekehrt, wo nicht mehr davon die Rede war, ihn ins Wasser zu werfen, und die Herzogin von Sagan ihrerseits kam von ihren schlesischen Gütern, voll Verlangen, etwas Pariser Luft und Geist zu athmen. „Nun", sagte der ehemalige Minister Ludwig Philipp's zur Nichte Talleyrand's, „was hat diese Februar-Revolution, die Frankreich und Europa von oben nach unten kehrte, eingetragen? War es der Mühe werth, die Welt durch eine Revolution aufzustören, wenn diese nicht einmal einen Mann hervorzubringen vermochte?" — „Sie haben Recht", versetzte die Herzogin, „doch habe ich in dieser allgemeinen Armuth an Talenten und Charakteren in Preußen einen kleinen pommerschen Edelmann kennen gelernt, der gewiß von sich sprechen machen wird,

wenn Gott ihm das Leben erhält." — „Wie heißt er?" — „Bismarck. Er sagte mir in voriger Woche: Vielleicht ist Ihnen, Madame, das Ländchen Schleswig kaum bekannt. Ich wage die Prophezeiung, daß dieses Ländchen Europa den wahren Sinn und die Tragweite der bis jetzt etwas dunklen volksthümlichen Redensart: „Une querelle d'Allemand" wird verständlich machen können.""

Zu den politischen Schriftstellern in Frankreich, welch einen möglichst unparteiischen Standpunkt einzunehmen sich bestrebten, gehörte Graf Gasparin, welcher sich selbst einen alten Christen und Liberalen nennt, dessen Ueberzeugungen seit 25 Jahren unwandelbar dieselben geblieben seien, und welcher seine Gesinnung auch in den Worten kungiebt: „Die besten Patrioten sind nicht diejenigen, welche schmeicheln, sondern diejenigen, welche mißfallen, indem sie schmerzliche Wahrheiten sagen." Ueber Bismarck äußert sich Graf Gasparin in folgender Weise: „Niemand ist weniger Diplomat als er, in dem Sinne, den man mit diesem Worte verbindet. Kühn durchführend, was er unternimmt, einen Entschluß, den nichts aufzuhalten vermag, in den Vordergrund stellend, besitzt er nicht die Gewandtheit der kleinen Intriguen und des Details. Er hat dafür die andere, die große, die klar vor sich hinblickt und auf ein Ziel losgeht. Die Amerikaner haben einen besondern Reiz für ihn. Diese männlichen Naturen, diese einfachen und starken, unbeugsamen Geister stimmen mit seinem eigenen Instinkt. Landedelmann aus alter Familie, geschaffen für thätiges Eingreifen, bereitet er seine Worte weniger als irgend Jemand künstlich vor, mag es sich um einen diplomatischen Vortrag oder um eine Rede handeln. Aber was er will, will er ganz, ausschließlich, aufs Aeußerste."

Napoleon selbst hat den wahren Charakter Bismarck's niemals erkannt. Es ist richtig, daß er, als dieser ihm (1862) seine Abberufung von dem Pariser Gesandtschaftsposten angezeigt hatte, die Aeußerung that: „Ce n'est pas un homme sérieux!" — Nur dadurch läßt es sich erklären, daß er sich bis zum letzten Augenblicke noch mit der Hoffnung täuschte, den preußischen Staatsleiter für seine Pläne in Betreff des linken Rheinufers oder Belgiens gewinnen zu können.

Die besonnenen Urtheile in der französischen Presse wurden seltener, als die Kriegspartei wieder die Oberhand gewann und von oben herab begünstigt wurde. Ungehört verhallten die Warnstimmen, wie diejenige von Victor Cherbuliez: „Möge Frankreich den Arm ausstrecken, um sich des Rhein zu bemächtigen, so wird Deutschland sich erheben wie ein Mann!"

Es zeigte sich bald, daß die liberalen Minister die Schwächen des von der Revolution bedrohten Kaiserthums noch weniger zu decken vermochten als ihre Vorgänger. Der Kaiser griff nach dem letzten Mittel, durch welches er seine Dynastie zu retten hoffte, — nach dem Kriege. Die ganze Art, wie die französische Regierung sich jetzt in den Krieg hineinstürzte, zeigte von der Kopflosigkeit des Kaisers und der Gewissenlosigkeit seiner Rathgeber.

Es war im Sommer 1870. Tiefster Friede herrschte allenthalben in der Welt. In Berlin waren Land- und Reichstag geschlossen. Roon und Moltke weilten auf ihren Landsitzen; Bismarck, seit dem Mai in Varzin, trank Karlsbader und freute sich, nachdem er längere Zeit nur den Legationsrath Bucher zum Gesellschafter gehabt hatte, mit seinen vor Kurzem aus Soden zurückgekehrten Damen der Stille der Wälder. König Wilhelm befand sich zum Besuch der Heilquellen in Ems.

Am 30. Juni gab der Minister Ollivier im Gesetzgebenden Körper zu Paris die Erklärung ab: „Wohin man blickt, kann man nirgends eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte; überall haben die Kabinete begriffen, daß die Achtung vor den Verträgen sich Jedermann aufdrängt, namentlich aber vor den beiden Verträgen, auf welchen der Friede Europa's ruht: vor dem Pariser Vertrage von 1856, der für den Orient, und vor dem Prager Vertrage von 1866, der für Deutschland den Frieden sichert."

Drei Tage darauf zeigte sich an diesem heiteren Sommerhimmel ein Wölkchen, kaum groß genug, um einen Schatten zu werfen, und noch einige Tage später hatte dasselbe die Ausdehnung einer gewaltigen drohenden Kriegswetterwolke angenommen.

Es war bekannt geworden, oder vielmehr es war das Längstbekannte in offiziellen französischen Blättern veröffentlicht worden, daß der spanische Ministerpräsident Marschall Prim im Auftrage der provisorischen Regierung Spaniens an den Prinzen Leopold von Hohenzollern die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, die spanische Königskrone anzunehmen, wenn dieselbe ihm durch die gesetzliche Vertretung der Nation, die Cortes, angetragen würde, und daß der Prinz zugesagt hatte. Ein „preußischer Prinz" als Bewerber um die spanische Königskrone,—das war ein neuer Beweis von dem unersättlichen Ehrgeiz dieser Macht; es war eine Beleidigung für Frankreich, welches unter dem ersten Napoleon allein über die Throne Europa's verfügt hatte. Ein Krieg, zu dem Zwecke unternommen, um die ehrgeizigen dynastischen Ansprüche Preußens zu bekämpfen, welcher außerdem Frankreich die Aussicht auf Gewinnung der Rheingrenze und auf Wiedererlangung des prestige eröffnete, mußte die Stimme der Nation für sich haben und den Thron des Napoleoniden mit neuem Glanze umgeben. Es galt schnell zu handeln, um die günstige Gelegenheit nicht entschlüpfen zu lassen.

Der Telegraph trug die Instruktionen der kaiserlichen Regierung an die französischen Geschäftsträger in Berlin und an den deutschen Höfen. Die Minister, Herzog von Gramont und Ollivier, ersuchten den Norddeutschen Botschafter, Freiherrn von Werther, der sich soeben auf Urlaub nach Ems begeben wollte, seinem Könige Kunde von der Aufregung zu geben, welche die Nachricht in Frankreich hervorgerufen habe. Im Gesetzgebenden Körper wurde eine Interpellation über denselben Gegenstand angekündigt. Alle beeinflußten

Organe der Pariser Presse schilderten die Hohenzollern'sche Thronkandidatur als aus einer Intrigue hervorgegangen, die Graf Bismarck seit langer Zeit mit dem Marschall Prim gesponnen habe, und als eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit Frankreichs durch Preußen.

In der That stand die preußische Regierung der Hohenzollern'schen Kandidatur nicht näher als irgend eine andere. Sie konnte den Prinzen zur Annahme der spanischen Königskrone weder ermächtigen, noch ihm dieselbe verbieten. Die Frage schwebte allein zwischen der spanischen Nation und dem Prinzen von Hohenzollern. War dem Letzteren die Krone durch die spanische Nationalvertretung angetragen und von ihm angenommen, dann würde ihm die Aufgabe erwachsen sein, sich die Anerkennung der Mächte selbst zu verschaffen.

Der Prinz war dem preußischen Königshause verwandt, — allerdings weitläufig, denn die schwäbische Linie, aus welcher er stammte, und die brandenburg-preußische Linie der Hohenzollern gingen bereits seit dem Jahre 1226 auseinander, — es war daher natürlich, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit den Rath des mächtigen Oberhauptes der Familie, des Königs Wilhelm von Preußen, hörte; von der preußischen Regierung hatte er jedoch keine Vorschriften für sein Verhalten zu gewärtigen, noch entgegenzunehmen, denn für Preußen existirte keine spanische Frage.

In diesem Sinne konnte der Staatssekretär von Thile, als Stellvertreter des Grafen Bismarck im Auswärtigen Amte, dem französischen Geschäftsträger Le Sourd auf seine Vorstellungen auch nur antworten (5. Juli); indessen in Frankreich hatte man für ruhige Erörterungen kein Gehör mehr. Zuerst hatte man nur von „peinlichen Empfindungen" gesprochen, von denen die französische Regierung durch die Hohenzollern'sche Thronkandidatur berührt worden sei; dann sprach man von der gewaltigen Aufregung, welche die Nation ergriffen habe; bald wiederhallte die ganze Presse von rohem Kriegsgeschrei.

Im Gesetzgebenden Körper erwiederte der Herzog von Gramont auf die Interpellation des Abgeordneten Cochery, die französische Regierung werde sich zwar nicht in die inneren Angelegenheiten Spaniens einmischen, sie werde aber auch nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setze und dadurch das Gleichgewicht Europa's zu ihren Gunsten störe (6. Juli). Der französische Botschafter, Graf Benedetti, dessen Namen in die diplomatische Vorgeschichte des Krieges mit den Attributen der Unverschämtheit und Lächerlichkeit für alle Zeit eingeschrieben steht, wurde nach Ems gesandt, um daselbst im Auftrage seiner Regierung an den König von Preußen direkt die Forderung zu stellen, er möge die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern mißbilligen und ihm befehlen, von derselben zurückzutreten (7. Juli).

König Wilhelm antwortete freimüthig, daß er keinen Befehl zur Annahme gegeben habe und eben so wenig die Ablehnung befehlen könne, daß die

Entschließung vielmehr allein in dem freien Willen des großjährigen Prinzen liege (9. Juli). Uebrigens wahrte der König der ganzen Besprechung mit dem Botschafter den Charakter einer Privatunterhaltung, wie dies hier am Badeorte ohne die Gegenwart seiner Minister in der Natur der Sache lag. Der König dachte zu ritterlich, um glauben zu können, daß es eben nur darauf angelegt sei, ihn herauszufordern, und behandelte den französischen Botschafter mit unverändertem Wohlwollen.

Während Graf Benedetti noch in Ems weilte, vom Könige als Gast angesehen und zur Tafel geladen ward, überströmte die französische Presse bereits von den rohesten Ausfällen gegen Preußen. Die „Liberté" forderte den Rhein für Frankreich und das „Pays" wollte die Preußen durch das Caudinische Joch schicken: „Sie werden sich darunter beugen und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Die Echos des deutschen Rhein sind noch stumm. Hätte zu uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, wir wären schon längst unterwegs."

Vergebens ließ die spanische Regierung in einem Rundschreiben (7. Juli) erklären, daß sie in dieser Sache nur ihren eigenen Regungen gefolgt sei, daß sie nur von dem Interesse der Nation sich habe leiten lassen, indem sie zur Bewerbung um den Thron Spaniens einen großjährigen Prinzen aufforderte, der, „freier Herr seines Handelns, durch verwandtschaftliche Beziehungen zu den meisten regierenden Häusern in dieser Stellung den Gedanken einer Feindseligkeit gegen irgend eine Macht ausschloß." Vergebens veröffentlichte einer der hervorragendsten Patrioten Spaniens, der bei den Verhandlungen mit dem Prinzen Leopold unmittelbar betheiligt gewesen, eine unbefangene und wahrheitstreue Geschichte der Hohenzollern'schen Thronkandidatur (8. Juli). Vergebens bestätigte der spanische Gesandte in Paris (8. Juli), daß die Verhandlungen ausschließlich mit dem Prinzen Leopold geführt worden seien, ohne jede Einwirkung einer fremden Macht, und daß keinerlei Verabredungen zwischen Marschall Prim und dem Grafen Bismarck vorausgegangen seien. Alle diese amtlichen Kundgebungen wurden dem Gesetzgebenden Körper von der französischen Regierung vorenthalten, um nicht den Kriegsmuth der Nation zu dämpfen.

Am 11. Juli erneuerte Graf Benedetti in einer Audienz bei dem Könige das Ansinnen seiner Regierung und wurde auf die früher ertheilte Antwort verwiesen. In Frankreich gingen lärmende Kriegsrüstungen und Truppenbewegungen nach der Ostgrenze vor sich. In Berlin fand ein Kriegsrath unter dem Vorsitz des zurückgekehrten Kriegsministers statt.

Graf Bismarck hatte von Varzin aus die Entwickelung beobachtet. Er hatte täglich dort eine solche Unzahl von Depeschen aus Ems, Berlin, Paris und anderen Hauptstädten erhalten, daß er selbst und endlich auch seine Tochter, die Gräfin Marie, beim Dechiffriren helfen mußten. In der Nacht zum

12. Juli erhielt Bismarck eine Depesche aus dem Kabinet, durch welche er nach Ems berufen wurde; am 12. Nachmittags war er in Berlin. Hier fand er Depeschen vor, welche ihn bestimmten, seine Reise zu unterbrechen.

Prinz Leopold hatte aus freien Stücken beschlossen, seine Kandidatur nicht aufrecht zu erhalten, um „die Angelegenheit nicht zu einem Kriegsvorwand reifen zu lassen", und diesen Entschluß dem Marschall Prim am 11. Juli direkt mitgetheilt. Am 12. Juli setzte der spanische Gesandte in Paris die französische Regierung hiervon in Kenntniß.

Damit schienen alle Verwickelungen beseitigt, die dunkeln Kriegswolken getheilt. Vielleicht wurde es von Manchem in Preußen schmerzlich empfunden, daß ein Hohenzollern'scher Prinz infolge der Kriegsdrohungen des Napoleoniden gegen Preußen zurückgetreten war. Immerhin mußte man die hochherzigen Beweggründe des Prinzen zu diesem Entschlusse anerkennen, und im Grunde herrschte Freude darüber vor, daß nun wieder klarer Himmel sei und daß der Frieden erhalten bleibe.

Frieden? — Wer wagt's, von Frieden zu träumen, wenn Frankreich den Krieg will! Auf eine Demüthigung Preußens war es ja abgesehen, die Kaiserin Eugenie mußte ja „ihren Krieg" haben, um ihren Sohn einst auf dem Throne Napoleon's erblicken zu können, und nun sollte der ganze Plan, um Preußen die Schuld am Kriege aufzubürden, auf einmal in nichts zerrinnen? — Die Staatsweisen in Frankreich geriethen für einige Augenblicke in Schwanken und Zögern. Im Foyer des Gesetzgebenden Körpers zeigte Ollivier den Oelzweig des Friedens, und in der öffentlichen Sitzung machte Gramont geheimnißvolle Andeutungen, daß die Verhandlungen mit Preußen noch nicht beendet wären; in St. Cloud aber waren unterdessen die neuen Instruktionen für den Botschafter Grafen Benedetti entworfen und nach Ems telegraphirt worden.

König Wilhelm hatte bei der Nachricht von dem Verzicht des Prinzen die Genugthuung empfunden, daß die Ehre seines Hauses und seines Landes in Frieden gewahrt sei, und gedachte nun ungestört seine Kur in Ems fortsetzen zu können. Als er bei seinem gewohnten Morgenspaziergange (13. Juli) dem französischen Botschafter begegnete, erwiederte er freundlich dessen Gruß und wies ihm ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung, welches das betreffende Telegramm enthielt. Graf Benedetti hatte aber bereits seine neuen Aufträge in der Tasche und rückte nun mit der Forderung heraus, der König möge die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die Frage von der spanischen Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern nochmals aufleben sollte.

Der König hatte dem Botschafter bereits wiederholentlich erklärt, daß er dem Prinzen in dieser Angelegenheit nichts erlauben oder verbieten könne und wolle. Ungern vernahm er das neue Ansinnen; er brach die Unterhaltung ab und begab sich in sein Hotel zurück. Als Graf Benedetti einige Stunden später

abermals eine Audienz über denselben Gegenstand nachsuchte, wurde er abschläglich beschieden und auf den geschäftsmäßigen Gang durch das auswärtige Ministerium verwiesen. Am folgenden Tage (14. Juli) reiste er nach Paris zurück, nachdem ihm zuvor bei einer Reise des Königs nach Koblenz noch Gelegenheit gegeben worden, sich auf dem Bahnhofe vom Könige zu verabschieden.

Graf Bismarck empfing in Berlin die Nachricht von den neuen Forderungen Frankreichs fast gleichzeitig mit einem Bericht des Norddeutschen Botschafters, Freiherrn von Werther, über den Inhalt einer Unterredung, welche er am 12. Juli mit den Ministern Gramont und Ollivier gehabt und bei welcher diese ihn aufzufordern gewagt hatten, er möge seinem Könige und Herrn den Vorschlag eines Entschuldigungsbriefes an den Kaiser Napoleon machen, dessen Inhalt sie angaben, und der in Frankreich zur Beruhigung der Volksstimmung veröffentlicht werden sollte. Graf Bismarck gab dem Freiherrn von Werther keine andere amtliche Antwort, als diejenige, er wäre überzeugt, daß Herr von Werther die mündlichen Eröffnungen der französischen Minister mißverstanden habe; Eröffnungen dieser Art schienen ihm absolut unmöglich, und jedenfalls müsse er sich weigern, in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister diesen Bericht Sr. Majestät zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. Freiherr von Werther erhielt die Erlaubniß, den früher erbetenen Urlaub anzutreten.

Ueber die neuesten Vorgänge in Ems veranlaßte Bismarck zur Orientirung der Vertreter des Norddeutschen Bundes ein Zeitungstelegramm, welches lautete: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und darauf durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts mitzutheilen habe."

Aus dem königlichen Kabinet erhielt Bismarck die Benachrichtigung, daß der König seine Kur in Ems unterbrechen und am 15. Juli nach Berlin zurückkehren würde.

Bei dieser Sachlage hatten die Herren Ollivier und Herzog von Gramont es nicht leicht, den Kriegsvorwand zurecht zu legen und ihren Kriegseifer vor der eigenen Nation und dem Gesetzgebenden Körper zu rechtfertigen. Die Weigerung des Königs, den französischen Botschafter in derselben Angelegenheit noch einmal zu bescheiden; die Beurlaubung des Norddeutschen Botschafters, welche als eine Abberufung dargestellt wurde; die aus der Luft gegriffene Behauptung, daß Preußen Kriegsrüstungen treffe, endlich das Bismarck'sche Zei-

tungstelegramm über die Vorgänge in Ems, welches für eine beleidigende Note ausgegeben ward, — dies waren die Punkte, aus welchen Ollivier in einer ausführlichen Darlegung vor dem Gesetzgebenden Körper den Kriegsfall herleitete und auf Grund deren er einen Kredit von vielen Millionen für Heer und Flotte zur Kriegführung forderte (15. Juli).

So irregeleitet auch die öffentliche Meinung in Frankreich bereits war, so erhoben sich doch im Gesetzgebenden Körper vereinzelte Stimmen, welche den Krieg einen ungerechten nannten und davon abriethen. Der greise Thiers, der niemals Sympathie für Preußen gezeigt hatte, rief: „Ich halte diesen Krieg für unklug; die Ereignisse von 1866 gingen mir mehr nahe als Irgendwem, aber die Gelegenheit, das Uebel von damals wieder gut zu machen, ist kläglich gewählt, und dies wird sich rächen.... Mit dem Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern waren Ihre Forderungen erfüllt. Alles, was Sie nach diesem Ereigniß auf die Gefahr hin, daß ein Krieg daraus hervorgeht, unternehmen, wird der Weltgeschichte zum Beweise dienen, daß Ihnen die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern nur ein Vorwand zum Zerwürfniß mit Preußen war...." Tobende Stimmen unterbrachen ihn: „Verräther des Vaterlands! Gehen Sie nach Koblenz zu den Preußen!" —

„Sie können mich beschimpfen", fuhr Thiers fort, „das muß ich ertragen und ich ertrage es gern, weil ich mir bewußt bin, wegen einer Pflichterfüllung beleidigt zu werden.... Mein Andenken in der Geschichte ist mir zu heilig, als daß ich die Verantwortlichkeit Ihres Beschlusses auf mich nehmen möchte. Angesichts des Landes verlange ich die Mittheilung der Depeschen, infolge deren die Kriegserklärung nothwendig ist. Möge dann die Kammer beschließen, was ihr gut scheint!"

Auch Jules Favre, Gambetta, Arago u. A. forderten die Vorlegung der Berliner Depesche, welche die Minister als eine Beleidigung der Ehre Frankreichs bezeichnet und wesentlich als Kriegsgrund hervorgehoben hatten, aber die Minister konnten diese Forderung nicht erfüllen, weil eben eine derartige Depesche nicht existirte und das bekannte Zeitungstelegramm unmöglich für eine Note angesehen werden konnte. Sie mochten sich weigern und winden, so viel sie wollten, und eine Unwahrheit durch die andere zu decken suchen, sie konnten das Brandmal der Lüge nicht von ihrer Stirne waschen.

Trotz Alledem wurden die Vorlagen der Regierung im Gesetzgebenden Körper mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen. Die ganze Nation betheiligte sich durch dieses Votum ihrer Vertreter an dem Verbrechen ihrer Regierung, indem sie die Mittel zur Kriegführung bewilligte. Die Stimmen der Besonnenen verhallten jetzt in dem Pöbelgeschrei auf den Straßen: „Nach Berlin, nach Berlin! Nieder mit Bismarck, nieder mit Preußen!"

Auf Lüge und Treubruch hatte Napoleon III. sein Kaiserthum gegründet. Alle Kriege, die er bisher unter der Maske der Civilisation, in Wahrheit aber

zur Befestigung seiner Dynastie und zur Erlangung des prestige für Frankreich, diesseit und jenseit des Ozeans, geführt hatte, waren Lügenwerke. Bei dem Kriege, in den er jetzt — selbst fast willenlos — hineintrieb, war die Lüge des Vorwandes so durchleuchtend, daß die glatten Phrasen der Minister sie nicht zu verhüllen vermochten. So mußte denn auch alle Blutschuld des freventlich heraufbeschworenen Krieges auf die Urheber zurückfallen.

Es ist der eigenthümliche Gang der Geschichte, an dem sich das Walten der Vorsehung sichtbar erkennen läßt, daß sie überall, wo sie zerstört, auch neues Leben schafft und selbst aus dem Staube der Verwesung die Keime neuen Werdens weckt. Auch das Blut der Franzosen, welches in diesem Kriege in Strömen vergossen werden sollte, mußte dazu dienen, um die höheren Zwecke der Weltgeschichte zu fördern.

Mit stillem Unwillen hatte das Volk Norddeutschlands von den neuen Anmaßungen des Nachbarvolkes gehört; es schwieg, weil es das zuversichtliche Vertrauen hegte, daß König Wilhelm und sein Kanzler dieselben nach Gebühr zurückweisen, aber auch, so lange es mit der Ehre verträglich, den Frieden zu erhalten wissen würden. Als es nun offenkundig ward, daß es nur auf eine Demüthigung Preußens, ja ganz Deutschlands, in seinem würdigsten, obersten Haupte abgesehen war, da erhob sich das Volk in heiligem, gerechtem Zorne und in siegesfreudiger Begeisterung, um gegen die Anmaßung und Herrschsucht des fremden Volkes die eigene Unabhängigkeit und Freiheit zu vertheidigen.

An demselben Tage, als in Paris im Gesetzgebenden Körper der Krieg als eine beschlossene Thatsache verkündet ward (15. Juli), verließ König Wilhelm den Kurort Ems, um sich nach der Hauptstadt des Landes zu begeben. Schon auf der Reise gewahrte er die gehobene Stimmung, welche das Volk erfüllte. Ueberall an den Bahnhöfen waren sie zusammengeströmt, Bürger und Bauern, Offiziere und Beamte, Behörden und Geistliche, und empfingen den durchreisenden Landesherrn mit ehrfurchtsvoller Begrüßung, mit begeisterter Theilnahme. Alle fühlten gleich; in der Hauptstadt der jüngsterworbenen preußischen Provinz, des ehemaligen Kurhessen, wie in den kleinen Städten der Altmark, die sich seit Jahrhunderten der Segnungen unter Hohenzollern'schem Scepter freuen, überall derselbe treuherzig warme Empfang.

Bis Brandenburg waren dem Könige der Kronprinz, der Bundeskanzler Graf Bismarck, die Generale von Moltke und von Roon entgegengefahren. Auf der Strecke zwischen Brandenburg und Berlin wurden im königlichen Wagen die Unterredungen gepflogen, welche die großen Entscheidungen der nächsten Tage vorbereiteten. Erst nach der Abfahrt Bismarck's von Berlin war dort die Nachricht von der Ankündigung des Krieges im Gesetzgebenden Körper zu Paris eingetroffen. Der König erhielt dieselbe auf dem Bahnhof. Ernste, schwere Gedanken zogen durch seine Seele, tiefer Ernst und innere Bewegung waren in den Zügen des greisen königlichen Herrn zu lesen.

An beiden Seiten der Straße, welche der König vom Bahnhofe nach seinem Palais durchfuhr, stand entblößten Hauptes die harrende Menge, Kopf an Kopf. Von allen Fenstern und Balkonen wehten Tücher und Schleier. In wachsender, schwellender Menge, unter dem Gesange alter Vaterlandslieder, zog das Volk dem königlichen Wagen nach. Unter solchem Geleit erreichte der König sein Palais.

Lange noch währten Gesang und Gewoge unter den Fenstern des Königs Wilhelm und bei dem Standbilde Friedrich's des Großen. Freudiger Zuruf schallte den Ministern und Generalen entgegen, die sich hin und wieder in das Palais begaben. Da erschien ein Adjutant auf der Rampe und sprach im Auftrage des Königs den Wunsch nach Ruhe aus. Im Augenblicke ward es still; lautlos ging die Menge auseinander. Eintönig hallte durch die Nacht der Tritt der Posten vor des Königs Thür. Aus dem Arbeitszimmer des Königs leuchtete der Schein der Lichter, bei denen der erste Kriegsrath gehalten wurde.

In derselben Nacht trug der Telegraph den Befehl zur Mobilmachung der gesammten Armee des Norddeutschen Bundes an alle Garnisonorte.

Die Tage, welche nun folgten, sind solche, wie sie im Leben der Völker selten oder niemals wiederkehren, Tage voll leuchtender Begeisterung, voll aufopfernder Hingebung, voll gottvertrauender Zuversicht, vergleichbar vielleicht jenen großen, weihevollen Tagen, die den Befreiungskriegen 1813 vorausgingen, und doch wieder anders, denn das deutsche Volk war reifer geworden, in sich geeinigter und klarer.

Wieder leerten sich Schulbänke und Lehrstühle, verlassen stand Pflugschar und Kaufladen, von hoher Ahnen Rittersitz und aus niederer Hütte eilte Alles zu den Fahnen. Der Sohn des Ministers und der ärmste Tagelöhner, der muthige Kadett, welchen die Begeisterung plötzlich zum Jünglinge gereift, und der greise Veteran, der aus dem Ruhestande noch einmal in die Dienste des Königs und Vaterlandes zurücktrat, — sie alle, alle kamen, um für dasselbe Ziel zu kämpfen.

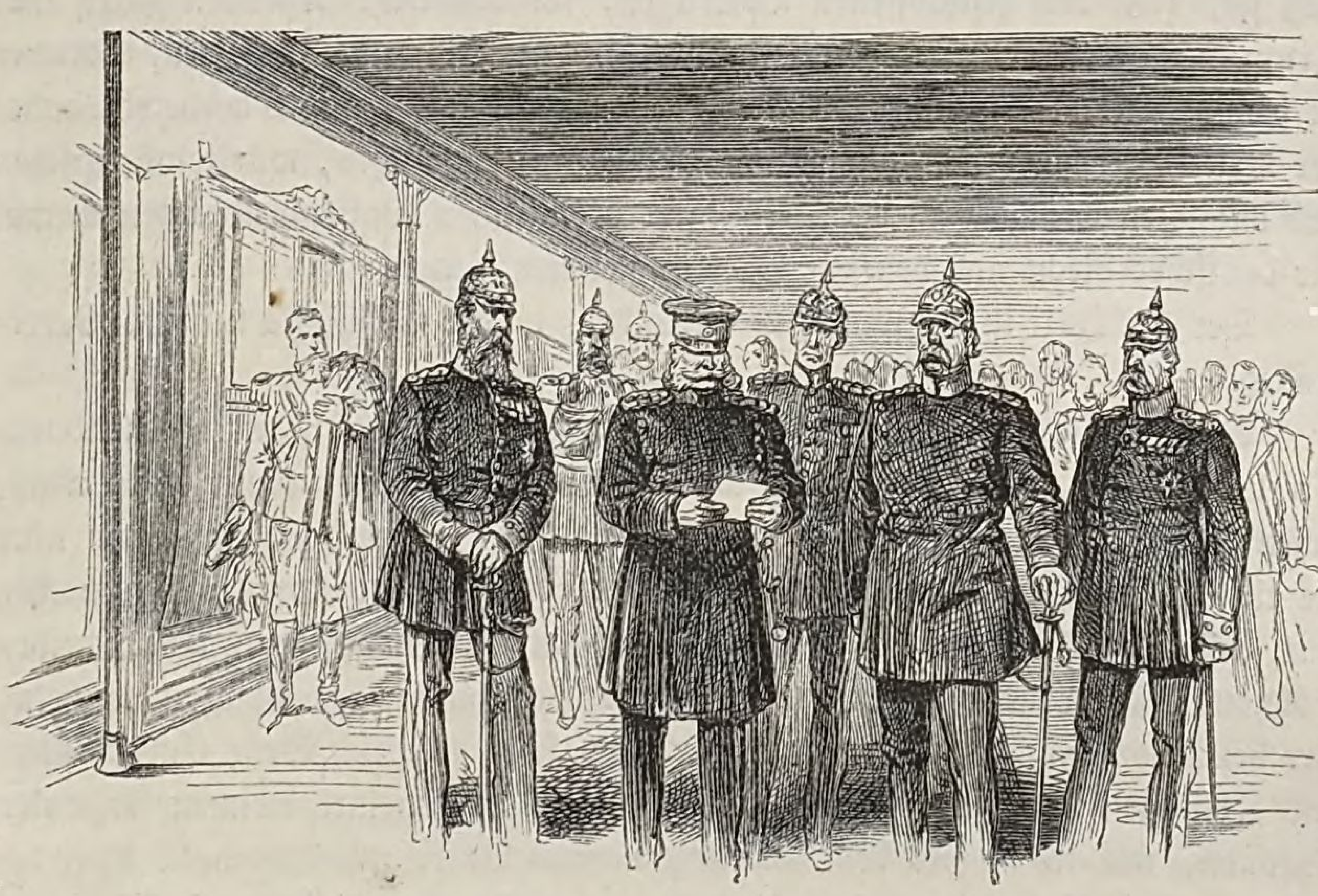
Auf allen Plätzen und Straßen hörte man Waffengetümmel und kriegerische Klänge, in stiller Kammer hoben sich gefaltete Hände zum Gebet und aus der Tiefe des deutschen Herzens hervor strömten Lieder über Lieder.

Da „braust ein Ruf wie Donnerhall“ vom Fels zum Meer, und überall, so weit er schallt im deutschen Land, da stimmen deutsche Männer ein:

„Fest steht und treu die Wacht am Rhein! —
Der Schwur erschallt, die Woge rinnt,
Die Fahnen flattern hoch im Wind
Am Rhein, am Rhein, am deutschen Rhein, —
Wir Alle wollen Hüter sein!“ —

Ja, Alle wollen Hüter sein; selbst die deutschen Wässer und Ströme rüsten für den deutschen Rhein:

„Da rauscht das Haff, da rauscht der Belt,
Da rauscht das deutsche Meer,
Da rückt die Oder dreist ins Feld,
Die Elbe greift zur Wehr;
Neckar und Weser stürmen an,
Sogar die Flut des Mains,
Vergessen ist der alte Span,
Das deutsche Volk ist Eins!



Auf dem Bahnhofe in Berlin.

Schwaben und Preußen Hand in Hand,
Der Nord, der Süd — ein Heer!
Was ist des Deutschen Vaterland, —
Wir fragen's jetzt nicht mehr!
Ein Geist, ein Arm, ein einz'ger Leib,
Ein Wille sind wir heut'!
Hurrah, Germania, stolzes Weib!
Hurrah, du große Zeit!"

Eine gleiche Begeisterung hatte sich auch der Bevölkerung Süddeutschlands bemächtigt. Da war kein Deuteln an den geschlossenen Verträgen zu Schutz und Trutz, kein Schwanken und Zweifeln bei den Regierungen oder in den Volksvertretungen, keine Eifersucht zwischen Nord und Süd. Vor den Schlössern der Fürsten sammelte sich das Volk und gab durch seine Haltung zu erkennen, daß es die Sache Preußens und Norddeutschlands zu der seinigen mache und daß es von den Fürsten nur einen, hochherzigen Entschluß erwarte.

Wo in der bayrischen Kammer sich noch einzelne Stimmen aus dem Lager der Ultramontanen und Partikularisten dafür aussprachen, der Regierung die geforderten Geldmittel nicht für den Krieg, sondern nur für „Aufrechthaltung einer bewaffneten Neutralität“ zu bewilligen, da vermochten sie doch bei der deutschen Gesinnung, die im Volke sich kundgab, nicht durchzudringen. Bereitwillig wurden von den süddeutschen Landtagen die Forderungen der Regierungen genehmigt. Die süddeutschen Fürsten telegraphirten dem Könige von Preußen, daß sie, treu den geschlossenen Verträgen, für den bevorstehenden Krieg ihre Truppen unter seinen Oberbefehl stellten, und der König dankte ihnen, indem er sie benachrichtigte, daß er seinen Sohn, den Kronprinzen, zum Oberbefehlshaber der Dritten Armee ernannt habe, in welcher die bayrischen, württembergischen und badischen Truppen an der Seite ihrer preußischen Waffenbrüder den Kampf für deutsches Recht und deutsche Ehre aufnehmen sollten.

Der 19. Juli ist ein wichtiger Gedenktag in der Geschichte unseres Vaterlandes. —

Am 19. Juli 1810 knieten im Schlosse Hohen-Zieritz in Mecklenburg-Strelitz zwei Prinzen an der Seite des Vaters vor dem Sterbebette ihrer königlichen Mutter, der unvergeßlichen Königin Luise, deren Herz im Gram über die tiefe Erniedrigung des Vaterlandes unter dem ersten Napoleon gebrochen war. Wenige Tage vor ihrem Heimgange hatte die hohe Frau ihren beiden Söhnen, dem Kronprinzen und dem damals dreizehnjährigen Prinzen Wilhelm, ihre heiligen Pflichten für das Vaterland ans Herz gelegt. „Wenn Eure Mutter und Königin nicht mehr ist“, so sprach sie, „dann weinet meinem Andenken Thränen, wie ich sie jetzt dem Umsturze meines Vaterlandes weine! Aber begnügt Euch nicht damit allein; handelt, entwickelt Euere Kräfte, vielleicht läßt Preußens Schutzgeist sich auf Euch nieder!“ — In ihrem Tagebuche hinterließ die edle Frau die köstlichen Worte: „Wenngleich die Nachwelt meinen Namen nicht unter den Namen der berühmten Frauen nennen wird, so wird sie doch, wenn sie die Leiden dieser Zeit erfährt, wissen, was ich durch sie gelitten habe, und sie wird sagen: sie duldete viel und harrete aus im Dulden. Dann wünsche ich nur, daß sie zugleich sagen möge: „Aber sie gab Kindern das Leben, welche besserer Zeiten würdig waren, sie herbeizuführen gestrebt und endlich sie errungen haben.““ Die Erinnerung an diese Worte und an jenen Trauertag mochte heute — sechzig Jahre später — lebendiger als sonst im Herzen des königlichen Greises nachklingen, der sich rüstete, um unter Gottes Beistand die Schmach abzuwehren, welche der Neffe des ersten Napoleon seinem Hause und seinem Volke von Neuem zugedacht hatte.

Am 19. Juli 1870 fand die Eröffnung des außerordentlichen Landtags zu Berlin statt. Vorher vereinigte ein gemeinsamer Gottesdienst in der Domkirche den königlichen Hof, die Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes und der preußischen Ministerien.

Das Textwort der Predigt lautete: „Mit Gott wollen wir Thaten thun!" In den Mienen des Königs las man die tiefe Bewegung, mit welcher er der würdigen und ergreifenden Predigt des Geistlichen, Oberhofprediger Dr. Hoffmann, folgte. Unter den Abgeordneten auf der letzten Bank saß Moltke, der stille, bescheidene Feldherr, in dessen Seele die Thaten schon Gestalt gewannen, die er mit Gott zu thun Willens war. Bismarck blickte, unter den Mitgliedern des Bundesraths auf der Emporkirche um Hauptes länge hervorragend, mit der ganzen Milde und wohlwollenden Ruhe, deren seine ehernen Züge fähig waren, vor sich nieder.

Von der Kirche begaben sich die Abgeordneten nach dem Weißen Saale des königlichen Schlosses. Mit bewegter Stimme verlas der König die Thronrede, oft unterbrochen von dem begeisterten, minutenlangen Beifall der Versammlung, in welchen die Zuhörer auf den Tribünen einstimmten. Sie war vielleicht das Beste, was jemals aus Bismarck's Feder geflossen; in ihr leuchtete der vaterländische Zorn und Schlachtenmuth, das Gott- und Rechtsvertrauen vor, welche das deutsche Volk beseelten. Mit freudiger Genugthuung vernahmen die Vertreter des Volks aus königlichem Munde die Worte:

— „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in frühern Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.

„Es ist keine Ueberhebung, welche mir diese Worte in den Mund legt. Die verbündeten Regierungen, wie ich selbst, wir handeln in dem vollen Bewußtsein, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhen. Wir haben mit klarem Blicke die Verantwortlichkeit ermessen, welche vor den Gerichten Gottes und der Menschen Den trifft, der zwei große und friedliebende Völker im Herzen Europa's zu verheerenden Kriegen treibt.

„Das deutsche wie das französische Volk, beide die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen als zu dem blutigen der Waffen.

„Doch die Machthaber Frankreichs haben es verstanden, das wohlberechtigte, aber reizbare Selbstgefühl unsers großen Nachbarvolks durch berechnete Mißleitung für persönliche Interessen und Leidenschaft auszubeuten.

„Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, Alles, was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor Aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden

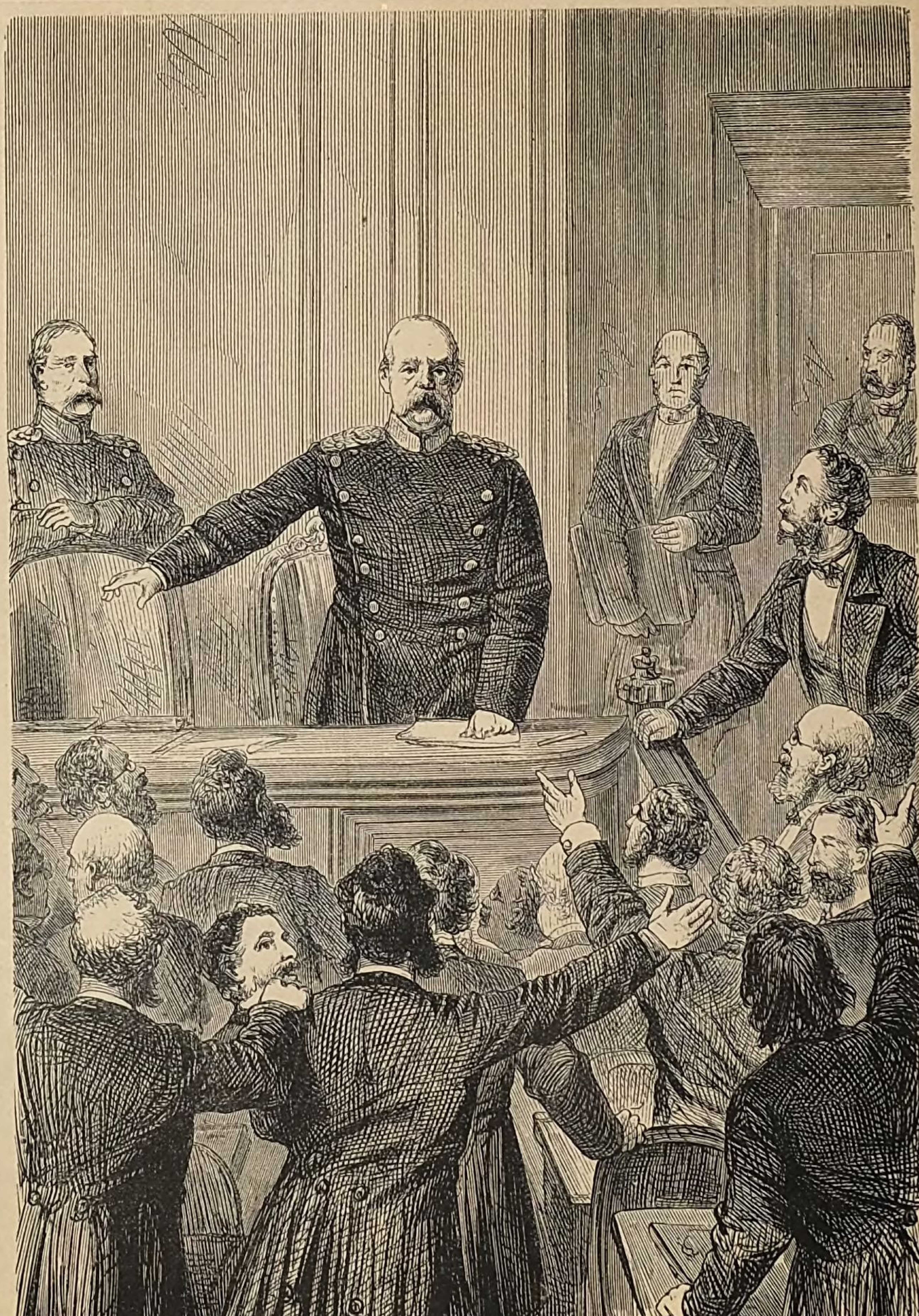
wir uns, gestützt auf den einmüthigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volks mit dem Aufrufe zur Vertheidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit.

„Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europa's dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war."

Unmittelbar nach der Eröffnung (um 2 Uhr) folgte die erste Sitzung des Reichstags. Aber in den wenigen Minuten bis dahin hatte sich ein wichtiges Ereigniß vollzogen. Um 1½ Uhr hatte der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Bundeskanzler die amtliche Kriegserklärung übergeben. Jede Brücke zum Frieden war abgebrochen.

Mit leuchtenden Blicken erschien der Kanzler im Sitzungssaal, Allen auffallend durch seine entschlossene, zuversichtliche Haltung, durch die fast jugendliche Raschheit und Kraft seiner Bewegungen. Unter lautloser Stille ergriff er das Wort. Kaum aber hatte die Versammlung verstanden, daß es die Mittheilung von der erfolgten Kriegserklärung war, die er dem Hause zu machen hatte, so erhob sich von allen Seiten des Saales, von der Zuhörertribüne, den Logen der Presse, den Plätzen des Bundesraths, selbst der Diplomaten, ein unermeßlicher Jubel; es war der Ausdruck desselben freudigen Schlachtenmuthes, der bald in dem Hurrahruf der deutschen Krieger von Wörth bis Paris und Orleans, von den Festungen im französischen Flandern bis Belfort und zur Lisaine klang. — In derselben Stunde betete König Wilhelm am Grabe seiner Eltern in Charlottenburg. „Vielleicht läßt sich Preußens Schutzgeist auf Euch nieder!" — Diese Worte seiner heimgegangenen Mutter, der Königin Luise, vor sechzig Jahren zu ihm und seinem älteren Bruder segnend gesprochen, klangen im Herzen des greisen Königs wieder, als er heimkehrend von ihrer Ruhestätte denselben Orden, welchen sein königlicher Vater dereinst an ihrem Geburtstage gestiftet hatte (10. März 1813), heute an ihrem Todestage erneuerte. Die eiserne Zeit war wiedergekommen; für den Vertheidiger des Vaterlandes gab es keinen höheren Schmuck mehr als das „Eiserne Kreuz".

Die Arbeiten des Reichstags waren kurz und von der gehobenen Stimmung der Zeit getragen. Die Antwort des Hauses auf die Thronrede bekundete die Einhelligkeit des Gedankens und Willens, welcher in diesem Augenblicke die deutschen Herzen bewegte, und den unerschütterlichen Entschluß des einigen Volkes, „alle Güter der Erde daranzusetzen, um nicht zu dulden, daß der fremde Eroberer des deutschen Mannes Nacken beuge"; sie enthielt den Ausdruck des Vertrauens in die Tapferkeit und Vaterlandsliebe der bewaffneten Brüder, in die „erfahrene Führung des greisen Heldenkönigs und deutschen Feldherrn, dem die Vorsehung beschieden, den großen Kampf, welchen der Jüngling vor mehr



v. Koeppen: Fürst Bismarck.

Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Die Vorlesung der französischen Kriegserklärung im Reichstage des norddeutschen Bundes (am 19. Juli 1870).

als einem halben Jahrhundert kämpfte, am Abend seines Lebens zum entscheidenden Ende zu führen", endlich des Vertrauens in „Gott, dessen Gericht blutigen Frevel straft."

In einer denkwürdigen Rede (20. Juli) gab der Bundeskanzler eine durchaus klare und sachliche Darlegung von der Entwickelung des vorliegenden Kriegsfalls, aus welcher hervorging, daß die preußische Regierung von der französischen in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten hatte, — nämlich die Kriegserklärung. Nachdem alle Mittel zur Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes zu Lande und zu Wasser ohne Debatte bewilligt und auch alle übrigen auf den Krieg bezüglichen Vorlagen schnell erledigt waren, wurde die Arbeit der Volksvertreter für geschlossen erklärt (21. Juli).

Der größte Krieg unseres Jahrhunderts kam zum Ausbruch, ohne daß von Seiten der Mächte erhebliche Anstrengungen zur Verhütung desselben gemacht worden wären. Wie einleuchtend der von Frankreich herbeigezogene Kriegsvorwand auch den nichtbetheiligten Regierungen scheinen mußte, so wurden doch von keiner eindringliche Vorstellungen gegen die Unrechtmäßigkeit der französischen Forderungen erhoben. Vielleicht hätte ein gemeinsamer Protest der Hauptmächte das Unglück des Krieges verhüten können, aber dazu kam es nicht. Die Gründe für diese Zurückhaltung lagen einerseits in der Eifersucht auf die so schnell emporgekommene Macht Preußens und in der Besorgniß vor preußischen Vergrößerungsplänen, andererseits — und zwar dies insbesondere bei mehreren Staaten zweiten Ranges — in den nachwirkenden Machteinflüssen Frankreichs, dessen Rache sie fürchteten, wenn sich das Kriegsglück ihm zuwenden sollte.

Der einzige Großstaat, welcher Deutschland gegenüber von Anfang bis zuletzt eine aufrichtige und wohlwollende Neutralität beobachtete, war Rußland. Wol gab es dort eine einflußreiche Partei, welche die Machtentwicklung Deutschlands unter Preußens Führung mit scheelen Blicken verfolgte und aus ihren Sympathien für Frankreich keinen Hehl machte, indessen Kaiser Alexander stand mit ganzem Herzen auf der Seite seines Oheims, des Königs Wilhelm, und diese Auffassung war in den Regierungskreisen die maßgebende. Die russische Regierung war bestrebt, die Grenzen des Kriegsschauplatzes zu beschränken und die Einmischung jeder fremden Macht zu Gunsten Frankreichs zu verhindern. In dieser Beziehung war ihre Haltung von wesentlichem Einfluß auf diejenige Oesterreichs.

In Wien hielt der alte Gegner Bismarck's, Graf Beust, die Gelegenheit für günstig, um Oesterreich seine frühere Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen. Er hoffte vielleicht jetzt ebenso sehr, wie vor vier Jahren Napoleon, auf eine Niederlage der preußischen Waffen, um dann mit österreichischen Ansprüchen und Forderungen hervorzutreten; aber die Verhältnisse im eigenen Lande, die Theilnahme der deutschen Bevölkerung Oesterreichs für die deutsche

Sache, die Abneigung Ungarns gegen eine Betheiligung am Kriege, endlich die Rücksicht auf Rußland veranlaßten ihn, wenigstens für die nächste Zeit eine zuwartende Haltung zu beobachten. Er suchte indessen auf diplomatischem Wege in einem für Preußen wenig günstigen Sinne auf die anderen Mächte einzuwirken und im Stillen die Mittel für den Krieg in Bereitschaft zu stellen.

Den König Viktor Emanuel von Italien zogen die alten Sympathien auf Seite Frankreichs, aber auch er war vorsichtig genug, den Gang des Krieges erst abwarten und sein Handeln nach den Umständen einrichten zu wollen. Er durfte zugleich hoffen, durch eine zögernde Politik den Preis des Bündnisses, um welches sich sowol Frankreich als Oesterreich bewarben, zu steigern. Kaiser Napoleon kam ihm zunächst mit einem Vertrauensbeweis entgegen, indem er seine Truppen aus dem Kirchenstaat zurückzog und den Papst unter den — allerdings zweideutigen — Schutz des Königs von Italien stellte. Es war ihm mehr um den Beistand der italienischen Waffen als um den Segen des Heiligen Vaters zu thun.

Die kleineren Staaten, welche dem Kriegsschauplatze zunächst lagen, — Belgien, Holland und die Schweiz — suchten durch schleunige Neutralitätserklärungen ihr Gebiet sicher zu stellen; jedoch kam ihre Neutralität mehr Frankreich als Deutschland zu Statten.

Das kleine Dänemark war zur Kriegführung zu wenig vorbereitet, um die französischen Landungspläne an den deutschen Nordseeküsten unterstützen zu können, und hoffte gleichfalls auf Waffenerfolge Frankreichs, ehe es sich zur Theilnahme am Kriege entschließen wollte.

Von Bedeutung konnte die Haltung Englands werden, wenn es im Interesse der Civilisation und Humanität, Frankreich gegenüber, die einer Großmacht würdige Sprache geführt hätte. Die englischen Minister Lord Granville und Mr. Gladstone hatten im Parlament offen ihren Tadel über das hastige und ungerechtfertigte Vorgehen Frankreichs ausgesprochen; sie hatten erklärt, daß mit dem Aufgeben der Hohenzollern'schen Thronkandidatur jede Veranlassung zum Kriege geschwunden sei; als aber die französische Regierung nach jenem Ministerrath in St. Cloud (13. Juli) mit ihren neuen Forderungen hervortrat, da nahmen die englischen Minister keinen Anstand, auch diese Forderungen zu unterstützen. Der Wunsch, einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden, lag der englischen Regierung mehr am Herzen, als das Interesse für die Ehre und Würde einer befreundeten Nation.

Zwei Tage vor der Uebergabe der französischen Kriegserklärung ließ die großbritannische Regierung durch ihren Botschafter Lord Loftus der preußischen ihre Vermittelung zur Beilegung des Konfliktes anbieten. Die Antwort des Grafen Bismarck (18. Juli) zeigte von der Mäßigung, welche in der Politik des Norddeutschen Bundes bis zum letzten Augenblicke vorwaltete. Er erklärte, daß die Regierung des Königs sich keiner Verhandlung entziehen werde, welche

auf einer „für die Ehre und das Nationalbewußtsein Deutschlands annehmbaren Basis" den Frieden zu sichern den Zweck hätte, machte aber die vorherige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs zur Voraussetzung der Verhandlungen. „Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen", sagte er, „es hat an derselben festgehalten, nachdem die erste Komplikation auch nach Englands Meinung materiell beseitigt war. Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf."

Schon am folgenden Tage ward es bekannt, daß Frankreich die englische Vermittelung abgelehnt hatte.

Endlich machte auch noch der wenige Tage vorher durch Beschluß des Konzils für unfehlbar erklärte Papst in seiner Eigenschaft als „irdischer Vertreter des Gottes des Friedens" den Versuch einer Vermittelung mit einem Handschreiben an den König Wilhelm (22. Juli). Es war auffallend, daß auch dieser Antrag an den herausgeforderten Theil gerichtet war, während er doch nur dann Erfolg haben konnte, wenn er zuvor von demjenigen Theile angenommen war, der den Krieg heraufbeschworen hatte und ihm mit blinder Hast zutrieb.

Nachdem die letzte Friedensaussicht geschwunden war, das Werk der Waffen unvermeidlich seinen Lauf nehmen mußte, brach Bismarck das Schweigen, welches er bisher über gewisse diplomatische Vorgänge beobachtet hatte, um die ehrgeizigen und habsüchtigen Pläne der friedenstörenden Macht vor aller Welt offen darzulegen. Am 25. Juli veröffentlichte die Times den Entwurf des Offensiv- und Defensiv-Vertrages, welchen der Kaiser Napoleon ihm bereits aus Veranlassung der Luxemburger Verwickelung durch seinen Botschafter Grafen Benedetti heimlich hatte antragen lassen. Danach erklärte sich Frankreich bereit, den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde anzuerkennen und forderte von Preußen als Gegenleistung, daß es ihm die Erwerbung Luxemburgs gestatten und zur Eroberung Belgiens beistehen solle.

Die Veröffentlichung dieses Vertragsentwurfs in dem verbreiteten Weltblatt zu einer Zeit, als die englische Regierung über die von ihr zu nehmende Stellung noch unschlüssig schien, war ein Meisterzug der Bismarck'schen Politik. Die französischen Eroberungspläne auf Belgien waren eine Bedrohung für England selbst, welches nie zugeben konnte, daß die Macht Frankreichs sich über Belgien ausdehnte und daß Antwerpen zu einem französischen Waffenplatz würde. Die Aufregung, welche diese Nachricht in England hervorrief, war daher eine gewaltige. Sie wurde noch gesteigert, als Bismarck bereits wenige Tage später (28. Juli) durch den Botschafter des Norddeutschen Bundes in London, Grafen Bernstorff, die Richtigkeit jener Mittheilung der Times nicht

nur bestätigen, sondern zugleich erklären ließ, der veröffentlichte Vertragsentwurf sei nicht der einzige Versuch, welchen die französische Regierung gemacht habe, um durch lockende Anerbietungen Preußens Beistand für gewisse Vergrößerungspläne auf Kosten der schwächeren Nachbarstaaten zu erlangen, daß er sich vielmehr noch weitere Mittheilungen vorbehalte.

Dieselben erfolgten in einem Rundschreiben des Bundeskanzlers an die Vertreter der neutralen Staaten (29. Juli). Bismarck sagt darin:

„Die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenzen mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862, also vor meiner Uebernahme des Auswärtigen Amtes, an mich herangetreten; ich kann es nicht als meine Aufgabe ansehen, solche Mittheilungen, die rein persönlicher Natur waren, in das Gebiet der internationalen Verhandlungen zu übertragen, und glaube die interessanten Beiträge, welche ich auf Grund von Privatgesprächen und Privatbriefen zur Beleuchtung dieser Angelegenheit geben könnte, zurückhalten zu sollen. Durch äußerliche Einwirkung auf die europäische Politik machten sich die erwähnten Tendenzen der französischen Regierung zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unseren Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Besorgniß zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Pariser Kabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte. Frankreich hatte schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Oesterreich gerechnet, und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsere Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen."

Er erwähnt der Anerbietungen, welche ihm vor Ausbruch des Krieges von 1866 in dieser Richtung gemacht worden seien und welche endlich im Mai 1866 in dem Vorschlage eines Offensiv- und Defensivbündnisses gegen Oestereich eine bestimmte Gestalt annahmen (vgl. oben Seite 351), und fährt dann fort:

„Die Unmöglichkeit, auf irgendwelche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigenthümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde. Ich vermuthete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europa's Interesse war, gefährden würde. Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riethen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik

Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten, — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zugute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumuthungen und verhandelte dilatorisch über dieselben, ohne meinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen. . . . Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, daß mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen sei, den Entschluß gereift haben dürfte, solche gegen uns zu erkämpfen. Ich habe sogar Grund, zu glauben, daß, wenn die fragliche Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen Frankreich uns angeboten hätte, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter, dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber, die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen, auf Grund der Benedetti'schen Vorschläge, auf Kosten Belgiens." Schließlich bemerkt Bismarck noch, daß der von der Times mitgetheilte Entwurf, der in die Zeit der Luxemburger Händel fällt, von Anfang bis zu Ende von der Hand des Grafen Benedetti und auf dem Papier der kaiserlich französischen Botschaft geschrieben und daß die in Berlin anwesenden Gesandten im Auswärtigen Amte Einsicht von dem Original genommen und die Echtheit der Handschrift erkannt hätten.

Diese Darlegung von unwiderleglicher Klarheit zerstörte den letzten trügerischen Schimmer, der das Kaiserthum umgab, und offenbarte die ganze Verkommenheit und Verwerflichkeit der Napoleonischen Politik. Das fühlten auch die liberalen französischen Regierungsmänner und forderten den ungeschickten Botschafter auf, die kaiserliche Regierung zu decken. Aber Benedetti machte mit seiner Vertheidigung den Eindruck eines auf einem Vergehen ertappten Schülers, der durch seine Ausflüchte sich immer tiefer hineinredet. Der Vertragsentwurf, welchen die Times gebracht, war — so wollte Graf Benedetti glauben machen — aus Bismarck's eigenen Ideen und Inspirationen hervorgegangen; er war so zu sagen unter seinem Diktat aufgezeichnet worden, und Bismarck hatte ihn behalten, weil er ihn seinem Könige unterbreiten wollte. Warum aber der norddeutsche Bundeskanzler sich der Hand des französischen Botschafters bediente, um seine eigenen Ideen zu Papier zu bringen; warum Benedetti sich zu dieser Dienstleistung hergegeben und sogar das Papier der französischen Botschaft dazu mitgebracht; warum er dieses Bismarck'sche „Diktat", das doch auch für seinen Kaiser hohes Interesse haben mußte, Jahre lang in Bismarck's Händen gelassen und nicht zurückgefordert — darüber schweigt der Bericht. Auf die Glaubwürdigkeit der französischen Minister, welche alle derartigen Pläne des Kaisers Napoleon in Abrede stellten, fiel aber ein neues Schlaglicht, als Graf Bismarck aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes ein weiteres Schriftstück von Benedetti's eigener Hand hervorzog und im Staatsanzeiger veröffentlichen ließ (10. August). Dasselbe lautete in der Uebersetzung:

„Mein lieber Präsident!

In Beantwortung der Mittheilungen, welche ich infolge unserer Unterredung vom 26. v. M. von Nikolsburg nach Paris gelangen ließ, empfange ich aus Vichy den Entwurf zu einem geheimen Vertrage, von dem Sie anliegend Abschrift finden. Ich beeile mich, denselben zu Ihrer Kenntniß zu bringen, damit Sie ihn mit Muße prüfen können. Ich stehe übrigens zur Besprechung desselben zu Ihrer Verfügung, wenn Sie den Augenblick dazu für gekommen erachten.

Sonntag, 5. August 1866.

Ganz der Ihrige

Benedetti.“

Dem Schreiben war der bereits an anderem Orte erwähnte Vertragsentwurf beigefügt, in welchem Napolon einen großen Theil des linken Rheinufers für Frankreich beanspruchte (vgl. S. 372).

„In der amtlichen Unterredung“, sagt der Kanzler in einem Rundschreiben, „welche ich mit dem Grafen Benedetti infolge dieses Schreibens hatte, unterstützte derselbe die in letzterem enthaltenen Forderungen durch die Drohung des Krieges für den Fall der Ablehnung. Der gleichwol meinerseits ausgesprochenen Ablehnung folgte das Verlangen nach Luxemburg und dem Mißlingen dieses Geschäftes der größere, Belgien umfassende Vorschlag, welcher in dem von der Times veröffentlichten Vertragsentwurfe des Grafen Benedetti formulirt ist.“

Dem Aufsehen, welches diese Enthüllungen in der englischen Presse erregten, entsprach die Wirkung auf die Haltung des englischen Ministeriums nicht. Dasselbe England, welches die Neutralität Belgiens so eifersüchtig überwacht, daß in unseren Tagen die Beschwerdeschrift des Fürsten Bismarck wegen der von den dortigen Bischöfen ausgehenden Aufreizungen preußischer Staatsbürger zum Widerstand gegen ihre Obrigkeit und wegen der dort offen geplanten Mordanschläge gegen die Person des deutschen Reichskanzlers im Parlament zu Interpellationen über die Unabhängigkeit Belgiens führte, — dasselbe England hatte kein Wort der Entrüstung, als es von dem Attentat Kenntniß erhielt, mit welchem die eroberungssüchtige Politik der französischen Regierung seit einer Reihe von Jahren die vertragsmäßig verbürgte Neutralität Belgiens bedrohte. Es begnügte sich mit dem Abschluß eines Vertrages mit Deutschland einerseits und mit Frankreich andererseits (9. August), in welchem die Neutralität Belgiens gemäß des früheren Vertrages (19. April 1839) von Neuem gewährleistet wurde. Derselbe brachte für Deutschland wenigstens den Vortheil, daß seine rechte Flanke bei den Kriegsoperationen gedeckt war.

Eine ganz andere Wirkung hatte die Veröffentlichung der Napoleonischen Anträge in Deutschland. Durch keinen Staatsakt ist Bismarck bei der Bevölkerung Süddeutschlands so populär geworden, als durch die Abfertigung der

französischen Ansprüche auf deutsches Gebiet, auf Mainz und die bayrische Pfalz. Daran erkannte man, daß Bismarck nicht allein ein preußischer, daß er ein deutscher Staatsmann war, der seine größte Kraft aus der Uebereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl schöpfte. Das Mißtrauen, welches unter der Bevölkerung Süddeutschlands noch gegen die Bismarck'sche Politik vorgeherrscht hatte, schwand und das deutsche Volk überließ sich vertrauensvoll der staatsmännischen Führung des erprobten Ministers für die ernste Zukunft, der es entgegenging.

So sehr verrechnet hatte sich Napoleon in seiner Beurtheilung des Bundeskanzlers und des deutschen Volkscharakters. Weil er selbst in seiner Staatskunst die Treue nicht kannte, so übersah er es, daß in Deutschland die alte mannhafte Treue die Grundlage für alle Verträge und Staatsordnungen, sowie für das Verhältniß zwischen Fürsten und Volk bildet. Er hatte noch gehofft auf die alte Eifersucht zwischen Süden und Norden und auf den Vertragsbruch der süddeutschen Fürsten, und nun stand ihm das ganze Volk wie ein zorniger Mann gegenüber zur Abwehr des frevelhaften Angriffs auf seine Unabhängigkeit und seine Ehre, ein einiges deutsches Volk in Waffen.

Während Kaiser Napoleon in St. Cloud die von gleißnerischem Lobe und Versicherungen der Unterwürfigkeit triefenden Reden der Präsidenten des Senats und des Gesetzgebenden Körpers entgegennahm, gingen dem König Wilhelm aus allen Stämmen des deutschen Vaterlandes, aus allen Kreisen des Volkes Kundgebungen der Hingebung und Opferfreudigkeit für das gemeinsame Vaterland zu, und König Wilhelm dankte mit den schlichten, ewig schönen Worten, daß er „dem deutschen Volke Treue um Treue geben und unwandelbar halten" werde.

Am Sonntag den 31. Juli verließ der König seine Hauptstadt, um sich zur Armee zu begeben, nachdem er in seinen Abschiedsworten an das Volk eine Amnestie für alle politischen Vergehen verkündigt hatte. Auch das Auswärtige Amt war mobil gemacht worden und reiste mit dem Zuge des Königs. Es war ein zahlreicher Generalstab, mit welchem sich Graf Bismarck ins Feldlager begab. Zu demselben gehörten die Legationsräthe Abeken, von Keudell, Graf Bismarck-Bohlen, Graf Hatzfeld, welchen im September der Legationsrath Bucher folgte. Hierzu kamen die Sekretäre und Chiffreure, sowie die große Anzahl von Feldjägern, Telegraphisten, Ordonnanzen und Trainsoldaten. Die Beamten, soweit sie nicht Militärs waren, trugen eine bei dieser Veranlassung vorgeschriebene Felduniform.

Am 2. August Morgens traf der Zug in Mainz ein, wo das erste königliche Hauptquartier genommen ward. Wenige Tage darauf (6. August) eröffneten die Schlachten bei Spichern und Wörth den Krieg und zugleich die Pforten einer neuen Zeit. Es folgte das gewaltige Ringen bei Metz (14., 16. und 18. August):

„Das war eine Schlacht!
Zwischen Kampf und Kampf
Hat der Tod einen Rasttag gemacht,
Umnebelt von schwebendem Pulverdampf.“

Am Nachmittage des zweiten Schlachttages (16. August) kam das königliche Hauptquartier nach Pont à Mousson an der Mosel. Während der Bundeskanzler hier Briefe und Depeschen empfing und abfertigte, schallte noch in dumpfen Schlägen der Kanonendonner von Mars la Tour und Vionville herüber, wo seine beiden Söhne, der ältere als Fähnrich, der jüngere als Gefreiter, in demselben Zuge der 3. Schwadron 1. Garde-Dragoner-Regiments ihre ersten, blutigen Lorbern brachen.

Bald nach Mitternacht traf vom Prinzen Friedrich Karl die Meldung von den durch die Schlacht erreichten Erfolgen ein. Die feindliche Hauptarmee war bei ihrem Abmarsch nach Westen auf der Straße Metz-Verdun von der kaum halb so starken Armee des Prinzen Friedrich Karl angegriffen und festgehalten worden. Die Möglichkeit war gewonnen, durch eine Hauptschlacht mit allen verfügbaren Kräften jeden weiteren Versuch des Feindes, sich von Metz westwärts auf Chalons zu wenden, zu vereiteln und ihm die Verbindungen mit Paris abzuschneiden.

Am 17. August Morgens 4 Uhr brach der König mit seinem Gefolge, darunter wie gewöhnlich Moltke, Bismarck und Roon, von Pont à Mousson nach dem Schlachtfelde des vorigen Tages auf. Während der königliche Feldherr von einer Höhe bei Flavigny aus die französische Aufstellung westlich von Metz überblickte und mit Moltke, dem Prinzen Friedrich Karl und dessen Generalstabschef von Stiehle sowie mit anderen Generalen den Plan für den dritten großen Schlachttag entwarf, ritt Graf Bismarck allein, vorgebeugten Leibes, forschenden Auges, über das noch von Todten bedeckte Schlachtfeld. Er suchte nach seinen Söhnen, die am Tage vorher im wilden Reitergewoge bei Mars la Tour gekämpft hatten, und erfuhr im Lager des 1. Garde-Dragoner-Regiments, daß sein älterer Sohn, Herbert, bei einer Attake auf französische Infanterie von einer Chassepotkugel am Oberschenkel verwundet und bereits in das Lazareth Mariaville — $1/4$ Meile von Mars la Tour — gebracht war. Hier fand ihn Bismarck in einem großen Saale mit vielen anderen Verwundeten liegend. Dem zweiten Sohne, Wilhelm, war bei derselben Attake, die auch dem tapfern Führer ihrer Schwadron, Grafen Westarp, das Leben kostete, das Pferd verwundet worden; er traf hier im Lazareth zu Mariaville mit seinem Vater und dem verwundeten Bruder zusammen, bestieg nach kurzer Begrüßung mit ihnen ein elendes Pferd, das er auf dem Felde umherlaufend fand, und erreichte nach einigem Suchen sein Regiment. Graf Herbert blieb bis zum 19. August im Lazareth zu Mariaville, wurde dann nach Pont à Mousson und einige Tage später nach Nauheim transportirt, wo damals seine Mutter, die

Gräfin Bismarck, weilte. Den Grafen Wilhelm sah Bismarck, wie wir weiter unten erfahren werden, am 2. September im Bivuak vor Sedan wieder. Wir erwähnen schon hier, daß beide Söhne während des Feldzugs zu Offizieren ernannt wurden (der ältere am 2., der jüngere am 27. Sept.), und daß Beide den Ehrenschmuck des Eisernen Kreuzes erhielten, jener für die Attake bei Mars la Tour, dieser für seine Theilnahme an der Schlacht an der Hallue (25. Dez.), an welcher er als Ordonnanzoffizier des Generals von Manteuffel theilnahm.



Bismarck auf dem Schlachtfelde von Mars la Tour (17. August 1870).

Auf der Höhe bei Flavigny erschien der König mit seinem Gefolge abermals in der Frühe des 18. August, des Tages der Königsschlacht. In stetigem Vorrücken von Süden her bewegten sich die Heersäulen der Zweiten Armee (Prinz Friedrich Karl) westlich von Metz staffelnweise gegen die Straßen vor, welche

dem Feinde von Metz nach dem Innern des Landes noch offen standen. Bei Gravelotte, an der Straße Metz-Verdun, hielt die Erste Armee (von Steinmetz) den Feind in seiner dortigen Stellung gefesselt. Hin und wieder sprengten Offiziere mit Meldungen nach der Höhe von Flavigny. Immer deutlicher ward es, daß der Feind den Marsch nach Westen nicht antrat, sondern daß er auf den Höhen im weiten Halbkreis westlich um Metz zur Annahme der Schlacht bereit stand. Sicher gelenkt von einem unsichtbaren Willen, schwenkte die ganze Armee staffelnweise rechts ein und rückte, Front gegen Metz, Rücken gegen Paris, in breiter Schlachtordnung gegen die feindlichen Stellungen vor. Auf dem äußersten linken Flügel setzten die Heereskörper ihre Bewegungen gegen Norden fort, um über St. Marie aux Chênes und St. Privat des Feindes rechten Flügel zu umklammern.

Um Mittag verkündete der Kanonendonner von Verneville, daß die Schlacht im Centrum begonnen. Der König verließ mit seinem Stabe den bisherigen Standpunkt und begab sich weiter vorwärts nach den Höhen von Rezonville. Auf meilenweitem Bogen entbrannte die donnernde Feldschlacht.

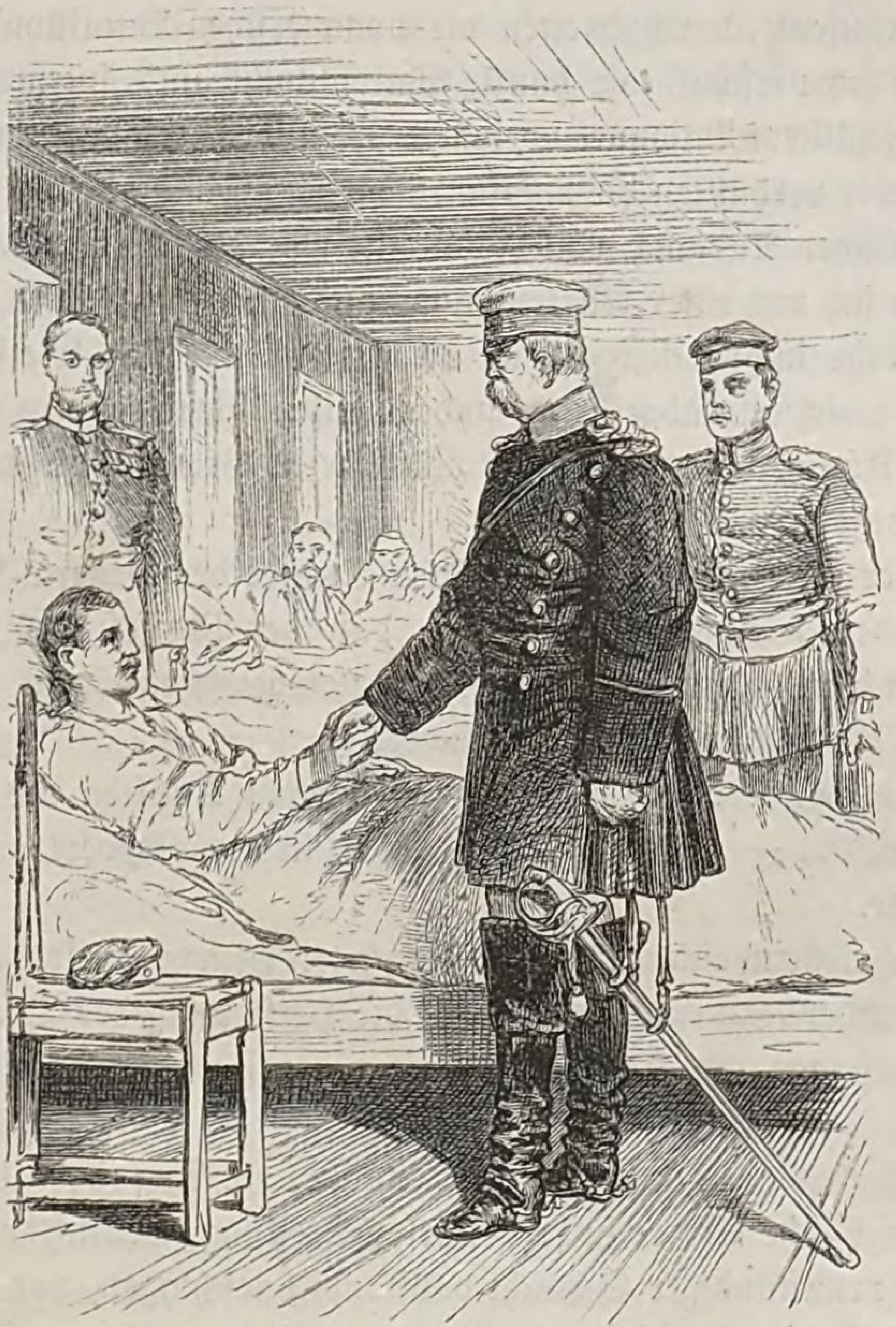
Nun beginnt auch auf dem rechten Flügel Steinmetz mit der Ersten Armee den Angriff. Eine lange Geschützreihe auf den Höhen bei Gravelotte eröffnet ihr Feuer auf die gegenüberliegenden Stellungen. Bataillon auf Bataillon, mit breiten Schützenketten vor der Front, tauchen in die dunkle Waldschlucht des Mancebachs hinab, vertreiben den Feind aus den Waldungen und gewinnen festen Fuß am jenseitigen Abhange. Der Pachthof von St. Hubert, der festeste Außenposten der feindlichen Stellung, wird erstürmt. Noch aber ist der Höhenrücken in seiner ganzen Ausdehnung von den feindlichen Hauptkräften besetzt. Aus den etagenförmig übereinander angelegten Schützengräben bestreicht ein mörderisches Chassepotfeuer den unbewaldeten flachen Abhang. Die Pachthöfe Leipzig, Moskau und le Point du jour sind durch die Mittel der Kriegskunst in feste Bollwerke umgewandelt. Hier kommt die Schlacht zum Stehen.

König Wilhelm hat sich unterdessen, der vorschreitenden Bewegung des gesammten Heeres folgend, mit seinem Hauptquartier nach den Höhen zwischen Gravelotte und Malmaison vorbegeben. Aus dem Centrum treffen Meldungen ein über den günstigen Fortgang der Schlacht. Ueber die Fortschritte des linken Flügels gegen St. Marie aux Chênes und St. Privat ist bei dem weiten Marsche der Truppen und der großen Entfernung jener Ortschaften noch nichts bekannt.

Der Tag beginnt sich zu neigen.

Auf dem rechten Flügel will General von Steinmetz den Höhenrücken von le Point du jour und Moskau nicht die Nacht über in Feindes Händen lassen und befiehlt den allgemeinen Angriff. Um dieselbe Zeit (7 Uhr Abends) geht auch der Feind unter Heranziehung seiner Hauptreserven, die er den Tag über in der Erwartung, daß der Hauptstoß gegen seinen linken Flügel erfolgen würde,

hier nutzlos zurückgehalten hat, zum Angriff über. Unter heftigem Chassepot- und Mitrailleusenfeuer brechen aus den bergenden Gräben plötzlich die Tirailleurs in breiten Linien, mehrere Reihen hintereinander, vor, dahinter starke Kolonnen, und drängen die früheren Sieger, die jetzt durch den sechsstündigen Kampf erschöpft und aufgelöst sind, bis in die Waldschlucht der Mance zurück.



Bismarck trifft seine Söhne im Lazareth zu Mariaville (vergl. S. 478).

Nur das Feuer der tapfer ausharrenden Artillerie, welche über die Köpfe des eigenen Fußvolks hin in die feindlichen Kolonnen hineinfeuert, und die krachenden Salven der längs dem Thalrande der Mance ausgebreiteten Infanterielinien hemmen den stürmischen Andrang des Feindes. Schon aber schlagen feindliche Granaten in das Dorf Gravelotte, wo jedes Haus ein Hospital ist, und auf die Verbandplätze, wo die Aerzte in Erfüllung ihres Berufes begriffen sind. Auch der Standpunkt des Königs wird von den Granaten erreicht. Auf die dringenden Bitten des Kriegsministers von Roon verläßt der König den gefährdeten Platz und begiebt sich nach Rezonville zurück.

Um dieselbe Zeit erhält General von Fransecky, dessen Corps soeben nach zwölfstündigem Marsch sich zwischen Buxières und Rezonville gesammelt hat, den Befehl zum Einrücken in die Schlachtlinie. General von Moltke selbst begleitet das Vorgehen des Corps und zeigt ihm als Richtungspunkt die am Abendhimmel sich abhebenden hohen Pappeln bei den Ruinen des niedergebrannten Pachthofs le Point du jour. Unter den Augen ihrer Führer, Moltke, Steinmetz, Fransecky, durchschreiten die pommerschen Bataillone unter Trommelschlag und Hörnerschall die dunkle Waldschlucht und stürmen mit lautem Hurrah und gefälltem Bajonnet vorwärts gegen den Feind. Abenddämmerung und Pulvernebel verhüllten die Aussicht über das Schlachtfeld.

Am westlichen Ausgang von Rezonville war der König vom Pferde gestiegen und hatte sich vor einer Gartenmauer auf einen aus schnell herbeigeschafftem Hausgeräthe improvisirten Sitz niedergelassen. Die Meisten seines Gefolges waren gleichfalls abgestiegen und umgaben schweigend in gespannter Erwartung den König. Graf Bismarck blätterte in Briefen, die er aus der Satteltasche hervorzog.

Auf dieser Stelle traf in der neunten Stunde der General von Moltke ein und brachte dem Könige die Meldung, daß der Vorstoß der Franzosen auf Gravelotte an dem tapferen Eingreifen des pommerschen Corps gescheitert und daß der Sieg des deutschen Heeres gesichert sei.

Später erhielt der König auch von anderen Punkten des Schlachtfeldes die Siegesberichte, — jeder ein frisches Blatt in dem Lorberkranze auf seinem weißen Haupte.

Bei dem Schein eines künstlich genährten Feuers diktirte Graf Bismarck einem Telegraphenbeamten, der soeben die Herstellung des Drahtes gemeldet hatte, im Auftrage des Königs die Siegesdepesche an die Königin, welche lautete:

„Bivuak bei Rezonville, 18. August, 9 Uhr Abends.

Die französische Armee in sehr starker Stellung westlich von Metz angegriffen, in neunstündiger Schlacht vollständig geschlagen, von ihren Verbindungen mit Paris abgeschnitten und gegen Metz zurückgeworfen.

Wilhelm."

Eng um die Festung Metz schlossen die Erste und Zweite Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl den eisernen Ring. Eine neue, die Vierte oder Maasarmee, ward unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen von dem siegreichen Heere abgezweigt, um der Dritten Armee (Kronprinz von Preußen) auf dem Marsche gegen Chalons zu folgen, die dort im Lager versammelten französischen Heeresmassen aufzusuchen und aus dem Felde zu schlagen. Das königliche Hauptquartier durchmaß die Etappen von Rezonville über Pont à Mousson, Commercy bis Bar le Duc (24. August). Da verbreitete sich das Gerücht, daß Marschall Mac Mahon mit seiner Armee das feste Lager bei Chalons verlassen

und sich über Reims nach dem Nordosten gewandt habe, um durch einen Flankenmarsch an dem waldigen Bergzuge der Argonnen und den Festungen der belgischen Grenze entlang der bei Metz eingeschlossenen Rheinarmee Bazaine's sich zu nähern und Hülfe zu bringen. Kaum wollte man im deutschen Hauptquartier dem anerkannt tüchtigsten französischen Heerführer ein so gewagtes, auf völliger Unterschätzung der deutschen Heereskräfte beruhendes Unternehmen zutrauen. Aber nicht Mac Mahon leitete die Bewegungen der Armee, auch nicht Napoleon, welcher seit dem Tage von Wörth und Spichern den Oberbefehl niedergelegt hatte und die Armee nur noch begleitete, ohne bei ihr noch Etwas zu bedeuten, sondern die Regierungsmänner in Paris, der unfähige Prahler Cousin von Montauban, Graf von Palikao, und seine Genossen, welche den Schwächlingen Ollivier und Gramont gefolgt waren. Die Meldungen der weit vorausstreifenden deutschen Reiterei ließen indessen keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß Mac Mahon wirklich über Reims in nordöstlicher Richtung den Marsch nach der Aisne und Maas angetreten habe. Alsbald wurden neue Pläne im deutschen Hauptquartier entworfen. Die Spitzen der im Vormarsch gegen Chalons und Paris begriffenen Heersäulen schwenken gegen Nord und Nordost ab und die beiden Armeen des Kronprinzen von Preußen und Kronprinzen von Sachsen rücken in Gewaltmärschen auf den schmalen Gebirgswegen des Argonnerwaldes der Armee Mac Mahon's entgegen und nach, um ihr gleichzeitig den Vormarsch auf Metz und den Rückzug auf Paris zu verlegen und sie zum Uebertritt auf belgisches Gebiet oder zum Strecken der Waffen zu nöthigen.

Das große Hauptquartier geht von Bar le Duc nach Clermont, dem Gebirgsstädtchen in den Argonnen (26. August Nachmittags). Die Arbeitsstube des Schulmeisters daselbst wird das Quartier des Bundeskanzlers, ein Notenpult sein Arbeitstisch. Der große, niedrige Schulsaal der Knaben wird Wohnung, Bureau und Nachtquartier für die Mitglieder des Auswärtigen Amts. Hier speist der Minister mit den Geheimeräthen und Sekretären. Ein Sägebock und eine Tonne, darüber eine ausgehobene Thüre, bilden die Tafel, auf welcher das Mahl angerichtet wird. Stühle sind nicht vorhanden; einige werden herbeigeschafft, Koffer und Kisten liefern die übrigen Sitze. Die Kerzen sind in Ermangelung von Leuchtern in leere Weinflaschen gepflanzt; ihr matter Schein fällt auf die an den Wänden ausgebreitete Streu, ein wahrhaft fürstliches Lager für die Müden. Ringsum herrscht eine malerische Unordnung. Offene Koffer und Reisesäcke, Kanzleimappen, am Boden liegende Briefcouverts, Papierstreifen, Strohhalme geben ein buntes Bild. Auch unter diesen Umständen bleibt der Geist gesammelt und auf die Arbeit gerichtet. Man schreibt Depeschen, Instruktionen, Telegramme, Zeitungsberichte; man kopirt, chiffrirt, dechiffrirt, kollationirt, während nebenan von den Offizieren des Generalstabs eine lebhafte Unterhaltung geführt wird. Feldjäger, Kabinetskuriere, Brief-

träger, Ordonnanzen, Stabswachen gehen aus und ein. „Dabei haben wir den Trost", schreibt der Sekretär, dem wir diese Schilderung in einer Zeitung vom September 1870 entnehmen, „daß unsere Excellenz, die doch noch ganz andere Dinge im Kopfe und in die Welt zu senden hat, genau unter denselben Umständen arbeitet und uns Allen als Muster der Thätigkeit und Einfachheit voranleuchtet." Unten aber durch die engen Gassen marschiren bei Sturm und Hagelwetter Bataillon auf Bataillon mit Trommeln und Pfeifen, mit Sang und Klang vorüber und lassen freudige Hurrahs nach den Fenstern gegenüber dem Schulhause aufsteigen, wo der König wohnt und hin und wieder sich den Truppen zeigt. Während dieses kriegerischen Getümmels nimmt das Tagewerk im Hauptquartier seinen ruhigen Fortgang: Bismarck schreibt, Moltke plant, der König wacht und sorgt für Alle.

Stetig und sicher nach dem Plane des Meisters bewegten sich die Heersäulen von den Pässen der Argonnen hinab nach der Maas. Das Reitertreffen bei Busancy (27. August), die Schlacht bei Beaumont (30. August) waren das Vorspiel der großen Entscheidungsschlacht bei Sedan, welche strategisch bereits gewonnen war, ehe die Waffen gesprochen hatten. Durch die Kämpfe in den letzten Augusttagen auf das rechte Ufer der Maas zurückgeworfen, hatte sich die ganze Armee Mac Mahon's in und bei der kleinen Festung Sedan versammelt. Mac Mahon selbst lebte noch immer der Hoffnung, daß es ihm gelingen könne, durch einen Vorstoß in südöstlicher Richtung die Vereinigung mit der Armee von Metz erreichen zu können. Oberhalb Sedan im Südosten sperrte der Kronprinz von Sachsen mit der Maasarmee dem französischen rechten Flügel gegenüber den schmalen Raum zwischen dem rechten Ufer der Maas und der belgischen Grenze. Im Süden von Sedan stand der Kronprinz von Preußen mit der Dritten Armee und schickte sich an, mit zwei Armeecorps die Maas bei Donchery unterhalb Sedan zu überschreiten und unter Umgehung des weit vorspringenden Flußbogens von Nordwesten und Norden her den Rücken und die linke Flanke der feindlichen Stellung bei Sedan anzugreifen; im Norden von Sedan sollte der linke Flügel der Dritten mit dem rechten der Maasarmee zusammentreffen und die Umschließung vollenden. Nur die beiden bayerischen Corps blieben vor der Südseite der Festung, das erste (v. d. Tann), um bei Bazeilles oberhalb Metz über die Maas zu gehen und im Anschluß an den linken Flügel der Maasarmee dem Feinde die Straßen auf Metz (Mouzon und Carignan) zu sperren, das zweite (v. Hartmann), um die Südfront der Festung zu beobachten und etwaige Ausfälle des Feindes auf das linke Maasufer zurückzuwerfen.

Unter Voraussetzung der Möglichkeit, daß ein Theil der französischen Armee nach Norden über die belgische Grenze ausweichen oder gedrängt werden könnte, hatte Graf Bismarck schon von Busancy aus (30. August) dem norddeutschen Gesandten in Brüssel telegraphisch den Auftrag ertheilt, der belgi-

schen Regierung für diesen Fall die Erwartung der sofortigen Entwaffnung auszusprechen. Falls dieser Erwartung nicht entsprochen würde, hatten die Truppen Befehl vom Oberkommando, den Feind ohne Weiteres auf belgisches Gebiet zu verfolgen.

Mit Tagesanbruch (1. September) verließ der König sein Hauptquartier Vendresse und wählte zur Aufstellung für sich und sein Gefolge eine Hügelkuppe südwestlich Sedan, unweit von Frénois und dem Städtchen Donchery an der Maas. Ein dichter, bleicher Nebel verbarg noch die Geheimnisse des Schlachtfeldes; nur das Rasseln der Geschütze auf den Heerstraßen, die Kommandos der Truppenführer verriethen die Vorbereitungen zur Schlacht. Hier und da zückte in der Richtung von Bazeilles ein rother Feuerschein durch die Nebelwand und verkündete, daß hier die Bayern bereits den Angriff begonnen hatten. Allmählich tauchten die Hügelkuppen aus dem Nebelmeer empor; in den Thalschluchten wehte noch leichtes Gewölk, hier und da zu seltsamen Gebilden sich gestaltend, gleich zerrissenen Heerfahnen oder gleich einem zerfetzten Kaisermantel. Gegen 7 Uhr fiel der Nebel völlig. Von der Höhe bei Frénois überblickte man weithin die Gegend im Westen und Norden von Sedan. Unten im Thale zwischen breiten Wiesenflächen wand sich die Maas. In ihr spiegelten sich die grünen Wälle und die zwischen Baumpflanzungen halbversteckten alterthümlichen Bastione der Festung. Jenseit der Stadt erhoben sich im Halbkreise langgestreckte, kahle Höhenrücken, welche dem französischen Heere als Vertheidigungswälle dienten und ihm insbesondere gegen Nordwesten zwischen Floing und Illy eine starke Stellung boten. Weiterhin lagen in den Thalschluchten der Givonne und des Floingbachs, halb mit Thürmen und rothen Ziegeldächern zwischen Baumkronen hervorschauend, halb in Busch und Thal verborgen, die Dörfer, um welche die ersten heißen Kämpfe sich entspannen, im Osten an der Givonne Bazeilles, la Moncelle, Daigny und Givonne, im Nordwesten am Floingbach Illy und Floing, noch weiter gegen Nordwesten Illy und St. Menges.

Mit dem Aufmarsche der Maasarmee am Thalrande der Givonne nahm der Kampf im Südosten der Festung, welchen die Bayern in den frühen Morgenstunden bei Bazeilles begonnen hatten, immer weitere Ausdehnung an. Von der anderen Seite rückten die Heerestheile der Dritten Armee gegen Illy und Floing vor. Um Mittag verkündete der von Illy herüberschallende Kanonendonner, daß beide Armeen hier in Verbindung getreten waren und die Umschließung vollendet hatten. Der Höhenrücken bei Illy ward erstürmt. Schon gewahrte man von der Höhe von Frénois, wie die kecken Schützenschwärme der preußischen Bataillone von den Steinbrüchen am rechten Maasufer her die Abhänge der Höhe von Floing Stufe für Stufe erstiegen und sich auf der Hochfläche immer weiter gegen Illy ausbreiteten. Bald darauf brachen hinter dem Wäldchen von Garenne, das sie bisher vor den Blicken ihrer Gegner verdeckt

hatte, die besten französischen Kavallerieregimenter, Husaren, Kürassiere und Chasseurs d'Afrique, in stürmischer Attake hügelabwärts vor und warfen sich mit Ungestüm auf die Tirailleure und die Spitzen der ihnen folgenden Kolonnen. Es war ein kurzes Aufflackern der französischen gloire. Kaltblütig, mit unerschütterlicher Ruhe erwartete das preußische Fußvolk, hier in aufgelösten Schützenlinien, dort in Vierecksmassen geschlossen, stehenden Fußes die anstürmenden Reitergeschwader und überschüttete sie mit verheerendem Kugelhagel. Todte und verwundete Reiter bedeckten haufenweise die Hochfläche von Floing; viele, welche den Geschossen entgangen, stürzten in die Steinbrüche an der Maas und fanden dort ihr Grab. Flügellahm und gebrochenen Muthes kehrten die Trümmer der stolzen französischen Reiterschwadronen aus ruhmvollem, aber vergeblichem Kampfe zurück.

Dies Alles übersah der König von seiner Höhe, voll Bewunderung für die Tapferkeit seiner Truppen. In seiner Nähe hielten die vielgenannten Drei:

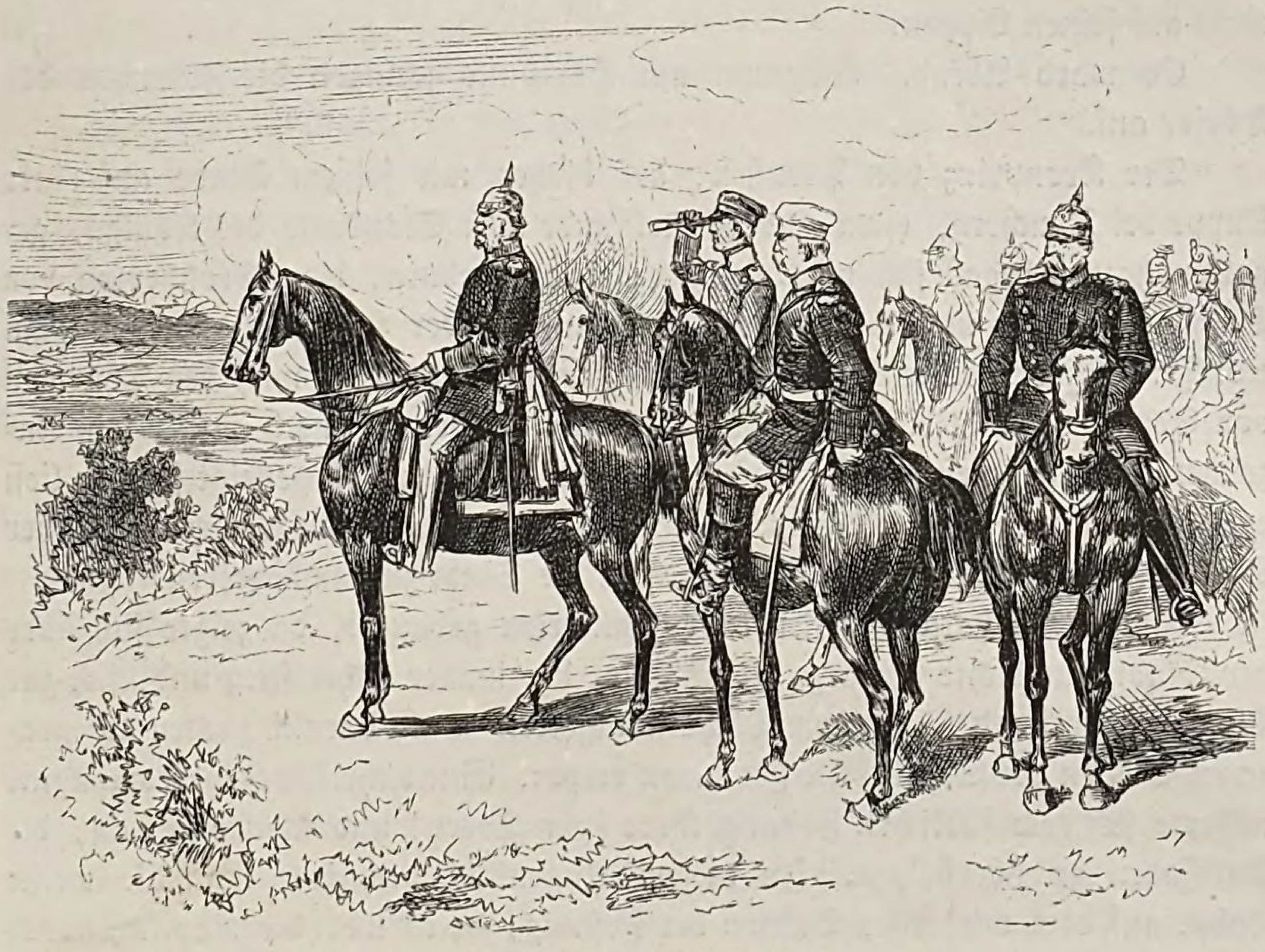
„Roon, Bismarck, Moltke, — wie ein Erzgefüge,
Dem festen Fels des Preußenthums entsprossen",

als Zeugen des Waffenruhms, den die Söhne hier unter den Augen der Väter erkämpften. Auch der alte Roon hatte einen Sohn unter den Reihen der Kämpfer von Sedan. Während der Vater hier treu an der Seite seines Königs hielt, trugen sie an einer anderen Stelle des Schlachtfeldes, von einer preußischen Gardebatterie bei Daigny, den tapferen jungen Führer still von dannen, der seine Treue für König und Vaterland durch den Tod besiegelt hatte.

Immer enger schloß sich der eiserne Gürtel um Sedan. Im Nordwesten und Norden stürmte der Kronprinz von Preußen mit der Dritten Armee, im Nordosten und Osten der Prinz August von Württemberg mit den preußischen Garden, im Südosten der Kronprinz Albert mit seinen Sachsen, im Süden v. d. Tann mit den Bayern, — Alldeutschland im Sturme gegen das letzte Bollwerk des französischen Kaisers. Ringsum schlossen die Batterien den Feuerring um die Festung; rund um Sedan rollte der Donner der siegreich fortschreitenden Feldschlacht, ein unaufhörliches, tobendes Gewitter, das den Erdboden dröhnen und die Luft erzittern machte.

Und der Kaiser ließ schweigend das Gewitter über sich ergehen. Er hatte auf dem Schlachtfelde gehalten und gleichmüthig mit mattem Anlitz drein geschaut, wie seine prächtigen Reiterregimenter in ohnmächtigen Attaken Muth und Blut vergeudeten; er hatte auch Granaten in seiner Nähe einschlagen sehen; möglich, daß ihm selbst eine Kugel nicht ganz unerwünscht gekommen wäre! Aber es sollte ihm nicht vergönnt sein, das Loos Derer zu theilen, für die der Tod auf dem Schlachtfelde nur der Abschluß eines ehrenvollen, pflichtgetreuen Lebens und das Siegel ihrer Treue für das Vaterland ist.

Den Oberbefehl an Stelle des bereits in der Morgenfrühe schwerverwundeten Marschalls Mac Mahon hatte der General Wimpffen übernommen. Derselbe hielt es noch für möglich, durch einen kräftigen Vorstoß nach Süden freie Bahn zu schaffen. Das Gerücht, Bazaine sei von Metz ausgebrochen und im Rücken der Deutschen eingetroffen, sollte den Muth der Armee wieder beleben.



Auf der Höhe von Frénois.

Dem Kaiser Napoleon, welcher jetzt auf dem Turenneplatz in der Stadt hielt, sandte Wimpffen ein Billet mit der Aufforderung, sich in Person in die Mitte der Truppen zu begeben, welche eine Ehre darin suchen würden, ihm einen Ausweg zu öffnen. Der Kaiser entfaltete das Billet und las, ohne eine Miene zu verziehen, den Inhalt. In dem kranken Cäsar regte sich nichts mehr von jenem todesmuthigen Römerthum, nichts von dem stolzen Selbstgefühl, mit dem die alte Garde ihre Adler trotzig auf den Boden von Waterloo stampfte, rufend: „Die Garde stirbt, sie ergiebt sich nicht!“

Mit einigen Tausenden, denen es gleichgiltig war, wo sie ihren Tod fanden, stürmte der General zum Thor von Balan hinaus, um noch einen verzweifelten Angriffsstoß über Balan und Bazeilles gegen die Bayern zu führen, aber auch dieser scheiterte an ihrem kräftigen Widerstande. Ueberall im französischen Heere herrschte Flucht und Verwirrung. Die letzte Zuflucht, welche den Franzosen außerhalb der Festungsmauern noch geblieben war, das Wäldchen

von Garenne, ward von den Garden erobert. Unaufhaltsam drängten die fliehenden Haufen über die niedergelassenen Zugbrücken den Festungsthoren zu. Erschöpft warfen die Soldaten ihre Waffen von sich und ihre Adler in die Maas. Die Adler sahen nicht die ihnen angethane Schmach, aber der Kaiser sah die Auflösung seines letzten Heeres, er sah die für ein Nichts gefallenen Opfer, und wo seine Blicke auf einen Sterbenden fielen, da las er ein Fluchwort auf seinen Lippen.

Es ward Abend. Ringsum am Horizonte schlugen die Flammen der Dörfer auf.

Der Kronprinz von Preußen, der bisher mit seinem Stabe auf einer Kuppe bei Donchery, etwa eine Viertelstunde vom Standorte des Königs, gehalten hatte, begab sich mit dem Herzog von Koburg, dem Großherzog von Sachsen-Weimar und den anderen Fürsten nach der Höhe von Frénois zum Könige. Wiederholt richteten sich von hier aus die Blicke nach den Thürmen von Sedan, ob nicht die weiße Fahne sichtbar würde. Da noch immer kein Anzeichen darauf schließen ließ, daß der Feind zu kapituliren geneigt sei, so ließ der König nunmehr an die bayrischen und württembergischen Batterien vor der Südfront der Festung den Befehl ergehen, die Stadt zu bombardiren.

Eine Weile hatte das Feuer der Batterien gedauert, da zeigte sich über der Stadt eine dichte schwarze Rauchsäule, die immer höher stieg und, sich zur Wolke ausbreitend, über den Dächern lagerte. Bald darauf zuckten an mehreren Stellen der Stadt lichte Flammen empor. Eine bayrische Jägercompagnie näherte sich dem südlichen Festungsthore (von Torcy) und schickte sich an, die Palissaden zu übersteigen. In diesem Augenblick gewahrte man die weiße Fahne auf dem vordersten Bastion der Festung, — es war die Kapitulationsflagge des Kaiserthums der Bonaparte.

Der Kanonendonner verstummte.

Der König schickte einen Offizier des Generalstabes nach Sedan, um den französischen Oberbefehlshaber zur Uebergabe der Armee und Festung aufzufordern. Derselbe kehrte mit der Meldung zurück, daß der Kaiser Napoleon den General Reille als Parlamentär abgesandt habe und daß dieser ihm auf dem Fuße folge. Der König trat einige Schritte vor; der Kronprinz, Moltke, Bismarck, Roon blieben in seiner nächsten Umgebung. Die Escadron der Stabswache hielt aufmarschirt hinter dem Gefolge des Königs. Als der General Graf Reille, Generaladjutant des Kaisers Napoleon und dem Könige Wilhelm persönlich bekannt, dem Letzteren bis auf etwa achtzig Schritt genaht war, stieg er vom Pferde, warf die Zügel dem ihn begleitenden Trompeter zu, nahm weit vor dem Könige das Käppi ab und übergab ihm ein Schreiben, indem er sagte: „Dies ist der einzige Auftrag, den mein Kaiser mir übergeben hat.“

Der König nahm den Brief mit den Worten: „Aber ich verlange als erste Bedingung, daß die Armee die Waffen strecke.“ Dann öffnete er das Schreiben

und theilte den Inhalt voll tiefer Bewegung seiner Umgebung mit. Alsbald darauf schrieb er die Antwort und verabschiedete mit freundlichem Wort den Parlamentär.

Der Brief des Kaisers und die Antwort des Königs sind bekannt.

Die Kunde, daß Napoleon dem Könige von Preußen seinen Degen zur Uebergabe angeboten habe und daß Verhandlungen bezüglich der Kapitulation der Armee und Festung eingeleitet seien, verbreitete sich mit Blitzesschnelle von Schar zu Schar des siegreichen Heeres rund um Sedan. Wo der greise Heerfürst auf seiner Rückfahrt in das Hauptquartier Vendresse sich zeigte, überall begrüßte ihn der begeisterte, stürmische Jubel seiner Truppen, der von Fahne zu Fahne immer lauter und mächtiger auf dem ganzen Schlachtfelde sich erhob, wie das Wogengebraus der erregten Meerflut. Ueberall bildeten die Krieger Spaliere zu beiden Seiten des Weges, schwangen die Helme und Feldmützen in die Lüfte und jedes schwellende Herz rief: „Heil Dir, Du Schirmherr und Retter deutscher Ehre, Du, Deutschlands Führer und Haupt!“ —

In den Dörfern, wo der König noch am späten Abend hindurchfuhr, hatten sie viele tausend Lichtchen vertheilt und in die Mündungen ihrer Gewehre gepflanzt, wie zur Illumination. Das flimmerte und leuchtete von ferne schon, wie der Glanz eines mächtigen Christbaums und warf einen heiteren Schein in des greisen Königs Herz.

Aber es war nicht allein Jubel, was die Herzen der deutschen Krieger bewegte und schlagen ließ. Sie alle standen unter dem frischen Eindruck des großen weltgeschichtlichen Ereignisses, sie spürten das Wehen des Geistes Gottes in der Geschichte, und in stillem Dank schlugen die Herzen zu Dem, dessen Hülfe mächtiger war als Aller Sieg. Ueber den Gefilden, die heute unter dem Donner von nahe an tausend Geschützen und unter dem ehernen Tritt von dreimalhunderttausend streitenden Männern erbebt waren, lag wieder die ernste Stille einer friedlichen, sternklaren Nacht. Da stimmte ein Soldat den alten frommen Feldgesang an: „Nun danket Alle Gott!“ — und ein zweiter, ein dritter fiel ein, ganze Bataillone nahmen ihn auf, dann scholl es weithin über das Schlachtfeld, soweit die Heerscharen lagerten, himmelan in vollem deutschen Männerchor:

„Nun danket Alle Gott
Mit Herzen, Mund und Händen,
Der große Dinge thut
An uns und aller Enden!“ —

Und die verwundet lagen und nicht sterben konnten, die wol die Siegeskunde vernommen hatten, aber den Sieg nach Gottes Rathschluß nicht überleben sollten, sie vergaßen Schmerzen und Todespein und stimmten mit ein:

„Nun danket Alle Gott!“ —

In dem Städtchen Donchery an der Maas, dreiviertel Meilen westlich Sedan, wurden in derselben Nacht die Kapitulationsverhandlungen aufgenommen. Ueber den Verlauf derselben und über die Theilnahme des Bundeskanzlers daran erfahren wir Näheres aus dem Werke des Großen Generalstabs über den Deutsch-französischen Krieg.

Als deutscher Bevollmächtigter hatte sich General von Moltke in Begleitung des Generalquartiermeisters von Podbielski und des Generalstabs dorthin begeben; auf Befehl des Königs wohnte auch der Bundeskanzler Graf Bismarck der Besprechung bei. Von französischer Seite war infolge nochmals ergangener Aufforderung General Wimpffen mit mehreren Offizieren erschienen.

Schon auf dem Wege nach Donchery hatten Graf Bismarck und General von Moltke sorgfältig erwogen, in wie weit es möglich sein würde, den nach tapferem Widerstande überwundenen Gegner zu schonen. Sie blieben sich jedoch hierbei dessen bewußt, „daß die Franzosen, welche sogar von Anderen gegen Andere errungene Erfolge zum Gegenstande einer Anklage gemacht hatten, eine selbst erlittene Niederlage nicht verschmerzen würden, noch weniger aber eine gegen sie geübte Großmuth."

General von Moltke forderte daher vor Allem Niederlegen der Waffen und Kriegsgefangenschaft der französischen Armee. General Wimpffen erklärte hierauf, unter so harten, die Ehre des französischen Volkes verletzenden Bedingungen den Abschluß einer Kapitulation nicht verantworten zu können; er machte den Vorschlag, man möge den Truppen das Versprechen abnehmen, in diesem Kriege nicht mehr gegen Deutschland zu dienen, und sie dann in ihre Heimat entlassen. Bei aller Geneigtheit des deutschen Bevollmächtigten, dem militärischen Gefühl des Gegners Rechnung zu tragen, stand aber doch die Ueberzeugung bei ihm fest, daß moralische Verpflichtungen hier nicht ausreichten, daß es vielmehr eines wirklichen Pfandes bedürfe, um das Ergebniß des errungenen Waffenerfolges im Interesse Deutschlands dauernd zu sichern. General von Moltke erklärte daher, an einer bedingungslosen Kapitulation unabänderlich festhalten und dieselbe im Weigerungsfalle am nächsten Morgen mit den Waffen erzwingen zu müssen.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck trat den Ausführungen des Generalstabschefs bei. Den französischen Gegenvorschlag bezeichnete er als vollkommen unannehmbar, weil sich bei den augenblicklich so unsicheren Zuständen des Landes eine neue Regierung entwickeln könne, welche dann unter Nichtachtung des hier etwa geschlossenen Vertrages die ganze Bevölkerung zu den Waffen rufen werde, wie es schon im Jahre 1792 geschehen sei. Frankreich, welches im Laufe der letzten Jahrhunderte wol an zwanzig Mal ohne triftigen Grund Deutschland den Krieg erklärt habe, werde auch diese Niederlage zu rächen suchen. Letzteres bedürfe daher sicherer Bürgschaften, um endlich in Frieden leben zu können. General Wimpffen bat nun um Bewilligung eines vierundzwanzig-

ständigen Waffenstillstandes, damit er innerhalb dieser Frist mit den übrigen französischen Generalen zu einem Kriegsrath zusammentreten könne. General von Moltke lehnte aber auch dieses Ansinnen ab und kündigte schließlich für den Fall, daß die von ihm gestellten Bedingungen bis 9 Uhr Morgens nicht angenommen wären, den Wiederbeginn der Feindseligkeiten an.

Um 1 Uhr Nachts wurden die Verhandlungen abgebrochen, ohne zu einem bestimmten Ergebniß geführt zu haben, und die französischen Bevollmächtigten begaben sich nach Sedan zurück. Da es indessen keinem Zweifel unterlag, daß die besiegte und fest umschlossene Armee sich den gestellten Bedingungen werde fügen müssen, so wurde der Wortlaut der letzteren noch im Laufe der Nacht vom Generalstab des Großen Hauptquartiers aufgesetzt.

Graf Bismarck nahm bei der vorgerückten Nachtzeit sein Quartier zu Donchery. Er überdachte die gesteigerte Aufgabe, welche aus den großen Siegen der deutschen Waffen seinem Vaterlande erwachsen war. Er hatte auf dem Schlachtfelde den Zusammensturz des französischen Kaiserthums gesehen, welches die Welt solange mit seinem prestige geblendet hatte; für ihn war es keinem Zweifel unterworfen, daß der Kaiser aus der Gefangenschaft nicht mehr auf den Thron zurückkehren werde. Die besten französischen Streitkräfte waren vernichtet; durch eine Fortsetzung des Krieges konnte die Niederlage Frankreichs nur vergrößert werden. Auch nach dem Frieden bedurfte die französische Nation einer längeren Zeit der inneren Sammlung und Erholung, sie mußte vielleicht noch durch schwere Prüfungen hindurchgehen, ehe sie wieder einen nachhaltigen Einfluß auf die Geschicke anderer Staaten ausüben konnte. Jetzt galt es, an Stelle des unterlegenen Kaiserthums eine neue Macht zu gründen, welche den Frieden der Welt auf sicheren und dauerbaren Grundlagen schützte und aufrecht erhielt. Zu einer solchen Macht konnte aber nur eine Nation sich erheben, welche durch ihre sittlichen Anlagen und Bestrebungen den Interessen des Friedens zugethan und zugleich stark genug war, um jede Störung desselben durch andere Mächte verbieten zu können, welche ihre Kraft aus der Freiheit schöpfte und dem Gesetze Achtung zollte, durch eine Nation, welche den völkerverbindenden Ideen des Fortschritts und der wahren Bildung sowol in ihrer eigenen Verfassung und ihren staatlichen Einrichtungen, als in ihren Beziehungen zu den anderen Nationen Rechnung trug. Dies war das würdige Ziel für die verjüngt sich erhebende deutsche Nation, und Bismarck, als der erste Diener des mächtigsten deutschen Königs und als Kanzler des Norddeutschen Bundes, fühlte in sich den Beruf, sie auf dem Wege dahin zu führen. Noch aber war das deutsche Volk selbst in einem großen Kriege begriffen, dessen schließlicher Ausgang zwar nicht zweifelhaft, dessen Wechselfälle jedoch unabsehbar waren; es hatte noch einem leidenschaftlich erregten, trutzigen Gegner den Frieden für sich abzuringen und durch Bürgschaften sicher zu stellen, — und schon regten sich allenthalben offen und heimlich Neid und Mißgunst der anderen Mächte; —

es hatte endlich vorher noch seine eigene staatliche Einheit zu gründen. Das Bewußtsein von der Größe der weltgeschichtlichen Aufgabe seines Vaterlandes war unter den frischen Eindrücken des Entscheidungstages von Sedan in der Seele des großen Staatsmanns lebendig, als er nach den Anstrengungen des Tages in seinem Quartier zu Donchery einige Augenblicke der Ruhe fand.

Nur wenige Stunden des Schlafes waren Bismarck vergönnt. Es war zwischen 5 und 6 Uhr Morgens (2. Sept.), als er geweckt und Graf Reille ihm gemeldet wurde, welcher ihm mittheilte, daß der Kaiser Napoleon ihn zu sprechen wünschte und sich bereits auf dem Wege von Sedan nach Donchery befände. Der ruhelose Kaiser war bereits vor Morgengrauen aufgebrochen, um sich in die Gefangenschaft des Königs von Preußen zu begeben, welche ihm zur Zeit weniger lästig dünkte, als ein längeres Verweilen im Lager seiner eigenen Truppen. Graf Bismarck ließ zurückmelden, daß er sich beeile ihm entgegen zu kommen, bestieg sein Pferd und befand sich kurz darauf auf der Landstraße, etwa halben Wegs zwischen Donchery und Sedan, dem Kaiser gegenüber.

Letzterer saß in einem offenen Wagen mit drei höheren Offizieren, während ebensoviele zu Pferde daneben ritten. Einige unter ihnen waren Bismarck persönlich bekannt.

Am Wagen des Kaisers angekommen, stieg Graf Bismarck vom Pferde, trat an den Schlag und fragte nach seinen Befehlen.

Der Kaiser äußerte den Wunsch, den König persönlich zu sprechen. Durch Bismarck auf die drei Meilen große Entfernung des Hauptquartiers, in Vendresse, aufmerksam gemacht, erkundigte er sich, ob und in welcher Weise darüber bereits bestimmt sei, wohin er sich begeben solle, und welches Bismarck's Meinung darüber sei.

Graf Bismarck, der auf diese Frage nicht vorbereitet war, entgegnete, daß er in völliger Dunkelheit nach Donchery gekommen, daß ihm die Gegend unbekannt sei und daß er dem Kaiser daher nichts zur Verfügung stellen könne, als das von ihm bewohnte Haus, welches er sogleich räumen werde.

Der Kaiser nahm dies an und fuhr im Schritt gegen Donchery, Graf Bismarck ritt daneben. Unterwegs mochten dem Ersteren Bedenken aufsteigen, sich als Gefangener in dem Städtchen zu zeigen. Einige hundert Schritte vor der Brücke, die über die Maas nach dem Städtchen führt, steht zur Linken des Weges ein einsames Arbeitshaus, einer armen Weberfamilie, Namens Tisserand, gehörig. Das ärmliche Aussehen desselben hatte es vor Einquartierung und Belegung mit Verwundeten beschützt. Der Kaiser ließ halten und fragte, ob er nicht dort absteigen dürfe. Graf Bismarck ließ das Haus durch den Legationsrath, Grafen Bismarck-Bohlen, der ihm inzwischen gefolgt war, näher in Augenschein nehmen. Auf die Meldung, daß die inneren Räume eng und die Einrichtung dürftig, das Haus aber von Verwundeten frei sei, stieg der Kaiser aus und forderte Bismarck auf, ihm hinein zu folgen.

In dem sehr kleinen Zimmer des oberen Stocks, welches nur einen Tisch und zwei Binsenstühle enthielt, hatte Bismarck eine Unterredung von etwa einer Stunde mit dem Kaiser. Letzterer wandte das Gespräch zunächst auf die Kapitulation; Bismarck aber lehnte jedes Eingehen hierauf ab, weil die Verhandlungen darüber lediglich militärischer Art und daher zwischen den Generalen v. Moltke und v. Wimpffen zu erledigen seien. Dagegen fragte er den Kaiser, ob er zu Friedensverhandlungen geneigt sei. Der Kaiser erwiederte, daß er Gefangener sei, und auf weiteres Befragen, durch wen seiner Ansicht nach die Staatsgewalt Frankreichs vertreten werde, verwies er auf die in Paris bestehende Regentschaft.



Bismarck und Napoleon bei Sedan.

Da unter diesen Umständen die Sachlage ihren rein militärischen Charakter behielt und lediglich von diesem Standpunkte aus behandelt werden konnte, so wurde General v. Moltke zu einer Besprechung mit dem Kaiser eingeladen. Dieser sprach dem General den dringenden Wunsch aus, daß die eingeschlossene Armee auf belgisches Gebiet übergeführt werden möchte. Der deutsche Generalstabschef erklärte sich zwar bereit, diesen Wunsch dem Könige

vorzutragen, verhehlte aber auch nicht, daß er sich nicht in der Lage befinde, denselben befürworten zu können. Er begab sich sodann auf den Weg nach Vendresse, um dem Könige über den Verlauf der gestrigen Verhandlungen mit dem französischen Oberbefehlshaber zu berichten.

Der Kaiser begab sich demnächst ins Freie und lud den Grafen Bismarck ein, sich vor der Thür des Hauses neben ihn zu setzen. Jede Unterhaltung über die Lage konnte nach den stattgehabten Erklärungen eine praktische Wirkung nicht mehr haben und bei dem Kaiser nur Empfindungen erregen, welche Bismarck in diesem Augenblicke zu schonen wünschte. Der Kaiser beklagte das Unglück des Krieges; aber er klagte sich selbst vor der Weltgeschichte an, indem er erklärte, daß er selbst den Krieg nicht gewollt habe, durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs aber dazu genöthigt worden sei.

Graf Bismarck hatte unterdessen ein Gebäude ermitteln lassen, welches zur Aufnahme des Kaisers und zur Zusammenkunft desselben mit dem Könige geeignet war. Als ein solches war ihm das Schloß Bellevue, unweit Frénois in einem Park gelegen, bezeichnet worden. Er stellte dem Kaiser anheim, sich dahin zu begeben, und gab ihm selbst das Geleit, während eine Ehreneskorte vom Leib-Kürassierregiment dem kaiserlichen Wagen voranritt.

General von Moltke war auf dem Wege nach Vendresse dem Könige bereits begegnet und von ihm zum Abschluß der Kapitulation auf Grund der vom Generalstab in der vorhergehenden Nacht entworfenen Bedingungen ermächtigt worden. Zugleich erklärte der König, daß er erst nach erfolgter Unterzeichnung seitens des französischen Oberbefehlshabers zu einer Unterredung mit dem Kaiser Napoleon bereit sei. Diese bestimmte Willenskundgebung des Königs nahm dem Kaiser die letzte Hoffnung, durch seine persönliche Befürwortung noch günstigere Kapitulationsbedingungen für die Armee erreichen zu können. Nachdem General von Moltke mit dieser Entscheidung des Königs in Schloß Bellevue eingetroffen war, erfolgte daselbst um 11 Uhr Vormittags ohne ferneren Widerspruch der französischen Unterhändler die Unterzeichnung.

Der König war unterdessen mit den deutschen Fürsten und einem zahlreichen Gefolge wieder auf der Höhe von Frénois eingetroffen, wohin ihm auch Graf Bismarck entgegengeritten war. Hier erhielt er durch Moltke die Meldung von dem erfolgten Abschluß der Kapitulation und richtete unter dem mächtigen Eindrucke dieses weltgeschichtlichen Ereignisses an die Versammelten Worte tiefgefühlten Dankes für alle Theile des deutschen Heeres und zuversichtlicher Hoffnung auf eine Festigung des Bandes zwischen ihm und seinen Verbündeten in Nord- und Süddeutschland und auf eine glückliche Gestaltung der Zukunft.

Dann begab er sich zur Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon nach Schloß Bellevue.

Am folgenden Tage (3. September) waren alle höheren Offiziere des Hauptquartiers in Vendresse zur königlichen Tafel geladen. Ausnahmsweise

wurde Champagner servirt. Der König erhob sich und brachte folgenden Toast aus: „Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Standpunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir Genannten und jedes Einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat."

An demselben Tage schrieb Graf Bismarck von Vendresse den Brief an seine Gemahlin, welcher mit einer ganzen deutschen Post von Franctireurs abgefangen und zwei Jahre später vom Pariser „Figaro", mit rothen Lettern nach der Originalhandschrift auf der ersten großen Folioseite dieses Blattes gedruckt, veröffentlicht wurde. Der Brief machte so großes Aufsehen in Frankreich, daß von der betreffenden Nummer des Figaro bereits am Tage des Erscheinens 200,000 Exemplare verkauft wurden. Das Original, welches dem „Figaro" auf einen Monat anvertraut war, wurde von dem Administrator desselben in seiner Kasse aufgehoben und alle Tage eine Stunde zur Einsicht des Publikums aufgelegt. Der einfache Inhalt lautete:

„Vendresse, 3. Sept.

Mein liebes Herz!

Vorgestern vor Tagesgrauen verließ ich mein hiesiges Quartier, kehre heut zurück und habe in der Zwischenzeit die große Schlacht von Sedan am 1. erlebt, in der wir gegen 30,000 Gefangene machten und den Rest der französischen Armee, der wir seit Bar le Duc nachjagten, in die Festung warfen, wo sie sich mit dem Kaiser kriegsgefangen ergeben mußte. Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generalen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit 3 Adjutanten und 3 zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan haltend. Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß S. M. 3 Meilen davon an dem Orte, wo ich jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf N.s Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich der Gegend unkundig, mein Quartier in Donchery an, einem kleinen Orte an der Maas dicht bei Sedan; er nahm es an und fuhr, von seinen 6 Franzosen, von mir und von Karl, der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unserer Seite zu. Vor dem Orte wurde es ihm leid wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein. „N'importe!" meinte N. und ich stieg

mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte mit einem fichtenen Tische und 2 Binsenstühlen saßen wir eine Stunde, die Anderen waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein, 67 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Ich hatte durch Karl Offiziere aus der Stadt holen und Moltke bitten lassen zu kommen. Wir schickten dann einen der Ersteren auf Rekognoszirung und entdeckten $^1/_2$ Meile davon in Frénois ein kleines Schloß mit Park. Dorthin geleitete ich ihn mit einer inzwischen herangeholten Eskorte vom Leib-Kür.-Regt., und dort schlossen wir mit dem französischen Obergeneral Wimpffen die Kapitulation, vermöge deren 40- bis 60,000 Franzosen — genauer weiß ich es noch nicht — mit Allem, was sie haben, unsere Gefangenen wurden. Der vor- und gestrige Tag kosten Frankreich 100,000 Mann und einen Kaiser. Heut früh ging Letzterer mit allen seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab.

Es ist ein weltgeschichtliches Ereigniß, ein Sieg, für den wir Gott in Demuth danken wollen und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letzteren gegen das kaiserlose Frankreich noch fortführen müssen.

Ich muß schließen. Mit herzlicher Freude ersah ich heut aus Deinen und Marie's Briefen Herbert's Eintreffen bei Euch. Bill sprach ich gestern, wie schon telegraphirt, und umarmte ihn Angesichts Sr. Majestät vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Hans und Fritz Karl sah ich, beide Bülow bei 2. G. Dr., wohl und munter.

Leb wohl, mein Herz; grüße die Kinder.

Dein v. B."



Abfahrt Napoleon's nach Kassel.



Vorposten vor Paris.



Neunzehntes Kapitel.

Von Sedan bis Versailles.

Es ist nicht Fabel, nur Vergessenheit,
Und was geschah, kann wiederum geschehn.
C. F. Scherenberg.

ls unter Glockengeläute und Viktoriadonner die Nachricht von dem großen Siege bei Sedan in Deutschland verkündet ward und das einst mächtige Oberhaupt der französischen Nation die Reise nach Wilhelmshöhe, seinem gnadenreichen Gefängniß, antrat, da fühlte das deutsche Volk sich auf die Höhe seines Weltberufes gehoben. Es fühlte, daß keine Gewalt und Arglist ihm den Siegespreis würde entreißen können und daß der Erfolg auf nationalem Gebiete nicht hinter den Leistungen der Waffen zurückbleiben dürfe. Die gleiche vaterländische Begeisterung durchströmte alle deutschen Herzen. Es waren die Tage, in denen man sagen durfte:

„Wenn jetzt ein Geist herniederstiege,
Zugleich ein Sänger und ein Held,
Ein solcher, der im heil'gen Kriege
Gefallen auf dem Siegesfeld, —
Nicht mehr von Deutschlands Schmach und Schande
Säng' er den alten Trauersang,
Nein, vom erwachten Vaterlande
Das hohe Lied voll Jubelklang."

Durch den allgemeinen Jubel klang schon damals die Hoffnung hindurch, daß mit der Gefangennehmung des Kaisers Napoleon und der Vernichtung seiner Heere nun auch der Friede nahe gerückt sei, zugleich aber auch die Forderung, denselben durch Pfänder für die Zukunft verbürgt zu sehen. Als Friedensbürgschaft verlangte das deutsche Volk vom Feinde die Abtretung des alten Reichslandes Elsaß und eines Theiles von Lothringen, um mit dem Gebirgswall der Vogesen und den alten Festungen Straßburg und Metz gesicherte Grenzen gegen den Nachbar zu erlangen. Diese Forderung wurde um so energischer erhoben, je mehr die neutralen Mächte Miene machten, mit Vermittelungsversuchen zu Gunsten Frankreichs einzutreten.

Bereits vor der Schlacht bei Sedan (30. August) war von einer Volksversammlung in Berlin ein Aufruf und eine Aufforderung zu einer Adresse an den König erlassen worden. „Schon einmal nach den glorreichen Kämpfen von 1813, 1814 und 1815", so hieß es in dem ersteren, „ist das deutsche Volk durch fremde Mißgunst um den vollen Lohn seiner Siege, um die Erfüllung seiner heißesten Wünsche betrogen worden. Die Welt muß erfahren, daß Herrscher und Volk entschlossen sind, nachzuholen, was 1815 uns vorenthalten worden ist: ein einiges Reich und geschützte Grenzen."

Die Adresse selbst lautete: „Um Ew. Maj. und Ihre Verbündeten scharte sich, als der Krieg unvermeidlich war, einmüthig die Nation. Sie gelobte, treu auszuharren in dem Kampfe für die Sicherheit, Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes. Gott hat die Waffen gesegnet, welche für die gerechte Sache mit unübertroffener Tapferkeit geführt werden. Mit Strömen des edelsten Blutes sind die Siege errungen worden, doch unerwartet schnell haben sie dem vorgesteckten Ziele uns nahe gebracht. Gewaltige Anstrengungen stehen noch bevor; das deutsche Volk ist zu jedem Opfer entschlossen, welches den höchsten nationalen Aufgaben gewidmet ist. Aber inmitten der ernsthaften und gehobenen Stimmung werden wir beunruhigt durch die immer wiederkehrenden Berichte, daß fremde Einmischung, die doch die Schrecken des Krieges nicht abzuwenden wußte, jetzt bemüht sei, den Preis unserer Kämpfe nach ihrem Ermessen zu begrenzen. Das Andenken an die Vorgänge nach der glorreichen Erhebung unserer Väter lebt frisch in unserem Gedächtniß und mahnt Deutschland, daß es die Forderungen seiner Wohlfahrt allein berathe. Darum nahen wir Ew. Maj.

abermals mit dem Gelöbniß: treu auszuharren, bis es der Weisheit Ew. Maj. gelingt, unter Ausschluß jeder fremden Einmischung Zustände zu schaffen, welche das friedliche Verhalten des Nachbarvolkes besser als bisher verbürgen, die Einheit des gesammten Deutschen Reiches begründen und gegen jede Anfechtung sicher stellen."

Diese Adresse wurde, mit vielen tausend Unterschriften aus allen Gegenden Deutschlands bedeckt, in das königliche Hauptquartier abgesandt.

Auch in Süddeutschland wurden ähnliche Kundgebungen vorbereitet. Von München und Stuttgart gingen Adressen und Volksbeschlüsse aus, in welchen „ein einiges Volk, ein Heer, ein Reichstag, ein deutsches Staatswesen als die einzige Gewähr des dauernden sicheren Friedens für Deutschland und Europa" bezeichnet wurden.

Betäubend wirkten die Eindrücke der Katastrophe von Sedan auf die Gemüther in Paris. Das französische Volk schloß absichtlich die Augen für seine Niederlage und suchte mit Selbsttäuschung darüber hinwegzukommen. Nicht die Nation war erlegen, sondern das Kaiserthum, — das Kaiserthum hatte Frankreich an den Rand des Abgrunds gebracht, die Republik sollte nun es retten. Der Uebergang vom Kaiserreich zur Republik ging mit einer Geschwindigkeit vor sich, wie ein Kulissenwechsel auf der Bühne. Es bedurfte nicht der Komödie einer Volksabstimmung, keiner Revolution, keines Beschlusses des Gesetzgebenden Körpers. Einige Mitglieder der bisherigen Opposition des letzteren — Jules Favre, Keratry, Ferry u. A. — begaben sich, von einer ungeheueren Volksmenge begleitet, vom Sitzungssaale nach dem Stadthause (4. September). Dort wurde unter lautem Jubel der Menge die Absetzung des Kaisers und die Errichtung der Republik verkündigt. Die Urheber dieser Bewegung vollzogen zugleich die Einsetzung der neuen Regierung, welche sich „Regierung der Nationalvertheidigung" nannte. General Trochu, Gouverneur von Paris, übernahm den Vorsitz, Jules Favre das Auswärtige, Leon Gambetta das Innere, Adolf Crémieux die Justiz, Leflô das Kriegsministerium. Andere wurden zu Mitgliedern der Regierung ernannt, ohne ein bestimmtes Fachministerium zu erhalten, wie Emanuel Arago, Garnier-Pagès, Pelletan und der soeben aus dem Gefängniß befreite Rochefort.

Sechs Mitglieder der neuen Regierung waren Advokaten, alle gehörten zu den erklärten Gegnern der Napoleonischen Politik. Sie waren von dem Wunsch und Willen beseelt, ihrem Lande in seiner gegenwärtigen Lage zu dienen, aber ohne praktische Erfahrung in den Staatsgeschäften und ohne den klaren, unbefangenen Blick für die wahren Bedürfnisse des Landes. Wie sie durch die Volksgunst emporgekommen waren, so suchten sie vor Allem dem Volke zu schmeicheln, indem sie ihm von dem Interesse der europäischen Mächte für die Sache Frankreichs, von der Unerschöpflichkeit seiner Hülfsquellen, von der furchtbaren Widerstandsfähigkeit der Hauptstadt sprachen. Sie gaben Deutschland die Schuld an

der Fortdauer des Krieges, weil es nicht sogleich von dem Boden der Republik die Heere zurückzog, welche die Armeen des Kaiserreichs vernichtet hatten, und glaubten, den Frieden erlangen zu müssen, ohne irgend welche andere Opfer, als etwa das einer Geldentschädigung an Deutschland. Der Minister Favre gab in seinem Rundschreiben an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande (6. September) die Losung: „Keinen Zoll unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen!" — und der berühmteste Mann Frankreichs, der greise Thiers, begab sich auf die Reise (12. September), um für dieses Programm in London, Petersburg, Wien und Florenz die Hülfe und Vermittelung der neutralen Mächte anzurufen. So wenig stolz zeigte sich die junge Republik, daß sie hülfebittend an den Höfen der fremden Fürsten anklopfte.

Unterdessen nahmen auch die Rüstungen ihren Fortgang. Eingedenk der Massenerhebung von 1792, glaubte auch die Republik von 1870 Armeen aus dem Boden stampfen zu können, welche den deutschen Heeren gewachsen wären. Alle unverheiratheten waffenfähigen Männer wurden zur Mobilgarde einberufen, ungeheuere Waffeneinkäufe gemacht. Im Rücken der deutschen Heere sollten die Franctireurs ihr unheimliches Wesen treiben. Den Mittelpunkt der Landesvertheidigung aber bildete die mit dem Gürtel von Forts gerüstete, unnahbare Hauptstadt. „Ihr Deutschen, Paris ist fürchterlich!" so deklamirte der Dichter der französischen Republik, Viktor Hugo. „Ihr werdet die Forts nehmen und dahinter den Ringwall finden; Ihr werdet den Ringwall nehmen und die Barrikaden finden; Ihr werdet die Barrikaden nehmen und Ihr findet die zur Mine gewordene Kloake. Ihr werdet Paris Stein um Stein zu nehmen, Frankreich Mann um Mann zu tödten haben in jeder Straße, in jedem Hause! — — Paris ist die Stadt der Städte, Paris ist die Stadt der Menschen, der Mord von Paris — welches Verbrechen!" —

Unbekümmert um diese Warnungsrufe setzten die deutschen Heere ihren Marsch gegen die „Heilige Stadt" fort. „Nach Paris!" — so lautete die Losung für Alt und Jung, für General und Soldaten, für die Einen, weil sie zeigen wollten, daß auch sie den Weg fänden, den ihre Väter zu zwei Malen durchmaßen, — für die Anderen, weil sie wußten, daß nirgendwo, als am Herde selbst, der eigentliche Kriegsbrand zu löschen sei. Auf den Brudergruß Viktor Hugo's aber antwortete der deutsche Dichter Rudolf Gottschall mit unerbittlicher Gerechtigkeit:

> „Hunderttausend Helden fallen nicht für einen Obolus,
> Den der Tod dem bleichen Fährmann für die Fahrt bezahlen muß.
> Frankreich kämpfte mit dem Cäsar, — Frankreich theile sein Geschick!
> Gieb heraus den Raub der Kön'ge, friedensfel'ge Republik!
> Gieb heraus die deutschen Lande, unsers Reiches Erb' und Gut!
> Unser werde jetzt die Erde, wo der Helden Asche ruht! —
> Sonst — zum letzten Kampf! Wir nahen, erzgepanzert, siegsgewiß,
> Und so werde Saragossa, übermüth'ges Sybaris!" —

Das deutsche Hauptquartier kam am 5. Septenber nach **Reims**, der alten Krönungsstadt der französischen Könige, am 15. nach **Meaux**, einer freundlichen Stadt mit hübschen Plätzen und Boulevards, fünf Meilen von Paris.

Dem gehobenen Nationalgefühl, welches seit dem Tage von Sedan die deutschen Herzen erfüllte, gab der Norddeutsche Bundeskanzler Graf Bismarck schon während des Vormarsches der deutschen Armeen gegen Paris lebendigen Ausdruck. Ueber die Gesichtspunkte, welche er für die etwaigen Friedensverhandlungen ins Auge faßte, sprach er sich in zwei Erlassen an die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Mächten aus. Der erste war aus Reims datirt (13. September) und lautete in seinen wesentlichsten Stellen:

„Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns infolge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, und das ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir etwa an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgend welche Vortheile als den Ruhm unsrer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen. Es war nicht der Zweifel in die Gerechtigkeit unsrer Sache und nicht Besorgniß, daß wir nicht stark genug sein möchten, welche uns im Jahre 1867 von dem uns schon damals nahe genug gelegten Kriege abhielt, sondern die Scheu, gerade durch unsere Siege jene Leidenschaften aufzuregen und eine Aera gegenseitiger Erbitterung und immer erneuter Kriege heraufzubeschwören, während wir hofften, durch längere Dauer und aufmerksame Pflege der friedlichen Beziehungen beider Nationen eine feste Grundlage für eine Aera des Friedens und der Wohlfahrt beider zu gewinnen. Jetzt, nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstrebten, gezwungen hat, müssen wir dahin streben, für unsere Vertheidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen bessere Bürgschaften als die ihres Wohlwollens zu gewinnen. — Die Garantien, welche man im Jahre 1815 gegen dieselben französischen Gelüste und für den europäischen Frieden in der Heiligen Allianz und anderen im europäischen Interesse getroffenen Einrichtungen gesucht hat, haben im Laufe der Zeit ihre Wirksamkeit und Bedeutung verloren, sodaß Deutschland allein sich schließlich Frankreichs hat erwehren müssen. Eine solche Anstrengung, wie die heutige, darf der deutschen Nation nicht dauernd von Neuem angesonnen werden, und wir sind daher gezwungen, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden

Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut. — Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche, und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen."

Der zweite Erlaß (aus Meaux, 16. September) war veranlaßt durch das erwähnte Rundschreiben und Friedensprogramm Favre's, sowie durch die von Thiers angetretene Reise zu den Höfen der neutralen Staaten. Als ein wesentliches Hinderniß für die Franzosen, die Nothwendigkeit des Friedens mit Deutschland ernstlich ins Auge zu fassen, bezeichnet Graf Bismarck darin „die von den jetzigen Machthabern in Frankreich genährte Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten Frankreichs." — „Kommt die französische Nation" — so fährt er fort — „zu der Ueberzeugung, daß sie, wie sie allein den Krieg willkürlich heraufbeschworen hat und ihn, wie Deutschland, allein wird auskämpfen müssen, so auch mit Deutschland allein ihre Rechnung abschließen muß, so wird sie dem jetzt sicher nutzlosen Widerstande bald ein Ende machen. Es ist eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere." Ueber die Grundlagen des künftigen Friedens spricht sich Graf Bismarck in demselben Erlasse aus: „Die einmüthige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volks verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen und wir haben von letzterem nichts zu begehren, als unsere, von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre, wiederum angreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt. — Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europa's ausgegangen ist,

das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten. Nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Ueberwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Vertheidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten."

So wenig Hoffnungen sich hiernach auch zu einer Verständigung über die Friedensgrundlagen zwischen der Regierung des Königs Wilhelm und derjenigen der Nationalvertheidigung in Paris boten, so entschloß sich der französische Minister des Auswärtigen, Jules Favre, dennoch, eine Unterredung mit dem Norddeutschen Bundeskanzler nachzusuchen. Er wurde hierzu durch zweierlei Beweggründe veranlaßt. Einerseits wünschte er dadurch die friedfertige Gesinnung der neuen Regierung vor den Augen der Welt darzuthun und zugleich den Schritten des Herrn Thiers bei den Neutralen einen größeren Erfolg zu sichern; andererseits empfand die aus einer Volksbewegung hervorgegangene Regierung das Bedürfniß, sich vor der eigenen Nation und dem Auslande eine gewisse Legitimation zu schaffen, und hatte deshalb Wahlen zu einer Nationalversammlung ausgeschrieben, ohne jedoch danach zu fragen, ob unter den obwaltenden Verhältnissen die Ausführung der Wahlen und der Zusammentritt der Versammlung zu ermöglichen sein würden. Die Lage der Dinge nöthigte den Minister jetzt, sich hierüber mit dem Norddeutschen Bundeskanzler in Einvernehmen zu setzen. Die Zusammenkunft war durch englische Vermittelung vorbereitet worden, und in denselben Tagen, als die deutschen Heersäulen sich auf verschiedenen Straßen zur Einschließung von Paris vorwärts bewegten, befand sich Herr Jules Favre auf dem Wege nach dem deutschen Hauptquartier (18. Sept.).

Die Begegnung zwischen Jules Favre und dem Grafen Bismarck ist von mehrfachem Interesse. Der einundsechzigjährige Advokat, welcher durch eine Volksbewegung plötzlich an das Staatsruder gekommen war und die Gunst, in der er bei der Pariser Bevölkerung stand, vorzugsweise seiner Vertheidigung des Verschwörers Orsini vor dem französischen Gerichtshofe (1858), sowie seinen fortgesetzten Angriffen im Gesetzgebenden Körper gegen die kaiserliche Regierung verdankte, hoffte auch hier, durch die Macht der Phrase Eindruck auf den „eisernen Grafen" zu machen; dieser aber, der seit zwanzig Jahren im praktischen Dienste gereifte und erfahrene Staatsmann, welcher auf den Ruf des Königs in sein Amt getreten war und in der Wahrnehmung desselben mit aller ihm gegebenen Kraft nur einer vaterländischen Pflicht zu genügen strebte, stand allein auf dem Boden der Thatsachen, deren unerbittliche Logik Jener anzuerkennen sich weigerte. Jules Favre hatte auch als Minister etwas von dem deklamatori-

schen Pathos an sich, den er sich als Redner vor den Gerichtsschranken und auf der Tribüne angeeignet hatte; er hob und senkte die Stimme je nach den Gemüthsbewegungen, denen er sich bei seiner lyrisch angelegten Natur überließ, richtete sich mitunter auch vom Platze auf und begleitete seine Rede mit einer lebhaften Geberde oder Erhebung des Armes. Graf Bismarck dagegen blieb ruhig und unbewegt bei der Sache; er hielt sich nicht damit auf, den Gegner von der Unhaltbarkeit gewisser Theorien überzeugen zu wollen, sondern ging unbeirrt und geraden Weges auf das zu erreichende Ziel los. Bei Alledem lag in dem Wesen von Favre Etwas, wodurch er Bismarck's Theilnahme erregte. Der weit überlegene Staatsmann hatte Mitleid mit dem Patrioten, der, obgleich er von dem Kriege dringend abgerathen hatte, nun doch als Franzose seine unvermeidlichen Folgen hinnehmen mußte; er würdigte seinen vaterländischen Schmerz, der sich bei ihm zwar auf eine dem Deutschen ungewohnte Art kundgab, aber doch achtungswürdig schien.

Jules Favre hat bald nach der Unterredung einen Bericht darüber an die Regierung zu Paris eingereicht (21. September) und denselben später der sehr ausführlich und dramatisch gehaltenen Darstellung in seinem Werke „Gouvernement de la défense nationale“ einverleibt und erweitert. Graf Bismarck zollt in einem Rundschreiben aus Ferrières (27. September) Herrn Favre mit Bezug auf den ersteren die Anerkennung, daß „er bemüht gewesen, den Hergang im Ganzen richtig wiederzugeben.“ Einige spezielle Berichtigungen Bismarck's zu dem Berichte werden von uns weiter unten angegeben werden; andere Stellen, bei denen das wirklich Gesprochene mit den subjektiven Auffassungen des Erzählers vermischt erscheint, fallen dem aufmerksamen Leser unwillkürlich auf.

— „Die Hitze war erdrückend“ — so erzählt Jules Favre — „wir kamen nur langsam vorwärts. Es war 3½ Uhr Nachmittags. Wir fuhren einen Hügel hinan, welcher die Kräfte unserer Pferde völlig erschöpfte, als ein Reiter im Galopp uns einholte. Es war Graf Hatzfeld, der erste Sekretär des Grafen Bismarck. Er theilte uns mit, daß der König denselben Morgen (19. September) Meaux verlassen habe, um sich nach Schloß Ferrières zu begeben; Graf Bismarck, der ihm vorausgefahren sei, habe sich mit uns gekreuzt und bitte uns umzukehren, wie auch er thun würde. Wir fuhren denselben Weg zurück.

Bei dem Dörfchen Montry angekommen, waren wir genöthigt zu halten, weil unsere Bespannung uns den Dienst versagte. Wir stiegen bei einem Pachthofe ab, der das allgemeine Schicksal der Verwüstung getheilt hatte. Zwei Bauern irrten in seinen Trümmern umher und erzählten uns, daß sie vollständig bis auf die Haut ausgeplündert worden. Alles, sogar die Fensterrahmen, waren zerstört. Wir ließen uns auf einigen zerbrochenen Geräthen nieder. Nach einer halben Stunde sahen wir drei Reiter mit zahlreicher Bedeckung sich nähern. Einer derselben, von hohem Wuchse, trug eine weiße Mütze mit gelbem Rande; es war Graf Bismarck. Er stieg am Eingange des Hofes ab, wo ich stand.

„Ich bedaure", hob ich an, „Ew. Excellenz nicht an einem Ihrer würdigeren Orte empfangen zu können. Jedoch stehen diese Trümmer vielleicht nicht außerhalb jeder Beziehung zu der Unterredung, welche ich von Ihnen zu erbitten die Ehre hatte. Sie sind die beredten Zeugen der Uebel, denen ich eine Grenze zu setzen wünschte. Beliebt es Ew. Excellenz, so wollen wir hier unsere Unterhaltung beginnen."

„Nein", antwortete der Graf; „es findet sich wol in der Nähe ein für unsere Berathung mehr geeignetes Haus."

Einer der Landleute wies uns das zehn Minuten entfernte Schloß La Haute Maison. Wir gingen von Montry auf einem ziemlich steilen Wege durch ein Wäldchen dorthin. Es ist ein einfaches altes Gebäude, auf einer bewaldeten Anhöhe gelegen.

„Diese Oertlichkeit", bemerkte der Graf, „scheint wie gemacht für die Franctireurs, von denen die Gegend hier voll ist. Wir machen auf sie schonungslose Jagd, denn es sind keine Soldaten, wir behandeln sie als Raubgesindel."

„Aber", beklagte ich mich, „es sind doch Franzosen, welche ihren Boden, ihren Herd und ihr Haus vertheidigen. Sie leisten Widerstand gegen Ihre Invasion und sind sicherlich in ihrem Rechte. Sie aber verkennen das Kriegsgesetz, indem Sie es nicht auf diese Leute anwenden."

„Wir kennen nur Soldaten, welche einer regelmäßigen Disziplin unterworfen sind", versetzte der Graf; „die Anderen sind außerhalb des Gesetzes."

Ich erinnerte ihn an die preußischen Erlasse von 1813 und an den Kreuzzug, welcher damals gegen die Franzosen gepredigt wurde.

„Richtig!" sagte Graf Bismarck. „Aber unsere Bäume zeigen noch die Spuren derjenigen Landeseinwohner, welche Ihre Generale hängen ließen."

Wir traten in einen niedrigen Saal, der von dem allmählich ansteigenden Hofe aus eingesehen werden konnte. Im Begriffe sich zu setzen bemerkte der Graf: „Wir sind hier übel daran; Ihre Franctireurs können durch die Fenster auf mich zielen." Als ich Verwunderung und Zweifel ausdrückte, setzte er hinzu: „Ich bitte, sagen Sie den Leuten in diesem Hause, daß Sie Mitglied der Regierung sind und daß sie mit ihrem Kopfe für jeden verbrecherischen Versuch haften."

Ich that nach seinem Wunsche, gleichwol überzeugt, daß er keine andere Absicht hatte, als mich an die Möglichkeit von Attentaten glauben zu machen, welche das barbarische Auftreten einiger deutschen Befehlshaber rechtfertigen könnten. Ich war mehr als beruhigt für Herrn von Bismarck, als ich das Haus von preußischen Wachtposten umstellt sah, welche nicht zufällig dort standen. Ich that, als hätte ich sie nicht bemerkt. Wir setzten uns nieder und die Unterredung begann.

Das Erste, was ich dem Grafen Bismarck sagte, war: „Ich glaubte, daß, bevor der entscheidende Kampf unter den Mauern von Paris beginnt, es nicht unmöglich wäre, einen ehrenvollen Vergleich zu versuchen, um unberechenbares

Unglück zu verhüten, und ich wünschte Ew. Excellenz Absichten in dieser Beziehung kennen zu lernen. Unsere Lage ist zwar unregelmäßig, aber durchaus klar. Wir haben die Regierung des Kaisers nicht gestürzt, sie ist von selbst gefallen, und indem wir die Gewalt in die Hände nahmen, gehorchten wir nur der äußersten Nothwendigkeit. Der Nation kommt es zu, sich über die Regierungsformen, die sie sich zu geben gedenkt, und über die Friedensbedingungen auszusprechen. Deshalb haben wir die Wahlen ausgeschrieben. Ich richte an Sie die Frage, ob Sie geneigt sind, die Stimme der Nation zu hören, oder ob Sie mit ihr einen Vernichtungskrieg führen und ihr eine Regierung aufzwingen wollen. In diesem Falle gebe ich Ew. Excellenz zu erwägen, daß wir entschlossen sind, uns bis auf den Tod zu vertheidigen. Paris und seine Forts können drei Monate lang widerstehen. Andererseits leidet Ihr Land durch die Anwesenheit Ihrer Heere auf unserm Gebiet. Ein Kampf, welcher den Charakter eines Ausrottungskrieges annehmen würde, wäre verhängnißvoll für beide Länder, und ich glaube, daß wir mit einigem guten Willen demselben durch einen ehrenvollen Frieden zuvorkommen können."

Der Graf antwortete: „Ich verlange nur den Frieden. Nicht Deutschland hat denselben gestört. Sie haben uns ohne Grund den Krieg erklärt in der einzigen Absicht, uns einen Theil unseres Gebietes zu nehmen. Sie sind darin Ihrer Vergangenheit treu gewesen. Seit Ludwig XIV. haben Sie nicht aufgehört, sich auf unsere Kosten zu vergrößern. Wir wissen, daß Sie auf diese Politik niemals verzichten werden, daß Sie nur Kraft schöpfen werden, um uns einen neuen Krieg zu erklären. Deutschland hat diese Veranlassung nicht gesucht; es hat sie ergriffen um seiner Sicherheit willen, und diese kann nur durch eine Gebietsabtretung verbürgt werden. Straßburg ist eine immerwährende Drohung gegen uns, es ist der Schlüssel unseres Hauses und wir fordern ihn."

„Dann also Elsaß und Lothringen?" fragte ich.

„Ich habe von Lothringen nicht geredet", antwortete der Graf; „was aber Elsaß betrifft, so sage ich offen, daß wir es als durchaus unerläßlich für unsere Vertheidigung ansehen."

Ich gab dem Grafen zu bedenken, daß dieses Opfer Frankreich Gefühle der Rache und des Hasses einflößen würde, welche unseliger Weise wieder zum Kriege führen müßten, daß das Elsaß französisch bleiben wolle, daß es bewältigt, aber nicht deutsch gemacht werden könne, daß es deshalb eine ernste Verlegenheit, vielleicht eine Ursache der Schwächung für Deutschland sein würde.

Der Graf stellte dies nicht in Abrede, aber er wiederholte, daß Frankreich in jedem Falle, auch wenn der Sieger Großmuth üben wolle, auf Krieg gegen Deutschland sinnen werde, es würde die Kapitulation von Sedan eben so wenig hinnehmen, als Waterloo und Sadowa. „Alle unsere Familien sind in Trauer; wir haben ungeheuere Opfer gebracht und sind nicht Willens, morgen wieder von vorne anzufangen."

Ich bemerkte dem Grafen, daß er zwei wesentliche Elemente außer Acht lasse, die in den Sitten vorgegangene Veränderung und die Erwägungen der europäischen Kabinete. Was erstere betreffe, so würde er so gut wie ich anerkennen, daß die Fortschritte der Industrie, die Schöpfung der Eisenbahnen, die Verbindung und Verschmelzung der Interessen immer mehr dahin strebten, die Kriege unmöglich zu machen, daß dieser Krieg eine grausame Lehre für Frankreich sei, aus der es um so mehr Nutzen ziehen werde, da es in dieses Abenteuer leichtsinnig und gegen seinen Willen gestürzt worden sei.

Hier unterbrach mich der Graf und hob hervor, daß im Gegentheil Frankreich den Krieg gegen Deutschland gewollt habe. Er sprach von dem alten Groll Frankreichs, von der Haltung der Presse, der Zustimmung des Gesetzgebenden Körpers und der kriegerischen Begeisterung, mit welcher die Kriegserklärung angenommen worden sei.

Ich bestritt jede dieser Behauptungen. Der alte Groll würde geschwunden sein, wenn er nicht von der einen oder anderen Seite der beiden Regierungen systematisch wieder angefacht worden wäre. Frankreich habe bei den Wahlen und auch bei dem Plebiscit keinen Kriegsgedanken gehegt. Der Krieg sei das ausschließliche Werk des Kaisers und der Partei, welche die Gewalt mit ihm theilte. Daher die Aufreizungen der Presse und die lärmende Zustimmung des Gesetzgebenden Körpers, der in Wahrheit nur die Ideen des Kaisers wiedergegeben habe. „Nachdem der Krieg einmal erklärt worden, war die Nation mit ihrer Ehre verpflichtet, ihn fortzuführen, aber sie hat ihn beständig mit Unwillen gesehen. Jetzt giebt es nur ein Mittel, den Frieden herzustellen und die beiden Länder zu versöhnen, nämlich Verzicht zu leisten auf die alte Politik der Eroberungen und des kriegerischen Ruhmes und offen einzulenken in die Politik der Völkervereinigung und der Völkerfreiheit. Führt Preußen eine entgegengesetzte Sprache, so setzt es sich dem Verdachte aus, daß es nicht allein eine Gebietsberaubung, sondern eine Wiedereinsetzung der Bonapartes bezweckt."

Der Graf verwahrte sich lebhaft dagegen. „Was liegt uns an Euerer Regierungsform?" sagte er. „Wenn wir die Ansicht hätten, daß Napoleon unserm Interesse förderlich wäre, dann würden wir ihn zurückführen. Aber wir überlassen Euch die Wahl Eurer Regierung. Was wir wollen, das ist unsre Sicherheit, und wir finden dieselbe nur, wenn wir den Schlüssel unsers Hauses selbst in Händen haben. Diese Bedingung ist unerläßlich, und ich bedauere, nichts daran ändern zu können."

Als die Unterredung diese Wendung nahm, hob ich die schwere Verantwortung hervor, welche ein so wichtiger Beschluß der einen wie der anderen Regierung auferlege. Ich sprach von dem erbitterten Widerstande der Hauptstadt und der Provinzen. Ich sagte ihm, daß die deutschen Heere sechs Monate außerhalb ihres Landes bleiben würden und daß man alle Erwägungen militärischen Ruhmes der Pflicht opfern müsse, so große Katastrophen zu verhüten.

„Wir waren darauf vorbereitet", versetzte der Graf, „und wir wollen diese Opfer lieber selbst bringen, als sie unsern Kindern aufsparen. Uebrigens ist unsere Stellung nicht so schwierig, wie Sie voraussetzen. Wir können uns mit der Wegnahme eines Forts begnügen, und keines der übrigen kann uns dann länger als vier Tage widerstehen. Von dem eroberten Fort aus werden wir Paris das Gesetz diktiren."

Ich verwahrte mich gegen die Grausamkeit eines Bombardements.

„Die Nothwendigkeit kann sie rechtfertigen", erwiederte Graf Bismarck. „Uebrigens sage ich nicht, daß wir Paris mit Sturm nehmen wollen. Es könnte uns bequemer sein, es durch Hunger zu bezwingen, indem wir uns in den Provinzen ausbreiten, wo keine Armee uns aufhalten kann. Straßburg wird nächsten Freitag fallen, Toul vielleicht noch früher. Die Armee Bazaine's hat ihre Maulthiere verzehrt, nun sind die Pferde an der Reihe, und bald wird sie genöthigt sein zu kapituliren. Ohne Paris einzuschließen, werden wir ihm mit 80,000 Mann Kavallerie seine Zufuhren abschneiden, und wir sind darauf gefaßt, in Frankreich so lange zu verbleiben, als es nöthig ist."

„Dann", wendete ich ein, „ist es also unsere Vernichtung, die Sie beabsichtigen; denn um den Frieden zu erlangen, werden Sie uns eine Regierung aufnöthigen müssen. Sie machen sich dadurch verantwortlich vor Europa, welches das wahrscheinlich nicht dulden wird, und Sie eröffnen damit einen Zeitraum voll der Aufregung und Kämpfe, deren Ende Niemand absehen kann. Ich schlage Ihnen ein anderes Mittel vor, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Lassen Sie uns eine Nationalversammlung berufen! Wenn Sie wahrhaft staatsmännisch handeln wollen, so legen Sie ihr annehmbare Friedensbedingungen vor, und Sie werden einen dauerhaften Frieden erreichen."

„Dazu", erwiederte er, „wäre ein Waffenstillstand nothwendig, und diesen will ich um keinen Preis."

„Wenn Sie das nicht wollen", sagte ich, „was nach meiner Meinung zu einer Lösung unerläßlich ist, so folgere ich daraus, daß Sie Ihre Ueberlegenheit nur dazu benutzen wollen, um uns Das zu entreißen, was wir Ihnen, wenn wir uns in einer regelmäßigen Lage befänden, nicht bewilligen würden. Ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß es für uns unmöglich ist, so harte Bedingungen anzunehmen. Wir erbieten uns, Ihnen eine Kriegsentschädigung zu zahlen, weiter vermögen wir für jetzt nicht zu gehen."

Der Tag neigte sich. Wir hatten weiter als drei Stunden zu gehen, um inmitten eines entvölkerten und verwüsteten Landes ein Nachtquartier zu erreichen. Ich fragte den Grafen, ob er trotz der ausgesprochenen Verschiedenheit unserer Ansichten mich am Abend in Ferrières empfangen wolle.

Er willigte ein und sagte beim Abschiede: „Ich erkenne an, daß Sie die Politik, welche Sie jetzt vertreten, immer unterstützt haben, und wenn ich dessen sicher wäre, daß dies auch die Politik Frankreichs ist, so würde ich dem Könige

vorschlagen, sich zurückzuziehen, ohne Ihr Gebiet anzutasten und ohne einen Heller von Ihnen zu fordern. Ich kenne seinen Edelmuth so gut, daß ich Ihnen seine Zustimmung vorher verbürgen würde. Aber Sie sind Vertreter einer verschwindenden Minderheit. Sie sind aus einer Volksbewegung hervorgegangen, welche Sie morgen wieder stürzen kann. Wir haben also keine Bürgschaft. Wir würden sie auch in der Ihnen folgenden Regierung nicht finden. Das Uebel liegt in der Unbeständigkeit und Unüberlegtheit, welche einen Charakterzug Ihres Landes bilden, das Heilmittel in dem materiellen Pfande, welches zu nehmen wir berechtigt sind. Sie würden keine Bedenken getragen haben, uns das Rheinufer wegzunehmen, obgleich der Rhein keineswegs Ihre natürliche Grenze ist. Wir nehmen die unsere wieder und glauben dadurch den Frieden sicher zu stellen."

Bei diesen Erklärungen beharrte der Graf. Wir schieden von einander, nachdem wir eine Zusammenkunft für den Abend verabredet hatten.

Indem ich dies erzähle, habe ich noch alle Einzelnheiten des Vorganges vor Augen, insbesondere das Bild meines furchtbaren Gegners, welcher dabei die Hauptrolle spielte und mit dem ich das erste Mal zusammenkam. Obgleich in vorgerückten Lebensjahren, erschien mir Graf Bismarck in der ganzen Fülle seiner Kraft. Seine hohe Gestalt, sein mächtiger Schädel, seine ausgeprägten Gesichtszüge verliehen ihm ein zugleich gebietendes und hartes Aussehen, welches indessen durch eine natürliche Einfachheit, beinahe Gutmüthigkeit, gemildert ward. Sein Empfang war höflich und ernst, ohne alle Affektation und Steifheit. Sobald die Unterredung begonnen hatte, nahm er eine wohlwollende und mittheilsame Haltung an, welche er während ihrer ganzen Dauer bewahrte. Er sah mich wahrscheinlich als einen seiner sehr unwürdigen Unterhändler an, aber er war so höflich, es mich nicht merken zu lassen; auch schien ihm meine Aufrichtigkeit Theilnahme einzuflößen. Was mich betrifft, so war ich erstaunt über die Klarheit seiner Ideen, die Schärfe seines Urtheils, die Originalität seines Geistes. Nicht weniger bemerkenswerth war seine völlige Anspruchslosigkeit. Ich erkannte in ihm einen weit über alle Vorstellung bedeutenden Staatsmann, der nur mit wirklichen Dingen rechnet, allein auf positive und praktische Lösungen dringt und gegen Alles gleichgiltig ist, was nicht zu einem nützlichen Ziele führt. Ich habe ihn seitdem oft gesehen, wir haben zahlreiche Einzelfragen unterhandelt, und immer fand ich ihn gleich. Die große Gewalt, die er ausübt, flößt ihm weder Hochmuth noch Täuschungen ein, aber er hält daran fest und giebt sich nicht die Mühe, die Opfer zu verbergen, die er bringt, um sie zu behaupten. Ueberzeugt von seinem persönlichen Gewichte, setzt er dasselbe ganz ein, um das Werk fortzuführen und zu vollenden, welches ihm bisher so wunderbar gelungen ist, und wenn er, um dies zu thun, weiter oder weniger weit gehen müßte, als er selbst möchte, so würde er sich dennoch darein ergeben. Uebrigens ist er bei seiner Erregbarkeit und Nervenstimmung nicht

immer im Stande, heftige Ausbrüche zu unterdrücken. Ich habe ihn von einer Schonungslosigkeit und von einer Nachsicht kennen gelernt, die mir unerklärlich sind. Ich hatte viel von seiner außerordentlichen Geschicklichkeit reden hören, aber er hat mich niemals hintergangen. Er hat mich durch seine Forderungen und Härten oft verletzt, sogar empört, aber ich habe ihn in den großen wie in den kleinen Dingen stets gerade und pünktlich gefunden.

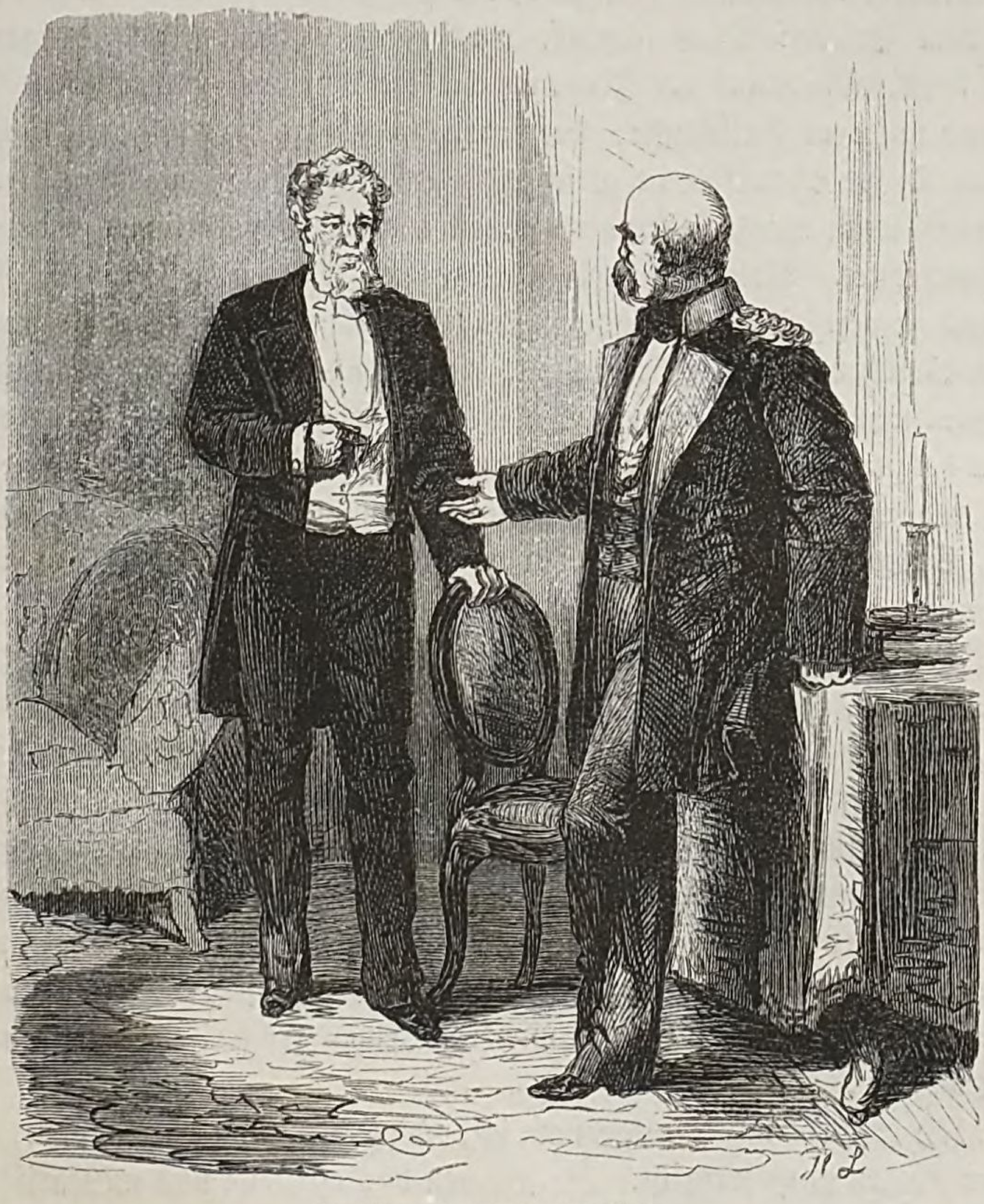
Als ich ihn in Haute Maison verließ, hatte ich wenig Hoffnung, indessen wollte ich die Unterhandlungen nicht abbrechen, ohne Alles erschöpft zu haben. Ich wußte, daß ich rücksichtsvoll angehört werden würde, und hoffte sogar, den Grafen Bismarck bei einer zweiten Unterredung weniger unbeugsam zu finden. Uebrigens mußte ich ohnehin nach Ferrières. Das flache Land war mit Truppen und Nachzüglern bedeckt; es war unmöglich, daselbst zu übernachten. Wir machten uns deshalb um Sonnenuntergang wieder auf den Weg, trafen erst um 8 Uhr in Ferrières ein, und um 9 Uhr begab ich mich ins Schloß." —

Das königliche Hauptquartier war erst am Nachmittage desselben Tages in Ferrières, zwei Meilen östlich von Paris, angelangt und hatte daselbst das Lustschloß des früheren preußischen Generalkonsuls Baron Rothschild bezogen, welches seit der französischen Revolution aus den Händen der alten Adelsfamilie de Ferrières in den Besitz dieses Geldfürsten übergegangen war. Derselbe hatte das Schloß nach den ersten Siegen der deutschen Waffen verlassen und den größten Theil seiner beweglichen Kostbarkeiten entfernt; dennoch zeigte die prunkvolle Einrichtung, der meilenweite Park mit Seen, Fasanerie und Jagdschlößchen von dem großen Reichthum und Luxus des Besitzers. Das königliche Hoflager benutzte nichts als die Räume des Schlosses, es lebte aus der eigenen Küche und dem mitgebrachten Weinkeller. Am Abend des 19. September fand hier die zweite Unterredung Bismarck's mit Favre statt.

— „Man empfing uns", so fährt Jules Favre fort, „in einem großen Saale des unteren Stockwerks, „la salle des Chasseurs" geheißen. Die preußische Post war daselbst bereits eingerichtet. Die Register, Stempel, Fächer waren mit derselben Pünktlichkeit in Betrieb gesetzt wie in Berlin. Alles ging geräuschlos, ohne Verwirrung vor sich, Jeder war bei seiner Arbeit. Der Graf war noch bei der Tafel; er kam herunter und lud mich ein, an seinem Mahle Theil zu nehmen, was ich ablehnte. Eine halbe Stunde später nahmen wir die Unterhaltung von Haute Maison wieder auf; jedoch glaubte ich, Herrn von Bismarck vorher auf den bestimmten Charakter meiner Sendung aufmerksam machen zu sollen.

„Ich bin zu Ihnen gekommen", sagte ich, „ohne Vollmacht zu bindenden Verpflichtungen, aber als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten der Regierung der Nationalvertheidigung und folglich als der einzige amtliche Vertreter der auswärtigen Politik Frankreichs. Ich bin daher verpflichtet, meiner Regierung über Alles, was ich von Ihnen hören werde, Bericht zu erstatten

und es sogar dem Publikum mitzutheilen, welches unser oberster Richter ist. Ich werde Sie deshalb um die Erlaubniß bitten, nach dem Schlusse unserer Unterredung ein Resumé derselben aufsetzen zu dürfen, über dessen Inhalt wir uns verständigen wollen, damit kein Mißverständniß Platz greife."



Die Unterredung in Ferrières.

„Nehmen Sie sich nicht diese Mühe", antwortete er; „ich gebe Ihnen meinen Antheil an der Unterhaltung vollständig preis. Ich habe nichts zu verheimlichen und verlasse mich, was die genaue Wiedergabe der Einzelnheiten betrifft, auf Sie."

„Wenn dem so ist", versetzte ich, „bleibt mir nur übrig, auf das, was wir vorher gesprochen haben, zurückzukommen; denn ich kann nicht glauben, daß Ihre Erklärungen den bestimmten Charakter haben, den Sie ihnen zu geben schienen. Ich erkenne die Richtigkeit der Erwägungen, die Sie geltend machten, theilweise an, glaube aber, daß Sie deren mehrere sehr wichtige außer

Acht lassen und daß unsere Schlußfolgerungen gegen unsere Absichten ausfallen könnten. Wir stimmen in einem wichtigen Punkte überein, nämlich in demjenigen der Nothwendigkeit und Wohlthat des Friedens. Ich halte dafür, daß er dauerhaft sein soll; Sie wenden mir ein, daß er nur ungewiß sein kann. Das Mittel, um meiner Ansicht den Sieg zu verschaffen, besteht darin, daß man dem Frieden Alles nimmt, was Ihre Meinung rechtfertigen könnte. Diese beruht allein auf der Idee, welche Sie von dem französischen Charakter und von unserem Entschlusse, Sie fortwährend zu beunruhigen, sich gebildet haben. Dieser Charakter ist gleichzeitig empfindlich und großmüthig. Unsere Nation ist leicht erregt, aber auch schnell wieder zu besänftigen, wenn man ihr artig begegnet. Welche schönere Gelegenheit könnten Sie finden, sie Ihnen dauernd zu verbinden, als indem Sie sie nicht als eine besiegte, sondern als eine natürlich verbündete betrachten, die nur augenblicklich auf falsche Bahnen gerathen war! Was wollen Sie mehr? Sie haben Ihr Uebergewicht auf Kosten des unsrigen begründet; Sie haben in den Augen der Welt einen Kriegsruhm erworben, welcher dem Ehrgeizigsten genügen kann."

„Sprechen Sie mir nicht davon", unterbrach mich der Graf; „das ist ein Papier, welches bei uns keinen Werth hat, welches man nicht" .... Er hielt inne, als suchte er nach einem Worte. „Ein Börsenausdruck", sagte er —

„Cotirt", ergänzte ich.

„Richtig; es ist ein Werthpapier, welches nicht cotirt wird und auf welches unser Volk wenig giebt. Wir verlangen nur, in Frieden an unserem Herde zu leben. Wir haben Sie niemals angegriffen und werden es niemals thun. Das ist bei Ihnen etwas Anderes. Sie werden nur auf Wiedervergeltung sinnen, und wir werden gezwungen sein, sie anzunehmen. Wir ziehen allein unser Interesse zu Rathe, und das Bedürfniß, uns sicher zu stellen, ist so augenfällig, daß wir strafbar wären, wenn wir uns einer trügerischen Hoffnung überlassen wollten."

„Ich erlaube mir", entgegnete ich, „diese Ansicht zu bekämpfen, welche in meinen Augen ganz irrig ist. Sie scheinen das offizielle und militärische Frankreich mit demjenigen zu verwechseln, welches aus der geistigen und wissenschaftlichen Bewegung unserer letzten Jahre hervorgegangen ist. Es hat sich in ihm eine tiefgreifende Veränderung vollzogen, welche Sie anerkennen. Die Mehrheit der Nation wird nothwendiger Weise durch diese unwiderstehliche Strömung fortgerissen werden, welche sie einer neuen Politik und besseren Schicksalen entgegenführt. Sie wird begreifen, daß die Unterstützung aller Völker und vorzugsweise Deutschlands ihr unentbehrlich ist, und sie wird dieselbe suchen, nicht durch unfruchtbare Eroberungen, sondern durch die Güter der Arbeit und des wechselseitigen Austausches, und man kann behaupten, daß diese Bewegung, wenn sie durch weise Staatsmänner begünstigt wird, bald jeden Krieg unmöglich machen wird."

„Die Frage ist, wo diese weisen Staatsmänner finden?" sagte der Graf. „Ich bin überzeugt, daß sie in Frankreich nicht vorhanden sind. Sie sprechen edle Gedanken aus, und wenn Sie Gebieter wären, würde ich nicht zögern, mich Ihrer Ansicht anzuschließen und mit Ihnen zu unterhandeln, aber Sie befinden sich im Widerspruch mit den wahren Gesinnungen Ihres Landes, welches seine Streitsucht bewahrt. Um nur von der Gegenwart zu sprechen, so sind Sie selbst aus einem Aufstande hervorgegangen und können morgen durch den Pariser Pöbel gestürzt werden."

Ich unterbrach ihn lebhaft. „Es giebt keinen Pöbel in Paris, Herr Graf, sondern eine einsichtsvolle, hingebende Bevölkerung. Ich weiß, daß sie sich den Eindrücken überläßt und schwankend ist; aber glauben Sie mir sicherlich, daß sie unter ihrer anscheinenden Leichtfertigkeit wahren Muth und Edelsinn verbirgt. Diese Bevölkerung hat das Kaiserthum ertragen und sich erst erhoben, als dasselbe nicht mehr möglich war. Sie hat durch ihre Berufung uns die Aufgabe auferlegt, unsern Boden zu vertheidigen, und sie unterstützt uns bei Aufrechthaltung der Ordnung, welche nicht ernsthaft gestört werden wird. Was ihre versöhnliche Gesinnung betrifft, so bürge ich Ihnen dafür, und wenn ganz Frankreich ihr gliche, so würde es mir nicht schwer werden, die Ideen, welche Sie für diejenigen einer Minderheit ansehen, als angenommen zu betrachten."

„Sie reden wie ein Franzose", antwortete der Graf; „erlauben Sie mir, Deutscher zu bleiben. Was bedeuten die heftigen Ausfälle Ihrer Presse, die beleidigenden Zerrbilder, alle diese gegen uns gerichteten Verhöhnungen und Prahlereien? Es sind Huldigungen, welche der öffentlichen Meinung dargebracht werden, und bezeichnen gerade dadurch die Gesinnung, welche mit Ihrer Schätzung derselben nicht übereinstimmt."

„Aber", warf ich ein, „das Nämliche geht ja auf der anderen Seite des Rheins vor, und dennoch sagen Sie mir, — und ich glaube es, — daß Sie uns nicht angreifen wollen. Erblicken Sie doch in diesen Kundgebungen nur den Ausbruch allzu lebhafter Empfindungen, welche durch einige Hitzköpfe erregt werden und vielleicht zu schnell aufwallen, aber nur die Oberfläche berühren. Kommen wir übrigens auf unsere gegenwärtige Lage zurück, welche uns allein beschäftigen soll! Sie haben die Armeen des Kaiserreichs besiegt, das Kaiserreich besteht nicht mehr und die Nation fordert von Ihnen die Einstellung eines Krieges, der gegenstandslos geworden ist. Wenn Sie dies ablehnen, so berechtigen Sie die Nation zu der Annahme, daß sie es ist, der Sie übelwollen, und — erlauben Sie mir, ganz offen zu sprechen, — Sie machen sich meiner Meinung nach zu einem Werkzeuge der kaiserlichen Politik, welche Sie uns aufzuzwingen beabsichtigen."

„Sie täuschen sich vollständig", versetzte Herr von Bismarck. „Ich habe keinen ernsthaften Grund, Napoleon III. zu lieben. Ich leugne nicht, daß es mir bequemer gewesen wäre, ihn erhalten zu sehen, und Sie selber haben Ihrem

Lande einen sehr schlechten Dienst erwiesen, indem Sie ihn stürzten. Es wäre uns gewiß möglich gewesen, mit ihm zu unterhandeln. Aber persönlich habe ich keine Ursache gehabt, mich seiner Gunst zu rühmen. Wenn er gewollt hätte, wären wir zwei aufrichtige Verbündete geworden und wir hätten zusammen die Schicksale Europa's bestimmt, aber er hat alle Welt zu hintergehen gesucht, und ich habe ihm niemals getraut. Daß ich ihn nicht bekämpfen wollte, habe ich 1867 in der Luxemburger Angelegenheit bewiesen. Die gesammte Umgebung des Königs war für den Krieg, ich allein war dagegen. Ich habe sogar meine Entlassung angeboten und meinem Ansehen geschadet. Ich sage Ihnen dies nur zum Beweise, daß der Krieg nicht nach meinem Sinne war. Ich würde keinenfalls dazu gerathen haben, wenn er uns nicht erklärt worden wäre. Und noch immer konnte ich nicht daran glauben; Frankreich hat wie nach einem vorbedachten Plane gehandelt. Als ich von dem Streitfall hörte, den man aus Anlaß der Hohenzollern'schen Kandidatur herbeigeführt, beunruhigte ich mich über die Hartnäckigkeit Ihres Botschafters, nur mit dem Könige zu unterhandeln. Dieser Botschafter hat den König ermüdet, und dies wissend, habe ich zu einer Politik gerathen, welche Ihnen Genugthuung gewährte. Als ich erfuhr, daß der König meinem Rathe gemäß die Verzichtleistung seines Verwandten auf die Kandidatur erlangt hatte, schrieb ich meiner Frau, daß Alles vorüber sei und daß ich zum Landaufenthalte zu ihr zurückkehren würde. Um so größer war meine Verwunderung, als ich erfuhr, daß im Gegentheil Alles anfangen sollte. Von unserer Seite fand also keine systematische Feindseligkeit statt. Die französische Regierung ist es, welche den Krieg wollte. Zum Vorwande wählte sie die dem Könige zugedachte Demüthigung, welche dieser nicht hinnehmen konnte. Selbst jetzt in der Stunde, in welcher ich mit Ihnen spreche, kann ich eine solche Verirrung nicht begreifen. Ein solcher Entschluß, gefaßt von Männern, wie Herr von Gramont und Herr Ollivier! Der Erstere war nie etwas Anderes als der mittelmäßigste Diplomat; Napoleon III. hielt ihn selbst dafür. Was Herrn Ollivier betrifft, so ist er Redner und nicht Staatsmann. Ich sagte Ihnen vorhin, daß, wenn wir ein Interesse daran hätten, die Dynastie Napoleon's aufrecht zu erhalten, wir sie wiedereinsetzen würden. Das Gleiche gilt von den Orleans und von Herrn von Chambord, welcher weit mehr nach unserem, namentlich nach des Königs Geschmack wäre, da dieser natürlich an seinen alten Ueberlieferungen hängt. Was mich betrifft, so bin ich ohne jede Voreingenommenheit; ich bin sogar Republikaner und ich halte dafür, daß es keine gute Regierung giebt, wenn sie nicht vom Volke kommt; nur muß jede sich in das, was Nothwendigkeit und Gebrauch ist, schicken. Wir sollen uns daher mit Demjenigen beschäftigen, was den Völkern heilsam ist, und da ist es das Interesse meines Volkes, das ich zu Rathe ziehe."

„Einverstanden!" bestätigte ich. „Ich thue meinerseits das Gleiche; nur will ich versöhnen und Sie wollen herrschen, d. h. theilen. Indem Sie jedoch

die Frage des Volksinteresses und Volkswillens berühren, geben Sie mir die Freiheit, Sie an das zu erinnern, was ich Ihnen gestern bei unserer ersten Begegnung sagte, nämlich daß wir nicht ernsthaft unterhandeln können ohne die Mitwirkung der französischen Nation. Ich will beispielsweise voraussetzen, daß Sie wirkliche Vortheile erlangen. Sie ziehen als Sieger in Paris ein, — Sie werden dort nur Zerstörung finden, keine, ich sage nicht einmal zu Recht, sondern nur dem Anscheine nach bestehende Regierung. Ich kenne Ihre Pläne nicht, aber der gesunde Menschenverstand sagt mir, daß Sie gezwungen sein werden, die Nationalversammlung zusammenzuberufen. Um Maximilian in Mexiko auf den Thron zu setzen, hat der Kaiser dieselbe Nothwendigkeit empfunden. Er schuf einen Schatten von Volksvertretung. Hätte er eine wahre Vertretung berufen, so würde er den Willen des Landes kennen gelernt und uns große Unfälle erspart haben. Sie setzen sich der Gefahr aus, den gleichen Abgründen entgegenzugehen. Ich nehme an, daß Sie anders handeln, daß Sie eine wirkliche Nationalversammlung berufen; — warum thun Sie es nicht sogleich? Erlauben Sie mir, hinzuzufügen, daß wir auf diesem Gebiete nothgedrungen übereinstimmen. Unsere Macht ist wesentlich eine provisorische. Sie umfaßt nicht die Möglichkeit eines definitiven Vertragsschlusses, und neben uns giebt es nichts mehr. Nun bedürfen Sie aber eines zuständigen Kontrahenten, um einen bündigen Vertrag abzuschließen. Lassen Sie also die Nationalversammlung zusammentreten, die wir einberufen, und lassen Sie uns auf diese Weise unsere politische Uneigennützigkeit und unsern Wunsch darthun, Ihnen den einzig möglichen Bürgen, nämlich die ganze Nation, zu stellen. Sie sind in die schwierige Lage versetzt, welche unzweifelhaft Europa nahe berühren wird, uns diese unseren berechtigten Interessen entsprechende Genugthuung zu gewähren oder durch Verweigerung derselben Eroberungspläne zu enthüllen, welche Kombinationen gegen Sie zur Folge haben werden. Die Berufung der Nationalversammlung ist demnach für Sie wie für uns das einzige Mittel, um aus der Sackgasse, in der wir uns befinden, herauszukommen und alle Interessen zu versöhnen."

Der Graf überlegte einen Augenblick und erwiederte mir: „Sie haben vielleicht Recht. Was mich zurückhält, ist die Nothwendigkeit eines Waffenstillstandes, der für unsere militärischen Operationen wesentlich ungünstig und dadurch für Sie vortheilhaft sein würde. Jeder Tag nützt Ihnen und schadet uns. Wenn ich Ihnen vorhin sagte, daß ich um keinen Preis einen Waffenstillstand wollte, so liegt der Grund darin, weil die militärischen Rathgeber des Königs ihn unbedingt verwerfen, und ich schließe mich ihrer Ansicht an."

„Und doch", antwortete ich, „muß man wollen, was man will, und sich nicht auf einen ausschließlichen Standpunkt stellen, der jede Lösung unmöglich macht. Sie erkennen gleich mir an, daß es keine andere Gewalt giebt, die in der Lage wäre, mit Ihnen zu unterhandeln, als diejenige, welche auf gesetzlichem

Wege aus einer regelmäßigen Nationalversammlung hervorgeht. Sie verkennen auch nicht, daß die Wahlen und der Zusammentritt der Versammlung bei dem Zustande der Invasion und des Krieges, in dem Frankreich sich befindet, unmöglich zu bewerkstelligen sind. Es ist also nothwendig, den Kriegsoperationen für einen Augenblick Einhalt zu gebieten und den Bürgern zu erlauben zu rathschlagen, was Sie naturgemäß zu einem unvermeidlich abzuschließenden Waffenstillstand führt."

„Kann sein", bemerkte der Graf, „aber in diesem Falle würden wir berechtigt sein, Unterpfänder von Ihnen zu verlangen.

„Alles hängt von der Beschaffenheit derselben und den vorgeschlagenen Bedingungen ab", erwiederte ich.

„Ich habe keine Vollmacht", sagte Graf Bismarck, „in ernstliche Verhandlungen über diesen Gegenstand einzutreten, da ich nicht die Zustimmung des Königs habe, welche ich vollständig vorbehalte. Indessen kann ich Ihnen jetzt sagen, daß ein Waffenstillstand die Besetzung Straßburgs und der Vogesenfestungen bedingen würde. Metz würde in dem gegenwärtigen Stande bleiben. Und da ich gerade von Metz spreche, so ist es nicht unzeitig, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Bazaine Ihnen nicht gehört. Ich habe guten Grund, anzunehmen, daß Bazaine dem Kaiser treu bleibt und es ablehnen wird, Ihnen zu gehorchen."

Ich unterbrach den Grafen lebhaft: „Ich glaube bessere Gründe zu haben, um das Gegentheil anzunehmen. Ich kann über die Ihrigen nicht streiten, wenn Sie mir dieselben nicht mittheilen; die meinigen können leicht geahnt werden, wenn man über unsere letzten Ereignisse und den Charakter des tapfern Führers, der darin eine Rolle gespielt hat, wohlunterrichtet ist. Darf ich mir erlauben, Sie zu fragen, ob Herr Bazaine von der Kapitulation von Sedan und der Gefangenschaft des Kaisers in Kenntniß gesetzt ist?"

„Vollkommen!" versicherte der Graf.

„Das genügt mir", fuhr ich fort. „Wenn wir einen Waffenstillstand schließen, so ist es einleuchtend, daß ich die Freigebung Bazaine's nicht von Ihnen verlangen kann, wie lebhaft ich sie auch wünsche; aber es würde mir billig scheinen, daß man ihm erlaubte, sich für eine der Dauer des Waffenstillstandes entsprechende Anzahl von Tagen mit Lebensmitteln zu versorgen."

„Ich kann dies nicht zugeben", entgegnete der Graf; „ja, nicht einmal in eine Unterbrechung der militärischen Operationen daselbst willigen. Jeder Theil würde seine Freiheit zu handeln behalten. Bazaine würde uns angreifen und wir ihn zurückschlagen dürfen. Was Ihre Nationalversammlung betrifft, so sagen Sie mir Ihre Ideen, damit ich darüber nachdenken und sie dem Könige vortragen kann."

„Nach meinem Dafürhalten", erklärte ich, „müßte Paris neutralisirt werden. Sie würden auf unsere Anzeige allen Kandidaten, welche sich in den

Departements vorzustellen haben, und allen Abgeordneten, welche gewählt werden, Geleitscheine mitgeben. Ich würde für Paris die gleichen Bedingungen zur Verproviantirung fordern, deren ich in Bezug auf Metz erwähnte. Der Waffenstillstand würde meines Erachtens auf eine Dauer von vierzehn Tagen abzuschließen sein, und ich glaube, daß wir nach Ablauf dieser Frist, indem wir vor der Nationalversammlung zurücktreten, uns in der Lage befinden würden, Sie mit einer von dieser ernannten und mit regelmäßigen Vollmachten bekleideten Kommission in Verbindung zu setzen."

„Die Neutralität von Paris unter solchen Bedingungen", sagte der Graf, „scheint mir nicht unmöglich. Ich werde nur ein Unterpfand gegen Paris von Ihnen verlangen. Aber das sind Punkte, über die wir besser morgen verhandeln, da es doch nöthig ist, daß wir noch eine Zusammenkunft haben. Ich bedauere, Sie aufzuhalten, und werde es mir angelegen sein lassen, daß dies für so kurze Zeit als möglich der Fall sei. Wenn der König nicht schon zur Ruhe gegangen wäre, so würde ich ihn über diese Schwierigkeiten sogleich befragt haben. Wenn Sie morgen um 11 Uhr Vormittags hier sein wollen, so werden wir diese Auseinandersetzungen zu Ende bringen."

Ich dankte ihm und wir schieden von einander gegen 12½ Uhr Nachts.

Am folgenden Tage, Dienstag den 20. September, um 11 Uhr Vormittags, war ich im Schlosse. Der Graf war noch beim Könige eingeschlossen; um 11½ Uhr ließ er mich wissen, daß er frei sei. Ich ging in einen großen und prächtigen Saal des ersten Stockwerks hinauf, wo er vor einem Schreibtische saß. Bei meiner Ankunft stand er auf, führte mich an sein Arbeitsbureau und zeigte mir ein „Journal pour rire", sowie ein anderes Blatt, welche nicht ohne Grund dort hingelegt waren.

„Sehen Sie", sagte er zu mir, „das ist ein Beweis für Ihre friedfertigen und gemäßigten Absichten."

Er reichte mir eine Karrikatur, welche Preußen als einen siechen, im Sterben liegenden Greis vorstellte, der von einem Zuaven bedroht und verhöhnt ward.

„Wenn mich Etwas Wunder nimmt", erwiederte ich, „so ist es, daß Sie sich einen Augenblick mit einer solchen erbärmlichen Kleinigkeit beschäftigen können. Wir Politiker — ich meine diejenigen von heute — geben darauf nicht Acht. Wir sind die ersten Opfer der Bosheit oder des schlechten Geschmackes des Zeichenstifts, und wir glauben nicht, davon gestreift zu werden. Das sind Freiheiten, die man hinnehmen muß, ohne sie in die Wageschale der Staatsmänner zu legen."

„Das ist ein großer Irrthum", behauptete der Graf. „Mit solcher Schwachmüthigkeit läßt man zu, daß der öffentliche Geist verdorben wird. Wir werden zu nichts Gutem kommen, wenn wir nicht ein ernsthafteres System befolgen. Aber was sagen Sie hierzu?" fragte er, indem er mir eine große

Photographie zeigte, das Ufer des Meeres mit einem Seebad-Etablissement vorstellend. Auf dem unteren weißen Rande las ich geschrieben: „Ceci est la vue d'Hastings, que j'ai choisie pour mon bon Louis. Eugénie." („Dies ist die Ansicht von Hastings, die ich für meinen guten Louis gewählt habe. Eugenie.")

„Ich sehe nicht", sagte ich, „was dieses Familienandenken bedeutet."

„Es war der Geleitschein für eine Person", antwortete er, „welche heute Morgen eine Unterhaltung mit mir angeknüpft hat."

„Ich hatte Recht", versetzte ich. „Wenn Sie sich gestern dagegen verwahrten, der Bonapartistischen Politik zu dienen, so befanden Sie sich nicht ganz in Uebereinstimmung mit den Thatsachen. Es ist klar, daß man Sie zu gewinnen sucht und daß Sie es geschehen lassen. Man ist hierher gekommen in der Absicht, Ihre Unterstützung zu erlangen, und diese Konferenz, von welcher Sie mir die Ehre erweisen, mir eine Andeutung zu machen, beweist, daß Sie sich alle möglichen Fälle offen halten."

„Ich kann weder Ja noch Nein sagen", antwortete er; „ich habe mich darüber mit hinlänglicher Offenheit ausgesprochen. Die fragliche Person hat mich zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser eingeladen. Ich sagte ihr, wenn der Kaiser es wünsche, so sei nichts leichter als dies. Offen gesprochen: er ist nicht unser Gefangener, er ist unser Gast. Wir müssen ihn gegen Belästigungen sicher stellen und ihm alle Mittel erleichtern, damit er thun kann, was er für angemessen hält."

„Erlauben Sie mir", sagte ich, „Ihnen meinerseits zu bemerken, daß Ihre Sprache vollkommen deutlich ist und daß ich ihre Tragweite begreife. Wenn das, was der Kaiser für angemessen hält, die Rückkehr auf den Thron ist, und er Ihre Zustimmung erhält, so werden Sie ihn zu uns zurückführen."

„Ich habe es Ihnen gesagt", bestätigte er; „aber wir haben keine Partei ergriffen, und da die betreffende Persönlichkeit mir nicht ganz zuverlässig vorkam, so habe ich sie abgewiesen."

„Lassen wir denn diesen Gegenstand fallen", bat ich, „an dem mir sehr wenig liegt und der uns von dem entfernt, worüber ich eine definitive Aufklärung nöthig habe. Sie haben mit dem Könige gesprochen, ich möchte das Ergebniß dieser Unterredung kennen."

„Der König", antwortete der Graf, „willigt in den Waffenstillstand unter den zwischen uns verabredeten Bedingungen. Wie gesagt, verlangen wir die Besetzung aller belagerten Festungen in den Vogesen, diejenige Straßburgs und für letzteren Platz die Kriegsgefangenschaft der Besatzung."

Ich hatte Mühe mich zu halten, und indem ich ihn fast ungestüm unterbrach, rief ich: „Herr Graf! ich habe Ihnen versprochen, die Unterhaltung mit Eurer Excellenz, ohne Etwas davon auszulassen, meiner Regierung zu berichten; aber ich weiß nicht, ob ich es werde über mich gewinnen können, das, was Sie

mir soeben erklärten, zu ihrer Kenntniß zu bringen. Die Besatzung von Straßburg hat durch ihren Heroismus die Bewunderung der Welt erregt; sie aus freien Stücken in Kriegsgefangenschaft auszuliefern wäre eine Feigheit, die kein Mann von Herz anrathen sollte."

„Ich kann mich Ihrer Ansicht nicht anschließen", erwiederte der Graf, „und der Grund meines Anspruches ist sehr einfach. Straßburg ist erschöpft; wir haben nur noch einen letzten Sturm zu versuchen. Ich würde ihn gern verhütet sehen, aber wenn wir uns nicht verständigen, wird die Festung Freitag sicherlich in unsern Händen sein und die Besatzung uns gehören."

„„Sicherlich", Herr Graf," entgegnete ich, „ist ein Wort, welches man im Kriege nicht aussprechen sollte."

„Fügen Sie meinetwegen hinzu, so weit es in menschlicher Berechnung liegt", ergänzte er. „Dies ist eine Ingenieurberechnung, und unter diesem Vorbehalt bin ich dessen sicher, mich nicht zu irren."

„Dann", erklärte ich, „wird die Besatzung der Gewalt erliegen. Ich für mein Theil werde sie niemals ausliefern. Aber lassen wir diese Bedingung beiseite, um uns mit den anderen zu beschäftigen. Was verstehen Eure Excellenz unter dem Pfande für Paris, von dem Sie gestern sprachen."

„Nichts ist einfacher", antwortete der Graf; „ein Fort, welches die Stadt beherrscht."

„Es ist besser, Ihnen die ganze Stadt zu übergeben", versetzte ich; „das wäre klarer und gründlicher. Wie können Sie voraussetzen, daß eine französische Nationalversammlung unter den preußischen Kanonen zu berathen vermöchte? Dies ist abermals eine Bedingung, welche ich mich keineswegs verpflichte, zur Kenntniß meiner Regierung zu bringen."

„Suchen wir denn eine Kombination!" sagte der Graf.

Ich schlug ihm vor, daß, wenn man darauf verzichten müsse, Paris zu neutralisiren, die Nationalversammlung in Tours zusammentreten könne, wo schon die Delegation der Regierung ihren Sitz habe.

„Ich nehme es an", stimmte er zu, „und in diesem Falle würde es bei unseren gestrigen Abmachungen bleiben, daß wir Ihnen mit vollster Unparteilichkeit die Wahlversammlungen und die Wahlen erleichtern, auch in den von uns besetzten Departements, mit Ausnahme des Elsaß und desjenigen Theiles von Lothringen, den wir behalten."

„Man kann nicht besser eingestehen", gab ich ihm zu bemerken, „daß man die Stimme der Bevölkerung gegen sich hat. Sie geben zu, daß, wenn Sie dieselbe befragen wollten, sie sich einstimmig für die Zurückweisung Ihrer Ansprüche erklären würde."

„Ich weiß das vollkommen", bestätigte Graf Bismarck; „wir werden ihnen kein Vergnügen damit machen und noch weniger sie uns. Es wird eine harte Arbeit für uns sein. Sie ist nichtsdestoweniger nothwendig zur Sicherung

des deutschen Landes und zu einem glücklichen Ausgange des Krieges, den Sie jedenfalls gegen uns planen werden. Wir begreifen sie deshalb nicht unter die Wähler ein, die Sie befragen werden, weil wir sie ausschließlich zu regieren beabsichtigen. Aber wenn Sie erlauben, will ich dem Könige diese neue Idee, die ihm bis jetzt noch nicht bekannt ist, unterbreiten; ich werde ihm zugleich von dem Widerspruch berichten, den Sie gegen die Auslieferung der Besatzung von Straßburg einlegen."

Der Graf ging hinaus, und, allein bleibend, hätte ich den ungestümen Empfindungen, die in mir wogten, gern freien Lauf gelassen. Meine Geduld war fast zu Ende und ich fühlte, daß ich sie noch bedurfte. Ich ging mit großen Schritten in diesem prachtvollen Gemach auf und ab. Die Schönheit der Landschaft, über die ich die Blicke hinschweifen ließ, schien die Leiden, die ich ertrug, zu verschärfen. Dieser Park, beschattet von schön angelegten Baumgruppen, diese friedlichen Gewässer, dieser Rasen, diese Blumen waren eben so viel Verhöhnungen des Elends dieses Landes, welches unbeugsamen und rohen Eroberern preisgegeben war. Unfähig, diesen Kontrast zu ertragen, ließ ich mich an einem der Tische des Gemachs nieder und verfiel auf den Gedanken, mir ein unverwerfliches Zeugniß von den unglaublichen Vorschlägen, die mir gemacht worden, zu verschaffen. Papier war mir nicht zur Hand. Auf der Rückseite eines Briefes, den ich aus meiner Tasche zog, schrieb ich den wesentlichen Inhalt der Vorschläge auf, welche mir die Zornröthe auf die Stirn trieben. Ich wartete ungefähr zwanzig Minuten, erregt, aber nicht verwirrt, wohl wissend, welches der Ausgang sein würde.

Der Graf kehrte zurück mit einem Papier in der Hand und las mir vor, was darauf geschrieben stand, wobei er es übersetzte, aber er wollte es nicht in meinen Händen lassen. Ehe er anfing zu lesen, sagte ich ihm, ich hätte auch meinerseits in einigen Zeilen die Bedingungen aufs Papier geworfen, welche er soeben dem Könige vorgelegt habe. In Bezug auf das Pfand für Paris hatte ich mich des Ausdrucks bedient: „Ein Fort im Umkreise der Stadt."

„So war es nicht gemeint", gab der Graf zu bemerken. „Ich habe nicht von einem Fort gesprochen, ich kann deren mehrere verlangen. Ich bestehe auf einem solchen Fort, welches die Umwallung von Paris beherrscht, wie z. B. der Mont Valérien."

Ich blieb still und ließ ihn fortfahren: „Der König ist mit der Berufung der Nationalversammlung nach Tours einverstanden, aber er besteht darauf, daß die Besatzung von Straßburg kriegsgefangen werde."

Ich war am Ende; meine Rolle war ausgespielt und die Kraft verließ mich. Ich stand lebhaft bewegt auf; eine Wolke, die aus meinem Inneren aufstieg, trübte meine Blicke. Ich wandte mich einem Fensterfries zu und suchte eine Stütze für meinen Kopf, der springen wollte, indem ich meine Thränen verschluckte. Nach einer kurzen Pause wandte ich mich wieder um.

„Verzeihen Sie, Herr Graf, diesen Augenblick der Schwäche. Ich bin beschämt, Ihnen dieselbe verrathen zu haben, aber der Schmerz, den ich zu ertragen habe, ist so groß, daß es zu entschuldigen ist, wenn ich mich fortreißen ließ; ich bitte Sie um die Erlaubniß, mich verabschieden zu dürfen. Ich irrte, indem ich hieher kam, aber ich bereue es nicht. Ich folgte dem Gefühle meiner Pflicht, und es bedurfte dieser gebieterischen Nothwendigkeit, um mich die Qualen ertragen zu lassen, die sie mir auferlegte. Ich werde meiner Regierung über die Einzelnheiten unserer Unterredungen Bericht erstatten. Persönlich danke ich Ihnen für das Wohlwollen, das Sie mir entgegengetragen; ich werde dessen eingedenk bleiben. Wenn meine Regierung erachtet, daß unter den von Ihnen gestellten Bedingungen Etwas im Interesse des Friedens geschehen könnte, so werde ich meine Abneigung bekämpfen und morgen wieder hier sein. Im entgegengesetzten Falle werde ich die Ehre haben, Ihnen zu schreiben. Ich bin sehr unglücklich, aber nicht ohne Hoffnung."

Der Graf schien mir einigermaßen erregt. Er reichte mir die Hand und sagte mir freundliche Worte. Das Herz übervoll von Schmerz und Zorn, stieg ich die große Treppe des Schlosses hinab." —

Der Bericht, welchen Favre über diese Besprechungen seinen Kollegen erstattete, wurde in vieler Beziehung durch ein Rundschreiben Bismarck's an die Vertreter des Norddeutschen Bundes im Auslande (27. Sept.) berichtigt. Graf Bismarck hebt darin hervor, daß nicht die Frage des Friedensschlusses, sondern diejenige des Waffenstillstands den Hauptgegenstand der Unterredung gebildet habe, und sagt mit Bezug auf die erstere: „Es gelang mir nicht, Herrn Favre zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutschland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir besiegt worden wären, und welche das Ergebniß fast jeden Krieges, auch der neuesten Zeit, gewesen wären, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtes Land an sich nichts Entehrendes haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei als diejenige aller anderen Länder. Eben so wenig fand ich bei Herrn Favre dafür ein Verständniß, daß die Rückgabe von Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andere Bedeutung als die von Landau oder Saarbrücken haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwig's XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären, als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs."

Bezüglich der Waffenstillstandsverhandlungen giebt Bismarck die persönliche Berichtigung: „Die Art, in welcher Herr Favre mir die Ehre erzeigt, mich mit Bezug auf diese und andere Fragen selbst redend einzuführen („il faudrait un armistice et je n'en veux à aucun prix" und Aehnliches) nöthigt mich zu der Berichtigung, daß ich in dergleichen Unterredungen mich niemals der

Wendung bedient habe oder bediene, daß ich persönlich Etwas wollte oder versagte oder bewilligte, sondern stets nur von den Absichten und Forderungen der Regierung spreche, deren Geschäfte ich zu führen habe."

Endlich faßt Bismarck das Programm für die Bedingungen eines Waffenstillstands, welches Jules Favre als Ergebniß der Unterredungen nach Paris mitnahm, in drei Hauptpunkte zusammen, nämlich:

„1. In und vor Paris die Aufrechterhaltung des militärischen status quo.
2. In und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten innerhalb eines näher zu bestimmenden, um Metz gelegenen Umkreises.
3. Uebergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, von Toul und Bitsch mit freiem Abzug derselben." —

Diese Bedingungen wurden von der französischen Regierung verworfen (23. Sept.), und der Krieg nahm seinen Fortgang.

An demselben Tage, als Jules Favre zur Zusammenkunft mit dem Grafen Bismarck an dem „bewaffneten Strom" der deutschen Heersäulen vorüberfuhr, der sich in die Ebene um Paris ergoß, wurde die Riesenstadt von zweimalhunderttausend deutschen Kriegern umschlossen (19. Sept.). Durch den kühnen Angriff der Bayern und des Posener Armeecorps war die wichtige Außenstellung vor der Südfront von Paris, das Plateau von Plessis-Piqué, an diesem Tage genommen worden. Von den eroberten Höhen ließen die Sieger ihre Blicke hinschweifen über die prächtige, sündenvolle Stadt zu ihren Füßen. Die gleißenden Schlangenlinien der Seine und Marne verschwanden in dem endlosen Häusermeer, über dem die mächtige Kuppel des Pantheon, der Dom der Invaliden und die Thürme von Notre-Dame hoch emporragten. Fern am Horizont zeichnete sich am klaren Herbsthimmel der hohe Triumphbogen wie ein dünnes, zerreißbares Gespinnst, und im Norden der Stadt tauchte, halb von der Abendsonne umglänzt, halb in nebelhaften Umrissen verschwindend, der Montmartre empor, als wollt' er den deutschen Kriegern die Erinnerung wachrufen an jene ruhmvolle Waffenthat, durch welche die Heldenväter sich vor mehr denn einem halben Jahrhundert den Einzug in die feindliche Hauptstadt erkämpften.

Die Unterredung von Ferrières und die Zurückweisung der Bismarck'schen Waffenstillstandsvorschläge erhielten bald darauf eine neue Beleuchtung durch den Fall der Festungen Toul (23. Sept.) und Straßburg (27. Sept.), deren Uebergabe Favre mit Entrüstung abgelehnt hatte. Eine neue stolze Hoffnung hatte sich damit für Deutschland erfüllt. Straßburg, die alte deutsche Reichsstadt und Hochwarte am Oberrhein, mit ihren Erinnerungen an die Zeit deutscher Größe und bürgerlicher Freiheit, an zwei Meister deutscher Kunst und Bildung, freilich auch mit den Erinnerungen an die alte Raub- und Ränkesucht der Feinde, — Straßburg war wiedergenommen, und das deutsche Volk war entschlossen, diesen „Schlüssel seines Hauses" nicht mehr aus den Händen zu geben.

Es war herausgetreten aus jener trägen Entsagung, mit der es dereinst dem Raube der deutschen Stadt müßig zugesehen, und knüpfte an längstvergangene Herrlichkeit eine neue glorreiche Geschichte an. Aus der Trauer um seine gefallenen Helden erhob es sich zu dem heldenmüthigen Entschlusse, den begonnenen Kampf bis zum letzten Ende hinauszuführen, welche Opfer an Gut und Blut er auch noch auferlegen möge. In solcher Zeit mit der Staatsleitung betraut zu sein, sich eins zu fühlen mit dem Willen des Königs und des gesammten einmüthigen Volkes und seine Stimme zu führen, — das war die stolze Genugthuung, in der Bismarck Ersatz für alle früheren herben Erfahrungen seines Berufes fand.



Auf dem Plateau von Plessis-Piqué (19. September 1870).

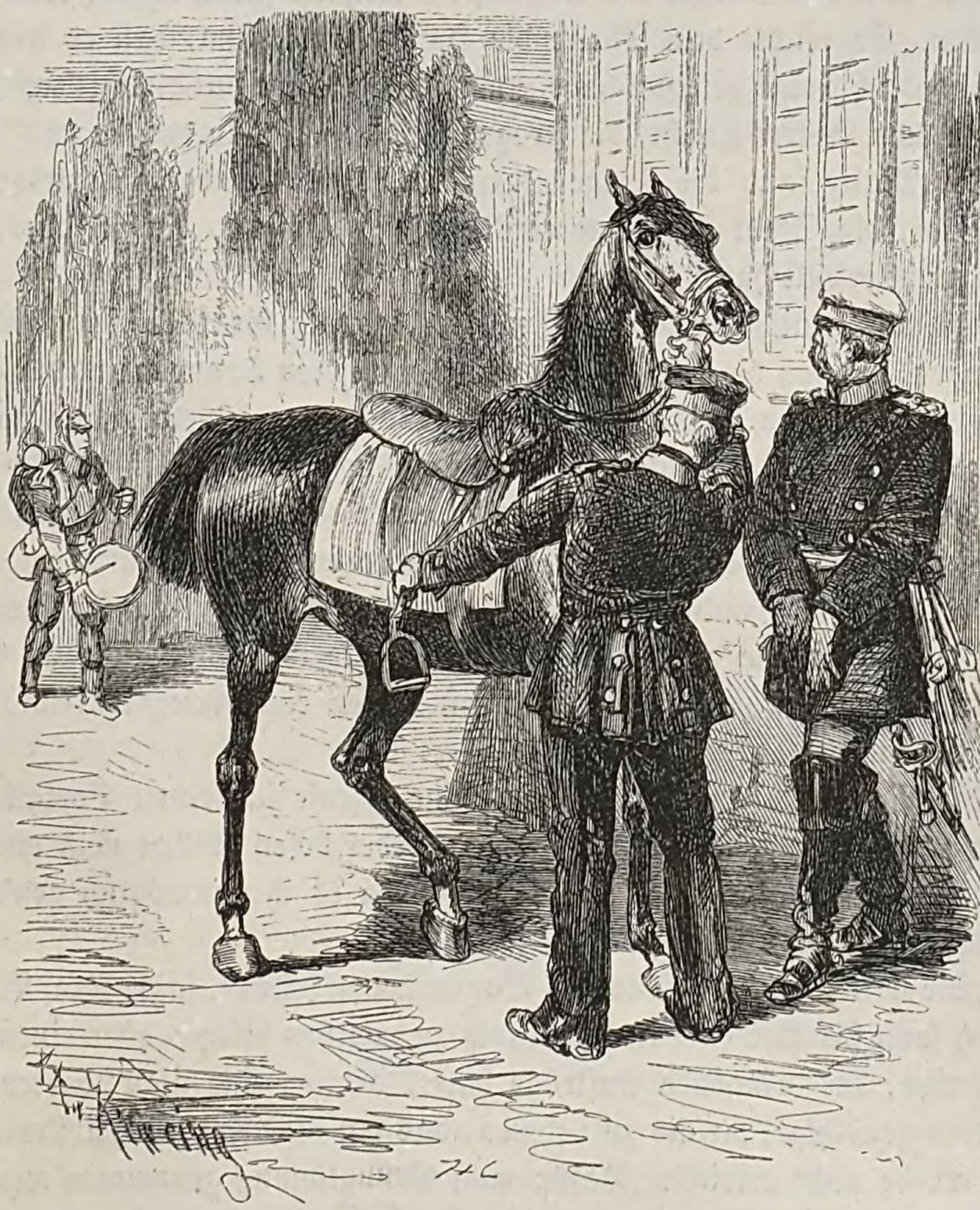
Das Große Hauptquartier rückte von Ferrières nach **Versailles** vor (5. Oktober). König Wilhelm bewohnte die Präfektur. Die schwarzweißrothe Fahne von dem Balkon des Hauses Nr. 12 in der Rue de Provence, dessen wohlhabende Besitzerin, Madame de Jessé, vor Ankunft der Deutschen geflüchtet war, bezeichnete das Quartier des Norddeutschen Bundeskanzlers. Bismarck hatte dasselbe wegen des großen, wohlgepflegten Gartens gewählt, in dem er, meistens in späten Abend- oder Nachtstunden, frische Luft zu schöpfen liebte. Zu seinem persönlichen Gebrauch hatte er ein einziges Zimmer genommen,

in dem er arbeitete und schlief. Das ausgeräumte Billardzimmer diente als Bureau. Ein unter den Trainsoldaten entdeckter Gehülfe des bekannten Berliner Traiteur Huster besorgte die Küche.

Dieses kleine Haus war bald umschwärmt von den Agenten der Republik und des Kaiserreichs, der Orleans und Chambord's; — sie alle kamen, um den Beistand des mächtigen Gegners für ihre Pläne zu suchen. Hier empfing Bismarck den Besuch der nordamerikanischen Vermittler, General Burnside, Sheridan u. A. (5. bis 8. Okt.), sowie des Abgesandten Bazaine's, General Boyer (14. Okt.), der durch politische Unterhandlungen günstige Kapitulationsbedingungen für die hungernde Armee in Metz zu erlangen hoffte. Hier berieth er mit Moltke über die Mittel, um den hartnäckigen Widerstand der Machthaber in Paris zu brechen. Von hier erließ er seine berühmt gewordenen Depeschen über die Folgen, welche die längere Belagerung von Paris für die eingeschlossene Bevölkerung haben könne, sowie über die Möglichkeit eines Bombardements, und wechselte die Schriftstücke mit dem neutralen Lord Granville, welcher aus Rücksichten der Menschlichkeit von jedem Angriff auf die Völkerstadt abrieth, aber die Ausfuhr von Waffen und Kriegsbedarf nach Frankreich in weitem Umfange duldete. Hier erhielt er auch die Grüße aus der Heimat; denn selten kam eine Botschaft mit Liebesgaben in das Hauptquartier, die nicht einen besonderen Auftrag an den Kanzler hatte. Bismarck verband aber mit der Freude des Empfangens auch jene des Gebens; er begleitete den König in das große Lazareth der verwundeten deutschen Krieger, theilte ihnen von den für ihn bestimmten Gaben und Erfrischungen mit und erquickte sie mit seiner herzlichen Theilnahme.

Bismarck war in Versailles gekannt von Jedermann. Es gehörte ja und gehört noch zum guten Ton in Frankreich, Bismarck öffentlich zu hassen, den die öffentliche Meinung als den Urheber des Unglücks und größten Feind Frankreichs bezeichnet; im Stillen aber vermochte sich doch Niemand dem Eindruck seiner mächtigen, gebietenden Persönlichkeit zu entziehen. Die Stadt Versailles hatte zu ihrer Zeit die gepuderten Staatsmänner und Kardinäle des französischen Königshofes, die Höflinge in Sammtröcken und Seidenstrümpfen in goldenen Karrossen durch ihre Straßen fahren gesehen, — hier hatte sie zum ersten Male das Bild eines deutschen Staatsmannes, der mit seinem König ins Feldlager gezogen war, bei welchem die entschlossene und sichere Haltung, das streng militärische Gepräge der Gesichtszüge anzeigten, daß er jeden Augenblick bereit war, die Feder mit dem Schwerte zu vertauschen. Mit kaum zurückgehaltener Bewunderung blickte das Volk dem deutschen Kanzler nach, der auf den Avenuen und Boulevards der französischen Königsstadt mit derselben Unbefangenheit und Sicherheit seines Weges schritt, wie auf dem Straßenpflaster von Berlin. Wenn aber die Flügelhörner und Trommeln die in Versailles liegenden deutschen Truppen auf die Plätze, unter die Waffen riefen und der

Kanonendonner vom Mont Valérien einen Ausfall der Pariser Mobilgarden ankündigte, dann bestieg der General von Bismarck, in seiner Kürassieruniform mit hohen Reiterstiefeln, sein mächtiges Streitroß, die hellbraune Stute, begleitete den König hinaus und blickte an seiner Seite, ruhig und unbewegt, in das wilde Gewoge der Feldschlacht.



Alarm in Versailles.

Es fehlte dem deutschen Bundeskanzler mitten unter den Feinden nicht an einer gewissen Popularität. Aus seinem Verkehr mit dem Maire von Versailles, Herrn Rameau, erzählt dessen vertrauter Freund Delerot — zu derselben Zeit Gemeinderath daselbst — in seiner Schrift: „Versailles während der Okkupation" eine Episode, welche zeigt, wie Bismarck den Franzosen Achtung für den deutschen Namen und sogar Zuneigung für seine Person einzuflößen verstand.

— Es war am 21. Oktober, — so schreibt Delerot — als Graf Bismarck

des Abends unmittelbar nach dem Gefecht bei Malmaison durch den Legationsrath Grafen Hatzfeld den Maire zu sich bescheiden ließ. Herr Rameau begab sich sogleich nach der Rue de Provence und wurde in das Zimmer des Kanzlers geführt. Letzterer war in Uniform und schien etwas ermüdet; er war an einem mit Kerzen beleuchteten Tische beschäftigt, Ausschnitte von Zeitungen auf weißes Papier zu kleben; die Reste der Blätter, die er hatte fallen lassen, bedeckten den Fußboden. Er reichte dem Maire die Hand, dankte ihm, daß er seiner Einladung sogleich Folge geleistet habe, und richtete an ihn mit gleichgiltiger Miene, wie man vom Wetter spricht, die Frage: „Wie geht es in der Stadt?“

Der Maire fand die Frage etwas unbestimmt und antwortete: „Nun, Herr Graf, die Stadt hat heute eine Hoffnung gehabt, die sich aber, wie es scheint, nicht erfüllt hat.“

„Ich wollte nicht davon sprechen“, versetzte der Graf lächelnd; „ich wollte Sie fragen, wie sich die Verhältnisse zwischen unseren Truppen und der Bürgerschaft gestaltet haben. Es wäre zu wünschen, wenn dieselben von guter Art wären; denn es hat den Anschein, als ob wir noch einige Zeit bei Ihnen verweilen würden.“ Dann übergehend auf eine Geldstrafe von 100 Francs, welche von deutscher Seite über die Stadt wegen unterlassener Stellung eines Fuhrwerks verhängt war und welche diese zu zahlen sich weigerte, sagte er: „Ich bitte Sie, zahlen Sie diese kleine Summe, Sie können es mir zu Gefallen thun, der ich darauf hingewirkt habe, daß Ihnen eine Kriegskontribution von 400,000 Francs erlassen wurde.“

Der Maire entgegnete, er könne keine Strafe für einen Vorfall zahlen, bei welchem die Gemeindeverwaltung sich weder bösen Willen noch eine Nachlässigkeit habe zu Schulden kommen lassen, da es ihr unmöglich gewesen sei, der Requisition nachzukommen.

„Sie hätten nöthigenfalls den Wagen stellen sollen“, sagte Graf Bismarck, „den ich sonst für meinen Privatgebrauch zu miethen pflege; aber einen Kurier des Königs, der dringende Aufträge hatte, durften Sie nicht warten lassen. Man war genöthigt, Relais zu nehmen; das hat 800 Francs gekostet und der Zweck wurde nicht erreicht. Dafür muß Genugthuung genommen werden. — „Es ist merkwürdig“, fuhr er nach einer Pause fort, „wie wenig man in Frankreich und besonders hier in Versailles weiß, was der Kriegszustand eigentlich zu bedeuten hat. Wenn Alarm geblasen wird, soll der männliche Theil der Bevölkerung zu Hause bleiben, sonst kann auf ihn geschossen werden. Statt dessen kommen Ihre Landsleute neugierig heraus, scharen sich auf den Plätzen zusammen und scheinen den weiteren Verlauf der Begebenheiten abzuwarten, um unter Umständen daran Theil zu nehmen. Das kann ihnen übel bekommen. Als ich heute zu den Truppen hinausritt, gab es über dreihundert Neugierige in der Rue de Provence. Wir hatten heute einen Ausfall von Paris, einen anderen vom Mont Valérien. Zwanzig Bataillone der Unseren waren ausgerückt,

morgen sind es vielleicht vierzig, und die Alarmsignale können sich wiederholen. Bedeuten Sie den Einwohnern, daß sie zu Hause bleiben; wir wollen ihnen großes Unglück ersparen. Wenn gewisse Persönlichkeiten, z. B. der General von Moltke oder ich, auf der Straße erscheinen, giebt es sogleich einen Auflauf; das ist uns lästig. Als ich neulich Abends von der Präfektur allein zurückkehrte, gingen zwei oder drei Personen mir unmittelbar nach. Die eine hielt die rechte Hand in der Tasche, und ich machte mich bereits auf einen Messerstich gefaßt. Ich habe den Menschen von dem nächsten Posten anhalten und auf die Wache bringen lassen. Weisen Sie die Einwohner an, daß dergleichen Dinge aufhören sollen."

Nach einer neuen Pause bot der Graf dem Maire eine Cigarre an, welche dieser ablehnte, zündete sich dann selbst eine Cigarre an und fuhr fort: „Nun, Herr Maire, es scheint, als sollten wir den Winter bei Ihnen zubringen, und doch möchte ich gerne nach Berlin zurückkehren."

„Das ist gewiß für uns nicht weniger unangenehm", erwiederte der Maire. „Aber warum muß es denn so sein?"

„Ohne Wahlen kann kein Friede zu Stande kommen. Jetzt giebt es Niemanden, der für Frankreich unterhandeln kann, weder der Graf Chambord, noch die Orleans, noch die Kaiserin-Regentin, und doch will Frankreich den Frieden und Deutschland will ihn auch. Wir werden genöthigt sein, mit Napoleon zu unterhandeln und ihn zurückzuführen."

„Das werden Sie nicht thun; es wäre die schwerste Beleidigung, die Sie der Nation zufügen könnten."

Da der Graf nicht Miene machte, das Gespräch abzubrechen, fuhr der Maire fort: „Ich bin kein Diplomat, Herr Graf, und habe von Niemandem einen Auftrag, aber ich wünschte aus Menschlichkeit, daß der Frieden hergestellt würde, und ich glaube, daß dies möglich wäre. Sie sagten, daß Deutschland diesen Krieg nicht führe, um Eroberungen zu machen, sondern um seiner eigenen Sicherheit willen. Ich erkläre Ihnen, daß auch die französische Republik keine Eroberungsgelüste hat und zur Herstellung des Friedens in Alles willigen wird, was mit ihrer Würde vereinbar ist. Daher keine Gebietsvergrößerung auf der einen oder der anderen Seite. Als Bürgschaft für den Frieden verlange Deutschland die Schleifung der französischen und Frankreich diejenige der deutschen Grenzfestungen. Wenn beide Theile darauf eingehen, ist die Ehre gerettet."

Graf Bismarck ließ den Maire ruhig ausreden; dann erwiederte er: „Aber das Verhältniß ist nicht für beide Theile gleich. Mit Ausnahme von 1792, wo es von dem allgemeinen Strome fortgerissen ward, hat Preußen niemals Frankreich angegriffen; Frankreich aber hat uns unter Ludwig XIV., der Republik und den beiden Napoleon dreiundzwanzig Mal mit Krieg überzogen. Auch unter der Restauration hätte es dasselbe gethan, wenn nicht die Julirevolution ausgebrochen wäre."

„Nun denn“, versetzte der Maire, „so mögen sich die beiden Nationen in einem Vertrage zu einer verhältnißmäßigen Abrüstung verpflichten, und diesen Vertrag könnten sie bald ganz Europa aufzwingen. Das ist vielleicht für beide das beste Mittel, um ihre Wunden zu heilen.“

„Aber mit wem soll über dies Alles verhandelt werden?“ fragte Graf Bismarck.

„Da kommen wir auf die Frage des Waffenstillstandes. Wenn Sie, Herr Graf, mir einen Passirschein nach Paris ausstellen wollten, würde ich sofort dahin gehen und der Nationalregierung die Ideen vortragen, die ich so eben ausgesprochen habe.“

„Das würde ich Ihnen nicht rathen. Friedensvorschläge, die von meiner Initiative herrührten, würden dort kein Gehör finden. Man würde darin einen Beweis sehen, daß wir den Krieg nicht fortsetzen wollten, und sie schon deshalb verwerfen. Versuchen Sie es nicht, in Ihrem eigenen Interesse!“

„Herr Graf, ich bin Republikaner, und ein guter Republikaner stellt das allgemeine Interesse über das persönliche.“

„In diesem Sinne wäre auch ich Republikaner; jedoch erblicke ich eine wesentliche Bürgschaft in einem erblichen Oberhaupte. Aber ich will Ihnen den Beweis liefern, daß Sie nicht durchdringen würden. Amerika ist das einzige Land, welches sich wirklich für Frankreich interessirt. Vier amerikanische Generale haben sich für den Frieden verwandt. Sie waren in Paris und hatten Unterredungen mit den Vertretern Ihrer Regierung. Nach ihrer Rückkunft sagten sie zu mir: „Es ist nichts zu machen; Keiner will von Frieden sprechen hören — mit Ausnahme von Trochu, und dieser sagt: Wir sind noch nicht genug geschlagen, um unterhandeln zu können.““

„Dann will ich freilich lieber nicht nach Paris gehen“, sagte der Maire.

Nach einer Pause fuhr er fort: „Ich freue mich indessen, Ihnen ein doppeltes Beispiel dafür anführen zu können, daß trotz der Heftigkeit des Kampfes die Humanität auf beiden Seiten noch nicht ihre Rechte verloren hat. Eben heute hat der Gemeinderath eine Belohnung von 50 Francs für einen preußischen Unteroffizier beschlossen, welcher in diesen Tagen beim Löschen eines Brandes in Versailles den rühmlichsten Eifer an den Tag gelegt hat. Kurz vorher war ein preußischer Soldat, der das Unglück hatte, von einem Wagen zu fallen und ein Bein zu brechen, von einem Einwohner in Versailles, Namens Poidevin, aufgehoben und verbunden worden.“

„Nun“, sagte Bismarck, „wenn dieser Poidevin es brauchen kann, so geben Sie ihm die 100 Francs, welche Sie uns als Entschädigung schuldig sind, und die Sache mag damit erledigt sein.“

Bei diesen Worten stand er auf und bot dem Maire die Hand. Dieser reichte die seinige, fügte aber den Vorbehalt hinzu: „Aber nur Ihrer Person, Herr Graf!“

Bismarck erwiederte lachend: „An den Vorposten reichen sich die feindlichen Soldaten öfters die Hand.“ —

Poidevin erhielt in der That die 100 Francs und die Sache war ausgeglichen. —

Der von Bismarck ausgesprochene Wunsch nach Herstellung des Friedens war aufrichtig gemeint, er wurde von dem Könige und der Armee getheilt. Die Krieger, welche die berühmten Soldaten des Kaiserreichs besiegt hatten, begehrten nicht nach dem Ruhme, auch die Volksheere der Republik zu schlagen, welche jetzt auf den Antrieb Gambetta's aus verschiedenen Gegenden Frankreichs in Bewegung gesetzt wurden, um den eisernen Gürtel der Cernirungsarmee um Paris zu zerreißen. Die kriegerische Begeisterung, mit welcher der deutsche Krieger im Hochsommer ins Feld gezogen, war jetzt allmählich aufgegangen in dem Pflichtgefühl, das ihn in derselben Treue und Tapferkeit bis zum letzten Kampfe ausharren hieß, aber in seinem Herzen lebte der Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möchte, noch vor dem Winter mit einem ehrenvollen Frieden an den Heimatherd zurückzukehren.

Alle bisherigen Vermittelungsversuche waren an der Hartnäckigkeit gescheitert, mit welcher die Regierung der Nationalvertheidigung jeden Gedanken, Deutschland die von ihm geforderten Friedensbürgschaften zu gewähren, zurückwies. Der außerordentliche Gesandte der Republik, Thiers, hatte seine Rundreise an den Höfen beendigt und war am Sitze des Regierungsausschusses zu Tours eingetroffen. Er hatte es an Eifer nicht fehlen lassen, um die Theilnahme der Neutralen für die Sache Frankreichs zu erregen, was ihm um so leichter ward, als die meisten Mächte mit Mißgunst auf die ungeahnte Machtentfaltung Deutschlands sahen. Aber der einmüthig kundgegebene feste Wille der deutschen Nation und ihrer Führer, daß sie eher einen Weltkrieg entbrennen sehen, als sich von fremder Hand Friedensbedingungen vorschreiben lassen wollten, hielt sie von aktiven Schritten zu Gunsten Frankreichs zurück. So war denn Thiers mit geringen Hoffnungen zurückgekehrt. Er brachte nichts mit, als von Lord Granville und Mr. Gladstone die wohlwollenden Versprechungen kräftigsten moralischen Beistandes, von Kaiser Alexander und Fürsten Gortschakoff die ernsten Ermahnungen zum Abschluß des Waffenstillstandes und Friedens, vom Grafen Beust die aufrichtigen Wünsche für eine glücklichere Wendung des Krieges, von König Viktor Emanuel und seinem Minister Visconti-Venosta die lebhaften Versicherungen herzlicher Theilnahme. Außerdem war noch das großbritannische Kabinet aufs Neue mit dem Vorschlage eines Waffenstillstandes hervorgetreten, der von sämmtlichen übrigen Mächten, auch von Spanien und der Türkei, unterstützt wurde. Graf Bismarck hatte die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung dazu bereits wiederholt ausgesprochen und that es noch einmal in einer Depesche an den Norddeutschen Botschafter in London, Grafen Bernstorff (28. Oktober).

„Wie sehr wir es beklagen würden“, heißt es in dieser Depesche, „wenn die Machthaber von Paris den Widerstand bis zur äußersten Katastrophe treiben sollten, haben wir eben dadurch bewiesen, daß wir die Oeffentlichkeit und namentlich die neutralen Mächte rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht haben, indem wir hofften, daß insbesondere die Vorstellungen der letzteren auf die Machthaber, welche das Vermögen und das Leben der Bevölkerung von Paris ihrem eigenen Ehrgeize opfern, nicht ohne Eindruck bleiben würden. Wir hatten dies um so mehr gehofft, als die Regierungen von Paris und Tours die Leitung der Geschicke Frankreichs auf eigene Verantwortung und ohne andere Legitimation in die Hand genommen haben, als die, welche eigenmächtige und gewaltthätige Besitzergreifung bei fortgesetzter Weigerung, die Stimme der Nation zu hören, zu verleihen im Stande sind. Wenn die königlich großbritannische Regierung den Versuch macht, das französische Gouvernement von dem gewaltthätigen und gefährlichen Wege, auf dem es sich befindet, abzuwenden und es Erwägungen zugänglich zu machen, welche Frankreich vor dem weiteren Fortschritte seiner politischen und sozialen Zerrüttung und seine glänzende Hauptstadt vor den Zerstörungen der Belagerung bewahren, so können wir das nur dankbar anerkennen. — Wir können uns freilich der Befürchtung nicht verschließen, daß bei der Verblendung, in welcher die Pariser Regierung befangen zu sein scheint, die wohlwollende Intention des englischen Kabinets von derselben nur mißverstanden und in der humanen Theilnahme, welche diese Einwirkung veranlaßt hat, die Illusion einer Unterstützung durch die neutralen Mächte und dadurch eine Ermuthigung zu weiterem Widerstande gefunden werde, welche gerade das Gegentheil von den Absichten Lord Granville's bewirken könnte. — Daß von unserer Seite nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, keine Initiative zu neuen Verhandlungen ergriffen werden kann, davon scheint auch Lord Granville nach dem Inhalt seiner Depesche überzeugt zu sein. Ich bitte Ew. ꝛc. aber, indem Sie ihm von dem ganzen Inhalte dieses Erlasses Kenntniß geben, ihn zugleich zu versichern, daß wir jeden von französischer Seite uns zugehenden, auf Anbahnung von Friedensverhandlungen gerichteten Vorschlag bereitwillig entgegennehmen und mit aufrichtigem Wunsche nach Wiederherstellung des Friedens prüfen werden.“

Thiers begab sich mit einem deutschen Geleitschein von Tours nach Versailles (28. Oktober) und weiter nach Paris (29. Oktober), um sich von der dortigen Regierung Vollmachten zu den Waffenstillstands-Unterhandlungen abzuholen. Es war eine schmerzliche Erfahrung für den greisen Patrioten, auf dessen Anregung und Betrieb vor dreißig Jahren die Befestigung von Paris ins Werk gesetzt worden, daß er nun selbst Zeuge der Leiden sein mußte, welche durch die Belagerung über seine zweite Vaterstadt kamen, — Leiden, deren Abwendung nicht in seiner Hand lag, denn die wirkliche Macht in Paris war

nicht bei seinen Vollmachtgebern, der Regierung der Nationalvertheidigung, sie war bereits bei den Männern der Commune, welche Jenen Rechenschaft abforderten und ihren Willen aufzwangen. Die politischen Leidenschaften, welche die Regierung vom 4. September theilweise selbst erregt hatte und von welchen sie sich später treiben ließ, waren auch in diejenigen Schichten der Bevölkerung gedrungen, die jeder gesetzlichen Ordnung feind waren und sich keiner Staatsgewalt unterwerfen, sondern in Paris ein unabhängiges sozialistisches Gemeinwesen mit demokratischen Einrichtungen begründen wollten.



Thiers passirt die deutschen Vorposten bei Versailles.

Es bedurfte nur noch eines äußeren Anlasses, um die vorhandene Aufregung zum Ausbruch zu bringen, und gerade in den Tagen, als Thiers zwischen Versailles und Paris hin- und herreiste, trafen hier die Nachrichten ein von der Uebergabe der Armee Bazaine's und der Festung Metz (27. Okt.) und von der Erstürmung des Dorfes Le Bourget durch die preußischen Garden (30. Oktober), wodurch die Erregung der Gemüther aufs Aeußerste gesteigert wurde. Die Anschuldigung, daß die Regierung der Nationalvertheidigung nicht ihre Schuldigkeit thue und im Begriffe stehe, einen unehrenvollen Waffenstillstand abzuschließen, sollte dem Aufstande zum Vorwand dienen. Unter solchen Vorzeichen war die Sendung des Herrn Thiers nicht sehr erfolgversprechend.

Kaum hatte Thiers Paris wieder verlassen, so kam der Aufstand zum Ausbruch (31. Oktober). Lärmende Volkshaufen, vermischt mit Nationalgarden der aufrührerischen Viertel Belleville und La Villette, drangen unter Führung

von Flourens und Anderen in den Sitzungssaal des Stadthauses ein, forderten die dort anwesenden Regierungsmitglieder zur Abdankung auf und proklamirten eine neue Regierung. Jules Favre, Simon, Garnier-Pagès u. A. wurden gegen eine Fensterbrüstung gedrängt, von Bewaffneten umringt und bis tief in die Nacht unter Schmähungen und Drohungen festgehalten. Am späten Abend gelang es Trochu und Picard, die Straße zu erreichen. Sie sammelten einige Bataillone Nationalgarde und befreiten mit ihrer Hülfe endlich (um 3 Uhr Morgens) die gefangenen Kollegen aus den Händen der Aufrührer. Die Ordnung in Paris wurde darauf äußerlich hergestellt, aber es hatte sich gezeigt, in welcher Gährung die Bevölkerung begriffen und wie wenig befestigt das Ansehen der Regierung war. Die Furcht vor der Commune beherrschte seitdem die Regierenden.

Thiers hatte an demselben Tage das deutsche Hauptquartier in Versailles erreicht, und die Aufnahme, welche der als Geschichtschreiber und Staatsmann angesehene Unterhändler hier bei dem Norddeutschen Bundeskanzler fand, ließ ihn erkennen, wie sehr auch dieser ein Uebereinkommen herbeizuführen wünschte. Am folgenden Tage, Dienstag den 1. November, begannen die Unterredungen.

Herr Thiers hat über den Verlauf der Verhandlungen an seine Regierung und an die Regierungen der neutralen Mächte einen Bericht erstattet (9. November), welchem ein Rundschreiben des Grafen Bismarck an die Gesandten des Norddeutschen Bundes über denselben Gegenstand (8. November) zur Seite steht. Der Bericht des Herrn Thiers wurde ein Jahr später (17. September 1871) durch seine Aussagen vor der Kommission zur Untersuchung der Vorfälle des 4. September erweitert.

Als die Hauptpunkte, welche mit beiderseitiger Uebereinstimmung der Berathung unterliegen sollten, bezeichnet Thiers:

1. Das Prinzip eines Waffenstillstandes, welcher zum Hauptziele die Einstellung der Feindseligkeiten haben und Frankreich in die Lage versetzen sollte, sich eine Regierung zu geben, die auf dem ausgesprochenen Willen der Nation beruhte.

2. Die Dauer des Waffenstillstands, bedingt durch die Frist, welche die Bildung einer souveränen Versammlung erfordert.

3. Die vollständig gesicherte Freiheit der Wahlen in den zur Zeit durch die deutschen Truppen besetzten Landestheilen.

4. Das Verhalten der kriegführenden Armeen während des Waffenstillstands.

5. Die Verproviantirung der belagerten Plätze, insbesondere von Paris.

Die Unterhandlungen nahmen in den ersten Tagen den besten Fortgang. Alle Fragen, welche sich auf den Friedensschluß bezogen und das Zustandekommen des Waffenstillstands hätten erschweren können, wurden von den Berathungen ausgeschlossen und ihre Prüfung der einzuberufenden Nationalversammlung überlassen. In Betreff der Wahlen für die letztere versicherte

Graf Bismarck Herrn Thiers, daß die Wähler in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten eine größere Freiheit genießen sollten, als sie jemals in Frankreich besessen hätten. Nur ein Punkt schien ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten: die für Paris zu bewilligende Zufuhr von Lebensmitteln. Die Frage, ob und unter welchen Gegenleistungen eine Verproviantirung von Paris während des Waffenstillstands zugelassen werden könne, sollte den Gegenstand weiterer Unterredungen bilden.

Am Donnerstag den 3. November fand Thiers den Grafen Bismarck bekümmert und verdrossen.

„Haben Sie Nachrichten aus Paris?" fragte er.

„Nein, ich habe seit meiner Abreise nichts von dort gehört."

„Nun, eine Revolution ist ausgebrochen, und Alles hat sich geändert."

„Es mag ein Versuch stattgefunden haben", versetzte Thiers, nicht besonders erstaunt, da er Paris im Zustande großer Aufregung verlassen hatte; „aber wenn auch in Paris vorübergehende Ruhestörungen stattfinden sollten, so würde doch bei dem gesetzlichen Sinn der Pariser Bevölkerung, verbunden mit ihrem Patriotismus, die Ordnung bald wieder hergestellt werden."

Graf Bismarck gab Thiers eine Reihe von Vorpostenmeldungen zu lesen, welche alle darin übereinstimmten, daß in Paris eine Revolution ausgebrochen und eine neue Regierung proklamirt worden sei. „Dieses Paris", schreibt Thiers, „von dem die geringsten Neuigkeiten ehedem mit der Schnelligkeit der Elektrizität sich über den Erdkreis verbreiteten, hatte also in diesem Moment der Schauplatz einer Revolution sein können, ohne daß man nahe vor seinen Thoren während dreier Tage davon Etwas wußte!"

Thiers schickte einen der beiden von Paris mitgenommenen Legationssekretäre unter Geleit eines deutschen Parlamentär-Offiziers nach der Stadt, um Erkundigungen über die dortige Sachlage einzuziehen. Die Nachrichten, welche diese mitbrachten, bestätigten zwar, daß die Ruhe augenblicklich hergestellt sei, doch ging aus ihnen die dringende Nothwendigkeit hervor, auf deutscher Seite ein Pfand für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu besitzen.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen, am Abend des 3. November, beantragte Thiers die ungehinderte freie Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris für die Dauer der Waffenruhe. Bismarck glaubte, eine so weitgehende Forderung nicht ohne ein entsprechendes Aequivalent gewähren zu sollen, und bezeichnete als solches die Uebergabe eines oder mehrerer Forts. Hier stockten die Unterhandlungen.

Durch die Annahme dieser Bedingungen hätte die französische Regierung vielleicht schweres Unglück von der Hauptstadt und von ganz Frankreich abwenden können. Es war hohe Zeit, in regelmäßige Bahnen einzulenken und unter Berufung der Nationalversammlung eine gesetzlich anerkannte Regierung zu bilden.

Dieselbe würde an ihrem bisherigen Gegner die beste Stütze gefunden haben, um die unruhige Bevölkerung von Paris im Zaume zu halten und den von Seiten der Commune drohenden Gefahren die Stirne zu bieten. Aber noch war der Zug der Nationaleitelkeit selbst bei den gemäßigt'sten und achtungswürdigsten Franzosen zu vorherrschend vertreten, als daß sie die Nothwendigkeit eines Opfers erkannt hätten. Es fehlte ihnen der rechte Muth, um durch Entsagung im Unglück ihr Vaterland zu retten.

„Unwillkürlich fragte ich mich", sagt Thiers ein Jahr später vor der Kommission zur Untersuchung der Vorfälle des 4. September, „ob nicht der Moment gekommen sei, sich mit Muth zu waffnen und alsbald den grausamen, aber durch Verzögerung noch grausameren Frieden zu schließen, und ich wollte mich auf der Stelle diesem ebenso schmerzlichen als patriotischen Werke weihen. Ich sah Herrn von Bismarck an, er sah mich an, und fast gleichzeitig fragten wir uns, ob der Friede nicht sofort möglich sei. Wir blieben den größten Theil der Nacht zusammen, und ohne hier Dinge zu erzählen, welche der Geschichte allein gehören, kann ich sagen: ich erhielt die Gewißheit, daß der Frieden zwar ein schmerzlicher, aber ein weniger schmerzlicher gewesen wäre, als derjenige, den man später annehmen mußte. Ich entschloß mich sogleich zu der Aufgabe, seine Annahme in Paris durchzusetzen. Herr von Bismarck warnte mich, ich würde nicht wieder aus den Händen der Rasenden, welche die Stadt beherrschten, loskommen. Ich erwiederte ihm, daß ich, wenn ich nicht selbst hinginge, nichts erzielen würde, und wählte den Ausweg, den Mitgliedern der Regierung an einem ihnen beliebigen Orte Rendezvous zu geben, um mich mit ihnen über die Frage von höchster Wichtigkeit für das Heil des Vaterlandes zu berathen.

„An dem verabredeten Orte, einem verlassenen und halb zerstörten Hause des Boulogner Wäldchens, traf ich Herrn Jules Favre, begleitet vom General Ducrot (5. Nov.). Die Verhältnisse in Paris waren derart, daß allein er von allen Ministern hatte kommen können. Ich stellte ihm die Lage der Dinge in Versailles, er mir diejenige in Paris vor; er zeigte mir die Unmöglichkeit, die Bevölkerung von Paris augenblicklich zu einer vernünftigen Haltung zu bringen. Er fand meine Vorschläge unter den gegebenen Umständen klug und annehmbar, aber augenscheinlich beherrschte schon die Commune die Situation, wenn sie auch nicht die Regierung der Hauptstadt bildete. Uebrigens muß gesagt werden, daß selbst gebildete Leute, über unsere Widerstandsmittel getäuscht, die Irrthümer der Umsturzpartei theilten, ohne die verwerflichen Gesinnungen mit ihnen gemein zu haben.

„Ich verließ mit beklommenem Herzen Herrn Jules Favre am Ufer der Seine und kehrte nach Versailles zurück, wo ich am folgenden Tage, Sonntag den 6. November, die definitive Aufforderung der Regierung erhielt, die Unterhandlungen abzubrechen und unverzüglich das deutsche Hauptquartier zu verlassen, um mich nach Tours zu begeben und dort zur Verfügung der

Regierung zu bleiben. In tiefer Betrübniß verabschiedete ich mich von Herrn von Bismarck.“ —

Auch der Vorschlag Bismarck's, die Wahlen ohne Waffenstillstand auszuschreiben, für welchen Fall er alle irgend zulässigen Erleichterungen im Verkehr versprochen hatte, war von der französischen Regierung abgelehnt worden.



Weihnachten im deutschen Hauptquartier.

So waren die Friedensaussichten wieder einmal geschwunden. Die französischen Machthaber trösteten das Volk mit dem Wahn von der Unbesiegbarkeit der Nation; sie schilderten die deutschen Forderungen als unerhört und predigten den Widerstand aufs Aeußerste.

Der Krieg nahm eine neue, furchtbare Gestalt an. Abenteurer aller Nationen erschienen auf dem Boden Frankreichs, um „für die heilige Sache der Republik“ zu kämpfen. Die sogenannten Volksheere traten auf den Schauplatz. Ohne kriegerische Ausbildung, ohne sittlichen Halt und ohne jene hingebende Tapferkeit, welche aus der heiligen Vaterlandsliebe stammt, waren diese rohen

Massen allein getrieben von der Furcht vor dem Götzen des „souveränen Volkswillens“, den der Diktator Gambetta zu repräsentiren vorgab. Ueberall, wo sie sich zeigten, von den deutschen Armeen in die Flucht geschlagen, wurden sie immer von Neuem zum Entsatze der Hauptstadt in Bewegung gesetzt. Aus den Mauern der umlagerten Riesenfestung brachen gewaltige Heersäulen hervor, um sich Bahn ins Freie zu öffnen und sich mit jenen zu vereinigen. Alle Versuche scheiterten an dem ehernen Umschließungswall der deutschen Armeen. Schon machte unter der Bevölkerung von Paris der Hunger sich fühlbar und die täglich beim Belagerungsheere eintreffenden langen Wagenzüge mit schwerem Geschütz ließen erkennen, daß das ernsteste Wort in diesem Kriege noch nicht gesprochen war. Von der Seine bis hinunter zur Loire und hinauf nach Französisch-Flandern, von den Küsten der Normandie bis zu den Vogesen hörte man nur von den Siegen der deutschen Truppen.

Die Weihnachtszeit nahte heran. Im Hauptquartiere König Wilhelm's und seiner Räthe zu Versailles, wie in dem von Kugeln durchlöcherten Bau, wo die Feldwacht lagerte, strahlte der liebliche Christbaum. Darunter ausgebreitet lagen die Liebesgaben der Heimat vor dem deutschen Krieger und weckten im Herzen die Sehnsucht nach dem Väterherde. Durch alle Siegesbotschaften, welche die deutschen Heere in das ferne Vaterland sandten, klang ein Wunsch und eine Hoffnung — Friede!





Bismarck's Wohnhaus in Versailles.



Zwanzigstes Kapitel.

Versailles und der Friede.

Das Vaterland, das große, freie, eine,
Wie's Sehnsucht träumte, unsre Lieder sangen,
Wie's glühend flammte auf der Väter Wangen,
Wie's endlich mit den Schwertern wir erzwangen,
Ein deutsches Reich vom Niemen bis zum Rheine, —
Wer nennt's wie Du mit gleichem Recht das Seine?
Hans Koester.

Die Aufgabe, welche dem Leiter der gemeinschaftlichen Angelegenheiten Deutschlands am Schlusse des Jahres 1870 erwuchs, war doppelter Art. Es galt, den Frieden nach außen herzustellen und die einheitlichen Bande im Innern zu schaffen, durch welche das Zusammengehen der deutschen Stämme auch nach dem Frieden verbürgt ward. Die großen Erfolge des Krieges hatten im deutschen Volke das Bewußtsein der Kraft, die aus der Einheit stammt, von Neuem geweckt. Oft genug hatte man in der Eifersucht der fremden Mächte einen Grund für das Scheitern der deutschen Einheitsbestrebungen erblickt. Jetzt war der Hauptgegner der deutschen Einheit besiegt; die anderen Staaten, geschreckt durch die

ungeahnte Machtentfaltung Deutschlands, wagten keine Einsprache in seine inneren Angelegenheiten. Wenn auch diese Zeit vorüberging, ohne daß das Jahrhunderte alte Sehnen und Träumen des deutschen Volkes sich erfüllte, dann lag die Schuld allein an ihm selber.

Schon bald nach der Schlacht bei Sedan hatten die Führer der Nationalliberalen im Norddeutschen Reichstag, von Bennigsen, von Forckenbeck, Bamberger, Lasker, durch persönliche Besprechungen mit ihren Gesinnungsgenossen in Süddeutschland eine Verständigung über die gemeinsame nationale Aufgabe herbeizuführen gesucht. Die Bevölkerung Süddeutschlands hatte durch Volksbeschlüsse und durch Adressen an die Fürsten ihr dringendes Verlangen nach einer staatlichen Verbindung mit dem Norden kundgegeben. Der Bundeskanzler wünschte indessen die Schritte der süddeutschen Regierungen abzuwarten, damit die neue Vereinigung aus dem freien Antriebe und aus der eigenen Ueberzeugung der Regierungen und Bevölkerungen, daß durch den Anschluß an den Norden die Wohlfahrt der gesammten Nation am besten Schutz und Förderung finde, hervorgehen möchte.

Was in der Zeit der Zersplitterung Deutschlands von seinen Gliedern im Süden wie im Norden gefehlt ward, möge seit jenen großen Tagen der Vergessenheit übergeben sein; unvergessen aber wird es in der Geschichte bleiben, daß der junge König Ludwig II. von Bayern sich mit voller Wärme der deutschen Sache hingab und durch seine Haltung viel zum glücklichen Ausgange der deutschen Einheitsbewegung des Jahres 1870 beitrug. Auf den von der bayrischen Regierung ausgesprochenen Wunsch, mit einem Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes in Unterhandlungen über die künftigen Beziehungen Bayerns zu Norddeutschland zu treten (10. Sept.), nahm der Präsident des Bundeskanzleramtes, Staatsminister Delbrück, bei seiner Rückreise von Versailles nach Berlin für mehrere Tage seinen Aufenthalt in München (21. bis 28. September). Die Bevölkerung der bayrischen Hauptstadt sah in diesem Besuche ein glückliches Zeichen. Sie begrüßte Herrn Delbrück bei seiner Rückkehr vom Schlosse Berg nach der ersten Unterredung mit dem Könige mit lautem Jubel und ließ im voraus Lebehochs auf den „Deutschen Kaiser“ erschallen, welche Delbrück vom Balkon seines Gasthofes aus mit einem Hoch auf den deutschgesinnten König Ludwig erwiederte. In der That aber zeigte sich schon bei den Vorbesprechungen in München, denen auch der württembergische Minister von Mittnacht beiwohnte, daß die Ansprüche Bayerns für Erhaltung seiner Selbständigkeit mit den Gesichtspunkten, welche das Präsidium des Norddeutschen Bundes für eine alle Theile Deutschlands umfassende staatliche Einigung ins Auge gefaßt hatte, nicht so vollständig übereinstimmten.

Unterdessen hatten bereits Baden (2. Oktober) und Hessen (15. Oktober) — dieses für den südmainischen Theil seines Gebietes — ihre Aufnahme in den Norddeutschen Bund beantragt und die württembergische Regierung den Wunsch



v. Koeppen: Fürst Bismarck. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Die Mitbegründer der deutschen Einheit.

geäußert, die in München angeknüpften Unterhandlungen im deutschen Hauptquartier zu Versailles fortzusetzen. So begaben sich denn in der zweiten Hälfte des Oktober auf die Einladung des Norddeutschen Bundeskanzlers die Abgesandten der beiden süddeutschen Königreiche und der Großherzogthümer Baden und Hessen nach Versailles, nämlich die Minister Graf Bray, Lutz und von Pranckh für Bayern, von Mittnacht und von Suckow für Württemberg, Jolly und von Freydorf für Baden, endlich von Dalwigk und Hofmann für Hessen.

Das Präsidium des Norddeutschen Bundes kam den Bevollmächtigten aus Süddeutschland mit dem Zugeständniß entgegen, daß ihren Staaten in der neuen Vereinigung der Charakter bundesgenössischer Selbständigkeit, so weit es mit den Interessen des Ganzen verträglich schien, belassen und alle Ausnahmen gewährt werden sollten, welche durch die besonderen Landesverhältnisse und die Bedeutung der Einzelstaaten gerechtfertigt schienen; dagegen sollte der feste Kern, welcher mit der Gründung des Norddeutschen Bundes gelegt war und während eines Zeitraums von beinahe vier Jahren sich bewährt hatte, unter allen Umständen erhalten und eine Lockerung des bisherigen Bundesverhältnisses zu Gunsten der neu eintretenden Genossen nicht zugegeben werden. Nach Feststellung der Grundlagen hielt sich Graf Bismarck persönlich von den Verhandlungen größtentheils fern und überließ es Delbrück und — so weit es sich um militärische Dinge handelte — dem erfahrenen Roon, die Einzelheiten mit den süddeutschen Ministern zu besprechen. Der sächsische Minister von Friesen stand ihnen darin bei. Auch die von Bismarck ins Hauptquartier geladenen Reichstagsabgeordneten von Bennigsen und Friedenthal wurden bei den Verhandlungen zu Rathe gezogen.

Die Aufnahme Badens und Hessens in den Norddeutschen Bund schien keine Schwierigkeiten zu bereiten. Dagegen gingen die Ansprüche Bayerns für seine Selbständigkeit und Sonderstellung so weit, daß die bayrischen Abgesandten es vorzogen, sich eine Zeit lang von den Verhandlungen zurückzuhalten, um nicht das Zustandekommen der Einigung mit den übrigen Staaten Süddeutschlands zu verzögern. Die Zurückhaltung Bayerns schien auch ihren Einfluß auf die württembergische Regierung zu üben. Nachdem die Bevollmächtigten dieses Königreichs bisher in den meisten Stücken mit Baden und Hessen zusammengegangen waren, erhielten sie kurz vor dem erwarteten Abschlusse des Vertrages ein Telegramm aus Stuttgart (13. November), infolge dessen sie zwei Tage darauf abreisten, um nicht mehr nach Versailles zurückzukehren, wol aber später in Berlin die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Das Eintreten dieser Verzögerung im deutschen Einigungswerke rief in nationalen Kreisen bereits Verstimmung und die Besorgniß hervor, daß auch dieses Mal dem Volke die Früchte seiner blutigen Anstrengungen entgehen könnten. Im Felde kämpften Preußen, Bayern, Sachsen und Schwaben neben einander,

deutsches Blut für die deutsche Sache vergießend; daheim aber war der alte Sondergeist, der gefährlichste Feind der deutschen Einheit, noch nicht völlig besiegt. Wahrlich, es bedurfte der hochgehenden Wogen der nationalen Begeisterung jener Tage, um Regierungen und Volksstämme auf die Höhe der Zeit zu heben und sie zu den Opfern zu bewegen, ohne die ein großes Ziel nicht erreicht werden kann. Preußen selbst, welches als Großstaat und als Führermacht des Norddeutschen Bundes die volle Freiheit des Handelns besaß, mußte sich manche Beschränkung zu Gunsten der neuen Bundesgenossen auferlegen, die seines Waffenschutzes und seines moralischen Beistandes bedurften. Nur durch allseitiges Entgegenkommen und freiwillige Verzichtleistung auf manches Althergebrachte und Liebgewordene konnte der neue Bund gegründet werden, und vielleicht lag gerade darin eine Wurzel seiner Kraft und eine Bürgschaft seines Bestandes. Die weise Zurückhaltung des Kanzlers, der sich jeden Druckes auf die Südstaaten und sogar der unmittelbaren Einwirkung auf den Fortgang der Unterhandlungen enthielt, trug insbesondere dazu bei, die Entschließungen der Regierungen im nationalen Sinne zu fördern.

An demselben Tage, als die württembergischen Bevollmächtigten Versailles verließen (15. November), wurden mit Baden und Hessen die Verträge abgeschlossen, in deren Folge diese Staaten die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit einigen unwesentlichen Ausnahmebestimmungen annahmen. Darauf wurden auch die Verhandlungen mit Bayern wieder aufgenommen und schnell zu Ende geführt. Nachdem Bayern viele seiner früheren Ansprüche fallen gelassen, in manchen Punkten aber das Zugeständniß einer bevorzugten Stellung unter den Bundesgenossen erlangt hatte, wurde der Vertrag über seinen Eintritt in den Bund unterzeichnet (23. November). Zwei Tage später kam in Berlin der Vertrag auch mit Württemberg zum Abschluß (25. November). Die sämmtlichen Verträge sollten bis zum Schlusse des Jahres ratifizirt werden und bedurften daher vorher der Genehmigung des Bundesrathes und Reichstages, sowie der süddeutschen Kammern.

Eine der wesentlichsten Abweichungen der Verträge von der Verfassung des Norddeutschen Bundes bestand in den Sonderrechten, welche Bayern sich für das Heerwesen vorbehalten hatte, nämlich der selbständigen Militärhoheit des Königs von Bayern über seine Truppen während des Friedens. Der Bundesrath wurde durch die Stimmen der süddeutschen Staaten in demselben Verhältniß, wie dies bereits im Zollparlament bestanden hatte (vergl. Seite 412), ergänzt. Alle Anträge auf Verfassungsänderungen sollten für abgelehnt gelten, wenn sie 14 Stimmen gegen sich hatten. Es genügten also die Stimmen von Bayern, Sachsen und Württemberg, um eine Verfassungsänderung zu verhindern. Aus den Bevollmächtigten dieser drei Königreiche und zwei vom Bundesrathe alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten sollte ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten unter dem Vorsitze Bayerns gebildet werden.

Das Recht der Kriegserklärung, welches nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes dem Könige von Preußen unumschränkt zugestanden hatte, wurde eingeschränkt durch die Bestimmung des Artikel 11: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Bundes ist die Zustimmung des Bundesraths erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt."

„Die Würde und Weisheit dieser Bestimmung", sagte der Minister Delbrück im Norddeutschen Reichstage (5. Dezember), „liegt besonders in der Bedeutung, die sie für das Ausland, für ganz Europa hat. Je mehr die Staaten, die sich zu einigen entschlossen sind, eine wirklich große Macht darstellen, umsomehr lag es im Interesse aller Einzelnen, wie des Ganzen, dem Auslande gegenüber den Charakter der Einigung klar zu legen. Daß aber der Deutsche Bund nach außen hin ein Staatswesen nur zu gemeinschaftlicher Vertheidigung sei, konnte in einer zutreffenderen Weise nicht zum Ausdruck gebracht werden."

Einige Ausnahmebestimmungen bezogen sich fernerhin auf die selbständige Verwaltung der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens in Bayern und Württemberg, die Besteuerung des Biers und Branntweins durch die Landesgesetzgebung in Bayern und andere weniger wesentliche Punkte.

Der Eindruck, welchen diese Verträge bei Vielen nach ihrer ersten Veröffentlichung durch die Blätter machten, war zunächst derjenige der Enttäuschung, namentlich bei Solchen, welche für die Beurtheilung der politischen Erfolge und Errungenschaften nur den Maßstab ihrer Wünsche und Hoffnungen, nicht aber das klare Verständniß für die Schwierigkeiten haben, die zu überwinden waren. Wer hätte nicht gewünscht, daß der neuen Vereinigung mehr der Charakter eines geschlossenen Staatsganzen als einer Bundesgenossenschaft aufgeprägt worden wäre; wer hätte nicht die vielen Vorbehalte Bayerns, die gegen die Gleichheit der Bundesglieder verstießen, gerne aus den Verträgen entfernt gesehen! — Trotz aller Bedenken, welche diese Bestimmungen erregten, mußten aber doch die Vorzüge des Einigungswerkes anerkannt werden. Ein solcher lag vor Allem in der Art, wie dasselbe zu Stande gekommen war. Aus freier Entschließung hatten die Regierungen die Hand zu den Verträgen geboten; sie waren daher durch Ehre und Interesse gebunden, die Festigung dieses Bandes auch in Zukunft anzustreben. Den künftigen Reichstagen aber fiel die Aufgabe zu, in Gemeinschaft mit ihnen das Einigungswerk weiter auszubauen und zu vollenden. Es war dafür gesorgt, daß das deutsche Volk auch nach dem Frieden eine Arbeit fand, an der es seine Kräfte zur Förderung des Gemeinwohls zu üben hatte. Alles Geklügel über die Verträge mußte endlich schweigen vor der Versicherung des Bundeskanzleramtes, daß, was zur Zeit eben möglich, in Versailles auch wirklich erreicht war, und vor der Nothwendigkeit, eine staatliche Einigung zwischen Süd und Nord, sei es auch vorläufig nur in lockerer Form, zu schaffen, in welcher die süddeutschen Länder Schutz gegen die Parteiwirren fanden, denen sie mehr und mehr ausgesetzt waren.

Heinrich von Treitschke, sonst kein Lobredner der Verträge, sagte darüber in den „Preußischen Jahrbüchern": „Unser vollberechtigter Unwille (über die bayrischen Vorbehalte) muß schweigen vor einer höheren Pflicht, vor der Treue, die wir unseren süddeutschen Landsleuten schulden. Das Volk des Südens beginnt wieder zu hoffen und zu vertrauen; seine lange mißachteten Fahnen hängen voll herrlicher Kränze. Jetzt sitzen in den bayrischen Alpen, wo vordem der Name Deutschlands kaum gehört ward, die Bauern zusammen und beschauen die Mitrailleusenpatronen und lauschen den Erzählungen ihrer verstümmelten Söhne, die auch mit dabei gewesen, und wenn ein Verwundeter in seiner Heimat stirbt, dann richtet ihm die Gemeinde das Begräbniß an und schreibt auf den Stein: „Gefallen auf dem Schlachtfeld deutscher Ehre!" Das Vaterland, vor Kurzem noch ein leerer Schall, ist jetzt eine ernste, heilige Wahrheit."

Im Bundesrath wurden die Verträge am 1. Dezember angenommen. Die Ueberzeugung, daß das erreichte Gute nicht dem wünschenswerthen Besseren geopfert werden dürfe, war auch unter den Abgeordneten des Reichstags vorwaltend, der in denselben Tagen in Berlin zusammentrat (24. November). Welche Fülle von gewaltigen Ereignissen lag in der kurzen Zeit zwischen dem Schluß in den Hochsommertagen und der Wiedereröffnung des Reichstags des Norddeutschen Bundes zu seiner jetzigen letzten Sitzung! Der damals noch drohende Krieg war durch die Großthaten der deutschen Heere in eine Wendung getreten, welche den Ausgang nicht mehr zweifelhaft scheinen ließ, und mitten im Kriege war in der alten Residenzstadt der französischen Könige jene mühevolle Arbeit der Verfassungseinigung ausgeführt worden, welche kommenden Geschlechtern Frieden und Segen verhieß. Bei der Berathung über die Verträge konnte der Minister Delbrück auf eine Anfrage des Abgeordneten Friedenthal dem Reichstage bereits Mittheilung von einem neuen Schritte machen, der zur Befestigung der Macht und Einheit Deutschlands gethan war. König Ludwig II. von Bayern hatte an König Wilhelm das Ansuchen gerichtet, die deutsche Kaiserwürde anzunehmen und dem neuen Bunde den Namen „Reich" zu geben (30. November). Er hatte sich gleichzeitig an seine deutschen Mitfürsten und an die Senate der Freien Städte mit der Aufforderung gewandt, diesem Antrage beizutreten.

Es war nicht der lockende Klang der Namen „Kaiser" und „Reich", was diesen Schritt so bedeutungsvoll machte. Mit der Benennung „Reich" war indessen ausgesprochen, daß der neue Bund ein einheitliches Staatsganze vorstellen sollte, und mit der Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an das Haus Hohenzollern bekundeten die deutschen Fürsten ihre freiwillige Unterordnung unter das mächtigste Haupt.

Nach Bewilligung der Mittel für die Fortführung des Krieges und nach Annahme der Versailler Verträge mit dem neuesten Zusatze (9. Dezember) beschloß der Reichstag die Absendung einer Deputation in das königliche Haupt-

quartier, um auch seinerseits den König zu bitten, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Wieder nahte eine Kaiserdeputation dem preußischen Throne, geführt von demselben Präsidenten, der vor einundzwanzig Jahren die Kaiserbotschaft des Frankfurter Parlaments nach Berlin getragen hatte, dem würdigen Simson; anders aber lagen die Verhältnisse damals und jetzt. Damals in vielen Kreisen noch Unklarheit und Gährung, Täuschungen und Verstimmungen, — jetzt überall Klarheit und Entschlossenheit, Zuversicht und Kraft! Das damals von König Friedrich Wilhelm IV. gesprochene Wort: „Die deutsche Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfeld errungen werden" hatte sich jetzt an seinem Nachfolger ohne dessen Verlangen und Streben nach äußerem Glanz erfüllt. König Wilhelm empfing die Deputation nach dem Gottesdienst im großen Saale der Präfektur im Beisein der Prinzen seines Hauses und der im Hauptquartier anwesenden deutschen Fürsten sowie des Bundeskanzlers Grafen Bismarck, der Generale von Roon, Graf Moltke und anderer Staatsbeamten und hoher Offiziere (18. Dezember). In der Erwiederung auf die vom Präsidenten vorgelesene und überreichte Adresse sagte der König: „Mit tiefer Bewegung hat mich die durch Se. Majestät den König von Bayern an mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten Deutschen Reichs erfüllt. Sie, meine Herren, bringen mir im Namen des Norddeutschen Reichstages die Bitte, daß ich mich dem an mich ergehenden Rufe nicht entziehen möge. Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstags entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohe Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht mein eigenes Gefühl, auch nicht mein eigenes Urtheil meinen Entschluß bestimmen kann. Nur in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten und Freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf. Es wird Ihnen wie mir zur Genugthuung gereichen, daß ich durch Se. Majestät den König von Bayern die Nachricht erhalten habe, daß das Einverständniß aller deutschen Fürsten und Freien Städte gesichert ist und die amtliche Kundgebung desselben bevorsteht."

Je mehr gesichert die Grundlagen waren, auf welchen Deutschland seiner staatlichen Neugestaltung entgegenging, desto versöhnlicher und friedfertiger konnte dasselbe den übrigen Mächten gegenüber auftreten. Unter diesen hatte aber keine größere Veranlassung, der deutschen Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu folgen, als Oesterreich, in dessen Erzhause die deutsche Kaiserwürde sich vier Jahrhunderte hindurch vererbt hatte. Auch aus der Bestimmung des Prager Friedens, daß es den süddeutschen Staaten überlassen bleiben solle, unter sich zu einem Bunde zusammenzutreten, der eine „internationale unabhängige Stellung" haben und in engere nationale Beziehungen mit dem Norddeutschen

Bunde treten solle, konnte Oesterreich eine gewisse Berechtigung herleiten, gegen die staatliche Einigung Nord- und Süddeutschlands Einspruch zu erheben. Um Dem zuvorzukommen, richtete Graf Bismarck von Versailles eine Depesche an den Gesandten des Norddeutschen Bundes, Herrn von Schweinitz, in Wien (14. Dezember), zur Vorlesung für den österreichischen Reichskanzler Grafen Beust. In derselben legte er dar, wie es „nicht der Beruf Norddeutschlands habe sein können, die unter der Einwirkung der großen Ereignisse aus der Geschichte und dem Geiste des deutschen Volkes hervorgegangene Entwicklung zu hemmen oder abzuweisen, wie aber alle Genossen des neuen Deutschen Bundes, insbesondere der König von Preußen als Oberhaupt desselben, von dem Verlangen beseelt seien, die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu dem österreichisch-ungarischen Nachbarreiche zu erhalten und zu fördern, auf welche beide durch die ihnen gemeinsamen Interessen und die Wechselwirkung ihres geistigen wie ihres materiellen Verkehrslebens angewiesen seien."

Gegenüber dieser verbindlichen Sprache des Norddeutschen Bundeskanzlers konnte wol der alte grollende Gegner Preußens, der so oft die Bismarck'schen Einigungspläne zu kreuzen versucht hatte, sich nicht ablehnend verhalten. Er mußte die Macht der Thatsachen anerkennen und antwortete in ebenso höflichen und entgegenkommenden Formen (26. Dezember), daß die kaiserlich österreichische Regierung auf eine Auseinandersetzung über die Artikel des Prager Friedens verzichte, daß sie vielmehr in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung einen „Akt von historischer Bedeutung, eine Thatsache ersten Ranges in der modernen Entwicklung Europa's" erblicke, und daß „in allen maßgebenden Kreisen Oesterreich-Ungarns der aufrichtige Wunsch vorherrsche, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen werde, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen."

So hatte Bismarck denn auch während des Krieges mit dem einen den wahren Frieden mit dem anderen mächtigen Nachbarstaate zu Wege gebracht, welcher mit Preußen seit langer Zeit in Zwist und Fehde gelebt, selten aber eine aufrichtige Freundschaft gepflegt hatte. Unter den glücklichsten Zeichen ging das neue Reich seiner Begründung entgegen.

Bis zum Schlusse des Jahres hatten die badischen, hessischen und württembergischen Kammern ihre Zustimmung zur Verfassung des neuen Reichs und zur Uebertragung der Kaiserwürde an die Krone Preußen gegeben. Nur die Entscheidung der bayrischen Kammer stand noch aus, weil hier die Partei der „Patrioten" trotz der Bayern zugestandenen Sonderrechte und Ausnahmebestimmungen gegen das Einigungswerk arbeitete. Bei dem offenkundigen Wunsche der national gesinnten Bevölkerung und des jungen Königs für die deutsche Sache vermochten indessen diese Parteibestrebungen die Annahme des Vertrages nicht zu hintertreiben, sondern nur zu verzögern. Nach zehntägigen Verhandlungen erfolgte auch in der bayrischen Kammer mit großer Stimmen-

mehrheit die Annahme (21. Januar), nachdem die Veröffentlichung der Verträge mit Baden, Hessen und Württemberg nebst der Zusatzbestimmung, die Wiederherstellung der Kaiserwürde und die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich betreffend, als mit dem 1. Januar 1871 in Kraft tretend, bereits am 30. Dezember durch das Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes stattgefunden hatte.

Den Jahrestag der Krönung Kurfürst Friedrich's III. von Brandenburg in Königsberg mit der preußischen Königskrone (18. Jan.) wählte 170 Jahre später König Wilhelm in Versailles zur Verkündigung des Deutschen Kaiserthums.

Welche Wandlung der Völkergeschicke hatte die französische Königsstadt durchlebt von dem strahlenden Sonnenkönigthum Ludwig's XIV. bis zu dem Schreckenszuge der Pariser Weiber und Pöbelhaufen nach dem Schlosse während der Revolution (5. Oktober 1789) und bis auf den heutigen Tag! Nun wehte die preußische Königsflagge von demselben Schlosse, in dem „mehr als ein verderblicher Heereszug gegen Deutschland ersonnen" ward. Nahe bei dieser Stadt waren „unter dem Drucke fremder Gewalt die Verträge geschlossen worden, in deren unmittelbarer Folge das alte Reich zusammenbrach"; — heute sollte sie Zeugin der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches in verjüngter Herrlichkeit unter dem Kaiserthum der Hohenzollern sein.

Zu beiden Seiten der Avenuen und Boulevards zwischen dem Präfekturgebäude und dem Schlosse warteten die blanken deutschen Krieger, um ihren Kriegsherrn auf der Fahrt dahin mit jauchzendem Zuruf zu begrüßen, und bildeten Spalier bis zu der prächtigen Eingangspforte des Königspalastes, dessen beide Flügel in großen goldenen Buchstaben die Inschrift zeigen: „A toutes les gloires de la France." Andere Kriegergruppen standen auf den Stufen des großen bronzenen Reiterstandbildes Ludwig's XIV., das auf der Mitte des Schloßhofes sich erhebt, umgeben von den Standbildern der französischen Kriegshelden dreier Jahrhunderte, von Bayard bis Massena.

In dem prunkvollen Spiegelsaale des Schlosses, dessen Deckengemälde die Vergötterung Ludwig's XIV. und die Erniedrigung der Nachbarmächte, Deutschland, Holland und Spanien, vor seinem Throne vorstellen, versammelten sich die Zeugen des weltgeschichtlichen Aktes, der hier begangen werden sollte. Vor dem Mittelpfeiler der langen Gartenseite des Saales war der Altar errichtet; zu beiden Seiten desselben standen die Mannschaften, an der gegenüberliegenden Spiegelwand die Offiziere der verschiedenen Heeresabordnungen. Auf der erhöhten Estrade vor der schmalen Ostseite waren die Fahnen, die als stumme Zeugen zu der Feier entboten waren, aufgepflanzt, von Unteroffizieren, mit dem Schmucke des Eisernen Kreuzes auf der Brust, gehalten. Der Raum vor dem Altar war frei.

Um Mittag verkündeten zunehmender brausender Jubelruf von der Straße herauf und die Klänge der Volkshymne vom Musikchor der auf dem Schloßhofe

aufgestellten Ehrenwache der Königsgrenadiere die Ankunft des Königs, welcher vom Kronprinzen unten empfangen und nach dem innern Schlosse geleitet wurde.

Der König trat in den freien Raum vor dem Altar. Um ihn gruppirten sich im Halbkreise die Prinzen des Königlichen Hauses und die im Hauptquartier anwesenden deutschen Fürsten, weiter rückwärts die Minister und Generale. Auf ihrem äußersten linken Flügel stand Graf Bismarck. Aus seinen Augen leuchtete noch etwas Anderes als die männliche Begeisterung, die alle Anwesenden beseelte; — es war das Gefühl der Dankbarkeit gegen Gott und der hellen Freude darüber, daß es ihm vergönnt gewesen, an hervorragender Stelle dahin zu wirken, daß dieser große weltgeschichtliche Augenblick für seinen König und sein Vaterland gekommen war.

Es folgten die Liturgie und die Predigt, welcher der Hofprediger Rogge den 21. Psalm untergelegt hatte: „Herr, der König freuet sich in Deiner Kraft, denn Du überschüttest ihn mit gutem Segen, Du setzest eine goldene Krone auf sein Haupt" u. s. w. Er wies auf das gotteslästerliche Wort Ludwig's XIV., welches in goldenen Buchstaben an der Decke des Saales funkelte: „Le roi gouverne par lui-même" (Der König regiert kraft seiner selbst), zeigte, wie dieses Wort und der Hochmuth der Herrscher Frankreichs zu Schanden geworden, wie Gott die bösen Anschläge der Feinde Deutschlands vereitelt und zum Heile des Vaterlandes gelenkt habe, und schloß mit den Worten: „Was unsere Väter in der Erhebung früherer gewaltiger Kriege gegen denselben Feind vergebens ersehnt haben, wofür die Jugend in edler Begeisterung geschwärmt, was die Sänger jener Tage in hellen Tönen gesungen, was die Lieder und Sagen unsers Volkes nur als einen fernen Traum uns verkündet haben, — wir sehen es heute zur Wirklichkeit geworden. Der Herr segne das Reich, seine Fürsten und Stämme, er befestige sie in dem Bande der Eintracht und Treue!"

Mit dem Gesange des Liedes „Nun danket alle Gott!" schloß die kirchliche Feier. Darauf durchschritt der König die Versammlung und bestieg die Fahnenbühne. Er trat an den Rand der obersten Stufe vor, zu seiner Rechten der Kronprinz, zu seiner Linken der Bundeskanzler, weiter zurück die Fürsten und Prinzen. Der König verkündete unter Vorlesung der Urkunde die Neubegründung des Deutschen Kaiserreichs und übergab darauf dem Kanzler die Proklamation an das deutsche Volk, welche dieser mit lauter Stimme vorlas:

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, — nachdem die Deutschen Fürsten und Freien Städte den einmüthigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reichs die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Norddeutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten Deutschen Fürsten und Freien Städte Folge zu leisten und die Deutsche Kaiserwürde anzunehmen.



Die Kaiser-Proklamation im Schlosse zu Versailles (am 18. Januar 1871).

v. Koeppen: Fürst Bismarck. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußens fortan den Kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der Deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu vertheidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem Deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermüthigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!"

Der Kanzler trat zurück. Der Großherzog von Baden nahte dem Rande der Estrade, hob den Helm und rief mit lauter Stimme: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!" Mit Begeisterung stimmte die Versammlung ein und die Musik spielte die Volkshymne: „Heil Dir im Siegerkranz!"

Gleichsam zur Beglückwünschung des auferstandenen Kaiserreichs trafen in denselben Tagen von allen Theilen des ausgedehnten Kriegstheaters Siegesbotschaften ein. Im Westen hatte Feldmarschall Prinz Friedrich Karl den hartnäckigen Chanzy in einer Reihe von Gefechten zurückgeworfen und endlich in der Hauptschlacht bei Le Mans (12. Januar) völlig aus dem Felde geschlagen. Im Osten, an dem großen Völkerthore, wo einst Ariovist mit Cäsar um den Besitz des linken Rheinufers kämpfte, hatte Werder, der tapfere Degen, in den dreitägigen Kämpfen an der Isel oder Lisaine (15. bis 17. Januar) den Heeresmassen Bourbaki's das Eindringen in das Elsaß und Süddeutschland gewehrt und sich das erste Lob aus K a i s e r s Munde verdient. Schon rückte Manteuffel mit Gewaltmärschen über das beschneite Bergland von Côte d'or heran, um die Trümmer der Bourbaki'schen Armee in die Pässe des Jura zu werfen und zum Waffenstrecken auf Schweizer Gebiet zu zwingen. Im Norden bei St. Quentin schlug der schweigsame Göben den Prahler Faidherbe in klägliche Flucht (19. Januar). Vor Paris endlich rollte unaufhörlich der Donner des deutschen Belagerungsgeschützes und machte ein Fort nach dem andern vor der Südfront verstummen; schon fielen die Granaten auf die Plätze und Dächer der Vorstädte und richteten Verwüstung und Schrecken im Innern an.

Als Antwort auf die Kaiserproklamation in Versailles beschloß Trochu, der Gouverneur von Paris, für den 19. Januar einen Massenausfall mit seinen besten Kräften, Linientruppen, Mobilen und Nationalgarden, und übernahm

selbst die Führung für diesen Tag. Zum Schlachtfelde war die Halbinsel von Nanterre, auf welcher der Mont Valérien sich erhebt, ersehen worden, und das Ziel des Ausfalls war das Kaiserliche Hauptquartier selbst. Wirklich errangen die ausfallenden Heeresmassen im Anfang einige Vortheile über die vordersten Linien der Deutschen. Sobald aber die Verstärkungen der Letzteren in den Kampf eintraten, mußten Jene unter furchtbaren Verlusten das Schlachtfeld räumen. Der Kaiser sowie der Reichskanzler Graf Bismarck hatten auf einer Höhe beim Aquädukt von Marly diesem letzten verzweifelten Ringen unter den Mauern von Paris, welches die Franzosen die Schlacht am Mont Valérien nennen, beigewohnt.

Von ihren Waffen hatte die französische Republik nichts mehr zu erwarten. Die Hoffnungen, welche sie auf die diplomatische Vermittelung der fremden Mächte gesetzt hatte, waren nicht in Erfüllung gegangen. Es war aber das Unglück der französischen Nation und ihrer Führer, daß sie sich bis zuletzt noch Täuschungen hingaben und in jedem politischen Zwischenfall einen Rettungsanker zu erblicken glaubten. Als solchen betrachtete die Regierung der Nationalvertheidigung einen Schritt, den Rußland im Orient gethan, und die Folgen, welche sich daran knüpften.

Am 31. Oktober (1870) hatte nämlich der russische Kanzler Fürst Gortschakoff in einem Rundschreiben an die europäischen Kabinete im Namen des Kaisers die Erklärung abgegeben, daß Rußland sich durch diejenigen Bestimmungen des Pariser Vertrages vom 30. März 1856, welche seine Souveränetätsrechte im Schwarzen Meere beschränkten, fernerhin nicht gebunden erachte, daß es sich vielmehr für berechtigt halte, dem türkischen Sultan die Zusatzkonvention zu kündigen, welche die Anzahl und Größe der von beiden Uferstaaten im Schwarzen Meere zu haltenden Kriegsschiffe festsetzte. Der Kanzler begründete diesen Schritt, indem er auf die Ungerechtigkeit des Artikels hinwies, durch welchen Rußland in eine nachtheilige Lage sowol der Türkei als auch England und Frankreich gegenüber versetzt wurde, die eine beliebige Anzahl von Schiffen im Archipel und in der Meerenge halten konnten. Er entlehnte das Recht, den Vertrag eigenmächtig zu kündigen, aus der Thatsache, daß derselbe auch schon von anderen Staaten in einigen Punkten willkürlich übertreten und umgangen war. Durch dieses entschiedene Vorgehen Rußlands fühlte sich namentlich England in üble Laune versetzt, welches ja selbst im Bunde mit Frankreich nach dem Krimkriege dem besiegten Rußland jene demüthigende Fessel auferlegt hatte. Auch Oesterreich zeigte sich als Mitunterzeichner des Vertrages unangenehm berührt von dem Tone des russischen Rundschreibens, obgleich man die Berechtigung der darin angeführten Gründe kaum in Abrede stellen konnte. Die Gefahr eines neuen europäischen Konflikts lag nahe. Um derselben vorzubeugen, machte Graf Bismarck den betheiligten Mächten den Vorschlag (26. November), ihre Vertreter in London zu einer Konferenz zusammentreten und gemeinschaftlich

die Fragen erwägen zu lassen, „welche sich an die von dem kaiserlich russischen Kabinet durch dessen Cirkular vom 31. Oktober gemachten Eröffnungen knüpften".

Dieser Vorschlag fand allseitige Annahme und versprach, da die von England und Oesterreich gegen die russische Vertragskündigung erhobenen Bedenken fast nur theoretischer Natur waren, den besten Erfolg. Die Regierung der Nationalvertheidigung in Frankreich glaubte jedoch in demselben ein Mittel zu erblicken, um plötzlich wie mit einem Zauberschlage die Lage der Republik bessern zu können. Eine Konferenz ohne Betheiligung Frankreichs däuchte ihr ein Ding der Unmöglichkeit; dem Beginne der Konferenzen mußte aber — so folgerten die Mitglieder der Regierung — der Abschluß eines Waffenstillstandes unter Aufhebung der Einschließung von Paris vorausgehen. „Mein Gemüth empört sich", schrieb Jules Favre an Herrn von Chaudordy nach Tours (4. Dezember), „bei dem Gedanken einer diplomatischen Unterredung, in welcher ein französischer Bevollmächtigter ernsthaft über die Donaumündungen und Dardanellen mitsprechen sollte, während sein Nachbar, der Preuße, eine Depesche öffnet, welche ihm anzeigt, daß Paris in Flammen steht, weil es beschossen wird von den Philosophen, die ihm das Messer an die Kehle setzen, um es auszuplündern und zu zerstören." Als die Hoffnung auf einen Waffenstillstand sich nicht erfüllte, hielt indessen Herr Favre dafür, daß Frankreich auch ohne einen solchen auf der Konferenz vertreten sein müsse, und erbot sich, selbst als Bevollmächtigter nach London zu gehen. Dort würde er es als seine erste Aufgabe erachtet haben, die Vermittelung der Mächte für den Frieden auf der Grundlage der Unverletzbarkeit des französischen Gebiets anzurufen. Die großbritannische Regierung unterstützte die Forderung der Betheiligung Frankreichs mit ihrem vollen moralischen Gewichte und war gerne bereit, Herrn Jules Favre einen Geleitschein durch die deutschen Linien vom Grafen Bismarck zu erwirken.

Letzterer nahm jedoch zu dieser Frage eine andere Stellung. Wenn die betheiligten Regierungen sich für die Zulassung eines Abgeordneten der Provisorischen Regierung Frankreichs zur Konferenz aussprachen, so hatte Graf Bismarck kein Interesse daran, sich diesem Wunsche zu widersetzen. Wenn er aber die Erklärungen desselben auf der Konferenz als diejenigen Frankreichs und als völkerrechtlich bindend anerkennen sollte, so hätte die Frage von der Anerkennung der Regierung der Nationalvertheidigung durch die Mächte vorher erledigt oder ein Mittel gefunden werden müssen, um seinen Erklärungen die nachträgliche Bestätigung durch eine völkerrechtlich anerkannte Regierung offen zu halten. Keinenfalls aber beabsichtigte Graf Bismarck zuzugeben, daß auf der Konferenz noch andere Fragen verhandelt würden, als diejenige, um derenwillen sie zusammentrat. Dessenungeachtet konnte das Erscheinen eines französischen Abgesandten auf der Konferenz in diesem Augenblicke nur dazu führen, die Schwierigkeiten zu vermehren und die Sachlage zu verwirren, und deshalb von Bismarck nicht gerade gewünscht werden.

Auf die durch Vermittelung des preußischen Botschafters in London ihm zugegangene Bitte des englischen Ministers um einen Geleitschein für Herrn Favre antwortete Graf Bismarck, der Geleitschein werde bewilligt werden, sobald Favre „beim Oberbefehlshaber der Belagerungsarmee" darum nachsuchen werde; deutscherseits könne ein Parlamentär mit der Ueberbringung desselben nicht beauftragt werden, bevor nicht Genugthuung für die Thatsache gegeben, daß auf einen abgesandten Parlamentär ganz kürzlich geschlossen worden sei. Diese Mittheilung erhielt Jules Favre durch ein Schreiben des Lord Granville vom 29. Dezember, welches ihm durch Vermittelung des Grafen Bismarck und des nordamerikanischen Gesandten Washburne am 10. Januar zugestellt wurde, nachdem die beiderseitigen Verkehrsbeziehungen gegen das vom General Trochu gegebene Versprechen einer gründlichen Untersuchung des Vorfalls mit dem Parlamentär wiederhergestellt waren. Der Zeitpunkt für die Eröffnung der Konferenz (ursprünglich 3. Januar, später bis 17. Januar verschoben) war unterdessen herangekommen, eine kostbare Zeit war verstrichen und das Bombardement gegen die Stadt bereits eröffnet.

Es fragt sich, warum die Regierung der Nationalvertheidigung ihre Vertretung auf der Konferenz nicht einem ihrer auswärtigen Mitglieder, vielleicht Herrn von Chaudordy in Tours, übertrug, oder warum Herr Jules Favre, wenn es gerade dieser sein mußte, nicht, wie sein Kollege Gambetta bei früherer Veranlassung, den Weg mittels Luftballons wählte, um sich über die Schwierigkeiten mit dem Geleitschein hinwegzusetzen; — kurz, die Regierung entschied dahin, daß kein Anderer als Favre die Vertretung übernehmen könne und daß die abenteuerliche Reise mit dem Luftballon für einen Ambassadeur der Französischen Republik sich nicht schicke. So entschloß sich denn Jules Favre, in einem Schreiben vom 13. Januar den Grafen Bismarck um den Geleitschein zu bitten. Da mußte er abermals eine unangenehme Täuschung erfahren.

Graf Bismarck antwortete ihm (16. Januar), daß die Voraussetzung des Herrn Favre, es läge für ihn als „Bevollmächtigten Frankreichs" ein Geleitschein zur Theilnahme an der Londoner Konferenz beim deutschen Kanzler bereit, auf einem Mißverständniß beruhe. Er vermuthe, schrieb Graf Bismarck, daß zwar die Befehlshaber der deutschen Vorposten ihm die Erlaubniß zum Passiren der Linien ertheilt haben würden, wenn er dieselbe „beim Oberkommando der Belagerungsarmee" nachgesucht hätte, da dieses nicht den Beruf habe, seine politische Stellung und den Zweck seiner Reise in Berücksichtigung zu ziehen; ein von Herrn Favre an ihn, den Kanzler, gerichtetes amtliches Gesuch um einen Geleitschein zur Vertretung Frankreichs als Bevollmächtigter auf der Konferenz müsse er jedoch aus näher angegebenen politischen Gründen ablehnen. „Indem ich Ihnen Dies mittheile", schließt Graf Bismarck, „kann ich Ihnen nur überlassen, für Sich und Ihre Regierung zu erwägen, ob sich ein anderer Weg finden läßt, auf welchem die angeführten Bedenken beseitigt und jedes aus

Ihrer Anwesenheit in London fließende Präjudiz vermieden werden kann. Aber auch wenn ein solcher Weg gefunden werden sollte, erlaube ich mir doch die Frage, ob es rathsam ist, daß Ew. 2c. Paris und Ihren Posten als Mitglied der dortigen Regierung jetzt verlassen, um persönlich an einer Konferenz über das Schwarze Meer Theil zu nehmen in einem Augenblick, wo in Paris Interessen auf dem Spiele stehen, welche für Frankreich und Deutschland wichtiger sind als der Artikel XI des Vertrages von 1856. Auch würden Ew. 2c. in Paris die diplomatischen Agenten und die Angehörigen der neutralen Staaten dort zurücklassen, welche dort geblieben oder vielleicht zurückgehalten sind, nachdem sie längst die Erlaubniß zum Passiren der deutschen Linien erhalten hatten, und welche daher um so mehr auf den Schutz und die Fürsorge Ew. 2c., als des Ministers der faktischen Regierung für die auswärtigen Angelegenheiten, angewiesen sind. Ich kann daher kaum annehmen, daß Ew. 2c. in der kritischen Lage, an deren Herbeiführung Sie einen so wesentlichen Antheil hatten, Sich der Möglichkeit werden berauben wollen, zu einer Lösung mitzuwirken, wofür die Verantwortlichkeit auch Sie trifft."

Die Lehre war bitter, aber Jules Favre selbst mußte ihre Wahrheit anerkennen. „Herr von Bismarck hatte Recht, mich darauf aufmerksam zu machen", schreibt er; „er sprach mir gerade zum Herzen, wenn er die von mir übernommene Verantwortlichkeit und die mir auferlegte Pflicht anrief, mit meinem Leibe Paris zu decken in der verhängnißvollen Stunde, wo seine letzte Hoffnung schwinden würde. In einer anderen Lage würden diese Rathschläge eines Feindes mich beleidigt haben; mein Unglück war zu groß, um der Empfindlichkeit Raum zu geben, und ich konnte nicht in Zorn aufwallen, weil die Sprache unsers unerbittlichen Siegers mit derjenigen meines Gewissens übereinstimmte."

Die Lage des Herrn Favre und der übrigen Regierungsmitglieder in der Zeit, als die Katastrophe näher rückte, war in der That eine qualvolle. Sie hatten das Volk stets über seine Hülfsmittel und Kräfte in Täuschung gehalten, sie hatten ihm nur von dem „Widerstande bis aufs Aeußerste" gesprochen; jetzt, da dieses Aeußerste gekommen war, fehlte es ihnen an Muth, um dem eigenen Volke die Niederlage einzugestehen, und wenn sie es gethan hätten, so würde ihnen das Volk nicht geglaubt haben. Jules Favre versammelte die Maires von Paris, er setzte ihnen die Lage der Stadt auseinander und forderte sie auf, mit dem Deutschen Hauptquartier wegen der Uebergabe von Paris in Unterhandlungen zu treten, aber Keiner von ihnen wollte diese schwere Verantwortung auf sich nehmen; sie überließen sie Denen, welche die Schuld für die unglückliche Lage der Hauptstadt traf.

Die Stimmung unter der Bevölkerung von Paris und den Mitgliedern der Regierung läßt sich aus der Depesche erkennen, welche Jules Favre nach der Schlacht am Mont Valérien an seinen Kollegen Gambetta nach Bordeaux richtete (21. Januar). Sie lautete:

„Mein theurer Freund!

Ich schrieb Ihnen vorgestern, den 19., als ich die letzten Ergebnisse dieses Tages noch nicht kannte. Ich hielt sie für sehr günstig, denn ungeachtet der Verspätung in den Bewegungen des Generals Ducrot hatte sich Alles glücklicher gefügt, als man zu hoffen wagte.... Nichts von Dem ist eingetroffen. Der Rückzug ist bewerkstelligt worden, aber diese Anstrengung hat Alles erschöpft. Es war das Aeußerste, was möglich war. Die Nationalgarde hat sehr gelitten; ich kenne die Zahl ihrer Verluste noch nicht. Die Bevölkerung ist sehr aufgebracht gegen Herrn Trochu. Dieser will nur vor einem General zurücktreten, der einen neuen Waffengang für möglich hält, wozu er sich nicht verstehen will. Die Gestaltung der Dinge trägt eine wirkliche Gefahr für den öffentlichen Frieden in sich, denn die Gemüther sind natürlich äußerst erregt. Wir haben gestern die zwanzig Maires von Paris versammelt. Wir haben sie über die ganze Lage aufgeklärt und ihnen gezeigt, daß wir die äußerste Grenze überschritten haben, bis zu der zu gehen wir entschlossen waren. Sie stimmen nichtsdestoweniger für die Fortsetzung des Widerstandes. Diese hochherzige, aber blinde Auffassung wird von ganz Paris getheilt. Alles eher als Uebergabe! — Meine Meinung ist, daß man dem Strome nicht nachgeben darf. Diejenigen, welche diese Sprache führen, haben noch zu leben. Ihr Leben ist elend, aber es wird gefristet. Der Tag ist nahe, wo sie nur Pferdefleisch und kein Brot haben werden. Die Sterblichkeit, die schon erschreckend ist, wird fürchterlich werden. Ich will eine solche Verantwortung nicht übernehmen. Wir würden nur dann Entschuldigung finden, wenn wir noch Hülfe von außen erwarteten. Seit der Ankunft Ihrer Brieftaube mit den Depeschen vom 16., die uns am 19. erreichte, ist eine Täuschung nicht mehr möglich.... Sie werfen uns unsere Unthätigkeit vor in Worten, mit denen ich nicht rechten will. Sie sprechen von Metz und Sedan. Mein theurer Freund, ich kann eine so seltsame Ungerechtigkeit nur Ihrem sehr natürlichen Schmerz zuschreiben, uns unterliegen zu sehen. Sie sagen, daß wir uns begnügen zu seufzen; wir haben nicht aufgehört, zu Thaten aufzufordern, und die militärische Leitung, wenn sie auch vielleicht nicht Alles gethan hat, was sie hätte thun können, war einstimmig in der Erkenntniß, daß unsere Armee nichts von Wirksamkeit zu leisten vermochte. Wir haben unaufhörlich an den Vorposten gekämpft, unsere Forts sind zerstört, unsere Häuser beschossen, unsere Speicher leer. Da wir, wie Sie, eine letzte Anstrengung für unerläßlich hielten, so haben wir sie befohlen; sie ist gemacht worden. — Ich habe energisch wie Sie — zwar weniger zuversichtlich, aber mit ebenso entschlossenem Muthe — die Vertheidigung ohne Waffenruhe gegen den Fremden gewollt. Jetzt verläßt das Glück unsere gemeinschaftlichen Anstrengungen, ohne daß Jemand, — seien Sie davon überzeugt! — Schuld daran trägt. Oft habe ich die militärische Oberleitung des General Trochu angeklagt. Aber die Unzulänglichkeit der Mittel, die ihm zur Verfügung standen, war von der Art, daß er in jedem Augenblicke

ungeheuere Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Vielleicht hätte man besser gethan, wenn man es anders gemacht hätte, vielleicht umgekehrt. Er hat Paris nicht zu entsetzen vermocht, er hat es indessen mit Einsicht vertheidigt. Wozu aber dient die Beschuldigung? Man muß versuchen, mit dem Rumpfe des Schwertes, der in unsern Händen ist, Vortheile zu erreichen. Wenn Paris sich ergiebt, so ist Frankreich nicht verloren. Es ist — Ihnen sei's gedankt! — von einem patriotischen Geiste beseelt, der es retten wird. Was uns betrifft, so sind wir in einer schrecklichen Lage. Nach der Niederlage des vorgestrigen Tages verlangt die Bevölkerung nach einer Revanche. Sie fordert mit lautem Rufe den Kampf. Die Militärs erkennen die Unmöglichkeit einer neuen Angriffsunternehmung. Andererseits haben wir nur noch für zehn Tage Brot, und Gott gebe, daß hier kein Rechenfehler mit unterlaufe! Die Bevölkerung weiß es nicht; die Maires sind beauftragt, sie darauf vorzubereiten. Aber es wird ihnen sehr schwer, die Gährung zu beherrschen. Wir haben heute die Generale versammelt, um ihnen die Frage zu stellen, ob der Widerstand noch möglich sei. Sie waren sämmtlich der Meinung, daß er es nicht ist. Man muß also unterhandeln. Ich weiß nicht, welche Bedingungen man uns stellen wird; ich fürchte, daß sie sehr grausam sein werden. Jedenfalls werden wir — was ich wol nicht nöthig habe, Ihnen zu sagen, — keine Friedenspräliminarien unterzeichnen. Wenn Preußen einwilligt, nicht in Paris einzumarschiren, so werde ich ein Fort einräumen und fordern, daß Paris einfach einer Kriegssteuer unterzogen werde. Wenn diese Vorschläge verworfen werden, so werden wir gezwungen sein, uns auf Gnade und Ungnade zu ergeben, und Preußen wird unser Schicksal durch einen Tagesbefehl regeln. Dann ist es wahrscheinlich, daß wir, wenn wir nicht in einem der Aufstände, die im Werke sind, getödtet werden, in eine Festung Pommerns wandern müssen, um durch unsere Gefangenschaft den Widerstand des Landes zu ermuthigen. Ich unterwerfe mich ohne Murren dem Schicksal, welches Gott mir vorbehält, in der Zuversicht, daß es meinem Lande zum Besten gereiche. — Heute Abend waren Unruhen in Paris. Man fordert unsere Absetzung und die Commune. — Ich nehme herzlich gerne den Volksbeschluß an, der mich beseitigen wird. Leben Sie wohl, mein theurer Freund! diese Depesche ist vielleicht die letzte. Wenn Sie an Herrn Chanzy schreiben, sagen Sie ihm, wie sehr ich seinen Muth, seinen Patriotismus, sein militärisches Talent und seine Standhaftigkeit bewundere. Ich träumte, daß es mir gegeben sein möchte, ihn auf dem Wege von Versailles nach Rambouillet zu umarmen. Wenn diese glorreiche Etappe ihm nicht beschieden war, so hat er doch Wunderthaten vollbracht, um sie verdient zu haben; er wird dafür belohnt werden. Sein Name wird mit Recht im Volke fortleben. Sein Feldzug in Loiret und Perche wird ein Muster bleiben. Senden Sie auch meine Glückwünsche dem Herrn Bourbaki, er schreitet vorwärts wie ein Held und sein Zug kann Frankreich retten.... Leben Sie wohl, mein theurer Freund! ich weiß nicht, ob ich

Sie wiedersehen werde. Bis ans Ende werde ich Ihnen treu und dankbar bleiben für Alles, was Sie thun um Frankreichs willen.

Jules Favre."

Die Gährung unter der Bevölkerung der Hauptstadt steigerte sich in dieser Zeit von Stunde zu Stunde. Vor dem Stadthause kam es zu blutigen Scenen (22. Januar); sie bildeten das Vorspiel zu dem grauenvollen Kampfe der Commune, die im Anzuge war. Trochu sah sich genöthigt, seine Stelle als Gouverneur niederzulegen, und blieb allein Präsident der Regierung; General Vinoy übernahm den Oberbefehl der Armee. Die Regierung erkannte die Unmöglichkeit, den Widerstand fortzusetzen; aber noch immer zögerte sie, Angesichts der herrschenden Aufregung in Unterhandlungen einzutreten. Endlich entschloß sich Jules Favre zu dem entscheidenden Schritte. Er ließ sich von seiner Regierung mit Vollmachten versehen und sandte mit Tagesanbruch, am 23. Januar, einen Offizier, Kapitän d'Hérisson d'Irrisson, zu den deutschen Vorposten an der Sèvresbrücke mit einem Handbillet an den Grafen Bismarck, in welchem er um eine Unterredung bat.

Favre schildert die Folterqualen, die er bis zur Rückkehr dieses Offiziers ausstand: „Um $4\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags hatte ich noch keine Antwort. Der Tag war neblig und kalt; die Dunkelheit brach an. Die Kanonade von den Forts und den Wällen her wiederhallte furchtbarer als jemals. Ein Regen von Granaten überschüttete die Stadt. Die Werke, welche St. Denis deckten, und St. Denis selbst waren einem vernichtenden Feuer preisgegeben. Tausend Beängstigungen peinigten mich. Ich wußte nicht, welcher Veranlassung ich diese unerklärliche Verzögerung zuschreiben sollte, wenn nicht dem Entschlusse des Kanzlers, in diesem entscheidenden Augenblicke nicht mit uns zu unterhandeln. Endlich, um 5 Uhr, öffnete sich die Thüre meines Zimmers und mein Parlamentär überbrachte mir einen Brief des Herrn von Bismarck mit der Nachricht, daß er mich am folgenden Morgen oder, wenn ich es vorzöge, denselben Abend erwarte."

Für den letzteren Fall hatte d'Hérisson von dem Kommandeur der Vorposten eine Einstellung des Feuers bis 6 Uhr erbeten. Wenige Minuten darauf bestieg Favre mit seinem Schwiegersohn, Martinez del Rio, und mit d'Hérisson den Wagen. Da das Gerücht von seinem Vorhaben bereits verlautet hatte und die aufgeregten Nationalgarden seine Abfahrt mit Gewalt verhindern wollten, so nahm Favre auf d'Hérisson's dringenden Rath nicht den gewöhnlichen Weg, sondern den Umweg durch das Boulogner Wäldchen. Wir folgen der Schilderung, welche Jules Favre in seinem Werke „Gouvernement de la défense nationale" von den weiteren Vorgängen giebt.

— „Um 6 Uhr erreichten wir die Sèvresbrücke und nach ziemlich langem Warten unter einem von Kugeln durchlöcherten Schuppen bestiegen wir ein kleines Fahrzeug, welches sich mühsam zwischen den treibenden Eisschollen des

Flusses hindurcharbeitete, auf dessen Fläche die Flammen des Brandes von St. Cloud ihren düsteren Schein warfen.

Ich war zwar darauf vorbereitet, mit einer besonderen Bitterkeit die Schrecknis dieser Stunde zu empfinden; sie war indessen auch ganz darnach angethan, um mich mit Schmerz zu erfüllen, und ich würde gerne unser gebrechliches Fahrzeug sich haben aufthun sehen, aus dem Herr von Hérisson, ohne zu ermüden, das Wasser wieder ausschöpfte, welches durch die von preußischen Kugeln gerissenen Oeffnungen eindrang. Beinahe in gleicher Höhe mit der Oberfläche dieses düsterrothen Gewässers sitzend, welches mir gleichsam mit Blut gemischt schien, vor mir die schwarzen Umrisse der Gebäude, aus denen Wirbel von Feuer und Rauch aufsprühten, glaubte ich einen Augenblick der Last zu erliegen, die ich auf mich genommen hatte, und fürchtete, von ihr erdrückt zu werden.



Jules Favre begiebt sich zu Waffenstillstandsverhandlungen nach Versailles.

Für diese große Stadt, die ich verließ und deren in Nacht gehüllte Masse sich mir nur bei dem aufzuckenden Blitzen und Leuchten von den Wällen her entdeckte, hatte ich mich ohne ihr Wissen zum Gesandten gemacht. Ich wollte versuchen, sie gegen eine Katastrophe ohne Gleichen zu schützen, die sie nicht argwohnte, und als Vorbedeutung meiner grausamen Sendung begegnete ich zwei Schritte vor der Umwallung Schutt, Ruin und Brand. Bei dem hellen Schein einer Feuersbrunst, die eine ihrer reizendsten Vorstädte verzehrte, setzte ich über den Fluß, auf dessen anderem Ufer ich den Feind finden sollte, der uns seit fünf Monaten an der Kehle hielt und sich anschickte, uns zu vernichten.

Dies war nur eine vorübergehende Schwäche, welche bald schwand vor der Nothwendigkeit, inmitten der deutschen Offiziere, die mir entgegenkamen, eine gute Haltung zu beobachten. Sie schienen anzunehmen, daß ich mich nach London begäbe; ich ließ sie in ihrem Glauben. Sie halfen mir zwei mächtige Barrikaden übersteigen, welche die Stadt Sèvres vertheidigten, die eine am Eingang der großen Straße, die andere in der Gegend der alten Porzellanmanufaktur. Ein Wagen erwartete mich jenseit der letzteren; ich machte mich

unverzüglich auf den Weg, begleitet von einem Reiterpiket. Ich wurde auf dem nächsten Wege in das Hotel der Frau von Jessé, Rue de Provence, gefahren, welches Graf Bismarck bewohnte. Es war 8 Uhr Abends, als wir ankamen.

Man führte mich in einen kleinen Saal im ersten Stockwerk des Hotels. Hier traf mich der Graf nach einigen Minuten und alsbald begann die Unterredung.

Ich sagte ihm, daß ich sie da wieder aufnehmen wolle, wo ich sie in Ferrières verlassen hätte; daß, wenn die Lage sich in der Sache geändert habe, sie im Rechte dieselbe geblieben sei und uns beiderseits die Verpflichtung auferlege, Alles zu thun, was in unserer Macht stünde, um dem Kriege Einhalt zu gebieten; daß ich ihn über die wahre Lage von Paris aufklären wolle, da ich nur für Paris einen Auftrag hätte und mich für Frankreich in nichts verbinden könnte; daß Paris, nach vier Monaten der Belagerung, der Leiden und Entbehrungen, keineswegs ermattet, sondern mehr als jemals erregt und zum Widerstande bis aufs Aeußerste entschlossen sei. Als Beweis dafür führte ich den Rücktritt des Generals Trochu an, welcher durch die öffentliche Meinung genöthigt worden sei, den Oberbefehl niederzulegen, weil er die Ansicht gehabt, daß es jetzt schwierig sei, Offensivunternehmungen auszuführen. Diese öffentliche Meinung sei so gewaltsam, so einstimmig, daß die Regierung wegen des Verdachtes, sie nicht zu theilen, einem Aufstande ausgesetzt gewesen sei, der zwar mit Leichtigkeit unterdrückt worden, jedoch als moralisches Symptom anzusehen sei, dem man große Bedeutung beimessen müsse. In einer solchen Lage sei zu befürchten, daß die durch das Bombardement und durch patriotische Erregung äußerst erbitterte Bevölkerung noch lange einen Kampf fortsetze, in welchem von beiden Seiten kostbare Existenzen geopfert würden. Ich käme, um von ihm die Bedingungen zu erfahren, für den Fall, daß Paris die Waffen niederlegen würde; denn die Kenntniß dieser Bedingungen, wenn sie annehmbar wären, könne eine weniger blutige Lösung herbeiführen.

„Sie kommen zu spät", antwortete der Graf lebhaft; „wir haben mit Ihrem Kaiser unterhandelt. Da Sie sich für Frankreich weder verpflichten können noch wollen, so werden Sie leicht begreifen, daß wir das wirksamste Mittel suchen, um den Krieg schnell zu beendigen." Er fügte hinzu: „Sie haben durch Ihre Handlungsweise einen Zustand der Dinge herbeigeführt, den zu verhüten ebenso klug als einfach gewesen wäre. Ihr Irrthum war es zu glauben, daß Sie nach der Kapitulation von Sedan noch Armeen aufzustellen vermöchten; die Ihrigen sind vollständig vernichtet. Wie groß auch der Patriotismus einer Nation sein mag, sie kann nicht Armeen aus dem Nichts hervorzaubern. Beim Beginn des Feldzuges fanden wir den französischen Troupier in seinem ganzen Werthe; er war nur von unfähigen Führern befehligt, und dies ist der Grund, weshalb wir Euch geschlagen haben. Den Leuten, die Sie uns jetzt gegenüberstellen, fehlt es weder an Muth noch an Selbstverleugnung, aber es sind Bauern und nicht Soldaten; sie können gegen unsere seit langer Zeit kriegsgewohnten

und im Waffenwerke geschulten Truppen nicht Stand halten. Wenn es genügte, dem Bürger die Flinte in die Hand zu geben, um einen Soldaten aus ihm zu machen, so wäre es eine große Thorheit, den besten Theil des Nationalreichthums daran zu wenden, um stehende Heere zu bilden und zu unterhalten. Darin eben liegt die wahre Ueberlegenheit, und weil Sie dieselbe verkannt haben, so befinden Sie sich in Ihrer gegenwärtigen Lage. Sie haben viel Ehre eingelegt durch einen Widerstand, den ich im Voraus für nutzlos erkannte und der nur ein Akt nationaler Eigenliebe war. Jetzt sind wir entschlossen, dem Kriege ein Ende zu machen, und wir wählen das nächste und sicherste Mittel zum Zwecke. Da wir bei Ihnen eine regelmäßige Regierung nicht finden, so suchen wir sie anderweitig, und wir stehen in ziemlich weit vorgeschrittenen Unterhandlungen mit Demjenigen, der in unseren Augen die Ueberlieferung und die Autorität für sich hat. Wir haben in dieser Hinsicht keine vorgefaßte Meinung und befinden uns drei Kombinationen gegenüber: der Kaiser, der kaiserliche Prinz mit einer Regentschaft oder der Prinz Napoleon, welcher sich ebenfalls darbietet. Wir haben in gleicher Weise den Gedanken, den Gesetzgebenden Körper zurückzuführen, welcher die parlamentarische Regierung vorstellt. Nach seiner Sprengung wurde ein Ausschuß gebildet, an dessen Spitze sich ein Herr von X. befindet, der nach meiner Ansicht ein ehrenwerther Mann und eine achtbare Persönlichkeit ist. Möglich, daß wir uns mit ihm verständigen! Der Gesetzgebende Körper würde dann über die Frage direkt zu verhandeln oder eine Versammlung mit dieser Aufgabe zu berufen haben. Diese möge alsdann ihre Regierung wählen, und wir werden eine bevollmächtigte Gewalt haben, mit der wir abschließen können."

Ich drückte ihm mein ganzes Erstaunen darüber aus, daß er noch daran denken könne, mit der kaiserlichen Familie wieder anzuknüpfen: „Die Unpopularität, welche derselben widerstrebt, ist so groß, daß ich die Idee ihrer Zurückführung als eine Chimäre betrachte. Diese Rückkehr würde unfehlbar innere Zerrüttungen und den schleunigen Sturz der Dynastie herbeiführen."

„Das würde Ihre Sache sein", erwiederte der Graf; „die Regierung, welche bei Ihnen den Bürgerkrieg hervorriefe, würde für uns eher vortheilhaft als schädlich sein."

Ich unterbrach ihn, indem ich ihm bemerklich machte, daß, selbst abgesehen von jedem Humanitätsgefühl, eine solche Doktrin unzulässig sei; daß wechselseitige Verpflichtungen die europäischen Nationen verbänden; daß alle ein Interesse daran hätten, die Ordnung, die Arbeit und den Wohlstand aufrecht zu erhalten, und daß man ein System nicht annehmen könne, welches die Folge haben würde, einen Herd der Unruhen im Mittelpunkt Europa's zu unterhalten. „Außerdem", sagte ich, „weil wir von der Möglichkeit reden, eine Regierung einzusetzen, so kann ich nicht verstehen, weshalb Sie nicht die Grundsätze anwenden wollen, die uns leiten, indem Sie Frankreich die Sorge überlassen, durch

eine freigewählte Versammlung selbst über sich zu beschließen. Diese Lösung habe ich stets im Auge gehabt und ich bedauere schmerzlich, damit nicht durchgedrungen zu sein. Auch heute will ich Sie um die Mittel angehen, dieselbe zu versuchen."

„Ich würde Dem nicht entgegen sein", versetzte der Graf, „aber ich halte sie jetzt für völlig unmöglich. Gambetta hat überall die Schreckensherrschaft eingeführt. Zwar ist er nur im Süden Herr, — die Bevölkerung des Nordens ist mehr für uns als für ihn, — aber wo er befiehlt, erzwingt er den Gehorsam durch Gewaltthätigkeit. Jede Gemeinde befindet sich unter dem Joche eines von ihm aufgezwungenen Comité's. Unter solchen Umständen würden die Wahlen nicht aufrichtig gemeint sein. Auch sind mehrere Ihrer Departements zu Einöden geworden, eine große Anzahl von Dörfern sind vom Erdboden verschwunden; in diesem Zustande der Verwüstung und Zerrüttung würde es unmöglich sein, die Bürger auf dem gewöhnlichen Wege um ihre Meinung zu befragen. Da wir eine Versammlung nicht bilden können, so müssen wir, wenn wir eine haben wollen, sie fertig hinnehmen."

Ich widersprach lebhaft, indem ich ihm sagte, daß er ein Phantasiegemälde entwürfe; die Verheerungen des Krieges wären mir leider in ihrer ganzen Ausdehnung bekannt, jedoch könnte ich in keiner Beziehung zugeben, daß Gambetta ein Schreckensregiment errichtet habe. „Er hat im Gegentheil überall das Gesetz gehandhabt. Wenn er das vaterländische Gefühl erregte, so that er nur seine Pflicht, und dieselbe Pflicht wird der Nationalversammlung obliegen, welche alle diese Fragen zu erledigen haben wird."

Von Herrn von Bismarck dringend aufgefordert, mich über die Kombination der Berufung des Gesetzgebenden Körpers auszusprechen, sagte ich, daß ich mich nicht im Entferntesten derselben anschließen könnte: „Ich finde den Vorschlag weniger übel als den der Zurückführung eines Bonaparte inmitten der deutschen Bataillone; aber ich zweifele, ob die Mitglieder des alten Gesetzgebenden Körpers, welcher alles Ansehens beraubt ist, es jemals wagen würden, eine Sitzung zu halten. Wenn die gegenwärtige Regierung zum Rücktritt genöthigt wird, so überläßt sie Preußen die volle Verantwortlichkeit für derartige Mittel. Ich kann mich zu keiner anderen Idee verstehen, als zur Berufung einer aus regelmäßigen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung." Dies vorausgeschickt, kam ich auf die Lage von Paris zurück und bat um Mittheilung der Bedingungen für den Fall, daß es das Unglück habe, sich ergeben zu müssen.

„Es ist schwer für mich, sie alle genau anzugeben", sagte der Graf, „weil hier die militärische Frage der politischen vorgeht."

Ich bat ihn, sich über das Schicksal der Besatzung, der Nationalgarde und über den Einmarsch der preußischen Armee in Paris zu erklären.

„Das sind gerade Punkte", erwiederte er, „in Betreff deren der König, Graf Moltke und ich uns noch nicht völlig schlüssig gemacht haben.

Die Besatzung von Paris muß nach dem Kriegsgesetz gefangen werden, aber sie nach Deutschland hinüberzuführen würde bei der gegenwärtigen Sachlage einige Schwierigkeiten verursachen. Wir würden einwilligen, daß sie in Paris kriegsgefangen bliebe. Was die Nationalgarde betrifft, so muß sie entwaffnet werden, und erst nach Erfüllung dieser Bedingung werden wir Paris die Möglichkeit geben, sich zu verproviantiren. Bezüglich des Einmarsches der deutschen Truppen in Paris erkenne ich an, daß er mit Uebelständen verbunden ist, und wenn ich allein darüber zu bestimmen hätte, so würde ich mich vielleicht mit dem Besitze der Forts begnügen. Für diese Forts werden wir Geiseln nehmen; die Maires, die Zeitungsredakteure, die Regierungsmitglieder werden uns in die Forts vorangehen, damit wir Sicherheit gewinnen, daß sie nicht unterminirt sind."

Ich unterbrach den Grafen mit der Bemerkung, daß wir eine solche Demüthigung nicht verdienten und daß, wenn wir ihm unser Wort gäben, er überall ohne Besorgniß eintreten könnte. „Zum Ueberfluß", fügte ich hinzu, „bin ich für meine Person bereit, Ihnen allerorten voranzugehen. Ich erbiete mich — und ich bin dessen gewiß, daß meine Kollegen ebenso denken werden wie ich, — als Geisel für alle Beschlüsse, welche man gemeinsam fassen wird."

Der Graf versetzte: „Ich würde Ihnen den Nichteinmarsch in Paris zugestehen, aber der König und die Militärs bestehen darauf. Dies ist die Belohnung für unsere Armee. Wenn ich nach der Rückkehr in die Heimat einem armen Teufel mit einem Stelzfuß begegnen werde, dann wird er sagen: „Das Bein, das ich vor den Mauern von Paris gelassen habe, gab mir das Recht, meine Eroberung zu vervollständigen; dieser Diplomat, der im Besitze seiner gesunden Gliedmaßen ist, hat mich daran verhindert." Wir können uns dem nicht aussetzen, in diesem Punkte das öffentliche Gefühl zu verletzen. Wir werden in Paris einziehen, aber nicht über die Champs Elysées hinausgehen, und dort die Ereignisse abwarten. Wir werden den 60 Bataillonen der Nationalgarde, welche zuerst gebildet wurden und Sinn für Ordnung haben, die Waffen lassen."

Ich bekämpfte jede dieser Ideen und besonders diejenige, welche die Besetzung von Paris betraf; ich sagte dem Grafen, daß dies eine Frage wäre, die keinen Mittelweg zuließe, Paris müsse entweder ganz besetzt werden oder ganz verschont bleiben. Preußen würde nicht eine Civilgewalt finden, die bereit wäre, an der Verwaltung Theil zu nehmen, wenn die feindlichen Kanonen und Corps in den Champs Elysées stünden. Wenn ich dabei beharrte, daß die Armee nicht in Paris einmarschiren möchte, so geschähe dies aus zwei Gründen. Zunächst wollte ich Paris den Schmerz ersparen, die deutsche Armee in seinen Mauern zu sehen, und ich glaubte, daß das Zugeständniß, sie von denselben fern zu lassen, die glücklichsten Folgen für die Zukunft haben würde; sodann wäre ich äußerst besorgt in Betreff der Berührung der deutschen Soldaten mit der Pariser Bevölkerung. Die letztere wäre in einer solchen Erregung, daß diese Berührung

zu den schrecklichsten Zwischenfällen Anlaß geben könnte, für die ich meinerseits keine Verantwortung übernähme. Ich sähe daher keinen Mittelweg zwischen den beiden Entschlüssen: Paris ganz zu besetzen, es zu beherrschen und zu verwalten, wie eine eroberte Stadt, oder nicht einzuziehen. Im ersteren Falle würde die Regierung ganz zurücktreten, der Sieger hätte dann die Entwaffnung zu bewerkstelligen, Besitz von der Stadt zu nehmen und den Polizei- und Sicherheitsdienst zu übernehmen. Im zweiten Falle sollte er die Forts allein besetzen; eine für Paris ernannte Regierung würde die Verwaltung der Stadt antreten. Letzterer möchte man alsdann alle Erleichterungen für die Verproviantirung gewähren und der Nationalgarde ihre Waffen belassen. Die Stadt werde eine Kriegssteuer entrichten, ein Waffenstillstand sei zu schließen und eine Wahlversammlung nach Bordeaux zu berufen, welche die Frage über Krieg und Frieden sowie diejenige über die Regierungsform zu entscheiden habe. Außerhalb dieser Bedingungen hielte ich einen Abschluß für nicht möglich. Paris würde sonst fortfahren sich zu vertheidigen, und wenn es weder unterstützt werden noch stark genug sein sollte, den Feind zurückzuwerfen, so würde es sich auf Gnade und Ungnade ergeben; dann möchte Preußen seine Einrichtungen treffen wie es ihm gut dünkte.

Der Graf bat mich, ihm diese Ideen schriftlich aufzusetzen. Ich antwortete, daß mir dies völlig nutzlos schiene.

„Es ist nur meinethalben“, setzte er hinzu, „nur um mich in die Lage zu versetzen, mit dem Könige darüber zu sprechen und mich mit Beweisstücken zu versehen.“

„Ich gebe Ihnen, was Sie verlangen“, erwiederte ich. „Ich übergebe es Ihrer persönlichen Ehre; nicht daß ich mich dagegen sträubte niederzuschreiben, was ich sagte, — ich wünschte, ganz Paris hätte unserer Unterhaltung beigewohnt, dann würde es der Richter der Empfindungen sein, welche ich mitbringe; — aber da wir uns in Unterhaltung, nicht in Unterhandlung befinden, so darf ich mich in meiner amtlichen Eigenschaft auch nicht dem Schein aussetzen, als wollte ich Grundlagen angeben, die später möglichenfalls nicht angenommen werden.“

Der Graf verstand. „Es soll nur für mich allein sein“, wiederholte er; „mein Ehrenwort bürgt Ihnen dafür.“

Ich ergriff einen Bleistift und faßte in einigen Zeilen kurz zusammen, was ich so eben dargelegt hatte. Um 11 Uhr gingen wir auseinander“ ....

Als Bismarck nach dieser Unterredung in das gemeinschaftliche Eßzimmer trat, wo seine Räthe beim Thee saßen, pfiff er eine Melodie vor sich hin, welche die des Weidwerkes Kundigen als das Halali erkannten.

„Am folgenden Tage, Dienstag 24. Januar“, fährt Jules Favre fort, „redete mich Graf Bismarck an und theilte mir mit, daß er ermächtigt wäre, in Unterhandlungen mit mir zu treten.

Ich wollte die Möglichkeit eines bonapartistischen Manövers nicht im Unklaren lassen und bat Herrn von Bismarck, wenn er es für zulässig hielte, genauer anzugeben, was er mir den Tag zuvor in dieser Beziehung gesagt hatte, und mich erfahren zu lassen, ob wir Ursache hätten, deshalb besorgt zu sein.

„Keineswegs", antwortete er, „wenn wir zu einer Verständigung gelangen; aber im entgegengesetzten Falle behalte ich mir die Freiheit des Handelns vor. Ich habe Ihnen in Ferrières aufrichtig meine Ansicht über Ihren Kaiser mitgetheilt. Ich habe keine Veranlassung, ihm günstig gestimmt zu sein; aber wenn ich mich seiner bedienen kann, um einen für Deutschland vortheilhaften Frieden zu schließen, so werde ich nicht zögern. Wir hofften, daß er sich bei Sedan zu Unterhandlungen verstehen würde. Das war seine Pflicht. Er zog es vor, sein persönliches Interesse als Souverän zu sichern. Frankreich büßt grausam für diesen Egoismus. Auch wir haben darunter sehr gelitten. Wenn er die verhängnißvollen Folgen so weit als möglich wieder gut machen will, so sind wir bereit, uns mit ihm zu vergleichen. Sie haben mir den Widerwillen Ihrer Landsleute entgegengehalten. Derselbe ist nicht so entschieden, wie Sie voraussetzen. Uebrigens würde er vor unseren Waffen nachgeben, und die Gefangenen von Metz würden uns nahe an hunderttausend Mann ausgezeichneter Truppen liefern, welche der kaiserlichen Sache völlig ergeben sind."

Ich widersprach lebhaft und bestritt die Möglichkeit einer derartigen Kombination. Da sie übrigens in die Reihe der rein hypothetischen Mittel verwiesen war, so schien sie mir für die Erörterung nicht mehr Werth zu besitzen, als diejenige von der Berufung des Gesetzgebenden Körpers und des Senats, die von der öffentlichen Meinung zu gerecht getroffen waren, als daß es möglich gewesen wäre, ihnen das Leben wiederzugeben. Ich hielt es daher für zweckmäßig, ohne weitere Vorrede die Ideen zu prüfen, welche ich den Tag zuvor dem Kanzler unterbreitet hatte, und daraus die Grundlage eines Vertrages zu bilden.

„Gut", sagte Graf Bismarck, „aber können Sie mir die Zusicherung geben, daß Herr Gambetta Ihnen gehorchen wird? Ich meinerseits zweifele daran. Und wenn Dasjenige, was wir abmachen wollen, von ihm nicht anerkannt wird, dann kann der Bürgerkrieg eine schon schwierige Lage noch mehr verwickeln und die Zugeständnisse, welche der Stadt Paris bewilligt werden, nichtig machen."

„Ich würde ihn dann nicht begreifen können", erwiederte ich, „und ich habe das feste Vertrauen, daß Sie meine Anschauungsweise theilen werden. Ich treffe Festsetzungen für Paris als Bevollmächtigter der von seinen Bewohnern anerkannten Regierung. Ich habe damit die Berechtigung, ihn und Sie selbst zu verpflichten. Aber mein Recht, jenen Festsetzungen ein Abkommen hinzuzufügen, welches Frankreich die Kundgebung seines Willens gestatten soll, ist nicht weniger einleuchtend. Ich schöpfe dasselbe aus einem stillen Mandat, gegen welches seit fünf Monaten kein Widerspruch erhoben wurde, und welches im Gegentheil durch einen freiwilligen Akt, der keiner Erörterung bedarf, bestätigt wurde.

Sie fragen mich, ob wir Gehorsam finden werden; ich antworte Ihnen ehrlich, daß ich die moralische Gewißheit davon habe, aber daß die Unterbrechung unserer Verbindungen mit Bordeaux mir nicht erlaubt, eine bestimmtere Zusicherung zu geben. Ich habe Gambetta stets für hochherzig gehalten. Sein feuriger Patriotismus kann ihn zu weit treiben, er wird ihn niemals in den Bürgerkrieg stürzen, am wenigsten Angesichts des Feindes. Wenn ein Vertrag geschlossen wird, so ist die Regierung der Nationalversammlung fest entschlossen, ihn auszuführen; sie hat die Ueberzeugung, daß die Delegation in Bordeaux ihr kein Hinderniß bereiten wird."

Nach diesen vorläufigen Auseinandersetzungen zogen wir die verschiedenen Punkte in Berathung. Der Kanzler machte keinen Einwurf in Betreff des Prinzips des Waffenstillstands und der Berufung der Nationalversammlung. Nur hinsichtlich der Zeitdauer der Waffenruhe gingen wir in unsern Ansichten auseinander, einigten uns jedoch schließlich über eine Dauer von drei Wochen mit vorbehaltener Verlängerung.

Die Verhandlung wurde auf einmal lebhafter und langwieriger bei den Fragen, welche den Einmarsch in Paris, die Entwaffnung der Nationalgarde, das Schicksal unserer Gefangenen betrafen, und wir brauchten nicht weniger als drei Tage mit Reden und Gegenreden, mit Hin- und Herfahrten des Herrn von Bismarck zum Könige, zu Herrn Moltke und zurück, um zu einer Lösung zu kommen. Ich würde der Wahrheit untreu sein, wollte ich nicht anerkennen, daß ich bei diesen schmerzlichen Erörterungen den Kanzler stets bestrebt fand, die grausame Härte seiner Forderungen durch die Form zu mildern. Er ließ es sich soviel wie möglich angelegen sein, die militärische Strenge des Generalstabs, mit dem wir über die geringsten Einzelnheiten zu verhandeln hatten, zu mäßigen. In Betreff mehrerer Punkte war er so gefällig, sich zum Vertheidiger unserer Ansprüche zu machen, und ich glaube, ihm den Erfolg einiger Einwendungen zu verdanken, auf die ich um so mehr Werth legte, je größer das Unglück Derjenigen war, die ich in Schutz zu nehmen mich bemühte. . . . .

Die Frage des Einzuges der Deutschen in Paris gehörte zu denjenigen, welche die meisten Schwierigkeiten erregten. Der Entwurf, welchen ich nach meiner ersten Unterhaltung mit Herrn von Bismarck aufgesetzt hatte, enthielt darüber die einfachen Worte: „Die deutsche Armee wird nicht in Paris einmarschiren."

Wie oben erwähnt, hatte der Kanzler mir von vornherein bestimmt erklärt, daß dieser Artikel beim Könige und seinen militärischen Rathgebern niemals Annahme finden würde. Am folgenden Tage (24. Januar) bestätigte er diesen Ausspruch. „Wie", sagte er, „wollen Sie, daß wir unseren Truppen eine Klausel annehmbar machen, welche sie einer der kostbarsten Früchte ihres Sieges berauben würde? Sie belagern Ihre Stadt seit beinahe fünf Monaten. Wir haben sie ermuntert, indem wir ihnen den Einzug in Paris als Belohnung für

ihre Mühen, ihre Kämpfe, ihre Entbehrungen zeigten, und jetzt, da sie dem Ziele ihrer langwierigen Anstrengungen nahe sind, sollten wir sie hintergehen mit Dem, was der Gegenstand ihrer Hoffnungen und Träume war? Was würde Deutschland dazu sagen, wenn wir darauf verzichteten, von unserer Eroberung Besitz zu nehmen? Voll der Ehrfurcht gegen seinen erhabenen Souverän, würde es seine Minister der Schwäche und der Empfindsamkeit anklagen. Es hat uns schon unsere Lauheit vorgeworfen; es rechnet uns zum Verbrechen an, Sie geschont zu haben. Es würde uns nicht hart genug verurtheilen können, wenn wir sein Heer nicht der Ehre theilhaftig werden ließen, Ihre Umfassungsmauern zu überschreiten. Nehmen Sie an, daß Ihre Soldaten vor den Thoren von Berlin angekommen wären — sie würden sich durch keine Macht abhalten lassen, dort einen Triumphzug zu halten. Glauben Sie mir, wir haben die Vergangenheit nicht vergessen!"

Ich bat den Kanzler, mir ein näheres Eingehen hierauf zu erlassen. Weit entfernt, die Richtigkeit aller seiner Behauptungen anzuerkennen, hielt ich es in meiner Lage für angemessener, ihre Widerlegung nicht zu unternehmen. Ich beschränkte mich darauf, ihm zu sagen, daß ich in diesem Punkte nicht nachgeben könne; daß, wenn er verworfen würde, wir noch einmal das Waffenglück versuchen würden, daß, wenn wir besiegt werden sollten, die deutsche Armee ohne Bedingung in Paris einziehen, daselbst Besatzung halten und sich der Aufrechthaltung der Ordnung unterziehen könne. Ich erklärte die Art eines Mittelweges, wie Graf Bismarck ihn vorschlug, indem er den Einmarsch auf die Champs Elysées beschränken wollte, für unannehmbar; sie müßten die ganze Stadt besetzen und sich allen Gefahren dieses Unternehmens aussetzen. Ich beschwor ihn, dies in Betracht zu ziehen und den berechtigten Zorn einer Bevölkerung zu bedenken, welche durch Leiden und Krankheit gelichtet und beinahe seit Monatsfrist einem mörderischen Bombardement ausgesetzt sei. Es war leicht zu ahnen, zu welchen verzweifelten Schritten sie sich hinreißen lassen konnte. Meine Pflicht verbot mir, meine unglücklichen Mitbürger dieser letzten Prüfung zu unterwerfen, und ich sprach es als meine Ueberzeugung in dieser Hinsicht aus, daß ich ungeachtet meines lebhaften Wunsches, zu einem Ziele zu kommen, die Unterhandlungen lieber abbrechen als von meiner Forderung lassen würde.

Herr von Bismarck versprach mir, dem Könige über Alles zu berichten, was ich ihm gesagt hatte. Am folgenden Tage, Mittwoch, brachte er mir eine zusagende Antwort; jedoch war der Artikel, welcher dieselbe enthielt, anders gefaßt. Die Festsetzung bezog sich nur auf die Dauer der Waffenruhe. „Ich kann Ihnen keine Zusicherung geben", sagte mir der Kanzler, „daß diese Klausel beim Friedensschlusse wieder aufgenommen werden wird. Es wird dies von der allgemeinen Stimmung und von Ihrem Entgegenkommen abhängen. Ich hoffe, daß Sie uns dazu verhelfen werden, sie definitiv zu machen. Es ist für uns unmöglich, Ihnen mehr zu bewilligen. Dieses Zugeständniß wird uns außerordentlich schwer, ich kann Sie nur dringend auffordern, es anzunehmen ...."

Donnerstag (26.) Abends, nach einer langen Konferenz beim Grafen Moltke, waren wir beinahe über alle Hauptpunkte einig. Wir hatten nur noch militärische Details und einige Polizeimaßnahmen zu regeln und den formellen Vertrag aufzusetzen. Ueber alle diese Dinge hatte ich mich ausführlich mit dem Grafen Bismarck ausgesprochen, als dieser, während er mich zum Wagen begleitete, eindringlich zu mir sagte: „Ich glaube nicht, daß, nachdem wir so weit gekommen sind, ein Abbruch noch möglich wäre; wenn Sie derselben Ansicht sind, wollen wir heute Abend das Feuer einstellen.“

„Ich würde Sie schon gestern darum gebeten haben“, erwiederte ich tiefbewegt; „da ich aber das Unglück habe, das besiegte Paris zu vertreten, so wollte ich nicht um eine Gunst bitten. Ich nehme gern Ihr Anerbieten an; es ist der erste Trost, den ich in unserem Unglück empfinde. Es war mir ein unerträglicher Gedanke, daß unnützes Blut vergossen wird, während wir über die Bedingungen einer Waffenruhe beschließen.“

„Gut denn!“ erwiederte der Kanzler; „es ist abgemacht, daß wir beiderseits Befehl ergehen lassen, damit das Feuer um Mitternacht schweigt. Sorgen Sie dafür, daß Ihre Befehle streng ausgeführt werden.“

Ich versprach es, bat ihn jedoch um die Erlaubniß, daß von unserer Seite der letzte Schuß fallen dürfe.

Es war 9 Uhr Abends, als ich bei der Sèvresbrücke über die Seine setzte. Der Brand von St. Cloud dauerte noch fort. Da sie von unserer Ueberfahrt natürlich nicht benachrichtigt waren, so feuerten unsere Kanoniere vom Point du jour nach Herzenslust; zwei ihrer Granaten schlugen in den Fluß, während wir ausstiegen. Es wäre eine wunderbare Fügung gewesen, wenn eine von ihnen in so rauher Weise meine Sendung unterbrochen hätte.

Um $^3/_4$ 12 Uhr stand ich auf dem steinernen Balkon des Hotels der Auswärtigen Angelegenheiten, welches die Seine überragt. Die Artillerie unserer Forts und diejenige der deutschen Armee ließen ihre furchtbaren Donnerschläge vernehmen. Mitternacht schlug. Ein letzter Schuß krachte, weithin wiederholt von einem Echo, welches schwächer ward und verstummte, dann herrschte ringsum Schweigen. Es war seit langen Wochen die erste Ruhe.“ —

In den folgenden Tagen wurden die Unterhandlungen im Hauptquartier mit Jules Favre unter Hinzuziehung französischer Militärs — zuerst Marquis de Beaufort d'Hautpoul, später General Valdan, Chef des Generalstabs bei Vinoy — fortgesetzt. Sie führten am 28. Januar Abends zum Abschluß der Konvention von Versailles, derzufolge die sämmtlichen Forts der äußeren Vertheidigungslinie von Paris übergeben wurden, die Besatzung für kriegsgefangen erklärt wurde und ein Waffenstillstand von 21tägiger Dauer eintrat (bis 19. Februar Mitternachts).

Die Zeit der Waffenruhe mußte auf französischer Seite benutzt werden, um zum Abschluß des Friedens zu gelangen. Für den 8. Februar wurden von der

Regierung in Paris die Wahlen ausgeschrieben; am 12. sollte die Nationalversammlung in Bordeaux eröffnet werden. Die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstands wurde jedoch nicht allerseits beifällig aufgenommen. Gambetta in Bordeaux zeigte sich bei ihrem Empfange leidenschaftlich erregt; er ordnete neue Rüstungen an und erließ das bekannte Dekret (31. Januar), demzufolge ganze Klassen der Bevölkerung, insbesondere alle Diejenigen, welche unter dem Kaiserreich als Minister, Senatoren, Staatsräthe oder Präfekten ein Amt bekleidet hatten oder als Kandidaten für ein solches bezeichnet worden waren, von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden sollten. Graf Bismarck protestirte sogleich in einem Telegramm an Gambetta (2. Februar), sowie in einem Schreiben an Favre (3. Februar) gegen diese Verletzung der Konvention, in welcher eine „freigewählte" Versammlung ausdrücklich bedingt war, und Jules Favre war ehrlich genug, die Berechtigung dieses Protestes anzuerkennen; er erklärte in einem Regierungserlaß (5. Februar) das Dekret Gambetta's für null und nichtig. Die letzten Anstrengungen der Anhänger Gambetta's, um diesen zum „Diktator der Französischen Republik" auszurufen und von Bordeaux aus noch einmal den Kriegsbrand über ganz Frankreich zu verbreiten, blieben erfolglos. Gambetta sah sich genöthigt, seine Entlassung einzureichen (6. Februar).

In dieser Zeit, als die Wahlen zur Nationalversammlung vor sich gingen, richteten sich die Blicke der besonnenen Franzosen mehr und mehr auf den Staatsmann, der dazu bestimmt war, in seinem hohen Alter noch einmal eine Rolle in der Geschichte Frankreichs zu spielen, und dessen bescheidenes Zimmer im Hotel de France zu Bordeaux jetzt nicht leer wurde von Fürsprechern und Parteiagenten, auf Adolf Thiers. Am 12. Februar wurde die Nationalversammlung eröffnet, und wenige Tage darauf (17. Februar) wurde Thiers von ihr mit großer Mehrheit zum „Chef der Exekutivgewalt der Französischen Republik" ernannt, welcher sein Amt unter der Souveränetät der Nationalversammlung verwalten und selbständig die Minister für die einzelnen Zweige wählen sollte.

Dem einsichtigen Staatsmann konnte es nicht zweifelhaft sein, daß Frankreich völlig außer Stande war, den Krieg wieder aufzunehmen, und daß die Bedingungen des Friedens allein von der Großmuth des Siegers abhingen. Aber seit den Verhandlungen im November hatte Bismarck kein Wort mehr über den Frieden verlauten lassen, und Thiers mußte fürchten, daß jetzt unter den veränderten Verhältnissen seine Bedingungen bedeutend schärfer ausfallen würden.

Am Sonntag den 19. Februar reisten Thiers und Favre, welcher das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten unter Thiers behalten hatte, von Bordeaux nach Versailles ab. Eine Kommission von 15 Mitgliedern war aus dem Schoße der Nationalversammlung erwählt worden, um von ihnen Mittheilungen über den Verlauf der Unterhandlungen entgegenzunehmen und die Versammlung darüber in Kenntniß zu halten. In derselben befanden sich Pouyer-Quertier, der General Aurelles de Paladines, der Admiral de la Roncière u. A.

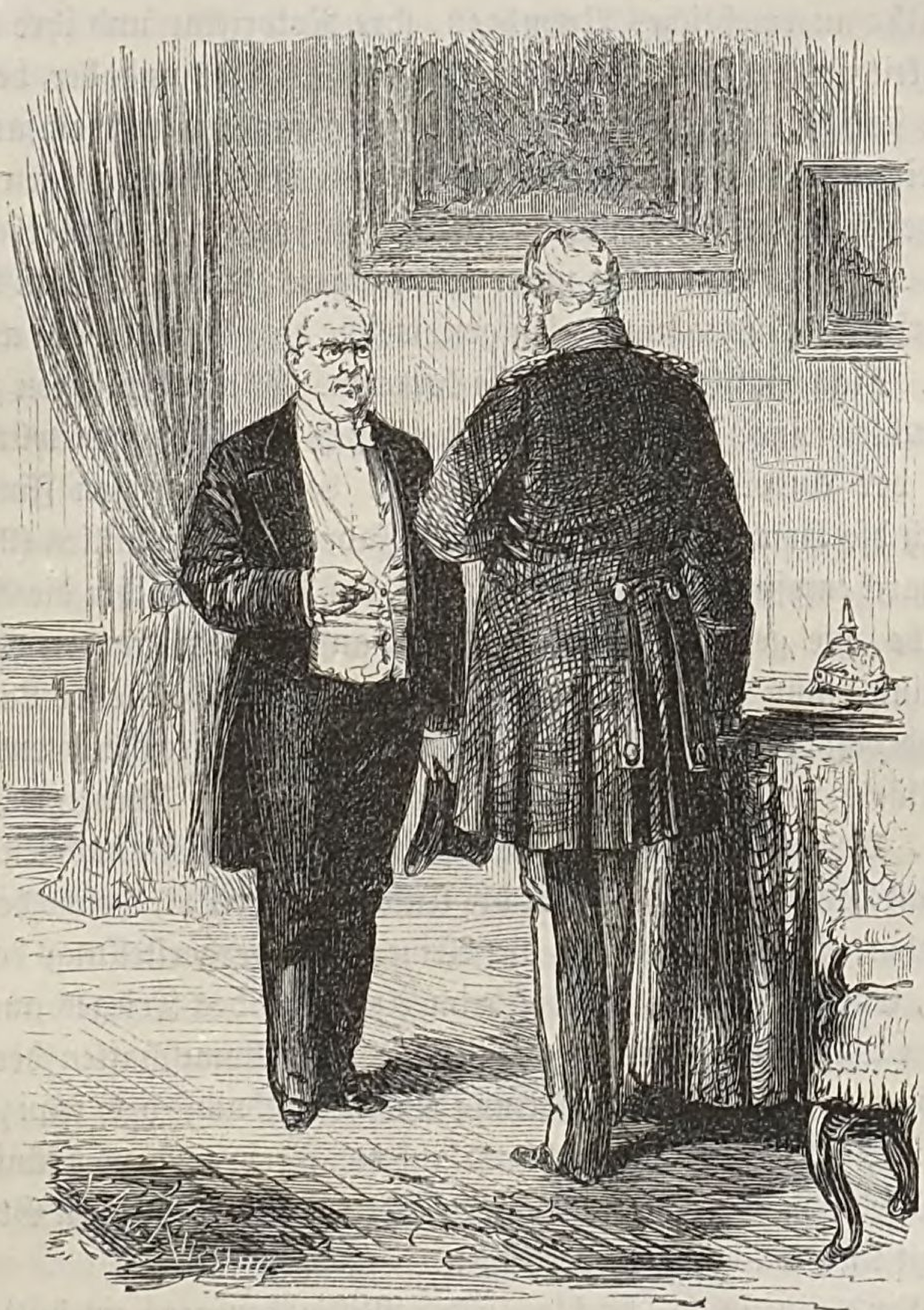
Am 21. Februar traf Thiers in Versailles ein; es war derselbe Tag, an welchem der Waffenstillstand, der nach der Uebergabe von Belfort (12. Februar) noch um zwei Tage verlängert worden war, zu Ende ging. Thiers hatte darauf bestanden, seinen ersten Besuch im Deutschen Hauptquartier allein zu machen, und seine Gefährten in Paris zurückgelassen. Graf Bismarck empfing ihn auch dieses Mal mit großer Zuvorkommenheit und willigte ohne Umstände in eine weitere Verlängerung des Waffenstillstands um fünf Tage, d. h. bis zum 26. Februar Mitternachts.

Durch Bismarck's Vermittelung hatte Thiers auch die Ehre, vom Kaiser in einer Audienz empfangen zu werden, nachdem dieser ihm den Wunsch hatte ausdrücken lassen, daß er sich aller politischen Erörterungen bei derselben enthalten möge, da es die Gewohnheit des Kaisers sei, von der er nicht abgehen wolle, alle politischen Angelegenheiten nur durch Vermittelung des Kanzlers an sich gelangen zu lassen. Dessenungeachtet konnte Thiers die schwebende Frage nicht ganz unberührt lassen und schilderte mit seiner bekannten Beredsamkeit die Gefahren, welche die beiden Nationen, ja ganz Europa, laufen würden, wenn der Friede den Keim eines neuen Krieges enthalten sollte. Der Kaiser entgegnete ihm, daß er es nicht gewesen sei, der diesen Krieg gewollt habe, daß er die Lage Frankreichs bedauere, aber jetzt beim Friedensschlusse das Interesse Deutschlands vor jedem anderen zu Rathe ziehen müsse.

Ueber die Friedensbedingungen sprach sich Bismarck gegen Thiers sehr bestimmt und bündig aus. Er forderte ganz Elsaß mit Einschluß von Belfort, die Stadt und Festung Metz, einen Theil von Lothringen und eine Kriegsentschädigung von 6 Milliarden Francs.

Diese Forderungen waren durchaus gemäßigt und durch die Verhältnisse begründet. Sie blieben weit zurück hinter den Bedingungen, welche Frankreich nach allen früheren Friedensschlüssen dem besiegten Gegner auferlegt hatte, und schonten in jeder Weise das französische Nationalgefühl. Da war nicht die Rede von einer Auslieferung von Kriegsschiffen, von einer Zurückführung der Armee auf einen bestimmten Stand, von einer Schleifung der Pariser Festungswerke, — einer Bedingung, deren materieller Werth wol die Milliarden der Kriegsentschädigung aufgewogen haben würde; — Bismarck hatte sich begnügt, nur Dasjenige zu verlangen, was er zur Sicherung und Schadloshaltung Deutschlands für nothwendig erachtete. Er war deshalb auch nicht Willens, über den Hauptinhalt dieser Forderungen, deren Berechtigung er seit Beginn des Krieges oft genug vor aller Welt dargethan hatte, hier noch einen Streit zuzulassen, sondern er stellte dieselben gewissermaßen als ein Ultimatum auf, von welchem der Kaiser und seine Verbündeten nicht abgehen würden. Die französischen Unterhändler suchten jedoch in jedem einzelnen Punkte eine Ermäßigung zu erlangen und im Kleinen wiederzugewinnen, was sie im Großen aufgeben mußten; sie stellten dadurch die Geduld des Kanzlers auf eine harte Probe.

Am 22. Februar kam Thiers zum zweiten Male — und zwar nochmals allein — nach Versailles. Er legte sein Fürwort insbesondere für Metz ein, dessen Verlust ihn tief schmerzte, aber er fand den Kanzler unbeugsam. Derselbe erklärte ihm, daß jede weitere Erörtung hierüber nutzlos sei, und daß es im Interesse Frankreichs liege, die Friedenspräliminarien sobald wie möglich anzunehmen, da der Kaiser den ausdrücklichen Wunsch kundgegeben habe, einer abermaligen Verlängerung des Waffenstillstands enthoben zu sein.



Thiers vor dem Deutschen Kaiser in Versailles (21. Februar 1871).

Da Thiers auch die geforderte Kriegsentschädigung von 6 Milliarden als eine unerschwingliche bezeichnete, deren Zahlung alle Kapitalisten und Eigenthümer Frankreichs ruiniren und eine vollständige Verwirrung auf allen Geldmärkten Europa's hervorrufen würde, so stellte Graf Bismarck ihm zwei Finanzmänner aus Deutschland, die Herren von Bleichröder und Graf Henckel, vor, welche bereit waren, den französischen Unterhändlern Vorschläge für die Erledigung der Kriegsschuld in einer für Frankreich wenig empfindlichen Weise zu machen.

Beide Herren erschienen auf besonderen Wunsch des Herrn Thiers am folgenden Tage (23. Februar) im Hotel der Auswärtigen Angelegenheiten zu Paris, um das von ihnen ersonnene System vor der Funfzehner-Kommission in längerem Vortrage darzulegen. Sie scheinen jedoch hier nach den Mittheilungen des Herrn Favre nicht vielen Beifall gefunden zu haben. Derselbe schreibt: „Jedermann in Europa, der mit Geldangelegenheiten zu thun hat, kennt, wenigstens dem Namen nach, die Herren „Black Schröder" und „Graf Henkel". Ihr unermeßliches Vermögen, ihre Notorietät und ihre unbestrittene Geschicklichkeit stellen sie in die vorderste Reihe. Dies und der besondere Umstand, daß sie sich im rechten Augenblicke im Hauptquartier einfanden, bereit, auf ein Zeichen unsers unerbittlichen Siegers Münze zu prägen, gab ihnen zu ihren persönlichen Verdiensten einen für diesen Zweck sonderbar geschickten Charakter.... Sie verweilten unter uns längere Zeit und hatten Antwort auf alle Einwürfe, mit Ausnahme derjenigen, welche die Höflichkeit auf unsern Lippen zurückhielt. Man mußte zum Schlusse kommen. Wir gaben ihnen zu verstehen, daß, ungeachtet seines Unglücks, Frankreich sich selbst genügen würde."

Nach der Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Finanzmännern begaben sich die Herren Thiers und Jules Favre nach Versailles (23. Februar). Graf Bismarck empfing sie mit der Nachricht, daß der König ihm die Genehmigung ertheilt habe, die geforderten Kriegsgelder auf fünf Milliarden zu ermäßigen. Auf ihre Einwendungen, daß auch diese Summe eine erdrückende Last für Frankreich sei und daß Deutschland mit zwei Milliarden hinreichend entschädigt sein würde, erklärte Bismarck ihnen, daß die Kriegskosten allein zwei Milliarden überstiegen. Er rechnete hinzu die Pensionen für die Verwundeten, die Unterstützungen an Wittwen und Waisen, die Unkosten aller Art, welche der Regierung zur Last fielen, Belohnungen an die Armee, Wiederherstellung des zerstörten Materials, Entschädigungen an die beim Ausbruch des Krieges aus Frankreich vertriebenen Deutschen, sowie an die Rheder und Mannschaften der von Frankreich gekaperten Schiffe, Unterhaltung und Besoldung der französischen Gefangenen, und sagte, daß Deutschland auf der Forderung von fünf Milliarden bestehen müsse, ohne gegen die unter den Völkern herkömmlichen Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit zu verstoßen.

Auch Lord Granville glaubte, in der Milliardenfrage ein billiges Wort zu Gunsten Frankreichs sprechen zu sollen, und that es in einem Telegramm, welches er dem Botschafter in Berlin Lord Loftus übersandte, und dessen Inhalt an demselben Tage (24. Februar) dem Grafen Bismarck in Versailles durch Odo Russell mitgetheilt wurde.

Daß Graf Bismarck durch diese vielen Schwierigkeiten ermüdet wurde und sich den französischen Unterhändlern nicht immer gleich liebenswürdig und entgegenkommend zeigte, liegt auf der Hand. Jules Favre theilt in dieser Beziehung (in seinem Werke „Gouvernement de la défense nationale") eine kleine

Episode mit, die allerdings nach deutschen Berichten sich etwas abweichend zugetragen zu haben scheint.

„Am Sonnabend (25. Februar) Morgens“, erzählt Favre, „fanden wir den Grafen besonders erregt. Sein Empfang war kühl und vornehm. Er zeigte sich mehr als ungeduldig und warf Herrn Thiers vor, daß er auf Dinge zurückkäme, die bereits erörtert und abgemacht wären. Er klagte uns an, daß wir nach Vorwänden suchten, um die Unterhandlungen in die Länge zu ziehen. Seine Sprache war heftig, beinahe auffahrend, sein Ton schneidend. In einer lebhaften Aufwallung rief er: „Ich sehe wohl, Sie verfolgen kein anderes Ziel, als den Krieg wieder anzufangen. Sie werden dabei die Unterstützung und die Rathschläge Ihrer guten Freunde, der Engländer, finden.“ Er sagte, die beste Art, um zu beweisen, daß unser Wunsch mit dem seinigen einer schnellen und friedlichen Lösung übereinstimme, würde sein, wenn wir definitiv die Zahlung der Kriegsentschädigung regeln wollten, und empfahl uns für diesen Zweck ein System mit Zahlungen in kurzen Fristen und mit Finanzmitteln, durch welches noch einmal die beiden Persönlichkeiten, die sein Vertrauen genossen, auf die Bühne geführt wurden.

Herr Thiers erwiederte ihm: „Was Sie uns mittheilen, ist neu, verwickelt, technisch. Sie haben es seit lange mit dem Beirath hervorragender Finanzmänner vorbereitet. Wir fordern die Gegenseitigkeit. Herr Alfons von Rothschild ist in Paris. Sie schätzen wie ich seine große Erfahrenheit, seine vollkommene Rechtlichkeit. Ich werde ihm ein Telegramm schicken. Nachdem ich mit ihm gesprochen, werde ich sicher sein, mich nicht zu irren.“

Graf Bismarck konnte diesen Vorschlag nicht zurückweisen, er verursachte ihm jedoch sichtliches Unbehagen. Als die Unterredung wieder aufgenommen wurde, gerieth er mehr und mehr in Erregung, unterbrach den Redner öfters, sagte, daß er sich unwohl, erschöpft und außer Stande fühle, sich weiter in eine Auseinandersetzung einzulassen, die man zu einer unfruchtbaren zu machen sich gefalle. Endlich, indem er sich einem Ausbruch seiner Gefühle überließ und mit großen Schritten im Saale auf und nieder ging, rief er aus: „Ich bin sehr gutmüthig, daß ich die Strafe hinnehme, zu der Sie mich verurtheilen. Unsere Bedingungen sind Ultimatums; man muß sie annehmen oder verwerfen. Ich will mich nicht mehr darum kümmern. Bringen Sie morgen einen Dolmetscher mit; ich werde von jetzt an nur deutsch sprechen....“

Glücklicherweise hatte es 5 Uhr geschlagen. Man meldete, daß das Diner angerichtet sei. Wir lehnten die Einladung daran Theil zu nehmen ab, so höflich sie uns auch angetragen ward.

Bald nach 7½ Uhr kam Herr von Rothschild. Von der schwebenden Frage in Kenntniß gesetzt, theilte er durchaus die Ansicht des Herrn Thiers. Dieser ließ sogleich Herrn von Bismarck davon Mittheilung machen. Der Graf holte uns darauf selbst ab und führte uns in den Saal, wo die Tafel noch gedeckt

und seine Tischgesellschaft noch vereinigt war. Er war zuvorkommend und verbindlich, als wolle er den kleinen Vorfall vergessen machen. Thiers schien noch verletzt, aber nachgiebig; es wäre seinerseits sehr unpolitisch gewesen, eine andere Haltung anzunehmen. Uebrigens wußte er ungeachtet der peinlichen Eindrücke, die er so eben empfangen hatte, in ihrem vollen Werthe die Eigenschaften des Kanzlers zu schätzen, der von allen unseren Feinden es im Grunde vielleicht am wenigsten war."

So weit Jules Favre. Von anderer Seite wird der Vorgang etwas anders erzählt: „Ermüdet durch die unerschöpfliche Redeflut des Herrn Thiers faßte Graf Bismark am Schlusse der Sitzung in klarer Darlegung die Bedingungen noch einmal zusammen, welche das Mindeste der deutschen Forderungen enthielten. Als er dabei wieder der Kriegsentschädigung in der Höhe von fünf Milliarden erwähnte, fuhr der kleine, leidenschaftliche Greis empört vom Stuhle auf und rief: „Ah, c'est une spoliation véritable, c'est une vileté!" („Das ist eine wahre Beraubung, eine Schlechtigkeit!")

„Ich bedauere", entgegnete Graf Bismarck gelassen, „aus dieser mir unverständlichen Aeußerung ersehen zu müssen, daß ich des Französischen doch nicht so mächtig bin, als es wünschenswerth wäre, um unsere Unterhandlungen in französischer Sprache fortsetzen zu können. Wir werden uns deshalb der deutschen Sprache bedienen müssen, umsomehr, als ich keinen Grund erkennen kann, warum wir dies nicht von Anfang an gethan haben."

Graf Bismarck sprach von dem Augenblicke an deutsch, und Herr Thiers sah sich veranlaßt, dasselbe zu thun, jedoch machte der Gebrauch der fremden Sprache ihm so viele Schwierigkeiten, daß darüber sein Zorn sich abkühlte. Er wurde ruhiger und machte schließlich so erhebliche Zugeständnisse, daß Bismarck lächelnd sagte: „Auf dieser Basis bin ich bereit, die Verhandlungen in französischer Sprache wiederaufzunehmen." —

Die Verhandlungen bezüglich der von deutscher Seite geforderten Gebietsabtretungen stießen auf nicht geringere Schwierigkeiten. Jules Favre berichtet darüber:

„— Der Kanzler schien nicht berührt von dem Beweisgrunde, welchen wir aus der Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges zogen, den der Verlust unserer Provinzen zur Folge haben würde. „Das ist unsere Sache", antwortete er uns; „wir sind auf einen Angriff vorbereitet und hoffen nicht überrascht zu werden."

Wir machten mit aller Energie, deren wir fähig waren, die Erwägungen geltend, welche die Stadt Metz dem Unglück einer preußischen Annexion entziehen sollten. Unsere Anstrengungen blieben fruchtlos. Sie wären es auch in Bezug auf Belfort gewesen, wenn Herr Thiers in seinem Muthe, seinem Patriotismus, seinem Schmerz nicht eine so überzeugende Sprache gefunden hätte, daß Herr von Bismarck sich bewegen ließ. Nachdem er mit seiner unnachahmbaren Beredsamkeit auf die ungeheuere Größe unsrer Opfer, auf die unerhörte

Härte hingewiesen hatte, welche uns außer der Verstümmelung unseres Gebiets ein erdrückendes Lösegeld auferlegte, auf die alten Bande, welche uns an eine Stadt fesselten, die niemals zu Deutschland gehört und nichts von deutschem Wesen an sich hatte, und als er auch dann noch die Unbeugsamkeit seines Mitsprechers erkannte, rief er: „Nun denn, sei es, wie Sie wollen, Herr Graf! Diese Unterhandlungen sind also nur ein Vorgeben. Wir haben den Schein, mit Ihnen zu berathen, sollen aber durch Ihr Joch gehen. Wir verlangen eine rein französische Stadt, Sie verweigern sie uns; das heißt eingestehen, daß Sie einen Vernichtungskrieg gegen uns beschlossen haben. Führen Sie denselben! Rauben Sie uns unsere Provinzen, brennen Sie unsere Häuser nieder, erwürgen Sie die friedlichen Einwohner, mit einem Worte: vollenden Sie Ihr Werk! Wir werden Sie bis zum letzten Athemzuge bekämpfen; wir werden vielleicht erliegen, aber nicht entehrt sein!"

Dies war der Sinn, wenn auch nicht der Wortlaut dieser eindringlichen Ansprache. Herr von Bismarck schien davon ergriffen. Die tiefe Bewegung des Herrn Thiers hatte ihn gewonnen. Er antwortete ihm, daß er verstünde, wie er leiden müsse, und daß er sich glücklich schätzen würde, ihm ein Zugeständniß machen zu können. „Aber", fügte er hinzu, „es würde mir schlecht anstehen, Ihnen Etwas zu versprechen, was ich Ihnen nicht zugestehen darf. Der König hat mir befohlen, seine Bedingungen aufrecht zu erhalten; er allein hat das Recht, sie zu mildern. Ich habe seine Befehle zu empfangen. Dennoch ist es wichtig, daß ich mit dem Grafen Moltke mich berathe. Wenn ich seine Zustimmung habe, werde ich stärker sein." Er ging hinaus.

Nach Verlauf einer Viertelstunde kehrte er zurück. Der König war auf der Spazierfahrt und wurde erst zur Tafel zurückerwartet. Graf Moltke war gleichfalls abwesend. Man kann sich unsere Beklommenheit vorstellen. Sie steigerte sich, als nach ungefähr einer halben Stunde Graf Moltke angemeldet wurde. Wir sahen ihn nicht, Graf Bismarck schloß sich mit ihm ein.

Ich glaube nicht, daß jemals ein Angeklagter sein Verdikt mit einer mehr fieberhaften Angst erwartet hat. Unbeweglich und stumm folgten wir mit bestürzten Blicken dem vorrückenden Zeiger der Uhr, welcher die Stunde unsers Urtheilsspruches angeben würde. Die Thüre öffnete sich, und auf der Schwelle stehend, sagte Herr von Bismarck zu uns: „Ich habe dem Willen des Kaisers gemäß den Einmarsch unserer Truppen in Paris fordern sollen. Sie haben mir Ihr Widerstreben und Ihre Befürchtungen vorgehalten und mit Nachdruck das Aufgeben dieser Klausel gefordert. Wir verzichten darauf, wenn Sie Ihrerseits uns Belfort lassen."

Es war eine Minute voll unaussprechlicher Qual; aber wir waren einig, ohne uns berathen zu haben. Ein Blickwechsel genügte. Herr Thiers übersetzte den Sinn derselben in patriotische Worte: „Nichts", sagte er, „wird dem Schmerz von Paris gleichen, wenn es die Thore seiner unentweihten Mauern

dem Feinde öffnet, welcher sie zu bewältigen nicht vermochte. Deshalb haben wir Sie beschworen, wir beschwören Sie noch, ihm diese unverdiente Demüthigung nicht aufzuerlegen. Nichtsdestoweniger ist es bereit, den Kelch bis auf die Hefe zu leeren, um dem Vaterlande ein Fleckchen seines Bodens und eine heroische Stadt zu erhalten. Wir danken Ihnen, Herr Graf, daß Sie uns Gelegenheit geben, unser Opfer zu veredeln. Die Trauer von Paris wird das Lösegeld für Belfort sein, welches wir jetzt beharrlicher als jemals für uns in Anspruch nehmen."

„Ueberlegen Sie es wohl!" sagte der Graf. „Vielleicht werden Sie es bereuen, diesen Vorschlag zurückgewiesen zu haben."

„Wir würden unsere Pflicht verletzen, wenn wir ihn annähmen," versetzte Herr Thiers.

Die Thüre schloß sich und die beiden Preußen nahmen ihre Berathung wieder auf.

Sie schien uns ein Jahrhundert zu dauern. Nach dem Aufbruch des Grafen Moltke gab Graf Bismarck uns zu verstehen, daß er nur noch nöthig habe, den König zu gewinnen. Ungeachtet unserer Ungeduld wartete er, bis der König sein Mahl beendigt hatte. Gegen 6½ Uhr begab er sich zu ihm. Um 8 Uhr erntete Herr Thiers die Frucht seiner heldenmüthigen Anstrengung. Er hatte Belfort für Frankreich gerettet."

Bis zum 25. Februar Abends waren sämmtliche Artikel der Friedenspräliminarien besprochen und formulirt. Am Sonntag, 26. Februar, versammelten sich in der Wohnung des Grafen Bismarck außer den Herren Thiers und Favre noch die Bevollmächtigten für Bayern, Württemberg und Baden, Graf Bray-Steinburg, Freiherr von Wächter und Jolly. Der Friedensvertrag wurde vorgelesen und von allen Seiten genehmigt. Graf Bismarck ergriff eine kostbare goldene Feder, welche ihm vor ungefähr drei Monaten aus dem kunstreichen Pforzheim für diese Stunde übersandt worden war. „Ich darf unter Gottes Beistand versprechen," hatte er damals in seinem Dankschreiben dem Geber geantwortet, „daß sie in meiner Hand nichts unterzeichnen soll, was deutscher Gesinnung und des deutschen Schwertes nicht würdig wäre." Eingedenk dieses Versprechens setzte er seinen Namen unter den Friedensvertrag. Es folgten die anderen Bevollmächtigten. Als Thiers die Feder niederlegte und Bismarck ihm die tiefe innere Bewegung anmerkte, mit welcher er die Unterschrift vollzogen hatte, reichte er ihm die Hand und sagte: „Sie sind der Letzte, welchem Frankreich diesen Schmerz hätte auferlegen sollen; denn von allen Franzosen haben Sie ihn am wenigsten verdient."

Die Hauptbedingungen der Friedenspräliminarien bestanden bekanntlich in der Abtretung des Elsaß mit Ausnahme von Belfort und von Deutsch-Lothringen mit Zurechnung von Metz sowie in der Zahlung von fünf Milliarden Francs Kriegskosten binnen drei Jahren. Die Räumung Frankreichs durch die

deutschen Truppen sollte in gleichem Schritte mit der Zahlung der Kriegskosten durch Frankreich stattfinden.

Um der Nationalversammlung Zeit zur Ratifikation zu geben, war außerdem noch eine Konvention zur Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 12. März abgeschlossen worden. Die Klausel in Betreff des Nichteinmarsches der deutschen Armee in Paris war in derselben durch eine Bestimmung ersetzt worden, nach welcher die deutschen Truppen in einer Stärke von 30,000 Mann in Paris einmarschiren und einen näher begrenzten Stadttheil besetzen würden.



Die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in Versailles den 26. Februar 1871.

Am 1. März Mittags erfolgte bei hellem Frühlingswetter unter den Klängen alter Siegesmärsche der Einzug der deutschen Heeresabtheilungen durch das Bois de Boulogne, die breite Siegesstraße, den Triumphbogen und die Champs Elysées bis zu den Tuilerien. Es bedurfte dieses Schlußaktes des großen Krieges, um den Wahn zu zerstören, daß die Mauern von Paris für die „deutschen Barbaren" heilig und unnahbar bleiben müßten, oder daß die

Sieger von Metz und Sedan aus Furcht vor den Pariser Volkshaufen der Stadt den Rücken gekehrt hätten.

Am Nachmittag desselben Tages machte auch Graf Bismarck der französischen Hauptstadt einen Besuch. Er ritt in seinem bekannten Kürassierrock im Schritt die Straße bis zum Triumphbogen hinab, blieb hier einige Minuten halten, wandte sein Pferd und ritt auf Neuilly zurück. Aus den Volkshaufen, die zu beiden Seiten der Avenue standen, drängte sich plötzlich ein schlecht gekleideter Mensch mit verwildertem Antlitz bis nahe an sein Pferd, rief ihn mit Namen und stieß ein grobes Schimpfwort in französischer Sprache aus. Bismarck that dem Menschen nicht den Gefallen, ihn verhaften zu lassen und den Namen desselben mit dem Rufe dieser Heldenthat der Geschichte zu überliefern, sondern er ritt, fast ohne ihn eines Blickes zu würdigen und gelassen seine Cigarre rauchend, weiter die Avenue hinauf.

In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März hatte bereits die Versammlung in Bordeaux sich für die Annahme der Friedenspräliminarien (mit 546 gegen 107 Stimmen) ausgesprochen. Der Wunsch, der Hauptstadt einen „großen Schmerz" — den Einmarsch oder doch das längere Verweilen der deutschen Truppen in ihren Mauern — zu ersparen, mochte wol das Meiste zu einer solchen Beschleunigung ihrer Arbeiten beigetragen haben. Am 2. März Nachmittags überbrachte Jules Favre dem Grafen Bismarck den Beschluß der Natinalversammlung; an demselben Tage vollzog Kaiser Wilhelm die Ratifikation der Friedenspräliminarien. Schon am folgenden Tage verließen die deutschen Truppen die unwirthliche fremde Hauptstadt. Im deutschen Hauptquartier wurden die Vorbereitungen zur Heimkehr getroffen.

Friedensglocken klangen im Vaterlande, Friedensbotschaft zog in die Herzen. Wer Einen der Lieben im Felde stehen hatte, der hörte auf zu fürchten und zu sorgen und freute sich in der Hoffnung fröhlichen Wiedersehens, und wer Einen betrauerte, der da auf ferner, fremder Aue gefallen war, der getröstete sich dessen, daß der errungene Kampfpreis des vergossenen Blutes würdig sei.

Der deutsche Kanzler hatte sich beim Friedensschlusse allein von praktischen Gesichtspunkten leiten lassen. Er wollte dem deutschen Vaterlande solche Grenzen schaffen, innerhalb derer die Enkel, geschützt vor der Habgier des Nachbarvolkes, den Aufgaben des Friedens und Fortschritts ungestört sich widmen könnten. Sein Streben in der Politik war frei von jeder Romantik, aber es war hier an demselben Ziele angekommen, welches die Edlen des Volkes seit Jahrhunderten geträumt und ersehnt hatten. Das neuerstandene, einige Deutsche Reich empfing als Morgengabe im ehrenvollen Frieden seine oft betrauerten und beweinten alten Reichslande zurück. Mochten diese selbst sich auch noch sträuben, dem treuen Mutterlande wieder anzugehören, dem sie seit zwei Jahrhunderten entfremdet gewesen waren; — noch hatten jene Bande ihre Zauber nicht verloren, welche fester als staatliche Formen, als Waffenbrüderschaft und

als materielle Interessen die Herzen untereinander verbinden und auf welchen die Hoffnung beruht, daß das wiedererrungene Elsaß und Deutsch-Lothringen in Zukunft wieder, wie in alter Zeit, treue und tüchtige Glieder des großen Vaterlandes werden möchten — vor Allem die Bande der gemeinsamen Sprache; klingen doch schon heute versöhnliche Stimmen aus dem Elsaß zu uns herüber und klang es doch schon damals, beim Friedensschlusse, in den „Vaterlandsliedern" des Elsassers Karl Hackenschmidt:



Am Triumphbogen in Paris.

„Du Münsterthurm, so hoch und schön,
Du Strom, der uns umzieht,
Ihr Eichen auf des Wasgau's Höh'n,
Auf, werdet Klang und Lied!

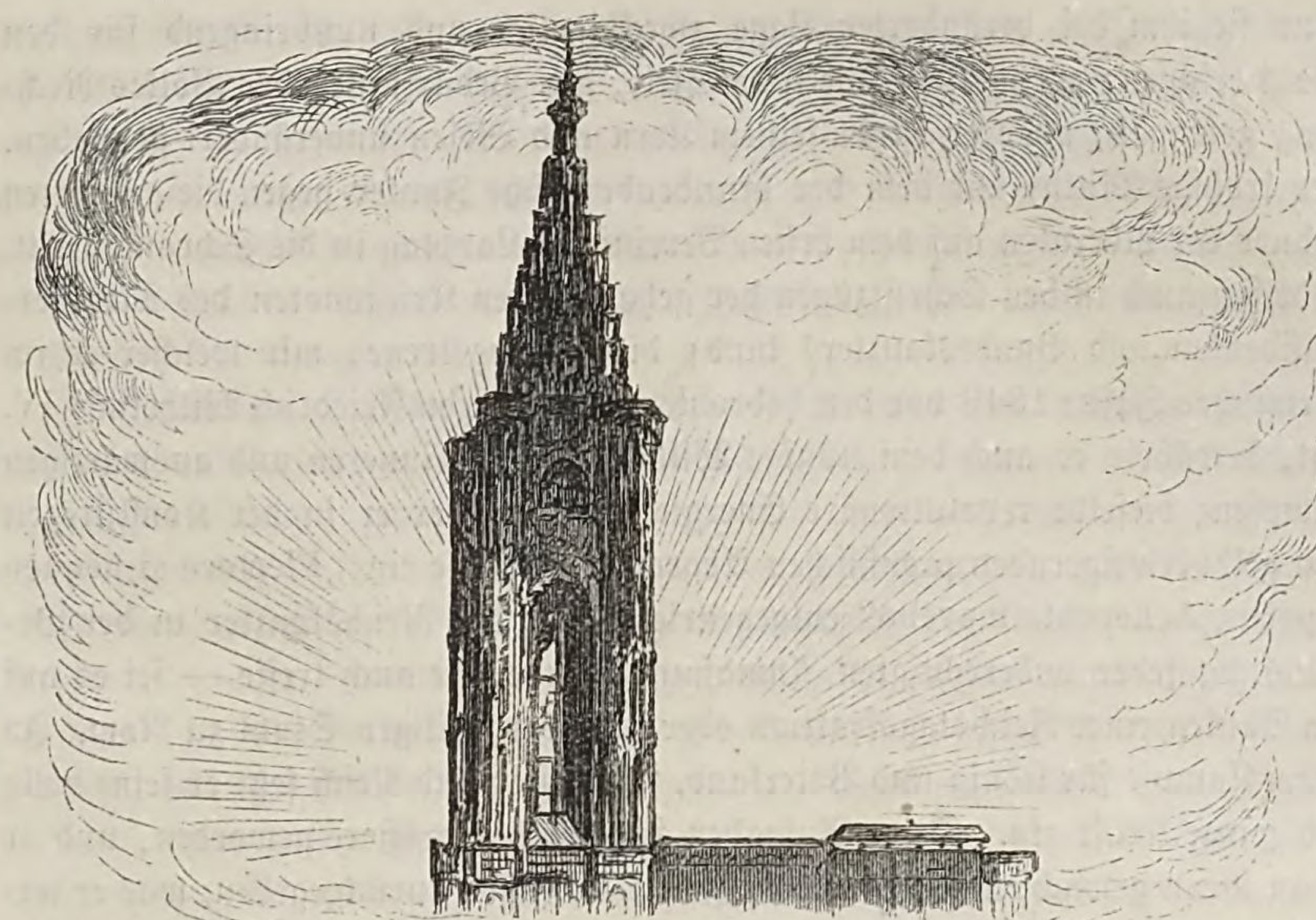
Und bringt den Dank aus frommem Trieb
Dem Ritter, gottgesandt,
Den Gruß in alt' und neuer Lieb'
Dem großen Vaterland!"

Nachdem die Arbeit im Felde gethan war, schickte sich Bismarck an, mit den gesegneten Früchten derselben die Heimfahrt anzutreten, wo andere Arbeit seiner wartete. Am 6. März verließ er Versailles und nahm mit seinen sämmt-

lichen Begleitern das erste Nachtquartier in Lagny=Thorigny bei „Mutter Simon", der treuen Pflegerin der deutschen Krieger, welche auch ihr Bestes für seine Pflege that, der ja aus einem doppelten Feldzuge heimkehrte. Zwei Tage später kam er durch Frankfurt a. M., wo Alles in später Abendstunde nach dem Bahnhofe strömte, um den berühmten Mann, der so lange in Frankfurts Mauern geweilt hatte, zu begrüßen. Wie hatte sich doch so Manches in wenig mehr als einem Jahrzehnt der Weltgeschichte geändert! Was war aus der freien deutschen Reichsstadt und Residenz des Bundestages, was aus dem preußischen Bundestagsgesandten geworden! — Viele der ehemaligen Bekannten wurden von ihm auf dem Bahnhof erkannt und begrüßt. Selbst der Fleischer, von dem Frau von Bismarck ehedem die beliebten Würste bezog, hatte sich mit einem Kistchen voll dieses löblichen Fabrikats eingefunden, und Bismarck überzeugte sich an Ort und Stelle durch einen kräftigen Imbiß, daß sie noch ebenso gut schmeckten wie ehedem. Auf allen Stationen, die er auf der Weiterreise berührte, begrüßten und beglückwünschten ihn seine deutschen Landsleute. Am 11. März um 6 Uhr Morgens kam er auf dem Potsdamer Bahnhofe in Berlin an, und als er mit dem ersten Blicke aus dem Wagenfenster seine Gemahlin und Tochter auf dem Perron erkannte, da vermochte er seine freudige Bewegung kaum zurückzuhalten. Frohgemuthet sprang er aus dem Wagen, breitete ihnen seine Arme entgegen und rief: „Da habt Ihr Euern „Ollen" wieder!"

Am 21. März 1871 fand im Weißen Saale des Schlosses an der Spree die Eröffnung des ersten Deutschen Reichstags durch den Kaiser statt. An demselben Tage wurde der deutsche Reichskanzler Graf Bismarck, der in Versailles während des Krieges zum Generallieutenant befördert worden war, von seinem dankbaren Kaiser und König in den Fürstenstand erhoben.





Einundzwanzigstes Kapitel.

Im neuen Reich.



Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.
Schiller.

Er, einst ein Aeußerster der Rechten,
Er ist von allgewalt'gen Mächten
Jetzt zu der Linken hingetrieben;
Ja, so hat in der Urwelt Tagen
Weithin den Fels das Meer getragen,
Der Fels jedoch ist Fels geblieben.
Hermann von Bismarck.

Wol auf Keinen ist mit größerem Rechte, als auf Bismarck, das Wort des Dichters anwendbar: „Es wächst der Mensch mit seinen größern Zwecken." Es ist oft von einem Wechsel seiner Gesinnung gesprochen worden; man hat ihm vorgeworfen, daß er seine Partei verlassen und das Programm einer andern Partei durchgeführt habe. Eine solche Auffassung entspricht der Wirklichkeit nicht. Bismarck hat durch die praktische Erfahrung mit der Zeit über Manches anders denken gelernt; er hat eine Sache nie deshalb, weil er sie früher einmal für unzuträglich und unausführbar gehalten, auch später von der Hand gewiesen,

wenn sie ihm bei veränderter Lage zweckdienlich und nutzbringend für den Staat erschien; er hat den Ideen der Zeit, den Bedürfnissen des Volkes Rechnung getragen, aber er ist in seinem Kern und Wesen unverändert geblieben. Der trotzige Muth, mit dem der brandenburgische Junker gegen die gefeierten Redner der Liberalen auf dem ersten Vereinigten Landtag in die Schranken ritt, giebt sich auch in den Schriftzügen der geharnischten Kriegsnoten des Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers kund; die Mannestreue, mit welcher er im stürmischen Jahre 1848 vor den bedrohten Königsthron Friedrich Wilhelm's IV. trat, bewährte er auch dem Könige Wilhelm in allen inneren und auswärtigen Kämpfen; dieselbe revolutionäre Energie, mit welcher er in der Konfliktszeit dem geldverweigernden preußischen Abgeordnetenhause ein „Flectere si nequeo Superos, Acheronta movebo“ entgegenrief, zeigt der Reichskanzler in der Bekämpfung jeder unberechtigten Anmaßung, wo er sie auch treffe — sei es auf den Bänken einer Reichstagsfraktion oder auf dem Heiligen Stuhl zu Rom. In jedem Kampfe für König und Vaterland, für Kaiser und Reich setzt er seine volle und ganze Kraft ein. Seine Aufgaben sind immer größere geworden, und er ist an ihnen gewachsen; er hat seiner Zeit als Meister zurückgegeben, was er lernend von ihr empfangen, und er drückt nun der Epoche, in der wir leben, ihr eigenthümliches Gepräge auf.

Den Lebenden ist es gegeben, in dem neugegründeten Deutschen Reiche an der Lösung großer geschichtlicher und Kulturaufgaben mitzuwirken, deren volle Bedeutung die Geschlechter vor uns nur ahnten, deren vollständige Durchführung vielleicht erst den Geschlechtern nach uns gelingen wird. In den Kämpfen eines Jahrzehnts hat sich das Kraftgefühl und der Thatenstolz der deutschen Nation gehoben. Nach einer langen Zeit der politischen Enthaltsamkeit und Entsagung fühlt die Nation sich gereift und berufen, um mitzurathen und mitzuthaten an den größten Aufgaben des Staates. Die alte geheimnißvolle Kabinetspolitik mit ihren Intriguen und Machinationen ist überwunden; klar und offen liegen vor Jedermanns Augen die Ziele der deutschen Reichsregierung, für deren Erreichung sie die besten und edelsten Kräfte des Volkes in Anspruch nimmt. Es gilt im Innern, durch eine freisinnige Reichsgesetzgebung das Gute und Ersprießliche aus den Einrichtungen der Einzelstaaten zum Gemeingut aller Deutschen zu machen, durch die gemeinsame politische Arbeit die fremden und widerstrebenden Elemente mehr und mehr den nationalen zu nähern und mit ihnen zu verschmelzen, die Volksbildung zu heben, den Verkehr zu erleichtern und das gewerbliche Leben zu fördern. Es gilt nach außen, gestützt auf die geeinte Wehrkraft des ganzen Volkes, die Macht des Reiches zu erhalten und den Frieden der Welt zu schützen. Auf dem einträchtigen Zusammengehen von Reichsregierung und Volksvertretung, von Haupt und Gliedern, nach diesen Zielen beruht die Wohlfahrt und der Friede des neuen Reiches. Die Romantik des mittelalterlichen Reiches soll und kann nicht wiedererweckt werden.

Die deutschen Kaiser aus dem Hause Hohenzollern werden nicht durch Einmischung in das Leben anderer Nationen sich den Interessen des eigenen Volkes entfremden, nicht für den Traum einer Universalmonarchie, eines „heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", Kraft und Wohl des Volkes opfern. Innerhalb seiner bescheidenen, aber wohlgesicherten neuen Grenzen will das Reich aus dem ureigenen, gesunden Geiste des deutschen Volkes immer neue Kraft und Nahrung empfangen.

In einem solchen Staate kann eine Parteiregierung niemals Wurzel fassen; jede Partei muß ihre Neigungen und Wünsche den Gesammtinteressen des Reiches unterordnen. Auch diejenige Partei, welche aus ihrer Unterstützung der preußischen Regierung in der Konfliktszeit immer noch Ansprüche auf die Dankbarkeit derselben herleitete, konnte auf die Fortentwicklung des Reiches keinen Einfluß üben, wenn sie nur das Alte zu konserviren, nicht zugleich neubelebend und befruchtend an der Entwicklung theilzunehmen verstand. Mit Unrecht warfen die Führer der preußischen Altkonservativen dem Reichskanzler öfters vor, daß er sich von ihnen „losgerissen" habe. Er hatte ihre Unterstützung früher gern angenommen, aber nicht um der Partei den Sieg zu verschaffen, sondern um Fragen von höherer politischer Bedeutung für Preußen und Deutschland mit ihrer Hülfe nach seinem Plane zu lösen; er wollte sich aber nicht durch ihren Widerspruch davon zurückhalten lassen, seine Ziele weiter zu verfolgen, als in ihren Wünschen lag. Er hatte der Germania in den Sattel geholfen, er wollte ihr auch die Bahn frei machen.

Mit einer Thronrede, welche durch Würde und Einfachheit auch außerhalb der Grenzen Deutschlands mächtigen Eindruck machte, eröffnete Kaiser Wilhelm den ersten Deutschen Reichstag (21. März 1871). Die bedeutsamsten Stellen lauteten: „Der Geist, welcher im deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtung, bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jedem Mißbrauche seiner durch die Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbtheil zu bewahren .... Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein; möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu bewähren. Das walte Gott!"

Schon die Zusammensetzung des Reichstages ließ den Geist erkennen, in welchem die Regierung auf seine Mitwirkung rechnen konnte. Hier, wo es die Gesammtinteressen der großen deutschen Nation zu fördern galt, war nicht der Platz für eine politische Parteigliederung im früheren Sinne und für den Streit um Doktrinen. Die Altkonservativen, obgleich an Zahl noch nicht erheblich geschwächt, traten doch an Einfluß immer mehr zurück hinter ihren früheren Parteigenossen, den Freikonservativen oder der deutschen Reichspartei, aus deren Mitte der Reichsregierung nicht allein kräftige Unterstützung, sondern auch Zuwachs an hervorragenden Verwaltungstalenten zu Theil wurde. Auch die Partikularisten fanden nach der vollendeten und unwiderruflich gewordenen Thatsache, der Einigung Gesammtdeutschlands unter Preußens Führung, als geschlossene Partei im Reichstage kein Wirkungsfeld mehr; sie gaben mit wenigen Ausnahmen ihren blos verneinenden Standpunkt auf und suchten, im Anschluß an andere Parteien, die Interessen ihrer Länder mit dem deutschen Gesammtinteresse in Einklang zu bringen. Die verschiedenen, in ihren Schattirungen nur wenig von einander abweichenden liberalen Fraktionen, die auf dem Reichstage des Norddeutschen Bundes vertreten waren, gingen hier größtentheils in den beiden großen, der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei, auf. Einige frühere Mitglieder derselben, insbesondere von den preußischen Altliberalen und von der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung, bildeten in Gemeinschaft mit freisinnigen Abgeordneten aus Süddeutschland — darunter mehrere von bedeutendem staatsmännischen Rufe, wie Fürst Hohenlohe und Freiherr von Roggenbach, — die sogenannte liberale Reichspartei. Bei der Verschiedenartigkeit ihrer Zusammensetzung überlebte jedoch diese Partei, die in den meisten Fragen mit den Freikonservativen oder mit den Nationalliberalen stimmte, nur die erste Sitzungsperiode des Reichstages. Die beiden sächsischen Sozialdemokraten endlich, Bebel und Schraps, hatten durch ihren Gesinnungsgenossen, den Frankfurter Sonnemann, im ersten Reichstage zwar eine Verstärkung, aber keine größere Bedeutung erlangt.

Die auffallendste Erscheinung in diesem Reichstage war die Bildung einer geschlossenen Partei, welche den Staat nur dem Interesse der römisch-katholischen Kirche dienstbar zu machen und das Oberhaupt des Reiches dem kirchlichen Oberhaupte zu Rom unterzuordnen trachtete. Solange diese — nach ihren Plätzen im Reichstage so genannte — Centrumsfraktion noch die Reichsregierung zu beeinflussen hoffte, trat sie vorsichtig und zurückhaltend auf. Als sie aber mehr und mehr erkannte, daß das Vertrauen des Kaisers in den Reichskanzler nicht zu erschüttern war und daß der Letztere ihren Bestrebungen einen nicht zu durchbrechenden Damm entgegenbaute, richtete sich ihr ganzer Haß und ihre Agitation gegen diesen. Sie sah in dem Reiche, wie es sich unter Bismarck's Staatsleitung auf nationaler Grundlage immer mächtiger aufbaute, ein Haupthinderniß für das Gelingen ihrer Pläne, welche darauf hinausliefen, der katho-

lischen Kirche die Herrschaft zu verschaffen und die Regierung und Gesetzgebung der Staaten mit ihrem Geiste zu durchdringen. Rührig und geschickt im Gebrauche aller Waffen des parlamentarischen Kampfes, zum Angriff wie zur Vertheidigung, wußten die allezeit schlagfertigen Vorkämpen der streitbaren Kirche in der Centrumsfraktion des Reichstages Waffen und Fechtweise je nach Umständen zu wechseln; sie trieben jede Politik, welche ihnen für die kirchlichen Zwecke augenblicklich die beste däuchte, nur keine deutsche; sie waren bald liberal bald konservativ, und suchten ihre Bundesgenossen ebensowol auf der äußersten Rechten als auf der äußersten Linken, je nachdem sie von der Verbindung eine mehr oder weniger kräftige Förderung ihrer Pläne erwarten konnten. Die Opposition dieser Fraktion des Reichstages gegen die Reichsregierung war um so bedenklicher, als es sich hier nicht um eine häusliche Fehde mit dem Kanzler handelte. Die Fraktion hatte ihren Schwerpunkt nicht im Vaterlande, sondern in Rom. Von Rom erhielt sie die Losung, von Rom Aufmunterung und Lob. Von Rom aber spannen sich auch mit Hülfe der Jesuiten die Fäden weiter zu den offenen und heimlichen Feinden des Reichs im Auslande. Im deutschen Reichstage platzten die Geister aufeinander, der Kampf selbst aber berührte alle Völker und Staaten.

Die ersten Arbeiten des Reichstags gingen ohne Störung von Statten. Der Geist der Eintracht und des gegenseitigen Entgegenkommens waltete in den Beziehungen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage überall vor. Mit Genugthuung begrüßte der Reichstag in einer seiner ersten Sitzungen eine Vorlage, der zufolge auf Antrag der bayerischen Regierung eine Reihe der tiefeingreifendsten Gesetze des Norddeutschen Bundes auf Bayern ausgedehnt werden sollten. Es befanden sich darunter das Gesetz über die Freizügigkeit und das Paßwesen, über die allgemeine Wechselordnung, über die gegenseitige Gewährung von Rechtshülfe, über die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht und das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes. Die Einführung anderer Gesetze, wie desjenigen über Maß- und Gewichtsordnung und des Kriegsdienstgesetzes, wurde in nahe Aussicht gestellt. Bayern verzichtete damit freiwillig — wenigstens zum großen Theile — auf die Ausnahmestellung im Reiche, die es sich im Vertrage von Versailles vorbehalten hatte. Die Revision der Reichsverfassung stieß demnächst auf keine Schwierigkeiten. Die Parteien ließen zur Zeit ihre Bedenken schweigen und standen davon ab, ihre Lieblingswünsche in Form von Anträgen zu kleiden, um nicht an den erst vor Kurzem geschlossenen Verträgen zu rütteln. Nur die Centrumsfraktion versuchte zuweilen, durch einen überraschend hineingeworfenen Antrag die Thätigkeit des Reichstages in fremde Bahnen abzulenken.

Eine wichtige Vorlage betraf die Ordnung des Verhältnisses, in welches die neuerworbenen Lande Elsaß und Deutsch-Lothringen zu Deutschland treten sollten.

Ernsthaft war bei diesem Gesetzentwurfe im Bundesrathe nur in Frage gekommen, ob Elsaß-Lothringen zu Preußen gelegt oder unmittelbares Reichsland werden sollte. Fürst Bismarck hatte sich von Anfang an für die letztere Alternative entschieden, einerseits um dynastische Fragen nicht ohne Noth in die politischen zu mischen, andererseits aber auch, weil er dafür hielt, daß die Elsasser sich leichter in den Namen der Deutschen als in den der Preußen finden würden. Die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Deutschland beleuchtete der Kanzler vor dem Reichstage (2. Mai) als eine Maßregel der Nothwendigkeit für die nationale Sicherheit und für die Einigung des Südens mit dem Norden Deutschlands. „Jedermann", sagte er, „erinnert sich, daß unter unseren Vätern seit dreihundert Jahren wol schwerlich eine Generation gewesen, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und daß, wenn bei früheren Gelegenheiten versäumt worden war, Deutschland einen besseren Schutz gegen Westen zu geben, dies darin lag, daß wir den Sieg mit Bundesgenossen erfochten hatten, deren Interessen nicht die unsrigen waren. Jedermann war also entschlossen, dahin zu wirken, daß unseren Kindern eine gesicherte Zukunft hinterlassen werde. Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, und ich kann die Lage, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisiren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän, dem hochseligen König Wilhelm von Württemberg, geschah, als Deutschland gedrängt wurde, im Orientalischen Kriege für die Westmächte Partei zu nehmen. Er sagte mir: „Ich gebe zu, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen; aber wir dürfen uns mit den Westmächten nicht überwerfen. So lange Straßburg ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, wird mein Land überschwemmt von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hülfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brot der Verbannung in Ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen werden von Kontributionen erdrückt werden, um auf eine Aenderung meines Entschlusses zu wirken. So lange Straßburg nicht deutsch ist, wird es immer ein Hinderniß für Süddeutschland bilden, sich einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben." Ich glaube, dieser Fall sagt Alles. Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet der nahe liegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von Seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß Frankreich in dieser überlegenen

Stellung der Versuchung zu erliegen jederzeit bereit war, das haben wir Jahrhunderte hindurch beobachtet .... Es blieb daher nichts übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu vertheidigen."

Ehe noch die Verhandlungen über Elsaß-Lothringen im Reichstage zum Abschluß kamen, fand zu Frankfurt a. M. die Zusammenkunft Bismarck's mit Jules Favre statt, aus welcher der definitive Friede hervorging. Seit dem Abschluß der Friedenspräliminarien von Versailles hatte sich die Lage in Frankreich völlig geändert. Angesichts des Aufstandes der Pariser Commune hatte sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, ihre Truppen in voller Kriegsstärke in den Departements zu belassen, deren Räumung in den Präliminarien vorgesehen war. Andererseits hatten — im Widerspruch mit den Friedensbedingungen, welche festsetzten, daß die französische Armee sich hinter die Loire zurückziehen und nur 40,000 Mann als Besatzung von Paris zurücklassen sollte, — bedeutende Truppenansammlungen bei Paris zur Bekämpfung des Aufstandes stattgefunden. Wenn die deutsche Regierung Letzteres geduldet hatte, so war es in der Hoffnung geschehen, daß der Aufstand in kurzer Zeit unterdrückt werden würde. Die Lage wurde jedoch bedenklicher, je mehr sich der Krieg mit der Commune in die Länge zog. Da in Frankreich oft der regelmäßige Gang der Politik durch unvorhergesehene Ereignisse unterbrochen wird, so lag die Möglichkeit nicht ferne, daß durch irgend eine Kombination eine neue Regierung ans Ruder kam, ihren Frieden mit der Commune machte und, gestützt auf die vereinigte Truppenmacht, die Spitze wieder gegen Deutschland kehrte. Dazu kam, daß die Verhandlungen über den definitiven Frieden in Brüssel mehr und mehr ins Stocken geriethen. Es schien, als ob die französischen Unterhändler den Abschluß absichtlich verzögerten, sei es weil sie anderen Mächten Zeit zu einer diplomatischen Aktion schaffen wollten, sei es weil sie nach Besiegung der Commune günstigere Bedingungen zu erlangen hofften. Auch mochte Fürst Bismarck bei dem Bevollmächtigten des Deutschen Reiches, Grafen Arnim, den gehörigen Nachdruck auf den Fortgang der Verhandlungen vermissen. Bismarck forderte von Frankreich verstärkte Bürgschaften für die Durchführung der Friedenspräliminarien, und als Jules Favre darauf um eine persönliche Unterredung bat, um die Schwierigkeiten möglichst zu beseitigen, ging der Kanzler bereitwillig darauf ein und nahm die Zusammenkunft für den 6. Mai in Frankfurt a. M. an.

In Begleitung des Reichskanzlers befanden sich die Legationsräthe Graf Hatzfeld und Lothar Bucher; auch Graf Arnim traf von Brüssel zur Theilnahme an den Verhandlungen ein. Mit Jules Favre kam der französische Finanzminister Pouyer-Quertier. Die deutschen Bevollmächtigten nahmen ihre Wohnung im Gasthofe zum Schwan, die französischen im Hotel de Russie.

Am 6. Mai Mittags machte Jules Favre mit seinem Begleiter dem deutschen Reichskanzler, der erst während der Nacht angekommen war, seinen ersten Besuch. Dieser eröffnete ihm, daß er vom Kaiser beauftragt sei, neue Bürgschaften für die Ausführung der Friedenspräliminarien zu fordern und im Falle der Weigerung auf strenger Ausführung des Vertrages zu bestehen, wonach die französische Armee, mit Ausnahme von 40,000 Mann, sich hinter die Loire zurückzuziehen habe; in letzterem Falle würden die deutschen Truppen Paris besetzen, sei es infolge eines Abkommens mit der Commune, sei es nach gewaltsamer Einnahme, und die deutsche Regierung werde dann den Ort bestimmen, wo die Verhandlungen über den definitiven Frieden wieder aufzunehmen seien.

Jules Favre verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß der Abschluß durch die Schuld und den bösen Willen seiner Regierung verzögert worden sei, und erklärte sich bereit, sofort in Verhandlungen über den definitiven Frieden einzutreten.

„Gut!“ versetzte der Kanzler, „aber der politische Kredit Ihrer Regierung hat durch die gegenwärtige Krisis stark gelitten und unser Vertrauen geschwächt. Wir verlangen daher ein wirksameres Pfand, als in den Präliminarien enthalten ist. Wir können uns an die darin festgesetzten Fristen zur Räumung des französischen Gebietes nicht mehr binden, sondern wir behalten uns vor, nach unserem Urtheil den Zeitpunkt zu bestimmen, wann die Verhältnisse in Frankreich uns eine ausreichende Sicherheit bieten werden, um ohne Nachtheil unsere Truppen zurückziehen zu können. Wir verlangen ferner, daß unsern Truppen die Wachen an den Thoren von Paris übergeben werden und die Berechtigung zugestanden wird, ihre Patrouillen in die bisher neutrale Zone zwischen ihren Linien und der Stadtumwallung vorzuschicken.

Jules Favre zeigte sich nicht abgeneigt, diese Forderungen zuzugestehen, und erreichte dadurch von Bismarck, daß auch dieser sich bereit erklärte, sogleich die Verhandlungen über den definitiven Frieden aufzunehmen. „Ich kann Ihnen jedoch nicht verschweigen“, setzte Letzterer hinzu, „daß ich zugleich Träger eines Ultimatums bin. Ich habe den Befehl, es Ihnen zu übergeben. Dank der Offenheit Ihrer Erklärungen erachte ich es jetzt für überflüssig; indessen kann ich mich der Verpflichtung nicht entziehen, Ihnen dasselbe mitzutheilen.“

Die Uebergabe dieses Ultimatums fand in der That am nächstfolgenden Tage (Sonntag 7. Mai) bei Gelegenheit des Gegenbesuches statt, welchen der Reichskanzler Herrn Jules Favre in dessen Hotel machte. Dasselbe enthielt im Wesentlichen die Forderungen, welche Bismarck am Tage vorher mündlich ausgesprochen hatte, und schloß: „Wenn wir durch unsere gegenwärtigen Konferenzen den definitiven Frieden nicht erreichen und wenn die französische Regierung ablehnen sollte, uns die oben aufgeführten Bürgschaften zu gewähren, dann würde Deutschland sich vor Allem das Recht vorbehalten, seinerseits gegen den unregelmäßigen Zustand einzuschreiten, welcher in Paris fortdauert,

und gleichzeitig auf der strengen Ausführung derjenigen Vertragsbestimmung bestehen, welche der französischen Regierung vorschreibt, ihre Truppen hinter die Loire zurückzuziehen."

Bismarck milderte die Form der Uebergabe dieses Ultimatums, indem er die Hoffnung aussprach, daß dasselbe nach den entgegenkommenden Erklärungen der französischen Bevollmächtigten seinen bedrohlichen Charakter verloren haben möchte.

Während dieses Besuches des Fürsten Bismarck bei Herrn Jules Favre hatte sich vor dem Hotel eine große Menge von Frankfurter Bürgern und Einwohnern versammelt und begrüßte den Fürsten bei seinem Austritt mit lebhaften Zurufen, welche jedoch Herr Jules Favre „ni unanimes ni enthousiastes" fand, vielleicht weil sie nicht auf das Kommando von Volksführern erschallten, sondern aus freiem Herzensantrieb in schlichter deutscher Weise dargebracht wurden.

Das Ultimatum verfehlte übrigens seine Wirkung nicht, und da Jules Favre die unbeugsame Festigkeit Bismarcks kannte und einen ernsthaften Widerspruch gegen seine Forderungen nicht wagen konnte, andererseits auch Fürst Bismarck den französischen Unterhändlern innerhalb gewisser Grenzen alle möglichen Erleichterungen gewährte, so nahmen die Verhandlungen über den definitiven Frieden einen schnelleren Fortgang, als gedacht.

Bei der Erörterung desjenigen Artikels der Präliminarien, nach welchem die Stadt und Festung Belfort mit einem näher zu begrenzenden Rayon bei Frankreich verbleiben sollte, beantragten die französischen Bevollmächtigten eine Erweiterung dieses Rayons über einige Grenzgemeinden des Elsaß mit überwiegend französischer Bevölkerung. Bismarck erklärte sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß die französische Regierung dafür einige Dörfer bei Diedenhofen an Deutschland abträte. Die Frage wurde französischerseits der Entscheidung der Nationalversammlung anheimgegeben, welche später ihre Zustimmung zu dem Gebietstausch gab. Dem Anscheine nach war Frankreich dabei begünstigt, da die zurückgegebenen Distrikte bei Belfort an Flächenraum und Seelenzahl größer waren, als die dafür eingetauschten bei Diedenhofen. Jules Favre bezeichnet als Gründe, welche Bismarck bewogen, seine Einwilligung zu dieser Grenzberichtigung zu geben, an erster Stelle den Wunsch desselben, die reichen Erzlager dieser Gegenden für Deutschland zu erwerben, sodann den Vortheil, daß die französische Grenze gegen Luxemburg dadurch um ein Drittel ihrer Ausdehnung verringert wurde. Mehr als letzterer Umstand mochte für Bismarck's Entscheidung in die Wageschale fallen, daß die eingetauschten Bezirke größtentheils von einer deutsch redenden Bevölkerung bewohnt waren. Auch führte er bei den Unterredungen mit Favre als Grund den Wunsch des Kaisers an, einen Landstrich zu besitzen, welcher der Schauplatz mancher erbitterter Gefechte gewesen und wo die Gräber vieler tapferer deutscher Offiziere und Soldaten lagen.

Für die Bezahlung der Kriegsschuld wurden bestimmte Termine festgesetzt, mit deren Einhaltung zugleich die Räumung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete allmählich erfolgen sollte. Die Departements der Oise, Seine und Oise, Seine und Marne und der Seine sollten geräumt werden, wenn nach dem Ermessen der deutschen Regierung die Zustände von Paris und Frankreich hinreichende Bürgschaft für die Ausführung der von Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten bieten würden, jedenfalls jedoch nach Zahlung der dritten halben Milliarde. Andere Festsetzungen betrafen die Auslieferung der Gefangenen, die Ordnung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und die Uebernahme der Eisenbahnen in Elsaß und Deutsch-Lothringen durch die deutsche Regierung.

Bereits am 10. Mai wurde der definitive Friede unterzeichnet, alle Häuser in Frankfurt prangten im Flaggenschmuck, und bei dem vom Oberbürgermeister Mumm für denselben Abend veranstalteten Festbankett toastete Fürst Bismarck auf das Wohl der Stadt, welche dem Frieden ihren Namen gegeben hatte.

Nicht so glücklich waren während der Abwesenheit des Kanzlers die Verhandlungen über Elsaß-Lothringen im Reichstage verlaufen. Nach dem Gesetzentwurfe der Regierung sollte die Reichsverfassung für Elsaß-Lothringen mit dem 1. Januar 1874 in Kraft treten, die Regierung und Gesetzgebung in der Zwischenzeit aber durch den Kaiser unter Zustimmung des Bundesraths ausgeübt werden. Hierzu war von liberaler Seite eine Zusatzbestimmung beantragt und in zweiter Lesung angenommen worden, wonach alle Gesetze, welche Elsaß-Lothringen mit Anleihen oder Uebernahme von Garantien belasteten, der Zustimmung des Reichstages bedurften. Zurückkehrend mit dem glücklichen Ergebniß der Frankfurter Verhandlungen, erblickte der Reichskanzler in dieser Bestimmung ein Mißtrauensvotum gegen seine Person und erklärte, unter solchen Umständen den Kaiser bitten zu müssen, an seiner Statt einen anderen verantwortlichen Minister für Elsaß-Lothringen zu ernennen. Diese Erklärung wirkte um so niederschlagender, als der Reichstag soeben den vom Kanzler in ausführlicher Rede dargelegten Grundsätzen für die Regierung von Elsaß-Lothringen, wobei er der Selbstverwaltung der neuen Reichslande die möglichst weitesten Grenzen zog, vollen Beifall gezollt hatte. Der Gesetzentwurf wurde an die Kommission zurückgewiesen und der mißliebigen Bestimmung eine veränderte Fassung gegeben, mit welcher der Kanzler sich einverstanden erklärte. Das Wölkchen, welches für kurze Zeit die Eintracht zwischen dem Kanzler und dem Reichstage zu trüben schien, schwand völlig, als der erstere nach der Annahme des Gesetzentwurfes mit dem ihm eigenthümlichen Freimuth erklärte: „Ich möchte die Herren dringend bitten, aus der vielleicht nicht ausreichend vorbereiteten Art, in der ich meine Meinung mitunter vertrete, namentlich dort, wo ich nach einer längeren Abwesenheit, nach einer längeren Nichtbetheiligung an Ihren Geschäften in Ihre Verhandlungen eintrete, nicht sofort Schlüsse auf

tiefergehende Verstimmungen zu machen und einer Reizbarkeit unter Umständen etwas zugut zu halten, ohne die ich andererseits nicht im Stande wäre, Ihnen und dem Lande Dienste zu leisten."



Eintritt der Elsasser Abgeordneten in den Deutschen Reichstag.

Die letzten Arbeiten des Reichstages in dieser Sitzung betrafen die Verwendung eines Theils der französischen Kriegsentschädigungsgelder zur Unterstützung Aller, die durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar gelitten hatten, sowie zur Verleihung von Dotationen an diejenigen Heerführer und Staatsmänner, welche sich während des Krieges besondere Verdienste um das Vaterland erworben hatten. Wie es dem Kaiser Wilhelm Herzensbedürfniß war, auf diese Weise einen Akt der Dankbarkeit gegen die verdientesten Männer des Staates zu begehen, so glaubte auch der Reichstag, mit Gewährung dieser Nationalbelohnung eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Die Vorlage der Regierung wurde nicht allein genehmigt, sondern auch in mancher Beziehung erweitert. Fürst Bismarck befand sich dieses Mal nicht unter den zu Dotirenden, ihm hatte der Kaiser eine besondere Anerkennung zugedacht, indem er ihm seine Domänen im Herzogthum Lauenburg als erblichen Grundbesitz verlieh.

Am Tage nach dem Schlusse der Reichstagssitzungen (16. Juni) fand der Einzug der aus Frankreich heimkehrenden Truppen in die Hauptstadt des Reiches statt, glänzender, großartiger, als Berlin jemals seinesgleichen erlebt hat. Die Front des königlichen Akademiegebäudes zeigte neben den Bildnissen der deutschen Heerführer auch dasjenige des Fürsten Bismarck, welches von Adolf Menzel gemalt und von wunderbarer Aehnlichkeit und Wirkung war. Darunter las man die Inschrift:

„Eisengeschmiedet erwuchs, mit Blut gekittet, die Einheit,
Trotzend den Stürmen der Zeit. Meister, Du lösest Dein Wort!"

Unmittelbar dem Kaiser vorauf ritten beim Einzuge wieder die Drei, seine treuen Begleiter in Krieg und Frieden, mit dem Kriegsminister Grafen Roon und dem Generalfeldmarschall Grafen Moltke der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck, unter den rauschenden Flaggen, den wehenden Schleiern, dem unermeßlichen Jubel des Volkes die breite Siegesstraße „Unter den Linden" hinauf, an dem bekränzten Standbilde des großen Friedrich und den ehernen Helden der Befreiungskriege vorüber bis nach dem Lustgarten, wo die Einzugsfeier mit der Enthüllung des Denkmals König Friedrich Wilhelms III. ihren Abschluß fand. Am Abend strahlte die Stadt im Lichtglanz. Jedes Haus war erleuchtet vom Schlosse des Kaisers bis zu dem Hause des Webermeisters, welches im Transparent die Verse zeigte:

„Als Wilhelm wirkte und Bismarck spann,
Gott hatte seine Freude dran." —

und bis zu dem Fenster im Dachstübchen jenes Berliner Poeten, der seine reichstreue Gesinnung in den Versen leuchten ließ:

„Lichter, welche heut' nicht brennen,
Der kann sich kein Deutscher nennen!"

Von dem Hotel des Auswärtigen Ministeriums wehte eine mächtige weiße Fahne mit der Inschrift:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr!"

Unter den Vielen, die hier vorüberströmten und ihre Grüße zu den erleuchteten Fenstern hinaufschallen ließen, ahnte wol Keiner, daß an demselben Tage der Telegraphendraht aus diesem Hotel eine kleine Warnungsnote an das Auswärtige Ministerium nach Paris trug, deren Inhalt nach Jules Favre wie folgt lautete:

„Aus den Berichten unserer Generale erfahre ich, daß Ihre Truppen das Terrain besetzen, welches für die unsrigen vorbehalten ist, in der Zone von Lilas, Raincy und Romainville. Ich habe die Ehre, Eure Excellenz zu benachrichtigen, daß, wenn sie sich nicht unverzüglich hinter ihre Linien zurückziehen, unsere Truppen die Ihrigen heute um Mitternacht angreifen werden."

Daß diese Note ihren Zweck vollständig erreichte, bedarf wol kaum der Erwähnung.

Die Arbeiten des ersten Deutschen Reichstages schlossen sich theils in unmittelbarer Folge an die großen Ereignisse des Krieges an, theils bildeten sie die Einleitung zu einer neuen, friedlichen und freisinnigen Gesetzgebungsperiode und ebneten die Bahn für die folgenden Reichstage. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die große Anzahl von Gesetzen zu besprechen, welche aus der Initiative des deutschen Reichskanzlers hervorgingen und dazu beitrugen, das Deutsche Reich immer fester und einiger in sich zu begründen. Das Vertrauen zu den neuen Einrichtungen faßte immer tiefere Wurzeln, und mit aufrichtiger Hingebung arbeiteten alle Glieder an der Förderung des Gemeinwohls.

Die Thätigkeit des Fürsten Bismarck war indessen nicht allein dem Reiche zugewandt; als preußischer Ministerpräsident hatte er auch dafür zu sorgen, daß der größte und mächtigste Staat des Reiches in seinen inneren Einrichtungen den Bundesgenossen als Musterstaat vorleuchtete. Mit dem bloßen Verharren auf konservativen Prinzipien konnten die neuen Aufgaben Preußens in Deutschland nicht gelöst werden; es kam vielmehr für Preußen darauf an, durch eine freisinnige Gesetzgebung seine schöpferische, staatsbildende Kraft zu bewähren. Im preußischen Landtage, insbesondere im Herrenhause, zeigte sich aber der Widerstand der Altkonservativen noch stark genug, um dem Fürsten auf diesem Wege Schwierigkeiten zu bereiten.

Das Ministerium hatte mit der Zeit eine vollständige Umgestaltung erfahren. Nur wenige von den Ministern, in deren Gemeinschaft Bismarck seine Amtsthätigkeit begonnen hatte, sollten in derselben Stellung die neue Wandlung der Dinge durchleben, und unter diesen entwickelte gerade Derjenige, welcher bisher als der konservativste gegolten hatte, der Minister des Innern, Graf Eulenburg, eine unerwartete Energie bei der Durchführung liberaler Gesetze.

Eine der wichtigsten Stellen unter den letzteren nahm die neue Kreisordnung für die östlichen Provinzen des Staates ein, durch welche das Prinzip der Selbstverwaltung, wie es durch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung für die Städte bereits eingeführt war, auch auf die Landgemeinden in Anwendung gebracht werden sollte. Bismarck überließ es dem Grafen Eulenburg, dieses Gesetz vor dem Landtage zu vertreten, und weilte während der Berathungen darüber größtentheils in Varzin. Man wollte aus dieser Zurückhaltung schließen, daß er im Prinzip gegen die neue Kreisordnung wäre und ein Scheitern dieses Gesetzes nicht ungern gesehen hätte. Es war dies indessen einer von denjenigen Fällen, in welchen Bismarck seine persönlichen Neigungen den höheren Zwecken des Staates unterordnete. König Wilhelm war seit lange von der Nothwendigkeit einer Reform in dieser Richtung überzeugt. Schon bei der Unterredung, welche er mit Bismarck vor der Ernennung des Letzteren zum Ministerpräsidenten im Park von Babelsberg hatte, legte der König — in der Besorgniß,

daß Bismarck in der innern Politik zu konservativ sein, namentlich den damals vorliegenden Schwerin'schen Entwurf zur Kreisordnung nicht annehmen würde — demselben ein Programm vor und forderte ihn auf, sich darüber auszusprechen. Bismarck that dies in dem Sinne, bei der Sachlage müsse er es als seine Aufgabe betrachten, die für das Wohl des Staates unentbehrlichen Attribute des Königthums zu erhalten; neben dieser Aufgabe sei es von untergeordneter Bedeutung, ob ein paar Rittergutsbesitzer mehr oder weniger Stimme auf den Kreistagen hätten. Der König, indem er das Batt zusammenrollte, sagte: „Dann brauchen wir dies nicht!" und reichte Bismark die Hand. — In demselben Sinne war Bismarck jetzt entschlossen, die neue Kreisordnung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen, und als dieselbe an dem Widerspruche des Herrenhauses zu scheitern drohte, rieth er selber dem Könige die unliebsame Maßregel des „Pairsschubs". Gegen die Bedenken der Konservativen, welche aus der Annahme der Kreisordnung eine tiefe Erschütterung der sozialen Zustände vorhersagten, sprach sich Graf Eulenburg (9. Dezember 1872) in einer treffenden Rede aus, welche mit den Worten schloß: „Der große Baum, zu dem Preußen erwachsen ist, sproßt aus liberalen, aus freisinnigen Wurzeln; Gott hat ihn wachsen lassen, Gott wird auch über diese reife Frucht seine schützende Hand halten!"

In der auswärtigen Politik erntete Fürst Bismarck neue Erfolge. Während in dem Auftreten des großen Strategen im Reichstage beständig die Mahnung lag, gerüstet zu bleiben, — denn „was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben," sagte Graf Moltke, „das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen!" — sorgte der Reichskanzler dafür, durch die Beziehungen des Reiches zu den ersten Mächten Europa's Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens zu schaffen. Zu den friedlichen Erfolgen seiner Staatskunst gehörte die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin (6. bis 11. September 1872). Durch den freundschaftlichen Verkehr der drei Monarchen, Kaiser Wilhelm, Franz Josef und Alexander, sowie durch die gleichzeitig gepflogenen Unterredungen ihrer ersten Minister, Bismarck, Andrassy und Gortschakoff, wurden die friedlichen Beziehungen der drei Staaten untereinander neu geknüpft und befestigt. Das Volk sah in diesem Ereigniß eine Anerkennung des neugegründeten Deutschen Reiches durch seine beiden mächtigsten Nachbarreiche und einen stillschweigenden Protest gegen die französischen Rachegelüste. Diese Ansicht wurde bestätigt durch die Worte, welche Fürst Bismarck an die städtische Deputation Berlins beim Empfange des Ehrenbürgerbriefes richtete. „Nach allem Großen, was wir erlebt haben", sagte er, „würde ich nichts dagegen haben, wenn die Weltgeschichte eine Weile stehen zu bleiben schiene. Die hohen Herren, die hier zusammengekommen sind, werden mit keiner getäuschten Erwartung scheiden. Keiner ist mit einem Wunsche gekommen, auf den von anderer Seite nicht hätte eingegangen werden können. Keine aggressive Absicht



Die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Berlin (7. September 1873).

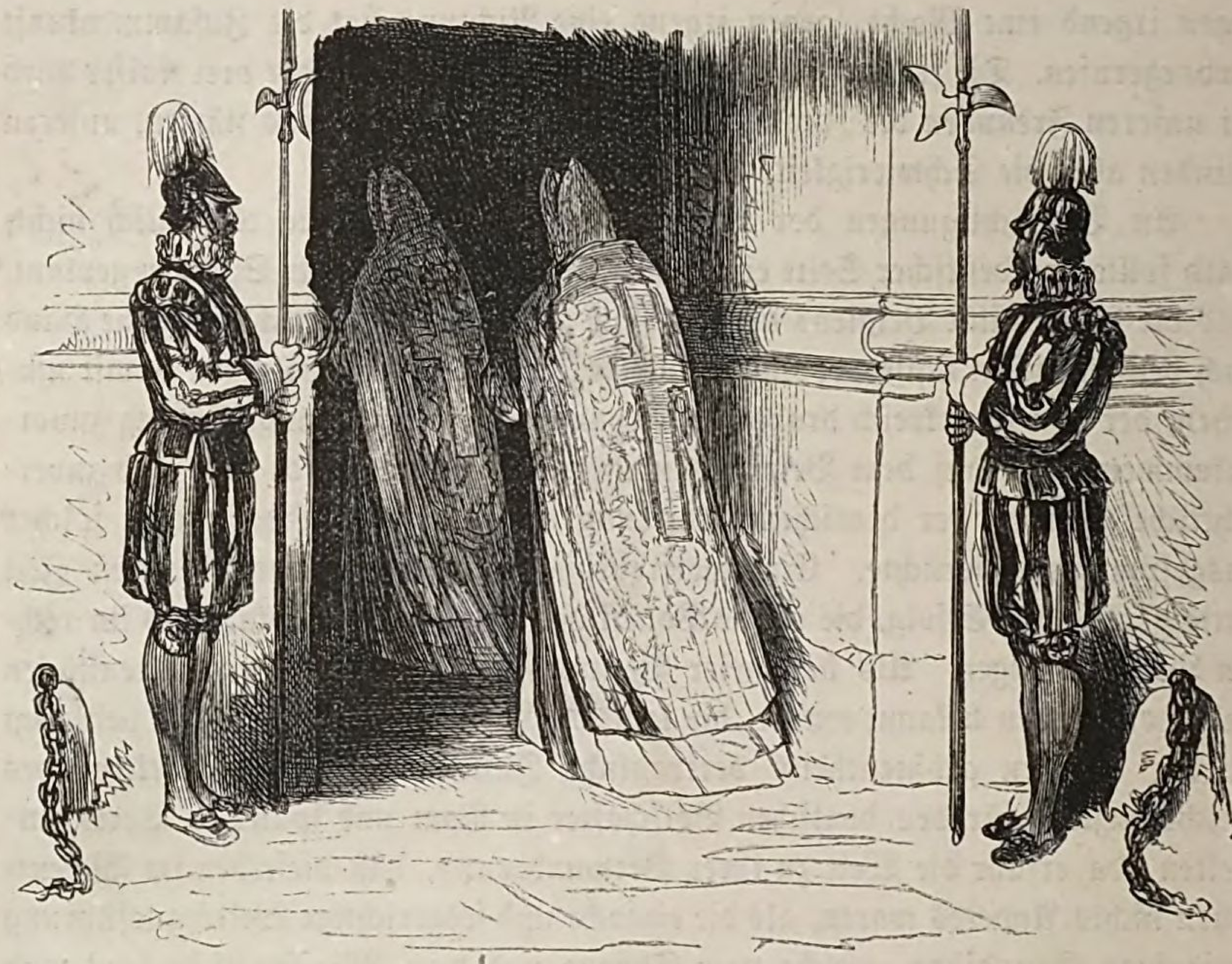
v. Koeppen, Fürst Bismarck. Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

gegen irgend eine Macht, gegen irgend eine Richtung hat die Zusammenkunft hervorgerufen. Die freundschaftliche persönliche Begegnung der drei Kaiser wird bei unseren Freunden die Zuversicht in Erhaltung des Friedens stärken, unseren Feinden aber die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen."

An Verdächtigungen der Bismarck'schen Politik fehlte es freilich nicht. Bald sollte von deutscher Seite eine bewaffnete Intervention in Spanien geplant, bald die Neutralität Belgiens bedroht sein. Bald sollte Deutschland seine Hand nach den russischen Ostseeprovinzen ausstrecken, bald Fürst Bismarck damit umgehen, der von Frankreich drohenden Revanche durch einen Angriffskrieg zuvorzukommen. Die auf dem Bewußtsein ihrer Macht beruhende feste und zuversichtliche Haltung der deutschen Regierung war die beste Widerlegung solcher ausgesprengten Gerüchte. Ein unerfreulicher Zwischenfall der neueren Zeit hatte gerade den Erfolg, die offene Politik des deutschen Reichskanzlers im rechten Lichte zu zeigen. Als bei dieser Veranlassung eine Reihe von Aktenstücken und Dokumenten bekannt wurde, die keineswegs für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, sondern größtentheils vertrauliche Instruktionen und Direktive des Reichskanzlers für den deutschen Botschafter in Rom und später in Paris enthielten, da erfuhr die Welt zu ihrer Verwunderung, daß dieselben im Wesentlichen nichts Anderes waren, als die einfache und folgerichtige Weiterausführung derjenigen Grundsätze, welche vom Throne und vom Ministertische laut und offen verkündet wurden.

Im Innern einig und frei, nach außen bewehrt und gerüstet, steht das neugegründete Deutsche Reich hoch in der Achtung der Völker, seinen Freunden zu Schutz, seinen Feinden zu Trutz.

„Blühe, du Deutsches Reich,
Wachse der Eiche gleich
Kraftvoll und hehr;
Friede beglücke dich,
Freiheit erquicke dich,
Herrlichkeit schmücke dich
Vom Fels zum Meer!"



Im Vatikan.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Gegen Rom.



Ich hab's gewagt.

Hutten.

Wer zagt, daß ihm der Himmel fehle,
Der beuge sich des Bannes Streich;
Mir ist nicht bang um meine Seele,
Steh' ich zum Kaiser und zum Reich.

Felix Dahn.

In der freien Regsamkeit der Geister, wie sie im neugegründeten Deutschen Reiche auf allen Gebieten sich kundgab, sah die römischkatholische Kirche eine Auflehnung gegen die Ordnung, welche sie vertrat, und gegen die Herrschaft, welche sie seit Jahrhunderten in Anspruch nahm. Schon durch das päpstliche Rundschreiben, die Encyklika vom 8. Dezember 1864, war die weite Kluft offenbar geworden, welche die moderne Weltanschauung von den Lehren dieser Kirche trennt. Ein derselben beigegebener Syllabus erklärte in

84 Thesen eine Reihe der wesentlichsten Grundsätze, auf denen der Staat und die Gesellschaft der Gegenwart beruhen, für ketzerische Irrlehren. Der von Jesuiten geleitete Papst hoffte gegenüber den fortschreitenden Ideen der Zeit auf den Beistand der katholischen Mächte zur Erhaltung seiner weltlichen und zur Wiedererhebung der kirchlichen Macht. Durch die Niederlage Oesterreichs und die aus derselben hervorgehende Erhebung des protestantischen Preußen und des revolutionären Königreichs Italien sah er seine Hoffnungen zum Theil getäuscht, seine Pläne gekreuzt. Um so lebhafter wurde seitdem von ihm und seinen jesuitischen Rathgebern der Plan betrieben, durch ein allgemeines Kirchenkonzil, d. h. eine Versammlung der kirchlichen Würdenträger aller Nationen, die Macht des Papstthums und der Kirche von Neuem befestigen zu lassen. Ein Konzil ward ehedem berufen, wenn es Spaltungen innerhalb der Kirche zu heilen, Streitfragen über kirchliche Lehrsätze zu entscheiden oder ketzerische Irrlehren zu verdammen galt. Von Alledem war jetzt nicht die Rede, wenn man nicht den fortschreitenden Zeitgeist überhaupt als Ketzerei ansah. Seit länger als drei Jahrhunderten hatte kein Konzil getagt. In den meisten Kulturstaaten genossen die verschiedenen Konfessionen volle Gleichberechtigung und wohnten in Frieden neben einander. Man hörte in der Welt wol von politischen und sozialen, aber nirgends von religiösen Kämpfen. Als die Absicht des Papstes bekannt wurde, wirkte sie daher Staunen und erregte die Vermuthung, daß es sich bei diesem Konzile noch um etwas Anderes handeln würde, als allein um eine Berathung der Kirchenväter darüber, wie die Kirche nach den Gesetzen Gottes zu regieren sei. Die Berufung des Konzils durch die päpstliche Bulle „Aeterni patris“ (29. Juni 1868) erfolgte um dieselbe Zeit, als man am Hofe der Tuilerien noch eine Liga der katholischen Mächte plante. Am 8. Dezember 1869 sollte zu Rom die Eröffnung stattfinden.

Als Aufgabe des Konzils wurde eine Berathung über die Hauptsätze des Syllabus bezeichnet; sein wirklicher Zweck war indessen, die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes zu einem Glaubenssatze der katholischen Kirche zu erheben. Durch diesen Lehrsatz wurde dem kirchlichen Oberhaupte eine unumschränkte Macht zugesprochen, und da die katholische Kirche in ihrem Sinne die Weltkirche bedeutet, welcher Jeder angehört, der durch die Taufe in die christliche Gemeinschaft aufgenommen ist, so erstreckt sich in diesem Sinne die Macht des Papstes über alle Gläubigen der Christenheit. Nach dem Dogma der Unfehlbarkeit ist der Papst in Glaubenssachen keinem Irrthum unterworfen. Was der Papst glaubt, lehrt oder zu glauben befiehlt, ist also Glaubensvorschrift für Jedermann, der die Taufe empfangen hat und auf die Seligkeit hofft. Wer sich mit seinem Gewissen im Widerspruch zu den Aussprüchen des unfehlbaren Papstes befindet, der ist ein Ketzer und verdammt.

Der Staat als eine menschliche Einrichtung erhält nach der Auffassung der römisch-katholischen Kirche nur dadurch Bedeutung, daß er ihren Zwecken dient

und ihr seinen weltlichen Arm leiht. Er ist daher der Kirche untergeordnet. Wenn die Gesetze des Staates zu den Geboten des unfehlbaren Kirchenhauptes in Widerspruch treten, so ist jenen der Gehorsam zu versagen. „Ihr sollt Gott mehr gehorchen, als den Menschen", sagt die heilige Schrift; was aber Gottes Wille ist, das sagt der unfehlbare Papst.

Das Staatsgefährliche dieser Lehren, für deren Verbreitung die frommen Wanderprediger und Sendlinge Roms, die Jesuiten, schon lange vor dem Zusammentritt des Konzils in allen Ländern wirkten, ist einleuchtend. An die Regierungen trat die Frage heran, ob und wie weit sie es für zweckmäßig erachteten, solchen staatsgefährlichen Beschlüssen durch gemeinschaftliche Vorstellungen bei der Kurie vorzubeugen. Es wurde bereits früher erwähnt (vergl. S. 422), daß Graf Bismarck als Kanzler des Norddeutschen Bundes auf eine Anregung des bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe in dieser Richtung ablehnend antwortete (9. April 1869). Er betrachtete das Konzil als eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche und hielt es von dem Standpunkte der Regierungen, insbesondere von demjenigen einer protestantischen Regierung, für gerathen, gegen die Beschlüsse des Konzils erst dann Maßregeln zu treffen, wenn dieselben aus dem Gebiete der theoretischen Erörterung heraustreten und ihre Wirkungen auf politischem Gebiete äußern würden. Auch den Vorschlag des Norddeutschen Bundesgesandten, sich durch Absendung von Regierungsbevollmächtigten an dem Konzil zu betheiligen, wies Bismarck zurück, weil dieselben des von der Würde der Regierung geforderten Einflusses entbehren würden. „Die Hauptsache", schrieb Graf Bismarck an den Norddeutschen Gesandten in Rom (in einer Depesche vom 26. Mai 1869), „bleibt immer, daß die ganze Theilnahme der Staatsgewalten an einem Konzil auf einem ganz fremden, für uns nicht mehr vorhandenen Boden, auf einem der Vergangenheit angehörigen Verhältniß des Staats zur Kirche beruht und nur solange einen Sinn hatte, als der Staat der katholischen Kirche, als der Kirche, der einzigen, allumfassenden Kirche, gegenüberstand. . . . Für Preußen giebt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt: den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jeden Uebergriffs auf das staatliche Gebiet."

Unterdessen hatten die Ansprüche der Römischen Kurie auch innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland die altkatholische Gegenbewegung hervorgerufen. Die deutschen Bischöfe trugen Bedenken, sich ohne Weiteres dem Willen des Papstes zu unterwerfen und ihm ihre Rechte zu opfern. Von ihrer Haltung auf dem Konzil hoffte Bismarck eine günstige Wirkung auf die Beschlüsse ausgehen zu sehen, und war bereit, ihnen in diesem Falle den kräftigen Schutz des Staates angedeihen zu lassen.

Am 8. Dezember 1869 fand mit mittelalterlichem Pomp, unter Glockengeläute und Kanonendonner, die feierliche Eröffnung des Konzils in der

St. Peterskirche zu Rom statt. Da die Mehrzahl der versammelten Väter schon vorher für das Unfehlbarkeitsdogma gewonnen war und es nur noch darauf ankam, die auf den früheren Konzilien für erforderlich erachtete Stimmeneinheit durch eine möglichst geschlossene Stimmenmehrheit zu ersetzen, so war der Thätigkeit der Jesuiten freier Spielraum gegeben, und ihrem Einfluß gelang es, allmählich mehr Seelen in das Lager der „Unfehlbaren" hinüberzuführen.

Vergebens ließ Graf Bismarck durch den Norddeutschen Gesandten in Rom seine abmahnende Stimme vernehmen. Er ließ die deutschen Bischöfe darauf hinweisen, daß tiefeingreifende Aenderungen im Organismus der Kirche, wie sie durch die absolutistischen Tendenzen der Kirchenpartei angestrebt würden, nicht ohne Einfluß auf die Beziehungen der Kirche zum Staate und damit auf ihre eigene Stellung der Regierung gegenüber sein würden. „Werden diese alterirt", schrieb er dem Norddeutschen Gesandten (in der Depesche vom 9. Januar 1870), „so werden auch die Pflichten der Regierung andere, nicht nur in moralischer, sondern auch in juristischer Hinsicht, und letztere muß sich fragen, ob die veränderte Stellung der Bischöfe, welche ihr gegenüber die nächsten Vertreter und Organe der Kirche sind, nicht eine veränderte Behandlung in legislatorischer und administrativer Hinsicht erforderlich mache."

Den Vorschlag des Gesandten zu einer ständigen Konferenz der Vertreter der Regierungen in Rom, einer Art Antikonzil, lehnte Bismarck aus gleichen Gründen ab, wie früher denjenigen zur Vertretung der Regierungen auf dem Konzil. „Ich habe Ew. Excellenz", schreibt er in der erwähnten Depesche, „schon früher bemerklich gemacht, daß wir vom Standpunkte der Regierungen aus keinerlei Befürchtungen Raum geben, weil wir die Gewißheit haben, auf dem Felde der Gesetzgebung, unterstützt von der Macht der öffentlichen Meinung und dem ausgebildeten staatlichen Bewußtsein der Nation, die Mittel zu finden, um jede Krisis zu überwinden und die gegnerischen Ansprüche auf das Maß zurückzuführen, welches sich mit unserem Staatsleben verträgt. . . . Wir, d. h. die Regierungen des Norddeutschen Bundes, sind nicht berufen, einen Kampf gegen das Konzil und die Kurie zu beginnen, solange die Fragen formell innerhalb des kirchlichen Gebiets diskutirt werden. . . . Für uns ist die katholische Kirche Deutschlands in ihrem Episkopat vertreten, und wir sind bereit, das letztere kräftig zu schützen, sobald und soweit es diesen Schutz verlangt. Aber die eigentliche Aktion auf dem kirchlichen Gebiete müssen wir ihnen selbst überlassen; unsere Aktion kann erst dann eintreten, wenn Folgen auf dem äußerlichen Gebiete in Aussicht stehen."

Endlich sprach Graf Bismarck auch in einer vertraulichen Note, die er durch den Norddeutschen Gesandten dem Kardinal Antonelli überreichen ließ (23. April), Letzterem die Befürchtung aus, „daß die neuen Prinzipien, welche man in Rom zu verkündigen drohe, Verwirrung in die Gesammtheit der Beziehungen der Kirche mit dem Staate werfen und Krisen herbeiführen würden, von welchen

die päpstliche Regierung trotz ihrer traditionellen Weisheit sich vielleicht keine Rechenschaft gäbe.“

Weiter zu gehen beabsichtigte Bismarck zur Zeit nicht. Ihm schien diese Zurückhaltung für umsomehr geboten, als er voraussah, daß Deutschland in naher Zeit einem anderen Kampfe entgegenginge, für welchen es seiner vollen und geeinten Kräfte bedurfte.

Die Todtengräberarbeiten des Konzils nahmen unterdessen ihren verhängnißvollen Fortgang. Nur wenige von den versammelten Kirchenvätern hatten den Muth, dem ausgesprochenen Willen des Papstes auf die Dauer ihr „Non placet“ entgegenzusetzen. Die Beschlußfassung selbst fiel endlich in eine Zeit, als die Augen der Welt bereits auf einen andern Schauplatz gerichtet waren. Am 13. Juli wurde das Unfehlbarkeitsdogma mit 450 gegen 88 Stimmen zum Beschluß erhoben (62 gaben ihre Zustimmung mit Vorbehalt, 81 enthielten sich der Abstimmung) und am 18. Juli, dem Tage vor Uebergabe der formellen Kriegserklärung Frankreichs an Preußen, vor den versammelten Bischöfen in St. Peter öffentlich verkündigt. Während des Sommers und des deutsch-französischen Krieges schmolz das Konzil auf eine geringe Anzahl von Theilnehmern zusammen und wurde endlich (durch die Bulle vom 20. Oktober) auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Hoffnungen, welche die Kirchenpartei auf die Wirkung der Konzilsbeschlüsse gesetzt hatte, wurden durch die Ereignisse des deutsch-französischen Krieges getäuscht. Der Papst erlitt eine neue Demüthigung durch den Verlust des Kirchenstaates, welchen die italienische Regierung bald nach dem Sturze des Napoleonischen Kaiserreichs durch ihre Truppen besetzen ließ (20. September) und mit dem Königreich Italien vereinigte (9. Oktober). Mit Frankreich wurde die andere katholische Hauptmacht niedergeworfen. Aus der Feuerprobe des Krieges ging das geeinigte Deutsche Reich unter der Vormacht des protestantischen Preußen hervor.

Schon vor dem Abschluß des Friedens wurde von ultramontaner Seite der Versuch gemacht, Preußen und das neue Reich für die Interessen des Papstthums in den Krieg zu ziehen. Von 56 katholischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses wurde nach Versailles eine Adresse abgesandt (17. Februar 1871), in welcher der Kaiser gebeten wurde, mit der ganzen Macht des geeinigten Reiches für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes einzutreten und ihm den Kirchenstaat zurückzuerobern. Diese Bittschrift war zugleich das Ultimatum der Ultramontanen. Wie sich voraussehen ließ, lautete die Antwort ablehnend, und von diesem Augenblicke an war auf Seiten der Kirchenpartei der Kampf gegen Preußen und das unter Preußens Führung sich entwickelnde Deutsche Reich beschlossene Thatsache.

Der preußische Staat hatte stets den Ruhm gehabt, als Hort der Gewissensfreiheit zu gelten. Von Preußen war die Reformation am kräftigsten gefördert

worden, die Beherrscher Preußens hatten noch vor keinem Papste das Knie gebeugt, sie bedurften für den Glanz ihrer Krone nicht des päpstlichen Salböls. In dem preußischen Staate mit seinen festgegründeten Formen, seiner strengen Rechtsordnung sah die katholische Kirche den Hauptgegner ihrer herrschsüchtigen Bestrebungen; die Macht dieses ketzerischen Staates mußte gebrochen werden, wenn die katholische Kirche triumphiren und ihre Herrschaft über den Erdkreis ausbreiten wollte. Was aber dann, wenn Preußen in diesem Kampfe zurückwich oder unterlag? wenn Rom mit dem Zwange seiner Dogmen von der unbefleckten Empfängniß der Jungfrau Maria, der Unfehlbarkeit und unumschränkten Gerichtsbarkeit des Papstes, mit Encyklika und Syllabus, mit Bannstrahl und Interdikt, mit Inquisition und Scheiterhaufen die Welt regierte? wenn die Wissenschaft in Fesseln gelegt und jede freie Regung des Geistes als Ketzerei in den Bann gethan wurde? — Ein Rückblick in die Geschichte vergangener Jahrhunderte lehrt uns, was die Welt von dem Siege Roms zu erwarten hätte. Der Kampf, welchen der Reichskanzler im Vertrauen auf den Beistand der Nation für den preußischen und deutschen Staat gegen Rom aufnahm, berührte daher aufs Nächste die Kulturinteressen der gesammten gebildeten Welt.

Ueber materielle Waffen hatten Papstthum und Kirche nicht zu verfügen; sie mußten zu anderen greifen. Preußen sollte von dem übrigen Deutschland getrennt, die Saat des Mißtrauens im neuen Reiche ausgestreut, Treue und Glauben des deutschen Volkes untergraben werden. Dazu halfen als willfährige Werkzeuge die Jesuiten, welche die unbedingte Alleinherrschaft der Kirche über alle Mächte und Interessen des Erdkreises als ihr letztes Ziel mit rücksichtsloser Hingebung verfolgen und in ihrer Verfassung und weiten Verzweigung die Mittel finden, um sich die Wege zu Thronen und Hütten zu öffnen. Die Kanzel war der Platz, von welchem die Diener der Kirche auf die ungebildete Volksmenge wirken und sie zum Widerstande gegen die Staatsgesetze aufreizen konnten. In den Unterrichtsanstalten sollte der geistliche Nachwuchs dem Einflusse des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft entzogen und allein für die Interessen der Kirche herangebildet werden. Der Beichtstuhl bot das Mittel, um in das Heiligthum des Herdes, die Geheimnisse der Familie einzudringen und die Gebote der Sitte in jesuitischem Sinne auszulegen. Jeder Widerstand gegen die Staatsobrigkeit in Preußen wurde ermuthigt, jede Maßregel der Reichsregierung als auf die Unterdrückung des katholischen Glaubens abzielend dargestellt und lebhaft angefochten, um die Regierung vor dem eigenen Volke zu verdächtigen, vor dem Auslande herabzuziehen. Jede Auflehnung katholischer Unterthanen gegen die Gesetze des Landes wurde dagegen bestärkt und belobt, insbesondere unter der katholischen Bevölkerung derjenigen Landestheile an der Ost- und Westgrenze, deren Einverleibung in das Reich als ein Akt der Gewalt und des Unrechts dargestellt wurde, in Posen und Elsaß. Die letzte Hoffnung der Klerikalen endlich war der von Frankreich drohende Revanchekrieg.

Widerstrebend nahm der deutsche Reichskanzler einen Kampf auf, von dem vorherzusehen war, daß er die Leidenschaften tief erregen und daß er nicht überall die rechte Würdigung finden würde. Zur Zeit der Reformation war die Hauptströmung die religiöse gewesen; die politische und nationale Bewegung wurde damals von jener überholt. In dem gegenwärtigen Kampfe ist es umgekehrt; es handelt sich um die Vertheidigung der Rechte des Staates gegen die Eingriffe der römisch-katholischen Kirche und um die Befreiung der Nation von allen fremden, den Fortschritt hemmenden Einflüssen. Dennoch war es nicht zu vermeiden, daß auch dieser Kampf von einem Theile des Volkes als ein religiöser aufgefaßt und daß infolge dessen die Eintracht, welche lange Zeit hindurch zwischen den Konfessionen in Preußen gewaltet hatte, gestört werden würde. Eine andere Gefahr drohte von Seiten der materialistischen Freigeister, welche im Besitze eines gewissen Wohlstandes und einer nüchternen Verstandesaufklärung die fromme Demuth des Glaubens verlernt hatten und der Kirche als einer idealen Macht die Achtung versagten. Die Gesetze, welche Fürst Bismarck als eine Schutzwehr des Staates für nothwendig erachtete, wurden von ihnen als die Begünstigung einer flachen, religionslosen Moral aufgefaßt, welche die Lossagung von konfessionellen Pflichten erleichtern sollte. Bismarck selbst sah sich durch die Kirchenpolitik in eine Richtung gedrängt, die vielleicht seinen persönlichen Neigungen wenig zusagte; aber in der Ueberzeugung, daß das Wohl des Staates diese Politik nothwendig mache und im Vertrauen auf den gesunden Kern des deutschen Volkes entwickelte er bei ihrer Durchführung eine Energie, gegen welche die Ultramontanen trotz aller Anstrengung nicht aufzukommen vermochten.

Die ersten Schritte der Regierung waren vorsichtig, aber nicht herausfordernd, mehr auf Abwehr als auf Angriff berechnet. Als eine einleitende Maßregel war die Aufhebung der katholischen Abtheilung im preußischen Kultusministerium anzusehen (8. Juli 1871). Bismarck erklärte diese bis dahin bestandene Einrichtung als unverträglich mit dem Grundbegriffe der preußischen Verfassung, weil die Zugänglichkeit zu politischen Rathsstellen nicht von der Konfession abhängig gemacht werden dürfe. „Wenn das geschehen muß", sagte er im Abgeordnetenhause (30. Januar 1872), „dann ist die ministerielle Verantwortlichkeit damit überhaupt nicht mehr verträglich. Entweder hat der Kultusminister die Verpflichtung, den Ansichten seiner katholischen Räthe zu folgen, und dann kann er für diesen Theil seiner amtlichen Thätigkeit verfassungsmäßig nicht mehr verantwortlich sein, oder er hat diese Verpflichtung nicht, dann ist es auch nicht erforderlich, daß diese Räthe in eine besondere Abtheilung formirt werden, welche statutenmäßig einem besonderen Bekenntniß angehören muß. Es ist entweder eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit oder ein ganz nutzloses Institut, wenn der Minister schließlich sagt: Ich würde Euch gern gefällig sein, aber meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Mehrheit der Volksvertretung gegenüber läßt es nicht zu."

Daß mit dem während der letzten Jahrzehnte in Preußen befolgten System einer Begünstigung der extremen Richtungen auf kirchlichem Gebiete und einer bis zur Schwäche gehenden Duldsamkeit gegen die Ansprüche der katholischen Kirche nicht fortgefahren werden sollte, darauf ließ auch die Entlassung des bisherigen Kultusministers v. Mühler und die Ernennung des Geheimen Ober-Justizraths Dr. Falk an seiner Statt schließen (22. Januar 1872). Ihm fiel die Aufgabe zu, die Beziehungen des Staates zur Kirche wieder klar und fest zu regeln. Preußen, die politische Vormacht Deutschlands, mußte auch zu seiner geistigen Vormacht erhoben werden, um auf die gemeinsamen geistigen Interessen der Nation den ihm zukommenden Einfluß üben zu können. In diesem Streben stand jetzt Falk dem Fürsten Bismarck zur Seite, wie einst Roon in jenem anderen Kampfe während der Konfliktszeit. Unermüdlich schärfte er die geistigen Waffen Preußens, damit der Staat in seinem Gesetz und Recht eine feste Rüstung gegen die Ränke und Ausfälle Roms fände.

Eine Reihe von Gesetzen, welche diesem Zwecke dienen sollten, wurde dem preußischen Landtag und dem Deutschen Reichstage vorgelegt. Das schon unter dem Ministerium Mühler vorbereitete Gesetz, durch welches dem Staate das Recht der Aufsicht über die Volksschulen zurückgegeben ward, fand nach lebhaften Kämpfen in beiden Häusern des Landtags Annahme und wurde (11. März 1872) verkündigt. Aus den Berathungen des Bundesraths und Reichstags ging auf den Antrag der bayrischen Regierung ein anderes Gesetz hervor, welches den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Aufreizungen mit Gefängnißstrafe bedrohte (November 1871). Noch größere Aufregung rief die Vorlage eines Gesetzes im Reichstage hervor, demzufolge der Jesuitenorden und die ihm verwandten Verbindungen vom Gebiete des Deutschen Reiches ausgeschlossen werden sollten (Juni 1872). Während dasselbe von der Regierung als ein Akt der Nothwehr gegen den immer weiter um sich greifenden verderblichen Einfluß der Jesuiten bezeichnet wurde, sahen die Ultramontanen darin einen Akt der Proskription und einen Eingriff in die jedem Staatsbürger durch die Verfassung gewährleisteten Rechte. Andere versprachen sich nur geringe Wirkung von diesem Gesetze, weil der Geist des Jesuitismus bereits alle Organe der römisch-katholischen Kirche beherrsche und an den meisten Gliedern des Klerus willige Werkzeuge finde. Das Ergebniß der Berathungen war die Annahme des Jesuitengesetzes im Reichstage, welches im Juli 1872 verkündigt wurde.

Unterdessen war auch der Zeitpunkt herangekommen, wo sich die Folgen der Konzilsbeschlüsse auf politischem Gebiete äußerten. Zwar hatten viele unter den deutschen Bischöfen sich Anfangs gegen das Unfehlbarkeitsdogma erklärt; nachdem jedoch der Papst, ungeachtet des historischen Fußfalls des Bischofs von Mainz, mit seinen Jesuiten die Verkündigung des Dogmas durchgesetzt hatte, ließen die Bischöfe ihre Gewissensbedenken fallen und zeigten dem Papste nicht

nur für ihre Person ihre Unterwerfung an, sondern sie verlangten dieselbe Unterwürfigkeit von ihren Untergebenen, viele sogar in Form einer schriftlichen Erklärung, und verfolgten Diejenigen, welche dem Dogma ihre Anerkennung versagten, mit Kirchenstrafen und Bann. Die Staatsregierung aber nahm die Altkatholiken gegen die Willkür der Bischöfe in den Schutz der Gesetze.

Nach dem Erlaß des Jesuitengesetzes nahm die Agitation der Kirche an Heftigkeit zu. In den katholischen Gesellen- und Piusvereinen wurde dem ungebildeten Volke vorgeredet, daß die katholische Religion bedroht sei. Die in Fulda versammelten preußischen Bischöfe erklärten öffentlich, daß der Staat nicht die Befugniß habe, auf kirchlichem Gebiete Vorschriften zu geben und daß die Staatsgesetzgebung auf kirchlichem Gebiete nicht verbindlich sei (September 1872). Hatte ein Redner der Ultramontanen im Abgeordnetenhause vor dem „modernen Pombal" gewarnt, zu dessen Gehülfen die liberale Mehrheit sich hingäbe, so vernahm man aus dem Munde des Heiligen Vaters noch heftigere Ausbrüche des Zornes. Bei der Beantwortung einer Adresse des Deutschen Lesevereins sprach er die Hoffnung aus, „es werde sich bald das Steinchen von der Höhe loslösen, das den Fuß des Kolosses (d. i. des Deutschen Reiches) zerschmettere" (29. Juni 1872), und in der Weihnachtsansprache an die Kardinäle ergoß er seinen ganzen Zorn über das neue Reich und seinen Kanzler. Bitter beklagte er sich über die Verfolgungen, welche die Kirche in Deutschland zu erdulden habe, wo man nicht nur mit verborgenen Machinationen, sondern auch mit offener Gewalt darauf hinarbeite, sie vom Grunde aus zu vernichten. „Denn Männer", so sagte der Papst, „die nicht nur unsere heilige Religion nicht bekennen, sondern sie nicht einmal kennen, maßen sich die Macht an, die Dogmen und die Rechte der katholischen Kirche zu definiren. Und während sie dieselbe hartnäckig drücken, stehen sie unverschämter Weise nicht an, zu behaupten, daß ihr von ihrer Seite kein Schaden angethan werde."

Schon vorher hatte der Papst Beweise seiner unversöhnlichen Gesinnung gegeben, als es sich um Besetzung des deutschen Gesandtschaftspostens beim Römischen Stuhle handelte. Fürst Bismarck hatte für diesen Posten den Kardinal Fürsten Hohenlohe in Vorschlag gebracht (April 1872), weil er denselben für die geeignetste Persönlichkeit hielt, um den Einflüsterungen der Jesuiten entgegenzuwirken und der Römischen Kurie die Unterhaltung guter Beziehungen mit dem Deutschen Reiche zu erleichtern. Der Papst hatte es jedoch hochmüthig abgelehnt, den Kardinal als Gesandten zu empfangen, weil ein Würdenträger der Kirche nicht Vertreter einer weltlichen Macht bei ihm sein könne. Diese unerhörte Anmaßung des kirchlichen Oberhauptes gegenüber dem Oberhaupte des Deutschen Reichs hatte unter der Bevölkerung Deutschlands allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Es schien, als ob Pius IX. und seine Jesuiten es darauf abgesehen hätten, daß noch einmal, wie in Gregor's VII. Tagen, die kaiserliche Macht vor der päpstlichen sich beugen, der Deutsche

Kaiser vor dem Papste sich demüthigen und Buße thun solle. Um diese Zeit sprach der deutsche Reichskanzler bei den Berathungen des Reichstags über den Gesandtschaftsposten jenes mannhafte Wort, welchem bald die Schwingen wuchsen, daß es in den deutschen Gauen, in Nord und Süd, einen stolzfreudigen Wiederhall fand: „Nach Canossa gehn wir nicht!"

Nachdem der Gesandtschaftsposten längere Zeit unbesetzt geblieben, wurden nach der Weihnachts-Allokution des Papstes die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Römischen Kurie völlig abgebrochen.

Wenn die seitherigen Gesetze nur den dringendsten Uebelständen Abhülfe schaffen sollten, so erachtete die Regierung es für ihre Aufgabe, die Grenzscheide zwischen den Rechten des Staates und denen der Kirche für die Dauer festzustellen und bei der jüngeren Geistlichkeit auf ein Verständniß für die nationalen Ziele hinzuwirken. Zu diesem Zwecke waren im preußischen Kultusministerium nach reiflicher Erwägung der früheren Erfahrungen und unter weiser Voraussicht der möglichen künftigen Verwicklungen zunächst vier Gesetze ausgearbeitet worden, welche im Anfange des Jahres 1873 den beiden Häusern des Landtags vorgelegt wurden und nach der Zeit ihrer Verkündigung (15. Mai 1873) gewöhnlich die Maigesetze genannt werden. Dieselben betrafen die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines neuen königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten, die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel und den Austritt aus der Kirche. Alle vier Gesetze gingen von dem Grundgedanken aus, das kirchliche mit dem bürgerlichen Leben mehr in Einklang zu bringen. Die Geistlichen, von denen ein so wichtiger Einfluß auf die Erziehung und sittliche Bildung des Volkes ausgeht, sollten auch in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung den Forderungen der Zeit und den Bedürfnissen der Nation entsprechen und der staatsfeindlichen Einwirkung von „außerhalb der Nation stehenden Mächten" entzogen werden; zugleich nahm der Staat damit die niederen Geistlichen gegen die Willkür ihrer Oberen in Schutz. Nirgends war von einem Eingriffe des Staats in die Rechte der Kirche die Rede, Niemandem wurde die Ausübung seiner konfessionellen Pflichten verkümmert. Der Grundsatz Friedrich's des Großen, daß „in seinen Staaten keine Religion der anderen Abbruch thun" und „Jeder nach seiner Façon selig werden solle", blieb durch die Maigesetze unangetastet. Dieselben enthielten vielmehr nur eine gesetzliche Regelung derjenigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat, welche in anderen Staaten, namentlich auch in dem katholischen Süddeutschland, durch ähnliche Bestimmungen längst geordnet waren. Sie gaben der Kirche innerhalb des Staates einen gesicherten Rechtsboden und konnten sowol in der katholischen als in der evangelischen Kirche nur dazu dienen, das Christenthum in seinen Wurzeln zu kräftigen. Nur die Allmacht der Priesterherrschaft wurde durch diese Gesetze gebrochen und den Uebergriffen der Kirche auf weltliches Gebiet ein

unübersteiglicher Damm entgegengesetzt. Die Ultramontanen aber geberdeten sich, als ob der Untergang der Kirche beschlossen sei, und boten Alles auf, um die Gesetze zum Falle zu bringen. Niemals, auch nicht in der Zeit des brennendsten Verfassungskonfliktes, sah sich Fürst Bismarck mit so maßloser Heftigkeit angegriffen, als jetzt von den Rednern der Centrumsfraktion im Abgeordnetenhause, unter denen v. Mallinckrodt und v. Windthorst — Jener durch seine aus religiösem Eifer hervorströmende Beredsamkeit, Dieser durch Schlagfertigkeit und dialektische Gewandtheit — den Uebrigen vorangingen. Im Herrenhause aber machten mit Bismarck's ultramontanen Gegnern seine früheren Parteigenossen, v. Kleist-Retzow, Freiherr v. Manteuffel u. A., gemeinschaftliche Sache. Während die Ersteren den Klageruf von der „unterdrückten Kirche" hören ließen und an die Christenverfolgungen unter Nero und Diocletian erinnerten, warfen die Letzteren dem Kanzler vor, daß er seine Ueberzeugungen gewechselt und die Idee vom „christlichen Staate" geopfert habe.

Dagegen beleuchtete der Kultusminister Falk vom Standpunkte des Staatsrechts mit sachlicher Klarheit die Nothwendigkeit der Maigesetze; Fürst Bismarck aber hob in wirkungsvoller Rede mit dem Hinweis auf große geschichtliche Perspektiven die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes hervor, den er als einen Machtstreit bezeichnete, der so alt sei wie das Menschengeschlecht. „Es handelt sich um den Machtstreit zwischen Königthum und Priesterthum", sagte er im preußischen Herrenhause (12. März 1873), „einen Machtstreit, der viel älter ist als die Erscheinung unsers Erlösers, einen Machtstreit, in welchen Agamemnon in Aulis mit seinem Seher verflochten wurde, der ihm seine Tochter kostete und die Griechen an der Abfahrt verhinderte, der in der deutschen Geschichte des Mittelalters unter dem Namen des Kampfes der Päpste mit den Kaisern bekannt ist, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers, der mit dem Papste verbündet war, auf dem Schaffot starb. Wir sind einer analogen Situation, übersetzt in die Sitten unserer Zeit, sehr nahe gewesen. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Publikation der vatikanischen Beschlüsse zusammenfiel, einen Erfolg gehabt hätte, so weiß ich nicht, ob man nicht auch auf dem Gebiete der katholischen Kirche ähnliche Erscheinungen gesehen hätte."

Wiederholentlich wies Bismarck im weiteren Verlauf dieser Verhandlungen auf den Zusammenhang zwischen der katholischen Centrumsfraktion und den äußeren Feinden des Staates hin; er verglich die Bildung dieser Fraktion mit der „Mobilmachung einer feindlichen Armee gegen den Staat", mit dem „Vorschieben einer Breschebatterie, — die dahinter stünden, wüßten sehr gut, um was es sich handelte." In dem Vorwurfe des Herrn von Kleist-Retzow, daß er sich von seiner Partei losgerissen habe, sah Bismarck eine bedenkliche Ueberschätzung der einzelnen Persönlichkeit, denn das Kleine reiße sich vom Größeren, das

Bewegliche von der Basis, das Schaltthier vom Schiffe los; der Redner betrachte danach sich und seine Fraktion als die Basis, von welcher der König und seine Regierung sich losgerissen haben, und diese schwämmen nun steuerlos auf dem Meere.

Der Annahme der Maigesetze durch den preußischen Landtag und ihrer Verkündigung durch die Regierung (15. Mai 1873) folgte seitens der preußischen Bischöfe, die wiederum in Fulda, am Grabe des heiligen Bonifacius, versammelt waren, die offene Aussage des Gehorsams, weil diese Gesetze „mit der von Gott geordneten Verfassung und Freiheit der Kirche in wesentlichen Punkten im Widerspruche stünden" und weil sie dem Staate, insbesondere dem protestantischen Preußen, das Recht bestritten, ihnen Gesetze vorzuschreiben.

Unbekümmert um die Maigesetze fuhren die Bischöfe fort, Geistliche anzustellen, ohne der Staatsbehörde die geforderte Anzeige zu machen; andere Pfarrstellen wurden von ihnen unbesetzt gelassen. Ueber die altkatholischen Geistlichen und Lehrer verfügten sie Bann und Kirchenstrafen, die mit Folgen für ihre bürgerliche Lebensstellung verbunden waren. Auch der Beaufsichtigung der Schulen durch den Staat suchten sie überall hinderlich entgegenzutreten. Die Staatsregierung aber schritt mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die widerspenstigen Geistlichen ohne Ansehen der Person ein. Es war ein unwürdiges Schauspiel, wenn man gerade diejenigen Männer, welche durch Amt und Würde berufen waren, ihren Mitchristen in der treuen Erfüllung der Pflichten gegen die weltliche Obrigkeit voranzuleuchten, in die Gefängnisse abführen sah, weil sie dem Gesetze und der Obrigkeit die Achtung versagten. Das waren keine Märtyrer ihres christlichen Glaubens, wie man der ungebildeten Menge vorreden wollte, es war der weltliche Hochmuth der Prälaten, der sich weigerte, Gott zu geben, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Am Römischen Stuhle sah man längere Zeit mit stillem Wohlgefallen die Auflehnung der preußischen Bischöfe gegen die Staatsobrigkeit; man versprach sich davon eine Trennung Preußens von dem übrigen Reiche. Als jedoch der kirchliche Streit seinen Höhepunkt erreicht zu haben schien, glaubte das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche selbst zu Gunsten der Bischöfe einschreiten zu sollen und richtete ein Schreiben an den Deutschen Kaiser (7. August 1873). Aber es schien, als ob der Geist der Gregor und Innocenz auch Pius dem Neunten die Hand geführt habe. So wenigstens klang es, wenn er die Behauptung aussprach, daß Jeder, welcher die Taufe empfangen habe — also auch der Kaiser — in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise ihm, dem Papste, angehöre. Ihm entgegnete der Kaiser voll Milde und Würde (3. September), daß er nach der Ueberlieferung seiner Vorfahren zum evangelischen Glauben sich bekenne und daß dieser ihm nicht gestatte, in seinem Verhältniß zu Gott einen anderen Vermittler anzunehmen als Jesum Christum. Auf die seltsame Unterstellung des Papstes, daß der Kaiser das Verfahren seiner Regierung nicht billige, erwiederte dieser, daß die Gesetze und Regierungsmaßregeln nach der Verfassung seiner

landesherrlichen Zustimmung bedürften, daß ein solcher Fall daher nicht eintreten könne. Endlich sprach der Kaiser die Hoffnung aus, der Papst werde seine Autorität anwenden, um der unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen.

Um die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens möglichst außerhalb der Folgen des kirchlichen Streites zu stellen, legte die preußische Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Einführung der obligatorischen Civilehe und die Beurkundung des Personenstandes vor (Dezember 1873), ein Gesetz, welches wieder auf den hartnäckigen Widerstand nicht allein der Ultramontanen, sondern auch der Altkonservativen stieß. Fürst Bismarck hatte sich selbst nur mit schwerem Herzen zu dieser Vorlage entschlossen; auf den erneuerten Vorwurf seiner früheren Parteigenossen, insbesondere v. Gerlach's, daß er jetzt anders denke als vor 25 Jahren, erwiederte Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause (17. Dezember): „Von mir eine Konsistenz des Urtheils in einem Vierteljahrhundert zu verlangen, wäre ungerecht. Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister mehr, sondern habe gelernt, meine persönlichen Ueberzeugungen den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen. Meine persönliche Ueberzeugung heute ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Seiner Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen. Ich glaube, daß der Staat ein Bedürfniß der Nothwehr an diesem Gesetze hat, und bin entschlossen, dafür einzustehen, wie für so Manches, was meinen persönlichen Ueberzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht mehr entspricht. Aber ich bin ein dem Gesammtbedürfniß und den Forderungen des Friedens und Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber sich disziplinirender und unterordnender Staatsmann."

Die fortwährenden Aufreizungen der ungebildeten Menge durch die Klerikalen konnten nicht ohne Folgen bleiben. Die Spitze der ultramontanen Agitation blieb gegen den Deutschen Reichskanzler gerichtet, welcher als die Verkörperung des bösen Prinzips geschildert wurde, von dem der alleinseligmachenden Kirche Unheil und Schaden drohe. Wenn die bedeutendsten Preßorgane der Ultramontanen, die sich, wie lucus a non lucendo, „Germania" und „Vaterland" nannten, wiederholentlich darauf hinwiesen, daß auch „Bismarck ja nur ein sterblicher Mensch" sei, und die Hoffnung durchleuchten ließen, daß ihn recht bald das „Gottesgericht" ereilen möchte, so erzeugten solche Andeutungen bei Menschen von unklarem Geiste und roher Gemüthsart eine unheilvolle Verwirrung der Begriffe: Verbrechen und verdienstvolle Handlung.

Im Frühjahr 1874 war Bismarck wieder längere Zeit krank. Früher als gewöhnlich hatte er dieses Jahr sein Varzin aufgesucht und begab sich zu Anfang des Juli auf den Rath der Aerzte zum Gebrauche der Badekur nach Kissingen.

Seine Gemahlin und Tochter befanden sich in seiner Begleitung. Die Fernhaltung von den Staatsgeschäften und das friedliche Leben an dem freundlichen Badeorte schienen bereits günstig auf Bismarck's Gesundheit zu wirken. Wohlthuend empfand er auch die herzliche Aufnahme, die ihm von Einwohnern und Badegästen bereitet wurde, sowie das Wohlwollen des Königs von Bayern, das sich in zahlreichen Aufmerksamkeiten für ihn äußerte. Manche scherzhafte Züge von ihm gingen von Mund zu Mund und vermehrten die Theilnahme der gutmüthigen bayrischen Bevölkerung für den berühmten Gast. Als er eines Tages auf dem Wiesenwege von den Gradirhäusern nach Kissingen zurückging, blieb er vor einem Heumäher stehen, unterhielt sich mit ihm über Güte und Ertrag der Wiese, ergriff dann selbst die eigenthümlich gestaltete Sense, wog sie in der Hand und fragte den Bauer, weshalb diese Sense anders konstruirt sei als die in Norddeutschland gebräuchliche. Der Bauer suchte ihn über die Vorzüge seiner Sense zu belehren, und freute sich, daß der fremde Herr so gute landwirthschaftliche Kenntnisse an den Tag legte. Als er darauf durch einen Kurgast, der aus der Ferne zufällig Zeuge des Vorganges gewesen, erfuhr, mit wem er gesprochen hatte, war er voll Glückes. Von vielen Seiten wurde ihm Geld für die Sense geboten, er aber ließ sie um keinen Preis und wollte sie als theures Erbstück seiner Familie bewahren.

Der Fürst fuhr täglich nach 1 Uhr Mittags in einer königlich bayrischen Hofequipage von seiner auf dem rechten Ufer der Saale gelegenen Wohnung im Hause des Doktor Diruff nach den Salinenbädern. In der Nähe des genannten Hauses versammelten sich um diese Zeit gewöhnlich viele Einwohner und Badegäste aus Kissingen, um dem Fürsten beim Vorüberfahren ihre Grüße darzubringen. Auch an dem Tage, als zu München bei der Durchreise des Deutschen Kaisers die Begrüßung desselben mit dem Könige von Bayern stattfand (13. Juli), wartete wieder ein zahlreiches Publikum auf beiden Seite der Straße, die zur Saalebrücke hinabführt, und begrüßte den Fürsten bei seiner Ausfahrt mit lebhaften Zurufen. Als der Wagen sogleich darauf aus der Gartenstraße in die Hauptstraße einlenkte, entstand ganz zufällig eine kurze Verzögerung dadurch, daß ein Herr in der üblichen Kleidung der Geistlichen unmittelbar an den Pferden vorüber von der einen Seite der Straße auf die andere hinübereilte, wol um von dieser aus den Fürsten besser sehen zu können. In demselben Augenblicke sprang ein nichtswürdiger Bursche von gemeinem Aussehen plötzlich aus der Menge bis dicht an den Wagenschlag vor und feuerte aus großer Nähe ein Pistol auf den Fürsten ab. Dieser hatte so eben zur Erwiederung der Grüße die rechte Hand nach der Kopfbedeckung erhoben, als die Kugel gerade zwischen der Hand und der Schläfe hindurchflog und ihn am Handgelenke streifte. Voll Unwillens, jedoch ohne für einen Augenblick seine ruhige Haltung zu verlieren, verließ Fürst Bismarck den Wagen und begab sich zu Fuße mitten durch die erregte Menge in seine Wohnung zurück, wo seine Gemahlin und Tochter voll

banger Besorgniß, aber voll Dankes für seine Errettung ihn empfingen. Der Thäter wurde von mehreren Zeugen des Vorganges gleichzeitig ergriffen und nach dem Gefängniß abgeführt. Nur mit Mühe gelang es, ihn vor einem Akte der Volksjustiz zu schützen.

Bald nachdem die Wunde verbunden war, fuhr der Fürst im offenen Wagen an der Seite des Bade-Inspektors Grafen Pappenheim nach dem Landgerichte, wohin der Verbrecher unterdessen gebracht worden war. Auf der Fahrt wurde er überall enthusiastisch begrüßt. Allgemein verbreitet war die Ansicht, daß es sich hier nicht um das Verbrechen eines Einzelnen handelte, sondern daß dieses im Zusammenhange mit den geheimen Umtrieben einer Partei stünde. Diese Ansicht wurde bestätigt, als man erfuhr, daß der Thäter, ein Böttchergeselle Namens Kullmann aus Neustadt-Magdeburg, in seiner Heimat dem sogenannten „katholischen Männervereine" angehört und unter dem Einflusse eines fanatischen katholischen Pfarrers, Namens Störmann, in Salzwedel gestanden habe. Auch die Antworten, welche er dem Fürsten bei dieser einzigen Unterredung gab, wiesen auf solche Beziehungen hin. Auf die Frage: „Warum haben Sie mich denn umbringen wollen?" erwiederte Jener: „Wegen der Kirchengesetze in Deutschland", und auf die weitere Frage, ob er denn glaube, damit die Sache zu verbessern, antwortete er mit der Redensart: „Bei uns ist es schon so schlimm, daß es schlimmer nicht werden kann." Weiter sagte er noch dem Fürsten, er habe „seine Fraktion" beleidigt, und bezeichnete als diese „die Centrumsfraktion des Reichstags". Wenn auch die spätere Untersuchung auf keinen persönlichen Anstifter des Attentats hinwies, zumal da infolge des inzwischen erfolgenden Todes des Pfarrers Störmann in Salzwedel manche Dinge unaufgeklärt bleiben mußten, so war doch ein gewisser Zusammenhang zwischen den Wühlereien der jesuitischen Kirchenpartei und dem Verbrechen für jeden unparteiischen Beurtheiler einleuchtend. Auch die nach dem Attentate bei dem Reichskanzler eingehenden Drohbriefe, der Umstand, daß sich Mörderhände einem französischen Bischofe zur Vollstreckung des schändlichen Verbrechens anboten, endlich die Spuren von Mordversuchen, welche von der Polizeibehörde bis in die neueste Zeit entdeckt wurden, — dieses Alles beweist, daß der Entschluß zu dem Verbrechen nicht in einem einzelnen verworrenen Kopfe entsprungen war, sondern daß die Saat des Hasses und der religiösen Erbitterung, in rohen und zornigen Gemüthern ausgestreut, ihre argen Früchte zu tragen begann. Was half es auch, ob man sich von der Person des Mörders lossagte, wenn doch von jener Partei offen und heimlich mit allen Mitteln auf den Sturz des Mannes hingearbeitet wurde, dessen Leben ihren Plänen entgegenstand! —

Die Aufregung in dem sonst so friedlichen Badeorte nach dem Attentate war eine gewaltige. Von allen Seiten beeilte man sich, dem Fürsten den Abscheu vor der That und die freudige Theilnahme an seiner Errettung auszudrücken. In der protestantischen Kirche fand am Abend ein Dankgottesdienst statt, welchem

auch die Familie des Fürsten beiwohnte. Nach Beendigung desselben versammelte sich eine unabsehbare Volksmenge vor dem Hause des Fürsten, wo ihm seitens der Stadt und der Kurgäste eine Serenade nebst Fackelzug dargebracht wurde. Der Fürst trat auf den Balkon und dankte mit Worten, denen seine innere Bewegung noch anzuhören war.



„Wieder ein Attentat.“

„Es geziemt mir nicht“, sagte er, „Weiteres über die Sache zu reden; sie ist dem Urtheile des Richters übergeben. Das aber darf ich wol sagen, daß der Schlag, der gegen mich gerichtet war, nicht meiner Person galt, sondern der Sache, der ich mein Leben gewidmet habe: der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands. Und wenn ich auch für die große Sache hätte sterben müssen, was wäre es weiter gewesen, als was Tausenden unserer Landsleute passirt ist, die vor drei Jahren ihr Blut und Leben auf dem Schlachtfelde ließen! Das große Werk aber, das ich mit meinen schwachen

Kräften habe mit beginnen helfen, wird nicht durch solche Mittel zu Grunde gerichtet werden, wie das ist, wovor Gott mich gnädiglich bewahrt hat. Es wird vollendet werden durch die Kraft des geeinten Volkes. In dieser Hoffnung bitte ich Sie, mit mir ein Hoch zu bringen auf das geeinigte deutsche Volk und seine verbündeten Fürsten!"

Die Zahl der Glückwunschtelegramme, welche dem Kanzler aus Anlaß der abgewandten Gefahr zugingen, belief sich schon in den nächsten Tagen auf mehr als tausend. Außer den Glückwünschen des Deutschen Kaisers und des Königs von Bayern befanden sich darunter diejenigen von den meisten regierenden Fürsten Europa's, sogar vom türkischen Sultan und vom Khedive von Aegypten.

Die Wunde hatte glücklicherweise nur eine kurze Unterbrechung der Badekur zur Folge. Als Fürst Bismarck einige Tage nach dem Ereigniß (17. Juli), den rechten Arm noch in der Binde tragend, das erste Mal wieder zum Gebrauche der Bäder ausfuhr, wurde ihm eine Ueberraschung eigener Art bereitet. Eine Flora von Damen, sämmtlich mit Rosensträußen bewaffnet, bildete Spalier zu beiden Seiten der Straße, durch welche sein Weg ihn führte, und an derselben Stelle, wo wenige Tage zuvor das Geschoß des Mörders auf ihn gerichtet war, wurde er jetzt von einer Flut von Rosensträußen überschüttet. „Wieder ein Attentat!" rief er lachend und verneigte sich freundlich dankend vor den liebenswürdigen Spenderinnen so holder Gaben.

Die Hoffnung, daß nach dem Kissinger Attentate eine Wendung in dem kirchenpolitischen Kampfe eintreten möchte, sollte sich nicht erfüllen. Das Auftreten der Centrumsfraktion im Reichstage, — z. B. in jener bewegten Sitzung (4. Dez. 1874), in welcher gewisse Mitglieder dieser Partei keinen Anstand nahmen, aus dem Attentate selbst Motive zu Verdächtigungen und Angriffen gegen den Reichskanzler hervorzusuchen, und dieser ihnen mit niederschmetternder Energie die Worte ins Gewissen rief: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest!" — der fortdauernde störrige Widerstand der preußischen Bischöfe gegen die Maigesetze, die Encyklika des Papstes vom 5. Februar 1875, welche das Verdammungsurtheil über die Maigesetze spricht und alle katholischen Geistlichen, die ihnen Folge leisten, mit Exkommunikation bedroht, endlich das päpstliche Breve vom 2. März 1875, — dieses Alles zeigt, daß die katholische Kirche noch weit davon entfernt ist, die Rechte des Staates anzuerkennen. Deutlicher noch bekunden die Vorgänge in der bayrischen Kammer, sowie das Auftreten des Bischofs von Speyer, der sich gegenüber der bayrischen Landesregierung das Recht anmaßt, die Landesgesetze nach seiner Willkür auszulegen, d. h. zu umgehen (Oktober 1875), daß der Widerstand der Klerikalen so im Süden wie im Norden noch lange nicht im Ermatten ist, und daß der Klerus dort immer noch über eine nach der Kopfzahl starke Partei zu verfügen hat. Andererseits lassen die erläuternden Zusätze zu den Maigesetzen, das Gesetz über die Einstellungen der

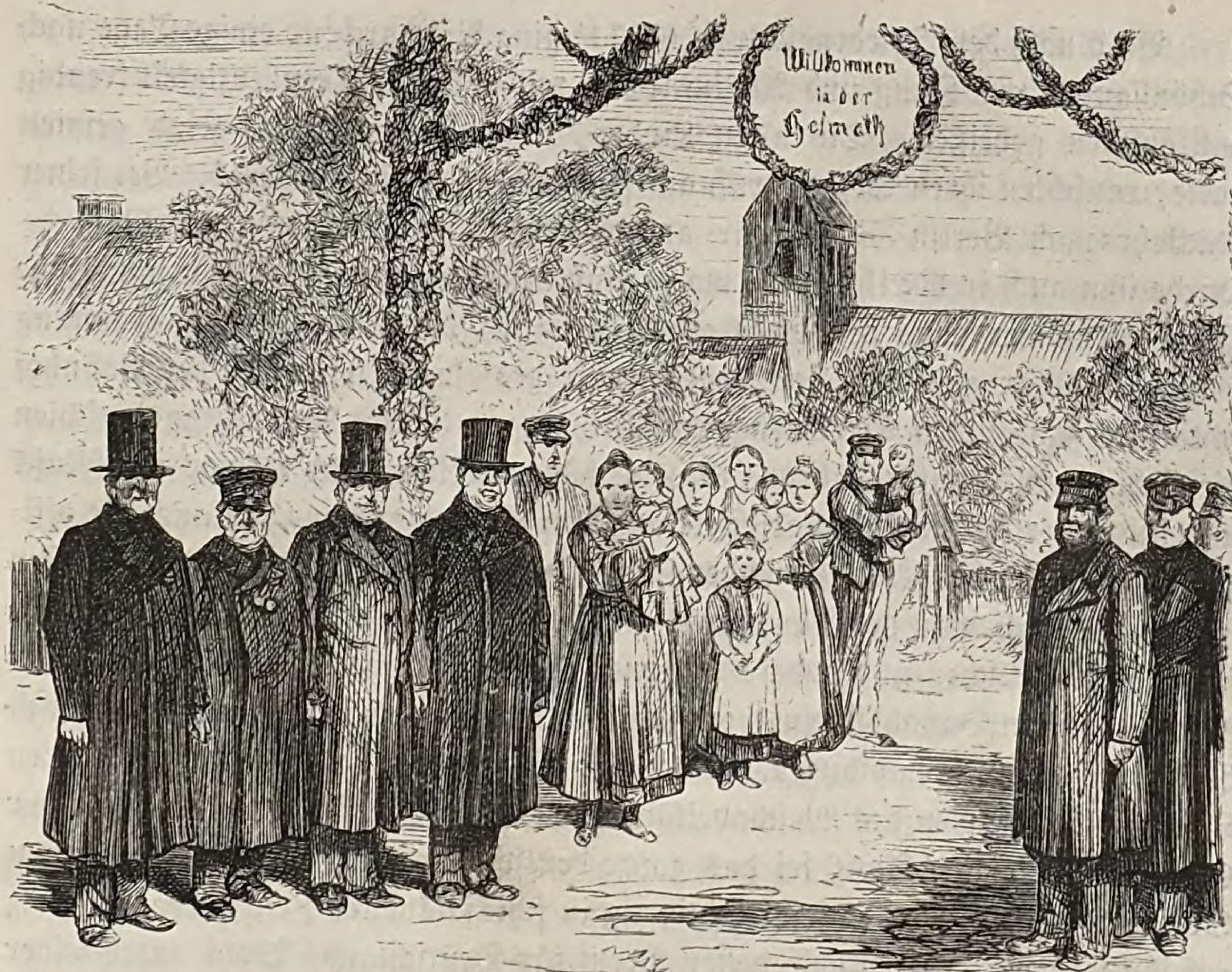
Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen, sofern diese nicht die förmliche Erklärung abgeben, daß sie den Gesetzen des Staates den schuldigen Gehorsam leisten werden (April 1875), und das Gesetz über die Aufhebung der Klöster und katholischen Orden (Mai 1875) deutlich erkennen, daß es auch der Staatsregierung weder an Energie noch an Mitteln zur Fortsetzung des Kampfes fehlt.

Solange wir in der Mitte des großen Kampfes stehen, scheint es wol, als ob die Schwierigkeiten mit seiner Dauer sich mehrten, die Friedensaussichten immer mehr schwänden; es scheint, als ob die Interessen des Staates mit denen der Kirche unversöhnlich wären. Von mancher Seite hört man wol die Frage aufwerfen, ob dieser Kampf denn wirklich unvermeidlich gewesen, ob nicht von der Regierung wenigstens durch eine mildere Handhabung der Maigesetze der Weg zum Frieden eingeschlagen werden könne. Wir glauben, daß auch dieser Zeitpunkt einmal kommen wird, aber erst nachdem den Gesetzen überall Anerkennung und Achtung geschafft ist. Solange dies nicht der Fall, beruht in der energischen Fortsetzung des Kampfes die einzige Hoffnung auf einen dauernden Frieden. Unberechenbar sind die Ereignisse, welche auf die Weiterentwicklung oder Beendigung des Kampfes noch Einfluß gewinnen können. Bis jetzt ist es unter den Großstaaten Deutschland allein, welches ihn führt. Es fragt sich, wie lange noch andere Staaten, deren Interessen durch die neue Verfassung, welche die katholische Kirche sich gegeben hat, nahe berührt werden, wie lange insbesondere Italien und Oesterreich sich der Unterstützung der deutschen Kirchenpolitik werden enthalten können. Allmählich hat sich das Verständniß für die wahre Bedeutung des Kampfes in weiteren Kreisen auch außerhalb Deutschlands, namentlich in England, Holland, Italien, Amerika und sogar in Frankreich, Bahn gebrochen und dem Deutschen Reiche sowie dem kühnen Leiter seiner Politik lebhafte Sympathien erweckt. Die Masse der katholischen Bevölkerung aber fängt an zu begreifen, daß die Interessen der katholischen Religion wohl zu trennen sind von denjenigen einer innerhalb der Kirche unter dem Deckmantel der Religion nach weltlicher Macht und Herrschaft strebenden Partei. Von dem jüngeren Nachwuchs der Geistlichkeit wird hoffentlich ein segensreicher Einfluß in dieser Richtung ausgehen. Eine Anbahnung des Friedens lag schon in dem Rundschreiben, welches Fürst Bismarck im Mai 1872, also zur Zeit, als der Kampf mit dem Erlaß des Jesuitengesetzes in ein neues, ernsthaftes Stadium getreten war, an die Regierungen richtete und in welchem er dieselben aufforderte, gemeinschaftlich Vorkehrungen zu treffen, um die nächste Papstwahl dem Einflusse der Jesuiten zu entziehen. Die römisch-katholische Kirche hat nicht mehr die Macht, um die Völker zu einem Kreuzzuge für ihre Herrschaft fortzureißen, aber in jedem Kampfe, der in den nächsten Jahrzehnten unter Betheiligung des Deutschen Reiches geführt werden sollte, werden auch die kirchenpolitischen Fragen in irgend einer Gestalt eine Rolle spielen und von Einfluß auf die Entscheidung sein.

Mit einem Hinweis auf den Frieden begleitete der Deutsche Reichskanzler im preußischen Abgeordnetenhause eine der letzten kirchenpolitischen Vorlagen, das Gesetz über die Einziehung der Dotationen für die katholische Kirche (6. April). Er hob die Nothwendigkeit hervor, dem Staate wieder die für den allgemeinen Frieden erforderliche Festigkeit zu geben, da in diese durch manche Bestimmungen und Einrichtungen einer abgelaufenen Periode Bresche gelegt sei. „Sobald diese Bresche ausgefüllt ist", fuhr er fort, „werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden mit dem Centrum, namentlich aber mit dem viel mäßiger gesinnten Römischen Stuhle, zu suchen. Ich hoffe, ihn dann auch mit Gottes Hülfe zu finden, und werde, so viel mir zu leben noch vergönnt ist, dazu beitragen, den Kampf, den ich eine Weile aggressiv zu führen genöthigt war, demnächst defensiv, aber in gesicherten Verhältnissen fortzusetzen und die Aggression immermehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen."

Auf dem Boden der fortschreitenden Bildung und Wissenschaft werden Staat und Kirche, die sich gegenseitig nicht ausschließen, nicht entbehren können, einander wieder näher rücken und ihren Frieden schließen; sie werden es um so eher thun, je mehr der Staat nach den Grundsätzen der Weisheit, Gerechtigkeit und Freiheit geleitet, je mehr von der Kirche das Gebot der christlichen Nächstenliebe gegenüber der herrschenden egoistischen Weltanschauung zur Geltung gebracht und gepflegt wird. Welche Stadien aber auch bis dahin der gegenwärtige Kampf noch zu durchlaufen haben mag, das deutsche Volk dankt dem Manne, der es gewagt hat, ihn aufzunehmen, und der ihn kraftvoll führt. Es erblickt in ihm den unermüdlichen Vorkämpfer auf der Bahn deutscher Ehre und deutschen Rechtes, auf der es ihm zu folgen ist „allezeit treu bereit zu des Reiches Herrlichkeit!"

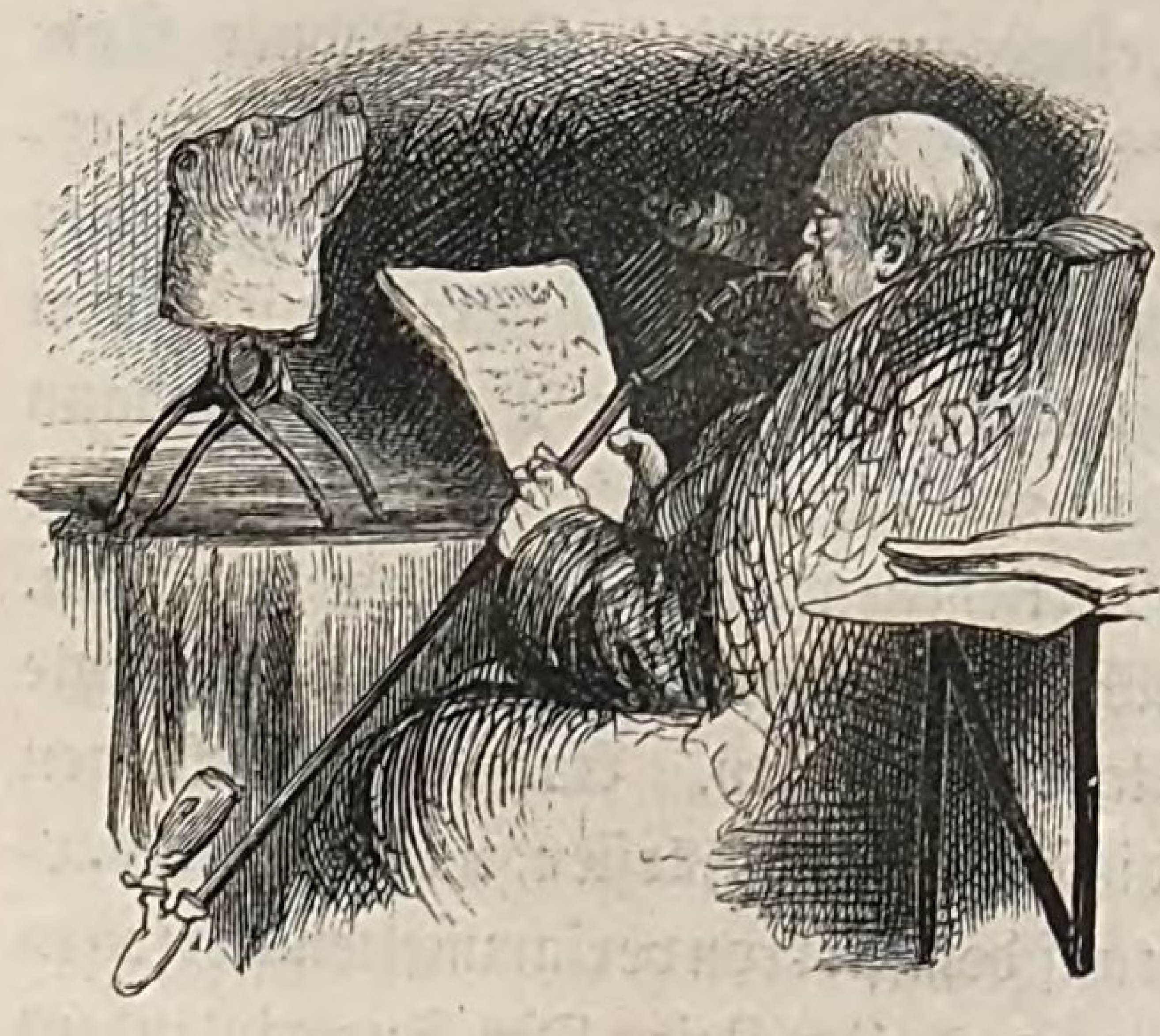




Wieder in Schönhausen.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Haus und Herd.



Der Ruhm des Vaters ist den Söhnen Leuchte.

Zu Haus' und in dem Kriege herrscht der Mann
Und in der Fremde weiß er sich zu helfen.
Ihn freuet der Besitz, ihn krönt der Sieg.

Goethe.

Neben der bewundernswerthen Thatkraft, welche Bismarck unter den Kämpfen und Stürmen seines vielbewegten Lebens entwickelte, bildet die Liebe zu seinem ländlichen Daheim, zu dem stillen Frieden des Herdes einen durchgehenden Zug seines Wesens. Seltener als früher lenkt der Kanzler jetzt seine Schritte nach der alten Heimat seiner Vorfahren zurück; Varzin und das Lauenburgische Friedrichsruhe mit ihren weiten Waldungen haben dem altmärkischen Schönhausen den Rang abgewonnen, aber in den treuen Herzen der Altmärker hat er seine Heimat behalten.

Bald nach dem Friedensschlusse (1871) ging Bismarck für einige Tage nach Schönhausen, von Jung und Alt im Dorfe mit schlichter Treuherzigkeit freudig willkommen geheißen. Die alten Linden, unter denen er als Kind gespielt hatte, rauschten ihren Segensgruß auf sein fürstliches Haupt herab. Bei seiner Rückkehr nach Berlin — es war am dritten Pfingstfeiertage (30. Mai) — wurde ihm auch in Rathenow, wo er einst als Wahlkandidat für die preußische Zweite Kammer seine Wahlrede gehalten hatte, ein überraschender Empfang bereitet. Schon geraume Zeit vor Ankunft des Zuges hatte sich der Bahnhof mit einer zahlreichen Volksmenge gefüllt. Gegen 3 Uhr Nachmittags erschien die Schützengilde unter Führung ihres Schützendirektors und Königs mit Musik und fliegender Fahne und marschirte auf dem Perron auf, wo sich auch die offiziellen Vertreter des Kreises und der Stadt, der Landrath und der Bürgermeister nebst den Mitgliedern des Magistrats und den Vorstehern der Stadtverordneten sowie die Geistlichen und andere Personen eingefunden hatten. Gegen 3½ Uhr lief der Zug im Bahnhofe ein, von jubelnden Willkommenrufen und dem Tusch der Schützenmusik empfangen. Nach der Begrüßung des Fürsten durch den Landrath im Namen des Westhavelländischen Kreises nahm der Bürgermeister Grosse das Wort: „Stolz sei das ganze deutsche Vaterland auf den erlauchten Staatsmann, welchem es seine Einigung in schicksalsvoller Zeit verdanke; stolz auf ihn sei das Preußenland, dessen Beruf für Deutschlands Wohl unter seiner kräftigen Leitung zur Erfüllung gekommen sei, — aber ein besonderes Recht zu stolzer Freude habe der Kreis West-Havelland und die Stadt Rathenow, welche einst durch ihre Wahl die Pforte haben öffnen dürfen, durch die er zu seiner großartigen politischen Laufbahn eingegangen sei.“ Der Redner fügte das Versprechen hinzu, daß die Rathenower stets freudig bereit sein würden, den vaterländischen Pflichten nachzukommen, welche die große Zeit und das Vorbild des großen Staatsleiters ihnen auferlegten, und schloß mit einem Lebehoch auf den Fürsten, „den berühmtesten Sohn der Mark.“ Sodann näherte sich auch der Schützenkönig und bat um die Erlaubniß, dem Fürsten einen Trunk aus dem von dem Kaiser der Gilde verliehenen Pokal darreichen zu dürfen. Dankend nahm der Fürst den mit edlem Weine gefüllten Kaiserpokal und brachte mit lauter Stimme ein Hoch auf die Stadt Rathenow. Auch die im Wagen verweilenden Damen, die Gemahlin und die Tochter des Fürsten, nahmen den dargebotenen Trunk freundlich an. Unter den auf dem Perron versammelten Personen begrüßte der Fürst noch manchen Bekannten aus alter Zeit. Der Superintendent gab ihm die Versicherung, daß auch aus seiner Gemeinde viele Gebete für ihn zum Himmel aufstiegen, und der Fürst erwiederte: „Ich danke Ihnen herzlich; denn ich weiß, daß das Gebet hilft.“ Nach einem etwa viertelstündigen Aufenthalt ertönte das Signal zur Abfahrt. Begleitet von den lauten Zurufen der Versammlung und von den Klängen der Musik, setzte der Fürst seine Reise fort.

An dem Ruhme ihres großen Landsmanns, des Deutschen Reichskanzlers, glauben die Schönhausener ihren besonderen Antheil zu haben. Mit Genugthuung empfanden sie es, als im Dezember 1872 in Schönhausen die fünf französischen Geschütze eintrafen, welche Kaiser Wilhelm aus der Kriegsbeute dem Fürsten zum Geschenke gemacht hatte. Der Fürst hatte den Deichhauptmann Gärtner ersucht, das Ausladen der Geschütze auf dem Bahnhofe und das Abfahren derselben nach dem Schlosse zu bewerkstelligen, und dieser hatte bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen. Damit waren aber die wackeren Schönhausener nicht zufrieden; sie wollten vielmehr aus der Ankunft und Einfahrt dieser Kriegstrophäen ein Fest für das ganze Dorf machen. Kaum war die Nachricht von dem Eintreffen der Geschütze auf dem Bahnhofe in Schönhausen bekannt geworden, so berief der Schulz Pütsch die Gemeinde zusammen, um zu berathschlagen, in welcher Weise die Abholung am festlichsten zu bewirken sei. Die drei Vereine, der Krieger-, Handwerker- und Gesangverein, wurden zur Betheiligung eingeladen und die Jungfrauen Schönhausens flochten Gewinde aus Tannenreisern, um die Trophäen damit zu schmücken. Die Geschütze selbst ließ der Deichhauptmann nach erfolgter Ausladung auf die Bitten der Dorfältesten die Nacht über unter Bewachung auf dem Bahnhofe stehen.

Am folgenden Tage (12. Dezember) frühmorgens war das ganze Dorf in Bewegung. Die Vereine zogen mit Musik und fliegenden Fahnen nach dem Bahnhofe hinaus, begleitet von der Schuljugend und dem größten Theil der Dorfbewohner. Die jüngeren Burschen hatten sich theilweise beritten gemacht und bildeten die Eskorte oder sie traten als Geschützführer ein. Die älteren Ackerbürger und die Altsitzer gaben zu Fuße das Geleit. Auf dem Bahnhofe wurden Lebehochs auf den Kaiser und seinen Kanzler gebracht und dazu aus dem leichtesten Geschütze fünf Schuß abgefeuert, nämlich nach jeder Windrichtung einer und der letzte auf das Dorf. Dann setzte sich der Zug unter Führung des Zeugsergeanten Müller, welcher die Ueberführung der Geschütze von Berlin nach Schönhausen geleitet hatte, in Bewegung: voran das Musikcorps, die drei Vereine mit ihren Fahnen und die alte Garde Schönhausens, dann die bekränzten Geschütze, — und zwar die beiden schweren je mit sechs kräftigen Braunen, von den beiden leichten das eine mit vier Füchsen, das andere mit vier Rappen, endlich die Mitrailleuse mit vier Schimmeln bespannt —, den Schluß bildete die Kavallerie. So ging es mit klingendem Spiele die zur via triumphalis umgewandelte Dorfstraße hinab bis zur Windmühle an der Chaussee nach Fischbeck; hier wurde umgekehrt und nach dem Schlosse zurückgefahren, wo die Geschütze auf einer halbmondförmigen Rampe neben dem Schlosse ihre Aufstellung fanden. Dort mögen sie auch die künftigen Bewohner Schönhausens daran erinnern, wie das geeinte deutsche Volk unter des Fürsten Bismarck kraftvoller Staatsleitung auf die schnöde Herausforderung des Feindes mit Wort und That die rechte Antwort gab!

In Berlin ist der Fürst durch Staatsgeschäfte zu sehr in Anspruch genommen, als daß er zum vollen Genusse seines häuslichen Glückes kommen könnte; er bleibt hier auch zu Hause immer der Reichskanzler. Die Räume seiner Amtswohnung im Hotel des Auswärtigen Ministeriums, Wilhelmsstraße 76, sind bekanntlich sehr beschränkt; nur der große Garten, der sich bis nach der Königgrätzer Straße ausdehnt, mit seinen alten Bäumen und schattigen Anlagen, bietet einigermaßen Ersatz für die heimatliche Waldumgebung. In ihm pflegt auch Bismarck im Sommer seine Erholungsstunden zuzubringen.

Die großen Soireen bei den Ministern und Gesandten haben wol alle einen gewissen offiziellen Charakter, doch sagt man von den Bismarck'schen Soireen, daß sie auch ihre besonderen Reize hätten. Ueberraschend ist die Fülle von Glanz und Schönheit, welche dann aus den erleuchteten Salons den Gästen entgegenstrahlt. „Welch reicher Himmel, Stern bei Stern! Wer kennet ihre Namen?" — Die berühmtesten Männer Deutschlands und die ihnen nachstrebende Jugend, Minister und Attachés, Generale und Leutnants, Gönner und Jünger der Kunst finden sich hier zusammen und die diplomatischen Würdenträger aller Staaten begrüßen sich in diesen gastlichen Räumen. Aus dem lichten Gewoge anmuthiger Frauenerscheinungen in rauschenden Gewändern, mit dem Schmucke von Blumen und Edelgestein, tauchen die markvollen Gestalten der Männer, die ihre Namen mit dem Schwerte in die Geschichte eingeschrieben haben. Vor allen sind es die beiden Feldmarschälle aus dem preußischen Königshause, welche die Aufmerksamkeit fesseln: der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, jener freigebig mit belebendem Witzwort, dieser auch hier am liebsten bei ernstem Gespräche verweilend. Ein leises Wort, von Mund zu Munde geflüstert, bewirkt plötzlich eine Veränderung der Scene. Das Gewoge theilt sich, eine breite Gasse öffnet sich durch die Mitte des Saales, zu beiden Seiten derselben neigen sich die Häupter, wie Halme und Blumen beim Wehen des Windes, und der Kaiser schreitet an der Seite seines freudig blickenden Wirthes an den Gästen vorüber, hier und dort freundliche Worte der Begrüßung an dieselben richtend. Bald wird die Unterhaltung belebter. Hier bilden sich Gruppen von Abgeordneten, dieses Mal ohne Fraktionsgliederung, — sie besprechen vielleicht die Entwürfe zum Bau des neuen Parlamentsgebäudes, in welchem dereinst andere Redner andere Streitfragen, als die gegenwärtigen, zu lösen haben werden; dort ist ein Kunstwerk aufgestellt, welches die Blicke auf sich zieht und das Urtheil der Kenner herausfordert. Aus dem Nebensaale klingen die lockenden Töne der Ballmusik; von den älteren Herren läßt Mancher seine Blicke durch die geöffnete Thüre schweifen, — „schwankende Beugung schwebet vorüber". Mancher, der es weniger liebt, Terpsichoren zu huldigen, als dem Gambrinus, findet unter Krokus und Palmen ein lauschiges Eckchen, wo das gute deutsche Gebräu, das durch Bismarck salonfähig wurde, aus silbernen Kannen den Dürstenden labt. Der Wirth selber zeigt sich anregend und an der Unterhaltung theilnehmend, bald bei dieser

bald bei jener Gruppe. Er versteht es, durch ein hingeworfenes Scherzwort selbst kleinen Unfällen eine humoristische Wendung zu geben.

So kam es bei einer parlamentarischen Soiree, der letzten des vorigen Jahres, vor, daß einer der Gäste bei der Besichtigung des auf dem Schreibtische des Kanzlers liegenden kleinen Revolvers, mit welchem seiner Zeit Blind das Attentat auf den Fürsten verübte, unvorsichtiger Weise eine Entladung dieses Mordinstrumentes herbeiführte. Es hatte an jeder Vermuthung gefehlt, daß die Waffe geladen sein könne. Das plötzliche Fallen des Schusses, dessen Veranlassung man nicht ahnte, erregte einige Unruhe, namentlich unter den anwesenden Damen. Fürst Bismarck beschwichtigte dieselben indessen alsbald, indem er einen launigen Toast auf den Abgeordneten Jordan ausbrachte, welcher der Schußlinie am nächsten gestanden hatte und „dem Attentate des Zufalls glücklich entgangen" war.

Die größte Aufmerksamkeit erregt Bismarck auch als Privatmann gerade unter den Angehörigen derjenigen Nation, welche ihn am meisten zu hassen vorgiebt, — wir sagen „vorgiebt", denn wir glauben nicht, daß dieser Haß in der That so ernst gemeint ist. Ebenso wenig, wie die französische Nation den Preußen ihr „Sadowa" verzeihen konnte, kann sie es verschmerzen, daß der größte Staatsmann unsers Jahrhunderts nicht ein geborener Franzose ist. Wäre dies der Fall, so würde sie leidenschaftlich für ihn begeistert sein und ihm längst den Platz auf dem Präsidentenstuhle der Französischen Republik angeboten haben.

Der Korrespondent der „Gazette de France" schildert Bismarck's Auftreten auf einer Soiree bei dem französischen Botschafter in Berlin: „Fürst Bismarck erschien schon früh. Ich habe ihn niemals aufgeräumter, in seinem Aussehen kräftiger, in seinem Wesen gemüthlicher gesehen. Er trug die Kürassieruniform und hielt seinen historischen großen Helm von blankem Stahl an der Spitze in der Hand. Er richtet einige artige Worte an die älteste Tochter des Botschafters, Fräulein Marie von Gontaut-Biron, welche mit gewohnter Liebenswürdigkeit die Honneurs macht, und wendet sich dann zu der Frau eines unserer Sekretäre, indem er ihr den Eifer rühmt, welchen ihr Gemahl bei gewissen Unterhandlungen an den Tag gelegt habe. Dann plaudert er einige Minuten mit unserem Militär-Attaché, dem Fürsten Polignac. Soeben traten die vier Mitglieder der japanesischen Gesandtschaft, welche bei Bismarck zum Diner geladen waren, in den Salon; der Fürst bemerkt scherzend: „Ce sont de petits hommes, mais de hauts personnages." (Das sind kleine Männer, aber große Persönlichkeiten.) Dann verschwindet er mitten in einem Schwarme junger und hübscher Damen, die mit Diamanten besäet und in schwarze Spitzen gebadet sind, denn man trägt die Trauer um die Königin von Württemberg. Die Offiziere, welche sehr zahlreich erschienen sind, verbeugen sich tief vor dem Fürsten. Der Sohn des Fürsten, ein stattlicher junger Herr von munterem Aussehen und seinem Vater aus dem Gesicht geschnitten ähnlich, ist im schwarzen Frack erschienen; er reicht den

Offizieren die Hand, grüßt die Damen sehr ehrerbietig und macht den Eindruck eines guten Kameraden und vollendeten Kavaliers." ...

Fast unmöglich ist es, auch nur eine Blumenlese aus der großen Anzahl von Bismarck-Anekdoten und Geflügelten Worten zu geben, welche in Umlauf gesetzt sind und dazu beigetragen haben, seine Popularität weit über die Grenzen Deutschlands hinaus und sogar in Frankreich zu verbreiten. Wir erzählen hier französischen Blättern eine Anekdote nach, welche sich als humoristisches Nachspiel zu den Frankfurter Friedensverhandlungen im Oktober 1871 zugetragen haben soll.

Der französische Finanzminister Pouyer-Quertier hatte soeben in Berlin den Vertrag unterzeichnet, demgemäß die ersten sechs Departements um Paris geräumt werden sollten, und war den Tag darauf bei dem Fürsten Bismarck zum Diner geladen. Bei der Tafel kam unter Anderem die Rede auf die deutschen Eisenbahnen. Herr Pouyer-Quertier räumte die vortrefflichen Eigenschaften derselben ein, indessen da er auf Rechnung der französischen Regierung gereist war, konnte er es sich nicht versagen, zu bemerken, die Fahrpreise seien sehr hoch, er sei in einem französischen Wagen gekommen und habe für die Fahrt von Aachen nach Berlin 1000 Francs zahlen müssen. Der Fürst wandte sich sogleich telegraphisch an die Generaldirektion der Eisenbahn und erhielt die Antwort, es sei dies die richtige Taxe. Am folgenden Tage trat Herr Pouyer-Quertier die Rückreise an. Der Sekretär, welchem die Zahlung der Reisekosten oblag, ging an die Kasse und bot eine Note von 1000 Francs. „Ich bitte um Entschuldigung", sagte der Kassirer, „der französische Minister hat nichts zu bezahlen; die in Aachen erlegten 1000 Francs decken auch die Rückfahrt." Pouyer-Quertier lachte, stieg in den Wagen und fuhr ab. An der Station Brandenburg öffnete ein gallonnirter Bediente die Thüre des Coupés und meldete, das Frühstück sei bereit. Die Gesellschaft trat in einen Salon, in welchem ein lockendes Mahl ihrer wartete, und stärkte sich. Wieder fragte der Sekretär nach der Rechnung, in der Erwartung, daß ein ansehnlicher Betrag zu entrichten sein werde, und wieder lautete die Antwort: „Das Frühstück war mit inbegriffen bei den in Aachen gezahlten 1000 Francs." In Hannover wiederholte sich derselbe Vorfall, und nach einem vortrefflichen Diner sprach Herr Pouyer-Quertier in einer telegraphischen Depesche dem Fürsten Bismarck seinen Dank für die sinnreiche Art aus, in welcher er als deutscher grand seigneur auf die Klage eines französischen Staatsmannes geantwortet habe, der ängstlich darauf bedacht gewesen, mit dem Gelde seines Vaterlandes zu sparen.

Bismarck suchte nach dem Ernst der Staatsgeschäfte zuweilen Erheiterung und Zerstreuung im Wallner-Theater und ergötzte sich insbesondere an dem frischen Spiele Helmerding's, jenes gefeierten Lieblings des Berliner Publikums. Helmerding hatte sich schon vor längerer Zeit des Vorzuges zu erfreuen gehabt, dem Fürsten vorgestellt zu werden, und wurde neuerdings auch einmal

in seiner Familie zu Mittag geladen. Wir folgen in der Schilderung dieses Besuches des beliebten Komikers beim Deutschen Reichskanzler dem Berichte eines Franzosen, welcher im Pariser „Figaro" nacherzählt, was Helmerding eines Abends nach der Vorstellung bei einem kleinen Souper in Hiller's Restaurant ihm ausgeplaudert; wir sind jedoch so vorsichtig gewesen, vorher Herrn Helmerding um Entfernung derjenigen kleinen Ausschmückungen zu bitten, mit welchen der Berichterstatter des „Figaro" dem Geschmack seiner Landsleute Rechnung getragen hat.

„Meine Beziehungen zu dem Fürsten Bismarck" — so erzählt Helmerding Herrn A. Perivier nach dessen Bericht im „Figaro" — „sind schon sehr alt. Sie schreiben sich von einem Besuche Bismarck's im Wallner-Theater während der preußischen Konfliktszeit her, bei welcher Gelegenheit ich die Ehre hatte, während des Zwischenaktes dem Fürsten vorgestellt und von ihm beglückwünscht zu werden.*) Als ich mich einige Zeit später in einem Ostseebade, nicht weit von den Besitzungen des Fürsten, befand, erfuhr ich, daß er dort seine silberne Hochzeit feierte, und sandte ihm durch den Telegraphen ein Beglückwünschungs-Couplet, worauf er mit verbindlichen Worten dankte. Jährlich zu Neujahr schickt er mir seine Karte, um mir das Interesse zu bezeugen, welches er an meinem bescheidenen Künstlertalente nimmt.

Sie werden morgen Gelegenheit haben, sein Lieblingsstück zu sehen. Dies ist nämlich ein Scherz von David Kalisch, einem unserer populärsten Possendichter, betitelt: „Musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltungen." Ich spiele darin die Rolle eines deutschen Portiers, welcher während der Abwesenheit seines Herrn seine Kollegen aus der Nachbarschaft eingeladen hat. Jeder Portier der auswärtigen Gesandtschaften in Berlin wird von mir mit mehr oder weniger komischen politischen Anspielungen empfangen. Die Stelle, welche von Bismarck am meisten belacht wird, ist diejenige, bei welcher ich mich an den englischen Portier wende. Ich begrüße ihn tief mit der Anrede: „Mein theurer Freund, ich bin entzückt, Sie zu sehen, und hoffe, daß Sie mir das Vergnügen, den Abend bei mir zuzubringen, so oft bereiten werden, als Sie nur irgend können." Und während ich ihm meine Komplimente mache, gehe ich ihm gleichzeitig mit Faußtstößen, Fußtritten und Besenstreichen so lange zu Leibe, bis er genug hat.

Aber ich komme zu unserem berühmten Diner. Diese Ehre wurde mir in einem Augenblicke zu Theil, als ich sie am wenigsten erwartete. Die politische Welt war lebhaft aufgeregt durch die Dreikaiserzusammenkunft. Eines schönen Tages empfing ich den Besuch des Barons von Rosenberg, des ersten Sportsman in Deutschland, welcher in den Hofkreisen sehr beliebt ist. Er war in seinem Gesellschaftsanzuge und sagte mir mit einer fast offiziellen Miene: „Ich bin von

*) Der kleine scherzhafte Vorfall ist von uns bereits an anderer Stelle erzählt worden (vgl. S. 277).

Ihren Durchlauchten dem Fürsten und der Fürstin Bismarck beauftragt worden, Sie zum Diner bei ihnen einzuladen."

Nun frage ich Sie, ob ich ein Recht hatte, stolz zu sein. Der bestimmte Tag war gerade derselbe, an welchem man die Ankunft des Kaisers von Oesterreich erwartete. Ich warf mich in meinen Frack, nahm eine offene Droschke erster Klasse und rief stolz dem Kutscher zu: „Zum Fürsten Bismarck!"

Obgleich der Wagenverkehr auf den Hauptstraßen untersagt war, wurde meine Droschke nicht einen Augenblick angehalten. Jedenfalls erkannte man mich. Wenn man seit zwanzig Jahren die Hauptrollen an demselben Theater spielt, kennt Einen Jedermann. Auch hörte ich die Straßenjungen rufen: „Nanu, kiek mal Helmerdingen!"

Ich fuhr wie ein Triumphator. Ich nahm zuerst die Huldigungen entgegen, welche die Menge für den Kaiser von Oesterreich vorbereitet hatte. Ein Freund, der mir begegnete, fragte mich, wohin ich führe. „Je nun", antwortete ich mit der natürlichsten Miene von der Welt, „ich fahre zu Otto." — Sie müssen wissen, daß Otto der kleine Name des Fürsten Bismarck ist — da, gerade im nämlichen Augenblick, was sehe ich? Der Fürst selber fährt im offenen Wagen in entgegengesetzter Richtung an mir vorüber. Er grüßt mich, ich ihn gleichfalls, aber — ich versichere Sie — ohne zu lachen. Ich sehe nach meiner Uhr, es fehlten nur wenige Minuten bis zur Dinerzeit. Und mein Wirth fuhr davon. Ich glaubte, von Herrn von Rosenberg zum Narren gehabt zu sein, und um mich zu beruhigen, leerte ich bei der nächsten Bude eine ganze Flasche Selters. Darauf fuhr ich mit königlicher Pünktlichkeit beim Fürsten Bismarck vor.

Ich trat in ein kleines Zimmer und traf dort mehrere Herren, die mir ihre Freude bezeugten, mich zu sehen. Eine junge Dame, die ich mehr anmuthig als schön fand, kam mir entgegen und sagte: „Mein Vater ist zum Empfange des Kaisers von Oesterreich nach dem Schlosse berufen worden, Herr Helmerding, er wird indessen sogleich zurückkehren; auch meine Mutter erwarte ich, sie ist ausgegangen, um einige Besorgungen zu machen."

Unter den anwesenden Personen bemerkte ich den Baron von Holstein, ferner Herrn von Rosenberg und den Sohn des Fürsten, Grafen Herbert, Offizier bei den Gardedragonern. Auf dem Tische sah ich einen Ordensschmuck, welchen der Fürst, wie man mir sagte, denselben Tag erhalten hatte. Es war ein großes, sehr schönes Kreuz, mit Brillanten besetzt. Während ich noch dabei war, den Reichthum desselben zu bewundern, trat der Fürst ein, begrüßte jeden seiner Gäste mit seiner gewöhnlichen Heiterkeit, reichte mir die Hand und entschuldigte sein spätes Kommen.

„Ich habe beim Empfange des Kaisers von Oesterreich als Dekoration dienen müssen", sagte er, „aber nun können wir in Ruhe plaudern. Ah, Sie betrachteten meinen neuen Orden. Wen stellt dieser Biedermann hier in der Mitte vor?"

„Es ist der heilige Andreas.“

„Woher wissen Sie das?“

„Das sieht man, wenn man das Kreuz umdreht.“

„Dann werde ich es wol umgekehrt tragen müssen“, sagte der Fürst lachend.

Wir sprachen darauf von vielerlei Dingen, jedoch nicht von Politik, wie Sie sich denken können. Ich hatte, sei es aus Zerstreutheit, sei es aus Befangenheit, die Augen fest auf das Mobiliar gerichtet, welches in rother Seide und nicht sehr reich war. Bismarck saß auf seinem Lehnstuhl, er bemerkte meinen Blick und sagte:



Helmerding bei Bismarck's.

„Es sieht nicht glänzend hier aus, nicht wahr? aber mir ist das gleich, denn das ist Staatseigenthum. Ich überlasse meinem Nachfolger die Sorge, sich besser einzurichten als ich es bin. Alle diese Nippsachen, die Sie hier sehen, habe ich auf Auktionen gekauft, die meisten bei dem Verkauf eines französischen Botschafters.“

Ich antwortete dem Fürsten, daß meine Einrichtung der seinigen beinahe gleichkomme. Während wir plauderten, kehrte die Fürstin zurück. Als das Diner angemeldet wurde, trat sie auf mich zu und forderte mich auf, ihr den Arm zu bieten. Das Mittagsmahl war ausgezeichnet, aber sehr einfach. Ich bemerkte, daß Fürst Bismarck sich nicht der Gläser bediente, sondern der Trinkschalen. Er hatte deren zwei von verschiedener Größe vor sich stehen; die tiefere ist für den Porter bestimmt, welchen der Fürst besonders liebt. Er hat mehrere Fässer davon in seinem Keller liegen und behauptet, daß es auf der ganzen Welt nicht seinesgleichen hat. Die andere Schale ist dem Champagner geweiht.

Ich werde Ihnen nicht die wichtigen Geheimnisse verrathen, welche Bismarck mir in Betreff der orientalischen Frage anvertraute; Sie würden mir diese nicht glauben. Meine kleine Schilderung hat das Verdienst, wahr und authentisch zu sein, während meine diplomatischen Berichte es vielleicht nicht sein könnten. Man ließ mich von meinem Leben, meiner Studienzeit, meiner künstlerischen Laufbahn erzählen. Die Fürstin erwies mir die Ehre, mit mir anzustoßen. Ich plauderte mit solchem Eifer, daß ich, als die Tafel aufgehoben wurde, es vergaß, der Fürstin meinen Arm zu reichen. Sie machte mich selbst darauf aufmerksam, wobei sie über meine Zerstreutheit herzlich lachte. . . ."

Weiter erfahren wir noch, daß die Fürstin ihrem Gemahle seine gewöhnliche lange Porzellanpfeife überbrachte und daß Helmerding die Düfte einer vortrefflichen Havannah einsog. —

Wir haben in diesen Blättern öfters der Beziehungen gedacht, welche zwischen Bismarck und dem Professor Bonnell bestanden haben und bis auf den heutigen Tag fortdauern. Das Vertrauen, welches Bismarck seinem früheren Lehrer bewahrte, zeigt sich auch darin, daß er seine beiden Söhne dem unter Bonnell's Leitung stehenden Friedrichswerder'schen Gymnasium übergab. Er hielt strenge darauf, daß die Ministersöhne in der Behandlung vor ihren Schulgefährten in keiner Weise bevorzugt wurden, und als der preußische Verfassungskonflikt einmal in einem kleinen Konflikte zwischen den jungen Grafen und ihren fortschrittlichen Kollegen nachklang, war Bismarck weit davon entfernt, von vornherein Partei für seine Söhne zu ergreifen.

Direktor Bonnell ist öfters mit dem Fürsten in Berührung gekommen, und die Schilderungen, die er von solchen Zusammenkünften entwirft, tragen so sehr zur Ergänzung des Bildes bei, welches wir hier von Bismarck's Walten für Haus und Herd geben möchten, daß wir uns nicht versagen können, Einiges davon mitzutheilen.

„Am 23. August 1867" — erzählt Bonnell — „war ich mit den Lehrern der Prima bei Bismarck zu Tische und saß wieder zwischen dem Grafen und der Gräfin. Die Unterhaltung war freimüthig wie immer, nichts von diplomatischer Befangenheit. Dies gab dem links neben Bismarck sitzenden Professor den Muth zu behaupten, Preußen hätte in der leidigen Luxemburger Angelegenheit es doch darauf sollen ankommen lassen, einen Krieg mit Frankreich zu führen. „Mein lieber Professor", antwortete Bismarck, „ein solcher Krieg hätte uns wenigstens 30,000 brave Soldaten gekostet und auch im besten Falle keinen Gewinn gebracht. Wer aber einmal in das brechende Auge eines Kriegers auf dem Schlachtfelde geblickt hat, besinnt sich ernstlich, ehe er wieder einen Krieg anfängt." Nach Tische ging die ganze Gesellschaft in den Garten, unterhielt sich wol noch eine Stunde auf das Interessanteste, und als die Zeit zum Aufbruche gekommen war, holten seine munteren und freundlichen Söhne die Ueberzieher für ihre Lehrer herunter und halfen sie ihnen anziehen. Bismarck selbst begleitete

uns bis auf den Hausflur und nahm mit freundlichem Händeschütteln von uns Abschied. Selbst die fortschrittlichsten unserer Lehrer verließen mit großer Befriedigung das Haus des bedeutenden Mannes, dessen erbitterte Gegner einige früher gewesen."

Weiter erzählt Bonnell: „Im Winter von 1867 auf 68 (25. Januar) fand, wie alljährlich, die musikalisch-dramatische Abendunterhaltung in der Aula unsers Gymnasiums statt, bei welcher die beiden Söhne des Bundeskanzlers, Herbert und Wilhelm, mitwirkten. Die Familie Bismarck hatte die Einladung der Festordner angenommen und, obgleich an demselben Abend der erste Subskriptionsball im Opernhause war, so sah doch die gräfliche Familie fast von Anfang an bis gegen 10 Uhr auf das Freundlichste dem jugendlichen Spiele zu. Der Graf saß neben mir so treuherzig, als wäre er noch mein Schüler, Beifall spendend, wo es eine Leistung nur irgend verdiente, an dem Spiele seiner Söhne nach Väterart sich gaudirend und wie ein wohlwollender Freund, nicht wie der erste Mann der Zeit, die harmlose Freude der Spieler und Zuschauer theilend. Bei seinem ersten Erscheinen hatte er mich gleich nach meiner Frau, seiner alten Pflegerin, gefragt und machte ihr nach der freundlichsten Begrüßung das Kompliment, daß sie noch so jung wie sonst aussähe; er ließ sich auch meine jüngere Tochter vorstellen, die zu der Zeit, als Otto von Bismarck in meinem Hause wohnte, noch nicht geboren war. Nach dem Schlusse ging Bismarck auf den Subskriptionsball und erzählte mit großer Heiterkeit dem Könige, wo er gewesen sei. Einige Tage darauf lud er die beiden ältesten Festordner zu Tische, brachte mir ein Hoch und beauftragte diese, es mir zu erzählen."

„Am 3. März 1869" — fährt Bonnell fort — „bestanden die beiden Grafen Herbert und Willy ihre Abiturientenprüfung glänzend. Die Mutter schickte voller Spannung Mittags einen Diener an mich, um sich nach dem Gange der Prüfung zu erkundigen; ich konnte ihr schon um diese Zeit die günstigsten Nachrichten über den Ausfall in der Religion, dem Lateinischen und der Mathematik geben. Am glanzvollsten zeigte sich aber Herbert Nachmittags in der Geschichte. Zum Danke für die erfreuliche Vollendung der Schulbildung seiner Söhne lud der Bundeskanzler am 9. März die Prüfungskommission des Gymnasiums und den im vorigen Jahre ausgeschiedenen Professor Bertram zu Tische. Außerdem waren noch der Konsistorialrath Souchon, welcher beide Söhne konfirmirt hat, und der Pastor Braune aus Straußberg eingeladen, letzterer derselbe, welcher in Petersburg als Hauslehrer den Unterricht der Knaben leitete. Mein Platz bei Tische war wieder zwischen den beiden Eltern.

Die Unterhaltung bewegte sich ungezwungen wie gewöhnlich, da erhob sich der Kanzler mit dem Glase und sprach etwa Folgendes: „Vor 38 Jahren um dieselbe Zeit habe ich das Abiturien-Examen bestanden und zwar vor demselben und unter Leitung desselben Mannes, der jetzt meine beiden Söhne zu gleichem Ziele geleitet hat. Ich weiß, was ich ihm verdanke. Mögen auch meine Söhne

ihm ein dankbares Andenken bewahren. Indem ich Sie, verehrte Anwesende, auffordere, auf das Wohl meines alten lieben Lehrers, des Direktor Bonnell, anzustoßen, verbinde ich damit zugleich den Dank an die übrigen Lehrer meiner beiden Söhne."

In meiner Erwiederung konnte ich nicht unterlassen hervorzuheben, wieviel zur Erreichung des Zieles für die Söhne des Bundeskanzlers mitgewirkt habe — „die richtige Pflege, die sie im elterlichen Hause erhalten und die ihnen unter den mannichfachsten Eindrücken und Zerstreuungen doch den unbefangenen Sinn und die strengste Pünktlichkeit im Eintreffen nach jeder Ferienzeit bewahrt hätte. Unter der vielfachen welthistorischen Thätigkeit des Vaters sei das einflußreiche Wirken der Mutter dabei unverkennbar gewesen."

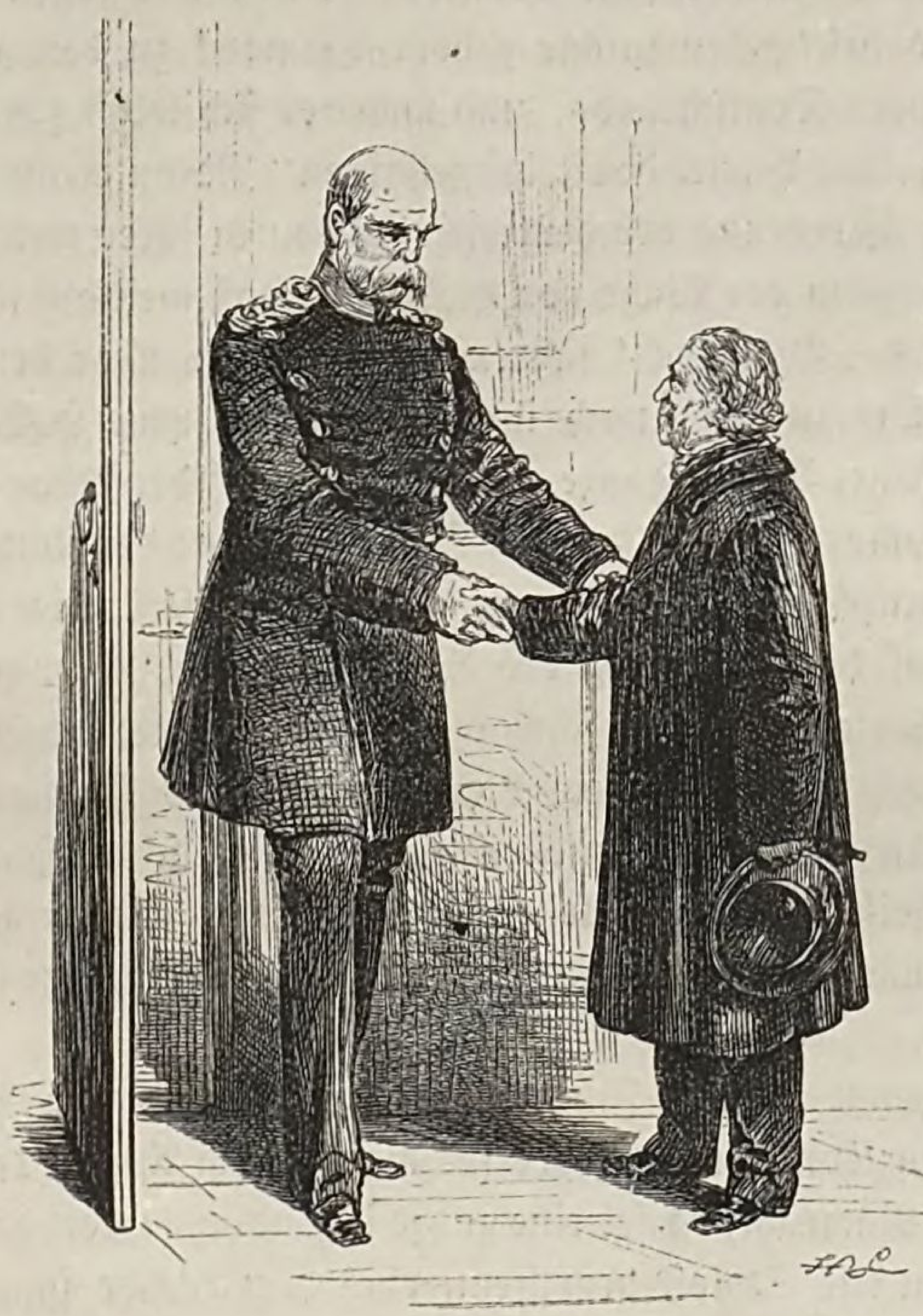
Die Mutter dankte für diese Worte, wies aber alles Verdienst bei der Kindererziehung dem Manne zu, der das pünktliche Eintreffen nach den Ferien sich allerdings zuschrieb, indem er seine Kinder immer militärisch hierin gewöhnt habe. Die Söhne kamen nach meinem Toast auf das hohe Haus des Bundeskanzlers an mich heran, um mit mir anzustoßen, was der muntere Wilhelm mit den Horazischen Worten that: „Fortes creantur fortibus" (Die Starken werden durch Starke erzeugt), worauf ich hinzufügte: „Doctrina sed vim promovet insitam" (Aber Gelehrsamkeit fördert die angeborene Kraft). Hierauf äußerte der Vater: „Mit der doctrina wird es bei dem Wilhelm wol nicht viel werden, obgleich ich wünschte, daß er studirte; wenigstens sollen Beide ein Jahr die Universität besuchen, und dann können sie sehen, was sie aus sich machen."

Bei meinem Nachhausegehen begleitete der Bundeskanzler mich bis an die Thüre des Vorzimmers und sagte zum Abschiede: „Ob ich Ihnen auch noch einen Enkel werde übergeben können, weiß ich nicht."

Es wurde bereits erwähnt, daß beide Söhne im folgenden Jahre im 1. Garde-Dragoner-Regiment den Krieg gegen Frankreich mitmachten, sowie daß im Verlaufe desselben beide mit dem eisernen Kreuz dekorirt und zu Offizieren ernannt wurden. Der ältere, Herbert, welcher bei Mars la Tour die Schußwunde erhielt, hat sich der diplomatischen Laufbahn gewidmet und war in diesem Berufe den Gesandtschaften in Dresden und später in München attachirt. Derselbe befindet sich gegenwärtig größtentheils in der Umgebung des Fürsten. Der jüngere Sohn, Wilhelm, hat seine Studienzeit vollendet und arbeitet jetzt beim Kreisgericht zu Schlawe, nicht weit von dem väterlichen Varzin.

Ein frohes Ereigniß hat sich neuerdings (September 1875) zu Varzin in der fürstlichen Familie zugetragen, die Verlobung der Gräfin Marie, Tochter des Fürsten Bismarck, mit dem königlichen Regierungsassessor Grafen Wend Botho zu Eulenburg, Privatsekretär des Reichskanzlers. Die Gräfin hängt mit kindlicher Verehrung an ihrem Vater; sie ist in Varzin seine Begleiterin fast bei allen Spazierritten und nimmt ihm sogar einen Theil seiner Privatkorrespondenz ab. Man sagt, der Wunsch, den Vater nicht zu verlassen, sei der

Grund gewesen, weshalb die Gräfin nicht bereits früher gewählt habe. Mit ihrer Verlobung ist vielleicht ein stiller Wunsch des Fürsten in Erfüllung gegangen. Der Verlobte ist der dritte (jüngste) Sohn des Grafen Botho zu Eulenburg-Wielten, Präsidenten der Staatsschulden-Kommission und Mitgliedes des preußischen Herrenhauses sowie des deutschen Reichstages. Von den beiden anderen Söhnen ist der älteste Oberpräsident der Provinz Hannover, der jüngere Hofmarschall des Kronprinzen Friedrich Wilhelm.



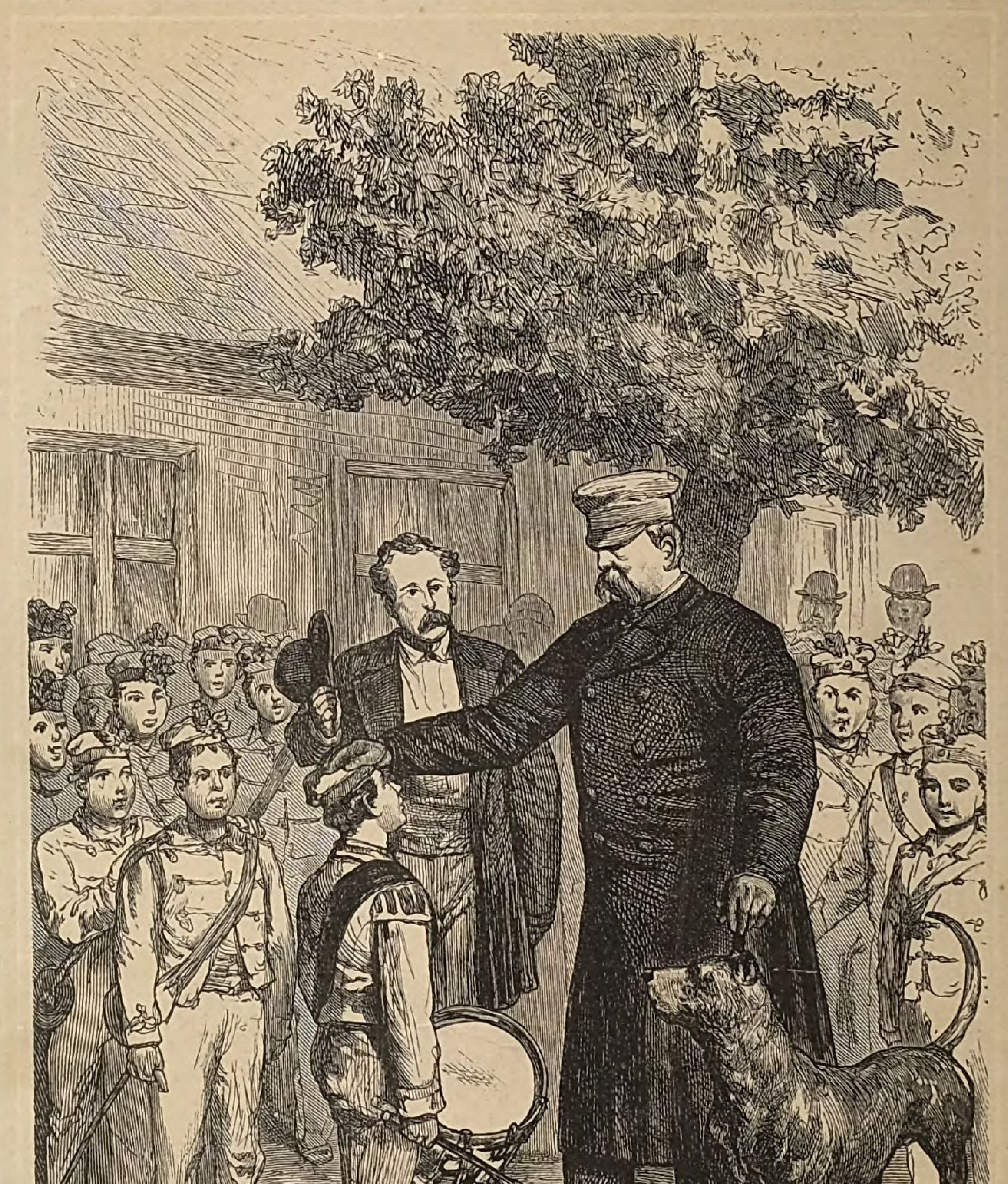
„Ob ich Ihnen auch noch einen Enkel werde übergeben können, weiß ich nicht.“

Wenn das Leben des Fürsten von Kämpfen erfüllt war und Mühe und Arbeit brachte, so ist jetzt der Abend des Lebens auch reich an wohlthuenden und erquickenden Eindrücken. Solche gewährt ihm nicht allein das glückliche Familienleben. Freudigen Herzens sieht der Fürst sein Wirken zum Besten des Vaterlandes in immer weiteren Kreisen verstanden, freudigen Herzens auch die Früchte seiner mühevollen Thätigkeit reifen. Ja, in einem Jahrzehnt hat sich so Manches geändert. Es ist nicht allzulange Zeit her, da forderte die liberale Presse in Preußen nicht nur, daß die Minister für die während des Verfassungskonflikts verausgabten streitigen Millionen im Civilprozesse verantwortlich gemacht würden, sondern in einzelnen, noch vorhandenen Blättern

wurde sogar von „Zuchthausstrafe“ und von „Wollespinnen“ gesprochen. Wenn Bismarck auch diesen Drohungen gegenüber kalt blieb, so erachtete er es doch damals als eine Pflicht gegen seine Kinder, ihnen sein Vermögen zu erhalten, und traf entsprechende Verfügungen über sein Mobiliarvermögen; ja, er war etwas später in Verhandlungen über die Veräußerung seines Grundbesitzes, als die Situation sich änderte. „Ich habe in meinem Leben Vieles vergessen lernen und Vieles mir verzeihen lassen!“ so schrieb Bismarck in das Album eines Autographensammlers*); und wir fügen hinzu: „Wohl uns, daß dem so ist!“ Heutzutage gehört Bismarck zu den geachtetsten und gefeiertsten Männern Deutschlands, und wenn er sich selbst zugleich mit Bezug auf die Umtriebe einer Partei den „bestgehaßten“ Mann nennt, so ziehen die Liebe und innige Verehrung der deutschen Nation in ihrer weit überwiegenden Mehrheit das Zünglein der Wage von Liebe und Haß weit auf ihre Seite herab. Unter dem Namen „Bismarck“ fahren stolze Schiffe über den Ozean, jagen Dampfrosse von Ort zu Ort, nach ihm nennen sich neue Hallen, Plätze und Straßen; ja, in Amerika sind ganze, neue Städte auf denselben getauft worden. Die „Couleur Bismarck“ spielt in allen Schattirungen; der flotte Studio raucht aus der „Bismarckpfeife“ und Frauen schmücken mit „Bismarckrosen“ den Busen. Selbst auf die Umgebung des Fürsten ist seine Popularität mit übergegangen, und Bismarck's riesige schwarze Dogge hat eine Berühmtheit erlangt, um welche der noch viel schwärzere Lieblingskater des Papstes sie vergeblich beneiden mag. An den Familienfesten im Bismarck'schen Hause nimmt das ganze Volk Antheil. Es geht kein vaterländischer Ehrentag, keine Festversammlung vorüber, ohne daß ihm auf telegraphischem Wege Gruß und Dank zugesandt werden.

Auch die heranwachsende Jugend begeistert sich für die Person des gewaltigen Reichskanzlers. Eines Tages (es war am 19. August 1874) verbreitete sich in Varzin die Nachricht, es sei eine ganze jugendliche Heerschar über Wussow im Anrücken gegen das Schloß begriffen. Aus dem Walde schallten Trommelwirbel und Hornsignale, und bald darauf sah man auf der Landstraße von Wussow nach Varzin das junge Völkchen im Anmarsch. Es war die Schuljugend aus dem Städtchen Pollnow, welche unter Führung ihres Turnlehrers Bartel sich den zwei Meilen langen Weg gemacht hatte, um den berühmten Staatsmann zu sehen und zu begrüßen. Die Turnfahrt war eigentlich für den Tag vorher,

*) In dem Autographen-Album des früheren hessischen Ministers Grafen Enzenberg zu Paris befindet sich von Guizot der Spruch: „In meinem langen Leben habe ich zwei Wahrheiten begriffen: Man muß Vieles verzeihen und niemals vergessen.“ Thiers hat hinzugefügt: „ein weniges Vergessen schadet der Aufrichtigkeit des Verzeihens nicht.“ Darunter hat Bismarck die obigen Worte gesetzt.



Die Pollnower Turnjugend in Varzin (am 19. August 1874).

v. Koeppen: Fürst Bismarck.

Leipzig: Verlag von Otto Spamer.

den Jahrestag von Gravelotte, beschlossen gewesen, aber wegen des eintretenden Regenwetters um einen Tag verschoben worden. Vorauf schritt der kleine Tambour-Major und gab mit dem Stabe das Tempo für die ihm nachfolgenden Trommler und Pfeifer an, die übrigen Knaben — etwa funfzig an der Zahl — folgten in militärischer Ordnung; über dem Zuge ragten drei mächtige Fahnen. Sämmtliche Knaben trugen ihre Turnanzüge von Drillich, mit Schnüren besetzt, und hatten die Mützen mit Eichenlaub geschmückt. So marschirte die junge Schar gegen Mittag unter klingendem Spiel zum Staunen der Dorfbewohner in Varzin ein und machte Rast im Kruge. Der Lehrer begab sich zur Anmeldung nach dem Schlosse, erhielt aber den niederschlagenden Bescheid, daß der Fürst mit seiner Tochter, der Gräfin Marie, und dem Grafen Eulenburg ausgeritten sei und vor 4 Uhr, um welche Zeit er sich zu Tische begäbe, nicht zurückerwartet werde. Das war eine lange Zeit für die jungen Söhne Pollnows, die vor Begierde brannten, den mächtigen Kanzler des Deutschen Reiches von Auge zu Auge zu sehen. Unterdessen erholten sich die Knaben im Dorfkruge; der Lehrer ging erwartungsvoll zwischen diesem und dem Schlosse hin und wieder. Nach einigen Stunden kam ein Diener aus dem Schlosse mit der Nachricht, daß der Fürst zurückgekehrt sei; der Lehrer möge sich einstweilen mit der Jugend im Parke umsehen und sich um 6 Uhr im Schlosse einfinden. Nun wurde der Park nach allen Richtungen durchstreift und bewundert, und auf dem hochgelegenen Rondell, wo das Tempelchen sich erhebt und die ganze Hauptfaçade des Schlosses sich übersehen läßt, von den jugendlichen Kehlen fröhliche Gesänge angestimmt: „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben" u. s. w. Es dauerte auch nicht lange, so zeigten sich einige Damen und Herren auf der Veranda des Schlosses. Daß auch der Fürst unter den Letzteren war, schloß Bartel daraus, daß die bekannte schwarze Dogge vorauf sprang und zwar nach beiden Ausgängen rechts und links, als wollte sie untersuchen, ob das Feld rein sei. Pünktlich um 6 Uhr war die kleine Gesellschaft im Schlosse und fand hier in einem besonderen Zimmer einen mit Speise und Trank reichlich besetzten Tisch. Nachdem sie demselben tapfer zugesprochen hatten, rückten die Knaben mit Musik wieder in ihr Quartier ab. Eines aber fehlte doch zur Vollendung ihrer Freude. In Varzin gewesen und Bismarck nicht gesehen, das wäre ja fast so unerhört, als — wer weiß sonst was! Die Mittagsgäste waren vom Schlosse abgefahren, die Knaben standen vor dem Dorfkruge, sangen ihre Lieder und spielten auf den mitgebrachten Instrumenten, der Lehrer spähte nach der Richtung des Schlosses hin, da gewahrte er von dorther zuerst die bekannte schwarze Dogge, dann eine hohe, mächtige Gestalt, welche gerade auf die jugendliche Volksversammlung zuschritt. „Ich sagte blos: „Jungen, der Fürst!" erzählt Bartel; „das Wort wirkte wie ein Blitzschlag. Im Augenblick standen sie Alle in Reih und Glied und erwarteten die Dinge, die kommen würden. Der Fürst kam auf uns zu und begrüßte uns recht herzlich. Ich wurde von ihm

mit einem echt deutschen Händedruck beglückt, den ich in meinem Leben nicht vergessen werde. Dann richtete er freundliche Worte an die Knaben, fragte sie nach dem Wege, den wir genommen, und ob sie auch sehr ermüdet wären, was von ihnen einstimmig verneint wurde. Dabei strich er diesem oder jenem die Backen oder legte einem die Hand auf die Schulter. Drollig sah es aus, wie zutraulich die Burschen den großen Mann umringten und ihn so fest ansahen, als wollten sie sich sein Bild unvergeßlich in die Seele prägen. Der Anblick machte auf mich den Eindruck, als ob ein Vater so recht traulich im Kreise seiner Lieben steht. Man konnte ihm ansehen, wie die Zutraulichkeit der Kinder ihn erfreute. Aber auch aus unsern Augen lachte helle Freude über die Würdigung, die uns widerfahren."

Nachdem der Fürst noch dem Wirthe des Kruges einen Wink gegeben, verabschiedete er sich mit einem herzlichen „Gute Nacht", das mit einem dreimaligen kräftigen Lebehoch unter Trommelbegleitung erwiedert wurde. Während der Fürst nach dem Schlosse zurückschritt, stimmten die freudig erregten Knaben patriotische Lieder an: „Bei Sedan war die große Schlacht" und „Es braust ein Ruf wie Donnerhall." Der Fürst verzögerte seine Schritte und schien dem Gesange zu folgen. An der Biegung der Straße kehrte er sich noch einmal um und erwiederte die erneuerten Lebehochs, indem er seine Schirmmütze freundlich in der Luft schwenkte; dann verschwand seine hohe Gestalt im Schatten des Waldes. Später kehrte er jedoch noch für einige Augenblicke zurück, um auch die Schlafstellen seiner kleinen Gäste zu besichtigen.

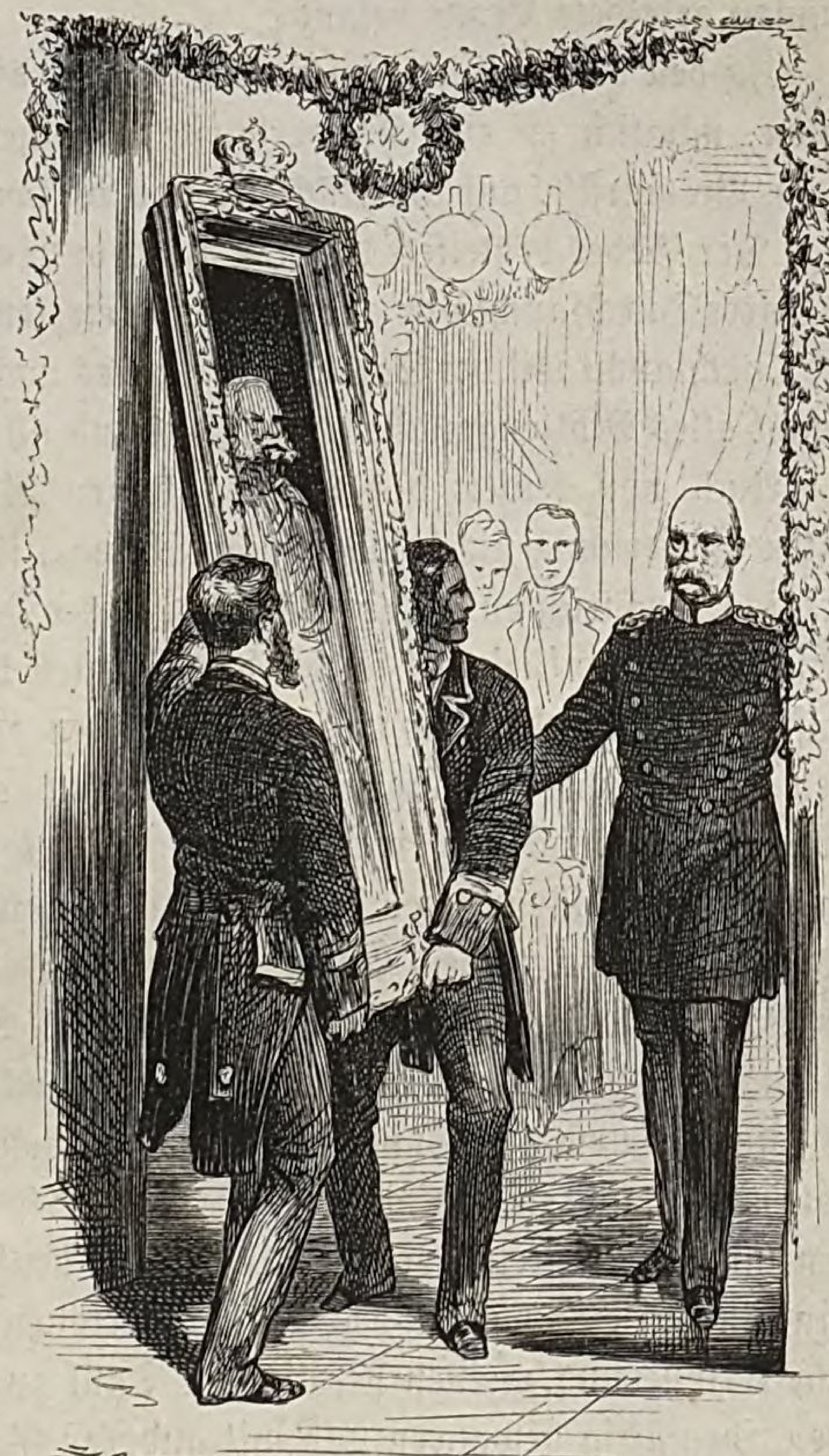
Das Nachtlager ward auf dem Heuboden aufgeschlagen, wo die kleinen Leute zwar bis über die Ohren im Heu, aber doch gar eng nebeneinander lagen. Der Lehrer legte sich fürsorglich an die Lücke des Bodens, damit keiner während der Nacht hinunterfalle. Die Nacht über schliefen Alle vor Ermüdung prächtig; am andern Morgen beim Aufstehen aber gab es doch hier und da Krawall unter ihnen, und der Lehrer mußte auf dem niedrigen Boden auf Händen und Füßen von einem Fleck zum anderen sich durchwinden, um Ordnung zu stiften.

Nachdem auch noch die Fabrik-Etablissements, insbesondere die Papierfabrik bei der Fuchsmühle, besichtigt worden, wurde unter Sang und Klang der Heimweg nach Pollnow angetreten, wo die Knaben von ihren Eltern und Angehörigen mit Spannung erwartet wurden.

„Die Reise und das Zusammensein mit unserem großen Staatsmann" — so schließt unser freundlicher Berichterstatter — „hat einen solchen Eindruck auf mich gemacht, daß ich diesen Tag den allerschönsten meines Lebens nenne. Eine so große Freude ist mir bis dahin noch nicht zu Theil geworden. Die Kinder freuen sich und erzählen heute noch davon, als ob es gestern gewesen wäre. Diese Turnfahrt werden wir nie vergessen. Wir werden es noch unseren Nachkommen erzählen, daß wir einst den größten Staatsmann der Welt gesehen und gesprochen haben und von ihm freundlich bewirthet worden sind. Immer wird

sein Bild in unserem Gedächtniß fortleben. Gott erhalte ihn uns noch recht lange; denn seine Kraft ist auch im Schulwesen mächtig!" —

Am 1. April 1875 hatte der Kanzler sein sechzigstes Lebensjahr zurückgelegt. Er verlebte seinen Geburtstag in Berlin, wohin er kurz vorher aus Friedrichsruhe in Lauenburg zurückgekehrt war, und zwar dieses Mal rüstiger und kräftiger als im Vorjahr. Es schien, als ob das ganze deutsche Volk sich vorgenommen habe, dem Kanzler an diesem Tage offenkundige Beweise seiner herzlichen Verehrung und seiner Uebereinstimmung mit der von ihm geleiteten Politik darzubringen.



Der sechzigste Geburtstag.

Die Räume des Auswärtigen Amtes — berichten Berliner Blätter — hatten das Aussehen eines großen Waarenlagers; fast in jedem Zimmer mußten die zum Geburtstage des Reichskanzlers eingelaufenen Packete, Depeschen, Briefe untergebracht werden, um einigermaßen eine Uebersichtlichkeit über diese Zusendungen zu gewähren. Der Kaiser verehrte dem Fürsten sein eigenes Bildniß. Unter den anderen Geschenken befanden sich ein kunstvoll gearbeiteter Schrank und Tisch, zwei mächtige Glashumpen mit einer Anzahl Flaschen alten Rauenthalers, 25 Flaschen Liebfrauenmilch, ein Pfeifenständer — letzterer ein alljährlich wiederkehrendes Geschenk, — eine Kreidezeichnung, den Kanzler zu Pferde und von seiner Dogge gefolgt darstellend, ein flaches Bouquet von weißen Kamellien, in dessen Mitte Veilchen eingebunden waren und deren äußerer Rand den Grenzen des Deutschen Reiches nachgebildet war, mithin eine Landkarte von Blumen. Neben einem Korbe mit echtem Frankfurter Bier standen in Schalen und Körbchen die verschiedensten Früchte, Apfelsinen, Erdbeeren, Champignons u. s. w. Zwischen diesen Gaben breitete sich auf verschiedenen Tischen eine prachtvolle Blumenflora aus, in welcher Kamellien, Rosen, Veilchen und Maiglöckchen aufs Reichste vertreten waren.

Besonders that sich Hamburg hervor, welches drei Riesenbouquets eingesandt hatte. Eines derselben, welches nur aus Rosen bestand, hatte die Form eines Blumentisches; ein anderes, aus Veilchen gebildet, glich in seinem Aufbau einem stufenförmigen Kissen, in dessen Mitte sich eine von zarten weißen Blumen gebildete Krone befand.

Zu den originellsten Geschenken gehörte die Gabe eines Düsseldorfer Fabrikanten, nämlich — eine Kleiderbürste, welche in der Borstenseite den Namen „O. v. Bismarck“, auf der Rückseite das Wappen in geschmackvoller Ausführung trug. Der Geber begleitete dieselbe mit dem Wunsche: „Wie diese Bürste die Kleider Eurer Durchlaucht von allem Staub befreien und reinigen möge, so möge auch Se. Durchlaucht mit der Schärfe des Geistes noch lange von dem deutschen Reichsmantel alles Mottengezücht fern halten und allen veralteten Staub austreiben.“

Auch von jenseit des Ozeans kamen Gaben an, wenn es auch bei der weiten Entfernung nicht immer möglich war, ihr Eintreffen gerade auf den Geburtstag einzurichten. Der Geschäftsführer der in Philadelphia erscheinenden Zeitung „Public Ledger“ sandte dem Fürsten durch Vermittelung des deutschen Konsuls in Philadelphia und des deutschen Gesandten, Baron von Schlözer, einen sehr schön beschlagenen Spazierstock aus dem ursprünglichen Holzwerk der Independence Hall, in welcher bekanntlich im Jahre 1776 die Unabhängigkeitserklärung der Nordamerikanischen Freistaaten unterzeichnet wurde. Bismarck antwortete dem Geber in dem nachfolgenden eigenhändigen Schreiben aus Varzin, 4. Juli 1875. „Werther Herr! Sie haben die Güte gehabt, mir als Stütze meiner alten Tage einen Spazierstock zu schicken, der von dem Gebälke des Glockenthurms geschnitten wurde, von dessen Höhen herab heute vor neunundneunzig Jahren die alte Glocke zum ersten Male zu Ehren jenes großen Gemeinwesens läutete, dessen Schiffsglocken heute ihren vollen und willkommenen Klang in allen Gewässern des Erdballs ertönen lassen. Ich bitte, für diese historische Erinnerung meinen herzlichsten Dank zu genehmigen. Ich werde dieselbe ehren, sorgfältig bewahren und mit anderen Reliquien denkwürdiger Jahre auf meine Kinder vererben. Dieser Tag ist einer von denen, die stets meinem Geiste die glücklichen Stunden in Erinnerung bringen, die ich an manchem 4. Juli mit amerikanischen Freunden — zuerst mit John Lothrop Motley in Göttingen im Jahre 1832 und mit Mitchell C. King und Amry Coffin — zugebracht habe. Ich wünsche nur, daß Sie, mein werther Herr, und ich jederzeit so gesund und zufrieden sein könnten, wie wir vier junge Gesellen es vor dreiundvierzig Jahren in Göttingen waren, als wir den 4. Juli feierten.“

Das Telegraphenamt hatte an diesem Tage einen schweren Dienst; die Zahl der expedirenden Beamten mußte verdoppelt werden. Während des ganzen Tages brachten die Telegraphenboten alle zehn Minuten ein Päckchen Depeschen, deren Zahl im Ganzen über 1200 betrug. Noch Abends 11 Uhr trafen 18 Depeschen auf einmal ein, die zumeist von patriotischen Gesellschaften während

des Festmahls abgeschickt waren. Aus allen deutschen Gauen, wie von Deutschen im Auslande (Konstantinopel, Petersburg u. s. w.), langten Glückwunsch-Telegramme an.

Unter den Depeschen von einzelnen Privatpersonen befand sich auch die folgende des damals in Nizza weilenden Schauspielers Helmerding: „Goethe soll im Sterben ausgerufen haben: Mehr Licht! — Möge die Sonne, welche seinem Wunsch Erfüllung gab, uns noch recht lange leuchten!“ Fürst Bismarck antwortete sogleich telegraphisch: „Herzlichen Dank! Aber die lieblose Anspielung mit Mondschein gerade heut, bei sechzig voll!“ — —

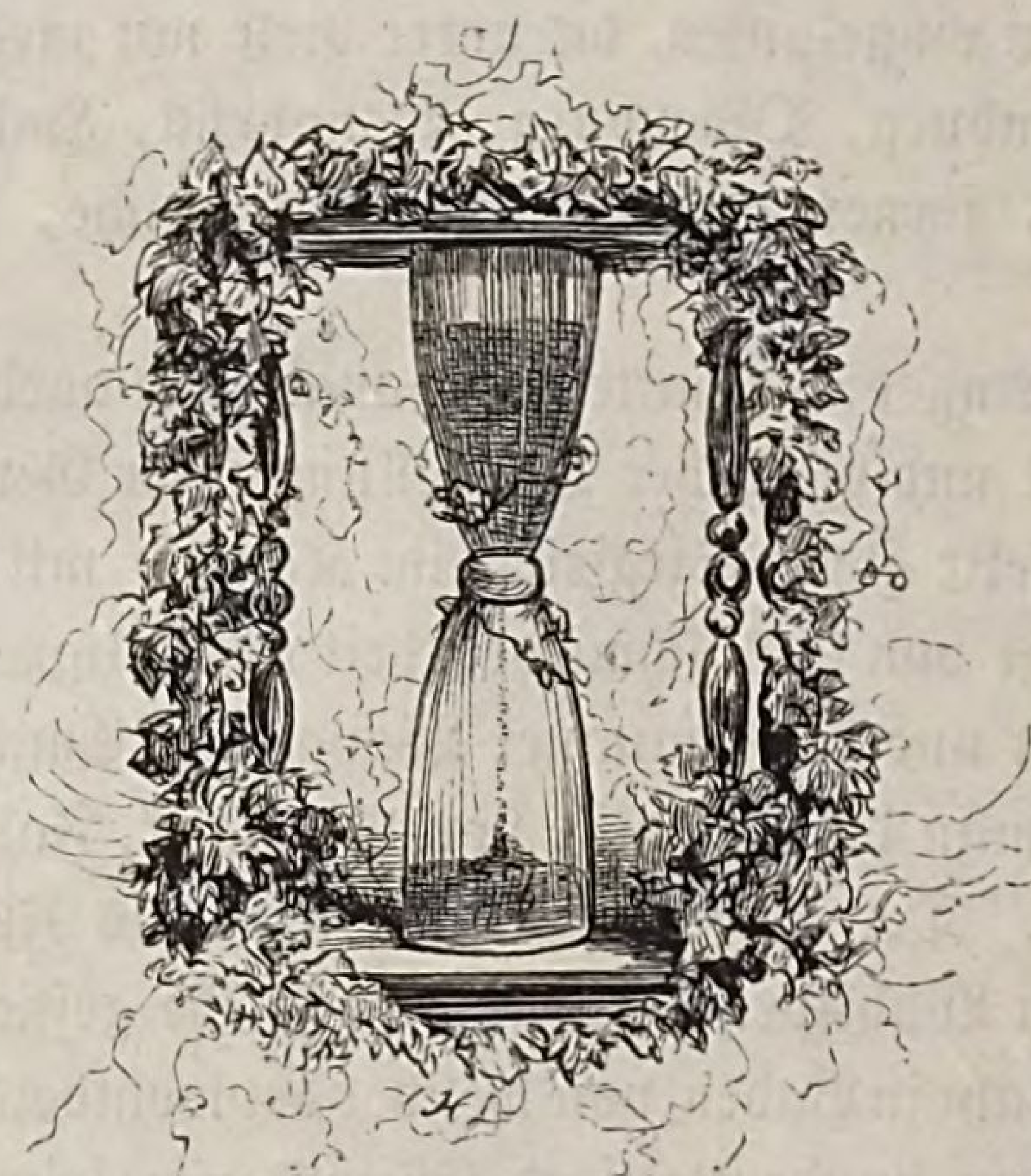
Zu den Ehrenbürgerbriefen von Berlin, Dresden, Leipzig, Worms, Lübeck, Bremen, Stendal u. a. brachte der Geburtstag auch diejenigen von Köln, Magdeburg und Offenbach. Fast aus sämmtlichen größeren Städten Deutschlands waren Adressen eingelaufen, darunter viele mit mehreren tausend Unterschriften, so aus Hamburg, Oldenburg, Osnabrück, Halle, Leipzig, Eisenach, Meiningen, Gießen, ferner aus Worms, Karlsruhe, Durlach, Pforzheim, Lahr u. s. w.

Ein besonderes Angebinde hatte sich Hanau noch vorbehalten: eine Kassette mit Ansicht der Stadt und bildlicher Darstellung ihrer Gewerbe und Industrien. Der Deckel der Kassette stellt Siegfried im Kampfe mit dem Lindwurm dar; darunter ein Gespänge von Goldschmiedearbeit mit Filigrantenverzierung; dazu kommen noch Kameen und das Hanauer Wappen in Email und Edelstein; auf dem Gespänge sieht man die Bildnisse von Bismarck, Falk, Moltke, Roon und Werder als Kameen. Der geöffnete Deckel zeigt als Fütterung das Wappen Bismarcks und seinen Wahlspruch auf und in Seide gestickt.

Auch die Stadt Lahr in Baden, von welcher der wohlbekannte „Hinkende Bote“ alljährlich in mehreren hunderttausend Exemplaren seine Wanderung antritt, brachte noch nachträglich eine Gabe dar, indem sie aus der von ihr angetretenen Erbschaft des Millionärs Jamm den dazu gehörigen Park nebst Villa dem Reichskanzler für seine Lebenszeit zur freien Verfügung stellte. In freundlichen Worten dankte der Fürst dem Gemeinderath der Stadt für diese Aufmerksamkeit und die damit verbundene Einladung: „Ich bitte Sie“, schrieb er aus Varzin (12. Juni), „allen den Herren, die in Vertretung Ihrer Stadt die Namen unter die Einladung gesetzt haben, mit welcher ich von derselben beehrt worden bin, meinen ganz besonderen Dank für die wohlwollende Gesinnung, die sie dabei geleitet, aussprechen zu wollen. Sollte sich mir einmal die Möglichkeit darbieten, den Oberrhein zu besuchen, so würde ich keinenfalls versäumen, Ihnen auch mündlich für Ihre Freundlichkeit zu danken. Der Zweck der Beförderung meiner Gesundheit, den Sie dabei im Auge haben, wird durch Ihr Anerbieten insofern schon erreicht, als angenehme Eindrücke stets vortheilhaft auf dieselbe einwirken.“

Daß es auch an poetischen Ergüssen an diesem Geburtstage nicht fehlte,

läßt sich denken. Wir haben aus der Flut von Gedichten, welche in ernsten und heiteren Versen, in deutscher, englischer, italienischer und lateinischer Sprache, in hoch- und plattdeutscher Mundart, dem Reichskanzler zuströmten, in diesem Augenblicke nahe an funfzig vor uns liegen und können uns nicht versagen, einige derselben im Anhange dieses Buches unsern Lesern mitzutheilen. Alle Grüße und Lieder, Adressen und Telegramme, welche dem Fürsten aus der Nähe und Ferne zugingen, stimmten aber in dem einen Wunsche überein: Gott erhalte ihn uns noch lange, lange! ihn, der dem deutschen Vaterlandsgefühl neuen Inhalt und Aufschwung gegeben, der Deutschland wieder zu Ehren gebracht hat, die festeste Stütze, den treuesten Diener von Kaiser und Reich, unsern Reichskanzler, den Fürsten Bismarck! —



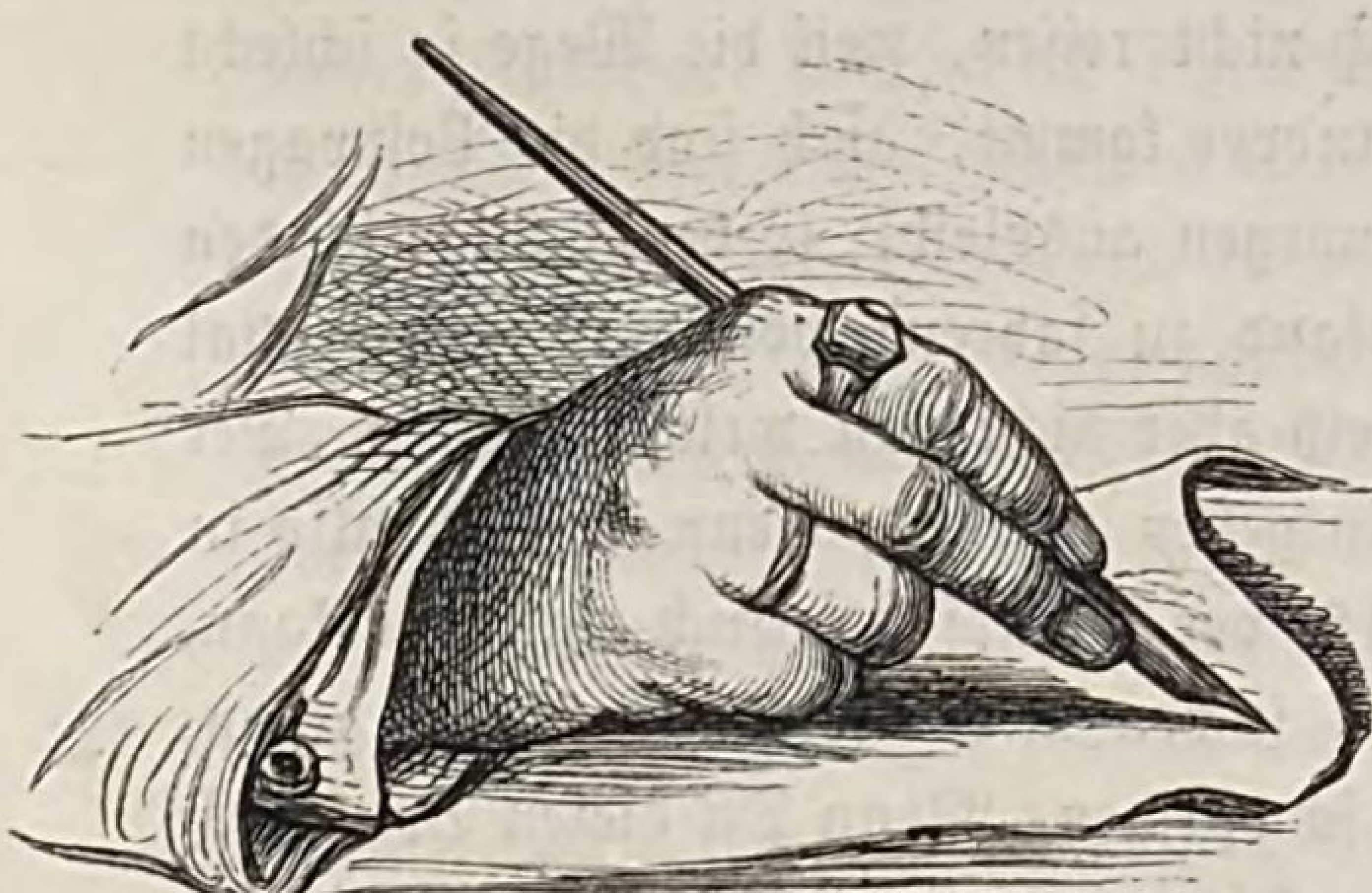
Anhang.



Erste Abtheilung.

Privatbriefe.

Die mit * bezeichneten Briefe sind sämmtlich an Frau von Bismarck gerichtet; bei den übrigen ist der Adressat angegeben.



An Fräulein Malwine von Bismarck.

Norderney, 9./9. 44.

Theure Kleine,

Seit 14 Tagen hatte ich mir vorgenommen, Dir zu schreiben, ohne bisher in dem Drange der Geschäfte und Vergnügungen dazu gelangen zu können. Wenn Du neugierig bist, welches diese Geschäfte sein möchten, so bin ich wirklich bei der Beschränktheit meiner Zeit und dieses Papieres außer Stande, Dir ein vollständiges Bild zu entwerfen, da ihre Reihenfolge und Beschaffenheit, je nach dem Wechsel der Ebbe und Flut, täglich die mannichfaltigsten Abänderungen erleidet. Man badet nämlich nur zur Zeit des höchsten Wassers, weil dann der stärkste Wellenschlag ist, eine Zeit, die zwischen 6 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends täglich um eine Stunde später eintritt — und in angenehmer Abwechselung die Vorzüge eines windkalten, regnichten Sommermorgens bald in Gottes herrlicher Natur unter den erhabenen Eindrücken von Sand und Seewasser genießen läßt, bald in meines Wirthes Mousse Omne Fimmen fünf Fuß langem Bett unter den behaglichen Empfindungen, die das Liegen auf einer Seegrasmatratze in mir zu erwecken pflegt. Eben so wechselt die table d'hôte ihrer Zeit nach zwischen 1 und 5 Uhr, ihren Bestandtheilen nach zwischen Schellfischen, Bohnen und Hammel an den ungraden, und Seezungen, Erbsen und Kalb an den graden Tagen des Monats, woran sich im ersten Falle süßer Gries mit Fruchtsauce, im zweiten Pudding mit Rosinen anschließt. Damit das Auge den Gaumen nicht beneide, sitzt neben mir eine Dame aus Dänemark, deren Anblick mich mit Wehmuth und Heimweh erfüllt, denn sie erinnert mich an Pfeffer in Kniephof, wenn er sehr mager war; sie muß ein herrliches Gemüth haben, oder das Schicksal war ungerecht gegen sie, auch ist ihre Stimme sanft, und sie bietet mir zweimal von jeder Schüssel an, die vor ihr steht. Mir gegenüber sitzt der alte Minister **, eine jener Gestalten, die uns im Traum erscheinen, wenn wir schlafend übel werden; ein dicker Frosch ohne Beine, der vor jedem Bissen den Mund wie einen Nachtsack bis an die Schultern aufreißt, sodaß ich mich schwindelnd am Rand des Tisches festhalte. Mein anderer

Nachbar ist ein russischer Offizier; ein guter Junge, gebaut wie ein Stiefelknecht, langer, schlanker Leib und kurze, krumme Beine. Die meisten Leute sind schon abgereist, und unsere Tischgesellschaft ist von 2- bis 300 auf 12 bis 15 zusammengeschmolzen. Ich selbst habe mein Deputat an Bädern nun auch weg und werde mit dem nächsten Dampfschiff, welches übermorgen, den 11., erwartet wird, nach Helgoland abgehen und von dort über Hamburg nach Schönhausen kommen. Ich kann indeß den Tag meiner Ankunft nicht bestimmen, weil es nicht gewiß ist, daß das Dampfschiff übermorgen kommt; in den Bekanntmachungen ist diese Fahrt zwar angesagt, sie pflegen aber die letzten Reisen, wie man mir sagt, oft fortzulassen, wenn sie keine hinreichende Anzahl von Passagieren erwarten, um ihre Kosten zu decken. Die Bremer Dampfschiffe gehen schon lange nicht mehr, und zu Lande mag ich nicht reisen, weil die Wege so schlecht sind, daß man erst am dritten Tage nach Hannover kommt, auch sind die Postwagen abscheulich. Wenn also das Dampfboot übermorgen ausbleibt, so beabsichtige ich den Donnerstag mit einem Segelboot nach Helgoland zu fahren; von dort ist zweimal wöchentlich Verbindung nach Hamburg, ich weiß aber nicht, an welchen Tagen. Der Vater schrieb mir, daß Ihr am 15. nach Berlin gehen würdet; wenn ich mich also in Hamburg überzeuge, daß ich nicht bis zum 15. per Dampf bei Euch eintreffen kann, so werde ich das Potsdamer Boot zu benutzen suchen und direkt nach Berlin gehen, um dort mit Euch für Kunst und Industrie zu schwärmen. Wenn Du diesen Brief noch zeitig genug erhältst, was ich bei der Langsamkeit der hiesigen Posten kaum glaube, so könntest Du mir mit zwei Zeilen nach Hamburg, alte Stadt London, Nachricht geben, ob Vater seine Reisepläne etwa geändert hat. Das Baden gefällt mir hier sehr, und so einsam es ist, bleibe ich nicht ungern noch einige Tage. Der Strand ist prächtig, ganz flach, ebener, weicher Sand ohne alle Steine, und Wellenschlag, wie ich ihn weder in der Ostsee noch bei Dieppe so gesehen habe. Wenn ich eben noch bis an die Kniee im Wasser stehe, so kommt eine haushohe Welle (die Häuser sind hier aber nicht so hoch wie das Berliner Schloß), dreht mich zehnmal rundum und wirft mich 20 Schritt davon in den Sand, ein einfaches Vergnügen, dem ich mich aber täglich con amore so lange hingebe, als es die ärztlichen Vorschriften irgend gestatten. Mit der See habe ich mich überhaupt sehr befreundet; täglich segle ich einige Stunden, um dabei zu fischen und nach Seehunden zu schießen; von letzteren habe ich nur einen erlegt; ein so gutmüthiges Hundegesicht, mit großen, schönen Augen, daß es mir ordentlich leid that. Vor 14 Tagen hatten wir Stürme von seltener Heftigkeit; einige zwanzig Schiffe aller Nationen sind an den Inseln hier gestrandet und mehrere Tage lang trieben unzählige Trümmer von Schiffen, Utensilien, Waaren in Fässern, Leichen, Kleidern und Papieren an. Ich selbst habe eine kleine Probe gehabt, wie Sturm aussieht; ich war mit einem fischenden Freunde, Tonke Hams, in 4 Stunden nach der Insel Wangeroge gefahren, auf dem Rückwege wurden wir in dem kleinen Boot 24 Stunden umhergeschaukelt und hatten schon in der ersten keinen trockenen Faden mehr an uns, obgleich ich in einer angeblichen Kajüte lag; zum Glück waren wir mit Schinken und Portwein hinreichend verproviantirt, sonst wäre die Fahrt sehr verdrießlich gewesen. Herzliche Grüße an Vater und meinen Dank für seinen Brief, desgl. an Antonie und Arnim. Leb' wohl, mein Schatz, mein Herz. Dein treuer Bruder

Bismarck.

An Frau Malwine von Arnim, geb. von Bismarck.

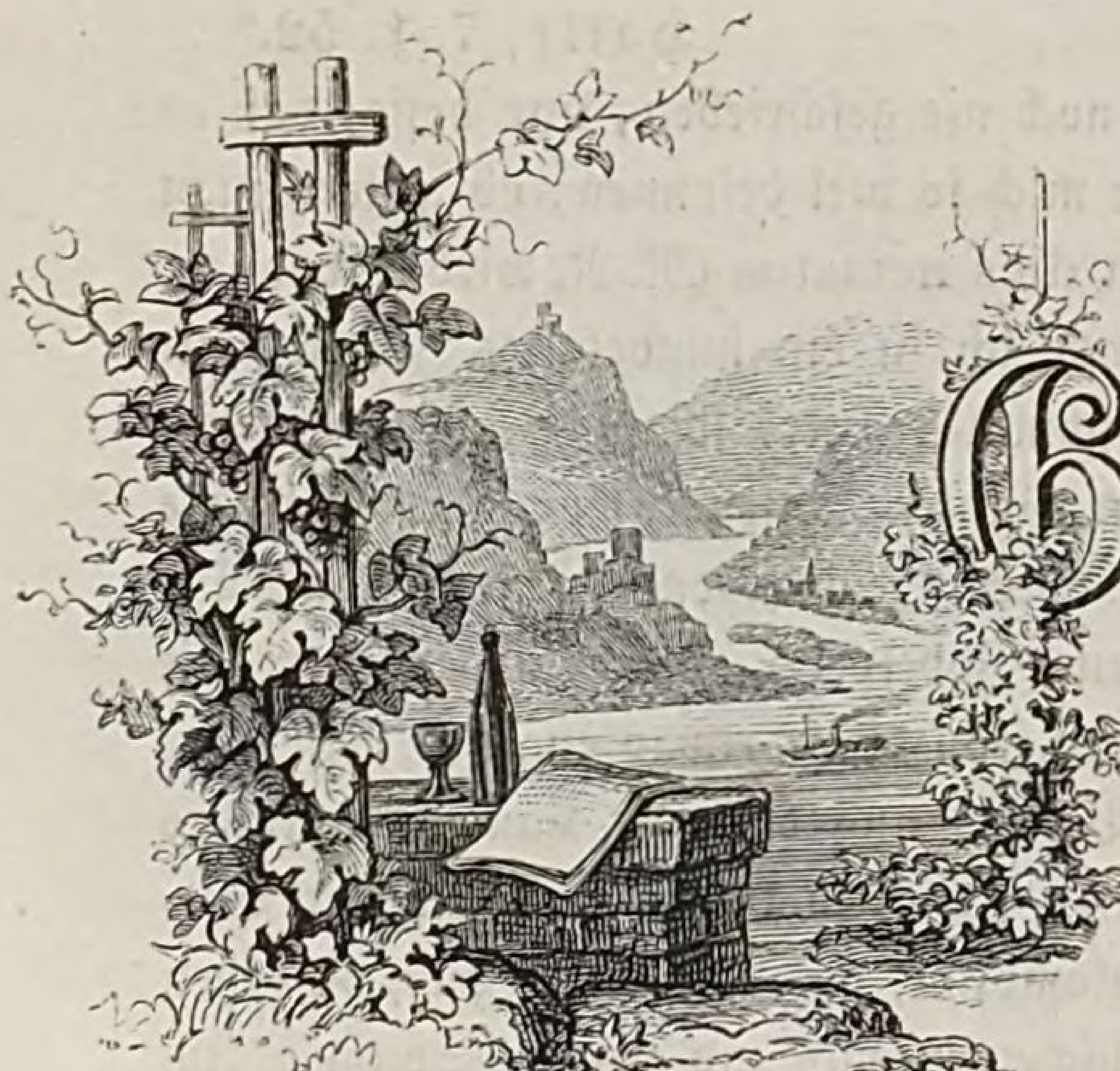
Schönhausen, 28./6. 50.

Einen feierlichen Gratulationsbrief schreibe ich Dir zu Deinem, wie mich dünkt, 24sten (ich sage es nicht weiter) Geburtstag. Du bist nun wirklich majorenn, oder würdest es doch sein, wenn Du nicht das Unglück hättest, dem weiblichen Geschlechte anzugehören, dessen Glieder nach Ansicht der Juristen selbst dann nicht, wenn sie Mütter der dicksten Hänse sind, aus der Minderjährigkeit heraustreten. Warum dies trotz seiner anscheinenden Ungerechtigkeit eine sehr weise Einrichtung sei, werde ich Dir auseinandersetzen, wenn ich Dich, hoffentlich in etwa 14 Tagen, à portée de voix humaine vor mir habe. Johanna, welche augenblicklich noch in den Armen des Leutnants Morpheus ruht, wird Dir geschrieben haben, was mir bevorsteht. Der Junge in Dur brüllend, das Mädchen in Moll, 2 singende Kindermädchen, zwischen nassen Windeln und Milchflaschen, ich als liebender Familienvater. Ich habe mich lange gesträubt, aber da alle Mütter und Tanten darüber einig waren, daß nur Seewasser und Luft dem armen Mariechen helfen können, so würde ich, wenn ich mich weigerte, bei jedem Schnupfen, der das Kind bis in sein 70stes Jahr befällt, meinen Geiz und meine väterliche Barbarei anklagen hören, mit einem „siehst du wohl, ach, wenn das arme Kind hätte die See gebrauchen können!" Das kleine Wesen leidet übrigens seit einigen Tagen sehr an den Augen, die ihm thränig und verklebt sind. Vielleicht kommt es von den Salzbädern, die sie braucht, vielleicht von Augenzähnen. Johanna ist über Gebühr beunruhigt davon und ich habe zu ihrer Genugthuung heute den Dr. Bünger aus Stendal citirt, den Fanninger der Altmark. Wir setzen voraus, daß Ihr einheimisch seid im nächsten Monat und nicht etwa selbst eine Excursion vorhabt; in dem Fall würden wir unseren Besuch bis zur Heimreise verschieben. Wegen der näheren Zeit- und Ortbestimmungen treten wir doch noch in Korrespondenz. Ich habe mich sehr ungern entschlossen, meine ländliche Faulheit hier aufzugeben; nun es aber geschehen ist, gewinne ich der Sache auch eine rosenfarbene Seite ab, und freue mich recht herzlich, Euch in der Höhle aufzusuchen, die ich nur erst 10 Fuß über die Erde ragend kenne, und demnächst den Küstenhering eigenhändig in den Tiefen des Baltischen Meeres zu greifen. Johanna liegt noch im Schlaf, sonst würde sie gewiß viel grüßen; ich stehe nämlich jetzt aus Gesundheitsrücksichten um 6 Uhr auf. In der Hoffnung, Dich bald zu sehen, wünsche ich Dir nochmals Gottes Segen für Dich und die Deinen, in diesem Jahre und in allen folgenden.

Frankfurt, 3./7. 51.*

Vorgestern habe ich mit vielem Dank Deinen Brief und die Nachricht von Euer aller Wohlsein erhalten. Vergiß aber nicht, wenn Du mir schreibst, daß die Briefe nicht blos von mir, sondern von allerhand Postspionen gelesen werden, und tobe nicht so sehr gegen einzelne Personen darin, denn das wird Alles sofort wieder an den Mann gebracht und auf meine Rechnung geschrieben; außerdem thust Du

den Leuten unrecht. Ueber meine Ernennung oder Nichternennung weiß ich gar nichts, als was man mir bei meiner Abreise sagte; alles Andere sind Möglichkeiten und Vermuthungen. Das Schiefe in der Sache ist bisher nur das Stillschweigen auf Seite der Regierung mir gegenüber, indem es billig wäre, mich nachgrade wissen zu lassen, und zwar amtlich, ob ich mit Frau und Kind im nächsten Monat hier oder in Pommern wohnen werde. Sei vorsichtig in Deinen Reden gegen Alle dort ohne Ausnahme, nicht blos gegen X., namentlich in Urtheilen über Personen, denn Du glaubst nicht, was man in dieser Art erlebt, wenn man erst einmal Gegenstand der Beobachtung wird; sei darauf gefaßt, daß hier oder in Sanssouci mit Sauce aufgewärmt wird, was Du etwa in den Bassalken, oder in der Badehütte flüsterst. Verzeih, daß ich so ermahnend bin, aber nach Deinem letzten Brief muß ich etwas die diplomatische Heckenschere zur Hand nehmen. Wenn die *** und andere Leute in unserem Lager Mißtrauen säen können, so erreichen sie damit einen der Hauptzwecke ihrer Briefdiebstähle. Vorgestern war ich zu Mittag in Wiesbaden bei ** und habe mir mit einem Gemisch von Wehmuth und altkluger Weisheit die Stätten früherer Thorheit angesehen. Möchte es doch Gott gefallen, mit Seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner 21jähriger Jugend nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ. Wo und wie mögen ** und Miß ** jetzt leben, wie Viele sind begraben, mit denen ich damals liebelte, becherte und würfelte; wie hat meine Weltanschauung doch in den 14 Jahren seitdem so viele Wandlungen durchgemacht, von denen ich immer die grade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie Vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien; wie Vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserem inneren Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und werthlos welken, bis wieder 14 Jahr vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben! Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann. Ich weiß nicht, wie ich das früher ausgehalten habe; sollte ich jetzt leben wie damals ohne Gott, ohne Dich, ohne Kinder — ich wüßte doch in der That nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte wie ein schmuziges Hemde; und doch sind die meisten meiner Bekannten so und leben. Wenn ich mich bei dem Einzelnen frage, was er für Grund bei sich haben kann, weiter zu leben, sich zu mühen und zu ärgern, zu intriguiren und zu spioniren, ich weiß es wahrlich nicht. Schließe nicht aus diesem Geschreibsel, daß ich grade besonders schwarz gestimmt bin, im Gegentheil, es ist mir, als wenn man an einem schönen Septembertage das gelb werdende Laub betrachtet; gesund und heiter, aber etwas Wehmuth, etwas Heimweh, Sehnsucht nach Wald, See, Wüste, Dir und Kindern, Alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermischt. Statt dessen muß ich nun langweilige ** besuchen und endlose Ziffern über deutsche Dampfkorvetten und Kanonenjollen lesen, die im Bremerhafen faulen und Geld fressen. Ich möchte gern ein Pferd haben, aber allein mag ich nicht reiten, das ist langweilig, und die Gesellschaft, die hier mitreitet, ist auch langweilig, und nun muß ich zu Rochow und zu allerhand —in's und —off's, die mit der Großfürstin Olga hier sind. —



Frankfurt, 8./7. 51.*

Gestern und heute wollte ich gern an Dich schreiben, kam aber vor allem Geschäftswirrwarr nicht eher dazu, als jetzt spät am Abend, wo ich von einem Spaziergang zurückkomme, auf dem ich in reizender Sommernachtluft, Mondschein und Pappelblättergeschwirr den Aktenstaub des Tages abgestreift habe. Am Sonnabend bin ich mit Rochow und Lynar Nachmittags nach Rüdesheim gefahren; da nahm ich mir einen Kahn, fuhr auf den Rhein hinaus, und schwamm im Mondschein, nur Nase und Augen über dem lauen Wasser, bis nach dem Mäusethurm bei Bingen, wo der böse Bischof umkam. Es ist etwas seltsam Träumerisches, so in stiller, warmer Nacht im Wasser zu liegen, vom Strom langsam getrieben, und den Himmel mit Mond und Sternen und seitwärts die waldigen Berggipfel und Burgzinnen im Mondlicht zu sehen und nichts als das leise Plätschern der eigenen Bewegung zu hören; ich möchte alle Abende so schwimmen. Dann trank ich sehr netten Wein, und saß lange mit Lynar rauchend auf dem Balkon, den Rhein unter uns. Mein kleines Testament und der Sternenhimmel brachten uns auf christliche Gespräche, und ich rüttelte lange an der Rousseau'schen Tugendhaftigkeit seiner Seele, ohne etwas Anderes zu erreichen, als daß ich ihn zum Schweigen brachte. Er ist als Kind mißhandelt von Bonnen und Hauslehrern, ohne seine Eltern recht kennen zu lernen und hat auf Grund ähnlicher Erziehung ähnliche Ansichten aus der Jugend mitgebracht wie ich, ist aber befriedigter darin als ich jemals war. Am andern Morgen fuhren wir mit dem Dampfschiff nach Koblenz, frühstückten dort eine Stunde und kehrten auf demselben Wege nach Frankfurt zurück, wo wir Abends eintrafen. Ich unternahm die Expedition eigentlich in der Absicht, den alten Metternich auf Johannisberg zu besuchen, der mich hat einladen lassen; aber der Rhein gefiel mir so, daß ich lieber spazieren fuhr nach Koblenz und den Besuch verschob. Wir haben ihn damals auf der Reise unmittelbar nach den Alpen und bei schönstem Wetter gesehen; an diesem frischen Sommermorgen und nach der staubigen Langeweile von Frankfurt ist er wieder sehr in meiner Achtung gestiegen. Ich verspreche mir rechten Genuß davon, mit Dir ein paar Tage in Rüdesheim zu sein, der Ort ist so still und ländliche gute Leute und wohlfeil, und dann nehmen wir uns ein kleines Ruderboot und fahren gemächlich hinab, besteigen den Niederwald und diese und jene Burg und kehren mit dem Dampfschiff zurück. Man kann des Morgens früh hier abgehen, 8 Stunden in Rüdesheim, Bingen, Rheinstein u. s. w. bleiben und Abends wieder hier sein. Meine Ernennung hier scheint nun doch sicher zu sein.

Halle, 7./1. 52.*

Von hier habe ich Dir, so viel ich weiß, noch nie geschrieben, und hoffe, daß es auch künftig nicht wieder vorkommt. Ich habe mich so viel besonnen, ob gestern nicht doch am Ende Freitag war, als ich abreiste; ein dies nefastus (N. N. wird Dir sagen, was das heißt) war es sicherlich; in Gießen kam ich in ein hundekaltes Zimmer mit drei nicht schließenden Fenstern, zu kurzes, zu schmales Bett, schmuzig, Wanzen; infamer Kaffee, noch nie gekannt so schlecht. In Guntershausen kamen Damen in die erste Klasse und das Rauchen hörte auf, eine höhere Geschäftsdame (N. N. wird Dir sagen, was das ist) mit zwei Kammerjungfern, Zobelpelz; sprach abwechselnd mit russischem und englischem Accent deutsch, sehr gut französisch, etwas englisch, war aber meiner Ansicht nach aus der Reezenjasse in Berlin, und die eine Kammerfrau ihre Mutter oder ältere Geschäftsfreundin (N. N. ꝛc.). Zwischen Guntershausen und Gerstungen platzte ganz sanft eine Röhre an der Lokomotive, das Wasser lief aus, da saßen wir, $1\frac{1}{2}$ Stunden lang im Freien, recht hübsche Gegend und warme Sonne. Ich hatte mich in die zweite Klasse gesetzt, um zu rauchen, da fiel ich einem Berliner Kammer- und Geh. Raths-Kollegen in die Hände, der jetzt 14 Tage Homburg getrunken hatte und mich im Beisein einiger Meßjuden fragte und zur Rede stellte, bis ich verzweifelt wieder zur Prinzessin aus der Reezenjasse heimkehrte; durch den Aufenthalt kamen wir 3 Stunden zu spät nach Halle, der Berliner Zug war lange fort, ich muß hier schlafen und morgen früh per Güterzug um $\frac{1}{2}$1 reisen, um 2 ankommen. Hier am Bahnhof sind 2 Gasthöfe, aus Versehen bin ich in den falschen gerathen; ein Gensdarm ging im Saal auf und ab und musterte bedenklich meinen Bart, während ich ein müssiges Beefsteak aß. Ich bin sehr unglücklich, werde aber nun noch den Rest Spickgans zu mir nehmen, etwas Portwein trinken und dann zu Bette gehen.

Berlin, 1./5. 52.*

Ich komme eben von einem unendlich langen Diner bei Le Coq, wo ich zwischen L. G. und dem jüngeren M. saß, zwei grundverschiedene Naturen, zwischen denen ich vergebens eine Vermittelung über den Streit suchte, der jetzt wieder König und Kammer bewegt; der eine trocken, klug und praktisch, der andere liebenswürdig, geistreich und theoretisch; er hatte schon Anlage, die Welt und ihr Regiment über seine eigene Anschauung davon zu vergessen, aber die Kammerluft hat diese unpraktische Richtung in ihm gefördert, und über diesen Turn- und Exerzierplatz von Geist und Zunge vergißt er oder schätzt gering, was zu thun nothwendig ist. Es liegt etwas recht Demoralisirendes in der Kammerluft, die besten Leute werden eitel, ohne daß sie es merken, und gewöhnen sich an die Tribüne, wie an ein Toilettenstück, mit dem sie vor dem Publikum sich produziren. Verzeih diesen politischen Erguß.



Blankenburg, 1./11. 52.*

Ein ungewöhnliches frühes Aufstehen, veranlaßt durch den Umstand, daß mein Zimmer den Durchgang für einige noch schlafende königliche Hofbedienten bildet, giebt mir Zeit zu diesen Zeilen. Unsere Königin ist auch hier und eben durch sanfte Hörnermusik geweckt. In Letzlingen habe ich diesmal nicht so gute Jagd gemacht als vor drei Jahren; es war Freitag. Drei Stück Dammwild, voilà tout. Eins davon wird hoffentlich heut in Deinen Besitz gelangen. Das Wildschwein verzehrt mit Bedacht und macht etwas Weißsauer davon, Se. Majestät haben es Allerh. eigenhändig geschossen. Sonst war es sehr nett da, und weil ich N. N. dort fand, so brauche ich nicht nach Berlin, sondern hoffe, übermorgen Abend bei Dir einzutreffen, wovon ich Dich bitte, ** benachrichtigen zu lassen, eben so davon, daß seine Ernennung für Berlin an unserem Hofe als ganz sicher betrachtet wird.

v. B.

Die Musik spielt noch immer sehr gut, selbst Freischütz, „ob auch die Wolke sie verhülle", bei dem unsicheren Wetter sehr passend.

Moskau, 6./6. 59.*

Ein Lebenszeichen will ich Dir wenigstens von hier geben, während ich auf den Samovar warte und sich hinter mir ein junger Russe im rothen Hemde mit vergeblichen Heizungsversuchen abmüht; er pustet und seufzt, aber es will nicht brennen. Nachdem ich in letzter Zeit über die sengende Hitze so viel geklagt habe, wachte ich heut zwischen Twer und hier auf und glaubte zu träumen, als ich das Land und sein frisches Grün weit und breit mit Schnee bedeckt erblickte. Ich wundere mich über nichts mehr und drehte mich, nachdem ich über die Thatsache nicht länger in Zweifel sein konnte, rasch auf die andere Seite, um weiter zu schlafen und zu rollen, obschon das Farbenspiel von Grün und Weiß im Morgenroth nicht ohne Reiz war. Ich weiß nicht, ob er bei Twer noch liegt, hier ist er weggethaut, und ein kühler, grauer Regen rasselt auf das grüne Blech der Dächer. Grün ist mit vollem Recht die russische Leibfarbe. Von den 100 Meilen hierher habe ich etwa 40 verschlafen, aber die anderen 60 waren in jeder Handbreite grün in allen Schattirungen. Städte und Dörfer, überhaupt Häuser, mit Ausnahme der Bahnhöfe, habe ich nicht bemerkt, buschartige Wälder mit Birken decken Sumpf und Hügel, schöner Graswuchs unter ihnen, lange Wiesen dazwischen, so geht

es 10, 20, 40 Meilen fort. Acker erinnere ich mich nicht bemerkt zu haben, auch kein Heidekraut und keinen Sand; einsam grasende Kühe oder Pferde weckten mitunter die Vermuthung, daß auch Menschen in der Nähe sein könnten. Moskau sieht von oben wie ein Saatfeld aus, die Soldaten grün, die Kuppeln grün, und ich zweifele nicht, daß die vor mir stehenden Eier von grünen Hühnern gelegt sind. Du wirst wissen wollen, wie ich eigentlich hierher komme; ich habe mich auch schon danach gefragt und zunächst die Antwort erhalten, daß Abwechselung die Seele des Lebens ist. Die Wahrheit dieses tiefsinnigen Spruches wird besonders einleuchtend, wenn man zehn Wochen lang ein sonniges Gasthofszimmer mit Aussicht auf Steinpflaster bewohnt hat. Außerdem wird man gegen die Freuden des Umziehens, wenn sie sich in kurzer Zeit mehrmals wiederholen, ziemlich abgestumpft; ich beschloß daher, auf selbige zu verzichten, übergab ** alles Papier, gab Engel meine Schlüssel, erklärte, daß ich nach 8 Tagen im Stenbock'schen Hause absteigen würde, und fuhr nach dem Moskauer Bahnhofe. Das war gestern Mittag 12, und heut früh um 8 stieg ich hier im Hotel de France ab. Jetzt will ich zunächst eine liebenswürdige Bekannte aus früheren Zeiten besuchen, die etwa 20 Werst von hier auf dem Lande wohnt, morgen Abend bin ich wieder hier, besehe Mittwoch und Donnerstag Kreml und dergl. und schlafe Freitag oder Sonnabend in den Betten, welche Engel inzwischen kaufen wird. Langsam anzuspannen und schnell zu fahren, liegt im Charakter dieses Volkes. Vor 2 Stunden habe ich den Wagen bestellt; auf jede Anfrage, die ich seit 1½ Stunden von 10 zu 10 Minuten ergehen lasse, heißt es: sogleich! mit unerschütterlich freundlicher Ruhe, aber dabei bleibt es. Du kennst meine musterhafte Geduld im Warten, aber Alles hat seine Grenzen; nachher wird gejagt, daß in den schlechten Wegen Pferd und Wagen brechen, und man schließlich zu Fuß anlangt. Ich habe inzwischen 3 Gläser Thee getrunken, mehrere Eier vertilgt, die Heizbemühungen sind auch so vollständig gelungen, daß ich das Bedürfniß fühle, frische Luft zu schöpfen. Ich würde mich aus Ungeduld rasiren, wenn ich einen Spiegel hätte. Sehr weitläufig ist diese Stadt und sonderbar fremdartig durch ihre Kirchen mit grünen Dächern und unzähligen Kuppeln; ganz anders wie Amsterdam, aber beide sind die originellsten Städte, die ich kenne. Von der Bagage, die man hier im Coupé mitschleppt, hat kein deutscher Kondukteur eine Ahnung; kein Russe ohne zwei wirkliche überzogene Kopfkissen, Kinder in Körben und Massen von Lebensmitteln aller Art. Ich wurde aus Höflichkeit in ein Schlafcoupé komplimentirt, wo ich schlechter situirt war als in meinem Fauteuil; es ist mir überhaupt wunderlich, so viel Umstände wegen einer Reise zu machen.

Archangelski, am Abend spät.*

Heut vor einem Jahr ließ ich mir auch nicht träumen, daß ich grade hier jetzt sitzen würde; an dem Flusse, an welchem Moskau liegt, etwa 3 Meilen oberhalb der Stadt, steht inmitten weitläufiger Gartenanlagen ein Schloß im italienischen Stil; vor der Front zieht sich ein breiter, terrassirt abfallender Rasen mit Hecken wie in Schönbrunn eingefaßt bis zum Fluß, und links davon am Wasser liegt ein Pavillon, in dessen 6 Zimmern ich einsam cirkulire; jenseit des Wassers

weite, mondhelle Ebene, diesseit Rasenplatz, Hecken, Orangerie; im Kamin heult der Wind und flackert die Flamme, von den Wänden sehen mich alle Bilder spukhaft an, von draußen weisen marmorne durchs Fenster. Morgen gehe ich mit meinen Wirthen nach Moskau zurück, sie übermorgen von dort über Petersburg nach Berlin; ich bleibe noch bis Freitag, wenn's Gottes Wille ist, to see, what is to be seen. Die Feder ist übrigens zu schlecht, ich gehe ins Bett, so breit und kalt es auch aussieht, gute Nacht. Gott sei mit Dir und Allem, was Reinfeld herbergt.

Den 7. Ich habe trotz des breiten, kalten Bettes sehr gut geschlafen, mir ein tüchtiges Feuer machen lassen, und sehe über den dampfenden Theekessel hinaus in den etwas klareren, aber immer noch grauen Horizont und in die gänzlich grüne Umgebung meines Pavillons; ein freundliches Stück Erde, und das angenehme Gefühl, für den Telegraphen unerreichbar zu sein. Mein Diener, als echter Russe, hat, wie ich sehe, in meinem Vorzimmer auf einem seidenen Divan geschlafen, und darauf scheint in der häuslichen Einrichtung gerechnet zu werden, indem man den Bedienten keine besondere Schlafgelegenheit anweist. An meinen Pavillon stößt ein wenigstens 150 Schritt langes, jetzt leeres Orangeriehaus, dessen Winterbewohner gegenwärtig längs der Hecken in stattlicher Größe aufgepflanzt sind. Das Ganze ist mit seinen Anlagen Etwas wie ein sehr vergrößertes ** mit Rokkokkobeisatz in Möbeln, Hecken, Terrassen, Statuen. Jetzt gehe ich spazieren.

Moskau, 8./6.*

Diese Stadt ist wirklich als Stadt die schönste und originellste, die es giebt; die Umgegend ist freundlich, nicht hübsch, nicht häßlich; aber der Blick von oben aus dem Kremlin auf diese Rundsicht von Häusern mit grünen Dächern, Gärten, Kirchen, Thürmen von der allersonderbarsten Gestalt und Farbe, die meisten grün, oder roth, oder hellblau, oben am häufigsten von einer riesenhaften goldenen Zwiebel gekrönt, und meist zu 5 und mehr auf einer Kirche, 1000 Thürme sinds gewiß! etwas fremdartiger Schönes, wie dieses Alles im Sonnenuntergang schräg beleuchtet, kann man nicht sehen. Das Wetter ist wieder klar, und ich würde noch einige Tage hier bleiben, wenn nicht Gerüchte von einer großen Schlacht in Italien cirkulirten, die vielleicht Diplomatenarbeit nach sich ziehen kann; da will ich machen, daß ich auf den Posten komme. Das Haus, in dem ich schreibe, ist auch wunderlich genug, eins der wenigen, die 1812 überlebt haben, alte, dicke Mauern, wie in Schönhausen, orientalische Architektur, maurisch, große Räume.

An Herrn Oskar von Arnim.

Reinfeld, 16./8. 61.

Soeben erhalte ich die Nachricht von dem schrecklichen Unglück, welches Dich und Malwine betroffen hat. Mein erster Gedanke war, sogleich zu Euch zu kommen, aber ich überschätzte damit meine Kräfte. Die Kur hat mich angegriffen, und der Gedanke, sie plötzlich abzubrechen, fand so entschiedenen Widerspruch, daß ich mich entschlossen habe, Johanna allein reisen zu lassen. Ein solcher Schlag geht über den Bereich menschlicher Tröstung hinaus, und doch ist es ein natürliches Verlangen, Denen,

die man liebt, im Schmerze nahe zu sein und mit ihnen gemeinschaftlich zu klagen. Es ist das Einzige, was wir vermögen. Ein schwereres Leid konnte Dich nicht wohl treffen; ein so liebenswürdiges und freudig gedeihendes Kind auf diese Weise zu verlieren und mit ihm alle Hoffnungen zu begraben, die die Freude Deiner alten Tage werden sollten, darüber wird die Trauer nicht von Dir weichen, so lange Du auf dieser Erde lebst; das fühle ich Dir nach mit tiefem, schmerzlichem Antheil. Wir sind in Gottes gewaltiger Hand rathlos und hülflos, so weit er selbst uns nicht helfen will, und können nichts thun, als uns in Demuth unter seine Schickung beugen. Er kann uns Alles nehmen, was er gab, und völlig vereinsamen lassen, und unsere Trauer darüber würde um so bitterer sein, je mehr wir sie in Hader und Auflehnen gegen das allmächtige Walten ausarten lassen. Mische Deinen gerechten Schmerz nicht mit Bitterkeit und Murren, sondern vergegenwärtige Dir, daß Dir ein Sohn und eine Tochter bleibt, und daß Du mit ihnen, und selbst in dem Gefühl, ein geliebtes Kind 15 Jahre lang besessen zu haben, Dich als gesegnet betrachten mußt im Vergleich mit den Vielen, welche Kinder niemals gehabt und Elternfreuden nicht gekannt haben. Ich will Dir nicht mit schwachen Trostgründen lästig werden, sondern nur in diesen Zeilen sagen, wie ich als Freund und Bruder Dein Leid wie mein eigenes fühle und bis ins Innerste davon ergriffen bin. Wie verschwinden alle kleinen Sorgen und Verdrießlichkeiten, welche unser Leben täglich geleiten, neben dem ehernen Auftreten wahren Unglücks, und ich empfinde wie eben so viel Vorwürfe die Erinnerungen an alle Klagen und begehrlichen Wünsche, über welche ich so oft vergessen habe, wie viel Segen Gott uns giebt, und wie viel Gefahr uns umringt, ohne zu treffen. Wir sollen uns an diese Welt nicht hängen und nicht in ihr heimisch werden; noch 20 oder 30 Jahre im glücklichsten Falle, und wir beide sind über die Sorgen dieses Lebens hinaus, und unsere Kinder sind an unserem jetzigen Standpunkt angelangt und gewahren mit Erstaunen, daß das eben so frisch begonnene Leben schon bergab geht. Es wäre das An- und Ausziehen nicht werth, wenn es damit vorbei wäre; erinnerst Du Dich noch dieser Worte eines Stolpmünder Reisegefährten? Der Gedanke, daß der Tod ein Uebergang zu einem anderen Leben ist, wird Deinen Schmerz freilich wenig lindern, denn Du könntest glauben, daß Dein geliebter Sohn Dir die Zeit hindurch, die Du auf dieser Erde noch lebst, ein treuer und lieber Begleiter sein und Dein Andenken hier in Segen fortpflanzen werde. Der Kreis Derer, die wir lieben, verengt sich und erhält keinen Zuwachs, bis wir Enkel haben. Man schließt in unseren Jahren keine neuen Verbindungen mehr, die uns die absterbenden ersetzen könnten. Laß uns darum um so enger in Liebe zusammenhalten, bis auch uns der Tod von einander trennt, wie jetzt Deinen Sohn von uns. Wer weiß, wie bald! Willst Du nicht mit Malle nach Stolpmünde kommen, still mit uns einige Wochen oder Tage leben? Jedenfalls komme ich in 3 bis 4 Wochen zu Dir nach Kröchlendorf oder wo Du sonst bist. Meine geliebte Malle grüße ich von Herzen, möge Gott ihr, wie Dir, Kraft verleihen zum Tragen und geduldiger Ergebung!

Gastein, 28./7. 63.*

Wie dieser Tag vor 16 Jahren Sonnenschein in mein wüstes Junggesellenleben brachte, so hat er heut auch dieses Thal damit erfreut, und ich habe es auf einem reizenden Morgenspaziergang zum ersten Mal in seiner ganzen Schönheit gesehen. Moritz würde sagen, daß es eine riesige Schüssel mit Grünkohl ist, schmal und tief, die Ränder mit weißen Falleiern rundum besetzt. Steile Wände, einige tausend Fuß hoch mit Tannen- und Wiesengrün und eingestreuten Sennhütten bis an die Schneegrenze bedeckt und das Ganze von einem Kranze weißer Spitzen und Bänder umzogen, die der Schnee während der 5 Regentage reichlich bepudert hat und deren untere Grenze die Sonne nun allmählich höher rückt. Dutzende von silbernen Fäden durchziehen das Grün von oben, Wasserbäche, die sich herabstürzen in eiliger Hast, als kämen sie zu spät zu dem großen Fall, den sie mit der Ache zusammen dicht vor meinem Hause bilden. Die Ache ist ein Strom mit etwas mehr Wasser als die Stolpe bei Strellin und vollführt einen rasenden Walzer durch ganz Gastein, indem sie einige hundert Fuß in verschiedenen Absätzen zwischen Felsen herabspringt.

Bei diesem Wetter läßt sich leben hier, nur möchte ich gar nichts zu thun haben, immer an den Höhen umherschlendern, mich auf sonnige Bänke setzen, rauchen und die zackigen Schneespitzen durch das Glas ansehen. Gesellschaft ist wenig hier, ich lebe nur mit der Umgebung des Königs in Verkehr, mit der mich Mittag und Thee täglich zusammenführen; die übrige Zeit reicht zum Arbeiten, Schlafen, Baden, Gehen kaum hin. Den alten ** habe ich gestern Abend besucht; zugleich mit dem Kaiser, der am 2. erwartet wird, kommt N. N. und wird mir vorklagen, daß das Lügen der Fluch dieser Welt sei.

Ich höre eben, daß der König (dem es sehr wohl geht, nur hat er sich am Hacken durchgegangen und muß leider still sitzen) den Feldjäger bis morgen zurückhält, und mit der Post kommt dieser Brief wol nicht früher, da er durch das Oeffnen einen Tag verlieren würde. Ich lasse ihn also liegen. Der gute Prinz Friedrich ist gestern von seinen Leiden erlöst; es ging dem Könige sehr nah.

An den Prediger André.

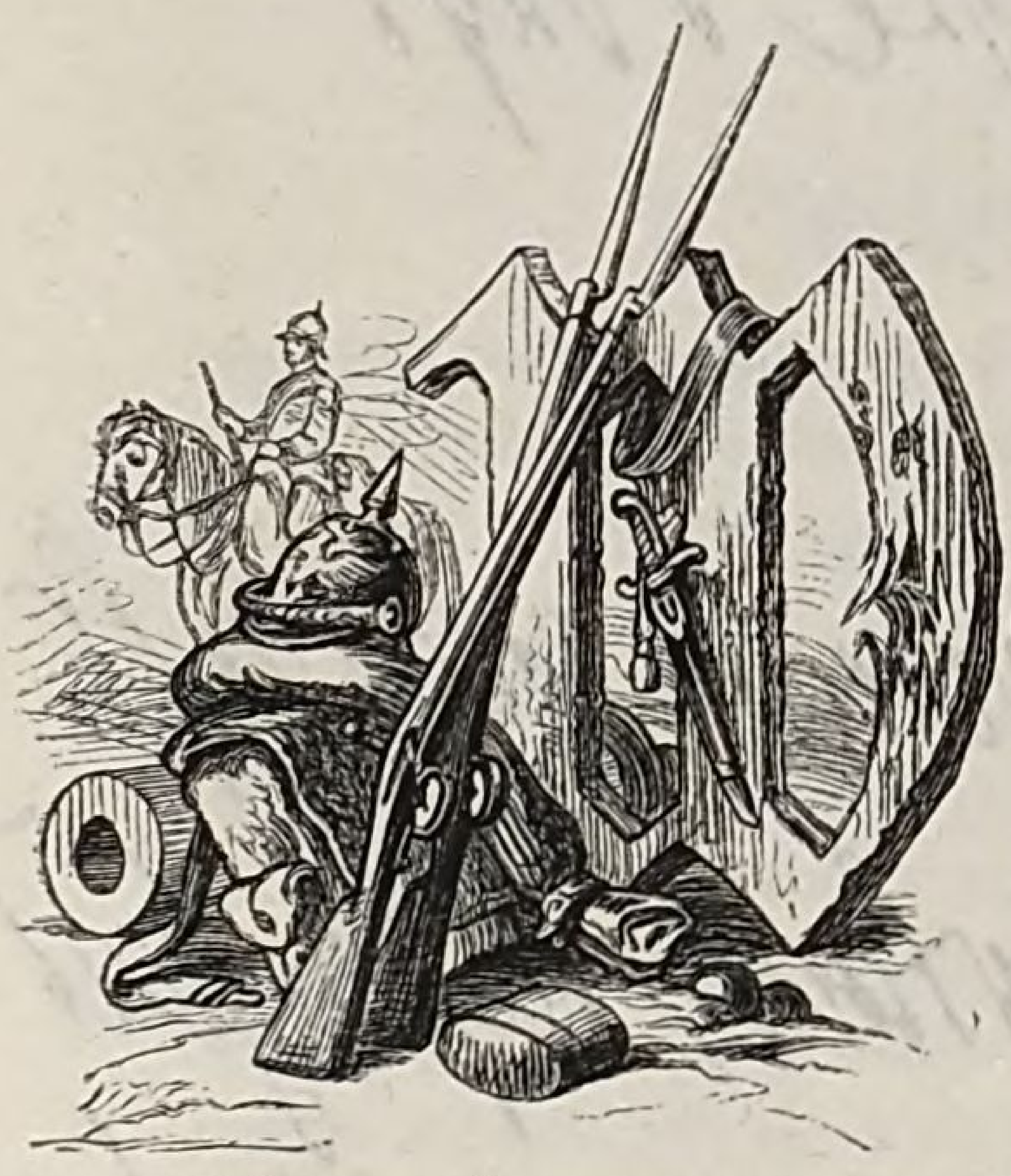
Berlin, 26./12. 65.

Lieber André.

Wenn auch meine Zeit knapp bemessen ist, so vermag ich doch nicht, mir die Beantwortung einer Interpellation zu versagen, die mir in Berufung auf Christi Namen aus ehrlichem Herzen gestellt wird. Es ist mir herzlich leid, wenn ich gläubigen Christen Aergerniß gebe, aber gewiß bin ich, daß das in meinem Beruf nicht ausbleiben kann; ich will nicht davon reden, daß es in den Lagern, welche mir mit Nothwendigkeit politisch gegenüberstehen, ohne Zweifel zahlreiche Christen giebt, die mir auf dem Weg des Heils weit voraus sind, und mit denen ich doch vermöge dessen, was beiderseits irdisch ist, im Kampf zu leben habe; ich will mich nur darauf berufen, daß Sie selbst sagen: „Verborgen bleibt vom Thun und Lassen in weiten Kreisen nichts." Wo ist der Mann, der in solcher Lage nicht Aergerniß geben sollte,

gerechtes oder ungerechtes? Ich gebe Ihnen mehr zu, denn Ihre Aeußerung vom Verborgenbleiben ist nicht richtig. Wollte Gott, daß ich außer dem, was der Welt bekannt wird, nicht andere Sünden auf meiner Seele hätte, für die ich nur im Vertrauen auf Christi Blut Vergebung hoffe! Als Staatsmann bin ich nicht einmal hinreichend rücksichtslos, meinem Gefühl nach, eher feig, und das, weil es nicht leicht ist, in den Fragen, die an mich treten, immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wächst. Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, thut mir Unrecht; er soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst selbst einmal versuchen. Was die Virchow'sche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rath annimmt; wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demüthigem Gebet vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt. Was Kirchenbesuch anbelangt, so ist es unrichtig, daß ich niemals ein Gotteshaus besuche. Ich bin seit fast 7 Monaten entweder abwesend oder krank; wer also hat die Beobachtung gemacht? Ich gebe bereitwillig zu, daß es öfter geschehen könnte, aber es ist nicht so sehr aus Zeitmangel, als aus Rücksicht auf meine Gesundheit, daß es unterbleibt, namentlich im Winter, und Denen, die sich in dieser Beziehung zum Richter an mir berufen fühlen, will ich gern genauer Auskunft darüber geben; Sie selbst werden es mir ohne medizinische Details glauben. Ueber die Lucca-Photographie würden auch Sie vermuthlich weniger streng urtheilen, wenn Sie wüßten, welchen Zufälligkeiten sie ihre Entstehung verdankt hat. Außerdem ist die jetzige Frau von Rahden, wenn auch Sängerin, doch eine Dame, der man eben so wenig, wie mir selbst, jemals unerlaubte Beziehungen nachgesagt hat. Dessenungeachtet würde ich, wenn ich in dem ruhigen Augenblick das Aergerniß erwogen hätte, welches viele und treue Freunde an diesem Scherz genommen haben, aus dem Bereich des auf uns gerichteten Glases zurückgetreten sein. Sie sehen aus der Umständlichkeit, mit der ich Ihnen Auskunft gebe, daß ich Ihr Schreiben als ein wohlgemeintes auffasse und mich in keiner Weise des Urtheils Derer, die mit mir denselben Glauben bekennen, zu überheben strebe. Von Ihrer Freundschaft aber und von Ihrer eigenen christlichen Erkenntniß erwarte ich, daß Sie den Urtheilenden Vorsicht und Milde bei künftigen Gelegenheiten empfehlen; wir bedürfen deren Alle. Wenn ich unter der Vollzahl der Sünder, die des Ruhmes an Gott mangeln, hoffe, daß seine Gnade auch mir in den Gefahren und Zweifeln meines Berufs den Stab demüthigen Glaubens nicht nehmen werde, an dem ich meinen Weg zu finden suche, so soll mich dieses Vertrauen weder harthörig gegen tadelnde Freundesworte, noch zornig gegen liebloses und hoffärtiges Urtheil machen. In Eile Ihr

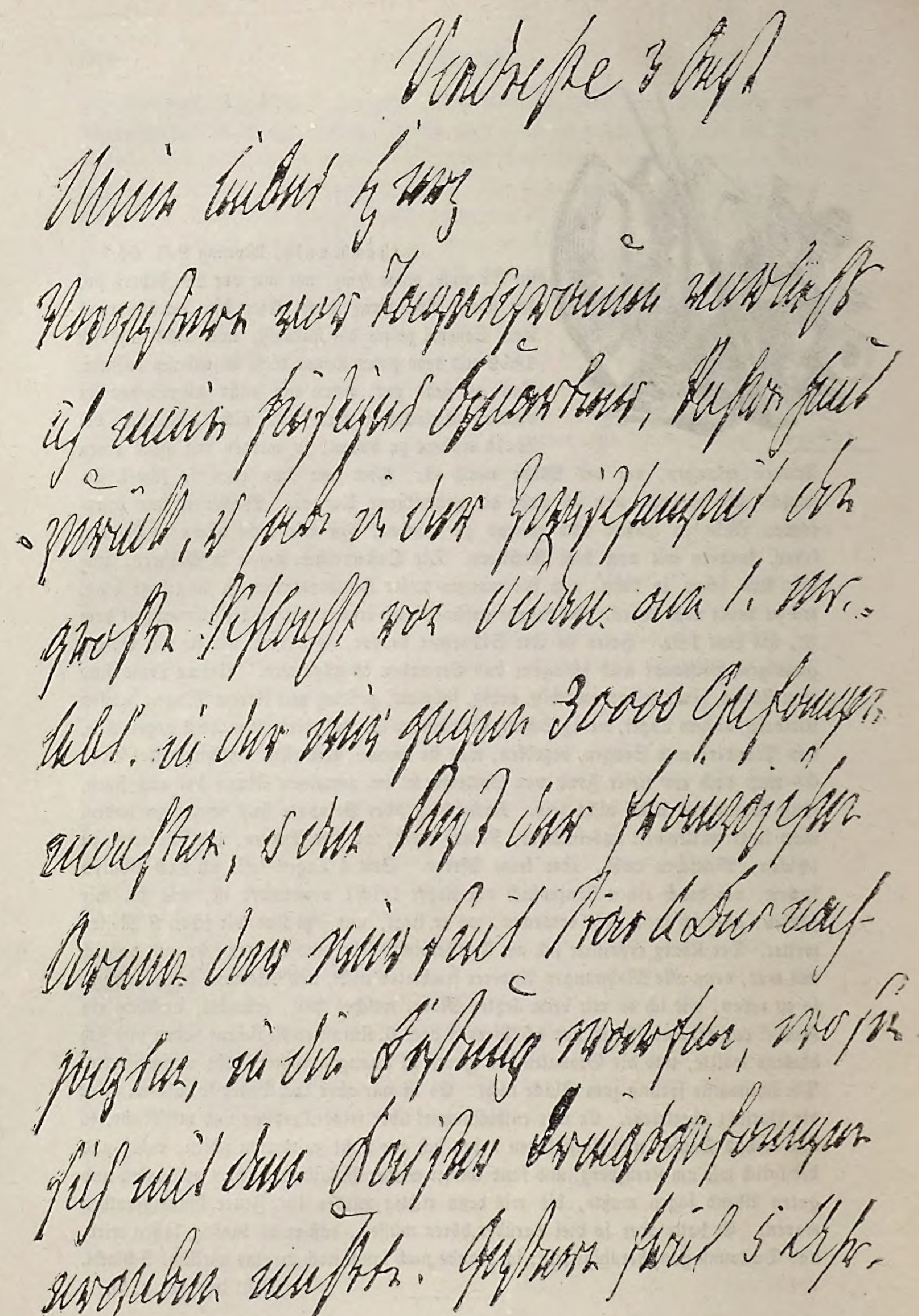
v. Bismarck.



Hohenmauth, Montag 9./7. 66.*

Weißt Du noch, mein Herz, wie wir vor 19 Jahren auf der Bahn von Prag nach Wien hier durchfuhren? Kein Spiegel zeigte die Zukunft, auch nicht, als ich 1852 mit dem guten Lynar diese Eisenbahn passirte. Uns es geht gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe werth ist. Aber wir sind eben so schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn. Die Oesterreicher stehen in Mähren, und wir sind schon so kühn, daß für morgen unser Hauptquartier da angesagt wird, wo sie heute noch stehen. Gefangene passiren noch immer ein, und Kanonen seit dem 3., bis heut 180. Holen sie ihre Südarmee hervor, so werden wir sie mit Gottes gnädigem Beistande auch schlagen; das Vertrauen ist allgemein. Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmuthig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen Alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brot. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Mann bei uns sitzen, sonst könnte das Alles nicht sein. Nachrichten über Bekannte sind schwer zu haben, man liegt meilenweit auseinander, Keiner weiß, wo der Andere, und Niemand zu schicken, Menschen wohl, aber keine Pferde. Seit 4 Tagen lasse ich nach Philipp suchen, der durch einen Lanzenstich am Kopfe leicht verwundet ist, wie G. mir schrieb; aber ich kann nicht entdecken, wo er liegt, und jetzt sind wir schon 8 Meilen weiter. Der König exponirte sich am 3. allerdings sehr, und es war sehr gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen Anderer fruchteten nicht, und Niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassier-Regiment neben uns sich blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmirt über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingerathen waren. Er hatte aber so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und Du kannst ganz beruhigt sein: ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht.

Dein treuester v. B.



Der vollständige Brief ist im Texte des Werkes, S. 495 und 496, enthalten.

Briefe politischen Inhalts.

Ueber den Camphausen'schen Antrag, die Unionsverfassung nach ihrer Annahme durch das Erfurter Parlament für rechtsbeständig zu erklären.

An den Stadtverordnetenvorsteher Meus zu Rathenow.

Berlin, 30./8. 49.

Ew. Wohlgeboren

danke ich ergebenst für das gefällige Schreiben vom gestrigen Tage und beehre mich, in der Kürze Nachstehendes darauf zu erwiedern: Der Camphausen'sche Antrag hat, auch wenn er von der zweiten Kammer ebenso sollte angenommen werden wie von der ersten, in seiner jetzigen Gestalt noch keinen praktischen Effekt. Um den zu erlangen, müßte er in Gestalt eines der Regierung von den Kammern vorzuschlagenden Gesetzentwurfes formulirt werden, und in dieser von beiden Kammern, also auch nochmals von der ersten, angenommen, und Sr. Majestät zur Genehmigung empfohlen werden. Man sagt hier, daß der Antrag von der Gotha-Gagern'schen Partei herrühre, und, vielleicht ohne Wissen des Herrn Camphausen selbst, darauf berechnet gewesen sei, Zwiespalt zwischen der Regierung und den Kammern zu säen. Dieser Zweck ist aber als verfehlt anzusehen. Das Ministerium ist zuerst durch die Erklärung seines Kommissars, des Grafen Bülow, in eine falsche Stellung gerathen, der, im Widerspruch mit seinen Instruktionen, die Sache für eine offene Frage Namens der Regierung erklärte. Die Minister hatten infolge dessen die Absicht, in der Montagssitzung diese Ansicht zu desavouiren und sich gegen den Antrag auszusprechen; infolge des unerwartet großen Enthusiasmus, den die Rede des Herrn von Radowitz in einer Richtung erzeugte, welche im Grunde nicht die der Minister ist, wurden sie besorgt, und beschlossen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem sie die Sache als Vertrauensvotum aufzunehmen erklärten und ihr dadurch eine veränderte Auslegung gaben. Ich weiß indeß, daß die Annahme trotzdem den Ministern sehr unlieb war; sie hatten gehofft, die Kammern würden ihnen die Hand bieten, um ihnen auf einen mehr preußischen Standpunkt zu verhelfen; die Sache ist aber schief gegangen, hauptsächlich weil die persönlichen Ansichten der beiden Regierungs-Kommissarien von Bülow und von Radowitz von denen des Ministeriums abweichen, und sich in den betreffenden Reden auf Kosten der ministeriellen Wünsche in den Vordergrund gedrängt haben.

Ich glaube übrigens aus Gründen, die namentlich in dem Wunsche Sachsens und Hannovers liegen, von der Sache loszukommen, noch nicht mit Bestimmtheit an den Zusammentritt eines Reichstages auf Grund des Drei-Königs-Entwurfes, werde aber jedenfalls gegen den Camphausen'schen Antrag stimmen, falls er bei uns eingebracht wird, da es mir zu gefährlich erscheint, einer Reichsversammlung, deren Zusammensetzung wir noch gar nicht beurtheilen können, die möglicherweise, bei der Abneigung der konservativen Landbewohner, nochmals zu wählen, eine demokratische Majorität haben kann, die alleinige Entscheidung über die künftige Gestaltung unseres Vaterlandes zu überlassen und dann entweder unser Ministerium ohne die Unterstützung preußischer Kammern dem Andrang des vermeintlichen deutschen Volkswillens gegen-

überzustellen, oder zu gewärtigen, daß dann schon ein ganz anderes Ministerium die Stelle des jetzigen eingenommen hat, welches die ihm übertragene Machtvollkommenheit im antipreußischen Sinne mißbrauchen könnte.

Der Fehler des Ministeriums in dieser Sache ist lediglich Mangel an Selbstvertrauen, bis zur Schüchternheit, seine Richtung ist unverändert.

Ich muß mich heut leider hierauf beschränken, und bitte Sie nur noch, unter Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung mich unsern gemeinschaftlichen Freunden zu empfehlen. Wenn sich mehr Stoff zur Mittheilung gesammelt haben wird, so werde ich sehr gern bereit sein, Sie ferner schriftlich au fait der Sachen zu halten, auch Ihnen gelegentlich persönlich in Rathenow Auskunft zu geben.

An denselben.

Berlin, 4./10. 49.

In der deutschen Sache sagen sich Sachsen und namentlich Hannover mit wachsender Entschiedenheit von dem Drei-Königsbunde los, und unsere Regierung steht noch zögernd mitten inne zwischen dem Wunsche, den einmal durch Herr von Radowitz'schen Einfluß betretenen Weg ohne offenen Widerruf zu verlassen, und dem Bedürfniß, eine neue Centralgewalt für die Angelegenheiten von ganz Deutschland hergestellt zu sehen. Dem Steuerverweigerungsrecht ist eine Hälfte der Gefahr durch Annahme des Mäke'schen Amendements genommen, und bis jetzt ist die Regierung fest entschlossen, in die Streichung des §. 108 nicht zu willigen. Unser Unglück in der Kammer ist und bleibt der Ehrgeiz der Parteiführer. Wer über ein Dutzend Stimmen disponirt, betrachtet sich als den rechtmäßigen Erben eines Portefeuilles und findet, daß sein Vorgänger, der jetzige Minister, schon viel zu lange im Amt ist. An diesen Führern hängt eine große Menge von Leuten, die glauben, bei einem Wechsel der Minister wenigstens mit einer Präsidentenstelle bedacht zu werden.

Leben Sie wohl und empfehlen Sie mich unsern Freunden.

Ueber die Einrichtungen des Zollvereins und die Nothwendigkeit eines Zollparlaments.

Adressat ungenannt.

Frankfurt a. M., 2./4. 58.

Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsere Stellung im Zollverein verpfuscht ist; ich gehe noch weiter, indem ich fest überzeugt bin, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekommen ist. Die Gründe dieser Ueberzeugung sind zu weitschichtig, um sie hier zu entwickeln, und zu eng zusammenhängend, um sie einzeln zu nennen. Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß letzteres der Fall werde, oder doch daß es lange dauere. Deshalb müssen wir in der noch laufenden Periode den anderen Staaten den Zollverein angenehm, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfniß machen, damit sie nach der

Kündigung den Anschluß auf unsere Bedingungen suchen. Ein Theil dieses Systems ist, daß man sie höhere Nettorevenüen ziehen läßt, als sie selbst durch Grenzzölle ohne Preußen sich würden verschaffen können. Ein anderer Theil ist der, daß man ihnen nicht die Fortdauer eines Zollvereins mit Preußen als sachlich unmöglich erscheinen läßt; das wird aber, wenn neben den 28 Regierungen noch einige 50 ständische Körperschaften, geleitet von sehr partikulären Interessen, ein liberum veto ausüben. Fangen die preußischen Kammern damit an, so wird schon der Gleichheitsschwindel der deutschen Regierungen nicht zugeben, daß die übrigen zurückstehen: sie werden sich auch wichtig machen wollen.

Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollvereine, um diesen Klippen zu entgehen, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen, den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Andern es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran gehen; aber wenn wir dreist und konsequent wären, könnten wir viel durchsetzen. Die in Ihrem Briefe ausgesprochene Idee, die preußischen Kammern, vermöge der Vertretung aller deutschen Steuerzahler, durch sie, zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf demselben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hülfsmittel unserer auswärtigen Politik werden. In dem vorliegenden Falle, welches auch das Ergebniß der Abstimmung sein mag, müßte jedenfalls die Zollvereinspolitik, der Schaden des Vereins für Preußen, die Nothwendigkeit für uns, ihn zu kündigen, auf das eingehendste und schärfste erörtert werden, damit die Erkenntniß darüber sich Bahn bricht; Ihr Brief sollte als Artikel in der Kreuzzeitung stehen, anstatt hier auf meinem Tisch zu liegen. Kammern und Presse müßten die deutsche Zollpolitik breit und rückhaltslos aus dem preußischen Standpunkte diskutiren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden, und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein und den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unsern Kammern dem Secirmesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vortheil haben. Aber ich wünschte doch als Resultat einer solchen Diskussion, die Vorlage mit geringer Majorität angenommen zu sehen. Denn es handelt sich im nächsten Augenblick für den Zollverein mehr darum, deutsche Regierungen an die Fleischtöpfe desselben zu fesseln, als Sympathien ihrer Unterthanen zu gewinnen. Die letzteren sind machtlos, und in Betreff ihrer erreicht eine kräftige, sachverständige und ehrliebende Debatte dasselbe, wie die Zufälligkeit eines Abstimmungsresultates. . . .

Ueber die Stellung Preußens im Deutschen Bunde.

Petersburg, 12./5. 59.

An den preußischen Minister des Auswärtigen, Freiherrn v. Schleinitz.

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundes-

einrichtungen für Preußen eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Aequivalente zu gewähren, welche Oesterreich, bei einem ungleich größern Maße eigener freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürsten und Regierungen der kleineren Staaten nicht mit gleichem Maße gemessen; die Auslegung des Zweckes und der Gesetze des Bundes modifizirt sich nach den Bedürfnissen der österreichischen Politik. Ich darf mich Ew. rc. Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung durch detaillirtes Eingehen auf die Geschichte der Bundespolitik seit 1850 enthalten, und beschränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestages, der deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen Rastatt und Mainz, der Neuenburger und der orientalischen Frage. Stets haben wir uns derselben kompakten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. In der orientalischen Frage erwies sich die Schwerkraft Oesterreichs der unsrigen so überlegen, daß selbst die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregierungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast ausnahmslos haben uns damals unsere Bundesgenossen zu verstehen gegeben, oder selbst offen erklärt, daß sie außer Stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Oesterreich seinen eigenen Weg gehe, obschon es unzweifelhaft ist, daß das Bundesrecht und die wahren deutschen Interessen unserer friedlichen Politik zur Seite ständen; dies war wenigstens damals die Ansicht fast aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen oder selbst der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eigenen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Oesterreich beruht überwiegend auf falschen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit österreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist nothwendig nur gegen Preußen gerichtet, so lange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine gleichberechtigten Bundesgenossen die Assekuranz gegen zu weit gehendes Uebergewicht Oesterreichs zu leisten, und das Mißverhältniß seiner Pflichten zu seinen Rechten im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Stetigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Produkt einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleineren Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden.

Seitdem unsere Bundesgenossen vor neun Jahren unter der Leitung Oesterreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arsenal der Bundesgrundgesetze die Prinzipien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Systeme Vorschub leisten können, seitdem die Bestimmungen, welche nur eine Deutung im Sinne ihrer Stifter

haben konnten, soweit sie von dem Einverständnisse Preußens und Oesterreichs getragen werden, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubeuten versucht wurden, haben wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwickelung versetzt worden sind. Wir mußten uns aber sagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Uebel durch geschickte Behandlung wol in seinen Folgen abzuschwächen, aber nichts zu seiner Heilung zu thun vermochten; in gefahrvollen Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andere Seite, welche sich im Besitz aller Vortheile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches Ungehörige geschehen sei, aber im „allgemeinen Interesse" den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangene Dinge und „innere" Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine Gelegenheit, wenn wir die jetzige unbenutzt lassen, vielleicht nicht sobald wieder, und wir sind später von neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller Derer hat, denen ein Urtheil über preußische Politik beiwohnen kann, und die sich dasselbe nicht durch Parteileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Theil unserer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschrei's der urtheilslosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich dabei aber der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu *bundesrechtliche Theorien* in Aussicht nehmen, mit *deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde* — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, anderen Interessen dienen als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsere Bundesgenossen uns bieten, ergreifen sollten, um zu derjenigen Revision unserer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleineren deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Kompetenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. *Je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser.* In Oesterreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen

nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich aus der Sonntagsnummer ersehe, stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne Weiteres über die preußische Armee disponiren könnte. Nicht blos an diesem Blatte habe ich bisher mit Besorgniß die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Oesterreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montirt worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den Krieg gestimmt, wenn nicht die thatsächlichen Leiden schwerer Bedrückung es gereizt haben. Es ist so weit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemeiner deutscher Gesinnung ein preußisches Blatt sich zu preußischem Patriotismus zu bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeyerei spielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Oesterreich zu diesem Zwecke niemals fehlen. Die meisten Korrespondenten schreiben für ihren Lebensunterhalt, die meisten Blätter haben die Rentabilität zu ihrem Hauptzweck, und an einigen unserer und anderer Blätter vermag ein erfahrener Leser leicht zu erkennen, ob sie eine Subvention Oesterreichs wiederum erhalten haben, sie bald erwarten, oder sie durch drohende Winke herbeiführen wollen.

Ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unserer deutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preußischer Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehen in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten.

In diesen Eventualitäten kann sich die Weisheit unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach anderen Richtungen hin bethätigen und unserer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das preußische Selbstgefühl einen ebenso lauten und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „deutsch" für „preußisch" möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Ew. ..... mir bei diesem brieflichen Streifzug in das Gebiet meiner früheren Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiste zurufen, aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, sondern nur das Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund ablegen wollen. Ich sehe in unserem Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas Anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen.

Bismarck.

Beurtheilung des Programms des (konservativen) preußischen Volksvereins.

Adressat ungenannt.

Stolpmünde, 18. September 1861.

In Betreff des konservativen Programms unterschreibe ich Ihre Ausstellungen vollständig. Die durchgehends negative Fassung der aufgestellten Sätze hätte von Hause aus vermieden werden sollen. Mit der bloßen matten Defensive kann eine politische Partei nicht bestehen, viel weniger erobern, Terrain und Anhänger. — Den Schmuz der deutschen Republik behauptet jede Partei zu verabscheuen, und die für jetzt praktisch zur Frage kommenden Gegner sind auch ehrlich bemüht, ihn nicht zu wollen, namentlich den Schmuz nicht. Eine so weit über das Bedürfniß des Momentes hinausgreifende Redeform sagt entweder gar nichts, oder verhüllt, was man nicht sagen will. Ich selbst bin zweifelhaft, ob der Verfasser des Programmes nicht in der That auf dem reinen Würzburger Standpunkte steht. Wir haben unter unseren besten Freunden so viele Doktrinäre, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutze in Betreff fremder Fürsten und Länder, wie in Betreff der eigenen Unterthanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Ländern obwaltet. Isolirt von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unsern König und seine Regierung nur abschwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder von innen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen, und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionirten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Konservirhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen. Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm anstatt des vagen Ausfalles gegen die deutsche Republik offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland geändert und hergestellt wünschen, sei es durch Anstrebung rechtlich zu Stande zu bringender Aenderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Associationen nach Analogie des Zollvereins und des Koburger Militärvertrages. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugniß abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die nothwendige Aenderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben, und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen Aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nöthig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiet des Zollwesens, und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachtheile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge

ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. — Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen! Auf dem nationalen Gebiete würden bisher sehr mäßige Konzessionen immer noch als werthvoll anerkannt werden. Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten.

Der Lärm des Einpackens stört mich im Schreiben. Für den Fall, daß Sie noch Gelegenheit haben, mich bei unseren Freunden redend einzuführen, lege ich das Konzept bei, welches ich Ihnen vorlas; aber mit der Bitte, den Wortlaut vor Oeffentlichkeit zu bewahren, da ich nicht weiß, ob es dem Könige genehm ist, daß dieser auf seinen Befehl flüchtig zu Papier gebrachte Inhalt einer Unterredung mit Sr. Majestät ruchbar wird, nachdem weitere Besprechungen, wie ich höre, daran geknüpft worden sind . . . .

Ueber die Adresse, betreffend die Annexion von Schleswig-Holstein.

Adressat ungenannt.

Berlin, den 16. Mai 1864.

Ich begreife Ihre Bedenken gegen die Adresse, die aber dennoch, meiner Ansicht nach, gegenwärtig mit nützlichem Drucke in die diplomatische Lage eingreift. Ich kann mich darin allerdings täuschen; denn je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen, und wenn Sie ein inneres Widerstreben fühlen, so rede ich um so weniger zu, als ich gerne mit gutem Gewissen möchte behaupten können, daß es keine von der Regierung gemachte Stimmung ist, die sich darin wiederspiegelt. Die augenblickliche Lage ist aber so geartet, daß es mir zweckdienlich scheint, gegen das Dänenthum auf der Konferenz alle Hunde loszulassen, welche bellen wollen (verzeihen Sie diesen Jägervergleich); das gesammte Geläut der Meute wirkt dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogthümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint und daß letztere genöthigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann. Ich rechne in der letzteren Beziehung zu diesen Ausländern auch die Holsteiner selbst, nebst dem Augustenburger und allen ewig Ungedeelten bis zur Königsau. Die Herzogthümer haben sich bisher an die Rolle des Geburtstagskindes in der deutschen Familie und an den Gedanken gewöhnt, daß wir uns auf dem Altare ihrer Partikularinteressen willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutschen im Norden von Schleswig die Existenz Preußens einzusetzen haben. Diesem Schwindel namentlich wird die Adresse entgegenwirken; einen so starken Effekt, daß er uns Verlegenheit bereitet, befürchte ich nicht. Würde bei uns die Nation so stark von preußischem Ehrgeiz erfaßt, daß die Regierung nicht mehr belebend, sondern mäßigend sich dazu zu stellen hätte, so würde ich diesen Zustand durchaus nicht beklagen.

Sie sehen daraus, wie ich nach Menschenwitz die Sache auffasse; im Uebrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem

Vertrauen, daß der HErr auch unsere Irrthümer zu unserm Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demüthigung.

Zur Beleuchtung der Situation bemerke ich noch schließlich, daß mir die preußische Annexion nicht der oberste und nothwendige Zweck ist, wohl aber das angenehmste Resultat.

Mit herzlichen Grüßen an die verehrten Hausgenossen,

der Ihrige v. Bismarck.

Ueber die Errichtung des Bundesoberhandelsgerichts.

An den Fürsten Putbus.

Varzin, den 17. November 1869.

Ich benutze den Anlaß, den mir das Denkmal für Arndt bietet, um ein Wort über den Lippe'schen Antrag im Herrenhaus einfließen zu lassen. Ich habe es für unmöglich gehalten, daß dieser Antrag in der Kommission irgend welche Zustimmung, geschweige denn die Majorität, finden könne, und nun schreibt man mir, er werde sogar im Plenum angenommen werden. Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so giebt es so viele Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsere Gesammtentwickelung, sondern auch mit praktischem Erfolg von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichem Hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik aber sind der Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Oesterreich, die sächsischen und süddeutschen Partikularisten, die Ultramontanen und die Republikaner, Hietzing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies in verstärktem Maße thun. Außerdem ist der Beschluß ein Schlag ins Wasser, an den der Bund sich nicht kehren wird, der aber die Regierung und die gesammte Bundespolitik gezwungener Weise in Opposition mit dem Herrenhause bringt und zwischen beiden Häusern des Landtags einen Konflikt erzeugt, in welchem Flut und Wind mit der ganzen Kraft deutschen Nationalgefühls zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten und gegen das Herrenhaus laufen. Wenn Sie auf mein politisches Urtheil irgend welchen Werth legen, so bitte ich Sie, thun Sie, was Sie können, um die Annahme des Lippe'schen Antrags zu hindern; sprechen Sie darüber mit Graf Stolberg und zeigen Sie ihm, wenn Sie die Güte haben wollen, diesen Brief, sowie überhaupt Jedem der Kollegen, dem daran liegen kann, meine und der Regierung Ansicht über die Sache zu kennen. Wenn es dem Grafen Lippe gelänge, seine Ansicht in dieser die ganze Situation beherrschenden Prinzipienfrage zur maßgebenden zu machen, so müßte er auch bereit sein, unsere Politik im Sinne dieses Antrags weiter zu führen. Kann und will er das nicht, so treibt der Antragsteller und Die, welche mit ihm stimmen, mit den höchsten Interessen des Landes ein strafbares und leichtfertiges Spiel.

Briefwechsel zwischen dem Kriegsagenten Regnier und Bismarck.

London, 22. September 1873.

Mein Fürst!

Als ich das letzte Mal die Ehre hatte, mit Sr. Excellenz dem Grafen Bismarck zusammen zu kommen, sprach ich infolge eines bei einer früheren Gelegenheit stattgefundenen Mißverständnisses folgende Worte zu ihm: „Ich habe Ihnen, wie Sie leicht begreifen werden, Vieles verbergen müssen, aber ich bitte Sie, mir zu sagen, ob ich je Etwas gesprochen, was Sie als falsch erkannt haben, oder in „Quel est Votre nom, N ou M?“ eine Zeile geschrieben habe, welche nicht die vollkommene Wahrheit ausgedrückt hat.“ Excellenz erwiderten mir darauf: „M. Regnier, ich bezeuge gern, daß Sie immer mit der größten Freimüthigkeit gesprochen und geschrieben haben nur erlaube ich mir, Ihnen hinsichtlich der Broschüren, welche Sie veröffentlicht haben, zu sagen, daß Sie zu viel schreiben.“ Zu Anfang und am Ende der Zusammenkunft erwies Excellenz mir die Ehre, mir die Hand zu reichen. Mein Fürst! Ein französisches Kriegsgericht will mich als deutscher Spion zum Tode verurtheilen. Wenn irgend ein Mensch in der Welt von meiner Unschuld überzeugt wäre, so würde der Graf Bismarck es sein; er würde seine Hand keinem Spion gereicht haben; ein Wort aus seiner Feder würde bei allen Leuten, die mir irgend einen Zufluchtsort bieten könnten, jeden schlechten Eindruck, den ein solcher Urtheilsspruch gegen mich hervorzubringen im Stande ist, verwischen. Schon das natürliche Gefühl bewirkt, daß außerhalb von der Politik jede erhabene Seele eine ungerechte Unterdrückung des Schwachen nicht sehen kann, ohne ihm zu Hülfe zu kommen; er würde gewiß das versöhnende Wort gesprochen haben, welches jeden Anschein einer Ehrenrührigkeit beseitigt hätte. Mein Fürst! Sie, der Sie die ruhmreiche Erbschaft des Grafen angetreten haben, verweigern Sie mir das nicht, was er mir bewilligt hat. Er wußte so gut, wie ich und meine Familie es wissen, daß das Interesse meines Landes das einzige Motiv meines Handelns gewesen ist, sein Zeugniß würde bei Allen den Eindruck, den dies Urtheil, welches ich nicht nennen will, hervorgebracht, verwischen. Ich zweifle nicht, mein Fürst, daß Sie eben so, wie er es gethan hat, das Gefühl verstehen, welches mich so kühn macht, anstatt an die so blinde Parteilichkeit meiner Landsleute, die ich mit meiner Person und meiner Habe vertheidigte, an den Edelmuth eines Feindes zu appelliren, den ich ehrlich bekämpft habe. E. V. Regnier.

Varzin, 2. Oktober 1873.

Mein Herr!

Angesichts des Urtheils, welches ein französisches Kriegsgericht über Sie aussprechen will, haben Sie sich mit der Bitte an mich gewandt, das zu wiederholen, was ich bei unserer letzten Zusammenkunft hinsichtlich meiner Meinung über Ihr Verhalten gesagt habe. Ich glaube nicht, daß mein Zeugniß Ihnen den Nutzen bringen wird, welchen Sie sich davon versprechen; die Erregung der Gemüther ist noch zu heftig und die große Zahl derjenigen Ihrer Landsleute, welche mich verunglimpfen und mich mit Unrecht als Feind Frankreichs betrachten, wird Ihnen aus dem, was ich zu Ihrem Gunsten sagen könnte, einen Vorwurf machen. Nichtsdestoweniger zögere ich nicht,

Ihnen zu wiederholen, daß Ihr Benehmen mir nie durch ein anderes Motiv veranlaßt erschienen ist, als durch muthige Aufopferung für die Interessen Ihres Vaterlandes, die nach Ihrer Meinung mit denjenigen der kaiserlichen Dynastie identisch waren. Ich habe die Ausführung Ihrer Projekte begünstigt in dem Glauben, daß dieselben im Falle der Verwirklichung den Friedensschluß beschleunigen würden, dadurch, daß die kaiserliche Regierung, die einzige, welche wir damals noch anerkannten, mit der Armee in Metz, die derselben noch treu geblieben zu sein schien, in Beziehung gesetzt wurde. Wären diese Beziehungen hergestellt und befestigt, so würden wir uns einer genügend starken Regierung gegenüber befunden haben, mit welcher wir hätten verhandeln und im Namen Frankreichs Frieden schließen können. Ich kann auf Ehre versichern, daß Sie von unserer Seite einen Vortheil weder empfangen noch verlangt haben, und daß ich dadurch, daß ich Sie nach Metz hineinließ, Ihnen eine patriotische und zugleich den Friedensschluß herbeiführende That zu erleichtern geglaubt habe. Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

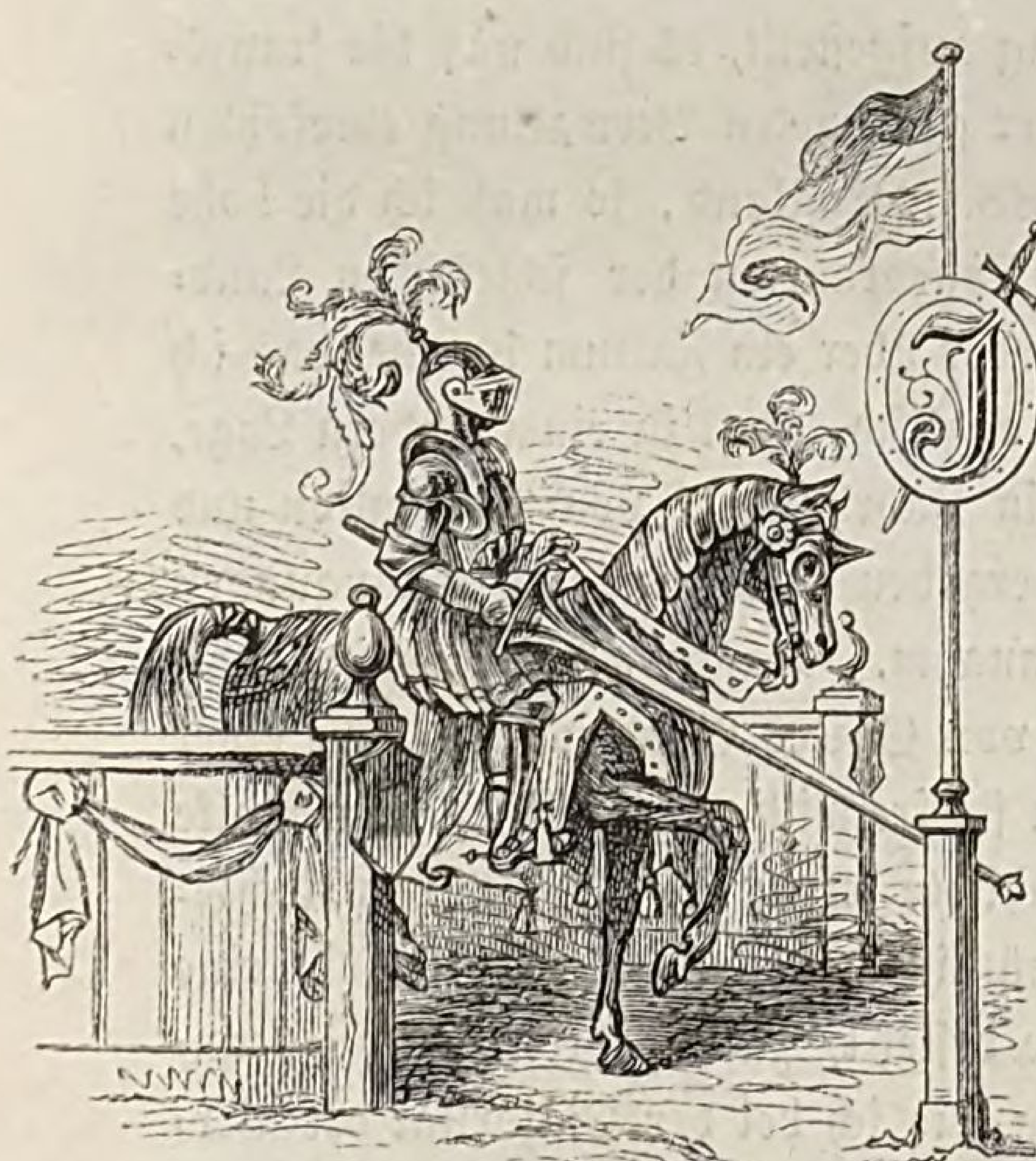
Fürst Bismarck.

Herrn Regnier, London, 45 Carey Street W.-C."

Zwei Reden Bismarck's.

Im Vereinigten Landtag (am 1. Juni 1847).

Ueber die periodische Wiedereinberufung des Landtags.



Ich will mich nicht bemühen, die verschiedenen Rechtsböden, auf denen sich Jeder von uns zu befinden glaubt, in Bezug auf ihre Solidität zu untersuchen; ich glaube aber, aus der Debatte und aus Allem, was ich von der Verhandlung über die uns vorliegende Frage gehört habe, hat sich herausgestellt, daß eine verschiedene Auffassung und Deutung der älteren ständischen Gesetzgebung möglich und faktisch vorhanden war, nicht blos unter Laien, sondern auch unter gewiegten Juristen, und daß sehr fraglich ist, was ein Gerichtshof, wenn einem solchen diese Frage vorläge, entscheiden würde; unter solchen Umständen geben allgemeine Rechtsregeln das Auskunftsmittel der Deklaration. Diese Deklaration ist uns implicite geworden, geworden durch das Patent vom 3. Febr. d. J.; dadurch hat der König dahin deklarirt, daß die allgemeinen Versprechen der früheren Gesetze keine anderen gewesen seien, als diejenigen, welche das jetzige Gesetz erfüllt. Es zeigt sich, daß diese Deklaration von einem Theil der Versammlung für unrichtig gehalten wird; das ist aber ein Schicksal, welches sie mit

jeder Deklaration theilt. Jede Deklaration wird von demjenigen Theile, dessen Meinung sie nicht bestätigt, für unrichtig gehalten werden, oder es müßte die frühere Ueberzeugung nicht eine aufrichtige gewesen sein. Es fragt sich nur, wer das Recht hat, eine authentische, rechtsverbindliche Deklaration zu geben. Meines Erachtens nur der König, und diese Ueberzeugung liegt auch, wie ich glaube, im Rechtsbewußtsein unseres Volkes. Denn wenn gestern ein Herr Abgeordneter aus Königsberg die Ansicht ausgesprochen hat, es habe sich ein dumpfes Mißvergnügen in der Volksstimmung gezeigt bei der Bekanntmachung des Patents vom 3. Februar, so muß ich dagegen erwidern, daß ich die Majorität des preußischen Volkes nicht repräsentirt finde in den Versammlungen auf dem Böttchershöfchen — (Murren) ich kann in unartikulirten Lauten keine Widerlegung dessen finden, was ich angeführt — eben so wenig in den Federkielen der Zeitungskorrespondenten, auch nicht einmal in einer Fraktion der Bevölkerung größerer Provinzialstädte. Es ist schwer, die Volksmeinung zu erkennen; ich glaube sie an einigen Orten der mittleren Provinzen erkannt zu haben, und diese ist noch die alte preußische Volksmeinung, der ein Königswort mehr gilt, als alles Deuten und Drehen an dem Buchstaben der Gesetze. (Einige Stimmen: Bravo.)

Es ist gestern eine Parallele gezogen worden zwischen der Art, wie das englische Volk im Jahre 1688, nach der Vertreibung Jakob's II., seine Rechte zu wahren gewußt, und der Art, wie das preußische Volk jetzt seine Rechte zur Anerkennung bringen könne. Parallelen mit dem Auslande haben immer etwas Mißliches; es ist uns hier schon Rußland als Muster der religiösen Duldung aufgestellt, es sind uns die französischen und dänischen Finanzen als Vorbilder einer geordneten Verwaltung empfohlen worden. Um zurückzukommen auf das Jahr 1688 in England, so muß ich die hohe Versammlung, und namentlich einen geehrten Abgeordneten der schlesischen Landgemeinden, um Nachsicht bitten, wenn ich hier wieder über ein Faktum spreche, das ich nicht selbst erlebt habe. Damals befand sich das englische Volk in einer andern Lage, als heutzutage das preußische; es war durch ein Jahrhundert von Revolution und Bürgerkrieg in die Lage gekommen, eine Krone vergeben zu können und Bedingungen daran zu knüpfen, die Wilhelm von Oranien annahm. Dagegen waren die preußischen Monarchen nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitze einer faktisch unbeschränkten Krone, von deren Rechten sie freiwillig einen Theil dem Volke verliehen haben, ein Beispiel, welches in der Geschichte selten ist. Ich will den Rechtspunkt verlassen und die Frage berühren, ob es nützlich und wünschenswerth sei, eine Veränderung in der Gesetzgebung, wie sie heute besteht, zu begehren oder zu beantragen. Ich schließe mich selbst der Ueberzeugung, die ich bei der Majorität der Versammlung voraussetze, an, daß die Periodicität zu einer wahren Lebensfähigkeit dieser Versammlung nothwendig ist; eine andere Frage ist aber, ob wir dies jetzt auch im Wege der Petition begehren wollen. Nachdem die Patente vom 3. Februar einmal emanirt worden sind, glaube ich nicht, daß es dem Könige willkommen sein kann und daß es in unserer Stellung als Stände liegen kann, schon jetzt mit einer Petition auf Abänderung derselben hervorzutreten. Lassen wir wenigstens das Gras dieses Sommers darüber wachsen. Der König hat wiederholt gesagt, er wünsche nicht gedrängt und getrieben zu werden; ich frage aber die Versammlung, was thun wir anders, als daß

wir ihn drängen und treiben, wenn wir jetzt schon dem Throne mit Bitten um Abänderung der Gesetzgebung nahen? Dem Gewicht dieser Betrachtung bitte ich die hohe Versammlung noch einen anderen Grund hinzuzufügen. Es ist gewiß bekannt, wie viele trübe Vorhersagungen seitens der Gegner unserer Verfassung daran geknüpft worden sind, daß das Gouvernement sich durch unsere Stände in eine Position gedrängt sehen werde, die es freiwillig einzunehmen nicht für gut befunden haben würde. Wenn ich aber auch nicht annehme, daß das Gouvernement sich drängen lassen werde, so glaube ich doch, daß es im Interesse desselben liegt, auch den allergeringsten Schein der Unfreiwilligkeit einer Concession zu vermeiden, und daß es in unser aller Interesse liege, den Feinden Preußens nicht die Freude zu gönnen, daß wir durch eine Petition, ein Votum, das wir als Vertreter von 16 Millionen Unterthanen einreichen, einen Schein von Unfreiwilligkeit auf eine solche Concession werfen. Es ist gesagt worden, Se. Majestät der König und der Herr Landtagskommissar selbst haben auf den Weg hingewiesen; ich habe dies nicht anders verstanden, als daß, wie der König, so auch der Landtagskommissar uns diesen Weg als den gesetzlichen bezeichnet hat, den wir einschlagen konnten, sobald wir uns verletzt fühlten; daß es aber Seiner Majestät dem Könige und dem Gouvernement willkommen wäre, wenn wir von diesem Rechte Gebrauch machen, habe ich nicht entnehmen können. Wenn wir dies nun doch thun, so sollte man glauben, daß dringende Gründe vorhanden wären, daß eine Gefahr im Verzuge vorläge; davon kann ich mich aber nicht überzeugen. Die nächste Wiederkehr der Versammlung ist gesichert, und die Krone hat dadurch die schöne Stellung, daß sie vier Jahre oder auch während eines kürzern Zeitraumes in der Lage ist, vollkommen freiwillig und ungebeten die Initiative in dem ergreifen zu können, was jetzt gewünscht wird. Nun frage ich, ob dem Auslande gegenüber der Bau unserer Verfassung nicht fester dasteht, ob das Gefühl der Befriedigung auf allen Seiten im Inlande nicht ein höheres sein wird, wenn uns ein solcher Fortbau der Verfassung durch die Initiative der Krone gegeben, als wenn er von uns begehrt wird. Findet es die Krone nicht für gut, die Initiative zu ergreifen, so ist keine Zeit verloren; der dritte Landtag wird nicht so schnell auf den zweiten folgen sollen, daß der König nicht Zeit hätte, auf eine desfallsige Petition zu antworten, die auf dem zweiten überbracht werden würde. Gestern hat ein Abgeordneter aus Preußen, wenn ich nicht irre, aus dem Neustädter Kreise, eine Aeußerung gethan, die ich nur so auslegen konnte, als liege es in unserem Interesse, die Blume des Vertrauens als ein Unkraut, welches uns hindert, den kahlen Rechtsboden in seiner ganzen Nacktheit zu sehen, auszureißen und bei Seite zu werfen. Ich sage mit Stolz, daß ich mich einer solchen Ansicht nicht anschließen kann. Wenn ich zehn Jahre rückwärts blicke, und das, was im Jahre 1837 gesprochen und geschrieben wurde, mit dem vergleiche, was jetzt hier von den Stufen des Thrones dem ganzen Volke zugerufen wird, so glaube ich, haben wir vielen Grund zum Vertrauen in die Absichten Sr. Majestät. In diesem Vertrauen erlaube ich mir, der hohen Versammlung das Amendement des Herrn Abgeordneten aus Westfalen, nicht das des Herrn Abgeordneten aus der Grafschaft Mark, sondern das des Herrn von Lilien zur Annahme zu empfehlen.



Im preußischen Abgeordnetenhause
(am 17. Dezember 1873).

Ueber die Einführung der obligatorischen Civilehe.

Es ist ein bedenklicher Umstand, daß seit dem Vatikanischen Konzil kein Gesetz gegeben werden kann, das nicht die Billigung des Papstes erhält (Widerspruch im Centrum), oder wenigstens, daß man die weltliche Obrigkeit nicht berechtigt hält, ein Gesetz zu geben, das vom Papste verurtheilt wird. Sie können dies eigentlich nur im Kirchenstaate. Sie würden also nothwendig darauf kommen, nicht nur den Kirchenstaat zu erhalten — das ist eine im Grunde genommen geringe Forderung, — sondern den Kirchenstaat auf die gesammte Welt auszudehnen (Murren im Centrum), sofern auch nur ein Katholik dort wohnt. (Unruhe im Centrum.) Diesen Ausdruck widerlegen Sie; aber geben Sie nicht durch unartikulirte Laute Ihre Entrüstung kund! In letzter Instanz sind Sie doch verpflichtet, sich an das entscheidende Urtheil des Papstes zu halten. Die Herren verlangen ihrerseits Achtung ihrer Ueberzeugung, aber sie zollen uns evangelischen Christen nicht die Achtung, die wir für unsere religiösen Ueberzeugungen beanspruchen. (Sehr wahr! links.)

Wenn der Herr Vorredner (Abgeordneter von Gerlach) Einzelheiten meiner Rede citirt, so möchte ich zuerst einmal fragen: Wenn er so schweres Gewicht auf meine Ueberzeugung legt, die ich vor 25 Jahren ausgesprochen habe, warum will er dann nicht auch meinen lebendigen Worten von heute trauen? Oder wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, so nehmen wir an, nicht etwa der Vorredner, sondern ich wäre mit der Zeit altersschwach geworden. (Große Heiterkeit.) Vielleicht bin ich ein Anderer geworden, aber ich habe mich nie geschämt, eine Meinungsänderung in meiner Stellung einzuräumen, wenn die Umstände mich nöthigten, mich zu überzeugen, daß es so, wie ich wollte, eben nicht geht. Von mir eine Konsistenz des Urtheils während eines Vierteljahrhunderts zu verlangen wäre ungerecht.

Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister mehr, sondern habe gelernt, meine persönlichen Ueberzeugungen den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen. Ich glaube, daß es so sein muß, und halte es für eine schlechte Ueberzeugungstreue zu sagen: möge der Staat zu Grunde gehen, das ist mir einerlei, ich bleibe bei meiner Ueberzeugung und bei meinem Fraktionsbeschlusse. Ich halte das für eine schlechte Konsequenz, die

mich immer an die falsche Mutter im Urtheil Salomonis erinnert, welche sagt: „Zerschneide das Kind; mir soll es recht sein, wenn ich nur meinen Willen habe." Das kann ich nicht. Das ist ein Luxus des Urtheils, den sich ein Fraktionsmitglied erlaubt, wie der Vorredner — und er wird auch damit seine Fraktion nicht erheblich schädigen —, den sich aber ein Staatsmann doch nicht erlauben darf.

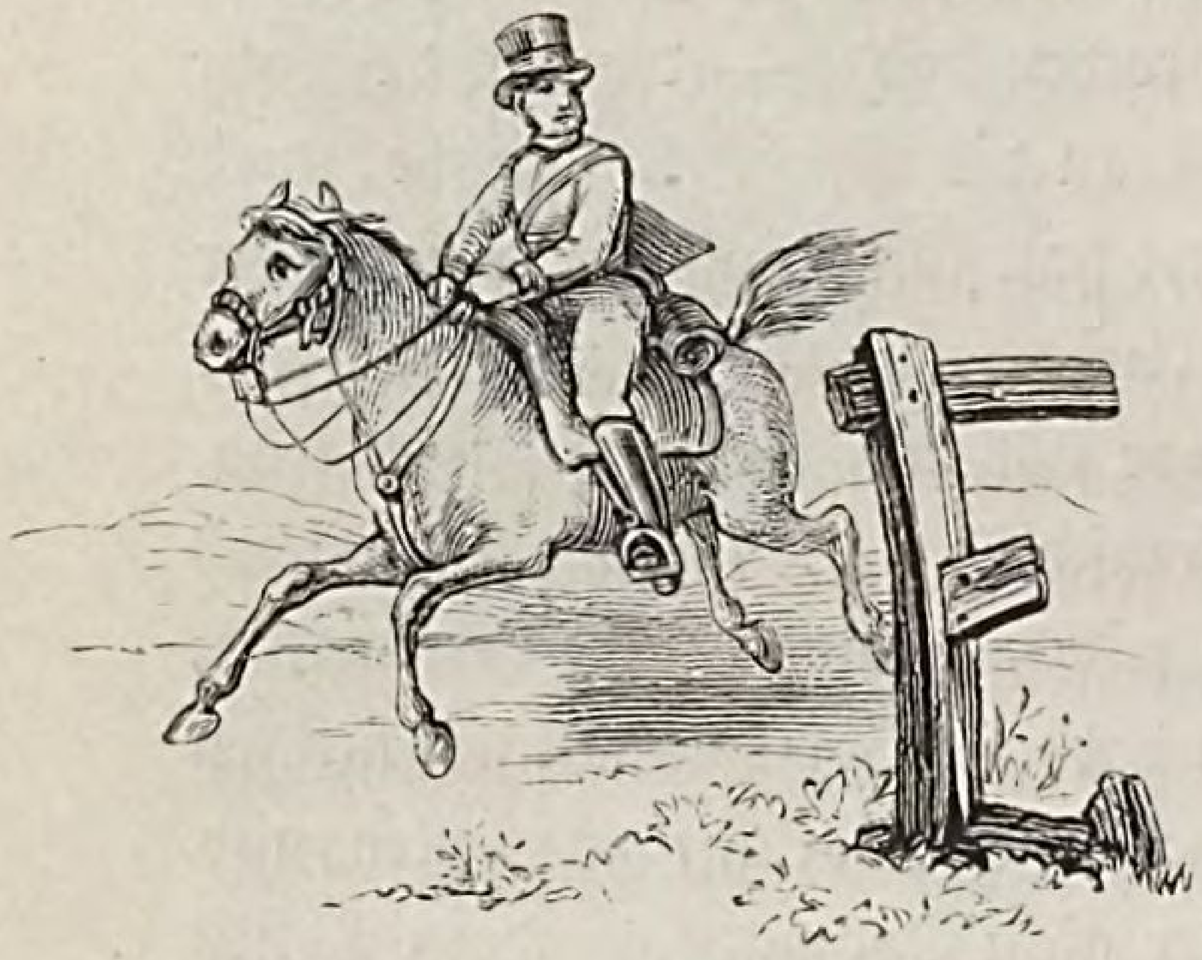
Wenn der Herr Vorredner den prägnanten Schluß meiner damaligen Rede vorlas: „Es werde das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der Kirche zerschellen", — ich habe diese Rede wirklich mit großem Vergnügen angehört —, so kann ich doch unmöglich im Jahre 1849 die katholische Kirche nach den heutigen staatlich historischen Bestimmungen als diesen Fels betrachtet haben, den ich für feststehend hielt gegenüber dem Kampfe, den ich als das Narrenschiff der Zeit bezeichnete. Ich habe jedenfalls — und der Herr Vorredner wird mir zugeben, daß ich meine evangelische Ueberzeugung immer klar und fest und offen ausgesprochen habe, — damals doch nur an die evangelische Kirche denken können, keineswegs an die römisch-katholische, noch weniger an die vatikanische, wie sie sich heute gestaltet hat. Also insofern paßt dieser Ausspruch doch nicht auf die gegenwärtige Lage. Außerdem habe ich mich noch gar nicht darüber erklärt, und ich lehne auch vorläufig jede nähere Erklärung darüber ab, wer eigentlich meiner Meinung nach in diesem Narrenschiffe sitzt. (Große Heiterkeit.) Meine persönliche Ueberzeugung heute ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Sr. Maj. den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen und auch entschlossen bin, dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik, sondern Politik zu treiben. Aus diesen Gesichtspunkten der Politik habe ich mich überzeugt, daß in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, der Staat durch die Nothwendigkeit gezwungen ist, dieses Gesetz zu erlassen, um die Schäden von einem Theile seiner Unterthanen abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe über sie verhängt hat, und so weit an ihm liegt, zu thun, was er kann. Es ist dies geradezu eine Konzession, die der Staat dadurch dem Frieden macht, daß er dem Kampfe ausweicht so lange als möglich.

Ich glaube, daß der Staat ein Bedürfniß der Nothwehr an diesem Gesetze hat, und bin entschlossen, dafür einzustehen wie für so Manches, was meinen persönlichen Ueberzeugungen, namentlich, wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht mehr entspricht. Aber ich bin ein dem Gesammtbedürfniß und den Forderungen des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber sich disziplinirender und unterordnender Staatsmann. (Lebhafter Beifall links.)

Es ist hier der Ausdruck „revolutionär" gefallen. Was ist denn das Wesen und bis zu einem gewissen Grade die prinzipielle Rechtfertigung der Revolution? Auf die gewaltthätigen Elemente kommt es dabei weniger an, sondern auf die, ich möchte sagen, wissenschaftliche Vorbereitung der Revolution in den Gemüthern. Der eigentliche Standpunkt eines echten Revolutionärs resumirt sich dahin, zu sagen: Ich stelle mein eigenes Urtheil höher, als die Macht des Gesetzes, und da nach meinem eigenen individuellen Urtheil oder nach dem meiner Fraktion dieses Gesetz ein ungerechtes ist, so verweigere ich ihm den Gehorsam und habe das Recht der Auflehnung.

Und darin unterscheidet sich Reform von Revolution. Die Reform erstrebt auf loyalem und legalem Wege Abänderung des Gesetzes, gehorcht ihm aber, so lange es in Wirksamkeit ist. Diesen Boden haben aber die Bischöfe verlassen, sie sagen: wir gehorchen dem Gesetze nicht, und insofern war ich berechtigt, die Stellung, welche die Bischöfe dem Staate gegenüber eingenommen, als revolutionär zu bezeichnen. Die Revolution auch in dieser Gestalt zu bekämpfen, das ist meines Erachtens eine Aufgabe, die sich wol verträgt mit den Ansichten, die der Vorredner vor 25 Jahren vertrat. (Sehr wahr! links. Beifall.)

Dokumente und Schriftstücke.



Denkschrift über die österreichische Reformakte.

Ew. Majestät Allerhöchsten Befehlen entsprechend, beehrt sich das Staatsministerium, über die von der kaiserlich österreichischen Regierung angeregte Bundesreformfrage in Nachstehendem alleruntertänigst zu berichten.

Die erste Anregung zu einer dem nationalen Bedürfniß entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung ist von Preußen ausgegangen, ehe die Ereignisse von 1848 hereinbrachen. Die ernsten Erfahrungen, die darauf gefolgt sind, haben weder in dem Regenten noch in dem Volk Preußens das Bestreben vermindert, dem berechtigten Verlangen nach Verbesserung der bestehenden Einrichtungen Befriedigung zu verschaffen; aber sie haben die Schwierigkeiten richtiger erkennen lassen und heilsame Lehren gegeben, die zur Vorsicht mahnen müssen in einer großen Sache. Sie haben auch gezeigt, daß es nicht wohlgethan ist, daß vorhandene Maß des Guten zu unterschätzen und das Vertrauen auf bestehende Institutionen zu untergraben, ja diese selbst zu erschüttern, ehe das Bessere mit Sicherheit in Aussicht steht.

Diese Erwägungen ließen es Ew. Majestät als geboten erscheinen, in Zeiten, welche jedem Theilnehmer des Bundes den Werth der äußeren und inneren Sicherheit, die ihm derselbe bisher gewährte, besonders anschaulich machen, die wünschenswerthen Reformen nur mit sorgfältiger Schonung des vorhandenen Maßes von Einigkeit und von Vertrauen auf die Bürgschaften der bestehenden Bundesverträge anzustreben. Wir haben aus den uns von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgelegten Aktenstücken ersehen, daß dieselbe Vorsicht von anderer Seite nicht beobachtet, die Aenderung der Bundesverfassung vielmehr aus Gründen verlangt worden ist, deren Darlegung das Vertrauen auf den Werth und den Bestand der Bundesverträge schwer erschüttern und Zweifel an denselben hervorrufen mußte, welche noch heute der Widerlegung harren.

Um so dringender wäre zu wünschen gewesen, daß die Einleitung von Verhandlungen zur Verbesserung und Befestigung der so gelockerten Beziehungen auf Wegen erfolgt wäre, welche einen befriedigenden Abschluß mit möglichster Sicherheit in Aussicht stellten. Unter denselben lag ohne Zweifel der Versuch einer Verständigung Preußens und Oesterreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge am nächsten, und konnte das kaiserlich österreichische Kabinet einer bundesfreundlichen Aufnahme derselben von Seiten Ew. Majestät gewiß sein. Statt dessen ist von Oesterreich einseitig die demnächst in Frankfurt vorgelegte Reformakte ausgearbeitet und über den Inhalt derselben Ew. Majestät am 3. August d. J. so unvollständige Mittheilung gemacht worden, daß sich darauf ein Urtheil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen ließ. Nur die beabsichtigte Form der Verhandlung war klar und gab Ew. Majestät zuerst zu den gerechten Bedenken Anlaß, welche Allerhöchstdieselben gegen das Beginnen des Werkes durch einen schleunig zu berufenden Fürstenkongreß, in dem Schreiben vom 4. August d. J. an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich, ausgesprochen haben.

Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung und nicht der edelste persönliche Wille der Fürsten konnten ein Werk zum Abschluß bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief im Wesen der deutschen Nation wurzeln, und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von Neuem geltend gemacht haben.

Nichtsdestoweniger haben Ew. Majestät Ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Interesse eines so großen Werkes auch auf einen ohne Preußens Mitwirkung vorbereiteten Versuch desselben einzugehen, und nur den Aufschub der vorgeschlagenen Fürstenversammlung bis zum 1. Oktober d. J. verlangt — ein Aufschub, welcher neben wesentlichen, außerhalb der Sache liegenden Hindernissen der Betheiligung Ew. Majestät durch die für einen Kongreß zahlreicher Souveräne nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen bedingt war. Wenn ungeachtet dieses Entgegenkommens Ew. Majestät und nachdem Allerhöchstdero wohlbegründete Weigerung, am 16. August d. J. in Frankfurt zu erscheinen, dem kaiserlich österreichischen Kabinet bekannt war, die Einladung zu diesem Tage dennoch unter einem der ersten Mittheilung an Ew. Majestät vorhergehenden Datum an alle Genossen des Bundes erlassen wurde, so können wir uns des Eindruckes nicht erwehren, als ob dem kaiserlich österreichischen Kabinet von Hause aus nicht die Betheiligung Preußens an dem gemeinsamen Werk, sondern die Verwirklichung des Separatbündnisses als Ziel vorgeschwebt habe, welches schon in der ersten an Ew. Majestät gelangten Mittheilung vom 3. August für den Fall in Aussicht genommen wurde, daß Preußen sich den Anträgen Oesterreichs nicht anschließen werde.

Die letzteren sind auch bis zum heutigen Tage nicht amtlich zur Kenntniß der königlichen Regierung gelangt; dagegen ist Ew. Majestät durch das von einem Theil der in Frankfurt a. M. versammelt gewesenen Fürsten und Vertreter der Freien Städte an Allerhöchstdieselben gerichtete Schreiben vom 1. September d. J., das von den hohen und höchsten Unterzeichnern dieses Schreibens bedingungsweise angenommene Ergebniß der Frankfurter Verhandlungen mitgetheilt worden.

Diese Mittheilung haben Ew. Majestät Ihrem Staatsministerium übergeben, in Ausführung der in Allerhöchstdero Antwortschreiben an die Theilnehmer des Fürstentages, d. d. Baden, am 20. August ausgesprochenen Absicht, Allerhöchstdero Entschließungen erst dann feststellen zu wollen, wenn durch geschäftsmäßige Bearbeitung der Angelegenheit von Seiten Ihrer Räthe die zu erwartenden Abänderungen der Bundesverfassung in ihrem Verhältniß zu der berechtigten Machtstellung Preußens und zu den berechtigten Interessen der Nation eingehend geprüft sein würden. Als Ergebniß dieser Prüfung haben sich die gewichtigsten Bedenken herausgestellt, welche den Entwurf für Ew. Majestät weder als König von Preußen, noch als deutscher Fürst annehmbar erscheinen lassen, wenn nicht Veränderungen mit ihm vorgenommen werden, welche, seine Grundlagen selbst berührend, seinen ganzen Charakter wesentlich verändern. Wie der Entwurf vorliegt, kann unser allerunterthänigster Antrag nur dahin gehen, daß es Ew. Majestät gefallen möge, demselben die allerhöchste Zustimmung zu versagen.

Die verhältnißmäßige Schwäche des Bundes im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesammtkraft beruht in der Schwierigkeit, die Bundescentralgewalt so zusammenzusetzen, und mit solchen Attributionen zu versehen, daß sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte, und der Bedeutung der einzelnen Bundesglieder nach Maßgabe ihrer eigenthümlichen und selbständigen Machtverhältnisse Rechnung trage. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes, und läßt sich bei dem besten Willen aller Betheiligten weder schnell noch vollständig überwinden. Sie steigert sich nothwendig in dem Maß, als dem Bunde die Aufgabe gestellt wird, nicht nur, seinem ursprünglichen Zweck entsprechend, die Sicherheit seiner Theilnehmer und des Bundesgebietes zu gewährleisten, sondern auch in der äußeren wie in der inneren Politik die Zwecke eines einheitlichen Staatswesens zu erfüllen.

Bis in die letzten Decennien ist es deshalb mit Sorgfalt vermieden worden, die Haltbarkeit des Bundes durch eine Erweiterung seines ursprünglichen Zweckes auf die Probe zu stellen. Man sagte sich mit Recht, daß das Einverständniß der mächtigsten Mitglieder über die Zielpunkte der gemeinsamen Bestrebungen die unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Aktion des Bundes bilde. Und diese Gemeinsamkeit ist um so schwerer herzustellen und festzuhalten, als weder Preußen noch Oesterreich der Freiheit vollständig entsagen können, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik nach den Interessen der Gesammtheit ihrer Monarchien zu regeln.

Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den einfachen Mechanismus einer Mehrheitsabstimmung im Schoße des Direktoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszweckes bis zu dem Maße, daß die Politik jeder dieser beiden Mächte in der durch das Centralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesammtpolitik des letzteren aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich und trägt den Keim der Voraussetzung in sich, daß das neue Bundesverhältniß in vergleichungsweise kürzerer Zeit als das alte, um uns der Worte des kaiserlich österreichischen Promemoria zu bedienen, den Eindruck von „Resten einer wankend gewordenen Rechtsordnung machen werde, welcher

der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könnte".

Um einer beklagenswerthen Eventualität vorzubeugen, erscheint es uns unerläßlich, daß der Bund durch eigene Aktion in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständniß der beiden Großmächte eingreife, und daß jeder der letzteren ein Veto mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist, zustehe.

Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich. Ohne dasselbe würde je nach den Umständen die eine oder die andere der beiden Großmächte in die Lage kommen, sich der anderen, durch eine Majorität weniger Stimmen verstärkten, ja, selbst mit der anderen zusammen, sich der Majorität dieser Stimmen unterwerfen zu sollen, und doch der Natur der Dinge nach und ihrer eigenen Existenz halber sich nicht unterwerfen zu können. Man kann sich einen solchen Zustand auf die Dauer nicht als möglich denken. Es können Institutionen weder haltbar sein noch jemals werden, welche, das Unmögliche von Preußen oder von Oesterreich fordernd, nämlich sich fremden Interessen dienstbar zu machen, den Keim der Spaltung unverkennbar in sich tragen. Nicht auf der gezwungenen oder geforderten und doch nicht zu erzwingenden Unterordnung der einen Macht unter die andere, sondern auf ihrer Einigkeit beruht die Kraft und die Sicherheit Deutschlands. Jeder Versuch, eine große politische Maßregel gegen den Willen der einen oder der anderen durchzusetzen, wird nur sofort die Macht der realen Verhältnisse und Gegensätze zur Wirksamkeit hervorrufen.

Es wäre eine verhängnißvolle Selbsttäuschung, wenn Preußen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im Voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle thatsächlich zu ertragen nicht im Stande wäre.

Der Anspruch jeder der beiden Großmächte auf ein derartiges Veto ist um so weniger ein unbilliger zu nennen, als die Berechtigung, eine Kriegserklärung zu hindern, verfassungsmäßig jeder Minorität beiwohnt, welche ein Drittel der Stimmen auch nur um eine übersteigt (Art. 40 der Wiener Schlußakte), ein solches Drittheil aber, sobald ihm keine der beiden Großmächte angehört, niemals eine Bevölkerung repräsentiren kann, welche der der preußischen oder der österreichischen Bundesländer gleichkäme. Die vier Königreiche, Baden und beide Hessen bilden zusammen das an Volkszahl stärkste Drittheil der Plenarstimmen, welches sich ohne Betheiligung einer der Großmächte kombiniren läßt; sie haben zusammen 12,916,000 Einwohner und 25 Stimmen im Plenum, also drei über ein Drittel. Es bestehen 23 Stimmen im Plenum, welche zusammen nur 2,400,000 Einwohner ihrer Staaten vertreten und jeder Kriegserklärung ihr gemeinsames Veto entgegensetzen können. Um wie viel mehr hat Preußen, mit einer Bevölkerung von $14\frac{1}{2}$ Millionen im Bunde, auf dasselbe Recht Anspruch!

Aber nicht blos da, wo es auf Verhütung von Unternehmungen ankommt, durch welche die Festigkeit des gemeinsamen Bandes in Frage gestellt werden kann, sondern auch in Betreff der Betheiligung an der regelmäßigen Thätigkeit des Bundes erscheint es nothwendig, daß die Formen der Bundesverfassung der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse und Thatsachen seien.

Preußen ist als deutsche Macht nicht nur Oesterreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die größere Volkszahl. Die formelle Gleichstellung Preußens und Oesterreichs ist daher schon zu verschiedenen Epochen Gegenstand der Verhandlung gewesen, und bei Gründung der provisorischen Bundes-Centralkommission, infolge der Uebereinkunft vom 30. September 1849, haben beide deutsche Großmächte in völlig gleicher Stellung die Ausübung der Centralgewalt für den Deutschen Bund, Namens sämmtlicher Bundesregierungen, übernommen. Auf dem Gebiet, in welchem bisher die Kompetenz des Bundes sich bewegte, steht der Vorsitz dem kaiserlich österreichischen Hofe vertragsmäßig in Form der geschäftlichen Leitung der Bundesversammlung zu. Bei neu zu schaffenden Institutionen aber, auf dem Gebiet umfassender Erweiterungen der Attribute und Befugnisse des Bundes und für Organe, welche den Bund wesentlich nach außen zu vertreten bestimmt sind, kann Preußen eine bevorzugte Stellung Oesterreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit.

Daß es sich in dem Reformentwurf, ungeachtet der Bezeichnung des Vorsitzes als einer nur formalen Leitung der Geschäfte, nicht um eine unwesentliche Aeußerlichkeit handelt, wird um so mehr einleuchten, wenn man sich erinnert, daß selbst unter den alten Verhältnissen Preußen sich gegen eine ungerechtfertigte Ausdehnung der Bedeutung des Präsidialrechts hat verwahren müssen, welche dasselbe zu einem wesentlichen politischen Vorrecht Oesterreichs und zu dem charakteristischen Ausdruck der deutschen Einheit stempeln wollte.

Nach solcher Erfahrung würde die preußische Regierung nicht der Verständigung ein erlaubtes Opfer — und zwar ein Opfer an Oesterreich, nicht an Deutschland — bringen, sondern ein Unrecht am eigenen Lande begehen, wenn sie bei erweiterter Kompetenz des Bundes und bei erhöhter Bedeutung der dem Präsidium vorbehaltenen diplomatischen Beziehungen nach außen auf den Anspruch der Gleichstellung verzichtete.

Indem wir Ew. Majestät die Parität Preußens mit Oesterreich und die Beilegung eines Veto in den oben bezeichneten Grenzen als unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens nothwendige Vorbedingungen der Zustimmung zu einer Erweiterung des Bundeszweckes und der Kompetenz der Bundes-Centralbehörde bezeichnen, verkennen wir nicht, daß damit die Aufgabe einer Vermittelung der divergirenden dynastischen Interessen behufs Erleichterung der einheitlichen Aktion des Bundes nicht gelöst wird. Den Streit derselben durch die Majoritätsabstimmungen der im Direktorium vertretenen Regierungen kurzer Hand zu entscheiden scheint uns weder gerecht noch politisch annehmbar. Das Element, welches berufen ist, die Sonderinteressen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesammtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln, wird wesentlich nur in der Vertretung der deutschen Nation gefunden werden können. Um die Institution der letzteren in diesem Sinn zu einer fruchtbringenden zu machen, wird es nothwendig sein, sie mit entsprechenderen Attributionen auszustatten, als dies nach dem Frankfurter Entwurf der Fall sein soll, und ihre Zusammensetzung so zu regeln, daß die Bedeutung eines jeden Bundeslandes den seiner Wichtigkeit angemessenen Ausdruck darin finde.

Die ausgedehnten Befugnisse, welche in der Reformakte dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Direktorium, mit und ohne Beirath des Bundesrathes, gegeben werden; die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten", welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnißmäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugniß auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden.

Die Bürgschaft kann Ew. Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschließen, welcher sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Theil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden — eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden partikularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden.

Wir haben uns erlaubt, in Vorstehendem nur die wesentlichsten Mängel hervorzuheben, ohne deren Beseitigung unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens eine Bundesreform der vorgeschlagenen Art für Preußen nicht annehmbar ist. Auch halten wir eine Kritik der Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs für unfruchtbar, so lange eine Verständigung über jene Hauptpunkte nicht erreicht ist. Wir stellen deshalb Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, über die letzteren zunächst mit Allerhöchstdero Bundesgenossen in Verhandlung zu treten, und sobald Ew. Majestät der Geneigtheit begegnen, auf die vorstehend angedeuteten Grundlagen einzugehen, die kaiserlich österreichische Regierung zu ersuchen, in Gemeinschaft mit Ew. Majestät Regierung Ministerialkonferenzen zu anderweiter Feststellung eines demnächst den deutschen Fürsten und Freien Städten zur Genehmigung vorzulegenden Reformplans zu berufen. Von dem Beschluß der deutschen Souveräne wird es alsdann abhängen, ob sie über Dasjenige, was sie der Nation darzubieten beabsichtigen, die Aeußerung der letzteren selbst durch das Organ gewählter Vertreter vernehmen oder ohne deren Mitwirkung die

verfassungsmäßige Einwilligung der Landtage jedes einzelnen Staates herbeizuführen versuchen wollen.

Für Ew. Majestät Regierung wird der nahe bevorstehende Zusammentritt des Landtags die Gelegenheit darbieten, die Auffassung der preußischen Landesvertretung in Betreff des Inhalts der vorliegenden Reformakte und der von der königlichen Regierung derselben gegenüber vertretenen Grundsätze kennen zu lernen, und, wie wir nicht zweifeln, werden die Kundgebungen der preußischen Landesvertretung schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen lassen, daß nur solche Aenderungen der bestehenden Bundesverträge auf ihre demnächstige verfassungsmäßige Zustimmung zu rechnen haben, vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preußens und die Interessen der gesammten deutschen Nation in gleichem Maß ihre Berücksichtigung finden.

Das preußische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandtheil des deutschen und ist in seinen Bedürfnissen und Interessen wie in seinen Wünschen und Gesinnungen mit der Gesammtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, daß die Stimme des preußischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von Seiten des deutschen Volkes gewähren wird.

Berlin, 15. September 1863.

Das Staatsministerium.

(gez.) v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon. Graf v. Itzenplitz. v. Mühler. Graf zur Lippe. v. Selchow. Graf zu Eulenburg.

Ueber die Verwickelung in Schleswig-Holstein (am 26. Januar 1866).

An die Vertreter Preußens im Auslande.

Es erscheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können, wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken. Ich durfte damals annehmen, daß Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und seine Minister eben so klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution, sähen; und wir glaubten, über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen dieselbe einig zu sein. Auf diese Ueberzeugung gestützt, machten wir in Wien den Vorschlag des Vorgehens in Frankfurt, auf welchen das kaiserliche Kabinet einging, dem es aber bald die Spitze abzubrechen suchte, und dessen Wirkung dadurch in Nichts verlaufen ist. Dieses Verhalten war wohl geeignet, uns bedenklich zu machen, indessen konnten wir doch diese Lauheit und Zurückhaltung noch einer gewissen Passivität und der Nachwirkung früherer Traditionen zuschreiben. Wir durften daher, wenn uns auch diese Erfahrung für die Zukunft zur Vorsicht mahnte, uns doch enthalten, besorglichere Folgerungen daraus zu ziehen.

Das gegenwärtige Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein trägt einen anderen Charakter. Wir müssen es geradezu als ein aggressives bezeichnen, und die kaiserliche Regierung steht nicht an, genau dieselben Mittel der Agitation gegen uns ins Feld zu führen, welche sie mit uns gemeinsam in Frankfurt hatte bekämpfen wollen.

Worin unterscheidet sich jene, durch den Zuzug von Führern der Demokratie aus Hessen, Frankfurt, Bayern illustrirte Massenversammlung von denjenigen Versammlungen, über deren Zulassung Oesterreich selbst mit uns in Frankfurt Beschwerde geführt hat? Höchstens dadurch, daß der kaiserlichen Statthalterschaft in den holsteinischen Gesetzen wirksamere Gegenmittel zu Gebote standen als dem Frankfurter Senat, daß die Agitation in Holstein ein bestimmteres und greifbareres Objekt hat und noch unmittelbarer und feindlicher gegen Preußen gerichtet ist — eben so feindlich aber gegen das für Preußen und Oesterreich gemeinsame Recht der Souveränetät in den Herzogthümern! Nur der Gebrauch, den man von der durch solche Demonstrationen hervorgerufenen Stimmung in feindlicher Tendenz gegen Preußen machen will, erklärt es, wenn man in Wien übersieht, daß alle diese Angriffe auf das Recht Preußens eben so sehr die Rechte Sr. Maj. des Kaisers treffen, und daß man dort die verderbliche Wirkung ignoriren kann, welche im Lande durch das begünstigte und gebildete System der Agitation hervorgebracht wird; daß man es zuläßt, wenn in holsteinischen Versammlungen süddeutsche Agitatoren die Aufforderung zur Steuerverweigerung ins Land schleudern. Ich habe Ew. Exc. schon bei früheren Gelegenheiten ausgesprochen, daß, wenn man in Wien dieser Umwandlung eines bisher durch seinen konservativen Sinn ausgezeichneten Volksstammes in einen Herd der revolutionären Bestrebungen ruhig glaubt zusehen zu können, wir unsererseits es nicht dürfen und nicht zu thun entschlossen sind. Durch den Gasteiner Vertrag ist jedes der beiden Herzogthümer gleichsam als ein anvertrautes Pfand der Loyalität des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; wir hatten die Hoffnung, von da aus zu einer weiteren Verständigung zu gelangen, und wir haben das Recht zu fordern, daß bis zu dem Eintritt dieser Verständigung das Objekt selbst in statu quo erhalten werde. Eine Deteriorirung desselben, wie sie durch diese Agitation bewirkt wird, können und wollen wir uns nicht gefallen lassen. Das Preisgeben aller Autorität, die Zulassung offenbarer Mißachtung und Verhöhnung selbstgegebener Bestimmungen, die principielle Nichtanwendung bestehender Gesetze unter Anfechtung der Giltigkeit derselben seitens der kaiserlichen Regierung sind erhebliche Beschädigungen des moralischen Prinzips, welches in den durch einen opfervollen Krieg unserer Fürsorge anheimgegebenen Ländern aufrecht zu erhalten wir uns verpflichtet erachten.

Ew. Exc. überlasse ich zu erwägen, welchen Eindruck ein solches Verfahren seines Bundesgenossen im Kriege, jetzt im Frieden, auf Se. Maj. den König, unseren allergnädigsten Herrn, machen, wie schmerzlich es ihn berühren müsse, revolutionäre und jedem Thron feindliche Tendenzen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen! Und wie solche Eindrücke dahin führen müssen, das von Sr. Maj. lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen!

Es ist auf ausdrücklichen Befehl Sr. Maj. des Königs, daß ich Ew. Exc. ergebenst auffordere, dies offen dem Herrn Grafen von Mensdorff auszusprechen und ihn zu ersuchen, es zur Kenntniß seines kaiserlichen Herrn zu bringen.

Die Regierung Sr. Maj. des Königs bittet das kaiserliche Kabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche das monarchische Prinzip, der

Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen; sie hält es für ein Leichtes, wenn die Gesetze des Landes, an deren Bestehen kein ernster Zweifel obwalten kann, zur Anwendung gebracht werden, den unwürdigen Schmähungen in Presse und Vereinen gegen seinen Bundesgenossen und Mitbesitzer ein Ende zu machen und die Einwirkung des sogenannten Kieler Hofes auf das Land, welche einen fortwährenden Protest und Angriff gegen sein wie gegen unser Recht enthält, für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir verlangen keine Konzession, kein Aufgeben irgend eines österreichischen Rechts in den Herzogthümern, sondern nur die Erhaltung des gemeinsamen Rechts; nichts Anderes, als was Oesterreich eben so sehr seiner eigenen wie unserer Stellung schuldig ist; auch nichts Anderes, als was die kaiserliche Regierung jeden Augenblick ohne irgend ein Opfer oder eine Schädigung ihrer Interessen auszuführen in der Lage ist. Mag dies gemeinsame Recht für Oesterreich von geringem Werthe sein, für Preußen ist die Feststellung und Durchführung desselben eine von ihrer Gesammtpolitik untrennbare Lebensfrage der jetzigen Regierung Sr. Maj. des Königs.

Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hoffen, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen, welcher sich jetzt das Gebiet der Herzogthümer zum Felde seiner Wirksamkeit ausersehen hat, in ihr mächtiger ist als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen! Es würde dies für die königliche Regierung, es würde vor Allem für Se. Maj. den König selbst eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen uns erspart zu sehen. Aber es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten.

Ich bitte Ew. Exc. hierüber dem Herrn Grafen von Mensdorff keinen Zweifel zu lassen. Der Augenblick ist zu ernst, und die neuesten Vorgänge, welche auch in Wien nicht mehr ingnorirt werden können und deren Auffassung und Behandlung auf die Haltung und die Absichten des kaiserlichen Kabinets ein für uns entscheidendes Licht werfen muß, haben die Verhältnisse zu sehr auf die Spitze getrieben, als daß eine weniger offene Sprache an der Zeit wäre.

Ueber das Verhältniß Preußens zu den übrigen Bundesregierungen und die Möglichkeit eines Krieges mit Oesterreich (am 24. März 1866).

An die deutschen Regierungen.

Wir werden, angesichts der österreichischen Aufstellung, nun auch unsererseits nicht länger zögern dürfen, damit die Situation von 1850 sich nicht wiederhole, wo eine schlagfertige österreichische Armee drohend an unserer Grenze stand, bevor wir

gerüstet waren. Die Behauptung, daß Oesterreichs jetzige Rüstung nur der Defensive gelte, kann uns über ihren drohenden Charakter nicht beruhigen, da von uns keine einzige Maßregel ergriffen war, welche Oesterreich hätte veranlassen können, an seine Vertheidigung zu denken. Wir befürchten, daß die Sprache Oesterreichs sich ändern würde, sobald ein entscheidender Vorsprung in den Rüstungen ihm eine Ueberlegenheit gäbe. Wenn wir daher nunmehr auch Rüstungen abordnen müssen, so werden wir mit mehr Recht als Oesterreich behaupten können, daß sie einen rein defensiven Charakter tragen und nur durch Oesterreichs unerklärte Rüstungen hervorgerufen sind. Wenn durch dieses Gegenüberstehen von Kriegsheeren die Situation gespannter und die Gefahr eines Konflikts größer wird, so werden nicht wir es sein, welche deshalb ein Vorwurf treffen kann. Denn wir können nicht zugeben, daß Schlesien von Krakau bis zur sächsischen Grenze mit kriegsbereiten Truppen umstellt werde, ohne daß wir Maßregeln zum Schutze des Landes treffen. . . .

Aber Maßregeln zu unserer augenblicklichen Sicherung sind nicht das Einzige, was die Situation gebieterisch von uns fordert. Die Erfahrung, welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des Wiener Kabinets gegen uns gemacht haben, nöthigen uns, auch die Zukunft ins Auge zu fassen und uns nach Garantien umzusehen, welche uns die Sicherheit gewähren können, die wir in dem Bunde mit der anderen deutschen Großmacht nicht nur vergebens gesucht haben, sondern sogar durch dieselbe bedroht sehen. Preußen ist durch seine Stellung, seinen deutschen Charakter und durch die deutsche Gesinnung seiner Fürsten vor Allem zunächst darauf angewiesen, diese Garantien in Deutschland selbst zu suchen. Auf dem Boden der deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen und werden wir immer zuerst versuchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden.

Aber so oft wir diesen Gedanken ins Auge fassen, drängt sich von Neuem die Erkenntniß auf, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für jenen Zweck und für die aktive Politik, welche große Krisen jeden Augenblick fordern können, nicht ausreichend ist. Seine Einrichtungen waren darauf berechnet, daß die beiden deutschen Großmächte stets einig seien; sie haben bestehen können, so lange dieser Zustand durch eine fortgesetzte Nachgiebigkeit Preußens gegen Oesterreich erhalten wurde; einen ernsthaften Antagonismus der beiden Mächte können sie nicht ertragen, einen drohenden Bruch und Konflikt nicht verhüten oder überwinden. . . . Wir vermögen in der jetzigen Lage der Dinge uns das Vertrauen auf eine wirksame Hülfe des Bundes, im Fall wir angegriffen würden, nicht zu bewahren. Bei jedem Angriff, sei es von Oesterreich, sei es von anderen Mächten, werden wir immer zunächst auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein, wenn nicht ein besonders guter Wille einzelner deutscher Regierungen zu unserer Unterstützung Mittel in Bewegung setzte, welche auf dem gewöhnlichen bundesmäßigen Wege viel zu spät flüssig werden würden, um noch von Werth für uns zu sein. Wir sind gegenwärtig, gegenüber den drohenden Rüstungen Oesterreichs, in der Lage, an unsere Genossen im Bunde die Frage zu richten, ob und in welchem Maße wir auf diesen guten Willen zählen dürfen?

Aber auch der vielleicht bei einigen unserer Bundesgenossen augenblicklich vorhandene gute Wille giebt uns für kommende Gefahren keine Beruhigung, weil bei der gegenwärtigen Lage des Bundes und dem Stande der Bundesmilitärverhältnisse die rechtliche oder thatsächliche Möglichkeit, ihn zu bethätigen, vielfach mangeln wird.

Diese Erwägung und die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der anderen im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Nothwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen. Das Bedürfniß derselben wird sich für uns um so dringlicher fühlbar machen, je weniger wir auf die ebengestellte Frage hinsichtlich des Beistandes, den wir zu gewärtigen haben, eine befriedigende Auskunft erlangen; abweisen aber können wir es in keinem Falle, und wir glauben in der That, daß wir dabei nicht nur in unserem eigenen Interesse handeln. Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — dies gilt zu unseren wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter als die der meisten anderen europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde. Dies zu verhüten sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen, und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der Deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksal Polens nicht schützen werde.

Ueber die Nothwendigkeit einer Bundesreform (am 27. Mai 1866).

An die Vertreter Preußens im Auslande.

Es ist nicht die Masse der unberechtigten Forderungen, welche den revolutionären Bewegungen Kraft verleiht, sondern gewöhnlich ist es der geringe Antheil der berechtigten Forderungen, welcher die wirksamsten Vorwände zur Revolution bietet und den Bewegungen nachhaltige und gefährliche Kraft gewährt. Unbestreitbar ist eine Anzahl berechtigter Bedürfnisse des deutschen Volks nicht in dem Maße sicher gestellt, wie es jede große Nation beansprucht. Die Befriedigung derselben im geordneten Wege der Verständigung herbeizuführen ist die Aufgabe der Bundesreform. Die letztere ist recht eigentlich im Sinne des monarchischen Prinzips in Deutschland nothwendig. Sie soll durch die Initiative der Regierungen dem Uebelstand abhelfen, welcher in bewegten Zeiten die Quelle und der Vorwand für gewaltsame Selbsthülfe werden kann. In dieser Richtung bewegen sich die Reformvorschläge der preußischen Regierung. Sie werden sich auf das Allernothwendigste beschränken und den Bundesgenossen auf das bereitwilligste mit den ihnen erwünschten Modifikationen entgegenkommen. Das Ziel verlangt allerdings Opfer, aber nicht von Einzelnen,

sondern von Allen gleichmäßig. Was Se. Maj. den König persönlich betrifft, so liegt Allerhöchstdemselben nichts ferner, als seine Bundesgenossen, die deutschen Fürsten, beeinträchtigen oder unterdrücken zu wollen. Allerhöchstderselbe will mit ihnen als Einer Ihresgleichen gemeinsam für die gemeinsame Sicherheit nach innen und außen sorgen, aber besser als bisher. Wer diesen ernsten Willen und das längst auf jenes Ziel gerichtete Bestreben Sr. Maj. als Ergebniß persönlichen Ehrgeizes schildert, der entstellt die Thatsachen, welche von Allerhöchstdessen Handlungs- und Sinnesweise offenes Zeugniß ablegen. Se. Maj. der König sind stets weit davon entfernt gewesen, einen Ehrgeiz zu hegen, der auf Kosten der Nachbarn und Bundesgenossen Befriedigung gesucht hätte, wenn Allerhöchstdieselben auch nach mannichfachen Erfahrungen darauf verzichten müssen, die Verleumdungen zum Schweigen zu bringen. Se. Maj. beabsichtigen auch jetzt mit der Bundesreform nicht, den deutschen Fürsten Opfer anzusinnen, welche Preußen nicht eben so im Interesse der Gesammtheit zu bringen bereit wäre. Die Verweigerung der in den Reformvorschlägen der königlichen Regierung aufgestellten, verhältnißmäßig geringen und von allen Theilnehmern, Preußen nicht ausgeschlossen, gleichmäßig zu machenden Zugeständnisse würde unserer Ansicht nach eine schwere Verantwortung für die Zukunft involviren.

Ueber die Absicht Oesterreichs, den Krieg herbeizuführen (am 4. Juni 1866).

An die Vertreter Preußens im Auslande.

Alle unsere Informationen stimmen darin überein, daß der Entschluß, Krieg gegen Preußen zu führen, in Wien durchaus feststeht.

Ich darf Ew. Exc. auf Sr. Maj. Verlangen im Vertrauen eröffnen, daß zur Zeit, als wir die obenerwähnte Mittheilung (Depesche vom 7. Mai) nach Wien richteten, der König, von der Pflicht, den Frieden so lange als möglich zu erhalten, beseelt, bereitwillig auf einen Vorschlag zu einer direkten Verständigung hörte, welcher von unparteiischer Seite aus Wien und zuerst Sr. Maj. ohne Zuziehung des Ministeriums gemacht wurde, um sich zu vergewissern, ob Se. Maj. der Kaiser noch von dem Wunsche, den Frieden aufrecht zu erhalten, geleitet werde. Der Vorschlag war der, die schleswig-holsteinische und die Bundesreformfrage in Gemeinschaft zu behandeln und durch diese Verbindung die Lösung beider zu erleichtern. Die Unterhandlungen, unterstützt durch die versöhnlichsten Wünsche auf seiten der Vermittler, haben, wie Se. Maj. mir mittheilt, nur dargethan, daß zu Wien eine korrespondirende Gesinnung nicht mehr existirt. Sie haben trotz der theoretischen Friedensliebe des Kaisers das Verlangen nach Krieg gezeigt, welches jede andere Erwägung in seinem ganzen Rathe, selbst unter Denen beherrscht, welche unsers Wissens früher gegen den Krieg und sogar gegen die Vorbereitungen und Rüstungen stimmten, und gezeigt, daß dieses Verlangen nun ebenfalls einen entschiedenen Einfluß auf den Kaiser selbst gewonnen hat. Nicht allein gab sich dort ein vollständiger Mangel aller und jeder Bereitwilligkeit kund, selbst auf vertrauliche Unterhandlungen einzugehen und die Möglichkeit eines Uebereinkommens zu erörtern, sondern es sind Aeußerungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner

dem König aus authentischer Quelle hinterbracht worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die kaiserlichen Minister den Krieg um jeden Preis wollen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, die österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenhaften Bankrott zu unterstützen.

Erweitertes Programm für eine beabsichtigte Bundesreform.

Den deutschen Regierungen mitgetheilt am 10. Juni 1866.

Art. 1. Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der kaiserlich österreichischen und königlich niederländischen Landestheile.

Art. 2. Die Gesetzgebende Gewalt des Bundes wird auf denjenigen Gebieten, welche derselben zugewiesen sind, von dem Bundestage in Gemeinschaft mit einer periodisch zu berufenden Nationalvertretung ausgeübt. Zur Giltigkeit der Beschlüsse ist die Uebereinstimmung der Mehrheit des Bundestags mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend.

Art. 3. Die Umgestaltung des Bundestags ist unter den Bundesregierungen und mit dem nach dem preußischen Antrage vom 9. April zu berufenden Parlament zu vereinbaren. So lange bis dies geschehen sein wird, bleibt das Stimmenverhältniß, welches für die Mitglieder des Bundes auf dem bisherigen Bundestage gültig war, in Kraft.

Art. 4. Die Nationalvertretung geht aus direkten Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmen sind.

Art. 5. Die Bundesstaaten bilden ein gemeinsames und einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, in welchem die Errichtung von Freihäfen vorbehalten bleibt.

Art. 6. Der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1) Die Zoll- und Handelsgesetzgebung.

2) Die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtsystems, nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde.

3) Die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen.

4) Die Erfindungspatente.

5) Der Schutz des geistigen Eigenthums.

6) Die Bestimmungen über die Freizügigkeit, Heimats- und Ansiedelungsverhältnisse, den Gewerbebetrieb, die Kolonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern.

7) Organisation eines gemeinsamen Schutze des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schiffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird.

8) Das gesammte deutsche Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs.

9) Der Schiffahrtsbetrieb auf den mehreren Straßen gemeinsamen Wasserstraßen, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle.

10) Das Post- und Telegraphenwesen.

11) Die gemeinsame Civilproceßordnung und das gemeinsame Konkursverfahren.

Art. 7. Die Bundesgewalt hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden so wie die Bündnisse und Verträge zu schließen, in völkerrechtlicher Vertretung des Bundes Gesandte zu ernennen und zu empfangen.

Die Kriegserklärung hat bei feindlicher Invasion des Bundesgebiets oder bei kriegerischem Angriff auf dessen Küsten unter allen Umständen zu erfolgen, in den übrigen Fällen ist zur Kriegserklärung die Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Drittheilen der Bevölkerung des Bundesgebiets erforderlich.

Art. 8. Die Kriegsmarine des Bundes mit den erforderlichen Hafen- und Schiffahrtsanlagen wird nach folgenden Grundsätzen errichtet:

Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preußischem Oberbefehl. Bei Ernennung der Offiziere and Beamten konkurriren die Küstenstaaten auf Grund besonderer Vereinbarung.

Der Kieler und der Jahdehafen werden Bundeskriegshäfen.

Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsmarine und der damit zusammenhängenden Anstalten dient im Allgemeinen die Bevölkerung unter Feststellung eines Präcipuums zu Lasten der Uferstaaten und Hansestädte nach Maßgabe des Lastengehalts der Handelsmarine der einzelnen Staaten.

Ein Bundesmarinebudget wird nach diesen Grundsätzen vereinbart.

Das Anwerben der Matrosen und Mannschaften für die Bundeskriegsmarine wird durch ein Gesetz geregelt, welches zugleich die Verpflichtung für jeden einzelnen Uferstaat feststellt, für Deckung des Bedarfs pro rata des Lastengehalts der Handelsmarine aufzukommen. Durch dasselbe Gesetz wird der Maßstab festgestellt, nach welchem die Mannschaftsgestellungen für die Marine auf diejenigen des Landheeres des Bundes in Abzug gebracht werden.

Art. 9. Die Landmacht des Bundes wird in zwei Bundesheere eingetheilt, die Nordarmee und die Südarmee.

In Krieg und Frieden ist Se. Maj. der König von Preußen Bundesoberfeldherr der Nordarmee, Se. Maj. der König von Bayern Bundesoberfeldherr der Südarmee.

Jeder der beiden Bundesoberfeldherren hat das Recht und die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der von ihm befehligten Armee die bundesbeschlußmäßigen Kontingente vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind, und daß die nothwendige Einheit in der Organisation, Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt wird.

Das Recht, unter Voraussetzung übereinstimmender Vorbildung bis zur Grenze des eigenen Kontingents die Offiziere zu ernennen, steht jeder Regierung zu; diejenigen Kommandos, unter welchen mehr als ein Kontingent steht, besetzt der Oberfeldherr.

Dieselben müssen auch im Frieden jederzeit besetzt und in Funktion sein, nach Maßgabe der Heereseintheilung, wie sie bisher in der preußischen resp. bayrischen Armee stattfindet, so daß mindestens für je drei Bataillone ein Regimentscommandeur, für höchstens drei Regimenter ein Brigadecommandeur, für je zwei Brigaden ein Divisionär und für jedes Corps der Bundesarmee der kommandirende General jederzeit in Funktion ist.

Der Oberfeldherr hat das Recht, in den nach seiner Ueberzeugung dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung jedes Theils der von ihm befehligten Bundesarmee innerhalb des Gebiets der letzteren, vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß, anzuordnen, und verpflichten sich die Bundesregierungen, eine solche Anordnung in Betreff ihrer Kontingente unverzüglich auszuführen.

Für jedes der Bundesheere wird ein gemeinschaftliches, mit der Nationalvertretung zu vereinbarendes Militärbudget für Feldarmee und Festungswesen, aus Matrikularbeiträgen der zu dem betreffenden Heere ihre Truppen stellenden Regierungen gebildet.

Die Höhe der Matrikularbeiträge richtet sich nach der Bevölkerung der betreffenden Staaten.

Die Verwaltung jedes der beiden Bundesmilitärbudgets wird unter Leitung des Oberfeldherrn von einem, aus Vertretern der beitragenden Regierungen gebildeten Bundeskriegsrath geführt und hat der Nationalvertretung jährlich Rechnung abzulegen.

Jede Regierung leistet selbst die Auslagen für die von ihr gestellten Truppen, vorbehaltlich gemeinsamer Abrechnung nach Maßgabe der Beitragspflicht. Ersparnisse an den Militärbudgets, mögen sie an den Gesammtausgaben oder an denen für die einzelnen Kontingente gemacht werden, fallen unter keinen Umständen der einzelnen Regierung, welche sie macht, sondern dem für jede der beiden Bundesarmeen gemeinsamen Bundeskriegsschatze zu. Die Kontrole des letzteren steht der Nationalvertretung zu.

Art. 10. Die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landestheilen des österreichischen Kaiserstaats werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlament durch besondere Verträge geregelt werden.

Ueber die Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit dem Kaiser Napoleon in Salzburg (am 7. Sept. 1867).

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den auswärtigen Regierungen.

Es war vorauszusehen, daß es schwer sein würde, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß eine Thatsache, wie die Zusammenkunft der beiden mächtigen Monarchen, angesichts der gegenwärtigen Lage der europäischen Politik nicht eine tiefer liegende Bedeutung und weiter gehende Folgen habe, und die Anfangs mit einer gewissen Beflissenheit und dem Anscheine der Authentizität verbreiteten Nachrichten über beabsichtigte oder gefaßte Entschließungen auf dem politischen Gebiete waren nicht geeignet, die Zweifel über den Zweck der Zusammenkunft zu heben. Es gereicht uns um so mehr zur Genugthuung, aus den österreichischen

und französischen Erklärungen die Versicherung zu entnehmen, daß der Besuch des Kaisers Napoleon lediglich aus einem Gefühle hervorgegangen ist, welches wir ehren und mit dem wir sympathisiren, und daß der Zusammenkunft beider Herrscher der Charakter dieses Motivs gewahrt geblieben ist. Danach sind innere Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten voraussetzen ließen, Gegenstand der Besprechungen in Salzburg gewesen. Es ist dies um so erfreulicher, da die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen in ganz Deutschland fanden, von Neuem gezeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben es uns von Anfang an zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwickelung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben Alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dieses Bestreben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt Alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Plane, deren Gegenstand es sein könnte, und infolge dessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Wir begrüßen daher die bestimmte Verneinung jeder auf eine Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands gerichteten Absicht im Interesse der ruhigen Entwickelung unserer eigenen Angelegenheiten mit lebhafter Genugthuung. Die süddeutschen Regierungen selbst werden uns bezeugen, daß wir uns jedes Versuchs enthalten haben, einen moralischen Druck auf ihre Entschließungen zu üben, und daß wir vielmehr auf die Handhabe, welche sich uns zu diesem Zwecke in der Lage des Zollvereins bieten konnte, durch den Vertrag vom 8. Juli d. J. rückhaltslos verzichtet haben. Wir werden dieser Haltung auch ferner treu bleiben. Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen. Diesen Standpunkt glauben wir um so ruhiger festhalten zu dürfen, als wir in den gegenwärtig bestehenden vertragsmäßigen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands, wie sie in den abgeschlossenen Bündnissen und in der Vervollständigung des Zollvereins sich darstellen, eine rechtlich und thatsächlich gesicherte Grundlage für die selbständige Entwicklung der nationalen Interessen des deutschen Volks erblicken.

Ueber die Veranlassung des Krieges mit Frankreich (am 17. Juli 1870).

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den auswärtigen Regierungen.

Schon seit einer Woche konnte es für uns keinem Zweifel mehr unterworfen sein, daß der Kaiser Napoleon rücksichtslos entschlossen sei, uns in eine Lage zu bringen, in der uns nur die Wahl zwischen dem Kriege oder einer Demüthigung bliebe, welche das Ehrgefühl keiner Nation ertragen kann. Hätten wir noch Zweifel hegen können, so hätte uns der Bericht des königlichen Botschafters über seine erste Unterredung mit dem Herzog v. Gramont und Herrn Ollivier nach seiner Rückkehr aus Ems, in welcher Ersterer den Verzicht des Erbprinzen als Nebensache bezeichnete und beide Minister die Zumuthung aussprachen, Se. Majestät der König solle einen entschuldigenden Brief an den Kaiser Napoleon schreiben, dessen Publikation die aufgeregten Gemüther in Frankreich beschwichtigen könne, darüber aufgeklärt. Abschrift dieses Berichtes füge ich bei; er bedarf keines Kommentars. Der Hohn der französischen Regierungspresse antizipirte den Triumph; die Regierung aber scheint gefürchtet zu haben, daß ihr der Krieg dennoch entgehen könne, und beeilte sich, durch ihre amtlichen Erklärungen vom 15. d. M. die Sache auf ein Feld zu verlegen, auf dem es keine Vermittelung mehr giebt, und uns und aller Welt zu beweisen, daß keine Nachgiebigkeit, welche innerhalb der Grenzen nationalen Ehrgefühls bliebe, ausreichend sein würde, um den Frieden zu erhalten. Da aber Niemand in Zweifel darüber war und sein konnte, daß wir aufrichtig den Frieden wollten und wenige Tage zuvor keinen Krieg möglich hielten; da jeder Vorwand zum Krieg fehlte und auch der letzte, künstlich und gewaltsam geschaffene Vorwand, wie er ohne unser Zuthun entstanden, so auch von selbst wieder verschwunden war; da es somit gar keinen Grund zum Kriege gab, blieb den französischen Ministern, um sich vor dem eigenen, in der Mehrheit friedlich gesinnten und der Ruhe bedürftigen Volke scheinbar zu rechtfertigen, nur übrig, durch Entstellung und Erfindung von Thatsachen, deren Unwahrheit ihnen aktenmäßig bekannt war, den beiden repräsentativen Körperschaften und durch sie dem Volke einzureden, es sei von Preußen beleidigt worden, um dadurch die Leidenschaften zu einem Ausbruch aufzustacheln, von dem sie sich selbst als fortgerissen darstellen konnten. Es ist ein trauriges Geschäft, die Reihe dieser Unwahrheiten aufzudecken; glücklicherweise haben die französischen Minister diese Aufgabe abgekürzt, indem sie durch die Weigerung, die von einem Theile der Versammlung geforderte Vorlage der Note oder Depesche zu gewähren, die Welt darauf vorbereitet haben, zu erfahren, daß dieselbe gar nicht existire. Dies ist in der That der Fall. Es existirt keine Note oder Depesche, durch welche die preußische Regierung den Kabinetten Europa's eine Weigerung, den

französischen Botschafter zu empfangen, angezeigt hätte. Es existirt nichts, als das aller Welt bekannte Zeitungstelegramm, welches den deutschen Regierungen und einigen unserer Vertreter bei außerdeutschen Regierungen nach dem Wortlaute der Zeitungen mitgetheilt worden ist, um sie über die Natur der französischen Forderungen und die Unmöglichkeit ihrer Annahme zu informiren, und welches überdies nichts Verletzendes für Frankreich enthält. Der Text desselben folgt hierbei.

Weitere Mittheilungen haben wir über den Incidenzfall an keine Regierung gerichtet. Was aber die Thatsache der Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen, betrifft, so bin ich, um diese Behauptung in ihr rechtes Licht zu stellen, von Sr. Majestät ermächtigt worden, Ew. .... mit dem Ersuchen der Mittheilung an die Regierung, bei der Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, die beiden anliegenden Aktenstücke zu übersenden, von denen das erste eine auf Befehl und unter unmittelbarer Approbation Sr. Majestät des Königs redigirte, buchstäblich getreue Darstellung der Vorgänge in Ems, das zweite den amtlichen Bericht des Flügeladjutanten Sr. Majestät vom Dienst über die Ausführung des ihm gewordenen Auftrages enthält. Es wäre unnöthig, darauf hinzuweisen, daß die Festigkeit der Zurückweisung französischer Anmaßung in der Sache und zugleich in der Form mit aller rücksichtsvollen Freundlichkeit umgeben gewesen ist, welche eben so sehr den persönlichen Gewohnheiten Sr. Majestät des Königs, wie den Grundsätzen internationaler Höflichkeit gegen die Vertreter fremder Souveräne und Nationen entspricht. In Bezug endlich auf die Abreise unsers Botschafters bemerke ich nur, wie es dem französischen Kabinet amtlich bekannt war, daß diese keine Abberufung, sondern ein vom Botschafter aus persönlichen Rücksichten erbetener Urlaub war, bei welchem der Letztere die Geschäfte dem ersten Botschaftsrath übergab, der ihn schon öfter vertreten, und, wie dies üblich, anzeigte. Auch die Angabe ist unwahr, daß Se. Majestät der König mir, dem unterzeichneten Bundeskanzler, von der Kandidatur des Prinzen Leopold Mittheilung gemacht habe. Ich habe gelegentlich durch eine bei den Verhandlungen betheiligte Privatperson vertrauliche Kenntniß von dem spanischen Anerbieten erhalten. Wenn hiernach alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in Nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Nothwendigkeit: die wahren Motive in den schlechten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der civilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwig's XIV. und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt, und denen Napoleon III., wie wir glaubten, glücklich widerstanden hätte. Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben: die Freiheit im eigenen Lande durch Verwickelung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten. Schmerzlich ist es zu denken, daß durch einen so riesenhaften Kampf, wie ihn die nationale Erbitterung und die Größe und Macht der beiden Länder in Aussicht stellt, die friedliche Entwickelung der Civilisation und des nationalen Wohlstandes, die in steigender Blüte begriffen war, auf viele Jahre gehemmt und zurückgedrängt wird. Aber wir müssen

vor Gott und Menschen die Verantwortung dafür Denen überlassen, welche durch ihr frevelhaftes Beginnen uns zwingen, um der nationalen Ehre und der Freiheit Deutschlands willen den Kampf aufzunehmen; und bei einer so gerechten Sache dürfen wir vertrauensvoll auf den Beistand Gottes hoffen, wie wir schon jetzt des Beistandes der gesammten deutschen Nation durch die sich immer steigernden Zeichen der freudigen Opferwilligkeit sicher sind, und auch die Zuversicht hegen dürfen, daß Frankreich für einen so muthwillig und so rechtlos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenossen finden werde.

Ueber Napoleon's Anträge an Preußen zum Zwecke der Erwerbung des linken Rheinufers für Frankreich.

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Regierungen.

Berlin, 29. Juli 1870.

Der von Lord Granville und Mr. Gladstone im Parlamente ausgesprochenen Erwartung, daß über den Vertragsentwurf des Grafen Benedetti von den beiden betheiligten Mächten nähere Mittheilungen erfolgen würden, bin ich vorläufig durch einen an den Grafen Bernstorff gerichteten telegraphischen Erlaß vom 27. d. M. nachgekommen. Die telegraphische Form gestattete nur eine kurze Darlegung, welche ich nunmehr auf schriftlichem Wege vervollständige.

Das von der „Times" veröffentlichte Schriftstück enthält keineswegs den einzigen Vorschlag, der uns von französischer Seite gemacht worden ist. Schon vor dem dänischen Kriege ist durch amtliche und außeramtliche französische Agenten mir gegenüber versucht worden, zwischen Preußen und Frankreich ein Bündniß zum Zweck beiderseitiger Vergrößerung herbeizuführen.

Ich habe kaum nöthig, Ew. ꝛc. darauf aufmerksam zu machen, daß der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaktion mit einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Uebereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt ist, seine Erklärung nur in der Unbekanntschaft der französischen Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz anderer Völker findet. Wenn die Agenten des Pariser Kabinets für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hülfe Frankreichs ordnen zu wollen, niemals hingegeben. Ew. ꝛc. sind freilich von der Unbekanntschaft der Franzosen mit Deutschland eben so unterrichtet wie ich.

Die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenzen mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862, also vor meiner Uebernahme des Auswärtigen Amtes, an mich herangetreten; ich kann es nicht als meine Aufgabe ansehen, solche Mittheilungen, die rein persönlicher Natur waren, in das Gebiet der internationalen Verhandlungen zu übertragen, und glaube die interessanten Beiträge, welche ich auf Grund von Privatgesprächen und Privatbriefen zur Beleuchtung dieser Angelegenheit geben könnte, zurückhalten zu sollen. Durch äußerliche Einwirkung auf die europäische Politik machten

sich die erwähnten Tendenzen der französischen Regierung zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unsern Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Besorgniß zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Pariser Kabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte.

Frankreich hatte schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Oesterreich gerechnet und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsere Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen.

Vor Ausbruch des österreichischen Krieges 1866 sind mir theils durch Verwandte Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, theils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche jeder Zeit dahin gingen, kleinere oder größere Transaktionen zum Behufe beiderseitiger Vergrößerung zu Stande zu bringen; es handelte sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben.

Im Mai 1866 nahmen diese Zumuthungen die Gestalt des Vorschlages eines Offensiv- und Defensivbündnisses an, von dessen Grundzügen folgender Auszug in meinen Händen blieb:

1. En cas de congrès poursuivre d'accord la cession de la Vénétie à l'Italie et l'annexion des duchés à la Prusse.
2. Si le congrès n'aboutit pas, alliance offensive et défensive.
3. Le Roi de Prusse commencera les hostilités dans les 10 jours après la séparation du congrès.
4. Si le congrès ne se réunit pas, la Prusse attaquera dans 30 jours après la signature du présent traité.
5. L'Empereur des Français déclarera la guerre à l'Autriche dès que les hostilités seront commencées entre l'Autriche et la Prusse (en 30 jours 300,000).
6. On ne fera pas de paix séparée avec l'Autriche.
7. La paix se fera sous les conditions suivantes: La Vénétie à l'Italie. A la Prusse les territoires allemands ci-dessous (7 à 8 millions d'âmes au choix), plus la réforme fédérale dans le sens prussien.

   Pour la France le territoire entre Moselle et Rhin sans Coblence ni Mayence; comprenant: 500,000 âmes de Prusse, la Bavière rive gauche du Rhin; Birkenfeld, Homburg, Darmstadt, 213,000 âmes.
8. Convention militaire et maritime entre la France et la Prusse dès la signature.
9. Adhésion du Roi d'Italie.

Die Stärke des Heeres, mit welchem der Kaiser nach Art. 5 uns beistehen wollte, wurde in schriftlichen Erläuterungen auf 300,000 Mann angegeben; die Seelenzahl der Vergrößerungen, welche Frankreich erstrebte, nach französischen, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmenden Berechnungen, auf 1,800,000 Seelen.

Ein Jeder, welcher mit der intimeren diplomatischen und militärischen Geschichte des Jahres 1866 vertraut ist, wird durch diese Klauseln die Politik hindurchschimmern sehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls heimlich verhandelte, und später gegenüber Preußen und Italien befolgte. Nachdem wir im Juni 1866 ungeachtet mehrfacher, fast drohender Mahnungen zur Annahme, obiges Allianzprojekt abgelehnt hatten, rechnete die französische Regierung nur noch auf den Sieg Oesterreichs über uns und auf unsere Ausbeutung für französischen Beistand nach unserer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatischer Anbahnung die französische Politik sich nunmehr nach Kräften beschäftigte.

Daß der in dem vorstehenden Allianzentwurf gedachte und später noch einmal vorgeschlagene Kongreß die Wirkung gehabt haben würde, unser nur auf drei Monate geschlossenes Bündniß mit Italien ungenutzt zum Ablauf zu bringen, und wie Frankreich durch die weiteren, Custozza betreffenden Verabredungen bemüht war, unsere Lage zu benachtheiligen und wo möglich unsere Niederlage herbeizuführen, ist Ew. 2c. bekannt. Die „patriotischen Beklemmungen" des Ministers Rouher liefern einen Kommentar über den weitern Verlauf. Von dieser Zeit an hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wol aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigenthümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgend welche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde. Ich vermuthete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europa's Interesse war, gefährden würde. Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riethen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumuthungen und verhandelte dilatorisch über dieselben, ohne meinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen. Nachdem die Verhandlung mit Sr. Majestät dem Könige der Niederlande über den Ankauf von Luxemburg in bekannter Weise gescheitert war, wiederholten sich mir gegenüber die erweiterten Vorschläge Frankreichs, welche Belgien und Süddeutschland umfaßten. In diese Konjunktur fällt die Mittheilung des Benedetti'schen Manuskripts. Daß der französische Botschafter ohne Genehmigung seines Souveräns mit eigener Hand diese Vorschläge formulirt, sie mir überreicht und mit mir wiederholt und unter Modifizirung von Textstellen, die ich monirte, verhandelt haben sollte, ist eben so unwahrscheinlich, wie bei einer andern Gelegenheit die Behauptung war, daß der Kaiser Napoleon der Forderung der Abtretung von Mainz nicht beigestimmt habe, welche mir im August 1866

unter Androhung des Kriegs im Falle der Weigerung durch den kaiserlichen Botschafter amtlich gestellt wurde. Die verschiedenen Phasen französischer Verstimmung und Kriegslust, welche wir von 1866 bis 1869 durchgemacht haben, koinzidirten ziemlich genau mit der Neigung oder Abneigung, welche die französischen Agenten bei mir für Verhandlungen der Art zu finden glaubten. Zur Zeit der Vorbereitung der belgischen Eisenbahnhändel — im März 1868 — wurde mir von einer hochstehenden Person, welche den frühern Unterhandlungen nicht fremd war, mit Bezugnahme auf letztere angedeutet, daß für den Fall einer französischen Okkupation Belgiens nous trouverions bien notre Belgique ailleurs. Gleicher Weise wurde mir bei frühern Gelegenheiten zu erwägen gegeben, daß Frankreich bei einer Lösung der orientalischen Frage seine Betheiligung nicht im fernen Osten, sondern nur unmittelbar an seiner Grenze suchen könne.

Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, daß mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen sei, den Entschluß gereift haben dürfte, solche gegen uns zu erkämpfen. Ich habe sogar Grund, zu glauben, daß, wenn die fragliche Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen Frankreich uns angeboten hätte, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter, dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber, die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen, auf Grund der Benedetti'schen Vorschläge, auf Kostens Belgiens.

Ueber den Text dieser Vorschläge bemerke ich noch, daß der in unseren Händen befindliche Entwurf von Anfang bis zu Ende von der Hand des Grafen Benedetti und auf dem Papier der kaiserlich französischen Botschaft geschrieben ist, und daß die hiesigen Botschafter, resp. Gesandten von Oesterreich, Großbritannien, Rußland, Baden, Bayern, Belgien, Hessen, Italien, Sachsen, der Türkei, Württemberg, welche das Original gesehen, die Handschrift erkannt haben. In dem Artikel I. hat Graf Benedetti gleich bei der ersten Vorlesung auf den Schlußpassus verzichtet und ihn eingeklammert, nachdem ich ihm bemerkt hatte, daß derselbe eine Einmischung Frankreichs in die inneren Angelegenheiten Deutschlands voraussetze, die ich auch in geheimen Aktenstücken nicht einräumen könnte. Aus eigenem Antriebe hat er eine weniger bedeutende Korrektur des Artikels II. in meiner Gegenwart am Rande vorgenommen. Lord Aug. Loftus habe ich am 24. c. von der Existenz des fraglichen Aktenstückes mündlich unterrichtet und auf seine Zweifel ihn zu persönlicher Einsicht desselben eingeladen. Er hat am 27. d. M. von demselben Kenntniß genommen und sich dabei überzeugt, daß es von der Handschrift seines früheren französischen Kollegen ist. Wenn das kaiserliche Kabinet Bestrebungen, für welche es seit 1864, zwischen Versprechungen und Drohungen wechselnd, ohne Unterbrechung bemüht gewesen ist, uns zu gewinnen, heute ableugnet, so ist das Angesichts der politischen Situation leicht erklärlich.

Ueber die beim Friedensschluß von Frankreich zu fordernden Bürgschaften.

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Regierungen.

Rheims, den 13. September 1870.

Durch die irrthümlichen Auffassungen über unser Verhältniß zu Frankreich, welche uns auch von befreundeten Seiten zukommen, bin ich veranlaßt, mich in Folgendem über die von den verbündeten deutschen Regierungen getheilten Ansichten Sr. Majestät des Königs auszusprechen.

Wir hatten in dem Plebiszit und den darauf folgenden scheinbar befriedigenden Zuständen in Frankreich die Bürgschaft des Friedens und den Ausdruck einer friedlichen Stimmung der französischen Nation zu sehen geglaubt. Die Ereignisse haben uns eines Andern belehrt, wenigstens haben sie gezeigt, wie leicht diese Stimmung bei der französischen Nation in ihr Gegentheil umschlägt. Die der Einstimmigkeit nahe Mehrheit der Volksvertreter, des Senats und der Organe der öffentlichen Meinung in der Presse haben den Eroberungskrieg gegen uns so laut und nachdrücklich gefordert, daß der Muth zum Widerspruch den isolirten Freunden des Friedens fehlte und daß der Kaiser Napoleon Sr. Majestät keine Unwahrheit gesagt haben dürfte, wenn er noch heute behauptet, daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe.

Angesichts dieser Thatsache dürfen wir unsere Garantien nicht in französischen Stimmungen suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns infolge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, und das ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir etwa an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt, ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kontribution, ohne irgend welche Vortheile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen. Es war nicht der Zweifel in die Gerechtigkeit unserer Sache, und nicht Besorgniß, daß wir nicht stark genug sein möchten, welche uns im Jahre 1867 von dem uns schon damals nahe genug gelegten Kriege abhielt, sondern die Scheu, gerade durch unsere Siege jene Leidenschaften aufzuregen und eine Aera gegenseitiger Erbitterung und immer erneuter Kriege heraufzubeschwören, während wir hofften, durch längere Dauer und aufmerksame Pflege der friedlichen Beziehungen beider Nationen eine feste Grundlage für eine Aera des Friedens und der Wohlfahrt beider zu gewinnen. Jetzt, nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstrebten, gezwungen hat, müssen wir dahin streben, für unsere Vertheidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen bessere Bürgschaften als die ihres Wohlwollens zu gewinnen.

Die Garantien, welche man nach dem Jahre 1815 gegen dieselben französischen Gelüste und für den europäischen Frieden in der heiligen Allianz und andern im europäischen Interesse getroffenen Einrichtungen gesucht hat, haben im Laufe der Zeit

ihre Wirksamkeit und Bedeutung verloren, so daß Deutschland allein sich schließlich Frankreichs hat erwehren müssen, nur auf seine eigene Kraft und seine eigenen Hülfsmittel angewiesen. Eine solche Anstrengung, wie die heutige, darf der deutschen Nation nicht dauernd von Neuem angesonnen werden; und wir sind daher gezwungen, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut.

Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurückzulegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen.

Ew. 2c. wollen sich, wenn Sie befragt werden, in diesem Sinne aussprechen.

v. Bismarck.

Meaux, den 16. September 1870.

Ew. 2c. ist das Schriftstück bekannt, welches Herr Jules Favre im Namen der jetzigen Machthaber in Paris, welche sich selbst das Gouvernement de la défense nationale nennen, an die Vertreter Frankreichs im Auslande gerichtet hat.

Gleichzeitig ist es zu meiner Kenntniß gekommen, daß Herr Thiers eine vertrauliche Mission an einige auswärtige Höfe übernommen hat, und ich darf voraussetzen, daß er es sich zur Aufgabe machen wird, einerseits den Glauben an die Friedensliebe der jetzigen Pariser Regierung zu erwecken, andererseits die Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten eines Friedens zu erbitten, welcher Deutschland der Früchte seines Sieges berauben und jeder Friedensbasis, welche eine Erschwerung des nächsten französischen Angriffs auf Deutschland enthalten könnte, vorbeugen soll.

An die ernstliche Absicht der jetzigen Pariser Regierung, dem Kriege ein Ende zu machen, können wir nicht glauben, so lange dieselbe im Innern fortfährt, durch ihre Sprache und ihre Akte die Volksleidenschaft aufzustacheln, den Haß und die Erbitterung der durch die Leiden des Krieges an sich gereizten Bevölkerung zu steigern und jede für Deutschland annehmbare Basis als für Frankreich unannehmbar im Voraus zu verdammen. Sie macht sich dadurch selbst den Frieden unmöglich, auf den sie durch eine ruhige und dem Ernst der Situation Rechnung tragende Sprache das Volk vorbereiten müßte, wenn wir annehmen sollten, daß sie ehrliche Friedensverhandlungen mit uns beabsichtige. Die Zumuthung, daß wir jetzt einen Waffenstillstand ohne jede Sicherheit für unsere Friedensbedingungen abschließen sollten, könnte nur dann ernsthaft gemeint sein, wenn man bei uns Mangel an militärischem und politischem Urtheil oder Gleichgiltigkeit gegen die Interessen Deutschlands voraussetzt.

Daneben besteht ein wesentliches Hinderniß für die Franzosen, die Nothwendigkeit des Friedens mit Deutschland ernstlich ins Auge zu fassen, in der von den jetzigen Machthabern genährten Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten Frankreichs. Kommt die französische Nation zur Ueberzeugung, daß sie, wie sie allein den Krieg willkürlich heraufbeschworen hat und wie Deutschland allein auskämpfen muß, so auch mit Deutschland allein ihre Rechnung abschließen muß, so wird sie dem jetzt sicher nutzlosen Widerstande bald ein Ende machen. Es ist eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere.

Wir sind fern von jeder Neigung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Was für eine Regierung sich die französische Nation geben will, ist für uns gleichgiltig. Formell ist die Regierung des Kaisers Napoleon bisher die allein von uns anerkannte. Unsere Friedensbedingungen, mit welcher zur Sache legitimirten Regierung wir dieselben auch mögen zu verhandeln haben, sind ganz unabhängig von der Frage, wie und von wem die französische Nation regiert wird, sie sind uns durch die Natur der Dinge und das Gesetz der Nothwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. Die einmüthige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des links-rheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen und wir haben von letzterm Nichts zu begehren, als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, eben so händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre, wiederum angreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt.

Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europa's ausgegangen ist, das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten; nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Ueberwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe, aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Vertheidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten.

Ueber die Verhandlungen mit Jules Favre in Ferrières (am 19. September).

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Regierungen.

Ferrières, den 27. September 1870.

Der Bericht, welchen Herr Jules Favre über seine Unterredungen mit mir am 21. d. M. an seine Kollegen gerichtet hat, veranlaßt mich, Ew. . . . über die zwischen uns stattgefundenen Verhandlungen eine Mittheilung zugehen zu lassen, welche Sie in den Stand setzen wird, sich von dem Verlaufe derselben ein richtiges Bild zu machen.

Im Allgemeinen läßt sich der Darstellung des Herrn Jules Favre die Anerkennung nicht versagen, daß er bemüht gewesen ist, den Hergang der Sache im Ganzen richtig wiederzugeben. Wenn ihm dies nicht überall gelungen ist, so ist dies bei der Dauer unserer Unterredungen und den Umständen, unter welchen sie stattfanden, erklärlich. Gegen die Gesammttendenz seiner Darlegung kann ich aber nicht unterlassen zu erinnern, daß nicht die Frage des Friedensschlusses bei unserer Besprechung im Vordergrunde stand, sondern die des Waffenstillstandes, welcher jenem vorausgehen sollte. In Bezug auf unsere Forderungen für den späteren Abschluß des Friedens habe ich Herrn Jules Favre gegenüber ausdrücklich konstatirt, daß ich mich über die von uns beanspruchte Grenze erst dann erklären würde, wenn das Prinzip der Landabtretung von Frankreich überhaupt öffentlich anerkannt sein würde. Hieran anknüpfend ist die Bildung eines neuen Moseldepartements, mit den Arrondissements Saarburg, Château-Salins, Saargemünd, Metz und Thionville, als eine Organisation von mir bezeichnet worden, welche mit unseren Absichten zusammenhänge. Keineswegs aber habe ich darauf verzichtet, je nach den Opfern, welche die Fortsetzung des Krieges uns in der Folge auferlegen wird, anderweitige Bedingungen für den Abschluß des Friedens zu stellen.

Straßburg, welches Herr Favre mich als den Schlüssel des Hauses bezeichnen läßt, wobei es ungewiß bleibt, ob unter letzterem Frankreich gemeint ist, wurde von mir ausdrücklich als der Schlüssel *unseres* Hauses bezeichnet, dessen Besitz wir deshalb nicht in fremden Händen zu lassen wünschten.

Unsere erste Unterredung im Schlosse Haute Maison bei Montry hielt sich überhaupt in den Grenzen einer akademischen Beleuchtung von Gegenwart und Vergangenheit, deren sachlicher Kern sich auf die Erklärung des Herrn Jules Favre beschränkte, jede mäßige Geldsumme (tout l'argent que nous avons) in Aussicht zu stellen, Landabtretungen dagegen ablehnen zu müssen. Nachdem ich letztere als unentbehrlich bezeichnet hatte, erklärte er die Friedensunterhandlungen als aussichtslos, wobei er von der Ansicht ausging, daß Landabtretungen für Frankreich erniedrigend, ja sogar entehrend sein würden.

Es gelang mir nicht, ihn zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutschland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir besiegt worden wären, und welche das Ergebniß fast jeden Krieges auch der neuesten Zeit gewesen wären, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtes Land an sich nichts Entehrendes haben könnten, und

daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei, als diejenige aller anderen Länder. Ebensowenig fand ich bei Herrn Favre dafür ein Verständniß, daß die Rückgabe von Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andere Bedeutung als die von Landau oder Saarlouis haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwig's XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären, als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs.

Eine praktischere Wendung nahmen unsere Besprechungen erst in Ferrières, wo sie sich mit der Frage des Waffenstillstandes beschäftigten und durch diesen ausschließlichen Inhalt schon die Behauptung widerlegen, daß ich erklärt hätte, einen Waffenstillstand unter keinen Umständen zu wollen. Die Art, in welcher Herr Favre mir die Ehre erzeigt, mich mit Bezug auf diese und andere Fragen als selbstredend einzuführen („il faudrait un armistice, et je n'en veux à aucun prix" und Aehnliches), nöthigt mich zu der Berichtigung, daß ich in dergleichen Unterredungen mich niemals der Wendung bedient habe oder bediene, daß ich persönlich Etwas wollte oder versagte oder bewilligte, sondern stets nur von den Absichten und Forderungen der Regierung spreche, deren Geschäfte ich zu führen habe.

Als Motiv zum Abschluß eines Waffenstillstandes wurde in dieser Unterredung beiderseits das Bedürfniß anerkannt, der französischen Nation Gelegenheit zur Wahl einer Vertretung zu geben, welche allein im Stande sein würde, die Legitimation der gegenwärtigen Regierung so weit zu ergänzen, daß ein völkerrechtlicher Abschluß des Friedens mit ihr möglich würde. Ich machte darauf aufmerksam, daß ein Waffenstillstand für eine im siegreichen Fortschreiten begriffene Armee jederzeit militärische Nachtheile mit sich bringe, in diesem Falle aber für die Vertheidigung Frankreichs und für die Reorganisation seiner Armee einen sehr wichtigen Zeitgewinn darstelle, und daß wir daher einen Waffenstillstand nicht ohne militärisches Aequivalent gewähren könnten. Als ein solches bezeichnete ich die Uebergabe der Festungen, welche unsere Verbindung mit Deutschland erschwerten, weil wir bei der Verlängerung unserer Verpflegungsperiode durch einen dazwischen tretenden Waffenstillstand eine Erleichterung dieser Verpflegung als Vorbedingung desselben erlangen müßten. Es handelte sich dabei um Straßburg, Toul und einige kleinere Plätze. In Betreff Straßburgs machte ich geltend, daß die Einnahme, nachdem die Krönung des Glacis vollendet sei, in kurzer Zeit ohnehin bevorstehe und wir deshalb der militärischen Situation entsprechend hielten, daß die Besatzung sich ergebe, während die der übrigen Festungen freien Abzug erhalten würde. — Eine weitere schwierige Frage betraf Paris. Nachdem wir diese Stadt vollständig eingeschlossen, konnten wir in die Oeffnung der Zufuhr nur dann willigen, wenn die dadurch ermöglichte neue Verproviantirung des Platzes nicht unsere eigene militärische Position schwächte und die demnächstige Frist für das Aushungern des Platzes hinausrückte. Nach Berathung mit den militärischen Autoritäten stellte ich daher auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs in Bezug auf die Stadt Paris schließlich folgende Alternative auf:

Entweder die Position von Paris wird uns durch Uebergabe eines dominirenden Theils der Festungswerke eingeräumt; um diesen Preis sind wir bereit, den Verkehr mit Paris vollständig preiszugeben und jede Verproviantirung der Stadt zuzulassen.

Oder die Position von Paris wird uns nicht eingeräumt; alsdann können wir auch in die Aufhebung der Absperrung nicht willigen, sondern müssen die Beibehaltung des militärischen status quo vor Paris dem Waffenstillstand zu Grunde legen, weil sonst letzterer für uns lediglich die Folge hätte, daß Paris uns nach Ablauf des Waffenstillstandes neu verproviantirt und gerüstet gegenüberstehen würde.

Herr Favre lehnte die erste Alternative, die Einräumung eines Theils der Befestigungen enthaltend, eben so bestimmt ab, wie die Bedingung, daß die Besatzung von Straßburg kriegsgefangen sein sollte. Dagegen versprach er, über die zweite Alternative, welche den militärischen status quo vor Paris aufrechthalten sollte, die Meinung seiner Kollegen in Paris einzuholen.

Das Programm, welches Herr Favre als Ergebniß unserer Unterredungen nach Paris brachte und welches dort verworfen worden ist, enthielt demnach über künftige Friedensbedingungen gar nichts, wol aber die Bewilligung eines Waffenstillstandes von 14 Tagen bis 3 Wochen zum Behuf der Wahl einer Nationalversammlung unter folgenden Bedingungen:

1. In und vor Paris die Aufrechterhaltung des militärischen status quo.
2. In und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten innerhalb eines näher zu bestimmenden, um Metz gelegenen Umkreises.
3. Uebergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung; von Toul und Bitsch, mit freiem Abzug derselben.

Ich glaube, unsere Ueberzeugung, daß wir damit ein sehr entgegenkommendes Anerbieten gemacht haben, wird von allen neutralen Kabinetten getheilt werden. — Wenn die französische Regierung die ihr gebotene Gelegenheit zur Wahl einer Nationalversammlung auch innerhalb der von uns okkupirten Theile Frankreichs nicht hat benutzen wollen, so bekundet sie damit ihren Entschluß, die Schwierigkeiten, in welchen sie sich einem völkerrechtlichen Abschluß des Friedens gegenüber befindet, aufrecht zu erhalten und die öffentliche Meinung des französischen Volkes nicht hören zu wollen. Daß allgemeine und freie Wahlen im Sinne des Friedens ausgefallen sein würden, ist der Eindruck, der sich uns hier aufdrängt und auch den Machthabern in Paris nicht entgangen sein wird.

Ew. .... ersuche ich ergebenst, den gegenwärtigen Erlaß gefälligst zur Kenntniß der dortigen Regierung zu bringen. v. Bismarck.

Ueber die Folgen einer längeren Belagerung für Paris (am 4. Oktober 1870).

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Regierungen.

Die Herrn Jules Favre gestellten Waffenstillstandsbedingungen, auf Grund deren die Anbahnung geordneter Zustände in Frankreich erstrebt werden sollte, sind von ihm und seinen Kollegen verworfen worden. Die Fortsetzung eines nach dem bisherigen Gange der Ereignisse für das französische Volk aussichtslosen Kampfes ist damit ausgesprochen. Die Chancen dieses opfervollen Kampfes haben sich für Frankreich seitdem noch verschlechtert. Toul und Straßburg sind gefallen, Paris ist eng cernirt und die deutschen Truppen streifen bis zur Loire. Die vor jenen Festungen engagirt gewesenen beträchtlichen Streitkräfte stehen der deutschen Armeeführung zur

freien Verfügung. Das Land hat die Konsequenzen des von den französischen Machthabern in Paris gefaßten Entschlusses eines Kampfes à outrance zu tragen, seine Opfer werden sich unnützer Weise vergrößern und die sozialen Zustände in immer gefährlicheren Dimensionen sich zersetzen.

Dem entgegenzuwirken, sieht sich die deutsche Armeeführung leider nicht in der Lage. Aber sie ist sich über die Folgen des von den französischen Machthabern beliebten Widerstandes völlig klar und muß namentlich auf einen Punkt die allgemeine Aufmerksamkeit im Voraus leiten.

Es betrifft dies die speziellen Verhältnisse in Paris.

Die bisher vor dieser Hauptstadt geführten größeren Gefechte am 19. und 30. v. Mts., in welchen der Kern der dort vereinigten feindlichen Streitkräfte nicht einmal vermocht hat, die vorderste Linie der Cernirungstruppen zurückzuwerfen, giebt die Ueberzeugung, daß die Hauptstadt über kurz oder lang fallen muß. Wird dieser Zeitpunkt durch das Gouvernement provisoire de la défense nationale so weit hinausgeschoben, daß der drohende Mangel an Lebensmitteln zur Kapitulation zwingt, so müssen daraus schreckenerregende Konsequenzen entstehen.

Die französischerseits in einem gewissen Umkreise von Paris ausgeführten widersinnigen Zerstörungen von Eisenbahnen, Brücken und Kanälen haben die Fortschritte der diesseitigen Armeen nicht einen Augenblick aufzuhalten vermocht; die für letztere nothwendigen Land- und Wasser-Kommunikationen sind in sehr kurzer Zeit von ihnen retablirt worden. Diese Wiederherstellungen beziehen sich naturgemäß nur auf die rein militärischen Interessen; die sonstigen Zerstörungen aber hemmen selbst nach einer Kapitulation von Paris die Verbindung der Kapitale mit den Provinzen auf lange Zeit hinaus.

Der deutschen Armeeführung ist es, wenn jener Fall eintritt, eine positive Unmöglichkeit, eine Bevölkerung von nahe an zwei Millionen Menschen auch nur einen einzigen Tag mit Lebensmitteln zu versehen. Die Umgegend von Paris bietet alsdann, da deren Bestände für den Bedarf der diesseitigen Truppen nothwendig gebraucht werden, auf viele Tagemärsche hin eben so wenig irgend welche Hülfsmittel und gestattet daher nicht einmal, die Bewohner von Paris auf den Landwegen zu evakuiren. Die unausbleibliche Folge hiervon ist, daß Hunderttausende dem Hungertode verfallen. Die französischen Machthaber müssen diese Konsequenzen eben so klar übersehen, wie die deutsche Armeeführung, welcher nichts übrig bleibt, als den angebotenen Kampf auch durchzuführen. Wollen Jene es bis zu diesem Extrem kommen lassen, so sind sie auch für die Folgen verantwortlich.

Antwort auf den Vorschlag eines Waffenstillstandes.

An den Gesandten des Norddeutschen Bundes in London, Grafen Bernstorff.

Versailles, den 28. Oktober 1870.

Lord Granville hat die Gefälligkeit gehabt, Ew. Exc. die Depesche mitzutheilen, welche er unter dem 20. Oktober an Lord Augustus Loftus gerichtet hat.

Ew. ꝛc. sind daher mit dem Inhalte derselben bekannt. Ich kann sofort zu der Versicherung übergehen, daß der lebhafte Wunsch nach einer Beendigung des zerstörenden Kampfes zweier großer Nationen und nach Vermeidung der äußersten, durch den völkerrechtlichen Kriegsgebrauch gebotenen Mittel, welcher sich darin ausspricht, von Sr. Majestät dem Könige nicht minder lebhaft getheilt, ja um so viel tiefer empfunden wird, als Deutschland durch die Opfer, die es selbst auch im siegreichen Kriege zu bringen hat, noch ganz anders dabei betheiligt ist, als ein neutrales Land, welches dem Kampfe mit den theilnehmenden Gefühlen der Menschlichkeit, deren reiche und edle Bethätigung wir anerkennen, zuschauen darf.

In diesem Sinne hat es Se. Majestät den König besonders angenehm berührt, aus der Depesche des Lords Granville zu ersehen, wie auch die königlich großbritannische Regierung unsere Ueberzeugung theilt, daß, um fruchtbare Friedensverhandlungen zu ermöglichen, es vor allen Dingen nöthig sei, dem französischen Volke die Wahl einer nationalen Vertretung zu gestatten. Wir sind von dieser Nothwendigkeit stets überzeugt gewesen von dem Augenblicke an, wo uns die Pariser Ereignisse des 4. September bekannt wurden, und wir haben dieser Ueberzeugung bei jeder Gelegenheit, welche sich uns darbot, Ausdruck gegeben.

Ich darf daran erinnern, daß auf den Vorschlag des englischen Kabinets Se. Majestät der König mich schon vor länger als einem Monate in Meaux ermächtigte, mit Herrn Jules Favre über die Möglichkeit der Zusammenberufung einer konstituirenden Versammlung in Verhandlung zu treten. Der Wunsch nach Herstellung einer legalen Vertretung des französischen Volkes bestimmte Se. Majestät den König, bei den Verhandlungen in Ferrières so günstige Bedingungen für den Waffenstillstand zu stellen, daß deren Mäßigung allgemein anerkannt und durch den einige Tage darauf erfolgenden Fall von Toul und Straßburg in schlagender Weise bekundet wurde. Daß und wie sie dennoch abgelehnt wurde, ist bekannt. Eben so bekannt ist, daß nichtsdestoweniger Se. Majestät der König bereit war, die schon von der Regierung in Paris auf den 2. Oktober ausgeschriebenen Wahlen im ganzen Bereiche der von den deutschen Truppen okkupirten Landestheile in voller Freiheit zu gestatten und ihnen jede Erleichterung zu gewähren, obschon die Ausschreibung durch eine noch nicht anerkannte Regierung erfolgt war. Unsere Verhandlungen mit den französischen Lokal- und Departementalbehörden, von welchen die mit dem Maire von Versailles geführten in öffentliche Blätter übergegangen sind, beweisen die Bereitwilligkeit der deutschen Behörden, das Zustandekommen unabhängiger Wahlen zu fördern.

Wie wenig aber das Pariser Gouvernement die Absicht hatte, die Nation wirklich zur Wahl kommen zu lassen, bewies dasselbe, indem es nicht nur die ursprünglich auf den 2. d. M. angesetzt gewesenen Wahlen hinausschob, sondern auch die von der Regierung in Tours ausgegangene neue Berufung derselben auf den 16. ej. ausdrücklich annullirte. Das betreffende Dekret ist durch die Zeitungen bereits veröffentlicht; die Ausfertigung derselben mit den Originalunterschriften der Regierungsmitglieder ist in unsere Hände gefallen, zugleich mit einem Schreiben von Herrn Gambetta, von welchem ich mir nicht versagen kann, Ew. ꝛc. in der Anlage Abschrift mitzutheilen, weil es die in der Pariser Regierung herrschende Stimmung kennzeichnet.

Diese Wahrnehmungen verhinderten uns nicht, an neuen Versuchen der Pariser Regierung, wenn sie das französische Volk zu Wahlen, zu Meinungsäußerungen und zur Betheiligung an der Verantwortlichkeit der eigenmächtig ergriffenen Landesregierung in den Stand setzen wollte, unsere Mitwirkung zu diesem Zwecke in Aussicht zu stellen.

Die freundlich dargebotene Vermittelung angesehener, einer neutralen Nation angehörender Persönlichkeiten, welche zum Behufe der Vermittelung nach Paris sich begaben, gewährte die Gelegenheit, den dortigen Machthabern noch einmal das Mittel darzubieten, durch Vornehmen der Wahlen Frankreich von der Anarchie zu befreien, welche Verhandlungen über den Frieden unmöglich macht. Wir erklärten uns bereit zu einem Waffenstillstande von der zur Vornahme von Wahlen erforderlichen Dauer, und boten zugleich an, entweder alle Deputirte der Nation nach Paris hinein, oder die Pariser Deputirten, falls ein anderer Versammlungsort beliebt werden sollte, aus der Stadt ungehindert herauszulassen.

Diese Vorschläge, welche noch am 9. d. M. von neutraler Seite mit unserer Zustimmung bei den Mitgliedern der Pariser Regierung befürwortet worden sind, begegneten bei der letzteren einer solchen Aufnahme, daß die vermittelnden Persönlichkeiten selbst erklärten, nunmehr die Hoffnungen aufgeben zu müssen, die sie gehegt hatten. Unmittelbar nachher verließ Herr Gambetta Paris mittels eines Luftballons, und sein erster Ruf, nachdem er den Erdboden wieder erreicht hatte, ist nach französischen Quellen ein Protest gegen die Vornahme der Volkswahlen gewesen. Die Erfahrung zeigt, daß es ihm gelungen ist, dieselben zu verhindern und die den Wahlen günstigen Bestrebungen von Cremieux wirkungslos zu machen.

Aus dieser Darlegung von Thatsachen geht hervor, daß zu dem Mittel, welches die königlich großbritannische Regierung mit Recht als den Weg zum Frieden empfiehlt, nämlich der Vornahme freier Wahlen zu einer konstituirenden Versammlung, nicht unsere, sondern die Zustimmung der Pariser Machthaber fehlt, und daß wir von Anfang an dazu bereit gewesen sind und wiederholt die Hand geboten haben, daß aber das Gouvernement der nationalen Vertheidigung diese Hand jederzeit zurückgewiesen hat.

Wir sind daher auch in unserm vollen Rechte gewesen, wenn wir in der Mittheilung vom 11. d. M., auf welche der englische Herr Minister sich bezieht, jede Verantwortlichkeit für die traurigen Folgen von uns ablehnen, welche ein bis aufs Aeußerste fortgesetzter Widerstand der Festung Paris für die Bevölkerung dieser Stadt haben muß.

Es entspricht unserer Erwartung, daß diese Mittheilung ihren Eindruck auf das englische Kabinet nicht verfehlt hat. Wie sehr wir es beklagen würden, wenn die Machthaber von Paris den Widerstand bis zur äußersten Katastrophe treiben sollten, haben wir eben dadurch bewiesen, daß wir die Oeffentlichkeit und namentlich die neutralen Mächte rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht haben, indem wir hofften, daß insbesondere die Vorstellungen der letzteren auf die Machthaber, welche das Vermögen und das Leben der Bevölkerung von Paris ihrem eigenen Ehrgeize opfern, nicht ohne Eindruck bleiben würden. Wir hatten dies um so mehr gehofft, als die Regierungen von Paris und Tours die Leitung der Geschicke Frankreichs auf eigene Verantwortung und ohne andere Legitimation in die Hand genommen haben als die,

welche eigenmächtige und gewaltthätige Besitzergreifung bei fortgesetzter Weigerung, die Stimme der Nation zu hören, zu verleihen im Stande sind.

Wenn die königlich großbritannische Regierung den Versuch macht, dieses Gouvernement von dem gewaltthätigen und gefährlichen Wege, auf dem es sich befindet, abzuwenden und es Erwägungen zugänglich zu machen, welche Frankreich vor dem weitern Fortschritte seiner politischen und sozialen Zerrüttung und seine glänzende Hauptstadt vor den Zerstörungen der Belagerung bewahren, so können wir das nur dankbar anerkennen.

Wir können uns freilich der Befürchtung nicht verschließen, daß bei der Verblendung, in welcher die Pariser Regierung befangen zu sein scheint, die wohlwollende Intention des englischen Kabinets von derselben nur mißverstanden, und in der humanen Theilnahme, welche diese Einwirkung veranlaßt hat, die Illusion einer Unterstützung durch die neutralen Mächte und dadurch eine Ermuthigung zu weiterm Widerstande gefunden werde, welche gerade das Gegentheil von den Absichten Lord Granville's bewirken könnte.

Daß von unserer Seite nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, keine Initiative zu neuen Verhandlungen ergriffen werden kann, davon scheint auch Lord Granville nach dem Inhalte seiner Depesche überzeugt zu sein. Ich bitte Ew. 2c. aber, indem Sie ihm von dem ganzen Inhalte dieses Erlasses Kenntniß geben, ihm zugleich zu versichern, daß wir jeden von französischer Seite uns zugehenden, auf Anbahnung von Friedensverhandlungen gerichteten Vorschlag bereitwillig entgegennehmen und mit aufrichtigem Wunsche nach Wiederherstellung des Friedens prüfen werden.

v. Bismarck.

Ueber die Waffenstillstandsverhandlungen mit Thiers (am 31. Okt. bis 5. Nov.).

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Regierungen.

Versailles, den 8. November 1870.

Ew. 2c. ist es bekannt, daß Herr Thiers den Wunsch ausgedrückt hatte, sich zu Verhandlungen ins Hauptquartier begeben zu dürfen, nachdem er sich mit den verschiedenen Mitgliedern des Gouvernements der nationalen Vertheidigung in Tours und in Paris in Verbindung gesetzt haben würde. Auf Befehl Sr. Majestät des Königs habe ich mich zu einer solchen Besprechung bereit erklärt und ist Herrn Thiers gestattet worden, sich zuvor am 30. v. M. nach Paris hinein zu begeben, von wo er am 31. ej. ins Hauptquartier zurückgekehrt ist.

Diese Thatsache, daß ein Staatsmann von der Bedeutung und der Geschäftserfahrung des Herrn Thiers die Vollmachten der Pariser Regierung angenommen hatte, ließ mich hoffen, daß uns Vorschläge gemacht werden würden, deren Annahme möglich und der Herstellung des Friedens förderlich sein würde. Ich empfing Herrn Thiers mit dem achtungsvollen Entgegenkommen, auf welches seine ausgezeichnete Persönlichkeit, auch abgesehen von unseren früheren Beziehungen, ihm den vollsten Anspruch gab.

Herr Thiers erklärte, daß Frankreich auf Wunsch der neutralen Mächte bereit sein werde, sich auf einen Waffenstillstand einzulassen.

Se. Majestät der König hatten gegenüber dieser Erklärung zu erwägen, daß jeder Waffenstillstand an und für sich für Deutschland alle die Nachtheile bedingt, mit denen für eine Armee, deren Verpflegung auf weit zurückgelegenen Hülfsquellen beruht, jede Verlängerung des Feldzuges verbunden ist. Außerdem übernahmen wir mit dem Waffenstillstand die Verpflichtung, der deutschen Truppenmasse, welche durch die Kapitulation von Metz verwendbar geworden war, in den Stellungen, welche sie am Tage der Unterzeichnung innegehabt haben würde, Halt zu gebieten, und damit auf die Besetzung weiter feindlicher Länderstrecken zu verzichten, welche gegenwärtig ohne Schwertstreich oder mit Ueberwindung unbedeutenden Widerstandes von uns eingenommen werden können. Die deutschen Heere haben einen wesentlichen Zuwachs in den nächsten Wochen nicht zu erwarten. Dagegen würde der Waffenstillstand Frankreich die Möglichkeit gewährt haben, die eigenen Hülfsquellen zu entwickeln, die in der Bildung begriffenen Formationen zu vollenden und, wenn die Feindseligkeiten nach dem Ablauf des Waffenstillstandes wieder beginnen sollten, uns widerstandsfähige Truppenkörper entgegenzustellen, welche jetzt nicht vorhanden sind.

Ungeachtet dieser Erwägungen ließ Se. Majestät der König den Wunsch, einen ersten entgegenkommenden Schritt zum Frieden zu thun, vorwiegen, und ich wurde ermächtigt, Herrn Thiers sofort mit der Gewährung eines Waffenstillstandes auf 25 oder auch, wie er später gewünscht, 28 Tage auf dem Grund des einfachen militärischen status quo am Tage der Unterzeichnung entgegenzukommen. Ich schlug ihm vor, durch eine zu bestimmende Demarkationslinie die Stellung der beiderseitigen Truppen, so wie sie am Tage der Unterzeichnung sein würde, abzugrenzen, die Feindseligkeiten auf vier Wochen zu sistiren und in dieser Zeit die Wahlen und die Konstituirung der nationalen Vertretung vorzunehmen. Auf französischer Seite würde diese Waffenruhe nur den Verzicht auf kleine und jederzeit unglückliche Ausfälle und auf eine nutzlose und unbegreifliche Verschwendung artilleristischer Munition aus den Festungsgeschützen für die Dauer des Waffenstillstandes zur militärischen Folge gehabt haben.

In Bezug auf die Wahlen im Elsaß konnte ich erklären, daß wir auf keiner Stipulation bestehen würden, welche die Zugehörigkeit der deutschen Departements zu Frankreich vor dem Friedensschlusse in Frage stellen könnte, und daß wir keinen Bewohner der letzteren dafür zur Rede stellen würden, daß er als Abgeordneter seiner Landsleute in einer französischen Nationalversammlung erschienen sei.

Ich war erstaunt, als der französische Unterhändler diese Vorschläge, bei welchen alle Vortheile auf französischer Seite waren, ablehnte und erklärte, einen Waffenstillstand nur dann annehmen zu können, wenn derselbe die Zulassung einer umfassenden Verproviantirung von Paris einschlösse. Ich erwiderte, daß diese Zulassung eine so weit über den status quo und über jede billige Erwartung hinausgehende militärische Konzession enthalten würde, daß ich ihn frage, ob er ein Aequivalent dafür zu bieten im Stande sein werde und welches? Herr Thiers erklärte, zu keinem militärischen Gegenanerbieten ermächtigt zu sein und die Forderung der Verproviantirung von Paris stellen zu müssen, ohne uns dafür etwas Anderes bieten zu können, als die Bereitwilligkeit der Pariser Regierung, der französischen Nation die Wahl einer

Vertretung zu gestatten, aus welcher wahrscheinlich eine Behörde hervorgehen würde, mit welcher über den Frieden zu unterhandeln uns möglich sein werde.

In dieser Lage hatte ich das Ergebniß unserer Verhandlungen dem Könige und seinen militärischen Rathgebern vorzulegen.

Se. Majestät war mit Recht befremdet über so ausschweifende militärische Zumuthungen und enttäuscht in den Erwartungen, welche Allerhöchstderselbe an die Unterhandlungen mit Herrn Thiers geknüpft hatte. Die unglaubliche Forderung, daß wir die Frucht aller seit zwei Monaten gemachten Anstrengungen und errungenen Vortheile aufgeben und die Verhältnisse auf den Punkt zurückgeführt werden sollten, auf welchem sie beim Beginn der Einschließung von Paris gewesen waren, konnte nur von Neuem den Beweis liefern, daß man in Paris nach Vorwänden, der Nation die Wahlen zu versagen, suchte, aber nicht nach einer Gelegenheit, dieselben ohne Störung zu vollziehen.

Auf meinen Wunsch, vor Fortsetzung der Feindseligkeiten noch einen Versuch der Verständigung auf anderen Grundlagen zu machen, hat Herr Thiers am 5. d. M. in der Vorpostenlinie noch eine Besprechung mit den Mitgliedern der Pariser Regierung gehabt, um denselben entweder einen kürzeren Waffenstillstand auf Basis des status quo, oder die einfache Ausschreibung der Wahlen vorzuschlagen, ohne konventionsmäßigen Waffenstillstand, in welchem Falle ich die freie Zulassung und die Gewährung aller mit der militärischen Sicherheit irgendwie vereinbarten Erleichterungen zusagen konnte.

Ueber den Inhalt dieser seiner Besprechung mit den Herren Favre und Trochu hat Herr Thiers sich nicht näher gegen mich ausgesprochen; er konnte mir als Ergebniß derselben nur die erhaltene Weisung mittheilen, die Verhandlungen abzubrechen und Versailles zu verlassen, da ein Waffenstillstand mit Verproviantirung von Paris nicht zu erreichen sei.

Seine Abreise nach Tours hat am 7. Morgens stattgefunden.

Der Verlauf der Verhandlungen hat mir nur die Ueberzeugung hinterlassen, daß es den jetzigen Machthabern in Frankreich von Anfang an nicht Ernst damit gewesen ist, die Stimme der französischen Nation durch freie Wahl einer dieselbe vertretenden Versammlung zum Ausdruck gelangen zu lassen; und daß es eben so wenig in ihrer Absicht gelegen, einen Waffenstillstand zu Stande zu bringen, sondern daß sie eine Bedingung, von deren Unannehmbarkeit sie überzeugt sein mußten, nur darum gestellt haben, um den neutralen Mächten, auf deren Unterstützung sie hoffen, nicht eine abweisende Antwort zu geben.

Ew. ꝛc. ersuche ich ergebenst, sich in Uebereinstimmung mit dem Inhalt dieser Depesche auszusprechen, zu deren Vorlesung Sie ermächtigt sind.

v. Bismarck.

Ueber das Wünschenswerthe von gemeinsamen Vorkehrungen für die nächste Papstwahl.

An die Gesandten des Deutschen Reichs bei den europäischen Regierungen.

Vertraulich. Berlin, 14. Mai 1872.

Die Gesundheit des Papstes Pius IX. ist nach allen uns zukommenden Berichten eine durchaus befriedigende und keine Symptome einer baldigen Aenderung darbietende. Ueber kurz oder lang aber muß eine neue Papstwahl immer eintreten, und der Zeitpunkt entzieht sich der menschlichen Berechnung und Voraussicht. Die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche ist für alle Regierungen, innerhalb deren Ländern diese Kirche eine anerkannte Stellung hat, von solcher Bedeutung, daß es geboten scheint, sich die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes rechtzeitig zu vergegenwärtigen. Es ist schon früher anerkannt worden, daß die Regierungen, welche katholische Unterthanen haben, dadurch auch ein großes und unmittelbares Interesse an einer Papstwahl haben, sowol an der zu wählenden Persönlichkeit selbst, als besonders auch daran, daß die Wahl von all den Garantien in formaler und materieller Beziehung umgeben sei, welche es den Regierungen möglich machen, sie als eine giltige und allen Zweifel ausschließende auch für sich und den Theil der katholischen Kirche in ihren Ländern anzuerkennen. Denn daß die Regierungen, ehe sie dem durch Wahl konstituirten Souverän, der berufen ist, so weitgreifende, in vielen Stücken nahe an die Souveränetät grenzende Rechte in ihren Ländern auszuüben, diese Rechte faktisch zugestehen, verpflichtet sind, gewissenhaft zu erwägen, ob sie die Wahl anerkennen können, darüber scheint mir kein Zweifel sein zu können. Ein Papst, welchem die Gesammtheit oder die Mehrzahl der europäischen Souveräne aus formellen oder materiellen Gründen glaubte die Anerkennung versagen zu müssen, würde so wenig denkbar sein, wie es denkbar ist, daß ein Landesbischof in irgend einem Lande Rechte ausübte, ohne von der Staatsregierung anerkannt zu sein. Dies galt schon unter der früheren Ordnung der Dinge, wo die Stellung der Bischöfe noch eine selbständigere war und die Regierungen nur in seltenen Fällen in kirchlichen Dingen mit dem Papste in Berührung kamen. Schon die im Anfang dieses Jahrhunderts geschlossenen Konkordate haben direktere und gewissermaßen intimere Beziehungen zwischen dem Papst und den Regierungen hervorgerufen; vor Allem aber hat das vatikanische Konzil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiktion des Papstes die Stellung des letzteren auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert, und das Interesse der letzteren an der Papstwahl aufs höchste gesteigert, damit aber ihrem Rechte, sich darum zu kümmern, auch eine um so festere Basis gegeben. Denn durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der landesbischöflichen zu substituiren. Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen; der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand; er ist im Prinzip an die Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten, und es hängt nur von ihm ab, sich auch in der Praxis in jedem einzelnen Augenblick an die

Stelle desselben gegenüber den Regierungen zu setzen. Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt. Ehe die Regierungen irgend einem neuen Papste eine solche Stellung einräumen und ihm die Ausübung solcher Rechte gestatten, müssen sie sich fragen, ob die Wahl und die Person desselben die Garantien darbieten, welche sie gegen den Mißbrauch solcher Gewalt zu fordern berechtigt sind. Dazu kommt noch, daß gerade unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit Sicherheit zu erwarten steht, daß auch nur die Garantien, mit welchen in früheren Zeiten ein Konklave umgeben war, und welche es selbst in seinen Formen und seiner Zusammensetzung darbot, zur Anwendung kommen werden. Die vom römischen Kaiser, von Spanien und Frankreich geübte Exklusive hat sich oft genug als illusorisch erwiesen. Der Einfluß, welchen die verschiedenen Nationen durch Kardinäle ihrer Nationalität im Konklave ausüben konnten, hängt von zufälligen Umständen ab. Unter welchen Umständen die nächste Papstwahl stattfinden, ob dieselbe nicht vielleicht in übereilter Weise versucht wird, so daß die früheren Garantien, auch der Form nach, nicht gesichert wären — wer wollte das voraussehen?

Aus diesen Erwägungen scheint es mir wünschenswerth, daß diejenigen europäischen Regierungen, welche durch die kirchlichen Interessen ihrer katholischen Unterthanen und durch die Stellung der katholischen Kirche in ihrem Lande bei der Papstwahl interessirt sind, sich rechtzeitig mit den dieselbe betreffenden Fragen beschäftigen, und wo möglich, sich unter einander über die Art und Weise verständigen, wie sie sich derselben gegenüber verhalten wollen, und über die Bedingungen, von welchen sie event. die Anerkennung einer Wahl abhängig machen würden.

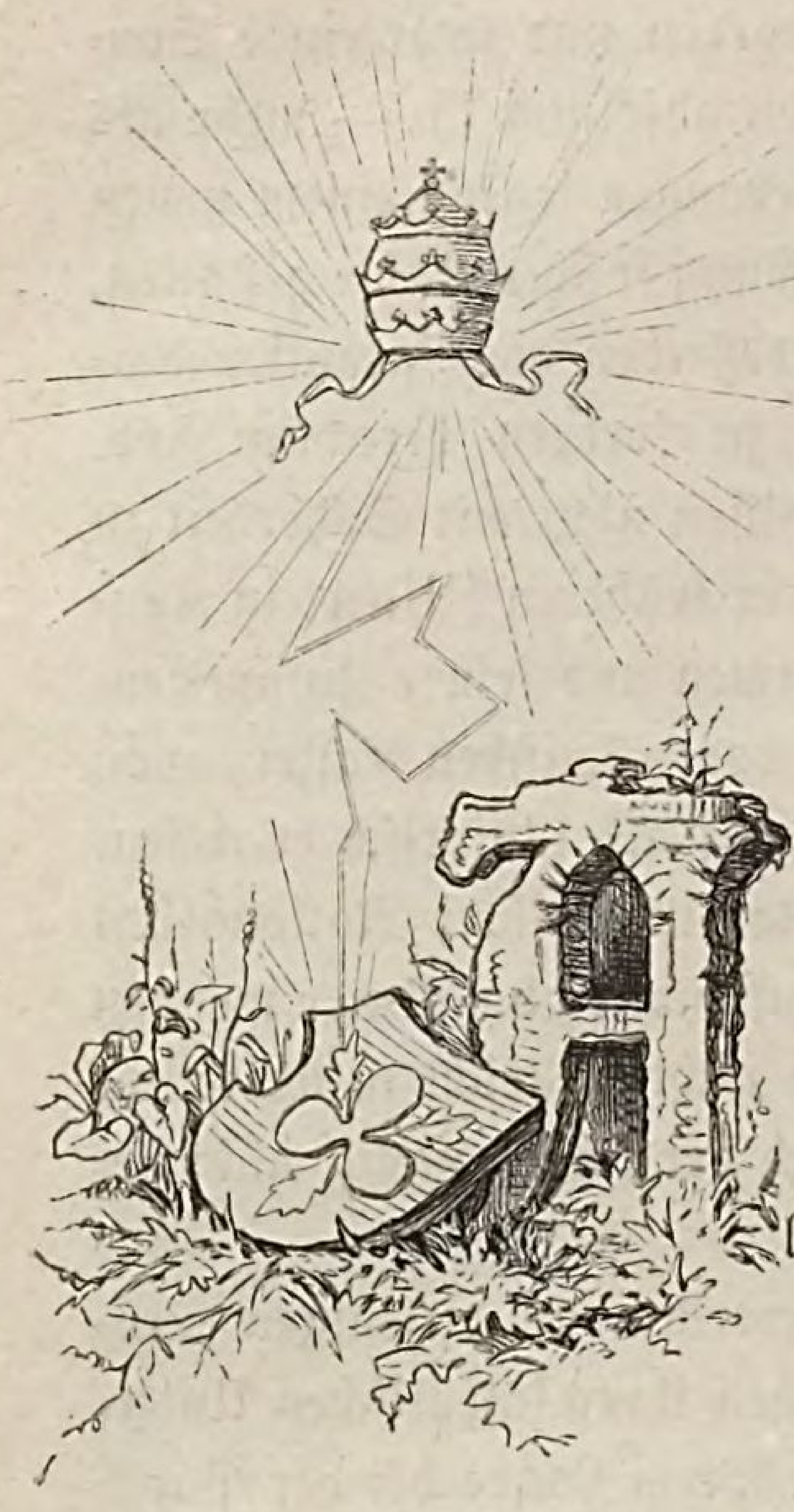
Eine Einigung der europäischen Regierungen in diesem Sinne würde von unermeßlichem Gewicht und vielleicht im Stande sein, im Voraus schwere und bedenkliche Komplikationen zu verhindern.

Ew. ꝛc. ersuche ich daher ergebenst, die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, zunächst vertraulich zu fragen, ob sie geneigt sein möchte zu einem Ideenaustausch und einer eventuellen Verständigung mit uns über diese Frage die Hand zu bieten. Die Form, in welcher dies geschehen könnte, würde dann leicht gefunden werden, wenn wir vorerst der Bereitwilligkeit sicher sind.

Ich ermächtige Ew. ꝛc., diesen Erlaß vorzulesen, bitte Sie aber einstweilen, denselben noch nicht aus der Hand zu geben und die Sache überhaupt mit Diskretion zu behandeln. (gez.) v. Bismarck.

Zwei Urkunden.

Die Exkommunikation des Herrn Rodolf von Bismarcke zu Stendal vom 13. November 1338.



Albrecht, Bischof zu Halberstadt, exkommunizirt den Rodolf von Bismarcke und die übrigen Rathsherren zu Stendal wegen Errichtung einer neuen Schule am 13. November 1338.

(In deutscher Uebersetzung.)

Albrecht, durch Gottes Gnade Bischof der Halberstädtischen Kirche, den achtbaren Aebten, Prioren, Pröbsten, Dekanen, Pfarrern oder Vicepfarrern der Kirche und allen Rektoren unserer Kapellen in unserer Diöcese unsern Gruß. Obgleich wir neulich vermöge unserer ordentlichen Autorität den Schöppen, Rathsherren und Gildemeistern und der gesammten Bürgerschaft der Stadt Stendal in unserer Diöcese aufgetragen haben, bei Strafe der Exkommunikation laut Inhalt unseres Briefes binnen 10 Tagen die neue Schule, welche in der genannten Stadt zum Präjudiz der Kanoniker der Kirche des heiligen Nicolaus ebendaselbst eingerichtet worden, zu zerstören und die an derselben angestellten Rektoren und Lehrer zu entlassen, so haben doch die vorgenannten Rathsherren, nämlich Nicolaus Gunther, Johannes Buch, Heinrich Buchholte, Gerard Noppow, Rodolf von Bismarcke, Wynard von Schadewachten, Role Werner, Ghyso von Schadewachten, Arnold Olasmegher, Sohn Konrad's, Ebelingh in der Brüderstraße und Dietrich Kruse, welche jetzt regieren, sowie Gottschalk von Jerichow, Arnold Vlasmegher, Konrad Hydde von den jetzt regierenden Schöppen und die Gildemeister und die gesammte Bürgerschaft derselben Stadt schon seit langer Zeit sich gegen diese Anweisung und gegen die Exkommunikations-Sentenz und gegen unsere Verordnungen aufgelehnt und verharren noch immer hartnäckig und trotzig in ihrer Widerspenstigkeit. Darum befehlen wir Euch, bei der Tugend des heiligen Gehorsams und bei Strafe der Exkommunikation, welche wir über Euch und einen Jeden von Euch, jedoch erst nach einer voraufgegangenen dreitägigen Verwarnung, im Namen Gottes in diesem Schreiben verhängen, wofern Ihr es unterlassen solltet, unserer Verwarnung nachzukommen, daß Ihr die oben namentlich Genannten öffentlich von Euren Kanzeln herab ermahnet, binnen 8 Tagen nach Veröffentlichung gegenwärtigen Erlasses von der vorgedachten Empörung abzulassen — widrigenfalls wir die oben namentlich Genannten, wie damals so jetzt, im Namen Gottes in diesem

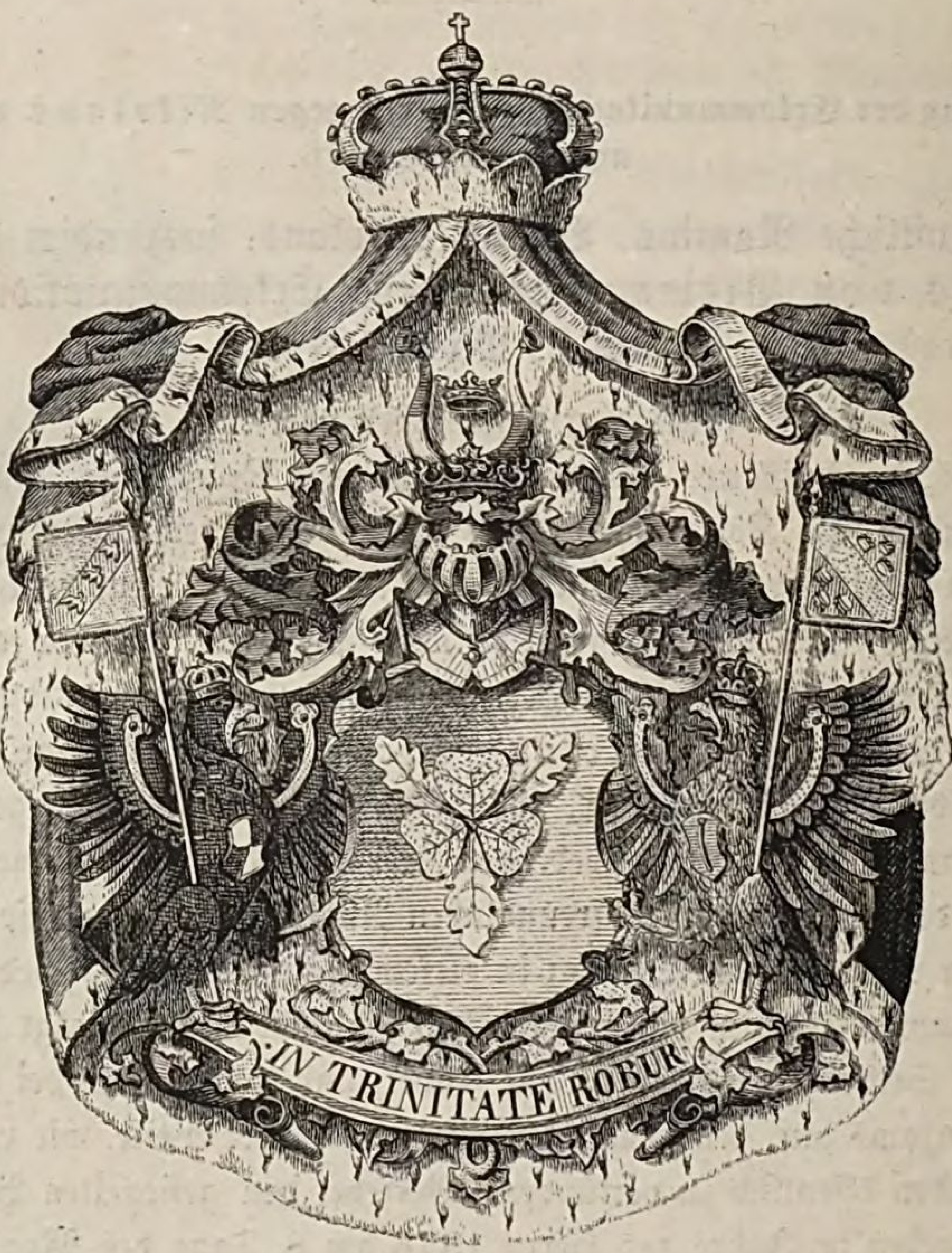
Schreiben exkommunizieren — und daß Ihr sie alle Sonntage in Euren Kirchen bei brennenden Kerzen und unter Glockengeläute, als von jeder Gemeinschaft mit der Kirche und mit Gläubigen ausgeschlossen, öffentlich verkündiget. Den Gildemeistern und der gesammten Bürgerschaft der obengenannten Stadt Stendal untersagen wir einstweilen im Namen Gottes das Recht, die Kirche zu betreten. Versehet diesen besiegelten Erlaß bei vorgenannter Strafe mit Euren erforderlichen Siegeln. Gegeben zu Langenstein im Jahre des Herrn 1338, am Freitag nach dem Tage des heiligen Martin.

Die Aufhebung der Exkommunikations-Sentenz gegen Nikolaus von Bismarck am 8. März 1376.

Der päpstliche Nuntius, Bischof Nikolaus, suspendirt die gegen Nikolaus von Bismarck ergangene Exkommunikations-Sentenz am 8. März 1376.

(Aus dem Lateinischen übersetzt.)

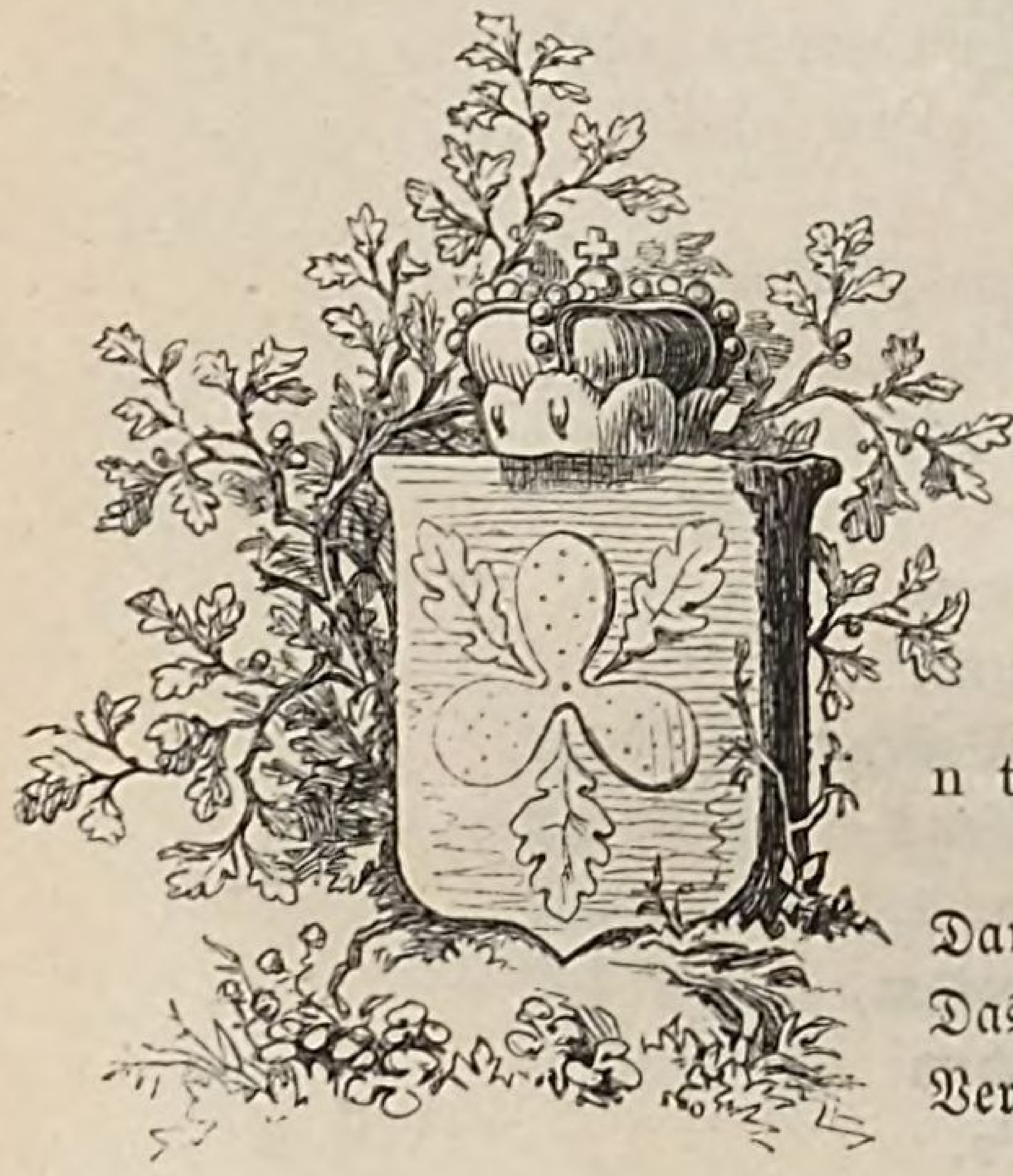
Nicolaus, durch Gottes Gnade Mayerinensis Episcopus, Nuntius des Apostolischen Stuhles als Kommissarius und Exekutor zu dem unten Gemeldeten von ebendemselben Stuhle speziell beauftragt, dem erhabenen Dechanten in Stendal, Halberstädter Diöcese, und den übrigen kirchlichen Personen, welchen dieses Schreiben eingehändigt werden wird, Heil im Herrn. — Die Exkommunikations-Sentenz, die von uns über die Person des Nicolaus, genannt Bismarck, eines Laien der vorgenannten Diöcese, gefällt worden, und jeden gegen denselben eingeleiteten Prozeß heben wir, innerhalb der jetzt anhebenden Zeit und dem nächstkommenden Sonntage Jubilate, in der Hoffnung eines freundlichen Austrages auf und sprechen ebendenselben von der vorerwähnten Sentenz in diesem Schreiben los, so jedoch, daß, wenn vor dem genannten Termine ein freundlicher Vergleich nicht erfolgt sein würde, er durch dieselbe Sentenz gebunden ist, wie früher, und tragen Euch bei der Tugend des heiligen Gehorsams auf, den genannten Nicolaus in der Weise, wie vorher gemeldet, als losgesprochen öffentlich zu verkünden. Versehet den gesiegelten Brief mit Euren Siegeln. Gegeben im Jahre des Herrn 1376 am 8. Tage des Monats März unter meinem angehängten Siegel.



Wappen des Fürsten Bismarck.

Zweite Abtheilung.

Ehrenkranz des deutschen Volkes in Liedern.



In trinitate robur.

„In trinitate robur!“ spricht Bismarck's Fürsten-
schild;
Darunter aber grünet das alte Wappenbild,
Das Kleeblatt, das drei Blätter vereint auf einem Schaft,
Verkündend diesen Wahlspruch: „In der Dreieinheit
Kraft!“

Merkt auf, wie jedes Blättlein sich einzeln deuten läßt:
„Muthvoll“, so heißt das eine, das andre „Eisenfest“,
Und lächelnd spricht das dritte: „Ich heiß: Kehr' mich nicht dran“;
Aus all den drei'n ward Bismarck, das heißt: ein ganzer Mann.

Doch unter diesem Kleeblatt seh' ich ein zweites noch,
Das sind drei Eichenblätter, was sagen diese doch? —
Nun denn, da ich die Blätter schon einmal reden ließ,
Will ich euch auch verkünden, die andern sagen dies:

„Wo solch dreieinig Kleeblatt in voller Kraft gedeiht,
Wächst auch die deutsche Eiche empor in Herrlichkeit;
Nicht sei's der wälsche Lorber; es schlinge stolz und kühn
Um deutsche Heldenstirnen sich deutsches Eichengrün!“

Hermann von Bismarck.

Studiosus juris.

Abgeschüttelt von den Sohlen
Ist der Schulstaub; hohe Wogen
Tragen jetzt das Schiff des Jünglings.
Alle Anker sind gelichtet,
Alle Segel aufgezogen,
Und der Burschenfreiheit Flagge
Lustig flatternd zeigt die Inschrift:
„Nitimur in vetitum!“

Schöne Tage wilder Freiheit!
Fröhlich sammelt ihr die Jünger
Der kastalischen neun Schwestern
Auch in andrer Götter Hallen.
An den duftenden Altären
Eines Bacchus und Gambrinus,
Edler Säfte milder Spender,
Opfert fromm der Neophyt.

Auch des kampfesfrohen Mavors
Heiligthum erschließt sich prangend.
Hört ihr dort den Schall der Waffen?
Hört ihr dort des Kampfes Tosen?
Hei! wie blitzen scharfe Klingen,
Hei! wie pfeifen Terz' und Quarten,
Wie so Mancher haut so Manchem
Ueber's Maul und wird gehau'n.

Und so schlang ein rother Faden
(Nämlich der von Blut und Eisen)
Damals schon durch uns'res „Burschen
Erdenwallen“ sich; es melden
Göttingen, Berlin und Greifswald
Kühnen Muthes hohe „Thaten
Von vergangner Jahre Tagen“,
Wie einst Ossian es sang.

Ja! das Schöne muß vergehen
Und das Herrliche verbleichen;
Grausam ruft mit rauher Stimme
Auch das Fatum hier sein Exest!
Und der stolze Sohn der Musen
Ziehet still, gesenkten Blickes,
Dürftig nun als Auskultator
Ach, ins Philisterium.

Gustav Schwetschke.
(Aus der „Bismarckias“.)

Nächtiger Ritt.

(April 1866.)

Der Nebel senkt sich feucht und kalt,
Ein nächtiger Reiter sprengt durch den Wald;
Des Rosses Huf schlägt jäh darein,
In Funken stiebt der Kieselstein —
Wo willst Du hin, Graf Bismarck?

Er schlingt um sich den Mantel dicht,
Und ehern wie sein Angesicht,
Bis er des Waldes Ausgang fand,
Treibt er das Roß mit Fuß und Hand —
Wohin, wohin, Graf Bismarck?

Aus allen Wipfeln rauscht es „Halt!“
Die Klüft' und Hohlweg' schrein „Gewalt!“
Wer auf des Waldes Stimmen hört,
Dem springt die bleiche Furcht aufs Pferd —
Drum hört er nicht, Graf Bismarck.

Der Uhu krächzt von Mord und Raub,
Die Natter ringelt gell durchs Laub;
Durch Buchenstämm' und Wolkenschicht
Des Mondes unstet Glänzen bricht —
Siehst Du es nicht, Graf Bismarck?

Halt stet! halt stet! — sieh Dich nicht um; —
Des Waldes Schrecken werden stumm,
Wenn nur des Reiters Rechte fest
Den Zügel vom Gebiß nicht läßt —
Sieh Dich nicht um, Graf Bismarck! —

Eh' wendet wol ein steinern Bild
Das G'nick, als er; — es gilt! es gilt! —
Zisch' Natternbrut; ihr Eulen, krächzt;
Vermorschte Stämme, kracht und ächzt —
Er fürcht't sich nicht, Graf Bismarck.

Er fürcht't sich nicht; — und siegend schallt
Sein Ruf durch den verstummten Wald:
„Mein Stern! mein Stern! — ich überwand; —
„Ich ritt, ich ritt fürs Vaterland“ —
Fürs Vaterland, Graf Bismarck! —

„Mein Ziel — mein Ziel! — ich hab's erreicht; —
„Des Großen Friedrich Adler streicht
„Mit seiner Schwingen lichtem Saum
„Die Sterne hoch am Himmelsraum —
„Ich hab's erreicht für Deutschland."

„Und mußt's mit Blut und Eisen sein,
„Das meine gab ich mit darein;
„Die Nacht verging — der Morgen tagt; —
„Für Deutschland hab' ich es gewagt
„Mit Gott und König Wilhelm." —

Hans Koester.

Fünf Schüsse — ein Zeichen.

(7. Mai 1866.)

Fünf Schüsse fielen auf einen Mann,
Den sah der Herr in Gnaden an;
Scharf zielte der Mörder und schoß vorbei,
Und wo er getroffen, versagte das Blei;
Graf Bismarck aber voll Mannesmuth,
Den Mörder faßt er so fest und gut,
Und der ging aus, wie glüher Brand
Geht aus im festen Druck der Hand.
Fünf Schüsse fielen auf einen Mann,
Dran Gott uns große Gnade gann,
Denn was an Bismarck heut geschehn,
Wir sollen's morgen an Preußen sehn;
Die Feinde unsers Ruhms und Glücks,
Sie zielen nach uns hinterrücks,
Sie scheuen Preußens Angesicht,
Sie zielen scharf und treffen nicht. —
Wohlauf, mein Preußen, fasse Du
Nur scharf und fest wie Bismarck zu,
Ersticke kühn den glühen Brand
Im Eisendrucke Deiner Hand!
Voran mein König, stolz und fest,
Die Dohlen stoßen aufs Adlernest!
Fünf Schüsse sind ein Zeichen fein —
Gott will auch fürder mit Preußen sein. —
Die Klinge blank und die Kugel im Lauf;
Mein altes Preußen, mit Hurrah, drauf!

George Hesekiel.

Dem Grafen Otto von Bismarck zur Heimkehr am 4. August 1866.

Wer festen Sinns das richtige Ziel verfolgt,
Nicht wanket, selbst wenn krachend die Erde wankt,
Den hat zum Lenker der Geschicke
Gott hier auf Erden sich auserseheu.

Woran erkrankt das edele deutsche Volk,
Die Fessel, welche hemmte des Fortschritts Lauf,
Hast, Otto Bismarck, längst erkannt Du,
Während bethörender Wahn die Augen

Der eitlen Widersacher umschleiert hielt.
Was Preußen führte seiner Bestimmung zu,
Hielt für Verrath die blöde Menge
An den Gesetzen und an dem Rechte.

Doch Gott, der mächtig über den Völkern herrscht,
Hat Dich begabt mit weisem und starkem Muth,
Hat Dich geschützt in Mörders Händen,
Hat Dich behütet im Sturme der Schlachten.

Jetzt kehrst Du siegreich heim aus dem blut'gen Krieg,
Gefallen ist die Wand, die den Weg gehemmt,
Mit kühnem Schlag hast Du zerschmettert,
Was in den Abgrund Dich sollte stürzen.

Mit Staunen sieht erfüllet Dein Seherwort
Das deutsche Volk, das jüngst es von Dir vernahm:
„Nicht Worte, Feste, Trinkgelage,
Kampf nur und Blut werd' es einst vereinen."

Mit Stolz und Freude rühmet das Preußenvolk
Das Heer, den König, der es zum Sieg geführt,
Die tapfern Helden; doch vor Allen
Klinget Dein Lob in dem Mund und den Herzen.

Gott hat mit Sieg gekrönet das Preußenheer,
Mög' er nun einen fest mit des Friedens Band
Die Völker, die er nicht zum Hader
Schuf, — die er schuf zum Bruderbunde. –

K. Ed. Bonnell.

„Si fractus illabatur orbis."

(Uebersetzung der obigen Bonnell'schen Ode, Strophe 1, 4, 6 und 7.)

Qui mente firma recta petit neque,
Si terra labens dat sonitum, labat
Hunc legit in terris ministrum
Hisce sibi deus ipse fati.

Deus, potenter qui populos regit,
Te finxit acri menteque provida,
Te texit a sicariis, Te
Est tuitus per acuta belli.

Quod nuper ex Te noverat auspice,
Mirata nunc gens nostra ratum videt:
„Non verba, non festae dapes, nos
Sanguine Mars sociabit olim."

Laete triumphans hic populus canit
Exercitum et, quo victor erat duce,
Regem et viros fortes Tuasque
Ora sonant animique laudes.

Rudolf Knüstler.



Willkommen in Varzin.

(1867.)

Wie ganz anders das Verkehren
Freundlich hier zu Weg und Stege,
Als auf jenen schlüpfrig glatten
Lackbestiefelten Parketten,
Wie ganz anders hier ein trauter
Gruß aus biedrer Pommernkehle:
„Guten Morgen, Excellenz!“

Wie ganz anders nach dem Frühritt
Hier die beste Tafelstimmung,
Als nach einer Morgensitzung
Bei dem Allerlei von Virchow
Oder bei dem Senf von Pilsach!
Wie ganz anders hier ein herzlich
„Wohl zu speisen, Excellenz!“

Wie ganz anders, wenn der Abend
Traulich seine Schatten breitet
Hier auf Wälder, Felder, Auen,
Wenn der mohnbekränzte Morpheus
Freundlich alle Müden ladet,
Wie ganz anders hier ein traulich
Flüstern dann aus allen Ecken:
„Wohl zu schlafen, Excellenz.“

Gustav Schwetschke.
(Aus der „Varzinias“.)

Maulwurf und Lerche.

(1868.)

Ein Maulwurf grub — wo war es doch?
Nun, bei Varzin, — sich jüngst ein Loch,
Gar tief und finster; denn das Licht
Liebt solch ein dunkler Klausner nicht.
Nun braust heran Dein schneller Ritt,
In Klausners Gruft welch schlimmer Tritt,
Hilf Himmel! Wie Dein edles Roß
Die fürchterlichste Lerche schoß,
Und Du betäubt dahingestreckt
Manteufflisch sieben Fuß bedeckt.
Doch, Dank dem Himmel! aufgerafft
Hast Du Dich bald in alter Kraft,
Und starke Schmerzen fühlst Du nur
In Deines Leibs Muskulatur.

Nun, theurer Leser, nimm die Lehr
Aus diesem einen Fall daher:
Was man für Weh und Schmerz kann haben,
Wenn Finsterlinge Löcher graben.

Gustav Schwetschke.

Abschied von Varzin.

(1868.)

Wohl bat ihn schmeichelnd die Najade:
„O weil' noch an des Waldes Schwell',
Und netz' die Brust im Aetherbade,
Am wunderthät'gen Himmelsquell,
Und streif' beglückt durch Wald und Triften,
Und freue Dich am Jägerhorn:
Fern von der Städte Staubeslüften
Quillt Dir nur der Genesung Born!

Hier spenden düftereiche Tannen
Dir zauberfrische Jugendkraft,
Der Sorge Fittig rauscht von dannen,
Dich labt der Traube Wundersaft —
Nur schmeichelnd kosen linde Winde
Dir keck um des Gewandes Saum,
Und aus dem Laubgezweig der Linde
Herrauscht Dir leis' ein Jugendtraum!

Hier schwirrt ob Deinem Haupt der Reiher —
Von ferne klingt des Meeres Lied,
Und auf des Parks krystallnem Weiher
Der Silberschwan die Kreise zieht; —
Allüberall lacht Ruh und Frieden,
Ein ewiggleiches Götterglück —
Und doch sind Thränen mir beschieden,
Und doch kehrst Du zur Stadt zurück?"

Sie sprach's, die goldgelockte Dirne.
Er sinnt, und — wendet schnell den Fuß.
Abwehrend nickt die hohe Stirne —
Nachschwebt ihm leis' der Nymphe Gruß.
„Ade!" erklang von seinem Munde,
„Ade!" du einsam stilles Schloß!
Er sprach's, und schwang zur selben Stunde
Sich auf das edle Feuerroß. — —

Wie hoch die schlanken Säulen steigen
Ins blaue Firmament empor,
Rings der Paläste Zauberreigen,
Kennst Du das stolze Riesenthor? —
Vier Edelrosse stampfen oben,
Sie stürmen von der Höhe jäh,
Frohlockend hält den Kranz erhoben
Victoria auf der Propylä.

Heut neigt sie liebreich sich hernieder
Und ihre frohe Lippe spricht, —
Und ihre Worte werden Lieder,
Und jeder Hauch wird ein Gedicht; —
„Heil Dir, der wieder aus der Stille
In das Geräusch des Tages tritt, —
Sieh! duft'ger Liederblumen Fülle
Kränzt Deinen Einzug Schritt für Schritt!

Dich grüßen jubelnd tausend Klänge,
Herdonnern sie von nah und weit, —
Sieh! — ein olympisch Festgedränge,
Gefühl' und Worte sind im Streit: —
Denn goldner Früchte neue Ranken
Erblühen bald aus neuer Saat —
Reift' in der Stille Dein Gedanken,
Blüht auf dem Forum bald die That!

Robert Weisse.

Mi freut et, dat He'r wedder is!

(Zum 2. Dezember 1868 in Berlin.)

Mi freut et, dat He'r wedder is!
Nu schallt woll wedder gahn;
Un uhse Staatsschipp ganz gewiß
Bliv nu an'n Strand nicht stahn.

Herrje! wat werr dat vor'n Schreck
Den us de Nahricht gav,
Dat bin Spazierritt em sin Scheck
Koppheister smäten af!

Ick abers tröst't mien Nabers bald:
„Snackt nich as ein old Wief!
Wenn de ook mal herünnerfallt
De hult den Nacken stief.“

Un richtig: „Hurrah, noch lewt he!“
Geev bald de Zeitung kund, —
„De Knaaken doht em'n betjen weh,
Doch bleev sien Hart gesund.“

Na — sä ick — wenn up sienen Nack
De Kopp man fest noch steiht,
Denn weet ick, dat de dütsche Saak
Ook fürder vörwarts geiht.

Drum, Fründe all am hüt'gen Dag,
Wo he torüggkummt hier,
Laat't weihn van juem Huus de Flagg',
Stäkt an dat Freudenfüer!

Van Pommern bit Westfalenland
Van'n Rhein bit in de Mark —
Willkamen! roopt mit Mund und Hand
Vivat uns' Graf Bismarck!!



Der gute Schmied.

Das Eisen ist warm; so schmiede, Graf,
Du „Eiserner", schmiede das Eisen!
Der Ambos war kalt und die Esse leer,
Da kamst Du, ein schneidiger Schmied daher;
Deß wird man Dich ewiglich preisen!

Das Eisen ist warm; so schmiede, Graf,
So schmiede das deutsche Gewaffen!
Germania schmiede, dem fürstlichen Weib,
Das Panzergeschmeid' um den blühenden Leib,
Zum Schutz und zum Trutze geschaffen!

Das Eisen ist warm; so schmiede, Graf,
Bis ganz es vollendet ist, schmiede!
Zum Panzer der Eintracht der Freiheit Schwert,
Dann lebst Du unsterblich am heimischen Herd,
Ein neuer Siegfried, im Liede!

Theodor Renaud.

Reichskanzler Fürst Bismarck.

Bismarck! Wie soll mein Lied Dich würdig preisen,
Du, Deutschlands Kopf und doch wol auch sein Herz?
Klingt gleich wie aus dem Donnermund von Erz
Dein furchtbar Wort, das Wort von „Blut und Eisen!"

Sie lachten Dein, die kleinen dreimal Weisen!
Du schwiegst und sahest sinnend zukunftwärts,
Ermaßest Deines Volkes Kraft und Schmerz,
Erwogst des Feindes Macht, der Zeiten Kreißen.

Und wie Du sicher es vorausgesehen,
So mußt' es kommen, und so ist's geschehen,
Die Weisen lernten Dich beschämt verstehen.

Reichskanzler! Magst Du lang' das Reich verwalten,
Mag Gott Dich lange Deinem Volk erhalten,
Machtlos vor Dir sind feindliche Gewalten!

Julius Hübner.

Deutschlands Kleeblatt.

Roon, Bismarck, Moltke — wie ein Erzgefüge
Dem festen Fels des Preußenthums entsprossen;
Kraft Eu're Brau'n, aus Einem Guß gegossen,
Auf Heldenschultern eisenfeste Züge —

So schärftet Ihr das deutsche Schwert zum Siege,
Habt mit gestählter Schar das Land erschlossen,
Daß statt des Unkrauts, üppig aufgeschossen,
Aus reiner Saat es edle Früchte trüge.

Roon's fest Beharren, Bismarck's kühn Ergreifen
Und Moltke's Blick, wie sich durch Nebelstreifen
Der Lichtstrahl ringt, bis er den Tag geboren; —

So schweißtet Ihr vor Frankreichs gell'nden Ohren
Dem König, der zu Hämmern Euch erkoren,
Aus echtem Gold den deutschen Kaiserreifen.

Hans Koester.

Germania sei's Panier.

Ein morsches Band hielt uns zum Schein verbunden,
In Wahrheit hatten feindliche Gewalten
Uns längst getrennt, zerrissen und gespalten,
Und inn're Zwietracht ließ uns nicht gesunden;

Wir schlugen selbst uns immer tief're Wunden,
Bis wir dem droh'nden Feind als Spott nur galten,
Denn, wenn wir zornig unſ're Fäuste ballten,
Geschah's nur, unſ're Ohnmacht zu bekunden;

Da kamest Du, da kam in Dir ein Retter,
Du Mann, deß sprüh'nder Geist sich kühn bemeistert
Der Zeit, energisch, wahr und welterfahren.

Dein klares Auge sah die droh'nden Wetter
Und Dir gelang's, für Deutschlands Macht begeistert,
Um ein Panier das ganze Volk zu scharen.

Julius Sturm.

Fürst Bismarck und seine Gegner.

So darf ich mich zur Frage wol erdreisten
An Alle, die beständig ihm mißtrauen;
Wißt ihr wol einen Andern zu erschauen,
Der euch dieselbe Bürgschaft möge leisten?

Mir wenigstens, so oft und weit auch reisten
Schon die Gedanken durch die deutschen Gauen,
Mir kehrten stets sie heim mit leisem Grauen,
Denn Stümper nur fand ich die allermeisten.

Und furchtlos will ich's ehrlich eingestehen —
Denn nie bringt Schande die erkannte Wahrheit,
Doch schimpflich ist's, auf falschen Trotz zu pochen —.

In anderm Licht lernt' ich die Welt besehen;
In manches dunkle Wirrsal kam mir Klarheit.
Manch hartes Wort, jetzt bleib' es ungesprochen!

* * *

Kein Zweifel, Du wirst unsrer Stärke Bau
So fest begründen wie mit Eisenquadern,
Und Stolz wird rinnen durch des Volkes Adern,
Labt sich sein Herz einmal an dieser Schau.

Kein Zweifel, daß so leicht sich Keiner trau',
Nochmals mit uns zu nörgeln und zu hadern,
Zerschlägst Du kühn doch ohne lang Salbadern
Der Keckheit Schwert, sowie der List Verhau!

Nicht wüßt' ich wo noch schärfern Geistes Spaten,
Um einst auf unsres neuen Reiches Boden
Jedwede Schwäche gründlich auszuroden.

Der König bist Du aller Diplomaten!
Und wardst Du uns'rer Einheit Bannerträger,
Werd' jetzt auch uns'rer Freiheit Hort und Pfleger!

Oscar v. Redwitz.
(Aus dem „Lied vom neuen Deutschen Reich.")

---

22. Dem Fürsten Bismarck.

Bismarck, Du Mann von Stahl und Eisen,
Du wahrhaft eherner Gesell!
Dich wird die deutsche Zunge preisen,
Für alle Zeiten laut und hell!

Du nahmst mit fester Hand die Zügel
Und bändigtest das deutsche Roß,
Dem deutschen Aar verliehst Du Flügel,
Die Feinde spürten Dein Geschoß.

Da erst begriffen wol die Meisten,
Was Du im Tiefsten längst erkannt,
Was uns're Kraft vermag zu leisten,
Wenn wir zum Handeln uns ermannt.

Bismarck, Du Mann von Stahl und Eisen,
Du wahrhaft eherner Gesell,
Dich wird die deutsche Zunge preisen,
Für alle Zeiten laut und hell!

Hans Minkwitz.

Wer ist der Mann im weißen Rock?

Wer ist der Mann im weißen Rock,
Mit den Blicken trotzig und treu?
Ein langes Schlachtschwert ist sein Stock,
Er schreitet stolz wie ein Leu.
Er ist ein Mann, sagt was ihr wollt,
Ein Held vor Gott und der Welt —
Und ein Landsfeind ist, wer heut ihm grollt,
Wer's nicht mit Bismarck hält!

Was plant' er einst? wir wußten's nicht,
Er hat's nicht gleich gesagt,
Doch seines Geistes Kraft und Licht
Von je hat uns behagt.
Wir wollten ihn nicht als Hirt und Wirth,
Den Junker, als er begann;
Bald hat er sich glänzend legitimirt,
Jetzt ist er unser Mann.

Er reißt den deutschen Jammer entzwei,
Und ach, der Riß thut weh;
Laßt euch nicht irren der Zwerge Geschrei;
Vor den Riß, ruft er, ich steh!
Wir haben geträumt, er hat gedacht,
Für flache Weisheit taub —
Und Roms und Frankreichs Lügenmacht
Da liegt sie jetzt im Staub.

Der Deutschen tiefe Sehnsucht stillt
Der Held, von Gott erflebt.
Der hat der Germania leuchtend Bild
Vor allem Volk erhöht:
Er hat sie auf einen Fels gestellt,
Umbraust von wogendem Sund,
Und eh' der eherne Fels zerschellt,
Geht manches Schiff zu Grund.

Wohl lag auf uns ein schwerer Alp,
Er hat ihn weggethan,
Nun haben die Völker allenthalb
Die gute freie Bahn;

Der Uebermuth schreibt kein Gesetz
Mehr vor und hält Gericht,
Nun ist und bleibt Europa stets
Im rechten Gleichgewicht.

Drum lebe der Mann, Hurrah, juhe!
Mit den Blicken trotzig und treu,
Bismarck der Unerschrockene,
Der Eiserne, der Leu.
Sein Herz ist deutsch, und treu wie Gold,
Geh's nun, wie's Gott gefällt —
Und ein Landsfeind ist, wer heut ihm grollt,
Wer's nicht mit Bismarck hält!

Ludwig Eichrodt.



Geflügelte Worte.

Es ist ein altes Sängerwort:
„Das Lied, das Lied hat Flügel."
Gleich einem Vöglein schwebt es fort,
Weit über Thäler und Hügel;
Ja, über Raum und Zeiten schwingt
Es leicht sein buntes Gefieder,
Und von Geschlecht zu Geschlechte dringt
Der Klang geflügelter Lieder.

Doch Flügel hat nicht das Lied allein;
Auch aus der Weisen Munde
Ertönt frisch in die Welt hinein
Der Wahrheit beschwingte Kunde.
Und ob Jahrtausende entflohn
Auch durch der Zeiten Pforte —
Aus Hellas klinget noch heut der Ton
Zu uns — geflügelter Worte.

Und heut noch wachsen wunderbar
Manch weisem Spruch die Schwingen.
Er hebt sich auf sichrem Flügelpaar
Empor in weiten Ringen.
Seht nur, wie schnell er den Weg sich bahnt
Im Fluge von Ort zu Orte!
Ihr hört den Spruch, und eh' ihr's ahnt,
So sind's — „geflügelte Worte."

Doch lebt ein Mann — wohl kennt ihr ihn —
Den Helden im Kampfe der Geister,
Es ist der Klausner von Varzin,
Der Wahrheitssprüche Meister.
Auch er sprach vor manch „hohem Haus"
Zur Parlaments-Kohorte
„Manch großes Wort gelassen aus"
Und manche — „geflügelte Worte."

Ein flüchtig Wort — ein geflügelt Wort!
Wie schnell entflieht es von hinnen!
Und klingt bald wieder hier und dort
Von Hütten und von Zinnen.
Wohl riefe zurück er manches gern,
Das er entfliehn hat lassen;
Vergebne Müh'! es zog zur Fern'
Und läßt sich nicht mehr fassen.

Doch manches Wort tönt ihm zur Ehr',
Das in gewaltigen Reden
Gleich leuchtendem Blitz geschleudert Er
In zürnender Männer Fehden.
Doch wenn die Reden längst verhallt,
Und längst entschlummert die Streiter —
Solch Wort, zum Ruhme des Klausners, schallt
Im Munde des Volkes weiter.

Geflügelt Wort — es flog voran
Der Zeit von „Blut und Eisen",
Voran dem deutschen Heeresbann,
Es klang in Heldenkreisen,
Hat der Begeist'rung Glut geschürt,
Verbündet Fürsten und Staaten,
Und Deutschlands Völker all' geführt
Zu siegbeflügelten Thaten.

Vorwärts, o Volk! — Für Recht und Licht
Zu starker That dich erdreiste!
Denn — „nach Canossa gehn wir nicht,
Nicht leiblich noch im Geiste!"
„Das Wort sie sollen stehen laa'n!"
Du Stadt der sieben Hügel,
Vernimm's, und Du auch, Vatikan!
Das Wort, auch das Wort hat Flügel!

R. L.

Mit einer Sendung Schinken aus Westerhede,
Großherzogthum Oldenburg.

Kibitz-Eier schickt Oem de Jeversmann,
Doch bi de Eier hört Schinken inne Pann. —
Us lett de Kibitz hier wat luren,
Leggt Eier nich up use Fluren,
Doch wulln wie Oem uck gern bedenken
Un Oem ne kräft'ge Spise schenken,
Denn Dütschland ward erst grot un stark,
Hollt in de Knaken He dat Mark. —

Wie wahnt hier up dat Ammerland,
Us' Swienetucht is wiet bekannt;
Beröhmt sünd use Swiene-Schinken,
De blank un brun van'm Wiehm do't winken,
Denn ut us' Strohdackhuus herrut
Kickt baben up kien Schosteen ut.
An'n Herd da brennt wi'n lustig Füer,
Den Holt un Törf is hier nich düer,
Un in den Holtrook rökert fien
Us Fleesch un Speck van Keih un Swien.

Nu wollen wi, Oem to verehren,
Oem dissen Schinken pressenteeren;
Upstunds hett He't uck gar to stuuer,
Un Schinken kräftigt up de Duuer,
Hett He von dissen Schinken äten,
Dann kann He't marken un kann wäten,
Warum us' Jungens Mann vör Mann
Haun de Franzosen in de Pann!

Wilhelm Geiser.
In Uptrag von väle Westerstärder un vör sick sülfst.

Nachschrift:

Un wenn He kien Ammerlandsch Plattdütsch kann,
Denn wend' He sick man
An den Sternkieker Tietzen —
Dat is mien Landsmann.



Mit einer Sendung Kiebitzeier
zum sechzigsten Geburtstage.

(Die herkömmliche Geburtstagssendung von 101 Kiebitzeiern aus Jever konnte 1875 erst acht Tage später abgehen als sonst.)

e Kiwit kunn vor Koll nich leggen,
Dat wull'n wi to us Entschuldigung seggen.

9. April 1875.

Die Getreuen in Jever.

An unsern Bismarck
zum 1. April 1875.

Andre mögen Andre loben.
Platen.

Andre mögen Andres bringen,
Sturmadressen, Jubeloden
Und was sonst in Vers und Prosa
Nord und Süd Dir schon geboten.

Nur ein einzig kleines Wünschlein
Möcht' ich Dir, Verehrter! spenden,
Nimm es an aus warmem Herzen,
Nimm es an aus treuen Händen.

Ein Gefühl nur, wünsch' ich, möge
Freundlich wieder Dich begleiten,
Das Dir einst (aus Frankfurt schriebst Du's)
Wohlgethan in alten Zeiten,

Als beim alten Bundestage
Du gequält von Nichtigkeiten,
In den Reichstag mög' es wieder,
In den Landtag Dich begleiten.

Wenn Feudale Dich umstöhnen,
Klerikale Dich umzischen,
Wenn sich selbst zu jenen Tönen
Liberale Seufzer mischen;

Wenn des Fortschritts Paladine
Redewasser lassen fließen,
Wenn von Demokraten-Lippen
Phras' auf Phrase sich ergießen;

Wenn in Saales heißer Schwüle
Sich die Geister noch erhitzen
Und der Redner Glutgefühle
Wider Dich die Pfeile spitzen,

Dann sei dies Gefühl, Verehrter!
Dir zur Hülfe stets bereit:
Sensus farciminitatis,
Das Gefühl der Wurstigkeit!

Gustav Schwetschke.

Dem besten deutschen Manne zum 60. Geburtstage.

Flattre hoch, Du deutsches Banner,
Schwing' Dich auf, Du stolzer Aar,
Schließt den Reih'n, Ihr deutschen Brüder,
Um Germania's Weihaltar!
Laßt den Genius uns preisen,
Der uns führt mit starker Hand,
Daß der Jubel laut erschalle
Durch das ganze Vaterland!

Der aus dumpfer Ohnmacht Banden,
Ein Titan, uns hat befreit,
Ein Odysseus, der uns führte
Aus der Irrfahrt banger Zeit,

Der der Jugend heißes Sehnen,
Ihrer kühnsten Träume Bild,
Wie des Alters letztes Hoffen
Nun so herrlich hat erfüllt;

Der, ein Recke, stets gewappnet
Drängt die Lüge Schritt für Schritt;
Der die Hydra unsrer Tage
Unerschrocken niedertritt;
Der, ein Hercules im Streite,
Nimmer ruht im Schlachtgewühl,
Bis des hundertköpf'gen Drachen
Letztes Haupt zu Boden fiel;

Daß fortan es Niemand wage,
Deutschem Recht zu sprechen Hohn;
Daß, wer rührt an deutscher Ehre,
Finde den verdienten Lohn;
Daß zu männlich edlen Thaten
Wir geeint und mächtig stehn,
Nun wir rings im deutschen Lande
Uns als Volk von Brüdern sehn! —

Ihm, Germania's stolze Söhne,
Stimmet an den Hochgesang;
Dreimal Heil dem Riesengeiste,
Dem das große Werk gelang!
Ihm die goldne Strahlenkrone
Höchsten Ruhmes sei geweiht,
Ihm aus Millionen Herzen
Preis und Dank in Ewigkeit!

Fedor Sorrmann.

Bismarck-Hymne.

Chor: Die Wolke hing um uns're Eichen,
Die Tannen schauerten im Thal;
Verhüllt war der Verheißung Zeichen,
Verhüllt der deutschen Sonne Strahl.
Kein Rütli einte Herz und Hand,
Ein Traumbild war das Vaterland.

Genius: Doch großer Zukunft Ahnung
Erblühte überall
Und edler Geister Mahnung
Fand lauten Wiederhall.

Chor: So lang' ersehnt war der Erretter;
Du führtest uns ins Schlachtenwetter;
Du zeigtest kühn ins Morgenroth —
Auf, deutsches Volk, durch Blut und Tod!
Da hob der Sieg im Kampfgefild
Den Heldenkönig auf den Schild.

Genius: Die alte Kaisersage
Verschwebte schattengleich;
Auf stand am großen Tage
Das neue Kaiserreich.

Chor: Der Blitz aus jener schwarzen Wolke
Entriß Dich nicht dem deutschen Volke.
An Dir, wie an ihm selbst, zerschellt
Machtlos die Feindschaft einer Welt.
Und Wort und That, wie Blitz und Schlag, —
So stehst Du fest, was kommen mag.

Genius: Umsonst der Rache Fieber
In Feindesherzen grollt,
Die Seine und der Tiber
Erzürnte Wogen rollt.

Chor: Das Feuer, großer Thaten Quelle,
Des Geistes Licht, das ewig helle —
Du schirmst dies Feuer und dies Licht
Und opferst deutsche Größe nicht.
Kein Hauch von Rom, kein Sturmgebraus
Löscht uns'res Volkes Leuchten aus.

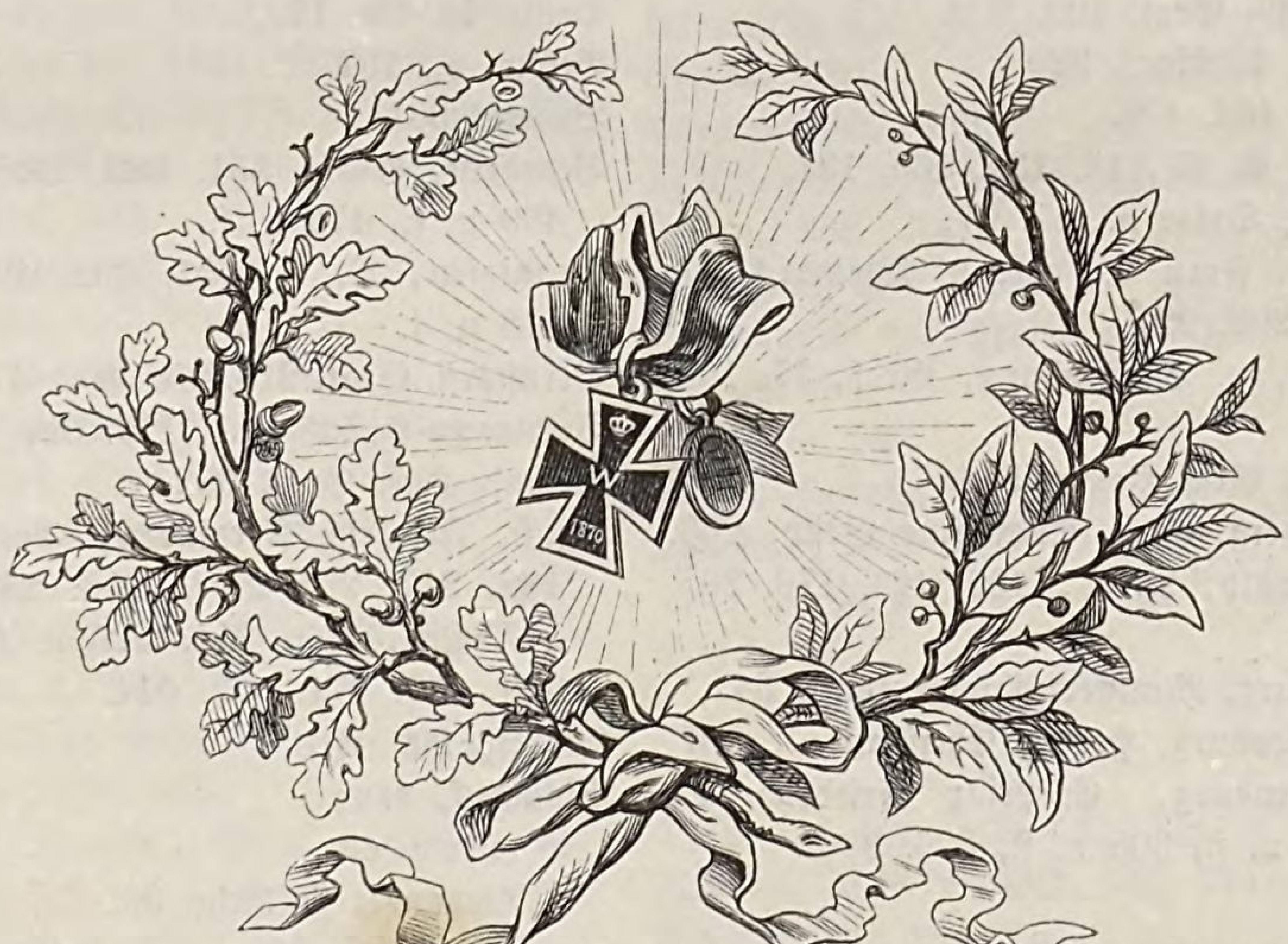
Deutscher Jüngling:

Das sind die Lorberreiser,
Die uns'res Kanzlers Zier!
Wir steh'n zu uns'rem Kaiser,
Wir steh'n zum Reich und Dir!

Schlußchor:

Heil Dir, Du Held der höchsten Ehren,
Im Lorberkranz, im Eichenkranz!
Dein Ruhm ist, deutschen Ruhm zu mehren;
Du bist ein Mann und bist es ganz.
Zerschlag' der Feinde Lug und Trug,
Wir folgen Deiner Fahne Flug!
Von Alpenhöh'n zum Meere
Ruft laut das Vaterland,
Der Hort der deutschen Ehre
Ruht fest in Deiner Hand.

Rudolf Gottschall.



Namenregister.

(Der Anhang ist in das Register nicht aufgenommen.)

C.

D.

Geschlechtstafel des B

Jobst von Bisma

vermählt mit Emerentia von L

starb kinderlos; ihm folgte daher sein Vetter aus der älteren Linie, Ludolf, Sohn

Ludolf
geb. ? † 1598
vermählt mit Sophie v. Alvensleben

einziger Sohn: **Valentin**
geb. ?
† 12. April 1620
verm. mit Bertha v. d. Asseburg

Name des ältesten Sohnes unbekannt.

August
geb. 13. Febr. 1611 † 2. Febr. 1670
verm. mit
1) Elisabeth v. Kottwitz
2) Dor. Elisab. v. Katte geb. 14. Juli 1630, verm. 1648, † 7. Jan. 1663
3) Fried. Sophie v. Möllendorff geb. 13. Feb. 1644 † 9. Nov. 1698

aus der dritten Ehe

August
geb. 2. Mai 1666
† 8. Juni 1732
verm. mit Dor. Sophie v. Katte (24. April 1694)
geb. 20. Juni 1669
† 23. April 1719

Georg
geb. 21.
† 10.

---

1) **August Friedrich**
geb. 2. April 1695 † 17. Mai 1742
verm. mit
1) Stephanie v. Dewitz
2) Fried. Charl. v. Treskow

aus der ersten Ehe

2)
g

---

1) Bernhard August
geb.
†

Aug. Friedr. † 1813

2) **Karl Alexander**
geb. 26. Aug. 1727
† 19. Septbr. 1797
am 5. März 1762 verm. mit
Charl. Gottliebe v. Schönfeld
geb. 25. Dez. 1741
† 22. Okt. 1772.

3)
geb.
†
verm.
Gräfin v

---

1) Ernst Fr. Alexander
geb. 14. Febr. 1763
† 10. Okt. 1820
verm. mit Luise v. Miltitz

2) Friedrich Adolf Ludwig
geb. 1. Aug. 1766
† 3. April 1831

3) Phil. Ludwig Leopold Friedrich
geb. 21. Febr. 1770
† 25. Okt. 1813

Theod. Alex. Fr. Phil.
seit 21. Febr. 1818
Graf v. Bismarck-Bohlen

Eduard † 25. Juli 1812

1) Alex. Fr. Ferdinand
geb. 13. April 1807
† 23. Dez. 1809

2) Luise Johanne
geb. 3. Novbr. 180
† 19. März 1813

Bismarck'schen Hauses.

rck geb. ? † 1589

lützendorf († 6. August 1590)

Friedrich's des Permutators, im alleinigen Besitze der Schönhausen'schen Güter.

Valentin Busso geb. 15. Sept. 1613 † 17. Mai 1697
verm. mit Anna Katharina v. Bardeleben

Sohn:
Friedr. Christoph geb. 24. Febr. 1652 † 24. Dez. 1704
verm. mit Marg. v. d. Asseburg

Sohn:
Ludolf August geb. 21. März 1683 † ? Okt. 1750

Friedrich
Okt. 1667
Mai 1696

Georg Friedr.
b. 11. Juli 1697
† ?

3) Carl Ludolf
geb. 13. Febr. 1700
† ?

4) Georg Heinrich
geb. 27. März 1703
† 15. Mai 1729

5) Alexander Wilhelm
geb. 12. Aug. 1704
† 1793

Ernst Friedrich
5. Novbr. 1728
18. Sept. 1775
mit. Phil. Julianne
. Eickstädt-Peterswald

4) **Karl Wilhelm Ferdinand**
geb. 13. Novbr. 1771 † 22. Novbr. 1845
verm. mit Luise Wilhelm. Menken (7. Juli 1806)
geb. 24. Febr. 1789, † 1. Januar 1839

3) Bernhard
geb. 24. Juli 1810

4) Eduard Leopold
Otto
geb. 1. April 1815

5) Franz
geb. 20. Juli 1819
† 10. Septbr. 1822

6) Franziska Angelika Malwine
v. Arnim verm. 30. Okt. 1844
geb. 29. Juni 1827

Marie
geb. 21. Aug. 1848
zu Schönhausen

Herbert
geb. 12. Dez. 1849
zu Berlin

Wilhelm
geb. 1. Aug. 1852
zu Frankfurt a. M.

Köppen, Fedor <<von>>

Fürst Bismarck, der deutsche Reichskanzler ein Zeit- und Lebensbild für das deutsche Volk

Leipzig 1876